

Stefan Paulus
Vorbild USA?

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 81

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Stefan Paulus

Vorbild USA?

Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft
in Westdeutschland 1945–1976

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: links: Denkmal von Humboldts vor der Ruine der Universität Unter den Linden (1946); bpk/Friedrich Seidenstücker; rechts: Universität Bochum, Gebäude NA-NC von Süden (17.02.1967). Universitätsarchiv Bochum, Depositum Staatliches Bauamt Bochum 02, 67.003 (Foto: Heinz Lohoff, Bochum)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Typodata GmbH, München

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN: 978-3-486-59642-7

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11
<i>I. Grundlagen und Vorgeschichte: Stationen deutsch-amerikanischer Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen vor 1945</i>	<i>35</i>
1. Amerikanische Studenten in Deutschland	35
2. Der deutsche Einfluß auf die Entwicklung des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems im 19. Jahrhundert	44
3. Der deutsch-amerikanische Professorenaustausch	66
4. Die deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zum Ende des Dritten Reichs	78
<i>II. Hochschulpolitische Konzepte und Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht (1945–1949)</i>	<i>95</i>
1. Rahmenbedingungen: Zur Lage der deutschen Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone 1945	97
2. Zur Genese der amerikanischen Hochschulpolitik im besetzten Deutschland 1945/46	99
3. Die Entnazifizierung der Universitäten	105
4. Die Wiedereröffnung der Universitäten seit Herbst 1945	110
5. Die Marburger Hochschulgespräche von 1946	115
6. Die Reformvorstellungen der OMGUS-Hochschulabteilung	120
7. Der „Paty-Cottrell-Report“ von 1947	126
8. Von der Schönberger Rektorenkonferenz (1947) zum „Blauen Gutachten“ (1948): Die deutsche Auseinandersetzung mit den amerikanischen Reformkonzepten vor Gründung der Bundesrepublik	131
<i>III. Zwischen Restauration und Neubeginn: Stationen des westdeutschen Hochschulreformdiskurses in den 1950er Jahren</i>	<i>147</i>
1. „College“-System und „General Education“: Westdeutsche Annäherungen an Grundprinzipien des angelsächsischen Hochschulwesens	147
2. Die Weilburger Arbeitstagen von 1951	151

3. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagen von 1952.	153
4. Die Bad Honnefer Hochschultagung von 1955.	156
5. Die Reformvorstellungen des „Hofgeismarer Kreises“ von 1956 ..	159
6. Die Beschlüsse des 5. Deutschen Studententags 1958.	162
7. Ein hochschulpolitischer Wendepunkt: Die Gründung des Wissenschaftsrates im September 1957.	163
 IV. <i>Das hochschulpolitische Erbe der amerikanischen Besatzungspolitik: Political Science, American Studies und die Gründung der Freien Universität Berlin</i>	169
1. „A powerful influence for freedom and democracy in German higher education“: Der amerikanische Einfluß auf die Gründung und Entwicklung der Freien Universität Berlin	171
2. „To increase democratic understanding“: Aufbau und Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft	204
3. „To stop the neglect of American subjects“: Aufbau und Entwicklung der westdeutschen Amerikastudien	234
 V. <i>Austausch, Erfahrung, Kulturtransfer: Westdeutsche Studenten und Wissenschaftler in den USA</i>	275
1. Die Entwicklung des akademischen Austauschs zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1975	275
2. Das amerikanische Universitäts- und Wissenschaftssystem im Spiegel deutscher Erfahrungsberichte.	295
3. „Brain Drain“: Das Problem der Abwanderung deutscher Wissenschaftler in die USA	320
 VI. <i>Erfahrung und Reform: Der Verlauf des westdeutschen Hochschulreformdiskurses zwischen 1955 und 1975 unter besonderer Berücksichtigung amerikanischer Einflüsse</i>	337
 VII. <i>Modell USA: Zur Rezeption und Integration von Elementen des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems im Kontext der westdeutschen Hochschulreform 1960–1976</i>	373
1. Rektor oder Präsident	373
2. Fakultät oder Department	393
3. Die Einführung des Assistenz-Professors	412

4. „Sabbatical Leave“: Die Einführung des Forschungs(frei)semesters	424
5. Hochschulrat und „Public Relations“: Zum Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit	433
 VIII. <i>Das „Herz der neuen Universität“: Amerikanische Einflüsse auf die Entwicklung der westdeutschen Hochschulbibliothek nach 1945.</i>	 449
1. Das universitäre Bibliothekswesen in Deutschland und den USA. Ein Vergleich	449
2. Westdeutsche Bibliotheksneubauten der 1950er Jahre	461
3. Die Neukonzeption des universitären Bibliothekswesens seit den 1960er Jahren	467
 IX. <i>„Zwischen konzentrierter Stille und Weltoffenheit“: Die Idee der Campus-Universität im Kontext westdeutscher Universitäts- neugründungen der 1960er Jahre.</i>	 477
1. Hochschulreform durch Neugründungen	477
2. Die Rezeption des amerikanischen Campus-Gedankens im Vorfeld westdeutscher Universitätsneugründungen	483
3. Die Beschäftigung des Stuttgarter Zentralarchivs für Hochschul- bau mit der Entwicklung des Universitätsbaus in den Vereinigten Staaten	494
4. Struktur und Gestalt der ersten westdeutschen Campus- Universitäten: Bochum, Regensburg und Konstanz	502
5. Zwischen Idee und Wirklichkeit: Die deutsche Campus- Universität.	520
 Resümee und Ausblick	525
 Abkürzungen.	551
 Quellen und Literatur	555
 Personenregister	611

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die gekürzte und überarbeitete Fassung meiner im Wintersemester 2004/05 von der Philologisch-Historischen Fakultät der Universität Augsburg angenommenen Dissertation.

Zahlreiche Personen und Institutionen haben zur Entstehung und zum erfolgreichen Abschluß der Studie beigetragen. An erster Stelle gilt mein Dank den beiden Augsburger Betreuern, die ihrer Rolle als akademische Lehrer in vorbildlicher Weise gerecht wurden. So hat Herr Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber bereits frühzeitig mein Forschungsinteresse auf das Gebiet der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte gelenkt, später die Bearbeitung des Dissertationsthemas angeregt und deren Genese stets mit kritischer Aufmerksamkeit begleitet. Daneben war für mich Herr Prof. Dr. Andreas Wirsching auf dem langen und selten schnurgeraden Weg von der Konzeption bis zur Fertigstellung der Studie ein zentraler Ansprechpartner, dessen kompetentem Rat ich wichtige inhaltliche Anregungen und methodische Impulse verdanke. Nicht zuletzt aufgrund seines Engagements hat das Manuskript schließlich einen so prominenten Erscheinungsort gefunden. Großzügige finanzielle Unterstützung erfuhr das Forschungsprojekt durch ein zweijähriges Promotionsstipendium des Freistaates Bayern zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses.

Besondere Erwähnung verdienen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs (München), des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, des Instituts für Zeitgeschichte (München), des Universitätsarchivs Stuttgart und der Deutsch-Amerikanischen Fulbright-Kommission (Berlin), ohne deren professionelle und nicht selten unbürokratische Hilfe das Wagnis der Dissertation kaum zu meistern gewesen wäre.

Der langjährige SPD-Bildungspolitiker und vormalige Gründungsrektor der Universität Erfurt, Herr Prof. Dr. Peter Glotz (†), sowie Herr Prof. Dr. James F. Tent (Birmingham, Alabama), zweifelsohne der profundeste Kenner der Geschichte der Freien Universität Berlin, gaben zu wichtigen Detailfragen bereitwillig Auskunft.

Während der Bearbeitungszeit und der späteren Vorbereitung der Druckfassung standen mir viele Menschen mit Rat und Tat zur Seite: Dr. Babett Bauer und Dr. Edith Raim haben die Abgabefassung einer ersten kritischen Durchsicht unterzogen. Mit unermüdlichen Einsatz und Akribie übernahmen meine beide Kollegen am Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg, Elisabeth Böswald-Rid M.A. und Tobias Brenner M.A., das Einarbeiten der Schlußkorrekturen. Thomas Berwanger erstellte mit großer Genauigkeit das Namensregister.

Seitens des Instituts für Zeitgeschichte besorgten Frau Dr. Petra Weber und Frau Angelika Reizle in außerordentlich kompetenter und zugleich kollegialer Manier die Endredaktion und die Erstellung der Druckvorlage. Ihnen allen sei hier nachdrücklich gedankt. Ferner bin ich dem Direktorium des Instituts für Zeitgeschichte, namentlich Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller und Herrn

Prof. Dr. Udo Wengst, sowie den zuständigen Gremien für die Aufnahme meiner Dissertation in die Reihe „Studien zur Zeitgeschichte“ zu großem Dank verpflichtet.

Seit jeher entsteht und lebt Wissenschaft im und durch den Dialog zwischen Menschen, die ein gemeinsames Interesse teilen. Für unzählige kreative Diskussionen, weiterführende Hinweise und freundschaftlichen Zuspruch danke ich daher Alexandra Apfelbaum M.A., Dr. Oswald Bauer, Prof. Dr. Albert Dietl, Dr. Christian Fieseler, Dr. Werner Lengger und Dipl. Ing. Daniel Wittek. Mein Dank gilt zudem den akademischen Lehrern meiner Regensburger Studienzeit, Herrn Prof. Dr. Franz J. Bauer, Herrn Prof. Dr. Hans-Christoph Dittscheid und Herrn Prof. Dr. Jörg Traeger (†), deren Persönlichkeit und wissenschaftlicher Ethos mich nachhaltig geprägt haben.

Last not least sei an dieser Stelle meinen Eltern, Hildegard und Peter Paulus, sowie meiner Lebensgefährtin Edith Heindl M.A. ganz herzlich gedankt, ohne deren liebevolle, selbstlose und anregende Unterstützung das „Licht am Ende des Tunnels“ niemals sichtbar geworden wäre. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Augsburg, im September 2009

Stefan Paulus

Einleitung

„Unser deutsches Universitätsleben“, so konstatierte Max Weber bereits im Jahre 1917, „amerikanisiert sich, wie unser Leben überhaupt, in sehr wichtigen Punkten, und diese Entwicklung, das bin ich überzeugt, wird weiter übergreifen auch auf die Fächer, wo, wie es heute noch in meinem Fache in starkem Maße der Fall ist, der Handwerker das Arbeitsmittel (im wesentlichen: die Bibliothek) selbst besitzt [...]. Die Entwicklung ist in vollem Gange.“¹ Wie recht der berühmte deutsche Nationalökonom und Soziologe mit dieser vor Studenten der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität gefällten Prognose tatsächlich haben sollte, belegt exemplarisch ein kurzer Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29. Juli 2002. Unter der Überschrift *Drei Forscher für hohen Standard ausgezeichnet* hieß es dort:

„Ihre amerikanische Forscher-Philosophie hat drei US-Wissenschaftlern in München die höchste Anerkennung der Bundesrepublik eingebracht. ‚Wir waren völlig erstaunt, wir tun doch nur unsere Arbeit‘, sagte die Medizinerin Judith Johnson, 57, aus Tacoma (Washington) als sie und ihre Kollegin Dolores Schendel das Bundesverdienstkreuz erhielten. Die beiden Forscherinnen hatten von 1978 an das Institut für Immunologie an der Münchner Universität (LMU) aufgebaut und ‚amerikanische Standards‘ in der Betreuung der Studenten sowie in der Qualität der Forschung eingeführt, sagte Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmaier. Der dritte ausgezeichnete Forscher, der Entwicklungsbiologe Charles David, gilt als Wegbereiter des Biozentrums in Martinsried.“²

Zwischen Webers Münchner Vortrag und der ebendort vorgenommenen Ehrung dreier US-Wissenschaftler liegen etwas mehr als 80 Jahre. Beide Ereignisse markieren Stationen einer Entwicklung, die für Weber in ihrer vollen Dimension freilich noch nicht absehbar sein konnte. Gemeint ist der sich binnen weniger Jahrzehnte vollziehende Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika³ nicht nur zu einer militärischen und wirtschaftlichen Supermacht, sondern auch zum – wie Webers Äußerungen bereits andeuten – weltweit maßgebenden Wissenschaftsstandort. Doch wie läßt sich diese Entwicklung erklären und was waren deren historisch-politische Rahmenbedingungen?⁴

¹ Max Weber: Wissenschaft als Beruf 1917/1919, in: Max Weber Gesamtausgabe. Abt. I, Bd. 17, hg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter, Tübingen 1992, S. 70–111, hier S. 74 (Zitat). Zur lange Zeit umstrittenen Datierung des Weberschen Vortrags (November 1917 oder Herbst 1918/19) vgl. ebd., S. 43–46 (Einleitung).

² Drei Forscher für hohen Standard ausgezeichnet, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 7. 2002.

³ Im folgenden werden die Bezeichnungen „Amerika“, „Nordamerika“ und „Amerikaner“ synonym auf die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) bezogen.

⁴ Kompakte Überblicke zur Geschichte der USA bieten die epochenübergreifenden Darstellungen von Willi Paul Adams: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankfurt am Main 1977, Nachdruck 1997; Bernard Baylin u. a.: The Great Republic. A History of the American People, 2 Bde., Lexington/MA ⁴1992; Hans R. Guggisberg: Geschichte der USA, Stuttgart ³1993; Erich Angermann: Die Vereinigten Staaten von Amerika als Weltmacht seit 1917, München ⁹1995; Detlef Junker: Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Mannheim 1995; Paul S. Boyer u. a.: The Enduring Vision. A History of the American People, Lexington/MA ³1998; Jürgen Heideking/Vera Nünning:

Obgleich die besondere Führungsrolle der Vereinigten Staaten von Amerika erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, also ein Vierteljahrhundert nach Max Webers Tod im Jahre 1920, voll zum Tragen kommen sollte, hatte sich bereits um 1900 das Aufrücken der USA in die Reihe der damaligen Großmächte England, Frankreich, Deutschland und Rußland abgezeichnet. Begleitet von machtpolitischen Interessenskonflikten mit den imperialistisch expandierenden Europäern und dem zeitgleich aufstrebenden japanischen Kaiserreich waren die USA um die Jahrhundertwende vor allem im ostasiatischen, aber auch mittel- und südamerikanischen Raum zunehmend in die Rolle einer Ordnungsmacht hineingewachsen.⁵

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Weltpolitik allerdings noch weitgehend in den europäischen Hauptstädten Berlin, London, Moskau und Paris bestimmt. Erst mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 1. August 1914 sollte sich dieses traditionelle Machtgefüge schlagartig ändern. Zunächst schien es noch so, als würde der Konflikt seine innereuropäische Dimension beibehalten. Die USA unter Präsident Woodrow Wilson blieben vorerst neutral. Weder in der amerikanischen Bevölkerung noch innerhalb der Regierung bestand im Sommer 1914 die Neigung, sich an dieser europäischen Auseinandersetzung aktiv zu beteiligen. Doch hielt die amerikanische Neutralität nur bis zum 6. April 1917.⁶ Ausschlag-

Einführung in die amerikanische Geschichte, München 1998; Udo Sautter: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart ⁶1998; Jürgen Heideking: Geschichte der USA, Tübingen/Basel ²1999; Willi Paul Adams: Die USA vor 1900, München 2000; ders.: Die USA im 20. Jahrhundert, München 2000; Horst Dippel: Geschichte der USA, München ⁴2001; Philipp Gassert u. a. (Hg.): Kleine Geschichte der USA, Stuttgart 2007.

⁵ Vgl. u. a. Ernst Fraenkel: USA – Weltmacht wider Willen, Berlin 1957; George E. Mowry: The Era of Theodore Roosevelt and the Birth of Modern America, New York 1958; Eric C. Kollman: Imperialismus und Anti-Imperialismus in der politischen Tradition Amerikas, in: HZ 196 (1963), S. 343–362; Akira Iriye: Pacific Estrangement. Japanese and American Expansion 1897–1911, Cambridge/MA 1972; Hans-Ulrich Wehler: Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1898, Göttingen 1974; Stanley Lebergott: The Returns to U.S. Imperialism 1890–1929, in: Journal of Economic History 40 (1980), S. 229–252; Michael H. Hunt: The Making of a Special Relationship. The United States and China to 1914, New York 1983; Henry W. Brands: Bound to Empire. The United States and the Philippines, Oxford 1992; M. L. Conniff: Panama and the United States. The Forced Alliance, Athens/GA 1992; Walter A. LaFeber: The American Search for Opportunity 1865–1913, New York 1993; Ute Mehnert: Deutsche Weltpolitik und amerikanisches Zweifronten-Dilemma. Die „japanische Gefahr“ in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1904–1917, in: HZ 257 (1993), S. 647–692; Ragnhild Fiebig-von Hase: Die USA und Europa vor dem Ersten Weltkrieg, in: Amerikastudien/American Studies 39 (1994), S. 4–71; Raimund Lammersdorf: Anfänge einer Weltmacht. Theodore Roosevelt und die transatlantischen Beziehungen der USA 1901–1909, Berlin 1994; Ute Mehnert: Deutschland, Amerika und die „Gelbe Gefahr“. Zur Karriere eines Schlagworts in der Großen Politik, 1905–1917, Stuttgart 1995; Stefan Fröhlich: Amerikanische Geopolitik. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Landsberg am Lech 1998.

⁶ Allgemein zur Geschichte der Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg vgl. Edward M. Coffman: The War to End all Wars. The American Military Experience in World War I, New York 1968; John M. Cooper: The Vanity of Power. American Isolationism and the First World War 1914–1917, Westport/CT 1969; ders. (Hg.): The Causes and Consequences of World War I, New York 1971; David M. Kennedy: Over Here. The First World War and American Society, New York/Oxford 1980; Robert H. Ferrell: Woodrow Wilson and World War I, 1917–1921, New York 1985; Ronald Scheffer: America in the Great War. The Rise of the Welfare State, New York/Oxford 1991.

gebend für den Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente-Mächte war die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges durch die deutsche Regierung im Januar 1917, dem alsbald auch einige amerikanische Schiffe zum Opfer gefallen waren. Ungeachtet dieser Vorfälle hatte sich das allgemeine Stimmungsbild in den Vereinigten Staaten bereits kurz nach Kriegsbeginn deutlich zuungunsten der Achsenmächte verschoben. In besonderem Maße war hierfür die Art der deutschen Kriegsführung verantwortlich, die in den Augen vieler Amerikaner mit der Verletzung der belgischen Neutralität 1914 und der Torpedierung des britischen Passagierdampfers „Lusitania“ am 7. Mai 1915 (bei der auch 128 US-Staatsbürger getötet wurden) völkerrechtliche Grenzen deutlich überschritten hatte.⁷ Hinzu kam eine – trotz aller Gegensätze aus der Kolonialzeit – tiefreichende ideelle und politische Wertegemeinschaft mit den europäischen Demokratien England und Frankreich.⁸

Dem militärischen und wirtschaftlichen Potential der USA konnten die Achsenmächte nichts entgegenhalten. Zu sehr hatten der langwierige Stellungskrieg und die enormen Materialschlachten Deutschland und seine Verbündeten ausgezehrt.⁹ Im November 1918 sah sich Berlin gezwungen, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, die mit Blick auf ein von Präsident Wilson noch im Januar des gleichen Jahres formuliertes 14 Punkte umfassendes Friedensprogramm von der Hoffnung auf einen gemäßigten „Wilson-Frieden“ getragen waren. Allerdings gelang es der amerikanischen Regierung im Rahmen der Versailler Vertragsverhandlungen (Januar bis Juni 1919) nicht, sich gegen die weitaus rigideren Friedens- und Reparationsvorstellungen insbesondere Frankreichs und auch Großbritanniens durchzusetzen.¹⁰ Nichtsdestotrotz hatte der amerikanische Kriegseintritt allen

⁷ Vgl. u.a. Jürgen Möckelmann: Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Krise. Studien zur amerikanischen Politik im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1967; Reinhard R. Doerries: Washington-Berlin 1908/17, Düsseldorf 1975; Martin Nassua: „Gemeinsame Kriegsführung, gemeinsamer Friedensschluß“. Das Zimmermann-Telegramm vom 13.1.1917 und der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1992; Angermann: Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917, S.11–83; Torsten Oppelland: Der lange Weg in den Krieg (1900–1918), in: Klaus Larres/Torsten Oppelland (Hg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen, Darmstadt 1997, S.1–30, hier besonders S.15–20; Heideking: Geschichte der USA, S.260–264; Adams: Die USA im 20. Jahrhundert, S.39–44; Dippel: Geschichte der USA, S.84–86.

⁸ Vgl. die entsprechende Einschätzung bei Heideking: Geschichte der USA, S.260.

⁹ Vgl. ebd., S.265. Zu Ursachen und Verlauf des Ersten Weltkrieges vgl. ferner Wolfgang Schieder (Hg.): Erster Weltkrieg. Entstehung und Kriegsziele, Köln 1969; Andreas Hillgruber: Deutschlands Rolle bei der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1979; James Joll: Die Ursprünge des Ersten Weltkrieges, München 1988; Gunther Mai: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg, München 21993; Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 21996, S.302–373; Roger Chickering: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002; Wolfgang J. Mommsen: Die deutsche Urkatastrophe, Stuttgart 2002; Volker Berghahn: Der Erste Weltkrieg, München 2003.

¹⁰ Zu Wilsons Friedenskonzept und den damit einhergehenden deutschen Erwartungen vgl. u.a. Ernst Fraenkel: Das deutsche Wilsonbild, in: Jahrbuch für Amerikastudien 5 (1960), S.66–120; Arno J. Mayer: Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919, New York 1967; Klaus Schwabe: Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie

Europäern deutlich vor Augen geführt, daß – obgleich die USA in der Zwischenkriegszeit wieder zu einer mehr isolationistischen Außenpolitik zurückkehrten – die lange Zeit als bloßer Ableger Europas betrachtete „Neue Welt“ künftig ein gewichtiger Mitspieler auf der weltpolitischen Bühne sein würde.¹¹ Mit anderen Worten: Der Erste Weltkrieg hatte den „Untergang des alten Europa“ (Volker Berghahn) eingeleitet.¹²

Fast auf den Tag genau sieben Monate nach dem amerikanischen Kriegseintritt und knapp ein Jahr bevor Philipp Scheidemann in Berlin die Republik ausrufen sollte, hatte Max Weber am 7. November 1917 seinen eingangs zitierten Vortrag zum Thema *Wissenschaft als Beruf* gehalten, der sich in wesentlichen Teilen dem damaligen amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb widmete. Doch woher resultierte Webers besonderes Interesse an den akademischen Verhältnissen in Übersee, einmal abgesehen von den sich damals bereits abzeichnenden weltpolitischen Umwälzungen? Es waren vor allem die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufstrebenden Ingenieur-, Natur- und Medizinwissenschaften, für die der 1919 nach München berufene Soziologe einen Vorsprung gegenüber dem in diesen Disziplinen lange Zeit führenden Deutschland konstatierte.¹³ In der Tat hatte in den Vereinigten Staaten nach dem Ende des Bürgerkrieges 1865 und im Zuge des sich anschließenden wirtschaftlichen Aufschwungs ein enormer Nachholprozeß auf Hochschulebene eingesetzt. „Zu Beginn des Bürgerkrieges“, so Talcott Parsons und Gerald M. Platt in ihrem Standardwerk *Die amerikanische Universität*,

„gab es in den Vereinigten Staaten keine Universität im europäischen Sinne; es gab lediglich ‚colleges‘, und zwar in großer Zahl. Kurz nach dem Krieg kam ein Innovationsprozeß in Gang. Dieser Prozeß hatte seinen Schwerpunkt in den privaten Einrichtungen, zunächst mit der Entwicklung bestehender privater colleges wie Columbia und Harvard, wenig später auch Yale und Princeton, zu Universitäten; dann mit der Neugründung privater Universitäten: The Johns Hopkins, Cornell, Clark und später dann Chicago und Stanford. Auch einige wenige ‚state universities‘ entstanden: Michigan, Wisconsin und California in Berkeley.“¹⁴

Die hier von Parsons und Platt kurz skizzierte Neugründungswelle trug binnen lediglich eines halben Jahrhunderts dazu bei, daß die Vereinigten Staaten bereits um das Jahr 1920 über das weltweit dichteste Hochschulnetz verfügten.¹⁵ Und

zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Göttingen 1971; Arthur Walworth: Woodrow Wilson and His Peacemakers, New York 1983; Lloyd E. Ambrosius: Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective, Cambridge 1992; Thomas J. Knock: To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York/Oxford 1992.

¹¹ Vgl. das ambivalente Fazit bei Heideking: Geschichte der USA, S. 273.

¹² Vgl. Volker Berghahn: Der Untergang des alten Europa, München 1997.

¹³ Vgl. Weber: Wissenschaft als Beruf 1917/1919, S. 74: „Nun können wir bei uns [in Deutschland, S. P.] mit Deutlichkeit beobachten: daß die neueste Entwicklung des Universitätswesens auf breiten Gebieten der Wissenschaft in der Richtung des amerikanischen verläuft. Die großen Institute medizinischer oder naturwissenschaftlicher Art sind ‚staatskapitalistische‘ Unternehmungen. Sie können nicht verwaltet werden ohne Betriebsmittel größten Umfangs.“

¹⁴ Talcott Parsons/Gerald M. Platt: Die amerikanische Universität, Frankfurt am Main 1990, S. 15–18, Zitat S. 15f.

¹⁵ Vgl. Wolfgang E. J. Weber: Geschichte der europäischen Universität, Stuttgart 2002, S. 171.

auch in qualitativer Hinsicht gelang es den amerikanischen Universitäten in diesem Zeitraum, ihren vormaligen Rückstand gegenüber Europa sukzessive auszugleichen, nicht zuletzt durch eine beachtliche Anzahl in Deutschland ausgebildeter Professoren, die ihre dort als Studenten gesammelten Erfahrungen nach ihrer Rückkehr in das amerikanische Hochschulwesen einbrachten.¹⁶

Dennoch konnte sich Deutschland auch noch in der Zwischenkriegszeit als bedeutender internationaler Wissenschaftsstandort behaupten. Deutsch blieb in vielen geistes- und naturwissenschaftlichen Schlüsseldisziplinen die maßgebliche Wissenschaftssprache und wurde erst nach 1945 durch das Englische als wissenschaftliche *Lingua Franca* abgelöst.¹⁷ Das Ende der über Jahrzehnte hinweg herausragenden Stellung der deutschen Wissenschaft und damit auch der deutschen Universitäten zeichnete sich dann endgültig mit der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 ab. Die Mitte der 1930er Jahre einsetzende Vertreibung jüdischer und politisch anders denkender Wissenschaftler – von der beinahe 45% des gesamten Lehrpersonals betroffen waren – sowie die katastrophalen Aus- und Rückwirkungen des von NS-Deutschland 1939 angezettelten Zweiten Weltkrieges markieren zweifelsohne *den* absoluten Tiefpunkt in der jüngeren deutschen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte.¹⁸ Die Mehrzahl der akademischen Emigranten flüchtete im Zuge des Krieges nach Übersee, was zur Folge hatte, daß die Vereinigten Staaten zu einem ungewollten Profiteur der nationalsozialistischen Vertreibungspolitik avancierten. Somit waren der Abstieg der lange Zeit dominierenden deutschen und der Aufstieg der amerikanischen Wissenschaft auf das Engste miteinander verwoben. „Die schließliche Flucht der von den Nazis vertriebenen Wissenschaftler war“, wie Konrad H. Jarausch es formuliert hat, „ein [...] Beweis für den Übergang der Führungsrolle an Amerika.“¹⁹

Die sich also schon während des Zweiten Weltkrieges herauskristallisierende wissenschaftliche Führungsrolle der USA war Teil einer nach 1945 noch weitaus umfassenderen amerikanischen Vormachtstellung innerhalb der westlichen Hemisphäre. Dieser war wie 1917/18 eine militärische Konfrontation mit dem seit 1933 von den Nationalsozialisten regierten Deutschen Reich vorausgegangen. Nachdem sich die Vereinigten Staaten zu Beginn der zwanziger Jahre sukzessive

¹⁶ Vgl. Hermann Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee auf die Higher Education in Amerika, Weinheim 1995; Heideking: Geschichte der USA, S.206f.

¹⁷ Vgl. aus aktueller Perspektive Ulrich Ammon: Ist Deutsch noch internationale Wissenschaftssprache? Englisch auch für die Lehre an deutschsprachigen Hochschulen, Berlin/New York 1998.

¹⁸ Zur Entwicklung des deutschen Hochschulwesens zwischen 1914 und 1945 vgl. Rainer A. Müller: Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule, Hamburg 1996, S.89–101. Zum Thema Emigration in die USA vgl. auch allgemein die Arbeiten von Helge Pross: Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten, 1933–1941, Berlin 1955; Horst Möller: Exodus der Kultur, München 1984; Lewis Coser: Refugee Scholars in America, New Haven 1984; Karen J. Greenberg: Crossing the Boundary. German Refugee Scholars and the American Academic Tradition, in: Teichler/Wasser: German and American Universities, S.67–80.

¹⁹ Konrad H. Jarausch: Amerika – Alptraum oder Vorbild? Transatlantische Bemerkungen zum Problem der Universitätsreform (Manuskript einer in Marburg am 10.2.2002 gehaltenen Ringvorlesung), in: H-Soz-u-Kult, 6.9.2002.

aus Europa zurückgezogen und damit die Gestaltung der Nachkriegsordnung wieder den „alten“ europäischen Mächten überlassen hatten²⁰, sah man sich in Washington durch die völkerrechtswidrige nationalsozialistische Expansionspolitik gegen Ende der 1930er Jahre abermals herausgefordert.²¹ Es schien sich nun zu rächen, daß die USA – obgleich die Idee zu dessen Gründung von Präsident Wilson selbst stammte – dem 1920 ins Leben gerufenen Völkerbund selbst nicht beigetreten waren und somit die im Verlauf der zwanziger Jahre zu beobachtende Radikalisierung Europas durch faschistische Strömungen nicht vorzeitig beeinflussen konnten.²² „Die amerikanische Politik war“, wie es Horst Dippel ausgedrückt hat, „in den zwanziger Jahren mithin nicht bereit, international die konstruktive Rolle zu spielen, die dem Land gemäß seiner ökonomischen und militärischen Potenz zukam.“²³

Das mangelnde politische Engagement der USA im Europa der Zwischenkriegszeit läßt sich in erster Linie auf inneramerikanische Ursachen zurückführen: Neben der eher isolationistischen Grundstimmung absorbierte der Börsenkrach von 1929 und die sich anschließende *Great Depression* die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierungen dieser Jahre.²⁴ Für den im März 1933 in sein Amt eingeführten 32. Präsidenten der USA, Franklin D. Roosevelt, bestimmte vorerst nicht der Blick über den Atlantik als vielmehr seine nach innen gerichtete Politik des *New Deal* die politische Agenda.²⁵ Die faschistischen Bewegungen in Europa und deren Führungspersonlichkeiten wurden sowohl von der Bundesregierung in Washington als auch vom Großteil der amerikanischen Bevölkerung lange Zeit nicht wirklich ernst genommen.²⁶ Hinzu kam, daß die Erfahrungen des letzten großen

²⁰ Vgl. W. A. Williams: *The Legend of Isolationism in the 1920s*, in: *Science and Society* 18 (1954), S. 1–20; Klaus Schwabe: *Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit*, Wiesbaden 1975; Adams: *Die USA im 20. Jahrhundert*, S. 50–52.

²¹ Grundlegend hierzu Detlef Junker: *Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933–1945*, Düsseldorf 1988; Michaela Hönigke: *Das nationalsozialistische Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika (1933–1945)*, in: Larres/Oppelland: *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert*, S. 62–94.

²² Vgl. exemplarisch Frank Costigliola: *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe 1919–1933*, Ithaca/London 1984; Elisabeth Glaser-Schmidt: *Verpaßte Gelegenheit? (1918–1932)*, in: Larres/Oppelland: *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert*, S. 31–61; Heideking: *Geschichte der USA*, S. 289–296.

²³ Dippel: *Geschichte der USA*, S. 86.

²⁴ Vgl. John Kenneth Galbraith: *The Great Crash 1929*, Boston 1955; Charles P. Kindleberger: *Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*, München 1973; Jim Potter: *The American Economy between the World Wars*, London 1974; John A. Garraty: *The Great Depression*, New York 1986; Barry J. Eichengreen: *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression 1919–1933*, New York 1992; Robert S. McElvaine: *The Great Depression. America 1929–1941*, New York 21993.

²⁵ Zu Roosevelts Politik des „New Deal“ vgl. Anthony J. Badger: *The New Deal. The Depression Years 1933–1940*, Basingstoke 1989; Roger Biles: *A New Deal for the American People*, New York 1991; Alan Brinkley: *The End of Reform. New Deal Liberalism in Recession and War*, New York 1995.

²⁶ Vgl. Dippel: *Geschichte der USA*, S. 96. Grundlegend zur Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik während der Regierungszeit Roosevelts Robert Dalleck: *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945*, New York/Oxford 1979; Wayne S. Cole: *Roosevelt and the Isolationists, 1932–1945*, Lincoln, NE/London 1983.

Krieges durchaus noch präsent waren. Immerhin hatten rund 48 000 amerikanische Soldaten in den Jahren 1917/18 auf den europäischen Schlachtfeldern ihr Leben gelassen, so daß sich aus nachvollziehbaren Motiven die Kriegsbereitschaft in den USA deutlich in Grenzen hielt.²⁷ Zwar schlug die Stimmung nach dem deutschen Überfall auf die Tschechoslowakei 1938 um, jedoch verfolgte die Roosevelt-Administration gegenüber dem Dritten Reich – ähnlich wie die Regierung des britischen Premierministers Neville Chamberlain – vorerst weiter eine *Appeasement*-Linie. Mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 und dem damit verbundenen Ausbruch des Zweiten Weltkrieges begann auch in Washington ein grundsätzliches Umdenken in der Europapolitik. Im Zuge des weiteren Kriegsverlaufs, insbesondere nach dem erfolgreichen deutschen „Blitzkrieg“ gegen Frankreich 1940, kam es zunächst zu wirtschaftlichen und indirekten militärischen Hilfsleistungen für England und dessen Verbündete.²⁸ Doch erst nach dem japanischen Überfall auf den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, aktiv in den Krieg einzugreifen. Wie schon 1917/18 sollte sich das finanzielle, militärische und wirtschaftliche Potential der USA als kriegsentscheidend erweisen. Am 7. und 8. Mai 1945 mußte die deutsche Militärführung die bedingungslose Kapitulation einreichen.²⁹ Der mit unverminderter Härte im Pazifik weitertobende Krieg gegen Japan konnte schließlich durch dem Abwurf zweier amerikanischer Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 endgültig beendet werden.³⁰

²⁷ Adams: Die USA im 20. Jahrhundert, S. 42; Heideking: Geschichte der USA, S. 316.

²⁸ Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen zwischen 1933 und 1939 vgl. Arnold A. Offner: *American Appeasement. United States Foreign Policy and Germany 1933–1938*, Cambridge/MA 1969; ders.: *Appeasement Revisited. The United States, Great Britain and Germany, 1933–1940*, in: *Journal of American History* 64 (1977), S. 373–393; Klaus Schwabe: Die Regierung Roosevelt und die Expansionspolitik Hitlers vor dem Zweiten Weltkrieg. *Appeasement als Folge des „Primats der Innenpolitik“?*, in: Karl Rohe (Hg.): *Die Westmächte und das Dritte Reich 1933–1945*, Paderborn 1982, S. 103–132; David F. Schmitz u. a. (Hg.): *Appeasement in Europe. A Reassessment of U.S. Policies*, Westport/CT 1990; Barbara R. Farnham: *Roosevelt and the Munich Crisis. A Study on Political Decision-Making*, Princeton 1997; Justus D. Doenecke: *The Battle against Intervention 1939–1941*, Malabar/FL 1997.

²⁹ Zum amerikanischen Kriegseintritt 1941 und zum weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges bis zur deutschen Kapitulation 1945 vgl. u. a. Günther Moltmann: *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Kriegs- und Friedensziele 1941–1945*, Heidelberg 1958; Robert Alexander Divine: *Roosevelt and World War II*, Baltimore/MD 1969; Patrick J. Hearden: *Roosevelt Confronts Hitler. America's Entry into World War II*, DeKalb/IL 1987; Waldo Heinrichs: *Threshold of War. Franklin D. Roosevelt and American Entry into World War II*, New York 1988; Gerhard Weinberg: *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995; Gerhard Schreiber: *Der Zweite Weltkrieg*, München 2002.

³⁰ Zum Kriegsverlauf im Pazifik und zu den beiden amerikanischen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki vgl. Barton J. Bernstein: *Roosevelt, Truman, and the Atomic Bomb*, in: *Political Science Quarterly* 90 (1975), S. 23–69; Akira Irye: *Power and Culture. The Japanese-American War 1941–1945*, Cambridge/MA 1981; ders.: *The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific*, New York 1987; Gar Alperovitz: *Atomic Diplomacy. Hiroshima and Potsdam*, New York 1994; ders.: *The Decision to Use the Atomic Bomb*, New York 1995; Robert J. Maddox: *Weapons for Victory. The Hiroshima Decision Fifty Years Later*, Columbia/MO 1995.

Die weltpolitische Bilanz des Zweiten Weltkrieges fiel deutlich aus: Während Europa, abgesehen von der schwer angeschlagenen Sowjetunion mit allein 25 Millionen Toten, aufgehört hatte, als eigenständiges Machtzentrum zu existieren, waren die USA als die vorerst bestimmende Militärmacht aus dem Konflikt hervorgegangen.³¹ Dennoch blieb Europa, obgleich es seine Rolle als eigenständiger Akteur weitgehend eingebüßt hatte, auch nach 1945 im Zentrum des weltpolitischen Geschehens. Bereits wenige Jahre nach Kriegsende zeichnete sich ein neuer, nun „Kalter Krieg“ zwischen den USA und den übrigen Westalliierten einerseits und der kommunistischen Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten andererseits ab. Die in ihren politischen Zielsetzungen, aber auch in ihren grundsätzlichen Wertevorstellungen höchst unterschiedliche Anti-Hitler-Koalition brach letztlich an ihren inkompatiblen Konzepten in bezug auf die künftige Entwicklung Europas bereits 1947/48 auseinander.³²

Das Resultat dieses Zerwürfnisses war die „Teilung der Welt“ (Wilfried Loth) in einen westlichen, d. h. amerikanischen, und einen östlichen, also sowjetisch dominierten Einflußbereich.³³ Das durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik seit 1949 in zwei Staaten geteilte Deutschland lag im unmittelbaren Zentrum dieses Ost-West-Konflikts.³⁴ Hier standen sich zwei unterschiedliche ideologische Machtblöcke unmittelbar gegenüber: die *Pax Americana* und die *Pax Sovietica*. Seit Ausbruch des Kalten

³¹ Heideking: Geschichte der USA, S. 339.

³² Zum Verlauf des Kalten Krieges nach 1945 vgl. Gordon H. Chang: Friends and Enemies. The United States, China, and the Soviet Union 1948–1972, Stanford 1990; Thomas G. Patterson u. a. (Hg.): The Origins of the Cold War, Lexington/MA ³1991; John L. Gaddis: The United States and the Cold War, New York 1992; Walter LaFeber: America, Russia, and the Cold War, New York ⁷1993; Melvyn P. Leffler/David S. Painter (Hg.): Origins of the Cold War. An International History, New York/London 1994; Thomas J. McCormick: America's Half Century. United States Foreign Policy in the Cold War, Baltimore/London ²1995; Gregor Schöllgen: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991, München 1996; Vladislav M. Zubok: Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev, Cambridge/MA 1996; Bernd Stöver: Der Kalte Krieg, München 2003; ders.: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.

³³ Wilfried Loth: Die Teilung der Welt 1941–1955. Geschichte des Kalten Krieges, München ⁷1989.

³⁴ Aus der Fülle der hierzu erschienenen Literatur seien hier nur die grundlegenden Darstellungen genannt: Thilo Vogelsang: Das geteilte Deutschland, München ⁶1977; Hermann Weber: Geschichte der DDR, München ³1989; ders.: Die DDR 1945–1990, München 1993; Wolfgang Benz: Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München ⁴1994; Dietrich Staritz: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München ³1995; Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949–1990, Frankfurt am Main 1996; Dietrich Thränhardt: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Frankfurt am Main 1996; Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 15–118; Andreas Wirsching: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 86–98; Marie-Luise Recker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002, S. 17–24; Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1999, München 2008; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009.

Krieges zeigten sich beide Großmächte darum bemüht, den eigenen Einflußbereich fest an sich zu binden und die jeweilige Bevölkerung von der Überlegenheit des eigenen Gesellschaftssystems zu überzeugen. Man spricht in der zeithistorischen Forschung diesbezüglich auch von einer „Amerikanisierung“ der Bundesrepublik bzw. einer „Sowjetisierung“ der DDR.³⁵ Auf welchen Voraussetzungen der amerikanische Einfluß auf die Entwicklung des westdeutschen Teilsstaates beruhte und wie umfassend dieser war, hat Detlef Junker wie folgt beschrieben:

„Der enorme Einfluß der USA auf Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik während des Kalten Krieges ist im wesentlichen auf sieben Ursachen zurückzuführen: erstens auf die überragende politische, militärische, wirtschaftliche, kulturelle, technische und ideelle Stellung der Supermacht USA nach 1945; zweitens auf eine außenpolitische Entscheidungselite in der Ära des Präsidenten Harry S. Truman von 1945 bis 1952 von einer Entschlossenheit und Weitsicht, wie sie die USA seit den Gründungsvätern nicht mehr besessen hatte, eine Elite, die ihre Lehren aus der Geschichte gezogen hatte und entschlossen war, alles zu tun, um die Deutschen daran zu hindern, jemals wieder eine Gefahr für den Frieden in Europa und der Welt zu werden; drittens auf den dramatischen Wechsel von der Kriegscoalition zum Kalten Krieg und Antikommunismus; viertens auf eine schrittweise Verschiebung des amerikanischen Feindbildes in Europa von den Deutschen zu den Russen; fünftens, damit eng verbunden, auf die Amerikanern und Deutschen gemeinsame Angst vor sowjetischer Aggression und Expansion; sechstens auf den Willen der Westdeutschen, sich aus Notwendigkeit, Einsicht, aufgeklärtem Selbstinteresse und in Abkehr von der Vergangenheit nach Westen zu öffnen und in den USA mehrheitlich den Garanten für die eigene Sicherheit und den eigenen Wohlstand zu sehen; und siebtens auf die Bereitschaft der Westdeutschen, sich seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 zunehmend in das Unvermeidliche zu schicken und im Rahmen der Entspannungspolitik den Preis für die Westbindung zu zahlen.“³⁶

Es kann daher kaum verwundern, daß sich aus diesen äußerst speziellen deutsch-amerikanischen Beziehungen im Laufe der Zeit eine nicht minder bedeutende Vorbildfunktion der USA für die Bundesrepublik entwickelte. Nicht nur der berühmte „American Way of Life“ als Idealbild einer von Demokratie und Wohlstand geprägten Lebensform avancierte hierzulande zu einem nachahmenswerten Modell, auch die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der sich formierenden westdeutschen Demokratie orientierte sich seit den 1950er Jahren in wachsendem Maße am amerikanischen Gradmesser.³⁷ Bis heute hält dieser Amerikanisierungsprozeß unvermindert an. Dies galt und gilt in besonderem Maße auch für die hochschul- und wissenschaftspolitische Ausrichtung der Bundesrepublik. „Es ist offensichtlich“, so Andreas Stucke aus der Sicht des Jahres 2001,

„daß die Karriere des Arguments ‚Amerika‘ auch das Verhältnis der neu gegründeten Bundesrepublik zur dominanten Siegermacht nach 1945 beschreibt. In Teilbereichen der Hoch-

³⁵ Vgl. hierzu exemplarisch die einzelnen Aufsätze in Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main 1997.

³⁶ Detlef Junker: Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft: Dimensionen transatlantischer Beziehungen, in: ders.: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 17–56, Zitat S. 24.

³⁷ Zum Gesamtkomplex des amerikanischen Einflusses auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bzw. zu den deutsch-amerikanischen Interaktionen im Zeichen des Kalten Krieges bis zur deutschen Wiedervereinigung vgl. die Aufsätze in dem zweibändigen Standardwerk von Detlef Junker (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1: 1945–1968, Bd. 2: 1968–1990, Stuttgart/München 2001.

schulpolitik verweist die dezidierte Ablehnung des amerikanischen Hochschulsystems wie die unbedingte Anlehnung an dieses System auf prekäre Traditionen und Identitäten in der deutschen Wissenschaftspolitik, die nach 1945 neu definiert werden mußten.“³⁸

Drei Tagungsberichte verdeutlichen exemplarisch die Kontinuität hinsichtlich der Relevanz des amerikanischen Hochschulsystems für den deutschen Reformdiskurs: Im Jahre 1967, also auf dem damaligen Höhepunkt der westdeutschen Reformdebatte, war eine von der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien unter dem bezeichnenden Titel *Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform* herausgegebene Aufsatzsammlung erschienen, die sich erstmalig um eine Versachlichung der schon damals äußerst dominanten amerikanischen Vorbildfunktion bemühte.³⁹ Ganz in diesem Sinne hieß es im einleitenden Vorwort der Herausgeber: „Reform ist zur Zeit das brennende Problem der deutschen Hochschulen. Die hier vereinigten fünf Vorträge [...] wollen diese Frage durch den Vergleich mit amerikanischen Universitätsverhältnissen möglichst konkret und konstruktiv behandeln.“⁴⁰

Ein Vierteljahrhundert später veröffentlichte 1992 das Graduate Center of the City University of New York und das Wissenschaftliche Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung der Gesamthochschule Kassel unter dem Titel *German and American Universities. Mutual Influences Past and Present* den Bericht ihrer gemeinsam im Mai 1991 in New York abgehaltenen Konferenz, auf der sich deutsche und amerikanische Bildungsexperten mit unterschiedlichen Aspekten der deutsch-amerikanischen Interaktionen auf Hochschulebene zwischen 1945 bis zum Beginn der 1990er Jahre auseinandersetzten.⁴¹ Das Ziel dieser Tagung beschrieben die beiden Herausgeber Ulrich Teichler und Henry Wasser wie folgt:

„The complex relations between Germany and the United States need to be placed in perspective during this period when political, social, educational and economical structures are rapidly changing. This conference was conceived as a result of the belief that scrutiny of the evolving symbiotic process between the two systems of higher education would be of considerable value both in comprehending the respective systems and in informing the larger context.“⁴²

Wiederum knapp zehn Jahre später, 2001, publizierten Helmbrecht Breinig, Jürgen Gebhardt und Berndt Ostendorf die Aufsatzsammlung *Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem. Bildungskonzepte und Wissenschaftspolitik*, welche aus einer im März 1999 von der Bayerischen Amerika-Akademie veranstalteten Tagung hervorgegangen war.⁴³ Vergleichbar dem Ansinnen von 1967 widmen sich

³⁸ Andreas Stucke: Mythos USA – Die Bedeutung des Arguments „Amerika“ im hochschulpolitischen Diskurs der Bundesrepublik, in: Stölting/Albrecht: Die Krise der Universitäten, S. 118–138, Zitat S. 119.

³⁹ Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform, Heidelberg 1967.

⁴⁰ Ebd. (Vorwort).

⁴¹ Ulrich Teichler/Henry Wasser (Hg.): German and American Universities. Mutual Influences – Past and Present, Kassel 1992.

⁴² Dies.: Introduction, in: ebd., S. 7–10, hier S. 7.

⁴³ Helmbrecht Breinig/Jürgen Gebhardt/Berndt Ostendorf (Hg.): Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem. Bildungskonzepte und Wissenschaftspolitik, Münster/Hamburg/London 2001.

die erneut binational zusammengesetzten Autoren dieses Bandes primär den Chancen, aber auch Risiken, die mit der Übertragung amerikanischer Hochschulelemente in den deutschen Kontext verbunden sind. „In der gegenwärtigen Debatte über die Reform des Bildungswesens in Deutschland“, so der Erlanger Amerikanist und Direktor der Amerika-Akademie, Helmbrecht Breinig, in seinem Vorwort zum Tagungsbericht,

„gilt das so genannte ‚amerikanische Hochschulsystem‘ häufig als positiver Vergleichspol. Die Relevanz institutioneller und organisatorischer Modelle aus den Vereinigten Staaten ist ein wiederkehrendes Thema in Publikationen wie *Forschung und Lehre*, der Zeitschrift des Deutschen Hochschulverbandes. Trotz solcher wissenschaftlicher Beiträge sind jedoch die Vorstellungen von amerikanischen Universitäten [...] weiterhin reduktionistisch und stereotyp, besonders unter politischen Entscheidungsträgern und Journalisten; auch Angehörige der Hochschulverwaltungen sind vor Vereinfachungen nicht gefeit.“⁴⁴

Die in solchen und ähnlichen Stellungnahmen von kompetenter Seite zu Recht immer wieder kritisierte Oberflächlichkeit in der Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Hochschulmodell darf auch als Ausdruck eines nur mangelhaft ausgeprägten historischen Bewußtseins für die bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreichende Entwicklung dieser Vorbildrolle gewertet werden. Trotz der offenkundigen Aktualität dieses Themas stellte eine detaillierte historische Betrachtung der Wurzeln des bundesdeutschen Amerikanisierungsdiskurses auf hochschul- und wissenschaftspolitischer Ebene bislang ein Desiderat dar. Zwar ist das Phänomen „Amerikanisierung“ seit dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 verstärkt in den Mittelpunkt zeithistorischer Forschung gerückt und erfährt dabei fortschreitend Erhärtung und Vertiefung, allerdings ist der Erkenntnisstand in vielen Einzelgebieten der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur immer noch unbefriedigend.⁴⁵ Überblickt man die z. T. ausgezeichneten universitätsgeschichtlichen Arbeiten von Rainer A. Müller⁴⁶, Thomas Ellwein⁴⁷ und Hartmut Boockmann⁴⁸, ist auffallend, daß – abgesehen von der von Wolfgang E. J. Weber vorgelegten *Geschichte der europäischen Universität*⁴⁹ – die universitäre Nachkriegsentwicklung bis zum Ende der ersten großen Reformphase um 1975 nicht oder nur ansatzweise auch unter dem Aspekt amerikanischer Einflüsse behandelt wird, sondern sich diese in erster Linie auf die Beschreibung eines primär innerdeutschen Modernisierungs- und Planungspro-

⁴⁴ Helmbrecht Breinig: Vorwort, in: ebd., S. vii.

⁴⁵ Vgl. den ausgezeichneten Literaturbericht von Philipp Gassert: Amerikanismus, Anti-amerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 531–561, sowie die dem jeweils behandelten Themenbereich (Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft) vorangestellte Bibliographie Raisonée in Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1 und 2.

⁴⁶ Müller: Geschichte der Universität, S. 102–108.

⁴⁷ Thomas Ellwein: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wiesbaden 1997, S. 239–269.

⁴⁸ Hartmut Boockmann: Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität, Berlin 1999, S. 253–267.

⁴⁹ Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 154–245.

zesses beschränken.⁵⁰ In den vergangenen Jahren hat man sich dieser Thematik lediglich vereinzelt aus einem primär zeithistorischen Blickwinkel angenommen. Genannt seien in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Dietrich Goldschmidt⁵¹, Edward Shils⁵², Claudius Gellert⁵³, Konrad H. Jarausch⁵⁴, James F. Tent⁵⁵, Mitchell G. Ash⁵⁶, Andreas Stucke⁵⁷ sowie Kathryn M. Olesko und Christoph Strupp⁵⁸. Einschränkend muß jedoch hinzugefügt werden, daß von den genannten Autoren die zentralen Amerikanisierungsbereiche auf universitärer Verwaltungs- und Strukturebene teilweise zwar richtig benannt, der eigentliche Transferprozeß aber, der bereits in den 1960er und 1970er Jahren zur Übernahme einzelner amerikanischer Hochschulelemente, wie beispielsweise der Präsidialverfassung, der Departmentstruktur oder der Assistenz-Professur führte, als solcher nicht hinreichend analysiert wurde.⁵⁹

An dieser Stelle möchte die vorliegende Studie ansetzen. Deren Hauptaufgabe soll darin bestehen, einen geschichtswissenschaftlich-kulturhistorischen Beitrag zur Erforschung der amerikanisch-deutschen Interaktionen und des amerikanischen Einflusses auf dem kulturellen Teilgebiet der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte nach 1945 zu leisten. Die besondere Relevanz einer solchen Themenstellung ist offenkundig. Nicht nur die in stetiger, ja beinahe „gebetsmühlenartiger“ Regelmäßigkeit aufkeimende Debatte um eine gewünschte oder im

⁵⁰ Grundlegend hierzu Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u. a. 2005; Oskar Anweiler: Bildungspolitik, in: Michael Ruck/Marcel Boldorf (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 4: 1957–1966 Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands, Baden-Baden 2007, S. 611–642.

⁵¹ Vgl. Dietrich Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, in: ders.: Die gesellschaftliche Herausforderung der Universität. Historische Analysen, internationale Vergleiche, globale Perspektiven, Weinheim 1991, S. 63–92; ders.: Das Ausland als Vorbild? Fremde Einflüsse auf die Entwicklung des Hochschulwesens der Bundesrepublik, in: ebd., S. 93–103; ders.: Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem US-amerikanischen Bildungswesen vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1945, in: ebd., S. 139–187; ders.: Historical Interaction between Higher Education in Germany and in the United States, in: Teichler/Wasser: German and American Universities, S. 11–34.

⁵² Vgl. Edward Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, in: Hardtwig/Brandt: Deutschlands Weg in die Moderne, S. 185–200.

⁵³ Vgl. Claudius Gellert: The Impact of United States Higher Education on the German Higher Education Reform and Innovation Debates, in: Teichler/Wasser: German and American Universities, S. 45–56.

⁵⁴ Vgl. Konrad H. Jarausch: Das Humboldt-Syndrom. Die westdeutschen Universitäten 1945–1989 – Ein akademischer Sonderweg, in: Ash: Mythos Humboldt, S. 58–79; ders.: Amerika – Alptraum oder Vorbild.

⁵⁵ James F. Tent: Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 601–611.

⁵⁶ Mitchel G. Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, in: ebd., S. 623–633.

⁵⁷ Stucke: Mythos USA, S. 118–138.

⁵⁸ Kathryn M. Olesko/Christoph Strupp: Wissen. Universität und Forschung, in: Christof Mauch/Kiran Klaus Patel (Hg.): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008, S. 393–424.

⁵⁹ Vgl. im folgenden Kapitel VII.

Gegenteil gefürchtete „Amerikanisierung“ der deutschen Universität und Wissenschaft legt es nahe, die eigentlichen historischen Voraussetzungen sowie die Tragfähigkeit der Annahmen und Aussagen innerhalb dieser Auseinandersetzung eingehend zu analysieren. Zudem bildet die Universität und Wissenschaft einen für die Selbstwahrnehmung und Selbststeuerung der deutschen Gesellschaft bzw. des deutschen Staates zentralen Bereich: Die deutschen Eliten sind in ihrer überwältigenden Mehrheit Hochschulabsolventen, d.h. sie haben an der Universität und durch die Befassung mit Wissenschaft wesentliche Prägungen erfahren, die für ihre weitere Wahrnehmung, Wertschätzung, Sinnstiftung und ihr Verhalten als entscheidend angesehen werden können. Das Ausmaß, in dem Universität und Wissenschaft gegebenenfalls „amerikanisiert“ waren, läßt somit auch Rückschlüsse auf die „Amerikanisierung“ der Gesamtgesellschaft und auf den politischen Kurs der Bundesrepublik Deutschland zu. Die generelle Fragestellung der Studie zielt demgemäß darauf ab, erstmals auszuleuchten, in welchem Grade der westdeutsche Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb in den gut drei Dekaden zwischen 1945 und dem ersten Hochschulrahmengesetz des Bundes von 1976 am amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsmodell ausgerichtet war bzw. von diesem beeinflusst wurde.

Wegen der spezifischen Mehrdeutigkeit des Begriffs „Amerikanisierung“ ist dessen klare Definition unabdingbar. Zu sehr hat sich im Verlauf der bis weit in die Zeit vor 1945 zurückreichenden Auseinandersetzung zwischen Amerikanisierungsbefürwortern und -gegnern eine begriffliche Unschärfe, ja Beliebigkeit eingeschlichen, die den Terminus oftmals zu einem bloßen Schlagwort bzw. Kampfbegriff ohne konkrete inhaltliche Aussagekraft verkommen ließ. Obgleich eine genaue begriffsgeschichtliche Untersuchung bislang noch aussteht, gilt als gesichert, daß „Amerikanisierung“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert ursprünglich einen rein inneramerikanischen Prozeß bezeichnete, nämlich die gezielte Integration bzw. Naturalisierung der in die USA strömenden europäischen Einwanderer.⁶⁰ „Es ging also darum“, so Philipp Gassert in seinem 1999 erschienenen Literaturbericht *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung*,

„eine amerikanische Nation zu schaffen, während die Europäer gerade die Auflösung des Nationalen in Amerika beobachteten. Ihren Höhepunkt erreichte die Amerikanisierungsbewegung [in den USA, S. P.] im ersten Weltkrieg; im Jahr 1917 wurde Amerikanisierung zum staatspolitischen Ziel erhoben, diente der Unterdrückung ethnischer Minderheiten und gipfelte in der Zwangsamikanisierung während [...] der unmittelbaren Nachkriegszeit.“⁶¹

Parallel zu dieser Entwicklung in den Vereinigten Staaten erhielt in Europa der Begriff „Amerikanismus“ seit dem Ersten Weltkrieg eine immer größere Bedeu-

⁶⁰ Aus zeitgenössischer Perspektive vgl. William T. Stead: *The Americanization of the World, or, the Trend of the Twentieth Century*, New York 1901. In deutscher Übersetzung erschien Steads Werk unter dem Titel: *Die Amerikanisierung der Welt*, Berlin 1902. Zu dem hier beschriebenen inneramerikanischen Amerikanisierungsprozeß siehe auch Dietrich Herrmann: „Be an American!“ Amerikanisierungsbewegung und Theorien zur Einwandererintegration, Frankfurt am Main 1996; Roger Daniels: *Coming to America. A History of Immigration and Ethnicity in American Life*, New York 2002.

⁶¹ Gassert: *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung*, S. 532–538, Zitat S. 532.

tung.⁶² Die neue weltpolitische Rolle der USA sowie der in der Zwischenkriegszeit verstärkt einsetzende Konsum amerikanischer Güter und die Übernahme amerikanischer Mode- und Musiktrends wurde nun auch in der „Alten Welt“ als unmittelbare Beeinflussung des eigenen kulturellen Umfelds wahrgenommen. Somit avancierten die USA in den 1920er Jahren zu einem Modell gesellschaftlicher und industrieller Modernität.⁶³ Mitgeprägt wurde dieses vorwiegend positive Amerika-Bild nicht zuletzt auch durch die 1923 erschienene Autobiographie des amerikanischen Industriellen und Automobilpioniers Henry Ford, dessen neuartige Auffassung von der Rationalisierung industrieller Produktionsvorgänge in Deutschland und ganz Europa unter der Bezeichnung „Fordismus“ mit großem Interesse rezipiert wurde.⁶⁴ Detlev J. K. Peukert hat die deutsche Wahrnehmung der Vereinigten Staaten in der Zeit der Weimarer Republik folgendermaßen beschrieben:

„Nach dem verlorenen Weltkrieg und vor allem seit der Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und Politik als amerikanischem Juniorpartner 1924 formten sich die schon zuvor vorhandenen Amerika-Mythen zum Symbol der Modernität schlechthin aus. Das Bild des strahlenden Siegers aus Übersee, der Mythos vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten, die amerikanische Wirtschafts- und Finanzkraft und der Vorsprung in Massenproduktion und Massenkonsum verknüpften sich mit Vorstellungen von ungehinderter Rationalität, traditionslosem Neuerertum, massenkultureller Avantgarde, Entfaltung neuer Medienwelten und konventioneller Lebensstile.“⁶⁵

Freilich blieb das hier geschilderte Amerika-Bild gerade unter Antimodernisten, Traditionalisten, Konservativen und gegen Ende der Weimarer Republik auch Na-

⁶² Zur Bedeutung des Begriffs „Amerikanismus“ aus zeitgenössischer Sicht vgl. Rudolf Kayser: „Amerikanismus“, in: Vossische Zeitung vom 27.9.1925; Otto Basler: Amerikanismus. Geschichte eines Schlagwortes, in: Deutsche Rundschau 227 (1930), S. 142–146; Frank Trommler: Aufstieg und Fall des Amerikanismus in Deutschland, in: ders. (Hg.): Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte, Opladen 1986, S. 666–676; Egbert Klautke: Unbegrenzte Möglichkeiten. „Amerikanisierung“ in Deutschland und Frankreich (1900–1933), Stuttgart 2003.

⁶³ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 1–34, hier besonders S. 2–10; Alf Lüdtke/Inge Marßolek/Adelheid von Saldern (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 7–26, besonders S. 8f. (Einleitung); Richard Pells: Not Like US. How Europeans have loved, hated, and transformed American Culture since World War II, New York 1997, S. 7–21; Gassert: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung, S. 535f.

⁶⁴ Henry Ford: Mein Leben und Werk, Leipzig 1923. Zur zeitgenössischen Rezeption des „Fordismus“ vgl. Emil Hornemeier: Die Ford Motor Company, Ihre Organisation und ihre Methoden, Leipzig 1925; Julius Hirsch: Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1926. Vgl. ferner Charles S. Maier: Zwischen Taylorismus und Technokratie. Gesellschaftspolitik im Zeichen industrieller Rationalität in den zwanziger Jahren in Europa, in: Michael Stürmer (Hg.): Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein 1980, S. 188–213; Gunnar Stollberg: Die Rationalisierungsdebatte 1908–1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr, Frankfurt am Main 1981; Thomas Freyberg: Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main u.a. 1989.

⁶⁵ Detlev J. K. Peukert: Die Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1987, S. 179f. Vgl. diesbezüglich auch die Einschätzung von Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 111.

tionalsozialisten nicht unwidersprochen. Von den genannten Gruppierungen wurden die USA als das Zentrum einer in sich völlig undifferenzierten und kulturlosen Massengesellschaft gebrandmarkt.⁶⁶ Bemerkenswerterweise zeigten sich aber gerade die Nationalsozialisten nach 1933 vom enormen wirtschaftlichen Potential sowie den industriellen und kommunikationstechnischen Leistungen der Vereinigten Staaten durchaus beeindruckt, wenngleich die amerikanische Kultur als solche – erinnert sei hier nur an die rassistische Gleichsetzung des Jazz mit „Niggermusik“⁶⁷ – weiterhin strikt abgelehnt wurde.⁶⁸ Tatsächlich sah das Dritte Reich in den USA einen ernstzunehmenden Konkurrenten auf der Weltbühne und intensivierte deshalb seine Bemühungen, die mit dem Begriff des Amerikanismus verbundenen positiven Eigenschaften durch deren „Germanisierung“ für das eigene Regime nutzbar zu machen. Mit anderen Worten: das Bild der modernen und fortschrittlichen Gesellschaft wurde kurzerhand propagandistisch auf das nationalsozialistische Staats- und Gesellschaftssystem übertragen.⁶⁹ Es kann daher auch kaum verwunderlich sein, daß die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen USA gerade durch die Nationalsozialisten einen wichtigen, wenngleich höchst ambivalenten Impuls erhielt. So kam es im Jahre 1936 zur erstmaligen Einrichtung eines amerikakundlichen Lehrstuhls an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität.⁷⁰

Eine neue Dimension in die deutsch-amerikanischen Beziehungen brachte schließlich die bereits angesprochene Zäsur von 1945. Die enge politische Bindung Westdeutschlands an die amerikanische Weltmacht im Zeitalter des Kalten Krieges führte zu einer nicht minder umfassenden kulturellen Beeinflussung. Allein die massive amerikanische Militärpräsenz in der Bundesrepublik ließ – im Unterschied zur Zwischenkriegszeit – transatlantische Lebensgewohnheiten und kulturelle Eigenarten ganz unmittelbar in die westdeutsche Gesellschaft einsickern.⁷¹

⁶⁶ Vgl. exemplarisch Adolf Halfeld: *Amerika und der Amerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und Europäers*, Jena 1927. Zum ambivalenten Amerika-Bild der Zwischenkriegszeit vgl. zudem Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 20–43.

⁶⁷ Michael H. Kater: *Different Drummers. Jazz in the Culture of Nazi Germany*, Oxford 1992.

⁶⁸ Vgl. Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 32f.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 33. Zum Gesamtkomplex des ambivalenten Verhältnisses NS-Deutschlands zu den USA bzw. zur amerikanischen Vorbildrolle in den Jahren zwischen 1933 und 1945 vgl. Junker: *Kampf um die Weltmacht*; Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hg.): *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991; Rüdiger Hachtmann: „Die Begründer der amerikanischen Technik sind fast lauter schwäbisch-allemanische Menschen“; *Nazi-Deutschland, der Blick auf die USA und die „Amerikanisierung“ der industriellen Produktionsstrukturen im „Dritten Reich“*, in: Lüdtke/Marßolek/von Saldern: *Amerikanisierung*, S. 37–66; Philipp Gassert: *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945*, Stuttgart 1997.

⁷⁰ Vgl. u. a. Christian Freitag: *Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945 unter Berücksichtigung der Amerikaarbeit staatlicher und privater Organisationen*, Phil. Diss., Berlin 1977, S. 208–215; Gassert: *Amerika im Dritten Reich*, S. 116–136, besonders S. 116f.

⁷¹ Vgl. die weitgehend übereinstimmenden Einschätzungen bei Doering-Manteuffel: *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, S. 11–34; Lüdtke/Marßolek/von Saldern: *Amerikanisierung*, S. 26–28; Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 34–43; Gassert: *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung*,

Hinzu kam der nach 1945 z.T. bewußt gesteuerte, größtenteils sich aber eigenständig entwickelnde kulturelle Austausch zwischen beiden Ländern, wobei die USA hier in der Regel stets die klar dominierende Position einnahmen. So richtete sich der westdeutsche Blick, bedingt durch die uneingeschränkte amerikanische Vormachtstellung im westlich-demokratischen Lager, in zentralen Fragen der eigenen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und eben auch kulturellen Entwicklung immer wieder über den Atlantik.⁷²

Was ist also unter dem Begriff der „Amerikanisierung“ im Kontext der bundesrepublikanischen Nachkriegsentwicklung konkret zu verstehen? Eine präzise und damit wissenschaftlich brauchbare Definition hat Philipp Gassert geliefert. Nach Gassert beschreibt „Amerikanisierung“ einen höchst komplexen Transferprozeß, den er folgendermaßen charakterisiert:

„Der Gegenstand dieses Transfers sind ‚Amerikanismen‘, d.h. Produkte, Institutionen, Normen, Werte, Gebräuche, Verhaltensweisen und Verhaltensformen, aber auch Symbole, ‚icons‘ und Bilder, die vermeintlich oder tatsächlich aus den Vereinigten Staaten übernommen, auf jeden Fall aber als amerikanisch empfunden werden. Der komplexe Aneignungsprozeß der Übernahme – oder besser – der Annahme von Amerikanismen ist immer selektiv, von Ablehnungs- und Adaptionsprozessen begleitet. Amerikanisierung als wissenschaftlicher Terminus technicus ist daher nur sinnvoll, wenn er einen aktiven Entscheidungsprozeß des Rezipienten mit einschließt [...]. Jeder Amerikanisierungsprozeß, so kann man als Minimalkonsens der Forschung resümieren, geht mit einem Germanisierungs- (Eindeutschungs-) bzw. Europäisierungsprozeß der Amerikanismen einher. Keine Amerikanisierung ohne Germanisierung.“⁷³

Der Begriff „Amerikanisierung“ steht demzufolge für einen interkulturellen Kultur- und Ideentransfer, der häufig mit einem Krisenbewußtsein auf der Empfängerseite als ausschlaggebenden Impuls einhergeht. Bereits in den 1980er Jahren wurden von einer deutsch-französischen Forschergruppe um den Germanisten Michel Espagne und dem Historiker Michael Werner am Beispiel des Kulturtransfers zwischen Deutschland und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert erstmals wissenschaftlich nachvollziehbare Kategorien für derartige Transferprozesse entwickelt.⁷⁴ Weitere Verfeinerung erhielt die Transferforschung auf deutscher Seite

S.545–549 (Literaturbericht); Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S.208f.; Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S.253–255; Heinz Bude: Vorwort, in: ders./Greiner: Westbindungen, S.7–15; Bernd Greiner: „Test the West“. Über die „Amerikanisierung“ der Bundesrepublik Deutschland, in: ebd., S.16–54; Junker: Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, S.17–58; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd.2: Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S.129; Christof Mauch/Kiran Klaus Patel (Hg.): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008.

⁷² Vgl. hierzu exemplarisch die einzelnen Aufsätze in Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd.1 und 2, sowie bei Mauch, Patel: Wettlauf um die Moderne.

⁷³ Gassert: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung, S.532.

⁷⁴ Vgl. Michel Espagne/Michael Werner: Deutsch-französischer Kulturtransfer im 18. und 19. Jahrhundert. Zu einem neuen interdisziplinären Forschungsprogramm des C.N.R.S., in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 13 (1985), S.502–510; dies.: La construction d’une référence culturelle allemande en France – Génèse et Histoire (1750–1914), in: Annales E.S.C. juillet-août 1987, S.969–992; dies.: Deutsch-französischer Kulturtransfer als Forschungsgegenstand. Eine Problemskizze, in: dies. (Hg.): Transfers.

durch den Leipziger Historiker Matthias Middell, der „als beinahe idealtypisches Beispiel“ für einen Kulturtransfer die Beziehung der Hochschul- und Bildungssysteme Frankreichs und Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts anführt.⁷⁵ Tatsächlich ist gerade dieses Beispiel für das im Rahmen der vorliegenden Studie zu behandelnde Thema von besonderem Interesse, da es sich hier ebenfalls um einen interkulturellen Transferprozeß auf Universitäts- und Wissenschaftsebene handelte. Middell hat darauf hingewiesen, daß die französische Gesellschaft im Anschluß an den Krieg von 1870/71 nach Gründen für die Niederlage gegen Preußen-Deutschland suchte und in diesem Zusammenhang als eine Hauptursache für das eigene Scheitern die Überlegenheit des deutschen Hochschulwesens identifizierte, das – so die damals vorherrschende Meinung – in kriegs- bzw. militärtechnisch relevanten Bereichen überragende Spezialisten ausgebildet habe. Damit fiel dem deutschen Hochschulwesen, trotz oder gerade wegen der französischen Niederlage, eine wichtige Vorbildfunktion zu. Um sich ein genaues Bild von den universitären Verhältnissen in Deutschland zu verschaffen, setzten kurz nach 1870/71 entsprechende Informationsreisen französischer Gelehrter in das neugegründete Kaiserreich ein, „deren Berichte und Erfahrungen mit Sorgfalt für den Umbau der französischen Universitäten [...] ausgewertet wurden“.⁷⁶ Zudem stiegen viele dieser jungen Deutschland-Reisenden, wie z.B. der Soziologe Emile Durkheim oder der Historiker Marc Bloch, in der Folgezeit selbst in akademische Schlüsselpositionen auf, was dazu führte, daß die in Deutschland gesammelten Erfahrungen auch auf dieser Ebene in das französische Hochschul- und Wissenschaftssystem einfließen konnten.⁷⁷ Selbstverständlich handelte es sich bei diesem Kulturtransfer um keine Totalübertragung des deutschen auf das französische Hochschulsystem, sondern um die Integration einzelner, als nachahmenswert erscheinender Elemente, wie beispielsweise des Seminar- und Laborbetriebs, in die bestehenden Hochschulstrukturen.⁷⁸

Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand, Paris 1988, S.11–34; Michel Espagne: Les transferts culturels franco-allemands, Paris 1999; ders.: Kulturtransfer und Fachgeschichte der Geisteswissenschaften, in: Matthias Middell (Hg.): Kulturtransfer und Vergleich, Leipzig 2000, S.42–61. In diesem Zusammenhang vgl. auch die Arbeit von Johannes Pochmann: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: HZ 267 (1998), S.649–685.

⁷⁵ Matthias Middell: Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verständnis, in: ders.: Kulturtransfer und Vergleich, S.7–42, hier S.21f.

⁷⁶ Ebd., S.21.

⁷⁷ Ebd., S.21f. In diesem Zusammenhang vgl. auch Christophe Charle: L'élite universitaire française et le système universitaire allemande (1880–1990), in: Espagne/Werner: Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand, S.345–358; Lothar Jordan/Bernd Kortländer (Hg.): Nationale Grenzen und internationaler Austausch. Studien zum Kultur- und Wissenschaftstransfer in Europa, Tübingen 1995; Michel Espagne: Die Universität Leipzig als deutsch-französische Arbeitsstätte, in: ders./Matthias Middell (Hg.): Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Frankreich und Sachsen im 18. Jahrhundert, Leipzig 2000, S.353–377; Walter Rüegg: Humboldt in Frankreich, in: Schwinges: Humboldt International, S.247–262.

⁷⁸ Middell: Kulturtransfer und Historische Komparatistik, S.22. Vgl. ferner Michael Werner: L'Ecole normale: une séminaire à l'allemande?, in: Michel Espagne (Hg.): L'Ecole normale supérieure et l'Allemagne, Leipzig 1995, S.77–88.

Eine ähnliche, allerdings noch viel weiter zurückreichende Vorbildfunktion fiel dem deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystem für die Entwicklung der Higher Education in den USA zu. Im amerikanischen Fall war es vor allem die mangelnde Forschungsausrichtung der Colleges gewesen, die den Blick schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die damals führenden Zentren moderner Forschung und Lehre nach Göttingen, Heidelberg oder Berlin schweifen ließ. Auch hier kam es infolge der an deutschen Universitäten gesammelten Erfahrungen amerikanischer Studenten und Gelehrter zu einer Verschmelzung einzelner deutscher Hochschulelemente mit dem traditionellen amerikanischen System. Dieser „Amalgamierungsprozeß“ darf mitunter als die Geburtsstunde der modernen Forschungsuniversität in den USA angesehen werden.⁷⁹

Sowohl in Frankreich als auch in den Vereinigten Staaten war dem eigentlichen Kulturtransfer zunächst ein Bewußtsein für die Defizite des eigenen Systems und damit verbunden der Wille zu dessen Modernisierung vorausgegangen. Ganz in diesem Sinne schreibt Middell über die einem Kulturtransfer zugrunde liegende Motivation:

„Nicht der Wille zum Export, sondern die Bereitschaft zum Import steuert hauptsächlich die Kulturtransferprozesse. Individuelle und kollektive Erfahrungen, Ideen, Texte, kulturelle Artefakte bekommen eine völlig andere Funktion im neuen, dem Aufnahmekontext, sie werden als Fremdes dem Eigenen inkorporiert. Oftmals ist dabei das Ziel des Verweises auf das Fremde, das es anzueignen gelte, der Wunsch nach Veränderung/Modernisierung der eigenen Kultur. Dieses Motiv steuert die Auswahl der Transfergüter und die Art und Weise ihrer Modifikation für die eignen Zwecke.“⁸⁰

Gleichfalls in einer Krisensituation befand sich das deutsche bzw. westdeutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem nach der Zäsur von 1945. Viele Universitäten waren entweder zerstört oder befanden sich hinsichtlich ihrer materiellen wie personellen Ausstattung in einem katastrophalen Zustand. Das ehemals glanzvolle internationale Renommee der deutschen Wissenschaft war nach dem Ende der zwölfjährigen nationalsozialistischen Schreckensherrschaft weitgehend diskreditiert.⁸¹ In den ersten eineinhalb Jahrzehnten nach Kriegsende, also in der eigentlichen Wiederaufbauphase des Hochschulwesens in der Bundesrepublik, stand auf deutscher Seite zunächst das Bemühen im Vordergrund, wieder an die vermeintlich unbelastete und „große“ Universitäts- und Wissenschaftstradition der Zeit vor 1933 anzuknüpfen. Um das Jahr 1960 setzte sich jedoch zunehmend die Erkenntnis durch, daß mit im 19. Jahrhundert fußenden Hochschulstrukturen der Entwicklung hin zur „Massenuniversität“, die sich mit der Demokratisierung des Hochschulzugangs abzeichnete, nicht mehr adäquat begegnet werden könne. Dagegen schienen aus bundesrepublikanischer Perspektive in den USA die richtigen Antworten auf diese Herausforderungen gefunden worden zu sein.⁸² Das darauf-

⁷⁹ Vgl. Kapitel I. Siehe zudem exemplarisch Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee; Roy Steven Turner: Humboldt in North America? Reflections on the Research University and its Historians, in: Schwinges: Humboldt International, S. 289–312.

⁸⁰ Middell: Kulturtransfer und Historische Komparatistik, S. 20f.

⁸¹ Vgl. exemplarisch den kurzen Überblick bei Müller: Geschichte der Universität, S. 101f.

⁸² Vgl. Stucke: Mythos USA, S. 120–126.

hin seit den 1960er Jahren zu beobachtende Bemühen um eine Übernahme und Integration einzelner Elemente des amerikanischen Hochschulsystems in den westdeutschen Kontext war somit der Versuch, das immer noch auf der Humboldtschen Universitätsidee basierende heimische Hochschulwesen zu modernisieren und damit international wieder konkurrenzfähig zu machen, ohne deshalb wirklich eigenständige „deutsche“ Reformkonzepte entwickeln zu müssen.⁸³ „Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie“, so Jarausch, „daß die Reformära letztlich den Humboldtschen Diskurs vor der Auslöschung rettete, indem sie einige seiner größten Probleme durch die Übernahme von vornehmlich importierten amerikanischen Lösungen abzuschwächen vermochte.“⁸⁴

Das mit der vorliegenden Studie verfolgte Ziel besteht darin, diesen als „Amerikanisierung“ zu bezeichnenden interkulturellen Transferprozeß auf der Ebene von Universität und Wissenschaft für die ersten drei Nachkriegsdekaden erstmalig nachzuzeichnen. In der Umsetzung dieser Erkenntnisperspektive in ein konkretes Untersuchungsprogramm war es wegen der grundsätzlichen Problematik jeglicher Einflußforschung und der besonderen Wertgeladenheit der Kategorie „Amerikanisierung“ allerdings notwendig, sich auf ein mit der Chance gesteigerter analytischer Tiefenschärfe verbundenes Untersuchungsspektrum zu konzentrieren. Die Studie gliedert sich deshalb in insgesamt acht Teile:

Im Rahmen des ersten Hauptkapitels sollen die bereits zwischen ca. 1800 und 1945 bestehenden deutsch-amerikanischen Interaktionen, Verknüpfungen und wechselseitigen oder einseitigen Einflüsse anhand vorliegender Literatur und gedruckten Quellenmaterials dargestellt werden. Ein solcher Rückgriff auf die Zeit vor 1945 erscheint notwendig, um die deutsch-amerikanischen Wissenschaftskontakte bzw. die besondere amerikanische Vorbildfunktion nach dem Zweiten Weltkrieg in einen größeren historischen Kontext einzuordnen. Tatsächlich wird die kulturgeschichtliche Dimension der nach 1945 allmählich einsetzenden und um 1960 schließlich zum Durchbruch kommenden westdeutschen Ausrichtung am amerikanischen Hochschulmodell nur dann verständlich, wenn man die umgekehrte und weit in das 19. Jahrhundert zurückreichende Vorbildfunktion der Humboldtschen Universitätsidee auf die Entwicklung der Higher Education in den USA miteinbezieht. Das Wissen um diese gegenseitige Einflußnahme stellt somit eine wichtige Grundvoraussetzung auch für heutige Reformprozesse dar. „Als Zentren intellektueller Kreativität“, wie es beispielsweise Jarausch formuliert hat, „haben die besten US-Hochschulen [...] zweifellos das Erbe der deutschen Universitäten angetreten – sollten sie nicht nun auch auf ihre einstigen Vorbilder zurückwirken?“⁸⁵

Das zweite Hauptkapitel beschäftigt sich zunächst mit den hochschul- und wissenschaftspolitischen Konzepten und Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht in den Jahren 1945 bis 1955. Diese unmittelbare Nachkriegsphase ist für die Studie insofern von grundlegender Bedeutung, als die amerikanische

⁸³ Vgl. Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung, S. 75f.; ders.: Das Ausland als Vorbild, S. 94–96; Jarausch: Das Humboldt-Syndrom, S. 68–70; Stucke: Mythos USA, S. 123.

⁸⁴ Jarausch: Das Humboldt-Syndrom, S. 70.

⁸⁵ Jarausch: Amerika – Alptraum oder Vorbild.

Militärbehörde zumindest bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 über die theoretische Möglichkeit verfügt hätte, das westdeutsche Universitätswesen durch ein direktes und konsequentes Eingreifen nach eigenen, d. h. vom amerikanischen Hochschulsystem geprägten Vorstellungen zu reformieren.⁸⁶ Doch trotz aller amerikanischen Bemühungen und Initiativen blieb – wie zu zeigen sein wird – eine grundlegende Hochschulreform während der Besatzungszeit letztlich aus. Auf deutscher Seite wurde weniger die Adaption ausländischer Modelle als vielmehr die Rückbesinnung auf die vermeintlich unbelastete vernationalsozialistische Universitätstradition als einzig angemessener Reformweg verstanden. Hinzu kam, daß der Ausbruch des Kalten Krieges 1947/48 und die damit einhergehende Neubewertung der deutsch-amerikanischen Beziehungen den zuständigen westdeutschen Stellen bereits vor 1949 die Freiheit einräumte, in der Frage der Hochschulreform nach eigenen Vorstellungen zu verfahren.

Das sich anschließende dritte Hauptkapitel will am Beispiel hochschulpolitisch relevanter Konferenzen und Stellungnahmen beleuchten, inwieweit amerikanische Reformanregungen aus der Besatzungszeit in den westdeutschen Hochschulreformdiskurs der fünfziger Jahre dennoch hineingewirkt haben. Tatsächlich zeigt gerade der Zeitraum zwischen 1950 und 1960 die höchst ambivalente Grundhaltung, mit der man diesem Thema begegnete: Zwar wurde die Notwendigkeit von Reformen auf Hochschulebene immer deutlicher erkannt, gleichzeitig aber sollten eventuelle Neuerungen – wenn überhaupt – nur äußerst behutsam innerhalb der traditionellen Strukturen umgesetzt werden. Weiterreichende Veränderungen auf Verfassungs- bzw. Verwaltungsebene spielten kaum eine nennenswerte Rolle. Als besonders reformhemmend erwies sich zudem der Umstand, daß der materielle Wiederaufbau des westdeutschen Universitätswesens den hochschulpolitischen Kurs bis weit in die fünfziger Jahre hinein prägte. „Es kann somit nicht verwundern“, wie Stucke hierzu vermerkt, „daß während der Wiederaufbauphase der deutschen Universität (1945–1960) zunächst nicht an anglo-amerikanische Vorbilder, sondern dezidiert an die Lehrstuhl- und Ordinarienuniversität des 19. Jahrhunderts angeknüpft wurde.“⁸⁷

Aufgrund der im Kern zutreffenden Tatsache, daß auf universitärer Ebene die Besatzungsjahre – wie überhaupt der Zeitraum zwischen 1945 bis ca. 1960 eben weniger als Reform-, sondern mehr als eine Restaurationsphase anzusehen ist –, soll im Verlauf des vierten Hauptkapitels nach dem eigentlichen hochschulpolitischen Erbe der amerikanischen Besatzungspolitik gefragt werden. Dabei gilt es zu klären, welche hochschul- und wissenschaftspolitischen Initiativen der amerikanischen Militär- bzw. Zivilbehörde die OMGUS- (Office of Military Government for Germany United States) und anschließend die bis 1955 dauernde HICOG-Phase (U.S. High Commission for Germany) überdauert und somit bis heute nachwirkende Spuren hinterlassen haben. In erster Linie sind hier auf institutioneller Ebene die Gründung der Freien Universität Berlin (FU) im Jahre 1948 sowie auf wissenschaftsdisziplinärer Ebene die gleichfalls Ende der 1940er Jahre einsetzende Etablierung einer westdeutschen Amerikanistik/Amerikastudien und

⁸⁶ Vgl. Ralph Willet: *The Americanization of Germany, 1945–1949*, London 1989.

⁸⁷ Stucke: *Mythos USA*, S. 120.

Politikwissenschaft zu nennen. Diesbezüglich wird zu zeigen sein, daß die Entwicklung der drei genannten Einrichtungen während beinahe des gesamten Untersuchungszeitraums hindurch ohne massives amerikanisches Engagement kaum vorstellbar gewesen wäre. Ferner läßt sich konstatieren, daß die beiden gesellschafts- bzw. kulturwissenschaftlich ausgerichteten Disziplinen wie auch die Berliner FU auf unterschiedliche Art und Weise auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik eingewirkt haben bzw. immer noch einwirken. So würdigt Anselm Doering-Manteuffel die Einführung der Politikwissenschaft nach 1945 und die hochschulpolitische Bedeutung der FU-Gründung:

„Die Politikwissenschaft begriff sich dezidiert als ‚Demokratiewissenschaft‘ und bildete damit einen pointierten Kontrast zur überkommenen deutschen Staatswissenschaft, die vom juristischen Denken dominiert war. 1948 entstand im amerikanischen Sektor Berlins die Freie Universität als Gegenründung zur kommunistisch vereinnahmten Humboldt-Universität im sowjetischen Sektor. Das geschah mit dezidiert politischer und finanzieller Unterstützung aus den USA, und die FU Berlin entwickelte sich in den fünfziger Jahren zum demokratisch strukturierten Gegenmodell der überkommenen deutschen Ordinarienuniversität.“⁸⁸

Das fünfte Hauptkapitel mit der Überschrift *Austausch, Erfahrung, Kulturtransfer: Westdeutsche Studenten und Wissenschaftler in den USA* nimmt innerhalb der Gesamtkonzeption der Studie eine Schlüsselfunktion ein. Im Zentrum steht die Frage, welche Ursachen wesentlich mit dazu beigetragen haben, daß gegen Ende der 1950er Jahre das amerikanische Universitäts- und Wissenschaftsmodell zunehmend als Vorbild in die westdeutsche Diskussion um eine Hochschulreform Eingang fand. In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, daß der mit Beginn der fünfziger Jahre einsetzende akademische Austausch zwischen den USA und der Bundesrepublik für diesen Kulturtransfer als eine Art Katalysator maßgeblich mitverantwortlich war. Nach einer kurzen Darstellung der Entwicklung des akademischen Austauschs mit den USA im Untersuchungszeitraum wird deshalb am Beispiel von Erfahrungsberichten vorwiegend deutscher Fulbright-Stipendiaten (Wissenschaftler und Studenten) herausgearbeitet, welche Aspekte des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsmodells für den westdeutschen Kontext als vorbildhaft und damit nachahmenswert identifiziert wurden. Dabei soll auch näher auf das damals aufkommende und bis heute unvermindert akute Phänomen des sogenannten Brain Drain, sprich der Abwanderung deutscher Nachwuchswissenschaftler speziell in die USA, eingegangen werden, das den Reformdruck in den 1960er und 1970er Jahren noch zusätzlich erhöhte.

Demgemäß wird es in den beiden folgenden Hauptkapiteln darum gehen, an Hand zeitgenössischer Quellen und Literatur zum Thema Hochschulreform nachzuvollziehen, seit wann und inwieweit die u. a. in den Erfahrungsberichten akademischer USA-Reisender positiv hervorgehobenen Elemente des amerikanischen Universitätssystems im Rahmen der jeweiligen Reformen auf Hochschul-, Länder- und Bundesebene diskutiert und umgesetzt wurden. Exemplarisch soll dabei die jeweilige Auseinandersetzung um die Einführung der Präsidialverfassung, des Departmentsystems, der Assistenz-Professur, des Forschungssemesters, von

⁸⁸ Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 69.

Hochschulräten sowie um die Anwendung von Public-Relations-Mechanismen auf Hochschulebene im Zentrum der Untersuchung stehen. Mit dieser Auswahl werden zentrale Aspekte des Universitäts- und Wissenschaftsbereichs analysiert, die teilweise bis in die jüngste Zeit die Debatte um eine weiterreichende Amerikanisierung des deutschen Hochschulwesens bestimmen.

Das sich anschließende neunte Kapitel widmet sich einem spezifischeren Untersuchungsgegenstand. An Hand ausgesuchter Beispiele soll der Frage nachgegangen werden, in welchem Umfang sich der strukturelle Zuschnitt sowie die planerische bzw. architektonische Konzeption des westdeutschen Universitätsbibliothekswesens seit den frühen 1950er Jahren am Vorbild wissenschaftlicher Bibliotheken in den USA – die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg als die modernsten der Welt galten – orientiert hat. Die Bedeutung der Institution Bibliothek für das universitäre Gesamtgefüge liegt auf der Hand: Hier wurde und wird nicht nur das wissenschaftliche Gedächtnis einer Universität gespeichert, sondern mit Hilfe der Bibliotheksbestände auch neues Wissen produziert. Der wissenschaftliche Ruf einer Universität steht somit in einem direkten Zusammenhang mit der Qualität ihrer Bibliothek. Spätestens nach 1945 wiesen die deutschen Hochschulbibliotheken im internationalen Vergleich gravierende strukturelle Mängel auf. Erste, von in den Vereinigten Staaten gesammelten Erfahrungen beeinflusste Neubauprojekte versuchten schon in den 1950er Jahren diese Defizite auszugleichen. Schließlich boten vor allem die Hochschulneugründungen der 1960er Jahre die Möglichkeit, die universitäre Bibliotheksorganisation in der Bundesrepublik ohne Rücksicht auf bestehende Strukturen nach amerikanischen Standards (z. B. Freihandaufstellung, Zentralbibliothek) zu modernisieren und die bis dato übliche traditionelle Zweiteilung in Universitäts- und Institutsbibliotheken aufzuheben.

Der Zusammenhang von Hochschulreform und universitären Neugründungen wird abschließend im letzten Hauptkapitel behandelt. Damit steht eine bislang kaum näher untersuchte „Amerikanisierungsebene“ im Mittelpunkt des Interesses. Hierbei geht es um die Frage, inwieweit die Planungskonzepte der ersten westdeutschen Neugründungen durch den Gedanken des „Campus Life“ amerikanischer Universitäten beeinflusst wurden. Wie am Beispiel der jeweiligen Planungsgeschichte für die Neugründungen in Bochum, Regensburg und Konstanz zu zeigen sein wird, bot das anglo-amerikanische Campus-Modell im Sinne einer in sich geschlossenen Hochschulstadt aus damaliger Sicht die eigentliche Voraussetzung, Reformen auf strukturell-organisatorischer und auf sozialer Ebene in einem adäquaten universitären Ambiente praktisch umzusetzen, ohne auf bestehende Verhältnisse achten zu müssen. Die damaligen Neugründungen entstanden primär nicht nur aus rein räumlichen Notwendigkeiten heraus auf der grünen Wiese, sondern den damaligen Campus-Planungen lag zudem eine maßgeblich an amerikanische Vorbilder angelehnte theoretische wie praktische Neukonzeption der deutschen Universität zugrunde. Die Tatsache jedoch, daß der damalige idealistische Anspruch mit der heutigen Realität an den deutschen Campus-Hochschulen – die ursprünglich eine Art Avantgarde bilden sollten – kaum noch etwas gemein hat, verdeutlicht in gewisser Weise auch die Grenzen, ja Risiken interkultureller Transferprozesse. Eine immer wieder aufs neue zu hinterfragende Berücksichtigung bereits vergangener Reformprozesse und -maßnahmen ist demnach mit Blick

auf künftig anvisierte Reformvorhaben – gerade in derart sensiblen Bereichen wie sie Universität und Wissenschaft darstellen – unabdingbar, um alte und mögliche neue Fehler zu vermeiden.

Da die Geschichte des amerikanischen Einflusses auf Universität und Wissenschaft in den ersten drei Dekaden der Bundesrepublik bislang kaum oder lediglich in (zumeist disziplingeschichtlichen) Ansätzen wissenschaftlich aufgearbeitet wurde, waren für die vorliegende Studie zahlreiche Primärquellen heranzuziehen und zu erschließen.⁸⁹ In der Hauptsache basiert das ausgewertete ungedruckte Quellenmaterial auf den sehr umfangreichen Aktenbeständen der Kultusministerien, die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München sowie im Baden-Württembergischen Hauptstaatsarchiv in Stuttgart aufbewahrt werden und zusammengekommen ein geschlossenes Bild hinsichtlich der Entwicklung des Hochschulreformdiskurses nicht nur in Bayern und Baden-Württemberg, sondern für die gesamte Bundesrepublik vermitteln. So konnte dort neben den Tagungsprotokollen der Ministerpräsidenten- und Kultusministerkonferenz auch die äußerst umfassende Korrespondenz der bayerischen und baden-württembergischen Kultusverwaltungen mit den Kultusministerien der übrigen acht Bundesländer, der Hochschulrektorenkonferenz, dem Wissenschaftsrat sowie mit einzelnen Hochschulen zwischen 1945 bis ca. 1972/73 gesichtet und systematisch ausgewertet werden. Als wichtiger Fundus zu Fragen der amerikanischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik während der Besatzungszeit erwiesen sich zudem die größtenteils auf Mikrofilm abgelichteten OMGUS-Akten im Münchner Institut für Zeitgeschichte. Die für den Kulturtransfer zwischen den USA und der Bundesrepublik in höchstem Maße aufschlußreichen Berichte westdeutscher Studenten und Wissenschaftler über ihre in den USA gesammelten Erfahrungen sowie weiteres Quellenmaterial zur Entwicklungsgeschichte und Bedeutung des akademischen Austauschs mit den Vereinigten Staaten wurden im Archiv der deutschen Fulbright-Kommission in Berlin eingesehen. Was schließlich den hier konstatierten amerikanischen Einfluß auf die Entwicklung des westdeutschen Universitätsbibliothekswesens nach 1945 und auf die Konzeption der Campus-Neugründungen seit den 1960er Jahren anbelangt, konnte das in den Hauptstaatsarchiven zu München und Stuttgart gesammelte Quellenmaterial durch die im Universitätsarchiv Stuttgart aufbewahrten Aktenbestände des Zentralarchivs für Hochschulbau ergänzt werden.

⁸⁹ Vgl. beispielhaft die Studien von Hans-Joachim Arndt: *Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1978; Johannes Weyer: *Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nord-amerikanischer Einfluß*, Berlin 1984; Volker Berg-hahn: *Deutschlandbilder 1945–1965. Angloamerikanische Historiker und moderne deutsche Geschichte*, in: Ernst Schulz (Hg.): *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem 2. Weltkrieg*, Oldenburg 1989, S. 239–295; Bernhard Plé: *Wissenschaft und säkulare Mission. „Amerikanische Sozialwissenschaft“ im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990; Gisela Strunz: *American Studies oder Amerikanistik? Die deutsche Amerikawissenschaft und die Hoffnung auf Erneuerung der Hochschulen und der politischen Kultur nach 1945*, Opladen 1999; Hartmut Lehmann: *Die „Verwestlichung“ der historischen Wissenschaft*, in: Bude/Greiner: *Westbindungen*, S. 119–137.

Bezüglich des verwendeten gedruckten Quellenmaterials erwiesen sich in besonderer Weise die beiden von Rolf Neuhaus 1961 und 1968 im Auftrag der Westdeutschen Rektorenkonferenz bzw. der Kultusministerkonferenz zusammengestellten Quelleneditionen *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959* und *Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966* als unverzichtbare Materialbasis.⁹⁰

Als wichtige Sekundärquelle wurde zudem die zwischen 1945 und 1976 erschienene zeitgenössische Literatur zu Fragen der Hochschulreform bzw. Hochschulentwicklung exemplarisch herangezogen. Neben der eingehenden Analyse zahlreicher bedeutender Einzelpublikationen und Sammelwerke vermittelte in diesem Kontext insbesondere die systematische Auswertung hochschul- und wissenschaftspolitisch relevanter Zeitschriften wie der *Deutschen Universitäts-Zeitung*, den *Freiburger Universitätsblättern*, den *Konstanzer Blättern für Hochschulfragen* sowie den *Mitteilungen des Hochschulverbandes* zentrale Erkenntnisse.

⁹⁰ Rolf Neuhaus: *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, Wiesbaden 1961; ders. (Hg.): *Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen. Anregungen des Wissenschaftsrats, Empfehlungen und Denkschriften auf Veranlassung von Ländern in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960–1966*, Wiesbaden 1968.

I. Grundlagen und Vorgeschichte: Stationen deutsch-amerikanischer Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen vor 1945

1. Amerikanische Studenten in Deutschland

Die Geschichte der deutsch-amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen hat ihren Anfang im frühen 19. Jahrhundert. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges überwog deutlich das amerikanische Interesse am deutschen Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb, während umgekehrt die Universitäten und Colleges der Vereinigten Staaten ein international noch wenig beachtetes Schatten-dasein führten.¹ „Im Verlauf des 19. Jahrhunderts erreichte“, wie es der amerikanische Historiker Roy Steven Turner formuliert hat,

„die deutsche Wissenschaft die führende Stellung in der Welt, in der klassischen und vergleichenden Philologie schon um 1830, in der Geschichte und Bibelkritik um 1840, in vielen Gebieten der Naturwissenschaft zwischen 1840 und 1865. Beobachten läßt sich dies an der Entstehung des Institutssystems, an der Betonung der Forschungsmethoden bei der Ausbildung der Studenten, an den Kontroversen zwischen wissenschaftlichen Schulen oder

¹ Grundlegend zu den deutsch-amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, insbesondere unter dem Aspekt des deutschen Einflusses auf das nordamerikanische Hochschulsystem, sind die Untersuchungen von James Morgan Hart: *German Universities. A Narrative and Personal Experience*, New York 1878; Albert B. Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur*, Leipzig 1912; Charles Franklin Thwing: *The American and the German University. One Hundred Years of History*, New York 1928; Abraham Flexner: *Universities. American, English, German*, New York 1930; Richard Hofstadter/Walter P. Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, New York/London 1955, S.367–412; Henry A. Pochmann: *German Culture in America 1600–1900*, Madison 1957, S.66–78; Jürgen Herbst: *The German Historical School in American Scholarship. A Study in the Transfer of Culture*, Washington/London 1965; Carl Diehl: *Americans and German Scholarship 1770–1870*, New Haven/London 1978; Dietrich Goldschmidt: *Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem US-amerikanischen Bildungswesen vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1945*, in: ders.: *Die gesellschaftliche Herausforderung der Universität. Historische Analysen, internationale Vergleiche, globale Perspektiven*, Weinheim 1991, S.139–187; Winfried Herget: *Overcoming the Mortifying Distance. The American Impressions of German Universities in the Nineteenth and Early Twentieth Century*, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: *Transatlantische Partnerschaft, S.195–208*; Teichler/Wasser: *German and American Universities. Mutual Influences*; Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S.185–200; Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee auf die Higher Education in Amerika*; Henry Geitz/Jürgen Heideking/Jürgen Herbst (Hg.): *German Influences on Education in the United States to 1917*, New York 1995; Daniel Fallon: *Deutsche Einflüsse auf das amerikanische Erziehungswesen*, in: Trommler/Shore: *Deutsch-amerikanische Begegnungen*, S.91–102; Turner: *Humboldt in America*, S.289–312; Stefan Paulus: *The Americanization of Europe after 1945? The Case of the German Universities*, in: *European Review of History-Revue européenne d'Histoire* 9, 2 (2002), S.241–253.

Methoden, besonders aber daran, daß wissenschaftliche Leistung und Anerkennung zur wichtigsten Vorbedingung für eine Universitätskarriere wurden.“²

Dieser relativ lang anhaltenden Vorbildfunktion war eine tiefe Krise des deutschen Universitätswesens um 1800 vorausgegangen, die sogar die Schließung von ungefähr 22 Universitäten auf dem Gebiet des „Alten Reichs“ zur Folge gehabt hatte. Für dieses universitäre „Massensterben“ (Laetitia Boehm) waren in erster Linie politische, kulturelle und finanzielle Umwälzungen verantwortlich, die im Zuge der französischen Revolutionskriege und der anschließenden napoleonischen Okkupationszeit über die deutschen Einzelstaaten hereingebrochen waren.³ Erst die preußischen Bildungsreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts führten zu einer wirkungsvollen Reorganisation und wissenschaftlichen Neuausrichtung des preußisch-deutschen Universitätswesens. „Die preußische Universität“, so Thomas Nipperdey, „ist eine der wenigen weltgeschichtlichen Leistungen gewesen, deren Rang bis heute unbestritten ist. Seit der Gründung der Berliner Universität [1810, S. P.] ist sie zum Prototyp der modernen Universität geworden, von Baltimore über Tokio nach Jerusalem.“⁴

Obgleich sich für die Frühphase der akademischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten keine exakten Zahlen ermitteln lassen, kann nach diversen Schätzungen davon ausgegangen werden, daß sich im Zeitraum zwischen ca. 1810 und 1920 ungefähr 9000 bis 10000 amerikanische Studenten an deutschen Universitäten immatrikuliert hatten. Dies ist eine höchst beachtliche Zahl, berücksichtigt man die damaligen Reise- und Studienbedingungen.⁵ Die überwiegende Mehrheit dieser Bildungsreisenden machte sich allerdings erst nach 1871 auf den Weg über den Atlantik. Bis zur Reichsgründung hatten nach den Untersuchungen von Carl Diehl lediglich rund 640 Amerikaner eine deutsche Universität besucht.⁶ Gleichwohl zählten gerade zu dieser Gruppe bedeutende Persönlichkeiten, die für die Integration der deutschen Universitätsidee in den Kontext der nordamerikanischen Higher Education wichtige Pionierarbeit leiste-

² Roy Steven Turner: Universitäten, in: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. II: 1815–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987, S.238.

³ Vgl. hierzu Laetitia Boehm/Rainer A. Müller (Hg.): Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Düsseldorf 1983, S.23 f.; Weber: Geschichte der europäischen Universität, S.154f.

⁴ Thomas Nipperdey: Preußen und die Universität, in: ders.: Nachdenken über die deutsche Geschichte, München 1986, S.140–155, Zitat S.141. Zur Bedeutung der Berliner Universitätsgründung 1810 vgl. Rüdiger vom Bruch: Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Vom Modell „Humboldt“ zur Humboldt-Universität 1810–1949, in: Demandt: Stätten des Geistes, S.257–278, hier besonders S.257–268.

⁵ Zur Anzahl amerikanischer Studenten in diesem Zeitraum vgl. die leicht variierenden Angaben bei Jurgen Herbst: The German Historical School, S.1f. mit Anm.1 (9000); Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S.59 (9000); Hofstadter/Metzger: The Development of Academic Freedom in the United States, S.367 (mehr als 9000); Carl Diehl: Americans and German Scholarship 1770–1870, New Haven/London 1978, S.50 (9000–10000); Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S.185f. (9000–10000); Thwing: The American and the German University, S.40 (10000); Turner: Humboldt in America, S.292 (10000).

⁶ Diehl: Americans and German Scholarship, S.155.

ten, auch wenn spürbare Reformen erst nach dem amerikanischen Bürgerkrieg ab Mitte der 1860er Jahre wirklich zum Tragen kommen sollten.⁷

Was aber bewog damals einen jungen Amerikaner, die strapaziöse und langwierige Reise nach Europa auf sich zu nehmen, um in einem ihm fremden Land zu studieren? Es war in erster Linie eine tiefe Unzufriedenheit mit dem eigenen Bildungssystem, das von den ersten amerikanischen Studenten in Deutschland, der sogenannten Harvard-Gruppe an der Universität Göttingen, als völlig unzureichend betrachtet wurde.⁸ Hinzu kam, daß die überwiegende Mehrzahl der amerikanischen Colleges unter dem starken Einfluß unterschiedlicher Religionsbewegungen (z.B. Presbyterianer, Methodisten oder Baptisten) standen, ein Umstand, der ein im wahrsten Sinne des Wortes aufgeklärtes und sachbezogenes Studium zuweilen erschwerte. Die Bedeutung religiöser Einflüsse auf die College-Gründungen der Vorbürgerkriegszeit hat Donald G. Tewksbury bereits 1932 dargelegt:

„The movement for the founding of colleges in America before the Civil War is identified with the rise and growth of religious denominations in this country. [...] It is a well known fact that our colonial colleges were largely religious in origin and character, but it is not so well understood that, with the exception of a few state universities, practically all the colleges founded between the Revolution and the Civil War were organized, supported and in most cases controlled by religious interests.“⁹

Im Unterschied zu den nach englischem Vorbild konzipierten amerikanischen Colleges, die sich primär als Lehr- und (religiöse) Erziehungsanstalten verstanden¹⁰, bot die zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte deutsche Universitätsidee, mit ihrem idealistischen Grundsatz der Lehr- und Lernfreiheit sowie dem Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre, aus amerikanischer Perspektive neue Möglichkeiten geistiger und wissenschaftlicher Betätigung.¹¹ Das Studium an einer englischen oder gar französischen Universität – trotz oder gerade wegen der historischen Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialmächten – erschien den

⁷ Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 41–81; Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 186–190.

⁸ Zur Geschichte der Harvard-Gruppe an der Universität Göttingen und deren Hauptvertreter vgl. Thwing: *The American and the German University*, S. 12–39; Hertha Marquart: Die ersten amerikanischen Studenten an der Universität Göttingen, in: *Göttinger Jahrbuch* (1955), S. 23–32; Pochmann: *German Culture in America*, S. 66–77; Diehl: *Americans and German Scholarship*, S. 71–100; Paul Buchloh/Walter Rix (Hg.): *American Colony of Göttingen. Historical and Other Data Collected between the Years 1855–1888*, Göttingen 1976; Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 41–58; Fallon: *Deutsche Einflüsse auf das amerikanische Erziehungswesen*, S. 99.

⁹ Vgl. Donald G. Tewksbury: *The Founding of American Colleges and Universities before the Civil War. With Particular Reference to the Religious Influences Bearing upon the College Movement*, New York 1932, S. 55–133, Zitat S. 55.

¹⁰ Vgl. *Statutes of Harvard* (ca. 1646), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education. A Documentary History*, Bd. 1, Chicago/London 1961, S. 8–10.

¹¹ Einen aus eigener Anschauung heraus frühen Vergleich beider Hochschulsysteme – mit deutlicher Präferenz für die deutsche Universität – liefert Hart: *German Universities*, S. 338–355. Von grundlegender Bedeutung ist in diesem Kontext zudem der Systemvergleich bei Flexner: *Universities*, S. 39–220 (*American Universities*) sowie S. 305–361 (*German Universities*).

jungen Amerikanern weitaus weniger attraktiv.¹² „English universities“, so Peter Novick,

„were concerned with turning out gentlemen, not scholars – and until 1871 required degree candidates to sign the thirty-nine Articles of the Anglican church. French universities offered no easily attainable advanced degree, and to contemplate study at the Sorbonne was to face perils of the flesh in the ‚vice deans‘ of the capital, while one’s soul would have to brave the twin risks of ‚infidelism‘ and ‚popery‘.“¹³

Die deutschen Einzelstaaten konnten demgegenüber mit einer beachtlichen Auswahl attraktiver Universitätsstandorte aufwarten. Neben Heidelberg, Halle, Leipzig, wenig später auch den Universitäten in Berlin, Bonn und München, herrschten Anfang des 19. Jahrhunderts vor allem an der 1734 gegründeten Georgia Augusta zu Göttingen ausgezeichnete Studienbedingungen. Gerade in den historisch-(alt)philologischen Fächern, denen die amerikanischen Studenten zu diesem Zeitpunkt am meisten Interesse entgegenbrachten, galt die Göttinger Universität sowohl in ihrer personellen wie materiellen Ausstattung als eine der führenden Bildungsinstitutionen Europas.¹⁴ Bedingt durch die Lage im Kurfürstentum bzw. seit 1814 Königreich Hannover und den dortigen politisch-dynastischen Beziehungen zu Großbritannien, erfreute sich Göttingen als Studienort auf dem europäischen Festland auch unter jungen Engländern einer großen Beliebtheit.¹⁵ Offensichtlich waren die ersten amerikanischen Studenten „durch den Ruf der jungen Universität, der über England auch nach ‚Neu-England‘ drang, angelockt worden, und einer zog dann dem anderen nach“.¹⁶ Einen nicht minder zu unterschätzenden Einfluß auf die Entscheidung für ein Studium in Deutschland scheint zudem von Madame de Staëls Schilderung der deutschen Universitätslandschaft in ihrem Buch *De l’Allemagne* ausgegangen zu sein, von dem 1814 in den Vereinig-

¹² Vgl. hierzu Fallon: Deutsche Einflüsse auf das amerikanische Erziehungswesen, S. 98.

¹³ Peter Novick: *That Noble Dream. The „Objectivity Question“ and the American Historical Profession*, New York 1988, S. 22; Herbst: *The German Historical School*, S. 10–12.

¹⁴ Vgl. die grundlegende Studie von Marita Baumgarten: *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler*, Göttingen 1997; Reinhold Meyer: *Classica Americana. The Greek and Roman Heritage in the United States*, Detroit 1984, S. 207, bezeichnet die Universität Göttingen sogar als die damals beste europäische Hochschule für das Studium der Altertumswissenschaften. Allgemein zur Geschichte der Universität Göttingen siehe Hartmut Boockmann: *Göttingen. Geschichte und Gegenwart einer europäischen Universität*, Göttingen 1997; Rudolf Vierhaus: *Göttingen. Die modernste Universität im Zeitalter der Aufklärung*, in: Demandt: *Stätten des Geistes*, S. 245–256.

¹⁵ Als Georg Ludwig, Kurfürst von Hannover, im Jahre 1714 die Thronfolge in Großbritannien übernommen hatte, herrschte in der Folgezeit der König von England in Personalunion auch als Kurfürst bzw. seit 1814 als König über Hannover, das weiterhin Bestandteil des Alten Reiches und später des Deutschen Bundes blieb.

¹⁶ Marquart: *Die ersten amerikanischen Studenten an der Universität Göttingen*, S. 23. Der erste amerikanische Gast an der Universität Göttingen war 1766 Benjamin Franklin. Im Rahmen seiner Planungen für die Gründung einer Universität in Pennsylvania hatte Franklin die Georgia Augusta besucht, um sich mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu machen. Zu Franklins Besuch in Göttingen vgl. ebd., S. 23f., sowie Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S. 187.

ten Staaten eine erste englischsprachige Übersetzung erschienen war.¹⁷ „Ganz Norddeutschland“, so lobte de Staël, „ist mit den gelehrtesten Universitäten Europas übersät. In keinem Lande, selbst in England nicht, gibt es so viel Mittel zum Unterricht und zur Vervollkommenung seiner Geistesfähigkeiten. [...]. Die intellektuelle Erziehung ist in Deutschland vortrefflich.“¹⁸

Über die Erwartungshaltung eines der ersten und prominentesten Vertreter der Göttinger Harvard-Gruppe in Deutschland, George Ticknor, schrieb sein früher Biograph George Hillard 1876: „On arriving in Göttingen, which was to be Mr. Ticknors home for twenty months, he felt like the pilgrim who had reached the shrine of his faith; here he found the means and instruments of knowledge in an abundance and excellence such as he had never before imagined.“¹⁹ Den ersten amerikanischen Studenten ging es demzufolge also nicht allein um die Aneignung bloßen Wissens, sondern auch darum, selbst aktiv am Prozeß wissenschaftlicher Wahrheitssuche zu partizipieren und das hierfür notwendige methodische Instrumentarium zu erlernen. Das Konzept der klassischen deutschen Universitätsidee schien diesem Streben nach Erkenntnis am weitesten entgegenzukommen.²⁰ Hierbei erwies es sich als hilfreich, daß die meisten Mitglieder dieser ersten Studentengeneration als bereits College-Graduierte nach Deutschland kamen und somit die nötige geistige Reife für eine fundierte wissenschaftliche Ausbildung mit sich brachten. Dies erklärt auch, weshalb z.B. Ticknor noch während seines Studienaufenthalts in Europa eine Professur für Französisch und Spanisch am Harvard College angeboten bekam, die er nach seiner Rückkehr in die USA 1819 auch antrat.²¹ Ein Brief Ticknors an seinen Vater vom 5. November 1815 belegt – bei aller möglichen Übertreibung – recht eindrucksvoll, wie arbeitsintensiv sich der Studienalltag eines amerikanischen Studenten in Göttingen gestalten konnte:

„Now I am ready to tell you just how I shall divide and dispose of my time for five months to come. In the first place I rise precisely at five, and sit down at once to my Greek; upon which I labour three mornings in the week till half past seven, and three days till half past eight. On Mondays, Wednesdays, and Fridays, at the striking of eight o'clock, I am at Prof. Benecke's for my first lesson in German [...]. At nine every day, I go to Prof. Eichhorn's lecture on the first three Evangelists [...]. At ten this lecture breaks up, and I catch a walk of fifteen minutes as I come home; and from that time till dinner at twelve I go on with my Greek, and thus divide my day equally [...]. At half past one I read the passages in Blumenbach's Manual which he will expound in his lecture, and at three I go to his lecture on natural history, which would be amusement enough for me, if I had no other the whole

¹⁷ Madame de Staël: *De l'Allemagne*, London 1813. Wie in Frankreich und England weckte de Staëls Buch nach seiner Veröffentlichung in den USA im Jahre 1814 auch dort das Interesse für das geistige bzw. akademische Leben in Deutschland.

¹⁸ Dies.: *Über Deutschland*. Vollständige Ausgabe nach der deutschen Erstübertragung von 1814, Frankfurt am Main 1985, S. 111–118 (Achtzehntes Kapitel: Die deutschen Universitäten), Zitat S. 118.

¹⁹ George S. Hillard (Hg.): *Life, Letters, and Journals of George Ticknor*, Bd. 1, London 1876, S. 70–74, Zitat S. 70.

²⁰ Vgl. Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 33–35. Siehe auch Fallon: *Deutsche Einflüsse auf das amerikanische Erziehungswesen*, S. 99: „Was Amerikaner in Deutschland vorfanden, sprach ihre eigenen amerikanischen Ideale ungemein an, die demselben Aufklärungsdenken entstammten, das Humboldt beeinflusst hatte.“

²¹ Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 43.

day. Our Sunday evenings Everett and I spend either at Blumenbach's, Heeren's, or Eichhorn's."²²

Gemeinsam mit seinem Kommilitonen Edward Everett, der zeitgleich in Göttingen studierte, besuchte Ticknor auf seinen Reisen quer durch Deutschland nicht nur die angesehensten Universitäten und höheren Schulen, sondern auch Geistesgrößen wie Johann Wolfgang von Goethe, Wilhelm und Alexander von Humboldt sowie die Brüder August Wilhelm und Friedrich Schlegel.²³ Über die auf ihren Exkursionen hinsichtlich des deutschen Universitäts- und Bildungssystems gewonnenen Erkenntnisse führte Ticknor einen intensiven Briefwechsel mit dem ehemaligen dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson, der sich zu diesem Zeitpunkt gerade mit dem Plan einer staatlichen Universitätsgründung in Virginia befaßte.²⁴ Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten gelang es Ticknor in seiner Funktion als Professor in Harvard – trotz massiver Widerstände – einige seiner in Deutschland herangereiften Reformvorstellungen in die Praxis umzusetzen und dadurch maßgeblich zur Transformation des ältesten amerikanischen Colleges (gegründet 1636) in eine Universität beizutragen.²⁵ Welch hohen Stellenwert Ticknor hierbei dem deutschen Gelehrtentum beimaß, belegt ferner die von ihm 1825 initiierte Berufung des Göttinger Germanisten Karl Follen, der aus politischen Gründen Deutschland hatte verlassen müssen, auf eine Professur für deutsche Sprache und Literatur in Harvard.²⁶ Follens Lehrtätigkeit an der ältesten amerikanischen Universität markiert die Geburtsstunde der Germanistik als Universitätsdisziplin in den Vereinigten Staaten.²⁷

Auch Edward Everett, der sich in Göttingen speziell dem Studium der alten Sprachen widmete, zeigte sich von seinen in Deutschland gemachten Erfahrungen

²² Hillard: *Life, Letters, and Journals of George Ticknor*, Bd. 1, S. 79.

²³ Ebd., S. 113f. (zu Goethe) sowie S. 127–130 (zu Schlegel und Humboldt). Siehe diesbezüglich auch Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 42f.

²⁴ Zu diesem Briefwechsel siehe Orie W. Long: *Thomas Jefferson and George Ticknor. A Chapter in American Scholarship*, Williamstown/MA 1933. Zu Jeffersons Universitätsplan vgl. zudem Roy J. Honeywell: *The Educational Work of Thomas Jefferson*, Cambridge/MA 1930; *Jefferson Plans the University of Virginia* (1800), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 1, S. 175f.

²⁵ Vgl. Ticknor and the Harvard Reforms of the 1820's, in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 1, S. 269–273; sowie Hillard: *Life, Letters, and Journals of George Ticknor*, Bd. 1, S. 353–369; Charles A. Wagner: *Harvard. Four Centuries and Freedoms*, New York 1950, S. 102f.

²⁶ Über Karl Follens Tätigkeit in Harvard vermerkte Ticknor 1826 in einem Brief an seinen Freund Charles Davis: „Our German teacher, Dr. Follen, was formerly Professor of Civil Law at Basel [nach seiner Flucht aus Göttingen, S. P.], a young man who left his country from political troubles. He is a fine fellow, an excellent scholar, and teaches German admirable. [...] He is a modest, thorough, faithful German scholar, who will do good among us, and be worth of knowing.“ (Hillard: *Life, Letters, and Journals of George Ticknor*, Bd. 1, S. 352.) Zur Person Karl Follens vgl. George W. Spindler: *The Life of Karl Follen. A Study in German-American Cultural Relations*, Chicago 1917.

²⁷ Im Jahre 1836 mußte Follen wegen seines Engagements für die Sklavenbefreiung Harvard verlassen. Gleichwohl blieb er weiterhin ein geachteter Redner, der sich auch als Prediger einen Namen machte. Am 13.2.1840 starb Follen bei einem Schiffsbrand im Long-Island-Sund. Vgl. hierzu Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S. 194–196.

tief beeindruckt.²⁸ Bereits vor seiner Abreise nach Europa, im Frühjahr 1815, hatte Everett das Angebot auf eine Professur für Griechische Literatur in Harvard angenommen, allerdings nur unter der Zusicherung, daß sein seit längerem geplanter Studienaufenthalt in Deutschland hierdurch nicht beeinträchtigt würde. Everett gilt gemeinhin als der erste Amerikaner, der an einer deutschen Universität zum Doktor der Philosophie promoviert wurde.²⁹ Sein ausgeprägtes Interesse für die zeitgenössische deutsche Literatur führte auch zu mehreren Treffen mit Goethe in dessen Weimarer Domizil. „Here are the beginnings of the negotiations“, so Henry A. Pochmann über die Bedeutung dieser Zusammenkünfte mit dem deutschen Dichturfürsten, „that ultimately led [...] to Goethe's giving a twenty-volume set of his writings to the Harvard Library.“³⁰

Wie Ticknor zeigte sich auch Everett während seiner anschließenden Lehrtätigkeit in Harvard enttäuscht über die Schwerfälligkeit des amerikanischen Bildungssystems und die Widerstände gegenüber jeglichen Reformvorhaben.³¹ Wegen dieser für ihn negativen Erfahrung reifte in Everett der Entschluß, die akademische Laufbahn vorerst zu beenden und eine politische Karriere anzustreben. Doch handelte es sich hierbei um einen lediglich vorübergehenden Abschied vom Hochschulbetrieb. Nach einem über zwanzigjährigen Zwischenspiel als Kongreßabgeordneter in Washington, Gouverneur von Massachusetts und Botschafter seines Landes in Großbritannien, übernahm Everett von 1846–1849 die Präsidentschaft der Harvard University, bevor er sich 1854 fast völlig ins Privatleben zurückzog.³²

Dieser skizzenhafte Einblick in den akademischen Werdegang zweier Mitglieder der Göttinger Harvard-Gruppe zeigt exemplarisch, daß für die erste Generation amerikanischer Studenten das Studium an einer deutschen Universität oftmals zu einem für den weiteren akademischen bzw. beruflichen Werdegang prägenden Erlebnis wurde. Die treibende Kraft um die mehrwöchige und nicht selten lebensgefährliche Reise über den Atlantik auf sich zu nehmen, lag in einem unbefriedigten Erkenntnisdrang. Die damaligen amerikanischen Colleges, von denen Harvard das älteste und somit traditionsreichste war, hatten es zwar als ihre vornehmliche Aufgabe angesehen, den ihnen anvertrauten Studenten solides Faktenwissen und Manieren zu vermitteln, nicht jedoch eigene Erkenntnisse durch wissenschaftliche Forschung hervorzubringen. Im Gegensatz dazu bot die zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Johann G. Fichte, Friedrich Schleiermacher und Wilhelm von Humboldt konzipierte deutsche Universitätsidee mit ihrer Betonung der Einheit von Forschung und Lehre ein anspruchsvolles und nach-

²⁸ Zu Leben und Werk Edward Everetts vgl. den kurzen Überblick bei Pochmann: *German Culture in America*, S. 68–70, sowie die Biographie von Paul Revere Frothingham: *Edward Everett. Orator and Statesman*, Boston 1925.

²⁹ Pochmann: *German Culture in America*, S. 69.

³⁰ Ebd.

³¹ Einige zentrale Gedanken zur Universitätsreform in den USA formulierte Everett im Jahre 1820 mit Blick auf die University of Virginia. Vgl. Edward Everett: *University of Virginia*, in: *North American Review* X (Januar 1820). Dieser Artikel findet sich auch in Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 1, S. 199–202.

³² Vgl. Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 45.

ahmenswertes Gegenmodell.³³ Voller Ironie beschrieb der 1829 in Göttingen weilende Henry Wadsworth Longfellow den Unterschied zwischen dem Studium an einem amerikanischen College und dem an einer deutschen Universität mit folgenden Worten: „What has heretofore been the idea of an University with us? The answer is a simple one: – Two or three large brick buildings, with a chapel, and a president to pray in it!“ Demgegenüber bestehe der Anspruch der Universität Göttingen in „collecting together Professors in whom the spirit moved – who were well enough known to attract students to themselves, and [...] capable of teaching them something they did not know before“.³⁴

Sucht man allerdings nach dem konkreten Einfluß der in Deutschland gesammelten Erfahrungen auf die Entwicklung des amerikanischen Bildungssystems in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, so fällt die Bilanz eher ambivalent aus. Für Hermann Röhrs steht außer Zweifel, daß „die Harvard-Gruppe eine wichtige Mission im Dienste Amerikas und einer inneren Reform des geistigen Lebens durch die Universitäten unternommen [habe]“, es ihr aber weder gelungen sei, „die universitäre Gelehrsamkeit im deutschen Sinne in Amerika zu fördern noch die fachwissenschaftlichen Studien auf eine vergleichbare Höhe zu heben“.³⁵ Verantwortlich für diesen begrenzten Einfluß war jedoch nicht allein der erwartungsgemäße Widerstand gegen eine Reform der amerikanischen Higher Education nach deutschem Vorbild, sondern auch in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzende psychologische Barrieren. Carl Diehl hat darauf hingewiesen, daß viele Studenten gerade der ersten Generation trotz ihrer offenkundigen Begeisterung für das deutsche Gelehrtentum und Universitätssystem auch von tiefgreifenden Ängsten und Selbstzweifeln ergriffen waren:

„The psychological stresses and anxieties of the first group of American students in the German universities are difficult to interpret with confidence. But one thing is certain: they could not come to German scholarship and the German academic system as openly as they proclaimed and often believed. They came with anxieties and self-doubts of the society that sent them. [...] No matter how much they understood or admired the German scholars or the authentic knowledge which German scholarship gained, the Americans could not accept or assimilate this kind of scholarship or academic system.“³⁶

Diejenigen amerikanischen Studenten, die sich seit der Jahrhundertmitte an einer deutschen Universität einschrieben, hatten in weitaus geringerem Maße mit derar-

³³ Zur theoretischen Konzeption der klassischen deutschen Universitätsidee Anfang des 19. Jahrhunderts siehe die Schriften von Johann G. Fichte: *Deduzierter Plan einer zu Berlin zu errichtenden Lehranstalt*, in: Anrich: *Die Idee der deutschen Universität*, S. 125–218; Wilhelm von Humboldt: *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin*, in: ebd., S. 375–386; Friedrich W. Schelling: *Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums*, in: ebd., S. 1–124; Friedrich Schleiermacher: *Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinne*, in: ebd., S. 219–308; Henrik Steffens: *Vorlesungen über die Idee der Universitäten*, in: ebd., S. 309–374. Vgl. hierzu mit Blick auf die zeitgleiche Entwicklung in den USA auch Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 15–32.

³⁴ Zitiert nach Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom*, S. 374. Vgl. auch Orie W. Long: *Literary Pioneers. Early American Explorers of European Culture*, Cambridge/MA 1935.

³⁵ Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 51.

³⁶ Diehl: *Americans and German Scholarship*, S. 149.

tigen Ängsten, Selbstzweifeln und Unwägbarkeiten zu kämpfen. Während Ticknor und Everett noch wie Abenteurer in ein fremdes Land aufbrachen, konnten die nachfolgenden Studentengenerationen bereits auf den Erfahrungen ihrer Vorgänger aufbauen. So besaßen die Mitglieder des Harvard- oder Yale-Colleges vor ihrer Abreise in die „Alte Welt“ in zunehmendem Maße die Möglichkeit, sich durch persönliche oder schriftliche Berichte ihrer Vorgänger ein einigermaßen brauchbares Bild über die Verhältnisse jenseits des Atlantiks zu machen. In der Regel ging es dabei um praktische Informationen, wie z. B. die günstigste Reiseroute nach Europa, Möglichkeiten des Sprachunterrichts sowie der effektiven Gestaltung des Vorlesungs- und Seminarbesuchs an der jeweiligen Gastuniversität, Hinweise auf die wissenschaftlichen und pädagogischen Qualitäten der dort lehrenden Professoren, Wohnmöglichkeiten am Studienort oder anderweitig hilfreiche Kontaktadressen.³⁷ Zudem erwarteten den akademischen Reisenden an seinem deutschen Studienort bereits einige Landsleute, die den Neuankömmling in ihrer „Colony“ aufnahmen und rasch mit den deutschen Gepflogenheiten vertraut machten.³⁸ Schon im Jahre 1825 schrieb Henry E. Dwight über seine Ankunft in Göttingen: „I was fortunate to find here (five) of my countrymen by whose assistance I soon became domesticated, & almost forgot that I was in a land of strangers.“³⁹

Wie schon erwähnt, stieg der Zustrom amerikanischer Studenten nach 1871 überproportional an. Weit mehr als 90 % aller amerikanischen Studenten, die zwischen 1810 und 1920 in Deutschland studierten, entfallen auf die knapp 50 Jahre nach der Reichsgründung. Allein im Studienjahr 1895/96 waren an deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen rund 500 Amerikaner eingeschrieben.⁴⁰ Erst mit der Jahrhundertwende begannen die Studentenzahlen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wieder kontinuierlich zu sinken.⁴¹ Verantwortlich für den Anstieg der Studentenzahlen in den ersten drei Jahrzehnten des Kaiserreichs war eine Einstellungsänderung der amerikanischen Eliten gegenüber dem deutschen Universitätssystem. Obgleich die Pioniergruppe um Ticknor und Everett in ihrer

³⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang ebd., S. 129: „Although in 1850 there were still misconceptions about matters such as how long it took to understand oral lecture in German [...], most students could get accurate practical advice on these things before they left home.“ Ein Beispiel für einen derartigen Erfahrungsbericht, der auch praktische Hinweise zu vermitteln versucht, ist das Buch von Hart: *German Universities*.

³⁸ Vgl. Diehl: *Americans and German Scholarship*, S. 125–139. Vgl. auch Buchloh/Rix: *American Colony in Göttingen*. Eine aufschlußreiche Beschreibung der amerikanischen Kolonie in Göttingen aus eigener Sichtweise findet man bei Hart: *German Universities*, S. 158–171.

³⁹ Zitiert nach Diehl: *Americans and German Scholarship*, S. 118.

⁴⁰ So nennt Goldschmidt: *Historical Interaction*, S. 14, die Zahl 450, während Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 59, für den gleichen Zeitraum von 517 an deutschen Universitäten immatrikulierten amerikanischen Studenten ausgeht. Beide Autoren bleiben jedoch eine genaue Quellenangabe schuldig.

⁴¹ Umgekehrt existieren bislang keine Erkenntnisse darüber, wieviele deutsche Studenten während des in diesem Kapitel behandelten Zeitraums an amerikanischen Colleges bzw. Universitäten möglicherweise studiert haben. Allein für das akademische Jahr 1911/12 ist bekannt, daß 143 Deutsche an amerikanischen Hochschulen immatrikuliert waren. Vgl. hierzu die Angaben bei Reinhold Schairer: *Die Studenten im internationalen Kulturleben*: Beiträge zur Frage des Studiums in fremden Ländern, Münster 1927, S. 28.

Heimat lange Zeit als Exoten galten, hatten ihre Erfahrungsberichte und die daraus resultierenden Reformvorschläge für den heimischen Hochschulbetrieb die bildungspolitische Diskussion in den USA angeregt. Aber nicht nur im Rahmen einer rein theoretischen Auseinandersetzung, sondern auch in der akademischen Praxis fanden durch deutsche Vorbilder angeregte Lehr- und Forschungsmethoden sukzessive Eingang in das höhere Bildungswesen der USA. Diese zunehmende Deutschland-Orientierung der akademischen Elite in Übersee ist insofern nicht überraschend, als ungefähr die Hälfte der von Diehl für den Zeitraum von 1810 bis 1870 in Deutschland ermittelten amerikanischen Studenten nach ihrer Rückkehr eine universitäre Laufbahn eingeschlagen hatte und somit im Rahmen der Anfang der 1860er Jahre einsetzenden Universitätsgründungswelle maßgeblich zur Integration einzelner Komponenten des deutschen Universitätssystems beitragen konnte.⁴² So fungierten die amerikanischen „Colonies“ in den deutschen Universitätsstädten häufig als regelrechte Rekrutierungszentren für den wissenschaftlichen Nachwuchs amerikanischer Hochschulen.⁴³ Der Hauptgrund für den Anstieg der amerikanischen Studentenpopulation seit der zweiten Jahrhunderthälfte und besonders nach 1871 war demzufolge die Optimierung individueller Karrierechancen in den USA durch einen Studienaufenthalt in Deutschland. Bemerkenswerterweise zeichnete aber genau diese Entwicklung – neben tiefgreifenden Veränderungen im politischen Klima – auch für das Absinken der Studentenzahlen seit der Jahrhundertwende verantwortlich. Um 1900 verlor „die große Anzahl derjenigen, die in Deutschland studiert hatten, ihren Marktwert“, da sich mittlerweile die Zahl, Größe und Ausstattung sowie das wissenschaftliche Niveau der amerikanischen Universitäten deutlich verbessert und den deutschen Verhältnissen zumindest angenähert hatte.⁴⁴ Zwar hielt die amerikanische Hochschätzung der deutschen Universitäten noch für einige Jahre unvermindert an, doch begann man sich in den Vereinigten Staaten seit der Jahrhundertwende zunehmend auch der eigenen universitären wie wissenschaftlichen Qualitäten bewußt zu werden.⁴⁵

2. Der deutsche Einfluß auf die Entwicklung des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems im 19. Jahrhundert

Die Meinungen über den tatsächlichen Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee auf die Entwicklung der amerikanischen Higher Education gehen weit auseinander. Das Spektrum reicht von der Zuschreibung einer klaren Vorbildfunktion bis hin zur Betonung einer eher eigenständigen amerikanischen Entwicklung.⁴⁶ Für Charles F. Thwing stand in seiner 1928 erschienenen Abhandlung zur

⁴² Zu dieser Gründungswelle in den USA vgl. Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 169f.

⁴³ Vgl. Diehl: Americans and German Scholarship, S. 141.

⁴⁴ So Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 193.

⁴⁵ Vgl. Goldschmidt: Historical Interaction, S. 14.

⁴⁶ Vgl. Turner: Humboldt in North America, S. 298–302.

amerikanischen und deutschen Universität fest: „The German university has helped to create and to nourish the American, and the American University, in turn, has helped to enrich all grades, and orders, of education in the United States.“⁴⁷ Demgegenüber zeichnen jüngere Untersuchungen ein differenzierteres Bild. Zwar ist weiterhin unbestritten, daß die klassische deutsche Universitätsidee einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Transformation des traditionellen amerikanischen Colleges hin zur modernen und forschungsorientierten Universität ausgeübt hat. Allerdings handelte es sich in diesem Zusammenhang um keine vollständige Adaption des deutschen Vorbilds, sondern vielmehr um die Verschmelzung bestehender amerikanischer Strukturen mit deutschen Bildungs- und Wissenschaftsvorstellungen, die aus der damaligen amerikanischen Perspektive übernehmenswert erschienen. Das Resultat dieses durchweg komplexen Integrationsprozesses war schließlich die Ausformung eines eigenständigen Universitätsystems US-amerikanischer Prägung und keine deutsche Universität auf amerikanischen Boden. Stellvertretend für diese Sichtweise sei Herrmann Röhrs zitiert, der zu Recht darauf hingewiesen hat, daß „der reale Einflußbereich der deutschen Universitätsidee [...] objektiv nur schwer abschätzbar [sei] – weder idiographisch noch empirisch und schon gar nicht statistisch“. Nichtsdestotrotz stehe zweifelsfrei fest, „daß die klassische deutsche Universitätsidee die Entwicklung der amerikanischen Universität zu einer höheren Bewußtseinsstufe geführt hat, indem letztlich die Wissenschaft zum Maßstab der Entwicklung wurde“.⁴⁸

Unter der Bezeichnung „University“ hatten sich in den Vereinigten Staaten bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts eine Vielzahl unterschiedlichster Bildungsinstitutionen versammelt, deren jeweilige wissenschaftliche Bedeutung und organisatorischer Zuschnitt nur wenige Gemeinsamkeiten mit damaligen europäischen bzw. deutschen Universitäten aufwies. Ein Hauptgrund für diese – gemessen an europäischen Maßstäben – ungeheure Menge an Colleges und Universitäten (insgesamt fast 700 bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges) muß in der sukzessiven Ost-West-Besiedlung (Frontier-Bewegung) des Landes seit der Kolonialzeit gesehen werden.⁴⁹ Beinahe überall dort, wo sich eine größere Ansiedlung entwickelte, entstand in der Folgezeit auch ein College. „The American college“, wie Tewksbury es formulierte, „was typically a frontier institution. It was designed primarily to meet the needs of pioneer communities, and was established in most cases on the frontier line of settlement.“⁵⁰ Das Spektrum reichte von größeren privaten Colleges mit angegliederter Professional School, ähnlich der Harvard University, über staatlich gegründete und finanzierte Institutionen, bis hin zu den unzähligen, über das gesamte Land verteilten kleineren Colleges, die sich – ohne

⁴⁷ Thwing: *The American and the German University*, S. 1.

⁴⁸ Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 87.

⁴⁹ Nach den Angaben bei Tewksbury: *The Founding of American Colleges and Universities before the Civil War*, S. 16 (Tab. 1) und S. 28 (Tab. 2), wurden allein im Zeitraum zwischen 1780 und 1861 insgesamt 516 Colleges in den damals 16 Bundesstaaten der USA gegründet, von denen sich jedoch lediglich 182 als Universitäten oder Colleges bis in die Nachkriegszeit (Stand 1927/28) behaupten konnten.

⁵⁰ Ebd., S. 1f.

diesem Namen jedoch im europäischen Sinne gerecht zu werden – als Universität bezeichneten.⁵¹

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts beschränkte sich der deutsche Einfluß auf die amerikanische Higher Education im wesentlichen auf den Bereich der Lehre. Das Forschungsprinzip im deutschen Sinne spielte an den amerikanischen Colleges und Universitäten eine vorerst noch untergeordnete Rolle.⁵² Selbst ein so uneingeschränkter Bewunderer der deutschen Universitätsidee wie George Ticknor legte im Rahmen seiner Reformvorhaben für Harvard das Hauptaugenmerk in erster Linie auf die Verbesserung der dort vorherrschenden Lehrmethoden. In seinen Anfang der 1820er Jahre verfaßten *Remarks* schrieb Ticknor:

„There is one point that I believe must be made a sort of cynosure, when beneficial changes are undertaken, both at Harvard and our other colleges; and that is, the principle of thorough *teaching*. [...] The idea of thorough commentary on the lesson; the idea of making the explanations and illustrations of the teacher of as much consequence as the recitation of the book, or even more, is subsequently unknown in this country, except at a few preparatory schools. [...] Consider only, that as many years are given to great work of education here as are given in Europe; and that it costs more money with us to be very imperfectly educated than it does to enjoy the great advantages of the best institutions and universities on the continent.“⁵³

Die von Ticknor initiierten Reformen führten schließlich zu einer Erweiterung des in Harvard angebotenen Fächerspektrums sowie zur Einführung der akademischen Vorlesung anstelle des alten Rezitationsverfahrens.⁵⁴ Wenig später verwiesen auch die Verfasser des 1828 erschienenen *Yale Reports*, dem wohl einflußreichsten Dokument zur höheren Bildung in den Vereinigten Staaten während des 19. Jahrhunderts, auf die mit der Übernahme der deutschen Vorlesungsmethode verbundenen Vorteile:

„In giving the course of instruction, it is intended that a due proportion be observed between *lectures*, and the exercises which are familiarly termed *recitations*; that is, examinations in a text book. The great advantage of lectures is, that while they call forth the highest efforts of the lecturer, and accelerate his advance to professional eminence; they give that light and spirit to the subject, which awaken the interest and ardor of the student.“⁵⁵

Erst um 1850 rückte in den Vereinigten Staaten auch das Prinzip wissenschaftlicher Forschung in den Mittelpunkt universitärer Reformüberlegungen. Einen grundlegenden Beitrag hierzu leistete Henry P. Tappans 1851 erschienenen Buch *University Education*, in welchem Tappan neben der reinen Lehre nun auch die Forschung als Hauptaufgabe einer modernen Universität definierte.⁵⁶ Auch Tap-

⁵¹ Vgl. Flexner: *Universities*, S.45; Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S.369.

⁵² Vgl. Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S.188; Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S.87–91.

⁵³ Hillard: *Life, Letters, and Journals of George Ticknor*, Bd.1, S.362f.

⁵⁴ Vgl. Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S.93f.

⁵⁵ *The Yale Report of 1828*, in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd.1, S.275–291, Zitat S.280.

⁵⁶ Henry P. Tappan: *University Education*, New York 1851. Siehe auch den Nachdruck: Henry P. Tappan on *University Education* (1851), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd.2, S.488–510. Tappan definierte die Aufgaben künftiger Universitäten in den USA wie folgt: „The establishment of Universities in our country will reform, and

pan sah einen entscheidenden Nachteil der amerikanischen Higher Education in der quantitativen wie qualitativen Unübersichtlichkeit der Hochschullandschaft.⁵⁷ Während einer ausgedehnten Europareise hatte ihn besonders das deutsche Universitätssystem überzeugt.⁵⁸ Als er dann 1852 die Präsidentschaft der 15 Jahre zuvor gegründeten University of Michigan in Ann Arbor übernahm, bemühte sich Tappan, seine Reformkonzepte in die Praxis umzusetzen und „die Anstalt einer deutschen Universität so ähnlich wie möglich zu machen“ (Albert Faust).⁵⁹ In Anlehnung an das Prinzip der akademischen Freiheit kam es in diesem Zusammenhang zur erstmaligen Einführung der freien Fächer- und Kurswahl sowie zur Einrichtung eines forschungsorientierten Graduate Programs, aus dem die späteren Graduate Schools amerikanischer Universitäten – in Anlehnung an die deutsche Philosophische Fakultät⁶⁰ – hervorgehen sollten.⁶¹ Erwartungsgemäß stießen Tappans Reformen zunächst auf derart heftigen Widerstand, daß dieser bereits 1863 vom Amt des Universitätspräsidenten wieder zurücktreten mußte. Seine Kritiker hatten Tappan vorgeworfen, er wolle die University of Michigan in eine deutsche Universität verwandeln.⁶²

Tatsächlich hatte Tappan bei der Verpflichtung namhafter Professoren für Ann Arbor, wie beispielsweise den beiden Historikern Andrew D. White und Charles

alone can reform our educational system. By the Universities we mean such as we have before described-Cyclopaedias of education: where, in libraries, cabinets, apparatus, and professors, provision is made for studying every branch of knowledge in full, for carrying forward all scientific investigation; where study may be extended without limit, where the mind may be cultivated according to its wants, and where, in the lofty enthusiasm of growing knowledge and ripening scholarship, the bauble of an academical diploma is forgotten. When we have such institutions in full operation, the public will begin to comprehend what scholarship means, and discern the difference between sciolists and men of learning.“ (Ebd., S. 493.) Zu Person und Werk Tappans vgl. ferner Charles M. Perry: Henry Philip Tappan, Ann Arbor 1933.

⁵⁷ Vgl. Henry P. Tappan on University Education (1851), S. 494.

⁵⁸ Tappan begann seine Ausführungen mit einem Diskurs über die Vorzüge des deutschen Universitätssystems: „We have spoken of the German Universities as model institutions. Their excellence consists in two things: first, they are purely Universities, without any admixture of collegial tuition. Secondly, they are complete as Universities, providing libraries and all other material of learning, and having professors of eminence to lecture on theology, law, and medicine, the philosophical, mathematical, natural, philological, and political Sciences, on history and geography, on the history and principles of Art, in fine, upon every branch of knowledge. The professors are so numerous that a proper division of labor takes place, and every subject is thoroughly discussed. At the University every student selects the courses he is to attend. He is thrown upon his own responsibility and diligence. He is left free to pursue his studies, but, if he wishes to become a clergyman, a physician, a lawyer, a statesman, a professor, or a teacher in any superior school, he must go through the most rigid examinations, both oral and written.“ (Ebd., S. 488.)

⁵⁹ Vgl. Faust: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten, S. 199f., Zitat S. 200.

⁶⁰ Vgl. Herbst: The German Historical School in American Scholarship, S. 30f. Zu den Unterschieden zwischen Philosophischer Fakultät und Graduate School siehe Hofstadter/Metzger: The Development of Academic Freedom in the United States, S. 381f.

⁶¹ Vgl. die Ausführungen über Tappans Wirken an der University of Michigan bei Andrew Dickson White: Autobiography, New York 1905, S. 271f. und S. 275–281. Ein Nachdruck findet sich unter dem Titel: Andrew Dickson White's Description of Michigan under Tappan (ca. 1860), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 545–549.

⁶² Vgl. Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 77f.

K. Adams, besonderen Wert auf eine akademische Ausbildung an einer deutschen Universität gelegt.⁶³ Adams, der Jahre später nicht nur Nachfolger Whites als Präsident der Cornell University, sondern auch Präsident der University of Wisconsin werden sollte, war wiederum seinerseits maßgeblich für die Einführung der deutschen Seminar-Methode in Ann Arbor verantwortlich, dem nach Edward Shils „folgenreichste[n] Import aus Deutschland“.⁶⁴ Die Einführung des Seminar-systems bot nun auch den amerikanischen Studenten im eigenen Land die Möglichkeit, an der Seite eines Professors wissenschaftliche Methoden zu erlernen und selbst aktiv am Forschungsprozeß teilzunehmen.⁶⁵ Zweifelsohne muß die Übernahme der deutschen Vorlesungs- und Seminarmethode als eine bedeutende Station auf dem Weg zur Verwissenschaftlichung des amerikanischen Hochschulwesens angesehen werden.⁶⁶ „Durch die Vermittlung der University of Michigan“, so Röhrs Einschätzung, „hat der Einfluß der deutschen Universitätsidee weitgehend seinen Weg in die Universitäten Amerikas gefunden.“⁶⁷

Hinzu kamen noch zwei weitere „Importe“ aus Deutschland, nämlich der akademische Grad des Dr. phil. (engl. Ph.D.) sowie die schriftliche Dissertation als Nachweis eigenständig erbrachter Forschungsleistungen.⁶⁸ Bis zum Jahre 1861, in dem erstmals drei Studenten am Department of Philosophy and Arts der Yale University zum Ph.D. promoviert wurden⁶⁹, war dieser geisteswissenschaftliche Doktorgrad von keiner amerikanischen Universität verliehen worden.⁷⁰ Die anschließend einsetzende Verbreitung des Graduate-School-Systems während des letzten Jahrhundertdrittels hatte einen hierzu beinahe parallel verlaufenden Anstieg der Promotionsrate zur Folge, so daß 1890 bereits 198 Dokortitel an amerikanischen Universitäten verliehen wurden und es um das Jahr 1900 sogar nochmals zu einer Verdoppelung der abgeschlossenen Promotionen kam.⁷¹ Diese Zahlen belegen nicht nur die zunehmende Professionalisierung, sondern auch die

⁶³ Zu Andrew D. White vgl. ders.: *Autobiography*, sowie Walter P. Rodgers: *Andrew D. White and the Modern University*, Ithaca/NY 1905. Zu Charles K. Adams siehe Charles F. Smith: *Charles Kendall Adams. A Life Sketch*, Madison 1924.

⁶⁴ Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 188 (Zitat). Zur raschen Verbreitung der Seminar-Methode innerhalb der amerikanischen Geistes- und Sozialwissenschaften seit deren Etablierung an der Cornell University 1869 und der damit verbundenen deutschen Vorbildfunktion vgl. Herbst: *The German Historical School in American Scholarship*, S. 35f.

⁶⁵ Vgl. Hofstadter/Metzger, *Academic Freedom in the United States*, S. 373.

⁶⁶ Vgl. Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 93f.; Tewksbury: *The Founding of American Colleges before the Civil War*, S. 201. Zur Entwicklung des „historischen Seminars“ in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts vgl. Friedrich Jaeger/Jörn Rüsen: *Geschichte des Historismus*, München 1992, S. 67–69.

⁶⁷ Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 75.

⁶⁸ Vgl. Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 187.

⁶⁹ Zur erstmaligen Verleihung des Ph.D.-Titels an der Yale University vgl. Daniel Fallon, *The German University. A Heroic Ideal in Conflict with the Modern World*, Boulder/Colorado 1980, S. 52.

⁷⁰ Vgl. hierzu Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S. 377f.

⁷¹ Die entsprechenden Zahlen finden sich ebd., S. 378, und identisch auch bei Fallon: *The German University*, S. 52. Beide Studien beziehen sich hierbei auf Walton C. John:

in diesem Zeitraum einsetzende Emanzipation der amerikanischen Wissenschaft. Während es über Jahrzehnte hinweg als ein begehrtes Ziel amerikanischer Studenten galt, die eigenen Karrierechancen in den USA mit Hilfe eines deutschen Doktorgrades zu steigern, war dies mittlerweile auch an zahlreichen heimischen Universitäten möglich geworden.⁷² „Young man“, wie John Higham konstatiert, „no longer went to Europe in large numbers for a professional degree. The attraction of Germany had declined perceptibly in the 1890's and more sharply after the turn of the century.“⁷³

In welch beachtlichem Ausmaß dieser akademische Emanzipationsprozeß um die Jahrhundertwende fortgeschritten war, veranschaulicht auch das folgende Beispiel: Als im Jahre 1900 die Association of American Universities (AAU) gebildet wurde, war dies in erster Linie aus dem Grund geschehen, den Wert und das Ansehen des amerikanischen Doktorgrades gegenüber seinem deutschen Vorbild sowohl im nationalen wie internationalen Rahmen zu stärken.⁷⁴ Nach der damaligen Auffassung der AAU war die Erlangung der Doktorwürde in Deutschland mittlerweile zu einfach geworden, während die entsprechenden Anforderungen an amerikanischen Universitäten „in nearly all cases [...] were more rigorous than the examinations held at the University of Berlin“.⁷⁵ Dieses neue Selbstbewußtsein darf als Resultat einer seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts intensiv betriebenen Modernisierung des amerikanischen Hochschulsystems betrachtet werden. Nach dem Ende des Bürgerkrieges (1861–1865) und der sich daran anschließenden Industrialisierung des Landes war es in den Vereinigten Staaten zu einer ganzen Reihe von Universitätsneugründungen gekommen, die sich in zentralen Bereichen am deutschen Universitätsmodell orientierten.⁷⁶ „Im Bereich von Wissenschaft und Bildung“, wie es Jürgen Heideking in seiner *Geschichte der USA* formuliert hat, „fanden die USA nach dem Bürgerkrieg Anschluß an den europäischen Standard, der um diese Zeit mehr und mehr von den deutschen Universitäten bestimmt wurde.“⁷⁷ Tatsächlich hatte die Notwendigkeit des inneren Zusammenwachsens zwischen Nord- und Südstaaten sowie die seit ca. 1850 immer spürbarer werdende Technisierung der amerikanischen Arbeitswelt das höhere Bildungswesen verstärkt in das Blickfeld der amerikanischen

Graduate Study in Universities and Colleges in the United States, Washington D.C. 1935, S. 9 und S. 19.

⁷² Im Gegensatz zum akademischen Grad des „Dr.phil.“ und zu der schriftlichen Dissertation fand die deutsche Habilitation sowie der Titel und die Funktion eines Privatdozenten keinen Eingang in das amerikanische Universitätssystem. Auch dies ist ein Beleg dafür, daß der deutsche Einfluß Grenzen hatte. Vgl. hierzu Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 187.

⁷³ John Higham: *History. Professional Scholarship in America*, Baltimore 1965, S. 19.

⁷⁴ Vgl. hierzu Association of American Universities (AAU): *Journal of Proceedings and Addresses* (1901), besonders S. 11 und S. 38; Herbst: *The German Historical School in American Scholarship*, S. 8f. und S. 48.

⁷⁵ AAU: *Journal of Proceedings and Addresses*, S. 11.

⁷⁶ Eine interessante zeitgenössische Beschreibung dieser Gründungs- und Ausbauphase bietet: Daniel Coit Gilman *Reviews the Accomplishments of the University Era* (1869–1902), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 595–601.

⁷⁷ Heideking: *Geschichte der USA*, S. 206f.

Regierung und Öffentlichkeit gerückt.⁷⁸ Noch während der kriegerischen Auseinandersetzung mit den Südstaaten war im Jahre 1862 von der Regierung in Washington durch die Verabschiedung des sogenannten Morill Land Grant Act die Errichtung und der Ausbau staatlicher Colleges und Universitäten in den einzelnen Bundesstaaten ermöglicht worden.⁷⁹ Das Gesetz „wies jedem Staat und jedem Territorium im Verhältnis zu seiner Bevölkerung fiskalische Ländereien zu, unter der Bedingung, daß der Staat oder das Territorium eine Hochschule für naturwissenschaftliche, technische, militärische und allgemeine Ausbildung errichte“.⁸⁰ Speziell im Bereich der aufstrebenden Agrar-, Natur- und Technikwissenschaften erwartete man von den Colleges nun nicht mehr allein die schulmäßige Ausbildung kompetenter Fachleute, sondern auch die Produktion verwertbarer Erkenntnisse durch wissenschaftliche Forschung. Parallel dazu fiel den Geistes- und Sozialwissenschaften immer mehr die Aufgabe zu, sich mit den sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts, sprich der Industrialisierung, auseinanderzusetzen.⁸¹

Wie in den USA hatte sich auch in einigen Staaten des Deutschen Bundes – insbesondere in Preußen – während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein tiefgreifender wirtschaftlicher Wachstums- und Modernisierungsprozeß vollzogen. Mit dieser Entwicklung ging auf akademischer Ebene „eine Professionalisierung der technischen Berufe in entsprechend qualifizierenden Fachstudiengängen einher“ (R. A. Müller)⁸², die gerade für naturwissenschaftlich-technische Disziplinen wie Chemie, Physik, Maschinenbau und Elektrotechnik einen enormen Aufwärtstrend bedeutete.⁸³ Schon vor der Jahrhundertmitte hatte sich beispielsweise die im Großherzogtum Hessen befindliche Gießener Universität durch die dortige Lehr- und Forschungstätigkeit Justus Liebig zu einem weltweiten Zentrum der organischen Chemie entwickelt. Liebig's wissenschaftliche Erkenntnisse (z. B. der Patentdünger), seine neuartigen Lehr- und Lernmethoden im Rahmen des von ihm

⁷⁸ Über das nach dem Bürgerkrieg neu erweckte Interesse am höheren Bildungswesen in den USA, von dem besonders das staatliche Universitätswesen profitierte, schreibt Tewksbury: *The Founding of American Colleges before the Civil War*, S. 134: „By the time of the Civil War there finally developed a rather widespread and popular demand throughout the country for institutions of higher education that should be more completely responsive to the public will and more directly related to the needs of the people. Thus, after a somewhat long period of trial and experimentation, the state university emerged after the Civil War as a distinctive and recognized type of institution in this country, destined to supplement, but not to supersede, the denominational college which had for so long maintained special privileges in the field of education.“

⁷⁹ Vgl. den Teilabdruck des Morill Act (1862), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 568f. Zur Land-Grant-Bewegung in den USA und zu der Bedeutung des Morill-Act siehe ferner Frank T. Carlton: *Education and Industrial Evolution*, New York 1913, sowie Earl D. Ross: *Democracy's College. The Land-Grant Movement in the Formative Stage*, Ames/IA 1942, S. 1–45.

⁸⁰ Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S. 200.

⁸¹ Hofstadter/Metzger: *Academic Freedom in the United States*, S. 380.

⁸² Müller: *Geschichte der Universität*, S. 87.

⁸³ Insbesondere zur Entwicklung nach der Reichsgründung vgl. Peter Lundgreen: *Natur- und Technikwissenschaften an den deutschen Hochschulen 1870–1930*, in: Rürup: *Wissenschaft und Gesellschaft*, S. 209–231.

konzipierten chemischen „Laboratoriums“, das – ähnlich wie Rankes „Seminar“ im Bereich der Geisteswissenschaften – die praktische Ausbildung der Studenten revolutionierte, beeinflussten auch die Entwicklung der organischen Chemie und Agrarwirtschaft in den Vereinigten Staaten.⁸⁴ Eine entscheidende Vermittlerfunktion spielten Liebigs amerikanische Studenten, die ihre in Gießen gesammelten Erfahrungen später als Forscher und Lehrer an amerikanischen Hochschulen bzw. Forschungsinstitutionen miteinbrachten.⁸⁵ „Man kann sagen“, so Peter Moraw in seiner Geschichte der Universität Gießen, „daß hier zum ersten Male in Deutschland und wohl auch zum ersten Male an irgendeiner Universität empirische Forschung im großen Stil und langfristig betrieben wurde. Nicht zu Unrecht hat die angelsächsische Wissenschaftshistorie die Anfänge der ‚Big Science‘ hier aufgesucht.“⁸⁶

Die Regierungen aller damals aufstrebenden Industrienationen waren sich darüber im klaren, daß dem Hochschulwesen im Rahmen des hier angesprochenen Modernisierungsprozesses eine wichtige Schlüsselfunktion zufiel. Zudem galt im Zeitalter des herausziehenden Imperialismus „Wissenschaft auch als Machtfaktor im Kampf um Selbstbehauptung am Weltmarkt und um Weltgeltung“.⁸⁷ Spätestens um 1900 war technische Forschung und Ausbildung zu einer nationalen Frage ersten Ranges avanciert.⁸⁸ „Der Kampf der Nationen um die Weltherrschaft, wird nicht mehr nur mit Waffen“, wie Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1899 betonte, „sondern in friedlichem Ringen um die Weltmacht ausgefochten, und diejenige Nation wird ihn am besten bestehen können, die die besten Techniker, die besten Offiziere für diesen Wettkampf heranbildet.“⁸⁹

In Deutschland entstand als spezifische Reaktion auf die Herausforderungen der Industrialisierung ein neues und im Ausland, speziell in den USA und Großbritannien, vielbeachtetes Hochschulmodell: die Technische Hochschule (TH).⁹⁰

⁸⁴ Zu Justus von Liebig's Tätigkeit an der Universität Gießen vgl. Peter Moraw: *Kleine Geschichte der Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Gießen 21990, S. 135–144.

⁸⁵ Vgl. Margaret W. Rossiter: *The Emergence of Agricultural Science: Justus Liebig and the Americans, 1840–1880*, New Haven 1975.

⁸⁶ Moraw: *Kleine Geschichte der Universität Gießen*, S. 138.

⁸⁷ So Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte, 1866–1914*, Bd. 1, S. 571. Beispielsweise übernahmen die Technischen Hochschulen in Berlin und Danzig den Großteil der wissenschaftlichen Forschung und Ausbildung im Rahmen der wilhelminischen Flottenpolitik. Vgl. hierzu Reinhard Rürup: *Die Technische Universität Berlin 1879–1979: Grundzüge und Probleme ihrer Geschichte*, in: ders.: *Wissenschaft und Gesellschaft*, S. 15f. und S. 20.

⁸⁸ Vgl. Manfred Späth: *Die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg und die internationale Diskussion des technischen Hochschulwesens 1900–1914*, in: ebd., S. 189. Grundlegend auch Lothar Gall: *Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaften in Deutschland um 1900*, in: Helmut Coing (Hg.): *Wissenschaftsgeschichte seit 1900*, Frankfurt am Main 1990, S. 9–28.

⁸⁹ Zitiert nach Späth: *Die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg*, S. 189.

⁹⁰ Zur Geschichte des technischen Hochschulwesens in Deutschland fehlt bislang eine aktuelle Gesamtdarstellung. Kurze Überblicke finden sich bei Ulrich Troitsch: *Technisches Schulwesen, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftspolitik in Deutschland (1850–1914)*. Literaturbericht, in: *Technikgeschichte* 42 (1975), S. 35–43; Karl-Heinz Manegold: *Die Emanzipation der Technik und die deutschen Hochschulen im 19. Jahrhundert*, in:

Bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert existierten mehrere, nach dem Vorbild der 1794 gegründeten Pariser Ecole Polytechnique ausgerichtete Polytechnische Schulen, von denen die Institutionen in Prag (1806), Wien (1815) und Karlsruhe (1825) zu den ältesten zählten. Allerdings handelte es sich bei diesen vornehmlich um reine Lehranstalten mit lediglich rudimentär ausgeprägtem Forschungsanspruch.⁹¹ In den drei Jahrzehnten zwischen 1860 bis 1890 wurden die meisten Polytechnischen Schulen schließlich in Technische Hochschulen umgewandelt und einige neue Institutionen gegründet.⁹² Einen gewissen Modellcharakter für das neu entstandene technische Hochschulwesen in Deutschland besaß die 1870 gegründete Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) in Aachen, „mit der Deutschland damals im technologischen Bildungswesen Europas einen zukunftsweisenden Schritt tat“.⁹³ An der RWTH wurden erstmals Prinzipien einer akademisch-wissenschaftlich ausgerichteten Forschung und Lehre im Bereich der Technik- und Naturwissenschaften verwirklicht, die in der Folgezeit von den übrigen Technischen Hochschulen in Deutschland übernommen werden sollten. Mit der Verleihung des Promotionsrechts im Jahre 1899 (zunächst an die Technischen Hochschulen in Preußen) bzw. 1900 an alle Technischen Hochschulen des Reiches durch Kaiser Wilhelm II. war nach langen Querelen auch die formale Gleichstellung mit den Universitäten vollzogen worden.⁹⁴ Schließlich existierten bei Ausbruch des

Wilhelm Treue (Hg.): Deutsche Technikgeschichte. Vorträge vom 31. Historikertag am 24. 9. 1976 in Mannheim, Göttingen 1977, S. 29–51; Wolfgang König: Stand und Aufgaben der Forschung zur Geschichte der polytechnischen Schulen und Hochschulen im 19. Jahrhundert, in: Technikgeschichte 48 (1981), S. 47–67; ders.: Spezialisierung und Bildungsanspruch. Zur Geschichte der Technischen Hochschulen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 11 (1988), S. 219–225. Zum internationalen Interesse am Modell der Technischen Hochschule vgl. Kurt Düwell: Der Einfluß des deutschen technischen Schul- und Hochschulwesens auf das Ausland (1870–1930), in: Zeitschrift für Kulturaustausch 31 (1981), S. 80–95. Hinsichtlich der konkreten Vorbildfunktion für das englische Bildungswesen vgl. Peter Alter: Das Imperial College of Science and Technology – deutsches Vorbild und britischer Ansatz, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 31 (1981), S. 68–79.

⁹¹ Vgl. Rürup: Die Technische Universität Berlin, S. 9.

⁹² Vgl. Karl-Heinz Manegold: Universität, Technische Hochschule und Industrie. Ein Beitrag zur Emanzipation der Technik im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Bestrebungen Felix Kleins, Berlin 1978, S. 18f.; Rürup: Die Technische Universität Berlin, S. 11; Peter Lundgreen: Fachschulen, in: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3, 1800–1870, München 1987, S. 293–305; Boockmann: Wissen und Widerstand, S. 206f.

⁹³ So Düwell: Der Einfluß des deutschen technischen Schul- und Hochschulwesens auf das Ausland, S. 81 (Zitat); siehe ferner ders.: Gründung und Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen bis zu ihrem Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, in: H. M. Klinkenberg (Hg.): Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule 1870–1970, Stuttgart 1970, S. 19–176.

⁹⁴ Daß dieser neue Hochschultyp mit den Universitäten schon bald in ein Konkurrenzverhältnis treten sollte, kann kaum verwundern, wurde doch der überwiegende Teil des naturwissenschaftlichen Fächerspektrums auch weiterhin an den entsprechenden Fakultäten der herkömmlichen Universitäten gelehrt. Der Kampf um die Gleichberechtigung der Technischen Hochschule sollte sich allerdings noch bis zur Jahrhundertwende hinziehen. Neben einer entsprechenden Universitätsverfassung erhielten die Technischen Hochschulen im Jahre 1900 schließlich reichsweit das Promotionsrecht zum Dr. Ing. ver-

Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 mit Braunschweig (1862), Karlsruhe (1865), München (1868), Aachen (1870), Stuttgart (1876), Darmstadt (1877), Berlin (1879), Hannover (1879), Dresden (1890), Danzig (1904) und Breslau (1910) insgesamt elf Technische Hochschulen in Deutschland, das hiermit eine weltweit führende Position in den Natur- und Technikwissenschaften einnahm.⁹⁵

In den Vereinigten Staaten trat neben die schon vorhandene Hochachtung für die deutsche Universität nun auch ein verstärktes Interesse für das technische Hochschulwesen.⁹⁶ Ein wichtiger Indikator für dieses Interesse war die deutliche Zunahme derjenigen amerikanischen Studenten, die sich nach der Reichsgründung an einer TH oder Universität für einen technischen bzw. naturwissenschaftlichen Studiengang immatrikulierten. Im Jahre 1865/66 schrieb der junge amerikanische Philologiestudent Clement Smith aus Göttingen an seine Schwester in die USA:

„I am beginning to think there are more American students in the German universities studying Medicine or Chemistry and Engineering than any other branch. It is certainly so here. I am the only one studying Philology; there are two Theology and one Law student; all the rest work in the dissecting room or in the laboratory.“⁹⁷

Um 1850 boten die höheren technischen Lehranstalten in den USA ein eher disparates Gesamtbild mit großen Niveauunterschieden, für das die unterschiedlichen, zumeist französisch oder englisch geprägten Bildungstraditionen der Kolonialzeit mitverantwortlich waren.⁹⁸ Erst die schon angesprochenen College-Gründungen im Zuge des Morrill-Act seit den 1860er Jahren sowie die Anlehnung an die Prinzipien der deutschen Forschungsuniversität⁹⁹ ermöglichte den Vereinigten Staaten in den technischen Disziplinen einen bemerkenswert schnellen Anschluß an das wissenschaftliche Niveau der führenden Industrienationen Europas.¹⁰⁰ Gleichwohl verfolgte auch die amerikanische Auseinandersetzung mit dem technischen Hochschulwesen in Deutschland nicht das Ziel, dieses entsprechend einer Blaupause auf die sich gerade entwickelnde und ausdifferenzierende Universitätslandschaft der USA zu übertragen.¹⁰¹ Im Vordergrund stand vielmehr die pragmatische Integration des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre, wodurch die schon vorhandenen bzw. neugegründeten technischen Lehr- und Forschungsanstalten, wie

liehen, womit zumindest eine formale Gleichstellung mit den Universitäten hergestellt wurde. Zu diesem Konflikt vgl. u. a. Rürup: Die Technische Universität Berlin, S. 14f.; Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 569; sowie Boockmann: Wissen und Widerstand, S. 208f.

⁹⁵ Vgl. hierzu die Angaben bei Müller: Geschichte der Universität, S. 87; Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 569.

⁹⁶ Düwell: Der Einfluß des technischen Schul- und Hochschulwesens auf das Ausland, S. 80.

⁹⁷ Zitiert nach Diehl: Americans and German Scholarship, S. 136.

⁹⁸ Vgl. Hans-Liudger Dienel: Ingenieure zwischen Hochschule und Industrie. Kältetechnik in Deutschland und Amerika, 1870–1930, Göttingen 1995, S. 412.

⁹⁹ Vgl. Rüdiger vom Brocke: Die Entstehung der deutschen Forschungsuniversität, ihre Blüte und Krise um 1900, in: Schwinges: Humboldt International, S. 367–402.

¹⁰⁰ Bereits im Jahre 1884 kam es zur Gründung der „American-German Association of Technical Engineers“.

¹⁰¹ Allgemein zum Unterschied und zu den Gemeinsamkeiten zwischen dem amerikanischen und deutschen technischen Hochschulwesen vgl. Sigmund Müller, Karl Mühlmann: Reiseberichte über das technische und gewerbliche Schulwesen Nordamerikas, Chemnitz 1913.

beispielsweise das 1864 eröffnete Massachusetts Institute of Technology (MIT), möglichst schnell und effizient auf ein den europäischen bzw. deutschen Verhältnissen vergleichbares wissenschaftliches Niveau gebracht werden sollten.¹⁰²

Doch blieb es bei keinem bloßen Gleichziehen. Parallel zum industriellen Aufschwung der Vereinigten Staaten gelang es den technischen Forschungslaboratorien amerikanischer Universitäten noch vor der Jahrhundertwende, den in Deutschland üblichen Standard – insbesondere auf dem Gebiet des Maschinenbauwesens – in Ausstattung und Größe zu übertreffen. Ein Faktum, das den deutschen Technischen Hochschulen alsbald von amerikanischer Seite den Vorwurf allzu großer Praxisferne einbrachte.¹⁰³ Selbstbewußt urteilte der in Boston lehrende Geo F. Swain 1893 über den Stand der technischen Ausbildung in Deutschland:

„In der praktischen Ergänzung der wissenschaftlichen Kenntnisse, in den Übungen in den Laboratorien und Werkstätten sind wir den deutschen Technischen Hochschulen weit überlegen. [...] Ein solches Studium gibt ihm [dem Studierenden, S. P.] die wirkliche Beherrschung des wissenschaftlichen Stoffes. [...] In diesem Punkt sind die deutschen Hochschulen weit hinter uns zurück. Heute erst erwachen sie und besinnen sich auf ihre Aufgaben, aber naturgemäß macht es ihnen große Schwierigkeiten, die Schäden lange vernachlässigter Pflichten zu beseitigen.“¹⁰⁴

Auch auf deutscher Seite mußte die zunehmende Überlegenheit amerikanischer Großlaboratorien anerkannt werden. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die Eindrücke, die führende deutsche Wissenschaftler und Ingenieure während der Besichtigung amerikanischer Ingenieurlaboratorien anlässlich der Weltausstellungen in Philadelphia (1876), Chicago (1893) und St. Louis (1904) gewonnen hatten.¹⁰⁵ So forderte u. a. Alois Riedler, Ordinarius für Maschinenbauwesen an der TH Berlin und auch deren späterer Rektor, in einer im Anschluß an die Weltausstellung von Chicago verfaßten Denkschrift über amerikanische Ausbildungsmethoden, gemäß dortigen Standards künftig auch an den deutschen Technischen Hochschulen große „Maschinenbaulaboratorien“ einzurichten, um den Studenten eine angemessene praktische Ausbildung gewährleisten zu können.¹⁰⁶ Diese hier von

¹⁰² Düwell: Der Einfluß des deutschen technischen Schul- und Hochschulwesens auf das Ausland, S. 412.

¹⁰³ Vgl. hierzu Geo F. Swain: Comparison between American and European Methods in Engineering Education, in: Society for the Promotion of Engineering Education (SPEE)-Proceedings 1 (1893), S. 75–102; S. Bull: Some German Technical Methods, in: SPEE-Proceedings 2 (1894), S. 132–148.

¹⁰⁴ Hier zitiert nach der Übersetzung von Sigmund Müller: Technische Hochschulen in Nordamerika, Leipzig 1908, S. 102. In diesem Zusammenhang ist besonders der Umstand bemerkenswert, daß Müller, selbst Professor an der TH Berlin, seine Abhandlung mit diesem aus deutscher Perspektive nicht gerade schmeichelhaften Urteil Swains kommentarlos enden ließ, er sich diesem also weitestgehend anschloß.

¹⁰⁵ Die erstmals auf der Weltausstellung von Chicago vorgestellte Ausstellung zum deutschen Unterrichtswesen wurde in St. Louis durch eine Präsentation zum technischen Hochschulwesen ergänzt. Siehe hierzu Wilhelm Lexis (Hg.): Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich. Aus Anlaß der Weltausstellung in St. Louis unter Mitwirkung zahlreicher Fachmänner herausgegeben, Bd. IV: Das Technische Unterrichtswesen, 1. Teil: Die Technischen Hochschulen, Berlin 1904.

¹⁰⁶ Adolf Riedler: Mitteilungen über eine Studienreise nach Amerika, in: Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure (VDI-Z) 37 (1893), S. 499–502 und S. 522–528. Vgl. in diesem Zusammenhang auch ders.: Amerikanische technische Lehranstalten, in: VDI-Z 37

Riedler angestoßenen Bemühungen um eine praxisorientierte Reorganisation von Forschung und Lehre in den technischen Disziplinen mündete 1893/94 nicht nur in einer regelrechten Laboratoriumsbewegung, sondern führte auch zu äußerst heftigen Auseinandersetzungen zwischen reformwilligen Technikern und theorielastigen Mathematikern innerhalb der Professorenschaft an den Technischen Hochschulen.¹⁰⁷ Schließlich gelang es den Reformkräften, sich in diesem Konflikt durchzusetzen und die praktische Seite der technisch-ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung weiter auszubauen.¹⁰⁸ „Die Folge dieser amerikanischen Anregungen waren dann“, so Kurt Düwell, „die Gründungen neuer Maschinenlaboratorien an den Technischen Hochschulen in Darmstadt, Berlin und Aachen, wodurch Deutschland der amerikanischen Entwicklung sehr bald folgte.“¹⁰⁹

Doch können diese und ähnliche Initiativen nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade auf den Gebieten Maschinenbau- und Ingenieurwesen sowie Architektur und Elektrotechnik der Abstand zwischen Deutschland und den USA sich zugunsten der Vereinigten Staaten weiter vergrößerte.¹¹⁰ Im Unterschied zu den traditionellen Natur- und Geisteswissenschaften, in denen Deutschland seine weltweit führende Rolle bis zum geistigen Exodus nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wenigstens teilweise behaupten konnte, vollzog sich der technische Fortschritt seit der Jahrhundertwende zunehmend unter amerikanischer Federführung. Mit Blick auf die erwähnte Einrichtung großer Versuchslaboratorien nach amerikanischem Vorbild kann durchaus von einer bereits zu diesem Zeitpunkt einsetzenden „Amerikanisierung“ der deutschen Technik- und Ingenieurwissenschaften gesprochen werden. Ganz in diesem Sinne und voller Anerkennung für die amerikanischen Errungenschaften schrieb Sigmund Müller, Professor für Statik an der TH Berlin, im Jahre 1908 über seine während der Weltausstellung von St. Louis gesammelten Eindrücke:

„Die amerikanischen Hochschulen sind hinsichtlich der reichhaltigen Ausstattung der Laboratorien in fast allen Ingenieurfächern anerkannt treffliche Vorbilder. Wenn im letzten Jahrzehnt die deutschen technischen Hochschulen mehr und mehr zur Einrichtung von

(1893), S. 405–409, 507–514, 608–615 und S. 629–635; Adolf Ernst: Maschinenbaulaboratorien, in: VDI-Z 38 (1894), S. 1351–1362. Zu Riedlers nicht unumstrittenem Einsatz für eine Reform der Technischen Hochschulen vgl. Volker Hunecke: Der „Kampf ums Dasein“ und die Reform der technischen Erziehung im Denken Alois Riedlers, in: Rürup: Wissenschaft und Gesellschaft, S. 300–313.

¹⁰⁷ Zur Auseinandersetzung zwischen Mathematikern und Antimathematikern im Rahmen der „Laboratoriumsbewegung“ vgl. Dienel: Ingenieure zwischen Hochschule und Industrie, S. 369–378, besonders S. 373–378.

¹⁰⁸ Zur Einführung von Großlaboratorien an den Technischen Hochschulen nach der Weltausstellung in Chicago von 1893 vgl. Gerhard Zweckbronner: Ingenieurausbildung im Königreich Württemberg. Vorgeschichte, Einrichtungen und Ausbau der Technischen Hochschule Stuttgart und ihrer Ingenieurwissenschaften bis 1900. Eine Verknüpfung von Institutions- und Disziplinengeschichte, Stuttgart 1987, S. 326–333, sowie Manegold: Universität, Technische Hochschule und Industrie, S. 144–153. Zum nicht unerheblichen amerikanischen Einfluß auf die Entwicklung der TH Berlin siehe Rürup: Die Technische Universität Berlin, S. 16.

¹⁰⁹ Düwell: Der Einfluß des deutschen technischen Schul- und Hochschulwesens, S. 83.

¹¹⁰ Müller: Technische Hochschulen in Nordamerika, S. 57 und S. 60.

Laboratorien übergegangen sind, so haben sie damit einen von den Amerikanern längst eingeschlagenen Weg betreten.“¹¹¹

Neben dieser rasanten Entwicklung in den Technik- und Ingenieurwissenschaften prägte der wirtschaftliche Boom des letzten Jahrhundertdrittels die amerikanische Hochschullandschaft noch in ganz anderer Hinsicht. Im Unterschied zum staatlich-föderal getragenen Hochschulsystem des Kaiserreichs kam es in den Vereinigten Staaten seit den 1860er Jahren zu zahlreichen Universitätsneugründungen durch vermögende Privatstifter, die von der günstigen Wirtschaftsentwicklung profitiert hatten. In dieser Gründungsphase fiel der deutschen Universitätsidee ein nicht zu unterschätzender Einfluß auf die Organisation von Lehre und Forschung der Neugründungen zu, von denen sich einige binnen weniger Jahrzehnte zu den besten Hochschulen des Landes entwickeln sollten. Welche herausragende Vermittlerrolle im Rahmen dieses Gründungsprozesses besonders Amerikanern, die in Deutschland studiert hatten, zufiel, hat Diehl folgendermaßen beschrieben: „Virtually every one of the Americans who built the modern university system in the United States, and many of those who staffed the new institutions, studied in Germany.“¹¹²

Eine dieser herausragenden privaten Stifterpersönlichkeiten war der 1874 verstorbene Ezra Cornell, der Gründer der Western Union Telegraph Company und Stifter der 1869 eröffneten Cornell University in Ithaca.¹¹³ Erster Präsident der neuen Universität wurde der schon erwähnte Historiker Andrew D. White, der zuvor an der University of Michigan gelehrt hatte und später von 1897 bis 1902 die Vereinigten Staaten als Botschafter in Berlin vertreten sollte.¹¹⁴ Neben den in Ann Arbor unter Präsident Tappan gesammelten Erfahrungen hatte auf Whites Vorstellungen von einer modernen Universität auch sein Studium an deutschen Hochschulen einen prägenden Eindruck hinterlassen.¹¹⁵ Über seine Studienjahre an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität schrieb White 1905 rückblickend:

„My student life in Berlin, [...], further intensified my desire to do something for university education in the United States. There I saw my ideal of a university not only realized, but extended and glorified – with renowned professors, with ample lecture-halls, with everything possible in the way of illustrative materials, with laboratories, museums, and a course of youth from all parts of the world.“¹¹⁶

An der Cornell University etablierte White eine Graduate School, an der die Vorlesungs- und Seminar-Methode das Fundament einer wissenschaftlich orientierten

¹¹¹ Ebd., S. 57.

¹¹² Diehl: *Americans and German Scholarship*, S. 148.

¹¹³ Zur Person Ezra Cornells vgl. Philip Dorf: *The Builder. A Biography of Ezra Cornell*, New York 1952. Vgl. ferner Ezra Cornell *Denies that He Founded an „Aristocratic“ University* (1865), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 555–557.

¹¹⁴ Vgl. hierzu den kurzen Überblick bei Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 81f.

¹¹⁵ Zu Whithes deutscher Prägung vgl. Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S. 203.

¹¹⁶ White: *Autobiography*, Vol. I, S. 288. Vgl. den entsprechenden Wiederabdruck: *The „Cornell Idea“ Forms in White's Mind*, in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 549.

Ausbildung bildeten.¹¹⁷ Zudem bemühte sich White während seiner Präsidentschaft intensiv um die Verbesserung der zu diesem Zeitpunkt noch höchst unzureichenden technischen Ausbildung der Studenten. In seiner 1912 erschienenen Studie über *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten* hat Albert B. Faust darauf hingewiesen, daß es Whites Ziel gewesen sei „die deutsche Universität und die technische Hochschule in der neuen Schöpfung [gemeint ist Cornell, S. P.] zu verbinden. [...]. Um die technischen Abteilungen auf einen höheren Stand zu bringen, als bisher erreicht worden war“, so Faust weiter, „besuchte der Präsident die besten Lehranstalten dieser Art in Europa, unter anderem die deutsche landwirtschaftliche Hochschule zu Hohenheim, sowie das Polytechnikum [seit 1879 Technische Hochschule, S. P.] und die Tierarzneischule in Berlin.“¹¹⁸ Fortgesetzt und weiter ausgebaut wurde diese Universitätspolitik durch Whites in Deutschland ausgebildeten Kollegen und Nachfolger Charles Kendall Adams, der von 1885 bis 1892 das Amt des Präsidenten der Cornell University bekleidete.¹¹⁹

Doch trotz dieser offenkundigen Anlehnung an das deutsche Vorbild läßt sich auch im Fall der Cornell University nicht von einer Übernahme des deutschen Universitätsmodells sprechen. Whites Maßnahmen führten vielmehr zu einem fruchtbaren Nebeneinander des traditionellen amerikanischen College und der neuen, nach deutschem Muster ausgerichteten und forschungsorientierten Graduate School.¹²⁰ Speziell das hier angesprochene Graduate-School-System, im Sinne eines der allgemeinbildenden College-Ausbildung folgenden wissenschaftlich-fundierten Studiums, hatte sich in den USA seit der Jahrhundertmitte mit großem Erfolg auszubreiten begonnen. Während um 1850 an sämtlichen Hochschulen des Landes nur lediglich acht Studenten ein derartiges wissenschaftliches Aufbaustudium absolvierten, waren 1875 schon 399 und im Jahre 1900 sogar 5 668 Studenten an einer universitären Graduate-School immatrikuliert.¹²¹

Hinsichtlich des qualitativen Ausmaßes des deutschen Einflusses auf die amerikanische Universitätsentwicklung stellt die im Jahre 1876 erfolgte Gründung der Johns Hopkins University in Baltimore das rückblickend wohl folgenreichste Ereignis dar. Nach Hofstadter und Metzger war diese sogar „the first university in America based on the German model“.¹²² Wie im Fall Ezra Cornells handelte es

¹¹⁷ Ein interessantes Resümee seiner eigenen Leistungen als Präsident der Cornell University findet sich in einem Brief Whites an zwei in Cornell lehrende Professoren. Vgl. Andrew D. White to George L. Burr and Ernest W. Huffcut, 8.9.1893, in: Carl Becker: *Cornell University. Founders and the Founding*, Ithaca/NY 1943, S.173–180. Ein Abdruck des Briefes findet sich unter dem Titel: Andrew D. White Reviews His Achievements at Cornell (1893), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd.2, S.676–684.

¹¹⁸ Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S.203f.

¹¹⁹ Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S.81f.

¹²⁰ Vgl. Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S.380.

¹²¹ Zu den Zahlen vgl. Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S.208, Anm.2.

¹²² Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S.377 (Zitat). Zur universitäts- und wissenschaftsgeschichtlichen Bedeutung der Johns Hopkins University vgl. zudem Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S.188, sowie Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S.76–81.

sich auch bei Johns Hopkins um einen wohlhabenden Selfmademan, der ein enormes Vermögen im damals prosperierenden Eisenbahngeschäft verdient hatte.¹²³ Erster Präsident der von Hopkins gestifteten Universität wurde Daniel C. Gilman, vormals Präsident der University of California, der sich wie Henry P. Tappan auf einer Europareise intensiv mit dem deutschen Universitätssystem auseinandergesetzt und dessen besondere Vorzüge erkannt hatte.¹²⁴ Inspiriert von den universitären Verhältnissen in Deutschland übernahm Gilman auch für Baltimore die Vorlesungs- und Seminarmethode, das naturwissenschaftliche Laboratorium und die Institution der philosophischen Fakultät.¹²⁵ Um sein Universitätskonzept effektiv umsetzen zu können, benötigte er außerdem eine wissenschaftlich fundiert ausgebildete Professorenschaft. Im Fall der Johns Hopkins University ging es also nicht mehr allein darum, für die Neugründung geeignete Lehrer zu finden, sondern hochqualifizierte Wissenschaftler, die ihre Studenten aktiv am Prozeß der Erkenntnisuche beteiligen und einführen sollten.¹²⁶ Diese Verpflichtung des Universitätsdozenten zu wissenschaftlicher Forschung „bedeutete [...] eine entscheidende Wende in der amerikanischen Universitätsgeschichte“.¹²⁷ Mit diesem Schritt wurde nun auch das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre fest in das amerikanische Universitätssystem integriert. Auf die diesbezügliche Scharnierfunktion der Johns Hopkins University hat 1930 Abraham Flexner in seinem grundlegenden Systemvergleich hingewiesen:

„At its beginnings and for twenty years thereafter the Johns Hopkins University was the nearest thing to a university and practically nothing else that America has yet possessed. [...] Instruction proceeded, as in Germany, through lectures to larger groups, and seminars in which the professor and a limited number of students pursued intensively advanced studies and research, methods now in common use in all American graduate schools.“¹²⁸

Obgleich Gilmans Berufungspolitik und universitäre Weichenstellungen der Johns Hopkins University den schmeichelhaften Beinamen „the Göttingen at Baltimore“¹²⁹ einbrachte, war ihr erster Präsident durchaus darum bemüht, keinen

¹²³ Zur eigentlichen Gründungsgeschichte der Johns Hopkins University vgl. John C. French: *A History of the University Founded by Johns Hopkins*, Baltimore 1946; Hugh Hawkins: *Pioneers. A History of the Johns Hopkins University, 1874–1889*, Ithaca/NY 1960.

¹²⁴ Zu Leben und Werk Gilmans siehe Fabian Franklin: *The Life of Daniel Coit Gilman*, New York 1910. Zur Wahl Gilmans als Präsident der Johns Hopkins University siehe *The Johns Hopkins University Trustees Are Advised to Select Gilman (1874)*, in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 642.

¹²⁵ Ebd., S. 378. Zu den wichtigsten durch das deutsche Vorbild beeinflussten Grundsätzen Gilmans vgl. das Kapitel „Fundamental Principles“ in Daniel C. Gilman: *The Launching of a University and Other Papers*, New York 1906. Eine kurze Zusammenfassung der dort formulierten Grundsätze findet sich bei Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S. 205f.

¹²⁶ Vgl. Gilman *Recalls the Early Days of the Johns Hopkins (1876)*, in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 646.

¹²⁷ Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 187.

¹²⁸ Flexner: *Universities*, S. 73. Zu dieser Einschätzung siehe auch die entsprechenden Ausführungen bei Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten*, S. 206f.

¹²⁹ Zu dieser Bezeichnung siehe Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S. 377.

Zweifel aufkommen zu lassen, daß es sich bei der neuen Institution *nicht* um die Kopie einer deutschen Universität handle: „So we did not undertake to establish a German university nor an English university, but an American university, based upon and applied to the existing institutions of this country.“¹³⁰

Doch entgegen diesem für die damalige amerikanische Hochschulentwicklung beinahe programmatischen Bekenntnis zeigt u. a. ein Blick auf das Professorenkollegium der Johns Hopkins University von 1884 erneut den hohen Stellenwert, der einem in Deutschland absolvierten Studium im damaligen amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb beigemessen wurde. Von den angeführten 53 Professoren und Dozenten hatten beinahe alle zumindest für einige Semester an einer deutschen Universität studiert, ja sogar dreizehn den Doktorgrad erworben.¹³¹ Als erster Professor wurde am 17. Januar 1876 der Altphilologe Basil Lanneau Gildersleeve an die Johns Hopkins University berufen.¹³² Gildersleeve, einer der Gründungsväter der alttumswissenschaftlichen Studien in den Vereinigten Staaten, hatte 1849 in Princeton einen ersten akademischen Grad erworben, um anschließend sein Studium in Berlin, Bonn und Göttingen fortzusetzen. Im Jahre 1853 promovierte er an der Georgia Augusta und kehrte anschließend in die USA zurück. Maßgeblich beeinflusst von den wissenschaftlichen Methoden seiner Lehrer Böckh, Ritschl, Schneidewin und Franz übernahm er 1856 zunächst eine Professur für Griechisch an der University of Virginia.¹³³ Nach kurzen Verhandlungen gelang es Präsident Gilman im Dezember 1875, den renommierten Altphilologen von seinem an das deutsche Vorbild angelehnten Universitätskonzept zu überzeugen. Drei Tage nach ihrem ersten Zusammentreffen in Washington gab Gildersleeve die Zusage, die ihm angebotene Professur in Baltimore zu übernehmen. Er zeigte sich fasziniert von den neuen wissenschaftlichen Herausforderungen, die ihn an der Johns Hopkins University erwarten würden.¹³⁴ Rückblickend vermerkte Gildersleeve 1891 über seinen Wechsel nach Baltimore: „The greater freedom of action, the larger appliances, the wider and richer life, the opportunities

¹³⁰ Daniel Coit Gilman on the Spirit of the First Johns Hopkins Faculty and the Trustess (1876), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 753.

¹³¹ Vgl. hierzu mit jeweils einer Liste der in Deutschland promovierten Professoren an der Johns Hopkins University folgende Literatur: Faust: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten, S. 206; Thwing: The American and the German University, S. 43; Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 77f.

¹³² Zur Person und zum Werdegang Gildersleeves siehe Ward W. Briggs/Herbert W. Benario (Hg.): Basil Lanneau Gildersleeve. An American Classicist, Baltimore/London 1986, sowie Ward W. Briggs: Basil L. Gildersleeve: The Formative Influence, in: Geitz/Heideking/Herbst: German Influences on Education in the United States, S. 245–256.

¹³³ Über die Bedeutung seiner Studienjahre in Deutschland schrieb Basil Lanneau Gildersleeve: Formative Influences, in: The Forum 10 (1891), S. 615: „To Germany and the Germans I am indebted for everything professionally, in the way of apparatus and of method, and for much, in the way of inspiration.“

¹³⁴ Noch im gleichen Monat schrieb Gildersleeve an Präsident Gilman: „As I understand my new work, my lowest level is to be upper tier of my present senior class in which I am doing some real University work. It will take two or three years of earnest effort to get our material up to that point. After that time I should not despair of fair success in the University part of our scheme.“ (Zitiert nach Hawkins: Pioneers, S. 51.)

for travel and for personal intercourse have stimulated production and have made my last fourteen years my most fruitful years in the eyes of the scholarly world.“¹³⁵

Diese Aussage verweist auf einen weiteren Aspekt des deutschen Einflusses auf die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in den Vereinigten Staaten, nämlich den Gedanken der „akademischen Freiheit“ (Academic Freedom).¹³⁶ Gemäß der auf Humboldt zurückgehenden klassischen deutschen Universitätsidee war hiermit die Möglichkeit gemeint, frei von konkreten Nützlichkeitsanforderungen oder staatlichen bzw. sonstigen Einschränkungen an einer Universität zu forschen, zu lehren (Forschungs- und Lehrfreiheit) und zu lernen (Lernfreiheit). Auch das Prinzip der akademischen Selbstverwaltung, d. h. der eigenverantwortlichen Verwaltung der internen Universitätsangelegenheiten durch die dort lehrenden Professoren, war Teil dieser Freiheit.¹³⁷ Seit den Tagen Ticknors hatte diese vermeintlich liberale Atmosphäre an Deutschlands Universitäten auf amerikanische Besucher einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.¹³⁸ In einem aus Göttingen an Thomas Jefferson gerichteten Brief vom 14. Oktober 1816 schrieb Ticknor über diese deutsche Besonderheit:

„The first result of this enthusiasm & learning, which immediately broke through all the barriers that opposed it, was an universal toleration in all matters of opinion. No matter what a man thinks, he may teach it & print it, not only without molestation from government but also without molestation from public opinion which is so often more oppressive than the aim of authority. I know not that any thing like it exists in any other country. [...]. If truth is to be attained by freedom of inquiry, as I doubt not it is, the German professors and literati are certainly on the high road, and have the way quietly open before them.“¹³⁹

Daß es sich im Fall der akademischen Freiheit jedoch auch hierzulande um ein primär theoretisch verfaßtes Ideal handelte, das in der Praxis mehr als häufig an konfessionellen, politischen oder gesellschaftlichen Barrieren scheiterte, muß an dieser Stelle nicht extra betont werden.¹⁴⁰ Gleichwohl steht außer Frage, daß die staatlich getragenen und dennoch weitgehend autonom verwalteten deutschen Universitäten im Gegensatz zu ihren privat oder auch staatlich finanzierten amerikanischen

¹³⁵ Gildersleeve: *Formative Influences*, S. 617.

¹³⁶ Zum deutschen Einfluß auf die Entwicklung der akademischen Freiheit in den USA vgl. Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S. 367–411.

¹³⁷ Vgl. Rainer A. Müller: Vom Ideal zum Verfassungsprinzip. Die Diskussion um die Wissenschaftsfreiheit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Schwinges: *Humboldt International*, S. 249–366.

¹³⁸ Eine Definition des Begriffs „akademische Freiheit“ aus zeitgenössischer amerikanischer Perspektive gibt Hart: *German Universities*, S. 250. Zur Integration des Prinzips der „akademischen Freiheit“ in den amerikanischen Kontext vgl. Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 96–100; Jürgen Herbst: *The German Historical School in American Scholarship*, S. 29.

¹³⁹ Ticknor on Freedom and Advanced Scholarship in Germany (1815–16), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 1, S. 257–259, Zitat S. 258.

¹⁴⁰ Vgl. hierzu Nipperdey: *Preußen und die Universität*, S. 144f. Zur Bedeutung der Konfession und den daraus resultierenden Restriktionen für Katholiken und Juden bei Professorenberufungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert vgl. Baumgarten: *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert*, S. 116–119 (Geisteswissenschaftler) und S. 143–145 (Naturwissenschaften).

Pendants ein aus damaliger Sicht weitaus höheres Maß an Freiheit für Lehrende wie Studierende boten. „No lay board of control“, so Hofstadter und Metzger,

„was interposed between the ultimate authority of the state and the plenary powers of the professors. No elaborate administrative structure was required; no president was established. [...] The German universities were state institutions, but the combination of governmental restraint, cultural isolation, limited professional co-option, and elected administrators gave them the appearance of self-governing bodies.“¹⁴¹

Trotz oder gerade wegen der hier aufgezählten Unterschiede zwischen den beiden Universitätssystemen fand die Idee der akademischen Freiheit seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Befürworter in den Vereinigten Staaten.¹⁴² Nur wenn diese – wie in Deutschland – zum festen Bestandteil des akademischen Lebens in den USA werden würde, könne, so die damalige Ansicht zahlreicher Intellektueller, überhaupt von einer Universität gesprochen werden. In seiner 1869 gehaltenen Antrittsrede als Präsident der Harvard University machte Charles W. Eliot mit emphatischen Worten deutlich, welchen Stellenwert er persönlich dem Konzept der Lehr- und Lernfreiheit beimaß:

„A university must be indigenous, it must be rich; and above all, it must be free. The winnowing breeze of freedom must blow through all its chambers. It takes a hurricane to blow wheat away. An atmosphere of intellectual freedom is the native air of literature and science. This university aspires to serve the nation by training men and to intellectual honesty and independence of mind. The Corporation demands of all its teachers that they be grave, reverent and high minded; but it leaves them, like their pupils, free.“¹⁴³

In seinen Ausführungen verwies Eliot jedoch nicht nur auf die grundlegende Bedeutung der akademischen Freiheit für die Institution der Universität, sondern auch auf die damit einhergehenden neuen Anforderungen an die Professorenschaft. Die hieraus resultierende Konsequenz war ein verändertes, ohne den neidvollen Blick auf Deutschland so kaum vorstellbares Rollenverständnis dieses Berufsstandes in den Vereinigten Staaten. Neben der Bewunderung für die Stellung des deutschen Professors trat verstärkt auch dessen gesellschaftliches Ansehen in den Mittelpunkt des Interesses. Für die gebildeten Kreise der USA war der deutsche Professor

„eine legendäre Gestalt. Er galt als unendlich gelehrt und konnte als Diener des Thrones, der junge Menschen zum Dienst für die Krone ausbildete, und als hoher Repräsentant der deutschen Kultur Anspruch auf äußerst korrekte, förmliche Behandlung erheben. Die Regierung fragte ihn um Rat. [...] In der deutschen Öffentlichkeit und in den akademischen Kreisen Deutschlands verband sich der Stolz auf die Stellung der Universitäten und also auch der Professoren mit dem Stolz auf das wachsende Ansehen des Deutschen Reiches im Kreis aller Nationen. Damit war er meilenweit entfernt von der wenig geachteten Stellung eines Professors in den Vereinigten Staaten.“¹⁴⁴

¹⁴¹ Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S. 386.

¹⁴² Vgl. Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 190, sowie Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 96–100.

¹⁴³ Charles W. Eliot: „Inaugural Address“, *Educational Reform*, New York 1898, S. 30f.

¹⁴⁴ Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 189. Zur Entwicklung des professoralen Selbstverständnisses in Deutschland vgl. u. a. Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1, S. 590–601; Peter Moraw: *Vom Lebensweg des deutschen Professors*, in: *Forschung. Mitteilungen der DFG* (1988), H. 4, S. 1–12; Baumgarten: *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert*.

Da in der Tat amerikanische Professoren weder an privaten noch staatlichen Universitäten einen privilegierten Beamtenstatus innehatten, sondern ihre Tätigkeit auf einem verhältnismäßig schlecht vergüteten Anstellungsverhältnis basierte, galt die akademische Laufbahn in den USA lange Zeit als wenig lukrativ und prestigeträchtig.¹⁴⁵ Ein plötzliches Zerwürfnis mit dem Universitätspräsidenten oder dem Verwaltungsrat (Board of Trustees) konnte für einen Professor die kurzfristige Entlassung zur Folge haben.¹⁴⁶ In seiner erstmals 1878 erschienenen und teilweise autobiographisch beeinflussten Schilderung der deutschen Universitätsverhältnisse hat James Morgan Hart auf die vergleichsweise miserable soziale und wirtschaftliche Lage der amerikanischen Professorenschaft hingewiesen:

„As a class, American professors are insufficiently recompensed. After years of toil and annoyance, they can be thankful if they are able to keep themselves and their families out of debt. It is difficult to understand why professors, who are men of ability and culture, who devote themselves unselfishly to the best interests of the nation, should not be paid as liberally as our best lawyers and physicians, why the guardians of the spiritual interests of men should fare worse than those who look merely after their bodies of estate.“¹⁴⁷

Mit der zunehmenden wissenschaftlichen Profilierung der amerikanischen Universitäten gegen Ende des 19. Jahrhunderts sollte sich allerdings auch die gesellschaftliche und akademische Stellung des Universitätsprofessors in den Vereinigten Staaten verbessern. Ein wesentlicher Antrieb hierfür war der immer spürbarer werdende Wettbewerb der Universitäten um die besten Köpfe. Die Universitätspräsidenten sahen sich gezwungen, die Attraktivität der eigenen Institution gegenüber der Konkurrenz stetig zu erhöhen, um dadurch die favorisierten Kandidaten für eine Professur anzuziehen.¹⁴⁸ Dieses Bemühen konnte sich sowohl auf die konkrete Bezahlung als auch auf die finanzielle und materielle Ausstattung des zu besetzenden Lehrstuhls erstrecken. Auch diese Entwicklung scheint zumindest mittelbar von den Gepflogenheiten in Deutschland beeinflusst worden zu sein, wo sich zwischen 1850 und 1880 ebenfalls ein entscheidender Wandel im Berufungsverhalten vollzogen hatte.¹⁴⁹ Als Folge der Reichsgründung führte „die allgemeine Intensivierung der Information und Kommunikation auch auf dem wissenschaftlichen Sektor [...] in Zusammenhang mit dem Autonomieverständnis der Universitäten in den siebziger Jahren dazu [...], daß ein freier Professorenmarkt entstand“.¹⁵⁰ Die durchaus

¹⁴⁵ Vgl. Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S. 398f.; Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 189. In den Vereinigten Staaten bezogen die Lehrkräfte an Universitäten oder Colleges lediglich ein bescheidenes Gehalt. Zusätzliche, in Deutschland durchaus übliche Einkünfte in Form von Kolleggeldern gab es nicht.

¹⁴⁶ Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 189.

¹⁴⁷ Hart: *German Universities*, S. 345.

¹⁴⁸ Hierzu exemplarisch *Organizing Cornell* (1865), in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 553. Vgl. auch Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 182.

¹⁴⁹ Zu dem hier angesprochenen Berufungswandel in Deutschland siehe die entsprechenden Ausführungen bei Baumgarten: *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert*, S. 93–159, besonders S. 157–159.

¹⁵⁰ Walter Höflechner: *Zum Einfluß des deutschen Hochschulwesens auf Österreich in den Jahren 1875–1914*, in: Bernhard vom Brocke (Hg.): *Wissenschaftsgeschichte und Politik*

positiven Auswirkungen eines solchen freien Marktes auf das akademische und universitäre Leben hatten viele der jungen amerikanischen Studenten während ihrer Studienzeit in Deutschland selbst miterlebt. Es ist daher naheliegend, daß diese Erfahrung auch deren spätere eigene Tätigkeit als Universitätspräsidenten und Universitätsprofessoren beeinflusst hat.¹⁵¹

Ein weiteres Ergebnis dieses Verwissenschaftlichungsprozesses und der Entstehung eines neuen professoralen Selbstverständnisses war die speziell in den beiden letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Gründung zahlreicher wissenschaftlicher Fachverbände und Fachzeitschriften.¹⁵² Das Ziel dieser „Associations“ war es, der jeweiligen Disziplin eine nationale Organisationsstruktur und professionelle Identität zu verleihen. Beides förderte bei den Mitgliedern sowohl das kollektive wie individuelle Wertgefühl. Diese begannen sich selbst nicht mehr nur als schlichte Universitäts- oder Collegelehrer zu sehen, sondern als ausgewiesene Fachwissenschaftler, d. h. als Historiker, Philologen, Philosophen, Mathematiker, Chemiker usw.¹⁵³ Während die traditionellen „Scientific Societies“ der Vorbürgerkriegszeit auch außeruniversitären Laien offenstanden und in ihrer thematischen Ausrichtung und Mitgliederschaft einen eher lokalen Charakter besaßen¹⁵⁴, wurden durch die sich nun neu formierenden Zunftverbände klare nationale Kriterien dahingehend erarbeitet, welche Qualifizierung die Mitglieder einer Association aufweisen sollten und welche wissenschaftlichen Standards innerhalb des Faches zu gelten hätten. Diese Entwicklung führte konsequenterweise nicht nur zu einem enormen Professionalisierungsschub innerhalb des amerikanischen Wissenschaftssystems, sondern auch zu einer notwendigen fachdisziplinären Ausdifferenzierung und Profilierung.¹⁵⁵ Dabei kam im Vorfeld der Gründung der frühen amerikanischen Fachverbände dem europäischen Vereins- und Verbandswesen eine wichtige Vorbildfunktion zu. Beispielsweise orientierte sich die 1865 ins Leben gerufene American Social Science Association (ASSA), die als eine Art Keimzelle des amerikanischen Verbandswesen angesehen werden kann, an dem Modell der 1857 gegründeten British National Association for the Promotion of Social Science.¹⁵⁶ Trotz ihrer Bezeichnung war die ASSA jedoch noch kein Fachverband der amerikanischen Soziologen im fachdisziplinären Sinne. Vielmehr vereinigten sich dort Historiker, Ökonomen, Philosophen oder wissenschaftlich interessierte Laien, die sich gemeinsam mit Fragen der sozialen Entwicklung ihres Landes nach

im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive, Hildesheim 1991, S. 155–184, hier S. 166.

¹⁵¹ Vgl. Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 185f.

¹⁵² Zur Geschichte und Entwicklung des amerikanischen Verbandswesens im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften vgl. Herbst: The German Historical School in American Scholarship, S. 40–49, sowie Thomas L. Haskell: The Emergence of Professional Social Science. The American Social Science Association and the Nineteenth-Century Crisis of Authority, Urbana 1977.

¹⁵³ Vgl. Herbst: The German Historical School in American Scholarship, S. 40.

¹⁵⁴ Vgl. Ralph S. Bates: Scientific Societies in the United States, New York 1945, S. 84.

¹⁵⁵ Vgl. Haskell: The Emergence of Professional Social Science, S. 25–27.

¹⁵⁶ Vgl. Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 190f.

dem Bürgerkrieg und den Auswirkungen bzw. Auswüchsen von Industrialisierung und Urbanisierung auseinandersetzen.¹⁵⁷ Allerdings wurde schon nach wenigen Jahren gerade diese unspezifische Zusammensetzung und Ausrichtung der ASSA von einigen Mitgliedern als unbefriedigend empfunden. Das Resultat war eine Welle von Verbandsneugründungen mit deutlichen fachdisziplinären Konturen, wie der American Historical Association (AHA) 1884 oder der American Economic Association (AEA) im Jahre 1885.¹⁵⁸

Resümierend kann festgehalten werden, daß zwischen ca. 1850 und 1900 zentrale Elemente der klassischen deutschen Universitätsidee und Wissenschaftsorganisation auf die Entwicklung des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsverständnisses eingewirkt haben.¹⁵⁹ In erster Linie handelte es sich dabei neben dem Transfer diverser Forschungs- und Lehrmethoden um die Idee der akademischen Freiheit.¹⁶⁰ Hinzu trat ein neues Rollen- und Selbstverständnis der amerikanischen Professorenschaft, das sich bewußt an das Vorbild des – so die damalige amerikanische Sichtweise – von Regierung und Volk in gleichem Maße geschätzten deutschen Ordinarius anzulehnen versuchte. Eine entscheidende Vermittlerrolle übernahmen in diesem Zusammenhang die tausenden jungen Amerikaner, die über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg in Deutschland studiert hatten und ihre Erfahrungen mit dem deutschen Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb in ihre Heimat importierten. Wie gezeigt werden konnte, übernahm ein nicht unerheblicher Teil dieser zurückgekehrten Studenten in der Folgezeit wichtige akademische Funktionen als Professoren und Universitätspräsidenten. Binnen weniger Jahrzehnte entwickelten sich somit die amerikanischen Universitäten zu Institutionen, an denen – angelehnt an das deutsche Vorbild – sowohl dem Lehrauftrag als auch dem neu eingeführten Forschungsprinzip Rechnung getragen wurde.¹⁶¹ „Wenn die Hälfte derer, die in Deutschland studiert hatten“, wie es Shils formuliert hat, „eine akademische Laufbahn einschlugen zu einer Zeit, als selbst die größten [amerikanischen, S. P.] Universitäten für jedes Fach nur über wenige

¹⁵⁷ Zur genauen wissenschaftlichen bzw. disziplinären Ausrichtung der ASSA-Mitglieder siehe Haskell: *The Emergence of Professional Social Science*, S. 24.

¹⁵⁸ Vgl. Herbst: *The German Historical School in American Scholarship*, S. 40–49, sowie Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 191.

¹⁵⁹ Vgl. Fallon: *Deutsche Einflüsse auf das amerikanische Erziehungswesen*, S. 99.

¹⁶⁰ Vgl. Röhrs: *Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee*, S. 93–101.

¹⁶¹ Daniel Coit Gilman, erster Präsident der Johns Hopkins University, beschrieb diese Phase der Verwissenschaftlichung des amerikanischen Hochschulwesens rückblickend wie folgt: „In looking over this period, remarkable changes are manifest. In the first place, science receives an amount of support unknown before. This is a natural consequence of the wonderful discoveries which have been made in respect to phenomena and laws of nature and the improvements made in scientific instruments and researchers. [...] With this increased attention to science, the old-fashioned curriculum disappeared, of necessity, and many combinations of studies were permitted in the most conservative institutions. Absolute freedom of choice is now allowed in many places. [...] Among enlightened and well-read people, the proper significance of a university was of course understood. Students came home from Europe, and especially from Germany, with clear conceptions of its scope.“ (Daniel Coit Gilman *Reviews the Accomplishments of the University Era [1869–1902]*, in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 2, S. 597f.)

Dozenten verfügten, mußte die deutsche Ausbildung zwangsläufig das gesamte System beeinflussen. Und in der Tat – die Auswirkungen waren tiefgreifend.“¹⁶²

Hierzu parallel stieg gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch die Zahl an amerikanischen Universitäten lehrender deutschstämmiger Professoren, die wiederum ihrerseits entscheidend zur weiteren Professionalisierung der jeweiligen Disziplinen in den USA beitrugen. Dies war ein deutliches Zeichen für die zunehmende Attraktivität der Vereinigten Staaten als internationaler Wissenschaftsstandort. Unter den deutschen Gelehrten, die sich für eine akademische Karriere in den USA entschieden hatten, befanden sich so renommierte und einflußreiche Persönlichkeiten wie der Historiker Hermann Eduard von Holst (Chicago), der Physiker Albert A. Michelson (Chicago), der Orientalist Paul Haupt (Pennsylvania), der Psychiater Adolf Meyer (Johns-Hopkins), der Forstwissenschaftler Bernhard Eduard Fernow (Cornell) sowie der Psychologe Hugo Münsterberg und der Germanist Kuno Francke (beide Harvard).¹⁶³ Vor allem Münsterberg und Francke sollten – wie noch näher darzulegen sein wird – entscheidenden Anteil am Zustandekommen des 1905 initiierten deutsch-amerikanischen Professorenaustauschs haben.¹⁶⁴

Aber trotz dieser mannigfachen Einflüsse und Interaktionen war auf amerikanischer Seite nie eine vollständige Adaption des deutschen Universitätssystems angestrebt worden. Im Zentrum der damaligen amerikanischen Reformbestrebungen stand die Integration einzelner und besonders nachahmenswert erscheinender Komponenten des deutschen Systems in die schon bestehenden, vornehmlich angelsächsisch geprägten Bildungsstrukturen der Vereinigten Staaten. Die prinzipiellen Unterschiede zwischen beiden Hochschulsystemen, vor allem im Hinblick auf die universitäre Binnenstruktur, den Verwaltungsaufbau und die finanzielle Trägerschaft, blieben trotz deutscher Einflüsse enorm, was nicht zuletzt die Koexistenz von College und Graduate School unter dem Dach der amerikanischen Universität bis heute verdeutlicht. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Universitätsidee führte demnach in den USA nur punktuell zu einer strukturellen Angleichung. Möglicherweise weitaus bedeutender war eine Bewußtseinsänderung hinsichtlich der Aufgaben und Funktionen einer modernen und forschungsorientierten Universität.¹⁶⁵ Tatsächlich hatten einige amerikanischen Universitäten um das Jahr 1900 bereits einen wissenschaftlichen Standard erreicht, der es nicht mehr notwendig erscheinen ließ, neidvoll nach Europa bzw. Deutschland zu blicken.¹⁶⁶ Ferner hatte sich innerhalb der akademischen Elite in den Vereinigten

¹⁶² Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 186.

¹⁶³ Eine zwar unvollständige aber dennoch höchst informative Aufzählung deutscher bzw. deutschstämmiger Professoren, die im obengenannten Zeitraum eine Professur an einer amerikanischen Universität innehatten, findet sich bei Faust: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten, S. 209–212.

¹⁶⁴ Siehe hierzu unten Kapitel I.3.

¹⁶⁵ Zu den Grenzen des deutschen Einflusses auf die Higher Education in den USA vgl. u. a. Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 87–91.

¹⁶⁶ Eine diesbezüglich aussagekräftige Quelle stellt ein 1901 in Berlin verfaßter Brief David Kinleys, Ökonomeprofessor an der University of Illinois und Schüler Richard T. Elys, an Herbert B. Adams dar. In diesem äußert sich Kinley über das deutsche Universitäts- und Wissenschaftssystem wie folgt: „I think far less of Germans, German education and German educational institutions than I did six months ago! I cannot help feeling that

Staaten mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, daß in Deutschland entwickelte wissenschaftliche Methoden und Fragestellungen nicht ohne weiteres auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der USA übertragen werden könnten. „By the turn of the century“, wie Jürgen Herbst es treffend beschrieben hat,

„the magic spell of the German universities began to wane as the new American graduate schools of arts and sciences outgrew their dependence on German models and patterns. During the 1880's and 1890's many of these graduate schools were directed by men who had spent their apprentice years in Germany, and now loath to see their students go off to foreign places. The longer these men thought, the more they had come to realize that German methods and approaches were inadequate when applied to American materials and when practiced in an environment indifferent, if not hostile, to German academic and social methodology, and the social sciences found the canons of German idealism and the historical school restrictive, and were led to take a second, more critical look at their German experiences.“¹⁶⁷

3. Der deutsch-amerikanische Professoren Austausch

Einen ersten prominenten und zugleich vorerst letzten Höhepunkt fanden die deutsch-amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen in dem seit 1905 stattfindenden deutsch-amerikanischen Professoren Austausch.¹⁶⁸ Die Initia-

they (especially the Prussians) are a narrow people, outwardly polite, but at heart somewhat coarse. I wonder why American students come here to study in any lines except such as German philology, Roman jurisprudence, German history, art, and other subjects in which the material can be found only here. It seems to me that in all technical education, and in the university subjects like economics, chemistry, all history except German, mathematics, literature, etc., etc. Germany has nothing to offer that our students cannot get better in our own country.“ (Hier zitiert nach einem Abdruck bei W. Stull Holt: *Historical Scholarship in the United States, 1876-1901. As Revealed in the Correspondence of Herbert B. Adams*, Baltimore 1938, S. 690f.)

¹⁶⁷ Herbst: *The German Historical School in American Scholarship*, S. 5. Eine zeitgenössische Beschreibung dieses wissenschaftlichen Umbruchs um 1900 gibt der damals in Harvard lehrende Psychologe Hugo Münsterberg in: *Aus Deutsch-Amerika*, Berlin 1909, S. 30: „Wie kam es, daß die deutsche Wissenschaft solch unvergleichliche Hochschätzung in der neuen Welt gewann? Nicht nur durch die bloße Leistung, sondern dadurch, daß diese Leistung persönlich fühlbar wurde [...]. Mit Begeisterung kehrten sie heim und wurden zu Missionaren der deutschen Wissenschaft. Das aber ist nun in vollständiger Änderung begriffen. Die amerikanischen Universitäten sind emporgestiegen und die führenden Hochschulen leisten als Anstalten für höchsten Unterricht und als Anregungsstätten der wissenschaftlichen Arbeit in vielen Gebieten das gleiche, das die deutschen Universitäten zu bieten haben. Der amerikanische Student, der vor dreißig Jahren nach Göttingen oder Gießen oder Heidelberg ging, fand dort etwas, das daheim in der Art nicht zu finden war. Von dieser Art Einfluß wird, wenn sich nichts ändern sollte, in fernerer zwanzig Jahren in Amerika wenig zu spüren sein.“

¹⁶⁸ Zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Professoren Austauschs vgl. Freitag: *Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin* (1977); Gerhard A. Ritter: *Motive und Organisationsformen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer auswärtigen Kulturpolitik vor dem ersten Weltkrieg*, in: *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen*. Festschrift für Paul Kluge, hg. von Lothar Kettenacker/Manfred Schlenke/Hellmut Seier, München 1981, S. 153-200; ders.: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik im deutschen Kaiserreich*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 31 (1981), S. 5-16; Bernhard vom Brocke: *Der deutsch-amerikanische Professoren Austausch. Preußische Wissenschaftspolitik*, in-

tive für einen regelmäßigen Professorenaustausch zwischen beiden Ländern war im Zuge eines Projekts entstanden, das bereits für sich genommen eine höchst interessante Episode in den deutsch-amerikanischen (Kultur-) Beziehungen markiert, nämlich die Gründung eines Museums für deutsche Kunst und Kultur in den Vereinigten Staaten. Die ursprüngliche Idee für ein derartiges Museum, das sich am Vorbild des 1852/53 gegründeten Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg orientieren sollte, ging von mehreren Harvard-Professoren aus. Einer davon war der schon erwähnte deutsch-stämmige Literatur- und Kulturhistoriker Kuno Francke. Seit 1884 in Harvard lehrend, war der wenig später auch eingebürgerte Francke ebendort 1889 auf einen Lehrstuhl für Deutsche Literaturgeschichte berufen worden.¹⁶⁹ Unterstützt wurden Franches Museumspläne durch den gleichfalls kurz vor der Jahrhundertwende nach Harvard berufenen deutschen Philosophen, Psychologen und Arzt Hugo Münsterberg, der im Jahre 1898 zum Präsidenten der American Psychological Association (APA) avancierte.¹⁷⁰ Die Lehrtätigkeit Franches und Münsterbergs belegt zum einen die in den Vereinigten Staaten damals noch immer vorherrschende Wertschätzung der deutschen Wissenschaft, zum anderen war die Übersiedlung der beiden Gelehrten in die USA auch Ausdruck der gegen Ende des Jahrhunderts zunehmenden internationalen Attraktivität des amerikanischen Hochschulwesens. Mitverantwortlich für die Berufung der beiden Deutschen war der damalige Präsident der Harvard University, Charles W. Eliot, der im Laufe seiner vierzigjährigen Präsidentschaft (1869–1909) maßgeblich dazu beigetragen hatte, das älteste amerikanische College zu einer der führenden Universitäten des Landes umzugestalten.¹⁷¹

Das für Harvard vorgesehene Museumsprojekt wie auch der später daraus erwachsende Professorenaustausch besaß von Anbeginn eine kaum zu überschätzende außenpolitische Dimension. Auf diplomatischer Ebene sah der seit 1897 als Botschafter des Deutschen Reichs in Washington residierende Theodor von Holleben dringenden Handlungsbedarf, um die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch kulturpolitische Aktivitäten zu verbessern.¹⁷² „Es ist dies fast die einzige

ternationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, in: ebd., S. 128–182; ders.: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik: Der Professorenaustausch mit Nordamerika, in: ders. (Hg.): Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive, Hildesheim 1991, S. 185–242; Reiner Pommerin: Der Kaiser in Amerika. Die USA und die Politik der Reichsleitung 1890–1917, Köln/Wien 1986, S. 255–282.

¹⁶⁹ Vgl. vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 196f. Zur Person Kuno Franches siehe George H. Genzmer: Kuno Francke, in: Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 328f.

¹⁷⁰ Vgl. vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 197. Zur Person Hugo Münsterbergs siehe Herbert S. Langfeld: Hugo Münsterberg, in: Dictionary of American Biography, Vol. 13 (1934), S. 337–339, und Phyllis Keller: States of Belonging: German-American Intellectuals and the First World War, Boston 1980, S. 7–118.

¹⁷¹ Zu Charles W. Eliots Präsidentschaft in Harvard vgl. Wagner: Harvard, S. 138–195.

¹⁷² Vgl. hierzu das Kapitel „Kulturdiplomatie“ in dem Standardwerk von Alfred Vagts: Deutschland und die Vereinten Nationen in der Weltpolitik, New York/London 1935, S. 2003f.; ferner vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 197. Vgl. aus zeitgenössischer Perspektive Münsterberg: Aus Deutsch-Amerika, S. 18.

sichere Handhabe“, wie es der Botschafter in einem Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin formulierte, „die uns auf dieser Seite des Wassers bleibt, um den Gegensatz [zu den USA, S. P.] allmählich zu überbrücken.“¹⁷³ Was aber war der konkrete politische Hintergrund für eine derartige Einschätzung? Die imperialistischen Ambitionen beider Länder hatten kurz vor der Jahrhundertwende vor allem im pazifischen Raum (Samoa-Frage) und in der China-Politik zu deutlichen Spannungen zwischen den USA und dem Deutschen Reich geführt.¹⁷⁴ Um die aufgepeitschte öffentliche Meinung zu beruhigen, sollte nach den Vorstellungen Hollebens die große Gemeinde der Deutsch-Amerikaner eine patriotische Vermittlerrolle in den Vereinigten Staaten einnehmen und auf das Deutschlandbild in der amerikanischen Öffentlichkeit positiv einwirken. Daß eine solche politische Instrumentalisierung von Kulturbeziehungen gerade in Preußen eine lange Tradition besaß, darauf hat Bernhard vom Brocke hingewiesen: „Universitäts- und Bildungspolitik, also Kulturpolitik, waren speziell in Preußen seit jeher Bestandteil der allgemeinen Politik, also auch staatlicher Machtpolitik, ein Mittel der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik.“¹⁷⁵

Auf Initiative Hollebens, der wegen seines Engagements für die deutsch-amerikanische Verständigung am 26. Juni 1901 mit der Ehrendoktorwürde der Harvard University ausgezeichnet wurde¹⁷⁶, und Franckes gelang es, den in der Museumsfrage zunächst eher zögerlichen Wilhelm II. von der außen- und kulturpolitischen Bedeutung des Projekts zu überzeugen.¹⁷⁷ Rückblickend hielt Francke fest:

„So entschloß ich mich denn im Februar 1901 zu einer Immediateingabe an den Kaiser, in der ich über unsere bisherigen, allerdings noch recht bescheidenen Ergebnisse berichtete und ausführte, was für eine Wirkung eine kaiserliche Schenkung, deren etwaigen Umfang ich kurz skizzierte, auf die öffentliche Stimmung sowohl in Deutschland wie in Amerika unserem Unternehmen gegenüber ausüben werde.“¹⁷⁸

Von dieser politischen Argumentation Franckes offenbar überzeugt, unterrichtete Wilhelm II. am 20. November 1901 den amerikanischen Botschafter in Berlin und

¹⁷³ Hier zitiert nach Vagts: Deutschland und die Vereinten Nationen, S. 2003.

¹⁷⁴ Einen Überblick zu den getrübbten deutsch-amerikanischen Beziehungen um die Jahrhundertwende geben Paul M. Kennedy: *The Samoan Tangle. A Study in Anglo-German-American Relations, 1878–1900*, New York 1974; Horst Christof: *Deutsch-amerikanische Entfremdungen. Studien zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1913 bis zum Mai 1916*, Würzburg, Phil. Diss., 1975, S. 6–14; Torsten Oppelland: *Der lange Weg in den Krieg (1900–1918)*, in: Larres/Oppelland: *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert*, S. 1–4.

¹⁷⁵ Zum Komplex preußisch-deutscher Kultur- und Wissenschaftspolitik siehe Kurt Düwell: *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente*, Köln/Wien 1976; ders./Werner Link (Hg.): *Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871. Geschichte und Strukturen*, Köln/Wien 1981; vom Brocke: *Der deutsch-amerikanische Professorenaustausch*, S. 128–134, Zitat S. 129. In leicht überarbeiteter Form auch ders.: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S. 185–191. Grundlegend auch Pommerin: *Der Kaiser in Amerika*, S. 255–303.

¹⁷⁶ Zur positiven Wirkung dieser Ehrenpromotion in Deutschland vgl. vom Brocke: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S. 198 mit Anm. 41.

¹⁷⁷ Vgl. hierzu die Ausführungen bei Kuno Francke: *Deutsche Arbeit in Amerika*, Leipzig 1930, S. 42f.

¹⁷⁸ Ebd., S. 43.

vormaligen ersten Präsidenten der Cornell University sowie der American Historical Association, Andrew D. White, über seinen Entschluß, dem geplanten Museum eine größere Anzahl von Abgüssen bedeutender deutscher Kunstwerke zu schenken.¹⁷⁹ White wiederum war seinerseits, wie auch der damalige amerikanische Vizepräsident Theodore Roosevelt, ein prominentes Mitglied des wenige Monate zuvor gebildeten Vereins zur Gründung eines Germanischen Museums in Cambridge, und seit seinen Berliner Studientagen ein Kenner und großer Bewunderer der deutschen Kultur.¹⁸⁰ Offiziell bekanntgegeben wurde die geplante Schenkung Wilhelms II. während einer Amerikareise des kaiserlichen Bruders Prinz Heinrich, der sich extra zu diesem Zweck am 6. März 1902 in Harvard aufhielt, wo ihm – wie ein Jahr zuvor Botschafter Holleben – in Anwesenheit des Museumsvereins die Ehrendoktorwürde der Universität verliehen wurde.¹⁸¹

Nachdem die vom Kaiser zugesagten Abgüsse Ende Juni 1903 in Harvard eingetroffen waren, konnte das provisorisch in der Universitätsturnhalle eingerichtete „Germanic Museum“ am 10. November – dem Geburtstag Martin Luthers und Friedrich Schillers – feierlich eingeweiht werden.¹⁸² Erster Museumskurator wurde Kuno Francke, dessen bisheriger Lehrstuhl für Deutsche Literaturgeschichte aus diesem Grunde in ein Ordinariat für Deutsche Kulturgeschichte umbenannt wurde.¹⁸³ Davon abgesehen blieb die Finanzierung des vorgesehenen Neubaus je-

¹⁷⁹ Vgl. Freitag: Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945, S. 34; Pommerin: Der Kaiser in Amerika, S. 262f.; vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 198f. Zur Schenkung des Kaisers und den bedeutendsten Abgüssen vermerkte voller Enthusiasmus Francke: Deutsche Arbeit in Amerika, S. 43f.: „Im Herbst desselben Jahres [nach seiner Immediateingabe vom Frühjahr 1901, S. P.] ging ich mit meiner Familie auf ein Ferienjahr nach Deutschland. Wie groß war mein Erstaunen, als das erste, was ich in Berlin von dem Generalsdirektor der Kgl. Museen Richard Schöne erfuhr, die Mitteilung war, der Kaiser habe nicht nur mein Gesuch bewilligt, sondern sei weit über meine Anregungen hinausgegangen; und die Abformung einiger der größten uns zugeachten Denkmäler, wie der Hildesheimer Erztüren, des ganzen Lettners und sämtlicher Stifterstatuen des Naumburger Domes, des Syrlinschen Bischofsstuhles aus dem Ulmer Münster, des Sebaldisgrabes, des Schlüterschen Großen Kurfürsten, des Schadowschen Friedrich des Großen, sei bereits in vollem Gange! Ich brauche nicht zu sagen, daß durch diese hochherzige Entscheidung des Kaisers der durchgreifende Erfolg unseres Unternehmens mit einem Schlage gesichert war. Und nie werde ich aufhören, dem bei allen Fehlern politischen Denkens instinktiv hohen Zielen nachstrebenden Herrscher aus tiefem Herzen verpflichtet und ergeben zu bleiben. [...] Es stellte sich bald heraus, daß die von mir als eine auf Bildungsaufgaben beschränkt gedachte Angelegenheit von dem Kaiser als Teil einer politischen Freundschaftsdemonstration ersten Ranges verwertet werden sollte.“

¹⁸⁰ Zur Gründung des Museumsvereins vgl. ebd., S. 41f.; vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 198f.; Pommerin: Der Kaiser in Amerika, S. 260.

¹⁸¹ Vgl. ebd., S. 264 mit Anm. 683. Zur Prinzenreise siehe auch Münsterberg: Aus Deutsch-Amerika, S. 230–237, sowie Francke, Deutsche Arbeit in Amerika, S. 44f.

¹⁸² Vgl. Kuno Francke: Emperor William's Gift to Harvard University, in: International Studio XXXV (141), Nov. 1908, S. XII–XVIII; ders.: Deutsche Arbeit in Amerika, S. 42 und S. 51f.; ders.: Deutsche Cultur in den Vereinigten Staaten und das Germanische Museum der Harvard-Universität, in: Deutsche Rundschau XXXVIII (1902), S. 127–145; ders.: Ein deutsches Museum für Amerika, in: Columbia 1 (1902), Nr. 10, S. 7f.; Pommerin: Der Kaiser in Amerika, S. 267.

¹⁸³ Vgl. Francke: Deutsche Arbeit in Amerika, S. 51f.

doch weiterhin ungeklärt. Erst eine großzügige Stiftung des in St. Louis ansässigen deutschstämmigen Brauereibesitzers Adolphus Busch brachte den entscheidenden Umschwung.¹⁸⁴ Am 8. Juni 1912, also fast neun Jahre nach der offiziellen Eröffnung, konnte der Grundstein für das neue Museumsgebäude gelegt werden, dessen Pläne aus der Feder eines deutschen Architekten stammten.¹⁸⁵ German Bestelmeyer, der bis dato u. a. am Bau des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg mitgewirkt und den zwischen 1906 und 1908 errichteten Erweiterungsbau der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität entworfen hatte, sah nach den Erinnerungen Franckes für den in Harvard zu errichtenden Neubau vor, daß dieser in typisch historistischer Manier „im Inneren und Äußeren die Hauptlinien der deutschen Baustile von der Karolingerzeit bis zum Klassizismus des 18. Jahrhunderts andeuten müsse, ohne dadurch in widersprechende Einzelheiten zerstückelt zu werden.“¹⁸⁶ Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 sollte die Fertigstellung des Gebäudes allerdings noch um Jahre verzögern, weshalb das eigentlich als „deutsches Nationalheiligtum auf puritanischem Boden“ und „Hort hoher deutscher Kunst“ (Francke) gedachte Museum erst im Mai 1921 unter mittlerweile politisch völlig veränderten Rahmenbedingungen eingeweiht werden konnte.¹⁸⁷

Im Verlauf der Museumsplanungen war auch die Idee zu einem Professorenaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich aufgekommen. Obgleich in der zeitgenössischen deutschen Publizistik fälschlicherweise Wilhelm II. als dessen Initiator gefeiert wurde¹⁸⁸, ist davon auszugehen, daß es ursprünglich der Kulturhistoriker Francke gewesen war, dem zunächst regelmäßige Vortragszyklen deutscher Wissenschaftler im Rahmen des Museumsprojekts vorschwebten.¹⁸⁹ Als Francke im März 1902 zu Besprechungen über ein bürgerliches Pendant zur kaiserlichen Kunst-Schenkung in Berlin weilte, unterbreitete er diese Idee erstmals Friedrich Althoff, dem einflußreichen Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium. Über dieses Treffen mit Althoff im Berliner Kunstgewerbemuseum schrieb Francke rückblickend:

¹⁸⁴ Zum Problem der Finanzierung des Museumsprojekts vgl. Münsterberg: *Aus Deutsch-Amerika*, S. 28, sowie Francke: *Deutsche Arbeit in Amerika*, S. 54f. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Germanische Museum in „Busch-Raisinger-Museum“ umbenannt. Hugo Reisinger, der Schwiegersohn von Adolphus Busch, hatte das Museum 1914 mit einer weiteren Stiftung bedacht. Vgl. hierzu Winfried Nerdinger: *Vom Germanischen Museum zum Busch-Raisinger-Museum*, in: *Jahresring* 31 (1984/85), S. 200–208.

¹⁸⁵ Vgl. Pommerin: *Der Kaiser in Amerika*, S. 270 mit Anm. 705.

¹⁸⁶ Zur Zusammenarbeit mit dem Architekten German Bestelmeyer siehe Francke: *Deutsche Arbeit in Amerika*, S. 54–56, Zitat S. 56.

¹⁸⁷ Ebd., S. 56. Zur anfänglichen Resonanz des Germanischen Museums in der amerikanischen Bevölkerung vgl. Kuno Francke: *Handbook for the Germanic Museum*, Cambridge 1906, S. III. Auf die dortigen Angaben stützt sich auch Pommerin: *Der Kaiser in Amerika*, S. 269.

¹⁸⁸ Vgl. vom Brocke: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S. 193 Anm. 25.

¹⁸⁹ Zur zentralen Rolle Franckes beim Zustandekommen des Professorenaustauschs vgl. ebd., S. 199f., sowie Pommerin: *Der Kaiser in Amerika*, S. 276. An prominenter Stelle wurde auch Friedrich Althoff als Initiator des Austausches mit den USA genannt. Vgl. hierzu den Artikel „Universitätsaustausch“ in: *Meyers Konversationslexikon*, 6. Aufl., Bd. 22, Jahressupplement für 1909/1910, S. 892.

„Ich hatte, um für die Sache Stimmung zu machen, einen kleinen Artikel im »Tag« über das Museum veröffentlicht, in dem ich u. a. die Hoffnung aussprach, im Laufe der Zeit würden sich jährliche Vortragszyklen hervorragender deutscher Gelehrter daran anschließen, so daß es sich im jedem Sinne zu einem ‚Deutschen Haus‘, einem Stützpunkt für die Einwirkung deutscher Wissenschaft auf das amerikanische Universitätswesen entwickeln werde. Mitten in jener Sitzung nun erschien plötzlich der allmächtige Ministerialdirektor Althoff und ergriff sofort das Wort: Er freue sich, von diesem Gedanken einer Ergänzung der kaiserlichen Stiftung durch eine Art Volksgabe gehört zu haben. [...]. Dies sei aber eine verhältnismäßig unbedeutende Sache verglichen mit der Notwendigkeit, deutsche Gelehrte zu regelmäßigen Vortragszyklen an amerikanische Universitäten zu entsenden und so ein dauerhaftes geistiges Band zwischen den beiden Ländern zu knüpfen. [...]. Er war ungemein liebenswürdig und sagte: ‚Kommen sie doch mal im Ministerium vorbei; dann können wir ja die ganze Sache etwas eingehender besprechen‘. Und so begannen denn in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit ihm und seinem Hauptmitarbeiter [Friedrich Schmidt-Ott, S. P.], [...], die schließlich zu dem Professorenaustausch zwischen Harvard und deutschen Universitäten führten.“¹⁹⁰

Althoff, der – wie ihn die „Vossische Zeitung“ posthum einmal nennen sollte – „Bismarck des Hochschulwesens“¹⁹¹, war zweifellos der bedeutendste Bildungs- und Kulturpolitiker der Kaiserzeit und somit für Francke *der* entscheidende Ansprechpartner. Beide stimmten in der Einschätzung überein, daß die deutsche Wissenschaft in den USA seit der Jahrhundertwende Gefahr laufe, sukzessive an Anziehungskraft einzubüßen. „In erster Linie“, so die Einschätzung Reiner Pommerins,

„galt der mit Althoff diskutierte Professorenaustausch [...] dem Zweck, einer Tendenz in den USA vorzubeugen, die wissenschaftlich mehr und mehr vom deutschen Einfluß abrückte. Noch spielten die in Deutschland ausgebildeten amerikanischen Studenten und die in die USA ausgewanderten deutschen Hochschullehrer eine gewisse Rolle. Das Ende ihres Einflusses auf die amerikanischen Universitäten schien aber absehbar.“¹⁹²

Hinzu kam, daß sich in Harvard zeitgleich zu den deutschen Planungen ein Professorenaustausch mit der Pariser Sorbonne anbahnte, dem Francke schnellstmöglich ein deutsch-amerikanisches Pendant entgegenstellen wollte.¹⁹³

Es sollten jedoch noch weitere zwei Jahre vergehen, bis der anvisierte Professorenaustausch 1904 auf einem während der Weltausstellung in St. Louis stattfindenden internationalen Gelehrtenkongreß wieder zur Sprache kam.¹⁹⁴ Einige Teilnehmer der deutschen Delegation, darunter der Berliner Theologe Adolf Harnack

¹⁹⁰ Francke: *Deutsche Arbeit in Amerika*, S. 46f.

¹⁹¹ *Vossische Zeitung* vom 19. 10. 1918.

¹⁹² Pommerin: *Der Kaiser in Amerika*, S. 277.

¹⁹³ Vgl. Francke: *Deutsche Arbeit in Amerika*, S. 47. Zu dem seit 1904 bestehenden Professorenaustausch mit Paris und dessen Vorbildfunktion für das spätere Abkommen mit Deutschland siehe Münsterberg: *Aus Deutsch-Amerika*, S. 25f.

¹⁹⁴ Unter den 340 Teilnehmern dieses Kongresses befanden sich 100 Europäer, von denen ca. 40 aus Deutschland stammten. Vgl. hierzu ders.: *Der internationale Gelehrtenkongreß*, in: *Amtlicher Bericht über die Weltausstellung in St. Louis 1904. Erstatte vom Reichskommissar, Berlin 1906*, S. 563–571; ders.: *Aus Deutsch-Amerika*, S. 196–210. Über den genauen Kongreßverlauf und die Teilnehmer informieren ferner: *Congress of Arts and Sciences. Universal Exposition, St. Louis 1904*, 8 Bde., Boston/New York 1905–1907; A. W. Coats: *American Scholarship Comes of Age: The Louisiana Purchase Exposition 1904*, in: *Journal of the History of Ideas* 22 (1961), S. 404–417.

sowie der Leipziger Historiker Karl Lamprecht, reisten im Anschluß an den Kongreß nach Harvard, um sich dort mit Präsident Eliot über die konkrete Ausgestaltung eines derartigen Unternehmens zu beraten.¹⁹⁵ Nach deren Rückkehr ließ sich Althoff von Harnack über die Ergebnisse der in den USA geführten Gespräche unterrichten. Am 12. November 1904 sandte der Ministerialdirektor einen ausgearbeiteten Vertrag über den gegenseitigen Austausch von Professoren an Präsident Eliot, dem bereits am 2. Dezember 1904 zugestimmt wurde.¹⁹⁶ Nach Eliot sah das Abkommen vor, „daß jeder der wechselseitig ernannten Professoren ein Semester in Berlin oder Harvard verbringt, an der Universität, zu der er entsandt wird, regelrechte Vorlesungen hält und daneben Seminarübungen für vorgerücktere Studenten leitet. Es hat sich als wünschenswert erwiesen“, so der Harvard-Präsident weiter,

„daß jeder Professor seine Kurse zum Teil in seiner eigenen, zum Teil in der Sprache des betreffenden Landes abhält. [...] Deutscherseits wählt das preußische Kultusministerium aus einer vom Präsidenten der Harvard-Universität zu unterbreitenden Liste den amerikanischen Professor für Berlin und bringt eine ebensolche Liste für Harvard in Vorschlag, wo der Präsident die Wahl entscheidet.“¹⁹⁷

In Deutschland wurde hingegen schon im Vorfeld von einigen namhaften Wissenschaftlern der zu erwartende Gewinn eines Professorenaustauschs mit den USA für die deutsche Wissenschaft in Frage gestellt.¹⁹⁸ In einem heute noch bemerkenswerten Artikel mit dem signifikanten Titel *Vom Großbetrieb der Wissenschaft* bemühte sich daraufhin Harnack unter Hinweis auf den seit jeher bestehenden internationalen Geist der Wissenschaft, allen Zweifeln hinsichtlich der Sinnhaftigkeit des Unternehmens entgegenzutreten.¹⁹⁹ Die Ausführungen des Berliner Theologen zeugen rückblickend von einem wohlthuenden wissenschaftlichen Kosmopolitismus in einer Zeit des weltweit wachsenden Nationalismus. „Die Humanität und die Verbrüderung der Völker“, so Harnacks weitsichtige Analyse, „ist in unseren Tagen, da sie sich im Raume immer härter zu stoßen beginnen, mehr bedroht, als die meisten ahnen. Der wissenschaftliche Austausch, der sachliche und der persönliche, und der friedliche Wettstreit in der Arbeit der Wissenschaft vermögen hier viel aufzuhalten und viel zu verbessern!“²⁰⁰

Nach der Absage einiger führender Berliner Wissenschaftler entschied sich Harvard für den in Leipzig lehrenden Chemiker Wilhelm Ostwald als ersten Austauschprofessor. Umgekehrt hielt am 30. Oktober 1905 der Sozialethiker Francis G. Peabody, ausgestattet mit einem Empfehlungsschreiben des seit 1901 amtierenden

¹⁹⁵ Münsterberg: *Aus Deutsch-Amerika*, S. 21.

¹⁹⁶ Vgl. vom Brocke: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S. 201 mit Anm. 50.

¹⁹⁷ Diese Darstellung Präsident Eliots findet sich abgedruckt bei Albert B. Faust: *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur*, Leipzig 1912, S. 213–216, Zitat S. 215f.

¹⁹⁸ Vgl. vom Brocke: *Internationaler Wissenschaftsbeziehungen*, S. 202 mit Anm. 51. Ein Beispiel für eine dezidiert negative Stellungnahme zum deutsch-amerikanischen Professorenaustausch ist der Artikel von Friedrich Paulsen: *Das Kartell zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, in: *Die Woche* vom 14. 2. 1905.

¹⁹⁹ Adolf Harnack: *Vom Großbetrieb der Wissenschaft*, in: *Preußische Jahrbücher* 119 (1905), S. 193–201.

²⁰⁰ Ebd., S. 198.

den 26. Präsidenten der USA, Theodore Roosevelt, als Vertreter der Harvard University seine in Englisch gehaltene Antrittsvorlesung an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität.²⁰¹ Zu diesem Anlaß wurde erneut von allen Seiten die besondere politische Dimension der nun aufkeimenden Wissenschaftskontakte hervorgehoben. „Das Unternehmen scheint mir“, so Roosevelt in seinen durch Peabody vorgetragenen Grußworten, „von weittragender Bedeutung, sowohl für die Geschichte akademischen Fortschritts als auch vom Standpunkt der Förderung guter Beziehungen zwischen beiden Ländern.“²⁰² Ganz in diesem Sinne unterstrich auch die persönliche Anwesenheit des Kaisers, der zu Peabodys Antrittsvorlesung erstmals der Universität der Reichshauptstadt einen offiziellen Besuch abstattete, die außenpolitische Bedeutung des Professorenaustausches.²⁰³ Diese symbolträchtige Geste des Kaisers stieß erwartungsgemäß nicht nur auf ungeteilte Zustimmung, sondern wurde auch als unangemessene Mißachtung der deutschen Wissenschaft interpretiert. Beispielsweise kommentierte Maximilian Harden in der Zeitschrift „Die Zukunft“ das kaiserliche Vorgehen mit den spöttisch gemeinten Worten: „Die Vorlesungen der Ranke, Helmholtz, Treitschke, Mommsen, Virchow, Grimm, Schmoller, Gierke, Wilamowitz, Paulsen, Liszt, Kahl, Dernburg, Schmidt und all der anderen weltberühmten deutschen Dozenten waren also nicht solcher Ehre wert wie das Gerede des Herrn Peabody.“²⁰⁴

Auf ausdrücklichen Wunsch Wilhelms II. sollte der deutsch-amerikanische Professorenaustausch jedoch nicht allein auf Harvard und Berlin beschränkt bleiben, wie der Kaiser auf dem Berliner Neujahrsempfang 1905 gegenüber dem neuen amerikanischen Botschafter Charlemagne Tower zum Ausdruck brachte.²⁰⁵ In den Vereinigten Staaten fiel das kaiserliche Ansinnen auf fruchtbaren Boden.²⁰⁶ Der

²⁰¹ Francis Greenwood Peabody: Akademische Gegenseitigkeit. Antrittsvorlesung am 30. 10. 1905, Gießen 1905. Seine Antrittsvorlesung einleitend, nahm Peabody, der selbst in den 1870er Jahren an der Universität Halle studiert hatte, auch auf seine dortige Studienzeit Bezug: „Eure Majestät, Geehrte Kollegen, Liebe Kommilitonen! Mit tiefer Erkenntnis von dem Vorzuge, der mir zuteil wird und der Verantwortlichkeit, die ich übernehme, beginne ich meine Aufgabe an der Universität Berlin in Allerhöchster Gegenwart Eurer Majestät, umgeben von diesen historischen Denkmälern, welche die berühmtesten Namen aus der Geschichte moderner Wissenschaft verewigen. Ich lasse dabei die persönlichen Gefühle unberührt, die einen amerikanischen Jünger deutscher Meister bei seiner Rückkehr in das akademische Leben beseelen, in dem er zuerst geistige Befriedigung und Freude gefunden hat. Vor dreißig Jahren bildete die Stadt Halle nicht, wie heutzutage, einen großen Verkehrsknotenpunkt, aber damals war sie für amerikanische Studenten der Philosophie und Theologie ein wohlbekannter Wallfahrtsort“ (ebd., S. 3f.).

²⁰² Ebd., S. 37f.

²⁰³ Pommerin: Der Kaiser in Amerika, S. 278.

²⁰⁴ Maximilian Harden: Notizbuch, in: Die Zukunft 14 (1905), S. 192. Das Zitat findet sich auch abgedruckt bei vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 203.

²⁰⁵ Faust: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten, S. 217. Faust stützte sich hierbei auf Angaben des amerikanischen Politikwissenschaftlers John W. Burgess. Vgl. hierzu auch Eugen Kühnemann: Vom Professorenaustausch mit Nordamerika und seinen Auswirkungen, in: Schmidt/Boelitz: Aus deutscher Bildungsarbeit im Auslande, Bd. 2, S. 498–510, hier S. 499.

²⁰⁶ Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam es zu einer deutlichen Intensivierung des Austauschgedankens und damit der Universitäts- und Wissenschaftskontakte. Nach

wachsende akademische Wettbewerb unter den amerikanischen Universitäten hatte dazu geführt, daß neben Harvard nun auch die New Yorker Columbia University ihr Interesse an einem regelmäßigen Professoren Austausch mit Deutschland bekundete. Während eines Besuchs des deutsch- und kaiserfreundlich gesinnten Präsidenten von Columbia, Nicholas Murray Butler, Anfang August 1905 auf Schloß Wilhelmshöhe in Kassel, kam es mit Wilhelm II. zur ersten konkreten Unterredung in dieser Angelegenheit. 1940 beschrieb Butler aus der Retrospektive diese Zusammenkunft:

„One day I outlined to the Kaiser my plan to this end, which was shortly afterward put into effect through the establishment at the University of Berlin of the Theodore Roosevelt Professorship of American History and Institution. The Kaiser listened eagerly and was most emphatic and most cordial in his approval of the plan. He said at once that it would be a great improvement on the existing exchange, which had been effected shortly before between Berlin and Harvard and which was rather formal character.“²⁰⁷

Nur wenige Tage nach diesem Gespräch wurde am 14. August 1905 ein entsprechender Vertrag zwischen der Columbia University und der Universität Berlin abgeschlossen.²⁰⁸ Die Vorverhandlungen in Wilhelmshöhe hatten zwischen Präsident Butler, dem an der Columbia University lehrenden Politikwissenschaftler John W. Burgess und Ministerialdirektor Althoff stattgefunden, der auf Geheiß des Kaisers zu diesem Zweck extra von seinem Kurort Bad Kissingen angereist war. Finanziert werden sollte das ganze Unternehmen aus vorwiegend privaten Mitteln. Für die amerikanischen Professoren übernahm, neben der Columbia University, der in New York ansässige Bankier James Speyer die Kosten, während auf deutscher Seite u. a. die von Althoff angeregte Stiftung des jüdischen Bankiers und Unternehmers Leopold Koppel die Aufwendungen trug.²⁰⁹

Das Abkommen sah vor, daß der amerikanische Austauschprofessor zunächst durch den Verwaltungsrat (Board of Trustees) der Columbia University vorgeschlagen und anschließend, nach der Zustimmung des Kaisers, durch das preußische Kultusministerium offiziell ernannt werden sollte. Dieses schlug seinerseits

Abschluß des Berlin-Columbia-Abkommens 1906 schlossen sich diesem auch außerpreußische Universitäten an. Im Jahre 1912 beteiligten sich die Universität Leipzig sowie die Reichsuniversität Straßburg. Auf amerikanischer Seite wurde 1911 an der University of Madison/Wisconsin eine Carl-Schurz-Gedächtnisprofessur für deutsche Gastprofessoren eingerichtet, die – als einziges Relikt aus dieser Zeit – noch bis heute Bestand hat. 1913 stiftete der New Yorker Bankier Jakob H. Schiff eine gleichnamige Professur an der Cornell University, die sich in erster Linie der Förderung der deutschen Sprache und Kultur in den USA widmen sollte. Vgl. hierzu Ritter: *Motive und Organisationsformen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen*, S. 165; vom Brocke: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S. 210–215.

²⁰⁷ Zu den Verhandlungen auf Schloß Wilhelmshöhe vgl. die autobiographischen Erinnerungen von Nicholas Murray Butler: *Across the Busy Years. Recollections and Reflections*, Bd. 2, New York/London 1940, S. 65–74, Zitat S. 65.

²⁰⁸ Grundlegend zum Berlin-Columbia-Abkommen vom Brocke: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S. 204–210. Eine Namensliste der zwischen dem WS 1906/07 und 1934/35 an diesem Austausch beteiligten deutschen und amerikanischen Professoren findet sich ebd., S. 210.

²⁰⁹ Vgl. vom Brocke, *Der deutsch-amerikanische Professoren Austausch*, S. 144 mit Anm. 70; Freitag: *Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945*, S. 39–42.

den deutschen Austauschkandidaten vor, der wiederum von amerikanischer Seite bestätigt und ernannt werden mußte. Im Unterschied zum Harvard-Berlin-Austausch jedoch war das Berlin-Columbia-Abkommen weitaus umfassender angelegt, da die jeweils vorzuschlagenden Professoren nicht zwingend den beiden vertragsschließenden Universitäten angehören mußten. Vielmehr war ausdrücklich vorgesehen, daß auch andere Universitäten an dem zwischen Berlin und Columbia vereinbarten Austauschprogramm partizipieren sollten.²¹⁰ Aus diesem Grund wurde die Dauer des Aufenthalts auf ein ganzes akademisches Jahr (zwei Semester) festgesetzt, so daß beispielsweise der amerikanische Austauschprofessor zunächst in Berlin und anschließend an einer anderen deutschen Universität lehren konnte. Gleiches galt umgekehrt für die in die USA entsandten deutschen Professoren. Ferner sollten die Austauschprofessoren des Berlin-Columbia-Abkommens nun nicht mehr in ihrer Muttersprache über das jeweils von ihnen vertretene Spezialgebiet unterrichten, sondern über die Geschichte und Institutionen des jeweiligen Heimatlandes in der Sprache des Gastlandes.²¹¹

Die nicht hoch genug einzuschätzende politische Dimension dieses Projekts manifestierte sich auch in der Bezeichnung der Austauschprofessuren: Während die in die Vereinigten Staaten entsandten deutschen Wissenschaftler als „Kaiser-Wilhelm-Professoren“ bezeichnet wurden, trugen die in Deutschland lehrenden Amerikaner den offiziellen Titel eines „Theodore-Roosevelt-Professors“.²¹² Diese Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten und des deutschen Kaisers darf freilich nicht über die unterschiedliche Auffassung von auswärtiger Kulturpolitik in beiden Ländern hinwegtäuschen.²¹³ Während in Deutschland – wie einleitend schon erwähnt wurde – der Professorenaustausch von Beginn an als vornehmlich außenpolitisches Instrumentarium zur Verfolgung nationaler Interessen auf internationaler Ebene angesehen wurde, spielten derartige Vorstellungen in den USA zum damaligen Zeitpunkt noch eine eher untergeordnete Rolle. Für die beteiligten amerikanischen Universitäten stand der wissenschaftliche Gedanke des Austausches weitaus mehr im Vordergrund, als dies umgekehrt der Fall war. Für diese Annahme spricht nicht zuletzt die Tatsache, daß die Verhandlungen deutscherseits in erster Linie von staatlichen Stellen, sprich dem preußischen Kultusministerium, geführt wurden, während auf amerikanischer Seite, wie das Beispiel Butler ver-

²¹⁰ Zur Ausweitung des Austauschgedankens auf andere deutsche Hochschulen vgl. vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 210–215.

²¹¹ Vgl. ebd., S. 206.

²¹² Der genaue Vertragstext des Berlin-Columbia-Abkommens findet sich in: Columbia University in the City of New York Archives. Burgess 2a. Confidential Report 1906/07. Zu den Verhandlungen und konkreten Vertragsbestimmungen siehe auch Faust: Das Deutschum in den Vereinigten Staaten, S. 217–219, sowie John W. Burgess: Reminiscences of an American Scholar. The Beginnings of Columbia University, New York 1934, S. 327.

²¹³ Aus deutscher Perspektive vgl. den grundlegenden Sammelband von Kurt Düwell/Werner Link (Hg.): Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871. Geschichte und Strukturen, Köln/Wien 1981; Jürgen Kloosterhuis: Deutsche auswärtige Kulturpolitik und ihre Trägergruppen vor dem Ersten Weltkrieg, in: ebd., S. 7–61. Einen frühen Einblick in die auswärtige deutsche Kulturpolitik im Bereich des Bildungswesens bieten zudem Schmidt/Boelitz (Hg.): Aus deutscher Bildungsarbeit im Auslande.

deutlichen konnte, die Initiative ohne vorgeschaltete staatliche Behörden zumeist direkt von den Universitäten selbst ausging. Sowohl Harvard wie die Columbia University übernahmen als eigenständige Institutionen nicht nur selbst die Rolle des Verhandlungspartners, sondern trugen auch den Hauptteil der für die amerikanischen Professoren in Deutschland anfallenden Kosten. Die Bundesregierung in Washington hielt sich – trotz der dezidiert wohlwollenden Haltung Präsident Roosevelts – im Hintergrund.²¹⁴

Letztendlich gelang es dem deutsch-amerikanischen Professorenaustausch nicht, den in ihn gesteckten Erwartungen gerecht zu werden und „die zwei gesündesten und stärksten und verheißungsvollsten Nationen der Welt durch ihre wertvollsten Kulturinstitutionen, die Hochschulen, in lebendiger Fühlung und dadurch in dauernder Eintracht zu halten“.²¹⁵ Wenn auch nicht direkt ausgesprochen, so verdeutlichen diese Worte Münsterbergs den aus deutscher Sicht doch überwiegend politischen Charakter der damaligen Wissenschaftskontakte. Auch scheint auf seiten der deutschen Austauschprofessoren der Gedanke der Verständigung und Annäherung in einigen Fällen mit der Möglichkeit verwechselt worden zu sein, in den Vereinigten Staaten als Propagandisten deutscher Ideen zu agieren. Die letztlich aber kontraproduktive Wirkung eines solchen Auftretens hob der in dieser Hinsicht äußerst zurückhaltende Francke hervor:

„Von den deutschen Gästen in Cambridge ist die Versuchung, neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit zugleich eine politische Rolle zu spielen oder wenigstens spezifisch deutsche Anschauungen und Leistungen übermäßig anzupreisen, nicht immer vermieden worden. Insoweit dies der Fall war, ist natürlich gerade das Gegenteil von dem bewirkt worden, was beabsichtigt war: statt Teilnahme und Zuneigung ist dadurch Abneigung und Mißtrauen gesät worden.“²¹⁶

Umgekehrt stießen auch die amerikanischen Austauschprofessoren bei ihren häufig fest vom „deutschen Sonderweg“ überzeugten Zuhörern auf Unverständnis, wenn sie im Rahmen ihrer Vorlesungen über die erfolgreiche Entwicklung und Ausgestaltung der amerikanischen Demokratie dozierten.²¹⁷ Der Professorenaustausch steht daher auch beispielhaft für das in Deutschland damals vorherrschende Amerikabild: Einerseits zeigte man sich fasziniert von den enormen Leistungen dieser vergleichsweise inhomogenen Nation, während gleichzeitig die amerikanische „Massengesellschaft“ wegen ihrer vermeintlichen Kulturlosigkeit strikt abgelehnt wurde²¹⁸: „In bildungsbürgerlichen Rede- und Sichtweisen galt, daß wahre Kultur an Europa gebunden sei. Die USA könnten allenfalls für sich in Anspruch nehmen, ein Land der Zivilisation zu sein. Gerade die Deutschen hielten sich kulturell für den ‚Nabel der Welt‘.“²¹⁹ Dementsprechend war auch die Haltung deut-

²¹⁴ Wolfgang Dexheimer: Die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen seit den zwanziger Jahren, in: Düwell/Link: Deutsche auswärtige Kulturpolitik, S. 126–155, hier S. 129 (Zitat).

²¹⁵ Münsterberg: Aus Deutsch-Amerika, S. 21f.

²¹⁶ Francke: Deutsche Arbeit in Amerika, S. 53.

²¹⁷ Vgl. vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 230f.

²¹⁸ Vgl. Kühnemann: Vom Professorenaustausch mit Nordamerika und seinen Auswirkungen, S. 502.

²¹⁹ Lüdtker/Marboleck/von Saldern: Einleitung, in: dies.: Amerikanisierung, S. 15.

scher Professoren gegenüber ihren amerikanischen Gästen häufig von einem deutschen Überlegenheitsgefühl geprägt. So vermerkte der Berliner Nationalökonom Adolf Wagner im Anschluß an die am 14. Februar 1908 gehaltene Abschiedsvorlesung des Roosevelt-Professors und damaligen Präsidenten der Yale University, Arthur T. Hadly, nachdem dieser selbstbewußt auch die mittlerweile erreichten Leistungen sowie die Qualität der amerikanischen Wissenschaft hervorgehoben hatte: „Gestern hieß es: Bononia [Bologna] docet, heute: Germania docet. Es mag sein, daß es morgen heißen wird: America docet. Jedenfalls haben wir Grund, unsere Kräfte anzuspannen, daß es nicht so werde.“²²⁰

Dieses gerade aus heutiger Perspektive denkwürdige Zitat zeigt, daß der Aufstieg der amerikanischen Wissenschaft in großen Teilen der damaligen deutschen Professorenschaft als eine veritable Bedrohung empfunden wurde. Tatsächlich war es der deutschen Seite primär nicht darum gegangen, durch den Professorenaustausch in einen intensiven Wissenschaftskontakt mit einem als gleichwertig angesehenen Partner zu treten.²²¹ Andererseits aber hatte auch Peabody in seiner Berliner Antrittsvorlesung von 1905 wohl nicht allein aus reiner Höflichkeit und wegen der Anwesenheit des Kaisers auf das hohe Ansehen der deutschen Wissenschaft in den USA hingewiesen:

„Die Vertreter der Harvard Universität, welche hier lesen werden, sind sich wohl bewußt, daß ein gleichwertiger Austausch in den Fächern reiner Wissenschaft nicht beabsichtigt werden kann. Wir stehen in ihrer Schuld und müssen in der einmal bestehenden Ordnung der Universitäten auch ihre Schuldner bleiben. Für viele unter uns bedeutet ein Besuch Berlins die Rückkehr zu jenen Lehrern, die uns am meisten begeisterten und zu deren Füßen wir zitlebens werden sitzen müssen.“²²²

Vom damaligen deutschen Standpunkt aus betrachtet bestand das eigentliche Ziel des Austauschs in der „Stärkung der schwindenden Anziehungskraft der deutschen Universitäten auf amerikanische Studenten“.²²³ Allerdings sollte sich der seit der Jahrhundertwende anhaltende Trend rückläufiger Studentenzahlen aus den USA nicht mehr umkehren lassen. Zwar blieb in Übersee das Ansehen deutscher Gelehrter und die Hochschätzung der deutschen Universitäten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges weitgehend ungebrochen, was letztlich auch das amerikanische Interesse an einem geregelten Professorenaustausch mit dem Deutschen Reich erklärt, jedoch machte die seit den 1860er Jahren einsetzende Entwicklung des amerikanischen Universitätswesens eine Atlantiküberquerung zunehmend obsolet. Die deutsche Werbetrommel blieb bei der eigentlichen Zielgruppe, nämlich

²²⁰ Zitiert nach Friedrich Schmidt-Ott: Erlebtes und Erstrebtes, 1860–1950, Wiesbaden 1952, S. 111.

²²¹ Umgekehrt war es wohl gerade diese vermeintliche Gleichstellung der deutschen mit der amerikanischen Wissenschaft, die den Professorenaustausch aus amerikanischer Perspektive so attraktiv machte. Diesbezüglich vermerkte bereits Kühnemann: Vom Professorenaustausch mit Nordamerika und seinen Auswirkungen, S. 500: „Ein amerikanischer Universitätspräsident im Westen hat in meiner Gegenwart öffentlich ausgesprochen, welche Ehre es für die amerikanische Wissenschaft bedeute, daß sie im Professorenaustausch der Deutschen gleichgestellt sei.“

²²² Peabody: Akademische Gegenseitigkeiten, S. 23.

²²³ Ritter: Motive und Organisationsformen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen, S. 161.

den amerikanischen Studenten, ungehört.²²⁴ Auch konnte das ebenfalls mit Hilfe des Professoren austauschs angestrebte Ziel nicht erreicht werden, die Beziehungen zwischen beiden Ländern nachhaltig zu festigen und damit zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beizutragen. Es erwies sich als Illusion, davon auszugehen, engere Wissenschaftskontakte könnten – ganz im Sinne Harnacks – unterschiedliche machtpolitische Interessen von Staaten bzw. Regierungen kompensieren. Die häufig beschworene Internationalität der Wissenschaft hatte gegen die nationalistische Gesinnung der beteiligten Gelehrten somit kaum eine Chance.²²⁵ Nichtsdestotrotz kann der deutsch-amerikanische Professoren austausch, und hierin liegt dessen übergeordnete Bedeutung, als die eigentliche Geburtsstunde einer sich in der Folgezeit stetig weiterentwickelnden Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen beider Länder betrachtet werden.²²⁶

4. Die deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zum Ende des Dritten Reichs

Der Blick auf den weiteren Verlauf des deutsch-amerikanischen Professoren austauschs macht deutlich, wie schon die erste große Bewährungsprobe, nämlich der Ausbruch und Verlauf des Ersten Weltkrieges, alte und neue, berechnete wie unberechnete Ressentiments auf beiden Seiten des Atlantiks aufbrechen ließ. Frustriert kam im September 1914 der Sekretär der Berliner Akademie der Wissenschaften, Hermann Diels, hinsichtlich des bisherigen Austauschverlaufes zu der durchweg ernüchternden Erkenntnis, „daß die jahrelang mühsam gesammelte Frucht gemeinsamen wissenschaftlichen Wirkens wie mit einem Schlage in dem prasselnden Feuermeere dieses Weltkrieges in Asche sinkt“.²²⁷

Zwischen 1905 und 1915/16 hatten im Rahmen des Harvard-Berlin-Abkommens insgesamt neun amerikanische Professoren Deutschland und elf deutsche Wissenschaftler die Vereinigten Staaten besucht.²²⁸ Tatsächlich bedeutete der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Sommer des Jahres 1914 eine tiefgehende Zäsur für die gerade erst im Aufblühen begriffenen deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen.²²⁹ Trotz der anfänglichen Neutralität der USA lag die Sym-

²²⁴ Auf die sprachlichen Barrieren verweist u.a. Münsterberg: *Aus Deutsch-Amerika*, S.23f.

²²⁵ Vgl. vom Brocke: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S.230.

²²⁶ In den USA und Deutschland sollten sich in der Folgezeit weitere Austauschabkommen mit anderen Ländern anschließen. Vgl. hierzu ebd., S.210–215.

²²⁷ Hermann Diels: Eine Katastrophe der internationalen Wissenschaft, in: *Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik* 9 (1914), S.129.

²²⁸ Eine Namensliste der am Harvard-Berlin-Austausch teilnehmenden amerikanischen und deutschen Professoren findet sich bei vom Brocke: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen*, S.204.

²²⁹ Vgl. hierzu die frühe, wenn auch national eingefärbte Einschätzung bei Georg Schreiber: *Auslandsbeziehungen der deutschen Wissenschaft*, in: Gustav Abb (Hg.): *Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen*, Berlin/München/Freiburg/Leipzig 1930, S.9–21, hier S.18. Aus historischer

pathie der amerikanischen Öffentlichkeit, insbesondere nach der Mißachtung der belgischen Neutralität durch den Einmarsch deutscher Truppen, auf seiten der Entente-Mächte. Diese Haltung spiegelte sich auch in der Person des seit 1913 amtierenden 28. Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, wider. Für den Demokraten Wilson, der vor seiner Wahl zum Gouverneur von New Jersey (1912) an der Princeton University Politikwissenschaft gelehrt und dort auch das Amt des Universitätspräsidenten bekleidet hatte, gewann der Kampf gegen die autokratischen Mächte Deutschland und Österreich nach Ausbruch des Krieges zunehmend an Bedeutung. Schließlich mündete die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges durch die deutsche Regierung in den amerikanischen Kriegseintritt vom 6. April 1917.²³⁰ Spätestens von diesem Zeitpunkt an dürfen die deutsch-amerikanischen Vorkriegsbemühungen als gescheitert angesehen werden, die durch den Aufbau wissenschaftlicher und kultureller Kontakte die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern suchten. Deutlich zeigte sich dieses Scheitern seit Herbst 1914 auch auf der Ebene des Professorenaustauschs. Infolge des Kriegsausbruchs in Europa zog zunächst der Historiker und Staatswissenschaftler Albert B. Hart (Harvard) am 21. Oktober 1914 seine Zusage zurück, im Wintersemester 1914/15 an der Berliner Universität zu lehren. Umgekehrt hatte schon zwei Monate zuvor (24. August 1914) der Göttinger Physiker Woldemar Voigt seinen Besuch in Harvard abgesagt.²³¹ Erst Ende der zwanziger Jahre sollte es einem Komitee deutsch-jüdischer Einwanderer gelingen, durch die Stiftung einer Kuno-Francke-Professur für deutsche Kunst und Kultur an der Harvard University, den Kontakt mit Berlin wieder zu reaktivieren.²³² Ähnlich erging es auch dem zwischen Berlin und der Columbia University vereinbarten Austausch. Während zwischen 1906 und 1914 noch jeweils acht amerikanische bzw. deutsche Wissenschaftler verschiedene Universitäten des jeweiligen Gastlandes besucht hatten, führten die Ereignisse vom Sommer 1914 hier ebenfalls zu einer beinahe siebzehnjährigen Unterbrechung des Austauschprogramms.²³³

Das abrupte Ende des Professorenaustauschs infolge des Kriegsausbruchs 1914 erscheint auf den ersten Blick durchaus konsequent. Selbst beim besten Willen war eine Fortsetzung des Programms unter derart widrigen Umständen für beide Seiten kaum vorstellbar. Allerdings spielten in der damaligen Situation derart pragmatische Erwägungen nur eine vordergründige Rolle. Entscheidend für die gegen-

Perspektive vgl. zudem vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 227f., sowie Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 193.

²³⁰ Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen in diesem Zeitraum vgl. u.a. Jürgen Möckelmann: Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Krise. Studien zur amerikanischen Politik im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1967; Hans-Jürgen Schröder (Hg.): Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924, Providence/Oxford 1993; Oppelland: Der lange Weg in den Krieg, S. 1–30; Heideking: Geschichte der USA, S. 260–274; Adams: Die USA im 20. Jahrhundert, S. 39–44; Dippel: Geschichte der USA, München, S. 84f.

²³¹ Siehe die entsprechende Liste bei vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 204.

²³² Vgl. ebd., S. 228.

²³³ Vgl. die entsprechende Liste ebd., S. 210.

seitige Entfremdung war vielmehr der extreme Nationalismus, der spätestens seit Kriegausbruch weltweit auch die akademischen Eliten ergriffen hatte. Es begann ein „Krieg der Geister“, der letztlich, wie vom Brocke es formuliert hat, den „Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik“ zur Folge hatte.²³⁴

Besonders evident trat das unheilvolle Engagement auf diesem Nebenkriegsschauplatz an den deutschen Universitäten zutage.²³⁵ Der am 4. Oktober 1914 verfaßte *Aufruf an die Kulturwelt* war sichtlich darum bemüht, die akademischen Kreise der sogenannten Feindstaaten, aber auch der damals noch neutralen USA von der Notwendigkeit des deutschen Verteidigungskrieges zu überzeugen und die dem Reich zugeschriebene Rolle des Aggressors empört zurückzuweisen.²³⁶ Zu den insgesamt 93 Unterzeichnern des *Aufrufs* gehörten allein 53 Professoren, von denen anscheinend nur ein kleiner Teil über den genauen Wortlaut des Textes informiert worden war.²³⁷ Hierzu zählten beispielsweise der Leipziger Historiker Karl Lamprecht sowie der Berliner Theologe Adolf von Harnack, die beide seit ihrer Teilnahme am internationalen Gelehrtenkongreß von St. Louis (1904) relativ enge Beziehungen zu amerikanischen Wissenschaftlern unterhielten und maßgeblich am Zustandekommen des Professoren austauschs beteiligt gewesen waren.²³⁸ Gleichwohl bewirkte der arrogante Duktus des Aufrufs gerade in den Vereinigten Staaten das genaue Gegenteil. Eine wie auch immer von den Verfassern intendierte Solidarisierung mit dem Deutschen Reich rückte statt dessen in noch weitere Ferne.²³⁹ Beinahe zynisch hieß es zur Verletzung der belgischen Neutralität und der anschließenden Zerstörung der Universitätsstadt Löwen durch deutsche Truppen:

„Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien damit einverstanden. Selbstvernichtung wäre es gewesen, ihnen nicht zuzukommen. [...]“

²³⁴ Vgl. Hermann Kellermann: Der Krieg der Geister. Eine Auslese deutscher und ausländischer Stimmen zum Weltkrieg, Dresden 1915, sowie Bernhard vom Brocke: „Wissenschaft und Militarismus“. Der Aufruf der 93 „An die Kulturwelt!“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, in: Wilamowitz nach 50 Jahren, hg. von William M. Calder III/Hellmuth Flashar/Theodor Linken, Darmstadt 1985, S. 649–719.

²³⁵ Zur damaligen Haltung eines Großteils der deutschen Professorenschaft vgl. Klaus Schwabe: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundsatzfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen 1969, sowie die ausgezeichnete Einleitung bei Klaus Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975, S. 3–45.

²³⁶ Vgl. vom Brocke: Wissenschaft und Militarismus, S. 654f.

²³⁷ Im Rahmen einer durch den Völkerrechtler Hans Wehberg 1919 vorgenommenen Umfrage bei den 93 Unterzeichnern des „Aufrufs“ stellte sich interessanterweise heraus, daß ein Großteil ohne genaue Kenntnis des Textinhalts unterschrieben hatte und sich nach dem Krieg immerhin 42 davon distanzierten. Vgl. hierzu Hans Wehberg: Wider dem Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld, Berlin 1920. Zu den eigentlichen Verfassern des „Aufrufs“ siehe vom Brocke: Wissenschaft und Militarismus, S. 662f.

²³⁸ Vgl. die Namensliste der Unterzeichner in ders.: Wissenschaft und Militarismus, S. 719.

²³⁹ Zu den Reaktionen auf den „Aufruf an die Kulturwelt“ in den USA siehe den Zeitungsartikel von Friedrich Glaser: Die Stimmung der Amerikaner. Die Aufnahme des deutschen Aufrufs an die „Kulturwelt“ in Amerika, in: Berliner Tagblatt vom 22.10.1914 (Morgenausgabe), sowie Kellermann: Der Krieg der Geister.

Es ist nicht wahr, daß unsere Truppen brutal gegen Löwen gewütet haben. An einer rasenden Einwohnerschaft, die sie im Quartier heimtückisch überfiel, haben sie durch die Beschießung eines Teils der Stadt schweren Herzens Vergeltung üben müssen. [...]. Euch, die ihr uns kennt, die ihr bisher gemeinsam mit uns den höchsten Besitz der Menschheit gehütet habt, euch rufen wir zu: Glaubt uns! Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle. Dafür stehen wir euch ein mit unseren Namen und unserer Ehre!“²⁴⁰

Rückblickend kann es kaum überraschen, daß derartige Formulierungen dem internationalen Ansehen der deutschen Wissenschaft einen schweren Schaden zufügten und letztlich nur zu einer größeren Geschlossenheit der „geistigen Front“ gegen den deutschen Aggressor beitrugen.²⁴¹ Trotz aller Bewunderung für die deutsche Wissenschaft und Kultur kam es amerikanischen Intellektuellen und Gelehrten – in erster Linie denen, die selbst einmal in Deutschland studiert hatten – wie ein unauflöslicher Widerspruch vor, daß eben dieses Deutschland gleichzeitig einen Hort des Militarismus und antidemokratischen Denkens darstellte.²⁴² Der Krieg schien plötzlich das wahre Gesicht des „deutschen Geistes“ zum Vorschein zu bringen.²⁴³ So schrieb der an der University of Minnesota lehrende F. H. Swift in einem 1915 unter dem Titel *The Paradox of German University and Military Ideals* in der angesehenen „Educational Review“ erschienenen Aufsatz:

„No small portion of the civilized world would characterize Germany at the present moment as a baffling paradox of culture and brutality. Many of those in whose minds she has long been associated with sublimest achievements in modern philosophy, science, literature, music, and education have a tendency now to condemn her as the wanton provoker of a war as brutal as it is unnecessary and appalling. There is a grave danger lest the former stage of admiration which was to a large extent wholesale and unthinking, be succeeded by a stage of censure and condemnation equally wholesale and equally unthinking. The German paradox of which the world at large appears to be just beginning to be conscious is not a new one. It has been present in the German social structure from the beginning of her present era.“²⁴⁴

Daß es sich hierbei nicht um die übertriebene Fehlinterpretation eines lediglich voreingenommenen amerikanischen Beobachters handelte, belegt eindrucksvoll die wenige Monate vor Swifts Aufsatz unter der Federführung des angesehenen Berliner Altertumswissenschaftlers und Schwiegersohns von Theodor Mommsen, Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, in mehreren Sprachen publizierte und von 3016 Persönlichkeiten des deutschen akademischen Lebens unterzeichnete *Er-*

²⁴⁰ „Aufruf an die Kulturwelt“ (4. 10. 1914), in: Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren, S. 47–49.

²⁴¹ Vgl. vom Brocke: Wissenschaft und Militarismus, S. 665. Zu den teilweise heftigen Reaktionen ausländischer Gelehrter auf den „Aufruf“ vgl. ebd., S. 666–669 (Frankreich), S. 669–674 (England) und S. 676–682 (USA).

²⁴² Zur Reaktion insbesondere der akademischen Eliten in den USA vgl. Carol S. Gruber: *Mars and Minerva: World War I and the Uses of Higher Learning in America*, Baton Rouge 1975.

²⁴³ So schrieb beispielsweise der Historiker William A. Dodd, ein Schüler von Erich Marcks und Karl Lamprecht, am 25. 8. 1914 an seine Ehefrau: „Germany is the enemy of mankind in this war and I am almost ashamed that I have my doctorate from such people.“ (Zitiert nach vom Brocke: Wissenschaft und Militarismus, S. 677.)

²⁴⁴ F. H. Swift: *The Paradox of German University and Military Ideals*, in: *Educational Review* 49 (1915), S. 266–284, hier S. 266 (Zitat).

klärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches vom 16. Oktober 1914.²⁴⁵ Ganz dezidiert wurde in diesem Manifest der nach Ansicht der Verfasser allein vom Ausland konstruierte Gegensatz zwischen deutschem Geistesleben und Militarismus als offenkundiger Versuch zurückgewiesen, einen Keil in die deutsche Gesellschaft zu treiben:

„Wir Lehrer an Deutschlands Universitäten und Hochschulen dienen der Wissenschaft und treiben ein Werk des Friedens. Aber es erfüllt uns mit Entrüstung, daß die Feinde Deutschlands, England an der Spitze, angeblich zu unseren Gunsten einen Gegensatz machen wollen zwischen dem Geiste der deutschen Wissenschaft und dem, was sie den preußischen Militarismus nennen. In dem deutschen Heere ist kein anderer Geist als in dem deutschen Volke, denn beide sind eins, und wir gehören auch dazu. Unser Heer pflegt auch die Wissenschaft und dankt ihr nicht zum wenigsten seine Leistungen. [...]. Unser Glaube ist, daß für die ganze Kultur Europas das Heil am Siege hängt, den der deutsche ‚Militarismus‘ erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen freien Volkes.“²⁴⁶

Parallel zu den höchst fragwürdigen und kontraproduktiven Aktivitäten ihrer ehemaligen Gäste waren die Präsidenten der Harvard und Columbia University, Eliot und Butler, zumindest in der Anfangsphase des Krieges noch darum bemüht gewesen, die aufgebrachte öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten mit dem Hinweis auf die großen kulturellen und wissenschaftlichen Verdienste Deutschlands zu besänftigen.²⁴⁷ Mit freilich nur geringem Erfolg hatte auch die große Gemeinde der Deutsch-Amerikaner versucht, eine ausgleichende Rolle einzunehmen.²⁴⁸ Der in Harvard lehrende Francke, wohlgermerkt seit 1891 amerikanischer Staatsbürger und durchaus kein glühender Nationalist vom Schlage eines Wilamowitz-Moellendorf, zeichnete in seinen Erinnerungen ein anschauliches Bild von seinem verzweiferten Engagement für das Vaterland und den hieraus für ihn resultierenden persönlichen wie beruflichen Konsequenzen. Franckes dramatische Ausführungen können als exemplarisch für die zerstörerische Kraft schon des Ersten Weltkrieges auf das deutsch-amerikanische Verhältnis angesehen werden:

„Von Beginn des Krieges war es mir klar, daß durch den Einmarsch in Belgien und durch die englische Kriegserklärung eine überwältigende Mehrheit der öffentlichen Meinung Amerikas definitiv gegen Deutschland festgelegt worden war: [...]. Alles, was Deutschamerikaner hier für ihr altes Vaterland tun konnten, schien mir zu sein, wenigstens sein moralisches Recht hochzuhalten, die deutsche Politik gegen die verleumderische Verdächtigung

²⁴⁵ „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ (16.10.1914), in: Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren, S. 49f. Die „Erklärung“ wurde ursprünglich in deutscher, englischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache verfaßt. Über die genaue Zahl der Unterzeichner schwanken die Angaben zwischen 3 000 und 4 000. Vgl. hierzu vom Brocke: Wissenschaft und Militarismus, S. 650–654 mit Anm. 2.

²⁴⁶ Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren, S. 49f.

²⁴⁷ Vgl. vom Brocke: Wissenschaft und Militarismus, S. 678f.; ders.: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 231f.

²⁴⁸ Zur komplexen Rolle der Deutschamerikaner im Ersten Weltkrieg vgl. Frederick C. Luebke: Bonds of Loyalty. The German-Americans and World War I, DeKalb/IL 1974; Barbara Wiedemann-Citera: Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Deutsch-Amerikaner im Spiegel der New Yorker Staatszeitung, der New Yorker Volkszeitung und der New York Times 1914–1926, Frankfurt am Main 1993; Don Heinrich Tolzmann: German-Americans in the World Wars: A Documentary History, 5 Bde., München 1995ff.

des Strebens nach Weltherrschaft zu verteidigen und so wenigstens einen offenen Bruch zwischen den beiden Ländern zu verhüten. In diesem Sinne veröffentlichte ich zahlreiche Zuschriften und Aufsätze in Bostoner, Neuyorker und Chikagoer Zeitungen und Zeitschriften. Gegen den von mir hochverehrten Präsidenten Eliot, der zu meinem großen Schmerze sich aus einem Verherrlicher deutscher Geistesfreiheit plötzlich in einen fanatischen Ankläger des deutschen ‚Militarismus‘ verwandelte und sogar eine Zerstückelung des Reiches in seine Vor-Bismarckschen Bestandteile, Internationalisierung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und ähnliches forderte, führte ich Goethe als den Propheten eines einheitlichen und mächtigen deutschen Nationalstaates ins Feld. [...]. In deutsch-amerikanischen Zeitungen veröffentlichte ich zu gleicher Zeit gelegentliche Gedichte, die sich mir aus der deutschen Notlage aufdrängten. [...]. Unmittelbar nach der amerikanischen Kriegserklärung im April 1917 aber nahm ich, obwohl gegen den ausdrücklichen Wunsch der Universitätsleitung, meine definitive Entlassung; nur das Germanische Museum blieb mir unter dem Titel eines Ehrenkurators noch in der Hand. [...]. Im Herbst 1920 kehrten meine Frau und ich nach Cambridge zurück. So heimisch wie früher fühlte ich mich dort allerdings nicht mehr.“²⁴⁹

Aus Sicht vieler ehemaliger Förderer der deutsch-amerikanischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen bedeutete der Erste Weltkrieg somit einen fundamentalen Einschnitt, der nicht selten von tiefen persönlichen Enttäuschungen und Verletzungen begleitet wurde. Beide Seiten hatten sich vom jeweils anderen eine gemäßigte Haltung erwartet. Die Tatsache aber, daß sich eine solche aus den unterschiedlichsten Beweggründen weder in den akademischen Kreisen Deutschlands noch denen der USA ausbildete, darf als Ausdruck eines tiefgreifenden und lediglich zeitweise übertünchten gegenseitigen Unverständnisses gewertet werden.²⁵⁰ In Deutschland war man in einer beinahe schon naiv anmutenden Fehleinschätzung der Lage davon ausgegangen, daß die akademische Elite in den Vereinigten Staaten aufgrund ihrer oftmals engen persönlichen Verbindung zu Deutschland und unter gänzlicher Vernachlässigung eigener politischer Wertvorstellungen gegenüber dem Reich eine loyale oder wenigstens wohlwollend neutrale Haltung einnehmen würde. „Von deutschen Gelehrten“, so vom Brocke, „wurde das Verhalten vor allem ihrer ehemaligen Schüler als krasser Undank und Verrat an der deutschen Kultur empfunden. Deren Reaktion auf die Kriegsmanifeste brachte jedoch grell zum Ausdruck, was schon längst im Gange und im Grunde natürlich

²⁴⁹ Francke: *Deutsche Arbeit in Amerika*, S. 64–91, besonders S. 65f., 73 und S. 80 (Zitate).

²⁵⁰ Im Jahre 1915 vermerkte der Berliner Althistoriker Eduard Meyer, ein Protagonist der extrem nationalistischen „Aufbruch“-Bewegung und ehemaliger Austauschprofessor in Harvard, voller Verbitterung: „Nirgends ist dieser Deutschenhaß zugleich mächtiger und für uns überraschender zutage getreten als in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Gerade hier hatten wir geglaubt, einen festen Boden gewonnen zu haben, sowohl durch die Bemühungen des Kaisers und der deutschen Diplomaten, wie durch die vielen sich immer enger gestaltenden persönlichen Beziehungen, die durch unsere Regierung auf alle Weise gefördert wurden, durch den Professorenaustausch, durch den Besuch zahlreicher deutscher Gelehrter, Schriftsteller und Künstler, durch die freundliche Aufnahme, welche die alljährlich nach Deutschland strömenden Scharen von Amerikanern bei uns fanden, Studenten und Studentinnen an den Universitäten und Musikschulen, Kaufleute, Erholungsreisende und Touristen. [...]. Aber es hat sich gezeigt, daß diese Erwartung eine Illusion gewesen ist.“ (Eduard Meyer: *Nordamerika und Deutschland*, Berlin 1915, S. 9f.) Zu Meyers damaligem Politik- und Geschichtsverständnis vgl. zudem Jürgen von Ungern-Sternberg: *Politik und Geschichte. Der Althistoriker Eduard Meyer im Ersten Weltkrieg*, in: William Calder III/Alexander Demandt (Hg.): *Eduard Meyer. Leben und Leistung eines Universalhistorikers*, Leiden u. a. 1990, S. 484–504.

war: die Emanzipation vieler Disziplinen von der Hegemonie des deutschen Einflusses.“²⁵¹ Umgekehrt hatte der publizistische „Kriegseinsatz“ führender deutscher Wissenschaftler das in den USA seit den Tagen der Harvard-Gruppe vorherrschende idealistische Bild von der deutschen Universität als *dem* Ort freier, ja unpolitisch betriebener Wissenschaft nachhaltig relativiert.²⁵²

Auch nach 1918 sollte der durch den Krieg aufgerissene Graben zwischen beiden Ländern vorerst noch bestehen bleiben. Gerade in Deutschland hatten die enttäuschten Hoffnungen im Hinblick auf Wilsons 14 Punkte und die Rolle der USA während und nach den Versailler Friedensverhandlungen diesen Riß eher noch verstärkt.²⁵³ „Erwartet hatten die Deutschen“, wie es Heinrich August Winkler formuliert hat, „einen ‚Wilson-Frieden‘ – einen Friedensschluß im Zeichen von Ausgleich und Verständigung, beruhend auf dem Selbstbestimmungsrecht aller Völker, also auch des deutschen. Die Friedensbedingungen aber lasen sich auf den ersten Blick so, als habe nicht der amerikanische Präsident, sondern der Geist der ‚Erbfeindschaft‘ den siegreichen Mächten die Feder geführt.“²⁵⁴

Tatsächlich mußte die junge Weimarer Republik mit zahlreichen außen- und innenpolitischen Hypotheken kämpfen.²⁵⁵ Im Inneren war es nicht zuletzt der anti-demokratische Geist der alten Eliten, zu denen auch ein Großteil der deutschen Professorenschaft zählte, der sich als eine latente Bedrohung für die Akzeptanz der ersten deutschen Republik erweisen sollte. Speziell unter Berücksichtigung der in den meisten Aufrufen und Reden der Kriegsjahre vertretenen „Ideen von 1914“ ist es kaum verwunderlich, daß die Annahme des Versailler Vertrags von vielen Professoren als Hochverrat betrachtet wurde. Hinzu trat die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung der ersten Jahre, die das Vertrauen der auf ihren privilegierten Status bedachten Professorenschaft in den neuen Staat nicht gerade förderte. Die verdrängte Niederlage und das Aufkommen der berüchtigten „Dolchstoßlegende“ taten ihr Übriges.²⁵⁶ Abgesehen von einer zahlenmäßig kleinen,

²⁵¹ Vom Brocke: Wissenschaft und Militarismus, S. 679.

²⁵² Vgl. ders.: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 232; Goldschmidt: Historical Interactions between Higher Education in Germany and in the United States, S. 19.

²⁵³ Zu diesen enttäuschten Hoffnungen vgl. u. a. Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 193f.; Goldschmidt: Historical Interactions between Higher Education in Germany and in the United States, S. 18–20; Heideking: Geschichte der USA, S. 268–274; Dippel: Geschichte der USA, S. 85f.; Adams: Die USA im 20. Jahrhundert, S. 41–44.

²⁵⁴ Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 89f.

²⁵⁵ Vgl. hierzu u. a. Peukert: Die Weimarer Republik, besonders S. 32–86; Horst Möller: Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1993, S. 79–167; Winkler: Weimar, S. 13–32; Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000, S. 1–15; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 1, München 2001, S. 378–551.

²⁵⁶ Aus zeitgenössischer Perspektive vgl. Friedrich Meinecke: Die deutschen Universitäten und der heutige Staat, in: ders.: Politische Reden und Schriften, Darmstadt 1958, S. 402–413. Vgl. ferner Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren, S. 34f.; Fritz K. Ringer: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983; Anselm Faust: Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der

gleichwohl durchaus prominenten Gruppe sogenannter Vernunftrepublikaner um den Historiker Friedrich Meinecke (Weimarer Kreis)²⁵⁷, war das Verhältnis der vorwiegend national-konservativ eingestellten deutschen Hochschullehrerschaft gegenüber der Republik bis zu deren Ende entweder durch Gleichgültigkeit oder deutliche Ressentiments gekennzeichnet. Mit Blick auf das Jahr 1933 hat Rainer A. Müller die tendenzielle politische Haltung der deutschen Professorenschaft während der Zwischenkriegszeit wie folgt charakterisiert:

„Bekanntermaßen waren Hochschulen und Professorenschaft gegen nationalistische und auch nationalsozialistische Einwirkungen nicht immun [...], wiewohl ein aktives Engagement in der NSDAP äußerst selten blieb. Ein Großteil der Hochschullehrer stand andererseits der Weimarer Republik skeptisch gegenüber und mied es, sich allzu laut zu politischen Abläufen zu äußern. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg war der Kreis jener, die sich in den ‚Elfenbeinturm‘ der Wissenschaft zurückzogen, ungleich größer als derjenigen, der politisch aktiv pro oder contra zur Weimarer Republik stand (Weimarer Kreis u.a.).“²⁵⁸

Ähnlich verhielt es sich mit der nach 1918/19 zahlenmäßig stetig wachsenden Studentenschaft, von denen viele als ehemalige Frontsoldaten und Verbindungsstudenten den Verlust der deutschen Großmachtstellung nicht überwinden konnten.²⁵⁹ In dieser aufgeladenen Atmosphäre sollte es der nationalsozialistischen Bewegung gegen Ende der 1920er Jahre erstaunlich rasch gelingen, ihren ideologischen Rückhalt innerhalb der deutschen Studentenschaft auszubauen. „Die Studentenschaft in der Weimarer Republik“, so Michael H. Kater, „gehörte zu jenem Teil der deutschen Jugend, der sich dem Nationalsozialismus früh und vorbehaltlos verschrieben hatte. Anders als die Professoren waren sie in ungesicherter wirtschaftlicher Lage, sahen in überfüllten Hörsälen einer ungewissen Zukunft entgegen.“²⁶⁰ Zweifelsohne können die deutschen Hochschulen während der Weimarer Zeit als „Zitadellen konservativen Geistes“ bezeichnet werden.²⁶¹

Was die damaligen deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen anbetraf, begannen diese nach einer kurzen Phase völligen Stillstands bereits 1920 allmäh-

Hochschullehrer 1932/33, in: Heinemann: Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Bd. 2, S. 31–47; Hartmut Titze: Hochschulen, in: Dieter Langewiesche/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. V: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989, S. 216–220; Thomas Ellwein: Die deutsche Universität, S. 228; Andreas Wirsching: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 49.

²⁵⁷ Zu den „Vernunftrepublikanern“ um den Historiker Friedrich Meinecke vgl. Waldemar Besson: Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik, in: VfZ 7 (1959), S. 113–129; Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren, S. 34f.; Harm Kluiting: „Vernunftrepublikanismus“ und „Vertrauensdiktatur“. Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik, in: HZ 242 (1986), S. 69–98; Titze: Hochschulen, S. 217; Winkler: Weimar, S. 298 und besonders S. 304f.

²⁵⁸ Müller: Geschichte der Universität, S. 91–94, Zitat S. 94.

²⁵⁹ Grundlegend zu diesem Themenkomplex siehe die Arbeiten von Michael H. Kater: Studenten und Professoren im Dritten Reich, in: Archiv für Kulturgeschichte 67 (1985), S. 465–487; Titze: Hochschulen, S. 212–216; Michael Grüttner: Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995; Müller: Geschichte der Universität, S. 95.

²⁶⁰ Kater: Professoren und Studenten, S. 467.

²⁶¹ So Goldschmidt: Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem US-amerikanischen Bildungswesen, S. 158.

lich wieder aufzuleben. Zwar hatte die deutsche Wissenschaft ihre über Jahrzehnte hinweg unbestrittene Vorbildfunktion für die Vereinigten Staaten weitgehend eingebüßt, doch beobachteten amerikanische Studenten und Wissenschaftler den Aufbau der jungen Demokratie mit großer Aufmerksamkeit.²⁶² Umgekehrt lag es im vitalen Interesse der deutschen Wissenschaft, die seit 1914 bestehende internationale Isolation zu durchbrechen und an die Wissenschaftskontakte der Vorkriegsära anzuknüpfen.²⁶³ Bevor es aber zur Wiederaufnahme offizieller Wissenschaftsbeziehungen zwischen den USA und Deutschland kam, waren es zahlreiche persönliche Verbindungen speziell auf Lehrer-Schüler-Ebene gewesen, welche die ehemals intensiven Kontakte trotz der Zäsur von 1914/18 aufrechterhielten.²⁶⁴ So schrieb beispielsweise John Mason Tyler, Professor für Biologie am Amherst College, im Jahre 1919 an seinen ehemaligen akademischen Lehrer, den berühmten Göttinger Zoologen Ernst Ehlers:

„I simply cannot tell you what and how much joy I felt when your good, kind letter arrived. It arrived quickly, and before I opened it, I called to my wife: ‚The *Geheimrath* is still alive‘; and she was almost as joyful as I [...]. We have thought of you all almost every day and have never forgotten you.“²⁶⁵

Drei Jahre später, am 4. Juni 1922, drückte Tyler in einem weiteren Brief an Ehlers die Hoffnung aus, daß die alten akademischen Kontakte alsbald wieder aufleben werden: „Are there Americans in Göttingen again? They will certainly return there in time.“²⁶⁶

Tatsächlich hatten sich die ersten amerikanischen Studenten bereits zum Sommersemester 1920 wieder an deutschen Universitäten immatrikuliert. Wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation dieser Jahre und den vergleichsweise niedrigen Lebenshaltungskosten für Ausländer gewann ein Studium in Deutschland aus amerikanischer Perspektive erneut an Attraktivität. Trotz der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zählten die deutschen Universitäten in den Augen vieler Ame-

²⁶² Ein anschauliches Beispiel für das Engagement ehemaliger amerikanischer Studenten für ihre deutschen Universitäten in der Zwischenkriegszeit bietet die Tätigkeit des Präsidenten der Cornell University und des späteren amerikanischen Botschafters in Berlin Jacob Gould Schurman (1854–1942). Siehe hierzu Detlef Junker: Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd. III: Das zwanzigste Jahrhundert 1918–1985, hg. von Wilhelm Doerr, Berlin u. a. 1985, S. 328–358.

²⁶³ Eindringlich hat der Münsteraner Kirchenhistoriker Georg Schreiber das Ausmaß der damaligen Isolation beschrieben. Seine aus der Retrospektive des Jahres 1930 stammenden Ausführungen spiegeln die damals innerhalb der akademischen Eliten Deutschlands weitverbreitete Ansicht wider, lediglich das schuldlose Opfer einer großangelegten ausländischen Propagandakampagne geworden zu sein. Siehe hierzu Schreiber: Auslandsbeziehungen der deutschen Wissenschaft, S. 18.

²⁶⁴ Exemplarisch herausgearbeitet wurden die langjährigen Kontakte zwischen zwei amerikanischen Wissenschaftlern und ihrem ehemaligen deutschen Lehrer von Hugh Hawkins: Transatlantic Discipleship: Two American Biologists and Their German Mentor, in: ISIS 71 (1980), S. 197–210.

²⁶⁵ Zitiert nach ebd., S. 207.

²⁶⁶ Ebd.

rikaner immer noch zu den führenden der Welt.²⁶⁷ Die Hochschulstatistik des Jahres 1932 weist für das Sommersemester 1925 insgesamt 57 Amerikaner an deutschen Universitäten auf, deren Zahl bis zum Wintersemester 1932/33 auf immerhin 800 ansteigen sollte. Es versteht sich von selbst, daß im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 und deren fatalen Folgen für das internationale Renommee der deutschen Hochschulen die Anzahl amerikanischer Studenten abermals sank. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, im September 1939, studierten laut Statistik nur noch 166 Amerikaner in Deutschland.²⁶⁸

In entgegengesetzter Richtung läßt sich für die Zeit der Weimarer Republik erstmalig ein nennenswerter Zug deutscher Studenten nach den Vereinigten Staaten verzeichnen.²⁶⁹ Der ursprüngliche Impuls für diese Entwicklung ging von einer Gruppe amerikanischer Studenten aus, die im Jahre 1922 den jungen Heidelberger Studenten der Sozial- und Staatswissenschaften und späteren Politologen Carl Joachim Friedrich zu einer Reise in die Vereinigten Staaten einluden. Während seines Aufenthalts war bei Friedrich die Idee zu einem regelmäßigen Studentenaustausch zwischen beiden Ländern herangereift. Dabei handelte es sich um die – für die weitere deutsche Wissenschaftsgeschichte höchst bedeutsame – Geburtsstunde des späteren Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Unterstützung erhielt Friedrich bei seinem Vorhaben von Stephen P. Duggan, dem Direktor des Institute of International Education (IIE) in New York. Nach seiner Rückkehr aus den USA konfrontierte der junge Friedrich die beiden Assistenten des Heidelberger Soziologen Alfred Weber, Arnold Bergstraesser und Edgar Salin, mit seinem Austauschplan. Beide gaben dem Projekt anfangs jedoch nur geringe Chancen. Erst eine weitere Reise Friedrichs in die Vereinigten Staaten brachte im Herbst 1924 den Durchbruch.²⁷⁰ Es gelang ihm, für den geplanten Studentenaustausch die Unterstützung wichtiger Persönlichkeiten des akademischen und öffentlichen Lebens in den USA sowie die Zusage für vorerst 13 Fellowships für deutsche Studenten zu erhalten. Zahlreiche prominente amerikanische Universitätsprofessoren und die Präsidenten der Cornell, Johns Hopkins, Columbia und

²⁶⁷ Vgl. Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 193f.; Goldschmidt: Historical Interaction between Higher Education, S. 21.

²⁶⁸ Vgl. die entsprechenden Angaben in: Deutsche Hochschulstatistik (1932), Zehnjahresstatistik des Hochschulbesuchs (1943). Siehe auch die entsprechenden Angaben bei Goldschmidt: Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem US-amerikanischen Bildungswesen, S. 160f.

²⁶⁹ Vgl. Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 194.

²⁷⁰ Zur Wieder- bzw. Neubelebung des akademischen Austauschs zwischen Deutschland und den USA nach 1918 vgl. Düwell: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik, S. 170–178; Volkhard Laitenberger: Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1923–1945, Göttingen 1976, S. 17–19; ders.: Organisations- und Strukturprobleme der Auswärtigen Kulturpolitik und des akademischen Austauschs in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Düwell/Link: Deutsche Auswärtige Kulturpolitik, S. 72–96; Wolfgang Dexheimer: Die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen seit den zwanziger Jahren, in: ebd., S. 126–155; Ulrich Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner. Anmerkungen zur akademischen Mobilität zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika (1923–1993), Bonn 1996, S. 22–37.

Stanford University konnten für den Advisory Board des deutsch-amerikanischen Studentenaustauschs gewonnen werden.²⁷¹ An der Universität Heidelberg kam es daraufhin zur Gründung der Staatswissenschaftlichen Austauschstelle beim Institut für Sozial- und Staatswissenschaften, dessen erster Vorsitzender Alfred Weber, der jüngere Bruder Max Webers, wurde. Hauptaufgabe der Heidelberger Austauschstelle war die Organisation und Koordination von Studienaufenthalten amerikanischer Studenten in Deutschland.²⁷² Die allmähliche Ausweitung des Austauschgedankens auch auf andere Länder führte dann im Januar 1925 zur Konstituierung des Akademischen Austauschdienstes e.V. (AAD) mit Hauptsitz in Berlin. Noch im gleichen Jahr wurde auf Initiative der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, also von staatlicher Seite, die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvHSt) ins Leben gerufen. Da die praktische Arbeit beider Organisationen zu starken Überschneidungen führte, kam es im Jahre 1931 zur Vereinigung der AAD und der AvHSt zum DAAD.²⁷³

Beiderseits des Atlantiks erfreute sich der organisierte Studentenaustausch in den Folgejahren wachsender Beliebtheit. Seitdem auf Initiative Friedrichs im akademischen Jahr 1924/25 die ersten 13 Stipendiaten in Richtung USA den Atlantik überquert hatten, besuchten bis 1933 insgesamt 345 deutsche Studenten die Vereinigten Staaten. Im gleichen Zeitraum waren 300 amerikanische Stipendiaten an einer deutschen Hochschule immatrikuliert gewesen. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ nahmen bis 1938 immerhin noch 271 deutsche und 266 amerikanische Studenten ein Stipendium in Anspruch, obgleich die politischen Spannungen zwischen dem Dritten Reich und den USA ihren Schatten auch auf den Studentenaustausch warfen.²⁷⁴ So wurde die 1938 gegen den heftigen Widerstand des IIE in New York gegründete Zweigstelle des DAAD noch im gleichen Jahr auf Veranlassung des State Departments wegen Spionageverdachts geschlossen. Dies bedeutete nach knapp 13 Jahren das formale Ende des akademischen Austausches zwischen beiden Ländern.²⁷⁵

Welchen Stellenwert der Studentenaustausch mit den USA schon in der Zwischenkriegszeit aus deutscher Sicht besaß, können die folgenden Zahlen verdeut-

²⁷¹ Vgl. Laitenberger: Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik, S.17, sowie die Namensliste der amerikanischen Unterstützer ebd., Anm.20.

²⁷² Vgl. ebd., S.18f.

²⁷³ Zur Gründungsgeschichte des DAAD vgl. Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1924–1930, Berlin 1930; Gisela Schulz: Die Entstehung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und seine Entwicklung bis 1945, in: Deutscher Akademischer Austauschdienst: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925–1975, S.11–32; Laitenberger: Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik, S.16–35; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.23–37.

²⁷⁴ Anzahl der deutschen Stipendiaten in den USA zwischen 1924 und 1938: 13 (1924/25); 16 (1925/26); 25 (1926/27); 26 (1927/28); 34 (1928/29); 44 (1929/30); 66 (1930/31); 63 (1931/32); 58 (1932/33); 48 (1933/34); 39 (1934/35); 54 (1935/36); 51 (1936/37); 79 (1937/38). Anzahl der amerikanischen Stipendiaten in Deutschland zwischen 1924 und 1938: 9 (1925/26); 19 (1926/27); 21 (1927/28); 43 (1928/29); 53 (1929/30); 63 (1930/31); 80 (1931/32); 52 (1932/33); 48 (1933/34); 45 (1934/35); 40 (1935/36); 34 (1936/37); 59 (1937/38) (aus: Laitenberger: Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik, S.175f. und S.177f.).

²⁷⁵ Vgl. DAAD: Der Deutsche Akademische Austauschdienst, S.26 und S.29.

lichen: von den insgesamt 1219 erfaßten deutschen Austauschstudenten, die sich zwischen 1924 und 1938 auf 21 Länder verteilten, entfielen allein 616, also 51 %, auf die Vereinigten Staaten. Im Hinblick auf den Anteil amerikanischer Stipendiaten an der Gesamtzahl ausländischer Austauschstudenten in Deutschland liegen für den selben Zeitraum ähnliche Zahlenverhältnisse vor. So stammten von den 1179 ausländischen Studenten an deutschen Hochschulen ebenfalls fast die Hälfte (566 = 48 %) aus den USA, gefolgt von Großbritannien (182 = 15 %), Frankreich (131 = 11 %) und Italien (106 = 9 %).²⁷⁶

Neben dieser rein quantitativen Dimension des Studentenaustauschs ist ferner davon auszugehen, daß von diesem auch der Wissenstransfer zwischen beiden Ländern profitierte. Wie den amerikanischen Studenten, die im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit ihren in Deutschland gesammelten Erfahrungen wieder in ihre Heimat zurückkehrten, erging es nun auch deutschen Studenten. Oftmals noch traumatisiert von eigenen Fronterfahrungen wurden diese in den Vereinigten Staaten nicht nur mit einer anderen Lebenswelt, sondern auch einer unbekannten Universitäts- und Wissenschaftskultur konfrontiert. Eine solche Erfahrung hinterließ Spuren, ja konnte in Einzelfällen den eigenen akademischen und persönlichen Werdegang entscheidend beeinflussen. Beispielsweise begann die akademische Karriere Carl Joachim Friedrichs, des eigentlichen geistigen Vaters des studentischen Austauschs, an einer amerikanischen Universität. Ein Jahr nach seiner Promotion bei Alfred Weber hatte Friedrich 1926 einen Lehrauftrag an der Harvard University übernommen, von der er zehn Jahre später auf einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl berufen wurde. Nach 1945 fungierte Friedrich als Berater der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.²⁷⁷ Auf Initiative Webers, der sich in der Nachkriegszeit vehement für die Einführung des Faches Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten einsetzte²⁷⁸, übernahm Friedrich 1956 – neben seiner Lehrtätigkeit in Harvard²⁷⁹ – eine Professur für Politikwissenschaft in Heidelberg „und wurde so zu einer weiteren Symbolfigur des deutsch-amerikanischen Kulturtransfers.“²⁸⁰ In der Tat trug der Harvard-Politologe durch sein persönliches Engagement und wissenschaftliches Werk zur Eta-

²⁷⁶ Vgl. die entsprechende Tabelle bei Laitenberger: Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik, S. 175f.

²⁷⁷ Zur Person und zum Werdegang Carl Joachim Friedrichs vgl. Klaus von Beyme: Zum Tode Carl Joachim Friedrichs (1901–1984), in: Politische Vierteljahresschrift 25 (1984), S. 478f.; ders.: A Founding Father of Comparative Politics: Carl Joachim Friedrich, in: Hans Daalder (Hg.): Comparative European Politics. The Story of a Profession, London/Washington 1997, S. 7–14; Wilhelm Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 268f.

²⁷⁸ Vgl. hierzu Hans J. Lietzmann: Kontinuität und Schweigen. Über die Fortwirkung Alfred Webers und seiner politischen Theorien in der westdeutschen Politikwissenschaft, in: Hans G. Nutzinger (Hg.): Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg 1995, S. 137–159; Eberhard Damm: Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers 1920–1958, Düsseldorf 1999.

²⁷⁹ Bis zu seiner Emeritierung 1966 lehrte Friedrich regelmäßig die Wintersemester in Harvard und die anschließenden Sommersemester in Heidelberg.

²⁸⁰ So Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 278.

blierung des Faches Politikwissenschaft in der jungen Bundesrepublik Deutschland bei.²⁸¹ Welcher Stellenwert Friedrich zudem innerhalb der amerikanischen und internationalen Politikwissenschaft eingeräumt werden muß, belegt nicht zuletzt dessen 1962 erfolgte Wahl zum Vorsitzenden der American Political Science Association (APSA) sowie seine Ernennung zum Vorsitzenden der International Political Science Association (IPSA) im Jahre 1967.²⁸² Umgekehrt befanden sich auch unter den amerikanischen Stipendiaten der Zwischenkriegsjahre Persönlichkeiten, die in den Vereinigten Staaten zu führenden Wissenschaftlern avancierten. Exemplarisch genannt sei in diesem Zusammenhang Talcott Parsons, der 1928 in Heidelberg mit einer Arbeit über Max Weber promoviert wurde und später als Professor in Harvard zu den bedeutendsten und einflußreichsten Soziologen der USA zählte.²⁸³

Neben der Intensivierung des Austauschgedankens auf studentischer Ebene gelang es gegen Ende der zwanziger Jahre auch den seit 1914 offiziell ruhenden Professorenaustausch zwischen deutschen und amerikanischen Hochschulen wieder zu reaktivieren. „Nach dem Weltkrieg“, so vom Brocke, „gingen alle Initiativen zu einer Wiederbelebung der Austausch- und Gastprofessuren von Nordamerika aus, wo nicht, wie in Deutschland, das Stiftungskapital der Inflation zum Opfer gefallen war.“²⁸⁴ Obgleich es zu keiner offiziellen Neuauflage des Harvard-Berlin-Abkommens kam, stiftete 1928 ein Komitee amerikanischer Staatsbürger überwiegend deutsch-jüdischer Abstammung ein „Kuno Francke Professorship of German Art and Culture“ an der Harvard University, die auf ausdrücklichen Wunsch Franckes mit dem angesehenen Berliner Kunsthistoriker Adolph Goldschmidt besetzt werden sollte, der schon 1927/28 für neun Monate als Gastprofessor in Harvard gelehrt hatte.²⁸⁵ Goldschmidt, ein Großordinarius der alten Schule, zeigte sich positiv überrascht von der Offenheit und Freundlichkeit, die man ihm in den Vereinigten Staaten entgegenbrachte.²⁸⁶ In seinen 1943 – ein Jahr vor seinem Tod – im Basler Exil verfaßten Lebenserinnerungen schilderte Goldschmidt rückblickend das, im Vergleich zur damaligen Atmosphäre an deutschen Hochschulen, deutlich ungezwungenere Miteinander von Professoren und Studenten in den USA:

²⁸¹ Siehe unten Kapitel IV.2.

²⁸² Vgl. Hans J. Lietzmann: Integration und Verfassung. Oder: Gibt es eine Heidelberger Schule der Politikwissenschaft?, in: ders./Bleek, Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 245–268, hier S. 258.

²⁸³ Vgl. die Angaben des Parsons-Schülers Shils in ders.: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 194.

²⁸⁴ Vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 228.

²⁸⁵ Am 4. 6. 1929 schrieb Kuno Francke einen Brief nach Berlin an Adolph Goldschmidt, um ihn für die neugeschaffene Professur in Harvard zu gewinnen. Bemerkenswert ist hierbei der deutlich zum Ausdruck kommende Wunsch, einen deutschen Wissenschaftler für diese Aufgabe zu gewinnen: „Es könnte ja nichts geben, was sich an Bedeutung für unser Museum mit ihrer Einwilligung in diesen Plan vergleichen könnte. Denn die deutsche Kunstgeschichte würde durch Sie ein für alle Mal die ihr so lange versagte wissenschaftliche Stellung im akademischen Leben Amerikas gewinnen.“ (Zitiert nach Adolph Goldschmidt, 1863–1944. Lebenserinnerungen, hg. und kommentiert von Marie Roosen-Runge-Mollwo, Berlin 1989, S. 238 Anm. 259.)

²⁸⁶ Eine anschauliche und private Schilderung von Goldschmidts Aufenthalt in den USA findet sich ebd., S. 231–382.

„Einen eigentümlichen, aber eigentlich sympathischen Unterschied gegenüber Deutschland zeigte das persönliche Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler. Es fehlten das ergebene, oft unterwürfige Benehmen des Studenten gegenüber dem Professor. Mich erstaunten zuerst Unterhaltungen, bei denen der Student halb auf dem Tisch der vordersten Bank mit einem herab-baumelnden Bein saß und mit dem vor ihm stehenden Professor sprach, oder, wie es mir öfter geschah, ein vielleicht 18jähriger Student mich, den 64jährigen aufforderte, mit ihm nach dem Nachmittagskolleg irgendwo Tee zu trinken. Das hätten wir in Deutschland, wenigstens zu meiner Studienzeit, für unmöglich gehalten. Es gab auch darin sicherlich Unterschiede des Benehmens, aber im ganzen schien mir das Verhältnis zwischen Professor und Student nicht die militärische Subordination wie in Deutschland zu besitzen, wie sie allerdings auch dort ihre sehr verschiedenen Grade aufweist.“²⁸⁷

Ebenfalls von den USA gingen auch die Bemühungen zu einer Wiederaufnahme des Berlin-Columbia-Austausches aus. Im Jahre 1931 reiste der Breslauer Literaturwissenschaftler Paul Marker als erster deutscher Gastprofessor, freilich nun nicht mehr als Kaiser-Wilhelm-Professor, nach New York. Ihm folgte im akademischen Jahr 1931/32 der an der Universität Gießen lehrende Germanist Carl Vietor. Parallel dazu kamen zwischen 1931 und 1934 noch insgesamt drei Roosevelt-Professoren – diese Bezeichnung wurde beibehalten – nach Deutschland.²⁸⁸

Entgegen all dieser hoffnungsvollen Annäherungen der Zwischenkriegsjahre setzte die nationalsozialistische Machtübernahme im Frühjahr 1933 den aufblühenden akademischen Kontakten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abermals ein jähes Ende, ja verstärkte die Entfremdung zwischen beiden Ländern.²⁸⁹ Unter dem Eindruck des politisch-ideologischen Umbruchs in Deutschland kam der Präsident der University of Colorado, der Altphilologe George Norlin, am Ende seiner Lehrtätigkeit als vorletzter Roosevelt-Gastprofessor (WS 1932/33) an der Berliner Universität zu folgendem, für den Wissenschaftsstandort Deutschland niederschmetternden Urteil: „Academic freedom, once the boast of German University, is dead.“²⁹⁰

Zweifelsohne markiert der durch das NS-Regime erzwungene Massenexodus deutscher Wissenschaftler sowie dessen Bemühungen um eine ideologische Gleichschaltung des Hochschulwesens *den* absoluten Tiefpunkt in der deutschen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Die zwölfjährige nationalsozialistische Herrschaft zeigte katastrophale Auswirkungen auf die Entwicklung und die internationale Reputation der deutschen Wissenschaft.²⁹¹ Obgleich von regelten

²⁸⁷ Ebd., S. 278.

²⁸⁸ Vgl. vom Brocke: Internationale Wissenschaftsbeziehungen, S. 227–229.

²⁸⁹ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 39–74. Aus politischer Perspektive Junker: Kampf um die Weltmacht.

²⁹⁰ „President Norlin Returns after a Year Spent in Germany“, in: The Colorado Alums, October 1933, No. 1, S. 6, hier zitiert nach Freitag: Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945, S. 164. Im Gegensatz zu Norlin zeigte sein Nachfolger für das WS 1933/34 und letzter Roosevelt-Professor, David Prescott Barrows, ein ehemaliger Armeegeneral und Politikwissenschaftler an der University of California, durchaus Sympathie für die Nationalsozialisten. Vgl. hierzu ebd., S. 165f.

²⁹¹ Vgl. u. a. Michael H. Kater: Die nationalsozialistische Machtergreifung an den deutschen Hochschulen. Zum Verhalten akademischer Lehrer bis 1939, in: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch, Baden-Baden 1981, S. 49–77; Hellmut Seier: Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat, in: Klaus Maletke (Hg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft,

deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen für diesem Zeitraum nicht mehr gesprochen werden kann, handelte es sich doch um die eigentlichen „Schicksalsjahre“ hinsichtlich der weiteren Entwicklung von Universität und Wissenschaft gerade in diesen beiden Ländern. Versteht man die akademischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten als eine Pendelbewegung, dann stellt die Ära des Dritten Reichs ganz eindeutig die Phase des Umschwungs zugunsten der USA dar.²⁹²

Noch in den Jahren der Weimarer Republik hatten die deutschen Universitäten, trotz ihrer oftmals unbefriedigenden finanziellen wie materiellen Ausstattung, immer noch zu den führenden der Welt gezählt. Dies war in erster Linie dem Umstand zu verdanken gewesen, daß die Universitäten und auch der Großteil der deutschen Hochschullehrerschaft den Ersten Weltkrieg relativ unbeschadet überstanden hatten. Hierin liegt auch der eigentliche Unterschied zur Situation nach 1945. Während also für den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik noch von einer institutionellen und personellen Kontinuität gesprochen werden kann, kam es zwischen 1933 und 1945 infolge von Krieg und Vertreibung gerade auf dieser Ebene zu drastischen, ja irreversiblen Einschnitten. Als zweifellos folgenreichste hochschulpolitische Maßnahme des NS-Regimes erwies sich das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, mit dessen Hilfe aus politisch-ideologischen wie rassistischen Gründen unerwünschte Hochschullehrer schnellstmöglich von den Universitäten entfernt werden konnten.²⁹³ Die dadurch erzwungene Entlassung und anschließende Emigration von knapp einem Drittel der deutschen Hochschullehrerschaft bedeutete einen „Verlust, der einer Katastrophe für die Stellung der deutschen Wissenschaft in der Welt gleichkam“.²⁹⁴ Zum Hauptprofiteur dieser Entwicklung avancierten die Vereinigten

Göttingen 1984, S. 143–161; Peter Lundgreen: Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: ders. (Hg.): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1985, S. 9–30; Aharon F. Kleinberger: Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?, in: Heinemann: Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Bd. 2, S. 9–30; Titze: Hochschulen, S. 225–238; Helmut Heiber: Die Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1 und 2, München 1991/92; Müller: Geschichte der Universität, S. 94–101; Ellwein: Die deutsche Universität, S. 233–240; Boockmann: Wissen und Widerstand, S. 227–238; Lutz Raphael: Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 5–40; Notker Hammerstein: Humboldt im Dritten Reich, in: Schwinges: Humboldt International, S. 469–484.

²⁹² Vgl. Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 197f.

²⁹³ Siehe Lundgreen: Hochschulpolitik und Wissenschaft, S. 11f.; Titze: Hochschulen, S. 225–227, insbesondere die Tabelle auf S. 226; Müller: Geschichte der Universität, S. 96. Grundlegend hierzu auch: Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler 1933–1939. Im Auftrag der Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte zusammengestellt von Peter Kröner, Wolfenbüttel 1983; Claus-Dieter Krohn: Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt am Main 1987; Herbert A. Strauss (Hg.): Die Emigration der Wissenschaft nach 1933, Berlin 1992.

²⁹⁴ So Lundgreen: Hochschulpolitik und Wissenschaft, S. 12. Vgl. hierzu auch Peter Graf Kielmansegg/Horst Mewes/Elisabeth Glaser-Schmidt (Hg.): Hannah Arendt and Leo Strauss. German Emigrés and American Political Thought after World War II, Washington 1997.

Staaten von Amerika, wo die Immigration deutscher Gelehrter den dortigen Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb in einem Maße, das gar nicht überschätzt werden kann, bereicherte.²⁹⁵ Alan Bloom hat 1987 in seiner Studie *The Closing of the American Mind* auf diesen folgenreichen Aspekt hingewiesen:

„From 1933 on the American universities profited from the arrival of many of Europe's greatest scholars and scientists as well as a number of clever intellectuals of a sophistication beyond that known their American counterparts. They were, for the most part, heirs of the German university tradition, which [...] was the greatest expression of the publicly supported and approved version of theoretical life.“²⁹⁶

Parallel zu dieser Zwangsabwanderung großer Teile der wissenschaftlichen Elite hatte sich die Lage in Deutschland zwischen 1939 und 1945 durch kriegsbedingte Verluste an wissenschaftlichem Personal, Hochschulgebäuden, Ausstattungs- und Bibliotheksbeständen zusätzlich verschärft.²⁹⁷ Berücksichtigt man das ehemals weltweite Ansehen, ja die internationale Vorbildfunktion des deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems, dann markiert das Jahr 1945, als die Auswirkungen von Krieg, Vertreibung und Mord jedermann schonungslos vor Augen lagen, eine in ihrer Dimension tatsächlich nur schwer kompensierbare Katastrophe.²⁹⁸ Deutschland, als die im 19. und frühen 20. Jahrhundert führende Wissenschaftsnation, mußte diese Rolle spätestens infolge der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Wissenschaftspolitik nun endgültig an ein außereuropäisches Land abgeben, das selbst über viele Jahrzehnte hinweg mit großem Respekt auf den Wissenschaftsstandort Deutschland geblickt hatte. Fortan sollten die USA für die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland eine zentrale und bis zum heutigen Tage weitgehend unangefochtene Vorbildfunktion einnehmen.²⁹⁹ Edward Shils hat diese nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzende Neuausrichtung in den deutsch-amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen folgendermaßen beschrieben:

„Vor 1945 griff man in Deutschland kaum je Forschungsergebnisse amerikanischer Universitäten auf. [...] Von der Eröffnung der Liebigschen Labors zu Gießen bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten hatten sich die deutschen Universitäten meist selbst genügt. Von Kleinigkeiten abgesehen, glaubten sie von ihren ausländischen Kollegen wenig lernen zu können, und am wenigsten von ihren amerikanischen Zeitgenossen. Diese Situation änderte sich grundlegend nach 1945.“³⁰⁰

²⁹⁵ Vgl. die grundlegenden Arbeiten von Harmut Lehmann/James J. Sheehan (Hg.): *An Interrupted Past. German Speaking Refugee Historians in the United States after 1933*, Cambridge 1991; Herbert A. Strauss/Klaus Fischer/Christhard Hoffmann/Alfons Söllner (Hg.): *Die Emigration der Wissenschaft nach 1933. Disziplingeschichtliche Studien*, München/London/New York 1991; Goldschmidt: *Historical Interaction*, S. 29–31; Karen J. Greenberg: *Crossing the Boundary: German Refugee Scholars and the American Academic Tradition*, in: Teichler/Wasser: *German and American Universities*, S. 67–80; Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 39–58, besonders S. 40f.; Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 252–260.

²⁹⁶ Allan Bloom: *The Closing of the American Mind*, New York 1987, S. 322f.

²⁹⁷ Vgl. exemplarisch die Einschätzung bei Müller: *Geschichte der Universität*, S. 101.

²⁹⁸ Vgl. Lundgreen: *Hochschulpolitik und Wissenschaft*, S. 12.

²⁹⁹ Vgl. unten die Kapitel II. bis IX.

³⁰⁰ Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 198.

II. Hochschulpolitische Konzepte und Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht (1945–1949)

Die Frage nach den Grundlagen, der Entwicklung und Zielsetzung der amerikanischen Hochschulpolitik während der Besatzungszeit ist vor allem deshalb von besonderer Relevanz, weil der Zeitraum zwischen 1945 und 1949 der westlichen Führungsmacht zumindest eine theoretische Möglichkeit eingeräumt hätte, eigene Reformvorstellungen durch direkte Einflußnahme umzusetzen.¹ Die Tatsache jedoch, daß die amerikanische Besatzungsmacht in ihrer Verwaltungszone von dieser Möglichkeit nur in einem sehr begrenzten Rahmen Gebrauch machte, läßt sich im wesentlichen auf zwei Ursachen zurückführen: Erstens hatte der wachsende Antagonismus zwischen den beiden alliierten Hauptmächten, sprich den USA und der Sowjetunion, in relativ kurzer Zeit zu einem grundsätzlichen Wandel in der amerikanischen Besatzungspolitik geführt, mit der Konsequenz, daß (West-) Deutschland aus der Rolle des militärisch Besiegten und moralisch Diskreditierten alsbald in die eines strategisch wichtigen Partners wechselte. Zweitens hätte es der amerikanischen Besatzungsphilosophie fundamental widersprochen, den Deutschen konkrete Reformmodelle zwingend vorzuschreiben. Diese sollten vielmehr dahingehend unterstützt werden, im Anschluß an eine möglichst effektive Entnazifizierungsphase alle gesellschaftlichen Bereiche auf Basis demokratischer Prinzipien, freilich unter Aufsicht der Militärregierung, selbst neu zu gestalten. Auf deutscher Seite sollte dieses eher gemäßigte Vorgehen allerdings kurz- und mittelfristig eine Haltung begünstigen, die statt einer Orientierung an amerikanischen Reformvorstellungen das Anknüpfen an vermeintlich bewährte deutsche Traditionen präferierte.²

¹ Zur amerikanischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik 1945–1955 vgl. u. a. John Gimbel: *Eine Stadt unter amerikanischer Besatzung*. Marburg 1945–1952, Köln 1964; ders.: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1952*, Frankfurt am Main 1971; James F. Tent: *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-occupied Germany*, Chicago 1982; Hermann Josef Rupieper: *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik von 1949–1955*, Opladen 1991; ders.: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1955*, Opladen 1993; Jeffry Diefendorf/Axel Frohn u. a. (Hg.): *American Policy and the Reconstruction of Germany, 1945–1955*, Cambridge 1993; Klaus-Dietmar Henke: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995; Helmut Altrichter: *Die alliierte Deutschlandpolitik. Ziele, Phasen, Interpretationen*, in: Walter L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hg.): *Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Josef Becker zum 65. Geburtstag*, München 1996, S. 263–286; Wolfgang Benz: *Deutschland unter alliierter Besatzung. Ein Handbuch*, Göttingen 1999; Barbara Fait: *Kontrollierte Demokratisierung. Amerikanische Besatzung und deutsche Politik*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 100–112.

² Zum Spannungsverhältnis zwischen „Restauration“ und „Neubeginn“ nach 1945 vgl. Rolf Badstübner: *Restauration in Westdeutschland 1945–1949*, Berlin (Ost) 1965; Eberhard Schmidt: *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die*

In besonders ausgeprägtem Maße galt dieser Wille zur Restauration für eine derart traditionsgebundene Institution wie die der deutschen Universität. Für die Mehrheit der noch im Land lebenden akademischen Elite bestand kein ersichtlicher Grund für eine umfassende Erneuerung des Universitätssystems. Die Jahre des Dritten Reichs wurden lediglich als eine Art „Unfall“ betrachtet. Priorität besaß in den ersten Nachkriegsjahren vielmehr die Rückbesinnung auf die unbelastete Hochschultradition der Zeit vor 1933.³ Nach Ansicht des Frankfurter Juristen Helmut Coing hing diese Haltung in erster Linie mit dem Umstand zusammen, daß die meisten der in der unmittelbaren Nachkriegszeit aktiven Hochschullehrer ihre akademische Prägung zwischen 1918 und 1933 erhalten hatten. Coing, der selbst dieser Wissenschaftlergeneration angehörte, hat aus der rückblickenden Perspektive des Zeitgenossen die damals an den deutschen Hochschulen vorherrschende Grundstimmung folgendermaßen beschrieben:

„Fragt man nach den Zielen, die beim Wiederaufbau der Universitäten verfolgt wurden, so kann man sie dahin zusammenfassen, daß es uns vorschwebte, die Verhältnisse der Weimarer Zeit wiederherzustellen. Es gab keine Tendenzen zu einer grundsätzlichen Umgestaltung der Hochschulen, weder in ihrer Verfassung noch in den Methoden der Ausbildung gegenüber dieser Weimarer Zeit. Allerdings wurde namentlich seitens der Westdeutschen Rektorenkonferenz versucht, die Autonomie der Hochschule zu stärken. [...] Diese Anknüpfung an die Weimarer Zeit, die heute vielleicht manchen überrascht, hängt meines Erachtens mit einem sehr einfachen Faktum zusammen. So schreckliche Veränderungen der Nationalsozialismus auch herbeigeführt hatte: seine Herrschaft hatte nicht mehr als 12 Jahre gedauert. Die Professoren, die nach Kriegsende den Wiederaufbau begannen, waren also alle schon in der Weimarer Zeit Professoren gewesen [...]. Die jüngeren, wie ich, hatten jedenfalls noch in der Weimarer Zeit studiert. Ähnliches gilt von einer Reihe von Beamten in den Kultusministerien. Das Ziel war also, die deutsche Universität in der Form wiederherzustellen, die sie in der Weimarer Zeit gehabt hatte.“⁴

Doch trotz dieses primär restaurativen Charakters der Besatzungszeit wurden durch die Vermittlung der amerikanischen Besatzungsmacht erstmals Elemente des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems in den hochschulpolitischen Reformdiskurs eingeführt, die wenige Jahre später – unter freilich andersartigen Vorzeichen – den Hochschulreformprozeß der 1960er und 1970er Jahre maßgeblich mitbestimmen sollten.⁵

Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1970; Ernst Ulrich Huster u. a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt am Main 1972; Theo Pirker: Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration“, Berlin 21977; Jutta B. Lange-Quassowski: Neuordnung oder Restauration. Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung-Schulstruktur-Politische Bildung, Opladen 1979; Karl-Heinz Füssl: Restauration und Neubeginn. Gesellschaftliche, kulturelle und reformpädagogische Ziele der amerikanischen „Reeducation“-Politik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6 (1997), S. 3–14; Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 15–43.

³ Vgl. Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 68; James F. Tent: Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 601–611, hier S. 604f.

⁴ Helmut Coing: Der Wiederaufbau und die Rolle der Wissenschaft, in: Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt, Frankfurt am Main 1992, S. 85–99, hier S. 85f.

⁵ Vgl. hierzu unten Kapitel VII.

1. Rahmenbedingungen: Zur Lage der deutschen Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone 1945

Die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft sowie die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges waren auch an den ehemals international hoch angesehenen deutschen Universitäten nicht spurlos vorübergegangen.⁶ Am 15. April 1945, nur wenige Tage nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen in Köln, hatte der in Harvard lehrende Soziologe und spätere Hochschuloffizier Edward Y. Hartshorne der dortigen Universität einen Besuch abgestattet. Hartshornes Tagebucheintrag beschreibt nicht nur den katastrophalen Zustand, in dem sich die 1919 auf Initiative Konrad Adenauers gegründete Universität zu Köln bei Kriegsende befand, er kommentiert zudem auf eindrucksvolle Weise den tiefen Fall des deutschen Hochschulwesens während des NS-Regimes:

„After lunch I walked over to inspect the University which had been bombed, fought over, and then used by German and American troops as a billeting center. It was a terrible shambles. Some of the excellent pre-Nazi libraries and other institutes dealing with social affairs were reduced to the worst kind of mess. Climbing through what was left of the Institute of Social Research, I suddenly realized I was in the office of its founder and director since 1919, Professor Leopold von Weise. Lying on the floor by a shattered piece of the wall was a correspondence file containing the first letters written by the now famous American sociologist Sorokin when he emigrated from Russia in 1922. Although I looked around for someone to tell me about the university, not a soul was in sight except a few German civilians who seemed very scared when they saw me and had probably been nosing about looking for loot.“⁷

Hartshornes beklemmende Schilderung war kein Einzelfall. Nach der deutschen Kapitulation vom 8./9. Mai 1945 entsprach der Zustand vieler Universitäten dem der Städte, in denen sie lagen. Allein von den sieben Universitäten und vier Technischen Hochschulen, die sich in der amerikanischen Besatzungszone, d. h. in Bayern, Hessen und Württemberg-Baden, befanden⁸, hatten lediglich die Ruperto-Carola zu Heidelberg und die Erlanger Friedrich-Alexander-Universität den Krieg ohne größere Schäden überstanden. Hingegen waren an der Marburger Phillips-Universität fast 15 % und an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main sogar die Hälfte der Instituts- und Laborgebäude infolge der Kriegseinwirkungen verlorengegangen. Neben den Technischen Hochschulen in Karlsruhe, Stuttgart und München bot auch die größte bayerische Universität, die Münchner

⁶ Zum Zustand der deutschen Universitäten 1945 vgl. Müller: Geschichte der Universität, S. 101; Ullrich Schneider: The Reconstruction of Universities in American Occupied Germany, in: Manfred Heinemann (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952, Teil 2: Die US-Zone, Hildesheim 1990, S. 1–8; Winfried Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945. Zur Hochschulpolitik in der amerikanischen Besatzungszone, in: Maximilian Lanzinner/Michael Henker (Hg.): Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 53–87, hier S. 54.

⁷ Hier zitiert nach James F. Tent (Hg.): Academic Proconsul. Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities 1945–1946. His Personal Account, Trier 1998, S. 12.

⁸ Dabei handelte es sich um die Universitäten Erlangen, Frankfurt, Gießen, Heidelberg, Marburg, München und Würzburg sowie die Technischen Hochschulen in Darmstadt, Karlsruhe, München und Stuttgart.

Ludwig-Maximilians-Universität, mit einem Verlust von rund 80% ihrer gesamten Bausubstanz ein Bild der Zerstörung. Mit am schlimmsten hatte es Würzburg getroffen, wo lediglich 10% der traditionsreichen Julius-Maximilians-Universität die verheerenden Bombardements vom März 1945 einigermaßen unversehrt überstanden hatten.⁹ Eine kurze aber eindringliche Beschreibung des Zustands der dortigen Alma Mater nach dem verheerenden Luftangriff vom 16. März 1945 gab der damalige Vorstand der Würzburger Universitätsklinik Ernst Seifert in einem Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus:

„Der Angriff hat die gesamte Stadt Würzburg und damit auch ihre Universität aufs schwerste mitgenommen. Das neue Universitätsgebäude wie auch die alte Universität mit dem Wagnermuseum, Universitätsbücherei [...], alte Sternwarte und Universitäts-Bauamt sind dem Angriff völlig zum Opfer gefallen. [...] Von den Kliniken und Instituten ist eine große Zahl völlig zerstört, ein weiterer Teil bis auf Weiteres arbeitsunfähig und nur ganz wenige haben einen Schaden davongetragen, der eine behelfsmäßige oder beschränkte Weiterarbeit in absehbarer Zeit [...] ermöglichen könnte.“¹⁰

Die meisten der 16 Universitäten und acht Technischen Hochschulen, die sich 1945 auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen und somit der späteren Bundesrepublik befanden, waren vollständig oder zu großen Teilen in Schutt und Asche gelegt worden.¹¹

Eine Katastrophe stellten die Kriegszerstörungen auch für die Universitäts- und Institutsbibliotheken dar. Trotz der Auslagerung umfangreicher Buchbestände in den letzten Kriegsjahren bzw. -monaten wurden nach Angaben der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft aus dem Jahre 1951 „von etwa 56 Millionen Bänden in ca. 350 wissenschaftlichen Bibliotheken [...] ungefähr 13 Millionen zerstört.“¹² Während verwüstete Gebäude relativ schnell wieder aufgebaut werden konnten oder sich durch Provisorien ersetzen ließen, wog der häufig unwiederbringliche Verlust von Büchern – speziell wenn es sich um sehr alte Bestände handelte – für den Forschungs- und Lehrbetrieb der betroffenen Universitäten weitaus schwerer. Um nur einige Zahlen zu nennen: nach Schätzungen gingen gemessen am jeweiligen Gesamtbestand des Jahres 1942 an der TH Darmstadt von ehemals 134 000 Bänden ca. 89 300, in Gießen 470 300 von 522 500, an der TH Stuttgart 360 000 von 500 200 und an der Universität München ungefähr 350 000 von insgesamt 1 091 200 Bänden verloren. Im Gegensatz dazu mußten die Universitätsbibliotheken in Erlangen, Heidelberg oder Marburg keine oder nur geringfügige Verluste verbuchen.¹³

⁹ Vgl. die entsprechenden Angaben bei Schneider: *The Reconstruction of Universities in American Occupied Germany*, S. 1–8, hier Tabelle 1. Speziell für die damalige Situation in Bayern vgl. die Angaben bei Müller: *Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945*, S. 54.

¹⁰ BayHStA, MK 72358, Schreiben Prof. Seiferts an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 19.3.1945.

¹¹ Ludwig Raiser: *Wiedereröffnung der Hochschulen – Ansätze und Neubeginn*, in: *Nationalsozialismus und deutsche Universität. Universitätstage 1966*, Berlin 1966, S. 45.

¹² BayHStA, MK 66595, Lage und Erfordernisse der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Auftrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dargestellt von Peter Scheibert, Osnabrück 1951 (Vorwort).

¹³ Vgl. die Angaben bei Schneider: *The Reconstruction of Universities in American Occupied Germany*, S. 3f., Tabelle 3.

Doch nicht allein die unmittelbaren Kriegsschäden zeigten massive Auswirkungen auf die wissenschaftliche Qualität der deutschen Universitätsbibliotheken. Bereits vor Kriegsausbruch hatte die Isolierung der deutschen Wissenschaft von der internationalen „Scientific Community“ eine beinahe zehnjährige Unterbrechung des Zugangs zu ausländischer – in erster Linie englischsprachiger – Literatur zur Folge gehabt. Voller Bestürzung äußerte sich 1951 Wilhelm Hoffmann, der Vorsitzende des Bibliotheksausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, über die Konsequenzen dieser langjährigen Isolierung für den Wissenschaftsstandort Deutschland:

„Während in früheren Zeiten Deutschland die Welt mit wissenschaftlicher Literatur versorgt hat, haben seit 1933 und noch mehr seit 1939 die einzelnen Länder [gemeint waren vor allem die USA, S. P.] sich selbstständig gemacht, die in Deutschland getriebene Forschung fortgeführt und neue Wissenschaftszweige entwickelt. Jedes ausländische Buch, jedes neue Heft einer Zeitschrift gibt davon Kunde. Wir werden Jahrzehnte brauchen, um das Versäumte einzuholen.“¹⁴

Zu den enormen materiellen Schäden traten die durch Vertreibung und Kriegseinwirkung bedingten personellen Verluste. Während allein die repressiven Maßnahmen der Nationalsozialisten ungefähr ein Drittel der deutschen Hochschullehrerschaft in die Emigration gezwungen hatte, liegen über die in Konzentrationslagern ermordeten oder während des Krieges gefallenen Studenten und Professoren keine genauen Zahlen vor. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Verlust ganzer Generationen von Lehrenden und Lernenden die deutsche Wissenschaft auch auf personeller Ebene um Jahrzehnte zurückwarf.¹⁵

2. Zur Genese der amerikanischen Hochschulpolitik im besetzten Deutschland 1945/46

Bei Kriegsende existierten in Washington kaum konkrete Vorstellungen darüber, wie nach einer absehbaren deutschen Kapitulation die künftige Bildungspolitik auf Hochschulebene in der eigenen Besatzungszone gestaltet werden sollte. Das Fehlen einer klaren Konzeption hatte natürlich auch Auswirkungen auf das Vorgehen der Besatzungstruppen. James F. Tent hat konstatiert: „The American occupation forces entering Germany in the spring of 1945 arrived with few specific policies for controlling their newly conquered foe.“¹⁶

Der gesamte Bildungssektor, also Schule und Universität, wurde zunächst als Bestandteil einer umfassenden Reeducation-Politik betrachtet.¹⁷ Deutlich wurde diese

¹⁴ BayHStA, MK 66595, Lage und Erfordernisse der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken (Vorwort).

¹⁵ Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 39–58.

¹⁶ James F. Tent: E. Y. Hartshorne and the Reopening of Heidelberg University, in: Jürgen C. Heß/Hartmut Lehmann/Volker Sellin (Hg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, S. 55–74, hier S. 55.

¹⁷ Vgl. Karl-Ernst Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949, Düsseldorf 1970, S. 115–128; Tent: Mission on the Rhine, S. 57–69; Füssl: Restauration und Neubeginn, S. 7f.; Strunz: American Studies

Haltung in einer im Vorfeld der Konferenz von Jalta (4.–11.2.1945) verfaßten Stellungnahme des State Departments vom 12. Januar 1945. In allgemeiner Form, jedoch bezeichnend für die amerikanische Haltung in dieser Frage, hieß es dort zur künftigen Bildungspolitik des alliierten Kontrollrates im besetzten Deutschland:

„In the Department's opinion the Control Council's role must largely lie in terms of prohibiting certain things and in consenting to changes proposed by the Germans. A new direction of German education and a new positive content will necessarily be the work of German educators and the victors can do little more than encourage the adoption of a set of beliefs and objectives to take the place of perverted concepts now being inculcated.“¹⁸

Demzufolge ging es aus amerikanischer Sicht nicht um die Implementierung konkreter Reformmodelle, sondern um eine schrittweise Selbstreform der deutschen Gesellschaft unter alliierter Aufsicht. Ganz in diesem Sinne äußerte sich knapp zwei Wochen vor Beginn der Potsdamer Konferenz (17.7.–2.8.1945) in einem internen Papier auch der im State Department für kulturelle Belange zuständige stellvertretende amerikanische Außenminister Archibald MacLeish:

„The occupation authorities will bear in mind that permanent cultural changes can be effected only as they are developed and maintained by the Germans themselves. Having first eliminated the Nazi elements, they will seek to effect the progressive transfer of authority in re-education to responsible Germans as rapidly as conditions permit.“¹⁹

Die Grundvoraussetzung für den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und eben auch kulturellen Wiederaufbau Deutschlands sollte zunächst eine umfassende Entnazifizierung bilden. Aus nachvollziehbaren Gründen standen zunächst militärische, politische und ökonomische Fragen im Vordergrund amerikanischer Nachkriegsplanungen. Hochschulbelange spielten in den ersten Wochen und Monaten nach der deutschen Kapitulation auf der amerikanischen Prioritätenskala eine eher untergeordnete Rolle.²⁰ Folgerichtig wurden die Hochschulen in der amerikanischen Zone, falls diese den regulären Lehrbetrieb wegen des Kriegsverlaufs nicht bereits selbst eingestellt hatten, auf Anordnung der Militärregierung für unbestimmte Zeit geschlossen. Die Grundlage für dieses Vorgehen bildete die Direktive JCS 1067 vom April 1945, in der erste Richtlinien für das Vorgehen der amerikanischen Besatzungstruppen unter dem Oberkommando General Dwight D. Eisenhowers festgelegt worden waren.²¹ Neben den Bereichen

oder Amerikanistik, S.49–81; Tent: Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen, S.601–608.

¹⁸ Briefing Book Paper: The Treatment of Germany, 12.1.1945, abgedruckt in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences of Malta and Yalta 1945 (Washington D.C., US Government Printing Office, 1955), S.183f. Hier zitiert nach Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, S.171.

¹⁹ Long Range Policy for German Reeducation. The Assistant Secretary of State to the Secretary of State, 4.7.1945, abgedruckt in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945 (Washington D.C., US Government Printing Office, 1960), Vol.I, Doc. No.343, S.482–487. Hier zitiert nach Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, S.174.

²⁰ Vgl. Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S.55 und S.64f.

²¹ Die Direktive JCS 1067 findet sich abgedruckt in: Germany 1947–1949. The Story in Documents, Washington D.C. 1950, S.21–33. Zur Entstehungsgeschichte und Bedeutung der Direktive JCS 1067 vgl. u. a. Volker Dotterweich: „Arrest“ and „Removal“. Die ame-

Politik, Wirtschaft und Finanzwesen nahm die Direktive in sehr allgemein gehaltenen Ausführungen auch zum Bildungssektor Stellung: „All educational institutions within your zone except those previously re-established by Allied authority will be closed.“ Hinsichtlich des weiteren Vorgehens unter der Aufsicht eines noch zu etablierenden Alliierten Kontrollrats hieß es lediglich:

„A coordinated system of German education and an affirmative program of reorientation will be established designed completely to eliminate Nazi and militaristic doctrines and to encourage the development of democratic ideas. [...]. The Control Council should devise programs looking toward the reopening of secondary schools, universities and other institutions of higher learning.“²²

Nach konkreten Ansätzen für eine Universitätsreform sucht man in JCS 1067 vergebens. Eine baldige Wiedereröffnung der Hochschulen sollte von pragmatischen Erwägungen abhängig gemacht werden.²³ Hierfür ausschlaggebend war allein die Frage, inwieweit eine Aufnahme des Lehrbetriebs an den Hochschulen die Arbeit der Besatzungsmacht unmittelbar unterstützen könnte:

„After Nazi features and personnel have been eliminated and pending the formulation of such programs by the Control Council, you may formulate and put into effect an interim program within your zone and in any case may permit the reopening of such institutions and departments which offer training or useful in the administration of military government and the purposes of the occupation.“²⁴

Als Grundbedingung für alle weiteren hochschulpolitischen Maßnahmen wurde demzufolge die Entnazifizierung der Professoren-, Dozenten- und Studentenschaft betrachtet. Eine anschließende Neubildung des Lehrkörpers durch unbelastete Persönlichkeiten, eine Reinigung der Lehrinhalte von jeglicher nationalsozialistischer Ideologie sowie eine Überarbeitung der bisherigen Universitätsverfassungen sollten dann zwangsläufig in eine Hochschulreform münden.²⁵ Über die mittel- und langfristige Notwendigkeit einer solchen Reform bestand – trotz des Mangels an bereits vorhandenen Konzepten – kein Zweifel. Aus amerikanischer Sicht war mit dem Untergang des Dritten Reichs auch auf universitärer Ebene eine fatale Entwicklung zu Ende gegangen, die die ehemals weltweit hoch geschätzten deutschen Universitäten in eine internationale Isolierung geführt hatte.²⁶

rikanische Besatzungsdirektive JCS 1067 und die Entnazifizierungskonzeption der Westmächte, in: Walter L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hg.): Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Josef Becker zum 65. Geburtstag, München 1996, S. 287–316.

²² Germany 1947–1949, S. 26.

²³ Vgl. Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, S. 117; Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S. 54f.

²⁴ Germany 1947–1949, S. 26.

²⁵ Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, S. 122–124; James F. Tent: Denazification of Higher Education in U.S. Occupied Germany, 1945–1949, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S. 9–15; Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S. 57.

²⁶ Aus zeitgenössischer Perspektive siehe Paul R. Neureiter: Watch the German Universities. The Responsibility of American Universities in German Rehabilitation, in: The Journal of Higher Education 17 (1946), S. 171–179. Rückblickend hierzu auch Hermann B. Wells: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S. 46.

Die merkwürdige Gebrochenheit der deutschen Universitätsentwicklung seit den Tagen Wilhelm von Humboldts schlug sich auch in der Haltung der für den Hochschulsektor innerhalb des Office of Military Government for Germany (OMGUS) zuständigen Education & Religious Affairs Branch (ERAB) nieder.²⁷ Die in dieser Behörde tätigen Universitätsexperten waren sich weitgehend darüber im klaren, daß sie es in Deutschland mit einem Universitäts- und Wissenschaftssystem zu tun hatten, dem insbesondere die Vereinigten Staaten mannigfache Anregungen zu verdanken hatten.²⁸ Gleichzeitig war es aber auch eben dieses System gewesen, dem aufgrund seiner national-konservativen und antidemokratischen Strukturen ein nicht unbedeutender Anteil am Aufstieg des Nationalsozialismus zufiel, so daß die Universitäten „von den Amerikanern nachgerade als Brutstätten von Nationalismus und Faschismus apostrophiert wurde[n]“.²⁹

Diese ambivalente Haltung gegenüber den deutschen Universitäten veranschaulicht exemplarisch eine 1953 erschienene Publikation des Office of the U.S. High Commissioner for Germany (HICOG). In dieser als vorläufige Bilanz der bildungspolitischen Maßnahmen von OMGUS bzw. HICOG konzipierten Schrift hieß es einleitend:

„The founding of the Berlin University in 1809 through the efforts of Wilhelm von Humboldt was the beginning of a century in which the German universities justly became famous for their scholarship and research. They exerted great influence on other countries, particularly on higher education in America.“³⁰

Nichtsdestotrotz wurden aber auch die Ursachen für das Versagen gegenüber der nationalsozialistischen Herausforderung klar und deutlich angesprochen:

„Along with the brilliance there were elements of weakness, especially in the later half of the century when the liberal and democratic voices of 1848 had become faint. [...] There is little doubt that the universities came to suffer from over-specialisation, nationalism, and state control. [...] In any event, it is a matter of record that most of the universities gave little or no support to the Weimar Republic.“³¹

Nach Schließung der Universitäten bestand eine der ersten hochschulpolitischen Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung in der Einsetzung von Ausschüssen (University Planning Comitees), die an den Hochschulen als kommissarische Leitungsgremien und direkte Ansprechpartner fungieren sollten. Zusammengesetzt waren diese Ausschüsse aus politisch-ideologisch unbelasteten

²⁷ Zur Verwaltungsorganisation der amerikanischen Militärregierung im besetzten Deutschland vgl. Christoph Weisz (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München 1994, hier speziell S.230 (University Branch).

²⁸ Zu dieser Einschätzung vgl. Nikolaus Lobkowicz: The German University since World War II, in: History of European Ideas 8 (1987), S.147–150, hier S.147; Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S.64.

²⁹ Ebd., S.55. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Tent: Denazification of Higher Education, S.13.

³⁰ Henry P. Pilgert: The West German Educational System. With Special Reference to the Policies and Programs of the Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Historical Division Office of the Executive Secretary Office of the U.S. High Commissioner for Germany 1953, S.73.

³¹ Ebd., S.73f.

Mitgliedern des Lehrkörpers.³² Diesbezüglich hieß es in den *Implementing Instructions to Accompany Directive on Reopening of Universities and Institutions of Higher Learning* der US-Militärbehörde vom 2. Oktober 1945:

„The Mil.[itary] Gov.[ernment] Officer to whom this responsibility has been delegated will [...] proceed to name of a faculty member who has been found acceptable under current denazification directives to serve as chairman of a University Planning Committee. The chairman of the UPC will submit five to ten names of present and former teachers of that university to act as members of this committee including, where acceptable candidates are available, a representative from each faculty of the university. When the requisite number of persons has been investigated and found acceptable, they will constitute the University Planning Committee.“³³

Bemerkenswert ist die in diesem Dokument zum Ausdruck kommende Auffassung, daß die Universitäten bereits mit der Etablierung eines derartigen Universitätsausschusses formal als wiedereröffnet gelten sollten: „The university will be declared open in operation for all purposes except research and instruction as from the date of the establishment of this Committee.“³⁴ Die Hauptaufgaben der entweder als „University Planning Committee“ oder auch „Temporary Advisory Committee“³⁵ bezeichneten Ausschüsse bestand nach amerikanischer Auffassung in erster Linie darin,

„to formulate for the submission to the responsible Mil.Gov. Officer plans covering: (a) a constitution for the university; (b) nominations of teachers in the various faculties whom they consider academically and politically acceptable; (c) a list of the university personnel who have been excluded for political reasons; (d) an operational plan for the administration of the University, until a constitution is approved; (e) control and financing of the university, including payment of salaries and pensions; (f) curricula; (g) selection and admission of students; (h) supervision of students-affairs, housing an extra-curricular activities; (i) university property; (j) examinations, degrees, and professional licences; (k) educational policies and objectives, both general and for separate faculties; (l) such other matters concerning the university as may be required by the responsible Mil. Gov. authority.“³⁶

Was die Universitätsspitze anbetraf, kam es in der Regel zur Absetzung der bisherigen „Führer-Rektoren“ und zur Ernennung politisch unverdächtiger Nachfolger oder – wie im Fall der Universität Erlangen – sogar zur vorübergehenden Abschaffung des Rektorenamts.³⁷ Sowohl die neu ernannten Rektoren als auch die Universitätsausschüsse waren in ihren Entscheidungen von der ERAB abhängig. Allerdings zeigte sich dabei, daß die Suche nach und die anschließende Einsetzung von geeigneten Persönlichkeiten sich schwieriger gestaltete, als zunächst ange-

³² Zur Funktion der University Planning Committees vgl. Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, S.122; Tent: Mission on the Rhine, S.61; Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S.55f.

³³ IfZ, OMGUS 5/305-2/45, Implementing Instructions to Accompany Directive on Reopening of Universities and Institutions of Higher Learning (2.10.1945).

³⁴ Ebd.

³⁵ Zur Zerteilung der Ausschüsse in sogenannte University Planning Committees bzw. Temporary Advisory Committees vgl. Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S.55.

³⁶ IfZ, OMGUS 5/305-2/45, Implementing Instructions to Accompany Directive on Reopening of Universities and Institutions of Higher Learning (2.10.1945).

³⁷ Vgl. Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S.56.

nommen. Die meisten der als ideologisch unverdächtig geltenden Kandidaten für das Rektorenamt gehörten zumeist einer Professoren-generation an, die bereits am Ende ihrer Hochschullaufbahn stand und demzufolge zwar über große Autorität, aber oftmals nicht mehr über die notwendige Energie verfügte, um die ihr anvertrauten Universitäten nach den Wirren des Krieges auf einen neuen Kurs zu bringen. In einem äußerst aufschlußreichen Bericht über seine in den Jahren 1946 und 1947 an verschiedenen deutschen Universitäten gewonnenen Eindrücke wies Edgar Salin darauf hin, daß

„die neu an die Spitze getretenen Rektoren und Dekane, welche von den Besatzungsmächten eingesetzt oder bestätigt wurden, zwar fast ohne Ausnahme untadelige Charaktere waren, die in der Nazizeit ihre Unabhängigkeit und ihren Mut bewiesen hatten, die aber sehr häufig nicht gewillt waren, sich mit Verwaltungsgeschäften übermäßig zu belasten, häufig auch körperlich zu sehr geschwächt [waren], um den anstrengenden Sitzungen innerhalb der Universität, mit städtischen Behörden, mit der Besatzungsgruppe und mit der Besatzungsverwaltung gewachsen zu sein.“³⁸

Deshalb, so Salin weiter, habe sich binnen kürzester Zeit die nicht weniger problematische Tendenz abzuzeichnen begonnen, „diese zumeist wissenschaftlich ebenso sehr wie charakterlich hervorragenden Repräsentanten abzulösen durch andere Gelehrte, welche zwar auch Nicht-Nazis oder nur Mitläufer gewesen waren, jedoch in keiner Weise den gleichen hohen Rang, wie die Alfred Weber, Jaspers usw., einnahmen.“³⁹

Als Bindeglied zwischen den Organen der kommissarischen Universitätsverwaltung und der zuständigen Hochschulabteilung innerhalb der ERAB fungierten Hochschul- bzw. Universitätsoffiziere.⁴⁰ Hierbei erwies es sich als Vorteil, daß einige ERAB-Mitglieder selbst aus dem Hochschulbereich stammten, ja teilweise in Deutschland studiert hatten, und daher mit der ihnen gestellten Aufgabe relativ gut vertraut waren.⁴¹ Dies galt jedoch nicht für alle Hochschuloffiziere. Beispielsweise wurde der für die Universitäten Würzburg und Erlangen zuständige Edwin S. Costrell nach eigenem Bekunden ohne tiefergehende Vorkenntnisse mit dieser Aufgabe betraut. „About July 1946“, so Costrell rückblickend,

„I finally took on the functions of University Education Officer. [...]. But I knew little about German higher education. I was ignorant of the universities' history, structure, methods, standards, other than the pre-Hitler institutions that were widely admired in scholarly and scientific circles. Nor was I familiar with the specific Military Government policies regarding the universities.“⁴²

³⁸ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Edgar Salin: Der Aufbau der deutschen Universitäten. Bericht über Eindrücke der Jahre 1946 und 1947 (o. Datum), S. 1f.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Vgl. hierzu die grundlegende Publikation von Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone.

⁴¹ Vgl. Lobkowicz: The German University since World War II, S. 147; Müller: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945, S. 57 und S. 64; Tent: Academic Proconsul, S. v-ix; ders.: Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen, S. 604.

⁴² Edwin S. Costrell: An American University Officer in Occupied Germany: A Personal Account 36 Years Later, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S. 23–33, hier S. 25 (Zitat).

Der in der Frühphase der Besatzungszeit mit Sicherheit einflußreichste Hochschuloffizier war Edward Y. Hartshorne, ein im Zivilleben in Harvard als Assistant Professor lehrender Soziologe, unter dessen Zuständigkeit es bis Oktober 1945 zur Wiedereröffnung fast aller in der amerikanischen Zone liegenden Universitäten kommen sollte.⁴³ Hartshorne war, wie sein 1928 in Heidelberg promovierter akademischer Lehrer Talcott Parsons, mit den universitären Verhältnissen in Deutschland bestens vertraut. In den Jahren 1935 und 1936 hatte er im Zuge von Recherchen für seine Doktorarbeit längere Zeit in Deutschland verbracht und bei dieser Gelegenheit zahlreiche prominente Wissenschaftler, wie z.B. den Berliner Historiker Friedrich Meinecke, kennen und schätzen gelernt.⁴⁴ Seine 1937 unter dem Titel *German Universities and National Socialism* publizierte Dissertation gilt gemeinhin als eine der ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Rolle der deutschen Universitäten in der Frühphase des Dritten Reichs.⁴⁵ „It is no exaggeration to state, that he [Hartshorne, S. P.] was probably better orientated on the post-1933 condition of German universities than any other American-born citizen.“⁴⁶

3. Die Entnazifizierung der Universitäten

Der Entnazifizierungsprozeß an den in der amerikanischen Besatzungszone gelegenen deutschen Universitäten läßt sich in zwei aufeinanderfolgende Phasen unterteilen.⁴⁷ Die erste Phase umfaßte den Zeitraum vom Einmarsch der amerika-

⁴³ Zur Person Hartshornes vgl. u.a. den Nachruf von Talcott Parsons: Edward Yarnall Hartshorne Jr., 1912–1946, in: *American Sociological Review* 11 (1946), S. 877f., sowie die Einleitung bei Tent: *Academic Proconsul*, S. v–ix. Zur tragenden Rolle Hartshornes bei der Wiedereröffnung der deutschen Universitäten vgl. Bungenstab: *Umerziehung zur Demokratie?*, S. 116f.; Costrell: *An American University Officer*, S. 26; Uta Gerhardt: *Die Amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg*, in: Heß/Lehmann/Sellin: *Heidelberg 1945*, S. 30–54; Tent: *E. Y. Hartshorne and the Reopening of Heidelberg University*, S. 55–74; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 113–116; Tent: *Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen*, S. 604.

⁴⁴ Vgl. ders.: *Academic Proconsul*, S. v–vi, sowie die entsprechenden Tagebucheinträge Hartshornes zu Friedrich Meinecke ebd., S. 85, 114, 122, 166, 169, 170, 171, 184, 188, 190, 204, 210, 222, 224.

⁴⁵ Edward Yarnall Hartshorne: *German Universities and National Socialism*, London 1937.

⁴⁶ Tent: *E. Y. Hartshorne and the Reopening of Heidelberg University*, S. 56.

⁴⁷ Grundlegend zur Entnazifizierungspraxis in der amerikanischen Besatzungszone Lutz Niethammer: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung Bayerns*, Berlin 1982; Volker Dotterweich: *Die „Entnazifizierung“*, in: Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hg.): *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz*, München 1979, S. 123–161; Clemens Vollnhals: *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945–1949*, München 1991; Cornelia Rauh-Kühne: *Wer spät kam, den belohnte das Leben: Entnazifizierung im Kalten Krieg*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 113–123. Speziell zu den Entnazifizierungsmaßnahmen an den Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone vgl. Tent: *Mission on the Rhine*, S. 57–69; ders.: *Denazification of Higher Education*, S. 9–15; Mitchell G. Ash: *Verordnete Umbrüche – Konst-*

nischen Truppen bis zum Inkrafttreten des „Befreiungsgesetzes“ am 5. März 1946, in der die Direktive JCS 1067 als Grundlage einer noch weitgehend unsystematischen Entnazifizierungspolitik fungierte.⁴⁸ Für die amerikanische Militärbehörde galt es in diesen ersten Wochen und Monaten der Besatzungszeit zunächst die teilweise chaotischen Zustände nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes zu stabilisieren und sich einen genauen Überblick über die Gesamtsituation, also auch über den zu entnazifizierenden Personenkreis, zu verschaffen. Dabei wurde von amerikanischer Seite durchaus in Kauf genommen, politisch belastete Persönlichkeiten vorläufig noch nicht aus ihren Ämtern zu entfernen. Diese Praxis galt für den gesamten Beamten- und Verwaltungsapparat. Eine Ausnahme bildete diejenige Gruppe von Professoren und Dozenten, die sich als prominente Exponenten der nationalsozialistischen Ideologie auf sogenannten schwarzen Listen der Amerikaner befanden.⁴⁹ Im Fall der Universität Heidelberg wurden anhand einer derartigen Liste bereits Anfang April 1945, also kurz nach der Besetzung der Stadt am 30. März, insgesamt elf Ordinarien verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich auch die drei ehemaligen Rektoren Ernst Kriek, Paul Schmitthenner und Carl Schneider.⁵⁰

Zu einer ersten Wende in der amerikanischen Entnazifizierungspraxis innerhalb dieser Phase kam es infolge einer neuen Direktive vom 7. Juli 1945.⁵¹ Diese sah vor, daß all diejenigen Hochschullehrer, die schon vor dem Reichsbeamtenengesetz vom 1. Mai 1937 der NSDAP angehört hatten sowie alle Inhaber von Parteiämtern bzw. Mitglieder von SS und SA umgehend aus ihren Ämtern zu entlassen seien. „Nun erst also“, wie Winfried Müller es formuliert hat, „kam es zu jenem personellen Kahlschlag im öffentlichen Dienst, in den Schulen und Universitäten.“⁵² Wie rigide zum Teil zwischen Juli 1945 und März 1946 an den Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone entnazifiziert wurde, veranschaulicht das Beispiel der Münchener LMU, wo insgesamt rund 80 % aller Hochschullehrer entlassen wurden.⁵³ Demgegenüber lag in Heidelberg die Entlassungsquote mit 41,8 % (138 von den 330 Mitgliedern des Lehrkörpers) um fast die Hälfte niedriger, obgleich dort der mit 37 von insgesamt 56 damals an der Ruperto-Carola tätigen Lehrstuhl-

ruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: *Zeitschrift für Geschichte* 43 (1995), S. 903–923. Zur Entnazifizierungspraxis gemäß der erwähnten Phaseneinteilung an den bayerischen Universitäten siehe Müller: *Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945*, S. 57–62.

⁴⁸ Vgl. die Entnazifizierungsbestimmungen der Direktive JCS 1067 in: *Germany 1947–1949*, S. 24f.

⁴⁹ Zu den „weißen“, „grauen“ und „schwarzen Listen“ der Amerikaner siehe Bungenstab: *Umerziehung zur Demokratie?*, S. 122.

⁵⁰ Volker Sellin: *Die Universität Heidelberg im Jahre 1945*, in: Hess/Lehmann/Sellin: *Heidelberg 1945*, S. 91–106, hier S. 97.

⁵¹ Zu Bedeutung und Inhalt der Direktive vom 7.7.1945 vgl. Niethammer: *Mitläuferfabrik*, S. 149–157, besonders S. 152f.

⁵² Müller: *Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945*, S. 57.

⁵³ Vgl. hierzu die Angaben bei Ursula Huber: *Universität München – ein statistischer Bericht über den Fortbestand nach 1945*, in: Friedrich Prinz (Hg.): *Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949*, München 1984, S. 156–160.

inhabern besonders hohe Anteil (66,1%) von entlassenen Ordinarien ins Auge fällt.⁵⁴ Ein vergleichbares Bild bot sich auch in Erlangen, wo der erste Nachkriegsrektor der Universität, der Jurist Theodor Süss, Mitte Januar 1946 dem Kultusministerium nach München melden mußte, daß sich von ehemals 116 Mitgliedern des Lehrkörpers nur noch 72 im Amt befänden.⁵⁵ Wenn auch nicht für alle Universitäten genaue statistische Angaben vorliegen, markieren die genannten Zahlen für München, Heidelberg und Erlangen doch das ungefähre Spektrum der durchgeführten Entlassungen.

Die Notwendigkeit eines verschärften Durchgreifens der amerikanischen Besatzungsmacht in der Entnazifizierungsfrage veranschaulicht ein am 14. Januar 1946 verfaßter Bericht des Würzburger Theologen und damaligen Vorsitzenden der Kommission zur Wiedereinstellung entlassener Professoren und Dozenten, Georg Wunderle, an das Bayerische Kultusministerium:

„Bei einem nüchternen Rückblick über die bisherige Kommissionsarbeit fällt wohl jedem Unbefangenen auf, daß die Selbstbeurteilung der einzelnen Gesuchsteller fast durchweg von dem jetzigen Standpunkt aus geschieht. Psychologisch ist die Überdeckung des damaligen Bewußtseinszustandes durch den jetzigen seelischen nichts allzu Auffälliges; daß sie sich aber in einem solchen Umfang auch bei Männern ereignet, die zur kritischen Beobachtung ihres Denkens und Stellungnahme fähig sein sollten, ist immerhin bemerkenswert. Das eindeutige Ergebnis der Selbstbeurteilung lautet hier wie auf so vielen anderen Lebensbereichen: Fast niemand ist jemals überzeugter Nationalsozialist gewesen; der Eintritt in die Partei oder der SA geschah nach Ausweis des rückschauenden Bewußtseins immer nur aus äußeren Gründen. Die Erinnerungstäuschung, die sich darin offenbart, führt selbstverständlich dazu, ein Unrecht in der jetzigen Entlassung zu sehen. [...] So selten das offene Eingeständnis einer Schuld ist, so selten ist auch das Bekenntnis von Reue und Umkehr.“⁵⁶

Die zweite große Entnazifizierungsphase begann mit dem am 5. März 1946 durch die Ministerpräsidenten der Länder in der US-Zone auf amerikanischen Druck hin erlassenen „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“.⁵⁷ Ab diesem Zeitpunkt wurde beinahe der gesamte Entnazifizierungsprozeß an deutsche Spruchkammern übertragen. Deren Aufgabe bestand darin, an Hand ausgewerteter Fragebögen und persönlicher Befragungen die Gruppe der politisch-ideologisch Verdächtigen in fünf Kategorien, nämlich Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete, einzuteilen. Wie Lutz Niethammer dargelegt hat, läßt sich der mit dem Befreiungsgesetz verbundene Wandel in der Entnazifizierungspraxis bereits an der Gestaltung des neuen Fragebogens ablesen. Der im Gegensatz zu seinem amerikanischen Vorläufer (131 Fragen) lediglich 14 Fragegruppen aufweisende deutsche Fragebogen offerierte dem Aus-

⁵⁴ Vgl. Sellin: Die Universität Heidelberg, S. 99.

⁵⁵ BayHStA, MK 71828, Schreiben des Rektors der Universität Erlangen an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 18. 1. 1945.

⁵⁶ BayHStA, MK 72358, Schreiben Prof. Dr. Georg Wunderles an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 14. 1. 1946.

⁵⁷ Zu Entstehung, Inhalt und Bedeutung des Befreiungsgesetzes vom 5. 3. 1946 siehe Niethammer: Mitläuferfabrik, S. 260–537. Vgl. hierzu auch Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 58; Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 26. Abgedruckt findet sich der Gesetzestext bei Klaus-Jörg Ruhl: Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–49, München 1982, S. 279f.

füllenden weitaus mehr Möglichkeiten zur subjektiv eingefärbten Selbstrechtfertigung.⁵⁸ Eine wirklich objektive Beurteilung durch die Spruchkammern auf universitärer Ebene wurde zusätzlich erschwert durch den Umstand, daß diese aus Mitgliedern des Hochschullehrer-Kollegiums zusammengesetzt wurden. Damit bestand immer wieder die Gefahr, daß alte Loyalitäten oder Feindschaften in die individuelle Bewertung miteinfließen. In seiner Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg hat Alfred Wendehorst auf diesen Punkt hingewiesen. „Zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen“, so Wendehorst,

„gab es ein kaum noch zu entwirrendes Beziehungsgeflecht. Hatte nicht mancher Parteigenosse seine schützende Hand über Kollegen gehalten, die das ganze Regime abgelehnt und es trotzdem einigermaßen ungeschoren überdauert hatten? Und konnte nicht jetzt – ebenfalls in einer Stunde der Not – der Betroffene vom Nichtbetroffenen einen ‚Persilschein‘ erwarten? [...]. Aber es gab auch Denunziationen und Vorwürfe. Die Spruchkammerverfahren liefen tendenziell auf Rehabilitierung hinaus.“⁵⁹

Das eigentliche Ziel des mit Hilfe des „Befreiungsgesetzes“ vom 5. März 1946 vollzogenen Kurswechsels sollte es sein, nicht mehr jede mit der NSDAP verbundene Persönlichkeit nach dem „Rasenmäherprinzip“ zu entlassen, sondern lediglich ideologisch gefestigte Nationalsozialisten zu erfassen und entsprechend zur Verantwortung zu ziehen. Die bis dato gängige Praxis groß angelegter Massenentlassungen hatte sich insofern als kontraproduktiv erwiesen, als in unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung durch diese Vorgehensweise sehr schnell ein Mangel an fachkundigem Personal aufgetreten war. Die Übertragung der Verantwortung an deutsche Spruchkammern hatte somit auch zur Folge, daß zahlreiche in der ersten Entnazifizierungswelle ausgesprochene Entlassungen nun wieder rückgängig gemacht wurden.⁶⁰ Zwar führte die tendenziell eher lasche Handhabung der Spruchkammerverfahren im Sommer 1946 und Frühjahr 1947 abermals zu von amerikanischer Seite angeordneten Entlassungswellen⁶¹, jedoch erlahmte aufgrund des wachsenden Ost-West-Konflikts und der sich abzeichnenden Gründung eines westdeutschen Teilstaates seit 1947/48 das amerikanische Engagement in der Entnazifizierungsfrage.⁶² Nach den Erinnerungen des Universitätsoffiziers Edwin S. Costrell ging die wachsende Sorge vor dem Kommunismus sogar so weit, die ursprünglich zur Entnazifizierung der Deutschen konzipierte Fragebogen-Methode künftig verstärkt auf die Mitglieder der amerikanischen Besatzungsarmee selbst anzuwenden:

⁵⁸ Vgl. Niethammer: Mitläuferfabrik, S. 344.

⁵⁹ Alfred Wendehorst: Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg 1943–1993, München 1993, S. 217–235, Zitat S. 229.

⁶⁰ Zum Dozentenmangel vgl. Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, S. 123; Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 59; Boockmann: Wissen und Widerstand, S. 255.

⁶¹ Zu dieser dritten Entlassungswelle im März und April 1946 vgl. Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 60f.

⁶² Vgl. Dietrich Goldschmidt: Hochschulpolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main ²1989, S. 354–389, hier S. 364; Tent: Denazification of Higher Education, S. 15; Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 58.

„After all the crisis over denazification in 1945 and 1946, the tone and attitude of Military Government began to change in 1947, and denazification eased dramatically. [...]. Ironically, the Americans in Military Government now, as part of a program affecting U.S. Government employees everywhere, had to fill out what amounted to *Fragebogen* themselves. The two developments were somewhat related in the Cold War caused a shift of focus and increased the fear and suspicion of possible Communist influence and infiltration in sensitive positions.“⁶³

Will man die Entnazifizierungsmaßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht auf Universitätsebene einer Gesamtbewertung unterziehen, ist der folgenden Einschätzung Winfried Müllers zu folgen:

„Insgesamt hinterläßt die amerikanische Entnazifizierungspolitik [...] einen dilemmatischen Eindruck. Sofern sie, auch unter dem Aspekt der Öffentlichkeitswirksamkeit, den Kreis der zu Entlassenden ausweitete, stieß sie an ihre Grenzen. Die Funktionstüchtigkeit der Fakultäten war in Frage gestellt, das heißt, ein kompletter Elitenaustausch war aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht möglich.“⁶⁴

Zudem bleibt fraglich, ob die teilweise äußerst zeitaufwendigen amerikanischen Entnazifizierungsmaßnahmen – so notwendig diese zweifelsohne waren – tatsächlich, wie intendiert, die Basis für einen universitären Neuanfang geschaffen haben oder im Gegenteil weitreichende Reformen zumindest kurz- und mittelfristig eher verhinderten. Im Auftrag der HICOG stellte Pilgert 1953 fest: „Here [in der US-Zone, S. P.] as elsewhere denazification was a time-consuming task which caused the neglect of other reforms.“⁶⁵

Auf amerikanischer Seite war man sich also der aus den Entnazifizierungsmaßnahmen resultierenden Problematik durchaus bewußt. Speziell der an den Universitäten dadurch entstandene personelle Notstand wurde als äußerst schwerwiegend eingestuft. Politisch als integer eingestufte Professoren wie Karl Jaspers oder Alfred Weber gehörten bereits der Generation der Sechzig- oder gar Siebzigjährigen an. Diese galten zwar als Repräsentanten der „großen“ deutschen Universitäts- und Wissenschaftstradition, andererseits aber waren sie als Zukunftsträger im Hinblick auf eine wiederaufzubauende und zu reformierende Universität schlichtweg zu alt. Gleichzeitig aber wurde die jüngere Generation der dreißig- bis fünfzigjährigen Hochschullehrer von den Amerikanern als größtenteils politisch belastet oder zumindest verdächtig eingestuft.⁶⁶ Über diese Problematik vermerkte Salin in seinem Erfahrungsbericht von 1947:

⁶³ Costrell: An American University Officer, S.30.

⁶⁴ Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S.61.

⁶⁵ Pilgert: The West German Educational System, S.78.

⁶⁶ Zur amerikanischen Einschätzung der personellen Situation an den Universitäten in der US-Besatzungszone vgl. das unbetitelt und undatierte, vermutlich aus den Jahren 1946/47 stammende ERAB-Memorandum: „The situation of the German Universities with respect to the number and the quality of character and training of instructors is very serious. A high percentage of them had to be dismissed for Nazi activities, those who are left are mostly around 60 or even 70 and older, but these are the only ones that still have thorough scientific training and are able to work in the great tradition of German science. The men of middle-age between 30 and 40 are lacking of thorough training because of the political inroads of the last two wars, the political unrest under the Republic and the political deprivation of science under the Nazis“ (IfZ, OMGUS 5/308-1/11, o. Titel und Datum).

„Überall gibt es eine kleine Gruppe der aufrechten Kämpfer gegen den Nazismus, – meistens hervorragende Gelehrte, die vor 1933 bereits ein so großes internationales Ansehen erworben hatten, daß das Regime sie nur in ihrer Tätigkeit beschränken oder ihres Amtes entsetzen konnte, jedoch sie nicht persönlich anzutasten wagte. Da dieser internationale Ruf selten in jungen Jahren erworben wird, läßt sich unschwer errechnen und verstehen, daß sich diese Gruppe größtenteils aus Gelehrten im Alter von 60 bis 80, ja bis über 80 Jahren zusammensetzt. [...] Hinter dieser kleinen Gruppe der wirklichen Charaktere folgt die große Zahl der jetzigen Lehrstuhlinhaber, Extraordinarien und Privatdozenten. Sie gehören zu meist der Altersgruppe zwischen 40 und 60 an, die durch den ersten Weltkrieg dezimiert wurde und deren aktivste Streber-Elemente infolge ihrer Nazi-Vergangenheit fürs erste in der Versenkung verschwanden. Die ‚Überlebenden‘ dieser Gruppe verdanken ihre Stelle der Tatsache, daß sie sich in den Jahren des Regimes nicht exponiert haben. [...] Für eine charakterliche Schulung der Studenten fällt diese Gruppe von vornherein außer Betracht, für die wissenschaftliche Schulung wird ihr Wert unterschiedlich beurteilt.“⁶⁷

4. Die Wiedereröffnung der Universitäten seit Herbst 1945

Das durch Krieg, Emigration und Entnazifizierung entstandene personelle Vakuum stellte die Universitäten seit Sommer 1945, als sich deren baldige Wiedereröffnung abzuzeichnen begann, vor enorme Schwierigkeiten.⁶⁸ Der in der Direktive JCS 1067 festgelegte amerikanische Ansatz, die Universitäten für vorerst unbestimmte Zeit geschlossen zu halten, erwies sich nach kurzer Zeit als nicht länger tragbar. Vor allem zwei Faktoren sprachen für eine rasche Wiedereröffnung der deutschen Hochschulen: Erstens galt es, der wachsenden Zahl heimkehrender Soldaten nach zwölf Kriegsjahren wieder eine Bildungs- und damit Zukunftsperspektive zu eröffnen. Zweitens sollte die medizinische und geistig-religiöse Versorgung der Deutschen schnellstmöglichst sichergestellt werden. „It seemed reasonable“, so Ullrich Schneider, „that medical instruction secured the physical needs of the Germans, and that theological instruction secured the spiritual needs of the German population whose moral decline – the Americans were sure about – had to be reversed.“⁶⁹

In einem Eilrundsreiben an die Rektoren der drei Landesuniversitäten und der Technischen Hochschule München gab das bayerische Kultusministerium gemäß den Weisungen der amerikanischen Militärregierung am 15. Oktober 1945 offiziell grünes Licht für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs.⁷⁰ In Erlangen und Würzburg wurden daraufhin zunächst die Theologischen Fakultäten eröffnet. Im Laufe des November folgten die Theologische und Medizinische Fakultät der Universität Heidelberg. Um die Jahreswende 1945/46 nahmen sukzessive auch die übrigen Fa-

⁶⁷ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Edgar Salin: Der Aufbau der deutschen Universitäten. Bericht über Eindrücke der Jahre 1946 und 1947 (o. Datum).

⁶⁸ Vgl. hierzu u. a. Raiser: Wiedereröffnung der Hochschulen, S. 43; Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 61.

⁶⁹ Schneider: The Reconstruction of Universities in American Occupied Germany, S. 2. Vgl. auch Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 68.

⁷⁰ BayHStA, MK 72358, Rundschreiben des Kultusministeriums an die Rektoren der drei Landesuniversitäten sowie an den Herrn Rektor der Technischen Hochschule München vom 15. 10. 1945.

kultäten den Lehrbetrieb wieder auf, so daß fast alle Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone (mit Ausnahme Gießens) bis Mitte 1946 offiziell wiedereröffnet waren.⁷¹ Allerdings ließen der oftmals katastrophale bauliche Zustand sowie die entlassungsbedingt geringe Personaldecke einen normalen Universitätsalltag in noch unbestimmte Ferne rücken. Selbst an den von Zerstörungen weitgehend verschont gebliebenen Hochschulen in Erlangen und Heidelberg war die Universitätsleitung gezwungen, mit personellen Engpässen und der Requirierung ganzer Gebäudekomplexe durch amerikanische Truppen fertig zu werden.⁷² Allein in Heidelberg war das Gebäude der sogenannten Neuen Universität (eine Stiftung ehemaliger amerikanischer Studenten aus der Zwischenkriegszeit⁷³), die Universitätsbibliothek, das Seminariengebäude sowie Teile der Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Institute beschlagnahmt worden.⁷⁴ Eine ähnliche Situation bot sich in Marburg, wo es Ende Januar 1946 nach amerikanischen Angaben wie folgt aussah:

„The main university building, the Law Library, the Gymnasium, [...], many dormitories and all local preparatory schools are at present either occupied by U.S. personnel or unavailable because of evacuation occasioned by the presence of over 12.000 troops in the area.“⁷⁵

Neben der Requirierung von Universitätsgebäuden kam es auch zur Beschlagnahme zahlreicher Professoren- und Studentenwohnungen, was die Lage auf dem ohnehin stark in Mitleidenschaft gezogenen Wohnungsmarkt zusätzlich verschärfte. Allein im unzerstörten Erlangen hatten die Amerikaner nach ihrem Einmarsch rund 559 Häuser besetzt, darunter auch die Villa des von 1938 bis 1944 amtierenden Rektors und international renommierten Gynäkologen Hermann Wintz, in die sich der berühmte-berühmte Kommandeur der 3. US-Armee, General George S. Patton, vorübergehend einquartierte.⁷⁶ Obwohl es den Universitätsleitungen, den zuständigen Kultusministerien, aber auch der ERAB allmählich gelang, einen Großteil der requirierten Universitätsliegenschaften durch Interventionen bei den Militärbehörden sukzessive zurückzuerhalten, blieben manche Gebäude noch über Monate und Jahre im Besitz der US-Armee. Trotz dieser Widrigkeiten hatten bis Mitte 1946, also gut ein Jahr nach der deutschen Kapitulation, so gut wie alle in der amerikanischen Besatzungszone gelegenen Hochschulen den Lehrbetrieb wieder aufgenommen.⁷⁷

⁷¹ Vgl. Schneider: *The Reconstruction of Universities in American Occupied Germany*, S. 2f.; Müller: *Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945*, S. 68f.

⁷² Vgl. hierzu IfZ, OMGUS 5/308-1/11, o. Titel und Datum: „All the university towns in the American Zone with exception of Heidelberg, Marburg and Erlangen were extremely hard hit by the bombardments. Würzburg, Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Giessen, Frankfurt, and Munich were almost totally destroyed.“

⁷³ Zur Gründungsgeschichte der Heidelberger „Neuen Universität“ vgl. den Aufsatz von Junker: Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, S. 328–358.

⁷⁴ Vgl. Sellin: *Die Universität Heidelberg im Jahre 1945*, S. 94.

⁷⁵ IfZ, OMGUS 5/300-3/25, *Exemption of University Property from Requisition* (25.1.1946).

⁷⁶ Vgl. Wendehorst: *Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg*, S. 219.

⁷⁷ Vgl. Schneider: *The Reconstruction of Universities in American Occupied Germany*, S. 2f.; Goldschmidt: *Hochschulpolitik*, S. 363; Ellwein: *Die deutsche Universität*, S. 239; Müller: *Geschichte der Universität*, S. 102.

Die seit Herbst 1945 schrittweise vollzogene Wiedereröffnung der Universitäten und Technischen Hochschulen markiert einen Kurswechsel in der amerikanischen Besatzungspolitik. Während die Hochschulen in den ersten Wochen und Monaten nach dem Kriegsende noch als ideologisch belastete und moralisch gescheiterte Institutionen betrachtet wurden, übernahmen diese mit der Erlaubnis zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebs eine für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands strategisch wichtige Rolle. Entscheidend für diesen Richtungswechsel in der OMGUS-Hochschulpolitik war die unter dem Eindruck des sich stetig zuspitzenden Ost-West-Konflikts herangereifte Erkenntnis, daß den deutschen Hochschulen für die Ausbildung künftiger politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher sowie kultureller Eliten eine Schlüsselfunktion zufiel.⁷⁸ „Universities and similar institutions“, so ein internes Dokument der Militärregierung vom 25. Januar 1946, „are now capable of functioning on a democratic basis and must play an increasingly important role in the training and reorientation of German youth and indirectly of the German people, if Military Government objectives are to be achieved.“⁷⁹ Noch deutlicher machte ein Jahr später William P. Cumming in den renommierten „South Atlantic Quarterly“ auf den für den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens entscheidenden Aspekt der Elitenbildung aufmerksam:

„Out of the Universities are emerging the new administrative and professional classes of Germany. During the late thirties these institutions were the sources of Nazi and militaristic influence. It is of vital importance that they not again become focuses of infection in the body politic. The problems confronting the American occupation authorities are serious, but progress is being made in attacking the actual and potential dangers in German higher education and in making it a force for the creation of good leadership.“⁸⁰

Verknüpft war diese neue Sichtweise auf die Rolle der Universitäten auch mit einer aktiveren Hochschulpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht. Zwar blieb es weiterhin bei der amerikanischen Grundhaltung, daß sich die deutschen Universitäten in erster Linie selbst reformieren sollten, gleichwohl gingen die für Hochschulangelegenheiten zuständigen OMGUS-Stellen, also in erster Linie die ERAB, seit 1946 dazu über, konkrete Vorstellungen zu entwickeln, *welche* universitären Bereiche *wie* zu reformieren seien. Ein nicht unbedeutender Anteil an dieser Entwicklung darf in der Tatsache gesehen werden, daß nicht zuletzt in den USA die Forderung nach einem stärkeren hochschulpolitischen Engagement der Militärregierung immer nachdrücklicher formuliert wurde. So vertrat beispielsweise Paul R. Neureiter in der 1946 erschienenen Aprilausgabe des „Journal of Higher Education“, dem Zentralorgan der American Association of Higher Education, die Ansicht, daß die deutschen Universitäten wegen ihres verhängnisvollen Beitrags zur Entstehung des Militarismus künftig nicht nur einer scharfen Beobachtung durch die Besatzungsmächte, sondern auch einer fundamentalen Reform

⁷⁸ Vgl. Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, S. 125.

⁷⁹ IfZ, OMGUS 5/300-3/25, Exemption of University Property from Requisition (25.1.1946).

⁸⁰ William P. Cumming: What Is Happening in the German Universities, in: The South Atlantic Quarterly 46 (1947), S. 167-181, hier S. 167 (Zitat).

unterzogen werden müssten. In diesem Zusammenhang könnten, wie Neureiter betonte, gerade die Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle spielen:

„To the negative act of surveillance and the supervision must be added the positive drive for reconstruction and reform. The German Universities are badly in need of reform, and the academic profession in the United States is in a position to lend assistance by way of criticism and counsel.“⁸¹

In Anspielung auf den vermeintlichen Einfluß des deutschen Universitätsmodells auf die Hochschulentwicklung in den USA gab Neureiter zu bedenken, daß der Verlauf der Geschichte nun klar gezeigt habe, welches Modell das überlegene sei:

„Despite a certain influence which German thought has exercised on American universities in earlier days, the basic philosophies of higher education have always differed sharply in the two countries. This differences used to be the object of arrogant snap judgements on the part of German [...] educators, where as the American Abraham Flexner, going to the other extreme of self-abasement, eloquently extolled the German university system as the model toward which Americans should strive. History has now spoken the last word in the argument.“⁸²

Die Grundvoraussetzung für einen Neuanfang sah Neureiter in einer längst überfälligen Demokratisierung der deutschen Universitäten, die jedoch von außen – d. h. durch die Besatzungsmacht – eingeleitet und nötigenfalls mit Zwang durchgesetzt werden müsse. Zu diesem Zweck sollte die bisherige Form der akademischen Selbstverwaltung abgeschafft und durch die Einführung eines demokratisch zusammengesetzten „board of regents or trustees after the common American pattern“ ergänzt werden.⁸³ Zusätzlich könne ein nach amerikanischem Vorbild erfolgreicher Auf- bzw. Ausbau gesellschaftspolitisch relevanter Disziplinen, wie der Sozial-, Politik- und Erziehungswissenschaft sowie der modernen Psychologie, dazu beitragen, die deutsche Gesellschaft mittel- und langfristig zu demokratisieren.⁸⁴ Am Ende seiner Ausführungen schloß Neureiter mit einer indirekten, aber deutlichen Mahnung an die für den deutschen Bildungssektor zuständigen amerikanischen Stellen:

„The survival of Germany as a nation of any significance depends essentially on her ability to regenerate herself spiritually. Educational reform must be one of the chief instrumentalities for such a regeneration. Despite her physical ruin, Germany's power of spiritual recovery need not be lost for good.“⁸⁵

Zusätzlich verstärkt wurde das hochschulpolitische Engagement der Amerikaner durch die parallel verlaufenden Entwicklungen in den anderen Besatzungszonen, wo Briten, Franzosen und besonders die Sowjets eine z. T. weitaus konsequentere Hochschulpolitik betrieben.⁸⁶ „In the first postwar years U.S. Military Govern-

⁸¹ Neureiter: *Watch the German Universities*, S. 172.

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd., S. 174.

⁸⁴ Ebd., S. 175 und S. 176.

⁸⁵ Ebd., S. 179.

⁸⁶ Vgl. Manfred Heinemann: *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981; Corine Defrance: *Les alliés occidentaux et les universités allemandes 1945-1949*, Paris 2000. Speziell zur britischen Hochschulpolitik vgl. David Phillips: *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1981; ders.:

ment lagged behind the British and French Zones in attention given to education“,⁸⁷ räumte Pilgert 1953 ein. Abgesehen von der immer massiver werdenden ideologischen Durchdringung der Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone waren es vor allem die Franzosen gewesen, die mit den Universitätsgründungen in Mainz (Mai 1946) und Saarbrücken (April 1948) sowie der nach dem Vorbild der französischen *Ecoles Supérieur* konzipierten Akademie für Verwaltungswissenschaften in Speyer (Januar 1947) äußerst aktiv in die deutsche Hochschulpolitik eingegriffen hatten.⁸⁸ Im Unterschied dazu zeigten sich die Amerikaner gegenüber Neugründungsplänen in ihrer Besatzungszone, so beispielsweise in Bremen, Regensburg und Berlin, skeptisch.⁸⁹ Die Erneuerung des Hochschulwesens sollte nicht durch den Bau neuer Universitäten erreicht werden, sondern primär durch eine Reform der bestehenden Hochschulen. In diesem Sinne äußerte sich R. Thomas Alexander, der Leiter der ERAB, 1948 zu dem von deutscher Seite initiierten Neugründungplan für eine Universität in Regensburg:

„I think, however, that before any approval is given to new universities in Bavaria a careful study should be made by the Education department there, possibly in conjunction with other universities in the American Zone, to see what policy is best to follow. [...] There is no doubt that the present academic universities in Bavaria are vastly overcrowded but it is my opinion that we do not need to establish more universities of the same sort. What we really need is a new type of university in Germany striking out along more modern lines.“⁹⁰

Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948, Köln/Wien 1983; Manfred Heinemann (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1949, Teil 1: Die britische Zone, Hildesheim 1990. Zur französischen Hochschulpolitik vgl. Heinrich Küppers: Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz und dem Saarland nach 1945 im Vergleich, in: Franz Knipping/Jacques LeRider (Hg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950. Ein Tübinger Symposium, 19. und 20. 9. 1985, Tübingen 1987, S. 15–30; René Cheval: Die Bildungspolitik in der französischen Besatzungszone, in: Heinemann: Umerziehung und Wiederaufbau, S. 190–200; Kurt Düwell: Nationale Interessen und europäisches Ideal. Französische Universitätspolitik zwischen Rhein und Saar 1945–1949, in: Peter Hüttenberger/Hansgeorg Molitor (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945, Essen 1989, S. 243–257; Manfred Heinemann (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland, Teil 3: Die französische Zone, Hildesheim 1991. Zur sowjetischen Hochschulpolitik vgl. ders. (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone, Hildesheim 1997, sowie Christoph Führ: Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945, in: ders./Carl-Ludwig Furck (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Band IV: 1945 bis zur Gegenwart, Erster Teilband: Bundesrepublik Deutschland, München 1998, S. 12–14.

⁸⁷ Pilgert: *The West German Educational System*, S. 78. Vgl. dort auch die entsprechenden Ausführungen zu den hochschulpolitischen Aktivitäten in der französischen (S. 75f.) und britischen (S. 77f.) Besatzungszone.

⁸⁸ Vgl. hierzu besonders den Aufsatz von Düwell: *Nationale Interessen und europäisches Ideal*, S. 243–257.

⁸⁹ Zu den von deutscher Seite vorgestellten Gründungskonzepten siehe besonders IfZ, OMGUS 5/299-1/40, *Internationale Universität in Deutschland* (als Manuskript gedruckt), München 1947.

⁹⁰ IfZ, OMGUS 5/301-1/26, *New University at Regensburg* (5.3.1948).

5. Die Marburger Hochschulgespräche von 1946

Aber wie sollte eine Universität „neuen Typs“ letztlich aussehen? Erste amerikanische und deutsche Bemühungen zur Klärung dieser Frage fanden seit 1946 im Rahmen der Marburger Hochschulgespräche statt. Es waren u. a. der tiefe Respekt vor den Grundprinzipien der deutschen Universitätsidee und die hieraus resultierende Verantwortung für die künftige Gestalt des deutschen Universitätswesens, die Hartshorne im Juni 1946 dazu bewegt hatten, die ersten von insgesamt drei Marburger Hochschulgesprächen ins Leben zu rufen. Gedacht war an ein Forum für einen freien Gedankenaustausch über das Thema Hochschulreform.⁹¹ Dabei legte Hartshorne, der die Tagung gemeinsam mit dem Philosophen und ersten Marburger Nachkriegsrektor Julius Ebbinghaus ausrichtete, besonderen Wert auf die Feststellung, daß es sich – trotz der großen Zahl internationaler Teilnehmer – um keine Veranstaltung der amerikanischen Besatzungsmacht, sondern um eine deutsche Konferenz handle. „Wir, die wir vom Auslande hierhergekommen sind“, so der amerikanische Hochschuloffizier in seiner Marburger Eröffnungsansprache vom 12. Juni 1946,

„vertreten verschiedene Länder – Holland, Frankreich, die Schweiz, England, die Vereinigten Staaten von Amerika. Es gibt auch unter uns Männer, die einmal Deutsche waren, dann Amerikaner wurden und jetzt Weltbürger im besten Sinne sind. Wir möchten hören, was Sie, meine Herren, als deutsche Professoren in Ihrem ersten freien Gespräch seit jenem schicksalshaften Monat Januar 1933 zu sagen haben.“⁹²

Hinsichtlich den mit der Tagung verbundenen Intentionen und Erwartungen fügte Rektor Ebbinghaus in seiner anschließenden Begrüßungsansprache noch hinzu:

„Der Plan zu ihr erwuchs aus Gesprächen eines Winternachmittags, die Dr. Hartshorne mit einigen Mitgliedern des Planungs-Ausschusses und einem ehemaligen Mitglied der Unterrichtsverwaltung der Weimarer Republik hatte. Es handelte sich um die Frage einer Rektorenkonferenz. Aber eben statt eines solchen amtlichen Gremiums schien es zunächst fruchtbarer und verlockender, eine Konferenz von Männern zusammenzurufen, von denen wir zu wissen glaubten, daß ihnen der neue Staat und die neue Hochschule am Herzen liegt und daß ihr Rat und ihre Anregung für die Klärung des vor den deutschen Hochschulen liegenden Weges von besonderem Wert wären.“⁹³

Aufgeteilt war die Marburger Konferenz in verschiedene Arbeitsgruppen, innerhalb derer Referate zu bestimmten Fragestellungen gehalten wurden. Das hierbei behandelte Themenspektrum reichte vom Komplex „Wissenschaft und Wissenschaftsreform“ über die Frage nach dem Verhältnis von „Wissenschaft und Politik“, der Beziehung von „Forschung, Lehre und Berufsausbildung“, den akademischen „Auslandsbeziehungen“ und dem Zusammenhang von „Hochschule, Antike und Christentum“ bis hin zu einer Sektion, die sich ausschließlich mit Belangen der „Studentenschaft“ befaßte.⁹⁴ Dementsprechend hochkarätig besetzt war auch die insgesamt 61 Personen umfassende Teilnehmerliste. Auf deutscher Seite waren

⁹¹ Marburger Hochschulgespräche. 12. bis 15.6.1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt am Main 1947. Vgl. hierzu auch Tent: *Mission on the Rhine*, S.67f.

⁹² Marburger Hochschulgespräche (1946), S.8.

⁹³ Ebd., S.9.

⁹⁴ Vgl. das Tagungs- und Diskussionsprogramm ebd., S.177–180.

neben den Rektoren der Universitäten Frankfurt am Main (Walter Hallstein), Gießen (Paul Cermak), Marburg (Julius Ebbinghaus) und Münster (Georg Schreiber) sowie der Technischen Hochschule Darmstadt (Erich Reuleaux) auch so bedeutende Persönlichkeiten wie der Marburger Theologe Rudolf Bultmann, die beiden Heidelberger Soziologen Alfred Weber und Alexander Mitscherlich, der Münchener Romanist und spätere Hochschulreferent im Bayerischen Kultusministerium Hans Rheinfelder und der Freiburger Historiker Gerd Tellenbach zugegen. Unter den ausländischen Gästen sind der italienische Philosoph und Geschichtshistoriker Ernesto Grassi sowie der junge Schweizer Soziologe und spätere Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Walter Rüegg hervorzuheben. Auf amerikanischer Seite waren neben dem Soziologen Hartshorne auch zwei deutsche Emigranten, nämlich der am Amherst College in Massachusetts lehrende Politikwissenschaftler Karl Loewenstein und der Chicagoer Jurist Karl Rheinstein, anwesend.⁹⁵

Insgesamt betrachtet wurden im Rahmen dieser ersten Marburger Hochschulgespräche vom Juni 1946 weniger konkrete Reformvorstellungen für die Zukunft der deutschen Universitäten erarbeitet. Vielmehr handelte es sich um ein Gremium, das sich auf eher akademisch abstrakte Weise mit dem Scheitern der deutschen Universitäten während der NS-Zeit und der daraus resultierenden aktuellen Lage auseinandersetzte. Gerade wegen des Mangels an praktischen Reformvorschlägen zeigten sich vor allem die beiden im Dienst der amerikanischen Besatzungsmacht stehenden deutschen Emigranten vom Verlauf und den Ergebnissen der Konferenz enttäuscht. „Es ist dreizehn Jahre her“, so Loewenstein in einem Diskussionsbeitrag am zweiten Konferenztag,

„seit ich zum letzten Male vor einem größeren Publikum deutsch gesprochen habe. [...]. Ich habe dreizehn Jahre lang keine solche Diskussion mehr gehört, nicht, weil wir als Amerikaner dieses Niveau nicht erreichen könnten, sondern weil die Abstraktion, mit der Sie Ihre Themen behandelt haben, mir etwas ganz Ungewöhnliches ist. Vor dreizehn Jahren habe ich Sie verstanden, heute habe ich große Mühe, weil jeder mit seinen eigenen Begriffsbildungen arbeitet und weil sich diese von denen entfernt haben, die in anderen Ländern üblich geworden sind.“⁹⁶

In ganz ähnlicher Weise sah auch Rheinstein in der teilweise selbstverschuldeten Abschottung des gesamten deutschen Bildungswesens die eigentliche Hauptursache für die fatalen Entwicklungen der Vergangenheit:

„Mein Kollege Loewenstein hat als eines der Grundprobleme die Isolierung erwähnt, aber sie geht weit hinaus über die Wissenschaft, sie ist die Isolierung der deutschen Bildung. Deutschland hat sich abgelöst von der großen Tradition des Abendlandes. Deutschland hat sich in eine Haltung des Protests unter bewußter und gewollter Andersartigkeit begeben. Dadurch ist die Katastrophe entstanden.“⁹⁷

Die hier zum Ausdruck kommende Sichtweise auf die universitären und wissenschaftlichen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil Loewenstein und Rheinstein aufgrund ihres persönlichen und akademischen Werdegangs mit dem deutschen und amerikanischen Hochschul-

⁹⁵ Siehe die Teilnehmerliste ebd., S. 181f.

⁹⁶ Ebd., S. 71f.

⁹⁷ Ebd., S. 76.

system bestens vertraut waren. Im Unterschied zu den meisten in Marburg vertretenen deutschen und ausländischen Gelehrten waren sie daher in der Lage, aus eigener Erfahrung heraus weitaus deutlicher auf bestehende Defizite aufmerksam zu machen. Zwar vertrat Loewenstein die Auffassung, daß die Verhältnisse in beiden Ländern prinzipiell nicht vergleichbar seien, was ihn aber nicht davon abhielt, dem amerikanischen Hochschulwesen in zentralen Punkten eine Vorbildfunktion zuzuweisen. „Was hier als Bildung besprochen wurde“, so Loewenstein mit dem Hinweis auf das amerikanische College- bzw. Campus-Modell, „hat sich in Amerika durch das Gemeinschaftsleben ergeben, das sich aber unter den Bedingungen des verarmten Deutschland nicht verwirklichen läßt.“ Aus diesem Grund müsse die Entwicklung in Deutschland fortan zumindest in die Richtung verlaufen, „daß die Universitäten nur die Allerbesten zum Studium auslesen“. Dieser, freilich durch Stipendien abgemilderte Ausleseprozeß, sollte nach Loewenstein auch auf den Kreis der Lehrenden ausgeweitet werden: „In Amerika verlangt man, daß ein College-Professor 1. ein guter Lehrer, 2. ein guter Forscher und 3. ein Gentleman sei.“ Was nun die Anforderungen an die deutschen Universitäten in den kommenden Jahren anbetraf, schien es Loewenstein wichtiger zu sein, „gute Lehrer zu haben als gute Forscher“.⁹⁸

Auch bei den deutschen Tagungsteilnehmern bestand die Tendenz, hinsichtlich der künftigen Entwicklung des deutschen Hochschulwesens auf die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten hinzuweisen. Im Vordergrund stand dabei jedoch weniger die Übernahme konkreter Verwaltungs- oder Organisationsstrukturen. Vielmehr ging es um Fragen des Verhältnisses zwischen Professoren und Studenten, der studentischen Betreuung und politischen Bildung oder der Wiederaufnahme akademischer Beziehungen mit den USA. Mit Blick auf das amerikanische College plädierte beispielsweise der Marburger Theologe Bultmann für die Einführung eines Tutoriensystems: „Ein Weg dorthin wäre gegeben in ohnehin notwendig werdenden Wohnheimen für Studenten, die von jungen Gelehrten betreut werden könnten.“⁹⁹

Die eigentliche Bedeutung der Marburger Hochschulgespräche ist darin zu sehen, daß es sich um die erste Veranstaltung nach Kriegsende in den drei westlichen Besatzungszonen handelte, die sowohl aus internationaler wie innerdeutscher Perspektive die Möglichkeit zu einem akademischen Gedankenaustausch über den Themenkomplex „Universität und Wissenschaft“ bot. Zudem belegt die Rolle der amerikanischen Besatzungsmacht, namentlich Edward Y. Hartshornes, beim Zustandekommen dieser Konferenz das wachsende amerikanische Interesse an universitären Fragen – ein Umstand, der auch von den damaligen deutschen Teilnehmern gewürdigt wurde.¹⁰⁰ Demgegenüber kann der von Loewenstein und Rhein-

⁹⁸ Ebd., S. 103.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ In diesem Zusammenhang äußerte sich der Marburger Theologe Heinrich Frick in seinem Referat über Auslandsbeziehungen einleitend wie folgt: „Die Tatsache, daß wir bereits ein Jahr nach der Okkupation auf dem Boden der Wissenschaft zu einem internationalen Gespräch zusammenkommen konnten, redet eine vernehmlichere Sprache, als es Worte vermögen. Wir danken den Veranstaltern und den Teilnehmern. Dabei denken wir besonders auch an die amerikanische Militärregierung und den von uns allen hochverehrten Universitätsoffizier, Herrn Professor Dr. Hartshorne. Wir sind uns des-

stein beklagte Mangel an konkreten Ergebnissen ein Jahr nach Kriegsende kaum verwundern. Noch waren die staatlichen und universitären Verhältnisse zu offen, um genaue Reformvorstellungen bzw. -maßnahmen festzulegen. Darüber war sich auch Hartshorne im klaren, der sich über den Verlauf der Marburger Gespräche in seinem Schlußwort durchweg zufrieden zeigte: „Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo viele von uns nach Amerika zurückgehen. Doch brauchen wir uns darüber keine Sorge zu machen, denn diese Konferenz hat gezeigt, daß wir hier nicht mehr unbedingt notwendig sind. Auf jeden Fall ist es sehr in meinem Sinne, daß diese Art Konferenzen weiter bestehen soll.“¹⁰¹ Eine Fortsetzung des in Marburg in Gang gekommenen Gedankenaustausches sei, wie Hartshorne hinzufügte, wünschenswert, da sich viele Deutsche über die Notwendigkeit eines Reformprozesses trotz allem noch nicht ausreichend bewußt seien: „Wir haben also noch eine enorme Bekehrungsarbeit vor uns, aber vielleicht sind wir nach zwei Jahren so weit, daß einigen von uns diese Bekehrung in größerem Maße gelungen ist.“¹⁰²

Rückblickend entbehren diese Schlußworte Hartshornes nicht einer gewissen Tragik. Einerseits fanden mit den Folgekonferenzen vom Mai 1947 und Mai 1948 nur noch zwei, inhaltlich weitaus weniger bedeutsame Hochschulgespräche in Marburg statt.¹⁰³ Andererseits sollte es dem zweifelsohne profiliertesten amerikanischen Universitätsoffizier selbst nicht mehr vergönnt sein, lebend in die USA zurückzukehren. Hartshorne fiel am 28. August 1946, also nur wenige Monate nach den ersten Marburger Hochschulgesprächen, einem mysteriösen Anschlag auf der Autobahn Nürnberg-München zum Opfer.¹⁰⁴ Hartshornes Tod unterbrach somit einen gerade erst in Bewegung geratenen Reformprozeß, der die weitere Entwicklung des deutschen Universitätswesens möglicherweise in eine weniger restaurative Richtung gelenkt hätte.¹⁰⁵

sen bewußt, daß das, was Dr. Hartshorne und seine Mitarbeiter für Marburg und für die Schwester-Universitäten in der amerikanischen Zone geleistet haben, sich keineswegs von selbst versteht. Es hätte auch ganz anders laufen können!“ (Ebd., S. 116.)

¹⁰¹ Ebd., S. 167.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Zu den wesentlichen Beschlüssen der Marburger Hochschulgespräche von 1947 und 1948 siehe Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 261f.

¹⁰⁴ Zu den äußerst mysteriösen Umständen von Hartshornes Tod siehe Tent: E. Y. Hartshorne and the Reopening of Heidelberg University, S. 73; ders.: Academic Proconsul, S. v.

¹⁰⁵ Über die Bedeutung von Hartshornes plötzlicher Ermordung schrieb Edgar Salin in seinem Bericht aus dem Jahre 1946/47: „In der amerikanischen Zone hat sich dann noch äußerst folgeschwer der tragische Tod von Dr. E. Y. Hartshorne ausgewirkt. In Hartshorne hatten die Amerikaner den Mann an die Spitze des Universitätswesens von Groß-Hessen und dann Bayern gestellt, der aus seiner Vorkriegskenntnis der deutschen Universitäten heraus in der Lage gewesen ist, die Situation richtig zu beurteilen, und der genug Initiative und Verantwortungswillen besaß, um gegen alle Widerstände, oft auch im eigenen Lager, sich durchzusetzen. Als Hartshorne Ende August 1947 [richtig 1946, S. P.] erschossen war, blieben nur noch Universitätsoffiziere übrig, die, soweit ich sie kenne, alle absolut integer und loyal, aber ohne Kenntnis der deutschen Universitäts-situation den Intrigen von Professorenklüngel nicht gewachsen sind. Infolgedessen ist jetzt die groteske Situation entstanden, daß schwerstbelastete Nazidozenten, wenn sie durch die Spruchkammern ‚entlastet‘ sind, mit Genehmigung der Besatzungsoffiziere wieder in ihr altes Amt einrücken“ (IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Edgar Salin: Der Aufbau der deutschen Universitäten. Bericht über Eindrücke der Jahre 1946 und 1947).

Im Gegensatz zu Hartshorne fiel Loewensteins Einschätzung dieses ersten Marburger Hochschulgesprächs weitaus skeptischer aus. In einem am 19. Juni 1947 für die Militärregierung verfaßten Memorandum verwies er auf die seiner Ansicht nach zentralen Defizite der Tagung.¹⁰⁶ Vor allem die deutschen Teilnehmer hätten, so sein Hauptkritikpunkt, die prekäre Lage der deutschen Universität und Wissenschaft nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in ihrer vollen Tragweite immer noch nicht begriffen:

„What struck this observer most was the absence of realism in both, the prepared papers and the contributions to the discussion. The illusionary character of the meeting was at times pathetic. [...]. Sometimes one felt that the meeting could have been held before 1933, or even during the Nazi regime; so much was it removed from the realities of Germany's actual existence in defeat.“¹⁰⁷

Ferner kritisierte Loewenstein, daß von deutscher Seite in Marburg zwar die große Tradition des philosophischen Idealismus beschworen worden sei, die Notwendigkeit einer Demokratisierung der Bildung jedoch nicht erkannt wurde.¹⁰⁸ Diesbezüglich ist sein Hinweis bemerkenswert, daß ein Vortrag oder Informationspapier über die Verhältnisse an amerikanischen Colleges und Universitäten eventuell einen positiven Einfluß auf die deutsche Haltung in dieser Frage gehabt hätte: „The fact that democracy is as much a way of life as a form of government evidently not yet captivated their [der Deutschen, S. P.] imagination. A lecture or a paper on American college and university life in the light of our social environment would have helped considerably.“ Doch abgesehen von dieser fundamentalen Kritik am inhaltlichen Verlauf der Marburger Hochschulgespräche mußte auch Loewenstein abschließend einräumen, „that this meeting was a German one in which indoctrination on our part would not have been proper“.¹⁰⁹ Dabei handelte es sich um eine Einschätzung, die beinahe symptomatisch die amerikanische (Zurück-)Haltung in hochschulpolitischen Fragen während der Besatzungsjahre widerspiegelt.¹¹⁰ Dennoch traf die Loewensteinsche Kritik durchaus den Kern des Problems. In der Tat zeigt der am Ende der Marburger Hochschulgespräche einstimmig von den deutschen Teilnehmern gefaßte „Beschuß über die Freiheit der Wissenschaft“ das restaurative Selbstverständnis der damaligen wissenschaftlichen Elite. Wie in anderen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen wurde die

¹⁰⁶ IfZ, OMGUS 17/56-2/16, Report on the Meeting of German University Professors (19. 6. 1946).

¹⁰⁷ Ebd., S. 2.

¹⁰⁸ Ebd., S. 3: „While the German tradition of philosophical idealism was constantly and even irritatingly invoked by many speakers there was little evidence of the necessity to base education on democratic values.“

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Im Hinblick auf einen möglichen Erfolg der Marburger Gespräche schrieb Loewenstein ebd., S. 4: „On the whole the meeting may be considered a success by both German and foreign guests. The former may have benefitted by the contributions of foreign speakers who opened them some insight in foreign academic manners and the methods, the latter were justly impressed by the high level of the discussion and the sincerity of intentions it reflected; the ability of the Germans to express simple facts in an involved language, and the grateful reaction of the Germans that at long last international connections had been re-established.“

anvisierte „Demokratisierung“ der Hochschulen vornehmlich als Anknüpfung an vermeintlich demokratische Traditionen der Zeit vor 1933 verstanden. Langfristige strukturelle Ursachen für den Weg in die nationalsozialistische Katastrophe oder gar eine Mitverantwortung der Hochschulen wurden demgegenüber weitgehend negiert:

„Das Wesen der demokratischen Verfassung sehen sie [die deutschen Konferenzteilnehmer, S. P.] dabei in der Sicherung der Freiheit durch das Recht. Deshalb sind sie der Meinung, daß in die zur Zeit vorbereiteten Verfassungen der deutschen Länder als ein Grundrecht aufgenommen werden solle, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei sind [...]. Sie knüpfen dabei an die bis zur Paulskirche zurückgreifende demokratische Tradition Deutschlands an, für die immer das Grundrecht der Freiheit der Wissenschaft ein besonders kostbares Gut gewesen ist.“¹¹¹

Zwar sahen sich die versammelten deutschen Professoren „von der Zuversicht beseelt, daß die deutsche Wissenschaft bereit ist, diese Verantwortung gegenüber ihrem Volk und der Menschheit zu übernehmen“, durch welche Reformen auf universitärer Ebene dies allerdings praktisch geschehen solle, blieb in Marburg offen.¹¹²

6. Die Reformvorstellungen der OMGUS-Hochschulabteilung

Im Gegensatz zu den vagen Marburger Bekenntnissen der deutschen Professorenschaft nahmen die Reformvorstellungen auf amerikanischer Seite auch nach Hartshornes gewaltsamem Tod immer konkretere Formen an. So verdeutlichten zwei, in einem unmittelbaren zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang zueinander stehende amerikanische Denkschriften, wie künftig aus Sicht der ERAB-Hochschulabteilung eine reformierte und moderne deutsche Universität aussehen sollte. Beide Dokumente sind insofern von grundlegender Bedeutung, als hier erstmals in detaillierter Form die gravierendsten Schwachstellen des deutschen Universitätswesens aus amerikanischer Sicht benannt und entsprechende Reformvorschläge definiert wurden.

Das erste der beiden Memoranden stammt vom 11. September 1946 und wurde unter dem Titel *Some Ideas Concerning the Reform of the Universities* unter der Federführung von Fritz Karsen, dem deutschstämmigen Leiter der ERAB-Hochschulabteilung und ehemaligen Oberstudiendirektor an der Berliner Karl-Marx-Schule (1921–1933), ausgearbeitet.¹¹³ Die Grundbedingung für eine innere Erneuerung der deutschen Universitäten sahen Karsen und seine Mitarbeiter zunächst in der Beseitigung der dort vorherrschenden „Elfenbeinturmmentalität“ und der hieraus resultierenden Abschottung der Hochschulen von der Gesellschaft. Obgleich es sich um staatliche und damit öffentliche Institutionen handle, seien die Universitäten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in der Vergangen-

¹¹¹ Marburger Hochschulgespräche (1946), S. 174.

¹¹² Ebd.

¹¹³ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, *Some Ideas Concerning the Reform of the Universities* (11. 9. 1946). Zur Person und zum Werdegang Fritz Karsens vgl. Gerd Radde: Fritz Karsen. Ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit, Berlin 1973.

heit nicht gerecht geworden. Vielmehr hätten sich die Universitäten im Laufe der Zeit zu unkontrollierten „states in the state“ entwickelt, die zwar formal unter Staatsaufsicht stünden, faktisch jedoch ihre inneren Angelegenheiten weitgehend autonom gestalteten.¹¹⁴ Aus amerikanischer Perspektive hatte somit das Prinzip der akademischen Freiheit, eine gerade in den USA lange Zeit bewunderte deutsche Errungenschaft, maßgeblich zur Entfremdung von Universität und Gesellschaft beigetragen und den Aufstieg der Nationalsozialisten mit ermöglicht. „German universities“, wie es diesbezüglich in dem wahrscheinlich im November 1946 verfaßten zweiten ERAB-Memorandum hieß,

„have always been proud of their so called freedom of teaching and research and have considered the so called self-administration of the teaching body as a prerequisite. The self-administration worked out on such a way that the universities became close corporations which restricted access to their ranks like medieval guilds, so that even interference of the state which paid for the institutions was deeply resented. More and more they became states in the state, kept aloof from the needs of the community without any understanding of political realities, and could easily be swayed by high-sounding doctrines like those of the Nazis.“¹¹⁵

Diese Einschätzung bildete die Basis, auf der die Reformvorschläge der beiden Memoranden vom September und November 1946 entwickelt wurden. Dabei zeigen die hier von Karsen und seiner Abteilung erarbeiteten Kriterien für eine moderne und demokratische Universität in zentralen Punkten eine deutliche Anlehnung an das amerikanische Hochschulsystem. Im Zentrum stand die Universitätsverfassung. Beide Denkschriften sahen vor, ein nach amerikanischem Vorbild aus möglichst allen gesellschaftlich relevanten Gruppierungen bestehendes Kuratorium an den Universitäten einzurichten, um dadurch – ähnlich den einflußreichen Boards of Trustees amerikanischer Universitäten – nicht nur eine engere Verknüpfung von Universität und Öffentlichkeit herbeizuführen, sondern auch die Universitätsverwaltung auf eine breitere Basis zu stellen.¹¹⁶ Über die genauen Aufgaben eines solchen Gremiums hieß es im Memorandum vom 11. September

¹¹⁴ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11. 9. 1946), S. 1: „In order to fulfil their function of service to the nation under the conditions of defeated Germany the universities have to give up their aristocratic ivory tower and their separation from public life. The following superstitions are made in this direction: 1. Though universities were state institutions, they were self-perpetuating and so to speak states in the state.“

¹¹⁵ IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum). Entsprechende Anhaltspunkte im Text (so die Erwähnung einer bereits abgehaltenen Sitzung des Länderrats am 4. 11. 1946 und einer Ende November 1946 noch bevorstehenden Rektorenkonferenz) sprechen dafür, daß dieses für die amerikanische Hochschulpolitik im besetzten Deutschland zentrale, allerdings undatierte und in den OMGUS-Aktenbeständen nicht vollständig wiedergegebene Dokument im November 1946 verfaßt wurde. Auch sprechen bestimmte Formulierungen (z. B. states in the state) für einen engen inhaltlichen wie zeitlichen Zusammenhang, vgl. IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11. 9. 1946), und somit für eine Autorenschaft Fritz Karsens.

¹¹⁶ Vgl. diesbezüglich auch IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum): „Administrative and advisory boards should be formed broadly representative of the main social groups, like commerce and industry, Trade Unions, science and art, teaching and student body, and the respective land governments in order to connect closely life with work of the universities and to adjust them to the changing needs of society.“

1946: „It would be the main function of this board to direct the university activities in the public interest. It would, therefore, take influence on all questions of financing, appointments, admission of students, courses, extension work etc.“¹¹⁷

Auch das Rektorenamt sollte nach dem Vorbild amerikanischer Universitätspräsidenten gestärkt werden. Die Entwicklung einer Universität, so der mit dieser Forderung verbundene Grundgedanke, könne nur dann nachhaltig beeinflusst werden, wenn die Universitätsspitze neben mehr Kompetenzen auch eine größere Kontinuität aufweise und nicht, wie traditionsgemäß in Deutschland üblich, lediglich auf ein Jahr beschränkt sei: „The authority of the rector should be increased in order to make him more than a mere figure head. He should be elected for about four years. Re-election should be possible. He, too, should have a decisive influence on all the mentioned activities.“¹¹⁸

Dieser Rektor neuen Zuschnitts sollte durch das Kuratorium auf Empfehlung einer „general assembly of all teachers“ ernannt werden.¹¹⁹ Die Einführung einer solchen, als drittes administratives Organ fungierenden Generalversammlung aller Lehrenden war außerdem mit dem Ziel verbunden, die überkommenen hierarchischen Strukturen innerhalb der Hochschullehrerschaft aufzulösen: „The present teacher organization is aristocratic. It gives preference to the teachers in the highest positions who practically define the policy of the university and make the appointments“.¹²⁰ Mit anderen Worten: durch die Einbeziehung der Nichtordinarien in den universitären Entscheidungsprozeß sollte die bislang vorherrschende exklusive Machtstellung der Lehrstuhlinhaber deutlich eingeschränkt werden.¹²¹ Zudem müsse einer gewählten Studentenvertretung künftig das Recht zugestanden werden „to participate in the government and administration of the university.“¹²² Die hierdurch angestrebte Verteilung der administrativen Gewalt auf drei bzw. vier Säulen sollte nach den Vorstellungen der ERAB-Hochschulabteilung zu einem ausgewogenen „system of checks and balances“ führen.¹²³

Neben der Frage nach einer effizienten und demokratisierten Hochschulverwaltung widmeten sich die beiden Memoranden auch der universitären Binnenstruktur. Die meisten der bestehenden Fakultäten, so die von amerikanischer Seite vertretene These, seien in der Vergangenheit durch das ständige Hinzutreten neuer Fächer und Subdisziplinen unübersichtlich und in ihren Verwaltungs- und Ent-

¹¹⁷ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S.1.

¹¹⁸ Ebd. Zur künftigen Stellung des Rektors heißt es auch in IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum): „The position of the Rektor should be more permanent. He should be elected by the board for at least four years instead of one year in order to develop real leadership.“

¹¹⁹ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S.1.

¹²⁰ Ebd., S.1f.

¹²¹ Zur Beteiligung aller Lehrenden siehe auch IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum): „Main decisions should be taken up by the teachers assembly and their representative committees instead of being rested in the full professors alone.“

¹²² IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S.1.

¹²³ Ebd.

scheidungsprozessen zu schwerfällig geworden. Diese Entwicklung habe nicht nur negative Konsequenzen für den alltäglichen Forschungs- und Lehrbetrieb derartiger Großfakultäten mit sich gebracht, sondern letztlich auch zu einer Abschottung der Disziplinen untereinander geführt. In diesem Kontext wurde nun erstmalig ein Vorschlag in die hochschulpolitische Reformdiskussion der Nachkriegszeit eingeführt, der gut eineinhalb Jahrzehnte später die Debatte um eine universitäre Strukturreform erneut dominieren sollte, nämlich eine Neugliederung der universitären Binnenstruktur in Anlehnung an das amerikanische Departmentssystem. „Even if the division of the university into the old faculties remains“, so die Denkschrift vom 11. September 1946, „new sub-divisions (departments under departmental heads) should be instituted in the interest of efficiency in the larger universities.“¹²⁴ Und in dem nur wenige Wochen später verfaßten November-Memorandum hieß es diesbezüglich in noch deutlicherer Form:

„German universities must also provide for new fields of advanced instruction to meet emerging professional and vocational needs. Mil.[itary] Gov.[ernment] education officials have advised [...] to adopt the more flexible organization of departments in the universities instead of the older and very loosely organized faculties. This might facilitate the addition of new departments whenever the need arise.“¹²⁵

Auch im Hinblick auf den Lehr- und Studienbetrieb an den deutschen Universitäten sahen die amerikanischen Hochschulexperten die Notwendigkeit einer nachhaltigen Reform: „There is no doubt in the minds of all foreign observers and in the minds of the more progressive German educators that the German universities need fundamental revision with respect to curriculum offerings and study procedures.“¹²⁶ Als Gegenmodell wurde das verschultere amerikanische Studiensystem angeführt. Während amerikanische Studenten im Laufe ihres Studiums regelmäßigen Leistungskontrollen unterworfen seien, nehme im Gegensatz dazu die elitäre, unpersönliche und weitgehend auch unkontrollierte Form des Studiums in Deutschland kaum Rücksicht auf die tatsächlichen individuellen Fähigkeiten der Studenten. Zusätzlich verstärkt werde diese Problematik durch die mangelnden pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten der deutschen Professoren, die in amerikanischen Augen zwar größtenteils als ausgezeichnete Wissenschaftler, nicht jedoch als gute akademische Lehrer bzw. Pädagogen galten.¹²⁷ Demzufolge müsse der Lehrbetrieb künftig verstärkt im Rahmen kleiner, also größere Nähe zu den Dozenten garantierender Gruppen erfolgen: „Classes for smaller groups of students instead of lectures should become the main form of instruction.“¹²⁸

Neben einer Verbesserung der Lehrmethoden wurde für besonders stark frequentierte Studiengänge empfohlen, die jeweilige Begabung bzw. Eignung der Studenten bereits vor Beginn des eigentlichen Studiums durch „special faculty

¹²⁴ Ebd., S. 2.

¹²⁵ IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum).

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Vgl. ebd.: „There has moreover always been a serious lack of teaching ability among the university professors. They consider teaching ability as unimportant, and nothing has been done for their training.“

¹²⁸ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11. 9. 1946), S. 4; IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum).

examinations or test periods of one term“ zu ermitteln.¹²⁹ Am Ende eines jeden Kurses sowie nach der Hälfte des Studiums sollten Prüfungen oder schriftliche Tests den Studenten und Professoren die Möglichkeit zur Leistungskontrolle einräumen.¹³⁰ Diese Maßnahmen mußten an jeder Universität durch die Einrichtung eines sogenannten guidance department, also eine Art institutionalisierter Studienberatung, begleitet werden, „to direct the abilities of the students into those fields which are needed by the society“.¹³¹

Was die eigentlichen Lerninhalte anbetraf, wurde entsprechend den amerikanischen *Undergraduate Studies* eine Betonung allgemeinbildender Aspekte empfohlen. So habe gerade die in Deutschland praktizierte fachliche Spezialisierung dazu beigetragen, die Studentenschaft gegenüber politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu entsensibilisieren. Aus diesem Grunde müsse die Besatzungsbehörde gemeinsam mit den für Hochschulfragen zuständigen deutschen Stellen daraufhin arbeiten, „to establish some form of general education so lamentably lacking in the German universities“.¹³²

Zu einem Meinungsaustausch über die in den beiden ERAB-Memoranden angesprochenen Fragen kam es auf der „ersten regulären Rektorenkonferenz der amerikanischen Besatzungszone“, die vom 25. bis 27. November 1946 in Heidelberg stattfand.¹³³ Neben den Rektoren und Vertretern der jeweiligen Kultusbehörden nahmen an der Konferenz auch zahlreiche Mitglieder der amerikanischen Besatzungsmacht wie R. Thomas Alexander und Fritz Karsen teil.¹³⁴ Erwartungsgemäß fiel die Reaktion der Rektoren auf die von Karsen und seiner Abteilung ausgearbeiteten Reformvorschläge zurückhaltend bis offen ablehnend aus, obgleich Karsen in Heidelberg die Gelegenheit wahrgenommen hatte, seine Vorstellungen nochmals persönlich zu erläutern.¹³⁵ Dabei konzentrierte sich Karsen unter Hinweis auf die Verhältnisse in den USA vor allem auf zwei zentrale Aspekte, nämlich auf die Einführung von Universitätskuratorien und die Verlängerung der Amtszeit des Rektors:

„Die Selbstverwaltung der deutschen Universitäten kommt einer Selbstverwaltung des Professorenkörpers oder einer Professoren Gilde gleich, zur Wahrung der eigenen Rechte. Die Selbstverwaltung muß aber den heutigen Verhältnissen entsprechen. In anderen Ländern

¹²⁹ Ebd., S. 3.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Ebd. Vgl. ergänzend auch IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum): „Some uniform principles and practice of admission should be worked out by all the universities in order to avoid unfair decisions. Moreover, a bureau of guidance should be established by incooperation of all the universities in order, to 1. assist students in the right selection of their fields, and 2. to help those who cannot be accepted to find some other satisfaction.“

¹³² Ebd.

¹³³ Das Tagungsprotokoll findet sich abgedruckt bei Manfred Heinemann (Hg.): *Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949*, Göttingen 1997, S. 88–121, hier S. 88 (Zitat). Vgl. auch IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Rektorenkonferenz zu Heidelberg vom 25. bis 27. 11. 1946, Protokoll der 1. Sitzung vom 25. 11. 1946 (nachmittags).

¹³⁴ Zur Teilnehmerliste vgl. Heinemann: *Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949*, S. 88f.

¹³⁵ IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Rektorenkonferenz zu Heidelberg vom 25. bis 27. 11. 1946, Protokoll der 1. Sitzung vom 25. 11. 1946 (nachmittags), S. 3.

wird anders verfahren, besonders in Amerika. In Amerika hat die Universität im Volke zu stehen. Sie wird verwaltet durch Vertreter der Öffentlichkeit, durch Boards of Trustees oder Boards of Higher Education, die durch Wahl und Zuwahl entstanden sind und die Vertreter breiter Kreise umfassen. [...]. Wäre es nicht auch in Deutschland möglich, die Universitäten mit dem gesamten Öffentlichen Leben in Verbindung zu bringen und der Professoren-schaft gegenüber ein Kuratorium aufzustellen, das sich im Namen des Staates aus Vertretern verschiedener Berufsarten, von Handel und Industrie und der Gewerkschaften zusammensetzt? [...]. Zur Amtszeit des Rektors: ein geeigneter Mann sollte öfters wiedergewählt werden können. In den Vereinigten Staaten ist der Präsident oft sein gesamtes Leben hindurch im Amt. Bei der deutschen Methode bleibt im allgemeinen wohl kein bleibender ‚imprint‘ zurück. Im Namen der Öffentlichkeit könnte ein besonders tüchtiger Rektor ruhig länger dies Amt innehaben.“¹³⁶

Derartige Überlegungen stießen bei der versammelten Rektorenschaft auf wenig Akzeptanz. So hatte bereits vor Karsens Ausführungen der Heidelberger Jurist Walter Jellinek gegenüber den amerikanischen Konferenzteilnehmern „die Wichtigkeit des jährlichen Wechsels in den akademischen Ämtern und die Zweckmäßigkeit der Gegenüberstellung von engerem Senat und großer Vollversammlung“ betont.¹³⁷ Und auch der damalige Prorektor der Universität Heidelberg, Karl Heinrich Bauer, plädierte im Anschluß an Karsens Wortmeldung für die Beibehaltung der auf dem Prinzip der Kollegialität basierenden traditionellen Form der akademischen Selbstverwaltung. „Die Kontinuität der Geschäfte“, so Bauer, „wird gewährleistet durch den Senat. Der Rektor kann dem Senat drei Jahre lang angehören (als Wahlsenator, Rektor und Prorektor). Danach wird er wieder ein gewöhnliches Mitglied des Lehrkörpers, was ein gesunder und gut demokratischer Zustand ist. Eine längere Amtszeit würde die Grundlagen der Universität verändern.“¹³⁸ Damit war der von Karsen vorgeschlagenen Stärkung des Rektorats ebenso wie einer Demokratisierung des Lehrkörpers eine klare Absage erteilt worden. Dies galt auch für die anvisierte gesellschaftliche Einbindung der Universitäten durch die Einführung von Kuratorien nach dem Vorbild amerikanischer Boards. Hier befürchteten die Rektoren eine Einmischung außeruniversitärer Kreise. „Die Verwaltung der Universitäten“, wie Jellinek diesbezüglich klarstellte, „soll möglichst unabhängig sein, so wie sie es vor 1933 war.“¹³⁹ Und der gegenüber den amerikanischen Reformvorschlägen durchaus aufgeschlossene Rektor der Universität Erlangen, Eduard Brenner, fügte noch warnend hinzu: „Die Einrichtung eines Kuratoriums würde eine Revolution der Universität bedeuten.“¹⁴⁰

Deutlicher als in Heidelberg konnte der knapp eineinhalb Jahre nach Kriegsende dominierende Rückbesinnungswille der Rektorenschaft kaum formuliert werden. Für die Zukunft wurde die traditionelle deutsche Ordinarienuniversität als die geeignetste und – nach Abschaffung des nationalsozialistischen Führer-Prinzips – auch demokratischste (Selbst-)Verwaltungsform betrachtet. Nichtsdestotrotz warf Karsen die grundsätzliche Frage in die Runde, ob die bestehende Form der „Professorenverwaltung wirklich Demokratie“ sei, oder ob man erst dann von

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Ebd., S. 1.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Ebd., S. 4.

¹⁴⁰ Ebd.

demokratischen Verhältnissen sprechen könne, „wenn die entscheidende Körperschaft [das Kuratorium, S. P.] im Volke wurzelt und wenn ein System von ‚checks und balances‘ existiert wie in Amerika, das hinter Universität, Professoren und Studenten steht?“¹⁴¹ Da sich aber in diesen entscheidenden Punkten keine gemeinsame Linie zwischen der deutschen und amerikanischen Position herstellen ließ, beschloß die Rektorenkonferenz ihrerseits zur weiteren Behandlung dieses Problemkreises die Einsetzung eines siebenköpfigen Verfassungsausschusses, dessen Aufgabe primär darin bestehen sollte, den eventuellen Nutzen der vorgebrachten amerikanischen Anliegen für die deutschen Hochschulen näher zu prüfen.¹⁴²

7. Der „Paty-Cottrell-Report“ von 1947

Während der von der Rektorenkonferenz ins Leben gerufene Verfassungsausschuß zum Jahresende 1946 seine Arbeit aufnahm, besuchten im Frühjahr 1947 die beiden amerikanischen Bildungsexperten Raymond R. Paty und Donald P. Cottrell sämtliche Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone, um dort gemeinsam mit Universitätsrektoren, Professoren, Studenten und ERAB-Mitarbeitern aktuelle hochschulpolitische Probleme zu diskutieren und entsprechende Reformvorschläge auszuarbeiten.¹⁴³ Ihr am 25. April 1947 unter dem Titel *Certain Problems in the Reorganisation of Higher Education in Germany* vorgelegter Abschlußbericht kann im Hinblick auf die hochschulpolitischen Reformvorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht zweifelsohne als eines der bedeutendsten Dokumente angesehen werden.¹⁴⁴ Zu Beginn ihres Berichts verwiesen Paty und Cottrell zunächst auf die „große“ deutsche Universitätstradition, um sogleich auf die folgenschwere Zäsur von 1933 bis 1945 und die hieraus resultierenden Chancen für einen universitären Neubeginn hinzuweisen:

„The German university has a long and distinguished tradition from which has sprung intellectual and scientific leadership of the highest order. That tradition has been broken and the continuity of the institutional structures that have carried it has also been interrupted. In such a situation lies a great opportunity for reconsideration of the adequacy of past instrumentalities and practices to the new social conditions of today.“¹⁴⁵

Demzufolge verdiene die weitere Entwicklung des deutschen Universitätswesens speziell unter dem Aspekt der Elitenbildung besondere Aufmerksamkeit:

„Nevertheless, it is of the highest strategic importance that the present generation of university students be accommodated. In all probability there are within this group a considerable number of those persons who will occupy within a comparatively few years important po-

¹⁴¹ Ebd., S. 6.

¹⁴² Vgl. ebd., S. 7: „Mit der Prüfung der Frage größerer Kuratorien für die Hochschulen wird der Verfassungsausschuß der Rektorenkonferenz unter dem Vorsitz von Prof. Hohmann, Universität München, beauftragt.“

¹⁴³ Vgl. hierzu Tent: *Mission on the Rhine*, S. 263; Müller: *Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945*, S. 64f.

¹⁴⁴ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty/Donald Cottrell: *Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany* (25. 4. 1947).

¹⁴⁵ Ebd., S. 1.

sitions of public service. Certainly, many of the new university teaching and administrative personnel are now within the student group.“¹⁴⁶

Der hier angesprochene Aspekt der Elitenbildung verlieh der Frage nach einer richtungsweisenden Universitätsreform eine zusätzliche politische Dimension. Den deutschen Universitäten wurde im Rahmen des Aufbaus und der Festigung eines demokratischen Staatswesens eine strategische Schlüsselfunktion beigemessen. „Bold spirit“, so die beiden Bildungsexperten weiter, „should guide this effort in order to assure that the contribution of the university will certainly be a force for the establishment of democracy in Germany and for the resumption of the wider influence of the university in the intellectual world.“¹⁴⁷

In einem ersten Abschnitt widmete sich der Paty-Cottrell-Report vor allem Fragen der Universitätsorganisation und -verwaltung. Obgleich die bisherige Form der akademischen Selbstverwaltung, basierend auf einem kleinen und großen Senat sowie dem jährlich wechselnden Rektorat, auf den ersten Blick demokratisch erscheine, „places the real power exclusively in the hands of the older professors who occupy vested positions within the German System.“¹⁴⁸ Dies war eine deutliche Kritik an der traditionellen Form der Ordinarienuniversität, deren streng hierarchische Strukturen einer notwendigen und nachhaltigen Demokratisierung der deutschen Universität entgegenstanden. Ähnlich wie Karsen sprachen sich daher auch Paty und Cottrell für eine stärkere Teilhabe der Nichtordinarien an den universitären Entscheidungsprozessen aus:

„Considerations should be given to the establishment of a faculty council for deliberation and action on general administrative and educational policy which should include, in addition to all full professors, elected representatives of the lower ranks of staff personnel on a rotation basis.“¹⁴⁹

Zudem müsse sichergestellt werden, daß auch gewählte Vertreter der Studentenschaft an Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Universitätsentwicklung beteiligt werden.¹⁵⁰ Die eigentliche Exekutivgewalt sollte nach Ansicht der beiden Amerikaner künftig in den Händen des Rektors und seines Verwaltungsstabs liegen, wobei der Frage nach der Kontinuität des Rektorenamts erneut entscheidendes Gewicht beigemessen wurde:

„In order to capitalize more fully upon the experience of the Rector than is now possible, provision should be made for a continuing term of office of perhaps four years, which could be renewable. [...] The Rector now generally serves for so brief a period as not to be known by the general public as the chief officer of the university.“¹⁵¹

Als dritte Säule der Hochschulverwaltung sah auch der Paty-Cottrell-Report die Einführung eines Kuratoriums vor, das ganz im Sinne Karsens und der ERAB als Bindeglied zwischen Universität und Öffentlichkeit fungieren sollte. Diesbezüg-

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Ebd., S. 2.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Ebd.: „Efforts should be made to secure participation by officially elected student representatives in deliberations with respect to general university policy.“

¹⁵¹ Ebd., S. 2f.

lich müsse, wie explizit betont wurde, ein besonderes Augenmerk auf die Zusammensetzung eines derartigen Gremiums gelegt werden:

„Consideration should be given to the establishment of an Advisory Board composed of outstanding citizens to be appointed by the Minister of Education and Culture of the land for staggered terms of office and free from political party control. These members should be representative of business and industry, labour, the professions and graduates of the University.“¹⁵²

Im Unterschied zu den beiden ERAB-Memoranden vom September und November 1946, in denen der Rektor auf Empfehlung einer nicht näher definierten Generalversammlung aller Lehrenden durch das Kuratorium ernannt werden sollte, wiesen Paty und Cottrell ihrem „Advisory Board“ keinerlei administrative Befugnisse zu.¹⁵³ Dieser sollte allein dazu dienen „to assist the Rector and other university officials in interpreting the interests of the university to the constituted legislative authorities and to the public at large“.¹⁵⁴ Die hier zum Ausdruck kommende Beschränkung auf eine rein beratende Funktion des Kuratoriums darf als ein Zugeständnis an die deutsche Universitätstradition gewertet werden.

In einem zweiten Teil beschäftigt sich der Report mit dem nach Ansicht seiner Verfasser vordringlichsten Problem der deutschen Universitäten, nämlich dem Mangel an ausreichend qualifizierten Dozenten auf allen Rangebenen.¹⁵⁵ Dieser in den ersten Nachkriegsjahren vorherrschende Personalmangel war das Resultat einer Kombination von Ursachen, insbesondere der nationalsozialistischen Vertreibungspolitik, kriegsbedingter Verluste und den nach 1945 einsetzenden Entnazifizierungsmaßnahmen. Um an den soeben erst wiedereröffneten Hochschulen schnellstmöglich einen einigermaßen normalen Lehrbetrieb garantieren zu können, schlugen Paty und Cottrell vier Maßnahmen vor: Zunächst sollten für eine gewisse Übergangszeit amerikanische Professoren und Dozenten das personelle Vakuum an den deutschen Universitäten ausgleichen und fortgeschrittene Studenten als Tutoren jüngere Kommilitonen propädeutisch betreuen.¹⁵⁶ Gemäß amerikanischen Gepflogenheiten wurde zudem die Vergabe von Lehraufträgen an außeruniversitäre Spezialisten empfohlen. Damit sollte ein Personenkreis für die Universität gewonnen werden, der bislang aufgrund der Dominanz und dem Selbstverständnis der deutschen Professorenschaft kaum nennenswert in Erscheinung getreten war: „Persons who are active in government, cultural and professional careers in the immediate community may be invited to lecture regularly and otherwise to assist in the instructional program on a part time basis.“¹⁵⁷ Schließ-

¹⁵² Ebd., S. 3.

¹⁵³ Ebd.: „The Advisory Board would not exercise legislative or executive functions but would bring to the fore the interests of the community and people when deliberations upon major university policy were in process.“

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S. 3f.: „Perhaps the greatest single problem in the operation of the German university today is the lack of an adequate number of qualified teachers.“

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S. 4: „1) Carefully selected persons from abroad should be borrowed for one or more years of service; 2) During the period of abnormally large enrolments certain of the better qualified advanced students may be used for instructional and especially for tutorial work on a part time basis.“

¹⁵⁷ Ebd.

lich zielte die vierte der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung des Personalnotstands auf eine Revision der bisherigen Entnazifizierungspraxis in der amerikanischen Besatzungszone ab. „Such a review“, so Paty und Cottrell, „would lay the basis for reforms of procedure that might materially improve the possibilities of utilizing scientifically trained personnel for university purposes.“¹⁵⁸

In personeller Hinsicht war der vorherrschende Dozentenmangel jedoch nicht das einzige Problem, mit dem sich der Report beschäftigte. Hinzu trat die gleichfalls bereits von Karsen und seinen Mitarbeitern angesprochene Frage nach den didaktischen und pädagogischen Fähigkeiten der deutschen Hochschullehrerschaft, die in der Vergangenheit zugunsten der Forschung vernachlässigt worden seien: „The methods of the past have been based upon the implicit assumption that research specialization is the sole professional preparation needed by a prospective university teacher.“¹⁵⁹ Um künftig der Lehre und damit auch dem Verhältnis von Dozent und Student wieder größeres Gewicht zu verleihen, müsse das professorale Bewußtsein für die Probleme und Nöte ebenso wie für den kulturellen und sozialen Hintergrund der Studenten geschärft werden. Wie ein derart ambitioniertes Ziel konkret zu erreichen sei, blieb jedoch eher vage. Eine im Bericht angedachte Möglichkeit sah die Teilung der Hochschullehrerschaft nach funktionalen Gesichtspunkten vor. Während „a limited number of research specialists [...] will have no teaching responsibilities“, sollte sich die Mehrheit der Universitätsdozenten ausschließlich der Lehre widmen.¹⁶⁰ Ferner müsse jungen Wissenschaftlern ebenso wie Mitgliedern der Universitätsverwaltungen die Möglichkeit eingeräumt werden, an amerikanischen Hochschulen theoretische wie praktische Erfahrungen für ihre weitere Laufbahn zu sammeln.¹⁶¹ Gleiches sah der Bericht für die Studentenschaft vor: Neben rein fachlichen Erfahrungen sollten persönliche Eindrücke und Kontakte im Zuge eines Studienaufenthalts in den USA zur Demokratisierung von Universität und Gesellschaft in Deutschland beitragen.¹⁶²

Was die Frage einer Studienreform anbetraf, plädierten auch Paty und Cottrell für die Einführung regelmäßiger Leistungskontrollen.¹⁶³ Selbst im Hinblick auf die Zulassung zum Studium sollte der Zugang zu den Hochschulen nicht mehr

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Ebd., S. 5.

¹⁶⁰ Ebd., S. 6.

¹⁶¹ Ebd.: „As soon as possible arrangements should be made for a limited number of carefully selected teaching and administrative personal to go abroad for one or more years of special study or practical experience related to their responsibilities in the German universities.“

¹⁶² Ebd., S. 8: „Because of the lack of world contacts and relationships in recent years, immediate provision should be made for opportunities to study abroad.“

¹⁶³ Ebd., S. 10: „More frequent and periodic oral and written examinations should be introduced in order to reveal to the student his educational progress and deficiencies. These will also serve for continuous selection and guidance of students. Such examination would provide a means of eliminating students not fitted for continued candidacy for degrees and diplomas. These examinations should be built with a view to revealing powers and accomplishments beyond these traditionally associated with examination of knowledge in specific fields. They should reveal the students ability to correlate, synthesize and apply knowledge to the practical responsibility of the desirable citizen.“

allein durch das Abitur als rein schulische Prüfung garantiert sein, sondern zusätzlich vom erfolgreichen Bestehen einer universitären Aufnahmenprüfung abhängig gemacht werden: „Tests should be built to ensure that the most promising students shall be given preference in admission. The mere presentation of an abitur should not be sufficient justification for securing one of the places which are at such a premium.“¹⁶⁴ Gleichzeitig sprachen sich Paty und Cottrell für eine weitergehende soziale Öffnung der Hochschulen aus. Der Bericht sah vor, begabten Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien durch die Vergabe von Stipendien den Besuch einer Hochschule zu ermöglichen.¹⁶⁵ Auch in diesem Punkt zeigt sich das intensive Bemühen um eine engere Verzahnung von Universität und Gesellschaft nach amerikanischem Muster. In dieselbe Richtung ging ferner die Forderung, das eigentliche Fachstudium durch allgemeinbildende Lehrveranstaltungen im Sinne eines Studium Generale zu ergänzen.¹⁶⁶ Die primäre Aufgabe solch vornehmlich politik- und sozialwissenschaftlich ausgerichteter Veranstaltungen sollte darin bestehen, unter den Studenten „a social and intellectual interest throughout the period of specialization“ zu fördern.¹⁶⁷

Insgesamt betrachtet ist die Bedeutung des Paty-Cottrell-Reports vor allem auf zwei Ebenen zu sehen. Einerseits markierte der Bericht einen Kurswechsel in der amerikanischen Haltung gegenüber den deutschen Universitäten. Während die meisten bisherigen bildungspolitischen Stellungnahmen und Empfehlungen, wie beispielsweise der sogenannte Zook-Report¹⁶⁸ vom Sommer 1946, in erster Linie auf eine Reform des deutschen Schulwesens abgezielt hatten, trat der universitäre Bereich durch den im Frühjahr 1947 erschienenen Paty-Cottrell-Report nun ebenfalls ins Zentrum amerikanischer Reformplanungen und -initiativen. Gleichwohl muß in diesem Zusammenhang der Einschätzung Winfried Müllers gefolgt werden, der zu Recht darauf hingewiesen hat, daß die bei Paty und Cottrell „enthaltenen Impulse für eine Universitätsreform [...] von der Besatzungsmacht zu keinem Zeitpunkt mit der nachgerade kulturkämpferischen Vehemenz vorgetragen [wurden], wie sie bei der Schulpolitik zu beobachten waren“.¹⁶⁹ Tatsächlich belegt bereits der sprachliche Duktus des Berichts, daß es sich hier lediglich um Reformvorschläge im fakultativen Sinne und nicht um konkret umzusetzende Bestim-

¹⁶⁴ Ebd., S. 7.

¹⁶⁵ Ebd., S. 8.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Zook Report, Department of State, Report of the United States Education Mission to Germany, Department of State Publications 2664, European Series 16, Washington D.C. 1946. Zur Bedeutung und zum Inhalt des „Zook-Reports“ vgl. u.a. Manfred Heine mann: Bildung und Wissenschaft im Rahmen der Kultur- und Sicherheitspolitik der Westalliierten. Erfahrungen der Nachkriegszeit, in: Franz Knipping/Jacques LeRider (Hg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950. Ein Tübinger Symposium, 19. und 20. 9. 1985, Tübingen 1987, S. 35–53, hier S. 43; Jutta B. Lange-Quassowski: Amerikanische Westintegrationspolitik, Re-education und deutsche Schulpolitik, in: Heine mann: Umerziehung und Wiederaufbau, S. 53–67, hier S. 62; Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 64; Füssl: Restauration und Neubeginn, S. 11; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 101–104.

¹⁶⁹ Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 64.

mungen oder gar Anordnungen handelte. Die Gründe für diese Zurückhaltung dürfen in dem Umstand gesehen werden, daß der universitäre Komplex im Gegensatz zum schulischen Bereich das weitaus kompliziertere System darstellte. Hinzu trat ein tiefer Respekt vor den Grundprinzipien der deutschen Universitätsidee, die, trotz aller offenkundigen Fehlentwicklungen seit dem Ersten Weltkrieg und besonders während des Dritten Reichs, unter den akademischen Eliten in den USA immer noch hohes Ansehen genoß.¹⁷⁰ Nichtsdestotrotz verdient der Bericht der beiden amerikanischen Bildungsexperten aus historischer Perspektive vor allem deshalb besondere Beachtung, da in ihm bereits zahlreiche Reformaspekte vorweggenommen wurden, die sich in ähnlicher Form erst eineinhalb Jahre später in dem bis heute wohl prominentesten hochschulpolitischen Reformpapier der Besatzungszeit, dem sogenannten Blauen Gutachten (*Gutachten zur Hochschulreform*) vom Oktober 1948, wiederfinden lassen.¹⁷¹

8. Von der Schönberger Rektorenkonferenz (1947) zum „Blauen Gutachten“ (1948): Die deutsche Auseinandersetzung mit den amerikanischen Reformkonzepten vor Gründung der Bundesrepublik

Als wichtigstes Scharnier zwischen den Ausführungen des Paty-Cottrell-Reports und den Reformvorschlägen des Blauen Gutachtens fungierten die *Richtlinien für die Reform der Hochschulverfassungen in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes* vom 5. Dezember 1947, besser bekannt unter der Bezeichnung „Schwalbacher Richtlinien“.¹⁷² Diesen unmittelbar vorausgegangen war eine gemeinsame Hochschulkonferenz der Rektoren des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes am 18./19. Juli 1947 in Schönberg i. T., an der – trotz vorhergehender Einladung – keine Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht teilgenommen hatten.¹⁷³ Im Rahmen seiner Schönberger Eröffnungsansprache wies der damalige Vorsitzende der Rektorenkonferenz, der Frankfurter Jurist und spätere erste Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Walter Hallstein, darauf hin, daß „die Fragen der künftigen Hochschulverfassung“ im Zentrum der Beratungen stünden.¹⁷⁴ Daß es sich hierbei um ein primär amerikanisches Anliegen handelte, verdeutlichte Hallsteins Frage an die anwesenden Hochschulrektoren,

¹⁷⁰ Vgl. IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty/Donald Cottrell: Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany (25.4.1947), S. 1.

¹⁷¹ Zu diesem inhaltlichen Zusammenhang zwischen den beiden Dokumenten vgl. Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 65.

¹⁷² Karl Geiler/Walter Hallstein/Gustav Radebruch (Hg.): Richtlinien für die Hochschulverfassung in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes. Vorschläge eines Sachverständigenausschusses, Heidelberg 1947. Im folgenden beziehe ich mich auf den Abdruck der Schwalbacher Richtlinien in Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 262–288.

¹⁷³ Vgl. den Abdruck des Konferenzprotokolls in Heinemann: Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949, S. 139–173.

¹⁷⁴ Ebd., S. 140.

„ob von der Behandlung der Hochschulverfassung wegen der Abwesenheit der Herren der US-Militärregierung abgesehen werden solle, da sich diese für diesen Punkt besonders interessierten und bestimmte Vorstellungen für die Ausgestaltung hätten“.¹⁷⁵ Nachdem beschlossen wurde, das Thema Hochschulverfassung trotz der Absenz von Vertretern der amerikanischen Besatzungsmacht zu behandeln, widmeten sich die Schönberger Konferenzteilnehmer den *Schlußsätzen der Diskussion des Erweiterten Verfassungsausschusses der Rektorenkonferenz der amerikanischen Zone*, die dieser am 21./22. April 1947, also beinahe zeitgleich mit dem Erscheinen des Paty-Cottrell-Reports, nach seinem Zusammentreten in Heidelberg verfaßt hatte.¹⁷⁶ Inhaltlich nahmen die Schlußsätze zu zentralen amerikanischen Reformforderungen Stellung, denn Paty und Cottrell hatten ihren Abschlußbericht vor dem Verfassungsausschuß persönlich vorgestellt und bei dieser Gelegenheit nochmals eingehend die Verfassungsstruktur amerikanischer Universitäten erläutert.¹⁷⁷ „Der Erweiterte Verfassungsausschuß“, wie es mit Bezug auf die Ausführungen der beiden amerikanischen Bildungsexperten in den Schlußsätzen hieß, „hat aus der Kenntnisnahme amerikanischer Universitätsverfassungen und aus der von amerikanischer Seite gegebenen Kritik der inneren deutschen Universitätsverhältnisse wertvolle Anregungen gewonnen.“¹⁷⁸ Auch seien hinsichtlich der von Karsen bereits im November 1946 in Heidelberg aufgeworfenen Kuratoriumsfrage alle „Anregungen geprüft [worden], die in der Wirksamkeit des Board of Trustees des amerikanischen Universitätswesens liegen“.¹⁷⁹ Wie zu erwarten, sprach sich der Verfassungsausschuß in diesem Punkt allerdings gegen jegliche „schematische Übertragung auf deutsche Verhältnisse“ aus. Vielmehr sollten „durch die Vertiefung bestehender deutscher Beziehungen zur Öffentlichkeit, etwa in den Gesellschaften der Freunde, durch den ‚Öffentlichen Dienst‘, vielleicht auch durch eine Art beratendes Verwaltungs-Gremium wertvolle Gedanken der amerikanischen Organisation nutzbar gemacht werden“.¹⁸⁰

Wie reagierte die amerikanische Seite auf diese eher ablehnende Haltung des Verfassungsausschusses? Interessanterweise waren auch unter den amerikanischen Beobachtern der Heidelberger Sitzung erste Zweifel laut geworden, ob es grundsätzlich angebracht und zielführend sei, gegenüber den deutschen Rektoren die vermeintliche Vorbildfunktion der amerikanischen Universitätsorganisation überzubetonen. Begründet wurde eine subtilere Vorgehensweise in der Verfassungsfrage mit dem Argument, daß die Tätigkeit amerikanischer Boards und Universitätspräsidenten in der Praxis schlichtweg nicht generell vorbildlich verlaufe, ja im Vergleich mit ihr die traditionelle Form der akademischen Selbstverwaltung

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Die Schlußsätze der Diskussion des Erweiterten Verfassungsausschusses der Rektorenkonferenz der amerikanischen Zone in Heidelberg am 21./22. 4. 1947 finden sich abgedruckt bei Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 30f.

¹⁷⁷ Vgl. IfZ, OMGUS 11/38–1/5, Conference of University Rectors in Heidelberg (21./22. 4. 1947), S. 1.

¹⁷⁸ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 30.

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ Ebd.

in Deutschland letztlich weitaus demokratischer sei.¹⁸¹ In einem persönlichen Schreiben an Karsen machte Neil J. van Steenberg, der Leiter der bayerischen Higher Education Section, auf eben diesen Punkt aufmerksam:

„In drawing the attention of the German rectors' conference to the administrative machinery of American universities it must be stated that most of us, and I for one, were aware that this is a perfect solution. The number of cases where a Board of Regents was more liberal in its attitude than the faculty of its university would probably be small. It would also not be difficult to find a number of university presidents who were more interested in their own social and political preferment than in scholarship and research.“¹⁸²

Gleichwohl hob auch van Steenberg den bereits von Karsen formulierten Gedanken hervor, daß „the American system does provide a system of checks and balances that the German system lacks and that in all fairness should be objectively examined by the university constitution makers“.¹⁸³ Grundsätzlich hatte nach Ansicht van Steenbergs der Heidelberger Konferenzverlauf erneut deutlich gemacht, daß deutscherseits an einer kritischen Einschätzung der momentanen Lage kaum Interesse bestünde, da sowohl die Idee eines Kuratoriums als auch die Stärkung des Rektorenamtes abgelehnt worden seien: „In fact there was a grim determination on the part of the conferees to change nothing, add nothing and if there were the slightest flaw in the old method of administration they were not aware of it.“¹⁸⁴ Dieser Befund veranlaßte van Steenberg zu dem Vorschlag, künftig eine härtere Gangart gegenüber den zuständigen deutschen Stellen einzuschlagen. Noch vor dem nächsten Zusammentreffen des Verfassungsausschusses müsse seitens der US-Militärbehörde auf höchster Ebene darüber entschieden werden, ob eine Reform der Hochschulverfassungen nicht auch gegen den deutschen Willen durchgesetzt werden sollte.¹⁸⁵ Ein konsequentes Eingreifen sei nicht zuletzt im Hinblick auf die elitenbildende und damit gesellschaftliche Funktion der deutschen Universitäten dringend erforderlich: „The Germans have in the past and will probably continue in the future to look to the University graduates for leadership. Up to now these graduates have not been prepared to assume such leadership outside their own narrow scientific field.“¹⁸⁶

¹⁸¹ Vgl. IfZ, OMGUS 11/38-1/5, Conference of University Rectors in Heidelberg (21./22.4.1947), S.3: „This conference was not on the same high level as the previous in November 1946. There was disagreement among the Americans as to the wisdom of introducing a president and a board of trustees, aims toward which Dr. Karsen was driving. Some university officers felt that the institution of the Rector elected for one year was more democratic than the American university president.“

¹⁸² IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Personal Letter to Dr. Karsen, 2.5.1947, S.2.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Ebd. Bestätigt wird diese Ansicht van Steenbergs auch durch das entsprechende Fazit in IfZ, OMGUS 11/38-1/5, Conference of University Rectors in Heidelberg (21./22.4.1947): „It was very obvious that the conference was not at all convinced that American devices of organization could, or even should, be transferred to German institutions. It also appeared that the conference was, with very few exceptions, conservative in their endeavor to maintain the present status and was hesitant to make any changes which would admit groups others than full professors to the administration of the universities.“

¹⁸⁵ IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Personal Letter to Dr. Karsen, 2.5.1947, S.3.

¹⁸⁶ Ebd.

In seinem Antwortschreiben vom 14. Mai 1947 hielt der Leiter der ERAB-Hochschulabteilung – obgleich er die Analyse seines für Bayern zuständigen Kollegen grundsätzlich teilte – jedoch weiter an der bisherigen amerikanischen Linie fest, die auf eine weitgehende Selbstreform der deutschen Universitäten ohne Zwangsmaßnahmen von außen setzte.¹⁸⁷ Wie Karsen betonte, seien erfolgreiche Reformen ohne deutsche Unterstützung nicht umsetzbar. Aus diesem Grunde müsse auch weiterhin versucht werden, die Rektoren durch stichhaltige Argumente von der Notwendigkeit der vorgeschlagenen Reformen zu überzeugen: „As to the attitude of the German Rectors, I am a little more hopeful than you seem to be. I believe that, if we have the strength to get together very often, we may finally succeed in winning them over.“¹⁸⁸

Daß die westdeutschen Rektoren allerdings weit davon entfernt waren, sich, wie von Karsen erhofft, der amerikanischen Position anzunähern, sollte sich nur wenige Monate später im Rahmen der schon erwähnten Schönberger Rektorenkonferenz vom Juli 1947 zeigen.¹⁸⁹ Auf die Empfehlungen des Erweiterten Verfassungsausschusses bezugnehmend, erklärte beispielsweise der damalige Rektor der TH Darmstadt Richard Vieweg, daß er die Einführung eines Kuratoriums nach amerikanischen Vorbild grundsätzlich ablehne, zumal auch nicht „alle Amerikaner eine solche Einrichtung befürworten“ würden.¹⁹⁰ Daraufhin verwies auch der Konferenzvorsitzende Hallstein „auf die amerikanischen Verhältnisse und die Erfahrung, daß Kuratorien [in den USA, S. P.] Vollstrecker des Willens politischer Kreise geworden seien“.¹⁹¹ Vor dem Hintergrund der politisch-ideologischen Penetration der deutschen Hochschulen durch die Nationalsozialisten sprachen sich die Rektoren daher gegen die Einführung von Kuratorien nach amerikanischem Modell aus.¹⁹²

Ähnliches galt für die von amerikanischer Seite zur Diskussion gestellte Verlängerung des Rektorats. Die negativen Erfahrungen mit den nationalsozialistischen „Führer-Rektoren“ bestärkte die Konferenzteilnehmer auch in dieser Frage in ihrer ablehnenden Haltung. Vielmehr sah man gerade in einer Rückkehr zum

¹⁸⁷ IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Personal Letter to Dr. van Steenberg, 14. 5. 1947.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Vgl. Heinemann: Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949, S. 139–172.

¹⁹⁰ Ebd., S. 143.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Zum Verhältnis Hochschule und Öffentlichkeit wurde in Schönberg statt dessen folgender Beschluß gefaßt: „Die Hochschulen wollen keine Isolierung. Sie verkennen aber nicht die Schwierigkeiten, welche die Öffentlichkeit hat, die Wege zum Verständnis der Aufgaben der Hochschulen und zur Teilnahme an ihrem Leben zu finden. Die Konferenz empfiehlt daher, die an deutschen Hochschulen vorhandenen Einrichtungen zur Verbindung zwischen Öffentlichkeit und Hochschule auszubauen und vor allem dort, wo die Hochschulen mit ihrer Arbeit über ihren eigenen Rahmen hinauszielen, Vertreter der Öffentlichkeit verantwortlich zu beteiligen. Für ihre eigene Verwaltung muß die Hochschule freilich die Verantwortung selbst tragen. Sie verspricht sich daher keinen Fortschritt von einer Abhängigkeit von neuen Organen. Wesentlich ist der aufrichtige Wille, sowohl die Hochschule in ihren Ausstrahlungen auf die Öffentlichkeit wirksam zur Entfaltung zu bringen, als auch umgekehrt die Einstrahlung der Öffentlichkeit in die Hochschule in weitem Umfang, von kritischer Stellungnahme bis zu Verständnis und Hilfe, nutzbar zu machen“ (ebd., S. 167).

Prinzip des jährlich wechselnden Rektors eine Wiederbelebung altbewährter demokratischer Gepflogenheiten. Daß dieser Punkt in Schönberg überhaupt zur Sprache kam, darf in erster Linie als Zugeständnis an die hohen amerikanischen Erwartungen gewertet werden. Diese Annahme belegt auch der folgende Auszug aus dem Konferenzprotokoll: „Der Vorsitzende [Hallstein] berichtet, daß die Frage der Amtsdauer auch [ebenso wie die Frage der Kuratorien, S. P.] von amerikanischer Seite gestellt worden ist, und fragt, ob Neigung in Richtung des amerikanischen Systems auf Perpetuierung vorhanden ist.“¹⁹³ Hierauf angesprochen vertrat beispielsweise der Rektor der Universität München, Willibalt Apelt, die Ansicht, daß die einjährige Amtsdauer allein schon deshalb einen „inneren Sinn habe, da ausgezeichnete Kräfte nicht für lange zur Verfügung stünden“.¹⁹⁴ Tatsächlich schien es einem Wissenschaftler kaum zumutbar, sich länger als ein Jahr der Universitätsverwaltung zu widmen, ohne dadurch nachhaltig aus dem Forschungs- und Lehrbetrieb herausgerissen zu werden. Dennoch kam es bei der anschließenden Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt zu einer leichten Annäherung an die amerikanische Position. Mit 17:2 Stimmen sprach sich zwar eine deutliche Mehrheit der anwesenden Rektoren für die Beibehaltung des einjährigen Rektorats aus, aber mit der Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl. Somit konnte die Amtszeit, falls gewünscht, zumindest auf zwei Jahre verlängert werden.¹⁹⁵ Dagegen kam der ursprüngliche amerikanische Vorschlag, die Dauer des Rektorats auf vier oder mehr Jahre auszudehnen, für die Mehrheit der Konferenzteilnehmer der Beschneidung nach 1945 vermeintlich wiedererlangter Rechte gleich. Die traditionelle Rolle des Rektors als jährlich wechselnder *primus inter pares*, so die Ansicht der WRK, wäre durch eine solch „amerikanische“ Lösung aufgehoben worden.

Wenig angetan zeigten sich die Rektoren auch von einer möglichen Ausweitung der Nichtordinarienrechte sowie einer stärkeren Beteiligung der Studenten an der akademischen Selbstverwaltung. Anstatt den Amerikanern in diesem Punkt zu folgen, schlug der Frankfurter Politikwissenschaftler und damalige Vertreter des Sekretariats der Hochschulkonferenz in der US-Zone, Ernst Wilhelm Meyer, vor, daß zunächst ermittelt werden solle, „wie bei den großen Universitäten in Amerika die Verhältnisse lägen“, da dort seines Wissens nach „jüngere Dozenten [...] sehr rechtlos [seien]“.¹⁹⁶ Vielmehr müßten, wie vom Rektor der TH Hohenheim Max Rüdiger empfohlen wurde, „die Amerikaner auf die deutschen Gesichtspunkte aufmerksam gemacht werden“.¹⁹⁷ Dem von Karsen, Paty und Cottrell vorgeschlagenen Konzept einer gleichberechtigten Beteiligung der Nichtordinarien an der akademischen Selbstverwaltung erteilte die Schönberger Rektorenkonferenz eine deutliche Absage. „Eine schematische Heranziehung aller Lehrkräfte zu allen Aufgaben der Selbstverantwortung“, so der hierzu einstimmig gefaßte Beschluß,

¹⁹³ Ebd., S. 147.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Der entsprechende Beschluß lautete: „In der Frage der Amtszeit des Rektors war es die Auffassung der Konferenz, daß an der bewährten Tradition festgehalten werden soll, die eine einjährige Amtszeit mit der Möglichkeit einmaliger Wiederwahl des amtierenden Rektors vorsieht“ (ebd., S. 167).

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Ebd., S. 148.

„würde [...] unvereinbar sein sowohl mit der Verschiedenheit der Pflichtstellung der einzelnen Gruppen von Hochschullehrern wie mit der Unterschiedlichkeit der sachlichen Aufgaben der Selbstverwaltung. Das Ziel einer sachgemäßen Verbreiterung der Verantwortung“ müsse statt dessen darin bestehen, „jeden Universitätsangehörigen mit allen Rechten auszustatten, die dem Umfang seiner Verantwortung angemessen sind“.¹⁹⁸

Die Debatte über die Stärkung der Rechte der Studentenschaft verlief noch weitaus kontroverser. Während eine eher liberale Fraktion innerhalb der Rektoren, darunter auch Hallstein, die Möglichkeit eines Hinzuziehens der Studentenvertretung in für diese relevanten Verwaltungsfragen durchaus befürwortete, wurde eine generelle Beteiligung von Studentenvertretern im Rahmen universitärer Entscheidungsprozesse von den übrigen Konferenzteilnehmern grundsätzlich abgelehnt. Das von beiden Fraktionen erkannte Hauptproblem bestand in der Frage, „wo die Grenzen zwischen gemeinsamen Angelegenheiten von Professoren und Studenten lägen“.¹⁹⁹ Dem offenkundigen Mißtrauen mancher Rektoren gegenüber einer Ausweitung der studentischen Mitwirkungsrechte versuchte der Vorsitzende mit dem Hinweis entgegenzutreten, daß die Universität Frankfurt „in Anlehnung an den Dean of students [amerikanischer Universitäten, S. P.] einen Studentenberater habe, einen Dozenten, der die Studentenschaft laufend berate, volles Vertrauen der Studenten habe, an den AStA-Versammlungen teilnehme und Mittelsmann zwischen AStA und Rektor sei“.²⁰⁰ Offensichtlich konnte dieses von Hallstein vorgeschlagene Modell doch noch einige seiner Kollegen überzeugen. So empfahl die Konferenz, künftig „bei Sitzungen des (kleineren oder engeren) Senats, in denen studentische Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, zu diesen Punkten mindestens zwei Studenten, in der Regel den Vorsitzenden der AStA oder einen Stellvertreter und ein weiteres Mitglied, zuzuziehen.“²⁰¹ Mit welchen konkreten Mitspracherechten die Studentenvertreter allerdings ausgestattet sein sollten, blieb in Schönberg offen. Um weiterführende Konzepte für eine Reform der Hochschulverfassungen zu erarbeiten, sprachen sich die Rektoren abschließend für die Bildung eines aus Vertretern der Hochschulverwaltungen und der Rektorenkonferenz zusammengesetzten Sachverständigenausschusses aus, der knapp drei Monate später, am 10. Oktober 1947, durch den Kulturpolitischen Ausschuß des Länderrates eingesetzt wurde.²⁰²

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Ebd., S. 150.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Ebd., S. 167.

²⁰² Der Sachverständigenausschuß wurde gemäß den Anregungen der Schönberger Tagung (18./19. 7. 1947) durch den Kulturpolitischen Ausschuß des Länderrates auf dessen Sitzung in Bremen, an der auch Fritz Karsen teilnahm, am 10. 10. 1947 eingesetzt. Dem Ausschuß gehörten neben Vertretern der zuständigen Kultusministerien (Bayern, Hessen und Baden-Württemberg) die Rektoren der Universitäten Würzburg, Frankfurt am Main und Heidelberg an. Vgl. hierzu das Tagungsprotokoll in IfZ, OMGUS 5/307-2/7, Länderrat: Sonderausschuß für Kulturpolitik, Sitzung am 10. 10. 1947 in Bremen, S. 4: „Der Verfassungsausschuß arbeitet als Teil der Arbeitsgemeinschaft für Hochschulwesen; er erhält den Auftrag, Richtlinien zur Hochschulverfassung zu entwerfen, die bis zum 1. Dezember vorliegen sollten. Die Richtlinien, in denen auch abweichende Mei-

Die durch den in Schönberg initiierten Sachverständigenausschuß ausgearbeiteten Reformvorschläge mündeten schließlich in die schon erwähnten Schwalbacher Richtlinien²⁰³, dem nach Winfried Müller „für die Hochschulreform in der US-Zone zentralen Dokument“.²⁰⁴ Die entscheidenden Beratungen des Sachverständigenausschusses, dem neben jeweils einem Vertreter des baden-württembergischen, des bayerischen und des hessischen Kultusministeriums auch die Rektoren der Universitäten Frankfurt, Heidelberg und Würzburg angehörten, fanden in zwei Etappen zwischen dem 13. und 18. November sowie vom 30. November bis zum 5. Dezember 1947 in Bad Schwalbach statt.²⁰⁵

Bereits in der einleitenden Vorbemerkung zu den Schwalbacher Richtlinien wird deutlich, daß die Ausschußmitglieder sichtlich darum bemüht waren, einen Ausgleich zwischen bewahrenswert erscheinenden Traditionen und notwendigen Reformern herzustellen:

„Leitend ist also das Bestreben, dem übereinstimmenden Bewußtsein davon Ausdruck und Geltung zu verleihen, welche grundsätzlichen Folgerungen aus den gemeinsamen Erfahrungen der fernerer und näheren Vergangenheit zu ziehen sind und wie die berechtigten Forderungen der Öffentlichkeit und der die Hochschularbeit selber tragenden fortschrittlichen Kräfte erfüllt werden können, sei es durch Belebung und Stärkung in der Hochschultradition selber vorhandener Elemente, sei es durch energische Neuerungen.“²⁰⁶

Der in Bad Schwalbach angestrebte Versuch, traditionelle Grundelemente des deutschen Universitätswesens mit neuen Reformansätzen zu verknüpfen, zeigt sich besonders deutlich in der strittigen Frage der Hochschulleitung. Zwar wurde die von den Rektoren 1946 in Heidelberg auf maximal zwei Jahre festgelegte Amtszeit des Rektors nicht in Frage gestellt, die Problematik mangelnder Kontinuität in der Hochschulverwaltung jedoch durchaus erkannt.²⁰⁷ Speziell von amerikanischer Seite war immer wieder Kritik an der zu kurzen Amtszeit der deutschen Hochschulrektoren geübt worden.²⁰⁸ Um künftig deren Effizienz zu steigern, ohne deswegen auf die traditionelle Form des wechselnden Rektorats

nungen erwähnt werden sollen, sind über die Arbeitsgemeinschaft für Hochschulfragen dem Sonderausschuß für Kulturpolitik vorzulegen. Die Unterrichtsverwaltungen werden auf Grund dieser Richtlinien Rahmenverfassungen entwerfen, die von den Hochschulen bei der Ausarbeitung ihrer Verfassungen berücksichtigt werden müssen. Prof. Karsen hält es für fruchtbar, wenn den Universitäten Gelegenheit gegeben würde, die von ihnen vorgeschlagenen ggf. verschiedenartigen Verfassungen praktisch auszuprobieren.“

²⁰³ Im folgenden vgl. den Abdruck bei Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 262–288.

²⁰⁴ Müller: Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945, S. 65.

²⁰⁵ Zur Zusammensetzung des Ausschusses vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 263.

²⁰⁶ Ebd.

²⁰⁷ Vgl. ebd., S. 266: „Es wird an der völlig einheitlichen Tradition, daß der Rektor aus den ordentlichen Professoren vom Konzil gewählt wird, festgehalten. Über die Amtszeit liegt ein Beschluß der Hochschultage vor. Danach wird mit Ausnahme einiger technischer Hochschulen der Rektor auf ein Jahr gewählt. Einmalige Wiederwahl des amtierenden Rektors soll zulässig sein.“

²⁰⁸ Vgl. beispielsweise IfZ, OMGUS 5/308-1/11, Comments (o. Datum): „The position of the Rector should be more permanent. He should be elected by the board for at least four years instead of one year in order to develop real leadership.“

verzichten zu müssen, sprach sich der Sachverständigenausschuß dafür aus, dem Rektor alten Zuschnitts einen beamteten Verwaltungsfachmann zur Seite zu stellen. „Der Rektor bedarf zur Unterstützung in seiner Amtsführung“, wie es hierzu in den Richtlinien hieß, „eines ihm unterstehenden Beamten, der die zur Erfüllung von selbständigen Aufgaben des höheren Verwaltungsdienstes erforderliche Eignung haben muß.“²⁰⁹ Mit diesem Vorschlag war die amerikanische Kritik zwar aufgegriffen, doch gleichzeitig ein eigenständiger „deutscher“ Weg gefunden worden.

Was jedoch die gleichfalls heftig umstrittene Kuratoriumsfrage anbetraf, zeigte man sich auch in Bad Schwalbach äußerst zurückhaltend.²¹⁰ Unter Hinweis auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem deutschen und amerikanischen Universitätssystem vertrat der Sachverständigenausschuß diesbezüglich den Standpunkt, daß „von den Aufgaben, die der Selbstverwaltung zufallen, [...] sich keine, die von irgendeiner Bedeutung ist, zur Übertragung auf ein solches Organ“ eignen würde. Außerdem sei bekannt, „daß auch in den Vereinigten Staaten das Eingreifen des board of trustees in innere Angelegenheiten der Hochschulen ein äußerst umstrittenes Thema [sei]“.²¹¹ Zwar erschien den Ausschußmitgliedern eine Übertragung bisher der staatlichen Hochschulverwaltung obliegender Aufgaben an ein Kuratorium theoretisch vorstellbar, daß dies aber eine unakzeptable Schwächung der staatlichen Einflußmöglichkeiten bedeutet hätte, stand für die Vertreter der von einer solchen Lösung primär betroffenen drei Kultusministerien außer Frage:

„Jedenfalls würde dies vom Standpunkt der Staatsverwaltung aus den Verzicht auf so wesentliche und in der bisherigen Entwicklung so bewährte Zuständigkeiten bedeuten, daß von dieser Seite eine Zustimmung zur der Lösung nicht erwartet werden kann, von den besonderen Einwänden der Finanzverwaltung ganz zu schweigen.“²¹²

Zudem würde ein weitgehend kompetenzloses und lediglich auf beratende Funktionen beschränktes Kuratorium die ursprünglich mit der Schaffung eines solchen Gremiums verbundene Intention derart verwässern, daß von dessen Einführung kein Gewinn zu erwarten wäre.²¹³ Diese äußerst geschickte, in erster Linie an die Adresse der amerikanischen Besatzungsmacht gerichtete Argumentation des Schwalbacher Sachverständigenausschusses scheint erneut den Eindruck zu bestätigen, daß weder die staatlichen Verwaltungsorgane noch die Universitäten an der Einführung von Hochschulkuratorien – insbesondere nach amerikanischem Vorbild – interessiert waren. Folgerichtig sollte auch der in der Vergangenheit vernachlässigte Kontakt zur Öffentlichkeit nicht durch ein zwischengeschaltetes Ku-

²⁰⁹ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S.267.

²¹⁰ Vgl. ebd., S.286: „Verbindungsorgane zur Öffentlichkeit: Eine weitere Frage ist, ob die Funktion der Hochschule im Gefüge der politischen Gesamtordnung des Volkes durch Schaffung neuartiger Verbindungsorgane zwischen Hochschule und Öffentlichkeit (board of trustees, Kuratorium) gefördert werden kann.“

²¹¹ Ebd.

²¹² Ebd., S.287.

²¹³ Vgl. ebd.: „Eine nur beratende Funktion eines Kuratoriums andererseits würde seine Bedeutung so erheblich vermindern, daß ein wesentlicher Gewinn von seiner Schaffung nicht zu erwarten wäre, zumal sich dann kaum Persönlichkeiten von irgendwelchem Gewicht zur Mitarbeit bereit finden würden.“

ratorium, sondern durch die Hochschulen selbst wahrgenommen werden. Wie der Sachverständigenausschuß hierzu betonte, müsse eine zentrale Aufgabe der Universitäten künftig darin bestehen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung durch eine intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischen und sozialen Fragen gerecht zu werden.²¹⁴ Im Kern entsprach dieser Ansatz der sowohl in den beiden ERAB-Memoranden vom September und November 1946 als auch im Paty-Cottrell-Report vom April 1947 vertretenen Forderung nach einem massiven Auf- und Ausbau der Politik- und Sozialwissenschaften an den deutschen Universitäten.²¹⁵ Allerdings zeigte sich der Sachverständigenausschuß auch in dieser Frage darum bemüht, weniger den amerikanischen Denkanstoß als vielmehr die Anknüpfung an bestehende deutsche Traditionen zu betonen:

„Zunächst ist zweifellos, daß sie [die Hochschule, S. P.] zur wissenschaftlichen und forschungsmäßigen Erkenntnis politischen Geschehens und seiner Gesetzmäßigkeiten wesentlich mehr beitragen kann, als sie das bisher getan hat, wenn auch nicht verschwiegen werden darf, daß die deutsche Wissenschaft hervorragende Vertreter der Wissenschaft der Politik, wie Max Weber, Ferdinand Tönnies, Karl Mannheim, Franz Oppenheimer u. a. m. hervorgebracht hat, um nur wenige Namen aus der neueren Zeit zu nennen. Da der Nationalsozialismus die Ansätze, die in dieser Richtung vorhanden waren, zerstört hat, muß die Aufgabe durch Anwendung aller Energie und großer Mittel neu in Angriff genommen werden. Die Schaffung der erforderlichen materiellen Voraussetzungen und die Gewinnung der geeigneten Männer muß ein vordringliches Anliegen der Hochschuldidaktik der nächsten Jahre sein. Damit kann ein wesentlicher Beitrag zur politischen Bildung nicht nur des akademischen Nachwuchses, sondern auch des Volkes überhaupt geleistet werden.“²¹⁶

Hinsichtlich der hochschulpolitischen Relevanz des im April 1947 vorgelegten Paty-Cottrell-Reports sowie der Schwalbacher Richtlinien vom Dezember des gleichen Jahres hat Winfried Müller darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zum Blauen Gutachten die „Genese beider Dokumente, ihr inhaltlicher Zusammenhang und nicht zuletzt ihre Wirkungsgeschichte bislang noch nicht untersucht wurde“.²¹⁷ Die hier vorgenommene Analyse konnte zeigen, daß beide Dokumente eben nicht nur inhaltlich in einem direkten Zusammenhang standen, sondern auch in zentralen Fragen der Hochschulverfassung Reformkonzepte vorwegnahmen, die im November 1948 in modifizierter Form durch das Blaue Gutachten wieder aufgegriffen wurden. Damit soll die Bedeutung des Blauen Gutachtens als *das* zentrale hochschulpolitische Dokument der Besatzungszeit nicht geschmälert werden. Allerdings bleibt festzuhalten, daß das *Gutachten zur Hochschulreform* – so der offizielle Titel des wegen der Farbe seines Einbandes blauen Gutachtens –

²¹⁴ Vgl. ebd., S. 284: „Sicher muß bei dem Versuch, aus dem Zusammenbruch unseres Volkes zur Wiederaufrichtung eines lebenskräftigen, von den gesunden Kräften unseres Volkes getragenen Gemeinwesens zu kommen, auch den Hochschulen der ihnen gemäßige Platz zugewiesen werden. [...] Zunächst ist zweifellos, daß sie zur wissenschaftlichen und forschungsmäßigen Erkenntnis politischen Geschehens und seiner Gesetzmäßigkeiten wesentlich mehr beitragen kann, als sie bisher getan hat.“

²¹⁵ Vgl. hierzu IFZ, OMGUS 5/299-3/29, *Some Ideas Concerning the Reform of the Universities* (11.9.1946), S. 3, sowie IFZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty/Donald Cottrell: *Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany* (25.4.1947), S. 8f.

²¹⁶ Neuhaus: *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, S. 285.

²¹⁷ Müller: *Die Universitäten München, Würzburg und Erlangen nach 1945*, S. 65.

das Ergebnis eines komplexen Diskurses zwischen deutschen und anglo-amerikanischen Stellen darstellt, dessen Verlauf sich über die Schwalbacher Richtlinien bis hin zum Paty-Cottrell-Report, den beiden ERAB-Memoranden (September/November 1946) und schließlich den ersten *Marburger Hochschulgesprächen* (Juni 1946) zurückverfolgen läßt.²¹⁸ Die gerade in der Verfassungsfrage äußerst enge Anlehnung des Blauen Gutachtens an die in Bad Schwalbach formulierten Richtlinien des Sachverständigenausschusses wurde in ersterem auch explizit angesprochen: „Die Kommission sah ihre Aufgabe darin, einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Entwurf einer Hochschulverfassung vorzulegen. In wesentlichen Punkten stimmt sie den Schwalbacher Richtlinien zu.“²¹⁹

Über die durchaus ambivalente Bedeutung beider Dokumente für die weitere Entwicklung des Hochschulreformdiskurses in der Bundesrepublik urteilte rückblickend Helmut Schelsky:

„Die in der amerikanischen und englischen Besatzungszone schon früh inaugurierten Reformkommissionen unabhängiger Einzelpersonlichkeiten legten zwar 1947/48 Gutachten zu einer allgemeineren Universitätsreform vor – die ‚Schwalbacher Richtlinien‘ und das Hamburger ‚Blaue Gutachten‘ –, eröffneten damit aber nur jene endlose professorale Diskussion über die institutionelle Universitätsverfassung, die uns das Reformbemühen des folgenden Jahrzehnts unter die vergeblichen Universitätsreformen aus dem Geist der Selbstverwaltung einreihen ließ.“²²⁰

Insgesamt betrachtet kann für die OMGUS-Phase, also von der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Umwandlung der bisherigen alliierten Militärregierung in eine zivile Hohe Kommission (HICOG) am 12. Mai 1949, weder von einem nachhaltigen Erfolg noch von einem klaren Scheitern der amerikanischen Hochschulpolitik gesprochen werden.²²¹ Mit Blick auf die eigentliche amerikanische Zielsetzung, die eine Demokratisierung des deutschen Universitätswesens im Zuge einer Verfassungs- und Verwaltungsreform herbeiführen wollte, ist zu konstatieren, daß es zu einer praktischen Umsetzung der von amerikanischen Spezialisten formulierten Reformvorstellungen nicht kam. Bei den Hochschulverwaltungen der Länder als auch innerhalb der Rektorenkonferenz behielten restaurative Tendenzen die Oberhand. In der Regel wurden die von amerikanischer Seite angeregten Verfassungs-, Verwaltungs- und Strukturreformen als mit der deutschen Universitätstradition unvereinbar abgelehnt. Statt dessen sollte der universitäre Neuanfang durch ein bewußtes Anknüpfen an die vermeintlich „große“, von 1933 bis 1945 als

²¹⁸ Zu den englischen Einflüssen auf das Blaue Gutachten vgl. David Phillips: Britische Initiativen zur Hochschulreform in Deutschland. Zur Vorgeschichte und Entstehung des „Gutachtens zur Hochschulreform“ von 1948, in: Heinemann: Umerziehung und Wiederaufbau, S. 172–189; ders.: Pragmatismus und Idealismus. Gutachten zur Hochschulreform. Das „Blaue Gutachten“ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland, Köln u. a. 1995.

²¹⁹ Studienausschuß für Hochschulreform (Hg.): Gutachten zur Hochschulreform, Hamburg 1948, S. 51.

²²⁰ Helmut Schelsky: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reform, 2., um einen Nachtrag 1970 erweiterte Auflage, Düsseldorf 1970, S. 135.

²²¹ Zur OMGUS- und anschließenden HICOG-Phase vgl. den einleitenden Überblick bei Weisz: OMGUS-Handbuch, S. 3–89.

lediglich unterbrochen betrachtete, deutsche Universitätstradition vollzogen werden. Nach der weitgehenden Aufhebung der akademischen Selbstverwaltung durch die Nationalsozialisten bestand nach 1945 gerade auf Seiten der Hochschulen ein fundamentales Interesse daran, verlorengegangene Rechte wiederherzustellen und wenn möglich weiter auszubauen. „Mit einer politischen Personalauslese und einer gesinnungshaften Reeducationpolitik, die die nationalsozialistischen Elemente aus den Universitäten entfernen sollte,“ so charakterisierte Schelsky die damalige Haltung der Universitäten, „verband sich im allgemeinen die Restauration der alten liberalen Universitätsverfassungen der 20er Jahre, allerdings meist mit einer wesentlich stärkeren korporativen Autonomie und Selbstverwaltung der Universitäten, als diese sie vor 1933 besessen hatten.“²²²

Dieser Wille zur Rückbesinnung war kennzeichnend für die damalige Haltung und das Selbstverständnis eines Großteils der deutschen Professorenschaft, unabhängig von ihrer jeweiligen politisch-ideologischen Einstellung. Selbst der damals in Heidelberg lehrende Philosoph Karl Jaspers, einer der wohl herausragendsten deutschen Gelehrten der unmittelbaren Nachkriegszeit, sprach sich in seinem 1946 erschienenen Buch *Die Idee der deutschen Universität* explizit für eine Wiederbelebung der traditionellen deutschen Universitätsidee aus.²²³ An der Jasperschen Argumentation besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß in dessen Augen gerade der Verrat an der deutschen Universitätsidee während des Dritten Reichs als beinahe zwangsläufige Konsequenz deren Wiederherstellung nach 1945 erforderlich machte:

„Unsere deutschen Universitäten haben sich von jeher manche politische Entgleisung wie wohl alle Universitäten zu schulden kommen lassen. Soweit aber sie oder ihre Glieder in den letzten 12 Jahren sich in ihrer geistigen Arbeit und in Handlungen zu Anpassung und Umbiegungen haben zwingen lassen oder gar aus unbegreiflicher Überzeugung an den Kräften des Regimes fördernd teilgenommen haben, sind sie bedingungslos zu verurteilen, vor allem auch wegen des dadurch begangenen Verrats an der Universitätsidee. Die hohe Überlieferung der deutschen Universitäten seit dem 18. Jahrhundert ist sowohl der Maßstab dieser Verurteilung wie die Quelle des Vertrauens, daß wir aus unserem Ursprung uns wiederherstellen können, um mitzuwirken an dem Offenbarwerden der Wahrheit in der Welt. Unser deutsches Bewußtsein an der Universität ist die Anerkennung des Anspruchs, der an uns aus unserer besten Überlieferung ergeht, die weltoffen die abendländische und Menschheitsüberlieferung in sich aufgenommen hatte.“²²⁴

Für hochschulpolitische Experimente nach amerikanischem Muster war in einem solchen Gedankengebäude weder Raum noch wurde deren Notwendigkeit gesehen.²²⁵ Die Funktion der Amerikaner sah Jaspers lediglich als eine Art „Spiegel-

²²² Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, S. 134.

²²³ Karl Jaspers: *Die Idee der Universität*, Berlin/Heidelberg 1946.

²²⁴ Ebd., S. 116.

²²⁵ In diesem Zusammenhang äußerte sich beispielsweise der Leiter der bayerischen Hochschulabteilung Neil van Steenberg gegenüber Fritz Karsen zu Jaspers Vortrag auf der Heidelberger Rektorenkonferenz am 23./24. 4. 1947 wie folgt: „In fact there was a grim determination on the part of the conferees to change nothing and if there were the slightest flaw in the old method of administration they were not aware. The bell weather of the reaction was Prof. Jaspers and his speech was defiance at Military Government to interfere in any way whatsoever with the ancient methods, even by suggestion. I deemed his speech impertinent (besides being long and dull).“ (IfZ, OMGUS 5/308-1/1, Perso-

halter“, die als Außenstehende auf Defizite innerhalb des deutschen Universitäts-systems aufmerksam machen sollten. Die Art und Umsetzung von Reformen betrachtete Jaspers ausschließlich als eine rein deutsche Angelegenheit.²²⁶

Wenigstens in diesem Punkt bestand eine gewisse Übereinstimmung mit der amerikanischen Haltung in der Hochschulfrage. Der von den Amerikanern hochgehaltene Gedanke einer Selbstreform der deutschen Hochschulen nahm zwar Rücksicht auf die besondere Entwicklung des deutschen Universitätswesens und förderte zudem auf deutscher Seite auch das Vertrauen in demokratische Prinzipien, gleichzeitig beschnitt sich die US-Besatzungsmacht damit aber der Möglichkeit, ihre als eigentlich notwendig erachteten Reformvorstellungen auch gegen massive deutsche Widerstände durchzusetzen. Hinzu kam eine unter amerikanischen Bildungsexperten immer noch tiefsitzende Hochachtung vor den politisch wie ideologisch unbelasteten Grundprinzipien der klassischen deutschen Universitätsidee des 19. Jahrhunderts, der – und dies war Leuten wie Hartshorne, Karsen, Paty und Cottrell durchaus bewußt – die amerikanische Hochschulentwicklung viel zu verdanken hatte.²²⁷ Diese Gemengelage hemmte durchgreifende Reformen von außen wie von innen. Ein in diesem Zusammenhang höchst aufschlußreiches Dokument stellt die schriftliche Fassung einer Rede Fritz Karsens vom 4. August 1948 dar.²²⁸ Vergleicht man den Inhalt dieser Rede mit den gleichfalls von Karsen in der Denkschrift vom 11. September 1946 dargelegten Reformvorstellungen, wird deutlich, wie wenig aus amerikanischer Perspektive in diesen knapp zwei Jahren auf Hochschulebene erreicht wurde. Auf die Frage, mit welchen Mitteln das Ziel einer Demokratisierung der Hochschulen bislang verfolgt worden sei, verteidigte Karsen gegenüber seinen Mitarbeitern nochmals die zurückhaltende Vorgehensweise der amerikanischen Besatzungsmacht:

„By which means have we tried to achieve our objective? Not by issuing direct orders which would have changed the statutes of the Universities. We could have done so because such orders would have over-ruled all State laws. If we had, results would certainly have been very undesirable. Clandestine opposition would have been destructive of our aims.“²²⁹

In der Vergangenheit sei statt dessen durch gemeinsam mit deutschen Stellen abgehaltene Hochschulkonferenzen sowie durch strikte Entnazifizierungsmaßnahmen dazu beigetragen worden, die Voraussetzungen für künftige Reformen zu schaffen und auf deutscher Seite zumindest das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Veränderungen zu fördern.²³⁰ Nichtsdestotrotz zeigte sich Karsen mit dem

nal Letter to Dr. Karsen, 2.5.1947, S.2.) Eine kurze englischsprachige Zusammenfassung des von Jaspers in Heidelberg gehaltenen Referates findet sich in IfZ, OMGUS 11/38-1/5, Conference of University Rectors in Heidelberg, 21./22. 4.1947 (18.4.1947).

²²⁶ Siehe hierzu die folgende Tagebuchaufzeichnung Edward Y. Hartshornes vom 11.9.1945: „[I had a] good visit with Jaspers in the evening, in which [Wilburt C.] Davison presented his critique of German university education. Jaspers said we should merely ‚hold the mirror up‘ and let the Germans draw their own conclusion“ (zitiert nach Tent: Academic Proconsul, S.119f.).

²²⁷ Vgl. oben Kapitel I.

²²⁸ IfZ, OMGUS 5/291-3/12, Address by Dr. Fritz Karsen, Chief of Higher Education in the U.S. Military Government of Germany, 4.8.1948.

²²⁹ Ebd., S.1.

²³⁰ Vgl. ebd., S.1f.

Gesamtergebnis der bisherigen Bemühungen, insbesondere was die Schaffung vergleichbarer Rahmenbedingungen an den Universitäten anbetraf, nur bedingt zufrieden.²³¹ Aber nicht nur hinsichtlich der angewandten Methoden, sondern auch wegen der praktischen Umsetzung zentraler amerikanischer Reformforderungen, fiel Karsens Resümee eher ernüchternd aus. Im Zusammenhang mit der seit 1946 intensiv diskutierten Frage nach einer Reform der Universitätsverfassungen mußte er unverblümt einräumen:

„No constitution has so far been approved. Plenty of work has been done in commissions. A draft produced by the Laenderrat Committee [die Schwalbacher Richtlinien, S. P.] suggests increasing the rights of all the members of the staff and of the students in the governing bodies of the Universities. The main problem for Military Government always was the unsatisfactory relation between the University and the public. An institution similar to the Boards of Trustees existing in America has been suggested by us. But in this respect the university Professors were adamant. Their interpretation of autonomy does not admit interference by outside forces in the affairs of the University.“²³²

Die Hauptursache für das Scheitern der bisherigen Reformbemühungen sah Karsen neben den immer noch schwierigen Lebensbedingungen in Deutschland, die vor allem die Studentenschaft betraf, und den materiellen Gegebenheiten an den Universitäten (z. B. lückenhafte Bücherbestände, mangelnde Labor- und Instituts-einrichtungen etc.)²³³ in erster Linie in der höchst restriktiven Haltung, ja „ideology“ der deutschen Professorenschaft: „They still cling to the old tradition of the German Universities are often inclined to forget the decline of scientific standing in the last twenty years, particularly under Hitler. They are mostly not willing and not able to tackle the task which they have in this period of educating the students for democracy.“²³⁴ Am Ende seiner Ausführungen gab Karsen zumindest der Hoffnung Ausdruck, daß eine nachhaltige Demokratisierung der deutschen Universitäten – wenn schon nicht durch eine grundlegende Verfassungsreform – dann möglicherweise durch eine Wiederbelebung des akademischen Austauschs mit den Vereinigten Staaten erreicht werden könne:

„It is our hope, that ever greater numbers [of students, S. P.] can be sent abroad into democratic countries, particularly to the U.S., and that more and more students and professors from democratic countries will give the democratic leadership which, unfortunately, is almost completely lacking in the German Universities.“²³⁵

Auch in einem Brief an den neuen Leiter der ERAB-Abteilung Alonzo G. Grace, den Karsen am 25. August 1948 während seiner Überfahrt in die USA verfaßt hatte, verwies der ehemalige Berliner Oberstudiendirektor auf die höchst unbe-

²³¹ Vgl. ebd., S. 2: „Unfortunately this attempt at equalisation of university conditions in Germany did not work out well. Agreements were reached on some points, but never on one of the mentioned questions as a whole.“

²³² Ebd.

²³³ Vgl. ebd., S. 3: „Which are the main problems? The economic misery of the students, lack of food, clothing, living space and books, lack of professors; lack of space and equipment in the destroyed cities; the currency reform which may ban some of the more desirable, but poor students from Universities.“

²³⁴ Ebd., S. 3.

²³⁵ Ebd., S. 4.

friedigende Situation in der Verfassungsfrage.²³⁶ Keine der bislang vorgelegten Universitätsverfassungen, so Karsens Kritik, sei bislang durch die amerikanische Hochschulabteilung genehmigt worden, da diese nicht den demokratischen Vorstellungen der Besatzungsmacht entsprochen hätten. Trotz zahlreicher gemeinsamer Hochschulkonferenzen habe auf deutscher Seite lediglich der Sachverständigenausschuß des Länderrats im Rahmen der Schwalbacher Richtlinien zentrale amerikanische Reformforderungen aufgenommen, die dann allerdings kaum in die Praxis umgesetzt worden seien.²³⁷

Der mangelnde amerikanische Durchsetzungswillen auf Hochschulebene wurde bereits von Zeitgenossen heftig kritisiert. Beispielsweise vermerkte Edgar Salin in seinem wahrscheinlich um die Jahreswende 1947/48 nach dem Besuch mehrerer deutscher Universitäten entstandenen Erfahrungsbericht:

„Wenn man den Besatzungsmächten der Westzonen einen Vorwurf machen kann, dann sicher nicht den, daß sie zuviel in das Universitätsleben eingegriffen haben, sondern eher, daß sie es zu wenig taten. Und ganz gewiß war es ein schwerer Fehler, daß sie (entgegen dem ursprünglichen Plan der USA) die Universitäten viel zu schnell und in zu großer Zahl neu eröffneten. Die unerläßliche Säuberung der Universitäten hätte, wenn gründlich durchgeführt, ein bis zwei Jahre beansprucht. [...]. Das Ergebnis ist, daß von einem Neuaufbau der deutschen Universitäten bisher, soweit ich sehe, nirgends, – jedenfalls nicht in den Westzonen – gesprochen werden kann. Was geschehen ist und weiter geschieht, beschränkt sich darauf, den alten Gehäusen mit allen Mitteln künstlich ihr altes Leben wieder einzuhauchen.“²³⁸

Im Zuge des sich seit 1948 zuspitzenden Ost-West-Konflikts (Berlin-Blockade) sowie der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dem damit einhergehenden Wechsel von der OMGUS- zur HICOG-Verwaltung im Mai 1949 verschwand das Thema Verfassungsreform zusehends von der amerikanischen Agenda. In Bad Nauheim, wo im Oktober 1949 eine Konferenz der Division of Education and Cultural Affairs abgehalten wurde, war dieses zentrale amerikanische Anliegen bereits völlig in den Hintergrund getreten.²³⁹ Die sich abzeichnende poli-

²³⁶ Vgl. IfZ, OMGUS 5/291-3/12, Schreiben Fritz Karsens an Alonzo G. Grace vom 25. 8. 1948.

²³⁷ Vgl. ebd., S. 5f.: „According to the M.G.R. [Military Government Regulations, S. P.] all the Univ. Constitutions have to be approved by OMGUS. So far none has been approved. That is true also of all other Institutions of Higher Learning. The Constitutions which were submitted to my office, did not show enough adjustment to our democratic ideas. Innumerable discussions in Rectors' Conferences, in University meetings, with individual professors, with official and unofficial groups of students, with government officials made it clear that we would like to include provisions increasing the rights of all the members of the staffs & of the students & particularly defining the relation of the Univ. to the public, f.i. in the form of a Board of Trustees. The best work was done by a Commission of the Länderrat [...]. The draft proposals & my critical evaluation are in the files. Some adjustments with respect to the rights of the staff & the students were suggested therein but no new rights were assigned to the public. With high sounding phrases the Commission declined to break off the closed corporation as which the University has so long existed in Germany.“

²³⁸ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Edgar Salin: Der Aufbau der deutschen Universitäten. Bericht über Eindrücke der Jahre 1946 und 1947 (o. Datum), S. 5.

²³⁹ Vgl. IfZ, OMGUS 5/291-3/12, „Our Stake in Germany“, by Alonzo G. Grace (20. 10. 1949).

tisch-strategische Partnerschaft der jungen Bundesrepublik mit der westlichen Welt und deren Führungsmacht hatte zwangsläufig auch auf universitärer Ebene dazu geführt, daß von amerikanischer Seite die meisten Reformbestrebungen der Jahre 1946/47 aufgegeben wurden. Hinzu kam, daß spätestens mit dem im Mai 1949 in Kraft getretenen Besatzungsstatut die direkten amerikanischen Einflußmöglichkeiten auf die deutschen Hochschulverwaltungen und Universitäten weitgehend eingeschränkt wurden.²⁴⁰ Zwar hatte die ERAB-Abteilung schon in den Jahren zuvor auf Zwangsmaßnahmen in der Verfassungsfrage verzichtet, gleichwohl war im Rahmen hochschulpolitisch relevanter Konferenzen und Tagungen immer wieder der Versuch unternommen worden, bestimmte Aspekte der Hochschulverwaltung und -struktur in Anlehnung an das amerikanische Hochschulsystem umzugestalten. In Bad Nauheim betonte nun Alonzo G. Grace die nach Gründung der Bundesrepublik auf dem Prinzip der Nichteinmischung basierende hochschulpolitische Position der Hohen Kommission. „A German university“, so Grace, „is a series of professional schools. It is not and never should be modelled on the pattern of the American University.“²⁴¹ Obgleich der Hochschulbereich – wie z. B. die turbulente Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der Freien Universität Berlin zeigt – auch weiterhin im Zentrum amerikanischen Interesses blieb, hatten sich doch die Schwerpunkte des amerikanischen Engagements verlagert. Anstelle einer Verfassungs- und Strukturreform galt seit 1948/49 das amerikanische Hauptaugenmerk dem flächendeckenden Auf- und Ausbau der Political Science und American Studies an deutschen Universitäten sowie der Förderung des akademischen Austauschs zwischen beiden Ländern.²⁴²

Eine Gesamtbeurteilung der amerikanischen Hochschulpolitik während der OMGUS-Periode läßt demzufolge kein eindimensionales Urteil zu. Die Feststellung war und bleibt richtig, daß die unmittelbaren Auswirkungen auf die universitäre Entwicklung der späten vierziger und anschließenden fünfziger Jahre als gering einzuschätzen sind. Daß es sich bei den Jahren 1945 bis 1949 in der Tat um keine Reform-, sondern primär um eine Restaurationsperiode handelte, mußte freilich auch von amerikanischer Seite eingeräumt werden. In einer 1953 unter dem Titel *The West German Educational System* erschienenen HICOG-Publikation, die eine Art Zwischenbericht hinsichtlich der bis dato auf dem gesamten westdeutschen Bildungssektor durchgeführten Maßnahmen darstellte, beurteilte

²⁴⁰ Vgl. hierzu Rupieper: Der besetzte Verbündete; Benz: Die Gründung der Bundesrepublik, S. 121f.; Fait: Kontrollierte Demokratisierung, S. 100–111; Hermann-Josef Rupieper: Die USA und die Gründung der Bundesrepublik, in: ebd., S. 143–159; Frank Schumacher: Vom Besetzten zum Verbündeten. Deutsch-amerikanische Beziehungen 1949–1955, in: ebd., S. 150–159.

²⁴¹ IfZ, OMGUS 5/291-3/12, „Our Stake in Germany“, by Alonzo G. Grace (20. 10. 1949), S. 8.

²⁴² Vgl. hierzu beispielsweise ebd., S. 11: „One of the most important instruments for the education of people is the opportunity to live and study the cultures of people in other countries. It goes without saying that this is especially true in Germany in view of the long period during which such contact was impossible. I realize full well that there is a considerable expenditure involved in sending Germans to the United States, but portion of our funds would be more effectively expended if we were permitted to send Germans to other European countries.“ Zu diesem Themenkomplex vgl. Kapitel IV.2. und IV.3.

deren Verfasser Henry P. Pilgert die OMGUS-Periode aus hochschulpolitischer Perspektive wie folgt: „However, it would be unfair to imply that the years from 1945 to 1949 were completely barren of desirable changes. [...]. But on the whole, the Military Government period closed with university reform a matter for future accomplishment.“²⁴³

²⁴³ Pilgert: *The West German Educational System*, S. 79.

III. Zwischen Restauration und Neubeginn: Stationen des westdeutschen Hochschul- reformdiskurses in den 1950er Jahren

Wie schon dargelegt, hatte die unmittelbar nach 1945 auf deutscher Seite einsetzende Rückbesinnung auf die Universitätstradition der Zwischenkriegszeit dazu geführt, daß trotz des Vorhandenseins relativ präziser amerikanischer Reformvorstellungen bis zur Gründung der Bundesrepublik eine grundlegende Reform des Universitätswesens ausgeblieben war. Dennoch bestimmten auch in der Folgezeit einzelne Reformanregungen anglo-amerikanischer Provenienz den hochschulpolitischen Reformdiskurs in der jungen Bundesrepublik. Um welche Reformaspekte es sich hierbei konkret handelte und wie sich die dazugehörige Auseinandersetzung in der Dekade zwischen 1950 und 1960 entwickelte, soll im folgenden an Hand wichtiger hochschulpolitischer Tagungen und Maßnahmen nachgezeichnet werden.¹

1. „College“-System und „General Education“: Westdeutsche Annäherungen an Grundprinzipien des angelsächsischen Hochschulwesens

Unter Beteiligung zahlreicher Universitätsrektoren, Pädagogen und Leiter von Studentenwohnheimen war vom 2. bis 3. Oktober 1950 in Tübingen der „Kongreß für studentische Gemeinschaftserziehung und Studium Generale“ veranstaltet worden. Gemäß der aus dieser Tagung hervorgegangenen Denkschrift sah der Kongreß seine Hauptaufgabe darin, die gegen Ende der 1940er Jahre eingeschlafenen Bemühungen um eine „Universitätsreform neu zu beleben, indem nicht allgemeine Organisationspläne theoretisch diskutiert, sondern bestimmte schon bestehende konkrete Ansätze praktisch gefördert werden sollten“.² Als Diskussionsgrundlage dienten die Empfehlungen des Blauen Gutachtens, was sich auch auf personeller Ebene widerspiegelte. So handelte es sich beim Verfasser der 1950 erschienenen *Denkschrift über die Arbeiten und Ziele des Kongresses für studentische Gemeinschaftserziehung und Studium Generale* um den Göttinger Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker, der als Mitglied des Hamburger Studienausschusses für Hochschulreform selbst maßgeblich an der inhaltlichen Ausarbeitung des Blauen Gutachtens beteiligt gewesen war.³

¹ Zu dieser Wiederaufbauphase allgemein vgl. Thomas Stamm: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*, Köln 1981.

² Denkschrift über die Arbeiten und Ziele des Kongresses für studentische Gemeinschaftserziehung und Studium Generale 1950, in: Neuhaus: *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, S. 369–373, hier S. 369 (Zitat).

³ Vgl. Studienausschuß für Hochschulreform: *Gutachten zur Hochschulreform*, S. IV.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tübinger Konferenz vor allem deshalb, weil sie das Anfang der 1950er Jahre vorherrschende Dilemma hinsichtlich des *Für* und *Wider* einer nachhaltigen Hochschulreform deutlich vor Augen führt. Gleich zu Beginn der Denkschrift wandte sich Weizsäcker – das Blaue Gutachten zitierend – „gegen die zu weit gehende Zufriedenheit mit der Hochschule, welche die Notwendigkeit einer tiefgehenden Reform leugnet, und gegen die zu weit gehende Unzufriedenheit, welche die Hochschule nicht organisch reformieren, sondern umstürzen oder gar ausschalten will“.⁴ Das Ziel der Tübinger Konferenz sollte also darin bestehen, einen für alle Beteiligten gangbaren Weg zwischen diesen beiden Extrempositionen aufzuzeigen. Insgesamt standen drei Reformschwerpunkte auf der Tagesordnung, die sich im Kern auf anglo-amerikanische Anregungen der Besatzungszeit zurückführen lassen: Erstens die soziale Öffnung der Universitäten, zweitens die Förderung der studentischen Gemeinschaftserziehung und drittens die Einführung eines Studium Generale.⁵

Mit Blick auf die notwendige Öffnung der Universitäten gegenüber sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten waren sich die Tübinger Konferenzteilnehmer darüber einig, daß die Lösung dieses konkreten Problems in erster Linie im Verantwortungsbereich des Staates liege. Allein dieser könne durch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel eine „Vergrößerung der Lehr-Körper, der Institute, Unterrichtsräume und des Stipendienwesens“ gewährleisten.⁶ Demgegenüber sei es Aufgabe der Universitäten, durch die Initiierung gemeinschaftsfördernder Maßnahmen sowie durch Einführung eines Studium Generale ihrerseits einen wichtigen Reformbeitrag zu leisten. Dieser Ansatz war insofern ein Novum, als pädagogische Aspekte traditionell nicht als Aufgabe der Hochschulen betrachtet wurden. Der Tübinger Forderung nach einer deutlichen Verbesserung der studentischen Gemeinschaftserziehung lag jedoch die Erkenntnis zugrunde, daß die in Deutschland bis dato übliche Form des studentischen Lebens entweder auf eine problematische Vereinzelung oder aber auf eine nicht minder gefährliche Vereinahmung durch die zum damaligen Zeitpunkt noch verbotenen Korporationen hinauslaufe.⁷ Es sei daher dringend notwendig, wie mit Blick auf angelsächsische Vorbilder betont wurde, an den Hochschulen eine neue Form des sozialen Miteinanders zu etablieren:

„Das College-System, das in den angelsächsischen Ländern besteht, würde dieser Notlage abhelfen. Es ist im Augenblick finanziell nicht möglich, Wohnheime für alle Studenten der

⁴ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 369f. Die hier zitierte Passage findet sich ursprünglich im vom Studiausschuß für Hochschulreform erstellten Gutachten zur Hochschulreform, S. 3.

⁵ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 370.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. hierzu ebd.: „Wir sehen es als eine Hauptgefahr des gegenwärtigen Zustandes der Universität an, daß sie den Studenten keine Gelegenheit gibt, miteinander zu leben. Sie wohnen in kleinen Zimmern in der Stadt und treffen sich nur in den Hörsälen. Gemeinsame Unternehmungen der Studenten sind völlig ihrer eigenen Initiative überlassen. Die Folge ist, daß viele Studenten auf die veralteten Formen studentischer Korporationen zurückgreifen. Es ist unberechtigt, das Wiederaufkommen der alten Korporationen zu beklagen, wenn man gleichzeitig den Studenten keine anderen Formen der Gemeinschaft bietet.“

deutschen Universitäten zu schaffen. Dies wäre auch gar nicht erwünscht; denn man kann ja nicht ausländische Formen unverändert auf einem Boden kopieren, auf dem sie nicht gewachsen sind, sondern die analogen deutschen Formen brauchen eine Zeit des Wachstums und der Erprobung. Deshalb sollen zunächst einzelne Häuser errichtet werden, in denen diese Erprobung geschehen kann.“⁸

Auch hinsichtlich der in Tübingen diskutierten Einführung eines Studium Generale läßt sich eine unmittelbare Anlehnung an bereits 1946/47 von anglo-amerikanischer Seite formulierte Reformvorstellungen erkennen.⁹ Beispielsweise hatte Fritz Karsen in seinem Memorandum vom 11. September 1946 gefordert, daß „courses in general education should be partly required, partly suggested.“¹⁰ Die mit dem Konzept der „General Education“ verbundene Zielsetzung, ein Gegengewicht zum deutschen Spezialistentum und damit auch ein größeres Bewußtsein für allgesellschaftliche Probleme innerhalb der angehenden deutschen Akademikerschaft herzustellen, wurde in Tübingen nicht nur inhaltlich, sondern auch wörtlich aufgegriffen. „Das Wort Studium Generale (general education)“, wie es hierzu in der Denkschrift hieß, „bezeichnet eine Ergänzung des Lehrplans, welche die Einengung des Studiums auf die Ausbildung bloßer Spezialisten beheben soll.“¹¹ Allerdings sollte sich das Studium Generale nach den Vorstellungen der Tübinger Konferenzteilnehmer nicht allein im Rahmen von „Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten“ vollziehen. Vor allem müsse auch außerhalb der Hörsäle ein Ort geschaffen werden, der allgemeinbildende und gemeinschaftsfördernde Funktionen miteinander verbinde: „Hierfür sind Häuser von College-Charakter besonders geeignet. Auch in den Unterrichtsgegenständen des Studium Generale kann dort alles, was zum sozialen Zusammenleben der Menschen gehört, besonders beachtet werden.“¹²

Die Tübinger Denkschrift bezog sich hier ganz konkret auf zwei, wenige Jahre zuvor ins Leben gerufene westdeutsche Institutionen, die sich dezidiert am angelsächsischen College-Gedanken orientierten.¹³ Bereits 1948 war gleichfalls in Tübingen das „Leibniz-Kolleg“ gegründet worden, in dem während eines voruniversitären Jahres, also noch vor Beginn des eigentlichen Studiums, rund 95 Jugendliche „von Professoren der Universität und von den Assistenten in einem Überblick mit dem Gesamtgebiet der Wissenschaften bekannt gemacht“ wurden.¹⁴

⁸ Ebd., S. 370f.

⁹ Zu diesem Themenkomplex vgl. Manfred Heinemann: Vom „Studium Generale“ zur Hochschulreform. Die „Oberaudorfer Gespräche“ als Forum gewerkschaftlicher Hochschulpolitik 1950–1968, Berlin 1996.

¹⁰ IfZ, OMGUS 5/299–3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11. 9. 1946), S. 3.

¹¹ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 371.

¹² Ebd.

¹³ Vgl. ebd., S. 371–373, Zitat S. 371: „Der Kongreß ging aus von einem Austausch von Erfahrungen, die an schon bestehenden Institutionen gemacht worden sind. Sein Programm ist lediglich die Förderung und Intensivierung dessen, was in den Anfängen schon an verschiedenen Institutionen vorhanden ist. Einige dieser Erfahrungen sollen in dem Kapitel kurz geschildert werden.“

¹⁴ Ebd., S. 372. Zur Geschichte des Tübinger „Leibniz-Kollegs“ vgl. Das Leibniz-Kolleg der Universität Tübingen. Ein Erfahrungsbericht in Gemeinschaft mit Assistenten vorgelegt von Gerhard Krüger, Tübingen 1949.

Als zweites Beispiel für die Integration des College-Gedankens in das deutsche Hochschulwesen bezog sich die Denkschrift auf das „Collegium Academicum“ der Universität Heidelberg, in dem 1950 ungefähr 180 Studenten zusammenlebten.¹⁵ Gegründet 1945, „nachdem das Gebäude von der amerikanischen Militärregierung für die Einrichtung eines Studentenheimes im College-System freigegeben worden war“¹⁶, stand hier im Unterschied zum Leibniz-Kolleg weniger der Gedanke eines Studium Generale als vielmehr das praktische Einüben demokratischer Verhaltensweisen im Vordergrund. Unter Aufsicht eines Professors, der gemeinsam mit seiner Familie ebenfalls im Heim wohnte, und flankiert von regelmäßig stattfindenden wissenschaftlichen Vorträgen bzw. Diskussionsabenden wurde das Collegium Academicum so weit wie möglich in studentischer Eigenregie verwaltet.¹⁷ „Die Selbstverwaltung des Hauses“, wie dementsprechend in der Tübinger Denkschrift hervorgehoben wurde, „ist für den Studenten gleichsam ein kleines Modell einer politischen Ordnung.“¹⁸

Dieser immens politische Anspruch des Collegium Academicum als universitäre Institution war für die damalige Zeit etwas durchaus Außergewöhnliches. Einerseits galt es, durch die Anlehnung an das angelsächsische College-System dem traditionellen studentischen Verbindungswesen eine ideologisch neutrale Alternative entgegenzustellen, andererseits aber sollte die Universität dadurch ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden und zu einer Demokratisierung künftiger Eliten beitragen. In diesem Zusammenhang darf selbstverständlich auch nicht außer acht gelassen werden, daß die ersten Studentenjahrgänge noch überwiegend aus ehemaligen Kriegsteilnehmern bestanden. Gerade diesen, oftmals traumatisierten und in ihrer politischen Grundeinstellung verunsicherten Studenten sollte mit der Gründung des Collegium Academicum sowohl eine neue akademische als auch politische Perspektive eröffnet werden. Diese Zielsetzung betonte auch Hartmut Schweitzer, seit 1965 soziologischer Tutor des Collegiums, in seiner 1967 erschienenen Dissertation zur Entwicklungsgeschichte dieser Insti-

¹⁵ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 372f. Zur Geschichte des Heidelberger „Collegium Academicum“ vgl. ferner Hartmut Schweitzer: Kollegienhaus in der Krise. Bericht über das Experiment einer neuen studentischen Gemeinschaftsform. Eine Analyse des Collegium Academicum der Universität Heidelberg, Phil. Diss., Heidelberg 1967; Ullrich Schneider: Hochschulreform, Studium Generale und das Collegium Academicum Heidelberg, in: Bildung und Erziehung 36 (1983), S. 55–67; Gerd Steffens: Collegium Academicum 1945–1978. Zur Lebensgeschichte eines ungeliebten Kindes der Alma mater Heidelbergensis, in: Karin Buslmeier/Dietrich Harth/Christian Jansen (Hg.): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985, S. 381–410.

¹⁶ Schweitzer: Kollegienhaus in der Krise, S. 28.

¹⁷ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 372f: „Die Einrichtung ist zunächst aus dem Bedürfnis entstanden, den unter der Wohnungsnot leidenden Studenten eine Unterkunft zu gewähren. Sie hat sich gleichzeitig als eine Art Erprobungsfeld für das Zusammenleben junger Menschen in demokratischen Formen erwiesen. Die Selbstverwaltung des Hauses ist für Studenten gleichsam ein kleines Modell einer politischen Ordnung. Dem entsprechen die besonders auf soziologische Fragen gerichteten Interessen, die im Hause gepflegt werden. Ein Professor wohnt mit seiner Familie im Haus. Wissenschaftliche Vorträge und Diskussionen finden regelmäßig statt.“

¹⁸ Ebd., S. 373.

tution: „Man wollte die Studenten führen, ihnen helfen, die seelischen Wunden besser verheilen zu lassen, und ihnen neue Aufgaben und Ideale vermitteln.“¹⁹

Der in Tübingen unter Hinweis auf das Collegium Academicum und das Leibniz-Kolleg favorisierte College-Gedanke stieß interessanterweise auch bei der 1949 gegründeten Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) auf positive Resonanz. Am 30. Juli 1951 sprach sich die WRK sogar dezidiert für einen weiteren Ausbau des Studium Generale aus, mit deutlicher Präferenz für das Modell der nach angelsächsischem Vorbild gestalteten Kollegienhäuser in Heidelberg und Tübingen:

„Die Westdeutsche Rektorenkonferenz in Köln hat sich eingehend mit verschiedenen Plänen und Versuchen beschäftigt, die unter dem Namen ‚Studium Generale‘ einen wesentlichen Teil unserer Arbeit an der Hochschulreform darstellt. [...]. Ganz besonders günstig sowohl zur Förderung wissenschaftlicher Bildung, wie zur Einübung in staatsbürgerliche Verantwortlichkeiten erscheinen akademische Kollegien. Nach den bisherigen Erfahrungen kann man sich von ihnen eine wesentliche Bereicherung akademischer Lehr- und Lebensformen überhaupt versprechen. Die Rektorenkonferenz empfiehlt daher dringlich, die Begründung oder den Ausbau solcher Kollegien.“²⁰

2. Die Weilburger Arbeitstagungen von 1951

Weiter vertieft wurde das Thema Studium Generale einen Monat nach der WRK-Erklärung vom 30. Juli 1950 im Rahmen zweier aufeinanderfolgender, jeweils vierzehntägiger Arbeitstagungen in Weilburg an der Lahn (30. 8.–1. 9. 1951 sowie vom 3. 9.–15. 9. 1951), an der neben 70 deutschen auch zahlreiche amerikanische, britische und französische Hochschullehrer und Bildungsexperten teilnahmen.²¹ Das zu diesem Zeitpunkt immer noch vorhandene amerikanische Interesse an Fragen der Hochschulreform zeigt sich daran, daß die HICOG nicht nur als offizieller Gastgeber der Weilburger Arbeitstagungen fungierte, sondern beide Treffen zudem von einem deutsch-amerikanischen Komitee geleitet wurden.²²

¹⁹ Schweitzer: Kollegienhaus in der Krise, S. 28. Rückblickend darf es als Ironie der Geschichte betrachtet werden, daß das Collegium Academicum gerade wegen seiner seit 1968/69 zunehmend ins Radikale abgeglittenen Form der Politisierung im Frühjahr 1978 auf Anordnung des Heidelberger Rektors und unter Einsatz von Polizei aufgelöst wurde. Vgl. hierzu Steffens: Collegium Academicum 1945–1978, S. 392–403.

²⁰ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 44.

²¹ Vgl. Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen (30. 8.–1. 9. und 3.–15. 9. 1951), zusammengestellt und bearbeitet von Friedrich Tenbruck und Wilhelm Treue, o. O., o. J. (1952). Siehe hierzu auch den Teilabdruck der Weilburger Arbeitsberichte in Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 387–397.

²² Vgl. Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen, S. 7f. (Vorwort): „Die unter der gemeinsamen Leitung eines deutschen Komitees [...] und einiger amerikanischer Universitätsprofessoren [...] stehende Tagung ermöglichte eine Bestandsaufnahme der in bezug auf die Hochschulreform vorliegenden Wünsche sowie eine ausführliche Diskussion der vorgetragenen Anschauungen und Erfahrungen.“ Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Beitrag des für die Organisation der Tagung zuständigen HICOG-Beamten Julius J. Oppenheimer: Die Notwendigkeit des Studium Generale in der heutigen Welt, in: ebd., S. 16–19.

Über die grundlegende Bedeutung eines dem eigentlichen Fachstudium vorausgehenden bzw. begleitenden Studium Generale waren sich die Weilburger Konferenzteilnehmer einig. Im Arbeitsbericht hieß es hierzu:

„Das Studium Generale ist aufzufassen als der Gedanke der Erneuerung der Universität selbst. Das Wesen der Universität wird hier nicht gesehen in ihrer Funktion der Erziehung von Fachleuten und Fachgelehrten, d. h. überhaupt in der Vermittlung von Wissenswertem und Wissensnotwendigem. Ihre eigentümliche Aufgabe bestimmt sich vielmehr als die im Erkenntnisprozeß beabsichtigte und faktisch geschehene Ergriffenheit des ganzen Menschen, die zu einer Umwandlung desselben und damit zur Bildung der Persönlichkeit führt.“²³

Wie ein Jahr zuvor auf dem Tübinger Kongreß für Gemeinschaftserziehung stand auch in Weilburg die künftige Form des studentischen Gemeinschaftslebens im Zentrum der Beratungen. Differenziert wurde dabei zwischen einfachen „Wohnheimen“, die den Studenten ohne pädagogische Intention lediglich günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen sollten, und sogenannten Gemeinschaftshäusern im Sinne der Heidelberger bzw. Tübinger Institutionen. Mit Blick auf die geplante Einführung eines Studium Generale, darüber bestand ebenfalls Konsens, seien jedoch lediglich Letztere wirklich geeignet.²⁴ „Jedes dieser Häuser“, so der Historiker Walter Peter Fuchs in seinem Weilburger Referat, „stellt ein demokratisches Staatswesen *en miniature* dar, in dem die Gesetze und Verfahrensweisen der Demokratie täglich und stündlich geübt werden können.“²⁵

Die sinnvolle Anlehnung der Gemeinschaftshäuser an das Vorbild des angelsächsischen College, als die hierfür geeignetste Organisationsform, unterstrich in seinen Ausführungen auch der damals an der neu gegründeten Freien Universität Berlin lehrende Germanist Walther Killy. Zwar machte Killy deutlich, daß die Bezeichnung „College“ wegen dessen andersartiger Funktion im amerikanischen wie englischen Universitätssystem im deutschen Kontext durchaus irreführend sei, das Wort aber dennoch beibehalten werden solle, „weil es am ehesten diejenigen Einrichtungen bezeichnet, die im gemeinsamen Wohnen, Leben und Arbeiten Dozenten und Studenten zusammenführen“.²⁶ Gerade die Tübinger und Heidelberger Erfahrungen mit dem College-Gedanken hätten deutlich gezeigt, so der Berliner Germanist weiter, daß derartige Einrichtungen auch „in einer der Bedingungen der deutschen Universität angemessenen Weise möglich [seien]“.²⁷

Die Bedeutung, die im Rahmen der Weilburger Arbeitstagen den universitären Verhältnissen in England und in besonderem Maße in den Vereinigten Staaten beigemessen wurde, veranschaulichen auch die Vorträge dreier britischer und vier amerikanischer Professoren, die über anglo-amerikanische Erfahrungen mit dem Studium Generale berichteten. Speziell die amerikanischen Referenten machten deutlich, daß die General Education in den USA nicht nur als Instrument der Allgemeinbildung, sondern auch als Ausdruck der amerikanischen Demokratie verstanden werde:

²³ Ebd., S. 19.

²⁴ Vgl. die Unterscheidung bei Walter Peter Fuchs: Studentische Gemeinschaften. Zum Thema, in: ebd., S. 30–34, hier S. 30f.

²⁵ Ebd., S. 31.

²⁶ Walther Killy: Das College, in: ebd., S. 34–37, hier S. 34.

²⁷ Ebd.

„In den Vereinigten Staaten sehen wir das Studium Generale als denjenigen Teil der Gesamtbildung an, der, im Unterschied zur Spezial- und Berufsausbildung, bei den Studenten vorzüglich solche Fähigkeiten und Werte, dasjenige Verständnis und diejenige Haltung zu entwickeln versucht, die es ihm ermöglichen, ein wirklicher und verantwortlicher Staatsbürger zu werden und gleichzeitig ein volles und sinnvolles Dasein in einer freien Gesellschaft zu führen.“²⁸

Folgt man diesem Verständnis, dann war mit dem Studium Generale in den USA ein demokratie- und gesellschaftspolitischer Anspruch verbunden, der nun nach 1945, nicht zuletzt dank der Vermittlung amerikanischer Bildungsexperten wie Karsen, Paty und Cottrell, in ähnlicher Form auch von deutscher Seite übernommen wurde.²⁹

3. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagen von 1952

Eine zentrale Rolle spielte das Thema Studium Generale auch auf den beiden kurz hintereinander folgenden Hinterzartener Arbeitstagen vom August 1952 (Hinterzarten I).³⁰ Ähnlich wie die Weilburger Konferenzen gingen auch diese Zusammenkünfte auf eine gemeinsame deutsch-amerikanische Initiative zurück.³¹ Gegen Ende 1951 hatte die WRK und der ein Jahr zuvor gegründete Hochschulverband eine beratende Kommission für Hochschulreformfragen angeregt, deren Leitung im Frühjahr 1952 dem Freiburger Historiker Gerd Tellenbach übertragen worden war. „In der gleichen Zeit“, so Tellenbach, „machte namens der amerikanischen Hohen Kommission Mr. [Julius J.] Oppenheimer [der als HICOG-University

²⁸ M. Carpenter: Studium Generale (General Education) in Amerika, in: ebd., S. 116–119, hier S. 116 (Zitat).

²⁹ Vgl. hierzu Carl Friedrich von Weizsäckers Ausführungen in der „Denkschrift über die Arbeiten und Ziele des Kongresses für studentische Gemeinschaftserziehung und Studium Generale (1950)“, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 371, oder die Weilburger Anmerkungen des damaligen Staatssekretärs im bayerischen Kultusministerium und Erlanger Anglisten Eduard Brenner: 4 Thesen des Vortrages über die Politische Erziehung der Studenten, in: Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagen, S. 46f.: „Der deutsche Akademiker ist am politischen Schicksal zu wenig interessiert und zu wenig aktiv beteiligt. In den maßgebenden Körperschaften, die das politische Leben beeinflussen, in den Gewerkschaften, Genossenschaften und Parlamenten finden sich zu wenige Akademiker, die aus den Erfahrungen der abendländischen Tradition in die Gestaltung der Zukunft einwirken könnten. Hier soll das Studium Generale Abhilfe schaffen. Dazu ist notwendig eine Einschränkung des Fachstudiums, um Überlastung zu vermeiden. Dies etwa in der Form, daß ein Tag der Woche ausschließlich dem Studium Generale zur Verfügung steht. Die Prüfungsordnungen müssen dementsprechend umgeformt werden.“

³⁰ Vgl. Probleme der deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagen im August 1952, Göttingen 1953. Im folgenden beziehe ich mich auf den Abdruck bei Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 400–433.

³¹ Vgl. ebd., S. 629f. Anm. 26: „Die Hinterzartener Arbeitstagen wurden veranlaßt durch die voneinander unabhängigen Bestrebungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Hochschulverbandes einerseits, der amerikanischen Hohen Kommission andererseits.“

Advisor bereits an der Ausrichtung der Weilburger Arbeitstagen federführend beteiligt gewesen war, S. P.] den Vorschlag einer Hochschultagung im Sommer 1952. Er bot großzügige Hilfe bei der Finanzierung an; aber diese Tagung solle, anders als die bekannten, vorher von Mr. Oppenheimer veranstalteten Tagungen über das Studium Generale, ausdrücklich unter deutscher Leitung und in deutscher Verantwortung stattfinden.“³²

Insgesamt nahmen rund 150 Personen an den beiden Hinterzartener Arbeitstagen teil, die unter dem Motto *Probleme der deutschen Hochschulen* standen. Nach der Intention der Organisatoren sollten die Beratungen nicht nur auf die Krise der Hochschulen als solche, sondern auch auf die mit den bisherigen Reformbemühungen verbundenen Schwierigkeiten hinweisen. Diese Zielsetzung verdeutlicht ein neues Problembewußtsein in der Hochschulfrage. Auf Seiten der WRK und des Hochschulverbandes hatte sich offenkundig die Erkenntnis durchgesetzt, daß der nach 1945 zunächst eingeschlagene Weg der Rückbesinnung mit Blick auf die aktuellen und künftigen Anforderungen an die deutschen Hochschulen nicht mehr lageadäquat war:

„Die entscheidenden veränderten und hochgesteigerten Ansprüche, die also in Forschung und Lehre an die Hochschulen gestellt werden müssen, vermögen diese jedenfalls in ihrer derzeitigen sachlichen und personellen Ausstattung und mit den gegenwärtigen Methoden ihrer Selbstverwaltung nicht zu erfüllen.“³³

Die Frage nach einer effizienten und zeitgemäßen Verwaltungsstruktur der Hochschulen rückte damit erneut auf die Reformagenda. Diese neue Haltung gerade der WRK war insofern bemerkenswert, als es vornehmlich die Rektoren der amerikanischen und englischen Besatzungszone gewesen waren, die sich in den ersten Nachkriegsjahren gegenüber allzu weitreichenden alliierten Reformbestrebungen auf Verfassungsebene stets äußerst resistent gezeigt hatten.³⁴

Dieses scheinbar veränderte Problembewußtsein in der Hochschulreformfrage bestätigt auch ein Blick auf die in Hinterzarten behandelten Tagesordnungspunkte. Alle fünf Arbeitsausschüsse widmeten sich Themen, die bereits 1946/47 von amerikanischer Seite zur Diskussion gestellt worden waren.³⁵ So sprach sich beispielsweise der für das Verhältnis von Hochschule und Öffentlichkeit zuständige Ausschuß für die Einrichtung von Hochschulbeiräten (Kuratorien) aus, denen allerdings im Unterschied zu amerikanischen Boards lediglich eine beratende Funktion und keinerlei administrative Kompetenzen zukommen sollten.³⁶ Gleichwohl

³² Gerd Tellenbach: Probleme der deutschen Hochschulen. Über die Hinterzartener Arbeitstagen im August 1952, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 8 (1952), S. 1–6, hier S. 1 (Zitat).

³³ Ebd., S. 3.

³⁴ Vgl. Kapitel II.8.

³⁵ Die fünf Beratungsausschüsse widmeten sich folgenden Themenbereichen: Prüfungs- und Studienordnungen, Hochschule und Öffentlichkeit, Studium Generale, Ergänzung und Gliederung des Lehrkörpers sowie Hochschule und Gemeinschaft.

³⁶ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 405: „Aufgabe eines Beirates ist es, als Beratungsorgan zu wirken und den Gedankenaustausch zwischen Hochschule und Öffentlichkeit zu fördern. In allen allgemeinen Hochschulfragen, insbesondere Fragen der Hochschulreform, kann die Hochschule auf diese Weise Anregungen empfangen und Resonanz finden.“

griff man hinsichtlich der Zusammensetzung eines solchen Gremiums auf den amerikanischen Vorschlag zurück, in diesem Vertreter aller gesellschaftlich relevanten Gruppen zu versammeln. „Der Beirat“, wie es dementsprechend in den Empfehlungen hieß, „sollte sich in erster Linie aus Persönlichkeiten aus allen Schichten des Volkes zusammensetzen, die gegebenenfalls auch wichtige Institutionen vertreten.“³⁷

Ein wirkliches Novum war dagegen die in Hinterzarten erstmals empfohlene Einrichtung universitärer Pressestellen. Deren Aufgabe sollte darin bestehen, die Öffentlichkeit kontinuierlich über Forschung und Lehre an den Hochschulen zu informieren, um so die gesellschaftliche Akzeptanz der Universitäten zu erhöhen. Diesem Vorschlag lag die Einschätzung zugrunde, daß in großen Teilen der Bevölkerung keinerlei oder nur geringe Kenntnisse über den universitären Alltag bestünden.³⁸ Als Vorbild für diese Form der Öffentlichkeitsarbeit dienten in erster Linie, wie unten noch genauer auszuführen sein wird, die Public-Relations-Departments amerikanischer Universitäten.³⁹

Einen weiteren Schwerpunkt der Hinterzartener Beratungen bildete die sogenannte Nichtordinarienfrage. Damit gemeint war die Diskrepanz zwischen der faktischen Stellung der Gruppe der Nichtordinarien innerhalb der Universitäts-hierarchie und deren tatsächlicher Bedeutung im alltäglichen Forschungs- und Lehrbetrieb. Auch dies war ein Aspekt, der schon wenige Jahre zuvor im Zentrum amerikanischer Reformbemühungen gestanden hatte.⁴⁰ „Bedingt durch die wachsenden Anforderungen an die wissenschaftlichen Hochschulen und durch die zunehmende Differenzierung der Wissenschaft“, so die Hinterzartener Empfehlungen, „wird der akademische Unterrichts- und Forschungsbetrieb weithin nicht mehr allein von den Inhabern der bisherigen Lehrstühle durchgeführt, sondern in hohem Maße auch von den nicht planmäßigen Lehrkräften verantwortlich getragen.“⁴¹ Trotz dieser bedeutenden Rolle befanden sich die Nichtordinarien in einer unsicheren sozialen und wirtschaftlichen Lage. Um diese zu verbessern, schlug der Hinterzartener Ausschuß eine deutliche Vermehrung der Lehrstühle, Extraordinariate, Diätendozenturen und Assistentenstellen an den westdeutschen Hochschulen vor.⁴² Mit dieser Forderung war das soziale und wirtschaftliche Mißverhältnis zwischen den ordentlichen Professoren und der großen Gruppe der Nichtordinarien angesprochen worden. Was allerdings die immer wieder auch von amerikanischer Seite kritisierte Hierarchie innerhalb der Hochschullehrerschaft anbetraf, blieben die Hinterzartener Empfehlungen eher vage. Zur künftigen Stellung der Nichtordinarien in der akademischen Selbstverwaltung hieß es lediglich:

„Der Ausschuß ist der Ansicht, daß die Nichtordinarien zur Selbstverwaltung der Hochschulen und der einzelnen Fakultäten weit mehr herangezogen werden sollten. Er hat daher

³⁷ Ebd.

³⁸ Vgl. ebd., S. 405f.

³⁹ Vgl. Kapitel VII.5.

⁴⁰ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 400–402.

⁴¹ Ebd., S. 400.

⁴² Vgl. ebd., S. 400f.

beschlossen, die Hochschulen zu befragen, welche Schritte zur Errichtung dieses Zieles für möglich und wünschenswert angesehen werden.“⁴³

Dies Zitat zeigt, daß trotz aller Aufgeschlossenheit gegenüber notwendigen Reformen keine wirklich neuen Impulse für eine Hochschulreform von Hinterzarten ausgingen. Vielmehr spiegeln die dort zusammengetragenen Empfehlungen das damalige Bemühen der einzelnen Arbeitsausschüsse wider, als berechtigt empfundene Reformforderungen aufzugreifen, ohne das bestehende System grundsätzlich in Frage zu stellen. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch Wilhelm Felgentraeger, der damalige Vorstand des Hochschulverbandes: „Diese Vorschläge sind, wie gewiß anerkannt werden darf, behutsam und verantwortungsbewußt gemacht. Sie fassen keine revolutionären Ziele ins Auge, sondern bemühen sich, die bisher bewährten Wege folgerichtig weiterzugehen.“⁴⁴

4. Die Bad Honnefer Hochschultagung von 1955

Inwieweit der in Hinterzarten eingeschlagene Weg, wie von Felgentraeger prognostiziert, tatsächlich weitergegangen wurde, sollte sich drei Jahre später zeigen. Die unmittelbare Folgeveranstaltung zu Hinterzarten fand vom 19. bis 22. Oktober 1955 in Bad Honnef (Hinterzarten II) statt.⁴⁵ An der unter Mitwirkung des Hochschulverbandes von der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz ausgerichteten Tagung nahmen über 100 Personen teil. Geleitet wurde die Veranstaltung erneut von Gerd Tellenbach (WRK), gemeinsam mit Wilhelm Felgentraeger (Hochschulverband) und dem Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium Hans Meinzolt als Vertreter der KMK.⁴⁶

Vergleicht man die in Bad Honnef behandelten Themen mit denen von Hinterzarten, dann fällt auf, daß nur noch einer der ehemals fünf Tagesordnungspunkte übriggeblieben war, nämlich das Nichtordinarien- bzw. Nachwuchsproblem. Neu hinzugetreten war die Frage der Studentenförderung, sprich des Stipendienwesens.⁴⁷ Auch dabei handelte es sich um einen Aspekt, der schon Ende der 1940er Jahre sowohl in den vorgestellten amerikanischen Denkschriften als auch im Blauen Gutachten andiskutiert worden war und in einem direkten Zusammenhang mit der anvisierten sozialen Öffnung der deutschen Universitäten stand. So

⁴³ Ebd., S. 401.

⁴⁴ Wilhelm Felgentraeger: Die Empfehlung I der Arbeitstagung in Hinterzarten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 8 (1952), S. 7–11, hier S. 7.

⁴⁵ Vgl. hier und im folgenden den Abdruck „Hochschultagung in Bad Honnef. Gegenwartsprobleme der deutschen Hochschulen, 19.–22. 10. 1955“, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 455–464.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 631 Anm. 29.

⁴⁷ Vgl. hierzu die einleitende Begründung für das Bad Honnefer Tagungsprogramm von Hermann Heimpel: Probleme und Problematik der Hochschulreform. Einleitung zu der von der Ständigen Konferenz der Kultusminister und von der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 19. bis 22. Oktober 1955 in Bad Honnef abgehaltenen Hochschulreformtagung, Göttingen 1956, S. 1.

hatten Paty und Cottrell im April 1947 gefordert: „It is essential that provision be made for aid sufficient to prevent discrimination in the basis of the economic status of the student and his family. It is reassuring to note the efforts now being made to enable competent students to enter the universities in spite of financial handicap.“⁴⁸ Und in dem von anglo-amerikanischen Reformvorstellungen stark beeinflussten Blauen Gutachten von 1948 hieß es hierzu:

„Grundsätzlich sind sich alle darüber einig, daß der Zugang zum höheren Studium nicht von der finanziellen Lage abhängig sein darf. Die Hochschule ist für die Begabten da und nicht für die Begüterten. Es muß daher den minderbemittelten Eltern, und solche wird es so wie heute auch in Zukunft nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch im Mittelstand und in der Akademikerschaft geben, aus öffentlichen Mitteln geholfen werden, wenn sie selbst nicht instande sind, ihre Kinder einer ihrer Begabung entsprechenden Ausbildung zuzuführen. [...] Daher empfiehlt die Kommission den großzügigen Ausbau des Stipendienwesens, durch das Begabten das Studium wirklich ermöglicht wird.“⁴⁹

Die Notwendigkeit einer geregelten finanziellen Studentenförderung wurde in Bad Honnef grundsätzlich anerkannt.⁵⁰ Jedem begabten Jugendlichen sollte unabhängig von seiner sozialen Herkunft die Möglichkeit eingeräumt werden, gemäß seinen Fähigkeiten ein Studium zu absolvieren: „Die Förderung richtet sich nach Eignung und Bedürftigkeit des Studenten. Die Eignung bedeutet, daß der Student gute Leistungen zeigt oder erwarten läßt. Bedürftig ist derjenige, der in zumutbaren Grenzen weder allein noch mit Hilfe seiner Familie die Kosten aufzubringen vermag.“⁵¹ Konkret sahen die Honnefer Empfehlungen vor, den gesamten Förderungszeitraum in zwei Abschnitte aufzuteilen. Dabei sollte sich die Anfangsförderung zunächst auf die ersten drei Studiensemester erstrecken und die anschließende Hauptförderung nach Überprüfung der bis dato erbrachten Leistungen den übrigen Zeitraum bis zum jeweiligen Examen umfassen.⁵² In diesem Kontext gewann auch die Forderung nach einer verbesserten Studentenbetreuung wieder an Aktualität, um möglichen Stipendiaten Auskunft und Orientierung zu bieten: „Die Aufgabe der Sozial- und Studienberatung ist besonders vordringlich; hiermit sollte eigens eine Persönlichkeit bei jeder Fakultät beauftragt werden.“⁵³

Die Teilnehmer der Bad Honnefer Tagung waren sich darüber im klaren, daß die Umsetzung des von ihnen vorgeschlagenen Fördermodells die Bereitstellung enormer Geldbeträge voraussetzte, die freilich nicht einfach von heute auf morgen aufzubringen waren. Wie und von wem das Programm letztlich finanziert werden

⁴⁸ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty/Donald Cottrell: Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany (25. 4. 1947), S. 8.

⁴⁹ Studienausschuß für Hochschulreform: Gutachten zur Hochschulreform, S. 65f.

⁵⁰ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 459f.: „Infolge der gesellschaftlichen Umschichtung, die im Anschluß an zwei verlorene Kriege in Deutschland besonders sichtbar geworden ist, wurde die Not der Studenten so groß, daß eine nachhaltige Hilfe einsetzen muß, wenn sich der deutsche Student nicht zwischen den widerstreitenden Ansprüchen des Studiums und der Werkarbeit aufreiben soll. [...] Das heutige Unterstützungswesen für Studierende besteht aus verschiedenen Maßnahmen, die, unorganisch nebeneinandergereiht, keinen gemeinsam leitenden Gedanken enthalten.“

⁵¹ Ebd., S. 461.

⁵² Vgl. ebd., S. 462.

⁵³ Ebd., S. 463.

sollte, wurde in Bad Honnef daher nicht abschließend geklärt. Zu dieser Frage hieß es lediglich: „Es wird Sache der zuständigen Ministerien und der Hochschulen sein, die notwendigen Voraussetzungen (Zahl der Studenten, Höhe der Aufwendungen, etc.) zu klären und die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.“ Gleichwohl ließ man in den Empfehlungen an der Dringlichkeit einer möglichst raschen Umsetzung des als „Honnefer Modell“ in die deutsche Hochschulgemeinschaft eingegangenen Förderprogramms keinerlei Zweifel aufkommen: „Die Verwirklichung der Reform darf nicht aufgeschoben werden. Es besteht der dringende Wunsch, mit der Anfangsförderung 1956 zu beginnen.“⁵⁴

Es wäre sicher zu kurz gegriffen, die in Bad Honnef ausgearbeiteten Empfehlungen zur Form und Organisation der Studentenförderung ausschließlich auf anglo-amerikanische Anregungen der Besatzungsjahre zurückzuführen. Zweifels-ohne war seit 1945 auch auf deutscher Seite das Bewußtsein für die Notwendigkeit eines solchen Schritts aufgrund eigener Erkenntnisse gewachsen. Tatsächlich wäre die aus demokratie- und gesellschaftspolitischen Gründen angestrebte soziale Öffnung der Hochschulen ohne die Etablierung eines funktionierenden Stipendienwesens nicht zu erreichen gewesen; außerdem machten die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der jungen Bundesrepublik derartige Förderungsmaßnahmen schlichtweg notwendig.⁵⁵ Andererseits kann aber auch nicht von der Hand gewiesen werden, daß speziell die amerikanischen Reformvorstellungen der späten 1940er Jahre den westdeutschen Reformdiskurs gerade in dieser Frage durch- aus beeinflußt haben. Kein Geringerer als der Göttinger Historiker Hermann Heimpel hat in seinem Honnefer Eröffnungsvortrag auf exakt diesen Konnex hingewiesen, in dem er die Entwicklung der Reformdebatte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges bis in die frühen fünfziger Jahre Revue passieren ließ:

„Der Ächtung von 1918 folgte die Umerziehung von 1945. Auch dies war eine Belastung für die Hochschulreform: daß sie zuerst als reeducation auftrat. Das bedeutete eine unangenehme psychologische Hemmung. Statt unbefangen vom Auslande zu lernen, wirklich im internationalen Kreis der Akademiker zu diskutieren, Passendes aufzunehmen und Nichtpassendes oder echte Traditionen Zerstörendes auf sich beruhen zu lassen, gabelten sich die Diskussionen besonders über das sogenannte Blaue Gutachten [...] vom Jahre 1948 in eine bald erlahmende Anglophilie der Modernisten und eine sofort Boden gewinnende konservative Richtung, welche noch heute die Mehrzahl unserer Kollegen beherrscht, ja eine skeptische Passivität, die damals fast so etwas wurde wie ein nationaler Ehrenstandpunkt. Das liegt nun hinter uns, aber der Rückblick war vielleicht nicht ohne Nutzen für uns, die wir nun doch von Theorien zur Praxis, von psychologischen Belastungen zu vertrauensvoller Diskussion, von der Resignation zur Freude gelangen wollen.“⁵⁶

Heimpels Optimismus wurde jedoch nicht von allen Zeitgenossen geteilt. Gleichfalls mit Blick auf die Bad Honnefer Zusammenkunft erklärte der damalige Vorsitzende des DGB Nordrhein-Westfalen, Wilhelm Haferkamp, die bisherigen Bemühungen um eine Hochschulreform in Westdeutschland auf dem Anfang Mai 1956 in Hamburg stattfindenden 4. Deutschen Studententag für weitestgehend gescheitert:

⁵⁴ Ebd., S. 464.

⁵⁵ Einen ausgezeichneten Einblick in die Studienbedingungen der ersten Nachkriegsjahre bieten Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: *Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit*, Stuttgart 1990.

⁵⁶ Heimpel: *Probleme und Problematik der Hochschulreform*, S. 4.

„Anhaltspunkte für eine solche Beurteilung sind zwei Konferenzen [...] die meines Erachtens einen typischen Ablauf zeigen. Es sind dies die Konferenzen in Hinterzarten im Jahre 1952 und deren Fortsetzung im Jahre 1955 in Bad Honnef. Wenn man nicht schon die Zeitabstände zwischen dem ersten großen Gutachten 1948 [das Blaue Gutachten, S. P.], der ersten großen Arbeitskonferenz 1952 und der fortführenden Konferenz 1955 als symptomatisch ansehen will, dann sind es doch die Tagesordnungen der beiden Konferenzen. Hinterzarten stellte die Hochschule in all ihren Bereichen zur Diskussion, vom Selbstverständnis der Universität bis zu dem Verhältnis der Hochschule zur Öffentlichkeit. In Bad Honnef dagegen hatten sich die Probleme der Hochschule schon auf Fragen der Gliederung und Ergänzung des Lehrkörpers und die Studienförderung verringert. [...] So ergibt sich wenigstens außerhalb der Hochschule das Bild, daß im Verlaufe von drei Jahren das Ringen um eine Neuordnung der Hochschule auf eine Diskussion um Standesinteressen zusammengeschumpft ist und die Reform durch ein paar unvermeidliche Reparaturen ersetzt werden soll.“⁵⁷

Hinter dieser zweifelsohne etwas zugespitzten Einschätzung Haferkamps stand die allerdings zutreffende Erkenntnis, daß es sich bei den in Bad Honnef behandelten Themen um wichtige, aber nicht den eigentlichen Kern des deutschen Hochschulwesens betreffende Fragen handelte. Dagegen verwies der DGB-Funktionär, den Heimpel mit großer Wahrscheinlichkeit zur Gruppe der anglophilen Modernisten gezählt hätte, in seinem Hamburger Vortrag auf Aspekte einer Hochschulreform, die sich auffallend mit den amerikanischen Reformschwerpunkten der Besatzungsjahre deckten. So sprach Haferkamp u. a. von einer Verantwortung der Universitäten gegenüber der Gesellschaft, dem problematischen Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit, der notwendigen Einrichtung von Hochschulbeiräten mit weitreichenden Kompetenzen, der Gefahr einer wachsenden wissenschaftlichen Spezialisierung bei gleichzeitiger Vernachlässigung allgemeinbildender Aspekte, dem Auf- und Ausbau der Politik- und Sozialwissenschaften sowie einer noch weitergehenden sozialen Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen.⁵⁸

5. Die Reformvorstellungen des „Hofgeismarer Kreises“ von 1956

Einen im Vergleich zu den vorhergehenden Hochschultagungen umfassenderen Reformansatz vertraten die 1956 veröffentlichten *Gedanken zur Hochschulreform* des sogenannten Hofgeismarer Kreises.⁵⁹ Bei diesem handelte es sich um einen freiwilligen Zusammenschluß westdeutscher und Berliner Hochschullehrer, die sich erstmals 1954 zu einer Arbeitstagung über Fragen der Hochschulreform in der Evangelischen Akademie in Hofgeismar getroffen hatten.⁶⁰ An den *Gedanken zur Hochschulreform* mitgewirkt hatten neben dem damaligen Präsidenten der

⁵⁷ BayHStA, MK 68575, Wilhelm Haferkamp: Die Hochschule in unserer Zeit, Bielefeld 1956, S. 4.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 5f.

⁵⁹ Hofgeismarer Kreis (Hg.): Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers, Göttingen 1956. Im folgenden beziehe ich mich in erster Linie auf den entsprechenden Abdruck bei Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 466–504.

⁶⁰ Zur Gründungsgeschichte des Hofgeismarer Kreises vgl. ders. (Hg.): Gedanken zur Hochschulreform (Vorbemerkung), Göttingen 1956.

AvHSt und späteren ersten Rektor der Reformuniversität Konstanz Gerhard Hess und dem Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Max Horkheimer auch der Bonner Philosoph Theodor Litt, der Göttinger Soziologe Helmuth Plessner sowie der in Tübingen lehrende Jurist Ludwig Raiser, um nur einige der prominenten Mitglieder des Hofgeismarer Kreises zu nennen.⁶¹

Obgleich die Neugliederung des Lehrkörpers im Zentrum ihrer Beratungen stand, widmeten sich die Hofgeismarer Tagungsteilnehmer auch anderen wichtigen Reformaspekten. Ein breiter Konsens bestand beispielsweise darüber, daß die Hochschulen aufgrund zahlreicher Schwierigkeiten kaum noch in der Lage seien, ihren Forschungs- und Lehraufgaben gerecht zu werden. Neben dem Verlust des Humboldtschen Universitätsideals hätten vor dieser Situation vor allem das sprunghafte Anwachsen der Studentenzahlen, die mangelnde schulische Vorbildung der Studenten, ein zu kleiner Lehrkörper und dessen überkommener hierarchischer Aufbau beigetragen.⁶² Aus heutiger Sicht wirkt es eher befremdend, daß diesem negativen Befund die Verhältnisse an den ostdeutschen Universitäten als vorbildlich gegenübergestellt wurden. In der DDR, so die gewagte These des Hofgeismarer Kreises, habe man rechtzeitig verstanden, die Universitäten den nach 1945 veränderten gesellschaftlichen Umständen anzupassen, während man im Westen zumeist untätig geblieben sei.⁶³ Dementsprechend kritisch fiel auch das Urteil über die bisherigen Reformbemühungen in der Bundesrepublik aus:

„Der Ruf nach einer Reform [...] wird seit Jahrzehnten immer wieder laut und seit 1945 besonders dringlich erhoben. Wenn trotzdem die zahlreichen Diskussionen über eine Hochschulreform bisher keine befriedigenden Ergebnisse gezeitigt haben, so liegt das wohl nicht nur an der natürlichen Zählebigkeit jahrhundertalter Institutionen, sondern auch an einer Anzahl von retardierenden Momenten.“⁶⁴

Zu diesen „retardierenden Momenten“ zählte der Hofgeismarer Kreis neben der Bindung an „überlieferte Formen und Vorstellungen“ auch die mangelnde Weitsichtigkeit bei den bisherigen Reformbemühungen.⁶⁵ Bemerkenswert ist die Bedeutung, die in diesem konkreten Zusammenhang den unmittelbaren Nachkriegsjahren beigemessen wurde. Verbunden mit dem Appell, längst überfällige Reformen möglichst rasch einzuleiten, erscheint in den *Gedanken zur Hochschulreform* der Zeitraum zwischen 1945 und 1950 als eine verpaßte Chance für einen universitären Neuanfang:

„Zu spät ist es noch nicht, obwohl die Hoffnungen und neuen Antriebe der ersten Jahre nach dem Zusammenbruch verwelkt sind. Mit dieser Denkschrift wird der Versuch ge-

⁶¹ Vgl. die Namensliste bei Neuhaus: *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, S. 631f. Anm. 31.

⁶² Vgl. ebd., S. 466f.

⁶³ Vgl. ebd., S. 467f.: „Es ist bekannt, daß die mitteldeutschen Hochschulen z. Zt. einer tiefgehenden Umgestaltung unterworfen werden. Sie werden zu Erziehungsinstitutionen umgebildet, mit dem Ziel, die Motive der gesellschaftlichen Umwälzung begreifbar zu machen und in Forschung und Lehre einer Neuordnung der Gesellschaft nach einem bestimmten Plan zu dienen. Wie weit hat man demgegenüber in Westdeutschland den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen im Bereich der Hochschulen Rechnung getragen?“

⁶⁴ Ebd., S. 468.

⁶⁵ Ebd.

macht, der Hochschulreform neuen Auftrieb zu geben. Sie baut, auch ohne das im einzelnen zu betonen und nachzuweisen, auf den zahlreichen Überlegungen, Diskussionsergebnissen und Programmschriften auf, die namentlich im letzten Jahrzehnt zur Hochschulreform bekannt geworden sind.“⁶⁶

Die Empfehlungen des Hofgeismarer Kreises lassen zudem eine damals aktuelle und nicht mehr vornehmlich auf die Besatzungszeit zurückführbare Auseinandersetzung mit den Verhältnissen an amerikanischen Universitäten erkennen. So verwies die Denkschrift hinsichtlich der seit Kriegsende auch hierzulande stetig steigenden Studentenzahlen auf die Organisation des Studiums in den Vereinigten Staaten und England: „Die Überfüllung der Hochschulen durch Studenten, deren Ziel nicht geistige Bildung, sondern fachliche Ausbildung ist, könnte den Ausweg empfehlen, nach englischem und amerikanischem Vorbild das Studium streng zu teilen in den allgemeinen Unterrichtsgang für die Vielen und in höhere Sonderlehrgänge für Graduierte.“⁶⁷ Obgleich eine dem angelsächsischen System entsprechende Aufteilung in Undergraduate- und Graduate-Studies als Bruch mit der deutschen Universitätstradition abgelehnt wurde, belegt dieses Zitat doch die zunehmende Bedeutung des amerikanischen Universitätssystems als Referenzpunkt im Rahmen der bundesrepublikanischen Reformdebatte.

Gleiches gilt für einen anderen Hofgeismarer Themenschwerpunkt, nämlich der Frage nach einer effizienten Universitätsstruktur. Wir erinnern uns: In ihrem Memorandum vom 11. September 1946 hatte die ERAB-Hochschulabteilung die Untergliederung der zu groß gewordenen Fakultäten in kleinere Einheiten nach dem Vorbild des amerikanischen Departmentsystems vorgeschlagen.⁶⁸ Trotzdem sich die Hofgeismarer Tagungsteilnehmer ein Jahrzehnt später für eine Beibehaltung der traditionellen Fakultätsstruktur aussprachen, zeigte man sich gegenüber den Organisationsprinzipien eines Departments mit Blick auf den administrativen Aufbau von Hochschulinstitutionen und Universitätskliniken durchaus aufgeschlossen. Tatsächlich bot das kollegiale Verwaltungssystem amerikanischer Hochschul-Departments, wie unten noch eingehender darzulegen sein wird, eine interessante Alternative zu den in der Regel von einem einzigen Lehrstuhlinhaber geleiteten „Ein-Mann-Instituten“ deutschen Zuschnitts. Im Vordergrund stand dabei die Entlastung der Institutsleiter von Verwaltungsaufgaben sowie die Vermeidung einer personengebundenen und somit allzu einseitigen wissenschaftlichen Ausrichtung der Institute: „Man muß aber deutlich sehen, daß das Problem nicht nur die Entlastung von Verwaltungstätigkeit ist. Bei großen Instituten, vor allen Dingen bei den Kliniken, handelt es sich bei der Leitung zugleich um die Festlegung der wissenschaftlichen Richtung.“⁶⁹ Auch schien eine Anlehnung an das amerikanische Departmentmodell die Nichtordinarienfrage einer befriedigenden Lösung

⁶⁶ Ebd., S. 469.

⁶⁷ Ebd., S. 471.

⁶⁸ Vgl. IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S.2: „Even if the division of the university into the old faculties remains, new sub-divisions (departments under departmental heads) should be instituted in the interest of efficiency in the larger universities.“

⁶⁹ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, S. 483f.

näher zu bringen.⁷⁰ „Hinsichtlich der inneren Ordnung von Instituten und Kliniken“, wie es hierzu in den Hofgeismarer Entschlüssen hieß, „wäre in jedem Fall die Frage zu erörtern, wie groß der persönliche Wirkungsbereich der Lehrstuhlinhaber, die Institutsleiter sind, nach Einführung der Arbeitsteilung [...], von der Sache her gesehen, noch sein müßte.“⁷¹ Doch damit noch nicht genug: Durch einen Umbau der traditionellen Institutsverwaltung könne einem Professor – wie an vielen amerikanischen Hochschulen bereits seit langem praktiziert – nach einer bestimmten Anzahl von Semestern ein sogenanntes *Sabbatical Leave*, also ein Forschungsjahr, zugestanden werden, um sich frei von Lehr- und Verwaltungsaufgaben eigenen Forschungsprojekten zu widmen:

„Wenn nämlich der Betrieb der Institute nicht mehr an der Person eines bestimmten Hochschullehrers in der bisherigen Art hängen würde, dann wäre es möglich, die Hochschullehrer periodisch für die Zeitdauer eines halben oder sogar eines ganzen Jahres zur Sicherung ihrer Forschungstätigkeit von ihren sonstigen Verpflichtungen freizustellen, wie sich das in anderen Ländern in höchstem Maße bewährt hat (*sabbatical leave*).“⁷²

6. Die Beschlüsse des 5. Deutschen Studententags 1958

Eine dem Hofgeismarer Kreis vergleichbar skeptische Grundhaltung gegenüber allen bisherigen Hochschulreformbemühungen nahm auch der vom 1. bis 4. Mai 1958 in Karlsruhe tagende 5. Deutsche Studententag ein. Die wenig später unter dem Titel *Restaurieren-Reparieren-Reformieren. Die Universität lebendig erhalten* veröffentlichten Protokollergebnisse stellen eines der bedeutendsten studentischen Dokumente zur Hochschulreform der fünfziger Jahre dar.⁷³ Schon der bewußt provokant gewählte Titel verweist erneut auf das besondere Spannungsverhältnis, in dem sich alle Ansätze für eine Hochschulreform seit 1945 bewegten. Auf der einen Seite die Kräfte der Beharrung, für die es sich bei dem Begriff Reform lediglich um ein „Schlagwort der Besatzerzeit“ handelte, und auf der

⁷⁰ Zum problematischen Verhältnis zwischen Ordinarien und Nichtordinarien heißt es ebd., S. 477: „Noch um die Jahrhundertwende war an den deutschen Hochschulen, der Ordinarius, der Lehrstuhlinhaber, der einzige vollwertige Vertreter seines Faches. Neben ihm standen die Privatdozenten, der akademische Nachwuchs. [...] Mit dem Anschwellen der Studentenzahlen vergrößerte sich der Lehrkörper. Aber er wuchs nicht durch entsprechende Vermehrung der Lehrstühle, sondern durch Hilfskräfte. [...] Diese sind seit dem ersten Weltkrieg und der nachfolgenden Inflation wirtschaftlich nicht mehr unabhängig. Ihr rechtlicher und sozialer Status ist bis heute weitgehend ungesichert geblieben. [...] Was bei der Ausweitung der Lehrkörper und bei diesen Hilfsmaßnahmen bestehen blieb, war die traditionelle starke Stellung der Lehrstuhlinhaber. Da infolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzung der Ordinarius nicht mehr das alte patriarchalische Verhältnis zu den Hilfskräften aufrechterhalten konnte und da außerdem die rechtliche Stellung der neu hinzugetretenen Hilfskräfte nicht ausreichend geordnet wurde, hat sich kein Gleichgewicht innerhalb des neuen Lehrkörpers herausgebildet.“

⁷¹ Ebd., S. 483.

⁷² Ebd., S. 484. Vgl. auch Kapitel VII.4.

⁷³ *Restaurieren-Reparieren-Reformieren. Die Universität lebendig erhalten*. Zusammengefaßte Protokollergebnisse des 5. Deutschen Studententages in Karlsruhe 1.-4.5.1958, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, S. 168-243.

anderen Seite die reformorientierten Kräfte, die sich für eine behutsame Modernisierung im Rahmen bestehender Strukturen aussprachen.⁷⁴ Das ständige Bemühen des Humboldtischen Universitätsideals gerade von Reformgegnern ließ unter den in Karlsruhe versammelten Studentenvertretern die Frage aufkommen, „ob angesichts der grundlegenden Veränderungen geistiger, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Art in unserer Zeit es sich bei der angestrebten Hochschulreform nicht weniger um eine Restauration als vielmehr um eine echte Reform im Sinne einer Neuanschaffung handeln müsse.“⁷⁵

Im Zentrum der VDS-Kritik stand die traditionelle Form der akademischen Selbstverwaltung, da diese den Ansprüchen an eine moderne und effiziente Universität nicht mehr genüge. Inhaltlich nahezu deckungsgleich mit den schon zehn Jahre zuvor von Karsen bzw. Paty und Cottrell vorgetragenen Forderungen, sprach sich nun auch der Studententag für eine Verlängerung des Rektorats aus: „Als sehr hinderlich für einen guten Verlauf auch der akademischen Selbstverwaltung wurde die mangelnde Kontinuität erwähnt – eine Tatsache, die [...] leicht übersehen wird. Es wäre wünschenswert, wenn der Rektor statt auf ein Amtsjahr auf fünf Jahre gewählt würde.“⁷⁶ Und auch mit Blick auf die dringend notwendige Reform des Institutswesens hieß es in offensichtlicher Anlehnung an das amerikanische Departmentmodell:

„Eine Gefährdung der Selbstverwaltung innerhalb der Hochschulen wurde auch in der mangelnden Zusammenarbeit der einzelnen Institute und der fehlenden Einheit von Lehre und Forschung an den Forschungsinstituten gesehen. Die Autonomie der Hochschule wird häufig von Institutsdirektoren so ausgelegt, daß sie auf Grund dieser eine Verbindung zu den übrigen Instituten der Universität nicht zu haben brauchen. Der Aufbau der Institute und Seminare sollte so verändert werden, daß allen Gliedern dieser wissenschaftlichen Einrichtungen eine ihrem Ausbildungsgang entsprechende weitgehende Mitwirkung an ihrer organisatorischen und wissenschaftlichen Gestaltung eingeräumt wird. Jeder Professor, Assistent, Student soll entsprechend seinen Fähigkeiten und seiner Stellung an der Verantwortung beteiligt sein.“⁷⁷

7. Ein hochschulpolitischer Wendepunkt: Die Gründung des Wissenschaftsrates im September 1957

Die Vielzahl der unterschiedlichen Konferenzen und Beiträge zum Thema Hochschulreform seit 1945 ließ es gegen Ende der fünfziger Jahre notwendig erscheinen, ein zentrales Gremium zu schaffen, das als eine Art „Think Tank“ die bisherigen Reformvorschläge bündeln und entsprechende Empfehlungen formulieren

⁷⁴ Vgl. ebd., S.170 (Zitat). Diese beiden Strömungen werden dort wie folgt beschrieben: „Auf der einen Seite wurde gesagt, daß man keine Revolution wolle, denn grundsätzlich sei man doch mit der Universität und dem von ihr vertretenen Bildungsideal einverstanden. Es ginge also nur darum, gewisse Mängel abzustellen. Dies möge manchmal zwar revolutionär wirken, sei aber im großen und ganzen mehr reformatorischen Charakters. Von anderer Seite wurde vertreten, daß man nur in geringem Maße mit der heutigen Hochschule einverstanden sei und daß durch die gewünschten oder geforderten Änderungen die Reform einer Revolution sehr nahe käme“ (ebd., S.171).

⁷⁵ Ebd., S.171.

⁷⁶ Ebd., S.230.

⁷⁷ Ebd., S.230.

sollte. Auf Initiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der WRK kam es daher infolge eines zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Verwaltungsabkommens am 5. September 1957 zur Errichtung des Deutschen Wissenschaftsrates.⁷⁸ Dessen drei künftige Hauptaufgaben wurden gemäß Artikel 2 des Abkommens wie folgt definiert:

„1. auf der Grundlage der von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufgestellten Pläne einen Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaften zu erarbeiten und hierbei die Pläne des Bundes und der Länder aufeinander abzustimmen. Hierbei sind die Schwerpunkte und Dringlichkeitsstufen zu bezeichnen. 2. jährlich ein Dringlichkeitsprogramm aufzustellen, 3. Empfehlungen für die Verwendung derjenigen Mittel zu geben, die in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder für die Förderung verfügbar sind.“⁷⁹

Zudem wurde festgelegt, daß insgesamt 39 gemeinsam von Bund und Ländern berufene Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik den Wissenschaftsrat bilden sollten.⁸⁰

Erste Anstöße zur Gründung eines derartigen Gremiums können bis in die Besatzungszeit zurückverfolgt werden. Bereits im November 1946 war seitens der ERAB-Hochschulabteilung eine Institution zur besseren Koordinierung der künftigen Hochschulentwicklung angeregt worden: „An association should be formed whose committees could make survey advise about all fields of university activities and make it possible to come to agreements of basic questions.“⁸¹ In ähnlicher Weise hatten wenige Monate später auch Paty und Cottrell in Ihrem Bericht gefordert, daß „cooperation among institutions [...] should be fostered not only to deal with immediate problems but also in the direction of long-range planning for higher education in Germany“.⁸²

Der Gedanke einer deutschlandweit einheitlich koordinierten Hochschulplanung war im Rahmen des 1948 vorgelegten Blauen Gutachtens aufgegriffen worden. Damals war es in erster Linie um die Grundsatzfrage gegangen, ob das deutsche Universitätssystem seinen föderalistischen Aufbau auch in Zukunft beibehalten könne. Unter Berücksichtigung der Erfahrung des Dritten Reichs hatte sich der Studienausschuß jedoch gegen ein zentrale Verwaltungsstruktur ausgesprochen.⁸³ Schließlich bewiesen die Beispiele USA und Schweiz, daß ein föderal

⁷⁸ Vgl. Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates vom 5.9.1957, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, S.512-514. Zur Funktion und Geschichte des Wissenschaftsrates vgl. Winfried Benz: Der Wissenschaftsrat, in: Handbuch des Wissenschaftsrechts (1996), Bd.2, S.1667-1687; Christian Röhl: Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre restlichen Determinanten, Baden-Baden 1994.

⁷⁹ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, S.512.

⁸⁰ Vgl. ebd., S.512f.

⁸¹ IfZ, OMGUS 5/308-1/11. Comments (o. Datum), S.6.

⁸² IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Certain Problems in the Organisation of Higher Education in Germany, S.10.

⁸³ Vgl. Studienausschuß für Hochschulreform: Gutachten zur Hochschulreform, S.24: „Für viel bedenklicher als gewisse mögliche Nachteile des Föderalismus würde es die Kommission halten, wenn die gesamte deutsche Hochschulpolitik von einer zentralen deutschen Verwaltungsstelle aus gelenkt würde, die, wie unter dem Dritten Reich, die Befugnis zur Ernennung der Professoren und zur Erteilung verbindlicher Weisungen hätte. Das wäre, unter welchem politischen Regime auch immer, mit der Gefahr der Ver-

aufgebautes Hochschulwesen notwendige Planungs- und Steuerungsmechanismen auf nationaler Ebene nicht automatisch ausschließen müsse: „In den beiden genannten Bundesstaaten sorgen besondere Kommissionen und Konferenzen der Vertreter der Hochschulen für den nötigen Kontakt und für die Regelung von Fragen, die im gemeinsamen Interesse der Hochschulen liegen.“⁸⁴ Um künftig eine vergleichbare länderübergreifende Koordination speziell von Finanzmitteln auch in Deutschland zu ermöglichen, hatte das Blaue Gutachten die Einrichtung eines „Forschungsrates“ empfohlen:

„Schon bestehende Institute, deren Kosten von dem Land, in dem sie liegen, nicht allein getragen werden können, sind, sofern ihre Aufrechterhaltung wissenschaftlich wünschenswert ist, aus gemeinsamen Geldquellen der deutschen Länder oder besonderer Stiftungen zu unterstützen. Zur Beratung der hierfür zuständigen Instanz ist es ratsam, einen aus hervorragenden Vertretern der betreffenden Wissenschaften bestehenden Forschungsrat zu bilden.“⁸⁵

Sicherlich läßt sich die im September 1957 erfolgte Gründung des Wissenschaftsrates nicht allein auf Anregungen aus der Besatzungszeit zurückführen, obgleich gerade die aus dem Blauen Gutachten zitierten Passagen eine frühe amerikanische Vorbildfunktion in dieser Frage nahelegen. Tatsächlich war in den Vereinigten Staaten 1941 ein „Office of Scientific Research and Development“ eingerichtet worden, um infolge des amerikanischen Kriegseintritts die rasant steigenden Forschungsaufwendungen für rüstungsorientierte Projekte an staatlichen und privaten Institutionen zu koordinieren. Kurz nach Kriegsende, aus dem die USA als vorerst einzige Atommacht hervorgegangen waren, kam es zudem zur Gründung der „National Science Foundation“, deren Aufgabe darin bestand, die Grundlagenforschung in den USA zu fördern und die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung an amerikanischen Universitäten weiter zu steigern. Schließlich setzte Präsident Eisenhower im Oktober 1957, also wenige Wochen nach der Gründung des deutschen Wissenschaftsrates, als unmittelbare Reaktion auf den „Sputnik-Schock“ einen persönlichen Sonderberater für Wissenschaft und Technik ein, der zudem durch ein „President’s Advisory Committee“ unterstützt wurde.⁸⁶ Aufgrund dieser in der Bundesrepublik mit Interesse beobachteten Entwicklungen in den USA spricht doch einiges dafür, daß die amerikanischen Bemühungen um eine Verbesserung der Koordinierungs- und Planungsmöglichkeiten im Bereich von Wissenschaft und Technik die Einrichtung des Wissenschaftsrates zumindest indirekt mit beeinflußt haben.⁸⁷ Dessen Gründung markiert in der neueren deutschen

armung, der Einseitigkeit und des Mangels an Freiheit der deutschen Wissenschaft verbunden. Wir weisen darauf hin, daß das Hochschulwesen und die Kulturpolitik auch in den USA und in der Schweiz föderalistisch organisiert und daher nicht den zentralen Regierungsbehörden unterstellt sind.“

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd., S. 25.

⁸⁶ Zu dieser Entwicklung vgl. Ruth Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika, Essen 1966, S. 8.

⁸⁷ Zur Gründungsgeschichte des Wissenschaftsrates siehe Röhl: Der Wissenschaftsrat, S. 4–9. Röhl verweist hier zu Recht auf die Tatsache, daß die Gründung des Wissenschaftsrates in keinem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zum Sputnik-Schock stand. Vgl. hierzu auch Wolfgang Bruder (Hg.): Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986; Stucke: Mythos USA, S. 121f.

Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte eine wichtige Zäsur. Es war immerhin dieses Gremium, das 1960 mit seinen *Empfehlungen zum Ausbau bestehender Hochschulen* und den zwei Jahre später folgenden *Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen* die nach der Humboldtschen Ära wohl wichtigste Reformphase einleiten und mitgestalten sollte.⁸⁸ Zur reformpolitischen Bedeutung der 1960 erstmals erschienenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates vermerkte Schelsky:

„Das Anwachsen der Studierenden an den Hochschulen, denen zunächst keine Vermehrung des Lehrkörpers entsprach, erzwang mehr als eine Notmaßnahme denn als eine Reform der vorhandenen Hochschulen. Schon die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagung von 1952 und der Hochschultagung in Bad Honnef 1955 hatten eine Vermehrung aller Stellen des Lehrkörpers als dringend notwendig bezeichnet; aber erst die vom Wissenschaftsrat 1960 verabschiedeten ‚Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen‘ brachten wirksame Maßnahmen in Fluß. [...] Für den räumlichen Ausbau der Hochschulen und die Ausstattung der Institute mit Sachmitteln (Apparaturen, Büchern, Finanzen) legte er im einzelnen ausgearbeitete Vorschläge vor. Um der auf die Dauer zu erwartenden Überfüllung der vorhandenen Hochschulen entgegen zu steuern, empfahl er zugleich die Gründung einiger neuer Hochschulen.“⁸⁹

Wie läßt sich der amerikanische Einfluß auf den westdeutschen Hochschulreformdiskurs zwischen 1950 und 1960 abschließend bewerten? Insgesamt betrachtet war für dieses Jahrzehnt das Spannungsverhältnis zwischen restaurativen und reformorientierten Kräften bestimmend. Zunächst blieb der gegen Ende der 1940er Jahre sichtbar gewordene Wille dominant, an die Universitätstradition der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Dennoch konnte die Analyse der hier vorgestellten Konferenzen, Tagungen und Beschlüsse verdeutlichen, daß trotz aller restaurativen Grundtendenz auch während der fünfziger Jahre einzelne Reformaspekte angelsächsischer Provenienz den Reformdiskurs mitbestimmten. Hierzu zählten u. a. die Frage nach Einführung eines Studium Generale sowie des College-Systems, der Hochschulratsgedanke, der Auf- und Ausbau demokratiepolitisch relevanter Disziplinen wie der Sozial-, Politik- und Amerikawissenschaft, die soziale Öffnung der Hochschulen und das Nichtordinarienproblem. Das besondere amerikanische Interesse an diesen Fragen zeigte sich während der HICOG-Periode auch darin, daß wichtige Hochschulkonferenzen der frühen fünfziger Jahre, wie beispielsweise die Weilburger Arbeitstagungen (1950) oder die Konferenz von Hinterzarten (1952), unter maßgeblicher organisatorischer, personeller und finanzieller Beteiligung der amerikanischen Hohen Kommission stattfanden.⁹⁰

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gewannen dann zunehmend Reformansätze an Bedeutung, die größtenteils schon in den ersten Nachkriegsjahren die amerikanische Hochschulreformagenda dominiert hatten, aber erst jetzt, verursacht auch durch die sich immer deutlicher abzeichnende Führungsrolle der amerikanischen Wissenschaft und den damit verbundenen Herausforderungen für den bundesrepublikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb, neue Relevanz

⁸⁸ Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen*, Teil I: *Wissenschaftliche Hochschulen*, Tübingen 1960; ders.: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen*, Tübingen 1962.

⁸⁹ Schelsky: *Einsamkeit und Freiheit*, S. 188.

⁹⁰ Vgl. Kapitel III.2. und III.3.

erhielten. Gemeint sind in diesem Zusammenhang besonders Fragen der Universitätsverwaltung und -struktur.⁹¹ So zeigt allein die Verdoppelung der Studentenzahlen zwischen 1950 und 1960, welchen Umbrüchen die westdeutschen Universitäten in diesem Zeitraum ausgesetzt waren. Wie die Anmerkungen und Beschlüsse des Hofgeismarer Kreises (1956) und des Karlsruher Studententages (1958) exemplarisch verdeutlichen, stand im Zuge dieser Entwicklung immer häufiger die Frage im Raum, ob die traditionelle Form der akademischen Selbstverwaltung ebenso wie die Binnenstruktur der Universitäten dem sich abzeichnenden Trend zur modernen Massenuniversität noch gerecht werden könnten. In den Vereinigten Staaten hatte die angestrebte Demokratisierung des Studienzugangs schon vor dem Zweiten Weltkrieg zu einem massiven Anstieg der Studentenzahlen und damit zu einem weiteren Ausbau des Universitätsnetzes geführt.⁹² Ein Trend, der nach Kriegsende durch die Verabschiedung der sogenannten GI Bill of Rights im Jahre 1944, die zwischen 1945 und 1950 ca. 2,5 Millionen ehemaligen Soldaten ein Studium ermöglichte, weiteren Auftrieb erhielt.⁹³ Da sich die Bundesrepublik ähnlichen Herausforderungen und Veränderungen ausgesetzt sah, lag ein vergleichender Blick auf die Verhältnisse und Entwicklungen in den USA mehr als nahe. Zusätzlich verstärkt wurde diese USA-Orientierung durch die damalige weltpolitische Großwetterlage. Der Kalte Krieg zwischen den Weltmächten USA und Sowjetunion hatte dazu geführt, beinahe den gesamten Wissenschaftsbereich diesseits wie jenseits des Eisernen Vorhangs für diesen Konflikt zu instrumentalisieren und die Hochschulen in „geistige Kampffelder“ zu verwandeln.⁹⁴ Die sich im Lauf der fünfziger Jahre und spätestens seit dem „Sputnik-Schock“ von 1957 immer deutlicher abzeichnende Ausrichtung der westdeutschen Wissenschaft auf die Vereinigten Staaten – wie umgekehrt im Falle der DDR-Wissenschaft auf die Sowjetunion – hatte damit etwas beinahe Zwangsläufiges. Parallel zu dieser immer intensiver werdenden Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem stieg das Bewußtsein für die Defizite des eigenen, heimischen Systems. In einem 1959 vor der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft gehaltenen Vortrag über die Lage der Hochschulen wies der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, der Frankfurter Jurist Helmut Coing, auf die seiner Ansicht nach im Vergleich zu anderen führenden westlichen Ländern äußerst problematische wissenschaftliche Situation in der Bundesrepublik hin:

„Wir waren als Deutsche daran gewöhnt, mit Stolz auf die deutschen Hochschulen zu blicken. [...]. Die Grundsätze, welche die Organisation und die Arbeit unserer Hochschulen bestimmten, die Vereinigung von Forschung und Lehre, die Selbstverwaltung der Fakultäten und der Gesamt-Universitäten, die Freiheit des Lehrens und Lernens, die Freizügigkeit der Studenten – alles schien geeignet, alle individuellen Kräfte in diesem Bereich des Lebens zu entfalten und bedeutende Leistungen heranreifen zu lassen. Wir durften mit berechtigtem Stolz sagen, daß unsere Wissenschaft über hundert Jahre hindurch fast ununterbrochen im

⁹¹ Vgl. Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung, S.71f.; ders.: Das Ausland als Vorbild, S.94f.; Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S.198f.; Stucke: Mythos USA, S.120–126. Siehe auch Kapitel VII.

⁹² Vgl. Weber: Geschichte der europäischen Universität, S.172.

⁹³ Zu den Intentionen und Auswirkungen der „GI Bill of Rights“ vgl. ebd., S.189; Dippel: Geschichte der USA, S.103; Adams: Die USA im 20. Jahrhundert, S.83.

⁹⁴ So Führ: Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945, S.3.

Fortschritt begriffen war, und daß sie neben derjenigen der anderen größeren Völker Weltgeltung besaß. Diese Situation erscheint heute plötzlich gründlich verändert. Alarmierende Nachrichten über den Zustand der wissenschaftlichen Forschung und Lage unserer Hochschulen beunruhigen die Öffentlichkeit. Im internationalen Wettbewerb der Völker sind wir zurückgefallen. Wir hören von großen Leistungen der amerikanischen, russischen, englischen und französischen Forschung. Vom eigenen Land hören wir vor allen Dingen von Schwierigkeiten.“⁹⁵

In besonderem Maße gefördert wurde dieses Krisenbewußtsein und das Interesse an der universitären und wissenschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten durch den akademischen Austausch zwischen beiden Ländern, der mit der Unterzeichnung des „Fulbright-Abkommens“ 1953 einen entscheidenden Impuls erhalten hatte. Es sollten dann vor allem die in den USA gesammelten Erfahrungen junger deutscher Studenten und Wissenschaftler sein, die dem Hochschulreformdiskurs seit 1960 einen neuen, stark amerikaorientierten Auftrieb verliehen.⁹⁶ Während der fünfziger Jahre blieben also, trotz aller reformpolitischen Kontinuitäten und Neueinschätzungen, grundlegende Strukturveränderungen noch aus. Zu sehr waren die Universitäten und Hochschulverwaltungen in diesem Zeitraum noch mit dem materiellen und personellen Wiederaufbau beschäftigt, um sich an die praktische Umsetzung einer nachhaltigen Hochschulreform zu wagen. Eine diesbezügliche Trendwende begann sich dann erst mit der Errichtung des Wissenschaftsrates im Jahre 1957 abzuzeichnen.⁹⁷

⁹⁵ BayHStA, MK 68575, Lage und Ausbau der deutschen Hochschulen. Vortrag Prof. Coings, gehalten vor der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn am 9.12.1959.

⁹⁶ Vgl. Kapitel V.

⁹⁷ Vgl. Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung, S. 75.

IV. Das hochschulpolitische Erbe der amerikanischen Besatzungspolitik: Political Science, American Studies und die Gründung der Freien Universität Berlin

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß der sich zwischen 1945 und 1960 in der Bundesrepublik Deutschland vollziehende hochschulpolitische Reformdiskurs zwar in einem nicht unerheblichen Maße von amerikanischen Reformvorstellungen der Besatzungszeit beeinflusst worden war, diese jedoch in den nach Kriegsende weitgehend restituierten Hochschulverfassungen kaum Niederschlag fanden.¹ Obgleich deshalb der vordergründige Schluß naheliegen könnte, die amerikanische Präsenz habe in diesem Zeitraum auf universitärer und wissenschaftlicher Ebene keine nennenswerten Spuren hinterlassen, würde ein derartiges Urteil zu kurz greifen.² Tatsächlich war der Wiederaufbau der deutschen Universitäts- und Wissenschaftslandschaft in der OMGUS- und anschließenden HICOG-Periode durch enorme finanzielle und materielle Hilfsleistungen aus den USA unterstützt worden. Dabei traten neben staatlichen amerikanischen Stellen wie dem State Department auch zahlreiche private Stiftungen in Aktion, so beispielsweise die Ford- und Rockefeller-Foundation.³ Unterstützt wurde vornehmlich der Neubau von Studentenwohnheimen, Mensen und Kliniken in beinahe allen Universitätsstädten der drei westlichen Besatzungszonen sowie der Aufbau demokratiepolitisch relevanter Disziplinen. Exakte Zahlen über die Höhe der finanziellen Leistungen liegen nicht vor. Einen ausschnittshaften Einblick in die Hilfsmaßnahmen für den Zeitraum von 1949 und 1952 vermittelt eine von der amerikanischen Hohen Kommission veröffentlichte Tabelle. Im Zusammenhang mit 50 geförderten Einzelprojekten aus dem Universitäts- und Wissenschaftsbereich standen deutsche Investitionen von ca. 14,1 Millionen DM rund 13,9 Millionen DM an amerikanischen Hilfgeldern gegenüber.⁴ Allein für das amerikanische Haushaltsjahr 1950 waren nach deutschen Quellen 10 Millionen DM zur Unterstützung

¹ Zur Restitution nach 1945 vgl. u.a. Klaus-Dieter Stadler: Die Reform der deutschen Hochschulen nach 1945, Bonn 1984, S.6; Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung, S.74; Müller: Geschichte der Universität, S.102; Führ: Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945, S.7.

² Vgl. die Einschätzung bei Tent: Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen, S.610f.

³ Vgl. allgemein Richard Magat: The Ford Foundation at Work. Philanthropic Choices, Methods and Styles, New York 1979; Francis X. Sutton: The Ford Foundation. The Early Years, in: Daedalus. Journal of the Academy of Art and Sciences 116, Nr.1 (1987), S.41-91.

⁴ Vgl. die entsprechende Liste der von amerikanischer Seite unterstützten Projekte bei Pilgert: The West German Educational System, S.82-85.

deutscher Universitäten veranschlagt worden.⁵ Hinzu traten kaum quantifizierbare Sachmittelleistungen für die Verpflegung von Studenten und Professoren, Möbel zur Ausstattung von Hörsälen und Seminarräumen, technische Apparaturen für Universitätslaboratorien und -institute sowie großzügige Bücherspenden für den Wiederaufbau der durch den Krieg stark dezimierten Bibliotheksbestände. Nach einer 1951 im Auftrag der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ vorgenommenen Schätzung waren von ehemals etwa 56 Millionen Bänden in 350 wissenschaftlichen Bibliotheken ungefähr 13 Millionen zerstört worden.⁶

Im Unterschied zu den amerikanischen Bemühungen um eine Reform der deutschen Hochschulverfassung kann demzufolge die hier lediglich kurz skizzierte materielle und finanzielle Unterstützung der deutschen Universitäten als höchst erfolgreich angesehen werden. Dabei lagen dem amerikanischen Engagement im Hochschulbereich durchaus handfeste politische Motive zugrunde, die vor allem zwei Stoßrichtungen verfolgten: Erstens sollte den Deutschen nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft und des verlorenen Krieges auch auf wissenschaftlich fundierter Ebene das Prinzip der Demokratie, aber auch die amerikanische Kultur, die aus Sicht der US-Besatzungsmacht als Ausdruck eines demokratischen Gemeinwesens schlechthin galt, näher gebracht werden. Zweitens galt es, die junge deutsche Demokratie im Zuge des sich seit 1947/48 anbahnenden Ost-West-Konflikts mit wissenschaftlicher Hilfe gegen die Herausforderung des Kommunismus zu stärken und das westlich demokratische Gegenmodell weiter zu festigen. In diesem Spannungsfeld fiel speziell dem Auf- und Ausbau der Politik- und Amerikawissenschaften eine zentrale strategische Bedeutung zu.⁷

Ebenfalls ein Resultat des Ost-West-Konflikts war die Gründung der Freien Universität Berlin (FU) im Herbst 1948. Obgleich die Initiative zur Gründung einer neuen und „freien“ Universität in Berlin von engagierten deutschen Studenten ausging, wäre dieses ambitionierte Projekt ohne massives amerikanisches Engagement über Jahre hinweg kaum überlebensfähig gewesen. Die Gründungsintention und die besondere geopolitische Lage ließen die FU zu einem Symbol wissenschaftlicher Freiheit avancieren, dessen ideelle, materielle und finanzielle Unterstützung zu einem wichtigen Bestandteil amerikanischer Außen- und Deutschlandpolitik während des Kalten Krieges wurde. „In the eyes of the Americans, the university [die FU, S. P.] was both, a product and a symbol of the Cold War,“⁸ konstatierte Richard Pells.

⁵ BayHStA, MK 68573, Interner Vermerk des Bayerischen Kultusministeriums, Betreff: Künftige Unterstützung deutscher wissenschaftlicher und kultureller Stellen, die bisher von amerikanischen Dienststellen gefördert worden sind, 1951.

⁶ BayHStA, MK 66595, Lage und Erfordernisse der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Auftrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dargestellt von Peter Scheibert, Osnabrück 1951, S. 1f.

⁷ Vgl. allgemein Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 68f.; Pells: Not Like Us, S. 40–65 und S. 95–134; Jessica C. E. Gienow-Hecht: Die amerikanische Kulturpolitik in der Bundesrepublik 1949–1968, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 612–622; Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 163f.

⁸ Pells: Not Like Us, S. 49.

1. „A powerful influence for freedom and democracy in German higher education“:⁹ Der amerikanische Einfluß auf die Gründung und Entwicklung der Freien Universität Berlin

Im Gegensatz zu den französischen Hochschulgründungen in Mainz, Saarbrücken und Speyer ging die Initiative zur Gründung der Freien Universität Berlin im Spätherbst 1948 nicht von der amerikanischen Besatzungsmacht aus. Im Gegenteil: Auf amerikanischer Seite hatte man geraume Zeit nichts von der Idee einer universitären Neugründung im eigenen Einflußbereich gehalten. Entsprechende deutsche Initiativen für Regensburg und Bremen waren am amerikanischen Veto gescheitert.¹⁰ Konzeptionell am weitesten fortgeschritten waren damals die Planungen für eine „Internationale Universität in Bremen“, die sich gemäß einer 1947 erschienenen Denkschrift eng an das amerikanische Hochschulmodell anlehnte.¹¹ Besonders im Hinblick auf das soziale Zusammenleben innerhalb der projektierten Hochschule erschien der amerikanische College- und Campus-Gedanke nachahmenswert. „Die Erfahrungen der amerikanischen Hochschulen“, wie in der Bremer Denkschrift betont wurde, „können hier wohl zu Rate gezogen werden; aber nur in einer neuen Hochschule, die grundsätzlich anders aufgebaut sein muß als die alten Hochschulen und eine Möglichkeit zum Experimentieren bietet, ohne daß dabei eine Gefährdung des wissenschaftlichen Niveaus der Institution eintritt.“¹² Trotz dieser programmatischen Anlehnung an den Aufbau amerikanischer Universitäten schreckte die US-Besatzungsmacht mit Blick auf die teilweise desaströsen Zustände an den bestehenden Universitäten vor den immensen Kosten einer Neugründung zurück.¹³ Diese restriktive Haltung korrespondierte im wesentlichen mit derjenigen der Universitätsrektoren. Auch diese befürchteten eine Benachteiligung der im Wiederaufbau befindlichen Hochschulen. So lehnte beispielsweise der Rektor der unzerstörten Universität Erlangen, Eduard Brenner, in einem im März 1947 verfaßten Schreiben an das Bayerische Kultusministerium die diskutierte Gründung einer vierten Landesuniversität in Regensburg mit der folgenden Argumentation ab:

„Obwohl anerkannt wird, daß die Zerstörungen im Bereich der Universitäten München und Würzburg die Überfüllung der drei Universitäten sowie die Vermehrung der bayerischen Bevölkerung um etwa 2 Millionen den Gedanken einer vierten Universität zu begründen vermöchten, sprechen in erster Linie finanzielle, personelle und materielle Schwierigkeiten dagegen.“¹⁴

⁹ So Herman B. Wells in ders.: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S.48.

¹⁰ Vgl. Kapitel II.4.

¹¹ Vgl. IfZ, OMGUS 5/299-1/40, Internationale Universität in Deutschland (als Manuskript gedruckt), München 1947.

¹² Ebd., S.4.

¹³ Zu den amerikanischen Vorbehalten gegenüber einer Neugründung vgl. IfZ, OMGUS 5/301-1/26, New University in Regensburg, 24.3.1948.

¹⁴ BayHStA, MK 68587, Schreiben Eduard Brenners an das Bayerische Kultusministerium vom 29.3.1947. Zur geplanten Universitätsgründung in Regensburg und dem Widerstand der bayerischen Rektoren vgl. auch Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S.126f.

Was aber veranlaßte die amerikanische Besatzungsmacht schließlich dazu, im Verlauf des Jahres 1948 das Projekt einer neuen und „freien“ Universität in Berlin plötzlich derart massiv zu unterstützen? Verständlich wird dieser Richtungswechsel allein durch die spezifische Lage, in der sich die alte Reichshauptstadt unmittelbar nach Kriegsende befand. So war im Zuge der Eroberung Berlins durch sowjetische Truppen und der anschließenden Aufteilung der Stadt in vier Besatzungszonen auch die dortige Hochschullandschaft unter verschiedene alliierte Einflusssphären gekommen.¹⁵ Während sich die Technische Hochschule innerhalb der britischen Besatzungszone befand, lag der Großteil der alten Friedrich-Wilhelms-Universität im sowjetisch kontrollierten Stadtgebiet.¹⁶ Obgleich die Universität Berlin gemäß den alliierten Vereinbarungen bereits im Sommer 1945 unter die gemeinsame Verwaltung des Alliierten Kontrollrats gestellt werden sollte, vertrat die sowjetische Seite den Standpunkt, daß sich jede Hochschule oder Forschungseinrichtung unter direkter Kontrolle derjenigen Besatzungsmacht befinde, in deren Sektor diese lag.¹⁷ Damit war freilich einer ideologischen Durchdringung der Berliner Universität Tür und Tor geöffnet, die ganz den sowjetischen Nachkriegsplanungen entsprach. „Die Tatsache“, so James F. Tent, „daß die Sowjets Berlin allein eroberten und zwei Monate lang die alleinige Kontrolle innehatten, erklärt vieles von der politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung bis zur Blockade. Im vornherein muß gesagt werden, daß von den vier Besatzungsmächten eindeutig die Sowjets diejenigen waren, die mit den am besten ausgearbeiteten Plänen für die Zukunft des besetzten Deutschlands aufwarteten.“¹⁸ Im Unterschied dazu hätten sich die Amerikaner, wie Tent an anderer Stelle betont, „bis zum Sommer 1945 noch recht wenig Gedanken über die Zukunft der Bildungseinrichtungen in Berlin im allgemeinen gemacht und noch weniger über die Zukunft der Berliner Hochschulen und wissenschaftlichen Institute im speziellen“.¹⁹

Am 8. Januar 1946 wurde auf Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (SMAD), Marshall Georgij Shukow, der Wiederbeginn der Lehrtätigkeit an den Universitäten Berlin und Halle angeordnet. Die offizielle Neueröffnung der Berliner „Linden-Universität“, so deren Bezeichnung

¹⁵ Unter hochschulpolitischen Gesichtspunkten vgl. Siegward Lönnendonker: Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität, Berlin 1988, S. 38–50; James F. Tent: Die Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988, S. 9–32; ders.: The Free University of Berlin: A German Experiment in Higher Education, 1948–1961, in: Diefendorf/Frohn/Rupieper: American Policy and the Reconstruction of West-Germany, S. 237–256, hier besonders S. 237f.; Boris Spix: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957–1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008, S. 52–64.

¹⁶ Vgl. Friedrich Zipfel: Die Friedrich-Wilhelms-Universität. Geschichte einer Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin (Hg.): Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, 1948–1963. FU Spiegel, Dezember 1963, S. 6–8; Rüdiger vom Bruch: Berlin, in: Boehm/Müller: Universitäten und Hochschulen, S. 61f.; Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 3–18.

¹⁷ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 19.

¹⁸ Ebd., S. 13f.

¹⁹ Ebd., S. 18.

bis zur Umbenennung in „Humboldt-Universität“ im Frühjahr 1949, erfolgte dann drei Wochen später am 29. Januar 1946.²⁰ Ein erstes Anzeichen für die kommende ideologische Vereinnahmung läßt sich bereits an dem Umstand ablesen, daß die wiedereröffnete Universität nicht als autonome Institution, sondern lediglich als Dienststelle der am 15. September 1945 gegründeten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone eingerichtet wurde.²¹ Die Hauptaufgabe dieser Zentralverwaltung bestand im Wiederaufbau des Hochschulwesens und der Wissenschaften in der sowjetischen Besatzungszone. Als deren Präsident fungierte Paul Wandel, ein linientreuer Kommunist, der 1933 vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion geflohen war und dort Sekretär Walter Ulbrichts wurde. Aus Sicht der sowjetischen Machthaber schien Wandel die geeignete Persönlichkeit für die ideologische Neuausrichtung der Berliner Universität zu sein.²²

Bereits kurze Zeit nach der Wiedereröffnung traten erste Streitpunkte zwischen Teilen der Studentenschaft und der Zentralverwaltung bzw. der SMAD auf. In erster Linie ging es dabei um die Zulassungspraxis der Zentralverwaltung, die Frage nach der Notwendigkeit sozialwissenschaftlich bzw. politisch ausgerichteter Pflichtvorlesungen, die freilich der sowjetischen Doktrin zu folgen hatten, und schließlich um die wachsenden Repressalien, denen sich kritische Studenten ausgesetzt sahen. So hieß es beispielsweise in den von der Zentralverwaltung ausgestellten Ablehnungsbescheiden für das Wintersemester 1946/47:

„Die hohe Zahl der Bewerbungen einerseits und die geringen zur Verfügung stehenden Hörerplätze bedingen eine besonders scharfe Auslese im Hinblick auf die fachliche Qualifikation, charakterliche Eignung und politische Haltung der sich zum Studium Bewerbenden. Nach eingehender Prüfung der eingereichten Unterlagen mußte der Prüfungsausschuß zu dem Ergebnis kommen, daß diese Voraussetzungen zur Zeit bei Ihnen nicht in vollem Maße als gegeben erscheinen.“²³

Die mit derartigen Bescheiden verfolgte Stoßrichtung war eindeutig, nämlich eine Neugestaltung der Zulassungspraxis zugunsten der SED genehmer Studenten.²⁴

Dieses ideologisch motivierte Vorgehen führte im Verlauf der Jahre 1946 und 1947 zu einer immer tieferen Spaltung der Studentenschaft. Schließlich eskalierte der Konflikt nach den Studentenratswahlen vom 11. Dezember 1947, bei denen die

²⁰ Seitens der sowjetischen Militärregierung wurde bewußt nicht von einer „Wiedereröffnung“ der alten Friedrich-Wilhelms-Universität gesprochen, um dadurch eine gegebenenfalls notwendige Einbeziehung der drei westlichen Besatzungsmächte zu vermeiden. Statt dessen wurden die Begriffe „Neueröffnung“ bzw. „Neugründung“ verwendet. Vgl. hierzu Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 105–107.

²¹ Vgl. Ludwig von Friedeburg/Jürgen Hörlemann u. a. (Hg.): Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland, Neuwied/Berlin 1968, S. 26f.; Tent: Freie Universität Berlin, S. 15 und S. 32f.

²² Vgl. Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 125 sowie zur allmählichen „Sowjetisierung“ der Berliner Universität S. 119–159.

²³ FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1943–1973, Hochschule im Umbruch, Teil I: 1945–1949. Gegengründung wozu?, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973, S. 20f. Dok. 5.

²⁴ Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 28; Tent: Freie Universität Berlin, S. 49f.

SED-nahen Gruppierungen herbe Verluste hinnehmen mußten. Durch das Wahlergebnis bestätigt begannen die Herausgeber der oppositionellen Studentenzeitung „Colloquium“ nun offene Kritik an den undemokratischen und aggressiven Wahlkampfmethoden der SED zu üben.²⁵ Doch weder die Einheitspartei noch die Zentralverwaltung oder die SMAD konnten direkt gegen das kritische Studentenblatt vorgehen, da dieses von der amerikanischen Besatzungsmacht lizenziert worden war.²⁶

Wenige Wochen nach den Wahlen zum 2. Studentenrat erschien in der Januar-Ausgabe (1948) des „Colloquiums“ unter dem provokativen Titel *Kampf um die Universität: Wie lange noch?* ein Artikel, in dem die Infiltrations- und Ideologisierungsbemühungen der Zentralverwaltung schonungslos angesprochen wurden:

„Der aufmerksame Beobachter darf am Ergebnis der Studentenratswahlen in Berlin und den Universitäten der Ostzone, soweit dies bisher bekannt geworden ist, feststellen, daß dem Bestreben der Zentralverwaltung für Volksbildung und seiner getreuen Helfer, unter dem Motto ‚Demokratisierung der Universitäten‘ den Klassenkampf in die alma mater zu tragen, bisher bemerkenswert wenig Erfolg beschieden wurde. [...] Wenn die Unbelehrbarkeit der Herren von der Z.V. nicht allzu evident wäre, so könnte man mit Recht hoffen, daß sie endlich einsehen, daß selbst bei den abgestumpften Nerven einer durch zwölf Jahre Diktatur gegangenen Jugend ihre Holzhammermethoden den gegenteiligen Erfolg zeitigen. So aber, wie die Dinge nun einmal liegen, müssen wir erwarten, daß die neugewählten Studentenräte zum Beispiel in ihrem unzweifelhaften Bemühungen um ein faires Zulassungsverfahren in den nächsten Semestern der gleichen Rigorosität begegnen werden wie die bisher amtierenden und dabei wie bisher allein gelassen werden.“²⁷

Der Hinweis auf die Diktatur des Nationalsozialismus verdeutlicht die Motivation der beiden „Colloquium“-Herausgeber, Otto Hess und Joachim Schwarz: nie mehr sollte eine falsche Ideologie Einfluß gewinnen, weder der untergegangene Nationalsozialismus noch der neue Sozialismus sowjetischer Prägung. Tatsächlich hatte die Diktatur- und Kriegserfahrung der Jahre 1933 bis 1945 große Teile der damaligen Studentengeneration gegen jegliche Versuche politischer Einflußnahme sensibilisiert und zu kritisch-mündigen Persönlichkeiten reifen lassen.²⁸

Im März 1948 eskalierte die Situation infolge eines weiteren „Colloquium“-Artikels, in dem die unverblühte Frage gestellt wurde, was getan werden könne, „um der scheinbar unaufhaltsamen Abwertung der *universitas litterarum* zur Parteihochschule entgegenzuwirken“.²⁹ Der endgültige Bruch zwischen den oppositionellen Studenten und der Zentralverwaltung erfolgte, als Otto Hess, Joachim Schwarz und Otto Stolz, ein weiterer „Colloquium“-Mitarbeiter, am 16. April 1948 auf Betreiben Wandels von der Universität verwiesen wurden.³⁰ Begründet

²⁵ Zur Rolle des „Colloquiums“ im Vorfeld der Gründung der Freien Universität vgl. Emil Dovifat: Zwischen Ende und Anfang. Erinnerungen aus dem Gründungsjahr, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 9-12; Detlef E. Otto: Das Gespräch 1947-1963: „Colloquium“, in: ebd., S. 42.

²⁶ Tent: Freie Universität Berlin, S. 63f.

²⁷ Colloquium, 2. Jg., Januar 1948, Heft Nr. 1, S. 13-15. Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S. 32 Dok. 22.

²⁸ Tent: Freie Universität Berlin, S. 44f.

²⁹ Colloquium, 2. Jg., März 1948, Heft Nr. 3, S. 14f. Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S. 33f. Dok. 24.

³⁰ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 96.

wurde dieser Schritt in einem an die drei Studenten gerichteten Schreiben des damaligen Rektors Hermann Dersch wie folgt:

„Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone hat mir mit Schreiben vom 16. April ds. Js. mitgeteilt, daß sie ihr Einverständnis mit Ihrer Zulassung zum Studium an der Universität Berlin im Hinblick auf die in Ihrer publizistischen Tätigkeit liegenden Verletzung von Anstand und Würde eines Studierenden hiermit widerrufe.“³¹

Am 21. April nahmen die Betroffenen im „Berliner Tagesspiegel“ öffentlich Stellung zu ihrer Relegation. Sie verwiesen darauf, daß nicht sie, sondern die Zentralverwaltung mit ihren repressiven Maßnahmen konsequent die Würde der Universität verletzt habe. Die im Stadtparlament vertretenen politischen Fraktionen mußten nun endlich für die Unterstellung der Universität unter die Aufsicht des Berliner Magistrats eintreten.³² Und noch am gleichen Tag forderte der nicht SED-dominierte Berliner Studentenrat die Zentralverwaltung in einer Sondernummer des „Colloquiums“ auf, „ihre Maßnahmen in der Angelegenheit der Studenten Hess, Schwarz und Stolz nochmals [zu überprüfen]“.³³ Von nun an begannen sich die Ereignisse zu überschlagen. Selbstverständlich zeigte sich die Zentralverwaltung nicht gewillt, auf die Forderungen der Studentenvertreter einzugehen. Daraufhin wurde die Studentenschaft im Rahmen eines am 23. April angesetzten Vorlesungsstreiks zu einer Versammlung in das an der Grenze zum sowjetischen Sektor im Westteil der Stadt gelegene Hotel Esplanade gebeten, wo die Relegierten zu ihrer Causa Stellung nehmen wollten. Dabei rief Otto Stolz die rund 2000 Versammelten zur Gründung einer neuen und von jeglichen politisch-ideologischen Einflußnahmen „freien“ Universität auf.³⁴ Acht Jahre nach der Versammlung im Esplanade schrieb Georg Kotowski, damals Mitglied des Gründungsausschusses der FU und später ebendort Professor für Politikwissenschaft, über diesen denkwürdigen Tag:

„Am 23. April kam es auf Einladung der Hochschulgruppen der drei demokratischen Parteien zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung der Berliner Studentenschaft im Hotel Esplanade im britischen Sektor, aber unmittelbar an der Sektorengrenze. Trotz der Androhung harter Strafen nahm ein große Zahl von Studenten teil. Unter brausendem Beifall forderte der Student Otto Stolz die Errichtung einer freien Universität. Von diesem Augenblick an begannen die vielfältigen Strömungen, die dasselbe Ziel schon seit längerer Zeit anstrebten, zusammenzufließen und erlangten dadurch eine Stoßkraft, welche es vermochte, die ungeheuren Schwierigkeiten, die dem Unternehmen entgegenstanden, beiseite zu schieben.“³⁵

Zu den von Kotowski hier angesprochenen „Strömungen“, die zur Verwirklichung der im Hotel Esplanade proklamierten Gründungsabsicht beitrugen, zählte – wohlgemerkt nach anfänglichem Zögern – in ganz erheblichem Maße auch die

³¹ Hier zitiert nach Uwe Prell/Lothar Wilker (Hg.): Die Freie Universität Berlin 1948–1968–1988. Ansichten und Einsichten, Berlin 1989, S.218 Dok. 6.

³² Vgl. hierzu Der Tagesspiegel vom 21.4.1948, abgedruckt in FU Dokumentation I, S.34 Dok. 25.

³³ Colloquium, 2. Jg., April 1948, Sondernummer, S.14. Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S.35 Dok. 27.

³⁴ Zu den Ereignissen im Hotel Esplanade vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.99.

³⁵ Georg Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität. Mit einem Gedenkwort von Ernst E. Hirsch, Rektor der Freien Universität Berlin, Berlin 1954, S.26.

amerikanische Besatzungsmacht. Diese beobachtete seit 1947 mit wachsender Sorge die repressiven Ideologisierungsbemühungen der Zentralverwaltung. Gleichwohl waren die Amerikaner an dieser Situation nicht ganz schuldlos. Seit Beginn der Berliner Besatzung und dann vor allem in der Zeit der einseitigen Wiedereröffnung der Linden-Universität durch die Sowjets hatte sich der Mangel an hochschulpolitischen Konzepten auf sträfliche Weise bemerkbar gemacht. So scheute man einerseits auf amerikanischer Seite den offenen Konflikt mit den Sowjets in der Hochschulfrage, andererseits besaß man aber selbst keine klaren Vorstellungen dahingehend, wie die Berliner Hochschullandschaft in Zukunft auszusehen habe.³⁶ Ferner hatte der Umstand, daß es den Amerikanern nicht gelungen war, ihren Einfluß auf die Berliner Universität gegenüber der SMAD geltend zu machen, negative Auswirkungen auf die amerikanische Haltung gegenüber den Berliner Studenten gezeigt. Diese wurden zunehmend als potentielle sowjetische Agenten betrachtet. Kurzsichtige und als ungerecht empfundene Maßnahmen taten das ihrige, um umgekehrt das studentische Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Militärverwaltung weiter anzufachen. Beispielsweise verweigerte der amerikanische Stadtkommandant, Oberst Frank Howley, zu Beginn des zweiten Semesters denjenigen Studenten die Aufenthaltserlaubnis im amerikanischen Sektor, die von dort aus die im sowjetischen Sektor gelegene Universität besuchen wollten.³⁷

Selbstverständlich gab es auch Mitglieder der amerikanischen ERAB, die den Bildungssektor nicht als bloßen Nebenkriegsschauplatz eines sich vertiefenden Ost-West-Konflikts betrachteten oder diesen – abgesehen von der im britischen Sektor liegenden Technischen Hochschule – den Sowjets überlassen wollten. Eine Auseinandersetzung mit der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft war schon deshalb immer dringlicher geworden, weil sich innerhalb des amerikanischen Sektors nicht nur einige Institute der Berliner Universität, sondern auch ein Großteil der in Dahlem ansässigen Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) befanden. Was die Universitätsinstitute, wie den Botanischen Garten oder die Pharmakologie, anbetraf, sperrten sich die Amerikaner auch nach der Neueröffnung der Linden-Universität gegen eine Übergabe an die im Ostteil der Stadt residierende Hochschulleitung. Zudem wurde der dortige Forschungs- und Lehrbetrieb weitestgehend unterbunden.³⁸ Was also mit den insgesamt über vierzig wissenschaftlichen Einrichtungen im amerikanischen Sektor künftig geschehen sollte, blieb im ersten Nachkriegsjahr noch offen. Erst im Herbst 1946 schien sich eine interessante Lösung abzuzeichnen. „Es war Fritz Karsen“, so Tent, „der zum ersten und hartnäckigsten Anwalt einer neuen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtung wurde: eines „Instituts für fortgeschrittene

³⁶ Zur amerikanischen Reaktion auf die Neueröffnung der Berliner Universität vgl. u. a. Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 38; Lönnendonker: *Freie Universität Berlin*, S. 107–110; Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 76–87; ders.: *The Free University of Berlin*, S. 243f.

³⁷ Ebd., S. 77.

³⁸ Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 82. Vgl. ferner IfZ, OMGUS 5/291-3/12, Schreiben Fritz Karsens an Alonzo G. Grace vom 25.8.1948. In diesem Brief sprach Karsen im Hinblick auf die zu errichtende Forscherhochschule von einer „School of Advanced Studies“.

Studien“ nach dem Vorbild des „Institute for Advanced Study“ in Princeton.³⁹ Diese geplante Anlehnung an Princeton ist aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive insofern bemerkenswert, als sich Abraham Flexner, der geistige Vater des 1937 gegründeten Institute for Advanced Study, im Rahmen seines Gründungskonzepts seinerseits am Vorbild der außeruniversitären Forschungsinstitute der KWG orientiert hatte. Offensichtlich war dieser Zusammenhang dem Emigranten Karsen nicht bekannt.⁴⁰ Nach dessen Vorstellungen sollte die Berliner Forschungshochschule nur Frauen und Männer aufnehmen, die bereits ein Universitätsstudium abgeschlossen hatten. Gedacht war an ein Postgraduierstudium mit naturwissenschaftlichem Fächerschwerpunkt, das durch gesellschaftspolitisch relevante Disziplinen wie der Soziologie, Politikwissenschaft, Pädagogik und American Studies ergänzt werden sollte.⁴¹ Nach einer Unterredung mit Karsen in dieser Angelegenheit schrieb Kurt Noack, der damalige Direktor des Berliner Botanischen Gartens, im September 1946 fast schon euphorisch an den ersten Nachkriegsrektor der Linden-Universität, den Philosophen und Schüler Wilhelm Diltheys Eduard Spranger: „Es soll versucht werden, eine post-graduated-high-school zu machen, ohne die Bindung mit der Universität im anderen Sektor völlig aufzugeben. Sehr erfreulich ist es, daß die Amerikaner Berlin wieder zum Zentrum deutscher Wissenschaft machen wollen. Da dies ja auch die Russen vorhaben, kann es uns an nichts mangeln.“⁴²

Um allerdings dem Anschein zu begegnen, es handle sich im Fall der geplanten Forschungshochschule um eine Gründung der amerikanischen Besatzungsmacht, wurde ein Stiftungsrat gebildet, der sich aus Vertretern der Länder in den westlichen Besatzungszonen und Berlins sowie aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzte.⁴³ Zu einem längerfristigen Planungsstillstand kam es aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Berliner Magistrat und dem Bayerischen Kultusministerium wegen der künftigen Trägerschaft der Forschungshochschule. Berlin sperrte sich gegen den von bayerischer Seite vertretenen Plan, den Sitz der zuständigen Länderstiftung nach München zu verlegen. Der Magistrat befürchtete in diesem Fall einen allzu großen Einfluß des wegen seines ausgeprägten Konservatismus umstrittenen bayerischen Kultusministers Alois Hundhammer.⁴⁴ Obgleich es im Februar 1948 doch noch zu einer Einigung zwi-

³⁹ Tent: Freie Universität Berlin, S. 82f.

⁴⁰ Zur Vorbildfunktion der KWG hinsichtlich der Gründung des Institute for Advanced Study in Princeton vgl. Clark Kerr: Remembering Flexner, in: Flexner: Universities, S. vii–xx, hier S. xi; Goldschmidt: Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Bildungswesen, S. 163; Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 105f.

⁴¹ IfZ, OMGUS 5/301-1/26, Interview mit der Korrespondentin der DANA über Forscherhochschule am 26. 11. 1947. Vgl. hierzu auch das entsprechende Kapitel zur „Forscherhochschule in Berlin-Dahlem“ bei Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 160–177, sowie Tent: Freie Universität Berlin, S. 82–84.

⁴² Hier zitiert nach Tent: Freie Universität Berlin, S. 83.

⁴³ IfZ, OMGUS 5/301-1/26, Interview mit Korrespondentin der DANA über Forscherhochschule am 26. 11. 1947.

⁴⁴ Zu dieser Kontroverse nahm ein Artikel in „Der Welt“ vom 7. 11. 1947 wie folgt Stellung: „Die Pläne und der Etat dieser neuen Organisation sind bereits in allen Einzelheiten von

schen beiden Parteien und im Mai sogar zur formellen Einrichtung der Forscherhochschule kam, sollte die sich seit Frühjahr 1948 zuspitzende Entwicklung an der Linden-Universität bald dazu führen, das Projekt zugunsten einer kompletten Universitätsneugründung im Westen Berlins aufzugeben.⁴⁵

Den entscheidenden Kontakt zur amerikanischen Militärregierung knüpften die oppositionellen Studenten um die „Colloquium“-Herausgeber Hess, Schwarz und Stolz über das Ehepaar Fritz und Herta Epstein. Der Historiker Fritz T. Epstein, deutscher Exilant wie Karsen, war gemeinsam mit seiner Frau im Auftrag des State Departments nach Berlin gekommen, wo beide regen Anteil am Schicksal der dortigen Universität und deren Studenten nahmen.⁴⁶ „Die Berliner Studenten“, so Siegward Lönnendonker,

„die der SED-Politik immer oppositioneller gegenüberstanden, trafen sich seit dem Winter 1946 auch bei den Amerikanern [...] zu politischen Gesprächen. [...] Am beliebtesten waren die Treffen bei der Familie Epstein (Salon Epstein‘). In dieser Umgebung waren sie vor den Bspitzelungen ihrer SED-Kommilitonen sicher und außerdem gab es dort meistens etwas zu essen: ‚Demokratisierung durch Würstchen‘ hieß das.“⁴⁷

Nach der Protestkundgebung im Hotel Esplanade vom 23. April 1948, die in der Forderung nach der Gründung einer „freien“ Universität gemündet war, traten neben den Epsteins weitere amerikanische Persönlichkeiten auf die Berliner Bühne, die ihrerseits das studentische Ansinnen aufgriffen und tatkräftig zu unterstützen begannen. Einer davon war der amerikanische Journalist Kendall Foss, der im Auftrag der in München erscheinenden „Neuen Zeitung“ in Berlin die Vorgänge an der Linden-Universität beobachtete.⁴⁸ Im Anschluß an die Versammlung im Hotel Esplanade hatte sich Foss mit einigen Studenten getroffen und eine Kontaktaufnahme mit General Lucius D. Clay, dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland, angeregt.⁴⁹ Tatsächlich informierte Foss schon am folgenden Morgen General Clay telefonisch über die Ereignisse des Vortages und

süddeutschen Experten ausgearbeitet worden. An einem Punkt jedoch kamen die Verhandlungen zum Stillstand: die Vertreter des Berliner Magistrats und auch ein Teil der vorgesehenen Professoren lehnten München als Sitz der Stiftung – wenn auch die Verwaltung nicht dort liegen soll – ab. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß eine Stiftung in München der Dienstaufsicht und dem Einfluß des bayerischen Kultusministeriums unterliegen würde. Dieses Ministerium wird aber gegenwärtig von Dr. Hundhammer, der auf kulturellem Gebiet meist umstrittenen Persönlichkeit Deutschlands, geleitet. Man erinnert in diesem Zusammenhang in Berlin an den augenblicklichen Status der Berliner Universität, die ausschließlich von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone geleitet wird, ohne daß der Magistrat irgendeinen Einfluß hat.“

⁴⁵ Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 177.

⁴⁶ Tent: Freie Universität Berlin, S. 84f.

⁴⁷ Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 218.

⁴⁸ Zur Rolle Foss' im Vorfeld der Gründung der FU vgl. u. a. Kendall Foss: A New Freedom for Education, in: New York Post vom 24.2.1947; Tent: Freie Universität Berlin, S. 106–108; Wells: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S. 48.

⁴⁹ Zu Clays Deutschlandpolitik vgl. Lucius D. Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt o. J. (1950); John H. Backer: Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1983; Wolfgang Krieger: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, Stuttgart 1987.

bat diesen, „ihn mit der Prüfung der Möglichkeiten der Errichtung und Unterstützung einer freien Universität im Westen Berlins zu beauftragen“.⁵⁰ Nachdem der Oberkommandierende spontan seine Unterstützung zugesagt hatte, besuchte Foss gemeinsam mit einigen Studenten Hermann B. Wells, Clays kulturpolitischen Berater, sowie den amtierenden Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter, um das weitere Vorgehen in der Neugründungsfrage zu beraten.⁵¹ „Der Journalist stand nun vor der schwierigen Aufgabe“, so Kotowski rückblickend über Foss’ tragende Rolle, „bei den Verhandlungen mit den Deutschen deren Vertrauen zu der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Absichten zu gewinnen, ohne seinen amtlichen Auftrag allzu offen bekannt geben zu dürfen. Seine wichtigste Aufgabe war es, Vertrauen zu wecken.“⁵²

Ein bedachtes Vorgehen erschien nicht zuletzt deshalb angebracht, weil sich die politische Großwetterlage in Berlin weiter zuspitzte. Am 20. März 1948 hatten die sowjetischen Vertreter den Alliierten Kontrollrat verlassen, nachdem sich die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (23.2.–6.3.1948) für eine Ausweitung des Marshall-Plans auf die westlichen Besatzungszonen ausgesprochen hatte.⁵³ Niemand konnte in dieser Situation absehen, was als nächstes geschehen würde. Ein allzu progressives Bekenntnis zur Gründung einer neuen Universität speziell im politischen Brennpunkt Berlin schien daher aus amerikanischer Sicht unangebracht. Gleichwohl kam es am 4. Mai zur Bildung eines „Committee on the Establishment of a German University in the U.S. Sector of Berlin“, zu dessen Vorsitzenden der in hochschulpolitischen Belangen weitgehend unerfahrene Foss ernannt wurde.⁵⁴ Hierbei ist bemerkenswert, daß man den jungen Journalisten und nicht den für Hochschulfragen zuständigen ERAB-Spezialisten, Fritz Karsen, mit dieser Aufgabe betraute. Der ehemalige Berliner Oberstudiendirektor wäre aufgrund seiner bisherigen Bemühungen um eine Hochschulreform sowie für die Errichtung einer Berliner Forschungshochschule weitaus prädestinierter gewesen. Offensichtlich wollte die Spitze der Militärregierung Karsens Einfluß auf das neue Universitätsprojekt begrenzt halten. Dies mag in erster Linie an dessen skeptischer Grundhaltung gelegen haben, da Karsen – wie auch der ERAB-Leiter Richard Thomas Alexander – neben den praktischen Schwierigkeiten stets auf die möglichen politischen Konsequenzen eines solch brisanten Unterfangens hingewiesen hatte. Ein Hauptproblem bestand für Karsen im Zusammenhang mit der Neugründung ei-

⁵⁰ Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 27.

⁵¹ Zu diesem Besuch vgl. Wells: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S. 47f.

⁵² Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 27.

⁵³ Vgl. u. a. Jochen Laufer: Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat, in: Alexander Fischer (Hg.): Studien zur SBZ/DDR, Berlin 1993, S. 57–83; Gunther Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995; Schöllgen: Geschichte der Weltpolitik, S. 53f.; Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 41f.; Gunther Mai: Vom Dualismus zur vorübergehenden Teilung. Die USA im Alliierten Kontrollrat, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 91–99, hier S. 99.

⁵⁴ Zur Arbeit des „Committee on the Establishment of a German University in the US Sector of Berlin“ vgl. u. a. Lönnecker: Freie Universität Berlin, S. 264–283.

ner Volluniversität gerade in Berlin darin, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. In der Tat schien es für Hochschullehrer aus den westlichen Besatzungszonen wenig lukrativ, sich auf ein derart unsicheres Projekt einzulassen, ganz abgesehen von den damals nicht eben attraktiven Lebensverhältnissen in der ehemaligen Reichshauptstadt.⁵⁵ James F. Tent hat in seiner Geschichte der Freien Universität Berlin die nachvollziehbare These vertreten, daß es Karsen womöglich nicht mehr zugetraut wurde, sich dieser Herausforderung zu stellen:

„Karsen hatte seine Aufgabe darin gesehen, in der amerikanischen Zone demokratischer strukturierte Universitäten zu schaffen; und er hatte sich hart eingesetzt, um die Universitäten so weit zu bringen, daß sie sich Beiräte zulegte, die einen verbesserten Kontakt zur Öffentlichkeit gewährleisten und damit die deutschen Universitäten aus dem Elfenbeinturm herausführen sollten. Des weiteren wünschte sich Karsen mehr Teilhabe und Mitsprache der Studentenschaft. Obwohl Karsen bei den Konferenzen der Universitätsrektoren zu diesen Reformen gedrängt und obwohl man jahrelang über sie diskutiert hatte, war in der Praxis kaum etwas davon verwirklicht worden. Karsen hatte sein Lieblingsprojekt, die Deutsche Forscherhochschule, mit dem Argument gerechtfertigt, es könne dazu beitragen, eine Generation demokratisch gesinnter Universitätsprofessoren heranzuziehen. Innerhalb der Militärregierung bestand jedoch der Eindruck, Karsen habe in seinen Bemühungen um die Demokratisierung der Universität nur wenig erreicht. [...] Dagegen brachten relative Neulinge wie Kendall Foss und die Mitglieder seines Ausschusses noch den für ein solches Vorhaben erforderlichen Optimismus mit.“⁵⁶

Eine Art Aufsichtsfunktion über die Arbeit des von Foss geleiteten Komitees übernahm Hermann B. Wells. Wells, neben seiner Beratertätigkeit für OMGUS im Zivilberuf Präsident der University of Indiana, war sich der enormen finanziellen Aufwendungen und logistischen Probleme, die mit einer Neugründung verbunden waren, bewußt. Gegenüber Clay versuchte Wells immer wieder auf die zu erwartenden Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, wie er rückblickend selbst einräumte:

„I explained that starting a university is a complicated business, that we had to have a faculty, a library, laboratories, and so on. I was sure that we would have plenty eager students, but I was not sure that we could accomodate them in such a short time. He [Clay] brushed aside all my doubts, said it could be done, and asked me to put the machinery into motion.“⁵⁷

Diese Zitat zeigt eindrucksvoll, mit welchem Engagement das Berliner Universitätsprojekt selbst durch den ranghöchsten Repräsentanten der Vereinigten Staaten in Deutschland vorangetrieben wurde. Wie schnell die Planungen Gestalt annahmen, beweist zudem die Tatsache, daß Foss und Wells bereits fünf Tage nach den Ereignissen im Hotel Esplanade General Clay erste Ergebnisse präsentieren konnten. Anvisiert war die Aufnahme des Lehrbetriebs einiger Institute und Fakultäten für den Herbst 1948. Allerdings wurde immer wieder hervorgehoben, daß es sich um eine deutsche und eben nicht um eine amerikanisch initiierte Gründung handeln sollte. Die Amerikaner selbst sahen sich lediglich in der Rolle eines Geburtshelfers, der die finanziellen und logistischen Voraussetzungen für ein solches Un-

⁵⁵ Tent: Freie Universität Berlin, S. 115–123.

⁵⁶ Ebd., S. 125.

⁵⁷ Wells: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S. 48.

terfangen schaffen sollte, die von deutscher Seite unmöglich hätten alleine geleistet werden können.⁵⁸

Nachdem sich also in der ersten Maihälfte des Jahres 1948 eine amerikanische Unterstützung des Universitätsprojekts abzuzeichnen begann, überschlugen sich die weiteren Ereignisse. Am 11. Mai hatte auch das Berliner Stadtparlament offiziell auf die Forderungen der Studenten reagiert. Mit großer Mehrheit wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Magistrat beauftragt, seinerseits Maßnahmen zur Gründung einer „freien“ Universität einzuleiten.⁵⁹ Damit waren nun mehrere Gruppen und Institutionen an den Planungen beteiligt, die allerdings noch weitgehend unabhängig voneinander agierten. Um dieses Defizit auszuräumen, wurde am 19. Juni auf Initiative von rund 50 führenden Berliner Persönlichkeiten ein Gründungsausschuß ins Leben gerufen, der die weiteren Vorbereitungen koordinieren sollte. Diesem zehnköpfigen Gremium gehörten neben Oberbürgermeister Reuter, der auch den Vorsitz übernahm, und Edwin Redslob, dem späteren zweiten Rektor der FU, Paul Altenburg, Karl Kleinkamp, Hermann Bermann, Kurt Landsberg, Otto Hess, Hans Ringmann, Theodor Jakobi und Carl-Hubert Schwennicke an.⁶⁰ „Damit waren“, wie Kotowski sich rückblickend erinnerte, „Wissenschaftler, Politiker und Studenten endlich organisatorisch vereinigt. Von jetzt an gingen die Vorbereitungsarbeiten schnell voran.“⁶¹

Eine solche Bündelung der deutschen Kräfte war notwendig geworden, weil sich zeitgleich eine schwerwiegende Krise unter den alliierten Besatzungsmächten abzuzeichnen begann. Drei Tage vor der Wahl des Gründungsausschusses hatten die Sowjets nach dem Kontrollrat auch die gemeinsame Alliierte Kommandantur verlassen. Der Grund für diesen Auszug waren die westalliierten Vorbereitungen zur Durchführung einer Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen gewesen, die unmittelbar bevorstand.⁶² Über die möglicherweise fatalen Konsequenzen einer Währungsreform für die Finanzierung des Universitätsprojekts waren sich die Amerikaner im klaren. Clay sandte noch am 16. Juni, also drei Tage vor dem offiziellen Inkrafttreten der Währungsreform, Foss in geheimer Mission nach

⁵⁸ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 109f.; Pells: Not Like US, S. 46–49, Zitat S. 49: „From the outset, it was important to the Americans and Germans alike that the United States not impose its own agenda on the Free University, that the university not be seen as an American creation. If the university was to succeed, it would have to preserve its autonomy and its identity as a distinctively German institution.“

⁵⁹ Vgl. Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 41f.

⁶⁰ Zum Verlauf der Sitzung vom 19. 6. 1948 und den dort behandelten Fragen vgl. den entsprechenden Überblick in: FU Dokumentation I, S. 41f. Dok. 38.

⁶¹ Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 28.

⁶² Zur Einführung und Bedeutung der Währungsreform 1948 vgl. Christoph Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988), S. 189–232; Peter Hampe (Hg.): Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Rückblicke und Ausblicke, München 1989; Michael Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948, Essen 1993; Wilfried Mausbach: Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947, Düsseldorf 1996; Werner Plumpe: Entscheidung für den Strukturbruch. Die westdeutsche Währungsreform und ihre Folgen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 455–467.

München, um dort insgesamt 19 Millionen Reichsmark aus dem Erlös der sich in amerikanischer Hand befindlichen „Neuen Zeitung“ und der Illustrierten „Heute“ für den Aufbau der neuen Universität zu sichern. Das Ziel dieser Operation war es, das Geld noch vor der Währungsumstellung von einem amerikanischen Konto, auf dem es seinen Wert weitgehend verloren hätte, auf ein deutsches Privatkonto zu transferieren. Damit bestand die Möglichkeit, den Gesamtbetrag nach Einführung der neuen Währung zu einem Kurs von 10:1 noch wenigstens in 1,9 Millionen neue Deutsche Mark umzutauschen. Mit diesem letztlich erfolgreichen Coup des Oberkommandierenden stand der künftigen Universität ein für damalige Verhältnisse höchst ansehnliches Startkapital zur Verfügung.⁶³ In seinem *Aufruf zur Gründung einer freien Universität Berlin* vom 23. Juli 1948 bat auch der vorbereitende Gründungsausschuß in Deutschland und der ganzen Welt um Unterstützung für die neue Universität:

„Von dem Willen der Bevölkerung getragen, wendet sich daher ein aus freier Initiative gebildeter Ausschuß an die Öffentlichkeit und ruft zur schnellen und tätigen Unterstützung auf. Es geht um die Errichtung einer freien Universität, die der Wahrheit um ihrer selbst willen dient. Jeder Studierende soll wissen, daß er sich dort im Sinne echter Demokratie frei zur Persönlichkeit entfalten kann und nicht zum Objekt einseitiger Propaganda wird. Jeder Dozent soll hier frei von Furcht und ohne einseitige Bindung an parteipolitische Doktrin lehren und forschen können.“⁶⁴

Die Adressaten des Aufrufs waren neben Studenten, Dozenten und den westalliierten Besatzungsmächten, die sich gemeinsam am Aufbau der Universität beteiligen sollten, auch ausländische Gelehrte und Mäzene, ohne deren Engagement – darüber waren sich die Mitglieder des Berliner Gründungsausschusses einig – die Neugründung gerade in den Anfangsjahren kaum überlebensfähig sein würde.⁶⁵

Diese eindringliche Bitte um Unterstützung kam nicht von ungefähr zu einem Zeitpunkt, an dem das gesamte Universitätsprojekt durch ein sowohl für die Berliner als auch deutschen Nachkriegsgeschichte einschneidendes Ereignis gefährdet wurde: die Berlin-Blockade. Die Ausdehnung der Währungsreform auf die Westsektoren Berlins hatte Moskau zum Anlaß genommen, die Abschottung der Reichshauptstadt anzuordnen. Mit der Begründung, es gebe „technische Probleme“, wurden die gesamten Bahn-, Straßen- und Binnenschiffahrtsverbindungen durch die Ostzone in den Westteil Berlins seit dem 24. Juni 1948 unterbrochen. Allein die Luftverkehrswege waren von der Blockade nicht betroffen. Das Ziel der Blockade sollte sein, die sich mit der Währungsreform abzeichnende Gründung

⁶³ Vgl. hierzu Fritz von Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, in: FU Dokumentation III, S. 127f.

⁶⁴ Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S. 42f. Dok. 41.

⁶⁵ Vgl. hierzu ebd.: „Wir rufen alle Menschen des Inlandes und des Auslandes, die sich dem Geist der Freiheit und der Wahrheit verpflichtet fühlen. Wir rufen die Vertreter der deutschen und der alliierten Behörden, und damit alle, denen der Schutz des Individuums und seiner Rechte anvertraut ist. Wir rufen die Jugend aller Länder, insbesondere die Studierenden der freiheitlich wirkenden Universitäten, Akademien und Hochschulen. Wir rufen die deutschen Professoren und Dozenten und ebenso die akademischen Lehrer im Ausland, uns ihre Mitwirkung durch Gastvorlesungen oder in anderer Form zu gewähren. Wir rufen Freunde und Gönner in aller Welt und bitten, die Gründung mit Geld und Lehrmitteln zu unterstützen.“

eines westdeutschen Teilstaates zu verhindern.⁶⁶ Es kann kaum überraschen, daß das Neugründungsprojekt im Zuge der Abriegelung Berlins eine unglaublich politische Dimension in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West erhielt.⁶⁷ Im Aufruf des Gründungsausschusses vom 23. Juli wurde dieser Anspruch folgendermaßen vertreten: „Aus dem Geist der Selbstbehauptung heraus, mit der sich unsere Stadt gegen die Blockade erhob, soll diese Universität entstehen und als geistiger Mittelpunkt des freiheitlichen Berlins der Gesundung Deutschlands dienen.“⁶⁸

Der unermüdliche Einsatz des vorbereitenden Gründungsausschusses bestärkte General Clay in seiner Haltung, das Projekt von amerikanischer Seite bestmöglich zu unterstützen und entsprechend voranzutreiben. In einem Brief an Oberbürgermeister Reuter schrieb Clay am 30. August 1948: „Lieber Dr. Reuter! [...] Ich werde die Entwicklung dieser Universität mit lebhaften Interesse verfolgen, und ich werde bereitwillig auf jede nur mögliche Weise helfen. Die Ziele, die sie verfolgt, verdienen das entschiedene Interesse aller, die an die akademische Freiheit glauben.“⁶⁹ Tatsächlich halfen die Amerikaner „im großen wie im kleinen“ (von Bergmann), indem beispielsweise für Möbel- und Büchertransporte Militärlastwagen bereitgestellt und erste Gebäude in Berlin-Dahlem, die bislang von amerikanischen Dienststellen requiriert waren, für die neue Universität freigegeben wurden.⁷⁰

Unterdessen ging die Immatrikulation von Studenten sowie das Anwerben geeigneter Hochschullehrer weiter. Am 22. September stimmte der Magistrat „der Errichtung einer Freien Universität in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts grundsätzlich zu“, deren „Lehrbetrieb zum Wintersemester 1948 aufgenommen werden kann“.⁷¹ Gleichzeitig wurde die Abteilung für Volksbildung mit der Ausarbeitung einer Universitätsverfassung beauftragt.⁷² Die daraufhin knapp sechs Wochen später, am 4. November 1948, durch die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete *Satzung der Freien Universität Berlin* knüpfte zwar einerseits an bestehende Verfassungstraditionen an, unterschied sich aber in einigen wesentlichen Details von den Satzungen der anderen (west-)deutschen Universitäten.⁷³ Weil es sich um eine Neugründung handelte, die primär auf eine studentische Initiative zurückging, war der Studentenschaft eine im Vergleich zur damaligen Hochschullandschaft äußerst einflußreiche Rolle eingeräumt worden. Neben einer

⁶⁶ Allgemein zur Blockade Berlins 1948 vgl. Avi Shlaim: *The United States and the Berlin Blockade, 1948–1949. A Study in Crisis-Decision Making*, Berkeley u. a. 1983; Thränhardt: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*, S. 64f.; Schöllgen: *Geschichte der Weltpolitik*, S. 54f.; Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 40–43; ders.: *Deutschland zwischen den Supermächten*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 181–190, hier besonders S. 184.

⁶⁷ Vgl. Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 44f.; Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 165–168; Pells: *Not Like Us*, S. 48f.

⁶⁸ FU Dokumentation I, S. 42f. Dok. 41.

⁶⁹ Berlin. *Quellen und Dokumente*, I. Halbband, Berlin 1964, S. 579.

⁷⁰ So Bergmann: *Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin*, S. 190.

⁷¹ FU Dokumentation I, S. 47 Dok. 54.

⁷² Ebd.

⁷³ Die am 4. 11. 1948 verabschiedete *Satzung der Freien Universität Berlin* findet sich abgedruckt in FU Dokumentation I, S. 49f. Dok. 61.

starken studentischen Selbstverwaltung war ferner eine Mitsprache von Studentenvertretern in allen wichtigen universitären Gremien vorgesehen.⁷⁴ Die zweite Besonderheit bestand in der Einrichtung eines Kuratoriums in Anlehnung an angelsächsische Vorbilder, das anstelle eines Ministeriums als halbstaatliches Bindeglied zwischen der Universität einerseits und der Stadt andererseits fungieren sollte. Dem Kuratorium unterstand die gesamte Wirtschaftsverwaltung der Universität. Ständige Kuratoriumsmitglieder waren u. a. der Oberbürgermeister Berlins, die Leiter der Finanz- und Volksbildungsabteilung des Magistrats, der Rektor und Prorektor der Universität sowie ein Vertreter der Studentenschaft.⁷⁵ Auf amerikanischer Seite zeigte man sich mit diesem „Berliner Modell“ durchaus zufrieden, entsprach es doch in wesentlichen Punkten amerikanischen Reformvorstellungen.⁷⁶ In einer am 20. November verfaßten Depesche an Außenminister George C. Marshall äußerte sich Robert Murphy, der politische Berater General Clays, von der neuen Universitätsverfassung begeistert: „Die Freie Universität gehört zu den am demokratischsten verwalteten Hochschulen in Europa, und einige ihrer Grundsätze können gut als Leitfaden für andere Universitäten Deutschlands dienen.“⁷⁷

Die offenkundig intendierte Vorbildfunktion der FU löste jedoch an den bestehenden Hochschulen vorerst keinerlei Umdenkprozesse aus. Im Gegenteil: Zwei Tage nach Verabschiedung der Berliner Satzung waren sich die Mitglieder der vom 6. bis 7. November in Würzburg tagenden Süddeutschen Hochschulkonferenz darüber einig, ihre bisher zurückhaltend bis offen ablehnende Haltung gegenüber dem Berliner Vorhaben weiterhin aufrechtzuerhalten. Die in Würzburg versammelten Rektoren gaben vielmehr ihrer Sorge Ausdruck, daß mit der Gründung einer neuen Berliner Universität „der Konflikt zwischen den Westalliierten und den Russen auf deutsche Verhältnisse übertragen wird [und] die Freie Universität nicht die Kräfte haben kann, um den erforderlichen wissenschaftlichen Standard sicherzustellen“. Schließlich würde „ein öffentliches Bekenntnis der Rektorenkonferenz zur Freien Universität [...] geradezu die endgültige Trennung von den Universitäten der Ostzone bedeuten [...]“.⁷⁸ Eine direkte Konsequenz aus dieser Haltung der Rektorenkonferenz gegenüber der FU war, daß Hochschullehrer, die bereits zugesagt hatten, am Aufbau der neuen Universität mitzuwirken, diese Zusage wieder zurücknahmen.⁷⁹

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd., S. 50.

⁷⁶ Zum sogenannten Berliner Modell vgl. aus der Fülle der Literatur v. a. Peter Müller: Studenten gründeten – Studenten regieren. Das Berliner Modell an der Freien Universität Berlin, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 28–31; Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, besonders S. 65–196 und S. 483–562; Tent: Freie Universität Berlin, S. 208–213 und S. 341–344; Eberhard Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, in: Demandt: Stätten des Geistes, S. 279–302, hier S. 285f.

⁷⁷ U.S. National Archives, Record Group 59, Akten des US Außenministeriums, Dok. Nr. 852.4212/11-2048, (Reeducation in Germany, mit Datum), Depesche Murphy an State Department, 20. 11. 1948. Hier zitiert nach Tent: Freie Universität Berlin, S. 186.

⁷⁸ Heinemann: Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949, S. 260.

⁷⁹ Beispielsweise schrieben vier Professoren, darunter auch Hans von Kress, bemerkenswerterweise der spätere dritte Rektor der FU, am 6. 10. 1948 an den Vorbereitenden Aus-

Trotz dieser Schwierigkeiten begann am 15. November 1948 für 2140 Studierende⁸⁰ und 26 ordentliche Professoren⁸¹ der Vorlesungsbetrieb an der Freien Universität Berlin. Alles stand im Zeichen gemeinsamen Improvisierens, da weder die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten noch deren Ausstattung universitären Standards entsprachen.⁸² Die offiziellen Eröffnungsfeierlichkeiten fanden knapp drei Wochen später, am 4. Dezember 1948, mangels eigener repräsentativer Räumlichkeiten im Saal des Titania-Palastes, einem Berliner Kino mit ungefähr 2000 Sitzplätzen, statt. Als erstem Festredner oblag es Oberbürgermeister Reuter, feierlich zu verkünden: „In der Universität haben die Vorlesungen begonnen, und ich bin stolz darauf, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Vorbereitenden Ausschusses heute erklären zu können: Die Freie Universität Berlin ist gegründet!“⁸³ Dabei vergaß Reuter selbstverständlich nicht, die besondere Rolle der Westalliierten – gemeint waren in erster Linie die Amerikaner – während des Gründungsprozesses hervorzuheben: „Ohne die großzügige Unterstützung der Militärregierungen wären wir nicht im Stande gewesen, die Gebäude zu schaffen, wären wir nicht im Stande gewesen, den ersten Schritt zu tun und die Mittel zu finden, so daß wir bei aller gebotenen Sparsamkeit, die uns die Zeit auferlegt, in

schuß der Freien Universität: „Wir Unterzeichneten hatten uns bereiterklärt, einem etwaigen Ruf an die Freie Universität Berlin Folge zu leisten, da wir die Notlage der studierenden Jugend Berlins anerkennen und beitragen wollen, ihr entgegen zu steuern. Es wurde jedoch immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß eine neue Universität nur im Geiste der Verbundenheit mit den deutschen Hochschulen entstehen könne. [...]. Daß unter Mißachtung der deutschen akademischen Gepflogenheiten und Überlieferungen auf ein Placet der westdeutschen Universitäten verzichtet werden könnte, vermögen wir keinesfalls zu billigen. [...]. Wir Unterzeichneten können unsere Bereitschaft zur Mitarbeit nicht aufrechterhalten, wenn nicht den vorgetragenen Grundsätzen hinsichtlich des Charakters und des Geistes einer deutschen Universität Rechnung getragen und auch der erwähnte Artikel eindeutig widerrufen wird. gez. Prof. Schäfer, Prof. Joppich, Prof. von Kress, Prof. Koch.“ (Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S.48 Dok. 58.) Zur lange Zeit zögerlichen bis ablehnenden Haltung der deutschen Hochschullehrerschaft gegenüber der Gründung der FU vgl. zudem Friedeburg/Hörlemann u.a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 40f.

⁸⁰ Zur Entwicklung der Studentenzahlen an der FU zwischen 1948 (2 140) und 1984 (51 624) siehe die Tabelle 2/1 in Klaus Hüfner/Thomas Hummel/Einhard Rau: Die Freie Universität Berlin: Ein statistisches Porträt, Berlin 1985, S. 28.

⁸¹ Vgl. Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 30.

⁸² Über den Beginn des Vorlesungsbetriebs schreibt der damalige Professor für Zeitungswissenschaften an der FU Emil Dofivat: Zwischen Ende und Anfang, S. 12: „Die Problematik des Wagnisses (Akademische Anerkennung – Räume – Werkzeug – Institute – Bibliotheken – Lehrer) wurde gesehen und – mitten in der Blockade, also in einer belagerten Stadt, mit strengen Lichtsperrstunden und ohne Heizung – gelöst. Die [...] entleerten Bauten der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in Dahlem wurden – ohne Tisch und Stuhl und ohne Katheder, dem Symbol professoraler Würde – einfach bezogen. Es begann eine wunderschöne Zeit: Das Lehren aus dem Kopf – aber vor einer spannend interessierten Hörerschaft. Anfangs stand sie noch oder saß am Boden, dann versah sie sich, – so zu sagen individuell – mit Sitzgelegenheiten. Mit den Stühlen ging man von Hörsaal zu Hörsaal. Rede und Gegenrede unter solchen Umständen, bei Kerzenlicht in unbeheizten Räumen sind unvergesslich für Studenten und Professoren. Selten war der Kontakt so eng und so ergiebig.“

⁸³ Ernst Reuter: Schriften und Reden, Bd. 3, Berlin 1974, S. 543–549.

der ersten Zeit ohne die drückende Sorge der täglichen Mittelbeschaffung uns an die Arbeit haben begeben können.“⁸⁴

Wegen der ablehnenden Haltung der meisten deutschen Universitäten erhielt die Gründung der FU in der Person ihres ersten Rektors, des damals bereits 86jährigen Doyens der deutschen Geschichtswissenschaft Friedrich Meinecke, eine legitimierende Note. Nach Professuren in Straßburg (1901) und Freiburg (1906) hatte Meinecke im Jahre 1914 einen Lehrstuhl an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität angenommen, wo sich der „Vernunftrepublikaner“ gegen Ende der Weimarer Republik zu einem erbitterten Gegner der NS-Bewegung entwickelte.⁸⁵ Sein 1945 veröffentlichtes Buch *Die deutsche Katastrophe* war eine der ersten Auseinandersetzungen mit den Ursachen für den kometenhaften Aufstieg der NS-Bewegung und den daraus resultierenden Folgen für Deutschland.⁸⁶ Obgleich der seh- und gehbehinderte Meinecke nicht persönlich an den Eröffnungsfeierlichkeiten für die FU teilnehmen konnte, war es ihm ermöglicht worden, seine Grußworte mittels einer Funkverbindung live aus seinem Berliner Haus direkt an die Festversammlung im Titania-Palast zu richten.⁸⁷ Dabei sprach der Begründer der politischen Ideengeschichte im Zusammenhang mit der FU-Gründung von einem „Kampf der Ideen“ zwischen Ost und West, wodurch der spezifische politische Charakter der Berliner Neugründung abermals hervorgehoben wurde. Freiheit und Persönlichkeit stünden im Zentrum dieser Auseinandersetzung und, so Meinecke weiter, „unser Versuch einer neuen freien Universität ist nur ein einzelner Punkt auf dem großen Schlachtfeld der Welt, in dem großen Kampf der Geister und der realen Mächte“.⁸⁸

Auch der geschäftsführende Rektor und unmittelbare Nachfolger Meineckes, der Kunsthistoriker und ehemalige „Reichskunstwart“ der Weimarer Republik Edwin Redslob, bezog sich in seiner Festrede auf die aktuelle politische Lage in und um Berlin, die zum damaligen Zeitpunkt noch immer von der Blockade der Westsektoren (bis Mai 1949) geprägt war:

„Das Wappen der Freien Universität Berlin bedeutet ein Bekenntnis zu Berlin als zu der Stadt, die in Zeiten äußerster Bedrängnis erst recht die Fackel des Geistes erhebt. Die drei aufgeschlagenen Bücher bezeichnen drei Fakultäten, aus denen die Universität in ihrem Gründungsjahr 1948 besteht. Sie nennen die drei Worte, die unsere Devise verkünden: VERITAS [...], JUSTITIA [...], LIBERTAS.“⁸⁹

Im Anschluß daran machte Oberst Howley, der Direktor der US-Militärregierung von Berlin, unmißverständlich deutlich, welche Aufgabe der Freien Universität aus amerikanischer Perspektive künftig zufallen sollte:

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Vgl. Walter Bußmann: Porträt eines Weltbürgers. Über Friedrich Meinecke, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 16–18.

⁸⁶ Friedrich Meinecke: *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, in: Autobiographische Schriften, hg. von E. Kessel, Stuttgart 1969, S. 323–445. Zur Bedeutung und Rezeption von Meineckes Buch siehe Winfried Schulze: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 47–58.

⁸⁷ Tent: Freie Universität Berlin, S. 190f.

⁸⁸ FU Dokumentation I, S. 55f. Dok. 70.

⁸⁹ Ebd., S. 56 Dok. 71.

„Ich bin genauso wie Sie besonders an dem Teil des Namens interessiert, der die Freiheit betont. [...]. Einer der größten Kämpfe unserer Epoche ist der Kampf zwischen Geist und Propaganda, und ich bin gewiß, daß Sie an Ihrer Universität Gedankenfreiheit haben werden, um das durchzuführen, wozu auch Sie aufgerufen ist.“⁹⁰

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der letzte Festredner bedacht, der durch seine Anwesenheit die neue kulturelle Verbundenheit der Vereinigten Staaten mit Berlin und den Deutschen versinnbildlichte. Es handelte sich um den berühmten amerikanischen Dramatiker Thornton Wilder, der sich mit Stücken wie *Unsere kleine Stadt* und *Wir sind noch einmal davongekommen* in die Herzen der Nachkriegsdeutschen geschrieben hatte.⁹¹ Bedeutend an Wilders kurzer Ansprache war sein Eintreten für eine Wiederbelebung der traditionellen Wissenschaftsbeziehungen zwischen Berlin, nun vertreten durch die junge FU, und amerikanischen Universitäten. „Ich bin stolz darauf“, so Wilder,

„heute in Ihrer Mitte sein zu dürfen, und ich werde das, was ich hier gesehen habe, den amerikanischen Universitäten übermitteln, der Princeton University und der Yale University, mit denen ich verbunden bin. Ich bezweifle, ob Sie sich recht vorstellen können, mit wie viel aufrichtiger Anteilnahme und mit wie viel Interesse die amerikanischen Universitäten die Umstände verfolgen, unter denen hier in dieser Stadt eine neue Universität entsteht.“⁹²

Mit den Eröffnungsfeierlichkeiten im Titania-Palast war eine erstaunliche Entwicklung zu ihrem offiziellen Abschluß gekommen, die erst sieben Monate zuvor mit der studentischen Proklamation im Hotel Esplanade begonnen hatte. Gleichwohl blieb die FU auch in den Folgejahren ein filigranes Gebilde, das ohne amerikanische Unterstützung kaum existenzfähig gewesen wäre. Nach Angabe ihres ersten Kurators Fritz von Bergmann erhielt die FU zwischen 1948 und 1967 aus den USA Hilfsgelder in einer Gesamthöhe von rund 98,1 Millionen DM. Sie untergliederten sich in Sachmittelleistungen im Wert von 18,6 Millionen DM und Baumittelzuschüsse in Höhe von 79,5 Millionen DM. Der Großteil (ca. 82,8 Millionen DM) stammte aus Zuwendungen des amerikanischen State Departments, während die restlichen 15,3 Millionen DM von der Ford-Foundation aufgebracht wurden.⁹³ Insbesondere der staatliche Posten belegt eindrucksvoll, welchen Stellenwert Washington der FU weiterhin beimaß. Daß sich die Vereinigten Staaten auch nach der Gründung der FU ihrer Verantwortung gegenüber dieser unmittelbar vor den Toren des kommunistischen Einflußbereichs gelegenen Hochschule auch langfristig nicht entziehen könnten, stand bereits Ende der vierziger Jahre

⁹⁰ Ebd., S. 56f. Dok. 72.

⁹¹ Zu Thornton Wilders Auftritt im Titania-Palast vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 193f. Zur Rezeption der zeitgenössischen amerikanischen Literatur in der Nachkriegszeit vgl. Lawrence Marsden Price: *The Reception of United States Literature in Germany*, Chapel Hill, N.C. 1966; Hansjörg Gehring: *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-education Programms*, Stuttgart 1976; Martin Meyer: *Die deutsche Rezeption der zeitgenössischen amerikanischen Literatur*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 647–655.

⁹² Hier zitiert nach Prell/Wilker: *Die Freie Universität Berlin*, S. 238.

⁹³ Vgl. die entsprechende Tabelle bei Bergmann: *Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin*, S. 189.

außer Frage.⁹⁴ Am 20. April 1949 betonte der damals für Berlin zuständige Hochschuloffizier Howard W. Johnston in einem Schreiben an das amerikanische Außenministerium:

„In Anbetracht der Umstände, unter denen die Freie Universität gegründet wurde, glaube ich, daß dem Department of State daran liegen wird, interessierte Universitäts- und Erziehungsvereinigungen und Organisationen in den Vereinigten Staaten mit der Geschichte dieses Unternehmens vertraut zu machen, insbesondere mit dem Ziele, Interesse und Hilfe für die neue Universität in amerikanischen akademischen Kreisen zu erwecken. Die einzigartige Stellung dieser Universität als eines aktiven Zentrums geistiger und akademischer Freiheit in Berlin und als eines Symbols konstruktiver demokratischer Opposition gegen die Kräfte, die gegenwärtig die Stadt politisch, wirtschaftlich und kulturell unter ihre Herrschaft zu bringen versuchen, müßte von amerikanischen Hochschuleinrichtungen und deren führenden Männern gewürdigt werden.“⁹⁵

Es war ebenfalls Johnston gewesen, der im Vorfeld der offiziellen Universitätsgründung den Bibliotheksausschuß der Freien Universität bei der Beschaffung von Räumlichkeiten und Büchern tatkräftig unterstützte. Mit seiner Hilfe konnte eine rund 100 000 Bände umfassende Präsenzbibliothek der amerikanischen Militärregierung an die junge Universität übergeben werden. Zudem waren die Amerikaner darum bemüht, eine Übersicht der Bestände von privaten und öffentlichen Bibliotheken in Berlin zu erstellen, die für die künftige Universitätsbibliothek nützlich sein konnten. Eine dieser Privatsammlungen war die Bibliothek des 1945 verstorbenen Berliner Historikers Hermann Oncken.⁹⁶ Ebenso engagiert unterstützte Johnston den Ankauf einer wertvollen musikgeschichtlichen Sammlung, die das eben erst gegründete musikwissenschaftliche Institut der FU zu einem der führenden in ganz Deutschland avancieren ließ.⁹⁷ Dank der großzügigen amerikanischen Unterstützung wies die FU bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung einen Bücherbestand von mehr als 350 000 Bänden auf. „Das waren größere Bestände als damals etlichen alten Universitäten zur Verfügung standen. [...]. Wenn man berücksichtigt, daß nur drei Monate zuvor der Aufbau der Bibliotheken an der Freien Universität beim Punkt Null angefangen hatte, so war das eine bemerkenswerte Lösung.“⁹⁸

Neben der erwähnten Anschubfinanzierung von 1,9 Millionen DM erhielt die Freie Universität aus staatlichen amerikanischen Quellen bis 1954 einen jährlichen Zuschuß von zwei Millionen DM, über die nach eigenem Belieben und unabhängig von den deutschen Aufwendungen durch das Kuratorium verfügt werden konnte. Erst im Zeichen des deutschen „Wirtschaftswunders“ seit Mitte der fünf-

⁹⁴ Zu den amerikanischen Hilfsleistungen vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 214–224; Pells: Not Like Us, S. 46–49, Zitat S. 46: „The Free University was an outgrowth of the division of Berlin and the escalating conflict between the United States and the Soviet Union. Just as the city of Berlin had emerged by 1948 as a principal battle-ground of the Cold War, so the struggle to establish a new, democratic university in Berlin reflected the larger issues over which the Cold War was being fought.“

⁹⁵ Vgl. den Abdruck dieses Berichts in FU Dokumentation I, S. 69–71, hier S. 70 (Zitat).

⁹⁶ Zu diesen amerikanischen Bemühungen um den Aufbau der FU-Bibliothek(en) vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 179–183.

⁹⁷ Ebd., S. 180f.

⁹⁸ Ebd., S. 183.

ziger Jahre wurden diese Zahlungen eingestellt.⁹⁹ Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang, daß die FU in den ersten eineinhalb Jahren ihres Bestehens vom Berliner Magistrat lediglich 3,3 Millionen DM erhalten hatte, so wird deutlich, welch enormen Stellenwert die amerikanischen Gelder für die Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebs besaßen.¹⁰⁰

Mitverantwortlich für das rege amerikanische Interesse an der FU-Entwicklung waren auch die USA-Reisen von Oberbürgermeister Reuter im Frühjahr und von Rektor Redslob im Herbst 1949. Während seines Aufenthalts besuchte Redslob die Harvard und Columbia University, also genau die beiden amerikanischen Hochschulen, die seit dem 1906 initiierten Professorenaustausch besonders enge Verbindungen mit der alten Berliner Universität unterhalten hatten.¹⁰¹ Um diese Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen ganz im Sinne Thornton Wilders wiederzubeleben, konzipierte Redslob gemeinsam mit dem neuen Präsidenten der Columbia University, dem ehemaligen amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland und späteren 34. Präsidenten der USA Dwight D. Eisenhower, eine Patenschaft der Columbia University für die FU.¹⁰²

Während Redslob noch in den USA weilte, traf im Dezember 1949 der an der Columbia University lehrende Politikwissenschaftler Franz L. Neumann in West-Berlin ein, um sich im Auftrag des amerikanischen Außenministeriums ein Bild von den Verhältnissen an der FU zu machen.¹⁰³ Neumann, studierter Jurist und ehemaliger Dozent an der Berliner Hochschule für Politik, war nach der national-sozialistischen Machtergreifung zunächst nach London emigriert, von wo er fünf Jahre später nach New York an das Institute for Social Research übersiedelte. Wie viele deutsche Juristen hatte sich auch Neumann während seines Exils in den USA zu einem professionellen Politikwissenschaftler entwickelt.¹⁰⁴ Am Ende seiner Berliner Visite stand für Neumann außer Frage, daß die FU gerade wegen ihrer Funktion als Reformuniversität auch weiterhin im Zentrum des amerikanischen Interesses bleiben müsse. Eine besondere Verantwortung der USA für das Schicksal der jungen Institution bestünde allein schon aufgrund der Tatsache, daß „sie weitgehend vom amerikanischen Staat geschaffen worden ist“.¹⁰⁵ Einen künftigen

⁹⁹ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S.190: „Im Jahre 1954 wurden diese Zahlungen eingestellt mit der Begründung: Nun hätten die Deutschen Geld genug, um sich selbst zu helfen. Ein einleuchtendes Motiv: In der Not der Anfangszeit wird geholfen, aber genau wie die Verantwortung soll auch die Dauerfinanzierung eigene Sache der Deutschen sein.“

¹⁰⁰ Vgl. die Angaben bei Konrad Beyer: Sorgen der Freien Universität, in: Der Tagesspiegel vom 21.2.1950.

¹⁰¹ Zu diesen USA-Reisen vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.221f. Zum Berlin-Harvard- bzw. Berlin-Columbia-Professorenaustausch siehe auch Kapitel I.3.

¹⁰² Vgl. FU Dokumentation II, S.8.

¹⁰³ Zum Besuch Franz L. Neumanns an der FU vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.222-224.

¹⁰⁴ Zum akademischen Werdegang Franz L. Neumanns vgl. die kurzen Ausführungen bei Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S.249f.

¹⁰⁵ IfZ, OMGUS 5/300-1, Franz L. Neumann: Preliminary Report on My Trip to Berlin, 10.2.1950, S.5. Hier zitiert nach Tent: Freie Universität Berlin, S.223.

Förderungsschwerpunkt sah Neumann vor allem im Ausbau der Politikwissenschaft an der FU.¹⁰⁶

Neben dem amerikanischen Staat wurde der Aufbau der FU auch durch zahlreiche private Stiftungen unterstützt. So fungierte als zweitgrößter amerikanischer Geldgeber nach der US-Regierung die Ford-Foundation. Ein früher und einflussreicher Vermittler zwischen den Bedürfnissen der FU und den Fördermöglichkeiten der Ford-Foundation war nach Gründung der Bundesrepublik der erste amerikanische Hochkommissar John McCloy. In seinem Auftrag fertigte Shepard Stone, der damalige Direktor für Öffentlichkeitsarbeit bei der HICOG, eine Denkschrift über die FU für den Präsidenten der Ford-Foundation Paul G. Hofmann an. Stone beschrieb dort die junge Berliner Universität als ausbaufähiges Zentrum einer demokratisch fundierten Wissenschaft in Europa; eine entsprechende Förderung sei daher empfehlenswert.¹⁰⁷ Bei der Ford-Foundation stießen die Ausführungen Stones auf reges Interesse. Im Juni 1951 flog Henry Ford II., der Enkel des gleichnamigen Automobilpioniers, begleitet von seiner Gemahlin und Paul G. Hofmann nach Deutschland, um sich selbst ein Bild über die Situation in Berlin und an der FU im besonderen zu machen.¹⁰⁸ An Fords Ankunft in Berlin und dessen dortige Begegnungen erinnerte sich Stone rückblickend in einem Interview:

„Wir kamen nach Berlin, und der Rektor [Redslobs Nachfolger Hans von Kress, S. P.] hat uns empfangen. Er gab in einfacher Weise, aber sehr eindrucksvoll, eine kleine Einführung, was die Universität wollte, warum es nötig sei, sie zu haben, und warum er hoffe, daß die Ford-Stiftung helfen werde. Dann sind wir im Wagen nach Dahlem gefahren und hatten eine Tagung mit Studenten. [...] Und wir haben noch mit einigen Fakultätsleuten gesprochen. Das alles hat sehr großen Eindruck gemacht. Am meisten beeindruckten Reuter und die Studenten. Ich kann mich erinnern, daß Henry Ford und seine Frau, Paul Hoffmann

¹⁰⁶ Ebd.; Carl G. Ahnton: My Work as Higher Education Advisor in Berlin. A Brief Memoir, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S. 65–70, hier S. 67 (Zitat): „An important role in promoting political science in West Berlin was played by Franz Neumann, professor of political science at Columbia University (also a German refugee). Through his contacts with American foundations and government agencies he was able to provide close liaison with the Free University and to stimulate project proposals.“

¹⁰⁷ Zum konkreten Inhalt dieser Denkschrift vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 241f. Vgl. auch Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, S. 285f.

¹⁰⁸ Über den Besuch Henry Fords II. in Berlin vermerkt der Berliner Tagesspiegel vom 10. 6. 1951: „Henry Ford, der Enkel des Gründers der Ford-Werke, der 1945 als Präsident die Ford-Motor Company übernahm, traf am Sonnabend gegen 9 Uhr 30 auf dem Flughafen Tempelhof ein. Er wurde von Paul G. Hofmann, dem [...] jetzigen Präsidenten der Ford-Stiftung, begleitet. Nach der Begrüßung durch den amerikanischen Kommandanten in Berlin, General Mathewson, und den stellvertretenden HICOG-Direktor, H. Jones, hatten Ford und Hofmann eine Besprechung mit amerikanischen Dienststellen. Anschließend besuchten sie die Freie Universität, um sich über die Möglichkeiten einer Unterstützung zu unterrichten. Henry Ford hatte bereits bei seiner Ankunft in Tempelhof erklärt, daß er es wünsche und durchaus für möglich halte, daß Mittel aus der Ford-Stiftung für die Freie Universität zur Verfügung gestellt werden. [...]. Bereits am Sonnabend nachmittag verließen Henry Ford und Paul G. Hofmann Berlin. Die Schöneberger Sängerknaben waren auf dem Flugplatz Tempelhof erschienen und brachten ihnen zum Abschied ein Ständchen“ (zitiert nach dem Abdruck in: FU Dokumentation II, S. 69f. Dok. 141). Zu diesem Besuch vgl. ferner Tent: Freie Universität Berlin, S. 238–245.

und ich in einer Ecke standen. Und Frau Ford sagte mit Tränen in den Augen: ‚Henry, you must do something right away‘.“¹⁰⁹

Wenige Wochen nach Fords Besuch erhielt die FU eine Zusage über rund 1,3 Millionen Dollar. Das bemerkenswerte an dieser Spende war nicht nur, daß sie entgegen den Satzungen der Ford-Foundation an ein konkretes Bauvorhaben gebunden war, sondern daß es sich überhaupt um „eine der ersten und eine der größten“ (Stone) in der Geschichte der Ford-Foundation handelte.¹¹⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt war es bei der Stiftung üblich gewesen, lediglich einzelne Forschungsprojekte zu fördern.¹¹¹

An der FU half das Geld der Ford-Foundation, einen als gravierend empfundenen Mißstand zu beseitigen. Seit ihrer Gründung im Herbst 1948 war die Universität, verteilt auf zahlreiche Gebäude unterschiedlicher Qualität, lediglich provisorisch untergebracht. Was daher dringlichst benötigt wurde, war ein repräsentatives Hauptgebäude mit einem Auditorium Maximum, einer Mensa und einer neuen Universitätsbibliothek. Insgesamt sollte die FU für die Errichtung dieses zentralen Gebäudekomplexes aus Mitteln der Ford-Foundation 8,1 Millionen DM erhalten, ein zu Beginn der 1950er Jahre enormer Geldbetrag.¹¹² Interessant ist zudem die Intention, die von amerikanischer und deutscher Seite mit diesem Bauvorhaben, dem späteren Henry-Ford-Bau, verbunden wurde. Ähnlich wie amerikanische Campus-Universitäten sollte die Berliner Neugründung einen geistig-sozialen Mittelpunkt, also ein räumlich erfahrbares universitäres Zentrum erhalten. „Die Begründung für die Bewilligung dieser Baugelder“, wie Kurator von Bergmann 1963 nicht ohne Stolz hervorhob, „lag im Geistigen. Hier sollte ein Zentrum geschaffen werden, ein Campus, und dieses Ziel ist gelungen.“¹¹³

Am 19. Juni 1954 konnte der Henry-Ford-Bau feierlich eingeweiht werden, der bis heute das Herz der Freien Universität bildet. Die Eröffnungsfeierlichkeiten waren eine eindrucksvolle Demonstration der einzigartigen Verbundenheit zwischen den USA und der FU.¹¹⁴ Dieses enge Verhältnis wurde auch in der von Rektor Ernst E. Hirsch vorgelesenen Grußbotschaft des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles deutlich, die der FU die Rolle einer wissenschaftlichen Speerspitze gegen den Kommunismus zusprach. „Wie Berlin als Synonym politischer Freiheit bekannt wurde“, so die Botschaft des amerikanischen Außenministers,

„wurde auch die Freie Universität zu einem Symbol akademischer Freiheit und zu einem Leitstern für diejenigen, die sich bemühen, der östlichen Auffassung der Demokratie ein Beispiel der Überlegenheit zu bieten. Dazu ausersehen, die Wahrheit zu hüten und die Wis-

¹⁰⁹ Das Gespräch mit Shepard Stone findet sich abgedruckt bei Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 142–147, hier S. 146 (Zitat).

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Vgl. Freie Universität Berlin, hg. vom Präsidenten der Freien Universität Berlin, Berlin 1998, S. 26.

¹¹² Vgl. Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 190.

¹¹³ Ebd. Zu der im Zusammenhang mit dem Komplex des Henry-Ford-Baus aufkommenen Campus-Idee vgl. Edwin Redslob: Gestalt und Geist der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 22–24.

¹¹⁴ Vgl. Freie Universität Berlin (Hg.): Ansprachen und Reden zur Einweihung des aus Mitteln der Ford-Foundation errichteten Henry-Ford-Baus der Freien Universität Berlin, Berlin 1955.

senschaft zu fördern, gibt die Freie Universität der kulturellen Gemeinschaft, deren sich alle freien Völker erfreuen, Bedeutung und Wahrhaftigkeit. [...] Durch seine Hilfe für den Aufbau dieser schönen Gebäude hat das amerikanische Volk sich mit der Berliner Bevölkerung vereinigt in der Absicht, der Zusammengehörigkeit der westlichen Zivilisation sichtbaren Ausdruck zu verleihen.“¹¹⁵

Zieht man nach diesen Worten des amerikanischen Außenministers in Betracht, daß zu diesem Zeitpunkt erst neun Jahre seit dem Ende eines von Deutschland angezettelten Vernichtungskrieges vergangen waren, zeigt sich am Beispiel der FU die besondere katalytische Wirkung des Ost-West-Konflikts für die deutsch-amerikanischen Beziehungen.¹¹⁶ Die Bundesrepublik und das dortige akademische Leben waren wieder in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft aufgenommen worden, was auch die Anwesenheit von Vertretern zahlreicher ausländischer Universitäten bei den Einweihungsfeierlichkeiten eindrucksvoll vor Augen führte. Neben Rektoren aus England, der Schweiz, der Türkei, aus Holland, Italien, Irland, Norwegen, Spanien, Finnland und Jugoslawien nahmen auch die Präsidenten der Columbia University, der Harvard University, der New York University, der Stanford University, des Hunter College (New York) sowie der University of Minnesota teil.¹¹⁷ Diese beachtliche Anzahl ausländischer Gäste legt den Schluß nahe, daß gerade der FU durch ihre einzigartige Gründungsgeschichte und geopolitischen Lage ein kaum zu überschätzender Anteil an der Reintegration der Bundesrepublik in die internationale Scientific Community nach 1945 zufiel.¹¹⁸

In seinem Grußwort machte Rektor Hirsch deutlich, wie bedeutsam die neuen Gebäude als integrativer Ort für das Selbstverständnis der jungen Universität waren. Mit Blick auf die knapp sechs Jahre zuvor im Titania-Palast stattgefundenen Gründungsfeierlichkeiten verwies Hirsch auf die seitdem von ständigen Provisorien bestimmten Verhältnisse an der FU. „Wir haben jetzt“, so Hirsch über den Henry-Ford-Bau,

„nicht nur ein Dach über dem Kopf, wir haben endlich ein Zentralgebäude, das für die in mehr als drei Dutzend Häusern und Villen untergebrachten Fakultäten und Institute als einender Raum Symbol nach innen für unsere Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden und Repräsentativbau für die Gesamtuniversität nach außen gegenüber der Öffentlichkeit sein wird.“¹¹⁹

¹¹⁵ Ebd., S. 10.

¹¹⁶ Dies wurde auch in den anschließenden Worten von Rektor Ernst E. Hirsch deutlich: „Sie sehen, meine verehrten Damen und Herren, es handelt sich nicht um irgendeine gleichgültige akademische Feier, sondern um ein Bekenntnis zu einem politischen Geschehen, das während der Blockadezeit Berlins von Studenten, die frei von politischem Druck in Ruhe studieren wollten, ins Rollen gebracht, von weitblickenden Politikern erkannt und gefördert, von Männern der Wissenschaft der Verwirklichung nähergebracht, im weltbewegenden Kampf der Geister mehr als eine Episode ist“ (ebd., S. 11).

¹¹⁷ Vgl. die Aufzählung der anwesenden Vertreter ausländischer Hochschulen in der Ansprache von Rektor Hirsch ebd., S. 8f.

¹¹⁸ Dieser Eindruck wird durch folgende Ausführungen Hirschs bestätigt: „Aber unsere Universität erfüllt nicht nur die Funktion einer Berliner Landesuniversität. Sie hat eine gesamtdeutsche Aufgabe um so mehr, als ein Drittel ihrer 6700 Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone stammt, ein Prozentsatz, der an keiner anderen Universität des Bundesgebietes zu finden ist. Sie erfüllt darüber hinaus, wie Sie, meine verehrten Gäste aus dem Ausland, durch ihr Erscheinen gezeigt haben, eine Weltaufgabe“ (ebd., S. 12).

¹¹⁹ Ebd., S. 13.

Nach Hirsch trat der Hohe Kommissar und spätere amerikanische Botschafter James B. Conant an das Rednerpult. Als früherer Präsident der Harvard University war Conant ein typisches Beispiel für die in den Vereinigten Staaten besonders stark ausgeprägten Wechselbeziehungen von Politik und Universität. In seiner Grußadresse verwies der ranghöchste Vertreter der USA in der Bundesrepublik auf die ehemals weltweite Bedeutung, ja Vorbildfunktion der deutschen Universität und Wissenschaft:

„In jedem Zeitalter hat sich die Frage nach Wesen und Aufgaben der Universitäten in anderer Form gestellt und jedes Zeitalter mußte seine eigene Antwort finden. Im neunzehnten Jahrhundert haben sich gerade die deutschen Universitäten ernstlich und mit bewundernswertem Erfolg um eine Antwort auf diese unumgängliche Frage bemüht. Jeder, der sich in der Geschichte der Universitäten auskennt, weiß, wie viel wir alle den deutschen Universitäten für ihre Beiträge in ihrer großen Blütezeit zwischen ungefähr 1840 und dem Ausbruch des ersten Weltkrieges schulden. [...]. In den Vereinigten Staaten gab es im Grunde gar keine Universitäten vor dem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts. [...] Ich habe den Eindruck, daß Sie sich hier an der Freien Berliner Universität mit gleichem Eifer den Problemen der Gegenwart widmen, schon deshalb, weil Ihnen durch ihre geographische Lage in allernächster Nähe einer unfreien Universität eine ganz besonders dringliche Aufgabe gestellt wird.“¹²⁰

Conants bewußtes Anknüpfen an die „große“ deutsche Universitätstradition und deren Übertragung auf die Berliner FU war Ausdruck der damals in den USA immer noch vorhandenen Wertschätzung, aber auch Erwartungshaltung gegenüber dem wiederaufkeimenden akademischen Leben in der Bundesrepublik. Diesen Eindruck bestätigt eine Äußerung Shepard Stones hinsichtlich der Motive, welche die Ford-Foundation letztlich dazu bewogen hätten, der FU eine derart hohe Summe für die Errichtung eines zentralen Gebäudekomplexes zur Verfügung zu stellen: „In einer Kuratoriumssitzung hat jemand gefragt, warum tun wir das eigentlich? Die Antwort: Weil wir diesen Universitäten in den letzten 300 Jahren sehr viele Impulse für die Entwicklung und Verbesserung der Gesellschaft zu verdanken haben. Hinter der Hilfe für Berlin steckte der gleiche Grundgedanke. Wir wollten der früher hervorragenden Wissenschaft wieder auf die Beine helfen.“¹²¹

Aus eben dieser Motivation heraus gewährte die Ford-Foundation der FU auch in der Folgezeit auf verschiedensten Ebenen Unterstützung. 1958 kam es zu einer weiteren großen Sachmittelspende in Höhe von 4,1 Millionen DM. Dieser war im Frühjahr 1956 ein Besuch des Präsidenten des New Yorker Hunter-College, George Shuster, vorausgegangen, der sich im Auftrag der Ford-Foundation einen Überblick über die bisherige Arbeit an der FU verschaffen sollte.¹²² Dessen Abschlußbericht, der sogenannte Shuster-Report, gab schließlich den Anstoß für das weitere Engagement der Ford-Foundation in Berlin.¹²³ Obgleich sich Shuster von der rasanten Entwicklung der jungen Universität seit ihrer Gründung tief beeindruckt

¹²⁰ Ebd., S. 17f.

¹²¹ Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 146.

¹²² Zu George Shusters Besuch in Berlin vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 287–292.

¹²³ Hochschularchiv FUB: Rektorat, Akte 1/1002 [Protokolle und Denkschriften]. Im folgenden zitiert nach dem Teilabdruck des Shuster-Reports in FU Dokumentation II, S. 113–118 Dok. 198.

zeigte, blieben ihm auch die offenkundigen Probleme, mit denen die FU immer noch zu kämpfen hatte, nicht verborgen.¹²⁴ Was die Lage der Berliner Studenten anbetraf, empfahl Shuster die Förderung der von der FU entwickelten Pläne für die Einführung eines Tutorenprogramms und die Errichtung eines Studentendorfes.¹²⁵ Damit würde, wie der Präsident des Hunter-College in seinem Bericht betonte, gerade den Studienanfängern eine wünschenswerte Orientierungshilfe und ein soziales Umfeld geboten, mit deren Hilfe der – aus amerikanischer Perspektive als äußerst problematisch angesehene – Zulauf zu studentischen Verbindungen eingedämmt werden könnte:

„Man bedenke, daß diese Studenten normalerweise zwei Jahre jünger sind als amerikanische College-Absolventen und daß sie von einem Campus-Leben nicht die geringste Ahnung haben. Sie leben in meistens primitiven und isolierten möblierten Zimmern in allen Teilen Berlins. Infolgedessen ist die Versuchung für sie, sich einer ‚Korporation‘, manchmal sogar einer schlagenden Verbindung o.ä., anzuschließen groß. Weibliche Studenten sind einer großen Anzahl moralischer und anderer Gefahren ausgesetzt.“¹²⁶

Shusters Hinweis auf das amerikanische Campus-Leben sollte wenige Jahre später im Rahmen der Planungskonzepte westdeutscher Universitätsneugründungen an Aktualität gewinnen.¹²⁷

Ein aus Shusters Sicht gleichfalls förderungswürdiger Bereich war die Wiederbelebung des Austausches von Studenten, Dozenten und Professoren. Tatsächlich besaß der akademische Austauschgedanke gerade für die FU eine zentrale Bedeutung. So sollte die wegen der geopolitischen Insellage stark eingeschränkte Freizügigkeit der Westberliner Studenten und Professoren durch eine ausreichende Zahl von Reisestipendien und dem massiven Einsatz internationaler, d. h. in erster Linie amerikanischer Gastwissenschaftler kompensiert werden¹²⁸:

„Für die Universität sind derartige Besucher eine reine Existenzfrage. Dadurch daß es amerikanischen Gelehrten ermöglicht wurde, nach Berlin zu gehen und deutsche Professoren wiederum in die Lage versetzt wurden, die Vereinigten Staaten zu besuchen, half die Ford

¹²⁴ Besonders beeindruckt zeigte sich Shuster von der rasanten architektonischen Entwicklung an der FU, wobei er den amerikanischen Anteil hieran deutlich hervorhob: „Als die neue Universität ihre Tore öffnete, war sie zuerst kaum vertrauenserweckend. Viele der Gebäude waren nur alte und manchmal sogar baufällige Häuser. [...]. Aber schon im Jahre 1950 war Westberlin zum Symbol nicht nur der deutschen Hoffnung auf Wiedervereinigung, sondern sogar der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt geworden. [...] Zu diesem Zeitpunkt machte die Ford-Foundation auf persönliche Veranlassung von Mr. Henry II Zuwendungen, ohne die die Vitalität der Universität wohl zerbrochen wäre. Diese großzügigen Spenden ermöglichten die Errichtung von zwei stattlichen Bauten, die heute das äußerliche Bild der Universität bestimmen: der Henry-Ford-Bau, der große Hörsäle und wichtige Institute beherbergt und den Studenten bald eine zufriedenstellende Bibliotheksbenutzung ermöglichen wird, und die Mensa“ (ebd., S. 113).

¹²⁵ Vgl. ebd. Zur weiteren Entwicklung des Tutorenprogramms an der Freien Universität siehe Brigitte Berendt: Studenten helfen Studenten. Elf Jahre Tutorarbeit an der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 40f.

¹²⁶ FU Dokumentation II, S. 114.

¹²⁷ Zur Entwicklung des Campus-Gedankens im Rahmen des um 1960 einsetzenden Neugründungsprozesses vgl. unten Kapitel VIII.

¹²⁸ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 289f.

Foundation einen Austauschverkehr ins Leben zu rufen, der zweifellos fortgesetzt werden muß, wenn die Universität nicht verkümmern soll.“¹²⁹

Die Gelder der Ford-Foundation für das akademische Austauschprogramm der FU wurden entsprechend aufgestockt. Bis zum Jahre 1963 konnte die FU mit insgesamt 1800 Gastprofessoren, von denen allein 400 aus den USA stammten, die höchste Zahl an ausländischen Gastdozenten aller westdeutschen Universitäten aufweisen.¹³⁰ Allerdings verglich Shuster den Professorenaustausch mit einer Einbahnstraße, da von diesem auf absehbare Zeit primär die deutsche Wissenschaft profitiere. Umgekehrt sei ein Aufenthalt in Deutschland für amerikanische Wissenschaftler noch kaum attraktiv, nicht zuletzt wegen der im Vergleich zu den USA äußerst schlechten finanziellen und materiellen Ausstattung deutscher Universitäten. Um diesen Standortnachteil zumindest ansatzweise auszugleichen, schlug Shuster in seinem Bericht vor, „über eine Reihe von fünf bis zehn Jahren hinaus Professuren an deutschen Universitäten einzurichten, die für jeweils mindestens ein Jahr an solche Männer übertragen würden, die diese Universitäten aufgrund ihrer besonderen Bedürfnisse sehr begrüßen würden“.¹³¹ Eine konkrete Folge dieses Vorschlags war nach einer Unterredung zwischen Shuster und Bundespräsident Theodor Heuss die Einrichtung von „Theodor-Heuss-Professuren“ für ausländische Gastwissenschaftler an verschiedenen deutschen Universitäten.¹³²

Durch die finanzielle Unterstützung der Ford-Foundation war es der FU zudem möglich geworden, jährlich deutsche Nachwuchswissenschaftler ins Ausland – und hier speziell in die Vereinigten Staaten – zu schicken. „Denn gerade auf den Gebieten“, wie Kurator von Bergmann es treffend formulierte, „auf denen das Ausland überlegen ist, kann ein junger Wissenschaftler nur vorankommen, wenn er die dort entwickelten Arbeitsmethoden an Ort und Stelle erlernt.“¹³³ Im Unterschied dazu war mit dem Studentenaustausch eine etwas andere Zielsetzung verknüpft. Im Vordergrund stand hier weniger das Sammeln wissenschaftlicher Erfahrungen als vielmehr die persönliche Auseinandersetzung eines jungen Menschen mit einer fremden Kultur.¹³⁴ Welchen Stellenwert der akademische Kontakt

¹²⁹ FU Dokumentation II, S. 113f.

¹³⁰ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 192.

¹³¹ FU Dokumentation II, S. 118.

¹³² Ebd.

¹³³ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 192.

¹³⁴ In seinem Bericht schreibt Shuster hierzu: „In bezug auf das Studentenaustauschprogramm sage ich nicht mehr, als daß es seine Überlegenheit gegenüber allen anderen Arten der kulturellen Kontaktaufnahme bewiesen hat. Studenten der Freien Universität gehen in andere Länder, und junge Menschen aus einer Reihe von anderen Ländern kommen nach Berlin. Daß ein solcher Austausch Risiken und Dutzende von verschiedenartigen Problemen mit sich bringt, ist ganz natürlich, aber im ganzen ist es doch so erfolgreich, wie man vernünftigerweise erwarten konnte. In bezug auf den Austausch mit den Vereinigten Staaten möchte ich empfehlen, daß die Auslandskommission der Freien Universität ihre besonderen Wünsche und ihre Verfahrensweise mit dem Institute of International Education abspricht, so daß herausgefunden werden kann, auf welche Art sie gesteigert und verstärkt werden können“ (zitiert nach FU Dokumentation II, S. 118).

mit den USA für die Freie Universität besaß, wird auch daran ersichtlich, daß von 21 bis 1979 abgeschlossenen Partnerschaftsabkommen allein zehn auf amerikanische Universitäten entfielen.¹³⁵ „Kernpunkt des internationalen Programms der FU“, so brachte es deren Abteilungsleiter für Auslandsangelegenheiten, Horst W. Hartwich, anlässlich des vierzigjährigen Gründungsjubiläums auf den Punkt, „ist und bleibt die Pflege der Beziehungen zu den USA.“¹³⁶ Damit bildete die FU bis in die jüngste Vergangenheit hinein einen, wenn nicht sogar *den* wichtigsten Brückenkopf in den deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Neben dem akademischen Austausch förderte die Ford-Foundation seit den 1950er Jahren auch sogenannte Informationsreisen für Rektoren, Professoren, Studenten und Verwaltungsfachleute in die Vereinigten Staaten. Ziel dieser Reisen sollte es sein, die deutschen Gäste mit den universitären Verhältnissen in den USA vertraut zu machen. Wie später noch genauer darzulegen sein wird, waren es gerade die auf solchen USA-Reisen gesammelten Erfahrungen gewesen, die in den 1960er und 1970er Jahren den Hochschulreformdiskurs in der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussten.¹³⁷ Nach von Bergmann lag ein dortiger Kulturtransfer auch ganz im amerikanischen Interesse:

„Die Gastgeber wollten die deutschen Besucher nicht überreden, amerikanische Bräuche hier einzuführen, aber sie waren sicher, daß gute amerikanische Errungenschaften so überzeugend wirkten, daß sich bei den Rückkehrenden von alleine der Wunsch entwickeln werde, das Erprobte – transportiert auf die deutschen Verhältnisse – in der Heimat einzuführen. Und oft haben sie recht behalten.“¹³⁸

Als weitere Konsequenz der im Shuster-Report ausgesprochenen Empfehlungen wurden drei bedeutende interfakultative Einrichtungen an der FU von der Ford-Foundation weitergefördert, die bereits seit ihrer jeweiligen Gründung von amerikanischer Seite großzügig unterstützt worden waren. Hierbei handelte es sich neben dem Osteuropa-Institut und dem Institut für Politische Wissenschaften (seit 1962 Otto-Suhr-Institut) vor allem um das Institut für Nordamerika-Studien (seit 1964 John-F.-Kennedy-Institut).¹³⁹ Im Jahre 1958 erhielten die drei Institute zunächst einen größeren Geldbetrag zur Ausweitung ihrer Forschungs- und Lehr-

¹³⁵ Vgl. die Aufstellung in 40 Jahre Freie Universität Berlin. Die Geschichte 1948–1988. Einblicke, Ausblicke, hg. vom Präsidenten der Freien Universität Berlin, Berlin 1988, S. 39. Zu den Auslandsbeziehungen der Freien Universität vgl. Horst W. Hartwich: Professoren und Studenten aus aller Welt. Die Auslandsbeziehungen der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 43f.; ders.: Beziehungen. Vierzig Jahre internationale Außenbeziehungen der Freien Universität, in: Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 129–141.

¹³⁶ Ebd., S. 130.

¹³⁷ Vgl. unten Kapitel VI. und VII.

¹³⁸ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 192.

¹³⁹ Zu den drei Instituten vgl. u. a. die Aufsätze von Klaus Lindenberg: Von der deutschen Hochschule für Politik zum Otto-Suhr-Institut, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 49f.; Hans Joachim Lieber: Das deutsche Zentrum der Osteuropa-Forschung. Das Osteuropa-Institut an der Freien Universität, in: ebd., S. 52f.; sowie Karl Josef Wagner: Das neue Amerika-Institut entsteht, in: ebd., S. 52–54, hier S. 54.

programme.¹⁴⁰ Zusätzlich übernahm die Ford-Foundation gemeinsam mit dem State Department zwischen 1961 und 1967 den Großteil der Kosten für die jeweiligen Institutsneubauten und deren bibliothekarische Ausstattung. Die Folge dieser amerikanischen Hilfsleistungen war, daß alle drei Berliner Universitätsinstitute fortan zu den führenden Einrichtungen ihrer Art nicht nur in der Bundesrepublik, sondern – dies galt speziell für die Amerikastudien – auch in ganz Europa avancierten.¹⁴¹ Eine derartige Entwicklung lag selbstverständlich ganz im amerikanischen Interesse. Gerade an den drei genannten Instituten besaßen Forschung und Lehre eine kaum zu überschätzende politische Bedeutung, die durch die Insellage Berlins im kommunistischen Machtbereich zusätzlich verstärkt wurde.¹⁴² Während beispielsweise das Osteuropa-Institut zur wissenschaftlichen Erforschung des Marxismus beitragen sollte¹⁴³, fiel dem Institut für Politische Wissenschaften aus amerikanischer Perspektive die Funktion zu, eine in Deutschland bis dato eher vernachlässigte, allerdings für die wissenschaftliche Fundierung eines demokratischen Gemeinwohls bedeutsame Disziplin fest im deutschen Wissenschaftskanon zu etablieren.¹⁴⁴ In idealer Ergänzung bestand das mit dem Nordamerika-Institut verbundene Ziel darin, wie es dessen damaliger geschäftsführender Direktor, der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel, bei der Eröffnungsfeier des neuen John-F.-Kennedy-Instituts 1967 formulierte, „daß die intensive Beschäftigung mit der großen Demokratie jenseits des atlantischen Ozeans dazu beitragen möge, das Verständnis für die freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie auch diesseits des Atlantischen Ozeans zu erweitern und zu vertiefen“.¹⁴⁵

Seinen prominenten Namen hatte das Nordamerika-Institut 1964 in Erinnerung an den im November des Vorjahres ermordeten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy erhalten, der am 26. Juni 1963, also fast exakt drei Monate vor seinem

¹⁴⁰ Vgl. exemplarisch ein Schreiben der Ford-Foundation an den damaligen Rektor der Freien Universität, Prof. Dr. Gerhard Schenck, vom 23.6.1958, in dem die Verwendungszwecke einer Spende in Höhe von einer Million US-Dollar erläutert wurden. Der Brief findet sich abgedruckt in: FU Dokumentation III, S. 77 Dok. 228.

¹⁴¹ Vgl. Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 192.

¹⁴² Vgl. allgemein Diethelm Prowe: Brennpunkt des Kalten Krieges. Berlin in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 261–270.

¹⁴³ Über das Osteuropa-Institut schrieb Shuster in seinem Bericht von 1956 an die Ford-Foundation: „Zweifelsohne ist das Osteuropa-Institut eine wissenschaftliche Einrichtung von außerordentlicher sachlicher Bedeutung und wissenschaftlicher Integrität. [...]. Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß Berlin ein einzigartiger Ort für das Bestehen eines solchen Institutes ist. Hier sind nicht nur Ost und West in ständigem Konflikt, sondern der unermüdliche Strom von Informationen kann in nächster Nachbarschaft seines Ursprungsortes am besten ausgewertet und verstanden werden“ (FU Dokumentation II, S. 115 Dok. 198).

¹⁴⁴ Zum Institut für Politische Wissenschaften der FU vermerkte Shuster: „Die politische Wissenschaft hat sich an den deutschen Universitäten nicht so entwickelt, wie viele gehofft hatten, und zwar aufgrund der bereits erwähnten Schwierigkeiten und infolge eines unvermeidlichen Mangels an ausgebildeten Fachkräften. [...]. Das Berliner Institut scheint das einzige dieser Art zu sein, das für die nächste Zukunft einen echten Fortschritt zu verbürgen scheint“ (ebd., S. 116).

¹⁴⁵ Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin. Ansprachen und Reden, Berlin 1967, S. 11.

Tod, die FU während einer Deutschlandreise besucht hatte.¹⁴⁶ Dieser Besuch des populären amerikanischen Präsidenten in dem seit Sommer 1961 von einer Mauer durchzogenen Berlin galt als eindrucksvolle Demonstration für die tiefe Verbundenheit des amerikanischen Volkes zu dieser Stadt und deren Universität. In Anerkennung dieses Engagements verlieh die FU dem amerikanischen Gast die akademische Ehrenbürgerschaft.¹⁴⁷ Die Auszeichnung galt somit einem Mann, der – wie die Verleihungsurkunde vermerkt – „durch seinen persönlichen Einsatz für die Freiheit und Unabhängigkeit Berlins maßgeblich dazu beigetragen hat, daß trotz schwerer äußerer und seelischer Belastungen das Selbstvertrauen der Bürger dieser Stadt aufrechterhalten und gestärkt und die Entwicklung des kulturellen Lebens Berlins und der Ausbau der Freien Universität gefördert werden konnte“.¹⁴⁸ In seinen Dankesworten machte Kennedy indirekt nochmals deutlich, daß die Vereinigten Staaten in der FU eine Kaderschmiede der freien (westlichen) Welt in Europa sahen. An die anwesenden Studenten gerichtet sagte der Präsident: „Ich spreche ohne Zweifel zu den Männern, die in Zukunft die Geschicke dieses Landes leiten werden, und auch zu denen anderer freier Länder, die ihre Söhne und Töchter an diese Stätte der Freiheit geschickt haben, damit sie verstehen lernen, worum der Weltkampf geht.“¹⁴⁹

Ein Jahr nach der Fertigstellung des neuen John-F.-Kennedy-Instituts wurde 1968 das Universitätsklinikum in Berlin Steglitz eröffnet. Die Finanzierung dieser beiden Einrichtungen waren „die letzten großen amerikanischen philanthropischen Projekte zugunsten der Freien Universität“.¹⁵⁰ Seit ihrer Gründung hatte die FU über kein eigenes Universitätsklinikum verfügt. Da sich die berühmte „Charité“ im Ostteil der Stadt befand, wurden die Westberliner Medizinstudenten in den Räumlichkeiten der ehemaligen Krankenhausanlage Westend in Berlin-Charlottenburg ausgebildet. Gegen Ende der 1950er Jahre entwickelten sich dann konkrete Pläne, den Krankenhausbetrieb von Charlottenburg nach Steglitz zu verlagern, um dort ein neues und den modernsten internationalen Standards entsprechendes Klinikum zu errichten.¹⁵¹ Gleichzeitig wurde von amerikanischer Seite signalisiert, daß man das Projekt finanziell unterstützen wolle.¹⁵² Schließlich konnten 1958 die Bauarbeiten begonnen werden, nachdem sich die amerika-

¹⁴⁶ Allgemein zur Wirkung von Kennedys Berlin-Besuch auf die Westdeutschen vgl. Thränhardt: *Geschichte der Bundesrepublik*, S. 145; Heideking: *Geschichte der USA*, S. 393; Prowe: *Brennpunkt des Kalten Krieges*, S. 268f.

¹⁴⁷ Vgl. Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 300f.: „Seinen Höhepunkt erreichte dieser prowestliche Stimmungsausschlag wohl, als Präsident Kennedy im Juni 1963 nach West-Berlin kam. Sein Besuch wurde von einem fast hysterischen Ausbruch an Gastfreundschaft und Dankbarkeit seitens der West-Berliner untermalt, als er zunächst auf einer öffentlichen Versammlung sprach und ihm später die Ehrenbürgerschaft der Freien Universität verliehen wurde.“

¹⁴⁸ *FU Spiegel* Nr. 33/1963, S. 5.

¹⁴⁹ *FU Dokumentation III*, S. 156–159 Dok. 322; John F. Kennedy: *Eine Universität für die freie Welt. Die Berliner Universitätsrede*, 26. 6. 1963, hier S. 156 (Zitat).

¹⁵⁰ Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 363.

¹⁵¹ Zum Benjamin-Franklin-Klinikum vgl. ebd., S. 361–363.

¹⁵² Auszug aus einem Vermerk von Reg.-Direktor Bähr (Senator für Volksbildung) vom 4. 9. 1958 in: *FU Dokumentation III*, S. 85f. Dok. 236d.

nische Regierung unter Vermittlung von Eleonore Dulles dazu bereit erklärt hatte, insgesamt 67 Millionen DM als Anschubfinanzierung zur Verfügung zu stellen. Dies war die größte amerikanische Spende in der Geschichte der Freien Universität Berlin. Dies hatte allerdings zur Folge, daß die Planung und Ausführung des Klinikprojekts nicht allein in deutsche Hände gelegt wurde. Als offizieller Bauherr fungierte, von amerikanischen Architekten unterstützt, die Benjamin-Franklin-Foundation.¹⁵³ Zudem wurde die Bereitstellung der Gelder an konkrete Forderungen geknüpft, die das Ziel verfolgten, mit Hilfe des Berliner Klinikprojekts die medizinische Forschung und Lehre in der gesamten Bundesrepublik zu reformieren. „Die Amerikaner [...] forderten“, so FU-Kurator von Bergmann 1963,

„auch eine Modernisierung des medizinischen Unterrichts und ein Umdenken und Umschalten der bisherigen deutschen Auffassung in der Organisation der Kliniken. Das traditionelle, patriarchalische Prinzip, in dem die einzelne Klinik ein selbstständiges Eigenleben führt, wird aufgegeben. Alle klinischen Disziplinen werden unter einem Dache vereinigt, und schon die Architektur dieses gewaltigen Bauprojektes [...] zwingt zur Zusammenarbeit, zum modernen Team-Work.“¹⁵⁴

Bergmanns Ausführungen verweisen auf die internationale Führungsrolle der amerikanischen Wissenschaft, die hierzulande seit den ausgehenden fünfziger Jahren spürbar das Bestreben verstärkte, bestehende Hochschulstrukturen (Department-System) und auch architektonische Planungskonzepte im Hochschulbau (Kliniken, Bibliotheken und Campusanlagen) nach amerikanischem Vorbild umzugestalten.¹⁵⁵ Ganz in diesem Sinne schrieb der FU-Kurator über die mit dem Berliner Klinikneubau verbundenen Erwartungen: „Ein solches Experiment ist völlig neu in Deutschland, es wird vom Wissenschaftsrat empfohlen, und wir wollen hoffen, daß es sich bewährt. Bei diesen [...] Gebäudekomplexen stand also auf amerikanischer Seite nicht das Materielle an erster Stelle, sondern es war nur Hilfsmittel, um geistige Ziele modern zu verwirklichen.“¹⁵⁶

Als schließlich das Benjamin-Franklin-Klinikum nach beinahe zehnjähriger Bauzeit eröffnet wurde, verfügte die FU in der Tat über eines der modernsten und größten Universitätskrankenhäuser Europas. Die Einweihungsfeierlichkeiten wurden allerdings im Herbst 1968 von Studentenprotesten begleitet, die zu tiefen Irritationen zwischen den amerikanischen Gönnern und ihrem Günstling führten.¹⁵⁷ Für viele Westberliner Studenten hatte sich im Zuge des seit 1963 tobenden Vietnamkrieges die Wahrnehmung der USA vollkommen verändert. Die amerikanischen Verdienste beim Aufbau der FU traten in den Hintergrund, da sich die neue Studentengeneration der besonderen Umstände, die zur Gründung der

¹⁵³ Tent: Freie Universität Berlin, S.362.

¹⁵⁴ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S.193.

¹⁵⁵ Vgl. zu diesen Einflüssen Kapitel VIII. und IX.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.363. Zu „1968“ und den Auswirkungen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis vgl. Claus Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd.2, S. 632–643.

Freien Universität geführt hatten, kaum mehr bewußt war.¹⁵⁸ Freilich speisten sich die studentischen Proteste vornehmlich aus einer vermeintlichen Unzufriedenheit mit dem Zustand der deutschen Gesellschaft und Hochschulen, doch spielten die USA in diesem Zusammenhang eine nicht unbedeutende, wenn auch ambivalente Rolle: Sie fungierten als Feind- und Vorbild zugleich. Einerseits war es die amerikanische Außenpolitik und die Kriegsführung der Vereinigten Staaten in Vietnam, die innerhalb der radikalen Studentenschaft auf das schärfste verurteilt wurden.¹⁵⁹ Andererseits waren es die Methoden (z. B. Sit-in, Go-in, Teach-in) und Ziele gerade der amerikanischen Protestbewegung, die – ausgehend von der Berkeley University – in Deutschland mit Interesse beobachtet und entsprechend nachgeahmt wurden.¹⁶⁰ Doch damit nicht genug: Auch das Aussehen der amerikanischen „Hippies“ fand unter der deutschen Studentenschaft, die gleichzeitig gegen die Politik der USA protestierte, zahlreiche Nachahmer.¹⁶¹ Über diese Zusammenhänge sagte Shepard Stone rückblickend: „Woher kam 68? Aus Berkely California! Es kam nicht aus der Freien Universität Berlin. Sie haben es übernommen und zwar in guter deutscher Weise. Gründlich.“¹⁶² Tatsächlich kann die

¹⁵⁸ Vgl. hierzu aus zeitgenössischer Perspektive vor allem Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 239–482. Auf die bereits 1963 sich verändernde Atmosphäre an der FU verwies auch der damalige AStA-Vorsitzende der FU Gerhard Coper: „In den Gründungsjahren glaubten die meisten Professoren, Verwaltungsbeamten, Studenten, Politiker, die deutschen und ausländischen Freunde der Universität, eine echte Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden schaffen zu können. [...] In der Verantwortung um das geschaffene Werk wuchs innerhalb der Universität ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, von dem heute leider nicht mehr viel zu spüren ist, ja, das sich die meisten der heute Lehrenden oder Studierenden nicht einmal vorstellen können. Die Gründe für diese bedauerliche Entwicklung sind vielfältig“ (Gerhard Coper: *Gegründet als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden*, in: *AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin*, S. 19f.). Vgl. in diesem Zusammenhang auch Lämmert: *Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas*, S. 290–294; Spix: *Abschied vom Elfenbeinturm?*, S. 402–429.

¹⁵⁹ Zur katalytischen Wirkung des Vietnamkrieges auf die Studentenproteste in der Bundesrepublik vgl. u. a. Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.): 1968. *The World Transformed*, Cambridge/New York 1998 (Einleitung); Philipp Gassert: *Gegen Ost und West. Antiamerikanismus in der Bundesrepublik*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 944–954, hier besonders S. 952f.; Ingrid Gilcher-Holtey: *Die 1968er Bewegung*, München 2001, S. 35–48.

¹⁶⁰ Vgl. William J. Rorabaugh: *Berkeley at War. The 1960s*, Eugene/OR 1991; Michael Schmidke: *Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS) 1960–1970*, in: Ingrid Gilcher-Holtey: 1968. *Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 1998, S. 188–206; Wolfgang E. J. Weber: *Die „Kulturrevolution“ 1968*, in: Volker Dotterweich (Hg.): *Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch politische Themen im Meinungsstreit*, München 1998, S. 207–228; Gilcher-Holtey: *Die 1968er Bewegung*, S. 25–35. Zu den studentischen Protestmaßnahmen an der FU vgl. Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 292–310; Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 366–370; Ingrid Gilcher-Holtey: 1968 – eine Zeitreise, Frankfurt am Main 2008.

¹⁶¹ Vgl. Heidrun Kämper: *Die Amerikanisierung der deutschen Sprache*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 2, S. 496–506, hier S. 503; Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis, S. 632 und S. 639.

¹⁶² Zitiert nach Prell/Wilker: *Die Freie Universität Berlin*, S. 147.

studentische Protestbewegung auch als ein Beleg für den in der Bundesrepublik bereits erreichten „Amerikanisierungsgrad“ gesehen werden. Claus Leggewie hat dieses Phänomen folgendermaßen beschrieben:

„Die damaligen Wutausbrüche entsprangen weniger originärem Antiamerikanismus als der enttäuschten Amerikaliebe einer Generation, die im Zeichen der kulturellen Verwestlichung aufgewachsen und von Idolen wie John F. Kennedy und Martin Luther King jr. beeindruckt war. Ihre abrupte Abwendung hinderte sie jedoch nicht an der Übernahme der kulturellen Methoden und Protestformen – von den Beatniks bis zu Teach-ins. In vieler Hinsicht blieben die Antiamerikaner eine ‚amerikanische Linke‘ [...], d.h., sie waren den Grundelementen westlicher Kultur, individueller Freiheit und Demokratie, verpflichtet oder kehrten nach Ausflügen in totalitäre Ideologien (vom Sowjetsozialismus über den Karibik-Sozialismus bis zum Maoismus) zu ihnen zurück.“¹⁶³

Demzufolge kam es nicht von ungefähr, daß die Studentenbewegung der ausgehenden 1960er Jahre speziell an der FU eines ihrer bedeutendsten Zentren fand. An keiner anderen westdeutschen Universität waren amerikanische Einflüsse – schon allein infolge der zahlreichen Hilfsleistungen und Austauschprogramme – so unmittelbar wirksam und spürbar geworden wie an der FU. Es erscheint daher nur konsequent, daß es sich bei einem am 22. Juni 1966 im Henry-Ford-Bau abgehaltenen „Sit-in“ auch um „die erste Protestaktion dieser Art auf deutschem Boden“ handelte.¹⁶⁴

Auf amerikanischer Seite und innerhalb des Westberliner Bürgertums war man über die Vorgänge an der FU zutiefst irritiert. Während die Studenten ihren Protest gegen die USA lauthals artikulierten, ja der SDS für den Winter 1965/66 sogar ein „Vietnam-Semester“ proklamiert hatte, „waren die Bürger noch weniger als anderswo in der Bundesrepublik gewillt, diesen Dolchstoß in den Rücken des großen Verbündeten, dem man spätestens seit dem Marshall-Plan und der Luftbrücke so viel verdankte, tatenlos hinzunehmen“.¹⁶⁵ Zahlreiche Solidaritätsbekundungen und Hilfsmaßnahmen für amerikanische Familien, die einen Angehörigen in Vietnam verloren hatten, waren die Folge.¹⁶⁶

Zweifelsohne markiert das Jahr 1968 eine Zäsur in den Beziehungen der USA zur FU, denn gegen Ende der sechziger Jahre fand auch das bis dato großangelegte amerikanische Engagement für die Westberliner Universität ihren Abschluß. Zwar hatte dies in erster Linie damit zu tun, daß die nötige Aufbauleistung als weitgehend abgeschlossen angesehen wurde und künftig die Deutschen selbst in der Lage zu sein schienen, die weitere Entwicklung der FU ohne amerikanische Unterstützung zu bewerkstelligen. Nichtsdestotrotz haben aber sicherlich auch die atmosphärischen Störungen im Zuge der studentischen Protestbewegung ihren Beitrag hierzu geleistet. Ursprünglich aufgebaut als wissenschaftliches „Bollwerk“ gegen den Kommunismus drohte sich die FU in den Augen vieler ihrer amerikanischen Freunde in eine Institution zu verwandeln, in der die linksradikale – wenn

¹⁶³ Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis, S. 637.

¹⁶⁴ Knut Nevermann: Revolte. Der Muff von tausend Jahren. 1968, in: Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 70. Vgl. auch Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, S. 290–292.

¹⁶⁵ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 483.

¹⁶⁶ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 331.

man so will kommunistisch gesinnte – Studentenschaft die Wortführerschaft übernommen hatte.¹⁶⁷ „Die Studentenproteste“, so die Einschätzung Tents, „hatten die nicht zu leugnende Tatsache an den Tag gebracht, daß die Freie Universität aufgehört hatte, eine Ausnahmerecheinung unter den deutschen Hochschulen zu sein. Auch die politische Sonderrolle der Freien Universität im Rahmen der Deutschlandpolitik der USA ging zu Ende.“¹⁶⁸

War das Experiment einer „freien“ Universität im Westen Berlins mit den Ereignissen um das Jahr 1968 gescheitert? Rückblickend betrachtet steht außer Frage, daß sich die FU langfristig zu keinem Zentrum des Linksradikalismus weiterentwickelte, wie von vielen zeitgenössischen deutschen und ausländischen Beobachtern unter dem Eindruck der „68er-Bewegung“ befürchtet.¹⁶⁹ „Die Ford-Stiftung“, so Shepard Stone, „war gefühlsmäßig lange Zeit sehr eng mit der Freien Universität verbunden. Daß wir dann von der Entwicklung [um 1968, S. P.] enttäuscht waren, ist wahr – aber das ist ein anderes Kapitel.“¹⁷⁰ Auf den ersten Blick scheint die FU also der ihr von amerikanischer Seite zgedachten Rolle als einer Universität neuen Zuschnitts, deren freiheitlicher Geist das akademische Leben in der Bundesrepublik, ja ganz Westeuropas beeinflussen sollte, nicht in vollem Umfang gerecht geworden zu sein. Bedenkt man den antiamerikanischen Grundtenor der Studentenproteste, ist eine solche Sichtweise durchaus nachvollziehbar. Andererseits aber belegt die Tatsache, daß gerade die FU Berlin in den 1960er Jahren zu einem Zentrum der deutschen und europäischen Protestbewegung avancierte, die – trotz aller Exzesse und politisch-ideologischen Widersprüche – an dieser Institution offenbar besonders erfolgreiche Demokratisierung und Liberalisierung der Jugend nach westlich-amerikanischem Muster.¹⁷¹ „Die kulturelle und politische

¹⁶⁷ Über den Erwartungshorizont der Amerikaner schreibt Anthon: *My Work as Higher Education Adviser in Berlin*, S. 65: „Spirits were high and there was a strong desire among Germans and Americans (and other Allies) to work together in the common aim of maintaining the freedom of West Berlin and to strengthen it as a ‚bulwark of the West‘ and the ‚show window to the East‘. As a child of Cold War, the Free University benefitted from this influence, as American governmental agencies, foundations, and voluntary organizations vied with each other to contribute to the prospering of the newest university of the world.“

¹⁶⁸ Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 366.

¹⁶⁹ Beispielsweise schrieben die Lübecker Nachrichten im August 1965: „Sie sind zwar keine Kommunisten, wie mancher Berliner es befürchtet, der den FU-Studenten ihre frühere Atom-Propaganda, ihre Proteste gegen die Vietnampolitik der USA, deren Engagement in Santo Domingo [...] oder gegen die beabsichtigte Notstandsgesetzgebung in Bonn nicht vergessen hat, auch ihre zunehmend vorbehaltlose Kontaktfreudigkeit gegenüber Pankow und dessen Emissäre mit Sorge verfolgt. Unverkennbar aber ist, daß diese für die ganze Studentenschaft sprechende Minderheit mit ihrem krampfhaft nonkonformistischen Gebaren immer mehr nach links abrutscht – und das in einer Stadt, die wie keine andere in der Welt nach wie vor in der aktiven Auseinandersetzung mit dem Kommunismus steht, in deren Zuge ja einst auch die Freie Universität entstand“ (Lübecker Nachrichten vom 8. 8. 1965. Hier zitiert nach Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 534).

¹⁷⁰ Zitiert nach Prell/Wilkert: *Die Freie Universität Berlin*, S. 147.

¹⁷¹ Vgl. Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis, S. 640f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Einschätzung von Gassert: *Antiamerikanismus in der Bundesrepublik*, S. 953: „Die Wende zum Antiamerikanismus wurde jedoch durch die – nicht selten aus

Verwestlichung“, so Raimund Lammersdorf, „hatte insbesondere die Jungen erfaßt, die niemals den Triumph des Nationalsozialismus erlebt hatten, sondern meist nur das daraus entstandene Elend. Man hatte sie an den Schulen mit hohen moralischen Ansprüchen ausgerüstet, die sie schließlich als Heranwachsende und Studenten anwandten.“¹⁷²

Von den Turbulenzen um das Jahr 1968 einmal abgesehen, war es den deutschen Gründungsvätern der FU mit massiver Unterstützung zahlreicher amerikanischer Förderer letztlich doch gelungen, eine anfänglich von vielen Beobachtern zum Scheitern verurteilte Institution binnen weniger Jahrzehnte zu einer der wissenschaftlich führenden und für Studenten wie Professoren mitunter attraktivsten Hochschulen in der Bundesrepublik aufzubauen.¹⁷³ Die folgenden Zahlen belegen dies: Von 2140 Studenten des Gründungssemesters 1948/49 stieg die Zahl der an der FU Immatrikulierten innerhalb von dreißig Jahren auf den Stand von 36 496 im Wintersemester 1978/79. Und 1988 war die FU mit rund 56 000 Studierenden nach der Münchner LMU die zweitgrößte Universität in der Bundesrepublik.¹⁷⁴ Schon James F. Tent hat, wohlgerichtet aus der Sicht eines amerikanischen Historikers, der FU eine wichtige Vorreiterrolle innerhalb der westdeutschen Universitäts- und Wissenschaftslandschaft nach 1945 zugeschrieben:

„Die Freie Universität hat sich nie befreit – zumindest nicht von politischen Spannungen. Doch was besagt schon ein Name? Sie ist schließlich zu einer bedeutenden Hochschule geworden und hat bewiesen, daß sie den wissenschaftlichen Anforderungen ihrer Gesellschaft gewachsen war und noch ist. Damit nicht genug, sie hat über die Zeit ihre Fähigkeit demonstriert, daß sie sich in Anpassung an geänderte Interessen und Bedürfnisse der Gesellschaft zu verändern mag. Das bedeutet nicht, daß notwendiger Wandel an der Freien Universität in jedem Fall sanft oder rechtzeitig erfolgt wäre. Es gab Zeiten, da war die Freie Universität in jedem Fall ihrer Gesellschaft und ihren Schwesteruniversitäten voraus, etwa als sie sich in die Avantgarde jener Institutionen einreichte, die den guten Ruf der deutschen Sozialwissenschaft wieder herstellten. Mit ihrem frühen Engagement zugunsten ausgiebiger internationaler Kontakte [besonders zu den USA, S. P.] und ihrer Pionierarbeit bei der Bereitstellung innovativer Extra-Lehrangebote wie der Abend- oder der Funkuniversität ist sie anderen Hochschulen ebenso um Jahrzehnte vorausgeeilt wie mit ihrem Tutorenprogramm für Studenten. In diesem Sinne war und bleibt die Freie Universität in vieler Hinsicht eine Besonderheit.“¹⁷⁵

Noch ein weiterer Aspekt erscheint abschließend erwähnenswert: Das besondere amerikanische Engagement für die FU darf nicht allein auf politisch-ideologische Motive unter den Bedingungen der Berliner Frontstellung während des Kalten

den USA selbst stammenden und von deutschen Remigranten reimportierte – neomarxistische Kritik der kapitalistischen Industriegesellschaften theoretisch untermauert, die, den Axiomen der liberalen Modernisierungstheorie vergleichbar, in den Vereinigten Staaten den Prototyp der westlichen Entwicklung sahen. Die Kritik an den USA war daher (im Endergebnis) auch Ausdruck kultureller Verwestlichung.“

¹⁷² Raimund Lammersdorf: Verwestlichung als Wandel der politischen Kultur, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 966–977, hier S. 975 (Zitat).

¹⁷³ Vgl. u. a. die Einschätzung bei Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, S. 296–299.

¹⁷⁴ Siehe die entsprechende Tabelle in 40 Jahre Freie Universität Berlin. Die Geschichte 1948–1988, S. 53.

¹⁷⁵ Tent: Freie Universität Berlin, S. 494.

Krieges verkürzt werden, denn die FU sollte ihre Strahlkraft nicht nur in Richtung Osten entfalten. Hinzu trat der nicht minder bedeutsame Versuch, mit Hilfe der FU auch Einfluß auf die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik auszuüben.¹⁷⁶ Wie gezeigt werden konnte, spielte in diesem Kontext eine aus dem Gefühl der Hochschätzung für die vormaligen Leistungen der deutschen Wissenschaft resultierende amerikanische Verantwortung gegenüber den deutschen Universitäten eine zentrale Rolle.¹⁷⁷ Rückblickend verwies Shepard Stone, der wie kaum ein anderer die Geschichte und Geschicke dieser Institution seit den vierziger Jahren verfolgt und mitgeprägt hatte, auf genau diese Motivation:

„In amerikanischen Universitäts- und Stiftungskreisen glaubte man an die Möglichkeit, einen neuen Geist und eine neue Atmosphäre im deutschen Universitätsleben zu unterstützen. Gleichzeitig wurde damit Dank ausgesprochen für die Leistungen der deutschen Universitäten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Universitäten ausgeübt haben.“¹⁷⁸

2. „To increase democratic understanding“:¹⁷⁹ Aufbau und Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft

Ähnlich wie die Freie Universität kann auch die nach 1945 erfolgte (Wieder-)Gründung einer deutschen Politikwissenschaft und deren Etablierung als eigenständige Hochschuldisziplin als ein Erbe der amerikanischen Besatzungszeit bezeichnet werden. Zugleich spiegelt die Politikwissenschaft wie kaum ein anderes Fach den wechselseitigen Wissenstransfer zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wider.¹⁸⁰ Wie aber läßt sich dieser vermeintliche Widerspruch auflösen bzw. welche historischen Entwicklungen liegen diesem zugrunde?

Tatsächlich kann die akademische Auseinandersetzung mit Politik in Deutschland auf eine weitaus längere Tradition zurückblicken, als der verkürzende Blick auf die Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges suggeriert.¹⁸¹ Ob-

¹⁷⁶ Vgl. die Einschätzung von Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 69: „1948 entstand im amerikanischen Sektor Berlins die Freie Universität als Gegenründung zur kommunistisch vereinnahmten Humboldt-Universität im sowjetischen Sektor. Das geschah mit dezidiert politischer und finanzieller Unterstützung aus den USA, und die FU Berlin entwickelte sich in den fünfziger Jahren zum demokratisch strukturierten Gegenmodell der überkommenen deutschen Ordinariatenuniversität.“

¹⁷⁷ Vgl. Kapitel I.

¹⁷⁸ Zitiert nach Prell/Wilkert: *Die Freie Universität Berlin*, S. 146f.

¹⁷⁹ IfZ, OMGUS 5/291-3/12, *The Work and Plans of the Governmental Institutions*, E&CR Branch, 20. 10. 1949.

¹⁸⁰ Vgl. Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 133f.; Jürgen Hartmann: *Geschichte der Politikwissenschaft*, Opladen 2003, S. 17-31.

¹⁸¹ Zur frühen universitären Befassung mit Politik in Deutschland siehe Hans Maier: *Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten*, in: Dieter Oberndörfer (Hg.): *Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in ihre Grundfragen, ihre Tradition und Theorie*, Freiburg i.Br. 1962, S. 59-116; ders.: *Die Lehre der Politik an den älteren deut-*

gleich nicht im Rahmen einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin organisiert, fand an den europäischen Universitäten bereits seit dem Mittelalter eine philosophisch-normativ ausgerichtete Beschäftigung mit Politik statt, die sich vorwiegend an der aristotelischen Politiklehre orientierte.¹⁸² Zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert wurde diese Betrachtungsebene durch humanistische und naturrechtliche Ansätze erweitert und schließlich durch neue Disziplinen wie der Kameralistik, Ökonomik, Policey und Statistik ergänzt.¹⁸³ Nach den Umwälzungen im Zuge der französischen Revolution 1789 und der anschließenden napoleonischen Ära geriet die im Rahmen der sogenannten Staatswissenschaften betriebene Lehre von der Politik speziell an den deutschen Universitäten in eine zunehmende Abhängigkeit allgemeinpolitischer Rahmenbedingungen.¹⁸⁴ Eine bedeutende Aufwertung erfuhr die universitäre Beschäftigung mit Politik besonders im Vorfeld und während der Revolution von 1848. Die Ideen des aufkeimenden Liberalismus hatten im Vormärz wesentlich dazu beigetragen, das überkommene Verhältnis zwischen der Obrigkeit bzw. dem Staat einerseits und dem sich emanzipierenden

schen Universitäten, in: ders.: Politische Wissenschaft in Deutschland. Lehre und Wirkung, München 21985, S. 31–67.

¹⁸² Zur Entwicklung einer politischen Theorie im Mittelalter vgl. Dieter Mertens: Geschichte der politischen Ideen im Mittelalter, in: Hans Fenske u. a. (Hg.): Geschichte der politischen Ideen von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 21987, S. 141–238; Jürgen Miethke: Politische Theorien im Mittelalter, in: Hans Joachim Lieber (Hg.): Politische Theorien von den Anfängen bis zur Gegenwart, München/Bonn 21993, S. 47–156; Anthony Black: Political Thought in Europe 1250–1450, Cambridge u. a. 1992; Joseph Canning: History of Medieval Political Thought 300–1450, London 1996; Jürgen Miethke: Die Kanonistik als Leitwissenschaft für die politische Theorie der scholastischen Universität, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 33–59; Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 32–51. Zur Rezeption des aristotelischen Politikbegriffs vgl. u. a. Robert Heiss: Der Aristotelismus in der Artistenfakultät der alten Universität Köln, in: Hubert Graven (Hg.): Festschrift zur Erinnerung an die Gründung der alten Universität Köln 1938, S. 288–315; Tilman Struve: Die Bedeutung der aristotelischen „Politik“ für die natürliche Begründung der staatlichen Gemeinschaft, in: Jürgen Miethke (Hg.): Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert, München 1992, S. 153–171.

¹⁸³ Zur Entwicklung der Politikwissenschaft vom 15. bis 18. Jahrhundert vgl. Jutta Brückner: Staatswissenschaften, Kameralismus und Naturrecht. Ein Beitrag zur Geschichte der Politischen Wissenschaft im Deutschland des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts, München 1977; Horst Dreitzel: Ideen, Ideologien, Wissenschaft. Zum politischen Denken in Deutschland in der frühen Neuzeit, in: Neue Politische Literatur 25 (1980), S. 1–25; Hans Erich Bödeker: Das staatswissenschaftliche Fächersystem im 18. Jahrhundert, in: Rudolf Vierhaus (Hg.): Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung. Aus Anlaß des 250jährigen Bestehens des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985, S. 143–162; Wolfgang E. J. Weber: Prudentia Gubernatoria. Studien zur Herrschaftslehre in der deutschen politischen Wissenschaft des 17. Jahrhunderts, Tübingen 1992; Michael Philipp: Die frühneuzeitliche Politikwissenschaft im 16. und 17. Jahrhundert, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der Politikwissenschaft, S. 61–78.

¹⁸⁴ Vgl. Hans Maier: Staatswissenschaft, in: Hermann Kunst (Hg.): Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin 21975, S. 2533–2535; ders.: Politikwissenschaft und Staatswissenschaft an den deutschen Universitäten, Passau 1985; Rudolf Stichweh: Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung im 16.–18. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1991; ders.: Wissenschaft, Universität, Profession, Frankfurt am Main 1994.

Bürgertum andererseits neu zu definieren. Zu diesem Bürgertum zählten auch viele politikwissenschaftlich ausgerichtete Universitätsprofessoren.¹⁸⁵ Die repressiven Verfolgungsmaßnahmen der reaktionären staatlichen Kräfte vor und nach der Revolution von 1848 hatten zur Folge, daß einige dieser Professoren Deutschland verließen und in die USA emigrierten. Zu diesen frühen Emigranten zählten Johann Louis Tellkamp und Francis (Franz) Lieber, die in den Vereinigten Staaten maßgeblich zum Aufbau der nordamerikanischen Political Science beitrugen.¹⁸⁶

Während seiner Lehrtätigkeit am Columbia College in New York, wo er seit 1857 einen Lehrstuhl für History und Political Science innehatte, bemühte sich Lieber, wissenschaftliche Methoden deutscher Provenienz mit amerikanischen Inhalten zu kombinieren. Es waren dann in erster Linie Liebers Schüler, die für den weiteren Ausbau der Political Science in den USA verantwortlich zeichneten.¹⁸⁷ Liebers bedeutendster Schüler war John W. Burgess, der seit 1871 auf Anregung seines deutschen Lehrers in Berlin, Göttingen und Leipzig studiert hatte und 1876 als Nachfolger Liebers auf dessen Lehrstuhl an der Columbia University berufen wurde. Neben der Faszination für das deutsche Gelehrtentum war es die historisch-quellenkritische Methode des Historismus, die Burgess von seinem Studienaufenthalt in Deutschland in die Heimat mitbrachte. Schließlich gründete Burgess, der 1906 auch maßgeblich am Zustandekommen des Professoren austausches zwischen der Columbia University und der Berliner Universität beteiligt war, an seiner New Yorker Alma Mater eine eigene School for Political Science, die erste ihrer Art in den Vereinigten Staaten.¹⁸⁸

Parallel zu diesen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten hatte in Deutschland die wachsende Politisierung der Wissenschaft nach Gründung des Kaiserreichs zu einer weitgehenden Vernachlässigung dezidiert kritischer Politikanalyse geführt. Vielmehr kam es zu einer vermeintlich wissenschaftlichen Legitimierung

¹⁸⁵ Überblicksmäßig zur Zeit zwischen 1800 und 1850 vgl. Hans Boldt: *Deutsche Staatslehre im Vormärz*, Düsseldorf 1975; Wilhelm Bleek: *Die Brüder Grimm und die deutsche Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26 (1986), H. 1, S.3–16; ders.: *Die Politik-Professoren in der Paulskirche*, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.): *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter*, München/New Providence 1994, S.276–299; ders.: *Die Paulskirche in der politischen Ideengeschichte Deutschlands*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (1998), H. 3/4, S.28–39; ders.: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S.91–141.

¹⁸⁶ Zum deutschen Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Political Science vgl. Wilhelm Bleek: *Die Gründung der Wissenschaft von der Politik in den USA. Ein Kapitel amerikanisch-deutschen Kulturtransfers*, in: Manfred Funke u.a. (Hg.): *Demokratie und Diktatur. Festschrift für Karl Dietrich Bracher zum 65. Geburtstag*, Düsseldorf/Bonn 1987, S.521–533, sowie ders.: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S.178–189.

¹⁸⁷ Ludwig Freund: *USA*, in: *Hochschule für Politische Wissenschaften München* (Hg.): *Das Studium der Politischen Wissenschaften im In- und Ausland*, München 1953, S.133–146, hier S.133f.; Peter Wolfgang Becker: *Francis Liebers wissenschaftliche Leistungen in den USA*, in: Peter Schäfer/Karl Schmitt (Hg.): *Franz Lieber und die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 19. Jahrhundert*, Weimar/Köln/Wien 1993, S.31–44.

¹⁸⁸ Vgl. die autobiographisch beeinflusste Studie von John W. Burgess: *Reminiscences of an American Scholar. The Beginnings of Columbia University*, New York 1934, sowie Albert Somit/Joseph Tanenhaus: *The Development of American Political Science. From Burgess to Behavioralism*, New York 1967, S.16–21. Zu Burgess' Rolle beim Berlin-Columbia-Abkommen siehe auch Kapitel I.3.

des „deutschen Sonderwegs“, mit dem die spezifische Ausformung des deutschen Politik- und Verfassungsmodells gemeint war.¹⁸⁹ Ihren traurigen Höhepunkt fand diese Entwicklung am Vorabend und während des Ersten Weltkrieges, der zu einer tiefgreifenden Entfremdung zwischen der deutschen und amerikanischen Scientific Community führte.¹⁹⁰ „So verschwand“, wie es Wilhelm Bleek formuliert hat, „die Politikwissenschaft zwar weitgehend aus dem offiziellen Kanon der akademischen Disziplinen, ihre Gegenstände und teilweise auch ihre Methoden wurden aber von ihren Erben bewahrt. Diese wurden dann nach 1945 wie die amerikanische Political Science zu Paten der in Deutschland wiederbegründeten akademischen Wissenschaft der Politik und gaben dieser als Taufgeschenk jenen Erfahrungsschatz zurück, den sie in den dazwischenliegenden Jahrzehnten aufgehoben und vermehrt hatten.“¹⁹¹

An dieser Zurückdrängung der Politikwissenschaft konnte auch die 1920 in Berlin erfolgte Gründung der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) nichts ändern, die auf eine Initiative von Friedrich Naumann und Max Weber zurückging. Das mit der Gründung dieser Institution verbundene Ziel war es gewesen, die junge und fragile Weimarer Demokratie durch die Heranbildung einer liberal-demokratisch gesinnten politischen Elite zu stärken. Doch handelte es sich bei der DHfP weniger um eine wissenschaftliche Hochschule, als um eine – wie Naumann es 1918 selbst formulierte – „Staatsbürgerschule“¹⁹², an der sich u. a. Partei- und Verbandsfunktionäre weiterbilden konnten.¹⁹³ In einem wahrscheinlich 1926 für die Rockefeller-Foundation – die seit der Wirtschaftskrise 1922/23 die DHfP finanziell unterstützte – verfaßten Bericht wies deren Berliner Repräsentant, August Wilhelm Fehling, auf die Zwitterstellung der Hochschule hin:

„The Academy is something between a university or a professional college of the same rank and a people's university. [...]. From the viewpoint of research in the fields of political science, the contribution of the institute was, according to its chief purpose to foster political education, up to now of no great importance.“¹⁹⁴

¹⁸⁹ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 149–156 und S. 194–197.

¹⁹⁰ Siehe Kapitel I.4.

¹⁹¹ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 189f.

¹⁹² Friedrich Naumann/Wilhelm Heile: Erziehung zur Politik, Berlin 1918, S. 33.

¹⁹³ Vgl. Detlef Lehnert: Politik als Wissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S. 450–483; ders.: „Schule von der Demokratie“ oder „politische Fachhochschule“?, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 65–93; Alfons Söllner: Gruppenbild mit Jäckh – Die „Verwissenschaftlichung“ der Deutschen Hochschule für Politik während der Weimarer Republik, in: ders.: Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte, Opladen 1996; Hubertus Buchstein: Wissenschaft von der Politik, Auslandswissenschaft, Political Science, Politologie. Die Berliner Tradition der Politikwissenschaft von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 183–212, hier S. 188. Im Unterschied hierzu wurde von Johannes Weyer die umstrittene These aufgestellt, daß sich die deutsche Politikwissenschaft gerade während des Dritten Reiches zu einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin entwickelt habe. Siehe Johannes Weyer: Politikwissenschaft im Faschismus. Die vergessenen zwölf Jahre, in: Politische Vierteljahresschrift 26 (1985), S. 423–437.

¹⁹⁴ August Wilhelm Fehling: German Academy for Political Science, Berlin (1926), Rockefeller Archives, Rarry Town/NY, Laura Spelman Rockefeller Memorial, Series 3, Box 51. Hier zitiert nach Söllner: Gruppenbild mit Jäckh, S. 38f.

Aus wissenschafts- bzw. disziplingeschichtlicher Perspektive kann die DHfP demzufolge nur eingeschränkt als unmittelbarer Vorläufer der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft angesehen werden. Sucht man dennoch nach möglichen Kontinuitäten, so finden sich solche zumindest auf personeller Ebene. Beispielsweise lehrten vor ihrer Emigration in die Vereinigten Staaten einige der bedeutendsten Gründungsväter und Förderer der späteren westdeutschen Politikwissenschaft an der Berliner DHfP, darunter Arnold Bergstraesser, Ernst Fraenkel, Richard Löwenthal, Franz L. Neumann und Sigmund Neumann.¹⁹⁵

Bemerkenswerterweise hatte keiner der Genannten vor seiner Tätigkeit an der DHfP eine im engeren Sinne politikwissenschaftliche Ausbildung genossen, ein weiterer Beleg für das Nichtvorhandensein einer professionellen Politikwissenschaft als eigenständiger universitärer Disziplin vor 1945. Mehr als die Hälfte der Emigrantengruppe, die die später Politikwissenschaft lehren sollte, hatte ein juristisches Studium absolviert und erst der Kontakt mit der amerikanischen Political Science ließ sie zu professionellen Politikwissenschaftlern werden.¹⁹⁶ Als Zentren der Emigration in den USA fungierten neben der New School of Social Research (New York) das an der Columbia University von Max Horkheimer neuangesiedelte ehemalige Frankfurter Institut für Sozialforschung (Institute for Social Research) sowie die University of Chicago.¹⁹⁷ Franz L. Neumann lehrte an der Columbia University, Arnold Brecht sowie der ehemalige DHfP-Direktor Hans Simons arbeiteten an der New School for Social Research und Hans J. Morgenthau, Arnold Bergstraesser sowie Leo Strauss hatten gegen Mitte der vierziger Jahre politikwissenschaftliche Professuren an der University of Chicago inne.¹⁹⁸ Andere wiederum fanden abseits dieser prominenten Sammelpunkte ein neues Tätigkeitsfeld in der amerikanischen „Provinz“. So lehrten beispielsweise Eric Voegelin, der spätere Begründer der Münchner Schule der Politikwissenschaft, nach seiner Emigration aus Österreich im Jahre 1938 seit 1942 an der Staatsuniversität von Louisiana und Karl Loewenstein am Amherst College in Massachusetts.¹⁹⁹ Auffallend ist die besondere Anziehungskraft der USA als Immigrationsland. Alfons Söllner hat herausgearbeitet, daß von 64 emigrierten Frauen und Männern, die nach ihrer Emigration eine professionelle Karriere als Politikwissenschaftler einschlugen, allein 54 in die Vereinigten Staaten ausgewandert waren.²⁰⁰ Eine wichtige Rolle

¹⁹⁵ Grundlegend zur Geschichte der Emigration der Politikwissenschaftler ist die Studie von Alfons Söllner: *Deutsche Politikwissenschaftler*, sowie ders.: *Politikwissenschaft*, in: Claus-Dieter Krohn/Patrick von zur Mühlen/Gerhard Paul u. a. (Hg.): *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*, Darmstadt 1998, S. 836–845.

¹⁹⁶ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 250.

¹⁹⁷ Zur Gründung und Geschichte der Graduate Faculty an der New School for Social Research vgl. Peter Rutkoff/William Scott: *New School. A History of the New School for Social Research*, New York 1986.

¹⁹⁸ Vgl. Buchstein: *Wissenschaft von der Politik*, S. 194.

¹⁹⁹ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 251.

²⁰⁰ Neben den USA (54) verteilen sich die von Söllner recherchierten 64 emigrierten Politikwissenschaftler auf England (5), die Schweiz (1), Spanien (1), die Niederlande (1) und Palästina (1). Vgl. Söllner: *Die Emigration deutscher Wissenschaftler nach 1933, ihr Einfluß auf die Transformation einer Disziplin*, in: ders.: *Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration*, S. 13 sowie ebd. die Namensliste auf S. 289.

spielten hierbei die sogenannten „Pull“-Faktoren, die die USA als Zufluchtsland besonders attraktiv machten: neben den dortigen Lebensbedingungen und der freiheitlich-demokratischen Atmosphäre waren es eben auch die – im Einzelfall durchaus nicht immer unproblematischen – akademischen Berufsperspektiven, die dieses Land aus Sicht der Emigranten bot.²⁰¹

Alles in allem stellt der Zeitraum von 1933 bis 1945 eine für die Entwicklung der Politikwissenschaft in der späteren Bundesrepublik, aber auch in den USA bedeutende Phase dar. Dabei geht es vor allem um die wechselseitigen Einflüsse, die auf und durch die Gruppe der Emigranten wirkten.²⁰² Wilhelm Bleek hat in seiner *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland* dieses Phänomen wie folgt beschrieben:

„Während die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland die zaghaften Ansätze einer Politikwissenschaft aus der Zeit der Weimarer Republik zum Erliegen brachte und lediglich politische Wissenschaften als politisierte Fächer zuließ, förderte sie auf der anderen Seite *nolens volens* durch die Zwangsemigration von deutschen Wissenschaftlern die Entwicklung des Faches nicht nur direkt und kurzfristig in den USA, sondern auch indirekt im nachfaschistischen Deutschland und langfristig die Internationalisierung der Politikwissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.“²⁰³

Ogleich der Einfluß der zahlenmäßig eher kleinen deutschen Emigrantengruppe im Vergleich zu der damals in quantitativer wie qualitativer Hinsicht bereits hervorragend entwickelten amerikanischen Political Science nicht überbewertet werden sollte, war es dennoch einzelnen Vertretern gelungen, bis weit in die 1960er Jahre hinein auf dem Gebiet der „International Relations“²⁰⁴, der „Politischen Theorie“²⁰⁵, aber auch der sich mit staatlichen Institutionen befassenden „Policy“²⁰⁶ „brillante Einzelleistungen“ vorzulegen und „die Emigrationserfahrung als positive und dezidiert internationale Horizonsweiterung zu nutzen“.²⁰⁷ Ferner hatten deutschstämmige Politikwissenschaftler wie Hannah Arendt, Ernst Fraenkel, Carl J. Friedrich und Franz L. Neumann – motiviert durch ihre persönlichen Erfahrungen – im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen

²⁰¹ Zum beruflichen Werdegang der Exilanten in den USA vgl. ebd., S. 13f.

²⁰² Vgl. Peter Th. Walter: Zur Kontinuität politikwissenschaftlicher Fragestellungen: Deutschlandstudien exilierter Dozenten, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 137–143.

²⁰³ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 246.

²⁰⁴ Vgl. John H. Herz: *Political Realism and Political Idealism*, Chicago 1951; Hans J. Morgenthau: *Politics among Nations*, New York 1948; Karl W. Deutsch: *The Nerves of Government*, New York 1963.

²⁰⁵ Vgl. Hannah Arendt: *The Human Condition*, New York 1958; Arnold Brecht: *Political Theory. The Foundations of Twentieth-Century Political Thought*, Princeton 1959; Herbert Marcuse: *One-dimensional Man. Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society*, Boston 1964; Leo Strauss: *Liberalism, Ancient and Modern*, New York/London 1968; ders.: *Natural Right and History*, Chicago 1953; Eric Voegelin: *The New Science of Politics*, Chicago 1952.

²⁰⁶ Otto Kirchheimer: *Political Justice. The Use of Legal Procedures for Political Ends*, Princeton 1961; Karl Loewenstein: *Political Power and the Governmental Process*, Chicago 1957; Sigmund Neumann (Hg.): *Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics*, Chicago 1956.

²⁰⁷ Söllner: *Die Emigration deutscher Wissenschaftler nach 1933*, S. 17–21, Zitat S. 19.

des Nationalsozialismus dazu beigetragen, die amerikanische Political Science um wichtige Aspekte der Totalitarismusforschung und -theorie zu erweitern.²⁰⁸

Was den rückwirkenden Einfluß der politikwissenschaftlichen Emigranten-gruppe auf die deutsche Nachkriegsentwicklung anbetrifft, ist zunächst hervorzuheben, daß ungefähr ein Drittel des von Söllner ermittelten Personenkreises nach 1949 auf feste akademische Positionen in Deutschland zurückkehrte. Mit Arnold Bergstraesser (Freiburg), Ernst Fraenkel (Berlin), Ferdinand A. Hermens (Köln) und Eric Voegelin (München) übernahmen Remigranten aus den USA die ersten politikwissenschaftlichen Lehrstühle an westdeutschen Universitäten.²⁰⁹ Carl J. Friedrich, bereits seit 1936 ordentlicher Professor in Harvard, lehrte von 1956 bis zu seiner Emeritierung 1966 zudem im halbjährigen Wechsel Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg.²¹⁰ Ein weiteres Drittel behielt zwar seine Stellung in den Vereinigten Staaten, trug aber durch regelmäßige Gastprofessuren an westdeutschen Universitäten ihrerseits zum Aufbau und zur Etablierung der Politikwissenschaft bei. Genannt seien in diesem Zusammenhang neben Arnold Brecht, Karl W. Deutsch, Otto Kirchheimer und Karl Loewenstein vor allem Franz L. Neumann, der bis zu seinem plötzlichen Unfalltod 1954 auf das engste mit der FU Berlin verbunden war und dort sogar einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl übernehmen wollte.²¹¹

Auch für den politikwissenschaftlichen Wissenstransfer zwischen den USA und der Bundesrepublik spielten diese Gründungsväter und Förderer eine zentrale Rolle.²¹² Zwei Aspekte standen hierbei im Vordergrund: Zum einen die Vermittlung neuer – vor allem empirisch ausgerichteter – bzw. aus den USA reimportierter wissenschaftlicher Methoden und Fragestellungen, und zum anderen die Verbesserung des durch Krieg und Nationalsozialismus in Mitleidenschaft gezogenen Verständnisses zwischen beiden Ländern. Es war die unmittelbare Erfahrung mit der amerikanischen Demokratie gewesen, die bei den Emigranten den tiefen Glauben an eine demokratisch verfaßte und pluralistische Gesellschaft gefestigt hatte.²¹³ „In Bezug auf die institutionelle Realisation existentieller Ordnung“, wie es Voegelin rückblickend formulierte, „scheint die amerikanische Gesellschaft gegen-

²⁰⁸ Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt am Main 1962 [amerikanische Originalausgabe: New York 1951]; Ernst Fraenkel: *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*, New York 1941; Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brezezinski: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge 1956; Franz L. Neumann: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, New York 1942.

²⁰⁹ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 258.

²¹⁰ Vgl. Hans J. Lietzmann: *Integration und Verfassung. Oder: Gibt es eine Heidelberger Schule der Politikwissenschaft?*, in: ders./Bleek: *Schulen in der deutschen Politikwissenschaft*, S. 245–268, hier S. 257f.

²¹¹ Vgl. den Nachruf von Ernst Fraenkel: *Gedenkrede auf Franz L. Neumann* (1955), in: Fraenkel: *Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie*, Hamburg 1973, S. 168–179; Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 276.

²¹² Vgl. Jürgen Bellers: *Politikwissenschaft in Deutschland. Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40 (1990), H. 52/53, S. 14–27, hier S. 16.

²¹³ Vgl. Klaus Günther: *Politikwissenschaft in der BRD und die jüngste deutsche Geschichte*, in: Klaus von Beyme (Hg.): *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*.

über anderen Nationalstaaten in der westlichen Welt einige Vorzüge zu besitzen. Zunächst muß ich jedoch gestehen, daß ich in dieser Hinsicht nicht unbefangen bin. Schließlich mußte ich vor den politischen Umständen in Zentraleuropa fliehen, und in Amerika wurde ich freundlich aufgenommen. Dies hat natürlich Vorurteile bei mir hinterlassen.“²¹⁴ Nicht ohne Grund versah auch Ernst Fraenkel in seiner autobiographisch angelegten Studie *Reformismus und Pluralismus* das Kapitel über die Exilzeit in den USA mit dem Titel *In der Emigration – Planen für ein neues Deutschland*.²¹⁵ Das Ziel ihrer politikwissenschaftlichen Tätigkeit in der jungen Bundesrepublik sahen die Zurückgekehrten in erster Linie darin, auf Basis ihres wissenschaftlichen und persönlichen Erfahrungshorizonts den künftigen deutschen Eliten demokratische Werte und Spielregeln zu vermitteln und dadurch zum Aufbau und zur Festigung eines demokratischen Gemeinwesens westlicher Ausprägung beizutragen.²¹⁶ Entsprechend den Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht schien auch ihnen die Etablierung der Politikwissenschaft als „Demokratiwissenschaft“ das hierfür geeignete Mittel zu sein.²¹⁷ Ganz in diesem Sinne schrieb Fraenkel 1955 in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“:

„Eine funktionierende Demokratie erfordert, daß der Prozeß der Gestaltung politischer Entscheidungen öffentlich kontrolliert wird. [...]. Die methodisch und wissenschaftlich betriebene Erforschung dieses Prozesses, die Schulung zum Verständnis der Bestimmungsgründe und Auswirkungen politischer Entscheidungen, d.h. aber die Wissenschaft von der Politik ist in einer funktionierenden Demokratie ebenso unentbehrlich wie sie außerhalb eines demokratischen Herrschaftssystems erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Die Wissenschaft von der Politik ist die demokratische Wissenschaft par excellence.“²¹⁸

Neben den indirekten Einflüssen, die aufgrund der persönlichen und wissenschaftlichen USA-Erfahrungen von Emigranten beim Aufbau einer deutschen Politikwissenschaft nach 1945 wirksam wurden, spielten die Vereinigten Staaten bei der Gründung und Etablierung des Faches auch eine ganz unmittelbare Rolle. So ging der eigentliche Anstoß zur Einführung einer modernen Politikwissenschaft im wesentlichen auf Initiativen der amerikanischen Besatzungsmacht zurück. Bereits 1978 hat Hans-Joachim Arndt in seiner Studie zur Gründungsgeschichte der deutschen Politikwissenschaft auf die Bedeutung des amerikanischen Beitrages hingewiesen: „Die ‚Patenschaft‘ der Amerikaner – sowohl als Besatzungsmacht als auch als Politikwissenschaftler – bei der Grundlegung einer Politikwissenschaft in

Entwicklungsprobleme einer Disziplin, Opladen 1986, S.27–40, hier S.29; Bellers: Politikwissenschaft, S.17.

²¹⁴ Eric Voegelin: Autobiographische Reflexionen, hg. von Peter J. Opitz, München 1994, S.138.

²¹⁵ Ernst Fraenkel: *Reformismus und Pluralismus*, S.250.

²¹⁶ Vgl. hierzu Hubertus Buchstein: Auf der Suche nach einer „modernen Demokratietheorie“; Otto Suhr, Franz L. Neumann und Ernst Fraenkel, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S.171–194.

²¹⁷ Zur Bedeutung des Engagements der Emigranten nach 1945 siehe Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S.258f.

²¹⁸ Ernst Fraenkel: Akademische Erziehung und politische Berufe, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5 (1955), B VIII, S.109–115. Hier zitiert nach dem Abdruck in ders.: *Reformismus und Pluralismus*, S.321f.

Westdeutschland ist [...] nicht zu bestreiten.“²¹⁹ Tatsächlich wurde der künftigen politischen Bildung an den deutschen Universitäten im Rahmen der amerikanischen Reeducation-Politik eine hohe Bedeutung beigemessen.²²⁰ Aus der Sicht amerikanischer Bildungsexperten stellte die bislang eher marginale Stellung der Sozial- und Politikwissenschaften innerhalb des deutschen Universitätswesens eine Hauptursache für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus dar. In Zukunft sollten durch eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit Politik nach dem Vorbild der amerikanischen Political Science antidemokratische Denk- und Verhaltensweisen innerhalb der deutschen Gesellschaft ausgeschaltet und gleichzeitig demokratische Werte gestärkt werden.²²¹ Ein dementsprechender Ausbau der für die wissenschaftliche Analyse und Fundierung eines demokratischen Gemeinwesens so bedeutenden Sozialwissenschaften lag somit im amerikanischen Interesse. „What the Germans need to learn above all“, so postulierte Paul R. Neureiter 1946 im „Journal of Higher Education“, „is how to live together and get along with their neighbours at home and abroad. [...] Very significantly, the Germans have demonstrated much less interest and ingenuity in the social sciences than in the physical sciences, and the efforts of German scientists should be concentrated on making up this deficit.“²²²

Um sich ein genaues Bild über den Zustand der Sozialwissenschaften an den deutschen Universitäten zu verschaffen, bereisten zwischen 1945 und 1949 mehrere amerikanische Experten die westlichen Besatzungszonen. In seinem nach einer sechswöchigen Deutschlandreise verfaßten Abschlußbericht schrieb der in San Antonio (Texas) lehrende Sozialwissenschaftler John L. McMahon:

„For an American educator, accustomed as he is to a division of the field of human knowledge in which the social sciences are recognized as coequal in status with the humanities and the natural sciences and in which the disciplines of sociology, economics, political science, history and anthropology exist as independent but related departments, the German organization of these same social sciences is confusing and often incomprehensible.“²²³

Seine Ausführungen schloß McMahon mit der Empfehlung, die gegenwärtige Umbruchsituation, in der sich die deutschen Universitäten nach Kriegsende befänden, dahingehend zu nutzen, die Sozialwissenschaften schnellstmöglich auszubauen und in den disziplinären Kanon einzugliedern.²²⁴ Ganz in diesem Sinn hob

²¹⁹ Hans-Joachim Arndt: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1978, S. 120.

²²⁰ Arno Mohr: Die Durchsetzung der Politikwissenschaft an den deutschen Hochschulen, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 62–77, hier S. 62f.

²²¹ Vgl. Jörg Ernst: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung ihres Selbstverständnisses im Spiegel ihrer Einführungswerke, Münster 1994, S. 16.

²²² Neureiter: Watch the German Universities, S. 175.

²²³ IfZ, OMGUS 5/299-3/2, German Universities and the Social Sciences. A Report by Dr. John L. McMahon, o. O., o. J.

²²⁴ Ebd., S. 6f.: „Because German universities are today in a less stratified position than they will be later and because this time of flux presents the opportunity to develop an integrated program in the social sciences ways should be found immediately by which key German university administrators, professors from faculties of law and philosophy

auch Henry Pilgert 1953 hervor, „that one of the major objectives of HICOG in the field of higher education should be the introduction and recognition of political science in the German university“.²²⁵

Sowohl während der im Juni 1946 stattfindenden Marburger Hochschulgespräche als auch im Rahmen des Blauen Gutachtens von 1948 wurde die Frage einer Stärkung der Sozialwissenschaften und damit die Einführung eines Faches Political Science im besonderen diskutiert und empfohlen.²²⁶ Unterstützt wurden die amerikanischen Bestrebungen durch Emigranten wie Carl J. Friedrich, Ferdinand A. Hermens, Franz L. Neumann und Karl Loewenstein, die in den unmittelbaren Nachkriegsjahren auch als Berater des State Departments und von OMGUS fungierten.²²⁷ Mit Blick auf die amerikanische Political Science hatte Loewenstein die deutschen Teilnehmer der Marburger Hochschulgespräche ermahnt:

„Wenn Sie zu wissenschaftlich fundierter Politik kommen wollen, dann müssen Sie über die Grenzen der deutschen Politik hinausgehen, müssen sehen, was die anderen Völker gemacht haben. Wir haben drüben [in den USA, S. P.] ein viel umfassenderes Lehrbild. Die Durchdringung der politischen Probleme ist viel weiter geführt. Gegenstand der Vorlesung z. B. ist die öffentliche Meinung, die wir mittels Statistik und psychologischen Methoden erforschen. Bei der Begabung der Deutschen für Systematik wird es durchaus möglich sein, daß sie der Welt sehr viel geben.“²²⁸

Doch vorerst nahmen die deutschen Universitäten, vertreten durch die Rektorenkonferenz, auch in dieser Frage gegenüber den amerikanischen Bemühungen eine zurückhaltende bis ablehnende Haltung ein.²²⁹ Ähnlich reagierten die etablierten Disziplinen wie beispielsweise die Rechts- oder Geschichtswissenschaft, die in der Einführung einer eigenständigen Politikwissenschaft ein unnötiges und zudem aus Amerika importiertes Konkurrenzfach sahen.²³⁰ Andererseits aber galten gerade diese traditionellen Fächer aufgrund ihrer tatsächlich oder vermeintlich affirmativen Haltung während des Dritten Reiches bei den Amerikanern mit Blick auf den Aufbau einer deutschen Nachkriegsdemokratie als vorbelastet und diskreditiert. Allein eine neue „Wissenschaft von der Politik“ sei in der Lage, die ihr zugeordneten demokratie- und gesellschaftspolitischen Aufgaben zu erfüllen.²³¹ Die Bedeu-

whose subject matter is within the broad field of the social sciences, and certain American social scientists could meet for the purpose of considering whether or not the present status of the social sciences in Germany meets the needs of the true university. Out of such a conference might well come through the interchange of ideas a new position for the social sciences.“

²²⁵ Pilgert: The West German Educational System, S. 91.

²²⁶ Vgl. Studienausschuß für Hochschulreform: Gutachten zur Hochschulreform, S. 119: „An allen Hochschulen sollen, soweit sie nicht schon vorhanden sind, Lehrstühle für Sozialwissenschaften in ausreichender Zahl errichtet werden. Die Gründung sozialwissenschaftlicher Fakultäten wird in manchen Fällen ratsam sein.“

²²⁷ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 275.

²²⁸ Marburger Hochschulgespräche (1946), S. 73.

²²⁹ Vgl. Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 278.

²³⁰ Vgl. Arno Mohr: Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Weg zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965, Bochum 1988, S. 169f.

²³¹ Vgl. Thies Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie. Der Aufbau der Politischen Wissenschaft in München nach 1945, München 2001, S. 18.

tung, die diesem Konflikt zwischen den Disziplinen beizumessen ist, zeigt exemplarisch Gerhard Ritters Eröffnungsvortrag zum ersten Nachkriegshistorikertag, den dieser am 12. September 1949 in München hielt. „Wir hören deshalb nicht ohne Skepsis“, so Ritter vor der versammelten deutschen Historikerschaft,

„die Aufforderung (etwa von amerikanischer Seite), unsere Disziplin ganz und gar als political science, als historische Gegenwartskunde, als geschichtliche Strukturanalyse des gegenwärtigen Lebens zu betrachten – wobei dann die Vergangenheit allzu leicht in die Rolle einer bloßen ‚Vorstufe‘ des Gegenwärtigen hineingerät und der optimistische Glaube an einen stetigen Fortschritt der Menschheitskultur sich selbst zu bestätigen sucht.“²³²

Und noch zehn Jahre später, nachdem bereits Lehrstühle für Politikwissenschaft an deutschen Universitäten eingerichtet worden waren, bezeichnete der Freiburger Ordinarius die neue Disziplin abschätzig als die „neue, aus Amerika importierte Wissenschaft von der Politik“.²³³

Trotz derartiger Vorbehalte war die Etablierung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik nicht aufzuhalten. Mit Ausbruch des Kalten Krieges 1947/48 ergab sich zudem ein weiterer Grund für die Stärkung gerade dieser Disziplin. Stand ursprünglich noch die Umerziehung der Deutschen zu Demokraten im Vordergrund, trat nun als weitere Aufgabe die Stabilisierung des westlich-demokratischen Wertesystems gegenüber der kommunistischen Bedrohung hinzu.²³⁴ Dabei fiel der amerikanischen Political Science die Funktion einer systemstabilisierenden Leitwissenschaft zu. In diesem Zusammenhang vermerkt Arndt: „In der Zeit nämlich, in der die siegreiche Sowjetunion für die Verbreitung ihrer Auffassung von Geschichte und Politik in ihrem Hegemonialbereich sorgte, drangen [...] die Leitideen der amerikanischen Political Science in vielen Ländern Westeuropas vor.“²³⁵

Ein erster Beleg für diese zusätzliche Rolle der Politikwissenschaft im Zeichen des Kalten Krieges darf in der Wiedergründung der Deutschen Hochschule für Politik im Frühjahr 1948 gesehen werden, die auf eine Initiative des damaligen Berliner Stadtverordnetenvorstehers und ehemaligen DHfP-Dozenten Otto Suhr

²³² Gerhard Ritter: Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag des 20. Deutschen Historikertages in München am 12. 9. 1949, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Über das Studium der Geschichte, München 1990, S. 287–311, hier S. 292f. (Zitat).

²³³ Ritter: Wissenschaftliche Historie, Zeitgeschichte und „politische Wissenschaft“, Heidelberg 1959, S. 5.

²³⁴ Über den publizistischen Umgang westdeutscher Politikwissenschaftler wie Eric Voegelin mit dem Kommunismus vermerkt Ernst: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 30: „In Abgrenzung zu den im großen und ganzen als Vorbild dienenden westlichen Demokratien, vor allem Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, werden der nationalsozialistische und der kommunistische Staat als totalitär und menschenunwürdig dargestellt. Dabei verläßt der emotionsgeladene Umgang mit dem Kommunismus und den sozialistischen Staaten Osteuropas, einschließlich der damaligen DDR, jedoch zuweilen das Fundament einer wissenschaftlichen, möglichst auf Objektivität bedachten Auseinandersetzung. Hierin zeigt sich deutlich das politische Klima des Kalten Krieges in den fünfziger und frühen sechziger Jahren. So findet sich bei Voegelin eine fast metaphysische Erhöhung der Dichotomie von demokratischen Gesellschaften anglo-amerikanischen Typs auf der einen und kommunistischen Gesellschaften auf der anderen Seite.“

²³⁵ Arndt: Die Besiegten, S. 282f.

erfolgte.²³⁶ Gerade in Berlin fiel dieser Entscheidung eine besondere Bedeutung zu. Der gegen die Stimmen der SED-Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung gefaßte Beschluß zur Wiedereinrichtung dieser außeruniversitären Institution war eine unmittelbare Reaktion auf die wachsende Ideologisierung der Berliner Universität gewesen.²³⁷ Gleichwohl hat Bleek darauf hingewiesen, daß nach der Wiedergründung der DHfP noch nicht an die Etablierung der Politikwissenschaft als eigenständiges Universitätsfach gedacht war, sondern die Verantwortlichen vielmehr bewußt an die außeruniversitäre Tradition aus der Zeit der Weimarer Republik anknüpfen wollten.²³⁸ Daß allerdings ein derartiger Zuschnitt den der Politikwissenschaft eigentlich zugeordneten Aufgaben nur eingeschränkt gerecht werden konnte, stand auch für damalige Beobachter außer Frage. Nach der offiziellen Eröffnung der DHfP am 15. Januar 1949 schrieb der damalige Jurastudent und spätere Kanzleramts- und Justizminister Horst Ehmke in der „Göttinger Universitäts-Zeitung“:

„Die Einrichtung von Hochschulen für Politik genügt nicht. Gerade das Studium der Sozialwissenschaften muß in den Rahmen der *universitas litterarum* eingebettet werden. Die beste Lösung wäre die Errichtung eines Lehrstuhls für politische Wissenschaften, an dem die heute so schwerwiegenden Probleme wissenschaftlich in Angriff genommen werden.“²³⁹

Für die hier geforderte universitäre Verankerung der Disziplin in der Bundesrepublik spielten vor allem zwei Tagungen eine entscheidende Rolle, die als „Geburtsstunde der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik“ betrachtet werden können.²⁴⁰ Beide Tagungen wurden auf Anregung der amerikanischen Besatzungsmacht von der Hessischen Landesregierung ausgerichtet.²⁴¹

²³⁶ Zur frühen Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik nach 1945 vgl. Otto Suhr: Drei Jahre Deutsche Hochschule für Politik 1949–1952, in: Ernst Jäckh/Otto Suhr (Hg.): Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1952, S. 3–48; Mohr: Politikwissenschaft als Alternative; Hubertus Buchstein: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin, Baden-Baden 1992; Gerhard Göhler: Die Wiederbegründung der Deutschen Hochschule für Politik. Traditionspflege oder wissenschaftlicher Neubeginn?, in: ders.: Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 144–164; Arno Mohr: Die DHfP und die Entwicklung der Politikwissenschaft im westlichen Nachkriegsdeutschland, in: ebd., S. 165–170.

²³⁷ Vgl. FU Dokumentation I, S. 5 (15. 1. 1948).

²³⁸ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 284f.; Buchstein: Wissenschaft von der Politik, S. 196.

²³⁹ Horst Ehmke: Der Schrei der Sozialwissenschaften – An die Adresse der Minister, in: Göttinger Universitäts-Zeitung 4 (1949), H. 8, S. 8. Hier zitiert nach Marsen: Zwischen Reeducation und Politischer Philosophie, S. 23.

²⁴⁰ Ebd., S. 26.

²⁴¹ Demgemäß hieß es im Einladungsschreiben zur Konferenz von Waldleiningen: „Der Hessische Minister für Kultus und Unterricht und der Hessische Minister für Justiz gestatten sich, einer Anregung der Amerikanischen Militärregierung folgend, Sie im Namen des Staatsministeriums des Landes Hessen zu einer am 10. und 11. September 1949 im Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald (Nähe Morbach) stattfindenden trizonalen Tagung einzuladen“ (Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung (Hg.): Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen. Gesamtprotokoll der Konferenz von Waldleiningen vom 10. und 11. 9. 1949, Frankfurt am Main 1949, S. 159).

Die erste Konferenz fand vom 10. bis 11. September 1949 auf dem Jagdschloß Waldeiningen im Odenwald statt. Unter den insgesamt 99 Teilnehmern befanden sich mit Otto Suhr, Wolfgang Abendroth, Dolf Sternberger und Theodor Eschenburg nicht nur wichtige Vertreter der späteren bundesrepublikanischen Politikwissenschaft, sondern auch acht amerikanische sowie jeweils zwei englische und französische Gäste.²⁴² Das Ziel der Konferenz sollte sein, darüber zu beraten, wie der deutschen Jugend an den Universitäten bessere Kenntnisse über die politischen Verhältnisse im eigenen, aber auch in anderen Ländern vermittelt werden könnten.²⁴³ Als Arbeitsgrundlage fungierte ein von US-Experten ausgearbeiteter Vorschlag, der in Anlehnung an die amerikanische Political Science eine Einteilung des zu behandelnden Lehrstoffs in folgende Teilbereiche vorsah: Politik als Wissenschaft, Internationale Beziehungen, vergleichendes ausländisches Verfassungsrecht und Staatenkunde sowie moderne politische Theorien.²⁴⁴ Auch von den beiden Vertretern der hessischen Landesregierung, den Ministern Erwin Stein (Kultus) und Georg August Zinn (Justiz), wurde auf die besondere Vorbildfunktion des angelsächsischen Systems hingewiesen:

„Diese für Deutschland zum größten Teil neuartigen Kollegien werden in amerikanischen und englischen Universitäten seit längerer Zeit mit Erfolg gelesen und haben nicht wenig dazu beigetragen, die Jugend in den angelsächsischen Ländern weltoffener und welterfahrener werden zu lassen, als dies bisher bei der deutschen Studentenschaft der Fall ist.“²⁴⁵

Im Hinblick auf die künftig zu besetzenden Lehrstühle waren sich die Gastgeber durchaus darüber im klaren, daß in Deutschland erst ein politikwissenschaftlich geschulter akademischer Nachwuchs ausgebildet werden müsse. Auch was diesen Punkt anbetraf, wurde den Amerikanern eine entscheidende Rolle beigemessen. „In diesem Zusammenhang“, so Stein und Zinn, „wird die Amerikanische Militärregierung Vorschläge sowohl über die Ausbildung von Dozenten und Professoren in den Vereinigten Staaten als auch über die Heranziehung von geeigneten Gastprofessoren für die deutschen Universitäten machen.“²⁴⁶

Eines der drei Waldeiningener Hauptreferate hielt der am Amherst College lehrende Karl Loewenstein, der wie schon drei Jahre zuvor in Marburg als Vertreter der amerikanischen Besatzungsbehörde an der Konferenz teilnahm.²⁴⁷ Das Thema seines Vortrages lautete *Political Science und politische Erziehung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, wobei Loewenstein nicht vergaß, seinen Ausführungen einen Exkurs über den Einfluß deutscher Auswanderer wie Franz Lieber auf die Entwicklung der amerikanischen Politikwissenschaft voranzustellen.²⁴⁸ Den

²⁴² Vgl. die Teilnehmerliste ebd., S. 164–166.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd., S. 160.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Zu Loewensteins Rolle bei den Marburger Hochschulgesprächen vgl. zudem Kapitel II.2.

²⁴⁸ Karl Loewenstein: *Political Science und politische Erziehung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, in: ebd., S. 21–31. Unter leicht verändertem Titel vgl. auch ders.: *Über den Stand der politischen Wissenschaften in den USA*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 106 (1950), S. 349–391.

Schwerpunkt des Referats bildete die Fach- und Studienorganisation der amerikanischen Political Science. Seine Ausführungen abschließend betonte Loewenstein den Anteil der amerikanischen Political Science an der Entwicklung der USA zur Weltmacht, was gerade die deutschen Konferenzteilnehmer von der Bedeutung dieser Disziplin überzeugen sollte.²⁴⁹ Gleichwohl stand für Loewenstein außer Frage, daß es in Westdeutschland künftig nicht um eine bloße Nachahmung der amerikanischen Political Science gehen könne, nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: „Jedes Land muß aber seine Politische Wissenschaft nach seinen eigenen ethnologischen Gegebenheiten und historischen Traditionen entwickeln.“²⁵⁰

Trotz dieses Einwands war die Vorbildfunktion und Dominanz der amerikanischen Political Science in Waldleiningen deutlich spürbar. Am letzten Konferenztag behandelte beispielsweise eine eigene Sektion die möglichen *Beiträge des Auslandes zur politischen Bildung in Deutschland*. Die drei Referate zu diesem Thema widmeten sich aus jeweils unterschiedlicher Perspektive dem potentiellen Einfluß der amerikanischen Political Science auf die Gründung einer eigenständigen westdeutschen Politikwissenschaft, wobei hier in erster Linie Fragen des Studenten- und Professorenaustauschs im Vordergrund standen.²⁵¹ So betonte Loewenstein die Notwendigkeit, amerikanische Gastprofessoren in der Aufbauphase zu integrieren. Dazu parallel mußten künftig deutsche Dozenten und Professoren verstärkt in die Vereinigten Staaten reisen, um sich über aktuelle wissenschaftliche Methoden und Fragestellungen zu informieren. Mit Verweis auf die ehemals großartigen Verdienste der deutschen Wissenschaft sagte Loewenstein: „Warum kann Amerika nicht dadurch seine Dankesschuld oder einen Teil davon an die deutsche Wissenschaft abstaten, daß jetzt deutsche Professoren hinübergehen und sich einmal ansehen, was es drüben gibt und was sie drüben lernen können?“²⁵²

Den Höhepunkt der Waldleiningener Konferenz bildete schließlich der Vortrag von Quincy Wright, Professor für Political Science in Chicago und damaliger Vorsitzender der American Political Science Association (APSA). Die Teilnahme Wrights belegt sowohl das große Interesse der deutschen Veranstalter an der Political Science in den Vereinigten Staaten, als auch umgekehrt das Interesse der APSA an den deutschen Bemühungen um die Verankerung der Politikwissenschaft als eigenständiger Universitätsdisziplin. Wright skizzierte im Rahmen seines Referates zunächst die historische Entwicklung und momentane Lage der „politischen Wis-

²⁴⁹ Ebd., S.31: „An der Umwandlung der Vereinigten Staaten aus einem geschlossenen Handelsstaat in eine Weltmacht hat die Verbreitung der politischen Wissenschaften vielleicht keinen ganz unwesentlichen Anteil.“

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Hierbei handelte es sich um folgende Referate: Horst Pommerening: Bericht über die Erfahrungen während eines Studienaufenthaltes bei der Bundesverwaltung der Vereinigten Staaten, in: Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen, S.113–116; Karl Loewenstein: Gastprofessuren an deutschen Universitäten und Hochschulen, in: ebd., S.117–120; sowie Quincy Wright: Gegenwartsfrage der politischen Wissenschaft in den Vereinigten Staaten, in: ebd., S.126–138.

²⁵² Loewenstein: Gastprofessuren an deutschen Universitäten, S.117.

senschaft“ in den USA, um abschließend nochmals explizit die weltpolitische Relevanz des Faches hervorzuheben:

„Es läßt sich behaupten, daß eine Vorbedingung des politischen Fortschritts auf Weltmaßstab in der Entwicklung und Vorbereitung der politischen Wissenschaft besteht; denn diese Wissenschaft hat eine Wirkung auf den menschlichen Geist, indem sie ihn zur Mäßigung und Toleranz mahnt und seine Bereitschaft fördert, sich mit Vertretern anderer Religionen, anderer Kulturen und Nationen in freundlicher und sachlicher Weise auseinanderzusetzen.“²⁵³

Selbstverständlich gab es in Waldleiningen auch kritische Stimmen, die sich gegen eine Dominanz der amerikanischen Political Science und eine generelle Überbewertung der Politikwissenschaft aussprachen.²⁵⁴ Eine Führungsrolle nahm hierbei der Erlanger Theologe und dortige Rektor Friedrich Baumgärtel ein, der quasi stellvertretend auch die damalige Haltung der Rektorenkonferenz in dieser Frage reflektierte. Statt der Etablierung einer eigenständigen Disziplin sprach sich Baumgärtel für den Ausbau der politischen Bildung im Rahmen bestehender Fächer, wie beispielsweise der Geschichtswissenschaft, aus. In den Augen des Erlanger Rektors richteten sich die Waldleiningener Bestrebungen, ein möglichst flächendeckendes Netz politikwissenschaftlicher Lehrstühle einzurichten, zweifelsohne gegen die Kompetenzen der Kultusbehörden und die Autonomie der Universitäten.²⁵⁵ Ferner wurde von Baumgärtel die Bedeutung des akademischen Austauschs mit den USA in einem – wie die Zukunft zeigen sollte – völlig falschen Licht gesehen:

„Wir werden es nicht so schaffen, daß wir drüben in Amerika Lehrer ausbilden, die hier bei uns dann das Politicum lehren. Täuschen Sie sich nicht. Die Wirkung wird genau die entgegengesetzte sein. Es wird eine Abwehrstimmung bei den Studenten einsetzen, und sie werden nicht ansprechbar sein, wenn wir es nicht aus eigener Sache entwickeln.“²⁵⁶

Die Abschlußresolution der Konferenz von Waldleiningen nahm jedoch auf derartige Einwände einer Minderheit keinerlei Rücksicht. Gemäß der Intention der Tagung wurde die Einbeziehung der politischen Wissenschaften in den universitären Studienplan sowie die Einrichtung entsprechender Lehrstühle empfohlen. Eine zwölfköpfige Kommission unter Vorsitz des hessischen Kultusministers Stein, der neben Otto Suhr und Theodor Eschenburg auch der Münchner Histori-

²⁵³ Wright: Gegenwartsfrage der politischen Wissenschaft, S. 138.

²⁵⁴ Zu den in Waldleiningen laut werdenden kritischen Stimmen vgl. Hans Karl Rupp: *Democratizing a Country and a Discipline: The (Re-)Establishment of Political Science as Political Education in West Germany after 1945*, in: Rainer Eisfeld/Michael Th. Greven/Hans Karl Rupp: *Political Science and Regime Change in 20th Century Germany*, New York 1996, S. 55–108, hier S. 84f.; Marsen: *Zwischen Reeducation und politischer Philosophie*, S. 29f.

²⁵⁵ Hierzu sagte Baumgärtel: „Es geht gegen den heiligen Geist der Wissenschaft, daß vielleicht hier in dieser Versammlung oder in einer Kommission, die sich gebildet hat, diktiert wird, daß etwa die Kultusministerien veranlaßt werden, in dieser Richtung Bestimmtes zu tun. Wir haben an unseren Universitäten einen Senat, und wir wollen selbst gestalten [...], und jeder Hochschule muß das Recht eingeräumt werden, es so zu machen, wie sie es vor ihrem wissenschaftlichen Gewissen verantworten kann.“ (Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: *Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen*, S. 74.)

²⁵⁶ Ebd.

ker Franz Schnabel angehörte, erhielt den Auftrag, die Umsetzung der Waldleiningener Entschließung aktiv voranzutreiben.²⁵⁷

Von offizieller amerikanischer Seite zeigte man sich mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Zusammenkunft durchaus zufrieden. In einem persönlichen Schreiben an den hessischen Ministerpräsidenten Christian Stock bedankte sich Hochkommissar John McCloy für die ausgezeichnete Organisation, die dazu beigetragen habe, „that this conference made a major contribution to German university education“.²⁵⁸ Zudem betonte der ranghöchste Repräsentant der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik die enorme Bedeutung, die der Politikwissenschaft für die Heranziehung einer demokratisch gebildeten Elite beizumessen sei und unterstrich damit das elementare Interesse seines Landes an einer nachhaltigen Etablierung dieser Disziplin.²⁵⁹

All das änderte vorerst jedoch nichts an der weiterhin ablehnenden Haltung der westdeutschen Rektoren, die sich einerseits von den Waldleiningener Beschlüssen bevormundet sahen und andererseits immer noch „starke Bedenken gegen das neue Fach und seinen amerikanischen Ursprung hegten“ (Bleek).²⁶⁰ Auf ihrer Sitzung am 2. März 1950 in Hannover sprach sich die WRK zwar für einen Ausbau der politischen Allgemeinbildung im Rahmen der bestehenden Disziplinen aus, gleichzeitig aber auch gegen jegliche Form von Pflichtvorlesungen oder Prüfungen, was eine selbstverständlich gleichberechtigte Verankerung der Politikwissenschaft in den universitären Fächerkanon ausschloß:

„Die Westdeutsche Rektorenkonferenz in Hannover hat sich anhand eines gründlichen und umfassenden Kommissionsberichts erneut mit der Frage der politischen Allgemeinbildung an deutschen Hochschulen beschäftigt. [...] Zur Erreichung der angestrebten Ziele ist die Hilfe der Kultusministerien unentbehrlich, besonders bei der Gewinnung ausländischer Gastprofessoren und geeigneter inländischer Lehrkräfte und Assistenten oder für Vorträge und Diskussionsreihen von Männern des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Die günstige Entwicklung könnte dagegen nur gestört werden durch Pflichtvorlesungen, Prüfungszwang und parteipolitische Gesichtspunkte bei der Auswahl der Lehrkräfte.“²⁶¹

Bereits zwei Wochen nach der Waldleiningener Konferenz fand vom 16. bis 18. März eine von der eben wiedereröffneten Hochschule für Politik veranstaltete Tagung zum Thema *Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung* in Berlin statt. Das gleichnamige Schlüsselreferat hielt der Heidelberger Soziologe Alfred Weber.

²⁵⁷ Vgl. den Entschließungstext und die Liste der eingesetzten Zwölferkommission ebd., S. 155f.

²⁵⁸ IfZ, OMGUS 3/160-3/29, Brief Hochkommissar John McCloy an Ministerpräsident Christian Stock, September 1949.

²⁵⁹ Vgl. ebd.: „An educated politically alert citizenry is one of the main foundations of free democratic live. It is my belief that universities and colleges have a major responsibility for leadership in building this foundation of political understanding in the community and that formal training in political science is a part of this responsibility. The resolutions of this conference including the recommendation that professorships in political science will be established, appear to be an important step toward achieving a noteworthy objective.“

²⁶⁰ Zum Widerstand der Rektorenkonferenz vgl. u. a. Mohr: Politikwissenschaft als Alternative, S. 111; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 31; Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 266.

²⁶¹ Vgl. hierzu Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 40f.

In noch deutlicherer Form als in Waldleiningen wurde am Ende der DHfP-Tagung festgestellt, daß „die gegenwärtige deutsche Wirklichkeit [...] für diese politische Wissenschaft vordringlich die Errichtung eigener Forschungszentren, Lehrstühle und Arbeitsgemeinschaften an allen akademischen Bindungsanstalten, sowie die Entwicklung der Wissenschaft der Politik an eigenen Hochschulen [verlange].“²⁶² Kurz nach dieser Berliner Zusammenkunft sprach sich Mitte Juni 1950 auch die Kultusministerkonferenz einstimmig für die Einführung politikwissenschaftlicher Lehrstühle aus.²⁶³

Den wohl letztlich entscheidenden Durchbruch für die Einführung der Politikwissenschaft als eigenständiger Universitätsdisziplin brachte eine zweite, erneut von der hessischen Landesregierung veranstaltete Konferenz, die diesmal vom 15. bis 16. Juli 1950 in Königstein im Taunus stattfand.²⁶⁴ Wie in Waldleiningen wurde auch diese Veranstaltung zum größten Teil von der amerikanischen Hohen Kommission finanziert. Unter den insgesamt 88 Teilnehmern befanden sich elf ausländische Gäste aus den USA, Frankreich und England. Mit Karl Loewenstein, Franz L. Neumann, Carl J. Friedrich und Ferdinand A. Hermens handelte es sich bei fast der Hälfte der neun amerikanischen Teilnehmer um deutsche Exilanten.²⁶⁵ Das besondere amerikanische Gewicht schlug sich auch in dem Umstand nieder, daß die Konferenz nicht nur durch Kultusminister Stein und den Königsteiner Bürgermeister, sondern auch durch den neuen Vorsitzenden der APSA, den an der University of Michigan lehrenden James K. Pollock, eröffnet wurde. Neben den Grüßen seines Verbandes und der Zusage für weitere Unterstützungsmaßnahmen der APSA übermittelte Pollock in seiner kurzen Ansprache auch eine Einladung an „ein oder zwei Vertreter der deutschen politischen Wissenschaften, an unserer Jahrestagung in Washington“ teilzunehmen.²⁶⁶ Nach den Vorstellungen Pollocks sollten die deutschen Gäste im Anschluß an die Washingtoner APSA-Sitzung „einige unserer führenden Universitäten besuchen [...], um zu sehen, welche Rolle die Politik als Wissenschaft an unseren Colleges und Hochschulen sowie in unserer Regierung und Verwaltung spielt.“²⁶⁷ Pollocks Ausführungen illustrieren erneut die Patenfunktion der amerikanischen Political Science für die deutsche Politikwissenschaft in den ersten Nachkriegsjahren. Zweifelsohne sollte eine derartige

²⁶² BayHStA, MK 68768 (V 31957), Entschließung der Berliner Tagung über Politik und Wissenschaft am 18.3.1950. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Dokumente 111 und 112 in: FU Dokumentation I, S. 54f.

²⁶³ BayHStA, MK 65965, Protokoll zur Kultusministerkonferenz vom 15.6.1950 im Ländershaus zu Unkel/Rhein. In der dortigen Entschließung heißt es: „Die Errichtung planmäßiger Lehrstühle für Politik an den deutschen Hochschulen ist dringend erwünscht. Für ihre Besetzung sollten Persönlichkeiten gewonnen werden, die wissenschaftliches Ansehen mit politischer Erfahrung verbinden. Die Berufung muß nach den für die Besetzung planmäßiger Professoren geltenden Grundsätzen erfolgen; parteipolitische Gesichtspunkte müssen ausscheiden. Der Lehrstuhl wird derjenigen Fakultät zugeordnet, die der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit des Inhabers am nächsten steht.“

²⁶⁴ Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung (Hg.): Über die Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik. Gesamtprotokoll der Konferenz von Königstein im Taunus vom 15. bis 16.7.1950, Frankfurt am Main 1951.

²⁶⁵ Vgl. die Teilnehmerliste ebd., S. 149.

²⁶⁶ James K. Pollock: Begrüßung, in: ebd., S. 11f., hier S. 12 (Zitat).

²⁶⁷ Ebd., S. 11.

Einladung zur Professionalisierung, Internationalisierung und inneruniversitären Legitimierung der jungen Disziplin in der Bundesrepublik beitragen.

Eine entsprechende Zielsetzung verfolgten auch die am Ende der Königsteiner Konferenz getroffenen Beschlüsse. Neben der Forderung nach einem politikwissenschaftlichen Promotionsstudiengang und der Festlegung auf die Fachbezeichnung „Wissenschaft von der Politik“ sollte die bereits in Waldleiningen vorgeschlagene Gründung eines eigenen Fachverbandes die professionelle Grundlage für die neue Disziplin bilden.

„Die Tagung hält es für notwendig, eine Vereinigung zu bilden, deren Aufgabe es sein soll, einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der Wissenschaft von der Politik und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens herzustellen und die planmäßige Zusammenarbeit über die Aufgabe der politischen Wissenschaften zu fördern. Sie hat einen Arbeitsausschuß gebildet, der Klarheit über die geeignetste Organisation schaffen und die Gründung dieser Vereinigung vorbereiten soll.“²⁶⁸

Tatsächlich kam es bereits acht Monate später, am 10. Februar 1951, ebenfalls in Königstein zur Gründung der „Deutsche(n) Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ nach dem Vorbild der amerikanischen APSA.²⁶⁹ Doch der in Königstein angestoßene Professionalisierungsprozeß ging noch weiter. Eine wichtige Station auf dem Weg zur Etablierung der Disziplin bildete seit 1954 die Wiederherausgabe der „Zeitschrift für Politik“ (ZfP) als wissenschaftliche Fachzeitschrift.²⁷⁰ Auch in diesem Zusammenhang übernahm die „American Political Science Review“ eine Vorbildfunktion. Schließlich trat im Jahre 1960 die „Politische Vierteljahresschrift“ (PVS) als zweites politikwissenschaftliches Publikationsorgan hinzu.²⁷¹ Und bereits ein Jahr zuvor, 1959, hatte die anfangs uneinheitliche und damit etwas verwirrende Fachbezeichnung (Wissenschaft von der Politik, Politische Wissenschaften, Politische Wissenschaft, Politologie etc.) durch die Umbenennung des Fachverbandes in „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“ (DVPW) zumindest ein vorläufiges Ende gefunden.²⁷²

Wilhelm Bleek hat darauf hingewiesen, daß es nach den Gründungskonferenzen von Waldleiningen und Königstein allerdings noch eines weiteren Jahrzehnts bedurfte, bis schließlich alle der damals 18 Universitäten und Technischen Hochschulen in der Bundesrepublik über mindestens einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl verfügten.²⁷³ In dieser Konstituierungsphase spielten – wie schon erwähnt – Emigranten eine herausragende Rolle. So übernahmen mit dem ehemaligen

²⁶⁸ Vgl. den Wortlaut der Entschließung ebd., S. 144 (Zitat), hier besonders Punkt 5.

²⁶⁹ Zur Gründungsgeschichte vgl. Hans-Joachim Bloch: Die (deutsche) Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik, in: Zeitschrift für Politik N.F. I (1954), S. 190f.; Arndt: Die Besiegten, S. 186ff., Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 69f.; ders.: Politikwissenschaft als Alternative, S. 164ff., Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 271–275.

²⁷⁰ Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 72f.

²⁷¹ Vgl. Otto Heinrich von der Gablentz: Geleitwort, in: Politische Vierteljahresschrift 1 (1960), S. 2f.; Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 72f.

²⁷² Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 275 und S. 301f. Im Jahre 1983 kam es wegen Unstimmigkeiten innerhalb der DVPW zu einer Teilung der Fachvereinigung und zur Abspaltung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP). Vgl. ebd., S. 363f.

²⁷³ Ebd., S. 267.

Reichskanzler Heinrich Brüning (1951: Universität Köln), Ernst Fraenkel (1952: FU Berlin), Arnold Bergstraesser (1954: Universität Freiburg), Carl J. Friedrich (1954: Universität Heidelberg), Ferdinand A. Hermens (1955: Universität Köln) und Eric Voegelin (1958: Universität München) Remigranten aus den USA wissenschaftsstrategisch bedeutsame Lehrstühle an deutschen Universitäten, die sich binnen kürzester Zeit, wie besonders im Fall von Freiburg, Heidelberg und München, zu regelrechten politikwissenschaftlichen Schulen bzw. zu bedeutenden Zentren politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre entwickeln sollten.²⁷⁴

Zu diesen „Gründungsvätern“ traten Persönlichkeiten wie Franz L. Neumann, der – obgleich hauptberuflich weiterhin an der Columbia University lehrend – mit voller Kraft den Ausbau der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik unterstützte.²⁷⁵ Ihm verdankte speziell die Westberliner Politikwissenschaft ihren rasanten Aufstieg. Als Verbindungsmann der Ford-Foundation hatte sich Neumann massiv für die Förderung nicht nur der DHfP, sondern auch des 1950 an der FU gegründeten Instituts für Politische Wissenschaft (IfPW) eingesetzt, dem von 1951 bis 1954 mit Arcadius R. Gurland ebenfalls ein aus dem Exil zurückkehrender Politologe vorstand.²⁷⁶ Neumann war sich über die strategische Bedeutung der Politikwissenschaft gerade im geteilten Berlin stets bewußt gewesen.²⁷⁷ Auf seine Empfehlung hin erhielt das IfPW von der Rockefeller-Foundation eine Anschubfinanzierung in Höhe von 50 000 Dollar zugesprochen. Weitere hohe Beträge seitens der Ford-Foundation und der amerikanischen Hohen Kommission sollten folgen.²⁷⁸ Im Juli 1958 konnte dann der von Neumann angestrebte Zusammenschluß der DHfP und des IfPW zum Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität vollzogen werden.²⁷⁹ Mit Ossip K. Flechtheim (1959) und Richard Löwenthal (1962) erhielten zwei weitere Remigranten aus den USA einen Ruf nach Berlin.²⁸⁰ Das Resultat dieser von Neumann angestoßenen und von Ernst Fraenkel weitergeführten Entwicklung läßt sich eindrucksvoll in Zahlen ausdrücken: Von den 24

²⁷⁴ Vgl. Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 183–292.

²⁷⁵ Zur Biographie Neumanns vgl. besonders Alfons Söllner: Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Franz L. Neumann: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, Frankfurt am Main 1978, S. 7–56.

²⁷⁶ Zur Gründungsgeschichte des IfPW der FU Berlin vgl. Otto Stammer: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, in: ders. (Hg.): Politische Forschung. Beiträge zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, Köln/Opladen 1960, S. 175–211; Tent: Freie Universität Berlin, S. 252–257. Zu Arcadius R. Gurlands Wirken in Berlin siehe Hubertus Buchstein: Verpaßte Chance einer kritischen Politikwissenschaft? A. R. L. Gurlands Gastspiel in Berlin 1950–1954, in: Exilforschung 9 (1991), S. 128–145.

²⁷⁷ Seine Vorstellungen über Aufbau und Funktion der Berliner bzw. westdeutschen Politikwissenschaft formulierte Neumann programmatisch im Rahmen eines in Berlin gehaltenen Vortrags: Franz L. Neumann: Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie (1950), in: ders.: Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 373–400. Zur besonderen Bedeutung der Politikwissenschaft im geteilten Berlin vgl. auch Stammer: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, S. 176f.

²⁷⁸ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 254.

²⁷⁹ Zu Neumanns Engagement für die Westberliner Politikwissenschaft ebd., S. 252–256, sowie Söllner: Deutsche Politikwissenschaftler, S. 283–286.

²⁸⁰ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 286 (Flechtheim) und S. 328 (Löwenthal).

politikwissenschaftlichen Lehrstühlen, die bis 1960 an den westdeutschen Universitäten eingerichtet worden waren, entfielen allein zehn auf die Freie Universität Berlin.²⁸¹ Damit nahm die FU, gemäß den oben schon erläuterten amerikanischen Zielsetzungen, im Fach Politikwissenschaft nicht nur eine „Vorhutstellung“ (Bleek) innerhalb der Bundesrepublik, sondern sogar eine „mitteleuropäische Führungsrolle“ (Tent) ein.²⁸² In seiner Berliner Gedenkrede für den am 2. September 1954 bei einem Autounfall in der Schweiz tödlich verunglückten Neumann hob Ernst Fraenkel dessen herausragende Verdienste für die deutsche Politikwissenschaft hervor:

„Die Wiedererweckung eines freien akademischen Lebens im freien Berlin, die praktische Hilfe, die geistige Unterstützung, die er unseren Hochschulen hat angedeihen lassen, stellte die Krönung seines Lebens dar. [...]. Wenn es heute ein blühendes akademisches Leben in Berlin, wenn es hoffnungsvolle Ansätze zu einer politischen Wissenschaft in Deutschland gibt, verdanken wir dies nicht zuletzt der Einsicht, dem pädagogischen Eros des Mannes, den zu ehren wir uns heute versammelt haben.“²⁸³

Neumann selbst hatte sich 1952 in ganz ähnlicher Weise über den Einfluß deutscher Emigranten auf die wissenschaftliche Nachkriegsentwicklung in Deutschland geäußert:

„Der Deutsche Gelehrte, der zu einem Besuch nach Deutschland zurückkehrt, wird unvermeidlich in die Debatte um die deutsche Hochschulreform hineingezogen. Wenig ist getan worden, um Geist und Struktur der deutschen Universitäten zu reformieren [...]. Und das Wenige, was getan wurde, ist in hohem Maße zurückgekehrten Emigranten und amerikanischen Besuchern, [...], ihrer Aufmerksamkeit, ihrem Interesse für die Studenten und ihrer geschärften Beachtung der politischen und sozialen Realitäten zu verdanken.“²⁸⁴

Die tragende Rolle der Remigranten und deutschen Exil-Politologen, sei es als Teilnehmer (im Auftrag der US-Regierung) an entscheidenden Konferenzen, als erste Lehrstuhlinhaber ihres Faches an deutschen Universitäten, als Gastprofessoren oder als Wissenschaftsorganisatoren während der Gründungs- und Konstituierungsphase der deutschen Politikwissenschaft steht somit außer Frage.²⁸⁵ Unklar bleibt noch, welchen Einfluß die in den USA gesammelten Erfahrungen auf diese Gründergeneration und damit auch auf die Entwicklung des Faches in der Bundesrepublik tatsächlich hatten. Zweifelsohne hinterließen die Jahre des Exils sowohl bei denjenigen, die sich nach 1945 entschlossen hatten, nach Deutschland zurückzukehren, als auch bei denen, die weiterhin in den Vereinigten Staaten blieben, tiefe Spuren. Dies gilt für den Kontakt mit der amerikanischen Demokratie, Kultur und Gesellschaft ebenso wie für die Berührung mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissen-

²⁸¹ Ebd., S. 313.

²⁸² Ebd., S. 288; Tent: Freie Universität Berlin, S. 256.

²⁸³ Fraenkel: Gedenkrede auf Franz L. Neumann, S. 168.

²⁸⁴ Franz L. Neumann: Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft (1952), in: ders.: Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 421f.

²⁸⁵ Die besondere Rolle der Emigranten im Rahmen des Wiedergründungsprozesses der westdeutschen Politikwissenschaft wird u. a. betont bei M. Rainer Lepsius: Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen, in: Günther Lüschen (Hg.): Deutsche Soziologie seit 1945, Opladen 1949, S. 459f., und Söllner: Deutsche Politikwissenschaftler, S. 273–288.

schaftsbetrieb.²⁸⁶ Die persönlichen Erfahrungen der Exilzeit beeinflussten freilich auch das Wirken der Rückkehrer als akademische Lehrer und Wissenschaftler. In diesem Zusammenhang kam es häufig zur Verschmelzung „deutscher Traditionsstränge mit westlich-atlantischen Elementen des Wissenschaftsverständnisses“.²⁸⁷ Spürbar wurde der zunächst durch die aus dem Exil zurückgekehrten Politologen vermittelte und auch in der Folgezeit wirksame methodische Einfluß der amerikanischen Political Science vor allem im Rahmen der stark empirisch-analytisch und quantitativ ausgerichteten Demokratie- bzw. Wahlforschung sowie auf dem Gebiet der vergleichenden Regierungslehre, den internationalen Beziehungen und der sogenannten Regionenforschung (Area Studies).²⁸⁸

Gerade im Hinblick auf diese – in mehr oder weniger freier Anlehnung an das amerikanische Vorbild übernommen²⁸⁹ – politikwissenschaftlichen Sonderdisziplinen blieb der deutsche Blick auch in den Folgejahren auf die methodischen Entwicklungen in den USA gerichtet, obgleich die deutsche Politikwissenschaft im Laufe der Zeit ein immer eigenständigeres Profil gewann. Beispielsweise verwies Arnold Bergstraesser in einem zu Beginn der 1960er Jahre erschienenen Aufsatz zum Thema *Internationale Politik als Zweig der Politischen Wissenschaft* auf die zentrale Bedeutung amerikanischer Fachzeitschriften: „Die Veröffentlichungen, die von amerikanischer Seite auf diesem Gebiet periodisch erfolgen, sind heute unentbehrlich für die Disziplin.“²⁹⁰ Umgekehrt kam es auch auf der Mikroebene kommunalpolitisch angelegter Studien zur Adaption amerikanischer Methoden und Fragestellungen durch die deutsche Politikwissenschaft. „Die Übernahme von community-power-Ansätzen aus den USA“, so Thomas Ellwein, „führte zum Import der dortigen methodischen und theoretischen Auseinandersetzungen, mit dem sich u. a. die ‚Entscheidung‘ (decisionmaking) profilierte, und zum Einbringen demokratie-theoretischer Fragestellungen in lokale Politikstudien.“²⁹¹ In ähnlicher Form konstatierte Jürgen Hartmann, daß „der Parteienforschung in der Bundesrepublik [...] durch die Rezeption funktionalistischer Ansätze der Parteienanalyse in den USA der Weg geebnet worden [sei]“, während von Manfred Küchler die „enge konzeptionelle und methodische Ahnlehnung der bundesdeutschen Wahlforschung an die US-amerikanische“ betont wurde.²⁹² Überhaupt ist der Bezug auf die „Vorbildfunktion“ der amerikanischen Political Science gerade in solchen Arbeiten deutlich spürbar, die sich den theoretischen und methodischen

²⁸⁶ Vgl. hierzu Gerhard Göhler: Einleitende Bemerkungen zum Kontinuitätsproblem, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 12f., sowie Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 283.

²⁸⁷ So Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 69.

²⁸⁸ Vgl. hierzu die einzelnen Aufsätze in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

²⁸⁹ Vgl. Hans Maier: Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: VfZ 10 (1962), S. 228f.

²⁹⁰ Arnold Bergstraesser: Internationale Politik als Zweig der Politischen Wissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, S. 107.

²⁹¹ Thomas Ellwein: Deutsche Innenpolitik, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 183.

²⁹² So Jürgen Hartmann: Vergleichende Regierungslehre, in: ebd., S. 169 (Zitat), und Manfred Küchler: Wahl und Surveyforschung, in: ebd., S. 194 (Zitat).

Grundlagen sowie den verschiedenen Teilgebieten der Politikwissenschaft widmen. Nicht immer muß dabei die bereits erfolgte oder erst geforderte Adaption amerikanischer Methoden und Fragestellungen im Vordergrund stehen. Ganz im Gegenteil läßt sich auch die bewußte Betonung von Unterschieden zur Forschungspraxis in den Vereinigten Staaten als ein indirektes, aber nicht minder deutliches Indiz dafür interpretieren, in welch ausgeprägtem Maße die amerikanische Political Science als positiver wie negativer Referenzpunkt für die deutsche Politikwissenschaft mehr oder weniger bis heute fungiert.²⁹³

Neben entsprechenden methodischen Anleihen wurden auch thematische Einflüsse wirksam. Durch ihre demokratiepolitische Modellfunktion und ihre unangefochtene Rolle als *die* westliche Führungsmacht bildeten die Vereinigten Staaten zudem selbst den Untersuchungsgegenstand politikwissenschaftlicher Studien. Ein Blick in die Publikationsverzeichnisse der Gründergeneration und deren Schüler bestätigt dies.²⁹⁴ Gerade in den Arbeiten Friedrichs und Fraenkels werden immer wieder die Bemühungen deutlich, deutsches und amerikanisches politisches Denken in Beziehung zueinander zu setzen bzw. bestimmte Aspekte des amerikanischen Demokratieverständnisses in die Bundesrepublik zu transferieren.²⁹⁵ In einem 1997 erschienenen Aufsatz über seinen 1975 verstorbenen Lehrer Ernst Fraenkel hat der Hamburger Politikwissenschaftler Winfried Steffani auf diese Vermittlungsfunktion hingewiesen:

„Da [...] Fraenkel in den USA wesentlich Neues meinte eindringlicher begriffen zu haben und zudem noch dessen Staatsbürger geworden war, lag ihm besonders daran, seine deutschen Hörer und Studenten mit der Geschichte, den Verfassungsgrundsätzen und dem politischen Denken des amerikanischen Regierungssystems vertraut zu machen. Unter all seinen mannigfachen Lehrveranstaltungen zum politischen Denken und Handeln in den politischen Systemen der ‚westlichen Welt‘, waren für mich – und möglicherweise nicht nur für mich – die zum amerikanischen Regierungssystem im weitesten Sinne die weitaus ergiebigsten und potentiell bedeutendsten.“²⁹⁶

Eine ähnliche Bedeutung wies 1964 auch der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger in seiner Freiburger Gedenkrede auf den verstorbenen Arnold Bergstraesser dessen Zeit im amerikanischen Exil zu:

„Bei allem Leid, das ihm die Verbannung [...] durch die nationalsozialistischen Machthaber brachte, schenkten ihm die Jahre der Emigration in Amerika außerordentliche Bereicherung – Jahre, ohne die er nicht der Mann der politischen Wissenschaft und der politische Erzieher geworden wäre, als den wir ihn kennen, achten, bewundern und lieben.“²⁹⁷

²⁹³ Vgl. exemplarisch die Aufsätze in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, sowie die entsprechenden Verweise bei Dietmar Schössler: Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik, in: Jürgen Bellers (Hg.): Politikwissenschaft in Europa, Münster 1990, S. 37–51.

²⁹⁴ Vgl. das Kapitel „Neue Lehr- und Forschungsgebiete“ bei Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 325–335.

²⁹⁵ Vgl. ebd., S. 298, sowie Udo Bernbach: Zur Entwicklung und zum Stand der politischen Theoriengeschichte, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 145.

²⁹⁶ Winfried Steffani: Ernst Fraenkel als Persönlichkeit, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 7 (1997), S. 1261–1285, hier S. 1270 (Zitat).

²⁹⁷ Kurt Georg Kiesinger: Zum 68. Geburtstag von Arnold Bergstraesser. Ansprache bei der Gedenkfeier der Universität Freiburg am 14. 7. 1964, in: Freiburger Universitätsblätter 7 (1965), S. 29.

Obgleich der Begründer der normativ-ontologisch ausgerichteten Freiburger Schule selbst zu Lebzeiten nicht müde geworden war, darauf hinzuweisen, daß es sich im Fall der Politikwissenschaft um keine „aus Amerika importierte Disziplin“ (Gerhard Ritter) handle, zeigte sich Bergstraesser doch immer wieder von der praktischen Dimension der amerikanischen Political Science tief beeindruckt. Aus diesem Grunde bezeichnete er beispielsweise die massive Förderung des politikwissenschaftlichen Teilgebiets der International Relations in den USA als „eindrucksvolles Beispiel vorausschauender Wissenschaftspolitik“.²⁹⁸ Konsequenterweise war Bergstraesser bis zu seinem Tod auch selbst an der Gründung und Förderung zahlreicher außeruniversitärer Vereinigungen und Institute beteiligt, wie z. B. der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien, der politischen Akademien in Tutzing und Eichstätt, dem Forschungsinstitut der Gesellschaft für auswärtige Politik in Frankfurt, der Freiburger Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschung e.V. sowie der Stiftung Wissenschaft und Politik.²⁹⁹ Horst Schmitt hat diesbezüglich darauf hingewiesen, daß „besonders die systematische Gründung außeruniversitärer, in Abteilungen untergliederter Forschungsinstitute den nachhaltigen Einfluß der amerikanischen Emigrationsjahre“ bei Bergstraesser zeige.³⁰⁰ Dennoch gelang es der deutschen Politikwissenschaft nicht, als politikberatende Disziplin eine der Political Science in den USA vergleichbare Position einzunehmen.³⁰¹

Daß neben solch methodisch-thematischen Aspekten auch die institutionelle Organisation der westdeutschen Politikwissenschaft starken amerikanischen Einflüssen ausgesetzt war, belegt beispielhaft das 1958 gegründete Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Der strukturelle Aufbau dieses interfakultativen Instituts orientierte sich am Vorbild amerikanischer Hochschul-Departments.³⁰² Neben der konkreten teildisziplinären Aufteilung der einzelnen politikwissenschaftlichen Lehrstühle schlug sich diese Anlehnung an amerikanische Organisationsprinzipien auch in der kollegialen Leitung des OSI durch eine gemeinsame Institutsversammlung nieder, der neben den Ordinarien auch jeweils zwei Vertreter der beteiligten Fakultäten und der Studentenschaft (allerdings ohne Stimmrecht) angehörten. Das

²⁹⁸ Arnold Bergstraesser: Prinzip und Analyse in der amerikanischen wissenschaftlichen Politik, in: Jahrbuch für Amerikastudien 3 (1958), S. 13.

²⁹⁹ Horst Schmitt: Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zum politischen Forschungsprogramm der Freiburger Schule 1954-1970, Baden-Baden 1995, S. 90f.

³⁰⁰ Ebd., S. 91. Vgl. zudem Horst Schmidt: Die Freiburger Schule 1954-1970. Politikwissenschaft in „Sorge um den neuen Staat“, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 219-230.

³⁰¹ Vgl. Christine Landfried: Politikwissenschaft und Politikberatung, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 100-115.

³⁰² Über die Vorteile einer derart interfakultativ angelegten Organisationsform nach amerikanischen Vorbild schreibt Maier: Lage der Politischen Wissenschaft, S. 245: „Nicht nur das Beispiel der in Form integrierender ‚Departments‘ angelegten amerikanischen Politischen Wissenschaft, sondern auch die in Deutschland seit der Einführung des Fachs gewonnenen Erfahrungen lassen daher den [...] Status des Fachs mit interfakultativen Lehr- und Prüfungsordnungen [...] als Gewinn gegenüber der strikten Einordnung in einen festumrissenen Fächerzusammenhang erscheinen.“

neue an dieser Verwaltungsform im Unterschied zu den „alten“ Institutsverfassungen war, daß der aus der Gruppe der Lehrstuhlinhaber turnusmäßig für ein Jahr gewählte geschäftsführende Direktor den beinahe „allmächtigen“ Institutsleiter traditioneller Prägung ablöste, was – durchaus auch im Sinne amerikanischer Reformvorstellungen der Nachkriegszeit – zu einer gewissen Demokratisierung des traditionellen Institutsbetriebs beitrug.³⁰³

Vergleichbare „Amerikanisierungstendenzen“ lassen sich auch für andere politikwissenschaftliche Institute und Lehrstühle in der Bundesrepublik beobachten. Exemplarisch sei im folgenden auf die Entwicklungsgeschichte der Politikwissenschaft an der Münchner LMU eingegangen. An der damals größten westdeutschen Universität wurde erst 1958 ein eigenes Ordinariat für Politikwissenschaft eingerichtet, zu einem Zeitpunkt also, an dem der disziplinäre Ausbau in Berlin mit dem OSI bereits in eine neue Phase einzutreten begann. Erste Bemühungen, den an der Louisiana State University lehrenden Eric Voegelin auf einen Lehrstuhl für Amerikanistik nach München zu berufen, waren im Sommer 1952 gescheitert.³⁰⁴ Im Frühjahr 1958 nahm Voegelin schließlich das Angebot an, den bislang vakant gebliebenen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften zu übernehmen. Dabei scheinen besonders „Voegelins umfassende Kenntnisse der USA“ für dessen Berufung mitausschlaggebend gewesen zu sein.³⁰⁵ Nach Hans Maier verband Voegelin mit seinem Wechsel an die Isar die Vorstellung, „in München ein repräsentatives Institut, ein Parallel- oder sogar gegengewichtiges Institut zum OSI in Berlin zu errichten“.³⁰⁶ Wie in Berlin sollte auch das neue Münchner Institut ursprünglich nach dem Vorbild amerikanischer Departments aufgebaut werden. Dieses Organisationsmodell schien Voegelin aufgrund seiner Erfahrungen in den USA einerseits die besten Forschungs- und Lehrbedingungen zu garantieren, andererseits aber auch amerikanische Stiftungen dahingehend zu motivieren, sich verstärkt finanziell und materiell am Aufbau des Münchner Instituts zu beteiligen. So betonte Voegelin im Januar 1959 gegenüber Shepard Stone, dem für die Auslandshilfe zuständigen Direktor der Ford-Foundation, daß seine Hauptaufgabe in München momentan darin bestehe, „to organize the equivalent of an American Department of Political Science, as well as an Institute with a library and the necessary seminar rooms“.³⁰⁷ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Voegelin zwar darum bemüht war, amerikanische Verhältnisse in München einzuführen, gleichzeitig aber seinen Wechsel nach Bayern auch damit begründete, dort attraktivere Arbeitsverhältnisse und besser ausgebildete Studenten als in Baton Rouge vorzufinden.³⁰⁸

³⁰³ Vgl. u. a. Stammer: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, S. 186f., sowie Eberhard Mannigel: Das Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin. Modell für interfakultative Institute, in: DUZ 8 (1962), S. 27–30.

³⁰⁴ Vgl. BayHStA, MK 69715 (Nr. V 63843), Schreiben Prof. Rheinfelders an das Rektorat der Universität München vom 17.9.1952. Zum Scheitern der Verhandlungen vgl. auch Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 110–116.

³⁰⁵ Ebd., S. 143.

³⁰⁶ Zitiert nach ebd., S. 158.

³⁰⁷ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Shepard Stone vom 12.1.1959.

³⁰⁸ BayHStA, MK 69319, Schreiben Eric Voegelins an Kultusminister Rucker vom 25.8.1956. Vgl. diesbezüglich auch Voegelin: Autobiographische Reflexionen, S. 109f.

In einem 1959 verfaßten Memorandum zur geplanten Entwicklung des Münchner Instituts erläuterte Voegelin den künftig abzudeckenden Gegenstandsbereich am Beispiel der „Spezialisierungen [...], wie sie im Vorlesungsprogramm eines amerikanischen Political Science Departments mittlerer Größe zu finden ist“.³⁰⁹ Sowohl die Staatswirtschaftliche Fakultät, an der das Institut angesiedelt werden sollte, als auch das Kultusministerium müßten entscheiden, „ob die Politische Wissenschaft mit einem sinnvollen Minimum im Universitätsbetrieb entwickelt werden, oder ob die an sich sehr erfreulichen Anfänge in Sand verlaufen sollen“.³¹⁰

Voegelin war sich darüber im klaren, daß der von ihm geplante Ausbau der Münchner Politikwissenschaft ohne amerikanische Hilfe nicht möglich sein werde. Dies galt in erster Linie in finanzieller und materieller Hinsicht, weshalb Voegelin unablässig bei amerikanischen Stiftungen und Organisationen um Unterstützung warb. Und auch auf personeller Ebene bestand in München akuter Nachholbedarf.³¹¹ So bemühte sich Voegelin auf seinen zahlreichen Reisen in die USA, Gastprofessoren für München zu gewinnen. Während eines solchen Aufenthalts an der University of Notre Dame in Indiana im Herbst 1960 berichtete Voegelin dem im bayerischen Kultusministerium für Hochschulfragen zuständigen Ministerialdirektor Johannes von Elmenau, daß es ihm möglicherweise gelingen werde, drei renommierte amerikanische Politikwissenschaftler für jeweils ein Jahr nach München zu holen.³¹² Mit seinem kurzen Bericht aus den USA, so Voegelin in seinem Schreiben abschließend, wolle er deutlich machen, „welche außerordentliche Hilfe wir von amerikanischer Seite bekommen, um die Politischen Wissenschaften in München in Gang zu bringen. Nur durch das Ineinandergreifen dieser Hilfe mit dem vom Ministerium zur Verfügung gestellten Mittel ist der Aufbau in der geplanten Form möglich.“³¹³ Und noch im September 1961 vertrat Voegelin gegenüber von Elmenau die Ansicht, daß „das Institut für Politische Wissenschaften in München auf Jahre hinaus auf die Hilfe amerikanischer Gastprofessoren angewiesen [sein werde]“.³¹⁴

³⁰⁹ BayHStA, MK 69352, Memorandum Eric Voegelins betreffend „Die Entwicklung der Politischen Wissenschaften an der Universität München“ vom 20. 10. 1959.

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 167f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch BayHStA, MK 69352, Schreiben Voegelins an Ministerialdirigent Johannes von Elmenau vom 8. 11. 1964: „Die Hilfe der Ford-Foundation, falls sie gewährt wird, würde sich nach der bisherigen Unterhaltung [mit Shepard Stone, S. P.] auf zwei Punkte erstrecken: a) weitere Bibliotheksmittel; b) die Dotierung einiger Stellen, auf drei bis fünf Jahre, mit Wissenschaftlichen Rats- und Professorengehältern.“

³¹² BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 1. 11. 1960. In seinem Antwortschreiben auf Voegelins Brief vom 1. 11. drückte von Elmenau dem Münchner Ordinarius sein Bedauern darüber aus, daß dieser „nach wie vor auf intensive Förderung durch Fulbright, amerikanische Stiftungen, Gastprofessuren und sonstige Behelfe angewiesen“ sei (BayHStA, MK 69352, Schreiben Johannes von Elmenaus an Eric Voegelin vom 11. 11. 1960).

³¹³ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 1. 11. 1960.

³¹⁴ BayHStA, MK 69542, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 29. 9. 1961.

Diese Einschätzung war kein Münchner Spezifikum; ähnliches galt auch für andere politikwissenschaftliche Lehrstühle und Institute in der Bundesrepublik.³¹⁵ In diesem Kontext sollte zudem nicht vergessen werden, daß mit der Tätigkeit amerikanischer Gastprofessoren ein ständiger Zustrom amerikanischer Methoden und Fragestellungen in den deutschen Wissenschaftsbetrieb gewährleistet war, der entsprechende Auswirkungen auf die akademische Prägung des Nachwuchses im Fach Politikwissenschaft mit sich brachte. Überhaupt war die Nachwuchsfrage ein Problem, dem sich die deutsche Politikwissenschaft seit Beginn der 1960er Jahre zu stellen hatte. Wer würde nach den Gründungsvätern das politikwissenschaftliche Ruder an den Hochschulen übernehmen? „Das Personal für die Entfaltung der Politischen Wissenschaften“, so Voegelin im Jahre 1959, „ist nicht vorhanden, sondern muß erst herangezogen werden. [...] Günstigenfalls wird dieser Prozeß eine Generation erfordern, bevor nennenswerte Resultate sichtbar werden.“³¹⁶ Um den wissenschaftlichen Horizont des Nachwuchses nachhaltig zu erweitern, wurde dieser – wenn irgend möglich – in das Zentrum moderner Politikwissenschaft, sprich in die Vereinigten Staaten geschickt.³¹⁷ In München führte Voegelin für seine Assistenten sogar ein „unerläßliches“ Ausbildungsjahr in Amerika ein.³¹⁸ Er selbst hatte Mitte der 1920er Jahre mit einem Stipendium der Rockefeller-Foundation an der Columbia University, in Harvard, Wisconsin und Yale studiert. „Diese zwei Jahre in Amerika“, wie der Münchner Ordinarius rückblickend bemerkte, „brachten den großen Durchbruch in meiner intellektuellen Entwicklung. [...] Ich wurde überwältigt von einer Welt, deren Existenz ich bis zu diesem Zeitpunkt kaum wahrgenommen hatte“.³¹⁹

Nun sollte die Schülergeneration ihrerseits eigene USA-Erfahrungen sammeln, die selbstverständlich unter völlig anderen Rahmenbedingungen stattfanden als zur Zeit ihrer zumeist aus Deutschland geflüchteten Lehrer. Gleich geblieben war jedoch die Faszination für dieses Land, das für viele junge Deutsche, die nach dem fatalen Einschnitt des Zweiten Weltkrieges erstmals die USA bereisten, wie eine neue Welt erschien.³²⁰ Für Helga Haftendorn, im Studienjahr 1955/56 deutsche Fulbright-Stipendiatin in den USA und später Ordinaria für Politische Wissen-

³¹⁵ Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 65.

³¹⁶ BayHStA, MK 69352, Memorandum Eric Voegelins betreffend „Die Entwicklung der Politischen Wissenschaften an der Universität München“ vom 20. 10. 1959, S. 3.

³¹⁷ Zur Bedeutung derartiger Studienaufenthalte in den USA siehe Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 353: „Bei aller Vielfalt ihrer Themengebiete, welche die Ausdifferenzierung der Politikwissenschaft in den sechziger Jahren widerspiegelte, war ihnen doch gemeinsam, ihren Gegenstand nicht nur inhaltlich darzustellen, sondern gleichermaßen theoretisch zu durchdringen, unter Rekurs sowohl auf die Kritische Theorie als auch auf die von ihnen bei Studienaufenthalten in den USA erfahrenen systemtheoretischen Ansätze, um auf diese Weise ‚zur Entwicklung eines kritischen Bewußtseins in der Öffentlichkeit‘ beizutragen.“

³¹⁸ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 8. 8. 1963.

³¹⁹ Vgl. hierzu das Kapitel „Amerikanische Einflüsse“ in Voegelin: Autobiographische Reflexionen, S. 46–51, Zitat S. 46.

³²⁰ Vgl. zum Aspekt der „Erfahrung“ auch Kapitel V.

schaften an der FU Berlin, wurde „Amerika zum ‚Land of Opportunity‘.“³²¹ Und auch noch Jahre später, als Haftendorn selbst als junge Gastprofessorin an amerikanischen Universitäten lehrte, erwiesen sich die in den Vereinigten Staaten gesammelten akademischen und privaten Erfahrungen als äußerst prägend.³²²

Für viele deutsche Nachwuchspolitologen strahlten die andersartigen Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten an amerikanischen Universitäten einen besonderen Reiz aus. In der Bundesrepublik boten sich dagegen um 1960 noch eher düstere Karriereperspektiven. Bei einer beinahe Verfünfachung der bundesweiten Studenten- und damit auch Absolventenzahlen im Fach Politikwissenschaft zwischen 1960 und 1965 (von 316 auf 1496) hatte sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der Lehrstühle an den 18 Universitäten von 24 auf 51 Ordinariate lediglich etwas mehr als verdoppelt.³²³ Plötzlich stand die Gefahr eines politikwissenschaftlichen „Brain Drain“ in die Vereinigten Staaten im Raum. Eine fast paradoxe Situation war eingetreten, die zu lösen in erster Linie in den Händen des Staates lag, wie Voegelin 1963 in einem Brief an Ministerialdirigent von Elmenau ausdrücklich betonte:

„Bei Gelegenheit unserer letzten Unterhaltung habe ich unter anderem darauf hingewiesen, daß die Assistenten unseres Instituts für Politische Wissenschaften so gründlich durchgebildet und so tüchtig sind, daß sie anfangen international konkurrenzfähig zu werden; daß daher die Gefahr besteht, daß sie nach Amerika abwandern, wenn ihnen keine entsprechenden Positionen und Wirkungsmöglichkeiten in München geboten werden – und das wäre ja nicht gerade der Zweck, zu dem das Ministerium die Entfaltung der Politischen Wissenschaft in München so generös gefördert hat.“³²⁴

Zu einem ähnlichen Fazit hinsichtlich des weiteren institutionellen Ausbaus der westdeutschen Politikwissenschaft kam eine 1961 im Auftrag der DFG von Mario Rainer Lepsius verfaßte *Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft*.³²⁵ Unter Verweis auf die Bedingungen im Ausland – und hier speziell in den USA –, wo die Politikwissenschaft „an den größeren Universitäten zu Departments von Fakultätsgröße [...] mit zwanzig bis dreißig Dozenten“ angewachsen sei, sprach sich Lepsius für zwei bis drei politikwissenschaftliche Lehrstühle an jeder westdeutschen Universität aus, die zugleich mit einer entsprechenden Erhöhung der Assistenten- und Dozentenstellen sowie des Institutsetats für Forschung und Lehre einhergehen müsse.³²⁶ Und noch 1962, also kurz vor seiner

³²¹ Vgl. Helga Haftendorn: Ein Brief an Ulrich Littmann, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 19–22, Zitat S. 20.

³²² Ebd., S. 21: „Genau zehn Jahre später [1977, S. P.] war ich wieder in Amerika, als Fulbright-Professor an der Georgetown University in Washington. Für mich war es eine wichtige Erfahrung, mit welchem Eifer meine amerikanischen Kollegen sich in der Lehre engagierten und sich um einen guten Kontakt zu ihren Studenten bemühten. Ich habe daraus viel für meinen eigenen Umgang mit meinen deutschen Studenten gelernt. Außerdem beeindruckte mich der unkomplizierte Kontakt zwischen der ‚political community‘ und der ‚academic community‘. Davon habe ich als Politikwissenschaftlerin sehr profitiert und tue es auch noch heute.“

³²³ Vgl. Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 312.

³²⁴ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Ministerialdirigent Johannes von Elmenau vom 4. 4. 1963.

³²⁵ M. Rainer Lepsius: *Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft*, Wiesbaden 1961.

³²⁶ Vgl. hierzu ebd., S. 14f. (Zitat) sowie zu den erwähnten Empfehlungen S. 117.

Berufung auf den, neben Voegelins, zweiten Münchner Lehrstuhl für Politikwissenschaft, sah Hans Maier die Lage der deutschen Politikwissenschaft in einem durchaus ambivalenten Licht:

„Überblickt man die Entwicklung seit 1945 im ganzen, so ist der Aufschwung, den die Politische Wissenschaft in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erlebt hat, gewiß bemerkenswert – vor allem, wenn man bedenkt, daß das Fach bis vor kurzem in Deutschland noch so gut wie unbekannt war. Ebensowenig kann aber übersehen werden, daß sich festumrissene Formen wissenschaftlicher und institutioneller Art in dieser Disziplin bis jetzt noch nicht herausgebildet haben.“³²⁷

Tatsächlich konnte sich die junge Disziplin, die zwischen 1945 und 1960 noch um ihre Etablierung und Anerkennung „kämpfen“ mußte, erst in den beiden folgenden Dekaden zunächst einer langsamen, dann fast explosionsartigen Entfaltung erfreuen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Gründung neuer Universitäten seit Mitte der 1960er Jahre. Bis 1975 waren rund 20 neue Hochschulen in der Bundesrepublik gegründet worden.³²⁸ Parallel dazu stieg die Zahl politikwissenschaftlicher Professuren auf zunächst 63 (1970) und – unter dem Einfluß sozialliberaler Bildungspolitik – auf 133 (1975). Innerhalb eines weiteren Jahrzehnts kam es noch einmal zu einer Verdoppelung auf sogar 278 (1985) Professoren.³²⁹ Dementsprechend dramatisch entwickelten sich auch die Studentenzahlen. Gab es im Jahre 1965 bundesweit nur lediglich 1496 Hauptfachstudenten, waren es 1970 mittlerweile 3354 und wiederum ein halbes Jahrzehnt später bereits 8079.³³⁰

Wie diese Zahlen eindrucksvoll belegen, war die Politikwissenschaft seit Mitte der siebziger Jahre zu einem festen Bestandteil der deutschen Hochschulen, aber auch des öffentlichen Bewußtseins geworden, wozu sicherlich auch die Ereignisse um 1968 ihren Beitrag geleistet haben.³³¹ Die Studentenproteste hatten zu einer lebhaften fachinternen und öffentlichen Debatte über das Selbstverständnis und die eigentlichen Inhalte der Politikwissenschaft geführt. Die Vietnampolitik der USA relativierte unter großen Teilen der Studentenschaft sowie des jungen wissenschaftlichen Nachwuchses deren bis dato dominierenden Modellcharakter. In diesem Zusammenhang war in erster Linie von politisch „linker“ Seite die Forderung an die Politikwissenschaft gerichtet worden, sich von ihrer bislang affirmativen Rolle als „Demokratiewissenschaft“ zu verabschieden und sich in eine progressive, d.h. in das Tagesgeschehen aktiv einwirkende „Demokratisierungswissenschaft“ zu wandeln.³³²

³²⁷ Maier: *Lage der Politischen Wissenschaft*, S.231.

³²⁸ Vgl. hierzu die Angaben bei Müller: *Geschichte der Universität*, S.106 und Ellwein: *Die deutsche Universität*, S.329–331.

³²⁹ Zur Entwicklung der Professorenzahlen im Fach Politikwissenschaft zwischen 1960 und 1985 siehe Mohr: *Durchsetzung der Politikwissenschaft*, S.66 (Tabelle 1).

³³⁰ Zur Entwicklung der Studentenzahlen im Fach Politikwissenschaft ebd., S.67 (Tabelle 2).

³³¹ Vgl. ebd., S.74f.

³³² Aus Sicht der Politikwissenschaft Bodo Zeuner: *Zwischenbetrachtung. Der Bruch von 1968*, in: Göhler/Zeuner: *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, S.195; sowie allgemein Frank Werkmeister: *Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1973*, Phil. Diss., Marburg 1975; Weber: *Die „Kulturrevolution“ 1968*, S.218.

Die veränderte Sichtweise auf die Vereinigten Staaten um das Jahr 1968 rückte beinahe automatisch vermeintlich „amerikanisierte“ Remigranten wie Ernst Fraenkel, der immer noch die amerikanische Staatsbürgerschaft besaß, in das Schußfeld studentischer Agitationen. Ursprünglich nach Deutschland zurückgekehrt, um hier mit Hilfe der Political Science am Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens mitzuarbeiten, sah sich der Sozialdemokrat Fraenkel plötzlich als Symbolfigur kapitalistischer Herrschaftsinteressen angegriffen. Für ihn, wie für viele andere Remigranten, die ins Fadenkreuz der Studentenproteste gerieten, kam die nicht selten intolerante und aggressive Form dieses Protestes einem Schockerlebnis, ja einem erneuten Trauma gleich. Gegenüber seinem damaligen Assistenten Winfried Steffani bemerkte Fraenkel nach der Besetzung des Berliner Amerikahauses: „Sehen Sie, das sind die Faschisten von heute.“ Und Fraenkels Ehefrau soll voller Resignation hinzugefügt haben: „Wir müssen wohl wieder die Koffer packen. Zum Glück sind wir jetzt Amerikaner!“³³³

Trotz all dieser verständlichen Irritationen und auch persönlichen Verletzungen konnten die Ereignisse von 1968 nichts an der Tatsache ändern, daß Vertreter der Gründer- und ersten Schüलगeneration als Wissenschaftler, akademische Lehrer, Publizisten, Zeitungs- und Radiokommentatoren die Entwicklung einer demokratisch fundierten politischen Kultur in der Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt haben.³³⁴ Erwähnt sei in diesem Zusammenhang das durch die Arbeiten Neumanns und Suhrs beeinflusste Konzept des sogenannten Neo-Pluralismus eines Ernst Fraenkel³³⁵, der – wie Hubertus Buchstein hervorgehoben hat – „wohl erfolgreichsten Demokratietheorie in der ersten Hälfte der Geschichte der Bundesrepublik [...]“.³³⁶

Die Rolle als „Demokratiewissenschaft“ bestimmte bis Ende der sechziger Jahre auch das Verhältnis der Politikwissenschaft zu ihren Nachbardisziplinen, insbesondere zur Geschichts- und Rechtswissenschaft sowie zur Soziologie. Wie schon erwähnt waren die etablierten Disziplinen dem neuen Fach lange Zeit mit großem Vorbehalt bzw. offener Ablehnung begegnet. Einerseits wurde die Politikwissenschaft als ein, durch die amerikanische Besatzungsmacht in das deutsche Universitätssystem implantierter „Fremdkörper“ betrachtet, andererseits befürchtete vor allem die Westdeutsche Rektorenkonferenz eine – nach den Erfahrungen mit dem Dritten Reich – als unangemessen empfundene Politisierung und damit erneute Ideologisierung der Universitäten.³³⁷ Stellvertretend für diesen Konflikt sei nochmals auf die Kontroverse der beiden Freiburger Ordinarien Arnold Bergstraesser und Gerhard Ritter verwiesen. Bezugnehmend auf diese Auseinandersetzung mußte Anfang der sechziger Jahre jedoch selbst der Bergstraesser-Schüler Hans Maier einräumen, „daß Deutschland eine feste Tradition akademischer Lehre der Politik im Gegensatz zu den westlichen, besonders angelsächsischen Nationen

³³³ Steffani: Ernst Fraenkel, S. 1276f., Zitat S. 1277.

³³⁴ Vgl. Rupp: *Democratizing a Country and a Discipline*, S. 93–100.

³³⁵ Vgl. u.a. Ernst Fraenkel: *Strukturanalyse der modernen Demokratie* (1970), in: ders.: *Reformismus und Pluralismus*, S. 404–433.

³³⁶ Buchstein: *Auf der Suche nach einer „modernen Demokratietheorie“*, S. 190f.

³³⁷ Vgl. Mohr: *Politikwissenschaft als Alternative*, S. 338, sowie Ernst: *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 33.

nicht kennt. In dieser Hinsicht ist die Politische Wissenschaft in der neueren deutschen Universität zweifellos ein neues und in gewissem Sinn ein traditionsloses Fach.“³³⁸

Eine zusätzliche Dimension erhielt die damalige Auseinandersetzung durch den Umstand, daß – zweifelsohne mitbeeinflußt durch die dominierende Rolle der Political Science in den USA – deutsche Politikwissenschaftler wie Bergstraesser, Friedrich oder Dieter Oberndörfer ihre Disziplin zu einer Art Leitwissenschaft erhoben, der die etablierten Nachbardisziplinen lediglich zuarbeiten sollten.³³⁹ Obgleich sich die Politikwissenschaft als gleichberechtigtes Fach fest positionieren konnte, gelang es ihr nicht, diesen ambitionierten Führungsanspruch einzulösen. Nichtsdestotrotz übte das junge Fach durch den Methodentransfer aus dem angelsächsischen Raum einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auch auf ihre Nachbardisziplinen aus.³⁴⁰ Anselm Doering-Manteuffel hat in diesem Kontext darauf aufmerksam gemacht, daß die Einrichtung politikwissenschaftlicher Lehrstühle und die damit einhergehende Rezeption sozialwissenschaftlicher Methoden amerikanischer Provenienz in der Bundesrepublik mittelfristig dazu geführt habe, daß „in den Geisteswissenschaften traditionelle Frageansätze mit anderen, neuen Zugriffsweisen konfrontiert wurden“.³⁴¹

Neben dieser Binnenkonsolidierung konnte sich die deutsche Politikwissenschaft auch auf internationaler Ebene fest etablieren. Im Rahmen der International Political Science Association (IPSA) lagen Politikwissenschaftler aus der Bundesrepublik entsprechend ihrer Teilnahme an Kongressen, Round Tables und Veröffentlichungen in internationalen Fachzeitschriften seit Anfang der 1970er Jahre nach den USA und Kanada an dritter, im Hinblick auf ihre Kontakte zur APSA sogar an zweiter Stelle.³⁴² „Die ‚Amerikanisierung‘ [...]“, wie Klaus von Beyme 1986 über den Zustand der deutschen Politikwissenschaft im internationalen Vergleich vermerkt hat, „ist stärker fortgeschritten als in Ländern vergleichbarer

³³⁸ Maier: Lage der Politikwissenschaft, S. 232f.

³³⁹ Vgl. Arnold Bergstraesser: Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften (1957/58), in: ders.: Politik in Wissenschaft und Bildung, S. 17–31, hier besonders S. 27; Dieter Oberndörfer: Politik als praktische Wissenschaft, in: ders. (Hg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg i.Br. 1962, S. 9–58, hier besonders S. 21, 38 und S. 53. Hierzu vermerkt Ernst: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 34f.: „In dem von Bergstraesser und seinem Schüler Oberndörfer vertretenen Konzept der ‚synoptischen Wissenschaft‘ werden die Nachbardisziplinen quasi zu ‚Wasserträgern‘ der Politikwissenschaft: Die politisch relevanten Einzelergebnisse der Nachbarfächer sollen dazu beitragen, durch ihre seitens der Politikwissenschaft vorgenommene Integration in eine ‚Schau des Ganzen‘ und zusammen mit einer Normreflexion die spezifisch politikwissenschaftliche Aufgabe eines Vordenkens von Ordnungsvorstellungen des Gemeinwesens zu erfüllen. Diese Denkweise äußert sich zum Beispiel auch in Oberndörfers radikalem Vorschlag, die soziologischen Lehrstühle den politikwissenschaftlichen Seminaren anzugliedern.“

³⁴⁰ Vgl. hierzu Günther: Politikwissenschaft, S. 35f.

³⁴¹ Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 68f.

³⁴² Vgl. hierzu von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 21, sowie Ada W. Finifter (Hg.): Political Science. The State of the Discipline, Washington 1983, S. 595ff.

Größe, wie Frankreich und Großbritannien, mit älteren Traditionen einer institutionell verselbständigten Politikwissenschaft, als sie Deutschland besitzt.“³⁴³

Entgegen diesem an sich positiven Befund wäre es allerdings überzogen, aufgrund der unbestreitbar engen Anlehnung der deutschen Politikwissenschaft an die amerikanische Political Science im Sinne Gerhard Ritters von einem bloßen „Import“ oder „Oktroi“ der amerikanischen Besatzungsmacht zu sprechen.³⁴⁴ Das amerikanische Engagement für die Einführung der Politikwissenschaft seit Ende der 1940er Jahre wäre ohne die entsprechende Bereitschaft, sich auf deutscher Seite am Aufbau der neuen Disziplin aktiv zu beteiligen, mit hoher Wahrscheinlichkeit gescheitert. Andererseits steht jedoch ebenso außer Frage, daß die Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Politikwissenschaft ohne die hier skizzierten amerikanischen Einflüsse auf methodischer, personeller und wissenschaftsorganisatorischer Ebene letztlich in dieser Form kaum vorstellbar gewesen wäre.³⁴⁵ Bleek ist zuzustimmen, wenn er in seiner Geschichte der Politikwissenschaft schreibt: „Seit ihrer Wiedergründung steht die deutsche Politikwissenschaft unter dem großen Einfluß der quantitativ wie qualitativ in der ganzen Welt dominierenden amerikanischen Politikwissenschaft.“³⁴⁶

3. „To stop the neglect of American subjects“:³⁴⁷ Aufbau und Entwicklung der westdeutschen Amerikastudien

Im Rahmen der amerikanischen Umerziehungspolitik nach 1945 spielte neben der Political Science auch die Frage nach der Einführung von American Studies eine wichtige Rolle. Beide Disziplinen sollten zur Vermittlung und Festigung demokratischer und kultureller Wertvorstellungen in Deutschland beitragen. Während sich aber die Politikwissenschaft in thematischer Hinsicht nicht ausschließlich dem Modell USA widmete, standen die Vereinigten Staaten als primärer Untersuchungsgegenstand eindeutig im Zentrum der American Studies.³⁴⁸ Nach den für Deutschland verheerenden Ereignissen von 1933 bis 1945, die in einer katastrophalen militärischen und moralischen Niederlage gemündet hatten, sollte den künftigen deutschen Eliten mit Hilfe wissenschaftlich fundierter Amerikastudien nicht nur die Kultur und Geschichte der USA, sondern in besonderem Maße auch das dort vorherrschende Gesellschafts-, Regierungs- und Wirtschaftssystem nahe-

³⁴³ von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 21.

³⁴⁴ So Ritter: Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft, S. 292f.

³⁴⁵ Vgl. u. a. Arndt: Die Besiegten, S. 282f., sowie Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 63.

³⁴⁶ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 452.

³⁴⁷ IfZ, OMGUS 5/291-3/12, The American Institute of the University of Munich, o. J. (ca. 1950).

³⁴⁸ Vgl. Sigmund Skard: American Studies in Europe. Their History and Present Organization, Bd. 2, Philadelphia 1958, S. 641; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 99–101.

gebracht werden.³⁴⁹ Dabei ging es einerseits darum, die bis dato vorherrschende deutsche Hochmütigkeit und Ignoranz gegenüber den Errungenschaften der amerikanischen Kultur zu beenden, und andererseits durch die Vermittlung amerikanischer Wertvorstellungen Deutschland in den unter Führung der Vereinigten Staaten stehenden Block westlicher Demokratien einzubinden.³⁵⁰ Umgekehrt war nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges auch auf deutscher Seite die Erkenntnis herangereift, daß eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der westlichen Führungsmacht unumgänglich sein würde. „German academics“, so rückblickend der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien (DGfA) Günter Moltmann, „were anxious to understand the outside world better, while the American authorities wanted to increase information about their own culture among German academic leaders.“³⁵¹

Wie im Fall der Politikwissenschaft existierten an den deutschen Universitäten bereits vor 1945 amerikakundliche Traditionen. Das Interesse an den Vereinigten Staaten war vor allem mit deren wachsender weltpolitischer Rolle seit 1900 gestiegen.³⁵² Ein erster Ausdruck dieses neuen akademischen Interesses war der 1905 unter der Schirmherrschaft Kaiser Wilhelms II. und des amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt vereinbarte deutsch-amerikanische Professorenaustausch.³⁵³ Doch erst im Zuge der Niederlage von 1918 wurde die Forderung laut, auch an den deutschen Universitäten eine wissenschaftliche Amerikakunde zu etablieren.³⁵⁴ Sie basierte auf der Erkenntnis, daß die deutsche Wissenschaft während des Krieges die Bereitschaft der USA unterschätzt habe, auf Seiten der Entente-Mächte in den Krieg einzugreifen.³⁵⁵ Zwischen 1918 und 1933 kam es daher an den Universitäten Berlin, Göttingen, Hamburg, Leipzig und München zum Ausbau des amerikawissenschaftlichen Lehrangebots an den bestehenden Englischen Seminaren. Von einer Institutionalisierung der Amerikakunde im Sinne einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin kann jedoch für die Zeit der Weimarer

³⁴⁹ Vgl. Rebecca Boehling: Die amerikanische Kulturpolitik während der Besatzungszeit 1945–1949, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 592f.

³⁵⁰ Zur amerikanischen Strategie vgl. u. a. Pells: Not Like Us, S. 95; Gustav H. Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien im Nachkriegsdeutschland, in: Bernd-Peter Lange/Reiner Lehberger (Hg.): Anglistik heute. Einsichten, Aussichten, Berlin 1986, S. 78f.; sowie die Dissertation von Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 163–167.

³⁵¹ Günter Moltmann: The ‚Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien‘ and Interdisciplinary Studies, in: Brigitte Georgi-Findlay/Heinz Ickstadt (Hg.): America Seen from the Outside. Topics, Models, and Achievements of American Studies in the Federal Republic of Germany. Proceedings of a Symposium Held at the John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, 1. bis 4. 12. 1988, Berlin 1990, S. 121.

³⁵² Zur frühen Amerikakunde in Deutschland vor 1870 und während des Kaiserreichs vgl. Skard: American Studies in Europe, Bd. 2, S. 209–256.

³⁵³ Vgl. vom Brocke: Der deutsch-amerikanische Professorenaustausch, S. 128–182.

³⁵⁴ Vgl. Friedrich Schönewald: Amerikakunde. Eine zeitgemäße Forderung, Bremen 1921.

³⁵⁵ Vgl. Sigmund Skard: The American Studies Movement in Europe, in: ders. (Hg.): USA in Focus. Recent Re-Interpretations, Bergen 1966; Walther Fischer: Die Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan und in den Prüfungsordnungen der deutschen Länder, in: Neuphilologische Zeitschrift 3 (1951), S. 412–414.

Republik noch nicht gesprochen werden.³⁵⁶ Nach Einschätzung von Gisela Strunz hing damals „die Intensität, mit der Amerikanistik oder Amerikakunde betrieben wurden, völlig von der Interessenlage der jeweiligen Professoren ab, die aber meistens entweder aus Arbeitsüberlastung, fehlender Kenntnis oder unüberwindlicher Vorurteilen heraus eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Amerika ablehnten“.³⁵⁷

Erste Ansätze für eine breiter angelegte akademische Fundierung einer deutschen Amerikakunde lassen sich interessanterweise erst ab 1933 erkennen.³⁵⁸ Ausschlaggebend hierfür war die ambivalente Haltung der Nationalsozialisten zu den Vereinigten Staaten. Diese lehnten zwar einerseits die amerikanische Demokratie und Kultur als minderwertig ab – wobei hier bruchlos an bereits bestehende Ressentiments aus der Kaiserzeit angeknüpft werden konnte – anerkannten aber die Vereinigten Staaten andererseits als einen durchaus ernstzunehmenden Konkurrenten auf der Weltbühne und bewunderten insgeheim deren Wirtschaftskraft sowie technologischen Innovationsgeist.³⁵⁹

Zu einem Zentrum der Amerikakunde im Dritten Reich entwickelte sich die Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, die 1940 aus der Vereinigung der alten DHfP mit der 1935 gegründeten Deutschen-Auslandshochschule hervorgegangen war.³⁶⁰ Die USA-Abteilung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät wurde von Friedrich Schönnemann geleitet. Schönnemann, der sich 1923 als erster deutscher Amerikanist mit einer Studie zum Thema *Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten*³⁶¹ in Münster habilitiert hatte, war 1936 auf den in Berlin neu eingerichteten Lehrstuhl für Amerikanische Literatur und Kulturgeschichte berufen worden, das erste amerikakundliche Ordinariat in Deutschland.³⁶² „Es gehört zu den Ironien der Geschich-

³⁵⁶ Zur Entwicklung der Amerikastudien in der Weimarer Republik siehe Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 277.

³⁵⁷ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 156.

³⁵⁸ Zur Entwicklung der Amerikastudien im Dritten Reich siehe Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 277–291; sowie den Überblick bei Hans Galinsky: *The New Grown Old? Exemplary Models and Original Concepts of Germany's American Studies Reconsidered*, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: *America Seen from the Outside*, S. 27–30; Gassert: *Amerika im Dritten Reich*, S. 116–136; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 156–161.

³⁵⁹ Vgl. hierzu kurz Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 32–34. Grundlegend zu diesem ambivalenten Amerika-Bild vor 1945 siehe auch Frank Peter Biess: *Zwischen Ford und Hollywood. Amerika und der Amerikanismus in der Weimarer Republik 1924–1930*, MA-Thesis Washington University 1992; Alexander Schmidt: *Reisen in die Moderne. Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich*, Berlin 1997; Gassert: *Amerika im Dritten Reich*, S. 116–119.

³⁶⁰ Vgl. Christian Freitag: *Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945 unter Berücksichtigung der Amerikaarbeit staatlicher und privater Organisationen*, Phil. Diss., Berlin 1977, S. 135–147.

³⁶¹ Friedrich Schönnemann: *Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin/Leipzig 1924.

³⁶² Zu Schönnemanns Tätigkeit in Berlin vgl. Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 284; Hans Galinsky: *American Studies in Germany. Their Growth, Variety and Prospects*, in: Walker: *American Studies Abroad*, S. 83f.; ders.: *The New Grown Old*, S. 27.

te der deutsch-amerikanischen Beziehungen“, wie Philipp Gassert in diesem Zusammenhang betont hat, „daß der deutschen Amerikanistik der institutionelle Durchbruch nicht in einer Phase intensiver deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit [...] gelang, sondern in einer Zeit, in der sich die wechselseitigen Beziehungen auf der politischen Ebene stark abgekühlt hatten.“³⁶³

Schönemanns unstrittiges Engagement für die Etablierung der Amerikakunde als akademisches Fach wäre ohne die gleichzeitige Anbiederung an die Nationalsozialisten in dieser Form kaum möglich gewesen.³⁶⁴ Bereits kurz nach der Machtergreifung 1933 hatte sich Schönemann – finanziert von Goebbels' Propagandaministerium – auf eine zweimonatige Reise in die USA begeben, um dort in zahlreichen Vorträgen, Presseinterviews und Rundfunkauftritten den Amerikanern „die Botschaft vom Neuen Deutschland und das Bekenntnis zu unserem Führer Adolf Hitler“ nahezubringen.³⁶⁵ Damit wird deutlich, daß die amerikakundliche Arbeit der Auslandswissenschaftlichen Fakultät unter massivem ideologischen und propagandistischen Einfluß stand. „Man begann“, wie Strunz es formuliert hat, „Amerikawissenschaft in ‚deutschem‘, d.h. tendenziösem Sinne zu betreiben [...]“.³⁶⁶ Diese Tendenz schlug sich auch in den entsprechenden Bezeichnungen für Vorlesungen und Seminare nieder, so exemplarisch in Schönemanns Berliner Vorlesung zum Thema *Raum, Rasse und Volk in den Vereinigten Staaten*.³⁶⁷ Aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive sind Schönemanns Institutionalisierungsbemühungen daher zu relativieren. Bereits der renommierte norwegische Amerikanist Sigmund Skard schätzte 1958 die wissenschaftlichen Leistungen der Berliner Amerikakundler während des Dritten Reiches – trotz der unbestreitbaren Zunahme der Lehrveranstaltungen und Publikationen zu amerikanischen Themen – als eher gering ein: „The purpose of this impressive set-up was, however, political and propagandistic in the crudest sense; [...]. The scholarly value of the work was small.“³⁶⁸

In Deutschland konnte man 1945 somit nur auf eine höchst problematische amerikakundliche Tradition zurückblicken. Eine grundlegende Neuausrichtung der Amerikakunde schien deshalb im Rahmen der amerikanischen Umerziehungspolitik dringend notwendig.³⁶⁹ Allerdings boten hierbei die in den USA betriebenen American Studies – im Unterschied zur Political Science – anfänglich nur geringe Anknüpfungspunkte. Dies hing in erster Linie mit dem Umstand zusammen, daß sich die American Studies in ihrem Mutterland noch selbst in einem Professionalisierungs- und Institutionalisierungsprozeß befanden. Herausgebildet

Zur Person Schönemanns siehe u. a. Erwin Hölzle: Friedrich Schönemann, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 2 (1957), S. 284f.; Earl R. Beck: Friedrich Schönemann. German Americanist, in: *The Historian* 26 (1964), S. 381–404.

³⁶³ Gassert: *Amerika im Dritten Reich*, S. 116.

³⁶⁴ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 159.

³⁶⁵ Zu Friedrich Schönemanns USA-Reise vgl. Freitag: *Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin*, S. 172–179 sowie das Zitat Schönemanns auf S. 176.

³⁶⁶ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 157.

³⁶⁷ Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 285.

³⁶⁸ Ebd., S. 287.

³⁶⁹ Vgl. hierzu Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 142.

hatten sich die American Studies erst zu Beginn der 1930er Jahre aus der Zusammenarbeit von Historikern und Literaturwissenschaftlern, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, im Rahmen einer über traditionelle Fachgrenzen hinausreichenden interdisziplinär angelegten Forschung und Lehre die Besonderheiten der amerikanischen Kultur angemessen zu erfassen.³⁷⁰ Erste fächerübergreifende American Studies Programme entstanden seit 1936 an den Universitäten Yale, Harvard, Chicago, Minnesota, Pennsylvania und Princeton. Trotz dieser frühen Ansätze begann der eigentliche Institutionalisierungsprozeß der American Studies erst mit der Weltmachtrolle der USA nach 1945, also zu einem Zeitpunkt, an dem von amerikanischer Seite die Einführung entsprechender Programme auch im besiegten Nachkriegsdeutschland angeregt wurde. Wichtige Stationen auf diesem Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozeß waren die Herausgabe eines eigenen Fachorgans, des „American Quarterly“, im Jahre 1949 sowie die zwei Jahre später erfolgte Gründung der American Studies Association (ASA).³⁷¹ Gleichwohl kann von einer flächendeckenden Etablierung der American Studies als eigenständiges akademisches Forschungs- und Lehrprogramm zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht gesprochen werden. Schon Skard hat darauf hingewiesen, daß selbst bis 1963 nur an 120 von insgesamt 1900 amerikanischen Institutionen der Higher Education interdisziplinäre American-Studies-Programme angeboten wurden, und nur an 20 von 170 amerikanischen Universitäten „of top rank“ überhaupt Promotionsmöglichkeiten in American Studies bestanden.³⁷²

Ausschlaggebend für diesen eher schleppenden Etablierungsprozeß waren die inneramerikanischen Auseinandersetzungen um die wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Faches. Der Konflikt entbrannte, wie später auch in Deutschland, im wesentlichen an der Frage, ob sich die American Studies zu einer eigenständigen, freilich integrativen Kulturwissenschaft entwickeln sollten oder weiterhin im Rahmen eines interdisziplinären Zusammenschlusses verschiedener Fächer, wie der Literatur-, Geschichts-, Politik- und Sozialwissenschaft, zu betreiben seien.³⁷³ Hinzu trat die Frage nach der grundsätzlichen methodischen Ausrichtung der

³⁷⁰ Zur Entstehungsgeschichte und Institutionalisierung der American Studies in den USA vgl. Marshall Fishwick: *An Approach to American Studies Abroad*, in: U.S. Advisory Committee on International Education and Cultural Affairs (Hg.): *International Affairs and Cultural Exchange*, Washington 1966, S. 43–53, hier S. 43f.; Günther H. Lenz: *American Studies*, in: Rüdiger B. Wersich (Hg.): *USA Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 1996, S. 70–73; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 134–141. Zur Geschichte des American Studies Movement in den USA vgl. Skard: *American Studies Movement*, S. 140–173.

³⁷¹ Vgl. Skard: *American Studies Movement*, S. 148; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 135f.

³⁷² Skard: *American Studies Movement*, S. 151.

³⁷³ Vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 140. Als programmatische Schriften hinsichtlich der inneramerikanischen Diskussion um die wissenschaftstheoretische Ausrichtung der American Studies gelten die Publikationen von Tremaine McDowell: *American Studies*, Minneapolis 1948, der sich für eine synthetisierende Kulturwissenschaft aussprach, und Robert Spiller: *Value and Method in American Studies. The Literary versus the Social Approach*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 4 (1959), S. 11–24, der seinerseits einen interdisziplinären Ansatz betonte.

American Studies im Spannungsfeld von Geistes- (Humanities) und Sozialwissenschaften (Science), die mit der wachsenden Relevanz empirischer Forschungsmethoden seit den 1940er Jahren immer akuter wurde.³⁷⁴ „Aus diesem Grunde konnte“, Strunz zufolge, „die American Studies-Bewegung, die in ihrem Institutionalisierungsprozeß nur einen geringen zeitlichen Vorsprung gegenüber den deutschen Amerikastudien aufwies und selbst noch um ihre Definition und ihren Status rang, für die Amerikastudien in Deutschland kaum eine Leitfunktion übernehmen.“³⁷⁵ Dieser Befund markiert den entscheidenden Unterschied zu den Gründungsbedingungen der westdeutschen Politikwissenschaft, die sich sowohl in personeller als auch in wissenschaftstheoretischer Hinsicht an der in den USA bereits fest etablierten Political Science orientieren konnte.³⁷⁶

Nichtsdestotrotz bestand auf amerikanischer Seite nach Kriegsende großes Interesse daran, den besiegten Deutschen möglichst rasch umfangreiche Informationen über die Geschichte und Kultur der USA zu vermitteln. „For obvious reasons“, so die Einschätzung Skards,

„it was an important aim of American authorities in Germany to repair the results of earlier neglect and to counteract Nazi propaganda about America. From the very end of the war American Agencies began spreading knowledge of the United States through a system of Information Offices, press bureaux, newspapers, and reviews, and a largescale programme of lectures, film performances, and exhibitions.“³⁷⁷

Umgekehrt hatte sich nach den Erfahrungen des Krieges auch hierzulande die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine intensive – auch wissenschaftliche – Beschäftigung mit den Vereinigten Staaten künftig unumgänglich sein werde. Die Ausgangslage von 1945 war somit der von 1918/19 prinzipiell nicht unähnlich.³⁷⁸ Am 2. November 1945 schrieb der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen, der Romanist Heinrich Kuen, an Rektor Theodor Süss:

„Die Weltgeschehnisse unserer Zeit haben die Vereinigten Staaten und das Britische Weltreich in ihrer modernen Gestalt zu den wesentlichen Faktoren der Weltgeschichte gemacht. Die genauere Kenntnis der Entwicklung dieser Weltreiche, ihrer inneren und äußeren Struktur gehört nunmehr zum Verständnis der weiteren Entwicklung der menschlichen Kultur. Der kulturpolitische Gesichtspunkt verlangt die Behandlung dieser umfassenden Materie als eigenen Bestandteil der angelsächsisch-amerikanischen Arbeit an der Universität.“³⁷⁹

Im Namen seiner Fakultät forderte Kuen daher die schnellstmögliche Errichtung eines „Lehrstuhls für Kunde der Vereinigten Staaten und des Britischen Weltreichs“.³⁸⁰ In einem wenige Tage später verfaßten Schreiben an das bayerische Kultusministerium befürwortete der Erlanger Rektor seinerseits den Antrag der

³⁷⁴ Vgl. hierzu den immer noch grundlegenden wissenschaftstheoretischen Überblick zur Entwicklung der American Studies in den USA von Olaf Hansen: American Studies. Zur Theorie und Geschichte der Disziplin, in: Jahrbuch für Amerikastudien 18 (1973), S. 133–146.

³⁷⁵ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 137.

³⁷⁶ Vgl. Kapitel IV.2.

³⁷⁷ Skard: American Studies in Europe, Bd. 2, S. 292.

³⁷⁸ Vgl. hierzu auch Kapitel I.4. sowie Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 33f.

³⁷⁹ BayHStA, MK 72107, Schreiben von Heinrich Kuen an Theodor Süss vom 2. 11. 1945.

³⁸⁰ Ebd.

Philosophischen Fakultät mit dem folgendem, bei genauer Betrachtung durchaus ambivalenten Argument:

„Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß sowohl der Erste wie der Zweite Weltkrieg weder begonnen noch verloren [!] worden wäre, wenn die führenden Kreise und das Volk eine exakte Kenntnis der psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der angelsächsischen Staaten gehabt hätten.“³⁸¹

Bevor es allerdings auf universitärer Ebene zu einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Vereinigten Staaten kam, spielten für die Vermittlung eines positiven Amerikabildes die seit 1946 in den größeren westdeutschen Städten eingerichteten „U.S. Information Centers“ eine zentrale Rolle.³⁸² Diese zunächst im Volksmund, dann ab 1947 auch offiziell als Amerika-Häuser bezeichneten Einrichtungen waren das damals wichtigste kulturpolitische Instrument der amerikanischen Besatzungsmacht, die binnen Kürze zu Zentren des deutsch-amerikanischen Kulturaustausches und geistiger Einflußnahme avancierten. Neben ihren mit westlicher Literatur und speziell „Americana“ hervorragend ausgestatteten Bibliotheken boten die Amerika-Häuser zudem ein umfassendes Informationsprogramm, das Sprachkurse, Filmvorführungen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen umfaßte.³⁸³ Gerade für junge Deutsche wurden die Amerika-Häuser zu prägenden Orten, an denen sich ihnen nach dem Ende der ideologischen Indoktrination durch die Nationalsozialisten und den Abgründen des Krieges eine neue geistig-kulturelle Welt eröffnete.³⁸⁴

Abgesehen von dieser eher gesamtgesellschaftlichen Bedeutung übte der Aufbau eines dichten Netzes von Amerika-Häusern – im Jahre 1950 existierten in der Bundesrepublik insgesamt 27 Information Centers – auch einen wichtigen Einfluß auf die Institutionalisierung wissenschaftlicher Amerikastudien in Westdeutschland aus. Gerade in Universitätsstädten erwiesen sich das Veranstaltungsprogramm der dortigen Amerika-Häuser sowie deren umfangreiche Bibliotheksbestände als Keimzelle späterer Amerika-Institute. Frühe Zentren der Amerikastudien in der Bundesrepublik waren daher die Universitäten Marburg, Frankfurt, Erlangen und München, wo bereits kurz nach Kriegsende der Wunsch nach Einrichtung amerikakundlicher Lehrstühle bzw. eigener Amerika-Institute formuliert worden

³⁸¹ BayHStA, MK 72107, Schreiben von Theodor Süss an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 8. 11. 1945.

³⁸² Zur Geschichte und Bedeutung der Amerika-Häuser für den amerikanischen Kulturtransfer vgl. Henry P. Pilgert: *The History of the Development of Information Services through Information Centers and Documentary Films*. Historical Division. Office of the Executive Secretary. Office of the High Commissioner for Germany, Mehlem 1951, S. 7–39; Karl-Ernst Bungenstab: *Entstehung, Bedeutungs- und Funktionswandel der Amerika-Häuser. Ein Beitrag zur Geschichte der amerikanischen Auslandsinformation nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 16 (1971), S. 189–203; Axel Schildt: *Die USA als „Kulturnation“*. Zur Bedeutung der Amerikahäuser in den 1950er Jahren, in: Lüdtke/Marßoleck/von Saldern: *Amerikanisierung*, S. 257–269; Maritta Heinrich-Krämer: *Die amerikanische Kulturoffensive 1945–1955. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin*, Köln/Weimar/Wien 1996; Boehling: *Die amerikanische Kulturpolitik während der Besatzungszeit*, S. 595; Gienow-Hecht: *Die amerikanische Kulturpolitik in der Bundesrepublik*, S. 616f.

³⁸³ Vgl. Schildt: *Die USA als „Kulturnation“*, S. 259–267.

³⁸⁴ Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 67; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 172.

war.³⁸⁵ Allerdings gab es an den genannten Universitäten durchaus unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Form Amerikastudien künftig betrieben werden sollten. Dieser Richtungsstreit war in gewisser Weise ein Resultat des damals gleichfalls noch äußerst unscharfen wissenschaftstheoretischen Profils der American Studies in ihrem Herkunftsland. In ihrer grundlegenden Dissertation zur Frühgeschichte der deutschen Amerikawissenschaft nach 1945 hat Gisela Strunz den Versuch einer Typologisierung der ersten universitären Amerika-Institute unternommen und dabei vier unterschiedliche Modelle herausgearbeitet.³⁸⁶ Während beispielsweise in Marburg Amerikastudien lediglich als Erweiterung des bestehenden Englischen Seminars angeboten wurden, kam es an den Universitäten Erlangen und München zur Errichtung eigenständiger Ordinariate für „Amerikanische Kulturgeschichte“. In Frankfurt am Main hingegen verfolgte man von Anbeginn ein interdisziplinäres Konzept, was sich auch im organisatorischen Zuschnitt des dortigen Amerika-Instituts niederschlug. Einen Sonderfall stellte demgegenüber das Stuttgarter *George-Washington-Institut* dar, das in dieser Frühphase wegen seiner vorwiegend sozialwissenschaftlichen Ausrichtung „das einzige Gegenmodell zum vorherrschenden philologischen Trend“ bildete.³⁸⁷

Die ersten Planungen für ein Amerika-Institut an der Universität Marburg lassen sich bis in den Oktober 1945 zurückverfolgen.³⁸⁸ In der alten hessischen Universitätsstadt hatte das Englische Seminar, abgesehen von den Bibliotheksbeständen, den Krieg weitgehend unversehrt überstanden. Dies galt auch in personeller Hinsicht. So blieb der 1919 nach Marburg berufene Ordinarius für Englische Philologie, Max Deutschbein, bis zu seiner Emeritierung im Wintersemester 1946/47 Leiter des Englischen Seminars der Philipps-Universität. Am 14. Oktober 1945 hatte Deutschbein ein Papier zur Gründung eines „American Department“ vorgelegt, indem er die Einrichtung einer solchen Institution – wie wenige Tage später der Erlanger Dekan Kuen – mit der besonderen Rolle der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit den USA begründete. Obgleich Deutschbein in seinem Entwurf ein durchaus weitreichendes Konzept von Amerikastudien vertrat, neben der amerikanischen Literatur und Sprache sollten diese auch die Bereiche Recht, Politische Wissenschaft, Religion, Erziehungswesen, Ökonomie und Naturwissenschaften beinhalten, sprach sich der Marburger Anglist für eine enge Anbindung an das bestehende Englische Seminar aus, was zwangsläufig eine Philologisierung der Amerikastudien bedeutet hätte.³⁸⁹

³⁸⁵ Einen kurzen Überblick zur Gründungsgeschichte der ersten universitären Amerika-Institute bietet Willi Paul Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 453–455.

³⁸⁶ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 179. Eine ähnliche Typologisierung wurde bereits von Hans Galinsky: American Studies in Germany, S. 84, vorgestellt.

³⁸⁷ So Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 179.

³⁸⁸ Vgl. hierzu auch Walther Fischer: Das Amerika-Institut am Englischen Seminar der Universität, in: Marburg. Die Philipps-Universität und ihre Stadt, hg. von der Pressestelle der Philipps-Universität, Marburg 1952, S. 141–143.

³⁸⁹ Zu Deutschbeins Instituts-Konzept vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 182f.

Walter Fischer, seit 1948 Deutschbeins Nachfolger auf dem Marburger Lehrstuhl für Englische Philologie, vertrat ein anderes Konzept. Fischer, der „neben Schönmeyer [...] wichtigste Amerikanist vor 1945“, hatte in den Vereinigten Staaten promoviert und bereits mit Beginn seiner Gießener Lehrtätigkeit 1926 zahlreiche Veranstaltungen zu amerikanischen Themen abgehalten.³⁹⁰ Mit Blick auf das aufzubauende Amerika-Institut in Marburg propagierte Fischer keine feststrukturierte Institution mit eigenständigem disziplinären Zuschnitt, sondern ein lockeres Zusammenwirken unterschiedlichster Disziplinen. „It is the purpose of this institute“, so Fischer schon im Oktober 1946, „to bring together all individuals and branches of this University concerned with any phase of American culture, learning or science and to promote a scholarly interest in these aspects of American life among the German public.“³⁹¹

Neben Deutschbein und Fischer hatte im März 1946 auch der damalige Rektor der Philipps-Universität, Julius Ebbinghaus, einen Plan für die Gründung eines Amerika-Instituts vorgelegt. Aufgrund seiner engen Kontakte zur Besatzungsmacht, speziell zu Edward Y. Hartshorne, mit dem er im Juni 1946 auch die Marburger Hochschulgespräche ausrichtete, war Ebbinghaus wohl am profundesten über die amerikanischen Vorstellungen und Intentionen hinsichtlich der Einführung von American Studies informiert. Möglicherweise wandte sich der Marburger Rektor im Unterschied zu Deutschbein gerade deshalb gegen eine philologische Dominanz, aber auch gegen eine allzu lockere interdisziplinäre Ausrichtung des Instituts im Sinne Fischers. Statt dessen sah Ebbinghaus die Hauptaufgabe eines universitären Amerika-Instituts, neben der breitangelegten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den USA, in der „Verbreitung demokratischer Ideen“.³⁹² Dieser Ansatz unterstreicht erneut die besondere erzieherische Funktion, die den Amerikastudien – vergleichbar der Politikwissenschaft – in diesem Frühstadium beigemessen wurde.³⁹³

Trotz der Konstituierung eines eigenen Gründungsausschusses im April 1946 gelang es in Marburg bis zum Ende der HICOG-Periode nicht, die Amerikastudien fest an der Universität zu institutionalisieren. Lehrveranstaltungen zu den USA blieben weiterhin ein Nebenprodukt des Englischen Seminars. Dieses wurde erst zum Wintersemester 1953/54 in „Seminar für Englische und Amerikanische Philologie“ umbenannt, ein deutlicher Beleg für die primär sprachwissenschaftliche Ausrichtung der dortigen Amerikastudien.³⁹⁴ Nach Strunz sind für das damalige Scheitern der Marburger Pläne in erster Linie die traditionellen Universitätsstrukturen verantwortlich zu machen:

³⁹⁰ Thomas Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik in Deutschland. Eine Einführung*, Darmstadt 1983, S. 150.

³⁹¹ HStA Marburg, 305a Rektor und Senat, acc. 1975/79 und 1976/19, Nr. 557: Memorandum Fischers an Carl Viëtor vom Oktober 1946. Hier zitiert nach Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 189.

³⁹² Vgl. ebd., S. 185–187. Das Originalkonzept von Rektor Ebbinghaus findet sich unter HStA Marburg, 307a Rektor und Senat, acc. 1975/79 und 1976/19, Nr. 557: Vorschlag von Ebbinghaus zur Errichtung eines Amerika-Instituts vom 15.3.1946.

³⁹³ Vgl. Kapitel IV.2.

³⁹⁴ Vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 194.

„Zum einen ließ sich die geforderte Interdisziplinarität an einer deutschen Universität mit ihren relativ kleinen Fachbereichen, wo sich ein Ordinarius kaum zusätzlich zu einem größeren Aufgabengebiet mit einem amerikanischen Spezialthema befassen konnte, nur schwer einlösen. Zum anderen verhinderte die aus Sicht der Anglisten legitime Wahrung ihrer Besitzstände, die mit dem Anspruch auf Integration des ‚Unterzweigs der Anglistik‘ in das Englische Seminar verbunden war, jegliche Neuerung.“³⁹⁵

Im Gegensatz zu den in Marburg vertretenen philologisch geprägten Vorstellungen von Amerikastudien sah das „bayerische Modell“ eine synthetisch-kulturwissenschaftliche Konzeption vor, die sich in Erlangen und München durch die relativ frühe Einrichtung entsprechender Professuren für amerikanische Kulturgeschichte ausdrückte.³⁹⁶ Wie schon erwähnt war in Erlangen auf Initiative der Philosophischen Fakultät schon im November 1945 ein Antrag an das Bayerische Kultusministerium gestellt worden, einen „Lehrstuhl für Kunde der Vereinigten Staaten und des Britischen Weltreichs“ einzurichten. Dieser Schritt war mit der neuen weltpolitischen Rolle der USA nach dem Zweiten Weltkrieg begründet worden, der nun auch auf universitärer Ebene Rechnung getragen werden müsse.³⁹⁷ Als Kandidaten für den neuen Lehrstuhl schlug Rektor Süss den damaligen kommissarischen Vertreter des Erlanger Lehrstuhls für Englische Philologie Eduard Brenner vor, „da er über gründliche Kenntnisse dieser Länder und persönliche Beziehungen auf Grund seiner längeren Tätigkeit in Amerika und England verfügt“.³⁹⁸ Der nicht habilitierte Brenner galt als politisch unbelastet und genoß daher das volle Vertrauen der amerikanischen Besatzungsmacht. Bald avancierte Brenner auch zum amerikanischen Wunschkandidaten für das Erlanger Rektorat, das er am 20. Juli 1946 übernahm.³⁹⁹ Eine Grundvoraussetzung hierfür war allerdings ein eigenes Ordinariat, weshalb Brenners Berufung auf den Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte, die offiziell am 1. September 1946 erfolgte, neben den damit verbundenen kulturpolitischen Bestrebungen von amerikanischer Seite auch aus hochschulpolitischen Gründen vehement unterstützt wurde.⁴⁰⁰ „Erlangen hatte damit“, so Ulrich Bertram, „den ersten amerikanistischen Lehrstuhl in Deutschland, wenn man von dem bereits vor dem Kriege in Berlin existierenden absieht.“⁴⁰¹

Bereits ein Jahr vor seiner Berufung war von Brenner im Oktober 1945 ein Konzept für ein englisch-amerikanisches Institut ausgearbeitet worden, das unabhängig vom bestehenden Englischen Seminar als eigenständiges Universitätsinstitut errichtet werden sollte. Mit Hilfe amerikanischer und englischer Gastprofes-

³⁹⁵ Ebd., S. 195.

³⁹⁶ Vgl. ebd., S. 195f.

³⁹⁷ Vgl. BayHStA, MK 72107, Schreiben von Heinrich Kuen an Theodor Süss vom 2. 11. 1945.

³⁹⁸ BayHStA, MK 72107, Schreiben von Theodor Süss an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 8. 11. 1945.

³⁹⁹ Wendehorst: Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg, S. 221.

⁴⁰⁰ Zu Brenners Berufung vgl. Ulrich Bertram: Erlanger Anglistik von 1750 bis 1990, in: ders./Dieter Petzold (Hg.): Erlanger Anglistik und Amerikanistik in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Instituts 1890–1990, Erlangen 1990, S. 3–102, sowie Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 198–200.

⁴⁰¹ Bertram: Erlanger Anglistik, S. 34.

soren sowie Brenners engen Kontakten zu amerikanischen und englischen Universitäten war für das projektierte Institut ein interdisziplinäres Lehrangebot vorgesehen, das „den ganzen Bereich der amerikanischen und englischen Zivilisation“ umfassen sollte.⁴⁰² Obgleich Brenners möglicherweise zu weitreichende Instituts-Pläne aus finanziellen Gründen vorerst am Widerstand der Universität und des Kultusministeriums scheiterten, gelang es ihm nach seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte, die Amerikastudien in Erlangen wenigstens durch zahlreiche Veranstaltungen auszubauen.⁴⁰³ Ein abruptes Ende fand die Aufbauphase der Erlanger Amerikastudien dann Anfang 1951, als Brenner sich dazu entschlossen hatte, in der Funktion eines Staatssekretärs in das bayerische Kultusministerium zu wechseln.⁴⁰⁴ Zwar blieb das Ordinariat für amerikanische Kulturgeschichte während Brenners Münchner Tätigkeit weiterhin erhalten, der Lehrstuhl war aber bei seiner Einrichtung 1946 mit einem k.w.-Vermerk („künftig wegfallend“) versehen worden. Es bestand somit die latente Gefahr eines vorzeitigen Endes der Erlanger Amerikastudien.⁴⁰⁵

Um trotz dieser Problematik eine gewisse fachliche Kontinuität aufrechterhalten zu können, bemühte sich die Universität um eine Lehrstuhlvertretung, die für zwar kurze, jedoch wissenschaftlich äußerst fruchtbare Zeit in dem Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser gefunden werden konnte. Bergstraesser zählte neben Ernst Fraenkel und Eric Voegelin zu den Gründungsvätern der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, die sich aufgrund ihrer Emigrationserfahrung in den USA auch massiv für die Etablierung von Amerikastudien einsetzten.⁴⁰⁶ Seit dem Sommersemester 1951 fungierte der eigentlich in Chicago lehrende Bergstraesser als Gastprofessor in Erlangen, von wo er sich letztlich vergeblich um ein Ordinariat für Amerikanistik in München bewarb.⁴⁰⁷ Bemerkenswert ist rückblickend die offizielle Begründung, weshalb der Senat der LMU Bergstraesser nicht auf der Vorschlagsliste für den zu besetzenden Lehrstuhl berücksichtigte. „Wie einstimmig festgestellt wurde“, so der damalige Münchner Rektor Michael Schmaus, „besitzt Herr Bergstraesser nicht die wissenschaftliche und fachliche Eignung, die für die Besetzung dieses Lehrstuhls erforderlich ist“.⁴⁰⁸ Bergstraesser übernahm daraufhin seit dem Wintersemester 1952/53, zusätzlich zu seinen Verpflichtungen in den USA und bis zu seinem endgültigen Wechsel auf einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Universität Freiburg i. Br. im

⁴⁰² UA Erlangen, TH II Pos. 1, Nr. 63, LitB: Plan für ein englisch-amerikanisches Institut von Eduard Brenner vom 23. 10. 1945. Hier zitiert nach Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 201.

⁴⁰³ Ebd.

⁴⁰⁴ Ebd., S. 201–203.

⁴⁰⁵ Ebd., S. 203–205; Bertram: *Erlanger Anglistik*, S. 40.

⁴⁰⁶ Vgl. Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*, S. 178; Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 280.

⁴⁰⁷ Zu Bergstraessers gescheiterter Berufung nach München siehe die Ausführungen bei Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 206; Marsen: *Zwischen Reeducation und politischer Philosophie*, S. 110.

⁴⁰⁸ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Rektors Michael Schmaus an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 14. 1. 1952.

Jahre 1954, die kommissarische Vertretung des verwaisten Erlanger Brenner-Ordinariats.⁴⁰⁹

Merkwürdigerweise verdeckt Bergstraessers allseits bekannte politikwissenschaftliche Tätigkeit seine Rolle als Amerikanist, ja sogar als Pionier der Amerikastudien in der Bundesrepublik. So hat Thomas Finkenstaedt Bergstrasser neben dem Marburger Anglisten Walther Fischer als die „wesentliche geistige Kraft am Anfang der Nachkriegsamerikanistik“ bezeichnet.⁴¹⁰ Freilich ist es aufgrund seines akademischen Werdegangs im amerikanischen Exil kaum verwunderlich, daß Bergstraesser den Erlanger Amerikastudien eine stärkere politologische, soziologische und auch geistesgeschichtliche Ausrichtung gab, die in einem deutlichen Gegensatz zu den philologisch geprägten Vorstellungen eines Walther Fischer lagen.⁴¹¹ Dennoch schritt nach Bergstraessers Wechsel nach Freiburg auch in Erlangen die zunehmende Vereinnahmung durch die Anglisten und damit Philologisierung der Amerikastudien voran.⁴¹²

Trotz intensiver Bemühungen der Universität Erlangen, des amerikanischen Generalkonsulats in München und Eduard Brenners gelang es nach dessen Emeritierung 1955 nicht mehr, den vakanten Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte zu retten. Noch Anfang Februar 1955 hatte sich der damalige Dekan der Philosophischen Fakultät, der Historiker Anton Ernstberger, in einem Schreiben an das Kultusministerium dezidiert für dessen Erhaltung ausgesprochen:

„Welche Bedeutung einem Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte im Gefüge des wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrsystems unserer Fakultät und darüber hinaus im Rahmen der Gesamtuniversität zukommt, braucht nicht erst behauptet und bewiesen zu werden. Das war schon zur Zeit der Errichtung dieses Lehrstuhls unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg eine einleuchtende Tatsache und ist bis heute noch einleuchtender geworden. Dieser Tatsache haben auch viele der westdeutschen Universitäten durch Errichtung solcher Lehrstühle Rechnung getragen, andere Universitäten denken daran diesem Beispiel zu folgen. [...] Aus all diesen Gründen erscheint es im dringenden Interesse der Fakultät und Universität gelegen, daß dieser Lehrstuhl erhalten bleibt.“⁴¹³

Die Wiederbesetzung des Lehrstuhls blieb jedoch weiterhin offen. Erst im Januar 1956 erhielt der Erlanger Rektor den definitiven Bescheid des Kultusministeriums, daß nach den Verhandlungen mit dem Finanzministerium „der [...] Lehrstuhl infolge des ‚k.w.‘-Vermerks nicht aufrecht erhalten werden [könne]“.⁴¹⁴ Brenner, immerhin ehemaliger Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium, zeigte sich über die endgültige Entscheidung „seines“ Ministeriums zutiefst erschüttert. In einem scharf formulierten Schreiben verwies er auf die katastrophale Wirkung, die diese Entscheidung nicht zuletzt auf amerikanischer Seite hervorrufen werde:

⁴⁰⁹ Vgl. BayHStA, MK 72107, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Universität Erlangen vom 5. 11. 1952.

⁴¹⁰ Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*, S. 178.

⁴¹¹ Vgl. Bertram: *Erlanger Anglistik*, S. 39.

⁴¹² Vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 207.

⁴¹³ BayHStA, MK 72107, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 9. 2. 1955.

⁴¹⁴ BayHStA, MK 72107, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Universität Erlangen vom 3. 1. 1956.

„Ich muß [...] entschiedenen Protest einlegen. Erstens in meiner Eigenschaft als Gründer des Instituts und nunmehr emeritierter Professor für Amerikanistik, zweitens als jahrelang verantwortlicher deutscher Partner in den Verhandlungen mit den Amerikanern zwecks Gründung dieses Instituts.“⁴¹⁵

Tatsächlich war auf Vermittlung Brenners der Aufbau der Erlanger Amerikanistik seit 1949 durch zahlreiche Sach- und Finanzspenden aus den USA massiv unterstützt worden.⁴¹⁶ Brenner sah sich durch die Entscheidung des Ministeriums, die offensichtlich ohne seine vorhergehende Konsultation erfolgt war, nicht nur persönlich brüskiert, sondern auch im Hinblick auf die amerikanischen Förderer in eine unmögliche Situation gebracht. Der Staatssekretär a.D. und Erlanger Emeritus machte daher unmißverständlich klar, daß er künftig auf entsprechende Anfragen aus den USA deutlich machen werde, „daß es nicht meine Schuld ist, wenn der von den Amerikanern so hochherzig geförderte Plan nun nach erfolgreichen Anfängen zusammenbricht“.⁴¹⁷

Der hier prognostizierte Zusammenbruch war aber nicht mehr aufzuhalten. Nach dem kurzen Erlanger Intermezzo Bergstraessers und dem anschließenden Wegfall des Lehrstuhls für amerikanische Kulturgeschichte führte das immer noch bestehende Seminar für Amerikakunde – abgesehen von Lehrveranstaltungen einiger amerikanischer Gastprofessoren – über mehrere Jahre hinweg „ein regelrechtes Schattendasein“.⁴¹⁸ Zwar kam es in Erlangen 1960 noch zur Einrichtung eines Extraordinariats für amerikanische Sprache und Literatur, doch gelang es erst 1967 – also über ein Jahrzehnt nach Streichung des Brenner-Lehrstuhls –, dieses wieder in ein volles Ordinariat umzuwandeln.⁴¹⁹ Während dieses Zeitraums war es innerhalb der Fakultät immer wieder zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen wegen der konkreten fachlichen Ausrichtung des künftigen Lehrstuhls gekommen. Die Bruchlinie verlief wie zu erwarten zwischen der Philologie einerseits und der Sozial- bzw. Geschichtswissenschaft andererseits. Schließlich einigte man sich mit der Bezeichnung „Lehrstuhl für Nordamerikanische Philologie und Geistesgeschichte“ auf einen für beide Lager akzeptablen Kompromiß.⁴²⁰ Erster Lehrstuhl-

⁴¹⁵ BayHStA, MK 72107, Schreiben Eduard Brenners an die Hochschulabteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 23.2.1956.

⁴¹⁶ Hierzu schrieb Brenner ebd.: „Seit dem Jahre 1946 war es mein Bemühen, in unzähligen Verhandlungen und Vorschlägen die Grundlagen für ein von den Amerikanern unterstütztes Institut für Amerikanistik zu errichten. Endlich, im Jahre 1949, gelang es gelegentlich meines Aufenthalts in Washington von der Library of Congress [...] etwa 1000 Bände und 2000 Landkarten als Spenden zu erhalten. Der Versand geschah ebenfalls kostenlos durch die Smithsonian Institution, ebenso wie die Congress Library, ein weltberühmtes wissenschaftliches Institut. Ich erhielt die Bücher unter der Voraussetzung, daß ich damit ein Institut für Amerikanistik gründen würde. Es war mir völlig freigestellt, wo ich es errichten würde, da ich mir beim Staat eine gesicherte Entwicklung desselben erhoffte. Das Institut entwickelte sich gut und wurde durch das alte Amerika-Haus in Erlangen weitgehend durch Spenden unterstützt. Diese Tatsachen sind dem Ministerium bekannt. Um so unverständlicher ist mir die Haltung des Ministeriums. Sie versetzt mich in die untragbare Situation als ideeller verantwortlicher Treuhänder der amerikanischen Spenden.“

⁴¹⁷ Ebd.

⁴¹⁸ So Bertram: Erlanger Anglistik, S. 50.

⁴¹⁹ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 208f.

⁴²⁰ Zu diesem Richtungsstreit vgl. ebd.

inhaber wurde Hans-Joachim Lang, dem es bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1986 gelang, der Amerikanistik in Erlangen wieder ein eigenständiges wissenschaftliches Profil zu verschaffen und diese als Disziplin fest zu etablieren.⁴²¹

Im Gegensatz zu Erlangen zeigten die Anfänge der Amerikastudien an der Universität München eine nachhaltigere Wirkung. Schon im Jahre 1931 hatte es an der LMU erste Bestrebungen gegeben, ein amerikakundliches Ordinariat einzurichten. Die Pläne scheiterten letztlich aber an den veränderten politischen Rahmenbedingungen infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung.⁴²² Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch der Umstand, daß man sich in München bereits Anfang der 1930er Jahre der Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den USA bewußt war. So schrieb der damalige bayerische Kultusminister Franz Goldenberger am 17. August 1931 an den Münchner Honorarprofessor für amerikanische Literatur und damaligen Hauptinitiator des Lehrstuhlprojekts Camillo von Klenze⁴²³:

„Für die Errichtung einer Professur für Amerikakunde an der Universität München besteht unstreitig ein dringendes Bedürfnis. Bayern ist sich nicht nur der weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Bedeutung des Angelsachsentums, sondern auch seiner hervorragenden allgemeinen kulturellen Stellung wohl bewußt. [...] So wäre den Studierenden die Möglichkeit geboten, ihre Kenntnisse der amerikanischen Verhältnisse insbesondere der Geschichte und Kultur zu erweitern und dadurch erst zu einem richtigen Verständnis des amerikanischen Wesens zu gelangen.“⁴²⁴

Es mußten erst weitere 15 Jahre vergehen, bis die Pläne für den Aufbau von Amerikastudien in München nach dem Zweiten Weltkrieg neuen Auftrieb erhielten. Im September 1949 stellte die Philosophische Fakultät einen Antrag an das Kultusministerium, den Leipziger Ordinarius für Englische Philologie Leo von Hübner zu Lebmanssport mit einer Honorarprofessur für Literatur und Landeskunde der Vereinigten Staaten von Amerika zu betrauen. Zeittypisch begründet wurde der Antrag mit der „überragende(n) Bedeutung der Vereinigten Staaten [...]“ seit 1945.⁴²⁵ Knapp zwei Monate später wandte sich das Kultusministerium mit der Bitte und unter Verweis auf den zuvor genehmigten Erlanger Lehrstuhl Eduard Brenners an das Finanzministerium, nun auch „die Zustimmung zur Errichtung der gleichen Professur für die Universität München zu erteilen“.⁴²⁶ Und in einem weiteren Schreiben vom Dezember 1946 betonte das Kultus- gegenüber dem Finanzministerium abermals unter Berufung auf den Erlanger Antrag vom Februar

⁴²¹ Zur Berufung Hans-Joachim Langs und zu der weiteren Entwicklung der Erlanger Amerikanistik vgl. Bertram: Erlanger Anglistik, S. 51f. Vgl. hierzu auch die Einschätzung von Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 208f.

⁴²² Vgl. Ursula Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut der Universität München, in: Amerika-Institut 1949–1989, S. 4–6.

⁴²³ Vgl. hierzu Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 101 Anm. 6.

⁴²⁴ BayHStA, MK 69715, Schreiben Dr. Goldenbergers an Camillo von Klenze vom 17. 8. 1931.

⁴²⁵ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität München an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 19. 9. 1946.

⁴²⁶ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen vom 16. 11. 1946.

1946, daß „die Schaffung eines Ordinariats für Amerikakunde [...] durch die unmittelbare Berührung infolge der amerikanischen Besatzung zur Vertiefung der Kenntnisse des amerikanischen Geisteslebens begründet“ sei.⁴²⁷ Damit erhielt die Notwendigkeit für die Errichtung eines derartigen Lehrstuhls nicht nur eine allgemein-abstrakte Dimension, die mit der neuen weltpolitischen Rolle der USA zusammenhing, sondern eine konkret-pragmatische Begründung durch den unmittelbaren Kontakt mit Amerikanern und deren Kultur im eigenen Land. Am 20. Februar 1947 stimmte das Finanzministerium schließlich dem Antrag des Kultusministeriums mit der Einschränkung zu, „daß beim Ausscheiden des Stelleninhabers die Beibehaltung der Professur einer neuerlichen Prüfung unterzogen wird“.⁴²⁸ Wie im Fall des Erlanger Lehrstuhls wurde also auch das Münchner Ordinariat mit einem k.w.-Vermerk versehen.

Als Wunschkandidat des Ministeriums und der Fakultät fungierte weiterhin Hibler zu Lebmannsport. Dieser hatte jedoch kurz nach dem Münchner Ruf einen weiteren Ruf auf einen Anglistik-Lehrstuhl an der Universität Wien erhalten. Nach Bekanntwerden dieser neuen Option zeigte sich der im Kultusministerium zuständige Hochschulreferent, Hans Rheinfelder, sichtlich darum bemüht, Hibler zu Lebmannsport auf die Vorzüge und Chancen hinzuweisen, die mit einer Professur in München verbunden seien. Dabei betonte Rheinfelder die in Aussicht stehenden Hilfsleistungen der amerikanischen Besatzungsmacht sowie die ausgezeichnete Bibliotheksausstattung des Münchner Amerika-Hauses:

„Auf alle Fälle müssen Sie größere Mittel bekommen, um ein amerikanisches Seminar aufzubauen. Wir werden übrigens ganz gewiß durch das freundliche Entgegenkommen der Besatzungsmacht eine ganze Reihe wertvoller Werke geschenkt bekommen, erste Sendungen sind schon eingetroffen. [...]. Unsere amerikanischen Universitätsoffiziere zeigen ein wachsendes Interesse für unsere Bedürfnisse. Eine in München bereits bestehende, von der Besatzungsmacht gegründete und betreute American Library, als Präsenz- und Ausleihbibliothek, wird sicher in mancher Hinsicht eine Hilfe sein.“⁴²⁹

Obgleich Rheinfelders Offerten ihre Wirkung offensichtlich nicht verfehlten, scheiterte die Berufung Hibler zu Lebmannsports letztlich an beamtenrechtlichen Hürden. Der Münchner Lehrstuhl für Amerikakunde blieb somit vorerst weiterhin vakant.⁴³⁰

Trotz dieser Verzögerungen in der Lehrstuhlfrage zeichnete sich in München seit 1947/48 der Aufbau eines universitären Amerika-Instituts ab. Eine Schlüsselrolle spielte hierbei der am Reed College in Oregon lehrende Heinz Friedrich Pe-

⁴²⁷ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen vom 20. 12. 1946.

⁴²⁸ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 29. 1. 1947.

⁴²⁹ BayHStA, MK 69715, Schreiben Hans Rheinfelders an Leo von Hibler zu Lebmannsport vom 20. 4. 1947.

⁴³⁰ Zu Leo von Hibler zu Lebmannsports Interesse vgl. BayHStA, MK 69715, Schreiben Leo von Hübler zu Lebmannsport an Hans Rheinfelder vom 13. 5. 1947: „Ich höre mit Freude, daß die Besatzungsmacht sich tatkräftig hinter die neue Lehrkanzel stellt und werde mich bemühen, dieses Interesse lebendig zu erhalten.“ Zum Scheitern der Berufungsverhandlungen siehe Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 9, und Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 103.

ters, der von dem Münchner Anglisten Wolfgang Clemen nach dem endgültigen Scheitern der Berufungsverhandlungen mit Hibler zu Lebmannsport als kommissarischer Vertreter des amerikakundlichen Lehrstuhls ins Spiel gebracht wurde.⁴³¹ Unabhängig von der weiteren Zukunft des Ordinariats legte Peters, der selbst in München promoviert hatte, ein Konzept für die Gründung eines Amerika-Instituts vor, das sich deutlich an den strukturellen Aufbau amerikanischer Departments anlehnte.⁴³² Auch das interdisziplinäre Verständnis von Amerikastudien, das Peters seinem Institutsplan zugrunde legte, darf als Resultat amerikanischer Hochschulerfahrungen angesehen werden. So sollten im Rahmen des Instituts mehrere – vornehmlich amerikanische – (Gast-)Professoren Vorlesungen und Seminare nicht nur über amerikanische Literatur, sondern auch über die Geschichte, Wirtschaft und Verfassung der USA abhalten.⁴³³ „It goes without saying“, so Peters, „that no single professor can hope to be competent in the various fields which the term ‚Amerikanistik‘ implies. A more comprehensive effort is needed which is best served, I believe, by the establishment of an American Institute.“⁴³⁴ Und in einem zu Peters Instituts-Plan verfaßten Memorandum hob Clemen gegenüber dem Kultusministerium die besondere regionale wie überregionale Bedeutung des Projekts hervor:

„Die Vorteile eines solchen Amerika-Instituts für die Universität München, für das Land Bayern und für die Stadt München würden vor allem darin liegen, daß München das Zentrum der amerikanischen Studien nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa werden könnte, da es ein solches Institut, an dem Amerikanistik durch hervorragende amerikanische Dozenten gelehrt wird, in Europa vorläufig noch nicht gibt. [...]. Der Aufenthalt einer größeren Zahl amerikanischer Studenten an der Universität München wäre ebenfalls in mehrfacher Hinsicht von Vorteil. Ebenfalls würde die Lehrtätigkeit von hervorragenden amerikanischen Gelehrten in München aus mehr als einem Grunde zu begrüßen sein.“⁴³⁵

Volle Unterstützung erhielt das Institutsprojekt auch vom damaligen Rektor der LMU. So versprach sich Walter Gerlach durch eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den USA wichtige Impulse für alle an der Münchner Universität vertretenen Disziplinen.⁴³⁶ Und auch im Kultusministerium fiel der Plan auf fruchtbaren Boden. In einem persönlichen Schreiben an Peters befürwortete Kultusminister Hundhammer die Gründung eines Amerika-Instituts – ganz

⁴³¹ Vgl. Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 453.

⁴³² Vgl. Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 9.

⁴³³ Hierzu hieß es in Peters Münchner Instituts-Konzept: „Das Institut hat zwei Aufgaben: a) Unterstützung des Studiums und Angebot zur Vertiefung der Kenntnis in amerikanischer Literatur, Geschichte, Kunst, Staats- und Wirtschaftswissenschaften; b) Bereitstellung eines Studienangebots für amerikanische Studenten. [...]. Für Themen aus dem amerikanischen Kulturbereich wird er [der Institutsdirektor, S. P.] vorrangig amerikanische Lehrer von angesehenen Hochschulen vorsehen, die für ein bis drei Jahre mit einem den amerikanischen Verhältnissen angepaßten Gehalt bezahlt sind“ (zitiert nach Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 17).

⁴³⁴ BayHStA, MK 69750, Schreiben von Hans Friedrich Peters an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 6. 9. 1948.

⁴³⁵ BayHStA, MK 69750, Undatiertes Memorandum von Wolfgang Clemen zum Amerika-Institut an der Universität München.

⁴³⁶ BayHStA, MK 69750, Schreiben von Rektor Walter Gerlach an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 2. 3. 1949.

amerikanischen Intentionen entsprechend – mit dessen strategischer Bedeutung im Rahmen künftiger Elitenbildung:

„Ich finde die entwickelten Vorschläge begrüßenswert und bin bereit, bei den zuständigen Stellen mich für die Verwirklichung des Plans einzusetzen, da mir die Errichtung eines derartigen Instituts als bedeutungsvoll für die Heranbildung der künftig in Wirtschaft, Politik und Staatsleben führenden Persönlichkeiten im Rahmen ihres Universitätsstudiums erscheint.“⁴³⁷

Wie Hundhammer war auch Ministerpräsident Hans Ehard von der Idee eines großen Amerika-Instituts an der Münchner Universität angetan. Gegenüber dem für Hochschulfragen zuständigen Leiter der Education and Cultural Relations Division (ECRD) in Bayern, Charles Winning, betonte Ehard, welchen Stellenwert er diesem Projekt im Rahmen der Völkerverständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik beimaß: „Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit unserer Völker gibt es sicher keinen besseren Weg als eine Erörterung der einschlägigen Probleme auf einer sachlich wissenschaftlichen Ebene. Nur auf diese Weise können Mißverständnisse gründlich und nachhaltig beseitigt werden.“⁴³⁸

Erwartungsgemäß stießen Peters Planungen für München auch auf amerikanischer Seite auf breite Zustimmung, entsprachen doch alle Bemühungen zur Etablierung von Amerikastudien an deutschen Universitäten ganz den offiziellen amerikanischen Interessen. So signalisierte der bayerische ECRD-Leiter Winning gegenüber Peters seine volle Unterstützung.⁴³⁹ Positive Signale kamen auch von der Rockefeller-Foundation und dem State Department, insbesondere mit Blick auf mögliche materielle und finanzielle Hilfsleistungen. Diese waren für die Umsetzung des Projekts umso notwendiger, als die bayerische Staatsregierung – trotz ihrer unverändert positiven Grundhaltung – seit Herbst 1948 immer wieder deutlich gemacht hatte, daß aufgrund der Haushaltslage ein Teil der finanziellen Aufwendungen für das geplante Institut zumindest in der Aufbauphase aus amerikanischen Quellen bestritten werden müßte. Neben 240 000 DM aus dem Staats-

⁴³⁷ BayHStA, MK 69750, Schreiben des Kultusministers Alois Hundhammer an Heinz Friedrich Peters vom 7.9.1949.

⁴³⁸ BayHStA, MK 69750, Undatiertes Schreiben des Ministerpräsidenten Hans Ehard an Charles Winning (März 1949?). Vgl. in diesem Zusammenhang auch BayHStA, MK 69750, Schreiben Alois Hundhammers an Charles Winning vom 23.3.1949: „Dieser Plan birgt außerordentlich wertvolle Möglichkeiten für die umfassende wissenschaftliche Darstellung des amerikanischen Lebens, wie auch für die Entwicklung des Verständnisses zwischen den Völkern, das auch auf wissenschaftlicher Basis gepflegt werden muß. Wenn wir gerade hier in München den Vorzug haben sollten, dieses Institut in die Bayer. Landeshauptstadt zu bekommen, so sprechen dafür einige Gründe, die wir in mehrfachen Gesprächen ja schon öfter angedeutet haben. Einmal ist München die größte Stadt in der amerikanisch besetzten Zone Westdeutschlands, zum zweiten ist München die einzige westdeutsche Stadt [abgesehen seit 1948 West-Berlin, S. P.], die neben einer Universität auch eine Techn. Hochschule in ihren Mauern birgt, zum dritten stellt München mit der zwar stark zerstörten, aber doch nicht abgestorbenen Innenstadt ein richtigeres Bild des heutigen Deutschlands dar, als etwa eine unzerstörte Universitätsstadt, wie etwa Heidelberg, bieten kann. So würde hier die Möglichkeit gegeben, Amerika von höchster wissenschaftlicher Werte kennen zu lernen, wie sonst nirgends in Europa.“

⁴³⁹ Vgl. BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S.3 und S.6.

haushalt für den Ausbau und die Unterhaltung der Institutsräume stellte die Rockefeller-Foundation im Jahre 1949 insgesamt 55 000 \$ für die Gehälter amerikanischer Gastprofessoren und den Ankauf von Literatur zur Verfügung.⁴⁴⁰ Hinzu kamen weitere amerikanische Bücherspenden im Wert von 10 000 \$ sowie eine aus 4 000 Bänden bestehende Bibliotheksdauerleihgabe der Erziehungsabteilung der Militärregierung.⁴⁴¹ Weitere staatliche und private Spenden aus den USA erhielt das Amerika-Institut auch in den Folgejahren. Bis zum Herbst 1949 hatte sich zudem ein beratendes Instituts-Kuratorium nach dem Vorbild amerikanischer „Advisory Councils“ gebildet, das sich paritätisch aus deutschen und amerikanischen Mitgliedern zusammensetzte. Am 7. November 1949 fanden schließlich die informellen Eröffnungsfeierlichkeiten für das Amerika-Institut der Universität München statt, obgleich der konkrete rechtliche Status des Instituts innerhalb des Universitätsgefüges weiterhin offenblieb.⁴⁴²

Die enge organisatorische und wissenschaftstheoretische Anlehnung des Münchner Amerika-Instituts an die damals aktuelle Entwicklung der American Studies in den USA war bereits in Peters' Gründungskonzept deutlich geworden. Wie schon angedeutet, war Peters davon überzeugt gewesen, daß Amerikastudien in einem umfassenden Sinne nicht von einem einzigen Lehrstuhlinhaber gelehrt werden könnten. Statt dessen müßten mehrere Professuren geschaffen werden, die sich unterschiedlichen Teilaspekten der amerikanischen Kultur widmen.⁴⁴³ Peters orientierte sich dabei am Vorbild der an einigen amerikanischen Universitäten seit den 1940er Jahren neu eingerichteten American Studies Departments:

„In den meisten amerikanischen Universitäten werden auch heute noch die spezifisch amerikanischen Aspekte der einzelnen Disziplinen, wie Literatur, Geschichte, Philosophie etc. im Gesamtrahmen dieser Disziplinen behandelt. [...] Allerdings bahnt sich eine Entwicklung an, die versucht der Amerikakunde einen eigenen Platz in der akademischen Ordnung einzuräumen. In Harvard, Minnesota und vielen kleineren Universitäten gibt es Sonderabteilungen für ‚American Studies‘, in denen der Gesamtkomplex Amerika behandelt wird. Ich halte diese Entwicklung für begrüßenswert, da sie den Eigenarten der amerikanischen Kultur mit ihrer starken sozialpolitischen Ausrichtung gerecht wird.“⁴⁴⁴

In München schlugen sich amerikanische Einflüsse jedoch nicht nur in der Organisationsstruktur des Instituts nieder, sondern auch auf personeller Ebene. Wegen des Mangels an deutschen Amerikakundlern bestand für alle an diesem Projekt beteiligten Stellen kein Zweifel darüber, daß bis zur Heranbildung eines eigenen akademischen Nachwuchses zumindest mittelfristig die Lehrveranstaltungen am Münchner Amerika-Institut von amerikanischen Spezialisten abgehalten werden mußten.⁴⁴⁵ Als erste Gastprofessoren gelang es Peters, den renommierten Litera-

⁴⁴⁰ Ebd., S. 5 und S. 9.

⁴⁴¹ Ebd., S. 10.

⁴⁴² Vgl. ebd., S. 11f. Zur Institutseröffnung vgl. ferner Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 25–31, besonders S. 29.

⁴⁴³ Zu Peters Gründungskonzept vgl. den Abdruck ebd., S. 16.

⁴⁴⁴ Vgl. BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S. 2.

⁴⁴⁵ Ebd., S. 8. Ferner Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 15 und S. 36f.; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 105.

turhistoriker Mumford Jones aus Harvard sowie den „Vater der neueren amerikanischen Geschichtsschreibung“ (Ursula Huber), den an der University of Wisconsin lehrenden Merle Curti, für das Sommersemester 1950 zu gewinnen.⁴⁴⁶ Kultusminister Hundhammer bedankte sich bei Charles Winning für die Bereitschaft amerikanischer Gelehrter, für ein oder zwei Semester an der noch immer stark zerstörten LMU zu lehren: „Wir sind nun für die uns zugedachte Hilfsstellung der amerikanischen Wissenschaft außerordentlich dankbar, da wir von Seiten des bayerischen Staates und der Universität München nur die notwendigen Räume, Assistenten und den laufenden Unterhalt zur Verfügung stellen können.“⁴⁴⁷

Mit Hilfe der amerikanischen Gastprofessoren sollte gewährleistet werden, daß die Münchner Studenten einen fundierten Einblick sowohl in die Kultur der Vereinigten Staaten, als auch in gängige oder neue wissenschaftliche Methoden und Themenstellungen der American Studies erhielten. Zudem wurde dem akademischen Nachwuchs von staatlichen bzw. privaten Stellen in den USA die Möglichkeit eröffnet, seine amerikakundlichen Kenntnisse während eines Amerikaaufenthalts zu vertiefen. So richtete sich beispielsweise die Kulturabteilung des State Departments im April 1952 mit dem Angebot an jüngere Assistenten und Dozenten der neugegründeten amerikawissenschaftlichen Institute und Lehrstühle in der Bundesrepublik, sich während einer dreimonatigen Studienreise „mit ähnlichen Einrichtungen in Amerika bekannt zu machen und die amerikanischen Methoden in Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Amerikakunde zu studieren“.⁴⁴⁸

Obgleich mit der im November 1949 erfolgten Gründung des Münchner Amerika-Instituts, dem ersten seiner Art auf deutschem Boden nach 1945, ein wichtiges amerikakundliches Zentrum in Westdeutschland geschaffen worden war, blieb dessen weitere Entwicklung ungewiß. Besonders problematisch wurde die Lage infolge des 1950 erzwungenen Rücktritts von Peters als dessen Leiter, nachdem das State Department diesem im Zuge des sich zuspitzenden Antikommunismus das Vertrauen entzogen hatte.⁴⁴⁹ Zwar wurde das Institut vorerst einer kommissarischen Leitung unterstellt, aber auch der vom Institut unabhängige Lehrstuhl für Amerikakunde war seit 1947 immer noch nicht besetzt worden. Gleichfalls ungeklärt war zum Zeitpunkt von Peters' Rücktritt die rechtliche Stellung des Instituts. Die damalige Situation hat Ursula Huber folgendermaßen beschrieben: „Ohne Berufung eines Ordinarius auf Dauer kein Institut, das war eine unumstößliche Tatsache.“⁴⁵⁰ Um die Lage schnellstmöglich wieder zu konsolidieren, unterbreitete die Universität dem Kultusministerium den Vorschlag, künftig auf

⁴⁴⁶ BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S.9. Vgl. auch Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S.36 (Zitat).

⁴⁴⁷ BayHStA, MK 69750, Schreiben Alois Hundhammers an Charles Winning vom 23.3.1949.

⁴⁴⁸ BayHStA MK 69750, Schreiben Heinrich Stammers an Michael Schmaus vom 26.6.1952.

⁴⁴⁹ Zu dem Konflikt mit dem State Department aus der Sicht Peters vgl. BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S.12–20, sowie Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S.107–109.

⁴⁵⁰ Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S.40.

eine Zweiteilung der Funktionen zu verzichten und die Leitung des Instituts dem noch zu berufenden Lehrstuhlinhaber für Amerikakunde zu übertragen.⁴⁵¹ Durch diese Konstruktion sollte den Studenten am Amerika-Institut auch endlich die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr Examen bei dem an der Philosophischen Fakultät angesiedelten Ordinarius für Amerikakunde abzulegen bzw. sich bei diesem auch zu promovieren.⁴⁵²

Zu Beginn des Jahres 1952 startete die Fakultät einen zweiten Versuch, das mittlerweile seit fünf Jahren vakante Ordinariat zu besetzen. Einstimmig wurde der an der Louisiana State University lehrende Eric Voegelin auf den ersten Platz der Berufungsliste gesetzt. Auf dem zweiten Platz folgte mit Ferdinand Aloys Hermens ein weiterer deutscher Emigrant, der seit 1938 an der Universität von Notre Dame in Indiana unterrichtete.⁴⁵³ Wie schon erwähnt, konnte sich der von amerikanischer Seite und der Universitätsleitung bevorzugte Arnold Bergstraesser bei den Senatsmitgliedern nicht durchsetzen.⁴⁵⁴ Davon abgesehen ist auffallend, daß es sich bei den drei potentiellen Kandidaten um keine ausgewiesenen Amerikanisten handelte, sondern um Politikwissenschaftler, die nur wenige Jahre später an den Universitäten Freiburg (Bergstraesser), Köln (Hermens) und München (Voegelin) maßgeblich zur Etablierung der Political Science in Westdeutschland beitragen sollten.⁴⁵⁵ Diese Tatsache zeigt, daß in München weniger auf eine philologische als vielmehr auf eine politologisch-soziologische Ausrichtung der Amerikastudien Wert gelegt wurde. Gleichzeitig ist die Münchner Berufungsliste aber auch ein deutlicher Beleg für die damalige wissenschaftstheoretische Unschärfe beider Disziplinen. Abgesehen von der wissenschaftlichen Qualifikation scheint für die Aufstellung der Kandidaten nicht zuletzt deren unmittelbare Amerikaerfahrung ausschlaggebend gewesen zu sein, von der man sich in München wichtige Impulse für die junge Disziplin versprach.⁴⁵⁶ Daß dem so war, veranschaulichen die damaligen Fakultäts-Gutachten zu Voegelin und Hermens. Über Voegelin heißt es dort:

⁴⁵¹ Vgl. BayHStA, MK 69750, Vormerkung des Hochschulreferenten im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus Hans Rheinfelder vom 21.2.1952.

⁴⁵² Vgl. Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 110.

⁴⁵³ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Rektors Michael Schmaus an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 14.1.1952.

⁴⁵⁴ Zur amerikanischen Unterstützung einer Berufung Bergstraessers vgl. Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 42.

⁴⁵⁵ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Rektors Michael Schmaus an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 14.1.1952.

⁴⁵⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang BayHStA, MK 69715, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität München an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 3.1.1952: „Die Philosophische Fakultät der Universität München hat sich in vielen Voll- und Kommissionssitzungen mit den Fragen und Möglichkeiten der Besetzung der planm. amerikanischen Professur beschäftigt, deren Inhaber auch für die Leitung des Amerika-Instituts in Aussicht genommen ist. Die Notwendigkeit auch von unserer Universität aus zum Verständnis amerikanischer Kultur und Geschichte bei der akademischen Jugend Deutschlands einen wesentlichen Beitrag zu liefern, stellt uns vor die Aufgabe, zwischen Historikern, Philologen, Literaturhistorikern, Soziologen zu wählen. Nach eingehender Würdigung vieler Personen des In- und Auslandes [...] hat sich die Fakultät schließlich für zwei Herren entschieden, [...], die mit Nordamerika [...] bestens vertraut, insbesondere soziologisch Hervorragendes geleistet haben.“

„Erich Voegelin ist daher für die amerikanische Professur besonders geeignet, weil er bereits in seiner Studienzeit an verschiedenen amerikanischen Universitäten gearbeitet hat und auch gleich seine dortigen Erfahrungen vom amerikanischen Leben in der Schrift über *Die Form des amerikanischen Geistes* zusammengefaßt hat. Als Wissenschaftssoziologe wäre er weiterhin jetzt nach seiner 13jährigen Lehrtätigkeit in Amerika im Stande, Lehrpläne und Prüfungsordnungen der Soziologie in Amerika für die Neueinrichtung der soziologischen Lehrordnung in Deutschland auszuwerten.“⁴⁵⁷

In ganz ähnlicher Weise hob auch das Gutachten zu Hermens dessen spezifische USA-Kenntnisse hervor:

„Hermens hat seine genaue Kenntnis des amerikanischen Staatslebens und Wirtschaftslebens in der Mehrzahl seiner Schriften ausführlich unter Beweis gestellt. [...] Auch er kennt durch eine langjährige Erfahrung die Einrichtung, Lehrpläne und Prüfungsordnungen der Soziologie in Amerika und wäre daher auch berufen, bei ihrer Übertragung auf deutsche Verhältnisse maßgeblich mitzuwirken.“⁴⁵⁸

Entgegen allen Bemühungen durch Universität und Kultusministerium gelang es jedoch nicht, Voegelin zu einer Rufannahme zu bewegen. Dieser fühlte sich aus wissenschaftlichen, aber auch finanziellen Gründen noch nicht in der Lage, einen Wechsel von Louisiana an die Isar vorzunehmen.⁴⁵⁹ Die damit einhergehende Gefahr eines abermaligen Scheiterns der Münchner Berufungsverhandlungen scheint auch unter HICOG-Vertretern wachsendes Unverständnis hervorgerufen zu haben, wie einem Brief des zuständigen Hochschulreferenten im bayerischen Kultusministerium an Voegelin entnommen werden kann: „Schon jetzt können es die Herren der Besatzungsmacht nicht verstehen, daß ausgerechnet der Lehrstuhl für Amerikakunde immer noch unbesetzt ist. [...] Bleibt aber der Lehrstuhl weiterhin unbesetzt, so besteht die große Gefahr, daß unsere Handlungsweise mißdeutet wird.“⁴⁶⁰

Wegen der endgültigen Absage Voegelins im Juli 1952 empfahl das Kultusministerium der Universität, künftig „in die Vorschlagliste nur Gelehrte aufzunehmen, die bereits in Deutschland tätig sind“.⁴⁶¹ Dieser Position lag die aus den Verhandlungen mit Voegelin gereifte Erkenntnis zugrunde, daß die Berufung eines in den USA lebenden Gelehrten erneut finanzielle und beamtenrechtliche Schwierigkei-

⁴⁵⁷ BayHStA, MK 69715, Gutachten des Philosophischen Seminars I der Universität München zu Prof. Dr. Eric Voegelin vom 7. 12. 1951.

⁴⁵⁸ BayHStA, MK 69715, Gutachten des Philosophischen Seminars I der Universität München zu Prof. Dr. Ferdinand Aloys Hermens vom 7. 12. 1951.

⁴⁵⁹ Vgl. hierzu Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 44; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 115.

⁴⁶⁰ BayHStA, MK 69715, Schreiben Hans Rheinfelders an Eric Voegelin vom 18. 5. 1952. Daß man, wie von Rheinfelder in seinem Brief an Voegelin betont, auf amerikanischer Seite die Vorgänge in München tatsächlich mit einer gewissen Sorge verfolgte, belegt BayHStA, MK 69715 (o. Nr.), Schreiben des Staatsrates Hans Meinzolt an Edward F. D'Armes (Rockefeller Foundation) vom 23. 6. 1952, in dem Meinzolt auf Anfrage D'Armes über den aktuellen Stand der Berufungsverhandlungen berichtete. Seinen Brief schloß Meinzolt mit dem zeittypischen Satz: „Ich denke mit Vergnügen an meinen Aufenthalt in Amerika zurück, bei dem ich viel gesehen und auch nicht wenig gelernt habe. Ich will mich bemühen, manches von dem Gelernten an unsere Verhältnisse anzupassen.“

⁴⁶¹ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Universität München vom 17. 9. 1952.

ten nach sich ziehen könnte. Tatsächlich erhielt die neue, bereits im Dezember 1952 dem Ministerium vorgelegte Berufungsliste eine in personeller und wissenschaftlicher Hinsicht völlig neue Ausrichtung. Mit dem Philosophen Helmut Kuhn (Erlangen) und den beiden Anglisten Rudolf Stamm (Basel) und Helmut Papajewski (Köln) wurden drei Kandidaten ausgewählt, die bereits an Universitäten im deutschsprachigen Raum lehrten.⁴⁶² Ferner zeigt die Auswahl der Kandidaten, daß nun entgegen der ursprünglichen Intention dem zu besetzenden Lehrstuhl eine primär philosophisch-philologische Ausrichtung gegeben werden sollte. Schließlich erhielt der Erlanger Philosoph Kuhn zum 1. Mai 1953 den Ruf nach München. Für ihn sprach offenkundig seine langjährige Lehrtätigkeit an amerikanischen Universitäten.⁴⁶³ Damit übernahm Kuhn in Personalunion auch die Leitung des Münchner Amerika-Instituts, das seit Peters unfreiwilligem Ausscheiden von dem amerikanischen Soziologen William C. Lehmann kommissarisch geführt worden war.⁴⁶⁴

Allerdings blieb Kuhn letztlich seinen philosophischen Wurzeln treu. Im September 1958 folgte er einem internen Ruf auf einen Lehrstuhl für Philosophie an der LMU.⁴⁶⁵ Dieser Wechsel erwies sich für den Fortbestand der Münchner Amerikanistik wegen des immer noch bestehenden k.w.-Vermerks als erneut gefährlich. Aus Sicht der Philosophischen Fakultät besaß daher die Sicherung des amerikanistischen Ordinariats besondere Priorität. In einem Schreiben an Kultusminister Theodor Maunz warnte Dekan Herbert Franke vor den negativen Folgen, die ein Wegfall des Lehrstuhls möglicherweise auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen mit sich bringen könnte:

„Die Fakultät war einhellig der Ansicht, daß die einzige Lösung, die für sie in Frage kommt, die Errichtung eines neuen Lehrstuhls für Amerikanistik ist. Gerade angesichts der eminent politischen Bedeutung der Vereinigten Staaten und der beträchtlichen Beiträge, die von amerikanischer Seite dem Amerika-Institut zugewendet worden sind, erscheint es als untragbar, das bisher durch eine ordentliche Professur vertretene Fach nunmehr nur in Form eines Lehrauftrages weiterzuführen. Dies könnte unter Umständen von amerikanischer Seite sogar als Interessenlosigkeit der Universität München gegenüber den deutsch-amerikanischen Beziehungen gedeutet werden.“⁴⁶⁶

Die Bemühungen der Universität waren schließlich erfolgreich. Mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung der Ford-Foundation konnte zum 1. September 1960 Friedrich Georg Friedmann auf einen Lehrstuhl für Nordamerikanische Kulturgeschichte berufen werden.⁴⁶⁷ Der 1912 in Augsburg geborene Friedmann, seit 1946 Professor an der University of Arkansas, sollte dem Münchner Amerika-In-

⁴⁶² Vgl. BayHStA, MK 69712, Schreiben des Rektors Mariano San Nicolò an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 19.12.1952.

⁴⁶³ BayHStA, MK 69715, Memorandum des Bayerischen Staatsministeriums zur Wiederbesetzung der ordentlichen Professur für Amerikanische Kulturgeschichte vom 4.2.1953.

⁴⁶⁴ Zur nicht unumstrittenen Berufung Kuhns vgl. auch Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S.45–47, sowie Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S.116–118.

⁴⁶⁵ Vgl. Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S.48.

⁴⁶⁶ BayHStA, MK 69686, Schreiben Herbert Frankes an Theodor Maunz vom 26.11.1958.

⁴⁶⁷ Zu Friedmanns Wirken in München vgl. Gert Reathel: Nordamerikanische Kulturgeschichte 1960–1980, in: Amerika-Institut 1949–1989, S.63–66.

stitut bis zu seiner Emeritierung 1979 vorstehen. Unter seiner Ägide begann der weitere personelle Ausbau der Münchner Amerikastudien. Mit der Berufung Klaus Poenickes auf das 1968 neugeschaffene Ordinariat für amerikanische Literaturgeschichte erhielten die Amerikastudien an der LMU eine wichtige literaturwissenschaftliche Erweiterung. Damit war auch die Konsolidierungsphase des Amerika-Instituts vorerst abgeschlossen, obgleich es im Unterschied zur FU Berlin nicht zur Einrichtung spezieller Amerikaprofessuren bei den Historikern und Politikwissenschaftlern kam.⁴⁶⁸ Zur Bedeutung des Münchner Instituts für die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Amerikastudien schrieb Franz Link bereits 1955 in „The German-American Review“: „The Munich Institute actually was the first experiment in American studies after the war. It attracted many well-known American scholars as lecturers and did pioneering work in promoting American studies all over Western Germany.“⁴⁶⁹

Im Unterschied zur relativ frühzeitigen Einrichtung neugeschaffener Lehrstühle für Amerikanische Kulturgeschichte in Erlangen und München hatte sich an der Universität Frankfurt wiederum ein eigenes Konzept von Amerikastudien entwickelt. Dort war man von Anfang an davon ausgegangen, daß ein einzelner Lehrstuhlinhaber nicht in der Lage sein werde, das komplexe Phänomen USA in seiner Gesamtheit auch nur annähernd zu erfassen. Aus diesem Grund orientierte sich das Frankfurter Institutsmodell an einem sehr weitgefaßten Begriff von Amerikastudien, ähnlich dem, der sich damals auch in den Vereinigten Staaten immer deutlicher herauszuentwickeln begann. Ganz im Sinne einer interdisziplinären Herangehensweise sollten bestehende Fachgrenzen nicht zwingend aufgehoben werden. Das Frankfurter Amerika-Institut war daher als Zentrum gedacht, in dem die amerikawissenschaftlichen Ansätze unterschiedlichster Disziplinen koordiniert zusammenlaufen sollten. Der Vorteil dieses Modells bestand darin, daß Amerikastudien nicht erst als eigenständiges Fach durchgesetzt werden mußten, sondern im Rahmen des bestehenden Fächerkanons vergleichsweise rasch etabliert werden konnten.⁴⁷⁰

Auf Seiten der amerikanischen Besatzungsmacht zeigte man sich von dieser Konzeption besonders angetan, da diese ohne größeren finanziellen und materiellen Aufwand die Möglichkeit eröffnete, Amerikastudien an praktisch jeder deutschen Universität binnen kürzester Zeit einzuführen. Berücksichtigt man die Schwierigkeiten, die mit der Besetzung der Lehrstühle in Erlangen und München und den daraus resultierenden Folgen für die dortigen Institute immer wieder auftraten, ist diese Haltung nachvollziehbar. Ganz in diesem Sinne vermerkte Edward

⁴⁶⁸ Vgl. hierzu Klaus Poenicke: Amerikanische Literaturgeschichte am Amerika-Institut, in: Amerika-Institut 1949–1989, München 1989, S. 57–62; Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 454.

⁴⁶⁹ Franz Link: American Studies at Frankfurt University, in: The American-German Review, Bd. 21, Nr. 5 (1955), S. 7.

⁴⁷⁰ Grundlegend zur Konzeption und Gründungsgeschichte des Frankfurter Amerika-Instituts vgl. Fritz Meinecke: The Amerika-Institut in Frankfurt, in: Newsletter of the European Association for American Studies 1 (1955), S. 281–332; Link: American Studies at Frankfurt University, S. 6–8; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 209–216.

A. Fitzpatrick in seinem 1951 für das State Department verfaßten American Studies-Report:

„The creation of this institute at Frankfurt is a clear evidence of its possibility. It is a demonstration of its practability. Obviously therefore any German university could, if it will, establish an American Institute in this form within the present structure of the university.“⁴⁷¹

Ein erster Plan für ein Amerika-Institut an der Universität Frankfurt ging auf den promovierten Romanisten Fritz Meinecke zurück, der seit 1946 in Frankfurt eine neugeschaffene Assistentenstelle für Amerikakunde innehatte. Für das Engagement des jungen Assistenten scheint nicht unerheblich gewesen zu sein, daß Meinecke gemeinsam mit dem damaligen Rektor der Frankfurter Universität, dem Juristen Walter Hallstein, als Kriegsgefangener in einem amerikanischen Lager an einem Reeducation-Programm teilgenommen hatte, in dessen Rahmen beide offensichtlich auch mit American Studies konfrontiert worden waren.⁴⁷² Meineckes Überlegungen sahen vor, ein interfakultativ organisiertes Institut in den Räumen der American Library in Frankfurt unterzubringen. Das von Hallstein unterstützte Ansinnen wurde jedoch von der amerikanischen Militärregierung in Hessen abgelehnt, da diese zu diesem Zeitpunkt noch die grundsätzliche Linie verfolgte, deutsche und amerikanische Einrichtungen strikt voneinander zu trennen. Um das Instituts-Projekt dennoch voranzutreiben, wurde im Oktober 1946 vom Senat der Universität ein Ausschuß eingesetzt, dem neben dem Anglisten Theodor Spira auch der u. a. auf amerikanische Geschichte spezialisierte Historiker Otto Vossler angehörten. Mit dem Wintersemester 1946/47 nahm das Institut dann zumindest informell seine Arbeit auf, ohne einen konkreten rechtlichen Status zu besitzen.⁴⁷³ Im Jahre 1950 legten Spira und Meinecke eine neue Satzung vor, die das Institut als überfakultative universitäre Einrichtung mit eigenem Haushalt definierte. Die Institutsleitung wurde dem Direktor des Englischen Seminars übertragen, der einem interfakultativen, also aus Vertretern der beteiligten Disziplinen bestehenden Kuratorium vorstand. Mit dieser Konstruktion erhielt das Institut – trotz der angestrebten Interdisziplinarität – eine dezidiert philologische Ausrichtung.⁴⁷⁴ Nach Franz Link, 1947 wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl Spira und 1961

⁴⁷¹ Edward A. Fitzpatrick: American Studies in German Universities. U.S. Specialist Report, Office of the U.S. High Commission for Germany. Education Branch, 6.9.1951 (Typescript). Hier zitiert nach Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.210.

⁴⁷² Vgl. Martin Christadler: Becoming an Americanist in Postwar Germany, in: Lenz/Millich: American Studies in Germany, S.26–36, hier S.33; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.211.

⁴⁷³ Ebd., S.213.

⁴⁷⁴ Zum sogenannten „Frankfurter Plan“ und der engen Verbindung mit dem Englischen Seminar der Universität schreibt Meinecke: The Amerika-Institut, S.22: „From what has been said so far about growth of the Institute it will have become clear that it grew out of the English Department. Its plan, the so-called ‚Frankfurt Plan‘, rests on the main idea that American Studies at a university in Germany have to be conducted in a scholarly fashion by integrating research and teaching in the various disciplines with literature and language as its fundamental core, representing its prerequisite on the one hand and its final integration on the highest level of values on the other. The work of the ‚Amerika-Institut‘ is therefore closely connected with that in the English Department, and this not merely for the practical reason that it is especially the student of English who has to cover American literature as well in the final examination.“

„der erste rein amerikanistische Habilitand nach dem Krieg“⁴⁷⁵, hatten sich Spira und Meinecke hinsichtlich der organisatorischen Struktur des Instituts von amerikanischen Vorbildern anregen lassen: „It [das Amerika-Institut, S. P.] was originated by Professor Theodor Spira and Dr. Fritz Meinecke after careful study of similar institutions in the United States with a view to adapting them to German needs.“⁴⁷⁶

Von dem zu Beginn der 1950er Jahre durch HICOG initiierten American-Studies-Programm profitierte auch das Frankfurter Amerika-Institut. Finanziert von amerikanischen Geldern konnte das Lehrangebot durch zahlreiche amerikanische Gastprofessoren erweitert und die Institutsbibliothek sukzessive ausgebaut werden.⁴⁷⁷ Doch bald reichten die Räumlichkeiten im alten Englischen Seminar für die Aufrechterhaltung des sich stetig erweiternden Institutsbetriebs nicht mehr aus. Schließlich konnte das Institut 1954 gemeinsam mit den Anglisten in ein neues Institutsgebäude umziehen und nun auch offiziell als „Amerika-Institut der Universität Frankfurt“ eröffnet werden.⁴⁷⁸ Nichtsdestotrotz begann sich die ursprünglich intendierte Konzeption eines interdisziplinären Instituts immer mehr aufzulösen. Die von Spira und Meinecke gewollte Anlehnung an die Anglistik führte in der Folgezeit zu einer wachsenden Philologisierung der Frankfurter Amerikastudien. Von dem ursprünglich fächerübergreifenden Ansatz war gegen Ende der 1950er Jahre kaum etwas geblieben.⁴⁷⁹ Martin Christadler, seit 1968 Ordinarius für amerikanische Literatur in Frankfurt, hat die damals am Institut vorherrschende Situation folgendermaßen beschrieben:

„By the late 1950s, however, or the early 1960s, the Frankfurt Amerika-Institut had been absorbed into the mainstream of the Humanities in the German academic system: it trained students who would go on to teach English in the German Gymnasium, and this meant a dominant emphasis on literature and philology, preferably British.“⁴⁸⁰

Schließlich erreichte diese Entwicklung im Jahre 1970 einen zweifelhaften Höhepunkt, als im Zuge der universitären Strukturreformen das Amerika-Institut aufgelöst und gemeinsam mit den Anglisten zu einem Institut für England- und Amerikastudien zusammengefaßt wurde. Erst die 1979 erfolgte Gründung des interdisziplinären und überfakultativen Zentrums für Nordamerika-Forschung (ZENAF) versuchte wieder an die ursprünglich interdisziplinäre Konzeption des Frankfurter Amerika-Instituts anzuknüpfen.⁴⁸¹

Einen soziologisch ausgerichteten Gegenentwurf zu den bisher vorgestellten philologisch und kulturhistorisch angelegten Institutsgründungen bildete das 1953

⁴⁷⁵ So Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*, S. 297.

⁴⁷⁶ Link: *American Studies in Frankfurt*, S. 7.

⁴⁷⁷ Meinecke: *The Amerika-Institut*, S. 22.

⁴⁷⁸ Link: *American Studies at Frankfurt University*, S. 8.

⁴⁷⁹ Vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 217.

⁴⁸⁰ Christadler: *Becoming an Americanist in Postwar Germany*, S. 33.

⁴⁸¹ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 217. Zum ZENAF der Universität Frankfurt siehe auch Karin Meißenburg: *Interdisziplinarität und die Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Das Zentrum für Nordamerika-Forschung (ZENAF) an der Universität Frankfurt*, in: Franz Greß/Hans Vorländer (Hg.): *Liberale Demokratie in Europa und den USA, Frankfurt am Main/New York 1990*, S. 341–355.

als außeruniversitäre Forschungs- und Lehreinrichtung gegründete „George-Washington-Institut“ (GWI) in Stuttgart. „The Institute represents“, wie schon Skard hervorhob, „the most thorough effort on German soil to make American Studies a part of the Social Sciences.“⁴⁸² Maßgeblich geprägt wurde die Konzeption des GWI durch die Vorstellungen des Philosophen und Soziologen Eduard Baumgarten⁴⁸³, der sich für ein Primat der Sozialwissenschaften innerhalb der Amerikastudien aussprach, und das kooperative Modell des damals noch amerikanischen Kulturgeschichte in Erlangen lehrenden Arnold Bergstraesser.⁴⁸⁴ Letzterer hatte auf der Marburger Gründungsversammlung der DGfA am 13. Juni 1953 einen bemerkenswerten Vortrag zum Thema *Amerikastudien als Problem der Forschung und Lehre* gehalten, in dem er seine Ansichten über die wissenschaftstheoretischen und methodischen Grundlagen des Faches erläuterte.⁴⁸⁵ Wegen der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes und der daraus resultierenden Methodenvielfalt wandte sich Bergstraesser sowohl gegen den Versuch, Amerikastudien als eigenständige universitäre Disziplin zu etablieren, als auch gegen den Trend einer primär philologischen Ausrichtung des Faches.⁴⁸⁶ Mit Verweis auf die neuesten Entwicklungen in den USA sprach sich Bergstraesser deshalb für einen kooperativ-interdisziplinären Zugang aus:

„Amerikastudien sind [...] durch die Eigenart ihres Gegenstandes auf die Zusammenarbeit mehrerer Disziplinen angewiesen. [...] Aus dieser Prämisse sind meines Erachtens für die Organisation der Amerikastudien an deutschen Universitäten klare Folgerungen zu ziehen. Wenn die deutschen Amerikastudien diesen Weg der Kooperation beschreiten, so tun sie

⁴⁸² Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 323. Grundlegend zur Konzeption und Entstehungsgeschichte des GWI vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 231–241.

⁴⁸³ Baumgarten begann seine wissenschaftliche Laufbahn 1927 als Assistant-Professor für amerikanische Philosophie an der University of Madison, bevor er 1933 zunächst als Universitätsdozent nach Göttingen wechselte und 1940 ein Ordinariat für Philosophie an der Universität Königsberg übernahm. Baumgarten war daher – wie auch Bergstraesser – mit der Wissenschaftsorganisation und dem akademischen Leben an amerikanischen Hochschulen bestens vertraut.

⁴⁸⁴ Vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 231–233.

⁴⁸⁵ Arnold Bergstraesser: *Amerikastudien als Problem der Forschung und Lehre*, in: ders.: *Politik in Wissenschaft und Bildung*, S. 191–200. Zur Bedeutung und zu den Folgen von Bergstraessers Marburger Rede für die weitere Entwicklung der deutschen Amerikastudien vgl. Blanke: *Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien*, S. 81, und besonders Moltmann: *Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien*, S. 119–135.

⁴⁸⁶ Vgl. Bergstraesser: *Amerikastudien als Problem*, S. 193: „Im Gefüge der deutschen Universitäten stehen eine Reihe grundsätzlich verschiedener Möglichkeiten zur Verfügung, um diese Aufgabe zu lösen. Es ist denkbar, mit der Einrichtung von Amerikastudien die Begründung einer neuen Disziplin ins Auge zu fassen, oder zweitens sie als eine Erweiterung der Forschung und Lehre auf den Gebieten der englischen Philologie, Sprache und Literatur aufzufassen, oder drittens, Amerikastudien in Spezialgebiete aufzuteilen und an Einzeldisziplinen wie die Sozialwissenschaft, das Staats- und Völkerrecht und die Geschichtswissenschaft anzugliedern, oder aber viertens, die Amerikastudien als einen kooperativen Versuch verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen zu betreiben. Meine eigene Überzeugung geht dahin, daß von den drei erstgenannten Möglichkeiten förderliche Lösungen nicht zu erwarten sind, daß aber die an vierter Stelle vorgeschlagene des kooperativen Experiments von einer Bedeutung sein könnte, die über die Amerikastudien als solche weit hinausreicht.“

damit einen auch auf anderen Sachgebieten durch die neueren Entwicklungen der Wissenschaftsgeschichte wie der Weltgeschichte vordringlich gewordenen Schritt. An führenden amerikanischen Universitäten hat man diese Notwendigkeit eingesehen und insbesondere auf der Stufe der ‚graduate‘ und ‚postgraduate studies‘ die in Amerika sehr viel stärker als in Deutschland vorgeschrittene Spezialisierung durch Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen, besonders auf Grenzgebieten, zu überwinden versucht, ohne die Qualität und Klarheit der wissenschaftlichen Methode zu beeinträchtigen.“⁴⁸⁷

Aus nachvollziehbaren Gründen stieß ein derartiges Verständnis von Amerikastudien, das sich dezidiert gegen eine literatur- bzw. sprachwissenschaftliche Vereinnahmung des Faches richtete, bei der Mehrzahl der vorwiegend aus Anglisten bestehenden DGfA auf Ablehnung. Noch 1951 hatte deren erster Vorsitzender, der Marburger Anglist Walther Fischer, die besondere Leitfunktion der Anglistik innerhalb der deutschen Amerikastudien bekräftigt.⁴⁸⁸ Im Gegensatz dazu sah nun das Forschungs- und Lehrprogramm des Stuttgarter GWI vor, amerikanische Literatur und Sprache lediglich als eine wichtige Facette eines viel umfassenderen Amerikabildes zu behandeln. Entsprechend den wissenschaftlichen Interessenschwerpunkten Baumgartens und Bergstraessers bestand das GWI daher aus zwei gleichberechtigten Abteilungen: Bergstraesser übernahm die „Abteilung für amerikanische Kultur“, während Baumgarten die „Abteilung für Vergleichende Sozialforschung“ leitete. Beide Abteilungen widmeten sich aus jeweils unterschiedlichen Perspektiven und unter Verwendung divergierender methodischer Ansätze den gesellschaftlichen, kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den USA.⁴⁸⁹ Zudem sollte das Institut – ganz im Sinne der demokratie- und kulturpolitischen Rolle, die dem Aufbau westdeutscher Amerikastudien von amerikanischer Seite zgedacht war – auch eine politische Erziehungsfunktion übernehmen, also künftige deutsche Eliten mit der amerikanischen Kultur vertraut machen. So betonte der von Bergstraesser und Baumgarten verfaßte Gründungsbeschuß, „daß die Existenzsicherung [...] des westlichen Kulturkreises [...] in erster Linie der Klärung und Gestaltung der geistigen Grundlagen bedarf, und [...], daß eine intime Vertrautheit mit der Weltmacht der Vereinigten Staaten und ihren geistigen Strömungen eine Voraussetzung jeder solchen Bemühung sein muß“.⁴⁹⁰

Entgegen diesen durchaus ambitionierten Stuttgarter Bemühungen, Amerikastudien auf einer möglichst breiten Grundlage zu betreiben, war auch dem GWI in seiner ursprünglichen Konzeption nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Erneut zeigte sich die Abhängigkeit des Instituts von den wissenschaftlichen Präferenzen seiner Leitungspersönlichkeiten. Im Stuttgarter Fall hatte dies zwar keine Philologisierung, jedoch eine zunehmende Soziologisierung zur Folge. Auch wandte sich das GWI binnen weniger Jahre immer mehr von seinem eigentlichen Untersuchungsgegenstand – den USA – ab. Dieser thematischen Neuausrichtung

⁴⁸⁷ Ebd., S. 196f.

⁴⁸⁸ Vgl. Fischer: Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan, S. 415.

⁴⁸⁹ Zu den jeweiligen Lehrinhalten, dem Aufbau und der Organisation des GWI vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 237f.

⁴⁹⁰ UA Mannheim C3 12/2, GWI für Amerikakunde, Denkschrift vom März 1954. Hier zitiert nach Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 236.

lag die Erkenntnis zugrunde, daß es aus Gründen der unmittelbaren Relevanz vorzuziehender sei, sich künftig mit Hilfe des aus den USA entlehnten empirischen Forschungsinstrumentariums verstärkt Entwicklungen in der jungen Bundesrepublik zu widmen.⁴⁹¹ „Man war zwar“, wie Strunz es formuliert hat, „an der Übernahme amerikanischer sozialwissenschaftlicher Forschungsmethoden interessiert, baute aber schrittweise die Aufgabe der Beschäftigung mit Amerika als Forschungsgegenstand ab.“⁴⁹² Spätestens mit der Berufung Baumgartens auf einen Lehrstuhl für Empirische Soziologie an der Wirtschaftshochschule Mannheim im Jahre 1957 und der damit einhergehenden Verlegung des Instituts war dieser Richtungswechsel nicht mehr aufzuhalten. Nach Baumgartens Emeritierung 1963 wurde das in „Institut für empirische Sozialforschung“ umbenannte ehemalige GWI endgültig dem Mannheimer Lehrstuhl für Soziologie zugeordnet. Obwohl es zu keiner offiziellen Auflösung des GWI kam, war mit dem Umzug nach Mannheim auch der Stuttgarter Versuch einer Etablierung von Amerikastudien auf sozialwissenschaftlicher Basis letztendlich gescheitert.⁴⁹³

Zu einem bis heute existierenden Zentrum der Amerikastudien in der Bundesrepublik entwickelte sich demgegenüber die 1948 gegründete FU Berlin.⁴⁹⁴ Wie im Fall der Politikwissenschaft bot die mit massiver amerikanischer Hilfe aufgebaute FU hierfür das entsprechende geopolitische, aber auch wissenschaftliche Umfeld. Erste Kurse zu amerikanischen Themen waren bereits kurz nach Gründung der FU – wie fast überall in Deutschland – im Rahmen des dortigen Englischen Seminars abgehalten worden. Im Zuge einer HICOG-Spende in Höhe von 500 000 DM konnte 1952 innerhalb der Anglistik eine erste Amerika-Abteilung eingerichtet werden, die von dem amerikanischen Gastprofessor Erich Barnes geleitet wurde.⁴⁹⁵ Doch erst seit der Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für amerikanische Literatur und der damit verbundenen Gründung des Amerika-Instituts im Jahre 1954 begann die Verselbständigung und Institutionalisierung der Berliner Amerikastudien. Das Ordinariat und die Institutsleitung übernahm der Amerikaner John McCormick, der als ehemaliger Direktor des von der Harvard University gegründeten „Salzburg Seminar of American Studies“ zu den damals bedeutendsten Amerikanisten zählte.⁴⁹⁶ Es war in erster Linie McCormick zu verdanken, während seiner fünfjährigen Berliner Tätigkeit „die Anforderungen an

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² Ebd., S. 238.

⁴⁹³ Vgl. ebd., S. 241.

⁴⁹⁴ Zur Gründungsgeschichte und Entwicklung des Berliner Amerika-Instituts (ab 1963 John-F.-Kennedy-Institut) vgl. u. a. Ursula Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin, in: Manfred Scheler (Hg.): Berliner Anglistik in Vergangenheit und Gegenwart 1810–1985, Berlin 1987, S. 189–195; Tent: Freie Universität Berlin, S. 446–454; Willi Paul Adams: Die Geschichte Nordamerikas in Berlin, in: Reimer Hansen/Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, Berlin/New York 1992, S. 595–601; ders.: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 454f.

⁴⁹⁵ Adams: Geschichte Nordamerikas in Berlin, S. 597.

⁴⁹⁶ Vgl. Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut, S. 190; Knud Krakau: America Seen from the Outside. Topics, Models, and Achievements in the Federal Republic of Germany, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S. 1–7, hier S. 2.

das Studium der Amerikanistik [...] dem Standard von guten amerikanischen Universitäten angeglichen zu haben“.⁴⁹⁷ Zum Ausdruck kam diese „Amerikanisierung“ des Lehr- und Studienbetriebs durch Erstellung obligatorischer Stundenpläne und Leselisten sowie durch die Einführung einer Zwischenprüfung „nach amerikanischem Muster“.⁴⁹⁸ Nach McCormicks Rückkehr in die USA 1959 wurde mit Charles Nichols erneut ein Amerikaner auf den Lehrstuhl für amerikanische Literatur berufen.⁴⁹⁹ Noch im gleichen Jahr gelang es, finanziert durch Gelder der Ford-Foundation, eine zusätzliche Gastprofessur für Amerikanische Geschichte einzurichten. Schließlich erhielten die Berliner Amerikawissenschaften mit der im Jahre 1963 erfolgten Berufung von Ursula Brumm auf einen Lehrstuhl für amerikanische Kultur eine entsprechend kulturwissenschaftliche Erweiterung.⁵⁰⁰

Parallel zu diesem sukzessiven Ausbau der Amerikawissenschaft als Einzeldisziplin wurde auch in Berlin seit Gründung des dortigen Amerika-Instituts 1952 über ein umfassenderes Konzept von Amerikastudien diskutiert.⁵⁰¹ Die Idee bestand darin, ein interdisziplinäres Institut zu schaffen, das sich neben der Literatur und Sprache auch mit den politischen und sozialen Strukturen, der Geschichte, Geographie und Wirtschaft Nordamerikas befassen sollte. In diesem Zusammenhang spielte erneut die erziehungspolitische Funktion, die den Amerikastudien von amerikanischer wie deutscher Seite beigemessen wurde, eine entscheidende Rolle. So gab sich der Berliner Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel 1967 der Hoffnung hin, „daß die intensive Beschäftigung mit der großen Demokratie jenseits des Atlantischen Ozeans dazu beitragen möge, das Verständnis für die freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie auch diesseits des Atlantischen Ozeans zu erweitern und zu vertiefen“.⁵⁰² Fraenkels Einsatz für den Aufbau der Amerikastudien in Berlin kam nicht von ungefähr. Immerhin hatte Fraenkel, der zu den Gründungsvätern der westdeutschen Politikwissenschaft zählte, von 1962 bis 1966 auch den Vorsitz der DGfA inne.⁵⁰³

Der von Fraenkel ausgearbeitete Instituts-Plan⁵⁰⁴ orientierte sich von seinem organisatorischen Aufbau her an dem in Amerika mittlerweile üblichen Konzept

⁴⁹⁷ Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut, S. 190.

⁴⁹⁸ Ebd.

⁴⁹⁹ Zur Rolle McCormicks und Nichols' beim Aufbau der Berliner Amerikastudien vgl. Ursula Brumm: *American Studies as We Found It*, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: *America Seen from the Outside*, S. 8–17, hier S. 11.

⁵⁰⁰ Dies.: *Amerikanistik am Kennedy-Institut*, S. 191.

⁵⁰¹ Krakau: *America Seen from the Outside*, S. 2f.; Adams: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 454f.

⁵⁰² Ernst Fraenkel: Bericht des Geschäftsführenden Direktors, in: Freie Universität Berlin (Hg.): *Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin*. Ansprachen und Reden, Berlin 1967, S. 11.

⁵⁰³ Vgl. die Liste aller Vorstandsmitglieder zwischen 1953–1978 in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 25 (1978), S. 7–11, hier S. 11.

⁵⁰⁴ Vgl. Ernst Fraenkel: Memorandum concerning the establishment of an inter-departmental America-Institute at the Free University of Berlin, November 1962, Institutsakten des John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin. Zur Konzeption des neuen Amerika-Instituts vgl. zudem Memorandum über den Aufbau eines interfakultativen Amerika-Institutes an der Freien Universität (Auszug), in: FU Dokumentation, Teil III: 1957–1964, S. 155 Dok. 319; Anlage zum Protokoll der

wissenschaftlicher Interdisziplinarität, das an der FU bereits 1951 bei der Gründung des Osteuropa-Instituts erstmals übernommen worden war.⁵⁰⁵ Im Sommer 1963 beschlossen daher Senat und Kuratorium, die Amerikastudien nach dessen Vorbild auf eine neue organisatorische Grundlage zu stellen. Die Konzeption sah vor, das interfakultativ angesiedelte Institut, in dem die Vertreter verschiedenster Disziplinen vereinigt werden sollten, unmittelbar dem Rektor und dem Senat der Universität zuzuordnen. Neben der Philosophischen Fakultät waren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche sowie die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät an dem Projekt beteiligt. Insgesamt wurden sechs Abteilungen für Literatur, Politik, Kultur, Geschichte, Geographie und Wirtschaft eingerichtet, deren jeweiliger Direktor zugleich den entsprechenden Lehrstuhl in der für ihn zuständigen Fakultät innehatte.⁵⁰⁶ Als leitendes Gremium fungierte, entgegen der üblichen Verwaltungsform traditioneller deutscher Universitätsinstitute, ein aus allen sechs Abteilungsleitern bestehendes Direktorium, das im jährlichen Wechsel einen Geschäftsführenden Direktor aus seinen Reihen bestimmte.⁵⁰⁷ Damit entsprach das 1963 gegründete Berliner Amerika-Institut – als Prototyp interdisziplinärer Amerikastudien – hinsichtlich seiner inneren Struktur und wissenschaftlichen Ausrichtung am weitesten der Vorstellung einer fächerübergreifenden Amerikawissenschaft, wie sie ein Jahrzehnt zuvor von Fraenkels Freiburger Kollegen Bergstraesser auf dem DGfA-Gründungstag in Marburg gefordert worden war.⁵⁰⁸ Es erscheint durchaus naheliegend, daß dieses interdisziplinäre Verständnis auch die persönlichen Erfahrungen Bergstraessers und Fraenkels mit dem amerikanischen Wissenschaftssystem reflektierte.⁵⁰⁹ „In the United States“, so Günter Moltmann, „concepts for interdisciplinary American Studies had [...] been developed and, thus, could be considered in Germany.“⁵¹⁰

Wie schon erwähnt, erhielt das Berliner Amerika-Institut nach der Ermordung Präsident Kennedys am 22. November 1963 die bis heute gültige Bezeichnung „John-F.-Kennedy-Institut für Amerikastudien“ (JFKI). Die enge Verbundenheit des JFKI mit den USA schlug sich jedoch nicht nur in der Übernahme amerikanischer Organisationsformen oder der Ehrerweisung gegenüber Präsident Kennedy nieder, sondern kam auch in der äußerst intensiven finanziellen, personellen und

110. Kuratoriumssitzung der Freien Universität Berlin am 2.7.1963. Institutsordnung des Amerika-Instituts, in: ebd., S. 155f. Dok. 320.

⁵⁰⁵ Tent: Freie Universität Berlin, S. 447.

⁵⁰⁶ Vgl. Adams: Geschichte Nordamerikas in Berlin, S. 599.

⁵⁰⁷ Fraenkel: Bericht des Geschäftsführenden Direktors, S. 8f.

⁵⁰⁸ Vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 232.

⁵⁰⁹ Vgl. die entsprechenden Ausführungen bei Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S. 81; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 232; Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut, S. 192. Nach Adams: Geschichte Nordamerikas in Berlin, S. 598, scheint Fraenkel auch aus persönlichen Motiven an der Gründung eines Amerika-Instituts interessiert gewesen zu sein: „Denn er wollte nicht nur Vermittler amerikanischer Politikwissenschaft im Nachkriegsdeutschland sein, sondern für die Forschung und Lehre über dasjenige Land optimale Bedingungen schaffen, das ihm Zuflucht geboten hatte, als er 1938 mit der Aktentasche in der Hand seine Berliner Wohnung und Deutschland vermeintlich für immer verlassen mußte.“

⁵¹⁰ Moltmann: Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 121.

materiellen Unterstützung zum Ausdruck, die das Institut im Laufe der Jahre von amerikanischer Seite erhielt. Noch bevor das Kuratorium der FU wegen der zu erwartenden Kosten am 28. Januar 1963 sein Einverständnis mit dem Aufbau des Instituts im Sinne Fraenkels bekundet hatte, war von der Ford-Foundation eine Summe von 650 000 \$ zur Finanzierung des Projekts bereitgestellt worden. Hinzu kam eine weitere Spende von insgesamt einer Million Dollar, mit der die Bibliothek des JFKI zur größten Forschungsbibliothek für Nordamerikastudien in ganz Europa aufgebaut werden konnte.⁵¹¹ Wie sehr die Gründung und der weitere Ausbau des JFKI wegen der immanenten Finanzierungsvorbehalte auf deutscher Seite von den Zuwendungen speziell der Ford-Foundation abhing, hat Willi Paul Adams, seit 1977 Professor für die Geschichte Nordamerikas an der FU-Berlin und Mitglied des JFKI, hervorgehoben:

„Zugespitzt formuliert: Nicht eine wissenschaftsimmanente Entwicklung [...] und eine entsprechende finanzielle Prioritätensetzung deutscherseits hat den entscheidenden Impuls zur Institutsgründung erbracht, sondern die Förderbereitschaft einer amerikanischen privaten gemeinnützigen Stiftung. Der Schock des Mauerbaus hat wahrscheinlich auf der deutschen Seite die Bereitschaft erhöht, die abzusehenden Folgekosten zu übernehmen.“⁵¹²

Zudem ermöglichte es die Unterstützung der Ford-Foundation sowie der Fulbright-Kommission, daß Mitglieder des Instituts regelmäßig zu Forschungs- und Lehrzwecken in die USA reisen konnten, während umgekehrt amerikanische Gastprofessoren das Lehrprogramm am JFKI erweiterten.⁵¹³ Ebenfalls mit Hilfe privater und staatlicher Gelder aus den Vereinigten Staaten konnte 1966 ein neues Institutsgebäude in Berlin-Dahlem bezogen werden. Bei den Eröffnungsfeierlichkeiten für den Neubau verwies der damalige Rektor der FU, Hans-Joachim Lieber, auf die elementare Bedeutung der amerikanischen Hilfsmaßnahmen für den Auf- und Ausbau der Berliner Amerikastudien:

„Jedoch muß hier nun offen gesagt werden, daß wir aus eigener Kraft kaum fähig gewesen wären, es zum Ausbau und zur Gründung dieses Institutes zu bringen. Die Geschichte der Amerikastudien an unserer Universität ist zugleich eine Geschichte der großzügigen Hilfe unserer amerikanischen Freunde für unsere Universität und speziell für dieses Institut.“⁵¹⁴

Im Rahmen des Festakts betonte Fraenkel als geschäftsführender Direktor des JFKI, daß er die Hauptaufgabe des Instituts vornehmlich darin sehe, „ein Zentrum der Amerikaforschung zu sein, das geeignet ist, Gelehrten nicht nur aus Berlin und der Bundesrepublik, sondern aus allen Ländern Europas die Quellen, Materialien und wissenschaftliche Literatur zugänglich zu machen, die zu einer nutzbringenden wissenschaftlichen Arbeit über die verschiedenen Aspekte des Gesamtphänomens ‚USA‘ notwendig sind, sowie als Stätte ihrer Zusammenarbeit zu dienen.“⁵¹⁵ Tatsächlich sollte es dem JFKI als einziger der hier vorgestellten

⁵¹¹ Zur Unterstützung durch die Ford-Foundation siehe Adams: *Geschichte Nordamerikas in Berlin*, S. 598 und S. 600; ders.: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 455.

⁵¹² Ders.: *Geschichte Nordamerikas in Berlin*, S. 599.

⁵¹³ Brumm: *Amerikanistik am Kennedy-Institut*, S. 195.

⁵¹⁴ Hans-Joachim Lieber: Begrüßungsansprache des Rektors der Freien Universität Berlin, in: *Freie Universität Berlin: Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin*, S. 13.

⁵¹⁵ Fraenkel: Bericht des Geschäftsführenden Direktors, S. 11.

Institutsgründungen gelingen, diesem ambitionierten Anspruch weitgehend gerecht zu werden. So avancierte die Freie Universität spätestens seit Mitte der 1960er Jahre nicht nur zu einem bedeutenden Zentrum der westdeutschen Politikwissenschaft, sondern auch der Amerikastudien in der Bundesrepublik.⁵¹⁶

Parallel zu der soeben skizzierten Gründungsgeschichte einzelner Amerika-Institute und amerikakundlicher Lehrstühle seit den späten 1940er Jahren lassen sich die Bemühungen um eine nachhaltige Etablierung von Amerikastudien in der Bundesrepublik auch auf wissenschaftsorganisatorischer Ebene verfolgen. So schlug sich das nach 1945 gesteigerte Interesse an den Vereinigten Staaten relativ früh in den universitären Prüfungsordnungen der Bundesländer nieder. Eine Vorreiterrolle nahmen hierbei Württemberg (1948), Hessen (1949) und Bayern (1951) ein, die speziell im Rahmen der Anglistik eine gleichberechtigte Behandlung von nordamerikanischer Kultur und Literatur festschrieben.⁵¹⁷ Diese Initiativen der Länder blieben freilich nicht ohne Folgen auf das universitäre Lehrangebot, auch wenn damit – abgesehen von den beschriebenen Institutsgründungen – noch keine flächendeckende Institutionalisierung der Amerikastudien als eigenständiges Fachgebiet verbunden war. „From about 1947“, so das Urteil Skards, „most universities began introducing American Studies, some of them on an impressive scale. But there was no desire to make these efforts into an instrument of organizational change.“⁵¹⁸

Auf amerikanischer Seite zeigte man sich mit der damaligen Entwicklung nur bedingt zufrieden. Mit deutlich ironischem Unterton verwies 1950 Hochkommissar McCloy während der Grundsteinlegungsfeier für ein Frankfurter Studentenwohnheim die anwesenden Vertreter aus Wissenschaft und Politik auf die in seinen Augen allzu rudimentäre Stellung der Amerikastudien in der Bundesrepublik: „I think the time has come at German Universities when courses in American literature, history, economics and philosophy should considered just as important as courses in Sanskrit and Egyptologie.“⁵¹⁹ Tatsächlich wurden Amerikastudien Ende der vierziger Jahre an den deutschen Universitäten (einschließlich der Hochschulen in der DDR) in einem eher bescheidenen Rahmen betrieben. Nach einer 1949 von dem ehemaligen Bonner Lektor für Amerikakunde, Adolf Bode, aufgestellten Tabelle nahmen die USA als Themengegenstand in Vorlesungen und Übungen mit insgesamt 47 Veranstaltungen an 22 Universitäten im Wintersemester 1948/49 lediglich die 15. Stelle nach Ländern wie Indien, Saudi-Arabien, China oder Ägypten ein. Der absolute Spitzenreiter war demgegenüber Großbritannien bzw. das britische Empire mit 506 Veranstaltungen, gefolgt von Frankreich mit

⁵¹⁶ Zu dieser Einschätzung aus heutiger amerikanischer Perspektive vgl. Pells: *Not Like Us*, S. 125. Ein differenzierteres Bild zeichnet demgegenüber Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 447–454. Aus deutscher Sicht siehe Adams: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 455.

⁵¹⁷ Vgl. Fischer: *Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan*, S. 414f.

⁵¹⁸ Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 307.

⁵¹⁹ Fitzpatrick: *American Studies in German Universities*, S. 16. Hier zitiert nach Galinsky: *The New Grown Old*, S. 32.

473 und dem antiken Rom mit 376 Vorlesungen und Seminaren.⁵²⁰ Damit stand die Bedeutung, die den USA vier Jahre nach Kriegsende an den Universitäten beigemessen wurde, in einem eklatanten Mißverhältnis zu deren tatsächlicher Rolle als *der* westlichen Führungsmacht.⁵²¹ In dem 1953 von Pilgert erstellten HICOG-Bericht zur Lage des westdeutschen Bildungssystems hob dieser zwar hervor, daß mit Hilfe amerikanischer Gastprofessoren zwischen 1951 und 1952 an fast allen westdeutschen Universitäten (mit der Ausnahme von Kiel) amerikakundliche Veranstaltungen angeboten werden konnten, die Gesamtsituation allerdings trotz der Institutgründungen in Frankfurt, München und Berlin als in höchstem Maße unbefriedigend angesehen werden müsse. Verantwortlich hierfür waren nach Ansicht Pilgerts die immer noch vorherrschenden traditionellen Universitätsstrukturen, die der Einführung einer neuen Disziplin entgegenstünden.⁵²² Das Fazit des HICOG-Mitarbeiters war eindeutig: „In spite of these developments, American Studies in Germany are still in a weak position.“⁵²³

Um die Einführung von American Studies weiter voranzutreiben, hatte die amerikanische Regierung mit dem Wechsel von OMGUS zu HICOG Anfang der fünfziger Jahre ein neues Reorientation-Programm für die Bundesrepublik initiiert.⁵²⁴ Das Ziel dieses „kulturellen Marshallplans“ (Henry J. Kellermann) war es, bestimmte Projekte, die von amerikanischer Seite als besonders vordringlich betrachtet wurden, durch finanzielle, personelle und materielle Hilfsleistungen massiv zu unterstützen. Allein der Etat für die „Demokratisierung“ des deutschen Bildungswesens stieg von 1 025 433 \$ unter OMGUS auf 48 000 000 \$ während der

⁵²⁰ Vgl. die Tabelle bei Adolf Bode: *Quantité négligeable?* Die gegenwärtige Lage der Amerikakunde in Deutschland, in: Göttinger Universitäts-Zeitung 4 (1949), S. 9f., hier S. 9. Vgl. ferner Fischer: *Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan*, S. 412–417.

⁵²¹ Ganz im Sinne der Frankfurter Äußerung McCloy's vermerkt auch Bode, *Quantité négligeable*, S. 9: „Was aber die Amerikakunde in Sonderheit anbetrifft, so kann man wohl sagen, daß wir davor zurückschrecken müßten, ihr einen Platz an der Universität zu verweigern oder nur zögernd und in ungenügendem Maße einzuräumen, solange wir noch Geld haben, um über neupersische Dichter, Geschichte der polnischen Literatur, islamische Sekten in der Türkei, äthiopische und koptische Texte zu lesen.“

⁵²² Vgl. Pilgert: *The West German Educational System*, S. 96f: „A study of 16 West German universities including the Free University of Berlin indicates that in the academic year 1951–1952 courses in the field of American studies were offered by all of them except the university of Kiel. There were 54 of these courses taught by 33 German and 5 American guest professors. Another 30 courses dealt with Americana under more general titles such as ‚Constitutions of Western Democracies‘. Without doubt, students are enthusiastic to learn about the United States, and some professors have shown genuine readiness to teach courses in American studies and to establish specific subdivisions for them in their departments. However, it must be borne in mind that the traditional organization of a university is basically adverse to the establishment of any kind ‚integrated‘ institutes and, as a result, there is generally no such thing as a school or seminar for American studies. Courses are proposed by various departments, mostly by the English Seminars.“

⁵²³ Ebd., S. 98.

⁵²⁴ Vgl. Fishwick: *An Approach to American Studies Abroad*, S. 44. Zur American-Studies-Politik unter HICOG vgl. auch Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 218–227.

HICOG-Periode.⁵²⁵ Von dieser neuen amerikanischen Kulturoffensive sollte auch der Aufbau der Amerikastudien in der Bundesrepublik profitieren. Nach Strunz „ließen die zuständigen amerikanischen Behörden zwischen 1950 und 1953 ein deutlich gesteigertes Interesse an der Einführung von American Studies erkennen, als sie mit neuem Elan die Institutionalisierung der American Studies voranzutreiben begannen“.⁵²⁶

Zu den Maßnahmen, die von der amerikanischen Regierung und privaten Stiftungen wie der Ford- und Rockefeller-Foundation zur Förderung der American Studies durchgeführt wurden, zählte neben der Finanzierung von möglichst flächendeckenden Gastprofessuren die finanzielle und materielle Unterstützung der im Entstehen begriffenen Amerika-Institute. Hinzu trat noch ein weiterer, für die Institutionalisierung der westdeutschen Amerikastudien nicht minder bedeutender Aspekt, nämlich der Aufbau eines funktionierenden Kommunikationssystems. Ohne die Existenz einer eigenen Standesvertretung und eines Fachorgans, so die zutreffende amerikanische Überlegung, würde es mittel- wie langfristig kaum möglich sein, Amerikastudien als wissenschaftliche Fachrichtung an den Universitäten fest zu etablieren.⁵²⁷ Vergleichbar mit den Zielsetzungen der Konferenzen von Waldleiningen und Königstein, die wie schon erwähnt als „Geburtsstunde der Politikwissenschaft in Deutschland“ (Marsen) gelten, regte die Erziehungsabteilung von HICOG seit 1951 einige kleinere Fachkonferenzen an, die im Jahre 1953 schließlich in der Gründung der DGfA münden sollten.⁵²⁸

Die erste Amerikanistentagung in Westdeutschland fand vom 2. bis 14. April 1951 in München auf Einladung von Heinz F. Peters, dem damaligen Direktor des neueröffneten Amerika-Instituts an der LMU, und seinem Stellvertreter Heinrich Stammler statt. Geistige Väter und Förderer der Veranstaltung waren auf amerikanischer Seite der HICOG-University Advisor Julius J. Oppenheimer, der bereits kurz zuvor in Waldleiningen und Königstein maßgeblich zur Etablierung der Politikwissenschaft beigetragen hatte, sowie der Verfasser des ersten Berichts über *American Studies in Germany*, Edward A. Fitzpatrick.⁵²⁹ Auch hätte die Münchner Tagung ohne eine großzügige Spende der Rockefeller-Foundation in Höhe von

⁵²⁵ Henry J. Kellermann: Von der Re-education zu Re-orientation. Das amerikanische Reorientierungsprogramm im Nachkriegsdeutschland, in: Heinemann: Umerziehung und Wiederaufbau, S. 86–102, hier S. 96. Vgl. zudem die Angaben bei Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 219.

⁵²⁶ Ebd.

⁵²⁷ Vgl. hierzu Pilgert: The West German Educational System, S. 96–98; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 221.

⁵²⁸ Zur Rolle der USA bzw. HICOG bei der Gründung der DGfA vgl. Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S. 79.

⁵²⁹ Vgl. hierzu Walther Fischer: The Establishment and the Aims of the „German Society for American Studies“ („Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien“), in: Newsletter of the European Association for American Studies 1 (1955), S. 7–10, hier S. 8; ders.: Zur Einführung, in: Jahrbuch für Amerikastudien 1 (1956), S. 5; Hans Galinsky: Vom „Bop-pard-Ausschuß“ bis zur Gegenwart. Ein Rückblick auf zwanzig Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien (1953–1973), in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 20 (1973), S. 4–12, hier S. 4f.; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 224f.

12 200 \$ kaum stattfinden können.⁵³⁰ Gemäß dem damaligen wissenschaftstheoretischen Stand der Amerikastudien befanden sich unter den an die Isar Geladenen nicht nur Anglisten bzw. Amerikanisten, sondern auch Historiker, Pädagogen und Wirtschaftswissenschaftler.⁵³¹ Zu den prominentesten Teilnehmern zählten Vertreter der „älteren Generation“ wie Walther Fischer, Max Förster und sogar Friedrich Schöнемann, die allesamt bereits vor 1945 die deutsche Amerikakunde geprägt hatten, sowie jüngere Amerikanisten wie Gustav Blanke, Franz Link, Fritz Meinecke und Hans Galinsky. Als offizieller Vertreter der American Studies in den USA fungierte der in Princeton lehrende und damals gerade in München als Gastprofessor tätige Thomas J. Wertenbaker, der auch den Tagungsvorsitz innehatte.⁵³²

Das Ziel der Münchner Zusammenkunft sollte laut Paul Hartigs kurzem Tagungsbericht sein, „gemeinsam mit einigen amerikanischen Professoren den Stand der Amerikanistik in Deutschland und ihre Umsetzung in die Unterrichts- und Bildungsarbeit zu besprechen“.⁵³³ Die Anwesenden waren sich darüber einig, daß die Vereinigten Staaten wegen ihrer dominanten weltpolitischen Stellung als Untersuchungsgegenstand stärker als bislang geschehen in den schulischen und universitären Unterricht integriert werden mußten.⁵³⁴ Diesem Grundsatzproblem widmete sich auch das Hauptreferat des Marburger Anglisten Fischer, in dem er den aktuellen Stand der Amerikanistik im Spiegel deutscher Universitätslehrpläne und Prüfungsordnungen darlegte. Ein gewisses Dilemma sah Fischer in der methodischen Vielfalt der Amerikastudien, wobei er – freilich als Anglist – für eine philologische Ausrichtung des Faches eintrat.⁵³⁵ Das Ergebnis der Münchner Tagung war eine sieben Punkte umfassende Entschließung, die sich konkret an die Kultusminister der Länder richtete. Zu den formulierten zentralen Forderungen zählten neben der Errichtung mindestens einer „hauptamtlichen Vertretung der Amerikanistik [...] an den größeren Hochschulen“ die „Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Beschaffung des dringend benötigten amerikanischen Rüstzeuges zur wissenschaftlichen Forschung“ sowie die Schaffung weiterer Amerika-Institute.⁵³⁶

⁵³⁰ Zur Spende der Rockefeller-Foundation vgl. Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S.38 Anm. 218.

⁵³¹ Fischer: The Establishment and the Aims, S.8; Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S.79; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.224f.

⁵³² Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.4. Zur nicht unproblematischen Teilnahme Friedrich Schöнемanns an der Münchner Tagung vgl. Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S.452.

⁵³³ Paul Hartig: Amerikakunde als Aufgabe, in: Neuphilologische Zeitschrift 3 (1951), S.219f., hier S.219.

⁵³⁴ Vgl. ebd., S.220: „In lang ausgedehnten und lebhaften Diskussionen verfolgte man die aufgeworfenen Probleme weiter. Vor allem wurde man sich darüber klar, daß sowohl an der Universität wie auch an der Schule die Vereinigten Staaten von Amerika eine viel stärkere Berücksichtigung als bisher verdienen.“

⁵³⁵ Vgl. Fischer: Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan, S.412-417.

⁵³⁶ BayHStA, MK 69750, Schreiben des Amerika-Instituts der Universität München an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus vom 27.4.1951. Die Münchner Entschließung findet sich auch abgedruckt bei Hartig: Amerikakunde als Aufgabe, S.220.

Auch die zweite Amerikanistentagung, die im Juni 1951 im hessischen Friedberg stattfand, wurde von Oppenheimer und der HICOG-Education Branch ausgerichtet.⁵³⁷ Im Zentrum dieser Konferenz stand erneut die Frage nach den wissenschaftstheoretischen Grundlagen der Amerikastudien, wie sie Fischer bereits in München andiskutiert hatte. Tatsächlich war seit der Münchner Tagung unter den Konferenzteilnehmern eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der methodischen Grundlagen und thematischen Ausrichtung des Faches spürbar geworden. „Many participants“, so Skard, „were uneasy about solidity of an Amerikakunde which was not firmly founded on methods of one clearly defined discipline.“⁵³⁸ Die Mehrheit der Anwesenden scheint sich in Friedberg „für eine philologische Definition der Amerikastudien ausgesprochen zu haben.“⁵³⁹ Ein nur wenig überraschendes Ergebnis, vor allem wenn man berücksichtigt, daß es sich bei der überwiegenden Mehrzahl der ersten Nachkriegsamerikanisten primär um Sprach- und Literaturwissenschaftler handelte. Daneben ging es in Friedberg auch um die Frage, in welchem Umfang die neugegründeten Amerika-Institute künftig mit den Amerika-Häusern kooperieren sollten. Zwar bestand kein Zweifel darüber, daß eine enge Zusammenarbeit gerade im Hinblick auf die hervorragenden Bibliotheksbestände der Amerika-Häuser dringend notwendig sei, jedoch wegen der unterschiedlichen Funktionen beider Institutionen prinzipiell an einer organisatorischen Trennung festgehalten werden müsse.⁵⁴⁰

Ein Jahr nach der Friedberger Zusammenkunft lud Oppenheimer im Juni 1952 zu einer weiteren „American Studies-Konferenz“ nach Boppard ein. Dort kam es zur Einsetzung des auch unter der Bezeichnung „Boppard-Ausschuß“ bekannten „Ausschusses für Amerika-Studien an deutschen Universitäten“. Unter dem Vorsitz von Walther Fischer fungierte der Ausschuß von nun an als, wie Galinsky es formuliert hat, „Zusammenführer aller Amerikaforscher und -lehrer an westdeutschen Universitäten, als Treuhänder amerikanischer Bücherspenden und als Vermittler von Forschungs- und Lehrstipendien“.⁵⁴¹

Einen weiteren Meilenstein im Rahmen des Etablierungsprozesses einer eigenständigen westdeutschen Amerikawissenschaft bildete schließlich die Gründung der DGfA während einer vom 12. bis 14. Juni 1953 im Marburger Amerika-Haus stattfindenden Arbeitstagung, an der insgesamt 46 Amerikanisten, d.h. Philologen, Historiker, Soziologen, Pädagogen, Philosophen, Juristen und Geographen mit amerikawissenschaftlichen Interessen, sowie sieben Vertreter von HICOG teilnahmen.⁵⁴² Letztere hatten die Marburger Veranstaltung gemeinsam mit dem

⁵³⁷ Zur tragenden Rolle Julius J. Oppenheimers vgl. Fischer: Zur Einführung, S.5; Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.5; Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S.455.

⁵³⁸ Skard: American Studies in Europe, Bd.2, S.308.

⁵³⁹ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.226.

⁵⁴⁰ Vgl. ebd.

⁵⁴¹ Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.5; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.226.

⁵⁴² Über die Teilnehmerzahlen bzw. Gründungsmitglieder existieren unterschiedliche Angaben. Vgl. Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.6 (46 Teilnehmer); Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.226f. (46 Teilnehmer und 7 HICOG-Mitarbeiter); Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S.79 (59 Gründungsmitglieder).

Boppard-Ausschuß ausgerichtet.⁵⁴³ Zum ersten Vorsitzenden der DGfA wurde wenig überraschend Walther Fischer gewählt. Zu den Mitgliedern des zehnköpfigen Beirats der DGfA zählte neben Eduard Baumgarten und Theodor Spira auch Arnold Bergstraesser, der in seinem bereits kurz vorgestellten Marburger Vortrag zum Thema *Amerikastudien als Problem von Forschung und Lehre* ein interdisziplinäres Gegenkonzept zu den literatur- und sprachwissenschaftlich geprägten Vorstellungen der Anglisten um Fischer entwickelt hatte.⁵⁴⁴ Die Grundsatzfrage nach der genauen wissenschaftstheoretischen Ausrichtung des Faches blieb also ein Streitpunkt, der auch in der Folgezeit die disziplinär heterogene Mitgliedschaft der DGfA immer wieder beschäftigen sollte.⁵⁴⁵

Der in Marburg vollzogene Professionalisierungsschritt darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gründung einer eigenen Standesorganisation lange Zeit nicht unumstritten gewesen war. Zwar schien seit der Münchner Amerikanistentagung von 1951 eine gewisse Einigkeit darüber zu herrschen, daß ein überregionaler Zusammenschluß notwendig sei, über dessen konkrete Ausformung jedoch, ob eher informell oder eingetragener Verein, war im Vorfeld der Marburger Konferenz vom Juni 1953 heftig diskutiert worden. Eine veritable Alternative zur Gründung der DGfA sahen viele westdeutsche Amerikawissenschaftler wegen der bisherigen Anlehnung an die US-Amerikanistik darin, sich als ausländische Untergruppe der erst 1951 gegründeten American Studies Association anzuschließen. Das war ein gerade aus heutiger Perspektive bemerkenswerter Gegenvorschlag, der letztlich aber aus finanziellen Gründen – man befürchtete ein Ausbleiben deutscher Fördermittel im Falle eines Anschlusses an die ASA – und wegen der Andersartigkeit des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems abgelehnt wurde.⁵⁴⁶

Neben der Konstituierung der DGfA wurde in Marburg auch die Gründung eines eigenen amerikawissenschaftlichen Fachorgans beschlossen. Bereits im folgenden Jahr erschien unter der Herausgeberschaft Fischers das „Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien“. Zum eigentlichen publizistischen Flaggschiff der westdeutschen Amerikawissenschaft avancierte jedoch erst das seit

⁵⁴³ Vgl. hierzu Moltmann: Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 119; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 226f.

⁵⁴⁴ Vgl. neben dem Vortrag von Bergstraesser: Amerikastudien als Problem, S. 191–200, auch die entsprechenden Ausführungen bei Moltmann: Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 119–135.

⁵⁴⁵ Vgl. Günter Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 25 (1978), S. 7; Winfried Fluck: American Studies. Möglichkeiten und Probleme einer kulturwissenschaftlich orientierten Literaturwissenschaft, in: Anglistentag 1990 Marburg: proceedings, hg. von Claus Uhlig und Rüdiger Zimmermann, Tübingen 1991, S. 7–18.

⁵⁴⁶ Zur Diskussion um einen möglichen Beitritt zur American Studies Association vgl. Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 6. Moltmann zitiert dort wie folgt aus der Beiratssitzung der DGfA vom 19.3.1954: „Es wurde festgestellt, daß ein Beitritt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien zur American Studies Association als achte regionale Gruppe (d.h. als einzige außeramerikanische Gruppe) nicht erstrebenswert ist, da bei uns völlig andere Verhältnisse vorliegen. Prof. Spira betonte, daß unsere Gesellschaft sich nicht von ihrer eigentlichen Linie abbringen lassen darf, um u.U. finanzielle Vorteile zu erreichen.“

1956 herausgegebene „Jahrbuch für Amerikastudien“.⁵⁴⁷ Die Publikation eines eigenen Fachorgans, darüber herrschte zwischen den Teilnehmern der Konferenzen von München bis Marburg ein breiter Konsens, war für eine erfolgreiche Etablierung der Amerikastudien unabdingbar, denn, wie Fischer in seinem Geleitwort zum ersten Band des „Jahrbuchs“ betonte, „ohne die Möglichkeit der Veröffentlichung in einer ausschließlich dem Studium der Kultur der Vereinigten Staaten im weitesten Sinne gewidmeten Zeitschrift würden die deutschen wissenschaftlichen Amerika-Interessen sich notwendigerweise zersplittern“.⁵⁴⁸

Insgesamt betrachtet bedeutete die Gründung der DGfA sowie die gleichzeitig beschlossene Einführung eigener Publikationsorgane acht Jahre nach Kriegsende einen wichtigen Schritt hin zur Professionalisierung der Amerikastudien in der Bundesrepublik. Blickt man auf die weitere Entwicklung bis Mitte der 1970er Jahre, so kann ferner festgestellt werden, daß es den Amerikastudien in unterschiedlicher Ausformung durchaus erfolgreich gelungen ist, sich an den bundesdeutschen Universitäten flächendeckend zu etablieren. Dies gilt nicht nur im engeren Sinne für die vornehmlich sprach- und literaturwissenschaftlich ausgerichtete Amerikanistik, sondern auch im Hinblick auf traditionelle Disziplinen wie die Geschichtswissenschaft, Jurisprudenz, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Geographie, ganz abgesehen von „neueren“ Fächern wie der Politikwissenschaft.⁵⁴⁹ Ein Blick auf die Mitglieder der DGfA verdeutlicht den fächerübergreifenden Charakter der Amerikastudien in der Bundesrepublik. „Die DGfA“, so hat es der Berliner USA-Spezialist Willi Paul Adams treffend ausgedrückt, „war und ist der konkurrenzlose Berufsverband der Amerikanisten aller Disziplinen. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch andere Organisationen, insbesondere der Verband der Historiker Deutschlands, die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, die deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft und der Soziologenverband auf ihren Tagungen Themen mit Bezug auf die USA diskutieren und in ihren Schriftenreihen entsprechende Publikationen veröffentlichen.“⁵⁵⁰

Einen nachhaltigen Beitrag zur Verbreitung des interdisziplinären Interesses an den Vereinigten Staaten haben die Amerika-Institute in Frankfurt, München und vor allem Berlin geleistet. Parallel zu diesem Auf- und Ausbau eigener Institute mit unterschiedlichem wissenschaftstheoretischen und -organisatorischen Zu-

⁵⁴⁷ Zur Gründungsgeschichte und weiteren Entwicklung der amerikawissenschaftlichen Periodika in Deutschland vgl. Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.6, und Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S.5f. Aus kritischer Perspektive vgl. Hans-Joachim Lang: The Function of a European Journal of American Studies, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S.40-53. Einen kurzen Überblick vermitteln zudem die Beiträge von Brigitte Georgi-Findlay: Nordamerikastudien, in: Uwe Böker/Christoph Houswitschka (Hg.): Einführung in das Studium der Anglistik und Amerikanistik, München 2000, S. 48-88, hier S. 51, und Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 455f.

⁵⁴⁸ Fischer: Zur Einführung, S.5.

⁵⁴⁹ Zur Politikwissenschaft vgl. Kapitel IV.2. sowie den Überblick bei Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S.325-335. Bezüglich amerikanischer Einflüsse auf die Entwicklung der westdeutschen Sozialwissenschaften nach 1945 vgl. Weyer: Westdeutsche Soziologie 1945-1969, und Plé: Wissenschaft und säkulare Mission.

⁵⁵⁰ Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 456.

schnitt hatte, trotz häufiger Rückschläge und der nicht unproblematischen Konkurrenzstellung zur Anglistik, seit Ende der 1940er Jahre auch die Einführung amerikawissenschaftlicher Lehrstühle an den Universitäten der Bundesrepublik eingesetzt. Bereits im Jahre 1955 existierten elf überwiegend literatur- und sprachwissenschaftlich ausgerichtete Ordinariate für Amerikanistik.⁵⁵¹ Ähnlich wie in der Politikwissenschaft gelang dann die flächendeckende Ausbreitung der Amerikanistik im Zuge der Hochschulreformen und Universitätsneugründungen seit Mitte der 1960er Jahre. Häufig handelte es sich dabei um Lehrstühle, Professuren, Institute und Abteilungen für Anglistik *und* Amerikanistik.⁵⁵² Zentren reiner Amerikastudien blieben dagegen das Amerika-Institut der LMU München und das Berliner JFKI.⁵⁵³

Die Expansion des Faches seit den sechziger Jahren läßt sich auch am Beispiel der DGfA ablesen. So stieg die Zahl der Mitglieder von 33 im Gründungsjahr 1953 auf 434 im Jahre 1978.⁵⁵⁴ Nach Gustav H. Blanke war die Mitgliedschaft in der DGfA im Zeichen des Kalten Krieges auch mit einem klaren politischen Bekenntnis gleichzusetzen. „Wer der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien beitrug“, so Blanke, „bekannte sich zum Westen und zur deutschen Westpolitik.“⁵⁵⁵ Was schließlich den erreichten Institutionalisierungs- und Professionalisierungsgrad anbetraf, konnte anlässlich des 25jährigen Bestehens der DGfA deren damaliger Vorsitzender Günter Moltmann rückblickend mit gewisser Zufriedenheit resümieren: „Die deutschen Amerikastudien haben sich in drei Nachkriegsjahrzehnten gegen manche Widerstände, aber auch mit großzügiger Unterstützung von vielen Seiten und bei erfreulichem Verständnis von Fachkreisen und Öffentlichkeit zum anerkannten Teilbereich unserer Universitäten entfaltet.“⁵⁵⁶

Allerdings bleibt trotz dieser zutreffenden Einschätzung Moltmanns fraglich, ob die deutsche Amerikanistik, so wie sie sich als eigenständige Universitätsdisziplin seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt hat, dem ihr ursprünglich

⁵⁵¹ Finkenstaedt: Kleine Geschichte der Anglistik, S. 179. Zur deutlichen Dominanz sprach- und literaturwissenschaftlicher Themen in Forschung und Lehre vgl. Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 457–463.

⁵⁵² Vgl. hierzu die entsprechende Instituts-Liste in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 20 (1973), S. 13–49; ferner der aufschlußreiche Vergleich des Lehrangebots zwischen 1960 und 1990 bei Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 461–463.

⁵⁵³ Zur institutionellen Entwicklung der Amerikanistik in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum zwischen 1954 und 1984 vgl. das Kapitel „Facheinheit: Anglistik/Amerikanistik“ bei Peter Weingart/Wolfgang Prinz/Maria Kastner/Sabine Maasen/Wolfgang Walter: Die sog. Geisteswissenschaften: Außenansichten. Die Entwicklung der Geisteswissenschaften in der BRD 1954–1987, Frankfurt am Main 1991, S. 180–193. Vgl. zudem folgende drei Berichte: Hans Galinsky: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 12 (1966–67), S. 23–26; ders.: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 15 (1970–72), S. 23–26; und ders.: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 16 (1972–74), S. 20–23.

⁵⁵⁴ Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 10.

⁵⁵⁵ Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S. 80.

⁵⁵⁶ Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 10.

zugedachten Anspruch wirklich gerecht wurde. Zweifelsohne hat die erfolgreiche Etablierung des Faches zu dem geführt, was in einem amerikanischen Memorandum Ende der 1940er Jahre im Hinblick auf die Gründung des Münchner Amerika-Instituts als Ziel genannt wurde, nämlich „to stop the neglect of American subjects“.⁵⁵⁷ Gleichwohl darf bezweifelt werden, ob es der Amerikanistik als vorwiegend literatur- und sprachwissenschaftlich ausgerichteter Einzeldisziplin gelungen ist, sich als *die* amerikakundliche Leitwissenschaft zu etablieren.⁵⁵⁸ Als erfolgreicher darf demgegenüber das interdisziplinäre Konzept von Amerikastudien angesehen werden, wie es von Bergstraesser u. a. bereits in den Anfangsjahren vertreten worden war.⁵⁵⁹ So führte allein schon die wachsende weltpolitische und ökonomische Bedeutung der Vereinigten Staaten im Zeichen des Kalten Krieges dazu, daß die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit bestimmten Entwicklungen in den USA zum festen Bestandteil unterschiedlichster Disziplinen wurde. Und gerade wegen dieses breiten und fächerübergreifenden Zugangs hat die Grundsatzfrage nach den adäquaten wissenschaftlichen und didaktischen Methoden, um „eine fremde Kultur wie diejenige der USA zu verstehen“, bis heute auch für professionelle Amerikanisten nichts an Relevanz eingebüßt.⁵⁶⁰

Was den amerikanischen Beitrag am Aufbau und der Etablierung westdeutscher Amerikastudien nach 1945 anbelangt, hat schon Thomas Finkenstaedt in seiner *Kleinen Geschichte der Anglistik in Deutschland* mit Recht darauf hingewiesen, daß „der Ausbau einer eigenständigen Amerikanistik [...] ganz sicher die direkte Folge amerikanischer Hochschulpolitik“ gewesen sei.⁵⁶¹ Tatsächlich war die Einführung von American Studies an deutschen Universitäten zur Förderung eines besseren kulturellen Verständnisses zwischen den USA und der Bundesrepublik eine wichtige Komponente der damaligen amerikanischen Reeducationpolitik. Wie gezeigt werden konnte, wurde speziell mit Beginn der HICOG-Phase ab 1949/50 der Auf- und Ausbau amerikawissenschaftlicher Institute und Lehrstühle durch staatliche amerikanische Stellen und private Stiftungen massiv gefördert. Diese Unterstützung umfaßte neben reinen Geldspenden und der Finanzierung amerikanischer Gastprofessuren auch die großzügige Ausstattung deutscher Universitäts- und Institutsbibliotheken mit amerikanischer Literatur.⁵⁶² Eine wichtige Vermittlungsfunktion übernahm seit Anfang der 1950er Jahre auch das „American Studies Program“ der Fulbright Kommission, das den Austausch von Amerikanisten zwischen beiden Ländern förderte.⁵⁶³

⁵⁵⁷ IfZ, OMGUS 5/291-3/12, The American Institute of the University of Munich (undatiertes Memorandum).

⁵⁵⁸ Vgl. hierzu Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*.

⁵⁵⁹ Vgl. Bergstraesser: *Amerikastudien als Problem*.

⁵⁶⁰ Stellvertretend sei hier auf den Tagungsband von Lothar Bredella (Hg.): *Die USA in Unterricht und Forschung*, Bochum 1984, hingewiesen. Vgl. ebd., S. 10 (Zitat).

⁵⁶¹ Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*, S. 173.

⁵⁶² Vgl. Blanke: *Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien*, S. 83; Adams: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 456.

⁵⁶³ Zur Entwicklung des „American Studies Program“ der Fulbright-Kommission vgl. Robert E. Spiller: *The Fulbright Program in American Studies Abroad. Retrospect and Prospect*, in: Robert H. Walker (Ed.): *American Studies Abroad*, Westport/London 1975, S. 3–9; Frank Freidel: *The Fulbright Program in American Studies Abroad. A*

Auf Basis all dieser Fördermaßnahmen und Austauschaktivitäten konnten die eigentlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen USA sowie die Heranziehung eines amerikakundlich geschulten Nachwuchses in der Bundesrepublik ermöglichten. Hinzu kam, daß sich die ersten Amerika-Institute bezüglich ihrer Organisationsstruktur und ihrer wissenschaftstheoretischen Ausrichtung an amerikanischen Vorbildern orientierten. Anregungen boten hierbei in erster Linie die interdisziplinären American Studies Programme und Departments an den Universitäten Harvard, Minnesota, Michigan und Pennsylvania.⁵⁶⁴ „The American Models“, so der Mainzer Amerikanist Galinsky, „were given trial runs, with a view to eventual institutionalization. [...] The integrative model was tried out in the American Zone. The Amerika-Institutes of Frankfurt and Munich [...] were the results.“⁵⁶⁵ In diesem Zusammenhang erwies es sich für die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Amerikastudien nicht zwingend als ein Nachteil, daß der Institutionalisierungsprozeß der American Studies in den USA selbst erst wenige Jahre zuvor begonnen hatte. Vielmehr scheinen die damaligen Entwicklungen und Umbrüche an US-Universitäten den ersten deutschen Amerikawissenschaftlern unmittelbares Anschauungsmaterial geboten zu haben, wie eine dreimonatige Studienreise des Doyens der westdeutschen Amerikanistik in die USA im Herbst 1951 belegt. Nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten schrieb Walther Fischer in einem hiezulande viel beachteten und unter dem bezeichnenden Titel *Eindrücke von amerikanischen Colleges und Universitäten mit besonderer Berücksichtigung der Amerikanistischen Studien* erschienenen Aufsatz: „In ihrer gegenwärtigen Entwicklung stellen also die American Studies das Musterbeispiel [!] eines koordinierten, über die Einzeldisziplin hinausgreifenden Programms dar, und auch hier gibt es Parallelen zu gewissen Tendenzen in den amerikanistischen Studien in Deutschland.“⁵⁶⁶

Continuing Challenge, in: ebd., S. 10–15; A. N. J. den Hollander: Headaches, Harvests and Hopes. Fulbright Americanists in Europe, in: ebd., S. 16–24.

⁵⁶⁴ Lenz: American Studies, S. 70–73; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 134–138.

⁵⁶⁵ Galinsky: The New Grown Old, S. 34.

⁵⁶⁶ Walther Fischer: Eindrücke von amerikanischen Colleges und Universitäten mit besonderer Berücksichtigung der Amerikanistischen Studien, in: Neuphilologische Zeitschrift 4 (1952), S. 327–337.

V. Austausch, Erfahrung, Kulturtransfer: Westdeutsche Studenten und Wissenschaftler in den USA

1. Die Entwicklung des akademischen Austauschs zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1975

Sowohl im Hinblick auf die amerikanischen Bemühungen um eine „Reeducation“ bzw. „Reorientation“ der deutschen Eliten in der Besatzungszeit als auch für die Entwicklung des westdeutschen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs während der um 1960 einsetzenden Hochschulreformphase war die Wiederaufnahme des akademischen Austauschs mit den USA von weitreichender Bedeutung. Die unmittelbare Konfrontation mit der amerikanischen Demokratie, Kultur und Gesellschaft sowie der Kontakt mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem hinterließ bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Austauschteilnehmer einen nachhaltigen Eindruck. Gleichzeitig beschleunigte die Neubelebung des akademischen Austauschs mit den zur westlichen Führungsmacht aufgestiegenen USA auch die Reintegration der spätestens seit 1939 weitgehend isolierten deutschen Wissenschaft in die internationale Scientific Community.¹ Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als im Unterschied zu den Jahren nach 1918, in denen von beiden Seiten trotz aller kriegsbedingten Irritationen vergleichsweise zügig wieder an die akademischen Beziehungen der Vorkriegszeit – wie z.B. dem 1905 ins Leben gerufenen deutsch-amerikanischen Professoren Austausch – angeknüpft wurde, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kaum derartige Anknüpfungspunkte bestanden. Zu tief hatte sich infolge des nationalsozialistischen Terrors der Bruch zwischen beiden Völkern vollzogen, als daß ehemals bestehende Wissenschaftsbeziehungen einfach hätten reaktiviert werden können.²

Wie bereits erläutert besaßen die Bereiche Universität und Wissenschaft für die amerikanische Besatzungsmacht in der unmittelbaren Nachkriegsphase, abgesehen von militärisch relevanten Wissenschaftszweigen wie beispielsweise der Raketen- und Rüstungstechnik, zunächst keine Priorität. Obgleich es also in militärstrategisch bedeutenden Wissenschaftsbereichen bereits kurz nach Kriegsende unter den Alliierten Besatzungsmächten – speziell den USA und der UdSSR – zu einem regelrechten Wettlauf um deutsches *Know-how* und deutsche Wissenschaftler kam, blieb die Direktive JCS 1067, die unmißverständlich zwischen Siegern und Besieg-

¹ Vgl. Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S.634.

² Vgl. Kapitel I.4. sowie Ulrich Littmann: Neue Strukturen des akademischen Austausches nach 1945, in: Düwell: Interne Faktoren auswärtiger Kulturpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, S.207–218, hier besonders S.207f.; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.75.

ten differenzierte, für die deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen bestimmend.³

Die Vereinigten Staaten aber sahen die dennoch einsetzende Wiederaufnahme des akademischen Austauschs mit Deutschland als Teil einer großangelegten Kulturaußenpolitik. Als Vorbild dienten die kulturpolitischen Maßnahmen gegenüber Lateinamerika in den 1930er Jahren, deren Ziel es war, die dort an Einfluß gewinnende nationalsozialistische Propaganda aus dem „Vorzimmer“ der USA zurückzudrängen.⁴ Entgegen allen isolationistischen Tendenzen innerhalb der amerikanischen Bevölkerung waren sich Präsident Franklin D. Roosevelt und seine Regierung nach dem Kriegsausbruch 1939 darin einig, daß man der neuen weltpolitischen Rolle, in die sich die USA durch die nationalsozialistische Herausforderung gedrängt sahen, nicht allein auf militärischer, sondern auch auf kultureller Ebene gerecht werden müsse. Nur wenn es gelänge, so die in Washington vertretene Ansicht, möglichst viele Staaten von den Vorzügen der (amerikanischen) Demokratie zu überzeugen, könnten diese gegenüber ideologischen Bedrohungen wie dem Nationalsozialismus bzw. Faschismus gestärkt werden.⁵

Nach 1945 standen die im besetzten Deutschland angewandten kultur- und wissenschaftspolitischen Maßnahmen der USA vorerst allein im Zeichen der vom State Department konzipierten Umerziehungspolitik. Deren vordringliches Ziel war es, in einem ersten Schritt die NS-Ideologie und den preußischen Militarismus innerhalb der Bevölkerung auszumerzen, um die Deutschen in einem sich hieran anschließenden zweiten Schritt zu demokratisieren.⁶ Im Rahmen eben

³ Zum Wettlauf der Alliierten um deutsches Know-how und deutsche Wissenschaftler in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. John Gimbel: *Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*, Stanford/CA 1990; Matthias Judt/Burghard Ciesla (Hg.): *Technology Transfer out of Germany after 1945*, Amsterdam 1996; Ulrich Albrecht/Andreas Heinemann-Gruder/Arend Wellmann: *Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945*, Berlin 1992. Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten vgl. zudem die entsprechenden Ausführungen bei Raymond Stokes: *Technologie und Bündnisbildung: Technologietransfer im Kalten Krieg*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 504–506. Einen kurzen Gesamtüberblick bietet zudem Ash: *Wissenschaft und Wissensaustausch*, S. 635–637. Zur Bedeutung der Direktive JCS 1067 siehe Henry J. Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy. The Educational Exchange Program between the United States and Germany 1945–1954*, Washington D.C. 1978, S. 18–20.

⁴ Vgl. Manuel Espinosa: *Inter-American Beginnings of U.S. Cultural Diplomacy. 1936–1948*, Washington D.C. 1976; Manfred Strack: *Amerikanische Kulturbeziehungen zu (West-) Deutschland 1945–1955*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 2 (1987), S. 283ff., hier S. 283; Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 75; Jürgen Müller: *Nationalsozialismus in Lateinamerika. Die Auslandsorganisationen der NSDAP in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexico 1933–1945*, Stuttgart 1997.

⁵ Heideking: *Geschichte der USA*, S. 319; Karl-Heinz Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform. Deutsch-amerikanische Austauschprogramme*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 623–633, hier S. 624f.; Annette Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States, 1946–1952*, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 30 (2002), S. 123–142, hier S. 123.

⁶ Vgl. Henry P. Pilgert: *The Exchange of Persons Program in Western Germany*, Historical Division Office of The Executive of The U.S. High Commissioner for Germany, o.O. 1951; Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S. 422.

dieser Konzeption „kam dem Austauschprogramm mit Deutschland zentrale Bedeutung zu, obwohl in den ersten Jahren der Besatzungszeit nur wenige Maßnahmen eingeleitet wurden“.⁷

Einen ersten Impuls für die Neuauflage des akademischen Austauschs brachte der Deutschlandbesuch einer Delegation des „American Council on Education“ im August 1946. Die von George F. Zook, dem Präsidenten des Council und vormaligen amerikanischen Erziehungsminister, geleitete Delegation widmete sich zwar hauptsächlich der Lage des deutschen Schulwesens, empfahl aber im sogenannten Zook-Report besonders begabten Studenten für einen befristeten Zeitraum, ein Studium in den USA zu ermöglichen.⁸ Diesem Ratschlag lag die schlichte Erkenntnis zugrunde, daß es sich hierbei um die potentiellen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und auch wissenschaftlichen Eliten Deutschlands handle, die schnellstmöglich durch einen Aufenthalt in den USA auf ihre spätere Führungsrolle vorbereitet werden müßten.⁹ Gemäß dem eigentlichen Auftrag der Delegation war diese Empfehlung noch primär auf künftige Lehrer bezogen:

„This is essential to enable those Germans showing promise of leadership to study in the United States and to receive the benefit of our experience for training of their youth, the rewriting of their school books, and the preparation of cultural material for adult education.“¹⁰

Gleichwohl plädierte der Bericht für eine baldige Ausweitung des akademischen Austauschs mit Deutschland auf Basis des am 1. Juli 1946 von Präsident Harry S. Truman unterzeichneten „Fulbright-Act“. Dieses nach seinem geistigen Vater Senator J. William Fulbright benannte Gesetz sah die Einrichtung eines weltweiten Austauschprogramms vor, das durch den Verkauf von überschüssigem Kriegsmaterial finanziert werden sollte.¹¹ Allerdings waren im Sommer 1946 die organisatorischen und finanziellen Grundlagen des Fulbright-Act noch bei weitem nicht so ausgebildet, als daß ein akademischer Austausch mit Deutschland – wie von der Zook-Kommission angeregt – sogleich hätte begonnen werden können.¹² Dennoch lösten die Empfehlungen des Zook-Reports in Washington und innerhalb der OMGUS-Administration intensive Debatten aus. Als ein unmittelbares Re-

⁷ Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 625.

⁸ Zur Deutschlandreise der Zook-Kommission und zu der Bedeutung des Abschlußberichts für die weitere Entwicklung des Austauschprogramms vgl. Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S. 23f.; Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 391f.; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 76.

⁹ Zu den amerikanischen Zielvorstellungen vgl. u. a. Henry B. Cox: Investment in Understanding. Reprinted from the Foreign Service Journal, Washington D.C. 1955; Henry J. Kellermann: The Human Factor, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 151–164.

¹⁰ Zitiert nach Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S. 24.

¹¹ Vgl. hierzu ebd. Grundlegend auch Ralph A. Vogel: The Making of the Fulbright Program, in: Nathan Glazer (Hg.): The Fulbright Experience and Academic Exchanges. The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 491 (May 1987), S. 11–21.

¹² Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 77.

sultat dieser Auseinandersetzung darf die am 15. Juli 1947 erlassene Direktive JCS 1779 angesehen werden, die die JCS 1067 ablöste und in der dem Oberkommandierenden der amerikanischen Truppen in Deutschland mit Verweis auf das Reorientation-Programm die Vollmacht erteilt wurde, „to permit and assist the travel into and out of Germany of persons useful for this program within the availability of your facilities“.¹³ Die Grundlage für JCS 1779 bildeten diejenigen Kriterien, die schon einige Monate zuvor, am 31. März 1947, das State-War-Navy Coordinating Committee (SWNCC) in seiner Direktive 269/8 der Presse vorgestellt hatte.¹⁴

Zu einem bedeutenden Anwalt des Austauschgedankens innerhalb der Besatzungsbehörde hatte sich die für kulturelle und bildungspolitische Fragen zuständige ERAB entwickelt. In dieser arbeiteten zahlreiche amerikanische Wissenschaftler und Universitätspräsidenten, die aus demokratiepolitischen, aber auch wissenschaftlichen Motiven an einer raschen Wiederaufnahme der akademischen Beziehungen zu Deutschland interessiert waren. Einer der zweifellos einflussreichsten Fürsprecher des akademischen Austauschgedankens bei OMGUS war der Präsident der Indiana State University und damalige kulturpolitische Berater General Clays, Herman B. Wells, der – wie oben gezeigt werden konnte – auch eine zentrale Rolle bei der Gründung der FU Berlin spielte.¹⁵ Wells war überzeugt davon, daß eine grundlegende Reform des teilweise von nationalsozialistischem Gedankengut durchsetzten Bildungswesens in Deutschland ohne den Auf- und Ausbau eines breitangelegten Austauschprogramms zum Scheitern verurteilt sein würde.¹⁶ „For more than a decade“, so Wells im Jahre 1948,

„Germans were barred by the Nazi dictatorship from thought and culture of the rest of the world. Today they are unaware of many of the advances that have been made in such fields as education, social science, medicine, art, and literature. It is not enough to say that success in reeducation will be exchange of textual matter; teachers, students, and leading personalities in the profession; it should rather be said that success is not possible without exchange [...]. In conclusion [...] Cultural Exchange is one of the keystones in the reeducation program.“¹⁷

Diese Aussage macht evident, welche grundlegende Bedeutung dem akademischen Austausch im Hinblick auf die Demokratisierung Deutschlands von amerikanischer Seite in wachsendem Maße beigemessen wurde.¹⁸ Tatsächlich gelang es Wells, die zuständigen Stellen in Washington, vornehmlich das State Department, und General Clay von der Notwendigkeit eines geregelten akademischen Aus-

¹³ Die „Directive to the Commander in Chief of the U.S. Forces of Occupation (JCS 1779)“ findet sich abgedruckt in: *Germany 1947–1949*, S. 33–41, hier S. 41 (Zitat).

¹⁴ Vgl. den Abdruck von SWNCC 269/8 in: *Germany 1947–1949*, S. 611f.

¹⁵ Zur Rolle Wells' bei der Gründung der FU siehe Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 121–128.

¹⁶ Wells: *Higher Education Reconstruction in Postwar Germany*, S. 48f. Zur Rolle Wells' bei der Entstehung des deutsch-amerikanischen Austauschprogramms vgl. Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 32–36; Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S. 394f.; Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 82f.

¹⁷ Zitiert nach Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 33f.

¹⁸ Vgl. Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S. 390f.; Kellermann: *The Human Factor*, S. 154.

tauschs zu überzeugen.¹⁹ Zur konkreten Zielsetzung des daraufhin 1947 ins Leben gerufenen *Cultural Exchange Program* hieß es in einem OMGUS-Memorandum vom Februar 1949: „The Exchange Program means, primarily, that Germans sponsored by some organization, institution or group are sent to the United States for a period of study and observation of the American way of life, our institutions, the operation of constitutional government based on the democratic ideal.“²⁰

Nachdem bereits 1946 eine erste Gruppe von rund 50 deutschen Studenten auf private Initiative die USA besucht hatte, begann der offiziell von OMGUS organisierte Austausch Ende 1947. Im Studienjahr 1947/48 waren es 214 und 1948/49 schon 240 deutsche Studenten, die einen USA-Aufenthalt absolvieren durften. Bis zur Unterzeichnung des Fulbright-Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik am 18. Juli 1952 sollten in dieser „Pionierphase“ insgesamt rund 3 000 (west-)deutsche Studenten den Atlantik überqueren.²¹

Einen zusätzlichen Impuls erhielt das Austauschprogramm durch die weltpolitische Großwetterlage dieser Jahre. Der Ausbruch des Kalten Krieges, die Blockade Berlins, die Gründung der Bundesrepublik und der Korea-Krieg hatten nicht nur die sukzessive Transformation Westdeutschlands vom Besiegten zum Verbündeten eingeleitet, sondern auch die Bedeutung enger kultureller Kontakte erneut deutlich gemacht.²² Zwar stand die primäre Intention des Austauschs immer noch unter erziehungspolitischen Vorzeichen, dennoch war auch hier seit 1948 der Wechsel von der „Reeducation-“ zur „Reorientation-Politik“ nicht zu übersehen.²³ Umerziehung bzw. Umorientierung sollten von nun an ebenso „reinigend“ wie integrierend wirken. Mit anderen Worten: Der Entnazifizierungsgedanke verlor mit dem Anwachsen der Spannungen zwischen Ost und West an Bedeutung. Statt dessen wurde die amerikanische Politik gegenüber der jungen Bundesrepublik in zunehmendem Maße von der Vorstellung bestimmt, die dortige demokratische Entwicklung zu stabilisieren und gegen die gerade im geteilten Deutschland besonders spürbare kommunistische Herausforderung zu immunisieren. In diesem Kontext fiel dem Austauschgedanken aus naheliegenden Gründen eine herausragende Rolle zu.²⁴

Die Teilnahmebedingungen für das Austauschprogramm wurden von der amerikanischen Militärregierung definiert und galten sowohl für die OMGUS-, als auch für die anschließende HICOG-Periode. Wie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gab es exakte Richtlinien, welche Personengruppen auszuschließen wa-

¹⁹ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 81.

²⁰ Interdivisional Reorientation Committee (OMGUS), *Cultural Exchange Program* (February 1949), Foreword. Hier zitiert nach Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S. 124.

²¹ So Littmann: *Neue Strukturen des akademischen Austausches*, S. 207; ders.: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 78; Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S. 124.

²² Vgl. Kellermann: *The Human Factor*, S. 158f.; Strack: *Amerikanische Kulturbbeziehungen zu (West-)Deutschland*, S. 286.

²³ Ulrich Littmann: *A Host Country's View: The Federal Republic of Germany*, in: Glazer: *The Fulbright Experience and Academic Exchanges*, S. 73–84, hier S. 77f.

²⁴ Vgl. besonders Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S. 131f.

ren.²⁵ Dies galt in erster Linie für ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen und, als Resultat des Ost-West-Konflikts, für Personen mit vermeintlichem oder tatsächlichem kommunistischen Hintergrund.²⁶ Umgekehrt sollten potentielle Austauschkandidaten eine gewisse kulturelle Offenheit aufweisen und sich explizit zu westlich-demokratischen Werten bekennen. In den Bestimmungen von SWNCC 269/8 (März 1947) hieß es hierzu noch in allgemeiner Form:

„The German nationals must have a satisfactory record as regards past and present political activities and affiliations and must meet established security requirements for the exit of Germans from Germany and for their entry in the United States [...]. Whenever possible. Preference shall be given to persons who have demonstrated their opposition to Nazism and their belief in democratic principles.“²⁷

Ferner waren ausreichende Englischkenntnisse und die Bereitschaft zur Rückkehr nach Deutschland für eine Bewilligung ausschlaggebend, die von einer eigens eingerichteten OMGUS- bzw. später von einer HICOG-Kommission erteilt wurde.²⁸ Herausragende akademische Leistungen oder Befähigungen spielten demgegenüber in der Frühphase des Austauschs noch eine eher sekundäre Rolle. „Not only scholastic records are considered“, erläuterte der damalige Leiter des Interchange of Persons Office bei OMGUS, Frank G. Banta, im November 1948, „but also general personality and appearance, promise of leadership, adaptability, political record, and openmindedness.“²⁹ Aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive besonders hervorzuheben ist demzufolge die Tatsache, daß die Wiederbelebung des akademischen Austauschs zwischen den USA und Deutschland nach 1945 in seinen Anfängen eben nicht aus einer primär wissenschaftlichen Motivation heraus erfolgte, sondern vornehmlich erziehungs- und demokratiepolitische Beweggründe im Vordergrund standen. Ulrich Littmann, von 1963 bis 1994 geschäfts-

²⁵ Siehe die entsprechenden Bestimmungen der Direktive SWNCC 269/8 in: Germany 1947–1949, S.611f. Genauer zu den frühen Auswahlmethoden und -verfahren (1947–52) vgl. auch Pilgert: *The Exchange of Persons Program*, S.22–29; Rupieper: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie*, S.398f.

²⁶ Vgl. Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S.84.

²⁷ Germany 1947–1949, S.612.

²⁸ Puckhaber: *German Student Exchange Programs in the United States*, S.125. Vgl. in diesem Zusammenhang zudem die noch etwas allgemein gehaltenen Auswahlkriterien in einer vertraulichen Presseverlautbarung des State Department vom 29.3.1947: „Only such persons will be selected for this program as can be expected to further, through their trips, the work of Military Government and to play a constructive part in the revival of German cultural life and in the reorientation of the German people toward peace and democracy. [...] Preference will be given to persons who have demonstrated their opposition to Nazism and their believe in democratic principles. Such persons will be brought to the United States in order to complete a carefully planned program generally lasting between six and twelve months, and they must return to Germany when the program has been completed“ (IfZ, OMGUS 5/301-2/26, Department of State, Confidential Release: *Interchange of Persons between the United States and Germany*, 29.3.1947).

²⁹ Frank G. Banta: *Student Exchange*, in: *Information Bulletin. Magazine of the Office of the High Commissioner for Germany*, 30.11.1948, S.10. Vgl. ferner Bantas rückblickende Beschreibung seiner Tätigkeit in Deutschland in ders.: *A Role in the Education Branch of the Office of the Military Government for Germany (US)*, in: Heinemann: *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland*, Teil 2: *Die US-Zone*, S.35–42.

führender Direktor der deutsch-amerikanischen Fulbright-Kommission in Bonn, vermerkt hierzu: „Es gehört zur Geschichte der unmittelbaren Nachkriegsjahre, daß die Begegnung der amerikanischen Hochschulen und Wissenschaft mit Deutschland unter Bedingungen und Absichten erfolgte, die den Traditionen der Zusammenarbeit gänzlich fremd waren.“³⁰

Hauptadressaten eines in der Regel sechs- bis zwölfmonatigen USA-Aufenthalts waren neben Studenten (students) und Praktikanten (trainees) vor allem sogenannte future leader und german specialists, also Erwachsene aus Berufs- und Tätigkeitsfeldern, von denen man sich auf amerikanischer Seite wichtige Impulse für die demokratische Entwicklung in Deutschland versprach.³¹ Dabei spielte der erhoffte multiplikatorische Effekt eine zentrale Rolle.³² Umgekehrt sollten amerikanische Experten, darunter auch Universitätsprofessoren, für einen begrenzten Zeitraum einen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands leisten. „Their task was“, so Henry B. Cox 1955 rückblickend, „to bring their German counterparts up to date on important developments in their respective fields of interest, to help train replacements for key officials removed from office through the denazification process, to advise on democratic principles to the German scene.“³³ Bis 1955 hatten insgesamt 1 022 amerikanische Experten Deutschland bzw. die Bundesrepublik besucht.³⁴

An eine Austauschmöglichkeit für amerikanische Studenten war zu Beginn des OMGUS-Programms aufgrund der räumlich wie materiell angespannten Situation an den deutschen Universitäten nicht gedacht worden.³⁵ Dies sollte sich auf bescheidenem Niveau erst 1948 ändern.³⁶ Damit wird deutlich, daß zu diesem Zeit-

³⁰ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 88.

³¹ Vgl. die entsprechenden Ausführungen in: Germany 1947–1949, S. 611. Zu den Zielgruppen des Austauschs siehe Pilgert: The Exchange of Persons Program, S. 15f.; Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 399; Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 85. Zur amerikanischen Zielsetzung siehe Puckhaber: German Student Exchange Programs in the United States, S. 125.

³² Zur multiplikatorischen Wirkung vgl. Strack: Amerikanische Kulturbeziehungen zu (West-)Deutschland, S. 289.

³³ Cox: Investment in Understanding, S. 2. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die folgenden Ausführungen in IfZ, OMGUS 5/301-2/26, Department of State, Confidential Release: Interchange of Persons between the United States and Germany, 29.3.1947: „Under the provision of this policy, United States experts and specialists may visit Germany to advise and work with leading German personalities in the following fields: formal and extracurricular education; religion; public information, including press, radio, and film; civic, welfare, youth, and other social organizations; occupational and professional organizations; art, letters, music, and the stage.“

³⁴ Vgl. die Angaben bei Kellermann: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy, S. 265. Zu den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der amerikanischen Spezialisten in Deutschland siehe Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 402f.

³⁵ Vgl. Germany 1947–1949, S. 612: „Until conditions at German educational institutions appear sufficiently stabilized, no United States student shall be permitted to study in institutions of higher learning in Germany.“

³⁶ Erst Anfang April 1948 wurde seitens der Education & Cultural Relations Division die Zulassung einer geringen Anzahl ausländischer, d. h. auch amerikanischer Studenten erwogen. Vgl. IfZ, OMGUS AG 1948/14/2, Education and Cultural Relations Division, Subject: Admission of Foreign Students to German Universities, 9.4.1948.

punkt auf Studentenebene von einem gleichberechtigten akademischen Austausch noch keineswegs gesprochen werden kann. Vielmehr handelte es sich um eine Einbahnstraße zugunsten der deutschen Teilnehmer. Realistischerweise war Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren für amerikanische Studenten und Professoren wenig attraktiv. Die Mehrzahl der Hochschulen befand sich in einem teilweise katastrophalen Zustand, an den sich der Lehr- und Forschungsbetrieb zwangsläufig anpassen mußte.³⁷ Demgegenüber bedeutete der Aufenthalt auf einem intakten amerikanischen College- oder Universitäts-Campus für die Mehrzahl der jungen deutschen Studenten und Nachwuchswissenschaftler ein zumeist beeindruckendes Erlebnis.³⁸

Die Organisation des Austauschs und die Betreuung der deutschen Gaststudenten übernahm seit 1948/49 federführend das in New York ansässige IIE, eine private Institution, die im Auftrag und unter Aufsicht des amerikanischen Außenministeriums arbeitete.³⁹ Generell ist festzuhalten, daß es sich bei dem nach 1945 ins Leben gerufenen Austauschprogramm von Anfang an um keine rein staatliche Unternehmung handelte. Zwar wurden die Reisekosten größtenteils aus staatlichen Mitteln finanziert, während des Aufenthalts in den Vereinigten Staaten übernahmen aber zumeist private Stiftungen, religiöse Verbände oder die jeweilige Gasthochschule die finanziellen Aufwendungen. Ferner mußte in der Frühphase des Austauschprogramms noch die offizielle Einladung einer amerikanischen Institution bzw. Organisation vorliegen, bevor überhaupt die Erlaubnis für einen USA-Besuch erteilt wurde.⁴⁰ In einer vertraulichen Verlautbarung des State Department zur bevorstehenden Einführung des Austauschprogramms vom 29. März 1947 hieß es zur Rolle der nichtstaatlichen Institutionen: „The program to be developed under this policy is conceived as a cooperative undertaking of the United States and of private institutions and organizations interested in furthering democratic reeducation and reconstruction in Germany.“⁴¹

Dieses Zitat belegt den Stellenwert, den der nichtstaatliche Sektor im Rahmen der offiziellen amerikanischen Kulturaußenpolitik besaß.⁴² So hatten sich in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche amerikanische Privatinitiativen gebildet, um ihrerseits den Personenaustausch mit dem ehemaligen Kriegsgegner zu unterstützen. Die Beweggründe für dieses private Engagement waren unterschiedlicher Natur. Zumeist handelte es sich um eine immer noch tief sitzende kulturelle Verbundenheit von Teilen der amerikanischen Bevölkerung mit Deutschland, die sich aus persönlichen Wurzeln, aber auch aus akademischen Erfahrungen speiste. Hinzu kam die Hoffnung, mit Hilfe des Austauschs einen wichtigen Beitrag zur Demo-

³⁷ Vgl. John A. Garraty/Walter Adams: *From Main Street to the Left Bank. Students and Scholars Abroad*, East Lansing/MI 1959.

³⁸ Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 90.

³⁹ Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 40.

⁴⁰ Vgl. exemplarisch IFZ, OMGUS AG 1948/14/2, Schreiben des Präsidenten des Dickinson College in Pennsylvania William W. Edel an General Lucius D. Clay vom 14.4. 1948.

⁴¹ IFZ, OMGUS 5/301-2/26, Department of State, Confidential Release: *Interchange of Persons between the United States and Germany*, 29.3. 1947.

⁴² Vgl. die entsprechende Einschätzung bei Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 81.

kratisierung und damit Stabilisierung Deutschlands zu leisten.⁴³ Exemplarisch für das mannigfache private Engagement in den USA sei hier auf ein Schreiben von Charles F. Wennerstrum, Mitglied des Supreme Court des Staates Iowa, an General Clay vom 8. April 1948 verwiesen. Wie dem Brief entnommen werden kann, hatte Wennerstrum selbst eine gewisse Zeit für die Besatzungsbehörden in Deutschland gearbeitet und wußte daher um die dort vorherrschende Situation. Das Schreiben verdeutlicht, aus welchen Motiven, mit welcher Zielsetzung und in welcher Form der akademische Austauschgedanke in den USA von nichtstaatlicher Seite gefördert wurde:

„Since my return from Germany I have had occasion to make a few talks. I have endeavored to relate the difficulties which confront the Allies in their efforts to restore the economy of Germany. I have commented upon the present educational facilities there and particularly have I commented upon the efforts to democratize the youth of Germany. On one occasion I addressed a Founder's Day banquet of the Sigma Alpha Epsilon Fraternity. There were alumni and active members present representing the chapters at Drake University, Iowa University and Iowa State College. I there commented on the possibility of aiding in the program of democratizing Germany bringing university students from that country to the campuses of American Colleges and Universities. I have just recently been informed that these comments have resulted in favorable action being taken by the chapter of the fraternity which is located at Drake University, approving of such a program. This chapter, subject to a suitable selection being made, and further subject to approval of the proper authorities in Germany, desires to bring a German university student to the Drake campus for a year's study.“⁴⁴

In Deutschland stieß das amerikanische Austauschprogramm erwartungsgemäß auf reges Interesse. In den Augen vieler junger Deutscher, die sich nach dem Schrecken des Krieges zu einem Studium entschlossen hatten, eröffnete dieses Programm neue Perspektiven.⁴⁵ Einerseits erschien allein die Vorstellung faszinierend, ein fremdes und fernes Land kennenzulernen und dadurch den eigenen, bislang begrenzten Horizont zu erweitern. Andererseits erhoffte man sich von einem Studium in den USA auch Vorteile für die eigene akademische Ausbildung bzw. für den späteren beruflichen Werdegang, da die Vereinigten Staaten bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges auf zahlreichen Wissenschaftsfeldern eine führende Position eingenommen hatten. Hinzu trat – wie mehrfach erwähnt – der oftmals desolate Zustand, in dem sich viele deutsche Universitäten nach Kriegsende befanden. Alles in allem korrespondierten somit die Erwartungen und Hoffnungen der Austausch kandidaten mit den erziehungs- und wissenschaftspolitischen Vorstellungen der Besatzungsmacht.⁴⁶ Evident wird diese Übereinstimmung in den an die Besatzungsbehörde gerichteten Bewerbungsschreiben deutscher Studenten. Beispielsweise wandte sich im März 1947, also Monate bevor der eigentliche Austausch anzulaufen begann, ein junger Maschinenbaustudent namens Wolfgang

⁴³ Zum Aspekt der „Demokratisierung“ vgl. ebd., S. 83 und S. 91; Puckhaber: German Student Exchange Programs in the United States, S. 125f.; Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 625.

⁴⁴ IfZ, OMGUS AG 1948/14/2, Schreiben Charles F. Wennerstrums an General Lucius D. Clay vom 8. 4. 1948.

⁴⁵ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 95.

⁴⁶ Vgl. Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 626f.

Heegmann mit den folgenden Zeilen unmittelbar an Fritz Karsen, den damaligen Leiter der ERAB-Hochschulabteilung:

„Wie ich in Erfahrung gebracht habe, ermöglicht die weitsichtige Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika den werdenden Wissenschaftlern der ganzen Welt eine gewisse Unterstützung im Studium auf allen Gebieten, indem es ermöglicht wird, dieses in den Vereinigten Staaten durchzuführen. Gerade diese Tatsache ist ein großer Beitrag zur Völkerverständigung und dient dazu, die Eigenschaften und modernen Errungenschaften einer großen Nation an Ort und Stelle zu studieren, um die daraus gezogenen Erkenntnisse über das Land, über die dort lebenden Menschen und ebenfalls über alle anderen Dingen den Völkern der Welt näher zu bringen. [...] Gerade das Weltbild der modernen Physik, insbesondere der Atomphysik, der Quantentheorie und der Relativitätstheorie übt einen wesentlichen Einfluß auf die heutige Gestaltung unseres Daseins aus. Somit ist es mein Bestreben, in diesen neuesten physikalischen Erkenntnissen weiteres Wissen zu erlangen. Ich wäre Ihnen daher zu größtem Dank verpflichtet, wenn Sie mir daher zu einer Möglichkeit eines Studiums in den Vereinigten Staaten im Rahmen des kommenden Studienaustauschs verhelfen würden. Ich gestatte mir noch darauf hinzuweisen, daß ich laufend an der Vermehrung meiner Kenntnisse der weltumfassenden Englischen Sprache arbeite, ohne die ein erfolgreiches Studium, ganz gleich welcher Art, nicht möglich ist.“⁴⁷

Der Inhalt dieses Schreibens war typisch für derartige Anfragen und Anträge. Offensichtlich hatte es sich unter den Bewerbern herumgesprochen, daß der Hinweis auf die erhofften positiven Erfahrungen mit der amerikanischen Demokratie und die damit einhergehende Rückwirkung auf den weiteren Werdegang in Deutschland zu den notwendigen Standardformulierungen eines Bewerbungsschreibens zu gehören hatte, wobei den Antragstellern nicht unterstellt werden soll, daß sie nicht wirklich hinter dem standen, was sie schrieben.⁴⁸

Selbstverständlich waren die für den Austausch zuständigen amerikanischen Stellen in Deutschland und den USA daran interessiert herauszufinden, inwieweit ihre Intentionen mit den tatsächlichen Erfahrungen der Austauschstudenten übereinstimmten. Im Jahre 1951 wurde vom amerikanischen Außenministerium erstmals eine Studie in Auftrag gegeben, die sich eingehender mit den USA-Erfahrungen deutscher Austauschteilnehmer befaßte.⁴⁹ Insgesamt wurden hierfür 234 Studenten befragt. Dabei ist bemerkenswert, daß sich zu diesem frühen Zeitpunkt die enttäuschten wie die positiv erfüllten Erwartungen weitgehend die Waage hielten. Interessanterweise wurden in dieser Frühphase des Austauschs die unmittelbar

⁴⁷ IfZ, OMGUS 5/301-2/26, Schreiben Wolfgang Heegmanns an Fritz Karsen vom 25.3.1947.

⁴⁸ Noch 1963 findet sich im Lebenslauf des Heidelberger Studenten Helmut Kuhn die folgende Passage: „Beim Wettbewerb um ein Fulbright Stipendium war ich erfolgreich, so daß ich erfolgreich seit September 1962 an der Universität Princeton, New Jersey/USA studiere. Bei der großen Beachtung, die den Wirtschaftswissenschaften in den USA geschenkt werden, ist dies für mich ein großartiger Vorteil. Zudem habe ich Gelegenheit zu beachten, wie die amerikanische Demokratie in der Praxis gehandhabt wird, da ich mich schon immer für das politische Geschehen interessiert habe“ (HStAS, FA 3/906, Akten Nr. h-1031, Bund 1).

⁴⁹ Robert T. Bower/Berta McKenzie/Burton Winograd: An Analysis of Attitude Change among German Exchanges. Institute for Research in Human Relations by Bureau of Social Research, The American University (als Manuskript vervielfältigt), Philadelphia/Washington D.C., August 1951. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Kapitel „Evaluation“ bei Pilgert: The Exchange of Persons Programm, S. 50–74.

persönlich-privaten Kontakte zu Land und Leuten weitaus besser bewertet als die rein akademischen Erfahrungen.⁵⁰ Allerdings rief bei zahlreichen Studenten die in den USA damals noch gängige Rassendiskriminierung, gerade nach den immer noch präsenten eigenen Erlebnissen mit der Judenverfolgung im Dritten Reich, oftmals tiefe Irritationen und Unverständnis hervor.⁵¹ Für einen jungen Deutschen, der in den USA gelebte Demokratie kennenlernen wollte, konnte daher die unerwartete Konfrontation mit der amerikanischen Rassenproblematik zu erschreckend grotesken Situationen führen, wie die spätere Berliner Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn von ihrem Studienaufenthalt an der University of Arkansas 1955/56 rückblickend zu berichten weiß:

„Dann erinnere ich mich an das alte Mütterchen auf einem unserer Streifzüge durch die Ozarks, das von den Schrecken des Civil War erzählte und wie fürchterlich die ‚nigger‘ gehaust hätten. Wenn ich mir ihre Behausungen ansähe, würde ich sehen, daß es sich bei ihnen eher um Tiere, als um zivilisierte Menschen handelte. Eine andere Begebenheit trug sich in Tulsa zu. Dort spuckte mich eine weiße Frau an, als ich mich – zugegebenerweise ziemlich naiv – auf einen der hinteren, aber freien Plätze im Bus setzte, die bis dato Farbigen vorbehalten waren.“⁵²

Eine deutliche Akademisierung erfuhr das Austauschprogramm nach 1948/49 durch die Wieder- bzw. Neugründung wissenschaftspolitisch relevanter Institutionen wie dem DAAD 1950, der DFG und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) 1951 sowie der AvHSt im Jahre 1953.⁵³ Sowohl die DFG als auch der DAAD bemühten sich sogleich um ein Anknüpfen an die Wissenschaftsbeziehungen der Zeit vor 1933.⁵⁴ Gleichwohl nahm der Austausch mit den USA bei beiden Institutionen während der fünfziger Jahre lediglich einen Anteil von 10% bis 15% aller vergebenen Stipendien ein. Eine signifikante Zunahme der USA-Stipendien bzw.

⁵⁰ Vgl. die entsprechenden Angaben bei Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 92f., sowie Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform*, S. 629–631.

⁵¹ Zu den oftmals verstörenden Erfahrungen mit der amerikanischen Rassenproblematik während ihres Studienaufenthalts an der University of Arkansas in Fayetteville 1955/56 vermerkt Haftendorn: Ein Brief an Ulrich Littmann, S. 30: „1955 und 1956 waren die Jahre, in denen die Entscheidung des Obersten Gerichts in der Rassenfrage umgesetzt werden mußte. Ich erinnere mich an die ‚token integration‘ in der UofA [University of Arkansas, S. P.], sah die farbigen Mädchen von zwei Sheriffs begleitet sich in die letzte Reihe im ‚class room‘ setzten und nach Unterrichtsschluß in ihr streng abgeschirmtes ‚dorm‘ zurückgehen. Es war auch das Jahr in dem Präsident Eisenhower die National Guard in Little Rock aufmarschieren ließ, um die ‚desegregation‘ an der örtlichen ‚high school‘ zu beenden.“

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. hierzu grundlegend Kurt Zierold: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden 1968, S. 275–306; Hubertus Scheibe: *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1950 bis 1975*, in: DAAD: *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975*, S. 33–112; Manfred Heinemann: *Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft*, in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, Stuttgart 1990, S. 407–461.

⁵⁴ Vgl. Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 97; Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform*, S. 631.

der Stipendiaten aus den Vereinigten Staaten läßt sich erst ab 1960 verzeichnen. Gleiches gilt für die AvHSt, die in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens insgesamt nur 47 Forschungsstipendien an US-Amerikaner vergab, eine im Vergleich zu Japan (235), Indien (118) und sogar Ägypten (62) eher bescheidene Zahl. So gesehen bedeutete das seit Anfang der fünfziger Jahre wiederaufkeimende Engagement der genannten Organisationen zwar die Wiederaufnahme eigenständiger westdeutscher Wissenschaftsbeziehungen gegenüber dem Ausland, im Hinblick auf den wissenschaftlichen Austausch mit den Vereinigten Staaten hielt sich dieser in der Dekade zwischen 1950 und 1960 aber noch in Grenzen.⁵⁵

Für den akademischen Austausch zwischen beiden Ländern blieben vorerst die Aktivitäten auf amerikanischer Seite bestimmend. Hierzu zählten neben dem von OMGUS und nach 1948 von HICOG geleiteten Austauschprogramm auch die zahlreichen staatlichen und privaten Initiativen zum Wiederaufbau der deutschen Universitäten. So unterstützten private Stiftungen wie die Ford- oder Rockefeller-Foundation nicht nur den rein materiellen Wiederaufbau durch Bücherspenden oder den Bau von Bibliotheken, Instituten und Studentenwohnheimen. Einen weiteren Pfeiler bildete die Finanzierung von Gastprofessuren amerikanischer Wissenschaftler an deutschen Hochschulen. Beispielsweise kann an Hand entsprechender Meldungen der LMU an das bayerische Kultusministerium nachvollzogen werden, daß zwischen 1946 und 1952 rund 108 Wissenschaftler aus den USA in München als Gastprofessoren tätig waren oder wenigstens einen Gastvortrag hielten.⁵⁶ Mehr als die Hälfte davon (66) entfällt auf die Jahre 1946 (42) und 1947 (24). Interessanterweise handelte es sich hierbei nicht allein um Geistes- bzw. Sozialwissenschaftler, sondern – soweit aus den Akten nachvollziehbar – in einer nicht unwesentlichen Größenordnung auch um Mediziner (19), Chemiker (12), Mathematiker (7), Biologen (9) und Physiker (6). Diese Zahlen belegen zweierlei: Zum einen das offenkundige deutsche Interesse an den aktuellen medizinisch-naturwissenschaftlichen Entwicklungen in den USA. Zum anderen aber auch, und dies sollte nicht außer acht gelassen werden, das amerikanische Interesse am Stand der deutschen Forschung gerade in diesen für militärische Zwecke nicht unbedeutenden Disziplinen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der besonders hohe Anteil deutschstämmiger Emigranten unter den amerikanischen Gastprofessoren. Mehr als die Hälfte der 108 erfaßten Personen weist deutschsprachige Vor- und Zunamen auf, darunter so prominente Emigranten wie die beiden Politikwissenschaftler Karl Loewenstein und Sigmund Neumann, der Jurist Max Rheinstein oder der Kunsthistoriker Otto von Simson. Dieser Umstand verdeutlicht erneut die besondere Rolle der Emigranten beim Wiederaufbau des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland nach 1945, obgleich diese selbstverständlich

⁵⁵ Vgl. die entsprechende Tabelle bei Ulrich Littmann: Der Austausch von Akademikern, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Amerika und Westeuropa. Gegenwarts- und Zukunftsprobleme*, Stuttgart/Zürich 1977, S. 61.

⁵⁶ Die Angaben beruhen auf der Auswertung folgender Aktenzeichen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA): MK 69897, Gastvorträge 1937–1948; MK 69898, Universität München – Gastvorträge 1949–1952; MK 69899, Universität München – Gastvorträge 1952–1956; MK 69900, Universität München – Gastvorlesungen 1957–76. Die in den Akten nicht erfaßte Dunkelziffer dürfte jedoch höher liegen.

„nicht pauschal als Importeure amerikanischer Forschungsmethoden“ bezeichnet werden können.⁵⁷ Wie dominant speziell die Präsenz amerikanischer bzw. in den Vereinigten Staaten lebender Wissenschaftler an der Universität München zwischen 1946 und 1952 tatsächlich war, zeigt zudem ein Ländervergleich: Nach den USA waren in diesem Zeitraum an der LMU am zweitstärksten Gastprofessoren aus der Schweiz (30), gefolgt von Frankreich (11), Spanien (9), England (7), der Türkei (7) und Italien (6) vertreten.⁵⁸

Den zweifelsohne nachhaltigsten Impuls erhielt der akademische Austausch zwischen der Bundesrepublik und den USA durch das im Juli 1952 unterzeichnete Fulbright-Abkommen.⁵⁹ Initiator und Namensgeber des Abkommens war der als Nachfahre deutscher Einwanderer am 9. April 1905 in Sumner (Missouri) geborene demokratische Senator des Bundesstaates Arkansas J. William Fulbright, der seit einem Studienaufenthalt in Europa von der völkerverständigenden Kraft des Austauschgedankens überzeugt war.⁶⁰ Fulbright, der 1939 als damals jüngster amerikanischer Universitätspräsident für kurze Zeit seiner Heimathochschule in Fayetteville vorstand, begann seine politische Karriere 1945 mit der Wahl in den amerikanischen Senat. Bereits ein Jahr später zeichnete der junge Senator verantwortlich für das Zustandekommen des nach ihm benannten „Fulbright-Act“ (1. August 1946), der den Beginn eines weltweiten und bis heute maßgeblichen Austauschprogramms markierte. Der Fulbright-Act sah vor, mit dem Erlös aus dem Verkauf von Kriegsüberschüssen an verbündete Staaten den akademischen Austausch zwischen diesen Ländern und den USA zu finanzieren. Nachdem bereits mit 24 europäischen und außereuropäischen Staaten entsprechende Verträge bestanden, kam es 1952 auch zu einem Abkommen mit der Bundesrepublik, nachdem der Zook-Report schon 1946 eine rasche Aufnahme Deutschlands in das Fulbright-Programm empfohlen hatte.⁶¹ Erste Gespräche über ein koordiniertes binationales Austauschprogramm für Studenten und Wissenschaftler waren seit 1951 zwischen HICOG-Vertretern und dem Auswärtigen Amt bzw. dem Bonner Innenministerium geführt worden. Schließlich fanden die Verhandlungen am 18. Juli 1952 mit der Unterzeichnung des sogenannten Fulbright-Abkommens

⁵⁷ Zur Rolle der Emigranten vgl. Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S. 637–640, besonders S. 638 (Zitat). Allgemein zur Situation zurückgekehrter Exilanten vgl. Claus-Dieter Krohn (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, 6. Teil, Darmstadt 1998.

⁵⁸ Die Angaben erfolgen nach BayHStA, MK 69897, Gastvorträge 1937–1948 und BayHStA, MK 69898, Univ. München – Gastvorträge 1949–1952.

⁵⁹ Zur Geschichte des Fulbright-Abkommens siehe Walter Johnson/Francis J. Colligan: The Fulbright Program. A History, Chicago/London 1965, sowie die einzelnen Aufsätze in Glazer: The Fulbright Experience and Academic Exchanges.

⁶⁰ Einen kompakten Überblick zur Person und zu den Motiven Senator Fulbrights vermittelt u. a. Ulrich Littmann: Akademischer Austausch als Friedenspolitik. Die Ideen des Senators J. William Fulbright, in: Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans-Adolf Jacobsen, hg. von Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Peter Schwarz, Düsseldorf 1991, S. 384–394. Vgl. ferner Randall Bennett Woods: Fulbright Internationalism, in: Glazer: The Fulbright Experience and Academic Exchanges, S. 22–35, hier S. 23f., sowie ders.: Fulbright. A Biography, Cambridge 1995.

⁶¹ Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 627.

durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und den amerikanischen Hochkommissar John McCloy ihren Abschluß.⁶²

Im Unterschied zu den Austauschprogrammen unter OMGUS- bzw. HICOG-Aufsicht, an denen seit 1946 etwa 3000 deutsche Studenten partizipiert hatten, bedeutete das Fulbright-Abkommen eine intentionale Kehrtwende von der primär durch den Gedanken der „Reeducation“ bzw. „Reorientation“ geleiteten Form des Austauschs hin zu dessen Akademisierung.⁶³ Zudem stellte das Abkommen vom Juli 1952 den akademischen Austausch zwischen den USA und der Bundesrepublik insofern auf eine neue Ebene, als künftig beide Länder als weitgehend gleichberechtigte Partner agierten.⁶⁴ Wie in Artikel vier des Abkommens festgelegt wurde, bestand das für den Austausch zuständige Gremium, die „United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany“, aus jeweils fünf amerikanischen und deutschen Mitgliedern.⁶⁵ „Diese bilaterale Kommission“, so Ulrich Littmann, „war wohl die erste Einrichtung, in der die Vertreter der Besatzungsmacht und der Bundesrepublik gleichberechtigt zusammentrafen und Entscheidungen fällten.“⁶⁶ Erster Leiter der deutschen Delegation, in der neben dem Bund und den Ländern später auch Vertreter des DAAD sowie der DFG vertreten waren, wurde der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und vormalige Rektor der Universität Frankfurt am Main, Walter Hallstein.⁶⁷ Deutscherseits war man sich darüber im klaren, daß sich mit Hilfe des Fulbright-Abkommens nun die Möglichkeit bot, sowohl an die akademischen Vorkriegsbeziehungen mit den USA anzuknüpfen als auch den ersehnten Anschluß an die internationale Wissenschaftsgemeinschaft nach insgesamt knapp zwei Jahrzehnten der Isolation wiederzufinden.⁶⁸

Hinsichtlich des Auswahlverfahrens für die deutschen Bewerber übernahm das Fulbright-Programm weitgehend die bisherige OMGUS- bzw. HICOG-Praxis. Nach ersten Vorselektionen an den Universitäten entschieden paritätisch besetzte Regionalausschüsse in den sechs Konsulatsbezirken und West-Berlin über die Vergabe der (anfangs jährlich 450) Fulbright-Stipendien, bei denen es sich neben einem kleineren Kontingent an Vollstipendien vornehmlich um Reisestipendien handelte. In letzterem Fall mußten die Kosten für den eigentlichen USA-Aufenthalt auch weiterhin aus anderen staatlichen bzw. privaten Mitteln finanziert oder

⁶² Ein Abdruck des ‚Fulbright-Abkommens‘ vom 18.7.1952 findet sich bei Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S.270–275. Zu den Verhandlungen und dem anschließenden Vertragsabschluß vgl. den kurzen Überblick bei James F. Tent: *A Brief History of the German-American Fulbright Program 1952–2002*, in: Fulbright Kommission (Hg.): *Fulbright at Fifty. Building the Transatlantic Future*, Bonn 2002, S.8–11, hier S.8f.

⁶³ Vgl. Cox: *Investment in Understanding*, S.4.

⁶⁴ Vgl. Littmann: *A Host Country's View*, S.74f.; ders: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S.112; Ash: *Wissenschaft und Wissensaustausch*, S.640.

⁶⁵ Vgl. die entsprechende Vertragsstelle bei Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S.272.

⁶⁶ Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S.112.

⁶⁷ Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S.176.

⁶⁸ Vgl. Strack: *Amerikanische Kulturbeziehungen zu (West-)Deutschland*, S.288; Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S.115.

von den jeweiligen Gastuniversitäten und -colleges übernommen werden. Insgesamt existierten gegen Mitte der 1950er Jahre drei Arten von Stipendien, die in einer offiziellen Verlautbarung der „United States Educational Commission“ folgendermaßen differenziert wurden:

„1. Fulbright Stipendien, die eine Summe in DM vorsehen, um die Reisekosten von Deutschland nach den Vereinigten Staaten und zurück zu decken, 2. HICOG Stipendien, die eine Summe an Dollar vorsehen, welche die Studiengebühren, den Lebensunterhalt und die Nebenausgaben des Stipendiaten während eines Studienaufenthalts in den Vereinigten Staaten deckt, 3. Private Stipendien, die ausländischen Bewerbern durch das Institute of International Education von amerikanischen Universitäten geboten werden.“⁶⁹

Ganz im amerikanischen Sinne wurde auf deutscher Seite besonderer Wert auf die Stipendiatenauswahl gelegt. In einem Schreiben an alle bayerischen Hochschulen verwies beispielsweise das zuständige Kultusministerium im Jahre 1955 unmißverständlich auf die Anforderungen, denen die Kandidaten im Rahmen der universitären Vorauswahlen für ein Fulbright-Stipendium gerecht werden mußten:

„Die deutschen Stipendiaten werden in den USA als Repräsentanten des deutschen Volkes und insbesondere des deutschen akademischen Lebens angesehen. Es sollten nur solche Studierende bei der Auswahl berücksichtigt werden, deren soziales und politisches Interesse, deren allgemeine Bildung ebenso wie ihre fachliche Qualifikation kritischer Beobachtung standhalten und die sich in ein Gemeinschaftsleben eines anderen Landes einzuordnen vermögen. Gleichzeitig sollten sie in der Lage sein, ihre im Ausland gewonnenen Erfahrungen nach ihrer Rückkehr für Deutschland zu verwerten.“⁷⁰

Für die Organisation des Austauschs und die Betreuung der Stipendiaten in den USA blieb weiterhin das New Yorker IIE zuständig. Umgekehrt waren an der Betreuung der amerikanischen Studenten und Wissenschaftler in Deutschland neben den jeweiligen Gastuniversitäten auch der DAAD und die DFG beteiligt, die beide aufgrund der aus finanziellen Gründen immer noch eingeschränkten eigenen Austauschkapazitäten am Fulbright-Programm partizipierten.⁷¹

In den Vereinigten Staaten wurde mit dem Fulbright-Programm auch die Hoffnung verbunden, neue Akzente innerhalb des deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems setzen zu können. Ein Schwerpunkt lag hierbei auf der Förderung gesellschaftspolitisch relevanter Disziplinen, da diese für den Aufbau und die Stabilisierung demokratischer Strukturen in der Bundesrepublik als besonders grundlegend angesehen wurden.⁷² Aber auch ganz andere Wissenschaftsbereiche spielten in diesem Kontext eine wichtige Rolle. „With a view to the special needs and deficiencies prevailing in postwar Germany“, so Henry Kellermann,

„the Committee recommended that special emphasis be placed on the following fields: social sciences, including political science with emphasis on empirical research methods rather than pure theory; problems of human relations as reflected in such fields as education; psy-

⁶⁹ BayHStA, MK 68681, The United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany: United States Government, Fulbright Study Grants 1954–1955.

⁷⁰ BayHStA, MK 68681, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an die Philosophisch-theologischen Hochschulen in Bayern und die Akademien der Bildenden Künste in München und Nürnberg vom 28.4.1955.

⁷¹ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.118.

⁷² Vgl. Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S.628, sowie Kapitel III.2. und III.3.

chology and psychiatry; community planning, medicine and public health; architecture; humanities; natural science; engeneering in all its facets; labor and management problems; American Studies; and economics. Nearly every one of these subjects was related to problem areas critical to the German national reconstruction effort.“⁷³

Das Fulbright-Programm besaß demzufolge in seinen Anfängen eine kaum zu überschätzende demokratie- und wissenschaftspolitische Dimension, mit weitreichenden Auswirkungen auf die Entwicklung von Forschung und Lehre in der jungen Bundesrepublik. So kann die seit den 1950er Jahren verstärkt zu beobachtende Übernahme amerikanisch beeinflusster Fragestellungen und Methoden speziell in den westdeutschen Sozial- und Naturwissenschaften auch als ein unmittelbares Resultat des akademischen Austauschs zwischen beiden Ländern betrachtet werden.⁷⁴

Eine weitere Vertiefung erfuhren die akademischen Beziehungen durch das Deutsch-Amerikanische Kulturabkommen vom 9. April 1953.⁷⁵ Im Rahmen dieses von Bundeskanzler Adenauer und dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles unterzeichneten Vertrages verpflichteten sich beide Staaten, „den Austausch von hervorragenden Staatsbürgern, Sachverständigen, Professoren, Lehrern, Studenten und anderen Jugendlichen, sowie von geeigneten Personen aus allen Lebensgebieten“ künftig zu fördern und zu erleichtern. Zu diesem Zwecke wurde „die Schaffung von Stipendien, Reisebeihilfen und Unterstützungen anderer Art innerhalb der akademischen und kulturellen Institutionen“ vereinbart.⁷⁶ Neben dem knapp ein Jahr zuvor in Kraft getretenen Fulbright-Abkommen war das Kulturabkommen vom April 1953 somit das zweite Vertragswerk, das auf höchster politischer Ebene die Bedeutung des akademischen Austauschs als eines zentralen Bestandteils der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der sich in die westliche Staatengemeinschaft langsam reintegrierenden Bundesrepublik festschrieb.⁷⁷

Wie in den 1950er Jahren entwickelte sich der akademische Austausch auch in den 1960er und frühen 1970er Jahren in Abhängigkeit von der weltpolitischen Großwetterlage. In den USA hatte sich 1961 mit dem Regierungsantritt von Präsident Kennedy die Erkenntnis durchgesetzt, daß das amerikanische Hochschulwesen unter dem Aspekt der Bildungs- und Chancengleichheit nicht nur eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion im Inland zu erfüllen habe, sondern die Vereinigten Staaten ihrer Weltmachtrolle auch auf bildungs- und wissenschaftspolitischer Ebene gerecht werden mußten.⁷⁸ So sollten in Konkurrenz zu Asien,

⁷³ Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 178.

⁷⁴ Hierzu vermerkt Ash: *Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch*, S. 642: „Ein beeindruckender Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Adenauer-Ära war der weitverbreitete Versuch, etablierte Theorietraditionen und Forschungspraktiken mit Hilfe von aus den USA importierten Techniken umzugestalten oder gar auszuhebeln.“

⁷⁵ Der Wortlaut des Deutsch-Amerikanischen Kulturabkommens vom 9.4. 1953 findet sich abgedruckt bei Kellermann: *Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy*, S. 266–269.

⁷⁶ Vgl. die Artikel 4 und 5 ebd., S. 268.

⁷⁷ Vgl. Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 102.

⁷⁸ Ebd., S. 127f.

Westeuropa und vor allem dem Ostblock möglichst viele ausländische Studenten und Wissenschaftler an amerikanische Hochschulen gelockt werden.⁷⁹ Dieses Bemühen war eine Säule der tendenziell mehr internationalistisch ausgerichteten Außenpolitik der Kennedy-Administration, die in dem 1959 zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats ernannten J. William Fulbright erwartungsgemäß einen einflußreichen Befürworter dieser Linie fand. Fulbright hatte aus den Erfahrungen und Erfolgen des von ihm initiierten Austauschprogramms den Rückschluß gezogen, daß dieses in Zukunft auf eine neue und breiter fundierte Basis gestellt werden mußte. Eine wichtige Stütze fand der Demokrat Fulbright hierbei in dem republikanischen Abgeordneten Wayne Hays. Ein von beiden Politikern gemeinsam ausgearbeiteter Gesetzentwurf wurde im September 1961 als „Mutual Educational and Cultural Exchange Act“ im Kongreß und im Senat mit großer Mehrheit verabschiedet. Der „Fulbright-Hays-Act“ stellte insofern eine Erweiterung des bisherigen Fulbright-Act dar, als neben dem reinen Personenaustausch nun auch die Finanzierung wissenschaftlicher Konferenzen sowie die Erweiterung der Einwanderungsmöglichkeiten für ausländische Studenten und Wissenschaftler sichergestellt werden sollte. Ein auf Basis des Fulbright-Hays-Act am 20. November 1962 zwischen den USA und der Bundesrepublik abgeschlossenes Regierungsabkommen gestaltete die schon bestehende Kooperation in Austauschfragen noch enger und ersetzte das alte Fulbright-Abkommen von 1952. Auch verpflichtete sich die Bundesregierung, in Zukunft einen Teil der anfallenden Kosten für das Austauschprogramm zu übernehmen.⁸⁰ Auf organisatorischer Ebene trat anstelle der bislang für den Austausch zuständigen United States Educational Kommission die binational zusammengesetzte und auf völliger Gleichberechtigung basierende Fulbright-Kommission. Neben der Koordinierung des eigenen Austausch-Programms diente die bis 1999 in Bonn (seitdem in Berlin) angesiedelte Fulbright-Kommission fortan als ein bedeutendes Gesprächsforum, in dem über das gesamte Spektrum des akademischen Austauschs zwischen beiden Ländern diskutiert und – falls notwendig – neue Konzepte erarbeitet wurden. Der Fulbright-Hays-Act eröffnete somit auch traditionellen deutschen Wissenschaftsorganisationen wie dem DAAD, der DFG und AvHSt neue Möglichkeiten, ihre akademischen Beziehungen mit den USA weiter zu vertiefen und auszubauen. Die Folge war ein deutlicher Anstieg des Austauschvolumens zwischen beiden Ländern.⁸¹

Exakte Zahlen über den quantitativen Gesamtumfang des akademischen Austauschs mit den USA im Untersuchungszeitraum liegen nicht vor. Dies ist dem Umstand geschuldet, daß der Austausch beiderseits des Atlantiks nur bedingt zentral bzw. staatlich gesteuert wurde und daher keine einheitliche Statistik über dessen Gesamtvolumen angefertigt wurde.⁸² Wenigstens für das Fulbright-Programm

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 128; Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 628.

⁸⁰ Littmann: A Host Country's View, S. 74; Tent: A Brief History of the German-American Fulbright Program, S. 9.

⁸¹ Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 160.

⁸² Zur Problematik der statistischen Erfassung des akademischen Austauschs vgl. ders.: Der Austausch von Akademikern, S. 59f.

läßt sich festhalten, daß zwischen 1952 und 1986 insgesamt 9316 Stipendien an amerikanische und 9716 an deutsche Staatsbürger vergeben wurden.⁸³ Eine Statistik des DAAD für die Jahre 1954 bis 1974 zeigt demgegenüber ein weniger ausgeglichenes Bild, wobei sich die Angaben hier nicht allein auf die USA beziehen. So besuchten in diesem Zeitraum insgesamt 2655 Stipendiaten aus Nordamerika, d. h. laut DAAD aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland, im Rahmen eines Studien- bzw. Forschungsaufenthalts die Bundesrepublik. Umgekehrt zog es in diesen 20 Jahren 1882 westdeutsche Stipendiaten nach Nordamerika. Für beide Stipendiatengruppen ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl der unter der Bezeichnung Nordamerika angeführten Stipendien auf die Vereinigten Staaten entfielen.⁸⁴

In einem 1977 erschienenen Aufsatz hat Littmann, basierend auf den Angaben der UNESCO (Paris), des IIE (New York) sowie des Board of Foreign Scholarship (Washington) einige Zahlen veröffentlicht, die einen ungefähren Eindruck hinsichtlich der quantitativen Entwicklung des Austauschs im Zeitraum von 1955 bis 1974 vermitteln. Die dabei angeführten Zahlen beziehen sich auf das gesamte Austauschvolumen zwischen beiden Ländern. Mit Blick auf den gegenseitigen Studentenaustausch ist dabei zu beobachten, daß dieser zwischen 1955 und 1970 beidseitig kontinuierlich zunahm. So stieg die Zahl deutscher Studenten in den USA von 778 im Studienjahr 1955/56 auf 1003 1962/63, von 2309 1967/68 auf 2674 im Studienjahr 1969/70, was im Laufe von lediglich 15 Jahren doch einer Steigerung des jährlichen Austauschvolumens von insgesamt 244 % entsprach. Erst zum Studienjahr 1972/73 reduzierte sich die Zahl plötzlich um fast 27 % auf 1972 Austauschstudenten. Eine vergleichbare Entwicklung läßt sich umgekehrt auch auf amerikanischer Seite beobachten. Hier stieg die Anzahl amerikanischer Studenten in der Bundesrepublik von anfangs ebenfalls 778 1955/56, auf 1406 1962/63 und auf 2431 im Studienjahr 1967/68, was einen Gesamtanstieg des Austauschvolumens in diesem Zeitraum von rund 213 % bedeutete. Ein leichter Einbruch läßt sich hier bereits für das Jahr 1969/70 feststellen, nämlich im Vergleich zu 1967/68 um rund 10 % auf 2182. Trotz dieses frühzeitigeren Rückgangs pendelte sich die Zahl amerikanischer Studenten für das Studienjahr 1971/72 auf 2176 über dem deutschen Niveau ein.⁸⁵

Was den gegenseitigen Austausch von Wissenschaftlern anbetraf, nennt Littmann lediglich Zahlen für den Zeitraum von 1960 bis 1974. Nichtsdestotrotz verdeutlichen auch diese Angaben die besondere Attraktivität der Vereinigten Staaten für deutsche Wissenschaftler. So stieg die Zahl derjenigen, die mindestens einen dreimonatigen Aufenthalt in den USA absolvierten, binnen einer Dekade von 254 1961/62 auf 722 im Jahre 1972/73 und damit um 184 %. Für das folgende Jahr kann ein leichter Rückgang auf 635 deutsche Gastwissenschaftler verzeichnet werden.⁸⁶

⁸³ Vgl. die Angabe bei ders.: *A Host Country's View*, S. 74.

⁸⁴ Vgl. hierzu die entsprechenden Tabellen in DAAD: *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925-1975*, S. 175f.

⁸⁵ Vgl. Littmann: *Der Austausch von Akademikern*, S. 61. Weitere statistische Vergleiche des Austauschvolumens in ders.: *German-American Exchanges. Facts and Developments*. Als Arbeitspapier der Fulbright-Kommission vervielfältigt, Bonn 1980, S. 6.

⁸⁶ Vgl. die entsprechende Tabelle in ders.: *Der Austausch von Akademikern*, S. 61.

Ein Blick über den engeren Untersuchungszeitraum dieser Studie hinaus zeigt allerdings, daß die besondere Anziehungskraft der USA auf deutsche Wissenschaftler weiter anhielt. Dies läßt sich am Beispiel des 1979 von der AvHSt eingeführten „Feodor-Lynen-Programms“ verdeutlichen, daß nun auch promovierten deutschen Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit eröffnete, am Institut eines ausländischen „Humboldtianers“ einen Forschungsaufenthalt zu absolvieren. Für den Zeitraum von 1979 bis 1993 konnten auf dieser Basis allein 553 Forschungsstipendien für die USA an westdeutsche Wissenschaftler vergeben werden, gefolgt von den Gastländern Japan (165), Frankreich (32), Kanada (30) und Australien (27). Gemessen an der Gesamtzahl von 933 vergebenen Forschungsstipendien im Rahmen des Feodor-Lynen-Programms handelt es sich bei den USA mit einem Anteil von 59 % um das von bundesdeutschen Nachwuchswissenschaftlern deutlich bevorzugte Gastland.⁸⁷ Demgegenüber vollzog sich der Zustrom amerikanischer Gastwissenschaftler in die Bundesrepublik mit einer Gesamtzahl von 123 im Jahre 1960/61 zunächst auf einem weitaus geringeren Niveau, um anschließend binnen zwölf Jahren auf ein Jahresvolumen von 454 (1973) anzusteigen. Damit entsprachen zwar die absoluten Zahlen nicht denen des deutschen Austauschvolumens, gleichwohl lag die prozentuale Steigerungsrate deutlich höher, was wiederum auf ein auch umgekehrt wachsendes Interesse amerikanischer Wissenschaftler an einem Forschungsaufenthalt in Deutschland schließen läßt.⁸⁸ Diesen Trend bestätigen erneut die Angaben der AvHSt: Zwischen 1953 und 1973 erhielten insgesamt 330 amerikanische Wissenschaftler ein Forschungsstipendium. Eine Zahl, die sich allein in der folgenden Dekade mit 680 Stipendiaten mehr als verdoppeln sollte, was einer Steigerung am Gesamtvolumen aller durch die AvHSt an ausländische Wissenschaftler vergebenen Stipendien von 36,6 % 1973 auf 51,8 % 1983 entsprach.⁸⁹ Damit lösten die USA seit Mitte der 1970er Jahre Japan von der Führungsposition ab.⁹⁰

Obgleich ebenfalls keine verlässliche Gesamtstatistik darüber existiert, welche Fachgebiete den Austausch in den ersten drei Jahrzehnten seines Bestehens besonders dominierten, zeigen die zur Verfügung stehenden Einzelstatistiken, daß bei der Gruppe der Wissenschaftler auf beiden Seiten des Atlantiks die Natur- und Ingenieurwissenschaften mit einem Anteil von mehr als 50 % deutlich überwogen, gefolgt von den Geistes- und Sozialwissenschaften.⁹¹ Bemerkenswerterweise ergibt sich im Fall der Studenten ein umgekehrtes Bild. Hier studierte die Mehrzahl der erfaßten amerikanischen und deutschen Studenten im jeweiligen Gastland eine geistes- oder sozialwissenschaftliche Disziplin, während bis Mitte der 1970er Jahre unter den deutschen Studenten der Anteil von Ingenieur- und Naturwissen-

⁸⁷ Alexander von Humboldt-Stiftung 1953–1993. 40 Jahre im Dienst von Wissenschaft und Forschung, Bonn 1993, S. 160, Grafik 18.

⁸⁸ Littmann: Der Austausch von Akademikern, S. 61.

⁸⁹ Alexander von Humboldt-Stiftung 1953–1993, S. 283, Tabelle 1.

⁹⁰ Ebd., S. 29, Tabelle 6.

⁹¹ Vgl. Littmann: Der Austausch von Akademikern, S. 61, sowie Alexander von Humboldt-Stiftung 1953–1993, S. 160, Grafik 18 (deutsche Forschungsstipendiaten) und Grafik 22 (amerikanische Forschungsstipendiaten).

schaftlern rund 20 % ausmachte und auf Seiten der amerikanischen Studenten lediglich 15 % betrug.⁹²

Welche Schlußfolgerungen lassen sich nun auf Basis der bisherigen Ausführungen für die Entwicklung des akademischen Austauschs zwischen den USA und der Bundesrepublik ziehen? Obgleich dessen Reaktivierung nach 1945 zunächst aus erziehungs- und demokratiepolitischen Motiven erfolgt war, belegt der kontinuierliche Anstieg des Austauschvolumens seit dem Ende der HICOG-Periode im Jahre 1955, daß von diesem Zeitpunkt an die akademischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zunehmend von wissenschaftlichen Beweggründen bestimmt wurden. Einen maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte neben dem Fulbright-Abkommen von 1952 das ein Jahr später abgeschlossene Deutsch-Amerikanische Kulturabkommen. Beide Vertragswerke blieben zwar weiterhin dem Gedanken der Völkerverständigung verpflichtet, doch bot die nun festgeschriebene akademische Partnerschaft der jungen Bundesrepublik die Möglichkeit, nach fast zwei Jahrzehnten der selbstverschuldeten Isolation wieder Anschluß an die internationale Scientific Community zu finden und sich mit den aktuellsten wissenschaftlichen Entwicklungen in den USA vertraut zu machen. Diese hatten im Zuge des Ost-West-Konflikts und speziell nach dem sogenannten Sputnik-Schock von 1957 endgültig die Rolle der führenden westlichen Wissenschaftsnation übernommen, mit – wie die genannten Austauschzahlen belegen – nicht zu unterschätzenden Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland. Zutreffend konstatierte Littmann:

„Der Nachholbedarf gerade für jüngere Wissenschaftler und fortgeschrittene Studenten bestand besonders unter den Deutschen. Unter ihnen galt es für die breiten Gebiete der Natur- und – bald schon mit dem neuen Begriff – Lebenswissenschaften/life science, darunter nach wie vor auch in den jungen Grenzwissenschaften als Qualifikationsmerkmal, einen Teil der wissenschaftlichen Ausbildung in den USA verbracht zu haben; auch in den Sozialwissenschaften – und hier vor allem in den Fächern, die in Amerika als ‚professional education‘ geführt werden, so in der Rechtsvergleichung oder in der Betriebswirtschaft – war der Amerikaaufenthalt häufig von gleichermaßen wissenschaftlichem wie persönlichem Nutzen.“⁹³

Die hier angesprochene USA-Erfahrung deutscher Studenten und Wissenschaftler sollte sich auf die Entwicklung des westdeutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems in zweierlei Hinsicht auswirken: Erstens begann sich seit Ende der fünfziger Jahre die Abwanderung (Brain Drain) deutscher Wissenschaftler in die USA immer deutlicher abzuzeichnen. Die Hauptursache für diesen Trend lag an den als weitaus günstiger empfundenen Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven in den Vereinigten Staaten.⁹⁴ Zweitens führte das Phänomen der Abwanderung, gepaart mit den überwiegend positiven Berichten aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrter Austauschstudenten und –wissenschaftler, seit Anfang der 1960er Jahre bei den in Deutschland für Hochschulfragen verantwortlichen Stel-

⁹² Ebd. In diesem Zusammenhang siehe auch Christian Bode: The Honest Broker: Notizen aus dem deutsch-amerikanischen Austausch, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 29–34, hier S. 32.

⁹³ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 140f.

⁹⁴ Zum Phänomen des „Brain Drain“ in die USA vgl. Kapitel V.3.

len zu einer wachsenden Sensibilisierung im Hinblick auf die Defizite des eigenen Universitäts- und Wissenschaftssystems. Das Resultat war eine in zentralen Bereichen der Hochschulreformdiskussion stetig an Gewicht gewinnende Orientierung an amerikanischen Vorbildern. Damit fungierte der akademische Austausch wie eine unsichtbare, aber um so wirkungsvollere Klammer zwischen den ganz im Zeichen der amerikanischen Umerziehungspolitik stehenden hochschulpolitischen Reformbemühungen der Besatzungszeit und denjenigen Einflüssen amerikanischer Provenienz, die in der Reformperiode der 1960er und 1970er Jahre auf das westdeutsche Universitäts- und Wissenschaftssystem einzuwirken begannen.⁹⁵

2. Das amerikanische Universitäts- und Wissenschaftssystem im Spiegel deutscher Erfahrungsberichte

„Was ist aber nun ‚Austauscherfahrung‘?“ Mit dieser Frage konfrontierte 1965 Martin J. Hillenbrand, der damalige stellvertretende Missionschef der amerikanischen Botschaft in Bonn, seine Zuhörer während einer in Darmstadt gehaltenen Rede zum Thema *Die politischen Aspekte des internationalen Personenaustauschs*. „Man kann sie“, so Hillenbrands anschließende Definition,

„als jenes geschärfte Wahrnehmungsvermögen bezeichnen, das ein Reisender erwirbt, wenn er ein fremdes Land besucht und sein Besuch vorher mit großer Sorgfalt und für einen bestimmten Zweck geplant wurde. Der Austauschbesucher selbst trägt durch die Haltung, mit der er diese Reise unternimmt, am meisten zu ihrem Erfolg bei. Die Wichtigkeit, die er seiner Reise in ein anderes Land beimißt, weckt die Bereitschaft, von seinen Erlebnissen in der neuen Umgebung für seinen Erfahrungsschatz zu profitieren. Dieses Wachsein für neue Eindrücke erstreckt sich nicht nur auf sein eigenes Interessengebiet, sondern macht aus ihm auch einen scharfen Beobachter für alle anderen Dinge, denen er begegnet.“⁹⁶

Damit beschrieb der hohe US-Diplomat zweifelsohne die beiden zentralen Komponenten, aus denen sich eine Austauscherfahrung zusammensetzt, nämlich – übertragen auf den Studenten- und Professorenaustausch – einerseits die unmittelbar akademischen Eindrücke im Gastland und andererseits persönliche Erfahrungen vorwiegend privater Natur. Was das weite Feld nichtakademischer Erfahrungen anbetrifft, handelt es sich hierbei vorwiegend um Impressionen, die sich auf das gesellschaftliche und soziale Gefüge sowie auf die politischen und kulturellen Bedingungen eines Gastlands beziehen. Demgegenüber beruhen die rein akademischen Erfahrungen primär auf solchen Eindrücken, die innerhalb des fremden bzw. als neuartig empfundenen Universitäts- und Wissenschaftssystems gesammelt werden. Beide Erfahrungshorizonte können sich gegenseitig beeinflussen,

⁹⁵ Auf diesen unmittelbaren Zusammenhang von Austausch und Reform verweist auch Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S.143f.; Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform*, S.630f. Einen ersten Versuch der genaueren Erforschung dieser Zusammenhänge bietet: *Professionalisierung und Modernisierung* (DFG-Forschungsprojekt an der Philosophischen Fakultät IV der Humboldt-Universität zu Berlin). Zwischenbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 30.7.1997.

⁹⁶ FAB (o. Nr.), Rede des Gesandten Martin J. Hillenbrand zum 10. Gedenktag der Gründung des Cleveland International Program am 24.10.1965.

müssen aber nicht zwingend deckungsgleich sein. Mit anderen Worten: eine positive Erfahrung mit Land und Leuten muß nicht zwingend bleibende wissenschaftliche Eindrücke nach sich ziehen und umgekehrt. Für die Bewertung von Austauscherfahrung in ihrer gesamten Komplexität ist es daher von fundamentaler Bedeutung, diese beiden Dimensionen zunächst getrennt voneinander zu betrachten.

Im folgenden sollen nun Erfahrungsberichte deutscher Studenten und Wissenschaftler aus den 1950er und 1960er Jahren dahingehend untersucht werden, welche persönlich-privaten und akademischen Eindrücke deren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten hinterließ.⁹⁷ Derartige Berichte sind insofern von immenser Relevanz, als die hierin enthaltenen Beschreibungen nicht nur ein erstes Bild vermitteln, wie das Gastland USA wahrgenommen wurde, sondern eben auch Rückschlüsse darüber zulassen, welchen Einfluß diese Erfahrungen – im Sinne einer multiplikatorischen Wirkung – auf die westdeutsche Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem ausgeübt haben. Es wird die These vertreten, daß die Teilnehmer der diversen akademischen Austauschprogramme als Katalysatoren für den Kultur- und Wissenschaftstransfer von den USA in die Bundesrepublik maßgeblich mitverantwortlich waren und dadurch zu einer „Amerikanisierung“ von Universität und Wissenschaft beitrugen.⁹⁸ „Im Zentrum [der Berichte, S. P.] standen [...]“, wie mit Littmann einer der profiliertesten Kenner des deutsch-amerikanischen Austauschprogramms selbst betont hat, „die akademischen Erfahrungen, der wissenschaftliche Nutzen, die Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung von Strukturen und Leistungsnachweisen in das deutsche Bildungssystem.“⁹⁹

Speziell in diesem Zusammenhang läßt sich eine bemerkenswerte historische Parallele zur umgekehrten Teilgermanisierung der Universität und Wissenschaft in den USA während des 19. Jahrhunderts erkennen. Wir erinnern uns: Auch für den damaligen amerikanischen Reformdiskurs hatten sich die Erfahrungen der aus Deutschland zurückgekehrten Studenten und Wissenschaftler als mitausschlaggebend dafür erwiesen, dem bis dato vorwiegend nach englischem Modell ausgerichteten Collegesystem nachahmenswert erscheinende Elemente des deutschen Universitäts- und Wissenschaftsverständnisses einzuverleiben.¹⁰⁰

Zunächst soll auf die eher nichtakademische Erfahrungsdimension des Austauschs eingegangen werden, die sich aus dem Kontakt mit dem Gastland USA ergaben. Vordergründig erscheinen die hierbei gesammelten Eindrücke aus einer rein wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive nur bedingt aussagekräftig. Gleichwohl waren es gerade die unzähligen privat-persönlichen Impressionen und zwi-

⁹⁷ Zu unterscheiden ist hierbei zwischen dem offiziellen Fragebogen des New Yorker Institute of International Education, dessen Aussagekraft in der Regel einen eher formalen Charakter trägt, und den sehr persönlich gehaltenen Stipendiaten-Berichten, die, mit z.T. höchst illustren Beschreibungen über Land und Leute bzw. das Lernen und Leben an amerikanischen Colleges und Universitäten versehen, an die Bonner Fulbright-Kommission gerichtet waren.

⁹⁸ Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 632.

⁹⁹ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 125.

¹⁰⁰ Vgl. Kapitel I.2.

schenmenschlichen Erlebnisse, die sich besonders prägend auf die Persönlichkeitsstruktur der Stipendiaten auswirkten.

Bereits die Überfahrt in die Vereinigten Staaten hinterließ im Gedächtnis der meisten Teilnehmer tiefe Spuren. Noch bis weit in die 1960er Jahre hinein erfolgte die Atlantiküberquerung per Schiff, bevor düsenbetriebene Langstreckenflugzeuge den interkontinentalen Reiseverkehr sukzessive revolutionierten. Die Skyline von New York und die lautlose Begrüßung durch die mächtige Freiheitsstatue gehörten nach Sichtung zahlreicher Berichte zu den ersten und prägendsten Eindrücken deutscher Stipendiaten. So beschrieb beispielsweise der Jurastudent Friedrich K. Jünger seine Ankunft in den Vereinigten Staaten im Jahre 1955 mit den folgenden Worten:

„Einen Tag, nachdem ich es mir erspart hatte, in dem etwas trübseligen Halifax an Land zu gehen, nach unserer ersten Berührung mit dem anderen Kontinent setzte ich erstmals meinen Fuß auf denselben. Kaum, daß es jemand beachtete, für mich aber war es ein sehr denkwürdiger Augenblick. Trotz der nachfolgenden Zollkontrolle wird mir dieses Gefühl und das Bild der Freiheitsstatue und Manhattan stets in Erinnerung bleiben.“¹⁰¹

Als erste Anlaufstelle in New York fungierte das IIE, dessen Vertreter die deutschen Ankömmlinge am Hafen in Empfang nahmen, diese mit Dollars versahen und deren anschließenden Transfer zu den jeweiligen Studienorten organisierten. Dort angekommen bezogen die deutschen Gäste entweder ein Quartier auf dem Hochschul-Campus oder wurden zur privaten Unterbringung an eine amerikanische Gastfamilie weitervermittelt.¹⁰²

Speziell für die Frühphase des akademischen Austauschs bis zum Ende der 1950er Jahre ist bemerkenswert, wie rasch sich infolge des unmittelbaren Kontakts mit Amerika und den Amerikanern die Verhaltensweisen, aber auch die Umgangssprache der deutschen Gaststudenten veränderten. Binnen weniger Wochen wurden amerikanische Umgangsformen und Lebensgewohnheiten angenommen, die infolge der Militärpräsenz der USA in Deutschland auch die dortige Jugendkultur zunehmend erfaßten.¹⁰³ In einem für die damalige Zeit ungewöhnlich „cool“ verfaßten Schreiben an Heinrich Pfeiffer von der deutschen Fulbright-Kommission berichtete 1954 der damals 24jährige Rigo Thürmer über seine Freizeitaktivitäten als Architekturstudent in Harvard:

¹⁰¹ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Friedrich K. Jünger (25. 11. 1955).

¹⁰² Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 85f.

¹⁰³ Vgl. u. a. Dewey Arthur Browder: *The Impact of the American Presence on Germany and German-American Grass-Roots Relations in Germany, 1950–1960*, Diss. Phil., Louisiana State University, 1987; Kaspar Maase/Gerd Hallenberg/Mel van Elteren: *Amerikanisierung der Alltagskultur? Zur Rezeption US-amerikanischer Populärkultur in der Bundesrepublik und in den Niederlanden*, Hamburg 1992; Kaspar Maase: *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992; Arnold Sywottek: *The Americanization of Everyday Life? Early Trends in Consumer and Leisure-Time Behaviour*, in: Michael Ermarth (Hg.): *America and the Shaping of German Society, 1945–1955*, Providence/Oxford 1993, S. 132–152; Winfried Herget/Werner Kremp/Walter G. Rödel (Hg.): *Nachbar Amerika. 50 Jahre Amerikaner in Rheinland-Pfalz*, Trier 1995; Michael Ermarth: *Fluch oder Segen? Der Einfluß der amerikanischen Populärkultur in der Bundesrepublik*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 2, S. 507–516.

„Ich lebte das Leben eines *good All American boys*, faulenzte am meilenweiten *sandy beach*, segelte, fuhr als Ersatz Wasserski, *did the dishes* [...]. Daneben zeigte ich natürlich auch gewisses Interesse an den Töchtern des Landes, was viel dazu beitrug, die Schönheit der *country-side* zu entdecken. A propos, *girls and dating* (*which I consider is part of the experiment too*) – eine für europäische Ansprüche ziemlich unbefriedigende Sache. Man bekommt von diesen gut herausgemachten *girls* ein Maximum an Provokation mit einem Minimum an *Satisfaction* [...]. Ich bitte Sie, obige *statements als confidential* zu betrachten, ich möchte keinen *trouble* mit der hiesigen Damenwelt... [...]. Sonst lebe ich hier das Leben des normalen amerikanischen Studenten, sammle *both* mit Begeisterung und finanziellen Qualen *Hi-Fi Long Platten*, habe ein FM Radio und einen Wagen (*Pontiac '41 fourdoor Sedan*).“¹⁰⁴

Diese durchaus eigenwilligen Ausführungen bieten nicht nur einen illustrierten Einblick in die mannigfachen Vergnügungen eines deutschen Austauschstudenten während der fünfziger Jahre, sondern zeigen auch mehr als deutlich die besondere Faszination des sogenannten *American Way of Life*.¹⁰⁵

Ein in den Berichten immer wieder hervorgehobenes Phänomen war die als typisch amerikanisch empfundene Eigenschaft, trotz aller kulturellen Indifferenz dem Fremden und hier vor allem den vorbelasteten Deutschen mit größtmöglicher Offenheit zu begegnen. Hierzu schrieb Detlef Baumgärtner, damals Student der Elektrotechnik an der University of Illinois, im Dezember 1954 an die Bonner Fulbright-Kommission:

„Die Amerikaner haben über allem, das muß ich immer wieder betonen, eine großartige Fähigkeit, den Fremden nicht fremd sein zu lassen – zumal uns Deutsche – Sie wissen, wovon ich rede. Was wir immer wieder besonders betonen müssen, ist die ausgezeichnete Art, mit der wir überall innerhalb und außerhalb der Universität aufgenommen werden. Bei aller tatsächlichen Unwissenheit über das Leben fremder Länder [...] hat der Amerikaner hier eine überraschende Offenheit und ‚willingness‘, uns völlig mit in das, wie immer es auch sei, einzubeziehen.“¹⁰⁶

Diese Einbindung in den amerikanischen Alltag hinterließ aber nicht nur bei männlichen Studenten bleibende Eindrücke. Auch für viele Studentinnen entsprach der Aufenthalt in den USA gerade in den ersten Jahren des Austauschprogramms, als die kulturellen wie mentalen Unterschiede zwischen Deutschland und den USA noch drastisch spürbar waren, einer Reise in eine andere Welt. Neben den Errungenschaften der modernen Haushaltstechnik zeigte man sich besonders von der im Vergleich zu Nachkriegsdeutschland weitaus fortgeschritteneren Emanzipation der amerikanischen Frau positiv überrascht. Voller Begeisterung äußerte sich Erika Bürgy, Studentin der Sprachwissenschaften an der Duke University, über ihre 1955/56 in Durham gesammelten Erfahrungen:

„Wie ein kleines Baby ließ ich mich an der Hand führen – und habe nur gestaunt: über die fantastischen Küchen, über die Eisschränke, die Toaster, die dollen Teigmixer, die Waschmaschinen, über die Colonial-Stores, in denen man stundenlang shopping gehen konnte (wenn man nur Geld hätte!) – und über die Autos, in denen man nicht mehr zu schalten braucht. Weiterhin habe ich über die amerikanische Hausfrau gestaunt, die inner-

¹⁰⁴ FAB, FY 54, Reports N-Z (Ordner 770), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Rigo Thürmer (20.11.1954).

¹⁰⁵ Vgl. u. a. Ermarth: Fluch oder Segen, S. 513–516.

¹⁰⁶ FAB, FY 54, Reports A-H (Ordner 778), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Detlef Baumgärtner (4.12.1954).

halb von 10 Minuten ein ganzes Mittagessen aus Büchsen und Schächtelchen herstellen kann – und dann dem ‚husband‘ gnädigerweise das Spülen überläßt. Offengestanden: die amerikanischen Männer tun mir richtig leid – sie stehen aber auch ganz und gar unter der Fuchtel ihrer Frauen.“¹⁰⁷

Neben derartigen Alltagsgeschichten bildete freilich die Beschreibung des Lebens und Lernens auf dem Campus den eigentlichen Schwerpunkt der Erfahrungsberichte. Auch hier zeigt sich, wie andersartig das Studium in den USA im Vergleich zu dem in Deutschland empfunden wurde und welche Umstellungen dies für die Austauschstudenten mit sich brachte. Beinahe alles erwies sich als ungewohnt: Die architektonische Gestalt der Universitäten und Colleges, das Campusleben, der Studienbetrieb und schließlich der lockere Umgang zwischen Lehrenden und Lernenden. „Der Campus“, so der Erlanger Jurastudent Adolf Hofmann im Jahre 1958 über die University of Colorado in Denver,

„ist eine einzigartige Einrichtung. Einmal umfaßt dieser Begriff das Universitätsgelände mit allen Gebäuden, dann aber auch ‚Die Universität‘ mit allem Drum und Dran. Das Gelände, das von Bewässerungsgräben durchzogen wird, hat einen sehr gepflegten und vornehmen, parkartigen Charakter. Zu diesem Bilde trägt auch der Stil der von Natursteinen umkleideten Gebäude bei. Es ist eine Mischung aus spanischen, italienischen und englischen Stilelementen. Mit der Bergkette der ‚Flatirons‘ im Hintergrunde macht so der Campus auf jeden Neuankömmling den gebührenden Eindruck. [...]. Aber nun zum anderen Campusbegriff. Neben dem Studienbetrieb triumphiert ‚social activity‘, das bedeutet das unerhört regsame Klubleben, das Wirken der ‚Fraternities‘ und ‚Sororities‘, die durchaus mit unseren Verbindungen vergleichbar sind. Es gibt eine Theatergruppe mit einem eigenen Theatergebäude. Und dann natürlich die ausgezeichneten Sportmöglichkeiten. Den Mittelpunkt dieser ‚social activities‘ bildet ein Superstudentenhaus, das zum Gedenken an die Gefallenen des letzten Krieges errichtet worden ist. Darin ist wirklich an alles gedacht worden, was ein amerikanisches Studentenherz begehrt. Vom riesigen Ballsaal bis zur automatischen Kegelbahn.“¹⁰⁸

In Deutschland waren mit einem vergleichbaren Freizeitangebot ausgestattete Campus-Universitäten zu diesem Zeitpunkt noch unbekannt. Dort lagen die alten Traditionsuniversitäten, aufgeteilt in zahlreiche Institute und Laboratorien, inmitten von oftmals noch durch Kriegszerstörungen gezeichneten Städten und nicht – wie in den USA zumeist üblich – eingebettet in großzügige Grünflächen auf einem in sich geschlossenen Gelände am Stadtrand oder innerhalb des City-Bereichs.¹⁰⁹ Es ist daher nachvollziehbar, daß die auf einem amerikanischen Campus vorherrschende Atmosphäre einen außergewöhnlichen Reiz ausübte. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Studenten lebte auch auf dem Universitätsgelände, entweder in einem der zahlreichen „Dormitories“ (Studentenwohnheime) oder den „Fraternity-Häusern“ studentischer Verbindungen. Die dadurch vorhandene Bindung an die Universität und deren relative Abgeschlossenheit vom städtischen Trubel wurde insgesamt – speziell was die Studienbedingungen anbetraf – als durch-

¹⁰⁷ FAB, FY 55, Reports L-Z (Ordner 808), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Erika M. Bürgy (10. 6. 1956).

¹⁰⁸ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Adolf H. G. Hofmann (22. 8. 1958).

¹⁰⁹ Vgl. Kapitel IX.

aus vorteilhaft eingestuft.¹¹⁰ So berichtete 1956 der damals einundzwanzigjährige Ernst K. Bernhardt-Kabisch aus Kalifornien:

„Berkeley Campus ist das ideale Muster eines amerikanischen Universitätskomplexes. Viel Licht, viel Rasenfläche, das ganze von einem ‚geistigen Bannkreis‘ umgeben: eine Meile im Umkreis darf kein Alkohol verkauft werden, kein Spirituosengeschäft sich blicken lassen. Es wird dadurch verhütet, daß der Student in Zweifel gerät, mit welcher Art geistiger Getränke er seinen Wissensdurst löschen soll. Daß es ihm an den richtigen Getränken mangeln werde, darum braucht er sich keine Sorgen zu machen. Ich glaube, ich hab in meinem ganzen Leben noch nicht so viel getan, wie in diesem letzten Semester.“¹¹¹

Die sicherlich gravierendste Umstellung für die deutschen Austauschstudenten brachte jedoch das eigentliche Studium mit sich. Gemessen an den traditionellen Studienbedingungen in Deutschland, die dem einzelnen Studenten ein Maximum an Wahlfreiheit und damit Eigenverantwortung zugestanden, wurden die Verhältnisse an amerikanischen Hochschulen in der Regel als äußerst „verschult“ empfunden. An Hand der gesichteten Erfahrungsberichte lassen sich diesbezüglich zwei Positionen voneinander unterscheiden: Ein Teil der Studierenden, interessanterweise eher die Minderheit, bewerteten das amerikanische System nach einer gewissen Umgewöhnungsphase als durchweg positiv, während die Mehrheit die Struktur des Studiums zwar als zu reglementiert ablehnte, aber auch nützliche Nebeneffekte erkannte. Als aus deutscher Perspektive besonders problematisch erwies sich die in den USA übliche Unterteilung des Studiums in eine Undergraduate- bzw. Collegephase, die in der Bundesrepublik eher den letzten beiden Gymnasialjahren entsprach, und den sich hieran anschließenden Graduate Studies, wenn man so will dem eigentlich wissenschaftlich ausgerichteten Hochschulstudium.¹¹² Viele Studierende hatten ihr Studium an der jeweiligen Gastuniversität zunächst mit einer gewissen Unbedarftheit aufgenommen und sahen sich dann

¹¹⁰ Über die gegenseitig befruchtende Atmosphäre in einem solchen „Dormitory“ während seines Aufenthalts als Fulbright-Student in Yale 1954/55 schrieb der spätere Präsident der Universität Regensburg Hans Bungert: Rückblick, in: *The Summer Funnel* (1984), S.3: „Das Leben im dormitory, vor dem der an Privatbuden Gewöhnte Horror gehabt hatte, erwies sich in der Hall of Graduate Studies als angenehm und instruktiv. Zwar dröhnte vom Plattenspieler des Nachbarn jenseits des Korridors bis morgens um 4 Uhr laute Musik, doch waren es Beethovens späte Quartette, durch die sich der heutige Mathematikprofessor am M.I.T. beim Arbeiten inspirieren ließ. Die Gespräche bei Teepausen zwischen 22 und 23 Uhr oder bei einem kurzen Drink nach dem Abendessen eröffneten Blicke in andere Fächer und hielten das Interesse am politischen Geschehen wach. Jeder lernte von den anderen, und es entstanden Freundschaften, die fort dauern.“

¹¹¹ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Bericht an die Fulbright-Kommission über den Studienaufenthalt in den USA von Ernst K. Bernhardt-Kabisch (1956).

¹¹² Vgl. hierzu FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Theodor K. Boddenberg (Dezember 1956): „Im Ganzen fühlt man sich im College auf ein gutes Gymnasium zurückversetzt, obwohl es sehr schwer ist, die beiden verschiedenen Erziehungssysteme überhaupt zu vergleichen. [...] Der Vergleich mit einer europäischen Universität ist selbstverständlich fehlt am Platze, da wissenschaftliche Forschung überhaupt nicht angestrebt wird. [...] In anderer Hinsicht erscheint mir das College als eine sehr nützliche Einrichtung. Während der Bruch zwischen Oberschule und Hochschule bei uns sehr abrupt ist und der Student sich erst nach ein bis zwei Semestern in die andersgearteten Verhältnisse eingelebt hat, bildet hier das College eine organische Verbindung zwischen High School und graduate studies.“

plötzlich mit einer ungewohnten Situation konfrontiert. „Da ich vorher nicht genügend aufgeklärt war [...]“, so berichtet beispielsweise Edith Helga Wollner 1954 über ihre ersten studentischen Gehversuche an der Duke University in Bloomington,

„belegte ich 19 Wochenstunden, was für deutsche Verhältnisse nicht überwältigend ist. [...]. Ich konnte nicht ganz verstehen, warum alle Amerikaner, denen ich meinen Stundenplan zeigte ganz entsetzt waren, bis ich nach drei Tagen selbst darauf kam und in den folgenden Wochen und selbst heute noch dafür büßen muß. Ich hatte ja keine Ahnung, daß man hier, im Gegensatz zu Deutschland, für jede Vorlesungsstunde ca. 100 Seiten zu lesen hat, ganz abgesehen von den Term Papers und den Forschungsarbeiten, die ein Graduate Student schreiben muß.“¹¹³

Gleichfalls überrascht von den ungewohnten Anforderungen in Berkeley zeigte sich der Jurastudent Patrick W. Herbst im Februar 1958. Sein Bericht beinhaltet eine bemerkenswerte Gegenüberstellung des amerikanischen und deutschen Hochschulsystems:

„Was mich hier zunächst besonders überraschte, das war der forsche Betrieb an der Law School. Das ist wirklich kein Vergleich mit unserem und vielleicht wäre es gut, diesen Unterschied zukünftigen Anwärtern auf ein Graduate School Scholarship klarzumachen. Es werden von Tag zu Tag ‚assignments‘ aufgegeben: das heißt, man muß eine bestimmte Anzahl Entscheidungen in jedem Fach lesen und der Unterricht beschränkt sich auf eine Diskussion des Gelesenen. Dabei wird meist ‚abgefragt‘, um den Fleiß der Studenten zu überprüfen. Allsemesterlich – in vielen Fächern öfters – gibt es Prüfungen. Auf den ersten Blick mag dieses System für den deutschen Jurastudenten, gewöhnt an die völlige Freiheit im Lernen oder Nichtlernen, etwas seltsam anmuten. Und doch: ist unser System wirklich effektiv, ein System, in dem der neue Student oft mehr oder weniger hilflos in den ersten Semestern herumschwimmt, um dann ein Jahr lang – und oft mehr – den täglichen Gang zum Repetitor anzutreten? Ich bin überzeugt, daß unser System auf die Dauer unhaltbar sein wird, weil es auf einer hohlen Voraussetzung beruht, der Erziehung zum wissenschaftlichen Denken.“¹¹⁴

Deutlicher konnte die Kritik am traditionellen Aufbau, ja den Inhalten des Studiums in Deutschland nicht formuliert werden. Selbstverständlich gab es in dieser Frage aber auch ganz andere Stimmen. So betonte 1955 der damals einundzwanzigjährige Journalistikstudent Heiko Engelkes, später einer der profiliertesten Auslandskorrespondenten des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD), im offiziellen Fragebogen des IIE: „The more mechanical way of studying here can not always be adapted to the wider background and experience of foreign students and it might keep them away from more successfull studies on other levels [...].“¹¹⁵ Stellvertretend für viele seiner Kommilitonen machte auch ein namentlich nicht genannter deutscher Theologiestudent in der von der Fulbright-Kommission herausgegebenen Zeitschrift „The Funnel“ auf die seiner Ansicht nach gravierenden Nachteile des amerikanischen Systems aufmerksam:

¹¹³ FAB, FY 54, Reports N-Z (Ordner 770), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Edith Helga Wollner (6. 12. 1954).

¹¹⁴ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Patrick W. Herbst (Februar 1958).

¹¹⁵ FAB, FY 54, Reports A-H (Ordner 778), Institute of International Education. First Report, Academic Year 1954–1955: Mr. Heiko Engelkes (24.2. 1955).

„Was mir in Amerika wirklich am wenigsten zusagte, war das Schulsystem an der Universität. Die freie geistige Entfaltung des einzelnen Studenten muß unter einem solchen System von requirements leiden. Die Qualität der Arbeit wird weitgehend durch Quantität ersetzt. Ich bin fest davon überzeugt, daß der durchschnittliche deutsche Theologiestudent weit hinter der von seinem amerikanischen Kollegen während seines Studiums gelesenen Seitenzahl zurückbleibt. Dafür aber wird der deutsche Student in der systematischen Durchdringung des Stoffes meistens seinem amerikanischen Kollegen überlegen sein.“¹¹⁶

Allerdings mußten auch die Kritiker des amerikanischen Studiensystems zugestehen, daß der schulmäßige Lehr- und Lernbetrieb die eine oder andere positive Nebenwirkung mit sich bringen konnte. Tatsächlich nötigte die ständige Belastung mit Haus- und Prüfungsaufgaben den amerikanischen Studenten zu einer intensiven und vor allem rationellen Arbeitsweise. Trotz des häufig beklagten Abgleitens in eine gewisse Oberflächlichkeit wurde diese Arbeitsform von vielen deutschen Austauschstudenten für den weiteren persönlichen und akademischen Werdegang als eine wertvolle Erfahrung empfunden.¹¹⁷

Weitere Positiveffekte, die sich aus dem stark reglementierten und kontrollierten Studium an amerikanischen Hochschulen ergaben, waren der Unterricht in relativ kleinen „Klassen“ und der damit einhergehende persönliche Kontakt zu den Professoren, der durch das gemeinsame Leben von Lehrenden und Lernenden auf dem Campusgelände noch zusätzlich gefördert wurde. So berichtete Jörg K. Hoensch im Dezember 1959 aus Berkeley:

„In der Annahme, daß der amerikanische Student noch nicht reif genug ist, um für seine menschliche Entwicklung voll verantwortlich zu sein, werden ihm viele unserer ‚akademischen Freiheiten‘ abgesprochen. Er gewinnt aber dadurch: den engen Kontakt zu seinem Professor, der nicht nur Lehrer, sondern auch Erzieher ist, der ihm nicht nur einen Teil der Verantwortung auf dem Studiengebiet abnimmt, sondern auch an seinem persönlichen Ergehen großen Anteil nimmt. Und deshalb ist der amerikanische Professor nicht der gefürchtete Halbgott, ein Typ, den man noch manchmal an unseren Universitäten antrifft, und den

¹¹⁶ Zitiert aus *The Funnel*, Vol. 4, No. 2 (November 1958), S. 18f. Zur oftmals durchaus ambivalenten Kritik am amerikanischen Studiensystem vgl. auch *The Funnel*, o. Nr. (1955), S. 37: „Die Art, wie hier studiert wird, mutet den Deutschen zunächst etwas eigenartig an. Zu jeder Vorlesung müssen gewisse Stücke, Kapitel oder Bücher gelesen werden, die dann behandelt werden. [...]. Das zugrundeliegende Prinzip scheint mir sehr richtig zu sein; man kennt immer den Stoff, der behandelt wird. Das Motiv für die Methode jedoch ist weniger erfreulich; die Studenten sind unselbständig, müssen also zur Arbeit gezwungen werden; zwingt man sie nicht, so glauben sie tatsächlich, nicht genug Wissen für ihr Geld geliefert zu bekommen. Auch das Ergebnis ist merkwürdig; einerseits wird sehr oft die Bewältigung eines so großen Lesestoffs verlangt, daß nur die allerwenigsten auch der überdurchschnittlich begabten Studenten ihn wirklich geistig verarbeiten können. Außerdem werden in vielen Kursen so zahlreiche Autoren behandelt, daß man am Ende kaum eine leise Ahnung vom Ganzen hat, von tieferer Kenntnis des Einzelnen ganz zu schweigen.“

¹¹⁷ Vgl. exemplarisch FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Norbert Altenhofer (16. 8. 1961): „Ich nehme an, daß ich nicht der einzige bin, dem die Umstellung auf das amerikanische Studiensystem sehr sauer geworden ist – das Niveau am German Department in Harvard entsprach dem einer guten deutschen Universität; was die Quantität der Anforderungen betrifft, so habe ich in den vergangenen beiden Semestern mehr papers [...], reports [...] und exams [...] hinter mich gebracht als in meiner gesamten akademischen Laufbahn; man lernt mit einem Mal, intensiv und rationell zu arbeiten.“

der Student in Deutschland außerhalb der Vorlesung erst im höheren Semester im Seminar (und bei der großen Studentenzahl auch da nicht mehr) kennenlernt, zu dem er aber persönlich – es sei den als ‚Intimus‘, kaum Kontakt hat. [...]. Dies ist ja gerade das Beglückende an der Arbeit hier, dieser enge Kontakt mit dem Adviser und den anderen Professoren des Departments.“¹¹⁸

Tatsächlich zählte für die Mehrheit der deutschen Austauschstudenten neben dem eigentlichen „Campus Life“ das enge Miteinander zwischen Lehrenden und Lernenden zu den nachhaltigsten Eindrücken ihres USA-Aufenthalts. Es kann daher nicht verwundern, daß gerade in diesem Punkt von studentischer Seite mit Blick auf die Verhältnisse an deutschen Universitäten immer wieder dringender Reformbedarf angemahnt wurde. Diesbezüglich bemerkte der 1956 in Princeton studierende Klaus Hartke in seinem Erfahrungsbericht:

„Ein wirklich offenes Wort des Lobes gebührt allen meinen Professoren und Dozenten hier. Ich habe während meiner Studienzeit in Deutschland noch niemals eine Atmosphäre gefunden, die so auf gegenseitiges Verstehen und gegenseitige Hilfe aufgebaut war wie hier in Princeton. Man kann es immer wieder beobachten, daß Studenten mit den nebensächlichsten Fragen an ihre Professoren herantreten und dennoch eine befriedigende Auskunft erhalten. Wenn auch eine solche Vertraulichkeit wegen der Arbeitsüberlastung der deutschen Professoren zur Zeit unmöglich erscheint, so liegt in einer Vermehrung der Lehrstühle doch eine der vordringlichen Aufgaben einer Hochschulreform. Allgemein sind aber die gegenseitige Hilfe, die unbedingte Offenheit, die Fairness im Wettstreit miteinander usw. Eigenschaften, um die man Amerika wirklich beneiden möchte und von denen mancher Deutscher sehr viel lernen könnte.“¹¹⁹

Und auch Kurt Markert, 1957 Student der Rechtswissenschaften an der New York University, forderte in seinem Bericht einen an amerikanischen Verhältnissen ausgerichteten sozialen Klimawechsel an den deutschen Universitäten:

„Was sehr angenehm berührt, ist das Verhältnis zwischen Dozenten und Studenten an den amerikanischen Universitäten. Hier können wir zweifellos noch manches lernen. Ein persönliches Gespräch mit dem Professor ist hier nicht wie bei uns die Ausnahme, sondern die Regel. NYU Law School veranstaltet einmal in der Woche einen Tee für Professoren und Studenten. Dies ist eine wirkliche vorbildliche Einrichtung, die es verdient bei uns an den deutschen Universitäten eingeführt zu werden.“¹²⁰

Wie die hier zitierten Passagen aus den Berichten deutscher Fulbright-Stipendiaten zeigen, wurde das Gefühl, an einer amerikanischen Universität wirklich in den akademischen Betrieb eingebunden zu sein und mit den Professoren und Dozenten wenigstens auf menschlicher Ebene auf einer Augenhöhe zu verkehren, als eine Erfahrung empfunden, die den Austauschstudenten die soziale Rückständigkeit des heimischen Hochschulbetriebs immer wieder deutlich machte.¹²¹

¹¹⁸ FAB, FY 59, Student Reports (Ordner 930), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Jörg K. Hoensch (15.12.1959).

¹¹⁹ The Funnel, Vol. 2, No. 4 (Februar 1957).

¹²⁰ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Kurt E. Market (Februar 1958).

¹²¹ Vgl. hierzu exemplarisch FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Ernst K. Bernhardt-Kabisch (1956); FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Horst Johann Lorenzen (9.4.1958); FAB, Reports 1960-1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Klaus Grebe (1960).

Zu einer bemerkenswerten Stellungnahme führte das günstigere quantitative und soziale Verhältnis von Professoren und Studenten in den USA bei einem jungen deutschen Doktoranden, der sich während seines Aufenthalts an der Harvard University 1955/56 zur Anfertigung einer Dissertation über das Thema *John Adams' Europabild und die Prinzipien seiner Außenpolitik* entschlossen hatte. In seinem Bericht bezog sich der damals 26jährige Richard E. Beinhorn auf Schilderungen der sogenannten Harvard-Gruppe um George Ticknor, Edward Everett, Joseph Cogswell und George Bancroft, deren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland gesammelte Universitäts- und Wissenschaftserfahrungen in Harvard eifrig rezipiert worden waren.¹²²

„In diesem term bin ich in Prof. William L. Langers Seminar, in das im Höchstfall nur zehn Leute aufgenommen werden. Das ermöglicht ein sehr intensives und präzises Training, das einen an die weniger vollen deutschen Universitäten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts denken läßt, in denen man diese Ausbildungsweise kennenlernte. Es gibt kuriose Aufzeichnungen amerikanischer Studenten, in denen sie beispielsweise genau Räumlichkeit, Verteilung von Tischen und Stühlen etc. notieren, um den magischen Geist des deutschen Seminars einzufangen und über den Atlantik zu nehmen.“¹²³

Die indirekte Botschaft dieses Berichts war eindeutig: Nun seien deutsche Studenten ihrerseits gezwungen, über den Atlantik zu reisen, um an amerikanischen Hochschulen das wieder zu finden, was ehemals in den USA als herausragendes Qualitätsmerkmal der deutschen Universität gegolten hatte. Diese beachtliche historische Reflexionsebene unterscheidet Beinhorns Bericht von den Schilderungen der Mehrheit seiner damaligen Kommilitonen, die in der Regel allein die aktuelle Vorbildhaftigkeit des amerikanischen Systems sahen, ohne sich mit dessen vormaligen deutschen Wurzeln auseinanderzusetzen.¹²⁴ Nichtsdestotrotz verwies auch Beinhorn in seinem Bericht auf einen Vorzug des amerikanischen Systems, der als typisch für den angelsächsischen Kulturraum betrachtet werden kann. Gemeint ist die speziell in den USA besonders ausgeprägte Verbindung von Wissenschaft und Praxis durch die Integration außeruniversitärer Spezialisten in den Lehrbetrieb:

„Bei Prof. Elliot (Government) hatte ich ein Seminar über gegenwärtige amerikanische Außenpolitik mit sehr interessanten Konsultanten aus Washington, z. B. Mr. Amory, dem Stellvertreter von A.[llan] Dulles [...], dem kanadischen Botschafter, hohen Beamten des State Department, einem General des Verteidigungsministeriums etc. Dieser enge Kontakt zwischen Wissenschaft und Praxis ist sehr eindrucksvoll.“¹²⁵

Beinhorn sprach hier ein Spezifikum des amerikanischen Wissenschaftsverständnisses an. Seit der Entstehung eines modernen Universitätswesens im ausgehenden 19. Jahrhundert hatte sich immer wieder gezeigt, daß die Grenzen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in den USA weitaus durchlässiger und gegenseitig be-

¹²² Vgl. Kapitel I.2.

¹²³ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Richard E. Beinhorn (26. 2. 1956).

¹²⁴ Zur ehemaligen deutschen Vorbildfunktion vgl. u. a. Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 65–102; Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 185–194; Turner: Humboldt in North America?, S. 289–312, hier S. 292 und S. 302; sowie hier Kapitel I.2.

¹²⁵ FAB, FY 55, Reports A-K (Ordner 807), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Richard E. Beinhorn (26. 2. 1956).

fruchtender als in Deutschland waren. Anstatt die universitäre Lehre als alleinige Domäne der Professorenschaft anzusehen, bestand in den USA seit jeher das Bemühen, gezielt außeruniversitären Sachverstand aus den Bereichen Kultur, Politik und Wirtschaft an die Hochschulen zu bringen. Dabei beschränkte sich dieses Bestreben nicht allein auf Gastvorlesungen oder befristete Gastprofessuren. Das Beispiel General Eisenhowers, der zwischen seiner militärischen und politischen Karriere das Amt des Präsidenten der Columbia University bekleidete, oder des ursprünglich in Harvard lehrenden, deutschstämmigen Politikwissenschaftlers Henry Kissinger, der unter Präsident Richard Nixon zum Außenminister avancierte, belegt die spezifische Offenheit des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs.¹²⁶

Von grundlegender Bedeutung ist schließlich die Frage, wie in den studentischen Erfahrungsberichten die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung an amerikanischen Hochschulen beurteilt wurde. Insgesamt betrachtet stellen in diesem Zusammenhang dezidiert negative Einschätzungen eher die Ausnahme dar. Beispielsweise bestritt Manfred Werner, 1960/61 Student der Elektrotechnik am Carnegie Institute of Technology, in seinem Bericht die wissenschaftliche Führungsrolle der USA. Diese Haltung ist insofern außergewöhnlich, als gerade die von Werner gewählte Disziplin eine amerikanische Spitzenposition vermuten ließe. „Von jeher“, wie Werner in seinem Bericht einleitend betonte,

„galten die Staaten, landläufiger gesagt Amerika, für den Europäer als das Land des Fortschritts, der ungestümen Entwicklung. [...] Alle diese Überlegungen zwingen einem das Bild höchster technischer Perfektion auf, das von Pressemeldungen durchaus bestätigt wird. Der ‚Ideenfluß‘ ist nach amerikanischen Untersuchungen zur Zeit eindeutig von den USA nach Europa gerichtet. Um diesen hohen technischen Stand aufrecht erhalten und ausbauen zu können, so schließt man weiter, müssen auch hervorragende Hochschulen vorhanden sein. Mit diesen großen Erwartungen unternimmt man die große Reise und erlebt die zwangsläufige Enttäuschung.“¹²⁷

Hieran anschließend verwies Werner zu Recht auf einen Aspekt, der die Diskussion um die Vorbildhaftigkeit des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems bis in die heutige Zeit bestimmt und zugleich verzerrt. Es ist dies die Frage nach der durchschnittlichen Qualität amerikanischer Universitäten. Mit anderen Worten: Kann der Großteil der amerikanischen Hochschulen mit dem unbestreitbar hohen wissenschaftlichen Niveau international renommierter Spitzenuniversitäten wie Harvard, Princeton, Yale, Stanford oder dem MIT überhaupt mithalten? „Bei dieser Fragestellung“, so Werners denkwürdiges Fazit,

¹²⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang exemplarisch die biographischen Arbeiten von Robert F. Burk: Dwight D. Eisenhower. Hero and Politician, Boston 1986; Joann P. Krieg: Dwight D. Eisenhower. Soldier, President, Statesman, New York 1987; Henry J. Gwiazda: Dwight D. Eisenhower, Washington 1995; Jeffry R. Bendel: Scholar versus Statesman. The Record of Henry Kissinger, Ann Arbor/MI 1982; Edith J. Fresco-Kautsky: Henry A. Kissinger. Historiker und Staatsmann, Köln u. a. 1983; Robert D. Schulzinger: Henry Kissinger. Doctor of Diplomacy, New York 1989; Jussi M. Hanhimäki: The Flawed Architect. Henry Kissinger and American Foreign Policy, New York 2004.

¹²⁷ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Manfred Werner (15.11.1961).

„schneidet zweifellos das deutsche System besser ab, erst recht, wenn man den finanziellen Aufwand betrachtet. Nur die großen ‚Schulkonzerne‘ – wie das MIT z. B. – können sich die zahlreichen guten Fachkräfte leisten, die die Aufteilung in kleinere Klassen und Seminare erfordern. Die meisten, die nicht so finanzkräftig sind, aber vergleichsweise zu Deutschland doch weitaus größere Geldbeträge zur Verfügung haben, besitzen nur zweitrangige ‚Lehrer‘. [...] Aber selbst wenn man vom Hochschulbetrieb etwas enttäuscht wird, lohnt sich doch der Aufenthalt im Ausland, ganz besonders in einem so wichtigen und bedeutenden Lande wie den USA.“¹²⁸

Weniger enttäuscht, aber nicht minder kritisch, zeigte sich der 25jährige Jura-student Helmut von Krise aufgrund seiner 1960/61 an der Tulane University in Louisiana gesammelten Eindrücke. Sein Hauptkritikpunkt galt ebenfalls der Qualität des universitären Lehrkörpers. Trotz des im Vergleich zu Deutschland günstigeren Verhältnisses von Lehrenden und Lernenden (1:20) vermißte Krise bei seinen amerikanischen Professoren in erster Linie das notwendige wissenschaftliche Niveau. Diese seien zwar „fast durchweg sehr gute Lehrer, jedoch nur in einigen Fällen sehr anregende Wissenschaftler“.¹²⁹ Mit dieser Einschätzung war eine Kehrseite des schulmäßigen Lehrbetriebs deutlich angesprochen worden. Nichtsdestotrotz mußte auch von Krise ein wenig neidvoll zugestehen: „Die Arbeitsbedingungen in der Law School sind für deutsche Verhältnisse außerordentlich erfreulich. Man bekommt einen eigenen Arbeitsplatz und kann darauf sämtliche benötigten Bücher stehen lassen, ohne sie gestohlen zu bekommen.“¹³⁰

Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Austauschstudenten äußerte sich allerdings höchst zufrieden mit der Qualität der ihnen in den Vereinigten Staaten gebotenen Ausbildung. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß es sich in den meisten Fällen um eine bewußt aus wissenschaftlichen Erwägungen heraus getroffene Entscheidung handelte, den eigenen akademischen Erfahrungshorizont durch einen Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten zu bereichern. Hauptmotiv für eine solche Entscheidung war in der Regel das Erlernen neuer Forschungsmethoden und -ansätze, die als besonders innovativ und zukunftsweisend galten. Zudem boten die immer wieder auch von Rückkehrern gepriesenen Arbeitsbedingungen an amerikanischen Universitäten die Möglichkeit, das erlernte im Rahmen eigener Forschungen zu vertiefen. Ganz in diesem Sinne vermerkte 1956 der spätere Ordinarius für Soziologie an der Universität Heidelberg, Mario Rainer Lepsius, in einem Fragebogen des IIE über seinen Aufenthalt an der Columbia University in New York:

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Helmut von Krise (Mai 1961).

¹³⁰ Ebd. Zu einem ähnlich gemischten Urteil kam fünf Jahre zuvor ein deutscher Physikstudent am Georgia Institute of Technology. Vgl. hierzu FAB, FY 55, Reports A–K (Ordner 807), Bericht an die Fulbright-Kommission über den Studienaufenthalt in den USA von Randolf Hartmann (Dezember 1955): „Meine bisher an einer amerikanischen Hochschule gewonnenen Eindrücke sind recht unterschiedlich. Begeistert war ich über die Möglichkeiten, die dem Studierenden durch technisch vorzüglich eingerichtete Institute geboten werden. Die Anforderungen an den akademischen Lehrer scheinen aber von den unseren zum Teil verschieden zu sein.“

„I received at Columbia a very thorough training in sociological theory and methodology, which was my wish to get. The Department at Columbia is for that purpose outstanding and my expectations have been completely fulfilled. I regard this training as basic for my future work in sociology and I am therefore extremely happy that I had the chance to come to Columbia.“¹³¹

Ausgezeichnete Bedingungen für sein Studium der Wirtschaftswissenschaften fand auch Karl Wilhelm Roskamp im Jahre 1955 an der University of Michigan in Ann Arbor vor. „Es steht uns“, wie Roskamp lobend feststellte, „eine ausgezeichnete Fachbibliothek zur Verfügung, die Seminare sind ausgezeichnet eingerichtet. Die deutschen Universitäten werden viel aufholen müssen, wenn wir mit den hiesigen Statistischen Seminaren gleichziehen wollen.“¹³² Zudem konstatierte Roskamp eine für seine Disziplin in den USA typische methodische Vielfalt und Praxisnähe, die sich wohltuend von den eher verkrusteten Verhältnissen in Deutschland absetze:

„Es wird an den amerikanischen Universitäten weniger Theorie in den Wirtschaftswissenschaften im Sinne der Dogmengeschichte betrieben als in Deutschland. Hier versucht man brauchbare Methoden für die Wirtschaftspolitik zu erarbeiten, während wir uns in Deutschland zu oft in den philosophischen Feinheiten verlieren.“¹³³

Vergleichbare Einschätzungen und Stellungnahmen finden sich quer durch alle wissenschaftlichen Disziplinen.¹³⁴ Das subjektive Empfinden, in den USA eine weniger theorielastige Ausbildung auf sehr hohem Niveau zu erhalten, bezog sich auch auf solche Wissenschaftsbereiche, für die ein Studium an einer amerikanischen Hochschule auf den ersten Blick nicht zwingend nötig erschien. Beispielsweise unterrichtete nach ihrer Rückkehr aus den USA im Januar 1962 Beatrice Müller-Hansen die Fulbright-Kommission über die in ihren Augen ausgezeichneten Studienbedingungen im Fach Musikwissenschaft an der Brandeis University:

„Dieses ist wohl die größte Überraschung für europäische Musikstudenten in den Vereinigten Staaten: daß ihnen die Möglichkeit eines detaillierten und umfassenden Musikstudiums – einer vollwertigen Hochschulausbildung entsprechend – geboten wird. Das Studium der Musikwissenschaft, das hierzulande [in der BRD, S. P.] von den Hochschulen verbannt ist und, als die einzige musikalische Disziplin der Universität, auf dem Olymp der philosophischen Fakultäten ein etwas einsames Leben führt, vereinigt sich dort an den amerikanischen Colleges und Universitäten auf glücklichste Weise mit dem künstlerisch-praktischen Studium.“¹³⁵

Die überwiegende Mehrheit der hier vorgestellten Erfahrungsberichte konnte exemplarisch verdeutlichen, daß der in den USA absolvierte Studienaufenthalt als

¹³¹ FAB, FY 55, Reports L-Z (Ordner 808), Institute of International Education. Second Report, Academic Year 1955–1956: Mr. Mario Rainer Lepsius (9. 4. 1956).

¹³² FAB, FY 54, Reports N-Z (Ordner 770), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Karl Roskamp (27. 12. 1955).

¹³³ Ebd.

¹³⁴ In ähnlicher Weise kritisierte z.B. auch ein in Princeton studierender Politikwissenschaftler die Verhältnisse in Deutschland. Vgl. hierzu FAB, FY 55, Reports L-Z (Ordner 808), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Herwig Springer (10. 12. 1955): „Meine Vorlesungen sind ausgezeichnet und hochinteressant. [...] Hier gibt es kein Philosophieren in fernen Regionen, aus denen von Zeit zu Zeit geistige Ergüsse in unpersönlichen Vorlesungen angeboten werden.“

¹³⁵ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Beatrice Müller-Hansen (Januar 1962).

wichtige, ja sogar notwendige Ergänzung des Studiums in der Heimat betrachtet wurde, von der man sich zudem einen entscheidenden Impuls für den eigenen akademischen bzw. beruflichen Werdegang versprach. In diesem Punkt besteht erneut eine bemerkenswerte historische Parallele zu den rund 10 000 amerikanischen Studenten, die im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts an deutsche Universitäten geströmt waren. Damals galt – wie oben dargelegt werden konnte – für zahlreiche Disziplinen, d.h. sowohl in den klassischen Geistes- als auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, ein Studienaufenthalt in Deutschland bzw. ein an einer deutschen Universität erworbener akademischer Grad als entscheidendes Qualitäts- und Qualifikationsmerkmal für eine berufliche Karriere in den Vereinigten Staaten. Viele der damaligen amerikanischen Universitätsprofessoren waren nicht zuletzt aufgrund ihres Studiums an einer deutschen Universität berufen bzw. ernannt worden.¹³⁶ Nach 1945 hatte sich dieser Trend eindeutig zugunsten des Wissenschaftsstandorts USA umgekehrt. Ganz in diesem Sinne urteilte Kurt Händler 1954 über sein eben erst aufgenommenes Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Cornell University:

„Mein Hauptinteresse hier gilt der Fortführung meiner sozialpolitischen Studien bei Prof. R. E. Montgomery (Labor Economis). Es ist sehr aufschlußreich für mich, auf diesem Gebiet mit den amerikanischen Forschungen aus erster Hand vertraut zu werden. [...] Zum Abschluß dieses Berichts glaube ich, auch wenn ich noch nicht sehr lange hier bin, doch heute schon sagen zu können, daß mir mein Aufenthalt in den Vereinigten Staaten auch studienmäßig einen bedeutenden Gewinn bringen wird.“¹³⁷

Noch deutlicher beantwortete ein Jahr später der Jurastudent Friedrich-Wilhelm Albrecht die Frage nach der Bedeutung seines Studienaufenthalts an der University of Michigan für seinen späteren beruflichen Werdegang:

„Through my studies of American law especially Trade Regulations, I got not only a general idea of the common law system, its way of thinking and deciding questions, but also I learned to understand the structure of American political and economical structure. These understandings will be of great value for me for an academical career. It will enable me to do further research work in the field of comparative law and the problems of Trade regulations.“¹³⁸

Unabhängig von derart methodisch-thematischen Aspekten faszinierte die akademischen USA-Reisenden auch die Art und Weise, *wie* Wissenschaft in den USA

¹³⁶ Vgl. hier Kapitel I.2.

¹³⁷ FAB, FY 54, Reports A–H (Ordner 778), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Kurt Händler (1.12.1954).

¹³⁸ FAB, FY 54, Reports A–H (Ordner 778), Institute of International Education. First Report, Academic Year 1954–1955: Mr. Friedrich-Wilhelm Albrecht (22.5.1955). Vgl. in diesem Zusammenhang auch FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Bernhard Langhammer (23.8.1961): „Infolge meines verspäteten Eintreffens war es mir leider nicht gestattet [...] für einen MBA zu arbeiten. Trotzdem möchte ich sagen, daß die von mir belegten Kurse für mich sehr gewinnbringend waren. Gerade mein Studienfach – Betriebswirtschaft – wird ja sehr von amerikanischen Ideen und Entwicklungen beeinflusst. Wenn sich vielleicht auch der Erfolg des in den USA angeeigneten Wissens nicht unmittelbar niederschlagen wird, so bin ich jedoch überzeugt, daß es in der Zukunft von sehr großem Wert für mich sein wird. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß die erworbenen Kenntnisse zweifellos sehr wertvoll bei der Fortsetzung meines Studiums in Berlin sein werden.“

betrieben wurde. Während hierzulande ein noch äußerst traditioneller, d. h. primär auf den individuellen Leistungen des Einzelnen beruhendes Wissenschaftsethos galt, herrschte an amerikanischen Universitäten seit längerem das Prinzip des „Team Work“ vor. Das bedeutete, daß sowohl auf inner- wie interdisziplinärer Ebene das gemeinsame Arbeiten im Rahmen einer Gruppe als *die* probate Form der Forschung betrachtet wurde. Die eigentliche Besonderheit des „Team Work“ amerikanischer Ausprägung bestand in dem damit verbundenen Team-Geist, also dem kollegialen und weitgehend gleichberechtigten Miteinander aller an einem Projekt beteiligten Wissenschaftler. Diesbezüglich berichtete 1956 ein deutscher Student aus Princeton:

„Die Arbeitsweise zeigt gegenüber dem wissenschaftlichen Betrieb in Deutschland recht charakteristische Unterschiede. Schon äußerlich fällt auf, daß die Türen zu den Zimmern der verschiedenen Wissenschaftler meistens weit geöffnet sind. Gegenseitige Besuche werden nicht als störend empfunden, sondern gleich zu lebhaften Diskussionen ausgenutzt. Überhaupt spielt die Diskussion und damit verbunden die Gemeinschaftsarbeit eine viel größere Rolle als bei uns in Deutschland [...]. Man findet deshalb auch die meisten Wissenschaftler zu allen Tageszeiten und deshalb häufig auch an den Sonn- und Feiertagen in den Instituten, während in Deutschland die meisten Hochschullehrer ihre wissenschaftlichen Arbeiten hauptsächlich zu Hause in der stillen Atmosphäre des eigenen Studierzimmers durchführen.“¹³⁹

Es war nicht zuletzt die Summe aus all diesen Erfahrungen, die den Wissenschaftsstandort USA aus westdeutscher Perspektive bereits in den fünfziger Jahren als besonders attraktiv erscheinen ließ. In der Bundesrepublik fungierten die Rückkehrer mit ihrem in Übersee gesammelten Erfahrungsschatz als wichtige Multiplikatoren. So animierten ihre Berichte weitere Studenten zu einem Studienaufenthalt an einer amerikanischen Hochschule, wie beispielsweise der Erlanger Jurastudent Adolf Hofmann im August 1958 vermerkte:

„Nach meiner Rückkehr wurde ich oft gefragt, ob ich diesen Aufenthalt in Boulder all des Aufwandes an Zeit und Geld für wert erachte; ob ich es nochmals tun würde, wenn ich vor die Wahl gestellt würde. Darauf kann die Antwort nur lauten: Ja! Noch nie in meinem Leben habe ich so viel Neues in so kurzer Zeit erlebt und gelernt. All mein zukünftiges Denken, Arbeiten und Entscheiden dürfte davon sehr beeinflusst werden.“¹⁴⁰

Daß die Eindrücke der nach Deutschland zurückgekehrten Studenten und Wissenschaftler dort auf reges Interesse stießen, belegen zudem zwei von der Fulbright-Kommission veranstaltete Tagungen, die im Winter 1955 und 1956 in Goslar stattfanden. Das Ziel dieser beiden speziell unter dem Gesichtspunkt der Auslandserfahrung abgehaltenen Tagungen war es, die Vielzahl der in Amerika gesammelten Einzeleindrücke ehemaliger Fulbright-Stipendiaten zusammenzutragen. Dabei widmeten sich mehrere aus Professoren, Nachwuchswissenschaftlern und Studenten bestehende Arbeitsgruppen verschiedenen Teilaspekten des Amerikaaufenthalts. Im Zentrum standen hierbei vor allem Erfahrungen mit der amerikanischen Kultur bzw. dem American Way of Life, dem Wirtschafts- und

¹³⁹ Zitiert nach The Funnel 4 (1956), S. 32.

¹⁴⁰ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Adolf Hofmann (22. 8. 1958).

Hochschulsystem der USA sowie – ein ganz entscheidender Aspekt – die Auswirkungen des Amerikaaufenthalts auf das Deutschlandbild der Stipendiaten.

Die dem Tagungsplenum schließlich vorgelegten Arbeitsberichte bestätigen im wesentlichen das Bild, das bereits aus den individuellen Schilderungen der Studenten gewonnen werden konnte. Als charakteristische Vorzüge des amerikanischen Hochschulsystems wurden neben der sehr guten Studentenbetreuung und dem Prinzip des „Team Work“ auch der enge persönliche Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden angeführt.¹⁴¹ Mit Blick auf die Verhältnisse an deutschen Universitäten hieß es im Abschlußbericht der ersten Goslaer Tagung vom 25.–27. November 1955: „Es schiene erstrebenswert, wenn eine gewisse Angleichung der Haltung des deutschen Dozenten an die charakterisierte Einstellung des amerikanischen Hochschullehrers erreicht würde, wie dies in den ersten Nachkriegsjahren schon einmal sich anzubahnen schien.“¹⁴² Bemerkenswert ist an diesem Postulat der dezidierte Verweis auf die unmittelbare Nachkriegszeit. Konkret gemeint waren damit wohl die gescheiterten Bemühungen der US-Besatzungsmacht, durch die Übertragung einzelner Elemente des amerikanischen Hochschulsystems zu einer Demokratisierung und Enthierarchisierung des deutschen Hochschulwesens beizutragen.¹⁴³ Trotz der in den ersten Nachkriegsjahren als eher restriktiv zu bezeichnenden Haltung der deutschen Universitäten gegenüber den damaligen amerikanischen Reformansätzen zeigt dieses Zitat aus dem Goslaer Tagungsbericht von 1955, daß infolge des akademischen Austauschs mit den USA ähnliche, wenn nicht sogar identische Forderungen von deutscher Seite aufgestellt wurden.¹⁴⁴

Der zweite Goslaer Tagungsbericht vom Dezember 1956 widmete sich u. a. der Stellung des amerikanischen Universitätsdozenten. Die für diesen Themenbereich zuständige Arbeitsgruppe bestand aus 18 namentlich nicht genannten ehemaligen Fulbright ‚Grantees‘, d. h. Dozenten und Professoren, die als Mediziner, Naturwissenschaftler, Juristen oder Geisteswissenschaftler im Studienjahr 1955/56 an verschiedenen amerikanischen Universitäten, Colleges und Forschungsinstituten tätig gewesen waren. Auch dieser Bericht stellt einen eindrucksvollen Beleg für die seit Mitte der 1950er Jahre innerhalb der jungen deutschen Wissenschaftlergeneration immer deutlicher werdende Orientierung am amerikanischen Universitäts-

¹⁴¹ Siehe hierzu FAB (o. Nr.), United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany (Fulbright-Kommission): Erfahrungsberichte der deutschen Professoren, Dozenten, Jungakademiker und Studenten, die im akademischen Jahr 1954/55 in den Vereinigten Staaten weilten und an der im November 1955 in Goslar abgehaltenen Tagung teilnahmen (Dezember 1955), S. 14f. Über das engere Verhältnis von Studenten und Professoren an amerikanischen Universitäten heißt es dort: „Ohne Ansehen der im Einzelfall unterschiedlichen geistigen Fähigkeiten des Studenten ist die Grundhaltung des Professors ihm gegenüber die einer unbedingten Anerkennung der Persönlichkeit. Die zwanglose Form im Umgang zwischen Lehrenden und Lernenden, die keine Standesunterschiede kennt, ist der sichtbare Ausdruck dieser Grundhaltung (unbehinderter Zugang zum Professor, gemeinsame Geselligkeiten, gemeinsamer Sport). Dabei muß festgestellt werden, daß durch dieses fast freundschaftliche Verhältnis die Autorität des Professors keineswegs leidet“ (ebd., S. 17).

¹⁴² Ebd., S. 18.

¹⁴³ Vgl. Kapitel II.

¹⁴⁴ Vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel VI. und VII.

und Wissenschaftssystem dar. Obgleich in Goslar keine direkte Kritik an den Verhältnissen in Deutschland geübt wurde, darf die fast durchweg positive Schilderung der Lehr- und Forschungsbedingungen sowie der Karrierechancen in den Vereinigten Staaten als eine zumindest indirekte Forderung nach einer „Amerikanisierung“ des westdeutschen Hochschulbetriebs gewertet werden:

„Die Beobachtungen in den verschiedenen Disziplinen haben übereinstimmend ergeben, daß im Gegensatz zu Deutschland qualifizierte Kräfte schon vor der Promotion zur Lehrfähigkeit herangezogen werden können. Diese Lehrfähigkeit ist etwa zu vergleichen mit der, die von promovierten Assistenten in Deutschland wahrgenommen wird. Eine Habilitation zum Erwerb der Lehrfähigkeit besteht nicht. [...] Der weitere akademische Aufstieg ist nicht von einer Prüfung, sondern von der Bewährung durch Forschung und Lehre abhängig. Dadurch ergeben sich für den Begabtennachwuchs schnellere Aufstiegsmöglichkeiten. Dieser Vorteil wird noch durch das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Planstellen für Assistant-, Associate- und Full-Professors verstärkt. In dieser Skala der akademischen Lehre kennt man keine so scharfe rangmäßige Abgrenzung, wie sie aus deutschen Verhältnissen uns geläufig sind. Hierin spiegelt sich die relative Zwanglosigkeit der amerikanischen Gesellschaft wider.“¹⁴⁵

Obgleich bereits den hier vorgestellten studentischen Erfahrungsberichten ein ausgeprägtes Urteilsvermögen hinsichtlich der Vor- und Nachteile des deutschen wie amerikanischen Hochschulsystems attestiert werden kann, steht außer Frage, daß den entsprechenden Einschätzungen von Nachwuchswissenschaftlern und Professoren ein weitaus größeres Gewicht beizumessen ist. Es war zuallererst diese Personengruppe, die auf professioneller Ebene in den Forschungs- und Lehrbetrieb beider Systeme eingebunden war und demzufolge noch deutlichere Bewertungen vornehmen konnte, auch wenn diese – wie die beiden Goslarer Tagungsberichte gezeigt haben – in den zentralen Punkten mit den studentischen Urteilen korrespondierten.

Als das mit Abstand vordringlichste Motiv für einen USA-Aufenthalt darf bei der Gruppe der Wissenschaftler die Möglichkeit angesehen werden, sich unmittelbar vor Ort über aktuelle Forschungs- und Lehrmethoden zu informieren. Wie schon mehrfach erwähnt, hatten sich die Vereinigten Staaten infolge des Zweiten Weltkrieges und des sich anschließenden Ost-West-Konflikts in beinahe allen Fachgebieten zu *dem* wissenschaftlichen „Mekka“ innerhalb der westlichen Hemisphäre entwickelt. Neben der akademischen Emigration aus Europa, die zu einem enormen Wissenstransfer von der „Alten“ in die „Neue Welt“ geführt hatte, war es nach 1945 auch die wissenschaftliche Konkurrenzstellung zur Sowjetunion gewesen, die den Aufstieg der USA zur führenden westlichen Wissenschaftsnation mitbegründete.¹⁴⁶ Parallel zu dieser rasanten Entwicklung hatte Deutschland seine Rolle als internationales Wissenschaftszentrum weitgehend eingebüßt. Statt dessen bestand hierzulande in vielen Wissenschaftsbereichen ein enormer Nachholbedarf.¹⁴⁷ Besonders spürbar war der nach 1945 vorhandene Rückstand in den

¹⁴⁵ FAB (o. Nr.), United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany (Fulbright-Kommission): Diskussionsbeiträge zurückgekehrter deutscher Fulbright-Stipendiaten, Goslar, 30. November bis 2. Dezember 1956 (Januar 1957), S. 1.

¹⁴⁶ Vgl. Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 160–168.

¹⁴⁷ Vgl. Müller: Geschichte der Universität, S. 101; Ellwein: Die deutsche Universität, S. 237f.

Natur- und Ingenieurwissenschaften, aber auch in der Medizin, Teilen der Jurisprudenz, den Wirtschaftswissenschaften sowie den Geistes- und Sozialwissenschaften. Neue und innovative Forschungsmethoden, so schien es, wurden vornehmlich an amerikanischen Universitäten entwickelt. Aus der Sicht eines westdeutschen Wissenschaftlers war deshalb ein Aufenthalt in den USA, wenn er über die aktuellsten wissenschaftlichen Standards in seiner Disziplin unterrichtet sein wollte, von grundlegender Bedeutung.¹⁴⁸ In diesem Zusammenhang erhielt auch die Teilnahme an wissenschaftlichen Fachkongressen in Übersee einen im Vergleich zur Vorkriegszeit immer größeren Stellenwert. So betonte Ende 1956 der damalige Direktor des Bonner Instituts für Phytopathology, Hans Blunck, nach seiner Rückkehr von einer viermonatigen USA-Reise, auf der Blunck auch an einem internationalen Entomologenkongreß im kanadischen Montréal teilgenommen hatte, in seinem abschließenden Bericht an die Fulbright-Kommission:

„Das Fehlen der meisten unserer bedeutendsten und bekanntesten Forscher und Lehrer aus der angewandten Entomologie [...] wurde vielfach als unverständlich vermerkt. Ich selbst halte ihr Fernbleiben für einen schweren Fehler. Es sollte bereits bekannt sein, daß wir die Spitzenstellung, die wir in Deutschland bis in die Zeit der Naziregierung in der angewandten Entomologie mit den USA teilten, inzwischen verloren haben [...]. Die auf dem Montrealer Kongreß und fast noch mehr auf meinen anschließenden Reisen durch die USA und Canada gesammelten Erfahrungen besagen, daß wir von Nordamerika bereits noch weit stärker überflügelt sind, als mir bis dahin bekannt war. Das Gleiche gilt für andere Gebiete der angewandten Biologie, vor allem auch für die Viruskunde. Es ist ein grober Irrtum, anzunehmen, das Studium des wissenschaftlichen Schrifttums genüge um uns auf dem Laufenden zu halten.“¹⁴⁹

Was den Zustand der entomologischen Forschung in der Bundesrepublik anbetraf, sah es der Bonner Professor als einen geradezu unglaublichen Zustand an, daß das einzige in dieser Richtung arbeitende deutsche Institut in Darmstadt im Vergleich zu den amerikanischen Großlaboratorien nicht einmal über ein eigenes Gewächshaus zur Anzucht der notwendigen Versuchspflanzen verfügte. Statt dessen mußten die benötigten Pflanzen während der Wintermonate hinter einem schlichten Kellerfenster herangezogen werden.¹⁵⁰ „Schlimmer noch ist“, so Blunck weiter, „daß der dortige Leiter sich jahrelang vergeblich um die Genehmigung einer Reise in die USA zwecks Besichtigung der einschlägigen Institute und damit um Schaffung einer unerläßlichen Voraussetzung der Fruchtbarkeit seiner Arbeit bemühen mußte.“¹⁵¹ Noch drastischer konnte aus Sicht eines deutschen Ordinarius der wissenschaftliche Vorsprung der USA und die damit verbundene Notwendigkeit von Forschungs- und Informationsreisen dorthin kaum betont werden.

Vergleichbare Äußerungen hinsichtlich der wissenschaftlichen Führungsrolle der USA finden sich in zahlreichen Berichten, speziell aus der Feder jüngerer Nachwuchswissenschaftler. Während sich, wie von Blunck kritisiert, führende deutsche Gelehrte der zumeist älteren Generation bewußt oder unbewußt nicht aktiv am wissenschaftlichen Diskurs mit den USA beteiligten, galt dies bei der ersten Nach-

¹⁴⁸ Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 106 und S. 124f.

¹⁴⁹ FAB, FY 56, Reports (Ordner 846), Bericht über eine Studienreise nach Nordamerika von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Blunck (o. Datum).

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Ebd.

kriegsgeneration bereits als notwendiger Bestandteil der eigenen Fortbildung. „Sinn meines Aufenthalts sollte sein“, wie beispielsweise der Mediziner Heribert Weigand nach seiner Rückkehr aus den USA im Jahre 1957 erläuterte, „mich mit denjenigen Methoden vertraut zu machen und Erfahrungen zu sammeln, die in Deutschland nur erst theoretisch bekannt sind, aber mangels Möglichkeit noch nicht [...] allgemein angewandt werden können.“¹⁵² Und nur ein Jahr später betonte Albrecht Dold, damals Assistent am Institut für Mathematik der Universität Heidelberg und anschließend – nach einer zweijährigen Tätigkeit als Assistant- und Associate-Professor an der Columbia University – seit 1963 ebendort auch Ordinarius:

„Mein Aufenthalt in Princeton und Chicago hat sich für meine mathematische Ausbildung als außerordentlich lohnend erwiesen. In vielen Vorlesungen und Seminaren und noch mehr in Diskussionen und Gesprächen konnte ich mich über die neuesten Entwicklungen in der Mathematik informieren. Das Institute for Advanced Study zusammen mit dem Mathematics Department der Universität machen Princeton gewissermaßen zum mathematischen Zentrum der Welt.“¹⁵³

Daß diese USA-Orientierung nicht nur für den Bereich der Naturwissenschaften oder Medizin galt, zeigt das Beispiel des 1998 verstorbenen Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann, der als geistiger Vater der sogenannten Systemtheorie zu den führenden Sozialwissenschaftlern der Bundesrepublik zählte. Der Jurist Luhmann war nach Abschluß seines Studiums zunächst als Assistent am Oberverwaltungsgericht Lüneburg und dann im niedersächsischen Kultusministerium tätig gewesen, bevor er mit Anfang dreißig ein Stipendium für ein Studium der Verwaltungswissenschaften in Harvard erhielt. Die dort gesammelten wissenschaftlichen Erfahrungen und vor allem der Kontakt mit dem amerikanischen Soziologen Talcott Parsons prägten Luhmanns spätere akademische Karriere als Soziologe.¹⁵⁴ In einem Brief an den DAAD schrieb Luhmann im Juli 1961:

„Nach Abschluß meines Studiums an der Harvard Universität, Graduate School of Public Administration (GSPA), möchte ich Ihnen über meine Erfahrungen berichten. Ich bin mit einigen Vorkenntnissen und ziemlich ausgearbeiteten Interessen auf Spezialgebieten, insb. im Bereich der Organisationstheorie, der theoretischen Soziologie und der Sozialpsychologie an die Harvard Universität gegangen. [...]. Ein volles Programm für den Master-Titel hätte mir die Verfolgung meiner eigenen Anliegen nahezu unmöglich gemacht. [...]. Ich habe deshalb in jedem Semester nur das Mindestmaß an Kursen und Seminaren formell belegt, darunter jeweils einen Reading Course mit Prof. [Carl Joachim] Friedrich bzw. Prof. [Talcott] Parsons ohne Examensverpflichtung. So hatte ich genügend Zeit für mein Vorhaben, konnte im wesentlichen die neueste Literatur in meinen Interessensgebieten durcharbeiten und meine Gedanken zur Soziologie der Verwaltungsorganisation weiter entwickeln in einer Weise, die in Deutschland aus Zeit- und Literaturgründen nie möglich gewesen wäre. Wo ich Fragen hatte, ergaben sich genug Diskussionsmöglichkeiten mit Professoren außerhalb des formellen Lehrplans. Insbesondere entwickelte sich im letzten Semester ein fruchtbares Verhältnis zum Soziologen Prof. Parsons, das ich fortzuführen hoffe.“¹⁵⁵

Ein Jahr nach Luhmanns Bericht an den DAAD begründete auch Carl-Christian von Weizsäcker, damals wissenschaftlicher Assistent bei der DFG und später Or-

¹⁵² Zitiert nach The Funnel, Vol. 3, No. 2 (November 1957), S. 34.

¹⁵³ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Bericht über meinen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten von Albrecht Dold (10. 5. 1958).

¹⁵⁴ Vgl. Detlef Horster: Niklas Luhmann, München 1997, S. 29–35.

¹⁵⁵ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Schreiben Niklas Luhmanns an den Deutschen Akademischen Austauschdienst vom 19. 7. 1961.

dinarius für Volkswirtschaftslehre in Köln, seinen an die Fulbright-Kommission gestellten Antrag auf Gewährung eines Reisekostenstipendiums für die USA mit dem dortigen Standard empirischer Forschungsmethoden. Konkret ging es Weizsäcker um die Untersuchung des Einflusses bildungspolitischer Maßnahmen auf das ökonomische Wachstum von Industrieländern. Die unmittelbare Beschäftigung mit dem in den USA diesbezüglich entwickelten methodischen Instrumentarium schien aus Weizsäckers Sicht für die erfolgreiche wissenschaftliche Behandlung dieses Themas unabdingbar:

„So far as I can see in the United States one has developed the most efficient methods for empirical research in the field of economics of education. So for my objectives it is necessary to spend one year or more in the United States for working together with specialists in the economics of education and growth.“¹⁵⁶

Aber nicht nur den deutschen bzw. internationalen Gastwissenschaftlern wurde die amerikanische Spitzenposition in Forschung und Lehre nach 1945 immer bewußter. Gelegentlich ließen amerikanische Wissenschaftler diese Überlegenheit auch ihre Gäste deutlich spüren, wie 1956 ein namentlich nicht genannter deutscher Visiting Scholar in „The Funnel“ zu berichten wußte:

„Andererseits stießen wir jedoch in der Universität auf eine recht abstoßende Überheblichkeit. Äußerungen von Professoren, wie ‚America nowadays is the cultural Mecca of the world‘ oder ‚The American educational system nowadays is the best in the world‘ wurden [...] in unserer Gruppe mit begreiflichem Befremden aufgenommen.“¹⁵⁷

Allerdings bildeten derartige Überheblichkeiten eher die Ausnahme. Vielmehr läßt sich feststellen, daß gerade unter den westdeutschen Gastwissenschaftlern darüber reflektiert wurde, welche Ursachen für die wissenschaftliche Führungsrolle der USA ausschlaggebend seien. Ein unter dieser Fragestellung besonders aufschlußreiches Dokument stellt der Erfahrungsbericht des damaligen Göttinger Privatdozenten und seit 1960 ebendort lehrenden Ordinarius für Theoretische Physik Gerhart Lüders vom März 1958 dar. Wegen seines wissenschaftsgeschichtlichen Reflektionsniveaus veranschaulicht dieser Bericht auf eindrucksvolle Weise das Dilemma, in dem sich die deutsche Wissenschaft nach 1945 befand. Zudem verweisen Lüders' Ausführungen zu den universitären und wissenschaftsorganisatorischen Struktur-

¹⁵⁶ FAB, Research Lecturer Ri-Z, 1962–1963 (Ordner 585), United States Educational Commission in the Federal Republik of Germany. Application for a Fulbright Travel Grant to Lecture or to Advanced Research in the United States. Name of applicant: Carl Christian von Weizsäcker (22.4.1962). Über die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen während seines Aufenthalts an der Columbia University 1956 schrieb auch der damalige Assistent am Münchner Amerika-Institut und spätere Professor für Anglo-Amerikanische Geschichte an der Universität zu Köln Erich Angermann: „Columbia University was selected partly for the distinction of its scholars teaching American history, partly because of the facilities available in both its library and in the Public Library [...]. I was extended all facilities and privileges of research I wanted, so that the arrangement seems to me perfectly satisfactory. Both all officials and private persons to whom I talked were utterly kind and helpful“ (FAB, FY 56, Reports [Ordner 846], Conference Board of Associated Research Councils. Report Requested of Visiting Fulbright Scholars. Name: Erich Angermann [17.1.1957]).

¹⁵⁷ The Funnel, June 1956, S. 22.

unterschieden zwischen beiden Ländern bereits auf den kurze Zeit später in der Bundesrepublik einsetzenden Hochschulreformdiskurs:

„Das folgende Problem hat mich vor meiner Amerikareise, während meines Aufenthalts und hinterher besonders beschäftigt: Was sind die Gründe für die gegenwärtige Überlegenheit der amerikanischen Physik gegenüber der deutschen (und, mit verschiedenem Gewicht der europäischen)? Die Schwerpunktverschiebung, die stattgefunden hat, drückt sich beispielsweise darin aus, daß in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren die vielleicht bedeutendste physikalische Zeitschrift in der Welt die deutsche *Zeitschrift für Physik* war, während es heute eindeutig das amerikanische *Physical Review* ist. Man kann die bedeutende Rolle, die die amerikanische Physik heute spielt, sicher nicht einfach mit den größeren finanziellen Mitteln erklären; auch die Emigration vieler der besten deutschen Physiker, insbesondere theoretischer Physiker, in den dreißiger Jahren liefert nur eine teilweise Erklärung. Vor ein paar Jahren hatte ich Gelegenheit, mit dem in Italien gebürtigen und später in Chicago lebenden Physiker Prof. Fermi über dieses Problem zu sprechen; er sagte ‚When I was young the big force was in Germany; now it is in the United States‘. Es ist mir nicht gelungen, die Frage nach den Gründen für die Überlegenheit der amerikanischen Physik wirklich zu beantworten; ich möchte jedoch ein paar Beobachtungen zu ihr festhalten. Es scheint mir, daß die amerikanische Organisation von Forschung und Lehre für die Entwicklung der Physik, wenigstens in ihrem gegenwärtigen Stadium günstiger ist. Statt einer Zersplitterung in kleine selbstständige Institute und damit der weitgehenden Isolierung wissenschaftlich schöpferischer Persönlichkeiten findet man Physics Departments ohne scharf abgrenzende innere Struktur. Gleichzeitig hat man vielfach wesentlich mehr Stellen für jüngere und ältere Physiker [...]. Das Stellensystem scheint weniger starr zu sein; hinzu kommen die (nicht verpflanzbaren) freieren Umgangsformen, die den Dienstrang weniger entscheidend machen als menschliche und wissenschaftliche Qualitäten.“¹⁵⁸

Die an amerikanischen Hochschulen übliche Departmentstruktur war für Lüders somit *eine* Hauptursache für den wissenschaftlichen Erfolg der USA. Wie noch darzulegen sein wird, ließen nicht zuletzt solche Berichte in der Bundesrepublik die Forderung immer lauter werden, die traditionellen Institutsstrukturen durch Departments nach amerikanischem Vorbild zu ersetzen.¹⁵⁹ Dabei handelte es sich um ein Postulat, das – wir erinnern uns – bereits während der Besatzungszeit von amerikanischen Bildungsreformern wie Karsen, Cottrell und Paty aufgestellt und von Remigranten wie Bergstraesser, Fraenkel oder Voegelin bei der Gründung amerika- bzw. politikwissenschaftlicher Institute an deutschen Universitäten teilweise auch umgesetzt worden war.¹⁶⁰ Wie das Beispiel Lüders' zeigt, erhielt dieser Reformansatz durch die aus den USA zurückkehrenden Gastwissenschaftler seit Mitte der 1950er Jahre neuen Auftrieb, ja eine vollkommen andere Dimension. Der entscheidende Vorteil des Departmentsystems war das diesem innewohnende Prinzip der „Kollegialität“ („Team Work“). Das Gefühl, als vollwertiges Mitglied eines Departments behandelt zu werden und nicht – wie an deutschen Universitäten damals noch weitverbreitet – als bloßer Handlanger eines allmächtigen Institutsleiters zu fungieren, stieß aus nachvollziehbaren Gründen gerade bei jungen Nachwuchswissenschaftlern auf fruchtbare Resonanz. Auch dieser Aspekt sollte im Rahmen der um 1960 einsetzenden Hochschulreformdebatte im Verlangen nach Abschaffung der Habilitation und der Einführung des sogenannten Assis-

¹⁵⁸ FAB, FY 56, Reports (Ordner 846), Erfahrungsbericht von Gerhart Lüders an die Fulbright-Kommission (März 1958), S.2.

¹⁵⁹ Vgl. Kapitel VII.2.

¹⁶⁰ Vgl. Kapitel II.6., IV.2. und IV.3.

tenzprofessors nach dem Vorbild des amerikanischen Assistant Professor münden – doch hierzu später mehr.¹⁶¹

Für eine adäquate qualitative Bewertung des akademischen Austauschs mit den Vereinigten Staaten ist schließlich die Frage von zentraler Bedeutung, welchen Einfluß der Aufenthalt in Übersee auf die weitere wissenschaftliche Tätigkeit der deutschen Gastwissenschaftler dem eigenen Bekunden nach hatte.¹⁶² Auch in dieser Hinsicht vermitteln die Erfahrungsberichte im Berliner Fulbright-Archiv einen repräsentativen Eindruck. Insgesamt betrachtet überwogen klar die positiven Einschätzungen. Beispielsweise betonte der Mainzer Ordinarius für Anglistik und Amerikanistik Hans Galinsky im Oktober 1955, daß es das dezidierte Ziel seines knapp fünfmonatigen Aufenthalts an den Universitäten von Michigan und Minnesota gewesen sei, sich mit Blick auf den bevorstehenden Ausbau der Amerikanischen Abteilung in Mainz über die in den USA angebotenen American-Studies-Programme zu informieren:

„My project was a very practical one, arising as it did from my teaching and research needs at Mainz university. It meant studying the operation of American Studies Programs, especially their function and significance in American university education. I wanted to have before me some model by which to go in my attempts to expand my own language and literature courses at the University of Mainz into an American Studies Program. [...]. As to the professional benefit derived, I would venture to say that I am now seeing much more clearly the way to be pursued by myself toward my next objective at home, the expanding of my present core curriculum (American language, literature, geography) into a full-fledged American Studies Program.“¹⁶³

Galinskys Ausführungen zeigen, daß die in den Staaten gesammelten Erfahrungen eine wichtige Bereicherung für seine weitere Lehr- und Forschungstätigkeit an der Universität Mainz darstellten. Andere, wie z. B. der Göttinger Mathematikprofessor Wilhelm Klingenberg, prognostizierten bereits vor ihrer Abreise den besonderen Wert eines Amerikaaufenthalts für ihre weitere wissenschaftliche Arbeit. Über die an seine Gastprofessur in Berkeley geknüpften Erwartungen schrieb Klingenberg in seinem an die Fulbright-Kommission gerichteten Antrag auf Gewährung eines Reisekostenstipendiums:

„My stay at Berkeley will give me the possibility to collaborate with some of the leading mathematicians of the world [...] on differential geometry and topology which is the field where I have been doing my research work during recent years. [...]. Working on this problem will enable me to bring back to Göttingen the intimate knowledge of the new methods and results which have been developed during the last few years in the field of geometry and topology as well as the experiences of having taught Mathematics at one of the leading Universities of the U.S.“¹⁶⁴

¹⁶¹ Vgl. Kapitel V.3. und VI.

¹⁶² Zur grundlegenden Bedeutung des Erfahrungsaspekts vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 124–126.

¹⁶³ FAB, FY 54, Reports A–H (Ordner 778), Conference Board of Associated Research Councils. Report Requested of Visiting Fulbright Scholars. Name: Johannes Galinsky (20.10.1955).

¹⁶⁴ FAB, Research Lecturer K–Re, 1962–1963 (Ordner 583), United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany. Application for a Fulbright Travel Grant to Lecture or to Advanced Research in the United States. Name of applicant: Wilhelm Klingenberg (17.11.1961).

In ähnlicher Weise hob 1973 auch Erik W. Grafarend, damals Professor am Institut für Theoretische Geodäsie der Universität Bonn, nach Beendigung seiner Gastprofessur an der Ohio State University hervor, daß sein USA-Aufenthalt nicht nur in methodischer, sondern sogar in didaktischer Hinsicht Spuren hinterlassen habe:

„During my time with The Ohio State University I got a deep insight in the modern developments of geodesy in the USA, especially in the measurement technique of gravity gradients for geodetic purposes. [...]. From my stay in the USA my style of lecturing will be influenced based upon the experiences I had with The Ohio State University. Of course, my lectures in Bonn will benefit from the new geodesy I learned in the USA.“¹⁶⁵

Wie läßt sich die Bedeutung der akademischen USA-Erfahrung bzw. des Austauscherelebnisses in den 1950er und 1960er Jahren adäquat einordnen? Im Vordergrund standen zunächst eher alltägliche Erfahrungen mit dem „American Way of Life“, die gerade auf die Gruppe der Studenten einen äußerst prägenden Einfluß ausübten. Hinzu traten akademische Eindrücke, die aus dem unmittelbaren Kontakt mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem resultierten. Gerade in diesem Zusammenhang war sich die Mehrheit der Studenten und Professoren darüber einig, daß das soziale wie wissenschaftliche Klima an amerikanischen Hochschulen dem an deutschen Universitäten prinzipiell vorzuziehen sei. Zur Begründung wurde neben den ausgezeichneten Arbeits- bzw. Forschungsbedingungen in erster Linie auf die vorbildliche Studienbetreuung und das damit einhergehende bessere quantitative Verhältnis von Lehrenden und Lernenden verwiesen. Auch das für den damaligen deutschen Besucher ungewohnte Leben auf einem Hochschulcampus stieß zumeist auf ein durchweg positives Echo. Folgt man den Schilderungen, dann fanden viele Studenten auf den parkartigen Campusarealen eine Arbeitsatmosphäre vor, die zu überdurchschnittlichen Leistungen animierte.¹⁶⁶ Die wohl größte Umstellung aus studentischer Perspektive verlangte der weitgehend verschulte, wenn auch äußerst praxisbezogene Studienbetrieb an amerikanischen Hochschulen, der mit seinen täglichen Hausaufgaben und regelmäßigen Prüfungen nur wenig Freiraum für individuelle Schwerpunktsetzungen bot. Dennoch wurde die damit einhergehende Arbeitsbelastung nicht selten als Chance betrachtet, sich eine disziplinierte und effiziente Arbeitsweise anzueignen.¹⁶⁷

Auf Seiten der Professoren und Nachwuchswissenschaftler lagen dem Entschluß, für einen gewissen Zeitraum in die USA zu gehen, in den meisten Fällen genau kalkulierte wissenschaftliche Motive zugrunde. Die beinahe alle Disziplinen betreffende Spitzenstellung der amerikanischen Wissenschaft ließ es notwendig erscheinen, sich in den Vereinigten Staaten über neueste methodische Innovationen sowie Themen- und Fragestellungen zu informieren. Gleichzeitig bot die als

¹⁶⁵ FAB, Visiting Scholars, 1971/72 (Ordner 243), Report of Visiting Scholar Erik W. Grafarend (4.4.1973). Exemplarisch auch FAB, Research Lecturer A-C, 1962-1963 (Ordner 581), Schreiben Ernst von Caemmerers an Ulrich Littmann vom 20.8.1963.

¹⁶⁶ Vgl. auch Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.125: „Zu den kritischen Anmerkungen insbesondere der Studenten gehörte bereits die inzwischen übliche Erfahrung, daß man noch nie so viel für das Studium gearbeitet habe – eine Anmerkung, die ebenso häufig auch als positive Erfahrung gilt.“

¹⁶⁷ Ebd.

exzellent empfundene materielle Ausstattung amerikanischer Hochschulen und die dort vorherrschende kollegiale Arbeitsatmosphäre den deutschen Gastwissenschaftlern die Möglichkeit, eigene Forschungsprojekte auf einem in dieser Form in der Bundesrepublik damals kaum vorstellbaren Niveau zu verfolgen. Als besonders positiv und nachahmenswert wurden die von Teamgeist und Gleichberechtigung geprägten Arbeitsbedingungen an den amerikanischen Hochschul-Departments eingeschätzt. Speziell für jüngere Nachwuchswissenschaftler war es eine angenehme Erfahrung, als scheinbar gleichberechtigte Mitglieder des Kollegiums behandelt zu werden und nicht den an deutschen Instituten üblichen hierarchischen Strukturen bzw. Abhängigkeiten ausgesetzt zu sein.

Die Konsequenz aus diesen Erfahrungen war schließlich die in den Berichten immer wiederkehrende Forderung nach einer zumindest teilweisen Angleichung der Verhältnisse an den deutschen Hochschulen an amerikanische Standards. „Im Zentrum [des USA-Aufenthalts, S. P.] standen [...]“, wie es Littmann formuliert hat, „die akademischen Erfahrungen, der wissenschaftliche Nutzen, die Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung von Strukturen und Leistungsnachweisen in das deutsche Bildungswesen.“¹⁶⁸ Tatsächlich wurden die Schilderungen der aus den USA zurückkehrenden Studenten und Wissenschaftler von den in der Bundesrepublik für Hochschul- und Wissenschaftsbelange zuständigen Stellen, d. h. vor allem der Fulbright-Kommission, dem DAAD, der DFG, der AvHSt, der MPG sowie den jeweiligen Kultusministerien, aufmerksam verfolgt und die damit einhergehenden Änderungsvorschläge in zentralen Punkten zu eigen gemacht.¹⁶⁹ Die Teilnehmer des akademischen Austauschs waren somit als Katalysatoren und Multiplikatoren maßgeblich an dem nach 1945 einsetzenden Methoden- und Strukturtransfer von den USA in die Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Ihr Beitrag an den Bemühungen um eine „Amerikanisierung“ der Universität und Wissenschaft kann daher nicht hoch genug eingestuft werden. Hunderte von Studenten, Dozenten und Professoren fungierten nach ihrer Rückkehr nicht nur als Kronzeugen für diejenigen Bildungspolitiker, die eine grundlegende Reform des deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems nach amerikanischem Muster anstrebten, sondern auch als Impulsgeber in ihrer unmittelbaren Umgebung.¹⁷⁰ In diesem Kontext ist freilich auch zu berücksichtigen, daß ein nicht unerheblicher Teil der ehemaligen USA-Stipendiaten später selbst in universitäre oder hochschulpolitisch relevante Schlüsselpositionen aufstieg und dort die in Übersee gesammelten Erfahrungen praktische Bedeutung gewannen. Stellvertretend sei hier auf das Beispiel des im Jahr 2000 verstorbenen Regensburger Ordinarius für Englische Philologie und ehemaligen DGfA- und EAAS-Vorsitzenden Hans Bungert verwiesen, der erstmals 1954/55 als Fulbright-Stipendiat die Vereinigten Staaten besucht hatte. Von 1981 bis 1989 war Bungert zudem Präsident der Universität Regensburg. In einem 1984 für die Zeitschrift „The Funnel“ verfaßten Artikel be-

¹⁶⁸ Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 125.

¹⁶⁹ Vgl. ebd., S. 154; Füssl: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform, S. 631–633.

¹⁷⁰ Vgl. hierzu auch Littmann: Der Austausch von Akademikern, S. 65: „Bemerkenswert ist freilich die Tatsache, daß oft genug die hervorragenden Wissenschaftler auch über ihr Fach hinaus als wesentliche Multiplikatoren in der Wissenschaftsverwaltung und -planung Einfluß haben.“

tonte Bungert rückblickend den nachhaltigen Einfluß der in den USA gesammelten Erfahrungen auf seinen weiteren akademischen Werdegang und die spätere Tätigkeit als Hochschulpräsident:

„Was man, was ich während des Fulbright-Jahres nicht wußte, war, daß hier die Weichen für die eigene berufliche Laufbahn gestellt wurden. Gewiß, ich beendete nach meiner Rückkehr an meine deutsche Universität meine Dissertation über einen englischen Satiriker, für die ich in Yales Bibliothek das Material gefunden hatte. Aber schon die Diplomarbeit, mit der ich das volkswirtschaftliche Studium abschloß, galt einem amerikanischen Gegenstand, der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik. Nach Beginn der Assistentenzeit war die erste Aufsatzpublikation J. D. Salinger gewidmet, den in Europa noch kaum jemand kannte, den in Yale aber jeder Student gelesen hatte. Von Anfang an stand auch fest, daß sich die Habilitationsschrift mit einem Thema aus der amerikanischen Literatur befassen würde. So ergab sich für mich wie für so manche meiner deutschen Kollegen der Weg in die Amerikanistik und in die Amerikastudien aus dem Fulbright-Jahr. Das Land, das man als Stipendiat erlebt hatte, wurde zum Gegenstand der Forschung und Lehre. Zwar folgten zahlreiche weitere Aufenthalte in den USA, doch keiner dieser Aufenthalte brachte so viele und so vielfältige Impulse wie der erste. Als die Bildungsreform begann und als man Aufgaben in der universitären Selbstverwaltung übernahm, konnte man seine eigenen Erfahrungen aus einem anderen Bildungssystem einbringen – nicht indem man dieses nachahmen wollte, sondern indem man von dem eigenen System besser abstrahieren konnte.“¹⁷¹

Weitaus dezidierter als Bungert verwies 2002 auch der Astrophysiker und ehemalige Direktor der MPG und der AvHSt Reimar Lüst anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens des Fulbright-Abkommens auf die fundamentale Bedeutung seiner frühen akademischen USA-Erfahrungen:

„During my stays in Chicago and Princeton [1955, S. P.] I was impressed and influenced by the American way of doing science. [...] My Fulbright year has been the most decisive in my scientific career due to the many contacts that I was able to establish in so short a time. In addition to making contacts, however, I was also able to compare the German and American university systems, and have made a point to introduce aspects of the American system to our German system with the intention of improving it.“¹⁷²

Tatsächlich hat Lüst vor wenigen Jahren als „Spiritus Rector“ („Die Zeit“) und Chairman of the Board of Governors der im Jahre 2001 nach dem Vorbild amerikanischer Campus-Universitäten eröffneten International University Bremen (IUB) (heute Jacobs University) – der zweiten privaten deutschen Universitätsgründung nach Witten-Herdecke 1980¹⁷³ – sein Engagement für eine „Amerikanisierung“ des deutschen Hochschulwesens eindrucksvoll unter Beweis gestellt.¹⁷⁴

¹⁷¹ Bungert: Rückblick, S. 6.

¹⁷² Reimar Lüst: My Personal History with the United States, in: Fulbright-Kommission: Fulbright at Fifty, S. 20. Zur Vorbildfunktion der USA für Lüst vgl. ders.: Laßt uns von Amerika lernen, in: Die Zeit vom 30. 5. 1996.

¹⁷³ Vgl. Konrad Schily: Die Universität Witten/Herdecke – noch immer (?) ein Sonderfall in der deutschen Universitätslandschaft, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 67–86.

¹⁷⁴ Vgl. Michael Schwelien: Good Morning, Bremen!, in: Die Zeit vom 30. 10. 2003. Zur Gründungsgeschichte der IUB vgl. u. a. John B. Boles: The History of International University Bremen: From Idea to Reality, 1997–2001, in: Raymond O. J. Wells Jr. (Hg.): The Founding of International University Bremen: Perspectives for the Twenty-first Century, Bremen 2003, S. 112–158; Max Kaase: Die International University Bremen (IUB) – ein deutsches Hochschulexperiment, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S. 183–202. Zu Lüsts Rolle als Wissenschaftsorganisator vgl. auch Reimar

3. „Brain Drain“: Das Problem der Abwanderung deutscher Wissenschaftler in die USA

Ein bedeutender Nebeneffekt des akademischen Austauschs mit den Vereinigten Staaten war (und ist bis heute) die Abwanderung – der sogenannte Brain Drain – deutscher Wissenschaftler in die USA. Die überwiegend positiven Erfahrungen mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem und das dadurch vermittelte Bild der Vereinigten Staaten als wissenschaftliches „Mekka“ hatte dazu geführt, daß vor allem junge Nachwuchswissenschaftler, die mit den Karriere- bzw. Forschungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik unzufrieden waren, ihr Glück jenseits des Atlantiks suchten. Was aber ist mit dem Begriff des Brain Drain konkret gemeint? Eine brauchbare Definition gab schon 1968 der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Walter Adams im Vorwort einer unter dem Titel *The Brain Drain* veröffentlichten Aufsatzsammlung:

„What is the brain drain? The term itself is loaded, pejorative, suggestive of loss of a vital resource, without compensation. This interpretation is supported by illustrations that seem to show that human capital, as strategic resource, is flowing out of economies where it can make the greatest contribution to human welfare, and into economies already well-supplied with trained, capable, scientific and administrative personal.“¹⁷⁵

Das unangefochtene Epizentrum dieser geistigen Migrationswelle während des hier untersuchten Zeitraums waren die USA. Nirgendwo sonst schienen im Bereich von universitärer Bildung und Forschung derart ausgezeichnete Rahmenbedingungen vorhanden zu sein. In einem 1967 in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“ veröffentlichten Artikel hieß es hierzu:

„Die Qualität und zahlenmäßige Überlegenheit der amerikanischen Wissenschaftler, die Vorzüglichkeit – und in einigen Fällen die Einmaligkeit – vieler Forschungsinstitute der USA, und der durch ihren großen Reichtum ermöglichte finanzielle Anreiz – all dies wirkt dahin, daß Amerika auch weiterhin eine starke Anziehungskraft auf die Talente Europas ausüben wird.“¹⁷⁶

Selbstverständlich handelte es sich im Fall des Brain Drain nicht allein um ein europäisches, sondern um ein globales Phänomen. Allein zwischen 1949 und 1961

Lüst/Paul Nolte: Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte, München 2008.

¹⁷⁵ Walter Adams (Hg.): *The Brain Drain*, New York 1968, S.1.

¹⁷⁶ Austausch von Wissenschaftlern innerhalb Europas, in: DUZ 9 (1967), S.26. Diese Abwanderung wurde selbstverständlich auch als Gefahr für den Wissenschaftsstandort (West-)Europa angesehen: „Europäische Wissenschaftler wandern weiterhin in starkem Maße in die Vereinigten Staaten ab. Wie aus einer Ende August dieses Jahres veröffentlichten Antwort der Europäischen Kommission auf eine Anfrage im Europa-Parlament hervorgeht, verlieren die meisten EWG-Länder jährlich zehn bis 20 Prozent ihrer frisch ausgebildeten Ingenieure. Besonders stark ist der ‚Aderlaß‘ in den Niederlanden, in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Aus Frankreich wandern dagegen weniger Wissenschaftler ab. [...] Diese Einwanderungsbewegung europäischer Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten hat nicht nur für die betroffenen Länder, sondern für den alten Kontinent insgesamt folgenden Effekt: Verlust geistiger Substanz, Verlust kreativer Kräfte und Verlust wertvoller Mitglieder der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Führungsschicht“ (ebd., S.25).

wanderten weltweit rund 43 000 Wissenschaftler und hochqualifizierte Ingenieure in die Vereinigten Staaten ab.¹⁷⁷ Die Mehrzahl stammte aus Asien, gefolgt von Afrika, Südamerika und schließlich (West-)Europa, wo die Bundesrepublik nach Großbritannien durchschnittlich an zweiter Stelle der Herkunftsländer lag.¹⁷⁸

Exakte Zahlen über den quantitativen Gesamtumfang der nach 1945 aus Deutschland ausgewanderten Wissenschaftler liegen nicht vor. In einer im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) 1954 erstellten Erhebung über den Auslandsaufenthalt deutscher Wissenschaftler und Assistenten konnten für den Zeitraum von 1945 bis 1953 insgesamt 32 Universitätsangehörige (davon 17 Ordinarien, 14 Nichtordinarien und ein Gastprofessor) und 15 Mitglieder Technischer Hochschulen (davon zehn Ordinarien, drei Nichtordinarien und zwei Assistenten) ermittelt werden, die – wie es in dem Bericht hieß – „Deutschland ganz verloren gingen“.¹⁷⁹ In dieser Statistik nicht erfaßt waren die Universitäten Berlin (FU), Heidelberg und Tübingen, die zahlenmäßig nicht unerhebliche Gruppe der unmittelbar nach Kriegsende von den Besatzungsmächten zwangsverpflichteten Wissenschaftler und all diejenigen Personen, die unmittelbar nach Erlangung ihres Diploms bzw. nach Abschluß der Promotion den Weg ins Ausland nahmen. Die Dunkelziffer darf somit weitaus höher veranschlagt werden.

Dennoch sind die Ergebnisse des KMK-Berichts hinsichtlich der wissenschaftlichen Attraktivität der USA höchst aufschlußreich. So verließen sechs der angeführten 32 Universitätsangehörigen Deutschland noch vor der Währungsreform 1948, allein fünf davon (allesamt Nichtordinarien) gingen in die USA. Von den restlichen 26 Wissenschaftlern wanderte in der Folgezeit genau die Hälfte (acht Ordinarien und fünf Nichtordinarien) in die Vereinigten Staaten aus, gefolgt von der Schweiz mit drei planmäßigen Professoren.¹⁸⁰ Im Fall der fünfzehn Angehörigen Technischer Universitäten waren insgesamt dreizehn nach Amerika emigriert, davon bemerkenswerterweise allein neun bereits vor der Währungsreform. Zusammengekommen hatten sich damit 74% der in dem damaligen KMK-Bericht erfaßten Wissenschaftler für die Vereinigten Staaten als künftigen Wirkungsort entschieden.¹⁸¹

Einen weiteren, wenn auch gleichfalls lückenhaften Anhaltspunkt hinsichtlich des quantitativen Ausmaßes des frühen Brain Drain in die USA bietet ein 1962 unter dem Titel *Scientific Manpower from Abroad* veröffentlichter Bericht der amerikanischen National Science Foundation.¹⁸² In diesem gibt für den Zeitraum

¹⁷⁷ Vgl. Adams: *The Brain Drain*, S. 1.

¹⁷⁸ Vgl. die Angaben für das Jahr 1962 bei Brinley Thomas: *Modern Migration*, in: Adams: *The Brain Drain*, S. 29–49, hier S. 38 Tabelle III.

¹⁷⁹ BayHStA, MK 68844, Bericht über den Aufenthaltsort deutscher Hochschullehrer und Assistenten vom 22. 2. 1954.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² National Science Foundation: *Scientific Manpower from Abroad*, NSF 62–63, Washington D.C. 1962. Vgl. in diesem Zusammenhang auch BayHStA, MK 68769, Abschrift eines Schreibens der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Washington, an das Auswärtige Amt, Bonn, vom 25. 10. 1962. Betreff: Bericht über die in den Vereinigten Staaten lebenden Wissenschaftler und Ingenieure: „Unter insgesamt 4087 Wissenschaftlern und Ingenieuren, die in den Jahren 1953–1958 unter dem sogenannten ‚First Prefe-

vom 1. Juli 1956 bis zum 30. Juni 1961 eine Tabelle über die Herkunftsländer derjenigen Natur- und Ingenieurwissenschaftler Auskunft, die weder aus den Vereinigten Staaten selbst stammten noch ihre Ausbildung dort erhalten hatten. Von den insgesamt 24 342 in diesem Jahrfünft eingewanderten Wissenschaftlern kamen 2 125 und damit knapp 9% aus Deutschland. Hierbei handelte es sich überwiegend um Ingenieurwissenschaftler (1 506), gefolgt von Chemikern (351), Physikern (170), Mathematikern (30) und sonstigen Naturwissenschaftlern (68).¹⁸³

Folgt man damaligen Schätzungen, so ist davon auszugehen, daß rund 6 000 Naturwissenschaftler und Ingenieure zwischen 1949 und 1966 Deutschland in Richtung USA verließen.¹⁸⁴ Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang noch die sicherlich niedrigere, jedoch nicht näher bekannte Abwanderungsquote in den übrigen wissenschaftlichen Disziplinen, d.h. vor allem in den Geistes-, Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, wird nachvollziehbar, weshalb das Phänomen des Brain Drain in der Bundesrepublik mit zunehmender Sorge beobachtet wurde: Die besten Köpfe schienen dem Land den Rücken zu kehren.¹⁸⁵

Tatsächlich stand man in Westdeutschland nach 1945 vor einem doppelten Dilemma. Wie oben bereits dargelegt, hatten der deutschen Wissenschaft bereits die Vertreibungsmaßnahmen der Nationalsozialisten einen schweren Schlag versetzt. Hinzu kamen die materiellen und personellen Verluste infolge des Krieges, ja der Wegfall ganzer Universitätsstandorte durch die Gebietsabtretungen im Osten (z.B. Breslau, Danzig, Königsberg) und die Teilung Deutschlands in zwei Staaten (z.B. Berlin, Dresden, Leipzig, Greifswald, Halle, Jena, Rostock). Kein europäischer Wissenschaftsstandort hatte nach Kriegsende mit derart gravierenden Problemen zu kämpfen wie die 1949 gegründete Bundesrepublik.¹⁸⁶ Die mit Beginn der fünfziger Jahre einsetzende Abwanderungsbewegung in die USA wog daher um so schwerer. „Besonders bedenklich stimmt dabei [...] die Tatsache“, wie es Klaus Haefner aus der Perspektive des Jahres 1967 formulierte, „daß bevorzugt überdurchschnittliche Kräfte das Land verlassen. Sie sind es, die wissenschaftlich interessante Angebote von guten ausländischen Teams erhalten oder aufgrund ihrer Zeugnisse Stipendien bekommen, um ins Ausland zu gehen.“¹⁸⁷

rence Quota System‘ in die Vereinigten Staaten einwanderten, stehen die deutschen mit 556 Personen an der Spitze. [...]. Unter den 631 Mitgliedern der National Academy of Science wurden 109 Wissenschaftler im Ausland geboren und ausgebildet, 42 wurden im Ausland geboren und genossen ihre Ausbildung in den Vereinigten Staaten. In diesen beiden Gruppen nimmt Deutschland mit 25 Personen den ersten Platz ein.“

¹⁸³ Die Angaben erfolgen hier nach BayHStA, MK 68680 (o. Nr.), Beilage zur Erklärung der Kultusministerkonferenz zur Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland vom 5./6.3.1963 (Statistische Unterlagen), sowie nach Claus Müller-Daehn: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 12/6 (1964), S.233.

¹⁸⁴ Vgl. hierzu die Schätzung von Klaus Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, in: Freiburger Universitätsblätter 18 (1967), S.61.

¹⁸⁵ Vgl. hierzu Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S.151–154.

¹⁸⁶ Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S.637.

¹⁸⁷ Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, S.61.

Schon in den ersten Nachkriegsjahren war ein merkwürdiges Doppelspiel der amerikanischen Besatzungsmacht zu beobachten gewesen, das unter der deutschen Hochschullehrerschaft einen gewissen Unmut hervorgerufen hatte. Dabei ging es um die gezielte Abwerbung insbesondere solcher Wissenschaftler, die kurz zuvor im Zuge der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen aus ihren Ämtern entlassen worden waren. Ein im Februar 1947 in der „Göttinger Universitäts-Zeitung“ unter dem Titel *Einladung in die USA* erschienener Artikel formulierte deshalb den wohl nicht gänzlich abwegigen Verdacht, daß die von amerikanischer Seite angeordneten Entnazifizierungswellen auch dafür genutzt worden seien, bis dato vermeintlich unbescholtene Wissenschaftler gezielt aus Deutschland abzuführen:

„An vielen Hochschulen der angelsächsischen Zonen wurden unmittelbar nach Kriegsende, ohne äußeren Anstoß, die sehr wohl bekannten Aktivisten des Nationalsozialismus ausgeschieden. Es war eine ehrliche Aktion, auf die wir schon lange gewartet hatten. [...] Unter diesem Aspekt wird man uns verzeihen, wenn wir heute das, was unter der Devise ‚Entnazifizierung‘ in letzter Zeit alles an manchen deutschen Hochschulen inszeniert wurde, nur mit offener Entrüstung betrachten können. Nach der oben erwähnten Spontan-Entnazifizierung, die zweifellos die Richtigen traf, blieben viele Hochschullehrer im Amt oder wurden mit Einsetzen der ‚amtlichen‘ Entnazifizierung vorübergehend ihrer Stelle enthoben. Meist handelte es sich um formale ‚Zugehörigkeit‘ zu Verbänden. Sie alle hofften, ihre Tätigkeit fortsetzen und ihre Institute langsam wieder arbeitsfähig machen zu können für Forschung und Lehre. Ein neue Welle solcher ‚amtlichen‘ Entlassungen erfolgte plötzlich zuerst in München (33 Professoren und 60 Assistenten), dann an anderen Orten und nunmehr in Erlangen (76 Professoren und 60 Assistenten und Hilfskräfte). Sie hat sehr ernste Debatten über Sinn und Unsinn der Entnazifizierung und lebhafte Erinnerungen an die Gepflogenheiten des Dritten Reiches ausgelöst. Zu den Professoren, die von den genannten Maßnahmen betroffen worden sind, zählen Männer, über deren völlige Ablehnung des Nationalsozialismus für uns nie ein Zweifel möglich war. In diese neue Unruhe und Verbitterung, die durch die Bedrohung der Arbeit namhafter Forscher und der Existenz ihrer Familien ausgelöst wurde, kommen die [...] Einladungen offizieller Stellen in die USA. Wie sehr wir es gerade jenen nach unserer Überzeugung zu Unrecht betroffenen Kollegen wünschen, daß sie ihre Arbeit in einer besseren, der Wissenschaft günstigeren Atmosphäre fortführen mögen, so sehr bedauern wir es, daß sie hier verdammt und ihrer Stellung enthoben – dort ihrer Fähigkeit wegen gesucht werden.“¹⁸⁸

Auch in den 1950er Jahren gingen die amerikanischen Abwerbungsversuche weiter. Sogenannte Special Project Teams, deren genaue Zuordnung und rechtliche Stellung weitgehend im unklaren blieb, beobachteten die Entwicklung an deutschen Universitäten und Forschungsinstituten, kontaktierten dort gezielt junge Nachwuchswissenschaftler und unterbreiteten diesen verlockende Angebote bezüglich der Arbeits- und Lebensbedingungen in den USA. Gleichzeitig wurden auch akademische Amerika-Reisende, die gerade als Stipendiaten die Vereinigten Staaten besuchten, mehr oder weniger diskret darauf aufmerksam gemacht, daß durchaus die Möglichkeit zum unbürokratischen Erhalt eines Einwanderungsvismums bestünde.¹⁸⁹ Gemäß den damaligen amerikanischen Forschungsschwerpunkten wurden solche Angebote vor allem, wie die Auswandererstatistiken belegen, an Natur- und Ingenieurwissenschaftler herangetragen. Nach offiziellen deutschen

¹⁸⁸ BayHStA, MK 68572, Göttinger Universitäts-Zeitung, Nr. 6, 21.2.1947. Vgl. hierzu auch Gimbel: Science, Technology, and Reparations, S. 175–193; Stokes: Technologie, S. 504–506; Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S. 634–637.

¹⁸⁹ Vgl. Müller-Daehn: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler, S. 234f.

Protesten gegen diese gezielte Form der Abwerbung wurden Rückkehrverpflichtungsklauseln in die jeweiligen Stipendien- bzw. Austauschprogramme mit aufgenommen, die den Stipendiaten eine erneute Einreise in die USA erst wieder zwei Jahre nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik erlauben sollten. Erwartungsgemäß stießen die deutschen Bedenken gegen die Abwerbungsversuche bei den Amerikanern eher auf Unverständnis, da diese ihr Vorgehen als Teil eines weltweiten wissenschaftlichen Wettbewerbs um die besten Köpfe ansahen.¹⁹⁰ Gerade US-Firmen und Konzerne setzten daher ihre Talentjagd an deutschen und amerikanischen Hochschulen unvermindert fort.¹⁹¹

Seitens der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) zeigte man sich über die möglichen Auswirkungen dieses ungleichen Wettbewerbs auf die Entwicklung von Forschung und Lehre in der Bundesrepublik in höchstem Maße besorgt, ohne dabei – wohl aus Gründen der Zurückhaltung gegenüber HICOG – auf die Rolle der USA direkt einzugehen. Auf ihrer Tübinger Tagung vom 3. Januar 1951 forderten die Rektoren die Bereitstellung neuer Diätendozenturen sowie planmäßiger Assistentenstellen, um künftig junge Nachwuchswissenschaftler vermehrt für den Beruf des Hochschullehrers gewinnen und damit deren Wechsel in die Wirtschaft bzw. deren Abwanderung ins Ausland eindämmen zu können. „Denn die geeigneten Kräfte“, wie es hierzu in der WRK-Entschließung hieß,

„sind heute und in Zukunft für die Hochschularbeit nur zu gewinnen, wenn sie für die Zeit der Vorbereitung auf das Amt des Hochschullehrers und für die ersten Jahre der akademischen Wirksamkeit eine ausreichende finanzielle Hilfe und für die Dauer dieser Zeit auch eine rechtliche Anerkennung ihrer Berufsarbeit erwarten können. [...] Solange aber für viele Anwärter eine solche Regelung nicht besteht, wird der Abzug aus der Hochschularbeit unvermeidlich sein. In den naturwissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und technischen Berufen ist aus leicht begreiflichen Gründen diese Abwanderung zum Schaden von Forschung und Lehre bereits offensichtlich.“¹⁹²

In seiner Funktion als Standesvertretung der westdeutschen Hochschullehrerschaft widmete sich auch der 1950 gegründete Hochschulverband der Abwanderungsproblematik, die – wie schon von den Rektoren – vornehmlich unter dem Gesichtspunkt des Nachwuchsmangels gesehen wurde. Auf ihrem dritten Verbandstag (28.6.1953) beklagten die in Stuttgart versammelten Hochschullehrer den Umstand, daß „sich in vielen Fächern die besten jüngeren Kräfte kaum bereit finden, den Hochschullehrerberuf zu wählen [...]“, und es in bestimmten Disziplinen mittlerweile beinahe unmöglich geworden sei, „Lehrstühle überhaupt noch zu besetzen“.¹⁹³

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Vgl. US-Firmen werben ausländische Wissenschaftler an. Bundesrepublik um Eindämmung der Abwanderung bemüht, in: DUZ 4 (1963), S.32: „Immer mehr amerikanische Gesellschaften versuchen, Wissenschaftler und Ingenieure aus Übersee für sich zu gewinnen. Bedingt durch den Spezialistenmangel in den Vereinigten Staaten inserieren sie nicht nur in ausländischen Zeitungen, sondern schicken auch Beauftragte aus, die in Europa auf Talentjagd gehen. Ausländer, die an den amerikanischen Colleges und Universitäten studieren, werden heftig umworben. Viele Firmen finden dabei ein williges Ohr für ihre verlockenden Angebote, denn sie können meist weit bessere Gehälter zahlen als die Unternehmen der Heimatländer.“

¹⁹² Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S.47.

¹⁹³ Ebd., S.105f.

Um dieser Entwicklung künftig Einhalt gebieten zu können, müsse die wirtschaftliche Absicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses bis zur Erlangung einer Professur gewährleistet und dessen Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Der Hochschulverband wünschte, daß „Assistenten und Privatdozenten hinreichend Gelegenheit haben, selbständig zu forschen“.¹⁹⁴ Damit hatte der Hochschulverband ganz offensichtlich Punkte aufgegriffen, die als zentrale Defizite des deutschen Systems auch in den Erfahrungsberichten der US-Stipendiaten immer wieder kritisiert worden waren.¹⁹⁵

Obleich die vergleichsweise frühen Warnungen der WRK (1951) und des Hochschulverbands (1953) in den Kultusministerien der Bundesländer aufmerksam registriert wurden¹⁹⁶, avancierte die Problematik der Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland erst mit Beginn der Hochschulreformperiode um 1960 zu einem wirklichen Top-Thema. Ein wesentlicher Grund für diese verzögerte Reaktion darf in dem Umstand gesehen werden, daß das quantitative Ausmaß der Abwanderung – wie die oben angeführten Zahlen belegen – erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich zugenommen hatte.¹⁹⁷ Schließlich kam es aufgrund einer gemeinsamen Initiative des Auswärtigen Amtes und der KMK am 21. September 1961 zur Gründung der „Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland“.¹⁹⁸ Neben der koordinierten und damit kontrollierten Vermittlung deutscher Hochschullehrer an ausländische Hochschulen sowie deren finanzieller Unterstützung durch die Gewährung von Reisekostenzuschüssen und monatlichen Ausgleichszahlungen bestand eine der der Vermittlungsstelle zugeordneten Hauptaufgaben auch in der Rückgewinnung bereits abgewanderter deutscher Wissenschaftler.¹⁹⁹

Wie eng die Auseinandersetzung um das Phänomen des Brain Drain mit der Hochschulreformdiskussion in der Bundesrepublik verknüpft war, belegt exemplarisch ein im Jahre 1961 vorgelegtes Memorandum der Stadt und des Universitätsvereins Regensburg, in dem die Gründung einer vierten bayerischen Landesuniversität in der oberpfälzischen Bezirksmetropole gefordert wurde.²⁰⁰ Zu den Ursachen für die im Memorandum beschriebene Krise des deutschen Universitätssystems hieß es dort einleitend:

„Die deutsche Universität, früher führend und anerkannt in der Welt, hat in den vergangenen dreißig Jahren sehr schwere Rückschläge erlitten. Eine zwölfjährige Diktatur hat die

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Vgl. Kapitel V.2.

¹⁹⁶ Als Beleg hierfür vgl. BayHStA, MK 68844, Bericht über den Aufenthaltsort deutscher Hochschullehrer und Assistenten (22.2.1954).

¹⁹⁷ Vgl. Littmann: Gute Partner – Schwierige Partner, S. 151f.

¹⁹⁸ Zur Gründung und Tätigkeit der „Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland“ vgl. BayHStA, MK 68845, Hanns-Albert Steger: Memorandum zur Frage der Berufung wissenschaftlicher Lehrpersonen ins Ausland und ihrer Sicherstellung bei der Rückkehr (26.11.1959); DAAD: Deutscher Akademischer Austauschdienst 1925–1975, S. 96f.

¹⁹⁹ Ebd., S. 97. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Artikel: Deutsche Wissenschaftler im Ausland. Die Vermittlungsstelle berichtet zum erstenmal über ihre Tätigkeit, in: DUZ 1 (1966), S. 31f.

²⁰⁰ BayHStA, MK 68586, Stadt Regensburg, Universitätsverein Regensburg (Hg.): 4. Landesuniversität in Regensburg, Regensburg 1961.

freie Forschung in Deutschland gehemmt. Der Kontakt zum Auslande wurde unterbrochen. Nach dem Ende des Krieges waren viele Einrichtungen zerstört, vielen Hochschullehrern wurde Forschungsverbot auferlegt und wiederum verlor die deutsche Wissenschaft durch Abwanderung, da im Ausland ungleich bessere Forschungs- und Arbeitsbedingungen zu finden waren, ein Zustand, der auch heute noch besteht. [...]. Die ausländische Wissenschaft ist also der deutschen heute weit überlegen, wenn es auch oft in Deutschland erarbeitete Grundlagen oder aus Deutschland kommende Gelehrte waren, die dort wichtige Entwicklungen einleiteten.“²⁰¹

Als Hauptgrund für den Abwanderungstrend identifizierte das Memorandum die Überfüllung der westdeutschen Universitäten, die zu kaum erträglichen Arbeitsbedingungen für Studenten und Hochschullehrer geführt habe. Deshalb sei eine Regensburger Neugründung zur Entzerrung der Lage unabdingbar.²⁰²

Diese Argumentation wurde mit Beginn der 1960er Jahre in zunehmendem Maße auch von der KMK übernommen. Durch den Ausbau der Hochschulkapazitäten (noch nicht zwingend durch Neugründungen), der automatisch eine Vermehrung der Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen nach sich ziehen würde, sollte auch dem Phänomen des Brain Drain der Boden entzogen werden. In ihrer Erklärung zur *Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland* vom 6. März 1964 wies die Kultusministerkonferenz explizit auf diesen Zusammenhang hin:

„Die Kultusminister und -senatoren haben mit Aufmerksamkeit die Auseinandersetzung über die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland, die Schwierigkeiten ihrer Rückgewinnung und die Unterschiedlichkeit der Arbeitsbedingungen an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, verfolgt. Aufgrund sorgfältiger Untersuchungen der Gesamtverhältnisse und nach Überprüfung des vorliegenden Zahlenmaterials stellen die Kultusminister und -senatoren fest: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland hatte in den Notjahren nach Kriegsende einen bedrohlichen Umfang angenommen. Mit dem Wiederaufbau und Ausbau der deutschen Forschungsstätten ist jedoch die Zahl der auf Dauer in das Ausland abwandernden Wissenschaftler immer mehr gesunken. Wenn der von den Kultusministerien mit Nachdruck geforderte weitere Ausbau der Hochschulen und Institute besonders auf naturwissenschaftlichem, medizinischem und technischem Gebiet fortgeführt wird, so werden solche Maßnahmen dazu führen, daß die Abwanderung mehr und mehr in den normalen und begrüßenswerten Austausch von Forschern zwischen den wissenschaftlich führenden Ländern übergeht.“²⁰³

Diese Stellungnahme der KMK ist ein deutlicher Beleg für den im Rahmen der vorliegenden Studie postulierten Konnex von akademischem Austausch, Brain Drain und dem Bemühen um eine Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland.²⁰⁴ Die Erfahrungsberichte von USA-Rückkehrern spielten eine

²⁰¹ Ebd., S. 9.

²⁰² Vgl. ebd.

²⁰³ BayHStA, MK 68680, Erklärung der Ständigen Konferenz der Kultusminister zur Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland vom 5./6. 3. 1964.

²⁰⁴ Damit ist allerdings nicht gemeint, daß der akademische Austausch mit den USA automatisch einen Massenexodus von Wissenschaftlern zur Folge gehabt hätte. Gleichwohl waren die in den USA von deutschen Wissenschaftlern gesammelten Erfahrungen maßgeblich dafür verantwortlich, das Bild der USA als des weltweit führenden Wissenschaftsstandortes in Deutschland zu verfestigen. Vgl. hierzu den Artikel „Führt Wissenschaftler-Austausch zur Abwanderung?“, in: DUZ 3 (1966), S. 33f.

kaum zu überschätzende Rolle bei der Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für die Defizite des eigenen und die vermeintlichen bzw. tatsächlichen Vorteile des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems. Sehr deutlich zeigte sich dieses Kausalverhältnis auf einer am 6. Oktober 1964 in Essen vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft zum Thema *Fluktuation deutscher Wissenschaftler* ausgerichteten Tagung, an der hochkarätige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen.²⁰⁵ Sowohl das Eingangsreferat des damaligen DAAD-Präsidenten Emil Lehnartz als auch das Koreferat des DFG-Vertreters Claus Müller-Daehn widmeten sich dem Phänomen der akademischen Abwanderung aus der Bundesrepublik. Für beide Vortragenden darf aufgrund ihrer Tätigkeit bei den von ihnen vertretenen Wissenschaftsorganisationen die Kenntnis entsprechender Erfahrungsberichte vorausgesetzt werden. Folglich nahmen auch beide Referate exakt zu den Kritikpunkten Stellung, die in den oben exemplarisch vorgestellten Schilderungen der Fulbright-Stipendiaten immer wieder angeführt wurden.²⁰⁶ Beispielsweise wandte sich Lehnartz im Rahmen seiner Ausführungen gegen die Annahme, allein finanzielle Aspekte seien für die Abwanderungsbewegung ausschlaggebend und betonte statt dessen die vergleichsweise ausgezeichneten materiellen und auch sozialen Arbeitsbedingungen speziell an amerikanischen Hochschulen:

„Selbstverständlich spielt die materiell-wirtschaftliche Gesamtsituation in manchen Fällen – und hier besonders für bestimmte Stufen des Hochschullehrerberufs [...] – eine Rolle. Ich bin jedoch der Meinung, daß andere Aspekte entscheidendere Bedeutung für die Abwanderung in den ausländischen, im wesentlichen nordamerikanischen Hochschulbereich haben: die größere Freiheit auch für noch junge Forscher an den dortigen Universitäten, die damit verbundene größere Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit sowie das engere Zusammenarbeiten im Team (vor allem auch über die Fachgrenzen hinaus in Neuland vorstoßend).“²⁰⁷

Lehnartz' abschließender Appell an die Versammelten war unmißverständlich: „Die Universitätsatmosphäre, das Hochschulklima muß sich bei uns ändern, es muß sich bessern.“²⁰⁸

In ähnlicher Form verwies auch Müller-Daehn in seinem Referat auf die andersartigen wissenschaftlichen Organisationsstrukturen in den USA, die dem forschenden Individuum nicht nur größere Freiräume, sondern auch die Möglichkeit zum „Team Work“ böten. Demgegenüber würden die hierarchischen Strukturen an den westdeutschen Universitäten oftmals als hemmend empfunden:

„Man tritt in den USA den Dingen offenbar ganz anders gegenüber, und man hat dort früher als bei uns erkannt, daß in den vergangenen 20 Jahren nicht nur eine wissenschaftliche Entwicklung großen Ausmaßes stattgefunden hat, sondern daß darüber hinaus die Formen des wissenschaftlichen Lebens überhaupt sich verändert haben. [...]. Der qualifizierte Wissenschaftler wird anders eingeschätzt als vor 30 Jahren, er hat seinen Marktwert erkannt.

²⁰⁵ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): *Fluktuation deutscher Wissenschaftler. Institutioneller Austausch – Privater Wechsel der Wirkungsstätte*. VIII. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft (Essen, 6. 10. 1964), Essen 1965.

²⁰⁶ Vgl. Kapitel V.2.

²⁰⁷ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: *Fluktuation deutscher Wissenschaftler*, S. 5.

²⁰⁸ Ebd.

[...]. Und wer will es dem Forscher verdenken, daß er sich selbst auch dieses Wertes stärker bewußt geworden ist. Junge Wissenschaftler sehen bei aller Anerkennung und Wertschätzung großer Lehrerpersönlichkeiten ihr Lebensziel weniger darin, in der Geborgenheit patriarchisch regierter Institute und im Schatten großer Männer aufzuwachsen, als in verantwortlicher und selbstständiger Arbeit gemeinsam mit erfahrenen Kollegen ihre Fähigkeiten zu erproben und zu entfalten. Der junge Wissenschaftler weiß, daß er, wenn er qualifiziert ist, sicher an irgendeiner Stelle gebraucht und estimiert wird, selbst wenn dies nicht im eigenen Lande der Fall sein sollte. Und wer sollte ihm das übelnehmen?“²⁰⁹

Anschließend ging auch Müller-Daehn auf die eigentliche Grundsatzfrage ein, nämlich welche konkreten Motive einen jungen Wissenschaftler überhaupt dazu veranlassen würden, in die USA abzuwandern. Nach seiner Ansicht waren hierfür zwei Gründe ausschlaggebend: Erstens der höhere Lebensstandard und zweitens die im Vergleich zu Europa bzw. Deutschland weitaus günstigeren Forschungs- und Karrieremöglichkeiten. Dabei bezog sich der Vertreter der DFG ganz explizit auf entsprechende Aussagen in Erfahrungsberichten von Stipendiaten in den USA.²¹⁰ Nichtsdestotrotz hob Müller-Daehn auch hervor, daß bereits erste Schritte eingeleitet worden seien, um dem Abwanderungstrend entgegenzutreten. So habe sich zwischen 1960 und 1965 allein die Zahl der Lehrstühle von 3 101 auf 3 906 und damit um mehr als 800 erhöht sowie die Zahl der Assistenten- und Oberassistentenstellen von 9 449 auf 14 126, was einen Zuwachs von 4 677 Stellen bedeutete.²¹¹ Zudem sei an den heimischen Universitäten eine wachsende Reformbereitschaft festzustellen, die unmittelbar auf den Einfluß ehemaliger USA-Stipen-

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Vgl. hierzu ebd., S. 9f.: „Und hier wörtlich einige der Argumente, die mir auf meine Bitte junge Wissenschaftler schriftlich formuliert aus den Staaten und aus Deutschland zugeschickt haben; ich zitiere:

1. Neue Arbeitsgebiete werden in Deutschland häufig nur von sehr wenigen Wissenschaftlern und in sehr kleinem Umfang betrieben, so daß Kontakt und Meinungsaustausch schwierig sind. Die aktuellen Entwicklungen kommen heute größtenteils aus den USA.

2. Da in den einzelnen Instituten in den Staaten in der Regel mehr Wissenschaftler tätig sind als in Deutschland, haben die Leiter von Forschungsvorhaben mehr Zeit für ihre Arbeit und für ihre Mitarbeiter. Man kommt leichter und rascher voran, weil die Belastungen stärker verteilt sind.

3. Die Zusammenarbeit mit Nachbarinstitutionen und -disziplinen ist leichter, selbstverständlicher. Das Interesse aneinander, die gegenseitige Unterrichtung über laufende Arbeiten, das häufige Gespräch über eigene und gemeinsame Probleme gehören zum täglichen Leben. [...].

4. Man ist in den Staaten generell beweglicher. Man kann leichter von einem Forschungsinstitut zum anderen wechseln, man ist eher bereit, einen ‚Neuen aufzunehmen‘ und in den bestehenden Arbeitskreis einzubeziehen.

5. Nachwuchskräfte und jüngere Leute erhalten drüben leichter Verantwortung, sind gleichberechtigt in den ‚teams‘ und Instituten, haben Stimm- und Mitspracherecht bei Entscheidungen, die ihre Arbeiten betreffen.

6. Die Habilitation in Deutschland hängt zu sehr vom persönlichen Verhältnis zum Habilitationsvater ab oder vom ‚Ausgewähltsein‘ überhaupt.

7. Die Stellenpläne in Deutschland sind gerade für jüngere qualifizierte Leute unzureichend.

Dazu kommen andere Gründe und rein materielle Aspekte, die Höhe des Gehalts und die allgemeinen Lebenshaltungskosten betreffend.“

²¹¹ Ebd., S. 10f.

diaten zurückgeführt werden könne: „Sind nicht neue Erfahrungen dadurch nutzbar gemacht worden und neue Impulse in Institute oder Fakultäten von diesen jungen Menschen hineingetragen worden, die doch in zahlreichen Fällen einen großen Teil ihrer Ausbildung in den USA erhalten haben?“²¹² Ohne es direkt anzusprechen, spielte Müller-Daehn mit dieser rhetorischen Frage auf die hierzulande seit 1960 (mit dem erstmaligen Erscheinen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates) verstärkt geführte Diskussion um die Einführung des Department-systems sowie des Assistenz-Professors nach amerikanischem Vorbild an, die die Erfahrungen der USA-Rückkehrer in den deutschen Universitäten hervorgerufen habe. Gleichzeitig wird hier evident, welche offenkundige Bedeutung seitens der DFG und ähnlicher Wissenschaftsorganisationen den Erfahrungsberichten mit Blick auf notwendige Reformen im Hochschulbereich beigemessen wurde. Trotzdem warnte Müller-Daehn zu Recht vor einer übertriebenen Mythologisierung der universitären und wissenschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten:

„Ich befürchte fast, daß neben einem Mythos, der die USA als ein Wunderland für Wissenschaftler zu qualifizieren geneigt ist, so etwas wie ein zweiter Mythos entstanden ist, der die wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik zu einer Art Danteschen Infernos für Nachwuchskräfte zu machen droht. Und diese generalisierende Vereinfachung belastet die Diskussion des Problems und setzt falsche Akzente.“²¹³

Die Essener Tagung ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, daß die Problematik des Brain Drain auch seitens der zuständigen Landesministerien immer ernster genommen wurde, ja dort sogar zu „amerikanisch“ eingefärbten Reforminitiativen führte. Beispielsweise berichtete der damalige Vorsitzende des Hochschulausschusses der KMK und Leiter der Hochschulabteilung im bayerischen Kultusministerium, Ministerialdirigent Johannes von Elmenau, von ersten Erfahrungen, die in Bayern mit dem an der TH München neu eingerichteten Physik-Department gesammelt wurden. Tatsächlich war mit der dortigen Einführung der Departmentstruktur – auf die später noch näher einzugehen sein wird – erstmalig der Versuch unternommen worden, der in den Erfahrungsberichten akademischer USA-Reisender immer wieder geäußerten Forderung nach der Angleichung deutscher Institutsstrukturen an amerikanische Verhältnisse nachzukommen. Vergleichbare Entwicklungen zeichneten sich Mitte der 1960er Jahre auch in anderen Bundesländern ab.²¹⁴ „Es ist ihnen bekannt“, so von Elmenau mit durchaus zufriedenem Unterton,

„daß in Bayern und auch in anderen Ländern wie in Baden-Württemberg [...] neue Organisationsformen eingeführt worden sind. Zumindest gilt das für das Gebiet der Physik; es handelt sich um die sogenannten ‚departments‘. Wo diese departments eingeführt worden sind – ich selbst kann nur für die Technischen Hochschule in München sprechen –, haben sie eine ungewöhnlich attraktive Kraft entwickelt. [...]. Während wir uns in anderen bayerischen Hochschulen außerordentlich schwer tun, die Lehrstühle für Physik zu besetzen,

²¹² Ebd., S. 11.

²¹³ Ebd., S. 11. An gleicher Stelle gab Müller-Daehn folgendes zu bedenken: „Ein Chief of Department kann schließlich genau so ein Tyrann sein wie mancher deutsche Institutsdirektor, und die Antrags- und Bewilligungsbedingungen der National Science Foundation sind kaum weniger kompliziert als die der Deutschen Forschungsgemeinschaft.“

²¹⁴ Siehe hierzu Kapitel VII.2.

scheint es möglich zu sein, hier eine Gruppe Genies zu sammeln. Hier ist die Möglichkeit ausgezeichneten team works gegeben, und dieses team work gilt es von Verwaltungsseite zu fördern.“²¹⁵

Neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs durch Strukturreformen auf Institutsebene wurde in Essen auch die Frage nach dem Sinn der Habilitation angeschnitten, in der einige Anwesende einen weiteren Grund für den Abwanderungstrend in die USA sahen. Beispielsweise war für den Bonner Geographen Carl Troll die in Deutschland gängige Praxis dafür verantwortlich, daß Nachwuchswissenschaftler in der Regel erst im Alter zwischen 35 und 42 Jahren habilitiert seien. Bis zur Erlangung einer Professur bzw. eines Lehrstuhls vergingen dann weitere kostbare Jahre, in denen ein vergleichbarer amerikanischer Jungakademiker längst als Assistant-Professor tätig sei. „Das ist“, wie Troll feststellte, „natürlich kein sehr starker Anreiz für die akademische Laufbahn. Aus dem Fachgebiet der Meteorologie – einem Mangelberuf – ist mir zum Beispiel bekannt, daß es tüchtigen, jungen Meteorologen, die promoviert haben, in den USA sofort möglich ist, Assistant Professor zu werden.“²¹⁶ Aus diesem Grunde sei es völlig nachvollziehbar, weshalb der wissenschaftliche Nachwuchs eine aussichtsreichere Karriere in den USA anstrebe. Zudem verhindere die Habilitation eine Rückkehr bereits ausgewanderter Wissenschaftler, da einem nichthabilitierten deutschen Assistant-, Associate- oder Full-Professor an einer amerikanischen Hochschule wegen dieser Barriere in der Regel keine adäquate Position in Deutschland angeboten werden könne. „Auf diesem Gebiet“, so Trolls Forderung, „finde ich, muß eine Angleichung erfolgen [...]. Die Verhältnisse sind nun einmal zu ungleich und auch zu ungerecht.“²¹⁷ Mit dieser Meinung stand der Bonner Geograph in Essen freilich nicht alleine. Auch der Göttinger Chemiker Wilhelm Jost betonte in einer Wortmeldung die guten Karrierechancen in Übersee: „Die Vorteile, die ein junger Wissenschaftler in den USA zwischen 25 und 40 Jahren hat, sind so groß, daß sie durch alle Aussichten auf eine Besserstellung bei uns im vorgerückten Alter nicht kompensiert werden können.“²¹⁸

Insgesamt betrachtet bestand zwischen den in Essen anwesenden Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am Ende der Tagung weitgehende Einigkeit darüber, daß das Problem der Abwanderung einzig und allein durch eine wirklich umfassende Hochschulreform gelöst werden könne – ein weiterer Beleg für die konstatierte Wechselbeziehung zwischen gesammelten Erfahrungen bei US-Auf-

²¹⁵ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Fluktuation deutscher Wissenschaftler, S.15. Zur Frage der Departmentstruktur vermerkte der gleichfalls in Essen anwesende Vertreter des Münchner Max-Planck-Instituts für Physik Reimar Lüst: „Was mir besonders aufgefallen und in den Ausführungen meiner Vorredner entscheidend zu sein scheint, ist, daß man Konzentrationspunkte in wissenschaftlicher Hinsicht schaffen muß. Nur so kann man hoffen, diejenigen Wissenschaftler, die nach drüben [in die USA, S. P.] gegangen sind, zurückzuholen. Ein Weg dazu ist sicher der, den man in München an der Technischen Hochschule mit der Schaffung eines großen Departments geht“ (ebd., S.33).

²¹⁶ Ebd., S.28.

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Ebd., S.33. Vgl. diesbezüglich auch die Essener Wortmeldung des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Ludwig Raiser ebd., S.29.

enthalten und Hochschulreform. Tatsächlich bezogen sich fast alle Teilnehmer der Essener Zusammenkunft in ihren Referaten und Wortmeldungen auf die vermeintlich attraktiveren Arbeits- und auch Lebensbedingungen in den USA. Somit läßt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, daß in Essen unter dem Begriff Hochschulreform primär eine Teilamerikanisierung des deutschen Hochschulsystems verstanden wurde. Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß sich der Tagungsleiter und damalige Vorsitzende des 1957 eingerichteten Wissenschaftsrates, der Tübinger Jurist Ludwig Raiser, genötigt sah, auf ein grundsätzliches Problem aufmerksam zu machen, das die Auseinandersetzung bezüglich der Übertragbarkeit amerikanischer Hochschulelemente in das deutsche Universitätssystem eigentlich bis in die heutige Zeit begleitet:

„Bei manchen Diskussionsbeiträgen, die wir gehört haben, klingt ein wenig der Wunsch an: Wir wollen von den Amerikanern die Vorteile haben und ihre Nachteile vermeiden; ebenso wollen wir unsere deutschen Vorteile behalten und unsere Nachteile loswerden. An sich ist das verständlich. Aber in manchen Punkten muß man sich nach dem englischen Sprichwort halten: You cannot eat the cake and have it. Alle Dinge haben zwei Seiten. [...]. Wir haben Staatsuniversitäten und kommen aus dieser historischen Tradition nicht heraus. Diese Universitätsform hat auch Vorteile: Denken Sie an die Vorzüge der Beamtenstellung wie Altersversicherung und Vorsorge im Krankheitsfall! Wir können nicht gleichzeitig Staatsuniversitäten sein und alle Beweglichkeit von Privatuniversitäten haben, sondern wir sind hier auf einen Weg festgelegt, von dem wir nicht abweichen können. Wir müssen uns nur überlegen, welche Möglichkeiten der Elastizität innerhalb dieser vorgegebenen Grundentscheidungen vorhanden sind.“²¹⁹

Ein Jahr nach der Essener Tagung beschäftigte sich auch der Münchner Physiker und Nobelpreisträger von 1961 Rudolf L. Mößbauer eingehend mit den Ursachen des Brain Drain und den daraus resultierenden Konsequenzen für den westdeutschen Wissenschaftsstandort. Mößbauers Ansichten zu diesem zentralen Thema verdienen deshalb besondere Aufmerksamkeit, da sich in seiner Person die gesamte Problematik der Ab- und Rückwanderung deutscher Wissenschaftler manifestierte. So hatte der vormalig am California Institute of Technology lehrende Nobelpreisträger die Annahme eines Rufes an die TH München im Jahre 1964 von der oben bereits kurz erwähnten Einführung des Departmentsystems abhängig gemacht.²²⁰ Wie kaum ein anderer westdeutscher Wissenschaftler dieser Jahre kannte Mößbauer aus eigener Anschauung sowohl die mannigfachen Motive für einen Wechsel in die USA als auch die entscheidenden Beweggründe für eine eventuelle Rückkehr in die Bundesrepublik. Aus diesem Grunde wurde der Meinung des jungen Münchner Physik-Ordinarius zu Fragen der Hochschulreform bundesweit besonderes Gewicht beigemessen. Die unter dem programmatischen Titel *Strukturprobleme der deutschen Universität* erfolgte Publikation eines von Mößbauer 1965 in Bremen gehaltenen Vortrags unterstreicht dies.²²¹ Dort hob der Münchner Physiker einleitend die immense Bedeutung der akademischen Aus-

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Vgl. hierzu Johannes von Elmenau: Im Geist der Zusammenarbeit. Das Physik-Department an der TH München und die Rückkehr Rudolf L. Mößbauers, in: DÜZ 5 (1964), S. 3f.

²²¹ Rudolf L. Mößbauer: *Strukturprobleme der deutschen Universität*, Bremen 1965.

landserfahrung hervor.²²² In dieser sah Mößbauer, trotz der unbestrittenen Problematik des Brain Drain, eine unabdingbare Bereicherung für den deutschen Wissenschaftsbetrieb, nicht zuletzt mit Blick auf notwendige Reformen in diesem Bereich: „Die Fülle der von deutschen Wissenschaftlern und Ingenieuren im Ausland gesammelten Erfahrungen ist bei ihrer Nutzbarmachung und Anpassung auf unsere einheimischen Verhältnisse von unschätzbaren Wert.“²²³ Ferner stand für Mößbauer außer Zweifel, daß eine bloße Stellenvermehrung auf Assistenten- und Professorenebene, wie beispielsweise von der WRK favorisiert, den Abwanderungstrend weder aufhalten noch eine Rückwanderungsbewegung in Gang setzen werde. Das Hauptaugenmerk müsse statt dessen, entsprechend dem Fazit der vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft im Vorjahr ausgerichteten Essener Tagung, auf grundlegenden atmosphärischen Veränderungen liegen, die nach Mößbauer allein durch Organisations- und Strukturreformen ähnlich dem Münchner Physik-Department herbeigeführt werden könnten:

„Jüngere und aktiv in der Forschung stehende Wissenschaftler, die sich bereits einer gewissen Reputation erfreuen, sind vielfach nicht bereit, ihre amerikanische Arbeitsstätte aufzugeben, an der sie im Mittelpunkt wissenschaftlicher Entwicklung stehen, die sich durch unbürokratische Handhabung von Problemen auszeichnet und an der ihnen in jeder nur möglichen Form die Wege für intensive und hauptsächliche Beschäftigung mit ihrer Wissenschaft geebnet werden. Man muß den ungeheuren Eindruck der außerordentlichen wissenschaftlichen Atmosphäre an den amerikanischen Spitzeninstitutionen wohl persönlich erlebt haben, um die Zurückhaltung unserer an solchen Hochschulen tätigen Kollegen gegenüber einer Rückkehr nach Deutschland voll zu verstehen. Das Beispiel des Münchner Physik-Departments hat für diesen Personenkreis bereits sehr konkret die Möglichkeit der Abhilfe aufgezeigt.“²²⁴

Neben der hiermit einhergehenden Forderung nach Einführung des Department-systems trat Mößbauer auch für eine entschiedene Enthierarchisierung des deutschen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs ein. Im Gegensatz zu den Arbeitsbedingungen an amerikanischen Hochschulen würden die bestehenden hierarchischen Strukturen in der Bundesrepublik dem wissenschaftlichen Nachwuchs kaum Eigenverantwortung in Fragen von Forschung und Lehre zugestehen. Aus diesem Grund sprach sich der Münchner Physiker für eine Abschaffung des Habilitationszwangs aus.²²⁵ Auch in diesem Punkt liefen die Reformvorschläge Mößbau-

²²² Vgl. Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, S. 61.

²²³ Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität, S. 19.

²²⁴ Ebd., S. 20.

²²⁵ Vgl. ebd., S. 20: „Die Emigration jüngerer noch nicht für eine Berufung auf Lehrstühle geeigneter Wissenschaftler stellt ein ganz besonders makaberes Problem dar, das unmittelbar mit dem bei uns bisher nicht gelösten Problem des akademischen Mittelbaus verknüpft ist. Die hierarchische Ordnung unseres Hochschulbetriebs, verbunden mit dem vielfach als Ventil benützten Habilitationszwang, führt zu einer derartig drastischen Beschränkung der Aufrückungsmöglichkeiten und zu solchen Arbeitsverhältnissen, daß viele jüngere Wissenschaftler einem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten den Vorzug geben, mit der an den dortigen Instituten für jüngere Kräfte bestehenden ungleich größeren Freiheit, dem vielfach besseren menschlichen Verhältnis, der stärkeren Verantwortungsübertragung und den besseren Aufstiegsmöglichkeiten.“ Vgl. in diesem Kontext auch die ähnliche Einschätzung bei Haefner: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, S. 63.

ers somit deutlich auf eine „Amerikanisierung“ des deutschen Hochschulbetriebs hinaus.

Daß durch amerikanische Erfahrungen beeinflusste Reformvorschläge hierzulande nicht nur theoretisch diskutiert, sondern auch konkret in die Konzeption neuer wissenschaftlicher Hochschulen miteinfließen, zeigt beispielhaft die vom niedersächsischen Kultusministerium in Zusammenarbeit mit einer Expertenkommission 1963 verfaßte *Denkschrift für eine Medizinische Akademie (Hochschule) in Hannover*.²²⁶ Dieses Memorandum belegt nicht nur die offenkundige Auseinandersetzung mit den Ursachen des Brain Drain speziell in die USA. In ihm werden auch bereits erste praxisbezogene Reformvorstellungen formuliert, die wenig später in beinahe identischer Form auch von den Teilnehmern des Essener Gesprächskreises und Mößbauer vertreten wurden. Beispielsweise hieß es zum Thema wissenschaftlicher Nachwuchs:

„Die in der Diskussion über die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland erörterten Schwierigkeiten, die z. T. auf eine Übertreibung des hierarchischen Systems und z. T. auf eine nicht immer glückliche Organisation der Forschung zurückgeführt werden, sollen [...] weitgehend behoben werden. Sowohl der Unterricht in kleinen Gruppen wie auch die Einrichtung zentraler Labors für Forschungsaufgaben mit unterschiedlichen Spezialrichtungen machen es notwendig, neben den Ordinarien viele Nachwuchswissenschaftler vollverantwortlich in Lehre und Forschung mit einzusetzen. Die Schaffung zahlreicher Mittelbaustellen, deren Inhaber insbesondere im Forschungssektor weitgehende Selbstständigkeit durch die Ausstattung mit eigenem Etat und großzügige Auswahlmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Forschungsarbeiten erhalten sollen, wird für die Begabten und nach Selbstständigkeit strebenden Nachwuchswissenschaftler einen Anreiz bilden, den sie heute an vielen bestehenden Einrichtungen nicht zu finden glauben.“²²⁷

Mit der durch die Übertragung größerer Selbständigkeit an den wissenschaftlichen Nachwuchs angestrebten Enthierarchisierung war eine Forderung dezidiert berücksichtigt worden, die von deutschen Wissenschaftlern nach ihrem Aufenthalt in den USA immer wieder erhoben worden war.²²⁸ Ausdrückliches Ziel des für Hannover ausgearbeiteten Hochschulkonzepts sollte demnach sein, den Abwanderungstrend in die USA durch eine strukturelle Angleichung der künftigen Medizinischen Hochschule an amerikanische Verhältnisse einzudämmen und dadurch gleichzeitig eine Rückwanderungsbewegung einzuleiten. Wie der Denkschrift weiter entnommen werden kann, hatten die für Hannover vorgesehenen Reformen schon vor ihrer praktischen Realisierung in Übersee erste positive Reaktionen hervorgerufen. Hierzu wurde vermerkt:

„Einige Besprechungen haben über allgemeine Erwägungen hinaus ein unmittelbares Interesse von z. Zt. in den USA tätigen deutschen Wissenschaftlern an einer Übernahme in die Medizinische Akademie Hannover ergeben. Die dargestellten Forschungsmöglichkeiten in Verbindung mit einer weitgehenden verfassungsmäßigen Gleichstellung des qualifizierten Hochschullehrernachwuchses dürfte daher sowohl zu einer Verminderung der Abwan-

²²⁶ Niedersächsisches Kultusministerium: Medizinische Akademie Hannover (1963), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 564–569. Die Medizinische Akademie nahm am 27.6.1965 den Lehr- und Forschungsbetrieb auf.

²²⁷ Ebd., S. 567.

²²⁸ Siehe hierzu Kapitel V.2.

rung deutscher Wissenschaftler wie auch in gewissem Umfange zur Rückkehr bereits im Ausland Tätiger beitragen.“²²⁹

Die Denkschrift für eine Medizinische Akademie in Hannover ist demnach ein weiteres markantes Beispiel für den Einfluß des Brain Drain auf den Hochschulreformdiskurs in der Bundesrepublik und die damit seit Beginn der sechziger Jahre einhergehende Konzeption neuer Hochschulen. Unter dem Eindruck der Schilderungen deutscher Wissenschaftler und Studenten über ihre in den USA gesammelten Erfahrungen hatte sich hierzulande ein weitgehender Konsens dahingehend herausgebildet, daß allein mit Hilfe durchgreifender Reformen in Anlehnung an amerikanische Modelle der Wissenschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland nachhaltig gestärkt werden könne. Ganz in diesem Sinne betonte beispielsweise auch Klaus Haefner in einem 1967 unter dem programmatischen Titel *Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?* für die „Freiburger Universitätsblätter“ erschienenen Beitrag:

„Wollen wir nicht weiterhin unsere Steuergelder für die Ausbildung später im Ausland arbeitender Wissenschaftler und Ingenieure aufwenden, so müssen von der Öffentlichkeit entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die verantwortlichen Minister, die deutschen Universitäten und vor allem die deutsche Industrie müssen dafür sorgen, daß die Auswanderungsbewegung eingedämmt wird und gleichzeitig eine Rückwanderungsbewegung einsetzt. Als wichtigste Maßnahme ist auf lange Sicht eine Reform der deutschen Lehr- und Forschungsstätten erforderlich.“²³⁰

Tatsächlich blieben die im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre diskutierten und umgesetzten Reformen im Hochschulbereich, d. h. in erster Linie die Vermehrung der Professoren- und Assistentenstellen, die Enthierarchisierung der Universitäten durch Stärkung des sogenannten Mittelbaus sowie die Umsetzung amerikanisch geprägter Organisationsprinzipien in Forschung und Lehre, nicht ohne Wirkung. Allein der Mitte der sechziger Jahre massiv einsetzende Ausbau des Hochschulwesens in der Bundesrepublik absorbierte einen Großteil des ansonsten abwanderungsgeneigten wissenschaftlichen Nachwuchses, ohne freilich den Brain Drain gänzlich stoppen zu können. Wegen dieser an sich positiven Entwicklung konnte Ulrich Littmann in einem am 3. November 1972 der Fulbright-Kommission vorgelegten Bericht über den akademischen Austausch zwischen den USA und der Bundesrepublik festhalten:

„Die Relevanz der Abwanderung für die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen war bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre Gegenstand und Thema heftiger Diskussionen. Die Abwerbung (brain drain) deutscher Wissenschaftler ist zur Zeit kein ernsthaftes Diskussionsthema.“²³¹

Ebenfalls 1972 verzeichnete auch die Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland unter bereits abgewanderten Wissenschaftlern ein steigendes Interesse an einer Rückkehr in die Bundesrepublik. Die diesbezüglich angeführten

²²⁹ Niedersächsisches Kultusministerium: Medizinische Akademie Hannover (1963), S. 567.

²³⁰ Haefner: *Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?*, S. 62.

²³¹ HStAS, EA 3/906, Akten Nr. H-1030, Fulbright-Kommission: Akademischer Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik (3. 11. 1972), S. 26.

Zahlen belegen erneut die schier übermächtige Stellung der Vereinigten Staaten als Hauptzielort der westdeutschen Abwanderungsbewegung. So waren nach Angaben der Vermittlungsstelle allein im Jahre 1971 insgesamt 222 deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgekehrt, allein 153 davon kamen aus den USA. Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei einem Blick auf die ungefähr 700 zwischen 1961 bis 1971 registrierten Rückkehrer. Die mit Abstand größte Gruppe bildeten dabei Physiker mit 160 Personen (davon 130 aus den USA), gefolgt von 106 Chemikern (davon 96 aus den USA), 88 Geisteswissenschaftlern (davon 40 aus den USA) und schließlich den Ingenieuren mit 81 Rückkehrern (davon 51 aus den USA).²³²

Ogleich all diese Zahlen den zweifelsohne zutreffenden Eindruck erwecken, daß sich die damals eingeleiteten Reformen positiv auf die Abwanderungs- bzw. Rückwanderungsquote deutscher Wissenschaftler ausgewirkt haben, kann davon ausgegangen werden, daß gerade die bereits an amerikanische Verhältnisse gewöhnte Gruppe der Rückkehrer den „Amerikanisierungsdruck“ auf die westdeutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht abmilderte, sondern ganz im Gegenteil noch weiter verstärkte. Die erfolgreiche Berufung des Physikers Mößbauer und dessen engagiertes Eintreten für noch weitergehende Reformen ist hierfür nur ein besonders prominentes Beispiel.²³³

²³² Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst: Wachsendes Interesse an Rückkehr bei abgewanderten Wissenschaftlern, in: DUZ (1972), S. 337.

²³³ Vgl. hierzu die Einschätzungen von Füssl: Zwischen Elitförderung und Erziehungsreform, S. 630 und S. 632, sowie Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, S. 637.

VI. Erfahrung und Reform: Der Verlauf des westdeutschen Hochschulreformdiskurses zwischen 1955 und 1975 unter besonderer Berücksichtigung amerikanischer Einflüsse

Im Jahre 1975 beschrieb der Mainzer Anglist und Amerikanist Hans Galinsky in einem Aufsatz zur Entwicklungsgeschichte der Amerikastudien in Deutschland die „neue“, d. h. reformierte deutsche Universität mit den folgenden Worten:

„The foreign observer will find it unexpectedly difficult to define the essential characteristics of the new German university of the 1970s and distinguish them from those of the 1950s. Jokingly, the German insider might point out at least two differences: the new university offers incomparably more American classes, and at some places even two of its administrators and teachers have received American titles expressly designed for them. The President has replaced the *Rektor*, and the *Assistenzprofessor* is now what the *wissenschaftlicher Assistent* used to be after one year of probation. So America is in.“¹

Vor dem Hintergrund der während der Besatzungszeit eher restriktiven deutschen Haltung gegenüber den damaligen amerikanischen Reformbemühungen ist diese Aussage des Mainzer Ordinarius aus universitäts- und wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive höchst bemerkenswert. Auf leicht ironische Weise verwies Galinsky hier auf eine Entwicklung, die binnen eineinhalb Jahrzehnten die traditionelle deutsche Hochschullandschaft veränderte.

Doch wie ist es zu erklären, daß einzelne Elemente des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems – die noch bis weit in die fünfziger Jahre hinein von deutscher Seite als mit der hiesigen Universitätstradition unvereinbar abgelehnt worden waren – seit ca. 1960 nicht nur den westdeutschen Reformdiskurs in wachsendem Maße bestimmten, sondern in zentralen Bereichen auch tatsächlich in das westdeutsche Hochschulsystem integriert wurden? Einen in diesem Zusammenhang entscheidenden Beitrag leisteten – wie im vorhergehenden Kapitel gezeigt werden konnte – die mannigfachen USA-Erfahrungen deutscher Studenten und Wissenschaftler.² „Die Untersuchungen lassen den Schluß zu“, wie jüngst auch von Karl-Heinz Füssl angemerkt wurde,

„daß die nach Deutschland zurückgekehrten USA-Besucher in erheblichem Maße auf die bundesdeutsche Gesellschaft einwirkten. [...]. Damit stellt sich die Frage nach der Tragweite und den langfristigen Auswirkungen der Austauschprogramme. Inwieweit trug der deutsch-amerikanische Austausch zur Bildungsreform der 1960er Jahre bei, einem Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Veränderung in der Bundesrepublik?“³

Bis zur Wiederaufnahme der akademischen Beziehungen zwischen beiden Ländern Ende der vierziger Jahre hatte das amerikanische Universitäts- und Wissen-

¹ Galinsky: *American Studies in Germany*, S. 82.

² Vgl. hierzu Kapitel IV.

³ Füssl: *Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform*, S. 630 und S. 632.

schaftssystem aus deutscher Perspektive eine eher abstrakte Größe dargestellt. Schuld an diesem Zustand waren neben einem weit in das 19. Jahrhundert zurückreichenden Überlegenheitsgefühl vor allem die Auswirkungen der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, die in einer langjährigen Isolierung der deutschen Wissenschaft mündeten. Im Gegensatz zu ihren emigrierten Kollegen konnte nur ein geringer Teil der während des Dritten Reiches in Deutschland verbliebenen Professoren die USA aus eigener Anschauung, ganz zu schweigen von den rasanten Entwicklungen innerhalb des dortigen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs.⁴ Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich das Interesse für die Reformvorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht in den ersten Nachkriegsjahren bei den für Hochschulfragen zuständigen deutschen Entscheidungsträgern eher in Grenzen hielt. Unter dem Begriff Universitätsreform verstand man hierzu weniger eine Orientierung an fremden Hochschulmodellen, als vielmehr das buchstäbliche Wiederanknüpfen an die vermeintlich unbelastete deutsche Universitätstradition der Zwischenkriegszeit.⁵

Bemerkenswerterweise waren es dann vor allem Remigranten aus den USA gewesen, die – wie am Beispiel der Amerikanistik und Politikwissenschaft dargelegt werden konnte – amerikanische Wissenschafts- und Organisationsprinzipien in der Bundesrepublik zu etablieren versuchten.⁶ Auch ermöglichte die Wiederaufnahme des akademischen Austauschs einer neuen Generation von Studenten und Wissenschaftlern, in den USA eigene Erfahrungen zu sammeln und diese für die weitere Entwicklung der heimischen Universitäts- und Wissenschaftsverhältnisse fruchtbar zu machen.⁷ Die besondere Dimension des im Rahmen des akademischen Austauschs mit den Vereinigten Staaten angehäuften Erfahrungsschatzes bestand darin, daß nun die Vor- und Nachteile beider Hochschulsysteme direkt miteinander verglichen werden konnten. Die Folge war eine seit Mitte der 1950er Jahre zu beobachtende Sensibilisierung hinsichtlich der Defizite des eigenen und der Vorzüge des amerikanischen Systems.⁸ Verstärkt wurde diese Entwicklung sicherlich auch durch den sich in den fünfziger und sechziger Jahren vollziehenden Generationswechsel innerhalb der deutschen Hochschullehrerschaft, der offenbar mit einem entsprechenden Mentalitätswechsel verbunden war.⁹ Eine nicht zu unterschätzende Anzahl derjenigen Hochschullehrer, die in diesem Zeitraum auf Lehrstühle oder Professuren berufen wurden, hatten selbst als Studenten oder junge Nachwuchswissenschaftler am akademischen Austausch mit den USA teilgenommen und konnten nun ihre in Übersee gesammelten Erfahrungen in den

⁴ Vgl. Kapitel I.4. sowie Goldschmidt: *Historical Interaction between Higher Education*, S. 13–28; Shils: *Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten*, S. 185–200; Littmann: *Gute Partner – Schwierige Partner*, S. 13–74.

⁵ Vgl. Kapitel II.7. sowie Goldschmidt: *Das Ausland als Vorbild?*, S. 93f.; Müller: *Geschichte der Universität*, S. 102f.; Führ: *Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945*, S. 6–12.

⁶ Vgl. Kapitel IV.2. und IV.3.

⁷ Zu dieser Einschätzung auch Ash: *Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch*, S. 637.

⁸ Vgl. Kapitel V.3. sowie exemplarisch die verschiedenen Diskussionsbeiträge in *Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Fluktuation deutscher Wissenschaftler*, S. 3–42.

⁹ Vgl. in diesem Zusammenhang die höchst aufschlußreiche Studie von Hans Anger: *Probleme der Universitäten in Deutschland. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten, Tübingen 1960.*

heimischen Hochschulbetrieb einfließen lassen.¹⁰ Daß dieser Ideentransfer schon damals bewußt als solcher wahrgenommen und begrüßt wurde, belegt das folgende Zitat aus einem 1966 in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“ erschienenen Artikel:

„Die DAAD-Forschungsstipendiaten stellen auf Grund ihrer Arbeiten im Ausland, durch die sie vielfach neue Methoden und Verfahren kennengelernt haben, nicht nur einen Gewinn für die fachwissenschaftliche Forschung in unserem Lande dar, sondern auf längere Sicht kann man von ihnen auch entscheidende Impulse für die Neugestaltung unseres Hochschulwesens erwarten. Schon heute stehen Stipendiaten der ersten Jahre in einflußreichen Stellungen an unseren Hochschulen, und ihre Zahl vergrößert sich laufend. Alle diese Stipendiaten brachten aber die ziemlich gleichartige Erfahrung von ihren Auslandsaufenthalten mit, daß institutionelle Merkmale unseres Hochschulsystems und die Organisation unserer Forschung Änderungsbedürftig sind.“¹¹

Tatsächlich befanden sich die deutschen Hochschulen seit Mitte der 1950er Jahre in einer krisenhaften Situation. Ein zentrales Problem bestand in der zunehmenden Überfüllung der Hochschulen. Diese sahen sich zehn Jahre nach Kriegsende mit einem kaum noch zu bewältigenden Studentenandrang konfrontiert.¹² Allein an der Münchner LMU stieg die Zahl der immatrikulierten Studenten von 7 157 im Jahre 1946 um fast 68 % auf 11 988 im Jahre 1955. Demgegenüber nahm die Zahl der Ordinarien nur geringfügig von 130 1946 auf 195 1955 zu. Aufgefangen wurde der Studentenansturm vor allem durch die Gruppe der habilitierten Nichtordinarien, die sich von 36 auf 216 erhöhte, und den Assistenten, deren Zahl von 233 auf 456 wuchs. Ein ähnliches Bild bot sich auch an den anderen bayerischen Universitäten.¹³ Insgesamt kam es zwischen 1950 und 1960 an den 19 Uni-

¹⁰ Vgl. Kapitel V.3.

¹¹ „Führt Wissenschaftler-Austausch zur Abwanderung?“, in: DUZ 3 (1966), S. 33.

¹² Vgl. Ellwein: Die deutsche Universität, S. 331–340, besonders Tabelle 1, 2 und 3; Müller: Geschichte der Universität, S. 102f.; Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 189.

¹³ Die hier angeführten Zahlen stützen sich auf BayHStA, MK 68575, Statistische Unterlagen über die Entwicklung der Hochschulen vom 18. 1. 1957. Für die übrigen drei bayerischen Universitäten finden sich ebd. folgende Angaben:

Universität Würzburg:

1946	66 Ordinarien (o. u. ao. Professoren)	8 Nichtordinarien	162 Assistenten	1 279 Studenten
1955	76 Ordinarien	63 Nichtordinarien	268 Assistenten	2 437 Studenten

Universität Erlangen:

1946	66 Ordinarien (o. u. ao. Professoren)	35 Nichtordinarien	91 Assistenten	5 220 Studenten (nachkriegs- bedingt!)
1955	75 Ordinarien	97 Nichtordinarien	234 Assistenten	2 704 Studenten

Technische Hochschule München:

1946	73 Ordinarien (o. u. ao. Professoren)	14 Nichtordinarien	152 Assistenten	3 239 Studenten
1955	80 Ordinarien	70 Nichtordinarien	192 Assistenten	5 131 Studenten

versitäten und 7 Technischen Hochschulen der Bundesrepublik beinahe zu einer Verdoppelung der Studentenzahlen von 110 000 auf 215 000.¹⁴

Es steht außer Frage, daß die traditionellen Universitätsstrukturen, die im Geiste des 19. Jahrhunderts häufig noch auf die Ausbildung einer relativ überschaubaren Beamten- und Wissenschaftlerelite ausgerichtet waren, dem studentischen Andrang innerhalb einer demokratisch fundierten Massengesellschaft nicht mehr gewachsen waren. Dies mußte zwangsläufig negative Auswirkungen auf Forschung und Lehre mit sich bringen. Als Konsequenz aus dieser prekären Situation wurde der Ruf nach einer Reform des westdeutschen Hochschulwesens immer lauter. Nichtsdestotrotz stand hierbei weniger die Entwicklung einer neuen Universitätsidee im Humboldtischen Sinne im Vordergrund, sondern die pragmatische Umsetzung von Reformen auf Verwaltungs- und Strukturebene.

Das Fehlen einer tieferreichenden ideellen Auseinandersetzung mit dem Thema Hochschulreform beklagten bereits 1961 Karl Jaspers und Kurt Rossmann. Nach deren Ansicht mündeten „die zur Rettung der Universität aufgestellten Reformpläne entweder in dem vergeblichen Versuch der Restauration einer schon längst zur Fiktion gewordenen geschichtlich vergangenen Gestalt der Universität“ oder verloren sich „in rein technischen Organisationsformen.“¹⁵ Und auch Helmut Schelsky konstatierte 1962 in seinem Buch *Einsamkeit und Freiheit*, einer der damals wohl einflußreichsten bildungs- und hochschulpolitischen Publikationen:

„Die meisten vorgelegten Universitätsreformpläne sind in einem hohen Maße organisationsbetont und funktionalistisch gedacht. [...]. Dagegen ist die ideelle Reform der Universität, sei es als Bemühung um eine das Selbstverständnis der Gelehrten klärende Theorie der Wissenschaften oder als eine Auseinandersetzung um das Wesen der wissenschaftlichen Bildung in der modernen Welt, sei es als das Erwachen einer starken Reformgesinnung bei Professoren und Studenten, kaum vorhanden.“¹⁶

Überblickt man die westdeutsche Hochschulreformdebatte in den gut zwei Jahrzehnten von 1955 bis zum Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes im Januar 1976, dann wird ein Phänomen sichtbar, daß unabhängig vom eigentlichen Untersuchungsgegenstand als mehr oder weniger typisch für den Ablauf von Reformdiskursen angesehen werden kann. Es ist dies der vergleichende, ja nicht selten lernende Blick über den begrenzten Horizont der eigenen regionalen oder nationalen Grenzen hinaus. Dabei führte die Erkenntnis über die Defizite des eigenen Systems in der Regel dazu, sich Modelle anderer Länder zum Vorbild zu nehmen. Der vermeintliche Vorteil einer solchen Vorgehensweise liegt darin begründet, daß auf ein scheinbar funktionierendes System rekuriert werden kann, dessen vollständige oder teilweise Adaption schnelle und praktikable Lösungen verspricht. Die Problematik eines derartigen Reformansatzes besteht jedoch in der Gleichsetzung von Unvergleichbarem. Mit anderen Worten: Der Verweis auf ein nachahmenswert erscheinendes Modell im Ausland kann bei gleichzeitiger Negation historischer wie kultureller Spezifika des heimischen Systems die Notwendigkeit

¹⁴ Vgl. die Zahlen bei Müller: Geschichte der Universität, S. 102.

¹⁵ Karl Jaspers/Kurt Rossmann: Die Idee der Universität, für die gegenwärtige Situation entworfen, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1961, S. 188.

¹⁶ Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, S. 199.

eigenständiger und damit systemimmanenter Lösungsansätze überdecken bzw. letztlich erschweren.¹⁷

Welche Relevanz hierzulande das Heranziehen ausländischer Modelle in den sechziger und frühen siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts gerade auf hochschulpolitischer Ebene besaß, zeigt ein Aufsatz des damaligen Kanzlers der 1965 neugegründeten Universität Düsseldorf und vormaligen leitenden Verwaltungsbeamten der Universität Freiburg i.Br., Carl Friedrich Curtius, aus dem Jahre 1969. Mit dem Hinweis auf weltweite Internationalisierungstendenzen begründete Curtius im Rahmen seiner Ausführungen die damalige Orientierung deutscher Bildungsexperten an ausländischen Hochschulmodellen wie folgt:

„In einem Zeitalter verstärkter Herausbildung internationaler Zusammenhänge hat sich auf nahezu allen Lebensgebieten ein echtes Bedürfnis, um nicht zu sagen ein Zwang, zur international vergleichenden Betrachtungsweise ergeben. Ein Gebilde der Gesellschaft, wie es die wissenschaftliche Hochschule darstellt, kann von dieser durchgängig zu beobachtenden Entwicklung nicht unberührt bleiben. Man wird daher den Blick auf ausländische Modelle auch im Hochschulwesen für grundsätzlich bedeutsam anerkennen müssen. Das dürfte im weitesten Sinne gelten, nämlich im Hinblick auf den ganzen weitverzweigten Bereich des Wissenschaftsbetriebes von seinen organisatorischen Strukturen bis zu den Studiengängen.“¹⁸

Trotz dieses Plädoyers für eine notwendige Horizonterweiterung in der Hochschulpolitik, betonte der seit September 1969 amtierende Düsseldorfer Kanzler zu Recht auch die Gefahren und Grenzen einer allzu strikten Auslandsorientierung. „Es ist zwar offenkundig“, so Curtius weiter,

„daß die Heranziehung ausländischer Hochschulmodelle gerade im Zusammenhang des großen Themas Hochschulreform aktuell ist; aber Reform bedeutet nun einmal nicht Revolution, sondern knüpft immer auch an Bestehendes an. Damit erweist sich die Verwendung ausländischer Vorbilder gegenüber einer vielfach anzutreffenden unkritischen Empfehlung ihrer einfachen Übernahme als keineswegs unproblematisch. [...]. Vielfach stellen sich dann die Grenzen der Verwendung ausländischer Vorbilder so dar, daß nur Teilstücke eines ausländischen Systems und diese zudem nur in abgewandelter Form rezipiert werden können, wobei sich dann die Frage ‚Alles oder nichts?‘ als zusätzliches Problem stellen kann.“¹⁹

Als leitender Beamter einer westdeutschen Universitätsverwaltung wußte Curtius um die Chancen, aber auch Risiken eines möglichen Modelltransfers auf Hochschulebene. Zudem lagen seinen Ausführungen – und hier zeigt sich abermals die Bedeutung des Erfahrungsaspekts – ausgedehnte Informationsreisen nach England und vor allem in die USA zugrunde, wo sich Curtius intensiv mit den dortigen Hochschulsystemen beschäftigt hatte.²⁰ Tatsächlich läßt sich seit den ausgehenden fünfziger Jahren beobachten, daß neben Studenten und Wissenschaftlern zunehmend auch Bildungspolitiker und Vertreter von Universitätsverwaltungen in die Vereinigten Staaten reisten. Damit gesellten sich zu der ursprünglich primär wissenschaftlichen Perspektive nun auch verwaltungstechnisch bzw. bildungspolitisch

¹⁷ Vgl. exemplarisch zu diesem Problemfeld aus Sicht der Geschichtswissenschaft die einzelnen Beiträge in Middel: Kulturtransfer und Vergleich.

¹⁸ Carl Friedrich Curtius: Zur Verwendung ausländischer Hochschulmodelle. Möglichkeiten und Grenzen, in: Freiburger Universitätsblätter 24 (1969), S. 39–46, hier S. 39 (Zitat).

¹⁹ Ebd., S. 39 und S. 43.

²⁰ Siehe hierzu Charlotte Richter-Jericho: Dr. C. F. Curtius – ein Jahrzehnt Freiburger Universitätsverwaltung, in: Freiburger Universitätsblätter 24 (1969), S. 36ff., hier S. 36.

motivierte Eindrücke, die ihrerseits die Vorbildhaftigkeit des amerikanischen Hochschulsystems weiter verfestigten oder relativierten.²¹

Die amerikanische Herausforderung – so lautete der Titel eines seit seinem erstmaligen Erscheinen Mitte der sechziger Jahre in Europa höchst populären Buches des französischen Journalisten und Publizisten Jean-Jacques Servan-Schreiber.²² In diesem warnte Servan-Schreiber vor den Folgen der spätestens seit 1945 unbestritten amerikanischen Vormachtstellung, die ohne die Einleitung effektiver europäischer Gegenmaßnahmen (Reformen) zu einer völligen ‚Amerikanisierung‘ der Alten Welt führen werde. Im Unterschied zu den meisten westeuropäischen Staaten, so Servan-Schreibers These, hätten die Amerikaner längst die zentrale Bedeutung des Hochschulsektors für die Entwicklung ihres Landes begriffen.²³ Die besondere Dramatik der Krise, in der sich Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges befinde, könne beispielhaft an dem Umstand abgelesen werden, daß die Ausbildung der europäischen Eliten in zunehmendem Maße an amerikanischen Spitzenuniversitäten erfolge:

„Die Führungselite Europas wird gemäß einem bereits eingeleiteten Prozeß in Harvard, Stanford, Berkeley geformt sein. Sicherlich wird es ihr gelingen, sich in einer Art atlantischen Oligarchie einen Platz zu erkämpfen und dort sogar Einfluß auf die [von den USA bestimmten, S. P.] Richtlinien zu gewinnen. Aber in diesem Fall wird sich eine zusätzliche Schranke zwischen Regierenden und den Regierten aufrichten: Amerikanische Geschicklichkeit und amerikanische Lebensart werden ein Privileg darstellen, das sich weit trennender erweist als heute das Diplom eines ehemaligen Schülers der Ecole Polytechnique oder der Universität Oxford.“²⁴

Abgesehen von dem streckenweise höchst emotionalen Stil, in dem Servan-Schreiber seine Sicht auf die „amerikanische Herausforderung“ formulierte, ist bemerkenswert, wie das Buch nach seinem Erscheinen gerade in der Bundesrepublik rezipiert wurde. Einen repräsentativen Einblick bietet hierzu das aus der Feder von Franz Josef Strauß stammende Vorwort für die 1969 erschienene deutsche Ausgabe. Strauß hatte seine einführenden Worte zu Servan-Schreibers Buch im Januar 1968 verfaßt, also noch als amtierender Finanzminister der Großen Koalition. Dies belegt die enorme Aufmerksamkeit, die der *Amerikanischen Herausforderung* – als Buch ebenso wie als Phänomen – seitens der politischen Elite in der Bundesrepublik entgegengebracht wurde. Strauß betonte einleitend:

„Nun handelt es sich für Europa nicht mehr darum, seine frühere Position zurückzugewinnen, wieder Mittelpunkt der Weltgeschichte zu werden, denn dafür ist die geschichtliche

²¹ Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang z. B. die von der Ford-Foundation finanzierten USA-Reisen für Fachleute deutscher Universitätsverwaltungen. Vgl. Bergmann: *Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin*, S. 192.

²² Im folgenden beziehe ich mich auf die deutsche Ausgabe dieses Buches: Jean-Jacques Servan-Schreiber: *Die amerikanische Herausforderung*. Mit einem Vorwort von Franz-Josef Strauß, Hamburg 1969.

²³ Vgl. ebd., S. 79 und S. 83 (Zitate): „Die Kosten für Forschung und Entwicklung pro Kopf der Bevölkerung betrugen im letzten erfaßten Jahr [1965, S. P.] 94 Dollar in den Vereinigten Staaten gegenüber 25 Dollar pro Kopf in Europa. Die Vereinigten Staaten geben 17 Milliarden Dollar aus, während die Europäische Gemeinschaft drei Milliarden Dollar aufwendet. [...]. Amerika zieht gegenwärtig den größten Nutzen aus einer Investition, die sich als die ergiebigste erwiesen hat: der Ausbildung seiner Bürger.“

²⁴ Ebd., S. 203.

Stunde endgültig abgelaufen. Europa steht vielmehr vor der Frage, ob es sich in der modernen Welt von Morgen als eine Größe sui generis überhaupt noch behaupten kann oder ob es [...] ein Satellit der Vereinigten Staaten wird, die ihm nicht nur in Rohstoffen, was eine geringere Rolle spielt, sondern in Ideen, Planungsinstitutionen, organisatorischen Fähigkeiten, Management, gesellschaftsbildender Kraft, durch Größe und Bevölkerungszahl eines politisch und wirtschaftlich integrierten Raumes, die Fortschrittlichkeit des Erziehungs- und Bildungswesens, Wirtschaftskraft, Finanzstärke, durch die größeren Dimensionen auf allen zukunftgestaltenden Gebieten überlegen sind.“²⁵

In offensichtlicher Kenntnis entsprechender Erfahrungsberichte deutscher Wissenschaftler – erinnert sei hier an den speziell in Bayern wie auch bundesweit höchst prominenten „Fall Mößbauer“ – stand für Strauß außer Frage, daß die Forschungsbedingungen und -standards in den USA denen in Europa bzw. in der Bundesrepublik weit überlegen seien. So schrieb der damalige Bundesfinanzminister zu den Ursachen des Brain Drain in die USA:

„Forscht man nach den Gründen, dann ergibt sich, daß es eben doch nicht in erster Linie um die Bezahlung geht, sondern um bessere Arbeitsmöglichkeiten, die über die Grenzen der Fakultäten hinaus die Zusammenarbeit mit staatlichen und industriellen Stellen erlauben, um die fortgeschrittene Technik in der Ausstattung mit modernsten Geräten (nicht so sehr um Komfort, wie er von unseren Ordinarien bevorzugt wird), um mehr Freizügigkeit in der Arbeit – mit weniger Verwaltungstätigkeit – und um schnellere Aufstiegsmöglichkeiten.“²⁶

Die hier zitierten Ansichten Servan-Schreibers und Strauß' verdeutlichen exemplarisch, wie umfassend, ja beinahe erdrückend die Führungsrolle der Vereinigten Staaten auch auf bildungs- und wissenschaftspolitischer Ebene in Westeuropa empfunden wurde. Es ist daher nur nachvollziehbar, daß den USA im Rahmen der Bemühungen um eine Reform des westdeutschen Hochschulsystems eine dominante Vorbildfunktion zufiel.

Bereits zu Beginn der 1950er Jahre waren in wichtigen universitäts- und wissenschaftspolitisch ausgerichteten Publikationsorganen – wie den „Mitteilungen des Hochschulverbandes“ oder der „Deutschen Universitäts-Zeitung“ – erste Artikel erschienen, die sich explizit dem Aufbau des amerikanischen Hochschulwesens widmeten. Eine frühe und sehr präzise Systemgegenüberstellung erfolgte 1953 durch Eberhard Menzel, der – ähnlich wie Max Weber²⁷ – auf den großbetrieblichen Charakter amerikanischer Universitäten hinwies, allerdings noch ohne eine wie auch immer geartete Überlegenheit des amerikanischen Systems zu konstatieren.²⁸ Vielmehr war Menzel – trotz spürbarer Sympathie für das deutsche

²⁵ Ebd., S. 11.

²⁶ Ebd., S. 15f.

²⁷ Vgl. Weber: Wissenschaft als Beruf, S. 74.

²⁸ Eberhard Menzel: Universitätsorganisation und akademischer Lehrberuf in den Vereinigten Staaten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 2/3 (1953), S. 14: „Der Universitätspräsident [in den USA, S. P.] ist also der Chef des umfangreichen Verwaltungsapparates, der vielfach in personeller wie in funktioneller Hinsicht – gemessen an europäischen Verhältnissen – recht aufgebläht ist. Eine Entlastung tritt durch die Ernennung von Vizepräsidenten oder eines Kanzlers sowie durch die Heranziehung von Professoren zu ‚executive posts‘ ein, was wiederum eine Verknappung des Personalbestandes der Fakultäten bedeutet. Die Analogie dieser Verwaltungsorganisation mit derjenigen der großen Wirtschaftsunternehmen liegt auf der Hand: Hier wie dort ein Board of trustees und darunter der mit großen Vollmachten ausgestattete ‚Manager‘. Die Universitätsangehörigen werden damit zu Angestellten des Universitätsunternehmens.“

Hochschulwesen – darum bemüht, die Unterschiede beider Systeme möglichst sachlich herauszuarbeiten. Nichtsdestotrotz zeigt bereits die spezifische Thematik des Artikels, daß die Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Universitätsystem in der Bundesrepublik zunehmend an Bedeutung gewann. Demgemäß schloß Menzel seine Ausführungen mit den folgenden Worten: „Denn wenn auch eine grundsätzliche Strukturverschiedenheit immer bestehen wird, so könnten doch auch von der deutschen Seite wertvolle Anregungen auf einigen Sondergebieten empfangen werden.“²⁹

Gleichfalls 1953 hielt der Germanist und damalige Rektor der Universität Bonn Werner Richter anläßlich des Bonner Dies Academicus einen Vortrag mit dem Titel *Deutsche und Angelsächsische Universitätsideale*.³⁰ Einen zentralen Unterschied zwischen beiden Systemen sah Richter in dem Umstand begründet, daß das Erziehungsideal in den USA und England grundsätzlich auf den Durchschnitt ausgerichtet sei, während Erziehung in Deutschland einen weitaus elitäreren Charakter besäße. Jedoch sei es in einem Zeitalter der zunehmenden Massenerziehung äußerst fraglich, ob das deutsche Erziehungsideal diesen neuen Herausforderungen langfristig gerecht werden könne.³¹ Als dezidiert positive Errungenschaften des angelsächsischen Universitätssystems nannte Richter das unter dem Dach der Colleges praktizierte Gemeinschaftsleben sowie das weitaus engere Verhältnis von Professoren und Studenten, die Möglichkeit der Universitäten zur Selbstauswahl eines Großteils ihrer Studenten und schließlich das quantitativ wie qualitativ hervorragend ausgebaute Stipendienwesen.³² Mit Blick auf die weitere Entwicklung der deutschen Universität betonte – ähnlich wie Menzel – dann auch Richter am Ende seines Vortrages, „daß man eben für die Aufgaben, die [auf] Deutschland in der Zukunft harren, eine ganze Menge aus angelsächsischen Universitätsanschauungen lernen kann“.³³

Mit wachsendem Interesse beobachtete man seit Mitte der 1950er hierzulande auch das, was gemeinhin als „amerikanische Wissenschaftspolitik“ bezeichnet wurde. Dabei ging es um die Frage, wie und in welchem Umfang seitens der US-Regierung eine gezielte Forschungsförderung betrieben wurde. Ausschlaggebend für dieses Interesse war die Erkenntnis, daß die wissenschaftliche Vormachtstellung der Vereinigten Staaten nicht zuletzt einer aktiven und gezielten Wissenschaftspolitik zu verdanken war. Nach einer ausgedehnten Informationsreise in die USA veröffentlichte 1954 August Wilhelm Fehling, der für Wissenschafts- und Hochschulfragen zuständige Ministerialrat im schleswig-holsteinischen Kultusministerium, einen Erfahrungsbericht, der sich explizit dem Thema Wissenschaftspolitik widmete.³⁴ Im Rahmen seiner Ausführungen verwies Fehling auf die im Gegensatz zur Bundesrepublik unterschiedlichen Forschungsstrukturen in den

²⁹ Ebd., S. 16.

³⁰ Werner Richter: *Deutsche und Angelsächsische Universitätsideale*. Vorlesung gehalten am Dies Academicus, Bonn 1953.

³¹ Vgl. ebd., besonders S. 20.

³² Ebd., S. 17–27.

³³ Ebd., S. 28.

³⁴ August Wilhelm Fehling: *Die Forschungsförderung der amerikanischen Bundesregierung und ihre Rückwirkungen auf die Hochschulforschung*, Kiel 1954. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die im gleichen Jahr erschienene Publikation von Georg Schreiber:

USA. Während die Verhältnisse an den westdeutschen Universitäten noch primär vom Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre bestimmt würden, sei – so Fehling – in den Vereinigten Staaten eine zunehmende Verlagerung der eigentlichen Forschung, speziell in industrienahen Bereichen, von den Hochschulen in außeruniversitäre Forschungsinstitute zu beobachten. Obgleich diese Entwicklung nach Ansicht des Kieler Ministerialrats in einem deutlichen und nicht zwingend wünschenswerten Widerspruch zum deutschen Wissenschaftsethos stand, hatte nach seinem Dafürhalten die in den USA zu beobachtende Trennung von Forschung und Lehre dem Staat eine effektive Form der Wissenschaftsorganisation und -koordination ermöglicht. Dadurch könne, wie Fehling abschließend betonte, die Gefahr unnötiger Doppelarbeit minimiert und der nicht selten ungezielte Einsatz von Forschungsmitteln vermieden werden.³⁵

In bundesdeutschen Fachkreisen wurde der Fehlingsche Reisebericht mit großem Interesse aufgenommen. Beispielsweise prognostizierte Werner Thieme 1955 in den „Mitteilungen des Hochschulverbandes“, daß die von Fehling für die USA beschriebenen Entwicklungen trotz aller bestehenden Systemunterschiede künftig auch in Deutschland an Bedeutung gewinnen würden:

„Die Verhältnisse in den USA liegen freilich insbesondere wegen der großen privaten Universitäten und Stiftungen weitgehend anders als in Deutschland. Gleichwohl ist die Schilderung Fehlings deshalb auch für Deutschland höchst aktuell, weil sie in vielem wie eine Vision dessen wirkt, was auch für die deutsche Wissenschaft in vielleicht nicht allzu ferner Zeit problematisch sein könnte.“³⁶

Im Jahre 1959, also am Vorabend der kurze Zeit später einsetzenden Reformperiode, legte Ruth Maccario unter dem Titel *Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika* eine im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft verfaßte Studie vor, bei der es sich um eine der ersten wirklich umfassenden Untersuchungen zu diesem Thema handelte.³⁷ Maccarios Studie war unter dem unmittelbaren Eindruck eines Ereignisses entstanden, das der westlichen Welt die fundamentale Bedeutung von Forschung und Wissenschaft deutlich vor Augen geführt hatte, nämlich dem sogenannten Sputnik-Schock von 1957. Rückblickend schrieb Maccario in ihrem Vorwort zur 1966 erfolgten Neuauflage ihrer Arbeit:

„Wohl kein Ereignis vorher hat die zentrale Bedeutung der Wissenschaft, die wirtschaftliche, soziale und politische Notwendigkeit ihrer Förderung, so klar ins Bewußtsein gerufen, wie der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten durch die Sowjetunion im Oktober 1957. Ein Wettrennen zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR hat seitdem eingesetzt und eine jähe Aktivierung im wissenschaftlichen – besonders im naturwissenschaftlichen und technischen – Bereich bewirkt, die zwangsläufig weitgehende institutionelle, personelle und finanzielle Veränderungen nach sich gezogen hat.“³⁸

Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck bis zum Atomwissenschaftler Otto Hahn, Köln/Opladen 1954.

³⁵ Vgl. Fehling: Die Forschungsförderung der amerikanischen Bundesregierung, S. 20f.

³⁶ Werner Thieme: Wissenschaftspolitik in Deutschland und in den USA, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes, 3/4 (März 1955), S. 96–98, hier S. 98 (Zitat).

³⁷ Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika.

³⁸ Dies.: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika, Essen 1966 (Vorbemerkung).

Tatsächlich war es infolge des Sputnik-Schocks, der in der westlichen Hemisphäre als eine bedrohliche wissenschaftliche Herausforderung der Sowjetunion interpretiert wurde, zu einer „Bündelung und Kooperation aller westlichen Kräfte [gekommen]“.³⁹ In Washington wurde als unmittelbare Reaktion neben dem Amt eines persönlichen Sonderberaters des Präsidenten in Fragen von Wissenschaft und Technik auch ein wissenschaftlicher Beratungsausschuß, das „President's Science Advisory Committee“, eingerichtet. Die Aufgabe beider Beratungsgremien bestand fortan in der Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs, mit dessen Hilfe die amerikanische Administration eine gezielte Stärkung und Förderung der amerikanischen Wissenschaft in Forschung und Lehre einleiten konnte. Um die Koordinierung der nationalen Wissenschaftspolitik noch weiter voranzutreiben, kam es im Frühjahr 1959 zur Gründung des „Federal Council of Science and Technology“, dem die für Wissenschaftsfragen zuständigen Vertreter aller Bundesbehörden angehörten, und schließlich 1962 zur Einrichtung des „Office of Science and Technology“ als offizielles Bindeglied zwischen Bundesregierung und Kongreß.⁴⁰

Parallel hierzu lassen sich gegen Ende der fünfziger Jahre vergleichbare Koordinationsbemühungen auch in anderen westlichen Ländern beobachten. In der Bundesrepublik war es am 5. September 1957, also einen Monat vor dem erfolgreichen Start des sowjetischen Erdsatelliten, zum Abschluß eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern gekommen, das die Einrichtung eines nationalen Wissenschaftsrates zum Gegenstand hatte.⁴¹ Gemäß dem Verwaltungsabkommen sollte der Wissenschaftsrat vor allem die folgenden drei Funktionen erfüllen: Erstens die Koordinierung der wissenschaftsfördernden Maßnahmen von Bund und Ländern, zweitens die alljährliche Aufstellung eines wissenschaftlichen Dringlichkeitsprogramms und drittens die Formulierung von Empfehlungen hinsichtlich der Verwendung von Bundes- und Landesmitteln zur Förderung der Wissenschaft.⁴²

Mit Beginn der sechziger Jahre nahm in der Bundesrepublik das Interesse am strukturellen und verwaltungstechnischen Aufbau des amerikanischen Universitätssystems deutlich zu. Begünstigt wurde dieser Trend durch den Umstand, daß sich die Diskussion um eine Hochschulreform nicht mehr allein auf eine Strukturreform der bestehenden Alt-Universitäten beschränkte, sondern spätestens mit Erscheinen der *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen* (1962) auch die Neugründung von Universitäten dezidiert mit einschloß.⁴³ Unter

³⁹ Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 164.

⁴⁰ Zur Entwicklung der amerikanischen Wissenschaftspolitik und der Einsetzung entsprechender Gremien auf Bundesebene vgl. aus damaliger deutscher Perspektive Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika, S. 7-9.

⁴¹ Zur Gründungsgeschichte des Wissenschaftsrates vgl. Gerhard Hess: „Zur Vorgeschichte des Wissenschaftsrates“, in: Wissenschaftsrat (Hg.): Wissenschaftsrat 1957-1967, o. O. 1968, S. 5-10; Kurt Pfuhl: „Wissenschaftsrat“, in: ebd., S. 11-21; Stamm: Zwischen Staat und Selbstverwaltung, S. 195-202; Metzler: Konzeptionen politischen Handelns, S. 164-170.

⁴² Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, S. 512.

⁴³ Wissenschaftsrat: Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen. Vgl. hierzu auch Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960-1966, S. 1-72.

beiden Aspekten, also Ausbau wie Neugründung, schien es geboten, sich über die universitären Gegebenheiten und Entwicklungen in den USA eingehender zu informieren. Selbstverständlich reisten bundesdeutsche Delegationen auch in Länder des benachbarten europäischen Auslandes, speziell nach Frankreich und England, um sich über die dortige Situation auf dem Hochschulektor ebenfalls ein Bild zu verschaffen.⁴⁴ In beinahe allen entwickelten Industrie- und Wissenschaftsnationen standen die Hochschulen vor ähnlich gelagerten Problemen. Daß in diesem Zusammenhang allerdings gerade den Vereinigten Staaten, als der unbestritten führenden Wissenschaftsnation im westlichen Lager, aus westdeutscher Sicht ganz besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde, liegt auf der Hand.⁴⁵

Auf Einladung des amerikanischen State Departments – dem offenkundig sehr an der Präsentation des heimischen Hochschulwesens gelegen war – begab sich im Spätsommer 1961 der damalige Leiter der Hochschulabteilung im baden-württembergischen Kultusministerium, Ministerialdirigent Heinz Autenrieth, auf eine zweimonatige Reise durch 28 Staaten der USA. Autenrieth besuchte während seines Aufenthalts insgesamt 20 Universitäten, vier Colleges und sieben Bibliotheken. Gleichzeitig führte der Stuttgarter Ministerialbeamte auch zahlreiche Gespräche mit amerikanischen Universitätspräsidenten, Dekanen und Professoren. Die im Verlauf der Reise gesammelten Ergebnisse wurden in einem Erfahrungsbericht zusammengefaßt und den in Bund und Ländern für Hochschulfragen zuständigen Stellen zugeleitet. Schließlich erschien Autenrieths Bericht 1964 auch in einer der ersten Ausgaben der „Konstanzer Blätter für Hochschulfragen“.⁴⁶ Diese Veröffentlichung im Publikationsorgan der erst im Februar 1966 gegründeten (Reform-)Universität Konstanz war kein Zufall, vor allem wenn man die eigentliche Zielsetzung von Autenrieths USA-Reise berücksichtigt. Nach dessen Bekunden sollte diese „besonders dem Studium des amerikanischen Hochschulwesens dienen, vor allem, um Anregungen für die Neugründung einer Modell-Universität in Baden-Württemberg [gemeint war Konstanz, S. P.] zu gewinnen“.⁴⁷ Noch deutlicher konnte die amerikanische Vorbildfunktion – hier immerhin formuliert vom leitenden Beamten einer deutschen Hochschulabteilung – im Rahmen des nach 1960 einsetzenden Reform- und Neugründungsprozesses kaum betont werden.

Eine genaue Analyse des Autenriethschen Berichts zeigt allerdings, daß dieser nicht für eine unreflektierte Übernahme amerikanischer Hochschulelemente warb. Im Gegenteil ging es dem baden-württembergischen Ministerialbeamten, wie schon 1959 Ruth Maccario, um eine möglichst objektive und sachliche Betrachtung

⁴⁴ Vgl. u. a. K.-D. Gottschalk: Das englische Hochschulwesen. Eine Studienfahrt deutscher Verwaltungsbeamter zu englischen Hochschulen, in: DUZ 3 (1966), S. 9–17; Bernhard von Mutius: Zur außerdeutschen Entwicklung der westeuropäischen Hochschulreform, in: Beiträge zur Hochschulplanung. Materialien zu den Empfehlungen I des Hochschulplanungsbeirates, Düsseldorf 1969, S. 131–140. Was außereuropäische Entwicklungen anbetraf, vgl. Ulrich Teichler/Yoko Teichler: Tendenzen der Hochschulreform in Japan, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 31 (1971), S. 65–79.

⁴⁵ Vgl. Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 163f.

⁴⁶ Heinz Autenrieth: Das Hochschulwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Bericht über eine Studienreise, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 3 (1964), S. 93–111.

⁴⁷ Ebd., S. 94.

tung der amerikanischen Hochschulverhältnisse, die auch eventuelle deutsche Fehleinschätzungen relativieren sollte.⁴⁸ So wendete sich Autenrieth ausdrücklich gegen die in der Bundesrepublik immer wieder von USA-Rückkehrern vorgetragene Annahme, die amerikanische Wissenschaft sei der deutschen grundsätzlich überlegen:

„Die ausgezeichnete Ausstattung der sehr zahlreichen Forschungsinstitute hat vielfach zu der Vorstellung geführt, die Forschung selbst sei in den USA, wenn nicht mehr der russischen [hierbei handelt es sich offensichtlich um eine Anspielung auf den Sputnik-Schock von 1957, S. P.], so doch jedenfalls der deutschen weit voraus. Das trifft gewiß auf einzelne Forschungsgebiete (Kernphysik, Krebsforschung, Hirnforschung) zu, für andere (Biochemie, hochmolekulare Biologie, Virusforschung, Entwicklungspsychologie) jedoch nicht. Den fast zur Mode gewordenen Klagen über die Rückständigkeit der deutschen Forschung muß deshalb mit Entschiedenheit widersprochen werden.“⁴⁹

Welches Fazit zog Autenrieth am Ende seiner Informationsreise? Trotz seiner Warnung vor einer Verklärung des amerikanischen Hochschulwesens stand für ihn abschließend außer Frage, daß dieses mit Blick auf eine Hochschulreform in der Bundesrepublik durchaus nützliches, wenn auch künftig erst noch eingehender zu analysierendes Anschauungsmaterial bot. So betonte er am Ende seiner Ausführungen:

„Es muß wiederholt werden, daß ein Aufenthalt von zwei Monaten nicht ausreicht, um zu fundierten Urteilen über ein so verwickeltes Gebiet zu gelangen, wie es das amerikanische Hochschulwesen ist. Was aber erreicht werden konnte, war, wertvolle Anregungen für den Ausbau und die Neugründung deutscher Hochschulen zu erhalten. Sie müßten über diesen Reisebericht hinaus noch mannigfach vertieft werden, wozu genug Material zur Verfügung gestellt wurde. Darüber hinaus wäre es erwägenswert, einem jüngeren, im Hochschulwesen erfahrenen Verwaltungsbeamten oder Dozenten einen Forschungsauftrag zu einem eingehenden Studium des höheren Erziehungs- und Bildungswesens in den USA zu erteilen.“⁵⁰

Ein solch junger Verwaltungsbeamter, der sich Autenrieths Vorschlag zu eigen machte und sich ebenfalls auf eine Informationsreise in die USA begab, war der damalige Leiter der Freiburger Universitätsverwaltung Carl Friedrich Curtius. Während eines insgesamt sechswöchigen Aufenthalts in den Vereinigten Staaten besuchte Curtius drei staatliche Universitäten im mittleren Westen des Landes, nämlich die University of Wisconsin, die University of Michigan und die Wayne State University. Ganz im Sinne Autenrieths hob auch Curtius zu Beginn seines erstmals in den „Freiburger Universitätsblättern“ und wenig später in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“ veröffentlichten Erfahrungsberichts die Notwendigkeit exakter Kenntnisse über das amerikanische Hochschulwesen hervor.⁵¹ Des-

⁴⁸ Als Beispiel für einen solch tendenziell „euphorischen“ Erfahrungsbericht vgl. Manfred Clemenz: Brandeis University – Versuch eines Porträts, in: DUZ 10 (1963), S. 34–36.

⁴⁹ Autenrieth: Das Hochschulwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika, S. 103f.

⁵⁰ Ebd., S. 111.

⁵¹ Carl Friedrich Curtius: *Midwestern Universities*. Zu einigen Grundtatbeständen der amerikanischen Universität von heute, in: Freiburger Universitätsblätter 14 (1966), S. 37–50. Ich beziehe mich im folgenden auf den ein Jahr später erfolgten Wiederabdruck des Berichts in: ders.: *Midwestern Universities*. Zu einigen Grundtatbeständen der amerikanischen Universität von heute, in: DUZ 2 (1967), S. 12–19, hier S. 12 (Zitat): „Wer nicht wenigstens einige der bedeutenden Stiftungsuniversitäten, also etwa Harvard oder Yale, Universitäten der glorreichen Ivy League, kennengelernt hat, wer nicht die ‚Multi-

halb ging Curtius selbst sehr detailliert auf die Leitungs-, Organisations- und Studienstrukturen sowie auf die äußere Erscheinung der von ihm besuchten Universitäten ein. Besonders angetan zeigte er sich von dem spezifischen Gemeinschaftsgeist, also der besonderen sozialen und kulturellen Atmosphäre auf dem Campus amerikanischer Universitäten. Beinahe schwärmerisch beschrieb der in seinen Ausführungen ansonsten eher nüchterne Curtius die Studienbedingungen an den von ihm in den USA besuchten Hochschulen, nicht ohne in diesem Zusammenhang sogleich auf die entsprechenden Defizite in der Heimat hinzuweisen:

„Universitäten für Studenten – diese paradoxe Formulierung entspricht am besten einem mir auf jedem Campus wiederkehrenden Eindruck. Es ist tatsächlich überwältigend, welche Mühen und welche Mittel diese Universitäten aufwenden, um ihren Studenten die ja nicht ganz einfache Aufgabe eines sinnvollen Studiums in jeder nur erdenklichen Hinsicht zu erleichtern. Ich denke hier zunächst an das reichhaltige und variable Angebot an Einrichtungen, die dem leiblichen Wohl zu dienen bestimmt sind, jene großzügigen Gebäude der ‚unions‘, die man vielleicht als eine Zusammenfassung von Menschen mit studentischen Gemeinschaftshäusern, eingeschlossenen Verkaufsläden, Dienstleistungsbetrieben, Tagungsräumen und vieles anderen mehr, beschreiben kann. Ich erinnere mich an jene gewaltigen Lesesäle der Universitätsbibliotheken, in denen Tausende von Studierenden einen sicheren Arbeitsplatz finden, der ihnen auch am Wochenende zugänglich ist. [...]. Man mag über die Wirksamkeit einer so breiten angewandten Psychologie als Mittel der Persönlichkeitsbildung geteilter Meinung sein, aber man wird doch nicht umhin können, das in Deutschland noch fast völlige Fehlen entsprechender institutioneller Ansätze mehr und mehr als Mangel zu empfinden.“⁵²

Seine Ausführungen wollte Curtius nicht als einen einseitigen Appell zur kritiklosen Adaption amerikanischer Universitätselemente verstanden wissen. Die eigentliche Bedeutung der Auseinandersetzung mit den universitären Bedingungen in den USA lag seiner Ansicht nach vor allem darin begründet, daß hierdurch Defizite des heimischen Hochschulsystems besonders sichtbar würden. Im Unterschied zu vielen deutschen Bildungspolitikern und Wissenschaftlern, die sich damals mehr oder weniger pauschal für eine Übernahme amerikanischer Hochschulelemente aussprachen, wußte Curtius als universitärer Verwaltungsfachmann sehr genau um die strukturellen Unterschiede beider Systeme und den daraus resultierenden Übertragungsgrenzen.⁵³ Seinen Bericht schloß Curtius daher mit den folgenden, auch mit Blick auf heutige Reformdebatten durchaus nachdenklich stimmenden Worten:

iversity‘ von Kalifornien mit ihren neun Campuses und einer einmaligen Ansammlung von Nobelpreisträgern erlebte, und wer andererseits wenig mitbekam von jenem Heer von undergraduate- (2- oder 4-Jahres) Colleges, die unserem Universitätsbegriff nicht gerecht werden können, der wird schwerlich allgemeine oder gar abschließende Meinungen zum amerikanischen Hochschulwesen vertreten können.“

⁵² Ebd., S. 16.

⁵³ In diesem Sinne warnte Curtius: Zur Verwendung ausländischer Hochschulmodelle, S. 40: „Es wäre nicht richtig, bei der Einbringung des Erfahrungsmaterials allein auf Fachwissenschaftler zu bauen, die im Rahmen von Austauschprogrammen und Gastprofessuren neben ihrer Forschungsarbeit her einen intuitiven Eindruck vom Hochschulwesen des Gastlandes gewinnen. Auch diese Quelle der Erfahrung ist von Nutzen, doch läßt sie gelegentlich den erforderlichen Blick für das Institutionelle und den Gesamtzusammenhang oder doch für das ebenso unerläßliche Detail vermissen.“

„Meine Darlegung konnte nur Eindrücke wiedergeben. Es war nicht meine Absicht, ihnen Modellcharakter beizulegen. Das dürfte in mancher Hinsicht nicht gerechtfertigt, in anderer utopisch sein. Aber sie werfen doch vielleicht Fragen auf, über die sich das Nachdenken lohnen könnte. [...] Mein Anliegen war es, die Diskussion anzuregen, auch im Sinn einer letzten Fragestellung, die ich an den Schluß setzen möchte: Warum denkt unsere Universität nicht mehr nach über sich selbst?“⁵⁴

Wie schon angedeutet, bot der Verweis auf die universitären Verhältnisse in den USA die Möglichkeit, eine tiefergehende ideelle Neukonzeption des deutschen Hochschulwesens zu umgehen und sich auf pragmatische, d. h. schnell umsetzbare Verwaltungs- und Strukturreformen zu konzentrieren.⁵⁵ Der damals wohl prominenteste Verfechter einer neuen „Universitätsidee“ war der vormals in Heidelberg und seit 1946 an der Universität Basel lehrende Philosoph Karl Jaspers. Bereits unmittelbar nach Kriegsende hatte Jaspers vergeblich für eine ideelle Neufundierung der deutschen Universität plädiert.⁵⁶ Als sich mit der Intensivierung des Hochschulreformdiskurses Anfang der 1960er Jahre hierfür nun abermals die Möglichkeit zu bieten schien, warnte Jaspers eingehend vor einer rein nach pragmatischen Erwägungen ausgerichteten Reformpolitik. Im Rahmen eines bemerkenswerten Aufsatzes mit dem Titel *Das Doppelgesicht der Universitätsreform* trat Jaspers für eine sachgerechte Verknüpfung beider Ansätze ein:

„In der gesamten freien Welt ist die Universität zum Problem geworden. Man will es besser machen. Am Anfang des Nachdenkens darüber sollte die Unterscheidung stehen: Was kann man planmäßig organisieren, materiell herstellen, gesetzlich ordnen, institutionell errichten? Was aber muß diesem zweckhaften Machen vorausgehen als Idee, die aus dem Ernst jedes einzelnen, seines Entschlusses zur Wahrheit den Maßstab für die besonderen Planungen findet? [...]. Die Reform ist auf die materiellen Mittel, aber auch nicht weniger auf die unplanbare geistige Initiative angewiesen. Reformen durch Entwürfe mit endlosen, fast beliebigen Detaillierungen und Reglementierungen sind nichtig ohne Führung durch die Idee.“⁵⁷

Diese entschiedene Haltung des Basler Philosophen darf auch als Reaktion auf Reformansätze verstanden werden, die durch die bloße Übernahme bestimmter amerikanischer Universitätselemente die schnelle Umsetzung von Reformen suggerierten. Zwar beklagte auch Jaspers – ähnlich wie viele USA-Rückkehrer – eklatante Mißstände, wie die „zur Katastrophe für Lehrer und Studenten werdende Überfüllung“ der Universitäten, die „Verwandlung des studentischen Daseins“ oder die „Vorherrschaft der Institute“, seine Schlußfolgerungen waren aber vollkommen anderer Natur⁵⁸:

„Bauten, Einrichtungen der Institute, Seminare, Bibliotheken, Vermehrung der Stellen für Lehrkräfte, Fürsorge für Studenten, damit sie frei und mit allen Kräften ihrem Studium nachgehen können – dies und anderes sind materielle Fragen, die durch Zurverfügungstellung des notwendigen Geldes materiell gelöst werden können. [...] Jede Besinnung auf Änderung der Verfassung, der Selbstverwaltungsformen, der Änderung der Institutsrechte, der Lehrtypen, des Unterrichts usw. muß zwar auf greifbare Zwecke blicken, aber die übergreifende Kritik und Begründung in dem Lichte finden, das die Wege zur Verwirklichung des geistigen Le-

⁵⁴ Ders.: *Midwestern Universities*, S. 19.

⁵⁵ Zu dieser Problematik vgl. Schelsky: *Einsamkeit und Freiheit*, S. 199.

⁵⁶ Vgl. Jaspers: *Die Idee der Universität*.

⁵⁷ Ders.: *Das Doppelgesicht der Universitätsreform*, in: *DUZ* 3 (1960), S. 3–8, hier S. 8 (Zitat).

⁵⁸ *Ebd.*, S. 5.

bens selber, des Hervorbringens in dem Miteinander von Forschung und Lehre zeigt. Die beiden Aufgaben lassen sich nicht nebeneinander, sondern nur zugleich erfüllen.“⁵⁹

Für Jaspers stand demzufolge nicht die Reformbedürftigkeit der deutschen Universität als solche in Frage – hier war sich der Baseler Philosoph sogar in den jeweiligen Kritikpunkten mit den Befürwortern einer mehr amerikaorientierten Reformlinie einig –, sondern einzig und allein die Art und Weise, wie und zu welchem Zweck reformiert werden sollte. Sein Ziel war eine mit notwendigen Strukturreformen einhergehende ideelle Erneuerung der Universität, und eben keine bloße Nachahmung ausländischer Vorbilder.⁶⁰

Gleichfalls im Jahre 1960 hielt Eduard Baumgarten, der Leiter des aus dem Stuttgarter George-Washington-Institut hervorgegangenen Instituts für empirische Sozialforschung an der Wirtschaftshochschule Mannheim, anlässlich des zehnjährigen Gründungsjubiläum des Hochschulverbandes unter dem Titel *Gedanken zur künftigen Hochschule* einen vielbeachteten Vortrag.⁶¹ Im Unterschied zu Jaspers markieren Baumgartens Ausführungen eine deutliche Akzentverschiebung innerhalb des Hochschulreformdiskurses. Zwar stimmten beide in der Diagnose der Ursachen für die momentane Hochschulkrise weitgehend überein, doch während der Baseler Philosoph eine Lösung der anstehenden Probleme durch einen primär innerdeutschen Besinnungs- und Reflexionsprozeß anzuregen versuchte, illustrierte Baumgarten – der aufgrund seiner eigenen früheren Lehrtätigkeit in Übersee ein ausgezeichnete Kenner der dortigen universitären Verhältnisse war – die Mißstände an den deutschen Universitäten durch direkte und indirekte Verweise auf das amerikanische Hochschulwesen. Dieses „Bezugnehmen“ auf die universitären und wissenschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten mit dem Ziel, dadurch nicht nur die Notwendigkeit von Reformen zu verdeutlichen, sondern eben auch den Reformprozeß pragmatisch voranzutreiben, entwickelte sich mit Beginn der sechziger Jahre zu einer in der Bundesrepublik durchaus gängigen Argumentationsmethode.

Basierend auf den Ergebnissen der breitangelegten Studie Hans Angers über die *Probleme der deutschen Universitäten* (1960)⁶² warnte Baumgarten vor einem

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Vgl. ebd., S.3: „Nehmen wir an, die staatlichen Mittel würden dank der Weitsicht von Staatsmännern in der genügenden Menge bereitgestellt, so ist damit zwar die unentbehrliche Bedingung, nicht aber die Sache selbst geschaffen. Jene Mittel zu beschaffen, ist die Sache des Staates, die Universitätsreform aber kann entscheidend nur von Männern der Universität ausgehen. Es kommt darauf an, wie die Mittel verwendet werden. Hier aber handelt es sich um zwei Aufgaben: erstens die Planung der notwendigen Bauten, die Gliederung des Massenzustroms in übersehbare Gruppen, die Aufgabenverteilung unter Professoren und Dozenten und Assistenten, die Umgestaltung der Organisation, die Setzung der Rechte, nach denen sie in juristischer Form arbeitet, und vieles andere – und zweitens die Wiedergewinnung der Kraft der Idee der Universität, die bis an den Rand ihres Erlöschens geraten ist. Diese beiden Aufgaben stehen nicht nebeneinander, vielmehr muß die Idee der Universität die Führung haben, wenn es sich wirklich um Reform der Universität in der neuen Situation handelt und nicht um Vollendung und Organisation der Verschulung, bei der unter Beibehaltung des Namens der Universität die Universität selber zugrunde geht.“

⁶¹ Eduard Baumgarten: *Gedanken zur künftigen Hochschule*, in: DUZ 8 (1960), S.12–21.

⁶² Anger: *Probleme der deutschen Universität*.

zunehmendem quantitativen und damit auch sozialen Mißverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden. In offensichtlicher Anlehnung an Schilderungen akademischer USA-Reisender und aufgrund seiner eigenen Erfahrungen sagte Baumgarten:

„Die Degradierung der Studenten zu bloßen Zuhörern und Kollegbesuchern (Massenkollegbesuchern) ist heute keineswegs ein durchgängiges, aber immerhin vorwaltendes Signum des Zustandes an unseren Universitäten. Es wird zugegeben, daß es in anderen Ländern anders ist. In der Tat gerade in *Amerika*, das man in deutschen akademischen Kreisen so gerne abfällig als das Land der Massendemokratie stigmatisiert, als das angeblich klassische Land des Massenkonformismus, überhaupt der Massen – dieses Amerika kennt, im Gegensatz zu Deutschland, keine Massenkollegs. Massenbetrieb, sowohl innerhalb der Colleges und Universitätsfakultäten, wie in den Universitätskliniken ist grundsätzlich verpönt. Entwicklungen in dieser Richtung werden systematisch verhindert.“⁶³

Zur Verbesserung der Lage an den westdeutschen Universitäten schlug Baumgarten neben einer Vermehrung der Dozentenstellen eine damit einhergehende Neuverteilung der Kompetenzen zwischen den Lehrenden vor. Bisherige, durch das Kolleg- und Prüfungsgeldsystem begründete „Reservatsrechte“ der Ordinarien, wie beispielsweise die Abhaltung von Pflichtvorlesungen für Studenten oder das Monopol auf bestimmte Seminare und Übungen, hätten dazu beigetragen, daß in der Vergangenheit zu viele Lehraufgaben auf zu wenige Schultern verteilt worden seien. Aus diesem Grunde müsse die Gruppe der Nichtordinarien künftig verstärkt in den Lehrprozeß eingebunden werden. Statt der üblichen, hierarchisch bedingten Abgrenzungstendenzen sei eine neue Form der Kooperation und – wie Baumgarten es formulierte – „Team Work“ gefragt.⁶⁴

Noch präziser formulierte Baumgarten seine Reformansichten zwei Jahre später in seinem Buch *Zustand und Zukunft der deutschen Universität*.⁶⁵ Im Zentrum dieser Veröffentlichung stand das Thema Universitätsneugründungen, wobei die hierbei entwickelten „Kriterien zum Entwurf neuer Universitäten“ deutliche Anleihen aus dem amerikanischen Hochschulwesen aufweisen. Erneut bezog sich Baumgarten auf die zu erwartende Modellfunktion neuer Institutionen: „Bei der Errichtung neuer Universitäten ist zu erwarten, daß die günstigen Bedingungen eines Neuanfangs dazu genutzt werden, diejenigen internen Reformen durchzuführen, die in den laufenden Betrieben der alten Universitäten natürlicherweise auf weit größere Schwierigkeiten stoßen.“⁶⁶ In der Tat bemerkenswert war hierbei der Gedanke, mit Hilfe neuer Universitäten eben nicht nur zur quantitativen Entlastung der bestehenden Hochschulen beizutragen, sondern in erster Linie den eigentlichen Reformprozeß voranzutreiben. Dabei sollten die zu errichtenden

⁶³ Baumgarten: Gedanken zur künftigen Hochschule, S. 15.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 16: „Die sachgemäße Verteilung von Vorlesungen unter alle verfügbaren Lehrkräfte wird von selbst zunehmen. Mit anderen Worten: Kooperation und Team-Work bekämen auch bei uns endlich mehr Raum zur Entwicklung. Es wird dann wieder eine viel größere, echtere, Lust sein, an den Universitäten zu leben und zu lehren. Das gespannte gegenwärtige Verhältnis zu den Studenten, von dem die Zeitungen voll sind, wird wie von selbst abklingen.“

⁶⁵ Ders.: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, Tübingen 1963.

⁶⁶ Ebd., S. 42.

Institutionen moderne, den aktuellen Anforderungen der Zeit entsprechende Organisations- und Verwaltungsstrukturen erhalten.⁶⁷

Die von Baumgarten in diesem Zusammenhang geübte Kritik an den traditionellen deutschen Universitätsstrukturen erinnert an die seit Anfang der 1950er Jahre in den Erfahrungsberichten deutscher USA-Reisender immer wieder angeführten Defizite, wie beispielsweise die sogenannte Einmannherrschaft auf Lehrstühlen und an Instituten.⁶⁸ „Hinsichtlich der Autoritätsverteilung“, so lautete Baumgartens Postulat, „ist teils für eine Konzentration, teils für Dezentralisation und Demokratisierung (d. h. Minimisierung persönlicher Macht) Sorge zu tragen.“⁶⁹ Die beiden Modelle, die Baumgarten hierbei vorschwebten, orientierten sich einerseits an der Stellung amerikanischer Universitätspräsidenten und andererseits am Kollegialitätsprinzip amerikanischer Hochschul-Departments. Mit Blick auf die künftige Form der Universitätsleitung betonte Baumgarten, daß „nur ein Dauerrektor [...] eine große Universität als eine verwaltungsmäßig autonome und autokephale Unternehmung wirklich leiten [könne]“.⁷⁰ Diese Vorstellung von der Universität als Großbetrieb, der eine Art Manager vorstehen müsse, war seit den Tagen Max Webers von amerikanisch geprägten Denkmustern beeinflusst.⁷¹ Gleichzeitig sollte der hierarchische Verwaltungsaufbau der die alten Einzelinstitute künftig ablösenden Abteilungen nach dem Departmentmodell dezentralisiert werden:

„In den Abteilungen (z. B. Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, Sozialwissenschaftliche Abteilung und dergleichen) wird also das Prinzip der Autorität kraft Kompetenz möglichst systematisch durchgeführt. Das Amt des Abteilungsleiters rotiert jährlich oder zweijährlich (oder wie immer sinnvoll) sagen wir: zwischen den vorhandenen Ordinarien und Extra-Ordinarien – zum Zweck der Entlastung jedes einzelnen von ihnen, zu einer Wiederfreigabe für Forschung und Lehre. Der Abteilungsleiter ist *primus inter pares*, mitentscheidende Glieder der Abteilung sind alle Mitarbeiter, seien sie Forschende oder Lehrende, einschließlich der wissenschaftlichen Assistenten.“⁷²

In welchem Umfang derartige Reformvorstellungen von den im Ausland, und hier speziell in den USA, gesammelten Erfahrungen deutscher Wissenschaftler beeinflusst wurden, zeigt eine 1964 unter dem Titel *Erfahrung und Bericht* erschienene Publikation des DAAD.⁷³ Basierend auf den Schilderungen vornehmlich deutscher Ingenieur- und Naturwissenschaftler widmeten sich mehrere Aufsätze namhafter Experten aus fachdisziplinärer und gesamtuniversitärer Perspektive den Rückwirkungen von Auslandserfahrungen auf die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Besondere Beachtung ver-

⁶⁷ Hierzu Baumgarten ebd., S. 44: „Die Veränderung der Situationen, an die keine Anpassung vollzogen worden ist, hat zwei Seiten, an denen sich die gegenwärtigen Betriebe der alten Universitäten wundlaufen. Die eine Seite ist der in immer größeren Sprüngen beschleunigte Fortschritt der Spezialisierung der Forschung; die andere Seite ist die gleichfalls in großen Sprüngen erfolgende Zunahme der Studierenden, die im Sinne der genannten Universitätsziele nicht nur unterrichtet, sondern an der Forschung beteiligt und dadurch zur Erkenntnisfreude und Wahrheitsliebe gebildet werden sollen.“

⁶⁸ Vgl. Kapitel IV.3. sowie Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität, S. 19–21.

⁶⁹ Baumgarten: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, S. 46.

⁷⁰ Ebd., S. 47.

⁷¹ Vgl. Weber: Wissenschaft als Beruf, S. 199f.

⁷² Ebd., S. 46f.

⁷³ Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Erfahrung und Bericht, Bonn 1964.

dient der Beitrag des renommierten Münsteraner Soziologen und Bildungsexperten Helmut Schelsky, der sich mit der Grundsatzfrage nach den möglichen Auswirkungen eines Auslandsstudiums auf die Reformvorstellungen junger Naturwissenschaftler auseinandersetzte.⁷⁴ Das Ergebnis der Befragung fiel eindeutig aus: Die überwiegende Mehrheit der insgesamt 90 von der Dortmunder Sozialforschungsstelle Befragten schätzten ausländische Hochschulsysteme aufgrund ihrer individuellen Eindrücke qualitativ besser ein als das heimische.⁷⁵ Mehr noch: „Mit einer spontanen und unbekümmerten Selbstverständlichkeit“, wie Schelsky hervorhob, „wird die Einführung bestimmter und einzelner Organisationsstrukturen des ausländischen Wissenschaftssystems in das deutsche System empfohlen.“⁷⁶ Als ausgesprochene Nachteile des deutschen Systems nannten die Befragten bereits bekannte Aspekte wie die autoritative Macht der Ordinarien und das daraus resultierende Abhängigkeitsverhältnis der Assistenten, die Habilitationsfrage, die unsichere soziale und berufliche Stellung der Nichtordinarien sowie die Strukturlosigkeit des Studiums an deutschen Hochschulen.⁷⁷ Relativ eindeutig fiel auch das Votum darüber aus, an welchen ausländischen Modellen sich Deutschland künftig auszurichten habe, um die beschriebenen Defizite zu beseitigen. „Auf die Frage“, so Schelsky, „wie dem abzuhelpen sei und welche Organisationsformen besser seien, orientierten sich die meisten der Antworten am wissenschaftlichen System der Vereinigten Staaten und z. T. Englands.“⁷⁸

Auch auf die Frage der als besonders nachahmenswert empfundenen Einrichtungen innerhalb des Hochschulsystems eines Gastlandes zeigte sich unter den Befragten eine deutliche Präferenz für das amerikanische Universitätswesen. Konkret genannt wurden neben dem Departmentsystem auch das Prinzip des „Sabbatical Leave“ (Forschungssemester), die klare Trennung von Verwaltung und Wissenschaft sowie die Organisation des Bibliothekswesens.⁷⁹

Obgleich sich Schelsky gegen eine unkritische Übernahme einzelner Teilelemente des amerikanischen Hochschulsystems aussprach, spiegeln seine abschließenden Empfehlungen zweifelsohne das Bemühen wieder, die von den Befragten eingeforderten – in erster Linie „amerikanisch“ eingefärbten – Reformmaßnahmen im Rahmen der bestehenden deutschen Strukturen zu verwirklichen:

„Ich bin der Überzeugung, daß bei einer grundsätzlichen Bereitschaft, Ihre [der Befragten, S. P.] Ansprüche im Kern zu berücksichtigen, diese Reformen unter grundsätzlichem Beibehalten des deutschen Systems der Hochschul- und Wissenschaftsorganisation durchführbar

⁷⁴ Helmut Schelsky: Welche Vorstellungen bringen junge Naturwissenschaftler aus ihrem Auslandsstudium für die Reform der deutschen Hochschulen mit?, in: ebd., S. 47–64. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den äußerst aufschlußreichen Aufsatz von Renate Rauch: Stipendiatenerfahrungen und Erfahrungen mit Stipendiaten, in: ebd., S. 65–102.

⁷⁵ Hierzu schreibt Schelsky: Vorstellungen, S. 50: „Der ganze Tenor der Antworten ist so, daß das ausländische Wissenschaftssystem in entscheidenden Dingen – und zwar in bezug auf ziemlich einheitlich genannten Tatbeständen – positiver abschneidet als das deutsche. Von einer Erfahrung der Überlegenheit der deutschen Wissenschaft, zumindest in ihrer Organisationsform, kann nicht die Rede sein.“

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 52.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Ebd., S. 53f.

wären und sich die bruchstückhafte Einführung von Bestimmungen fremder Wissenschaftssysteme erübrigte.“⁸⁰

Nichtsdestotrotz weisen auch die Reformvorschläge des Münsteraner Soziologen, abgesehen von der Habilitationsfrage, bei genauerer Betrachtung selbst deutliche Amerikanisierungstendenzen auf.⁸¹ So sprach sich Schelsky ganz im Sinne einer departmentartigen Regelung dafür aus, „das Institutssystem in sich selbst stärker auf eine teamhafte, kooperative Institutsleitung hin zu entwickeln [und] nicht mehr auf den einen Ordinarius allein hin zu strukturieren“.⁸² Auch hinsichtlich einer Trennung des universitären Verwaltungs- und Wissenschaftsbereichs, mit deren Hilfe die Effizienz der Leitungsgremien sowie des eigentlichen Lehr- bzw. Forschungsbetriebs gesteigert werden sollte, zeigen sich Anlehnungen an das US-Hochschulwesen und amerikanische Management-Methoden⁸³:

„Die Verwaltungsaufgaben der Korporation und der Institute sind stärker von den Forschungsaufgaben und Lehraufgaben zu trennen. [...] Das ‚Management of Innovation‘ ist bisher nur von der Industrie und Wirtschaft als eine hochproduktive Aufgabe begriffen worden, die Aufwertung dieser Funktion in unserem Wissenschafts- und Hochschulsystem ist dringend notwendig.“⁸⁴

Neben Schelskys gesamtuniversitärer Perspektive widmeten sich zwei Aufsätze des DAAD-Bandes speziell den Rückwirkungen von Auslandserfahrungen auf fachdisziplinärer Ebene. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen verwies der Heidelberger Mediziner Hans Schaefer auf das Phänomen des Brain Drain in die USA.⁸⁵ In Schaefers Augen war diese Abwanderungsbewegung nicht nur ein

⁸⁰ Ebd., S. 63.

⁸¹ Trotz seiner Kritik an der damaligen Praxis begründete Schelsky die Beibehaltung der Habilitation wie folgt: „Im gleichen Sinne empfinde ich die produktive Handhabung der Habilitation primär als eine fakultätsmoralische Aufgabe. Die Kriterien, nach denen habilitiert wird, sind – das darf ich aufgrund längerer persönlicher Erfahrung sagen – zuweilen erstaunlich subjektiv und beliebig. Habilitationskandidaten, die zwischen den Fächern stehen oder zwischen den Lehrmeinungen der Ordinarien, haben in vielen Fällen keine faire Chance zu habilitieren. Eine Kriterienreform der Habilitation ist notwendig, nicht ihre Abschaffung: Die in der Habilitation enthaltene Kooptation der Persönlichkeiten eines Gelehrten in einer Gelehrtenkorporation hat so viele günstige Seiten, daß sie nicht zugunsten einer einfachen Laufbahnbeförderung in der Lehr- oder Forschungshierarchie abgeschafft werden sollte“ (ebd., S. 64).

⁸² Ebd.

⁸³ Bemerkenswert ist bei Schelsky die in Anlehnung an Max Weber und durch Prinzipien der amerikanischen Betriebswirtschaftslehre beeinflusste Auffassung von der Universität als Großbetrieb: „Auf dieser Autonomie des Gelehrten beruht der Selbstverwaltungsanspruch der deutschen Hochschulen. [...] In dieses Organisationssystem hat sich nun mit der Zeit ein anderes hineingeschoben: das arbeitsteilige, betriebsförmig organisierte Institutssystem. Dieses kennt, wie jedes großorganisatorische, bürokratisch verwaltete moderne Produktionssystem, die klare hierarchische Über- und Unterordnung, macht den Institutsdirektor zum ‚Diktator in der Arbeit‘, um einen Ausdruck Lenins zu benutzen. Fügen wir hinzu, daß sich auch die Verschulung und großbetriebliche Organisation der Ausbildung immer notwendiger aufdrängt, dann können wir sagen, daß die Universität heute von dieser Seite her längst ein funktional und hierarchisch durchgliedertes Instituts- und Abteilungssystem großorganisatorisch-betrieblicher Art ist“ (ebd., S. 60).

⁸⁴ Ebd., S. 64.

⁸⁵ Vgl. Hans Schaefer: Die Situation der medizinischen Forschung in Deutschland, in: ebd., S. 29–38.

Zeichen für die besondere Attraktivität der Vereinigten Staaten als weltweit führender Wissenschaftsstandort, sondern gleichzeitig auch ein unmißverständlicher Ausdruck für den abnehmenden internationalen Stellenwert der deutschen Wissenschaft. Was die künftige wissenschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik anbetraf, maß der Heidelberger Ordinarius den Erfahrungsberichten akademischer USA-Reisender ein nicht zu vernachlässigendes Gewicht bei:

„Gerade sie aber urteilen, wenn sie je zurückkommen, mit schonungsloser Härte über das deutsche System und stimmen, mit wenigen Ausnahmen, der Kritik des Auslands an uns zu, die These von der sinkenden Weltgeltung gleichsam als objektiv berechtigt interpretierend. Ihre Kritik an deutschen (und schweizerischen!) Zuständen ist weitgehend von Einseitigkeiten frei und sollte um so schwerer wiegen.“⁸⁶

Ähnlich wie Schaefer für den Bereich der Medizinwissenschaften, konstatierte auch der Kölner Zoologe Franz Huber gleich zu Beginn seines Aufsatzes die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der molekularen Biologie.⁸⁷ Trotz eines leichten Aufholprozesses seit 1945 könne „nicht verschwiegen werden“, wie Huber deutlich machte, „daß die führenden Forscher auf diesen Gebieten keine Deutschen sind, unsere auf diesem Gebiet tätigen Forscher vielfach ihre Ausbildung und methodische Schulung an anglo-amerikanischen Forschungsstätten erhielten und heute noch wegen der weit besseren Arbeitsbedingungen ins Ausland abwandern“.⁸⁸ Um diesem Trend wenigstens ansatzweise Einhalt zu gebieten und damit den Wissenschaftsstandort Deutschland international wieder wettbewerbsfähig zu machen, sei möglichst rasch eine grundlegende Reform des deutschen Forschungssystems notwendig.⁸⁹

Dezidiert als Schaefer forderte Huber eine Ausrichtung auf das amerikanische Department-Modell. Im Gegensatz zu den hiezulande üblichen „Einmann-Instituten“ biete die Gliederung in fachbezogene Abteilungen die Möglichkeit, Forschung und Lehre einerseits in ein kollegiales, ja demokratisches Klima einzubetten und andererseits die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen weiter auszubauen. Über die Vorzüge einer solch amerikanisch inspirierten Lösung schrieb Huber:

„Die Organisation unserer Institute mit einem Leiter an der Spitze ist zugunsten kleinerer Abteilungen zu ändern. Jeweils einer der Abteilungsleiter kann für befristete Zeit die Geschäftsführung übernehmen und wird auf diese Weise durch ‚Regierungsgeschäfte‘ nicht ständig an der eigenen Forschungsarbeit gehindert. [...]. In diesen Abteilungen ist der so notwendige Kontakt von Lehrer und Student noch möglich; in einem solchen Rahmen läßt

⁸⁶ Ebd., S.39f.

⁸⁷ Franz Huber: Die Situation der zoologischen Forschung in Deutschland, in: ebd., S.39-47.

⁸⁸ Ebd., S.40. Über die angelsächsische Führungsposition auf dem Gebiet der Zoologie äußerte sich Huber wie folgt: „Bevor ich auf die Schlußfolgerung eingehe, die aus diesen Überlegungen zu ziehen sind, möchte ich noch fragen, wo denn in Deutschland moderne zoologische Forschung betrieben wird. Wir erhalten unsere Grundausbildung an den Hochschulen und Universitäten. Wenn wir aber der Meinung sein sollten, daß hier noch in dem gleich hohen Maße Forschungsarbeit geleistet wird, wie etwa vor 30 Jahren oder wie heute noch an englischen oder amerikanischen Universitäten, so muß ich diesen Optimismus dämpfen“ (ebd., S.41).

⁸⁹ Ebd., S.41.

sich wirklich Lehre und Forschung betreiben. Der Nachwuchs kann überwacht, theoretisch und praktisch geschult und zum guten Wissenschaftler erzogen werden. [...]. Mit der Einrichtung solcher Abteilungen, die in ihrer räumlichen, personellen und sachlichen Ausstattung den Gliedern eines Departments entsprechen können, fällt die für die Verwaltung eines Großinstituts notwendige Zeit weg und ist wieder für die Forschung verfügbar. [...]. In solchen Abteilungen kann sich ein team work entwickeln, eine Zusammenarbeit von Forschern verschiedener Fachrichtungen zur Lösung einer Frage.“⁹⁰

Die in der DAAD-Publikation *Erfahrung und Bericht* von allen Autoren erhobene Forderung nach einer strukturellen Neuorganisation des deutschen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs durch eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Orientierung an amerikanischen Verhältnissen gewann im Rahmen des bundesdeutschen Hochschulreformdiskurses immer mehr an Gewicht. Gleichfalls 1964 war im Auftrag der DFG eine Untersuchung zum Thema *Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland* erschienen, die sich mit der Stellung der deutschen Ingenieur- und Naturwissenschaften im internationalen Vergleich beschäftigte.⁹¹ Die von Richard Clausen verfaßte Studie verstand sich als unmittelbare Reaktion auf einen Bericht des damaligen Präsidenten der amerikanischen National Academy of Science, Frederick Seitz, dessen Kritik an den deutschen Forschungseinrichtungen hierzulande großes Aufsehen erregt hatte.⁹² Die von Seitz vertretene These lautete, daß alle an naturwissenschaftlicher Forschung interessierten Länder wegen der klaren Vorteile des Department-Systems „nicht daran vorbeikommen werden, das amerikanische System oder eine Variante desselben zu übernehmen“.⁹³

Ohne hier auf einzelne Details der auf den Gutachten von insgesamt 140 Wissenschaftlern basierenden Clausen-Studie näher eingehen zu können, fiel deren Fazit eindeutig aus: Trotz hervorragender Einzelleistungen in beinahe allen natur- wie ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen müsse ein deutlicher Rückstand speziell gegenüber den USA eingeräumt werden. Dieses Ergebnis könne zwar – wie Clausen einschränkend bemerkte – zu einem Gutteil auf historisch bedingte Ursachen, wie z. B. die akademische Abwanderung während des Dritten Reiches und die Folgen von Krieg und Zerstörung bis 1945 zurückgeführt werden⁹⁴, doch hätten sich auch die nach Kriegsende restituierten Universitäts- und Wissenschafts-

⁹⁰ Ebd., S. 44f.

⁹¹ Richard Clausen: *Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland*. In den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften aufgrund einer Umfrage, Wiesbaden 1964.

⁹² Vgl. Frederick Seitz: *Wissenschaft im Vormarsch*, Essen 1962.

⁹³ Hier zitiert nach Clausen: *Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland*, S. 5.

⁹⁴ Siehe ebd., S. 17–19: „Fragt man nach den Gründen für die heutige Lage, so hat man zualererst an die Verhältnisse des Jahrzehnts nach 1935 mit der Politik des Dritten Reiches, dem Weltkrieg und seinen Zerstörungen und an seine Auswirkungen auf die Jahre nach dem Zusammenbruch 1945 mit Hungersnot, wirtschaftlichem Vakuum und erneutem totalen Vermögenszerfall zu erinnern. [...]. Auch ist zu bedenken, daß gerade in den Jahrzehnten, in denen die Forschung in Deutschland unter den ungünstigsten Voraussetzungen zu leiden hatte, die USA – zusätzlich begünstigt durch den Zufluß der Emigranten aus Europa und mancher wertvoller Forschungsergebnisse aus den Laboratorien der deutschen Industrie – einen außergewöhnlichen Aufschwung ihrer Forschung erlebten, der sich besonders sichtbar in der Zahl der wissenschaftlichen Tätigen ausprägt und der im und durch den Krieg einen gewaltigen zusätzlichen Impuls erhielt.“

strukturen als letztlich ungeeignet erwiesen, mit der modernen internationalen Wissenschaftsentwicklung Schritt zu halten.⁹⁵ Als besondere Defizite des deutschen Systems nannten auch die Gutachter der DFG-Befragung neben einer nur mangelhaft ausgeprägten Interdisziplinarität vor allem die Unwägbarkeiten der deutschen Hochschullaufbahn sowie den hierarchischen Aufbau der traditionellen Institutsverfassungen.⁹⁶ „Der wichtigste Vorschlag zur Überwindung dieser Erstarrung in unserem System“, wie Clausen resümierend festhielt, „scheint die Forderung nach Einrichtung mehrerer kleinerer Abteilungen zu sein, der Vorschlag, daß ein Ordinariat in eine ganze Reihe von Parallel-Lehrstühlen Gleichberechtigter aufzulösen sei, ist eine Empfehlung, die sich dem von Seitz propagierten Departmentsystem nähert und auch zu den Vorschlägen des Wissenschaftsrates gehört.“⁹⁷

In welchem Umfang auch bei damals führenden Mitgliedern des Wissenschaftsrates das Interesse, ja Verständnis für das amerikanische Hochschulwesen mit Blick auf die deutschen Reformbestrebungen ausgeprägt war, veranschaulicht ein unter dem Titel *Deutsche Hochschulprobleme im Lichte amerikanischer Erfahrungen* anlässlich der feierlichen Semestereröffnung an der Christian-Albrechts-Universität am 26. November 1965 in Kiel gehaltener Vortrag des Tübinger Juristen und Wissenschaftsratsvorsitzenden Ludwig Raiser.⁹⁸ Zudem belegt das Beispiel Raiser erneut den hier konstatierten Zusammenhang von Auslandserfahrung und Reformbereitschaft, denn dieser betont selbst zu Beginn seiner Ausführungen:

„Heute sind es die amerikanischen Universitäten, die die Führungsrolle in der Wissenschaft der westlichen Welt für sich in Anspruch nehmen und an die alle europäischen Länder tausende von fähigen jungen Wissenschaftlern auf Zeit oder für immer verlieren. [...]. Es kommt mir nur darauf an, einige Faktoren herauszuheben, die nach meinem, bei einem halbjährigen Studienaufenthalt und dem Besuch vieler amerikanischer Universitäten gewonnenen Eindruck jenen Aufstieg begünstigt haben. Mein Ziel ist nicht, Bewunderung für oder Abneigung gegen das Fremde zu erzeugen, sondern damit den Blick für unsere eigenen Probleme und die Möglichkeiten ihrer Lösung zu schärfen.“⁹⁹

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 19f.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 20: „Auch auf manchen anderen modernen Forschungsgebieten läßt sich der Leistungsmangel nach Meinung der Gutachter nicht allein aus der besonderen deutschen Situation erklären. Viele von ihnen beklagen auch hier als Grund für die Rückständigkeit der deutschen Forschung den Mangel an übergreifender Arbeitsweise, die Scheu oder das Unvermögen, beispielsweise mathematische, physikalische und chemische Methoden, Denkweisen und Kenntnisse auf Probleme der Ingenieurwissenschaften anzuwenden.“

⁹⁷ Ebd., S. 24.

⁹⁸ Ludwig Raiser: *Deutsche Hochschulprobleme im Lichte amerikanischer Erfahrungen*, Kiel 1965.

⁹⁹ Ebd., S. 5f. Vgl. im Hinblick auf die wechselvollen deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen und -entwicklungen vor 1945 an gleicher Stelle auch Raisers historisch richtigen Befund, mit dem dieser seinen Kieler Vortrag eröffnete: „Die deutschen Universitäten hätten es bis zum Ersten Weltkrieg sicherlich als ungebührliche Zumutung empfunden, von dem so viel jüngeren amerikanischen Erziehungs- und Hochschulwesen irgend etwas lernen zu sollen; man war sich gerade umgekehrt bewußt, daß Amerika die Ergänzung seiner Colleges durch Graduate Schools in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts im wesentlichen nach deutschem Vorbild entwickelt hatte, und der Zustrom von vielen Tausenden von amerikanischen Studenten zu den deutschen Universitäten gab diesen das beruhigende Gefühl, daß der deutsche Vorsprung nicht so leicht

Obgleich sich Raiser – ähnlich wie Baumgarten oder Schelsky – gegen eine unkritische Übernahme einzelner Elemente des amerikanischen Universitätssystems wandte, unterstreicht seine äußerst kenntnisreiche Gegenüberstellung der beiden Hochschulsysteme abermals die zentrale Rolle der USA als bestimmender Referenzpunkt im Rahmen des damaligen Reformdiskurses.

Im ersten Teil seines Vortrags hob Raiser zunächst die strukturellen Unterschiede zwischen dem amerikanischen und deutschen Universitätswesen deutlich hervor. Während es sich im deutschen Fall traditionell um staatliche Institutionen handle, sei die Entwicklung der Higher Education in den USA – selbst bei den Staatsuniversitäten – seit jeher als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen worden. Demzufolge falle in den Vereinigten Staaten dem privaten Sektor, speziell im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Hochschulen, eine ungleich wichtigere Rolle zu.¹⁰⁰ Nichtsdestotrotz könne sich das hieraus resultierende freie Spiel der Kräfte auf universitärer Ebene, so Raiser weiter, auch für Deutschland als vorbildlich erweisen:

„Die [...] Folge ist, daß sich hier, wie in der freien Unternehmerschaft, das Wettbewerbsprinzip als eine starke Antriebskraft hat auswirken können, die sich bei uns allenfalls im Ehrgeiz rivalisierender Länderkultusverwaltungen geltend macht. Es ist für mich kein Zweifel, daß diese [...] Momente wesentlich zu dem raschen Aufschwung in den letzten Jahrzehnten beigetragen haben. [...]. Die Lehre, die wir nach dem bisher Gesagten für uns aus dem Vergleich ziehen können, ist in organisatorischer Hinsicht nicht umstürzend, aber auch nicht unwichtig: Selbst unser Typus der Staatsuniversität erlaubt ein gewisses Maß an Flexibilität, und wir sollten alles daran setzen, diesen Spielraum zu erhalten und zu erweitern, statt ihn uns durch perfektionistische Hochschulgesetze verengen zu lassen.“¹⁰¹

Für den scheidenden Wissenschaftsratsvorsitzenden bestand ein Hauptziel künftiger deutscher Hochschulpolitik darin, die Gesellschaft auch hierzulande für die Belange der Universitäten zu gewinnen. In Anspielung auf die öffentliche Kritik, der sich die vermeintlich reformunfähige deutsche Universität im Laufe der 1960er zunehmend ausgesetzt sah, sagte Raiser mit durchaus neidvollem Blick auf die USA:

„Jedem Besucher der Vereinigten Staaten drängt sich ja auf Schritt und Tritt die Beobachtung auf, was private Initiative und private Bereitschaft, für das öffentliche Wohl selbst hohe Vermögensopfer zu bringen, zu leisten vermögen. Das wirkt sich auch und gerade im Hochschulwesen aus. Wenn man mitansieht, in welchem Umfang alle, selbst die Staatsuniversitäten, drüben nicht nur die Bundesbehörden, sondern private Geldgeber, und keineswegs nur im Wege der Auftragsforschung, zu ihrer Finanzierung heranziehen können, um damit ihre Leistungsfähigkeit und Bewegungsfreiheit zu sichern und zu stärken, so wird man die bange Frage nicht mehr los, warum so viel pflichtbewußter und opferbereiter Bürgersinn eigentlich nur in diesem vielverlästerten Land des Hochkapitalismus zu finden ist.“¹⁰²

aufzuholen sein würde. [...]. Erst das Zurückbleiben der deutschen Universitäten im internationalen Wettbewerb seit 1933, die kräftigen Impulse, die die vom Nationalsozialismus aus Deutschland vertriebenen Gelehrten den amerikanischen Universitäten gaben, und die gegenläufigen Wirkungen des Zweiten Weltkrieges, nämlich Zerstörung und Verödung hier, Belebung der wissenschaftlichen Arbeit im Dienste des Federal Government dort, kehrten auch im deutschen Bewußtsein, jedenfalls für den Bereich der Natur- und der Sozialwissenschaften, das Verhältnis um“ (ebd., S. 1).

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 8f.

¹⁰¹ Ebd., S. 10f.

¹⁰² Ebd., S. 12.

Den Grund für diese in den USA scheinbar gelungene Einbettung der Universitäten in die Gesellschaft sah der Tübinger Ordinarius in der allgemeinbildenden Erziehungsfunktion dortiger Colleges, von der insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg eine in Relation zu europäischen Verhältnissen weitaus höhere Anzahl von Studenten aus den Unter- und Mittelschichten profitiert habe.¹⁰³ Die hier dem Collegewesen von Raiser zuerkannte gesellschaftspolitische Funktion war zweifelsohne mitverantwortlich für die schon erwähnte Forderung des Wissenschaftsrats aus dem Jahre 1962, bei künftigen westdeutschen Universitätsneugründungen „Kollegienhäuser“ einzurichten.¹⁰⁴

Im Anschluß an diese eher grundsätzlichen Bemerkungen zu den spezifischen Strukturen und möglichen Vorteilen des amerikanischen Universitätssystems widmete sich Raiser dessen rechtlicher Gestalt und organisatorischem Aufbau. Im Zentrum stand die damals in der Bundesrepublik heftig debattierte Frage, inwieweit bestimmte Elemente der amerikanischen Universitätsverfassung – obgleich eine solche im einheitlichen Sinne überhaupt nicht existierte – auf deutsche Verhältnisse gewinnbringend übertragen werden könnten. Dabei kritisierte Raiser zunächst die unreflektierte und auf nur wenige Schlagworte zugespitzte Form der Auseinandersetzung mit dieser Thematik:

„Die Diskussion darüber ist in Deutschland ja seit langem im Gange, aber sie pflegt sich etwas vordergründig auf Detailfragen zu konzentrieren, also etwa auf den Unterschied zwischen Präsidial- und Rektoratsverfassung, zwischen Fakultäts- und Department-System. Indessen ist die Basis für solche Vergleiche und daraus abgeleitete Werturteile zu schmal, wenn nicht zuvor die Gestalt der Universität hüben und drüben als Ganzes ins Auge gefaßt wird.“¹⁰⁵

Insgesamt betrachtet kann Raisers persönlicher Standpunkt in der Frage der Übertragbarkeit amerikanischer Organisations- und Verwaltungsprinzipien als ambivalent bezeichnet werden. Obgleich er sich einerseits grundsätzlich gegen die bloße Adaption fremder Hochschulelemente aussprach, zeigte er andererseits durchaus Sympathie für die amerikanische Form der Universitätsverwaltung. Vor allem die in den USA weitverbreitete Bestellung eines hauptamtlichen Universitätspräsidenten durch einen Board of Trustees bzw. Board of Regents schien Raiser der traditionellen deutschen Form der akademischen Selbstverwaltung mit seinem alljährlich wechselnden Rektor überlegen zu sein:

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 13f.: „Keimzelle der amerikanischen Universität ist, wie wir sahen, das College. Es ist, auch in seiner Hochform, primär Lehr- und Erziehungsanstalt, die selbständige Forschungsarbeit bei Professoren und Studenten zwar nicht ausschließt, aber jedenfalls nicht voraussetzt. [...] Indessen interessiert in unserem Zusammenhang noch ein anderer Aspekt des amerikanischen Systems. Es ermöglicht allen jungen Menschen, die die gleichfalls für jedermann zugängliche High School bis zum 12. Schuljahr durchlaufen haben, eine daran anschließende, in sich abgerundete und noch nicht fachspezifische College-Ausbildung, ist also in seiner Breitenwirkung sehr viel demokratischer als unser deutsches Schul- und Hochschulsystem. Daher erleben die Colleges seit dem 2. Weltkrieg einen Zuwachs an Studenten, der absolut und relativ zur Bevölkerungszahl und zur Größe der betreffenden Geburtsjahrgänge weit über unsere deutschen Proportionen, aber auch über andere europäische Länder hinausgeht.“

¹⁰⁴ Vgl. Wissenschaftsrat: Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen, S. 73–88.

¹⁰⁵ Ebd.

„Eine dem Präsidenten unterstellte, leistungsfähige und zugleich wendige Verwaltung von Fachleuten nimmt alle Geschäfte wahr, die bei uns zwischen kollegialen und wenig entscheidungsfreudigen Honoratiorengremien, einer hoffnungslos überlasteten, weil viel zu kleinen beamteten Universitätsverwaltung am Ort und der Hochschulabteilung im Ministerium mühsam hin- und hergeschoben werden. Und während bei uns Rektor und Senat als die gemeinsamen, aber meist zu schwachen und ständigem Wechsel unterworfenen Organe gegen die zentrifugalen Kräfte im Bund der Fakultäten ankämpfen müssen und oft genug unterliegen, ist dort die Macht von Präsidenten und Board nicht vom guten Willen der Einzelglieder abhängig, sondern ihnen klar überlegen. Die Universitäten werden nicht bloß recht und schlecht verwaltet, sondern klar und kontinuierlich. Bedeutende, willensstarke Männer als Präsidenten [...] sind durchaus in der Lage, ihre Universitäten auf Jahrzehnte hinaus nach ihren Ideen zu formen.“¹⁰⁶

Von einer Anlehnung an das amerikanische Department-Modell zeigte sich Raiser demgegenüber weitaus weniger überzeugt. Für ihn handelte es sich bei der teilweise heftig kritisierten hierarchischen Ordnung innerhalb der Institute um ein Problem, das weniger durch die Einführung neuer Organisationsstrukturen als vielmehr im Zuge eines gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses gelöst werden müsse:

„Was endlich das bei uns eine zeitlang zum Modethema gewordene sogen. Department-System angeht, so kann ich mir keinen Vorteil davon versprechen, unsere Fakultäten zu zerschlagen und in lauter spezialisierte Abteilungen unter je einem auf Dauer ernannten Abteilungsleiter aufzusplitteln. [...]. Im letzten Grunde aber ist das Problem nicht organisatorischer oder finanzieller, sondern gesellschaftspolitischer Art. Wir müssen die unsere gesamte Gesellschaft durchziehenden, aus der Tradition eines Beamtenstaates stammenden hierarchischen Ordnungen abbauen, wenn wir den unbefangenen lockeren Stil der Zusammenarbeit zwischen gleich und ungleich Gestellten, zwischen Älteren und Jüngeren bei uns entwickeln wollen, der für die offene Gesellschaft Amerikas charakteristisch ist.“¹⁰⁷

Trotz dieser eindringlichen Warnung vor blinder Nachahmung müssen auch Raisers Ausführungen als klarer Beleg für die damalige hochschulpolitische Vorbildfunktion der USA gewertet werden. „Fertige Lösungen für die eigenen Probleme“, wie der Tübinger Jurist am Ende seines Vortrags betonte, „liefert die Beobachtung amerikanischer Universitäten nicht. Aber sie schärft den Blick für unsere Schwächen und lehrt, wo man zur Abhilfe ansetzen könnte.“¹⁰⁸

Daß sich der Blick deutscher Hochschulreformer mit Beginn der 1960er Jahre zunehmend auf die USA richtete, wurde auch dort mit Interesse registriert. Knapp ein Jahr vor Raisers Kieler Rede hatte der ehemalige Präsident der Harvard University, James B. Conant, im Juli 1964 einen ebenfalls vielbeachteten Vortrag über die *Probleme der Universitäten in Deutschland und den USA* an der Universität Tübingen gehalten.¹⁰⁹ Conant, ein typischer Vertreter des von Raiser wegen seines Pragmatismus bewunderten amerikanischen Hochschulbetriebs, war ein exzellenter Kenner der politischen und wissenschaftlichen Szene in Deutschland. Bereits Mitte der zwanziger Jahre hatte Conant als junger Chemie-Professor in Harvard mehrere deutsche Universitäten besucht, um sich mit den damaligen wissenschaftlichen Stan-

¹⁰⁶ Ebd., S. 19.

¹⁰⁷ Ebd., S. 21.

¹⁰⁸ Ebd., S. 22.

¹⁰⁹ James B. Conant: *Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA*. Rede an der Universität Tübingen am 21.7.1964, Tübingen 1965.

dards in Deutschland vertraut zu machen.¹¹⁰ Im Alter von vierzig Jahren wurde Conant Präsident der ältesten amerikanischen Universität. Ausschlaggebend für seine spätere politische bzw. diplomatische Karriere war Conants Rolle bei der Entwicklung der Atombombe als führendes Mitglied der Abteilung „S-1“ im Office of Scientific Research and Development. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm der angesehene Chemiker im März 1953 auf Bitten Präsident Trumans den Posten des amerikanischen Hohen Kommissars in Deutschland. Mit dem Ende des Hochkommissariats im Mai 1955 fungierte Conant bis zu seiner Abberufung im Februar 1957 als erster Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik.¹¹¹

Wegen der exponierten Rolle, die dem amerikanischen Hochschulsystem hierzulande als Referenzpunkt zugefallen war, sah auch Conant den Hauptzweck seiner Tübinger Rede vor allem darin, seinen deutschen Zuhörern die grundlegenden Unterschiede zwischen beiden Systemen darzulegen. Das Ziel seiner Ausführungen sollte demnach sein, auf die Gefahren einer undifferenzierten Betrachtungsweise aufmerksam zu machen. So erläuterte Conant gleich zu Beginn seines Vortrags, weshalb er sich für die Wahl gerade dieses Themas entschieden habe:

„Der Anlaß dafür liegt darin, was ich im vergangenen Jahr über Probleme der Universität gelesen und gehört habe. Mehr als einmal habe ich falsche Vergleiche gelesen, und ich weiß, wie leicht man solche falschen Vergleiche ziehen kann. Vielleicht werden viele meiner Zuhörer denken, sie wüßten Bescheid, wie unser System in den USA aufgebaut ist, aber ich möchte sagen, daß unser System so kompliziert und differenziert ist, daß es selbst nur sehr wenige Amerikaner verstehen. Ich habe beinahe vierzig Jahre versucht, dieses zu verstehen und bin nicht einmal sicher, ob ich heute hier eine klare Darstellung davon geben kann.“¹¹²

Die sich hieran unmittelbar anschließende Beschreibung der wichtigsten Charakteristika des amerikanischen Hochschulsystems, wie beispielsweise das Collegewesen oder die Aufteilung des Studiums in ein mehr allgemeinbildendes „Undergraduate-Studium“ und ein darauf aufbauendes wissenschaftlich ausgerichtetes „Graduate-Studium“, sollte dem Tübinger Auditorium nicht nur dessen Andersartigkeit, sondern eben auch dessen enorme Komplexität vor Augen führen.¹¹³ Es ging Conant nicht um die Vorstellung eines einfachen und problemlos auf deutsche Verhältnisse übertragbaren Modells. Vielmehr seien auch die amerikanischen Universitäten gezwungen, sich mit ähnlich richtungsweisenden Grundsatzfragen auseinanderzusetzen wie die deutschen Hochschulen:

„Wenn Sie denken, daß Sie hier in Deutschland ein Problem haben, wenn Sie versuchen, den Begriff Bildung ganz klarzumachen, dann ahnen Sie nicht, was für eine komplizierte akademische Frage in unseren Universitäten und colleges auftaucht, wenn eine Fakultät einen neuen Plan für ‚general education‘ zu schaffen anstrebt.“¹¹⁴

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 18.

¹¹¹ Zum akademischen bzw. politisch-diplomatischen Werdegang Conants vgl. den kurzen Überblick bei Suzanne Brown-Fleming: *Persönlichkeiten und Politik: Die Botschafter der USA in Bonn 1955–1968*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 237f., sowie ausführlicher die Biographie von James G. Hershberg: *James B. Conant. Harvard to Hiroshima and the Making of the Nuclear Age*, New York 1993.

¹¹² Conant: *Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA*, S. 5.

¹¹³ Vgl. hierzu ebd., S. 6–11.

¹¹⁴ Ebd., S. 11.

Gleichwohl sah auch Conant einen entscheidenden Nachteil des deutschen Universitätssystems auf der Ebene der Hochschulverwaltung. Während es in den deutschen Einzelstaaten noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert durchsetzungsstarke Kultusminister vom Schlage eines Friedrich Althoff oder Carl Heinrich Becker gegeben habe, die aufgrund ihrer Persönlichkeit und oftmals sehr langen Amtszeit eine gewisse Kontinuität in der Hochschulpolitik garantiert hätten, habe sich die Situation nach dem Ersten Weltkrieg komplett verändert. Seit dieser Zäsur bestünden kaum noch hochschulpolitische Kontinuitäten.¹¹⁵ Geblieben sei jedoch die relative Schwäche der Universitätsspitze. „Es ist ganz klar zu sehen“, so der ehemalige Harvard Präsident,

„daß Ihre Einrichtungen, wenn der Rektor nur zwei Jahre höchstens im Amt bleibt und die Stellung des Kultusministers eine rein parteipolitische Stellung ist und der Finanzminister in vielen Ländern auch eine so große Rolle spielt, dann trägt kein Mensch eine fortdauernde Verantwortung für die Entwicklung der Universität.“¹¹⁶

Seinen deutschen Zuhörern schlug Conant deshalb vor, neben einer Neugestaltung des Rektorenamtes auch über die Schaffung von Kuratorien nachzudenken. Ähnlich wie die amerikanischen Boards sollten diese paritätisch aus Wissenschaftlern und außeruniversitären Persönlichkeiten zusammengesetzten Gremien gemeinsam mit dem Rektor neuen Zuschnitts die Universitätsleitung übernehmen.¹¹⁷

Einen weiteren Nachholbedarf gegenüber den USA sah Conant mit Blick auf den wissenschaftlichen Nachwuchs, dessen Stellung in der Bundesrepublik wegen der Problematik des Brain Drain tatsächlich heftig diskutiert wurde.¹¹⁸ Die eigentlichen Ursachen für die besondere Attraktivität des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems lagen für Conant in erster Linie im Wegfall der Habilitation und der Stellung des amerikanischen Assistant-Professors. Beides biete, so Conants Argumentation, jungen Wissenschaftlern bessere Entfaltungs- und Karrierechancen als in der Bundesrepublik:

„Ich glaube, es ist eine Tatsache, daß unser System beweglicher ist als ihr System. [...] Mit anderen Worten, unser System ist für Teamarbeit sehr günstig. [...] Bei uns ist es einem Jungendlichen, sobald er promoviert hat, möglich, sehr bald eine Stellung als assistant professor

¹¹⁵ Hierzu äußerte sich Conant wie folgt: „Ich habe auch etwas über die Geschichte der deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert gelesen, und ich weiß, wie wichtig es war, daß es damals einen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Universitäten gab, die in den verschiedenen Teilen Deutschlands in der Kaiserzeit von unabhängigen Regierungen unterstützt wurden. Wenn ich die Geschichte richtig verstehe, hat der Kultusminister damals eine sehr wichtige Rolle gespielt, weil er so lange im Amt geblieben ist. Er war ein Sachverständiger für die besonderen Fragen auf den verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten. Ich glaubte damals, er hätte die gleiche Verantwortung wie ein amerikanischer University President oder Vice Chancellor in einer englischen Universität. [...] Wenn ich richtig informiert bin, ist die heutige Struktur an Ihrer Universität dieselbe wie die in der Kaiserzeit. Aber die politische Situation in Ihren jetzigen Ländern unterscheidet sich wesentlich von der, die vor dem ersten Weltkrieg hier in Deutschland herrschte“ (ebd., S. 18f.).

¹¹⁶ Ebd., S. 19.

¹¹⁷ Siehe ebd., S. 20: „Ob sich hier in Deutschland ein Experiment mit einem solchen Kuratorium, das teilweise aus Laien und teilweise aus Professoren besteht, lohnen würde, weiß ich nicht. Aber vielleicht sollten Sie sich darüber Gedanken machen.“

¹¹⁸ Vgl. Kapitel IV.3.

zu bekommen, und als assistant professor ist er in einem college oder in einer Multiversität ein selbständiger wissenschaftlicher Lehrer.“¹¹⁹

Obgleich die Nachwuchsfrage engstens mit der Problematik der hierarchischen Institutsstrukturen verknüpft war, nahm Conant bemerkenswerterweise gegenüber den deutschen Bestrebungen, das amerikanische Department-System einzuführen, eine eher ablehnende Haltung ein. Unter Verweis auf die damals aktuelle und bundesweit wie international mit großem Interesse verfolgte Einrichtung eines Physik-Departments an der TH München als Voraussetzung für die Rückberufung Rudolf Mößbauers aus den USA, machte Conant darauf aufmerksam, daß es sich bei dem personellen und strukturellen Zuschnitt amerikanischer Departments um eine dem dortigen Hochschulsystem angepaßte Errungenschaft handle.¹²⁰ Demzufolge sei eine bloße Übertragung in den deutschen Kontext nicht unproblematisch:

„Ob sich eine solche Einrichtung besser bewähren wird als Ihre üblichen Einrichtungen, wage ich nicht zu beurteilen, aber ich möchte sagen, daß ein amerikanisches Department hauptsächlich eine Folge unserer ‚undergraduate‘ Abteilungen ist, und deshalb muß man vorsichtig sein, wenn man auf Grund von amerikanischen Erfahrungen eine neue Einrichtung in Deutschland befürwortet. Ich muß ganz offen sagen, daß ich glücklich bin, daß wir Ihre Institute nicht nachgeahmt haben.“¹²¹

Mit Blick auf die damals aktuell diskutierten deutschen Reformbemühungen empfahl Conant am Ende seiner Ausführungen, von einzelnen strukturverändernden Maßnahmen abzusehen und sich statt dessen einer „revolutionäre[n] Umformung des ganzen Erziehungssystems“, also auch des Schulwesens, zu widmen. Für den ehemaligen Hochkommissar stand fest, daß die Bundesrepublik nur im Zuge einer wirklich umfassenden Bildungsreform auch in Zukunft „mit der Entwicklung der modernen Welt Schritt halten“ könne.¹²²

Doch entgegen derart wohlgemeinter Einwände aufmerksamer amerikanischer Beobachter wurde das Thema Hochschulreform hierzulande primär als Struktur- und Verwaltungsreform begriffen. Um dennoch eine Versachlichung der Diskussion herbeizuführen, erschienen seit Mitte der 1960er Jahre vermehrt Beiträge, die sich um einen ausgewogenen Blick auf die universitären Verhältnisse in beiden Ländern bemühten. Beispielsweise betonte der Physiker Ludwig Oster, damals Associate-Professor an der Yale University, gleich zu Beginn eines 1966 unter dem

¹¹⁹ Conant: Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA, S. 20f.

¹²⁰ Zur Einrichtung des Münchner Physik-Departments sagte Conant ebd., S. 20: „Nun komme ich zu dem Problem der Personalstruktur der deutschen Hochschule. Ich habe mit großem Interesse die verschiedenen Vorschläge zur Reform auf diesem Gebiet gelesen. Ich war sehr interessiert zu hören, daß in München ein neues Experiment angefangen wird, ein sogenanntes ‚Department‘ auf dem Gebiet der Physik zu schaffen, ähnlich wie ein Department in einer amerikanischen Multiversität. Wie Sie alle wissen ist viel darüber in den Zeitungen geschrieben worden, und man bezeichnet es als den zweiten Mößbauer Effekt.“

¹²¹ Ebd.

¹²² Ebd., S. 21. Zur Rezeption von Conants Rede in deutschen Universitäts- und Wissenschaftskreisen siehe u. a. Dietrich Gerhard (Rez.): James B. Conant, Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 14/2 (1966), S. 71–78.

Titel *Universitätsprobleme in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland* in den „Konstanzer Blättern für Hochschulfragen“ veröffentlichten Aufsatzes:

„Die in den letzten Jahren in Gang gekommene Diskussion über wünschenswerte Reformen des deutschen Hochschulwesens hat in vielen Fällen Anknüpfungspunkte an das amerikanische System gesucht und dazu geführt, daß die Einfügung bestimmter Strukturelemente mit mehr oder weniger bedeutsamen Abwandlungen als Lösung spezifisch deutscher Probleme des Universitätsaufbaus vorgeschlagen wurde. Soweit diese Diskussion in der Öffentlichkeit geführt wurde, ist dabei nicht immer genügend darauf hingewiesen worden, daß es streng genommen *ein* amerikanisches System gar nicht gibt, sondern daß vielmehr die amerikanischen Hochschulen sich in eine kaum überschaubare Vielfalt von Institutionen gliedern, denen beinahe jede Einheitlichkeit sowohl in Qualität der Lehre und Forschung als auch in der Beschränkung oder Nichtbeschränkung auf bestimmte Wissenschaftsgebiete fehlt, um nur zwei charakteristische Beispiele anzuführen.“¹²³

Allerdings sprach sich auch Oster, insbesondere mit Blick auf die westdeutschen Universitätsneugründungen, für eine umfassende Reform des deutschen Hochschulsystems in Anlehnung an das amerikanische Modell aus.¹²⁴ Die Übernahme einzelner Organisations- bzw. Verwaltungsprinzipien aus den USA, wie beispielsweise der Präsidialverfassung oder des Departmentsystems, sei bei gleichzeitiger Beibehaltung der traditionellen Hochschulstruktur kaum erfolgversprechend: „Die Einführung rein administrativer Änderungen in Richtung auf ‚das‘ amerikanische System ist relativ bedeutungslos, solange die Grundvoraussetzungen nicht erfüllt sind, unter denen dieses System Vorteile hat. Eine Erneuerung des deutschen Universitätswesens verlangt also in erster Linie eine Diskussion der ihm zugrunde liegenden Wertvorstellungen.“¹²⁵

Ebenfalls dem Problem der Vergleich- und Übertragbarkeit amerikanischer Universitätselemente in den deutschen Kontext widmete sich eine 1967 unter dem Titel *Amerikanische Universitäten und Deutsche Hochschulreform* von der DGfA herausgegebene Aufsatzsammlung.¹²⁶ Neben einer ausführlichen Besprechung der beiden Universitätsreden von James B. Conant und Ludwig Raiser durch den

¹²³ Ludwig Oster: *Universitätsprobleme in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Versuch der vergleichenden Wertung, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 12 (1966), S. 66–83, hier S. 66 (Zitat).

¹²⁴ Siehe hierzu ebd., S. 82: „Trotz der Vielschichtigkeit der angedeuteten Probleme und dem Ineinandergreifen mancher gegensätzlicher Argumente lassen sich aus unseren Überlegungen doch einige konkrete Schlußfolgerungen ziehen. 1. Die aktuelle Universitätsproblematik ist sowohl in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten im Grunde verursacht durch die plötzliche Expansion vieler Wissenschaftsgebiete und das daraus resultierende Bedürfnis nach hochqualifizierten Arbeitskräften auf allen Ebenen der Gesellschaft. Sie läßt sich in diesem Sinne als ein speziell die Universität betreffender Aspekt dieser allgemeinen Entwicklung deuten. 2. Die Vereinigten Staaten stellen in dieser Beziehung ein Vergleichsobjekt für Fragestellungen dar, wie sie in Deutschland vielleicht etwas später, aber im gleichen Gesamtbild auftreten werden. Man muß dabei aber sorgfältig die Dinge abtrennen, welche durch die spezifisch amerikanische Erziehungsstruktur, namentlich das Nebeneinander von College und Graduate School, aufkommen und die infolgedessen keine eigentliche Entsprechung im deutschen System haben.“

¹²⁵ Ebd., S. 83.

¹²⁶ Siehe *Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform*.

Bochumer Historiker Rudolf Vierhaus¹²⁷ beinhaltet dieser Sonderdruck des „Jahrbuchs für Amerikastudien“ zwei 1965 auf der Konferenz der European Association for American Studies (EAAS) im dänischen Aarhus gehaltene englischsprachige Vorträge sowie drei Referate der Mannheimer DGfA-Tagung von 1966. Von seiten der Herausgeber wurde der Band als expliziter Beitrag zur westdeutschen Hochschulreformdebatte verstanden. Diesbezüglich heißt es im Vorwort:

„Reform ist zur Zeit das brennende Problem der deutschen Hochschulen. Die hier vereinigten fünf Vorträge und die Rezension wollen diese Frage durch den Vergleich mit amerikanischen Universitätsverhältnissen möglichst konkret und konstruktiv behandeln. [...]. Ihre Veröffentlichung als Sonderband will dem breiteren Interessenkreis Rechnung tragen.“¹²⁸

Erwartungsgemäß sprach sich keiner der hier versammelten Beiträge für eine Totaladaption des amerikanischen Universitätssystems aus. Wie schon Conant, Raiser oder Oster ging es den Autoren um eine differenzierte und sachliche Betrachtungsweise, die als Grundvoraussetzung für eventuelle Übernahmen gesehen wurde. Ganz in diesem Sinne widmete sich der Münchner Amerikanist Friedrich Georg Friedmann in seinem Beitrag zunächst der Entstehungsgeschichte und den hieraus resultierenden Eigenheiten des amerikanischen Hochschulwesens.¹²⁹ Seiner Ansicht nach war es den amerikanischen Universitäten weltweit am besten gelungen, sich auf die sich wandelnden wissenschaftlichen, technischen und auch gesellschaftlichen Herausforderungen einzustellen. Aus diesem Grunde würden in Europa die universitären und wissenschaftlichen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten mit derart regem Interesse verfolgt:

„In the language of sociology, the American education borrowed from the still relatively closed societies of Europe and transformed what it received, according to the requirements of its own kind of open society. These transformations, and a few creations, have become relevant for european universities, themselves, attempt to institutionalize the growing openness of their social situation. As the demands of modern technology and social mobility increase, a number of experiments and experiences in American Higher Education become of interest.“¹³⁰

Besonders evident wurde diese USA-Orientierung laut Friedmann im Bereich des akademischen Prüfungswesens, der Diskussion um die Einführung des Department-Systems und – gerade in Deutschland – an der Kontroverse um den Habilitationszwang.¹³¹ Obgleich sich der Münchner Amerikanist abschließend gegen ein allgemeinverbindliches, an den amerikanischen Verhältnissen ausgerichtetes Reformmodell aussprach, zeigte er sich fest davon überzeugt, daß die europäischen

¹²⁷ Vgl. hierzu ebd., S. 74–76. Am Ende seiner Rezension lautete Vierhaus' Fazit: „Wir brauchen einen anderen Stil der Lehr- und Forschungstätigkeit, der keineswegs von ‚drüben‘ abgekuckt werden muß, dessen Erwünschtheit indes mit Blick auf ‚drüben‘ um so klarer hervortritt. Gerade von den neuen Universitäten in Deutschland muß man in dieser Hinsicht Vorstöße erwarten“ (ebd., S. 76).

¹²⁸ Ebd. (Vorwort).

¹²⁹ F. G. Friedmann: Experiences and Experiments in American Higher Education. Their Relevance for European Universities, in: ebd., S. 8–18.

¹³⁰ Ebd., S. 8f.

¹³¹ Vgl. hierzu ebd., S. 10 (intermediate examinations) und S. 12f. (department system, Habilitation).

Universitäten in bestimmten Bereichen von der intensiven Auseinandersetzung mit den universitären und wissenschaftlichen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten profitieren werden: „The reforms that are being tried and contemplated at present in many European universities will be able to benefit here and there from preceding American experiences.“¹³²

Auch der Kölner Emeritus und damals an der University of St. Louis lehrende Historiker Dietrich Gerhard widmete sich in seinem ursprünglich in Aarhus gehaltenen Vortrag den strukturellen Unterschieden zwischen dem kontinental-europäischen und amerikanischen Universitätssystem.¹³³ Wie Friedmann betonte auch Gerhard die – trotz aller europäischen Wurzeln – durchaus eigenständige Ausformung des amerikanischen Universitätswesens: „And yet, America’s institutions of higher learning, though established according to the English pattern, took a character of their own.“¹³⁴ In diesem Punkt bezog sich Gerhard vor allem auf die unterschiedliche Ausformung der Universitätsverwaltung und -trägerschaft. Während es sich bei den meisten europäischen Universitäten um staatliche Institutionen handle, seien amerikanische Hochschulen „completely autonomous“.¹³⁵ Zudem ermögliche die amerikanische Form der Hochschulverwaltung eine weitaus bessere Integration der Professorenschaft in den Universitätsbetrieb:

„Consequently, the administration – a key word in the vocabulary of American universities – carries more weight than in continental Europe. A harmonious relationship between administration and faculty is the basic condition for a successful operation of the university which is a concern of every single professor. [...]. No matter how smooth the relationship between administration and faculty may be, however, each individual professor is fully aware of the fact that his work is a component of the larger entity to which he belongs, the university, and that his own existence depends on its well being.“¹³⁶

Demgegenüber fördere das deutsche Lehrstuhlprinzip, das Gerhard als emeritierter Kölner Ordinarius bestens vertraut war, weitaus weniger ein universitäres Gemeinschaftsgefühl im amerikanischen Sinne, sondern trage vielmehr zur inneren (auch fachlichen) Zersplitterung der Universität bei:

„How different, due to an entirely different structure of the University, is the position of the continental European professor, particularly in Germany and in countries with a similar system. [...] If the key word for American universities is the ‘administration’, the key word

¹³² Ebd., S. 18.

¹³³ Dietrich Gerhard: Development and Structure of Continental European and American Universities – A Comparison, in: ebd., S. 19–35.

¹³⁴ Ebd., S. 20.

¹³⁵ Ebd., S. 31 (Zitat). Über die Einflußmöglichkeiten des Staates in Europa schreibt Gerhard ferner: „Continental European universities are state institutions. In their organization they try to reconcile autonomy of faculties and universities with state control. Whether the organization of education had become highly centralized as in France or whether, under a decentralized state administration, the corporate tradition of cooption could in some way persist like in Germany, the state at least in three ways reaches deep down into the universities. Financial support by the government is the material basis of the universities. Furthermore, to prepare government service has become one of their main tasks. Finally, their members belong to the civil service“ (ebd., S. 22).

¹³⁶ Ebd., S. 31f.

for German universities is the ‚chair‘. Each professor is in charge of a special field and at the same time director of the respective institute [...].“¹³⁷

Insgesamt stand für Gerhard die prinzipielle Überlegenheit des in seinen Strukturen weitaus flexibleren und auf den Prinzipien des „Team Work“ basierenden amerikanischen gegenüber dem stark hierarchisch aufgebauten deutschen Universitätssystem außer Frage. Dennoch habe die seit den frühen sechziger Jahren in vielen westeuropäischen Ländern geführte Reformdebatte gezeigt, daß das Bewußtsein für die Notwendigkeit tiefgreifender Strukturreformen auf universitärer Ebene mittlerweile auch hier gestiegen sei.¹³⁸ Im Rahmen dieses Reform- und Umdenkprozesses sprach Gerhard dem amerikanischen Universitätssystem eine Vorbildfunktion zu:

„Suggestions for university reform in Germany and Switzerland and the recent university law in the Netherlands have as one of their main aims to recreate the spirit of partnership in common endeavors. It has been weakened either by state interference or by the individualism of the professor or by both. The American university, taking and retaining its place in the midst of a competitive society, has never incurred such danger. Coordination and cooperation have not been lacking in America; neither has the American university been lacking in adaption, which ist the main problem in Europe. Its flexible and experimental character for a long time has been its main characteristic.“¹³⁹

Mit Blick auf die weitere Reformentwicklung in der Bundesrepublik setzte Gerhard voll auf die damals aktuellen bzw. geplanten Hochschulneugründungen. Gerade die Konzepte für die beiden „Reformuniversitäten“ Bochum und Konstanz spiegelten seiner Meinung nach das ernsthafte Bemühen wider, von Beginn an neue und in zentralen Bereichen an amerikanische Vorbilder angelehnte Strukturen zu etablieren:

„I may mention the new German universities of Bochum and Konstanz, just beginning, or in the process of formation. Both have broken with the old faculty structure; not, however, with the aim to establish a congeries of schools or departments without much interrelation. They try to build interdisciplinary connection into the structure of the new edifice.“¹⁴⁰

Dagegen widmete sich der Beitrag des in Harvard und Heidelberg lehrenden Politikwissenschaftlers Carl J. Friedrich dem nicht minder bedeutsamen Thema *Aus-*

¹³⁷ Ebd., S.32. Zur Problematik der sogenannten Ordinarienherrschaft als Hauptangriffspunkt der seit Mitte der 1960er Jahre auch in Deutschland immer lauter werdenden Studentenproteste vertrat Gerhard aufgrund seiner in den USA gesammelten Erfahrungen die folgende, durchaus bemerkenswerte Position: „As a consequence of this structure the ‚Ordinarien‘ in charge of a chair – for which no parallel exists in the United States – have become the main target of attack. The institution – in my opinion, rightly – has been held responsible for many traits which are regarded, if not as signs of academic disease, at least as obstacles to a sound development of the university – which, of course, does not mean that these traits necessarily characterize each individual professor. To list them briefly: first, the corporate body of the ‚Ordinarien‘, the ‚Engere Fakultät‘, adding to its membership by way of cooption, the other members of the university in the respective field, whatever their rank, depend to a large degree on the Ordinarien; finally, in the words of our old friend, James M. Hart, ‚each professor is a law unto himself‘. It may be appropriate to compare these different features with the situation in the United States“ (ebd.).

¹³⁸ Vgl. die entsprechenden Ausführungen Gerhards in ebd., S.33–35.

¹³⁹ Ebd., S.33.

¹⁴⁰ Ebd., S.35.

*wahl und Ausbildung des akademischen Nachwuchses in Amerika und ihre Bedeutung für die deutsche Hochschulreform.*¹⁴¹ Zunächst ging es auch Friedrich darum, auf die Unterschiede zwischen den Verhältnissen in den USA und Deutschland hinzuweisen. Stets sei zu berücksichtigen, „daß die Rang- und Leistungsunterschiede zwischen den amerikanischen Universitäten ungleich viel größer sind als zwischen deutschen“.¹⁴² Allerdings begründe gerade diese qualitative wie quantitative Vielschichtigkeit den eigentlichen Reiz des amerikanischen Hochschulwesens, das jedem einen seinen Fähigkeiten gemäßen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz biete. Wie Friedrich weiter betonte habe sich unter den amerikanischen Universitäten eine „pragmatisch-experimentelle Einstellung“ hinsichtlich des Bemühens um den akademischen Nachwuchs entwickelt, die in der Bundesrepublik weitgehend fehle.¹⁴³ Dieser Pragmatismus zeige sich bereits bei der Auswahl und anschließenden Betreuung der Studenten durch die Universitäten, im Verlauf des Graduate Studiums und schließlich bei der Integration des akademischen Nachwuchses in den Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb.¹⁴⁴ Den typischen Karriereweg eines amerikanischen Wissenschaftlers beschrieb Friedrich aufgrund seiner eigenen langjährigen USA-Erfahrungen wie folgt:

„Die geschilderten Vorgänge und Verfahrensweisen erlauben es, die Ausbildung und Auswahl des akademischen Nachwuchses sehr flexibel zu gestalten. Der schon während seiner Studienzeit laufender Bewertung unterworfenen angehenden Gelehrten und akademischen Lehrers wird bei Abschluß seiner Promotion zum Dr.phil., Dr.jur. usw. den verschiedenen Universitäten und sonstigen Hochschulen von seiner Abteilung und den an ihr wirkenden Professoren auf Grund genauer und oft recht intimer Kenntnis seiner sachlichen Leistungen und persönlichen Qualifikationen empfohlen und an der Stelle in der Hierarchie eingereiht, die seinen Leistungen und Talenten entspricht. Dabei ergeben sich für den ungewöhnlich Begabten sehr rasche Aufstiegsmöglichkeiten.“¹⁴⁵

Ausschlaggebend für das erfolgreiche Funktionieren des amerikanischen Systems war für Friedrich in erster Linie der Wegfall des Habilitationszwangs. In einer Zeit

¹⁴¹ Carl J. Friedrich: *Auswahl und Ausbildung des akademischen Nachwuchses in Amerika und ihre Bedeutung für die deutsche Hochschulreform*, in: ebd., S.36–47. Geprägt von seinen amerikanischen Erfahrungen appellierte Friedrich, im Unterschied beispielsweise zu Karl Jaspers, für eine pragmatisch und weniger ideologisch ausgerichtete Hochschulreform: „Eine Darlegung des im Titel umrissenen Themas kann nur eklektisch sein, und zwar sowohl was die Fächer wie was die Hochschulen angeht. Und die Bedeutung für die deutsche Hochschulreform kann nur angedeutet, nicht aber ausführlich behandelt werden. Auch sind zu dieser Frage nunmehr so viele Gesichtspunkte ins Feld geführt und Fragestellungen aufgeworfen worden, daß der Außenstehende, selbst wenn er als teilnehmender Beobachter wie ich seit zehn Jahren lebhaften Anteil an der Problematik nimmt, nicht mehr mit Sicherheit sagen kann, was eigentlich unter Universitätsreform zu verstehen sei. Die Neigung, eine solche Aufgabe nicht pragmatisch und im Hinblick auf die am stärksten empfundenen Notstände in Angriff zu nehmen, sondern sie unter Berücksichtigung aller in diesem Bereich zur Diskussion stehenden Fragen behandeln zu wollen, ist eine Eigentümlichkeit der kontinentaleuropäischen Tradition. Sie erschwert die Behandlung schwieriger Aufgaben, verhindert oft dringend gewordene Einzelreformen und wird vielfach auch noch durch sogenannte Prinzipien- oder Grundsatzfragen in der Thematik verhärtet“ (ebd., S.36).

¹⁴² Ebd., S.38.

¹⁴³ Ebd., S.42.

¹⁴⁴ Ebd., S.43.

¹⁴⁵ Ebd., S.44.

moderner Massenuniversitäten habe die Habilitation ihre im 19. Jahrhundert begründete Funktion als Auswahlkriterium für den professoralen Nachwuchs eingebüßt. Demgemäß lautete sein Fazit:

„Es stellt sich nun die Frage, welche Schlüsse man aus diesen amerikanischen Erfahrungen und Verfahrensweisen für das deutsche Habilitationsverfahren ziehen kann. Mir will nach zehnjähriger Beobachtung scheinen, daß dieses Verfahren nicht mehr den Erfordernissen unserer Zeit entspricht. Es beruhte menschlich auf kleinen Fakultäten, die den Umfang einer Abteilung nicht überstiegen und in denen sich die Mitglieder untereinander sehr gut kannten. Dazu kam, daß vielleicht ein oder zwei Leute im Jahr zur Habilitation kamen. Dies Verfahren beruhte sachlich auf einem sehr viel weniger spezialisierten Wissenschaftsbetrieb, in dem die *universitas litterarum* noch eine lebendige Wirklichkeit war. Und es beruhte wirtschaftlich auf einem wohlhabenden Mittelstand, der es dem wissenschaftlich ungewöhnlich Begabten durchaus erlaubte, sich viele Jahre unabhängiger wissenschaftlicher Forschung einschließlich großer Reisen zu widmen. Das ist alles anders geworden, und die deutschen Bedingungen haben sich dem amerikanischen Leben sehr viel stärker angenähert.“¹⁴⁶

Die hier lediglich kurz inhaltlich skizzierte Aufsatzsammlung der DGfA vermittelt insgesamt betrachtet einen höchst repräsentativen Einblick in diejenigen Sach- und Themenschwerpunkte, die während der 1960er und frühen 1970er Jahre den Diskurs über die Vorbildhaftigkeit des amerikanischen Hochschulsystems in der Bundesrepublik bestimmten. Dementsprechend wurde dieser Sonderdruck wegen seines durchweg hohen und gleichsam kritisch-reflektierenden Niveaus von den Zeitgenossen als wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Reformdiskussion aufgenommen. Beispielweise hob Jürgen Möckelmann in seiner in den „Mitteilungen des Hochschulverbandes“ erschienenen Rezension hervor, daß der Band dazu beitragen könne, die entstandene Kluft zwischen den Lagern der eher reformresistenten Traditionalisten und den am amerikanischen Vorbild orientierten Modernisierern zu überbrücken.¹⁴⁷ Ferner führe die durchweg ausgewogene Auseinandersetzung mit den universitären Verhältnissen in den USA zu einer notwendigen Horizonterweiterung, von der die deutschen Reformbestrebungen profitieren könnten, ohne deshalb das deutsche System automatisch nach amerikanischen Prinzipien umgestalten zu müssen:

„Die vorliegende Aufsatzsammlung enthält eine Fülle anregender Gedanken und Ausblicke. Sie hat den Vorzug, die Probleme der deutschen Hochschulreform in einen internationalen Zusammenhang zu stellen, zugleich aber konkrete Vorschläge zur Reorganisation der Universitätsstruktur, der Studiengänge und der Auslese des akademischen Nachwuchses zu ent-

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Vgl. Jürgen Möckelmann (Rez.): Amerikanische Universitäten und Deutsche Hochschulen, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 16/3 (1968), S.103–108, hier S.103 (Zitat): „Bei der Diskussion um die Hochschulreform besteht gegenwärtig die Gefahr einer Frontbildung, bei der die eine Seite aus Unzufriedenheit mit bestehenden Studienverhältnissen dazu neigt, die bisherige Struktur der deutschen Universitäten grundsätzlich in Frage zu stellen; und das verleitet manchen auf der Gegenseite dazu, hinter jedem Reformplan einen ‚Umsturzversuch‘ zu wittern. Ein Blick über die Grenzen des eigenen Landes hinweg kann dazu beitragen, sich aus der Befangenheit des Augenblicks zu befreien und weitere Perspektiven zu gewinnen. In diesem Sinne mag die vorliegende Schrift helfen, zum sachlichen Gespräch zurückzufinden, indem sie schildert, wie man in einem anderen Lande, den USA, die sich ständig steigenden Anforderungen der modernen Gesellschaft an den Hochschulen zu bewältigen versucht.“

wickeln. Die genaue Kenntnis beider Hochschulsysteme bewahrt die Autoren davor, der ‚kranken‘ deutschen Universität eine amerikanische Patentmedizin zu verschreiben.“¹⁴⁸

All diese Beiträge zur Hochschulreform machen deutlich, in welchem beachtlichem Umfang das amerikanische Universitäts- und Wissenschaftssystem, wenn schon nicht als alleinige „Patentmedizin“ so doch als ein in bestimmten Teilen nachahmenswertes Modell, seit Mitte der fünfziger Jahre und besonders nach 1960 im Rahmen des bundesrepublikanischen Reformdiskurses herangezogen wurde. Wie die meisten vorgestellten Autoren in ihren Stellungnahmen immer wieder deutlich zu machen versuchten, ging es dabei weniger um eine vorbildgetreue Übernahme des amerikanischen Universitätssystems, sondern um die weitaus subtilere Frage, was von der universitären und wissenschaftlichen Entwicklung in den USA gelernt werden könnte bzw. welche konkreten Elemente des amerikanischen Systems lohnend nach Deutschland zu transferieren seien. Die Vereinigten Staaten hätten aufgezeigt, so die damals weitverbreitete Ansicht, wie auf hochschul- und wissenschaftspolitischer Ebene den Herausforderungen der Zeit adäquat zu begegnen sei. Dies war ein Standpunkt, der bemerkenswerterweise damals auch in Teilen der politisierten, in der Regel „linken“ und damit tendenziell eher antiamerikanisch eingestellten Studentenschaft vertreten wurde. So legte im Jahre 1968, wohlgemerkt auf dem Höhepunkt der Studentenproteste, der damalige politische Referent des AStA an der FU Berlin, Stephan Leibfried, eine kritische, auf eigenen Erfahrungen beruhende und im Frankfurter Suhrkamp-Verlag erschienene Auseinandersetzung mit der aktuellen universitären Entwicklung in den USA und der Bundesrepublik vor, in der die seit 1945 mehr oder weniger stark ausgeprägte Modellfunktion des amerikanischen Hochschulwesens ohne Einschränkung anerkannt wurde.¹⁴⁹ Leibfrieds Fazit lautete:

„Bei näherer Betrachtung der Universitäten und Colleges in den Vereinigten Staaten, stößt man auf erstaunliche Parallelen zur bundesrepublikanischen Hochschulpolitik, mit einem Unterschied freilich: an den amerikanischen Universitäten wird, jedenfalls in wichtigen Punkten, längst praktiziert, was hierzulande [...] noch im Stadium der Planung und des Rätselratens steckt. Es ist nicht zu verkennen, daß das Ausbildungssystem der USA nach dem Zweiten Weltkrieg der bundesrepublikanischen Hochschulpolitik wiederholt Anregungen gegeben und ihr gleichsam Modell gestanden hat; man denke an die Einrichtung der Kollegienhäuser, an die Abteilungsgliederung der Fakultäten, an die Berufung eines Universitätspräsidenten. [...]. Die Wahrscheinlichkeit, daß man in der Nachahmung des amerikanischen Vorbilds fortfahren, ja, daß sie sich verstärken wird, ist groß.“¹⁵⁰

¹⁴⁸ Ebd., S. 108.

¹⁴⁹ Stephan Leibfried: Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 1968.

¹⁵⁰ Ebd., S. 99f.

VII. Modell USA: Zur Rezeption und Integration von Elementen des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems im Kontext der westdeutschen Hochschulreform 1960–1976

Nachdem im vorhergehenden Kapitel die zentrale Stellung des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems als *der* bestimmende Referenzpunkt im Rahmen des um 1960 einsetzenden Reformdiskurses an Hand einschlägiger Beiträge und Stellungnahmen skizziert wurde, soll im folgenden konkret auf diejenigen Reformbereiche eingegangen werden, die sich am deutlichsten an amerikanischen Vorbildern orientierten. Mit anderen Worten soll der Verlauf eines auf Universitäts- und Wissenschaftsebene angesiedelten Kultur- und Wissenstransfers von der anfänglichen Verortung eines als vorbildlich und somit nachahmenswert erachteten Elements eines anderen Kulturkreises, über die publizistische Auseinandersetzung mit diesem bis hin zur Integration in den eigenen Kulturkreis jeweils exemplarisch nachgezeichnet werden.¹ Zwei Fragen stehen hierbei im Vordergrund: Weshalb war gerade in diesen Bereichen die Anlehnung an das Vorbild USA derart stark ausgeprägt und wie hat sich der dazugehörige Diskurs während des Untersuchungszeitraumes entwickelt?

1. Rektor oder Präsident

Wie oben bereits dargelegt reichen die ersten Überlegungen zu einer grundlegenden Reform des traditionellen Rektorenamtes bis in die Besatzungszeit zurück.² Es waren vor allem amerikanische und englische Hochschulexperten gewesen, die ein grundlegendes strukturelles Defizit der deutschen Universität in der üblichen Form der Hochschulverwaltung sahen. Speziell aus amerikanischer Perspektive hatte die im Vergleich zur Universitätsspitze schier übermächtige Stellung des Staates die Gleichschaltung der Universitäten durch die Nationalsozialisten erheblich erleichtert.³ Das traditionell jährlich wechselnde Rektorat verhindere eine kontinuierliche und damit nachhaltige Leitung der Universitäten. Aus diesem

¹ Zu diesem methodischen Ansatz vgl. allgemein Middell: Kulturtransfer und Historische Komparatistik, S.7–42, sowie Espagne: Kulturtransfer und Fachgeschichte der Geisteswissenschaften, S.42–61.

² Vgl. hierzu Kapitel II.6.

³ Vgl. exemplarisch folgendes Zitat von Fred M. Hechinger in: Ders.: Nationalism in „New“ German Universities, in: The New York Herald Tribune vom 31.12.1948: „After the first World War many militant nationalists found convenient cover in German fraternities and later the universities helped to pave Hitler’s way intellectual and academic circles.“

Grund waren Hochschuloffiziere wie Edward Y. Hartshorne oder Fritz Karsen stets darum bemüht gewesen, die Universitäten mit einer zwar starken, aber gleichzeitig gesellschaftlich kontrollierten Universitätsleitung auszustatten. Der amerikanische Vorschlag zur Reform der Universitätsleitung sah die Ausweitung der Amtsdauer und der Kompetenzen des Rektors in Anlehnung an amerikanische Universitätspräsidenten vor. Kontrolliert werden sollte dieser neue und nicht mehr zwingend der Hochschullehrerschaft entstammende Rektor durch ein Kuratorium bzw. einen Hochschulrat nach dem Vorbild amerikanischer Boards.⁴ Allerdings waren – wie gezeigt werden konnte – weder die Universitäten selbst noch die zuständigen Kultusbehörden in den ersten Nachkriegsjahren an einer ideellen oder strukturellen Erneuerung nach angelsächsischem Muster interessiert. Vielmehr ging es gerade der Rektorenkonferenz um ein möglichst rasches Wiederanknüpfen an die vermeintlich unbelastete Universitätstradition der Zeit vor 1933.⁵

In der Regel sahen die traditionellen deutschen Universitätsverfassungen vor, den Rektor aus den Reihen der ordentlichen Professoren, d.h. durch den Senat, für eine einjährige Amtszeit zu bestimmen. Der Staat, also die zuständige Kultusbehörde, beschränkte sich dabei zumeist auf die Bestätigung des Kandidaten. In Anlehnung an das Ideal der sogenannten Gelehrtenrepublik wurde darauf geachtet, daß jeder Fakultät – unabhängig von ihrer Größe und Bedeutung – turnusgemäß das Rektorenamt zufiel. Als *primus inter pares* stand der Rektor nach dem gängigen Verfahren somit der akademischen Selbstverwaltung vor, während die eigentliche Wirtschaftsverwaltung häufig durch einen staatlichen Beamten (Kurator) wahrgenommen wurde. Dieses nach 1945 weitgehend fortgeführte System besaß Vor- und Nachteile. Zwar war damit einerseits gewährleistet, daß keine Fakultät oder Disziplin ein Monopol auf das Rektorat entwickeln konnte, andererseits aber verhinderte die kurze Amtszeit in der Tat eine langfristige und in ihrer Wirkung nachhaltige Leitung der Universität.⁶

Seitens der Rektorenschaft wurde in den Besatzungsjahren die ablehnende Haltung gegenüber den amerikanischen Reformvorstellungen mit dem Hinweis auf die durch die Nationalsozialisten nach dem „Führerprinzip“ und ohne Mitspracherecht der Universität eingesetzten Rektoren begründet, die sich in einer nahezu völligen Abhängigkeit vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bzw. den zuständigen Gaudozentenführern befunden hatten.⁷ Die nach 1945 kurzzeitig anvisierte Stärkung der Universitätsspitze wurde somit als abermaliger Angriff auf die traditionelle Form der akademischen Selbstverwaltung verstanden.⁸ Dennoch blieb das Konzept des nationalsozialistischen „Führerrektors“ bemerkenswerterweise auch nach 1945 nicht ohne Einfluß auf das rektorale

⁴ Vgl. IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S.1; IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty, Donald Cottrell: Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany (25.4.1947), S.2f.

⁵ Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung, S.71 und S.74.

⁶ Zur historischen Entwicklung des Rektorenamtes bis zum Vorabend der Reformperiode vgl. die grundlegende Darstellung von Alexander Kluge: Die Universitäts-Selbstverwaltung. Ihre Geschichte und gegenwärtige Rechtsform, Frankfurt am Main 1958, S.149-168.

⁷ Vgl. u. a. Müller: Geschichte der Universität, S.95f.

⁸ Siehe Kapitel II.7.

Amtsverständnis, wie Friedrich Rau, Ministerialdirigent im baden-württembergischen Kultusministerium, im Rahmen eines 1964 in München gehaltenen Vortrags deutlich machte:

„Vor 1933 galt, wenn auch damals schon leicht anachronistisch, die Universität als Gelehrtenrepublik, die in ihrer Spitze nicht viel mehr als einen gemeinsamen Repräsentanten braucht. Hochschulpolitik und Hochschulverwaltung fristeten ein allenfalls embryonales Dasein. Dann kam nach 1933 die Einführung des Führerprinzips und der Versuch, mit einigen neuen ‚Führern‘ [...] die NS-Universität zu schaffen. Dazu gehörte zwangsläufig die Institution des Dauerrektors als ‚Universitätsführer‘. Nach 1945 ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Omnipotenz des Rektors geblieben, aber er wurde wieder dem meist einjährigen Wechsel unterworfen.“⁹

In Übereinstimmung mit den von amerikanischer Seite knapp zwanzig Jahre zuvor formulierten Bedenken betrachtete auch Rau, immerhin der für Hochschulfragen zuständige Vertreter einer wichtigen westdeutschen Kultusverwaltung, die kurze Amtszeit des Rektors als einen gravierenden Nachteil. In seinen Ausführungen wies der Stuttgarter Ministerialdirigent darauf hin, daß das ein- bzw. maximal zweijährige Rektorat in seiner bisherigen Form die Umsetzung notwendiger Reformen auf Hochschulebene erschwere:

„Man führt Klage darüber, daß so gute Gedanken zur Hochschulreform gedacht werden können, ohne daß aus dem Inneren der Hochschule heraus etwas Wesentliches davon realisiert wird. Wie soll das anders sein, wenn die entscheidende Persönlichkeit der Rektor ist, der aber überhaupt nicht wirksam werden kann, denn er hat sein Amt im besten Fall zwei Jahre lang inne. Durch dieses System erhält die Hochschulentwicklung den Charakter des Zufälligen, des Punktuellen, Kurzatmigen, wo doch der lange Atem einer tiefgreifenden Reformentwicklung nötig wäre.“¹⁰

Raus Kritik macht deutlich, daß sich in dem relativ kurzen Zeitraum zwischen der weitgehenden Restitution der traditionellen Rektoratsverfassungen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren und dem Beginn der Reformdiskussion um 1960 ein Wandel in der Auffassung des Rektorenamtes vollzogen hatte. Die für diesen Einstellungswandel ausschlaggebenden Gründe müssen im Zusammenhang mit den mannigfachen Herausforderungen gesehen werden, denen sich die Universitäten im Verlauf der 1950er Jahre in wachsendem Maße ausgesetzt sahen. Gemeint ist vor allem der studentische Massenandrang und die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Forschungs- und Lehrbetrieb. Wie schon erwähnt, hatte sich allein in dem Jahrzehnt zwischen 1950 und 1960 die Zahl der an den 19 Universitäten und sieben Technischen Hochschulen immatrikulierten Studenten mehr als verdoppelt.¹¹ Eine moderne Universität in einer modernen Gesellschaft benötige, so die damals immer stärker heranreifende Ansicht, auch entsprechend moderne Verwaltungsstrukturen. Bei der Suche nach einem adäquaten Verwaltungsmodell fiel der reformorientierte deutsche Blick auch in dieser Frage erneut auf die Vereinigten Staaten. Das dortige Präsidialsystem schien am Geeignetesten zu sein,

⁹ BayHStA, MK 69591, Hochschulreform und Gesetzgebung. Vortrag von Ministerialdirigent Friedrich Rau vor politischen Studentenvereinigungen in München am 19. 6. 1964.

¹⁰ Ebd. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Friedrich Rau: Gedanken zur Hochschulreform, Tübingen 1965, S. 25f.

¹¹ Müller: Geschichte der Universität, S. 102.

die Geschicke einer modernen Hochschule zu gestalten. So wurden die wachsenden Massenuniversitäten immer häufiger mit Großbetrieben bzw. Wirtschaftsunternehmen verglichen, die nach effizienten, gleichfalls amerikanischen Modellen entlehnten Managementprinzipien zu führen seien.¹² Tatsächlich entsprachen die Leitungsstrukturen amerikanischer Spitzenuniversitäten, deren private Stifter nicht selten selbst aus der Wirtschaft und Industrie kamen, dem Verwaltungsaufbau großer Wirtschaftsunternehmen.¹³

In der Bundesrepublik wurde diese Form des „Hochschulmanagements“ seit den ausgehenden 1950er Jahren als mitverantwortlich für den weltweiten Erfolg des amerikanischen Universitätssystems angesehen. Der lediglich kurzzeitig aus den Reihen der Professorenschaft gewählte Rektor traditionellen Zuschnitts erschien demgegenüber nicht in der Lage, die ständig steigenden Anforderungen an das Amt zu erfüllen. Hinter dieser Kritik verbarg sich die Forderung, die bislang mehr oder weniger ehrenamtliche Stellung des Rektors in eine hauptamtliche umzuwandeln.¹⁴ Als einer der ersten sprach sich 1963 Eduard Baumgarten für eine Reform des Rektorenamtes in diese Richtung aus:

„Nur ein Dauerrektor könnte [...] eine große Universität als eine verwaltungsmäßig und autokephale Unternehmung wirklich leiten. Die Arten geeigneter Personen hierfür sind jedoch nicht definiert. Es wird nicht leicht sein, sie zu finden und sie auf das nötige, sehr subtile und differenzierte Berufsleitbild zu verpflichten.“¹⁵

An welches konkrete Vorbild sich der hier von Baumgarten erwähnte „Dauerrektor“ anlehnen sollte, konkretisierte ein Jahr später der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Dichgans auf dem 14. Hochschulverbandstag in Hannover (13. Juni 1964). „Kann man einen riesigen Verwaltungsapparat mit Tausenden von Angestellten“, so Dichgans,

¹² Hinsichtlich des Verständnisses der Universität als Wirtschaftsunternehmen vgl. den aufschlußreichen Aufsatz von Heinz Bolsenkötter: Die Hochschule als Betrieb, in: DUZ/HD 22 (1976), S.650–653. Auf dem Höhepunkt der Reformdiskussion 1969 machte der Gießener Bundestagsabgeordnete Berthold Martin auf die – heutzutage immer noch relevante – Problematik dieses Vergleichs aufmerksam, in ders.: Ziele der Hochschulreform heute, in: DUZ/HD 4 (1969), S.3 (Zitat): „Allen diesen Reformentwürfen mit der Forderung nach dem starken Mann in der Universität scheint jedoch stillschweigend die Auffassung zugrunde zu liegen, daß die Universität ein Industrieunternehmen sei, das perfektionistisch organisiert werden müsse. Es geht an unseren wissenschaftlichen Hochschulen aber nicht um technisch umzugestaltende Waren, sondern es handelt sich um Wissenschaftspflege in den beiden Ausprägungen Forschung und Lehre, also um freie geistig-schöpferische Leistungen, für die organisatorisch die besten Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen sind. Hochschulen können keinesfalls mit Industrieunternehmen verglichen werden. Beiden ist lediglich gemeinsam, daß erhebliche Mittel eingesetzt werden. [...]. Andererseits gehen nachgerade die großen Aktiengesellschaften mehr und mehr von der monokratischen Leitung durch den allmächtigen Vorstandsvorsitzenden zur kollegialen Führung über.“

¹³ Zur Eingliederung unternehmensartiger Verwaltungsstrukturen speziell im Fall amerikanischer Privatuniversitäten vgl. Weber: Geschichte der europäischen Universität, S.177.

¹⁴ Vgl. Wissenschaftsrat: Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen, S.17: „Der Großbetrieb [...] einer modernen Universität und vieler ihrer Institute erfordert einen Verwaltungsapparat, dem die herkömmlichen, teils der Selbstverwaltung, teils der Staatsverwaltung zugehörigen Einrichtungen nicht gewachsen sind.“

¹⁵ Baumgarten: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, S.47.

„einem Rektor übertragen, der jedes Jahr wechselt? Das amerikanische System des Universitätspräsidenten ist offensichtlich sehr erfolgreich. Wenn in Deutschland dagegen eingewandt wird, ein Präsident müsse endgültig auf wissenschaftliche Arbeit verzichten, und das sei einem Wissenschaftler nicht zuzumuten, so legt dieses Argument den Kern des Problems frei: Man kann in der Tat nicht zugleich einen Mammutbetrieb verwalten und daneben auch noch wissenschaftlich forschen. Ein System von Rektoren, die für sich den Vorrang der Wissenschaft betonen, aber gleichzeitig auf die Verwaltung nicht verzichten wollen, ist ein Anachronismus.“¹⁶

Das Ziel einer Reform des akademischen Selbstverwaltungsapparates sollte demnach sein, das wissenschaftliche Personal, d.h. hier vor allem die Professoren, durch die Schaffung eines hauptamtlichen Präsidentenamtes zu entlasten und gleichzeitig die in der Regel bislang getrennten Bereiche der Wissenschafts- und Wirtschaftsverwaltung in diesem zu bündeln. Diese Anregung war – wie schon in den ersten Nachkriegsjahren – in erster Linie wegen des zu erwartenden staatlichen Einflusses auf die Berufung geeigneter Kandidaten für das Präsidentenamt in großen Teilen der Professorenschaft höchst umstritten.¹⁷ Beispielsweise sah der Wissenschaftsrat in seinen 1962 vorgelegten *Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen* noch keine Veranlassung, von der traditionellen Form der Rektoratsverfassung prinzipiell abzurücken. Allerdings zeigt die dort vorgeschlagene Verlängerung der Amtszeit auf fünf Jahre, daß sich die Mitglieder des Wissenschaftsrates über die Problematik einer ineffektiven Universitätsverwaltung durchaus im klaren waren und darauf zu reagieren versuchten.¹⁸

Im Vergleich zur traditionellen Form des deutschen Rektorats besaß das Amt des Universitätspräsidenten in den USA einen völlig andersartigen Zuschnitt, der sich aus dem unternehmensähnlichen Aufbau amerikanischer Universitäten erklären läßt.¹⁹ Ende der fünfziger Jahre beschrieb Ruth Maccario in ihrem hierzulande mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Bericht über *Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika* das Amt des amerikanischen Hochschulpräsidenten wie folgt:

„Der Präsident der Hochschule, der sehr viel Autorität und Verantwortung besitzt, wird vom Verwaltungsrat ohne Mitwirkung der Lehrpersonen gewählt und ist daher mit einem deutschen Rektor nicht zu vergleichen. Der Präsident kann entweder ein Professor oder aber ein ‚Mann des öffentlichen Lebens‘ sein, was sich im Hinblick auf die Beschaffung finanzieller Mittel sehr empfiehlt. Seine Wahl ist eine der wichtigsten Angelegenheiten, da vom Präsidenten oft das Ansehen der Hochschule abhängt. In großen Institutionen, die über einen umfangreichen Verwaltungsapparat verfügen, stehen dem Präsidenten mehrere Vizepräsidenten für bestimmte Aufgaben, zu denen auch *public relations* gehören, zur Seite.“²⁰

Zweifelsohne waren es nicht zuletzt auch derartige Berichte gewesen, die in der Bundesrepublik das Bild vom „starken“ und „effizienten“ amerikanischen Uni-

¹⁶ Die Aufgaben der Hochschule und die Hochschullehrer. Diskussion der Teilnehmer des 14. Hochschulverbandstages mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Hans Dichgans, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 12 (Juli 1964), S. 153.

¹⁷ Hans Dichgans: Erst mit dreißig im Beruf? Vorschläge zur Bildungsreform, Stuttgart 1965, S. 120f.

¹⁸ Wissenschaftsrat: Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen, S. 19f.

¹⁹ Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 176f.

²⁰ Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten, S. 27.

versitätspräsidenten prägten. Aus diesem Grunde kann es kaum verwunden, daß 1961 auf Einladung der WRK ausgerechnet ein amerikanischer Verwaltungsspezialist damit beauftragt wurde, eine kritische Analyse der aktuellen Situation der deutschen Universitäten vorzunehmen. Rudolph P. Acton hatte bereits vor der Übernahme dieser Aufgabe zahlreiche süd- und mittelamerikanische Universitäten bei der Reorganisation ihrer Verwaltungsstrukturen beraten. Wie Maccarios Darstellung der wissenschaftlichen Verhältnisse in den USA erschien auch Actons abschließender Bericht 1964 unter dem ambitionierten Titel *Strukturwandel der deutschen Universitäten* in der Schriftenreihe des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft.²¹

Obleich Acton seinen deutschen Auftraggebern ausdrücklich keine Kopie des amerikanischen Verwaltungssystems empfahl, nimmt seine Beschreibung einer „idealen Verwaltungsform“ nichtsdestotrotz sehr deutliche Anleihen beim amerikanischen Verständnis vom „Manager“ an der Spitze des universitären „Großbetriebs“²²:

„Ein effektiver Verwaltungsapparat muß einerseits klare hierarchische Linien aufweisen, andererseits aber genügend Beweglichkeit besitzen, um funktionelle Referate je nach Bedarf auf- und abstellen zu können. [...] Weiterhin verlangt die Formulierung einer idealen Verwaltungsform, daß der Rektor als oberste Autorität nicht nur die Repräsentation der Universität wahrnimmt, sondern auch als Betriebsleiter der Organisation die Oberaufsicht aller Körperschaften sowie der Verwaltung voll und ganz übernimmt. Nur äußerst wenige Universitäten in der Welt [u. a. in den USA, S. P.] sehen im Amte ihres Rektors eine Personalunion der Vorsitzenden beider erwähneter Körperschaften vor. Dennoch scheint es die glücklichste Lösung eines sowieso noch nicht klargelegten Problems zu sein und sollte, zumindest versuchsweise, an einigen deutschen Universitäten eingeführt werden. Auf jeden Fall kann die bestehende Form der nur ehrenamtlichen Bekleidung des Rektorats nicht mehr als jene Lösung angesehen werden, welche sie anscheinend im vergangenen Jahrhundert war.“²³

Ganz in Actons Sinne war in den frühen sechziger Jahren sowohl in den Universitäten als auch in den zuständigen Kultusministerien die Erkenntnis herangereift,

²¹ Rudolph P. Acton: *Zum Strukturwandel der deutschen Universitäten*, Essen 1964.

²² Mit Verweis auf die damals tendenziell immer noch ablehnende Haltung der WRK gegenüber jeglicher „Amerikanisierung“ der traditionellen Form des deutschen Rektorenamtes schreibt Acton mit durchaus kritischem Unterton: „Man sagt, daß man sich keine ‚Rektorenprofession‘ nach nordamerikanischem Modell wünsche. Erstens braucht man nicht das amerikanische Modell einzuführen, sondern kann sich ein eigenes, für Deutschland und Europa passendes, schaffen. Zweitens ist eine Rektorenprofession an sich nichts Ehrenrühriges, auf das man sozusagen verpflichtet ist, herabzusehen. Ergibt sich diese neue Profession aus der Notwendigkeit des Gegebenen – so, wie sie sich zweifellos für den gesamteuropäischen Raum ergeben wird – dann kann dies nur von der Unumgänglichkeit bestimmter Mechanismen in gewissen Sozialordnungen zeugen. [...] Dennoch wird gegen das langjährige Rektorat geeifert, als sei es ein Phänomen für sich, ohne jede Bindung an andere Faktoren. Wer weiß, ob nicht darin die feste Entschlossenheit des Lehrkörpers zu erkennen wäre, komme was wolle, das Emporsteigen aus seiner Mitte, von wirklich fähigen Verwaltern zu verhindern. Vielleicht ist diese Einstellung verständlich, wenn man den ihm zur Verfügung stehenden Rahmen in Betracht zieht; aber an Hand der nach Lösung schreienden Verwaltungsbedürfnisse der Universität ist sie auf keinen Fall und in keiner Form berechtigt“ (ebd., S. 34).

²³ Ebd., S. 33f.

daß einer großangelegten Hochschulreform zunächst eine Verwaltungsreform vorzugehen müsse.²⁴ So könnten anstehende Strukturveränderungen allein von einer starken Universitätsspitze umgesetzt werden. Und auch innerhalb der Rektorenschaft wuchs mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen an die Universitätsverwaltung die sukzessive Kritik am bisherigen Zuschnitt des Rektorenamtes. In einem Schreiben an das bayerische Kultusministerium vom 2. Januar 1963 zog der nach dem alten Verfahren gewählte Rektor der Universität Erlangen, der Mathematiker Georg Nöbeling, eine eher nüchterne Zwischenbilanz seiner Ende des Sommersemesters 1963 endenden Amtszeit: „Was das innere Gefüge der Universität als Korporation betrifft, so bin ich äußerst unzufrieden mit dem was ich habe erreichen können; es ist praktisch null. Ich hätte nicht geglaubt, daß Traditionen so zählebig sind. Wann und wie die Hochschulreform zustande kommen soll, ist mir unerfindlich.“²⁵ Deutlicher konnte der Rektor der damals zweitgrößten bayerischen Landesuniversität die Kritik an der offensichtlichen Schwerfälligkeit, ja Wirkungslosigkeit der traditionellen Rektoratsverfassung kaum formulieren. Ähnlich kritisch äußerte sich 1964 auch der Sprecher des vom baden-württembergischen Kultusminister eingesetzten „Arbeitskreises Hochschulgesamtplan“, Wilhelm Simon, gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“: „Wir werden verwaltet wie ein Amtsgericht; dabei wäre die adäquate Verwaltungsform für uns viel eher die eines industriellen Unternehmens.“²⁶

Nach dieser unmißverständlichen Einschätzung seines Sprechers kann es kaum überraschen, daß sich der unter dem Vorsitz des Konstanzer Soziologen Ralf Dahrendorf beratende Arbeitskreis in seinem 1967 veröffentlichten *Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg* für die Einführung eines hauptamtlichen und sogar auf Lebenszeit bestellten Universitätspräsidenten nach amerikanischem Muster aussprach.²⁷ Wenige Tage bevor die ausgearbeiteten Empfehlungen am 31. Juli 1967 dem baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn überreicht wurden, hatte Dahrendorf einige zentrale Aspekte des Hochschulgesamtplans im Rahmen des „Bergedorfer Gesprächskreises“ einem hochkarätigen Fachpublikum erläutert.²⁸ Auf die Frage der FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, damals Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium, ob der Hochschulgesamtplan das Amt eines Universitätspräsidenten vorsehe, antwortete Dahrendorf: „Bei einer professionellen Hochschulverwaltung denke ich in der Tat an einen Präsidenten, der weder ein Institut hat noch jemals wieder haben wird. Das Entscheidende ist,

²⁴ Diesbezüglich folgten die Hochschulen einem allgemeinen Trend. Vgl. zur Reform des Verwaltungswesens in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren Metzler: Konzeptionen politischen Handelns, S. 335–349.

²⁵ BayHStA, MK 71829, Schreiben des Rektors der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 2.1.1963.

²⁶ Stuttgarter Nachrichten vom 22.6.1964.

²⁷ Vgl. Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg. Aus den Empfehlungen zur Reform von Struktur und Organisation der Hochschulen, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 16/17 (1967), S. 46–76. Zur Frage der Präsidialverfassung siehe ebd., S. 62f.

²⁸ Bergedorfer Gesprächskreis: Neue Wege zur Hochschulreform. Differenzierte Gesamthochschule – autonome Universität. Protokoll des Bergedorfer Gesprächs, 26. Tagung am 24.7.1967, Hamburg 1967.

daß er keinerlei institutionelles Interesse für sich selbst hat. Darum wird er Präsident auf Lebenszeit.“²⁹

Die hier formulierte Vorstellung Dahrendorfs von einer modernen und effizienten Universitätsspitze, nämlich die Berufung eines hauptamtlichen Präsidenten auf Lebenszeit, der ausdrücklich nicht dem Professorenkollegium entstammen sollte, kam einem Bruch mit der bisherigen korporativen Verfassungs- bzw. Verwaltungstradition gleich. So sprach sich der Arbeitskreis Hochschulgesamtplan auch dafür aus, bislang staatliche Kompetenzen, wie z. B. die Verteilung von Sach- und Finanzmitteln oder das Recht zur Führung von Berufungsverhandlungen, ebenfalls vollständig an den Universitätspräsidenten abzugeben.³⁰

Gemessen an der Quellenlage sowie der Zahl einschlägiger Publikationen zum Thema bildeten die Jahre 1968/69 den Höhepunkt in der Debatte um das Für und Wider einer präsidentialen Hochschulleitung. Ein nicht zu unterschätzender Grund hierfür waren zweifelsohne die damaligen Studentenproteste und -übergriffe, welche gerade zu diesem Zeitpunkt die Frage nach einer durchsetzungstarken Universitätsspitze als besonders dringlich erscheinen ließen. Als unmittelbare Reaktion auf die studentischen Unruhen dürfen die 1968 von neun – wie es hieß – „befreundeten“ Professoren der Öffentlichkeit vorgestellten *Leitsätze zur Universitätsreform in Hamburg* angesehen werden.³¹ Gleich zu Beginn ihres Papiers sprachen sich die Unterzeichner gegen jegliche politische Rolle der Universität aus. Im Vordergrund der professoralen Kritik stand die von studentischer Seite geforderte Demokratisierung der Hochschulen:

„Die Universität ist auch nicht Staat im Staate. Die demokratische Gesellschaft verlangt zwar mit Recht, daß auch innerhalb der Universität jenes mitmenschliche Verhältnis besteht, das der Demokratie angemessen ist. Die Gemeinschaft der in der Universität tätigen Menschen ist jedoch kein ‚Volk‘ im Sinne der demokratischen Staatslehre. Daher ist die Forderung nach einer ‚Demokratisierung‘ der Universität, die primär auf eine Mitwirkung von bestimmten Gruppen an der akademischen Selbstverwaltung ohne Rücksicht auf die unterschiedliche Funktion der Gruppen in der Universität abstellt, ein Mißbrauch des Wortes Demokratie.“³²

Mit Blick auf eine bevorstehende Hochschulreform schien den Unterzeichnern die Einrichtung einer Kontinuität wahren, in Verwaltungsfragen kompetenten und vor allem mit der notwendigen Autorität ausgestatteten Universitätsspitze geboten. Die traditionelle „Honoratiorenuniversität“ sei, wie auch die Proteste der Studenten bestätigen würden, nicht mehr in der Lage, eine angemessene Verwal-

²⁹ Ebd., S. 128.

³⁰ Bereits zwei Jahre vor der Veröffentlichung des baden-württembergischen Hochschulgesamtplans hatte die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag die Einführung eines Hochschulpräsidenten gefordert. Vgl. hierzu u. a. den Aufsatz des damaligen kulturpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Hans-Otto Schwarz: Die Hochschulgesetzgebung in Baden-Württemberg, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 7 (1965), S. 26f. Vgl. hierzu auch: Debatte über den Initiativgesetzentwurf der SPD, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 10 (1966), S. 11.

³¹ BayHStA, MK 68591, Leitsätze zur Universitätsreform in Hamburg. Verfaßt von einigen befreundeten Hochschulprofessoren der Universität Hamburg: Götz Hueck, Klaus Koch, Wenzel Lohff, Eberhard Schmidhäuser, Werner Thieme, Klaus Thomson, Christoph Weiss, Claus Wiebecke, Albrecht Zeuner, Hamburg 1968.

³² Ebd.

tung zu gewährleisten. Ähnlich dem Dahrendorfschen Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg fungierte somit auch in den Hamburger Leitsätzen die amerikanische Form eines hauptamtlichen, vom Professorenkollegium möglichst unabhängigen und idealer Weise auf Lebenszeit berufenen Universitätspräsidenten als Vorbild.³³

Zeitgleich zur Hamburger Initiative hatte sich auch in der bayerischen Landeshauptstadt ein sechzehnköpfiger „Arbeitskreis für eine neue Universität München“ zusammengeschlossen, dem so prominente Mitglieder wie der Kunsthistoriker Hermann Bauer oder die beiden Politikwissenschaftler Nikolaus Lobkowicz (später auch Rektor der LMU) und Hans Maier – von 1970 bis 1986 bayerischer Kultusminister – angehörten. Im Unterschied zu ihren Hamburger Kollegen gestanden die Münchener Professoren der Universität gerade wegen der damals zu beobachtenden Ideologisierung der Gesellschaft im Zuge der Studentenproteste eine wichtige politisch-aufklärerische Funktion zu.³⁴ Was jedoch die zu wünschende Form der universitären Verwaltungsstruktur anbetraf, deckten sich die in Hamburg und München formulierten Vorstellungen in einem ganz zentralen Punkt. Auch der Münchner Arbeitskreis sprach sich für eine deutliche Stärkung der Universitätsspitze aus, allerdings mit den nicht unerheblichen Einschränkungen, daß die Amtsperiode des Präsidenten bzw. Rektors auf vier Jahre begrenzt bleiben sollte und dieser wie üblich aus den Reihen der Professorenschaft gewählt werden müsse.³⁵

Neben derartigen Stellungnahmen hochschulpolitisch engagierter Hochschullehrer stand die Frage nach einer zeitgemäßen Universitätsverwaltung selbstverständlich auch auf der Tagesordnung der KMK. Auf ihrer 121. Plenarsitzung am 28./29. März 1968 diskutierten die in Mainz versammelten Kultusminister diverse Vorschläge für eine strukturelle Neuordnung der Hochschulverwaltung. Hierbei standen im wesentlichen drei Alternativen zur Disposition: Erstens das mehrjährige Rektorat, zweitens die Einführung der Präsidialverfassung oder drittens die Entlastung der akademischen Organe von Verwaltungsaufgaben durch eine rationelle Gestaltung der Selbstverwaltung, etwa durch Einführung des Kanzler- bzw. Kuratorensystems sowie eines Verwaltungsrates.³⁶ Unter den Kultusministern bestand eine deutliche Präferenz für das Präsidialsystem. Dementsprechend hieß es

³³ Ebd.

³⁴ Vgl. BayHStA, MK 68592, Arbeitskreis für die neue Universität München: Leitsätze zur Hochschulreform, München 1968, S. 1: „Die Hochschule hat in einer Reihe von Disziplinen neben ihrer berufsbildenden Funktion auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Freilich können solche Disziplinen als Wissenschaften diese Pflicht nicht durch unmittelbares Handeln erfüllen, sondern nur das als wahr Erkannte öffentlich vertreten. In diesem Sinne hat die Hochschule die politische Aufgabe, Ideologien zu kritisieren und durch wissenschaftliche Analyse zur Besserung gesellschaftlicher Verhältnisse beizutragen.“

³⁵ Hierzu heißt es ebd., S. 3: „Die modernste Hochschule stellt Aufgaben, die ein einjähriges Rektorat überfordern. Repräsentant (Rektor oder Präsident) sollte eine hochqualifizierte Persönlichkeit sein, die für eine vierjährige ‚Legislaturperiode‘ amtiert. Gewinnung setzt eine angemessene Besoldung voraus. Richtsatz sollte das Gehalt eines Staatssekretärs sein. Die Stellung des Rektors (Präsidenten) muß nach innen und außen stark sein.“

³⁶ BayHStA, MK 68591, Auszug aus der Niederschrift über die 121. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 28./29. 3. 1968 in Mainz.

auch in einem wenige Tage nach der KMK-Plenarsitzung durch das hessische Kultusministerium *Überarbeiteten Entwurf einer Erklärung der Kultusministerkonferenz zur Hochschulreform* (3. April 1968): „Die Möglichkeiten der Präsidialverfassung, des mehrjährigen Rektorats, des Kanzler- oder Kuratoriensystems und eines mit klaren Befugnissen ausgestatteten Verwaltungsrats sind vorzusehen: unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität ist der Präsidialverfassung der Vorzug zu geben.“³⁷

Die Notwendigkeit einer universitären Verwaltungsreform war auch unter den Ministerpräsidenten weitgehend unbestritten. So stellte die Ministerpräsidentenkonferenz Ende Oktober 1968 fest, daß „die innere Gliederung und Struktur der Hochschulen [...] nicht mehr der Eigenart und dem Umfang der heute zu bewältigenden Aufgaben“ entspräche.³⁸ Obgleich die Ministerpräsidenten in ihrem Beschluß zur künftigen Führungsspitze der Universität eine für alle Bundesländer bzw. Hochschulen verbindliche Regelung bewußt vermieden, wird dennoch deutlich, daß auch innerhalb dieses Gremiums das Präsidialsystem amerikanischer Ausprägung bevorzugt wurde. „Um einen wirksamen Einsatz der Mittel für Forschung und Lehre zu erreichen und die Hochschullehrer von Verwaltungsaufgaben zu entlasten“, so der genaue Wortlaut des Beschlusses, „muß die Verwaltungskraft der Hochschulen verstärkt werden. Hierfür ist insbesondere eine starke, kontinuierliche Führungsspitze notwendig. In erster Linie dürfte die Präsidialverfassung in Betracht kommen.“³⁹

Die Entscheidung der Ministerpräsidenten, sich prinzipiell für die Einführung der Präsidialverfassung auszusprechen, stand im unmittelbaren Zusammenhang mit einem wenige Tage zuvor, am 25. Oktober 1968, von der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates erstmals vorgestellten Entwurf zur Reform der universitären Verwaltungsstrukturen, der einige Wochen später als *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten* der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.⁴⁰ Die hier zusammengestellten Empfehlungen des obersten nationalen Beratergremiums in Fragen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik markieren in gewisser Weise den Höhepunkt in der seit geraumer Zeit schwelenden Debatte um eine notwendige Neustrukturierung der Universitätsspitze.⁴¹

1968 sah sich der Wissenschaftsrat aufgrund des mittlerweile erreichten Diskussionsstandes und der bevorstehenden Verabschiedung neuer Hochschulgesetze in

³⁷ BayHStA, MK 68591, Hessisches Kultusministerium: Überarbeiteter Entwurf einer Erklärung der Kultusministerkonferenz zur Hochschulreform vom 3.4.1968. In den schließlich im Bundesanzeiger Nr. 99 vom 29.5.1968 veröffentlichten „Grundsätzen für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens“ wurde seitens der KMK sowohl die Präsidialverfassung als auch das mehrjährige Rektorat vorgesehen.

³⁸ BayHStA, MK 68592, Ablichtung des Wortlauts des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 30./31. 10. 1968 zur Hochschulreform.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten, Tübingen 1968.

⁴¹ Ders.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil 1, S. 36.

mehreren Bundesländern dazu veranlaßt, „seine Vorstellungen von den künftigen Aufgaben der Universitäten darzulegen und die in Gang gekommene Entwicklung in die Richtung zu lenken, die der Sache im Hinblick auf die künftigen Aufgaben gemäß ist“. ⁴² Die vom Wissenschaftsrat 1968 empfohlene Umgestaltung der Universitätsleitung sah nun einen hauptamtlichen Hochschulpräsidenten vor. Zwar habe die bisherige Form des zumeist einjährigen Rektorats seine Funktion unter den Bedingungen früherer Zeiten erfüllt, für eine moderne Universität sei eine derart kurze Amtsperiode allerdings weder sach- noch zeitgemäß. Die großbetriebliche Struktur heutiger Universitäten, so die damalige Ansicht des Wissenschaftsrates, benötige vielmehr ein professionelles „Management“, das allein durch einen langjährigen und handlungsfähigen Universitätspräsidenten garantiert werden könne. ⁴³ Zudem müsse der Präsident – entsprechend dem amerikanischen Vorbild – seine Tätigkeit hauptamtlich ausüben, was daher gegen eine bloße Verlängerung der Amtszeit eines Rektors spreche:

„Die Forderung nach Kontinuität in der Leitung der Universität kann nur erfüllt werden, wenn das Amt desjenigen, der die Verantwortung trägt, nicht auf eine Tätigkeit im Nebenamt und nicht auf eine relativ kurze Zeit beschränkt wird. [...] Die Leitung der Universität ist damit zu einem Beruf geworden. Dieser Beruf ist eine Aufgabe, die nicht neben anderen, wie der Wahrnehmung eines Lehramtes oder der leitenden Stellung in einem Fachbereich ausgeübt werden kann.“ ⁴⁴

Was die Kompetenzen des Universitätspräsidenten anbetraf, sahen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats vor, daß dieser zur sachgerechten Durchführung von Forschung und Lehre an seiner Hochschule sowohl die Personal- als auch die gesamte Wirtschaftsverwaltung wahrzunehmen habe. ⁴⁵ Um Konflikte zwischen Universität und Kultusbehörde weitgehend auszuschließen, sollte die Berufung des Präsidenten auf Basis eines gemeinsamen Vorschlags des Konvents, also dem Vertretungsorgan der Hochschullehrerschaft, und des Kultusministers durch die jeweilige Landesregierung erfolgen. ⁴⁶ Als Mindestamtszeit wurden acht Jahre empfohlen. ⁴⁷ Um den Präsidenten in seiner Amtsführung zu unterstützen, sprach sich der Wissenschaftsrat zudem für den Posten eines leitenden Verwaltungsbeamten (Kanzler) aus, der – im Unterschied zur heutigen Praxis – nicht dem Ministerium, sondern direkt gegenüber dem Präsidenten weisungsgebunden sein sollte. ⁴⁸

Die Mitglieder des Wissenschaftsrates waren sich darüber bewußt, daß die von ihnen vorgeschlagene Umgestaltung der Universitätsspitze einem klaren Bruch mit bestehenden Traditionen gleichkam. Ein solcher sei allerdings, davon zeigte man sich überzeugt, zwingend notwendig:

„Für die deutsche Universität bedeuteten solche Regelungen die Abkehr von einer langen Tradition. Daher ist es verständlich, daß dieser weitreichende Schritt in manchen Hochschu-

⁴² Ders.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten, S. 5.

⁴³ Ebd., S. 30.

⁴⁴ Ebd., S. 32.

⁴⁵ Ebd., S. 31.

⁴⁶ Ebd., S. 33.

⁴⁷ Ebd., S. 33f.

⁴⁸ Ebd., S. 34.

len auf Widerstand stößt oder zu Vorschlägen führt, die durch das Angebot der Wahlmöglichkeit zwischen der Leitung durch einen Rektor im Nebenamt für eine längere Amtszeit einen Kompromiß darstellen. Beide Lösungen nebeneinander vorzusehen, wäre nur möglich, wenn sie gleichwertig wären. Dies ist aber nicht der Fall.“⁴⁹

Wie zu erwarten, stießen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates gerade bei den Universitätsrektoren auf ein geteiltes Echo. Obgleich die Präsidialverfassung als *eine* mögliche Verwaltungsform grundsätzlich anerkannt wurde, kritisierte die WRK auf ihrer am 29. Oktober 1968 in Bad Godesberg stattfindenden 66. Plenarversammlung, daß zu dieser in den *Empfehlungen* keine Alternativen zugelassen wurden.⁵⁰ Der Vorbehalt der Rektoren hatte unterschiedliche Gründe: Neben einem gewissen Hang zur Tradition und der nachvollziehbaren Angst vor dem Verlust des prestigeträchtigen Rektorenamts an einen „universitätsfremden“ Bürokraten befürchtete man durch die Einführung eines hauptamtlichen und von der Landesregierung ernannten Präsidenten auch eine Zerschlagung der traditionellen akademischen Selbstverwaltung sowie einen übermäßigen staatlichen Einfluß auf die internen Belange der Hochschulen. Hierzu hieß es:

„Die WRK wird keine Organisationsstruktur der Universität empfehlen, in der den Einheiten von Forschung und Lehre nicht eine selbstständige Repräsentanz in den Zentralorganen eingeräumt wird [...]. Die Spitze der Universität ist von Repräsentanten der Universität wahrzunehmen, die die Kontinuität wahren können und denen der Sachverstand aus allen Bereichen der Universität zu Verfügung steht [...]. Die WRK vertritt mit Nachdruck die Auffassung, daß der einzelnen Universität ein Mindestmaß an Wahlfreiheit zur Organisation der Universitätsspitze gewahrt bleiben müsse und daß Alternativen möglich sein sollen.“⁵¹

Als Alternativen zur Präsidialverfassung sahen die von der WRK schließlich im Dezember 1968 veröffentlichten *Empfehlungen zur Neuordnung der Universitätsorganisation* ein Direktorium, bestehend aus Rektor, Kanzler und einer nicht näher spezifizierten Anzahl von Mitgliedern des Lehrkörpers, oder einen hauptamtlichen, für mindestens vier Jahre aus dem Kreis der Hochschullehrer gewählten Rektor vor. In beiden Fällen sollten die laufenden Geschäfte der Universitätsverwaltung durch einen leitenden Beamten – dem Kanzler – wahrgenommen werden. Hinter den Alternativvorschlägen der Rektorenkonferenz stand das sichtliche Bemühen, den traditionellen Einfluß der Professorenschaft auf die Universitätsverwaltung auch weiterhin zu sichern.⁵²

Seitens der WRK wurde im Zusammenhang mit der Präsidentenfrage die zunehmende Gleichsetzung der Universität mit einem Wirtschaftsunternehmen besonders heftig kritisiert. Dieser äußerst problematische, in Teilen der politischen

⁴⁹ Ebd., S.31.

⁵⁰ BayHStA, MK 68655, Protokoll der 66. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz am 29.10.1968 in Bad Godesberg.

⁵¹ Ebd.

⁵² Vgl. hierzu die Paragraphen 6, 7, 8, 9 und 10 in: Empfehlungen zur Neuordnung der Universitätsorganisation, 1. Teil: Die Organe der Gesamt-Universität. Entschließungen der 68. Westdeutschen Rektorenkonferenz Bad Godesberg, 17.12.1968, in: Westdeutsche Rektorenkonferenz: Die WRK-Empfehlungen zur Reform der Hochschule Februar 1968–Mai 1968, aufgrund der Godesberger Rektorenerklärung, Bad Godesberg 1968, S.38–43.

wie wissenschaftlichen Eliten damals wie heute offenkundig populäre Vergleich war in der Tat Ausdruck eines im starken Maße „amerikanisierten“ Universitätsverständnisses. „Die öffentliche Auseinandersetzung um eine Erneuerung der Universitätsorganisation“, so der berechtigte Einwand der WRK,

„konzentriert sich zunehmend auf die Forderung nach der Einführung der Präsidialverfassung. Mängel im derzeitigen System, das in der Regel sogar noch den einjährigen Rektor vorsieht, glaubt man ein für allemal dadurch beseitigen zu können, daß die Universitätsspitze als langjähriger Präsident mit Managerfunktionen, aber starker Abhängigkeit von der Staatsgewalt konzipiert wird.“⁵³

Selbst der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates und spätere Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, der Karlsruher Ordinarius für Bodenmechanik und Grundbau Hans Leussink, hatte im Rahmen einer Sachverständigenanhörung durch den Bundestagsausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik am 15. Februar 1968 für die Universitätsverwaltung „die Einführung eines gewissen Management-Prinzips“ gefordert.⁵⁴

Bemerkenswerterweise war sich die WRK in der Ablehnung eines derart an betriebswirtschaftlichen Führungsmethoden angelehnten Universitätsmodells mit Teilen der organisierten Studentenschaft einig. In einer Stellungnahme des VDS zu der vom Wissenschaftsrat und der KMK anvisierten Einführung der Präsidialverfassung vom 10. April 1968 hieß es:

„Die jetzt folgenden Reformvorschläge stellen eine unkritische Übertragung moderner Unternehmensmethoden auf die Universität dar. [...]. Die Konzeption von Präsident und Verwaltungsrat ist in Anlehnung an die Führung von Aktiengesellschaften (Vorstandsvorsitzender und Vorstand) gefaßt und entspricht in der Form, wie sie hier vertreten wird, nicht den Funktionen der Universität. Ein unabhängiges Management soll alles entscheiden, ohne von der Willensbildung von unten tangiert zu werden.“⁵⁵

Grundsätzliche und durchaus angebrachte Zweifel an der Übertragbarkeit des amerikanischen Präsidialsystems auf deutsche Verhältnisse hatten die Debatte seit

⁵³ Vgl. ebd., S. 38.

⁵⁴ BayHStA, MK 68591, Abdruck einer Vorbemerkung über die Fortsetzung der Anhörung von Sachverständigen durch den Bundestagsausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik am 15. 2. 1968.

⁵⁵ BayHStA, MK 68607, Presseinformation des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS): Stellungnahme zu den „Grundsätzen für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens“ der Kultusministerkonferenz vom 10. 4. 1968, (o. Datum). In ähnlicher Weise wandte sich auch die bayerische Studentenschaft mit der folgenden Begründung gegen die von der KMK empfohlene Einführung der Präsidialverfassung. Vgl. hierzu BayHStA, MK 68606, Studentenschaft des Freistaates Bayern: Vorläufige Stellungnahme zu den „Grundsätzen für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens“ der KMK vom 10. 4. 1968, (o. Datum): „In den KMK-Empfehlungen wird die Leitung der Hochschule – zur Stärkung der Arbeitsfähigkeit und Sicherung der Kontinuität – durch einen Präsidenten [...] vorgeschlagen. Die damit verfolgten Ziele sind zu begrüßen, doch spricht sich die Studentenschaft des Freistaates Bayern eindeutig für die Rektoratsverfassung aus. Die Präsidialverfassung sieht vor, daß ein von außerhalb kommender – in der Regel wohl versierter Verwaltungsfachmann oder Manager – für viele Jahre an die Spitze einer Hochschule gewählt werden kann. Diese Regelung ist abzulehnen, denn es muß als widersinnig angesehen werden, wenn eine wissenschaftliche Einrichtung von wissenschaftsfremden Verwaltungsfachleuten repräsentiert werden soll.“

Anbeginn begleitet.⁵⁶ Von zahlreichen Kritikern war in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Unterschiedlichkeit beider Hochschulsysteme und deren Verwaltungsformen hingewiesen worden. Im Jahre 1964 bemerkte beispielsweise der in Tübingen lehrende Jurist Otto Bachhof zu der von politischer wie wissenschaftlicher Seite propagierten Einführung eines hauptamtlichen Präsidenten:

„Sollten hier ausländische Vorbilder (etwa des amerikanischen Hochschulpräsidenten, des englischen Kanzlers oder des – mit dem Amt des Leiters der Schulverwaltung verbundenen – französischen Rektors) Pate gestanden haben, so dürfte es genügen, auf die völlig andere Struktur der Hochschulen jener Länder und die daraus ergebenden anderen Aufgaben ihres Verwaltungschefs hinzuweisen; eine Übertragbarkeit solcher Modelle ist deshalb nicht ohne weiters gegeben.“⁵⁷

Unter dem Titel *Präsident oder Rektor?* lieferte 1967 Wolfgang Seel, der damalige Kanzler der neugegründeten Ruhr-Universität Bochum, einen der kritischsten und gleichzeitig fundiertesten Beiträge zu dieser Kontroverse.⁵⁸ Dabei widmete sich Seel zunächst der Grundsatzfrage, ob die amerikanische Form des Präsidenten überhaupt eine für die traditionsreiche deutsche Universität gemäße Leitungsform darstelle bzw. in welchem Umfang dieses gewachsene System verändert werden müsse, um dem neuen Präsidentenamt zu entsprechen.⁵⁹ Grundsätzlich schloß Seel einen Präsidenten aus den Reihen der Professorenschaft – wie bislang bei der Rektoratsverfassung üblich – aus, da sich der „Kollege“ als allmächtiger Präsident mit dem Prinzip des *primus inter pares* nicht mehr vereinbaren lasse:

„Es bliebe also im Interesse der gewünschten Zentralstellung nichts anders übrig, als daß der Kurator (Kanzler usw.) zugleich in die Stellung des Rektors einrückt, wobei, was die Person angeht (etwa in Anlehnung an das Bild des amerikanischen Universitätspräsidenten), an einen herausragenden Manager aus der Wirtschaft gedacht wird. Hier müssen die ersten

⁵⁶ Einen repräsentativen Einblick in den kontroversen Verlauf der Debatte bieten u. a. die folgenden Artikel: Direktorium, Rektor, Präsidium – drei Alternativen für die Universitätsspitze, in: DUZ/HD 1 (1969), S. 16; Rektoratskollegium als Leitungsorgan. Erläuterungen zur Satzung der Universität Bielefeld, in: DUZ/HD 5/6 (1969), S. 20; Uni München erhält kollegiale Rektoratsverfassung. Auch beamtete außerplanmäßige Professoren können zum Rektor gewählt werden, in: DUZ/HD 10 (1969), S. 18; Präsident statt Rektor und Kanzler. Der Unterschied zwischen beiden Verfassungsformen, in: DUZ/HD (1972), S. 507; Der neue Rektor kennt die Probleme, in: DUZ/HD 9 (1975), S. 352; Das 120. Plenum der WRK, in: DUZ/HD 23 (1976), S. 692.

⁵⁷ Otto Bachof: Überlegungen zu einer Verwaltungsreform der deutschen Hochschulen, in: Festschrift Hermann Jahreiss zu seinem siebzigsten Geburtstag, hg. von Karl Carstens und Hans Peters, Köln/Berlin/Bonn/München 1964, S. 5–31, hier S. 23 (Zitat).

⁵⁸ Wolfgang Seel: Präsident oder Rektor?, in: DUZ 11 (1967), S. 8f. Vgl. zudem BayHStA, MK 68591, ders.: Überlegungen zur Neuorganisation der Spitze der Universität (o. O., o. J.).

⁵⁹ Vgl. ders.: Präsident oder Rektor?, S. 8: „In der öffentlichen Diskussion über die Hochschulreform wird immer wieder die Forderung nach der Institution eines starken Hochschulpräsidenten gestellt. Mit dieser Forderung ist die Hoffnung verknüpft, daß durch den starken Hochschulpräsidenten eine straffere Organisation, bessere Rationalität und Ökonomie in die Hochschule kommt. Der amerikanische Hochschulpräsident hat hier als Vorbild stark eingewirkt. [...] Könnte ein solcher ‚amerikanischer‘ Präsident die adäquate Exekutive dieser [der deutschen Universität, S. P.] durch Jahrhunderte hindurch geprägten Institution sein? Oder verändert ein solcher Präsident die deutsche Universität derart, daß die wesentlichen Bestandteile dieser Gelehrtenrepublik verlorengehen und die Universität mit der Zeit vorwiegend zu einer monokratischen Behörde umgebildet wird?“

Bedenken geltend gemacht werden. Schon die einfache Übertragung von Institutionen aus einem anderen Land, die geschichtlich gesehen eine andere Entwicklung und einen anderen geistigen Nährboden hatten, sollte ernsthaft geprüft werden. [...]. Die Grundverhältnisse, in denen der amerikanische Universitätspräsident arbeitet, sind verschieden von der deutschen Universitätstradition.“⁶⁰

Das zweifellos stichhaltigste Argument gegen die Einführung eines Hochschulpräsidenten lieferte schließlich Seels Verweis auf die sich damals in Planung befindlichen Hochschulgesetzentwürfe der einzelnen Bundesländer. Zwar werde das Amt des amerikanischen Universitätspräsidenten – so Seels Kritik – von interessierten Kreisen in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft als nachahmenswert angepriesen, jedoch ohne den deutschen Universitätspräsidenten im Rahmen der bislang vorliegenden Gesetzesentwürfe auch mit den entsprechenden Kompetenzen, derselben Autonomie und den angemessenen Verwaltungsstrukturen auszustatten. „Es muß hier ferner eingeflochten werden,“ wie Seel abschließend betonte, „daß in den bestehenden Hochschulgesetzen und Entwürfen, in denen der Hochschulpräsident eingeführt werden soll, der Präsident nur ein schwaches Abbild des amerikanischen Präsidenten ist; er sieht mehr einem Rektor auf Dauer oder Lebenszeit ähnlich.“⁶¹

Wie der Bochumer Kanzler verwies wenig später auch der mit einschlägigen USA-Erfahrungen ausgestattete und dem amerikanischen Präsidialsystem grundsätzlich positiv gegenüberstehende Kanzler der Universität Düsseldorf, Carl Friedrich Curtius, auf die Grenzen der Übertragbarkeit ausländischer Hochschulmodelle. Dies gelte besonders dann, wenn die angestrebte Reform der Universitätsspitze ohne eine entsprechende Umstrukturierung des Unterbaus, sprich des gesamten Systems erfolge.⁶² Diese in den Hochschulgesetzentwürfen der Länder auszumachende Tendenz habe allerdings zur Folge,

„daß der ausschließlich von der Kritik am Rektoramt her vorgestellte Hochschulpräsident sein Gesicht bei Transplantation in eine sonst im wesentlichen gleich bleibende Universitätsstruktur – also ohne volle Autonomie, ohne Globalbudget und ohne staatsunabhängiges Aufsichtsorgan (board of regents) – derartig wandelt, daß man ihn fast als eine Art von Kurator revididus einordnen kann – ein Gedanke, der zwar im Hinblick auf die deutsche Universitätsgeschichte der Nachkriegszeit verwundern, aber bei Parlamenten und Ministerien keineswegs ohne Attraktion bleiben muß. Hier tauchen Rezeptionsprobleme auf.“⁶³

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd., S. 8f.

⁶² Vgl. Curtius: Zur Verwendung ausländischer Hochschulmodelle, S. 44. Kritisch betonte in diesem Zusammenhang auch der Konstanzer Politologe Waldemar Besson: Die Sachverwaltung zwischen Planung und Freiheit, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 24 (1969), S. 37: „Kein Wunder, daß heute überall der Übergang von der Rektorats- zur Präsidialverfassung diskutiert wird, wie dies der Konstanzer Gründungsausschuß schon früh konsequent gefordert hat. Aber freilich, mit dem Wechsel von der Rektorats- zur Präsidialverfassung ist natürlich nicht alles getan. Der Universitätspräsident braucht nämlich einen administrativen Unterbau, der nicht nur aus Amtsmännern, sondern auch aus hauptamtlichen Dekanen oder Vizepräsidenten besteht, die die Leitungsfunktionen im akademischen Bereich gleichsam als Ressortchefs übernehmen können. Und vor allem braucht der Präsident Kompetenzen, denn nur so kann er wirklich die Universität führen.“

⁶³ Curtius: Zur Verwendung ausländischer Hochschulmodelle, S. 44.

Aufgrund der von ihnen ins Feld geführten Rezeptionsproblematik traten Seel wie Curtius in der Verwaltungsfrage zwar grundsätzlich für das Recht der Wahlmöglichkeit ein, aber doch mit deutlicher Präferenz für das traditionsgemäßere „Rektor-Kanzler-Modell“. Im Rahmen dieser zweigliedrigen Verwaltungsform obliege dem Rektor als alleinigem Repräsentanten der Universität die Wahrnehmung aller akademischen Angelegenheiten, während der als unmittelbarer Vertreter der Landesregierung fungierende Kanzler lediglich die Wirtschafts- und Bauverwaltung übernehme.⁶⁴

Einen zumindest impressionistischen Eindruck davon, in welchem qualitativen und quantitativen Umfang die Präsidentenfrage am Ende der hier analysierten Reformperiode Eingang in die Gesetzgebung von Bund und Ländern fand, gewährt ein Blick auf die entsprechenden Bestimmungen der einzelnen Landeshochschulgesetze sowie des im Frühjahr 1976 verabschiedeten ersten Bundeshochschulrahmengesetzes.⁶⁵ Grundsätzlich entschieden sich die Länder West-Berlin (1969), Hessen (1970), Rheinland-Pfalz (1970), das Saarland (1970), Hamburg (1973), Baden-Württemberg (1973), Bayern (1973) und Schleswig-Holstein (1973) für die Einführung einer Präsidialverfassung. Konkret für einen nicht zwingend der Hochschullehrerschaft entstammenden hauptamtlichen Präsidenten nach amerikanischem Muster sprachen sich die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein (bei Hochschulen über 5 000 Studenten), Bayern und Berlin aus.⁶⁶ Beispielsweise hieß es in §28 Abschnitt 1 (Bestellung des Universitätspräsidenten) des *Gesetzes über die Hochschule des Saarlandes*: „Zum Universitätspräsidenten kann bestellt werden, wer die Befähigung für dieses Amt durch mehrjährige selbständige verantwortliche Tätigkeit im Bereich der Wissenschaft, der Wirtschaft oder des öffentlichen Lebens erworben hat.“⁶⁷

In West-Berlin hatten die vergleichsweise demokratischen und auf dem Prinzip der Drittelparität beruhenden Wahlbestimmungen des ersten Hochschulgesetzes

⁶⁴ Vgl. Seel: Präsident oder Rektor?, S. 9: „Welches wäre nun die Art der Organisation, die der deutschen Universität gemäß wäre und bis heute die so notwendigen Prinzipien von Rationalität und Ökonomie in die Universität brächte? [...]. Ich meine, daß das sog. Rektor-Kanzler-System, das im Interesse notwendiger Kooperation das Kuratorsystem an die heutigen Gegebenheiten anpaßt, das der Universität angemessenste System wäre. Dem Rektor obliegt die Wahrnehmung der akademischen Angelegenheiten; er ist zugleich der Repräsentant der Universität: Dem Kanzler obliegen die sog. Haushalts-, Bau- (als Vertreter des Bauherrn) und sonstigen Verwaltungsangelegenheiten und im Rahmen der Einheitsverwaltung die technische Durchführung der akademischen Angelegenheiten.“

⁶⁵ Eine genaue Analyse der einzelnen Hochschulverfassungen wäre zweifelsohne lohnenswert, würde jedoch den hier abgesteckten Rahmen sprengen.

⁶⁶ Einen guten Überblick zur Hochschulgesetzgebung der Länder und des Bundes im Untersuchungszeitraum gewährt Westdeutsche Rektorenkonferenz: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik (Stand Juli 1976), Bad Godesberg 1976. Zum Stand der Hochschulgesetzgebung bis ca. 1970 vgl. u. a. den Aufsatz von Günther Lachmann: Zum Stand der Hochschulgesetzgebung, in: DUZ/HD 8 (1970), S. 3–10.

⁶⁷ Vgl. Gesetz über die Hochschule des Saarlandes, in: WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik, S. 236.

vom August 1969 noch im November des gleichen Jahres dazu geführt, daß mit Hilfe der Stimmen von Studenten und Assistenten und gegen die Mehrheit der Professorenschaft der damals erst 31jährige Soziologie-Assistent Rolf Kreibich zum ersten Präsidenten der FU Berlin gewählt wurde.⁶⁸ „Dieses überraschende Ergebnis“, so James F. Tent über die Folgen dieser Wahl, „ließ die deutsche akademische Welt Kopf stehen und bereitete den konservativeren und auch gemäßigten Kreisen in Berlin und an der Freien Universität alles andere als Freude.“⁶⁹ Allerdings blieb der „Fall Kreibich“ die Ausnahme. Der für das Amt des Universitätspräsidenten in Frage kommende Personenkreis beschränkte sich in der Praxis auch weiterhin auf Mitglieder des Professorenkollegiums oder aber – in einigen Ausnahmefällen – auf leitende Verwaltungs- bzw. Ministerialbeamte.⁷⁰ Lediglich in den Hochschulgesetzen von Bremen und Niedersachsen kam es vorerst zur Einrichtung des Rektor-Kanzler-Modells (mit verlängerter Amtszeit des Rektors)⁷¹, während in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen den Hochschulen beide Verfassungsformen zur Auswahl gestellt wurden.⁷²

Die in den einzelnen Gesetzen durchschnittlich vorgesehene Amtszeit des Präsidenten betrug zwischen sechs und acht Jahren, wobei eine ein- oder mehrmalige Wiederwahl durchaus zulässig war.⁷³ Obgleich diese Regelungen dem angestrebten Kontinuitätsprinzip entgegenkamen, blieb die eigentliche Rechts- und Wirtschaftsverwaltung gemäß den meisten Landesgesetzen in den Händen eines staatlicherseits eingesetzten Kanzlers. Das ursprünglich in Anlehnung an die Stellung amerikanischer Universitätspräsidenten intendierte – oder auch befürchtete – monokratische Leitungssystem kam in diesen Fällen (Bayern, Hessen, Schleswig-

⁶⁸ Vgl. „Assistent Kreibich wurde FU-Präsident“, in: DUZ/HD 22 (1969), S.16, sowie Hans Jürgen Ewald: „Die Situation ist nach wie vor kompliziert!“. Zwischenbilanz an der FU-Berlin nach einem Kreibich-Semester, in: DUZ/HD 5 (1970), S.20.

⁶⁹ Tent: Die Freie Universität Berlin, S.386.

⁷⁰ So beispielsweise im Fall des 1975 zum ersten Präsidenten der Katholischen Gesamthochschule Eichstätt berufenen Ministerialrates im bayerischen Kultusministerium Otto Voll. Vgl. hierzu A. Engel: Dr. Otto Voll. Präsident der Gesamthochschule Eichstätt, in: DUZ/HD 17 (1976), S.465: „Hochschulpräsident kann nach Bay. Hochschulgesetz eine Persönlichkeit sein aus Wissenschaft, Verwaltung, der Politik oder der Industrie. Dr. Voll hat alle Etappen eines Juristen in der staatlichen Verwaltung durchlaufen.“

⁷¹ Vgl. §9 (Rektor) und §12 (Kanzler) der Vorläufigen Universitätsverfassung der Universität Bremen vom 27.5.1972, in: WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik, S.115, sowie §7 (Rektor) und §8 (Kanzler) des Gesetzes über die Organisation der Universitäten Oldenburg und Osnabrück vom 3.12.1973, in: ebd., S.184.

⁷² Vgl. §18 (Universitätspräsident), §22 (Rektor) und §23 (Kanzler) des Hochschulgesetzes Baden-Württemberg in der Fassung vom 27.7.1973, in: ebd., S.39–42, sowie §5 (Wahl des Hochschulpräsidenten), §11 (Kanzler), §29 (Hochschulpräsident) und §30 (Rektor) des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz-HSchG) vom 7.4.1970, in: ebd., S.190–193.

⁷³ Vgl. exemplarisch §26 Absatz 2 des Gesetzes über die Universität Hamburg (Universitätsgesetz-UniG) in der durch Gesetz vom 10.7.1973 geänderten Fassung, in: ebd., S.135: „Die Amtszeit des Universitätspräsidenten beträgt neun Jahre. Sie kann bei der Bestellung nach Erörterung mit dem Akademischen Senat und im Einvernehmen mit dem Universitätskonzil auf höchstens zwölf Jahre oder auf nicht weniger als sechs Jahre festgesetzt werden. [...] Wiederbestellung ist zulässig.“

Holstein, Saarland) somit nicht zum Tragen.⁷⁴ Am weitreichendsten entsprachen die Regelungen des Berliner, Hamburger und rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes dem amerikanischen Vorbild. In diesen fungierte der Präsident, unterstützt von ein bis zwei Vizepräsidenten bzw. – wie in Berlin – von einem Kuratorium, zumindest *de jure* als alleiniger Leiter der gesamten Universitätsverwaltung.⁷⁵ Hierzu hieß es beispielsweise in §25 Absatz 2 des Hamburger Universitätsgesetzes vom 10. Juli 1973:

„Der Universitätspräsident leitet die Verwaltung der Universität in eigener Verantwortung. In Angelegenheiten der Akademischen Selbstverwaltung ist er an Beschlüsse des Akademischen Senats gebunden. Er kann mit der Wahrnehmung einzelner Angelegenheiten der Wirtschafts- und Personalverwaltung [...] andere Stellen der Universität beauftragen.“⁷⁶

Das schließlich nach jahrelangem Ringen zwischen Bund und Ländern am 30. Januar 1976 in Kraft getretene Hochschulrahmengesetz (HRG) vermied dagegen in der Frage der Hochschulspitze eine klare Festlegung.⁷⁷ Trotz der Verabschiedung des HRG – dessen Bestimmungen lediglich bundesweit verpflichtende Standards festschreiben sollte – durch den Bundestag blieb der Hochschulbereich im Kern auch weiterhin in der Zuständigkeit der Länder. So sah das HRG gemäß den Gegebenheiten in den Bundesländern für die Hochschulen wahlweise zwei Leitungsformen vor: Entweder „einen gewählten hauptberuflichen Leiter mit mindestens vierjähriger Amtszeit“ oder „ein gewähltes Leitungsgremium mit mindestens einem hauptberuflichen Mitglied“.⁷⁸ Obwohl die Bezeichnung Präsident oder Rektor bewußt vermieden wurde, weist die sich hieran anschließende Definition des Anforderungsprofils nichtsdestotrotz deutliche Anlehnungen an das ursprüngliche amerikanische Vorbild auf. Auch das HRG war darum bemüht, das bisherige professorale Monopol auf die Universitätsspitze durch nichtwissenschaftliche bzw. außeruniversitäre Persönlichkeiten zu durchbrechen. Ähnlich wie die Bestimmungen derjenigen Landesgesetze mit verankerter Präsidialverfassung lautete §62 Absatz 4 des HRG:

⁷⁴ Zu den in das Präsidialsystem eingebetteten Kompetenzen des Kanzlers vgl. exemplarisch Artikel 32 Absatz 1 und 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHschG) vom 21.12.1973 in der durch Gesetz geänderten Fassung vom 8.8.1974, in: ebd., S.73: „(1) Der Leitung der Hochschule steht zur Erledigung der Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten ein Kanzler zur Seite. Er ist der leitende Beamte der Hochschulverwaltung und Beauftragter für den Haushalt [...]. Der Kanzler ist Dienstvorgesetzter der an der Hochschule tätigen Bediensteten des Freistaates Bayern sowie der im Dienst der Hochschule stehenden Angestellten und Arbeiter [...]. Er ist als Beauftragter für den Haushalt sowie Dienstvorgesetzter an Weisungen der Leitung der Hochschule nicht gebunden. [...]. (3) Der Kanzler wird vom Staatsminister für Unterricht und Kultus ernannt.“

⁷⁵ Vgl. §§6, 7 und 9 (Hochschulpräsident, Vizepräsident) und §§35 und 36 (Kuratorium) des Gesetzes über die Universitäten des Landes Berlin (Universitätsgesetz) in der Fassung vom 4.9.1975, in: ebd., S.98 und 105f., sowie §35 (Hochschulkuratorium) und §44 (Stellvertreter des Präsidenten) des Landesgesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz (Hochschulgesetz-HochSchG) vom 22.12.1970, in: ebd., S.212–214.

⁷⁶ Gesetz über die Universität Hamburg, in: ebd., S.135.

⁷⁷ Vgl. hierzu §72 Absatz 1 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom 26.1.1976, in: ebd., S.27: „Innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes sind den Vorschriften der Kapitel 1 bis 5 entsprechende Landesgesetze zu erlassen.“

⁷⁸ Ebd., S.24 §62 Absatz 1 und 2.

„Zum hauptberuflichen Leiter oder zu einem hauptberuflichen Mitglied eines Leitungsgremiums der Hochschule kann bestellt werden, wer eine abgeschlossene Hochschulausbildung besitzt und auf Grund einer mehrjährigen verantwortlichen beruflichen Tätigkeit, insbesondere in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung oder Rechtspflege, erwarten läßt, daß er den Aufgaben des Amtes gewachsen ist.“⁷⁹

Die Konsequenzen der teilweise vollzogenen Umstellung von der traditionellen Rektoratsverfassung zur mehrjährigen Einheitsverwaltung durch einen Präsidenten für die bundesdeutsche Hochschullandschaft lassen sich abschließend nicht eindeutig bewerten. Es steht außer Frage, daß der hier nachgezeichnete Wechsel ohne die vorhergehende Auseinandersetzung mit dem Verwaltungsaufbau amerikanischer Universitäten in dieser Form nicht vorstellbar gewesen wäre. Wie nach häufiger Einschätzung in den USA üblich, sollten auch die zu Großbetrieben mutierenden deutschen Hochschulen künftig von einer managerähnlichen Persönlichkeit geleitet werden. Das Präsidialsystem nach amerikanischem Muster avancierte daher binnen weniger Jahre zum Synonym für Effizienz und Modernität. Ganz in diesem Sinne verwies „Die Welt“ im Oktober 1970 anlässlich der Aufnahme des Lehrbetriebs an der neugegründeten Universität Augsburg auf die amerikanische Patenfunktion: „Das amerikanische Präsidialsystem wurde als Vorbild für die innere Organisation dieser Hochschule genommen.“⁸⁰ Nicht mehr die wissenschaftliche Reputation eines Kandidaten oder ein wie auch immer gearteter Turnus zwischen den Fakultäten und Fächern, sondern allein das verwaltungstechnische *Know-how* sollte künftig über die Qualifikation zur Hochschulleitung entscheiden. Um über hierfür geeignetes Personal verfügen zu können, forderten deutsche Verwaltungsfachleute sogar die Einführung spezieller Studiengänge für „Hochschulverwalter“ nach amerikanischem Vorbild.⁸¹

Die Realität sah jedoch weitaus nüchterner aus. Das aus den USA entlehnte Konzept eines starken, die Geschicke und das Profil seiner Universität nachhaltig gestaltenden Universitätspräsidenten konnte sich hierzulande nicht durchsetzen. Aufgrund der andersartigen Grundstruktur des westdeutschen Universitätssystems kam es vielmehr zu einer Anpassung an die deutschen Gegebenheiten. Weder wollte die Professorenschaft ihren traditionellen Anspruch auf die Universitätsspitze aufgeben, noch waren die staatlichen Kultusbehörden ihrerseits wirklich gewillt, zentrale Kompetenzen – speziell in der Frage der Finanzverwaltung – an einen nicht kontrollierbaren Präsidenten abzugeben.⁸² Im Ergebnis entsprach der

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ In Augsburg gibt es keine Fakultäten, in: Die Welt vom 20.10.1970.

⁸¹ Vgl. u.a. Hanns Friedrich Lorenz: Modell einer Universitätsverwaltungshochschule. Mitwirkungsmöglichkeiten der Universität Konstanz bei der wissenschaftlichen Aus- und Fortbildung von Beamten, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 23 (1969), S.34-43; Carl Friedrich Curtius: Studiengänge für Hochschulverwalter – das Beispiel USA, in: DUZ/HD 10 (1974), S.416-419; Norbert Graeper, Ulrich Hammer: Aus-, Fort- und Weiterbildung für Angehörige der Wissenschaftsverwaltungen, in: DUZ/HD 11 (1975), S.438-442. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Metzler: Konzeptionen politischen Handelns, S.335-349.

⁸² Mit Hinweis auf den mangelhaften Entscheidungsspielraum des Präsidenten in Fragen der Wirtschaftsverwaltung kritisierte der damalige Rektor der Universität Hamburg, Werner Ehrlicher, im Juli 1968 die bevorstehende Einführung der Präsidialverfassung

Universitätspräsident westdeutscher Ausprägung letztlich weitaus mehr einem gestärkten Rektor herkömmlicher Art als einem Manager-Präsidenten im amerikanischen Sinne. Dazu fehlten wesentliche Grundvoraussetzungen wie eine Haushaltsautonomie der Universitäten und die damit einhergehende Einrichtung einflußreicher Verwaltungsräte, die vergleichbar amerikanischen Boards of Trustees bzw. Boards of Regents als eigentliche Vermögensverwalter fungiert hätten.⁸³ Zwar wurde in einigen Landesgesetzen die Einführung von Kuratorien festgeschrieben, doch fiel diesen lediglich eine beratende Funktion zu.⁸⁴ Rückblickend und unter Berücksichtigung seiner eigenen Erfahrungen als langjähriger Präsident der Universität Trier (1975–1987) beschrieb der Politikwissenschaftler Arnd Morkel die Rolle eines deutschen Universitätspräsidenten in den siebziger und achtziger Jahren wie folgt:

„Eines ist allerdings sicher: Die Position eines Hochschulpräsidenten ist bei weitem nicht so einflußreich, wie es der Wissenschaftsrat in Anlehnung an das amerikanische Beispiel angestrebt hatte. Ein Präsident ist, nicht anders als ein Rektor früher, innerhalb der akademischen Selbstverwaltung nur *primus inter pares*. Er ist nur in dem Maße stark, in dem er Konsens bewirkt. Um Einfluß auszuüben braucht er die Zustimmung der anderen. Er besitzt keine Richtlinienkompetenz, keine Befehlsgewalt. Er kann nichts anordnen, jedenfalls nichts Wesentliches, sondern nur anregen, bitten, darauf hinweisen, raten. [...] Seine Autorität wurzelt in seiner Person, nicht in seinem Amt.“⁸⁵

und plädierte statt dessen für eine Beibehaltung der bestehenden Rektoratsverfassung: „Die Präsidialverfassung nach dem Senatsentwurf räumt dem Präsidenten nicht den Handlungsspielraum im wirtschaftlichen Bereich ein, der diesen Posten für eine profilierte Persönlichkeit anziehend macht; die mit ungewöhnlicher Ausführlichkeit aufgezählten universitätsinternen Rechte schaffen allenfalls die Aufsichtsfunktion eines Anstaltsleiters [...]. Ich sehe eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion darin, daß sich die Universität in der wechselnden Person des Rektors in ihren verschiedenen Wissenschaftsbereichen immer neu der Öffentlichkeit darstellt. Ich werde es daher immer als Verlust ansehen, wenn die Rektoratsverfassung durch ein Präsidialsystem abgelöst wird“ (BayHStA, MK 68592, Tätigkeitsbericht des Rektors der Universität Hamburg, Prof. Dr. Werner Ehrlicher, vor der Vollversammlung im Juli 1968).

⁸³ Vgl. u. a. Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten (1966), S. 26f.

⁸⁴ Siehe die entsprechenden Passagen in den Hochschulgesetzen Bayerns, von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes. Zur im Vergleich zu amerikanischen Boards weitgehend kompetenzlosen Rolle des Kuratoriums vgl. exemplarisch Artikel 23 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 21.12.1973, in: WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik, S. 72: „(1) Die Grundordnung der Hochschule kann die Bildung eines Kuratoriums vorsehen. (2) Das Kuratorium unterstützt die Interessen der Hochschulen in der Öffentlichkeit. Es berät und unterstützt die Hochschule in ihrer Arbeit. (3) Dem Kuratorium gehören höchstens achtzehn Personen an, die den Anliegen der Hochschule besonders verbunden sind. Mitglieder der Hochschule können dem Kuratorium nicht angehören; [...]. Die Tätigkeit ist ehrenamtlich. (4) Die Leitung der Hochschule, die Vizepräsidenten und der leitende Beamte der Hochschulverwaltung sind berechtigt, an den Sitzungen des Kuratoriums teilzunehmen. Zu den Sitzungen ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus einzuladen.“

⁸⁵ Arnd Morkel: Erinnerung an die Universität. Ein Bericht, Vierow bei Greifswald 1995.

2. Fakultät oder Department

Neben der Frage nach einer effizienten Hochschulschulspitze stand die Umgestaltung der universitären Binnenstruktur im Zentrum der damaligen Reformbestrebungen. Und auch auf dieser Ebene wurde der Diskurs maßgeblich von einem amerikanischen Vorbild bestimmt: dem „Department“.

Erste Bemühungen, die traditionelle Fakultätsgliederung durch das amerikanische Departmentmodell zu ersetzen bzw. zu ergänzen, lassen sich auch hier bis in die Besatzungszeit zurückverfolgen. Sowohl in den ERAB-Denkschriften von 1946 als auch im Paty-Cottrell-Report von 1947 war eine entsprechende Umstrukturierung vorgeschlagen worden. Damit sollten einerseits die durch das steti-ge Hinzukommen neuer Disziplinen unübersichtlich und ineffizient gewordenen Fakultäten in kleinere und handlungsfähigere Einheiten aufgeteilt und andererseits eine Enthierarchisierung des Lehrkörpers erwirkt werden.⁸⁶ Während der Besatzungsjahre fanden die amerikanischen Vorschläge jedoch aufgrund der tendenziell restaurativ ausgerichteten Haltung der Universitäten kaum Resonanz. Schon am 17. Dezember 1945 hatte sich die Nordwestdeutsche Rektorenkonferenz ganz deutlich für eine Beibehaltung der traditionellen Fakultätsstruktur ausgesprochen. Obgleich sich also der Departmentgedanke, ähnlich wie die zeitgleichen Bemühungen um eine Stärkung des Rektorats, in den späten vierziger und im Verlauf der fünfziger Jahre noch nicht durchsetzen konnte, waren mit dem von amerikanischer Seite 1946/47 eingebrachten Reformvorschlag dennoch die zentralen Argumente für den rund eineinhalb Jahrzehnte später in der Bundesrepublik heftig diskutierten Umbau der universitären Binnenstruktur vorformuliert worden.⁸⁷

Tatsächlich ließ die nach 1945 auch in wissenschaftlicher Hinsicht immer dominanter werdende amerikanische Führungsrolle das westdeutsche Interesse an der Organisation von Forschung und Lehre in den Vereinigten Staaten spürbar ansteigen. Neben den durchaus beachtlichen Bemühungen remigrierter Wissenschaftler wie Bergstraesser, Fraenkel oder Voegelin, aufgrund eigener Erfahrungen bestimmte Prinzipien des amerikanischen Departmentsystems auch für die deutsche Universität fruchtbar zu machen, fiel in diesem Zusammenhang dem um 1950 reaktivierten akademischen Austausch zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Vermittlungsfunktion zu.⁸⁸ Wie gezeigt werden konnte, avancierte das amerikanische Departmentsystem unter jungen deutschen Nachwuchswissenschaftlern rasch zu einem nachahmenswerten Modell. Besonders von ingenieur-, medizin- und naturwissenschaftlicher Seite wurden die im Vergleich zu Deutschland ausgezeichneten Arbeitsbedingungen und Karriere-chancen an amerikanischen Departments immer wieder hervorgehoben. Zahlreiche Nachwuchswissenschaftler blieben aus diesem Grund in den USA oder

⁸⁶ Vgl. Kapitel II.6. sowie die entsprechenden Passagen in: IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11. 9. 1946); IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty/Donald Cottrell: Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany (25. 4. 1947).

⁸⁷ Vgl. hierzu auch Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, S. 196f.

⁸⁸ Zu dem frühen Bemühen der Remigranten um Einführung der Departmentstruktur vgl. hier Kapitel IV.2. und IV.3.

wanderten dorthin aus; der sogenannte Brain Drain hatte eingesetzt.⁸⁹ Beides, sowohl die Erfahrungsberichte der Rückkehrer als auch die Abwanderungsbewegung über den Atlantik, führte bei den zuständigen Stellen in der Bundesrepublik zu einer kritischen Einschätzung des eigenen Universitäts- und Wissenschaftssystems. Immer lauter wurde die Grundsatzfrage gestellt, wie die Strukturen an den deutschen Hochschulen verändert werden müssten, um den Abwanderungstrend speziell in die Vereinigten Staaten zumindest einzudämmen.⁹⁰

Anfangs richtete sich die Kritik jedoch weniger gegen die Fakultät als solche, sondern primär gegen die Institute und Lehrstühle als deren Subeinheiten. Kritisiert wurde im besonderen die traditionelle Institutsverfassung, die dem Institutsleiter eine nahezu allmächtige Stellung einzuräumen schien. Innerhalb dieses Gefüges schien der wissenschaftliche Nachwuchs völlig vom Wohlwollen eines Einzelnen abhängig zu sein, während gleichzeitig auch die wissenschaftlich-thematische Ausrichtung eines Instituts primär von den Interessen seines Leiters geprägt war. Den traditionellen Institutionen traute man nicht zu, als modern strukturierte Einheit von Forschung und Lehre auf die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Fragestellungen flexibel reagieren zu können. Die Institutskritiker sahen in dieser Organisationsform lediglich das schwerfällige Abbild der jeweiligen wissenschaftlichen Präferenzen einer Einzelperson.⁹¹

Umgekehrt führten auch reformorientierte Ordinarien Klage darüber, daß die monokratische Struktur der Institute dessen Leitung völlig mit Verwaltungsaufgaben überlastete und kaum noch Zeit für eigene Forschungsarbeiten einräumte.⁹² In diesem Zusammenhang schrieb beispielsweise 1963 der Mannheimer Philosoph und Soziologe Eduard Baumgarten:

„Die in der Tat zur Zeit kranke innere Lage unserer Universitäten gründet letztlich nicht in mangelndem guten Willen von Personen, sondern ist eine Folge mangelnder Anpassung der Institutionen und Organisationsformen unserer Hochschule an bestimmte technische Veränderungen, die sich in der Welt, speziell in der Welt der Wissenschaft, der Forschung zuge tragen haben. Man kann sagen: Die Entdeckung und Entwicklung bestimmter technischer Mittel machen bestimmte herkömmliche Organisationsformen unmöglich. Eine entscheidende wissenschaftstechnische Veränderung unseres Zeitalters ist die explosionsartige Vermehrung sachlicher Informationen und ständiger methodischer Spezialisierung und Verfeinerung. Dieser Sachverhalt macht hochschulorganisatorisch viele, früher legitime Ansprüche eines einzelnen Professors als Person und auch als institutionell wesentlich solistisch gedachten Lehrstuhlinhabers fiktiv; solche Ansprüche werden heute [...] plötzlich betriebsfremd, betriebsstörend. Neue Formen der Rollen-Delegation, der Arbeitsteilung und Arbeitsverbindung, kurz: Techniken neuartiger intensiver Kooperation sowohl zwischen Gleichgestellten wie auch zwischen über- und untergeordneten Rangträgern sind nötig geworden.“⁹³

⁸⁹ Vgl. hierzu Kapitel V.3.

⁹⁰ Zu dieser „Amerika-Orientierung“ vgl. exemplarisch die entsprechenden Beiträge in DAAD: Erfahrung und Bericht.

⁹¹ Vgl. in diesem Zusammenhang exemplarisch den Beitrag von Schaefer: Die Situation der medizinischen Forschung in Deutschland, S. 29–38.

⁹² Vgl. zur damaligen Debatte auch O. Haxel: Formen der kollegialen Zusammenarbeit in den angewandten Naturwissenschaften, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 5 (1966), S. 167–177.

⁹³ Baumgarten: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, S. 7.

Die hier von Baumgarten eingeforderte Dezentralisierung von Autorität sowie der Appell für eine neue Form von Kollegialität verweist auf ein Kernelement des amerikanischen Departmentsystems, das damals in deutschen Wissenschaftskreisen zu einem Zauberwort avancierte: *Team Work*.⁹⁴

Doch worin wurden die konkreten Vorteile des amerikanischen Department-systems von den Kritikern der traditionellen deutschen Institutsorganisation gesehen? Repräsentativ für die Befürworter einer Übernahme des Departmentmodells und basierend auf eigenen USA-Erfahrungen nannte 1964 der schon zitierte Kölner Zoologe Franz Huber die folgenden sechs Punkte:

„1. Die amerikanischen Institute [...] sind Departments, d.h. aufgegliedert in mehrere kleine, selbständige und spezialisierte Abteilungen. Diese Abteilungen werden zentral verwaltet und erhalten ihre Ausstattung oftmals aus einem zentral gesteuerten Gerätepark. 2. Die Leitung dieser Abteilungen übernimmt ein assistant, associate oder full professor, der noch aktiv in der Forschungsarbeit steht, weder im Lehr- noch im Verwaltungsbetrieb überlastet ist und mit einer zahlenmäßig kleinen Gruppe einen engen wissenschaftlichen Kontakt pflegt. 3. Die Abteilungen sind apparativ ausreichend ausgerüstet; der Gerätepark kann, entsprechend den Bedürfnissen einzelner Forscher, innerhalb der Abteilung schnell umgestellt und ergänzt werden. 4. Die Stellung der Forscher ist in finanzieller Hinsicht weit besser als bei uns, zudem werden sie schon in jungen Jahren selbständig und können sich voll entfalten. 5. In der Ausbildung setzt bereits frühzeitig eine Spezialisierung ein, ohne daß die Grundausbildung leidet. 6. In solchen Abteilungen und zwischen solchen Abteilungen entwickelt sich sehr häufig ein team work, d.h. Forscher der verschiedensten Fachrichtungen arbeiten gemeinsam an der Lösung einer Frage. Ich habe während meines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten immer wieder die Erfahrung gemacht, daß in diesen Departments für den einzelnen Forscher zwar weniger Raum, vor allem auch weniger Raum für Repräsentationszwecke, zur Verfügung steht, als bei uns; der einzelne kann aber dort besser arbeiten.“⁹⁵

Hubers Charakterisierung der konkreten Vorzüge des amerikanischen Department-systems zeigen, in welchem umfassendem Maße diesbezüglich zentrale Fragen der Wissenschaftsorganisation und des Wissenschaftsverständnisses berührt wurden. Zugespitzt formuliert standen sich folgende Prinzipien gegenüber: wissenschaftlicher Individualismus versus „Team Work“ sowie Hierarchie versus Kollegialität.⁹⁶

Neben dem in erster Linie „technisch“ zu betrachtenden Aspekt eines zeitgemäßen Wissenschaftsmanagements besaß die Departmentfrage somit eine kaum zu überschätzende soziale Dimension. Zwei von der AvHSt 1964 vorgelegte Graphiken verdeutlichen den unterschiedlichen Aufbau eines deutschen Instituts und eines amerikanischen Departments. Während das Strukturschema des Instituts eine streng pyramidale Ausrichtung mit insgesamt acht verschiedenen hierarchischen Stufen (von den Bürohilfen, über die Diplomanden, den Doktoranden, den Assistenten, den Oberassistenten, den Dozenten, den außerordentlichen Professoren bis schließlich hin zum Ordinarius als Institutsdirektor) aufweist, zeigt das Strukturschema eines amerikanischen Departments eine mehr horizontale Gliederung mit lediglich zwei sehr breit angelegten hierarchischen Ebenen (die Gruppe

⁹⁴ Vgl. hierzu Kapitel V.2. und V.3.

⁹⁵ Huber: Die Situation der zoologischen Forschung in Deutschland, S. 42f.

⁹⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die entsprechenden Ausführungen bei Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, S. 150–154.

der Hilfsangestellten, Diplomanden und Doktoranden einerseits und darüber die der Assistant-, Associate- und Full-Professors andererseits, aus deren Mitte wiederum sich der „Chairman“ des Departments rekrutiert).⁹⁷ In einer diese beiden Graphiken kommentierenden Beschreibung des Departmentssystems durch einen koreanischen Gastwissenschaftler mit ausgiebiger Lehr- und Forschungserfahrung in den USA wie in der Bundesrepublik hieß es hierzu erläuternd:

„An einem Department hat jeder Lehrende das gleiche Maß an Pflichten und Freiheiten. Ein junger Assistant-Professor [...] hat genau die gleiche Stellung wie ein Full-Professor, soweit seine wissenschaftliche Arbeit und Lehrtätigkeit in Betracht kommen. [...]. Es besteht in der Regel nur ein kollegiales Verhältnis der Lehrenden untereinander. In einer solchen wissenschaftlichen und menschlichen Atmosphäre kann ein Wissenschaftler seine Probleme mit älteren oder jüngeren Kollegen innerhalb des Departments besprechen. Eine inter- und intradepartmentelle Zusammenarbeit von unabhängigen Wissenschaftlern ist sehr häufig anzutreffen und wird durch die Organisationsform des Departments begünstigt.“⁹⁸

Umgekehrt wurden die Verhältnisse an deutschen Universitätsinstituten von ausländischen Gastwissenschaftlern tendenziell eher kritisch betrachtet, wie dem Jahresbericht der AvHSt für 1962/63 zu entnehmen ist. „Fast alle Stipendiaten“, so wurde dort bemerkt, „bezeichnen die Struktur der deutschen Hochschule als ‚antiquiert‘, ‚verschlossen‘ und ‚starr‘. Es fehle an einer ‚flexiblen Einstellung zur Arbeit‘.“⁹⁹

Demzufolge sollte die Übernahme des Departmentssystems nicht nur zu einer Enthierarchisierung der Universitätsstrukturen beitragen. Mit ihrer Betonung des „Team Work“ kam sie auch der damals wachsenden Orientierung an betriebswirtschaftlichen Führungs- und Arbeitsmodellen amerikanischer Provenienz entgegen.¹⁰⁰ Die bis dato in Deutschland dominierende Konzentration von Forschung und Lehre auf einzelne herausragende Gelehrte schien nicht mehr zeitgemäß und für den Rückstand der deutschen Wissenschaft gegenüber den USA mitverantwortlich. Bereits 1956 hatte der Hofgeismarer Kreis in seinen Vorschlägen zur Neugliederung des universitären Lehrkörpers auf eben diese Problematik aufmerksam gemacht.¹⁰¹ Und 1964 schrieb hierzu Richard Clausen in seiner auf Umfrageergebnissen beruhenden Studie zu *Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland*:

⁹⁷ Der Jahresbericht der Alexander von Humboldt-Stiftung, in: DUZ 6 (1963), S. 46 (Strukturschema eines deutschen Instituts) und S. 47 (Strukturschema eines amerikanischen Departments).

⁹⁸ Ebd., S. 47.

⁹⁹ Alexander von Humboldt-Stiftung: Bericht der Alexander von Humboldt-Stiftung über ihre Tätigkeit vom 1. 10. 1962 bis 30. 9. 1963, Bonn 1963, S. 23. Vgl. zudem die im Hinblick auf die damalige Außenwahrnehmung der deutschen Wissenschaft höchst aufschlußreichen und nach Disziplinen geordneten Stellungnahmen ausländischer Wissenschaftler, ebd., S. 49–90.

¹⁰⁰ Zur frühen deutschen Rezeption betriebswirtschaftlicher Modelle aus den Vereinigten Staaten vgl. u. a. Hans-Günther Abromeit: Amerikanische Betriebswirtschaft. Die Praxis der Unternehmungen in den USA, Wiesbaden 1953.

¹⁰¹ Vgl. Hofgeismarer Kreis: Gedanken zur Hochschulreform, S. 31f., sowie Einhard Schrad: Die Organisation des Instituts im Rahmen einer Universitätsreform. Ein Diskussionsvorschlag, in: DUZ/HD 2 (1969), S. 7–11, hier besonders S. 9: „Nach einer heute nicht in Frage gestellten These ist ein Fortschritt der Wissenschaft ohne Verstärkung der interdisziplinären und innerdisziplinären Kooperation nicht mehr möglich.“

„Die epochemachende Großleistung eines Einzelnen wird schwerer und seltener. Die Gemeinschaftsleistung einer Gruppe verschiedener Wissenschaftler hat sie in vielen Fällen abgelöst. Die Zusammenarbeit mehrerer Forscher verschiedener Spezialrichtungen hat in den Natur- und Ingenieurwissenschaften so an Bedeutung gewonnen und ist auf vielen Gebieten so sehr zur Notwendigkeit geworden, daß sich ein Mangel daran auf das Leistungsbild der Forschung merklich auswirken muß. [...]. Daß aber die Zusammenarbeit bei uns nicht funktioniert, daß die Betätigung in Zwischengebieten und auf Neuland und die Bearbeitung ausgefallener Problemstellungen dem jungen Wissenschaftler bei uns sehr erschwert sei, das sagen viele der Befragten.“¹⁰²

Allerdings fanden sich gerade unter älteren deutschen Wissenschaftlern immer wieder Stimmen, die dem amerikanischen Prinzip des „Team Work“ die traditionelle „wissenschaftliche Schule“ entgegenstellten. So betonte ein namentlich nicht genannter Mediziner in den 1956 von dem Göttinger Soziologen Helmuth Plessner herausgegebenen *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer*:

„Das Team-Work liegt uns nicht. Das Team des Deutschen ist die Schule. Das kann sich natürlich ändern. Ich kenne die Amerikaner nicht [!]. Aber ich wundere mich manchmal, wenn ich so eine Arbeit sehe: Von wem ist die Arbeit eigentlich? Bei uns würde jeder Wert darauf legen, daß sein Name auch obendrauf steht. Wir sind viel zu eigenwillig für das Team-Work. Das eigene Thema ist für uns das Wesentliche.“¹⁰³

Abgesehen von derartigen Einzelstimmen wurde die vermeintlich bessere Arbeitsatmosphäre an amerikanischen Departments nicht nur als ursächlich für die Abwanderung deutscher Wissenschaftler nach den USA betrachtet, sondern umgekehrt auch als hemmend für deren Rückwanderung. Beispielsweise beschrieb der Tübinger Botaniker Georg Melchers in einer 1961 an die „Deutsche Universitäts-Zeitung“ gerichteten Leserzuschrift seine gescheiterten Bemühungen, einen mittlerweile in den USA lehrenden deutschstämmigen Kollegen zu einer Rufannahme an einer deutschen Universität zu bewegen:

„Ich habe es neulich versucht, einem, der noch sehr gut deutsch spricht, und zwar deswegen, weil er erst vor wenigen Jahren nach Amerika gegangen ist, zuzureden, in Deutschland ein Ordinariat für Genetik anzunehmen. Er hat dies mit dem Hinweis auf den hervorragenden Geist des ‚Department of Genetics‘, in dem er jetzt lehrt, abgelehnt, zu uns zu kommen.“¹⁰⁴

Einer, der sich dennoch entschloß, nach Deutschland zurückzukehren, war der schon mehrfach erwähnte Physik-Nobelpreisträger Rudolf Mößbauer.¹⁰⁵ Der „Fall Mößbauer“ veranschaulicht exemplarisch die herausragende Bedeutung, die der Departmentfrage im Rahmen der westdeutschen Hochschulreformbemühungen in den 1960er und 1970er Jahren beigemessen wurde. Kaum eine andere Rückberufung eines deutschen Wissenschaftlers aus dem Ausland wurde in der Bundes-

¹⁰² Clausen: Stand und Rückstand, S.21. In ähnlicher Weise äußerte sich wenig später auch Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, S.149: „Die Ergebnisse der Forschung sind so häufig gar nicht mehr zuzuordnen, sondern sind Leistung des ‚Betriebs‘, d.h. des Instituts.“

¹⁰³ Helmuth Plessner: *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer*, Bd.I: *Nachwuchsfragen im Spiegel einer Erhebung 1953–1955*, bearb. von Ilse Asemisen u.a., Göttingen 1956, S.185.

¹⁰⁴ Georg Melchers: Warum werden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht realisiert?, in: *DUZ* 9 (1961), S.34.

¹⁰⁵ Vgl. hierzu Kapitel V.2. und V.3.

republik damals mit einer vergleichbar großen Aufmerksamkeit verfolgt wie Mößbauers 1964 erfolgter Wechsel vom California Institute of Technology, wo er seit 1960 forschte und lehrte, nach München. Diesem vorausgegangen waren gleich zwei Münchener Rufe an Mößbauer, sowohl seitens der LMU als auch der Technischen Hochschule. Schließlich waren es die von der TH angebotenen Konditionen, die den Nobelpreisträger zu einer Rufannahme bewegen konnten. Über die besonderen Umstände, die zu Mößbauers Wechsel nach München führten, schrieb der für die Berufungsverhandlungen zuständige Ministerialdirektor Johannes von Elmenau in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“:

„Im März 1964 erfüllte der Entschluß Professor Mößbauers, dem Ruf an die Technische Hochschule München zu folgen, die wissenschaftliche Welt Deutschlands mit Genugtuung. Daß sich der Gelehrte für die Technische Hochschule entschied und nicht für die Universität München, wo der traditionsreiche Lehrstuhl der Nobelpreisträger Conrad Röntgen und Wilhelm Wien seiner wartete, erklärt sich auch aus der neuen Form, die die Physiker der Technischen Hochschule München unter Federführung von Professor Heinz Maier-Leibnitz für die Kooperation und Integration der Physik entwickelt haben. Die Einrichtung dieses Physik-Departments hat Professor Mößbauer stets zur Voraussetzung seines Kommens nach München gemacht.“¹⁰⁶

Mit anderen Worten: Nicht die Aussicht auf die Übernahme eines traditionsreichen und angesehenen deutschen Lehrstuhls an der LMU, sondern die von der TH garantierte „Amerikanisierung“ des dortigen Lehr- und Forschungsbetriebs war letztendlich für Mößbauers Rückkehr nach Deutschland ausschlaggebend gewesen. Tatsächlich sah das bereits Ende Februar 1962 von Heinz Maier-Leibnitz und einigen seiner Kollegen vorgestellte Konzept zum Ausbau der Physik an der TH München gemäß den Prinzipien eines amerikanischen Departments die völlige Gleichberechtigung aller vertretenen Professuren, die gleichmäßige Verteilung der Lehr- und Forschungsaufgaben sowie eine enge Zusammenarbeit der einzelnen Lehrstühle nach dem Team-Work-Prinzip vor.¹⁰⁷ Die Anlehnung an das amerikanische Vorbild schlug sich bis in die ermittelte Gesamtzahl der für das Physik-Department vorgesehenen Professuren nieder. „Es soll“, wie es diesbezüglich in der Denkschrift hieß,

„eine ausreichende Zahl von ordentlichen und außerordentlichen Professuren geschaffen werden. Die amerikanische Richtzahl von 3–5 postgraduate students pro Professor (full oder associate) soll wenigstens bis auf den Faktor drei erreicht werden. Das bedeutet für München eine Gesamtzahl von mindestens 20 Professuren. Bei der Besetzung dieser Professuren sollen jüngere, besonders begabte Kräfte, die in Deutschland und im Ausland in ausreichender Zahl vorhanden sind, gewonnen werden.“¹⁰⁸

Daß mit diesem Konzept ein neuer Weg in der deutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft beschritten würde, über diesen Umstand waren sich die Verfasser der Denkschrift durchaus bewußt. Mit der Übernahme des Departmentsystems sollte von München eine Signalwirkung auf die gesamte deutsche Hochschul-

¹⁰⁶ Von Elmenau: Im Geist der Zusammenarbeit, S. 3.

¹⁰⁷ BayHStA, MK 67453, Entwurf für eine Denkschrift zum Ausbau der Physik an der Technischen Hochschule München vom 28.2.1962, S. 1: „Alle, oder die meisten Lehrstühle für Physik sollen in einer Einheit mit gemeinsamem Institut zusammengefaßt werden.“

¹⁰⁸ Ebd., S. 2.

landschaft ausgehen. Ganz in diesem Sinne hieß es auch am Ende der Münchener Denkschrift:

„Der Aufbau eines großen gemeinsamen Instituts ist gewiß ein Novum, das einen neuen Stil für die daran Beteiligten erfordert. Wir glauben, daß dieses ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung unseres Erziehungs- und Forschungssystems ist, und daß wir dafür Zustimmung und Mitarbeit gerade bei der jüngeren Generation erwarten dürfen.“¹⁰⁹

Wie prognostiziert zog das unter der Federführung von Maier-Leibnitz verfaßte Memorandum große Aufmerksamkeit auf sich. In einem Brief des damaligen Wissenschaftsratsvorsitzenden Ludwig Raiser an den bayerischen Kultusminister Theodor Maunz vom November 1962 hob Raiser ausdrücklich hervor, daß seitens der von ihm vertretenen Organisation der Gedanke durchweg begrüßt worden sei, „durch die Einrichtung einer solchen Abteilung mit einer Anzahl gleichgeordneter Lehrstühle für das gleiche Fach und vor allem auch durch die Zusammenfassung der Forschungsarbeit aller dieser Lehrstuhlinhaber in einem gemeinsamen Institut, einen für deutsche Verhältnisse ungewöhnlichen Plan zu verwirklichen und dadurch Gelegenheit zu erhalten, die Vor- und Nachteile dieser an amerikanischen Vorbildern orientierten Konzeption im Verhältnis zur deutschen Universitätstradition einmal an einer deutschen Hochschule zu erproben.“¹¹⁰

Offensichtlich mitangeregt durch das Münchener Departmentkonzept empfahl der Wissenschaftsrat in seinen wenig später veröffentlichten *Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen* eine Umstrukturierung der bisherigen Fakultäts- und Institutsordnung nach dem Vorbild des amerikanischen Departmentsystems.¹¹¹ Unter den deutschen Hochschulen zeigten sich als Reaktion auf die Anregungen des Wissenschaftsrates erwartungsgemäß vor allem die natur- und ingenieurwissenschaftlich ausgerichteten Technischen Hochschulen an einer Einführung des Departmentsystems interessiert, während sich die Universitäten zu diesem Zeitpunkt noch zurückhaltend verhielten.¹¹²

An der TH München nahm das Physik-Department derweil immer konkretere Formen an. Am 30. Juli 1963 gab das bayerische Finanzministerium grünes Licht für den geplanten Ausbau der physikalischen Abteilung. Obwohl hierfür die aus heutiger Perspektive schier unvorstellbare Zahl von insgesamt 250 Personalstellen (16 Stellen für ordentliche und außerordentliche Professoren, 64 Mittelbaustellen, 20 Stellen für „sonstiges hochschulmäßig vorgebildetes Personal“ und 150 Stellen für Verwaltungspersonal und technische Hilfskräfte) bewilligt wurde, versprach sich das Finanzministerium von den neuartigen Verwaltungsstrukturen des Departments hinsichtlich der Bau-, Personal-, Sachmittel- und Etatkosten ein deutli-

¹⁰⁹ Ebd., S. 10.

¹¹⁰ BayHStA, MK 67453, Schreiben des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus vom 8. 11. 1962.

¹¹¹ Vgl. Wissenschaftsrat: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen*, S. 21f.

¹¹² Diese Ansicht äußerte der Rektor der TH München gegenüber dem Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium: „Ergänzend bemerkte Magnifizenz Prof. Dr. Petat, auf der letzten Rektorenkonferenz habe sich gezeigt, daß alle acht Technischen Hochschulen für das Departmentsystem eintreten würden. Nur die Universitäten sind in dieser Richtung zurückhaltend“ (BayHStA, MK 67453, Protokoll der Besprechung über die Einführung des Departmentsystems im bayerischen Kultusministerium vom 8. 2. 1963).

ches Einsparungspotential. Man schien fest davon überzeugt, daß die vorgesehene Zusammenlegung mehrerer Lehrstühle unter einem Dach im Vergleich zur Gründung bzw. dem weiteren Ausbau von Einzelinstituten spürbare Synergieeffekte zur Folge haben werde.¹¹³ Die Konzeption des in Garching – in unmittelbarer Nachbarschaft zum dortigen Forschungsreaktor der TH – für das Physik-Department errichteten Neubaus sollte, wie schon während der Planungsphase immer wieder betont wurde, die gewünschten Synergieeffekte auch auf architektonischer Ebene widerspiegeln. So war bezüglich des Raumprogramms vorgesehen, daß auf einer Nutzfläche von ca. 12000 qm alle gemeinschaftlich zu nutzenden Bereiche wie Bibliothek, Hörsäle, Laboratorien, Verwaltung und Werkstätten jeweiligen Teilinstituten in gleicher Weise zugänglich sein sollten.¹¹⁴

Die offizielle Rufannahme Mößbauers auf einen Lehrstuhl für Experimentalphysik an der TH München erfolgte schließlich Anfang April 1964.¹¹⁵ Im August 1964 konnte mit Edgar Lüscher ein weiterer bis dato in den USA (University of Illinois) lehrender deutscher Physiker an die Isar berufen werden.¹¹⁶ Wenig später erging ein erfolgreicher Ruf an den Heidelberger Physiker Hans-Jörg Mang, der sich als DFG-Stipendiat 1958/59 am Lawrence Radiation Laboratory in Berkeley ebenfalls mit modernen amerikanischen Forschungsmethoden vertraut gemacht hatte.¹¹⁷ Weitere Physiker mit einschlägiger USA-Erfahrung sollten folgen.¹¹⁸ Die

¹¹³ Vgl. BayHStA, MK 67453, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 30.7.1963: „Das Staatsministerium der Finanzen ist bereit, die Bemühungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Beseitigung der schwierigen Lage auf dem Gebiet der Physik bei der Technischen Hochschule München zu unterstützen. Es erteilt daher seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Plan, die Lehrstühle für die Physik mit ihren Instituten in Anlehnung an das amerikanische Department-System in einer Abteilung zusammenzufassen und [...] in einem in Garching zu errichtenden Neubau unterzubringen. Das Staatsministerium der Finanzen geht hierbei davon aus, dass durch die Zusammenfassung in einem Gebäude erhebliche Baukosten sowie personelle und sachliche Mittel auf dem Verwaltungssektor eingespart werden können.“

¹¹⁴ BayHStA, MK 67454 (III 79232), Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Bemerkungen zum Raumprogramm für das gemeinsame Physikinstitut in Garching, vom 26.7.1963: „Bei der Planung des Instituts sollen folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden: Die Gemeinsamkeit des Instituts ist zu betonen. Die Labors der Teilinstitute sollen so miteinander verbunden sein, daß die Fläche der Teilinstitute nicht unbedingt festzuliegen braucht und ein Austausch zwischen den Instituten sowie der Aufbau neuer Teilinstitute aus je zwei Abteilungen möglich ist. Die für die Teilinstitute vorgesehenen kleinen Werkstätten sollen möglichst in direkter Verbindung mit der zentralen Werkstatt sein und mit ihr Räume austauschen können. Der Bereich Theorie, Bibliothek, Hörsäle, vielleicht auch Verwaltung, sollte zusammengefaßt und von den Teilinstituten gleichmäßig zugänglich sein.“

¹¹⁵ BayHStA, MK 67410, Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Nachrichten aus dem Hochschulbereich – Rufannahme durch Professor Mößbauer vom 3.4.1964.

¹¹⁶ BayHStA, MK 67453, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Technischen Hochschule München vom 14.8.1964.

¹¹⁷ BayHStA, MK 67453, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Technischen Hochschule München vom 10.9.1964.

¹¹⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität, S. 15.

in München vorgenommene Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem schien also den gewünschten „Mößbauer-Effekt“ mit sich zu bringen, wie auch Ministerialdirigent von Elmenau in seinem DUZ-Artikel mit Genugtuung hervorhob:

„Obgleich sich das System erst in der Entwicklung befindet und sein Aufbau weder personell noch räumlich abgeschlossen ist, zeigt sich schon jetzt eine stark integrierende Kraft. Es scheint zu gelingen, für die Lehrstühle des Physik-Departments eine junge Mannschaft qualifizierter, internationalen Wissenschaftsmaßstäben entsprechender Gelehrter zu gewinnen, so daß die in der letzten Zeit so bedrohlich werdenden Ablehnungen naturwissenschaftlicher Lehrstühle hier bisher eine kaum gekannte Ausnahme sind. [...]. Die neue Konstruktion will somit an einer großen Hochschule wirklich moderne Ausbildung in Verbindung mit hochqualifizierter Forschung ermöglichen. [...]. Die Initiatoren des Departments glauben, daß die neuen Dinge einen neuen menschlichen und arbeitsmäßigen Stil erfordern.“¹¹⁹

Noch vor der offiziellen Eröffnung des Departments im Oktober 1964 kam es allerdings wegen der genauen Bezeichnung der neuen Institution kurzzeitig zu Irritationen zwischen der TH und dem Kultusministerium. Anscheinend ohne vorherige Absprache mit den Neuberufenen, insbesondere mit Mößbauer, hatten die Inhaber der schon bestehenden physikalischen Lehrstühle um Maier-Leibnitz Ende Juni beschlossen, trotz der strukturellen Veränderungen weiterhin an der Bezeichnung „Physikinstitut der Technischen Hochschule München“ festzuhalten.¹²⁰ Die ablehnende Reaktion des Ministeriums auf dieses einseitige Vorgehen zeigt, wie fest der Department-Begriff als Synonym für Modernität und wissenschaftliche Effizienz selbst in der Kultusbehörde mittlerweile verankert war. Eine Beibehaltung der traditionellen Institutsbezeichnung könne, so die Befürchtung des Ministeriums, die mit der Einführung der Departmentstruktur intendierte Entwicklung der Physik an der TH negativ beeinflussen. „Das Ministerium regt an“, wie dem Rektor der TH mitgeteilt wurde,

„die künftige Bezeichnung, vielleicht nach Dienstantritt weiterer Physikprofessoren, [...] erneut zu überlegen. Dabei wäre zu prüfen, ob von der in den Verhandlungen der letzten Jahre geführten Bezeichnung ‚Physik-Department‘ ohne zwingenden Grund abgegangen werden soll. Diese Bezeichnung hat sich in der öffentlichen Meinung der am wissenschaftlichen Leben Interessierten durchgesetzt.“¹²¹

Fast zeitgleich mit dem Aufbau des Physik-Departments an der TH München war es auch an der Universität Freiburg i.Br. zu einer Umstrukturierung des Faches Physik nach amerikanischem Muster gekommen. Im Unterschied jedoch zum amerikanischen Vorbild und der Münchener Gründung sah sich das Freiburger

¹¹⁹ Von Elmenau: Im Geist der Zusammenarbeit, S. 4.

¹²⁰ Vgl. hierzu BayHStA, MK 67453, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Vormerkung über eine Besprechung in der Technischen Hochschule München über das Physik-Department am 7.7.1964: „Mit Bericht vom 25.6.1964 haben die z. Zt. tätigen Physik-Professoren als künftige Bezeichnung für das Department vorgeschlagen: Physik-Institut der Technischen Hochschule München. [...]. Prof. Maier-Leibnitz begründete dies damit, daß das Department im amerikanischen Sinn an der Technischen Hochschule nicht kopiert werden soll. Im übrigen strebe man eine deutsche Bezeichnung des Instituts an und wolle auf alle hochtrabenden (!) Bezeichnungen verzichten.“

¹²¹ BayHStA, MK 67453, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Technischen Hochschule vom 22.7.1964.

Institut – die traditionelle Bezeichnung wurde beibehalten – zwar dem strukturellen Aufbau eines Departments und dem damit verbundenen Prinzip des Team Work verpflichtet. Der Zusammenschluß aller physikalischen Lehrstühle trug jedoch einen freiwilligen, das heißt keinen institutionalisierten Charakter.¹²²

„Verwaltungsrechtlich“, so die beiden Freiburger Physiker Christoph Schlier und Theodor Schmidt 1968 in den „Freiburger Universitätsblättern“, „ist das Physikalische Institut ein Kuriosum. Dieser ‚nicht eingetragene Verein‘ ist weder durch die Universität noch durch das Ministerium genehmigt worden. Der einzige aktenkundige Vorgang ist die gegenseitige Unterschriftenvollmacht der Lehrstuhlinhaber gegenüber der Universitätsverwaltung. Diese erlaubt es dem gewählten geschäftsführenden Direktor, im Namen aller nach außen hin das Institut zu vertreten.“¹²³

Trotz dieses andersartigen verwaltungsrechtlichen Status entsprachen sich beide Institutionen in ihrem verwaltungstechnischen Aufbau. Das Ziel der Münchener wie Freiburger Reformbestrebungen war es gewesen, Forschung und Lehre im Fach Physik in Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem auf eine neue organisatorische Basis zu stellen. Das ehemals übliche Nebeneinander einzelner Institute sollte zugunsten eines neuartigen Miteinanders aller fachverwandten Lehrstühle ersetzt werden.¹²⁴ Wie München zeigt somit auch das Beispiel Freiburg, daß es bei der Umwandlung der Institute in Departments zunächst einzelne Disziplinen waren, die erste konkrete Schritte hin zu einer „Amerikanisierung“ der universitären Binnenstruktur einleiteten, und zwar noch bevor von politischer Seite entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen in diese Richtung geschaffen wurden.¹²⁵

Wie dargelegt werden konnte, war es vor allem die spektakuläre Rückberufung Rudolf Mößbauers gewesen, die in der Bundesrepublik verstärkt das Interesse auf das amerikanische Departmentmodell lenkte. Die erfolgreiche Abwerbung weiterer deutschstämmiger Physiker von amerikanischen Universitäten an das Physik-Department der TH München schien die Hoffnung zu bestätigen, daß sich der besonders in den Ingenieur-, Medizin- und Naturwissenschaften zu beobachtende Brain Drain in die USA durch die Einführung amerikanischer Verhältnisse eindämmen und teilweise rückgängig machen ließe.¹²⁶ Mößbauer selbst bemühte sich,

¹²² Vgl. Christoph Schlier/Theodor Schmidt: Das Physikalische Institut der Universität Freiburg, in: Freiburger Universitätsblätter 20 (1968), S. 51–55.

¹²³ Ebd., S. 53.

¹²⁴ Ebd., S. 52: „Es hat sich bald gezeigt, daß das gemeinsame Ziel auch eine zweckmäßigere Struktur des gemeinsamen Institutes möglich macht. So existiert nicht nur eine gemeinsame Bücherei, sondern alle fünf experimentellen Lehrstühle haben nur eine gemeinsame Werkstatt für Mechanik und Elektronik, die sich als leistungsfähiger und billiger erwiesen hat als fünf kleine Werkstätten, weil die Maschinen besser ausgenutzt und das Werkstattpersonal gleichmäßiger belastet werden. [...]. Weitere Ersparnisse entstehen durch die gemeinsame Verwaltung. Sie wird vom jeweiligen geschäftsführenden Direktor geführt, der jedes Jahr gewählt wird.“

¹²⁵ Vgl. ebd., S. 55.

¹²⁶ Diese Hoffnung wurde wegen der Unterschiedlichkeit beider Hochschulsysteme nicht überall geteilt. Vgl. in diesem Zusammenhang die Einschätzung von Helmut Weik: Ein Physikdepartment im Rahmen des höheren Bildungswesens der USA, in: DUZ/HD 15/16 (1969), S. 4–8, hier vor allem S. 8.

im Rahmen zahlreicher Zeitungsartikel, Aufsätze und Vorträge diesen Eindruck zu verstärken und der interessierten deutschen Öffentlichkeit die Vorzüge des Departmentensystems gegenüber der traditionellen Institutsstruktur vor Augen zu führen.¹²⁷ „Es ist bemerkenswert“, so Mößbauer in seinem Bremer Vortrag vom Oktober 1965,

„daß fünf der neu [nach München, S. P.] berufenen Herren aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland zurückgekehrt sind. In jedem Einzelfall handelt es sich hierbei um Wissenschaftler, die bereits mehrere Rufe an andere deutsche Universitäten unter Hinweis auf die attraktiveren wissenschaftlichen Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten abgelehnt hatten, nach Schaffung des Physikdepartments an der Technischen Hochschule München jedoch durchaus bereit waren, ihren Wirkungskreis nach Deutschland zurückzuverlegen.“¹²⁸

Zudem vermindere, wie Mößbauer weiter ausführte, das mit der Departmentorganisation verbundene finanzielle und materielle Einsparungspotential deutlich die staatlichen Ausgaben:

„Angesichts des Umstandes, daß ein einziges zentrales Departmentinstitut die Funktion vieler ansonsten verstreuter Einzelinstitute übernimmt, ergeben sich für den Staat als Geldgeber in der Tat erhebliche finanzielle Vorteile. Anstelle der Erstellung von neuen Instituten für jeden einzelnen Professor und der damit verbundenen Verzettelung der Mittel auf viele Institute erlaubt das Departmentensystem einen konzentrierten Mitteleinsatz.“¹²⁹

Das Einsparungsargument Mößbauers kam freilich nicht von ungefähr. In Bremen ebenso wie in anderen Städten der Bundesrepublik wurde bereits seit geraumer Zeit intensiv über die Gründung neuer Universitäten nachgedacht.¹³⁰ Nach Mößbauers Ansicht bot die Neugründung von Universitäten die einmalige Chance, departmentähnliche Organisationsmodelle ohne Rücksicht auf bestehende Strukturen einzuführen:

„Die in der Gründung begriffenen neuen Universitäten der Bundesrepublik bilden ein ideales Experimentierfeld für die Konstituierung des Departmentensystems oder von Varianten desselben. In der Tat vollziehen sich an einigen der neuen Hochschulen konkrete Schritte in diese Richtung, während andere Hochschulen eine rein konservative Verfahrensweise vorzuziehen scheinen.“¹³¹

Das seit den frühen sechziger Jahren zu beobachtende Engagement der Department-Befürworter blieb nicht ohne Wirkung. Bereits im Jahre 1962 hatte der Wissenschaftsrat erstmalig in seinen *Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen* die Übernahme des Departmentensystems als ein mögliches Gliederungsprinzip für künftige Hochschulen empfohlen.¹³² Weiter präzisiert wurden diese Vorstellungen in den Ende 1968 vorgelegten *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur*

¹²⁷ Vgl. hierzu vor allem Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität.

¹²⁸ Ebd., S. 15.

¹²⁹ Ebd., S. 16.

¹³⁰ Vgl. Kapitel IX.

¹³¹ Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität, S. 17. Vgl. diesbezüglich auch die folgenden Zeitungsbeiträge Rudolf Mößbauers, in denen sich dieser explizit für die Übernahme des Departmentensystems aussprach: ders.: Das Recht der Studenten, in: Christ und Welt vom 26. 11. 1965; ders.: Wie bewältigt man die Massen? Vorteile der amerikanischen Hochschulausbildung, in: Die Geistige Welt vom 29. 1. 1965.

¹³² Vgl. Wissenschaftsrat: Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen, S. 21.

*und Verwaltungsorganisation der Universitäten.*¹³³ Die stetig gewachsenen Fakultäten, so wurde hier konstatiert, seien nicht mehr funktionsfähig. Die zunehmende Atomisierung von Seminaren und Instituten könne im Rahmen der Fakultäten eine effiziente Koordination von Personal- und Sachmitteln nicht mehr gewährleisten.¹³⁴ Ganz im Sinne der Argumentation Mößbauers sprach sich daher auch der Wissenschaftsrat für die Einrichtung departmentähnlicher „Fachbereiche“ aus:

„Unter diesen Umständen kann in den meisten Fällen die bisherige Fakultätsgliederung nicht länger als sinnvoll gelten. Nötig ist vielmehr, solche Bereiche organisatorisch zusammenzufassen, die in sich überschaubar sind, d. h. in deren Rahmen die Gleichartigkeit der Aufgabe und die Verwandtschaft der Fachgebiete die Grundlage für das gemeinsame Wirken der in diesem Bereich tätigen Wissenschaftler schaffen.“¹³⁵

Gleichwohl verwies der Wissenschaftsrat in diesem Kontext auf eine Gefahr, die sich in der Folgezeit tatsächlich als nicht unbegründet erweisen sollte: Die Einführung von Fachbereichen verlange zwangsläufig auch eine Neudefinition der entsprechenden Aufgabenbereiche und dürfe keine rein nominelle Umbenennung der alten Fakultäten bedeuten:

„Treten demnach an die Stelle der bisherigen Fakultäten Fachbereiche, so müssen deren Aufgaben, d. h. ihre Pflichten und Rechte, deutlich und insofern neu bestimmt werden, als sie anderenfalls Gefahr laufen würden, in die gleichen Schwierigkeiten zu geraten wie die Fakultäten.“¹³⁶

In Anlehnung an das amerikanische Departmentmodell sahen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates deshalb vor, dem Fachbereich sowohl übergeordnete Aufgaben der Fakultäten wie Promotionen, Habilitationen und die Vorbereitung von Berufungen als auch die bisherigen Verwaltungskompetenzen der Lehrstühle und Institute zu übertragen.¹³⁷ Hinsichtlich der Leitungsstruktur eines Fachbereichs sprach sich der Wissenschaftsrat für die Wahl eines geschäftsführenden Fachbereichssprechers aus, wobei offenblieb, wer konkret aus dem Gesamtkollegium wahlberechtigt sein sollte.¹³⁸ Was die genaue Zusammensetzung und Bezeichnung der jeweiligen Fachbereiche anbetraf, sollte diese Differenzierung den Hochschulen selbst obliegen. Auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit der künftigen Fachbereiche, beispielsweise zwischen den Fachbereichen Geschichte und Soziologie, wurde explizit Wert gelegt.¹³⁹

Mit seinen Empfehlungen zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten kam der Wissenschaftsrat dem Vorbild des amerikanischen Departments relativ weit entgegen und bot damit den staatlichen Entscheidungsträgern eine wichtige Diskussionsgrundlage. Tatsächlich zeigte man sich innerhalb der zuständigen Ministerialbehörden von einer Neugliederung des universitären Aufbaus

¹³³ Vgl. hierzu ders.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten, S. 20–26.

¹³⁴ Ebd., S. 20.

¹³⁵ Ebd., S. 21.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Ebd., S. 23.

¹³⁹ Ebd., S. 22.

nach amerikanischem Muster zusehends überzeugt. Ausschlaggebend hierfür waren neben wissenschaftsorganisatorischen primär auch finanzielle Erwägungen. Von den prognostizierten Synergieeffekten wurden beträchtliche Kosteneinsparungen erwartet. Diese Haltung wurde in einer 1966 verfaßten Stellungnahme des baden-württembergischen Finanzministeriums zur Errichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen mehr als deutlich:

„Neben dem Gesichtspunkt der Durchdringung der Fachgebiete in den philosophischen, sozialwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen, vorklinischen und klinischen Bereichen aus Gründen der wissenschaftlichen Integration fällt dem Gesichtspunkt der Schaffung zentraler Einrichtungen eine erhebliche finanzielle Bedeutung zu. Bei einem additiven System alter Prägung müssen praktisch für alle autarken Einheiten alle Einrichtungen gleichermaßen geschaffen werden. [...]. Ausländische Beispiele sowohl aus dem amerikanischen aber auch aus dem europäischen Bereich bestätigen die Richtigkeit dieser Zielsetzung der Konzentration, der engsten inneren Verflechtung, der Verkürzung der Arbeitswege für das Personal und der Zusammenlegung von Räumen.“¹⁴⁰

Vor dem damals konkreten Hintergrund der höchst kostenintensiven Gründung zweier Hochschulen in Baden-Württemberg, der Universität Konstanz (1966) sowie einer medizinisch-naturwissenschaftlichen Hochschule in Ulm (1967) ist diese Haltung des Finanzministeriums durchaus nachvollziehbar. Laut Sitzungsprotokoll betonte im März 1967 auch Ministerialdirigent Heinz Autenrieth vor dem kulturpolitischen Ausschuß des Stuttgarter Landtags die amerikanische Vorbildfunktion für die Binnenstruktur der Ulmer Neugründung: „Das Department-System habe in Ulm seine besondere Ausprägung dadurch erfahren, daß man Institute, Kliniken und Lehrstühle zu sogenannten Zentren zusammenfasse. [...]. Die Zentren seien nach amerikanischem Vorbild nach Departments organisiert.“¹⁴¹

Freilich blieben derartige Amerikanisierungstendenzen auf Hochschulebene nicht auf einzelne Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Bayern beschränkt. Im Sommer 1968 einigte sich die KMK in der Frage der Neustrukturierung von Forschung und Lehre an den Hochschulen insgesamt auf die Einrichtung von Fachbereichen in Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem. In den Beratungsergebnissen des Hochschulausschusses der KMK wurde festgelegt, daß anstelle der bisherigen Institute, Seminare und Fakultäten künftig der Fachbereich, also der Zusammenschluß der wissenschaftlichen Einrichtungen gleicher bzw. verwandter Fächer, die organisatorische Grundeinheit von Forschung und Lehre in-

¹⁴⁰ HStAS, EA 1/923, Aktenbund 4106, Blätter 47/48, Stellungnahme des baden-württembergischen Finanzministeriums zur Frage der Errichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen in Baden-Württemberg vom 1.2.1966.

¹⁴¹ HStAS, EA 1/923, Aktenbund 4106, Protokoll der 54. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses vom 10.3.1967. Zur Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem im Falle Ulms in etwas relativierender Form vgl. Die Idee der Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Hochschule Ulm. Aus dem Bericht des Gründungsausschusses, in: Konstanzher Blätter für Hochschulfragen 9 (1965), S.30. In ähnlicher Weise orientierte sich auch das Klinikum Essen der Ruhr-Universität Bochum am amerikanischen Departmentmodell. Vgl. hierzu K. D. Bock/O. H. Arnold: Verwirklichung des „Department-Systems“ in einer Medizinischen Klinik, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 2 (1969), S.39-47.

nerhalb einer Hochschule bilden sollte.¹⁴² Dieser zunächst vom Wissenschaftsrat und nun auch von der KMK vorgegebenen Linie schlossen sich kurze Zeit später auch die Ministerpräsidenten an. Ende Oktober 1968 erging seitens der Ministerpräsidentenkonferenz in dieser Frage folgender Beschluß:

„Die innere Gliederung und Struktur der Hochschulen entspricht nicht mehr der Eigenart und dem Umfang der heute zu bewältigenden Aufgaben. Wissenschaftliche Fragestellungen können vielfach nur in Kombination verschiedener methodischer und sachlicher Ansätze bewältigt werden. Die Ministerpräsidenten begrüßen daher den Vorschlag der Kultusministerkonferenz, Lehrstühle und Institute zu größeren funktionsfähigen Einheiten zusammenzuführen, deren Personal- und Sachmittel nach Maßgabe der Lehr- und Forschungsaufgaben zur Verfügung gestellt werden.“¹⁴³

Mit dieser Stellungnahme war die seit den 1950er Jahren diskutierte Umstrukturierung der deutschen Universitäten in Anlehnung an das amerikanische Departmentmodell zum gemeinsamen Programm der für die hochschulpolitische Entwicklung in den Ländern und damit auch innerhalb der Bundesrepublik letztlich verantwortlichen Ministerpräsidenten geworden.

Doch wie zu erwarten stießen die geplanten Strukturreformen nicht nur auf begeisterte Zustimmung. Aufgrund seiner eigenen Tätigkeit an amerikanischen Universitätskliniken wies schon 1964 der Berliner Mediziner Klaus Holldack darauf hin, daß dort durchaus vergleichbare hierarchische Strukturen bestünden wie an deutschen Kliniken.¹⁴⁴ Holldacks Kritik richtete sich besonders gegen die Schilderungen aus den USA zurückgekehrter Wissenschaftler, die seiner Ansicht nach ein viel zu positives Bild von den Arbeitsbedingungen in den USA zeichnen würden:

„Der hierarchische Aufbau unserer Universitäten [...] wird im wesentlichen an den Verhältnissen in den USA gemessen, wo nach den Berichten der so zahlreichen ‚Amerikafahrer‘ von Hierarchie so gar nichts zu merken sein soll. Die großen Leistungen der amerikanischen Naturwissenschaft und Medizin könnten als Beweis für die Schädlichkeit der Hierarchie allerdings nur dann angeführt werden, wenn eine solche dort tatsächlich nicht bestünde. [...] Vieles spricht zunächst dafür, daß diese Reiseeindrücke zutreffen. Versucht man, sich jedoch ein genaueres Bild zu verschaffen, so wird dieser erste Eindruck korrigiert, und man muß schließlich feststellen, daß er völlig falsch ist.“¹⁴⁵

Die Hauptursache für diese eindimensionale Wahrnehmung sah Holldack in der relativ kurzen Aufenthaltsdauer der Berichtenden in den Vereinigten Staaten, die nur einen impressionistischen Einblick in das amerikanische Universitätsleben gewähre. Tatsächlich aber beruhe die herausragende Effizienz des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftsbetriebs auf ausgeprägten hierarchischen Strukturen.¹⁴⁶ Mit Blick auf die in der Bundesrepublik diskutierte Einführung des Departmentsystems kam Holldack demzufolge zu einem bemerkenswerten Fazit:

¹⁴² Vgl. BayHStA, MK 68588, Beratungsergebnis des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz zur Frage der Errichtung von Fachbereichen, vom 17./18. 7. 1968.

¹⁴³ HStAS, EA 1/924, Aktenbund 4105, Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zur Hochschulreform vom 30./31. 10. 1968.

¹⁴⁴ Klaus Holldack: Die Hierarchie im Aufbau der deutschen Universitäten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 2 (1964), S. 213–220.

¹⁴⁵ Ebd., S. 213f.

¹⁴⁶ Ebd., S. 214.

„Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Schlagwort vom Abbau der Hierarchie eine Gedankenlosigkeit ist und auf Grund von Unkenntnis der Verhältnisse in den USA gebraucht wird. Es ist durchaus möglich, sich die amerikanischen Verhältnisse bei einer Universitätsreform zum Vorbild zu nehmen. Dies bedeutet dann allerdings eine Verstärkung der Hierarchie und nicht deren Abbau.“¹⁴⁷

Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang die parallel zur Kontroverse um die Einführung des Department-Systems laufende Debatte über die Stärkung der Universitätsspitze (Präsidialverfassung), so erscheint die kritische Haltung des Berliner Mediziners durchaus nachvollziehbar: Während einerseits von seiten USA-orientierter Reformer mit großer Vehemenz eine monokratische Universitätsleitung nach amerikanischem Vorbild propagiert wurde, traten diese mit ihrer Forderung nach Übernahme des amerikanischen Departmentsystems andererseits ebenso entschieden für eine vermeintliche Demokratisierung und damit Enthierarchisierung der Institute bzw. Fakultäten ein. Dieser offenkundige Widerspruch ließ verständlicherweise den einen oder anderen zeitgenössischen Beobachter an der Richtigkeit der eingeschlagenen Reformkurse zweifeln.¹⁴⁸

Einer dieser Skeptiker und zugleich heftiger Kritiker einer Auflösung des bestehenden Fakultäts- und Institutssystems war der seit 1967 in Freiburg i.Br. lehrende Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis.¹⁴⁹ Ähnlich wie Holldack verwies auch Hennis auf den teilweise völlig verzerrten Blickwinkel deutscher Beobachter auf die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten.¹⁵⁰ Zwar sei die Feststellung, daß die Stellung amerikanischer Professoren innerhalb eines Departments relativ egalitär sei, prinzipiell zutreffend, gleichwohl aber müsse in diesem Zusammenhang auch beachtet werden, daß „ein amerikanischer Lecturer oder Assistant Professor zumindest an den mit deutschen Universitäten vergleichbaren Einrichtungen in seiner durchschnittlichen Qualität jedenfalls dem nichtpromovierten Assistenten wohl doch überlegen [ist], vor allem aber kennen die amerikanischen Departments keine akademische Selbstverwaltung.“¹⁵¹ Der Großteil der Verwaltungsaufgaben in den USA werde außerdem von der Universitätsadministration (Präsident, Board of Trustees) übernommen, bei der es sich jedoch im Unterschied zu Deutschland um eine professionelle und damit nichtakademische Verwaltung handle.¹⁵² Demnach sei mehr als fraglich, ob eine typisch amerikanische Verwaltungsform überhaupt auf deutsche Verhältnisse ohne eine gleichzeitige Änderung des Gesamtsystems übertragen werden könne. „Der Verfasser“, so Hennis über seinen eigenen Standpunkt, „hält das amerikanische Universitätssystem *im ganzen* für zukunfts-

¹⁴⁷ Ebd., S. 220.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Zu Hennis vgl. Stephan Schlak: Wilhelm Hennis. Stationen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008.

¹⁵⁰ Wilhelm Hennis: Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Hamburg 1969, S. 95f.

¹⁵¹ Ebd., S. 96.

¹⁵² Bemerkenswert ist auch Hennis' Meinung zur Einführung der Präsidialverfassung: „Nur am Rande sei erwähnt, daß die Übernahme des amerikanischen Universitätspräsidenten in Form bloßer Verlängerung der Amtszeit des Rektors – wie sie alle Reformpläne allein vorsehen – eine Farce ist und mit Sicherheit zum völligen Zusammenbruch unserer Universitätsverwaltung führen wird“ (ebd.).

trächtiger als das deutsche. Mit der Übernahme von bloßen Begriffen und Versatzstücken ist es aber nicht getan.“¹⁵³

Abgesehen davon sah der Freiburger Politikwissenschaftler durch die angestrebte Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem auch die innere Einheit der deutschen Universität in Gefahr. Obwohl Hennis zugestehen mußte, daß die Spezialisierung und damit fortschreitende Differenzierung der einzelnen Wissenschaftsbereiche die Fakultäten tatsächlich in z.T. unüberschaubare Gebilde verwandelt hatte, blieb die traditionelle Fakultätsstruktur in seinen Augen der einzige Garant für eine fächerübergreifende Willensbildung innerhalb der Universität: „Die Fakultätssitzungen, geschäftsmäßig abgewickelt, sind in den größeren Fakultäten oft die einzigen Gelegenheiten, wo man sich noch kollegial begegnet.“¹⁵⁴ Dieses verbindende Element würde durch die Einführung einer Department- bzw. Abteilungsgliederung aufgehoben werden. In vergleichbarer Weise führe die vom Wissenschaftsrat empfohlene Zerschlagung der alten Fakultäten in letzter Konsequenz nur zu einer noch weitergehenden inneren Zersplitterung der Universität.¹⁵⁵ „Die Fakultäten in Abteilungen aufzulösen“, so Hennis’ eindringliche Warnung,

„würde heißen, die ohnehin viel zu lockere korporativ-kollegiale Aufsicht über Lehre und Studium noch mehr in Frage zu stellen. Die Selbstherrlichkeit der Institute würde durch die Souveränität der Abteilungen übertrumpft. [...]. In den Fragen von Lehre und Studium sind die heutigen Fakultäten der nächste Nenner, auf den die Besonderheiten der einzelnen Fächer zu bringen sind. Es wäre ein Jammer, wenn man sie preisgeben würde, man zerschläge das Instrument, das allein zur Reform befähigt ist.“¹⁵⁶

Mit einer ähnlichen Argumentation traten auch der Hochschulverband und die WRK für die Beibehaltung einer zumindest modifizierten Fakultätsstruktur ein, obgleich beide Gremien die vom Wissenschaftsrat und der KMK favorisierte Einführung von Fachbereichen grundsätzlich begrüßten. In ihrer Godesberger Erklärung vom 6. Januar 1968 sprach sich die WRK für den Fachbereich als Grundeinheit von Forschung und Lehre und zudem für die Einrichtung von Fakultäten „neuer Art“ aus.¹⁵⁷ Diese sollten aus einem Zusammenschluß mehrerer verwandter Fachbereiche bestehen und sich mit übergeordneten Aspekten wie Habilitationsangelegenheiten, Berufungsfragen sowie der Koordination von Haushaltsanträgen befassen.¹⁵⁸ Das Ziel dieser Konzeption war es, einerseits der von Hennis betonten Gefahr einer Zersplitterung entgegenzutreten, andererseits aber auch den notwendigen inneren Erneuerungen der Universitäten gerecht zu werden. Die Empfehlungen der WRK waren daher mit der Mahnung verbunden: „Bildet man die Fachbereiche derart klein, daß sie in sich wirklich homogen sind, so würde in den meisten Universitäten ihre Zahl so groß, daß die personellen Verbindungen zwischen den einzelnen Fachbereichen und demjenigen Gremium,

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Ebd., S. 77.

¹⁵⁵ Vgl. hierzu ebd., S. 101.

¹⁵⁶ Ebd., S. 79.

¹⁵⁷ Vgl. WRK: Die WRK-Empfehlungen zur Reform der Hochschule, S. 49–52, § 15.

¹⁵⁸ Ebd., S. 49f.

in dem die aktuellen hochschulpolitischen Entscheidungen fallen, gestört werden.“¹⁵⁹

Dagegen nahm die Standesvertretung der westdeutschen Hochschullehrerschaft in dieser Frage eine durchaus konservativere Haltung ein. Die im Rahmen einer außerordentlichen Präsidiumssitzung am 30. November 1968 ausgearbeiteten Vorstellungen des Hochschulverbandes zu den Reformvorhaben der Landesregierungen sahen vor, daß die in den meisten Hochschulgesetzentwürfen verankerte Gründung überschaubarer und handlungsfähiger Fachbereiche wegen der zu erwartenden wissenschaftlichen, materiellen und finanziellen Synergieeffekte zwar durchaus sinnvoll sei, damit aber keine automatische Aufhebung der traditionellen Fakultäts- und Institutsordnung einhergehen dürfe. „Die Fachbereiche“, so der Standpunkt des Präsidiums, „sind jedoch kein Ersatz für Fakultäten oder Institute. Institute müssen vielmehr als Arbeitseinheiten innerhalb der Fachbereiche aufrechterhalten bleiben. [...] Für übergreifende gemeinsame Aufgaben empfiehlt sich die Zusammenfassung verschiedener Fachbereiche zu Fakultäten.“¹⁶⁰

Diese Position des Hochschulverbandes zeigt deutlich, in welcher merkwürdigen Richtung sich die damalige Reformdebatte partiell entwickelte. War es die ursprüngliche Reformintention u. a. des Wissenschaftsrates gewesen, durch eine an das amerikanische Departmentsystem angelehnte Binnengliederung der Hochschulen in Fachbereiche die bestehende Fakultäts- und Institutsordnung abzulösen bzw. neu zu organisieren, sprach sich der Hochschulverband in seinen Empfehlungen nun wiederum für einen Zusammenschluß von Fachbereichen zu Fakultäten, ja für das Weiterbestehen der Institute aus.¹⁶¹

Wie schlugen sich diese divergierenden Reformvorstellungen letztendlich in der Hochschulgesetzgebung von Bund und Ländern nieder? In den bis 1975 verabschiedeten Hochschulgesetzen der Länder Nordrhein-Westfalen (1970), Rheinland-Pfalz (1970), Saarland (1970), Bremen (1972), Bayern (1973) Hamburg (1973), Niedersachsen (1973), Schleswig-Holstein (1973) und West-Berlin (1975) wurde der Fachbereich als organisatorische Grundeinheit von Forschung und Lehre festgeschrieben.¹⁶² Gleichwohl war in den entsprechenden Bestimmungen zumeist eine Öffnungsklausel integriert, die es den Hochschulen individuell ermöglichen sollte, einen verwaltungstechnisch übergeordneten oder wissenschaftlich motivierten Zusammenschluß mehrerer Fachbereiche zu ermöglichen. Hierzu hieß es beispielsweise in §20 Absatz 3 des *Gesetzes über die Hochschulen des Landes Hessen*

¹⁵⁹ Ebd., S. 51. Weiter präzisiert wurden die Vorstellungen der WRK zum Thema Fachbereich im Rahmen der am 18. 3. 1969 beschlossenen Empfehlungen zur Neuordnung der Universitätsorganisation, 2. Teil: Der Fachliche Bereich, in: ebd., S. 53–69.

¹⁶⁰ Überlegungen des Hochschulverbandes zu einzelnen Fragen der Hochschulreform, in: DUZ/HD 7/8 (1969), S. 19.

¹⁶¹ Vgl. WRK: Die WRK-Empfehlungen zur Reform der Hochschule, S. 49f.

¹⁶² Allein Baden-Württemberg legte sich in der Frage der inneren Hochschulorganisation weder auf den Begriff „Fachbereich“ noch auf den Begriff „Fakultät“ fest, sondern überließ die genaue Gestaltung den Grundordnungen der Hochschulen. Vgl. hierzu §12 Absatz 1 des Hochschulgesetzes Baden-Württemberg in der Fassung vom 27. 7. 1973, in: WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik, S. 36: „Die Gliederung der Universität in ständige Einheiten für Forschung und Lehre und die Vertretung dieser Einheiten wird durch die Grundordnung geregelt.“

vom 12. Mai 1970: „Sofern für die Durchführung einer Aufgabe eines oder mehrerer Fachbereiche in größerem Umfang bestimmte für die wissenschaftliche Arbeit unerläßliche Sachmittel sowie entsprechendes Personal auf Dauer erforderlich sind, soll hierfür eine wissenschaftliche oder technische Betriebseinheit gebildet werden.“¹⁶³

Wie die konkrete Einteilung in Fachbereiche bzw. deren eventueller Zusammenschluß in sogenannte Betriebseinheiten vorzunehmen sei, blieb – selbstverständlich stets unter ministeriellem Vorbehalt – in der Regel den Hochschulen selbst überlassen. „Über die Errichtung, Änderung, Zusammenlegung und Auflösung von Fachbereichen beschließt die Hochschule. Der Beschluß bedarf der Genehmigung des zuständigen Ministers“, hieß es beispielsweise im nordrhein-westfälischen Hochschulgesetz von 1970.¹⁶⁴ Auch der genaue Verwaltungsaufbau der Fachbereiche blieb in den Gesetzestexten eher vage. Gleiches gilt für das Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976. Dort übernahm der Fachbereich als übergeordnete Verwaltungseinheit die Funktion der Fakultät alten Stils. Departmentähnliche Strukturen waren demgegenüber für sogenannte Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten vorgesehen, die wiederum als Subeinheiten des Fachbereichs fungieren sollten, wobei hier nicht zwingend an einen festen und fachlich definierten Zusammenschluß wie z. B. im Fall des Münchner Physik-Departments gedacht war. „Unter der Verantwortung eines oder mehrerer Fachbereiche“, so §66 Absatz 1 des HRG, „können wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten gebildet werden, soweit und solange für die Durchführung einer Aufgabe in größerem Umfang Personal und Sachmittel des Fachbereichs ständig bereitgestellt werden müssen.“¹⁶⁵

Wie bei der Präsidentenfrage hinterläßt dieser Einblick in die damalige Hochschulgesetzgebung auf Bundes- und Landesebene einen ambivalenten Eindruck. Einerseits kann außer Frage gestellt werden, daß der relativ flächendeckenden Einrichtung von Fachbereichen bzw. Abteilungen an den deutschen Hochschulen eine intensive Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Departmentmodell vorausgegangen war. Aus den entsprechenden Gesetzesbestimmungen wird ersichtlich, daß am Ende dieser Auseinandersetzung der Versuch stand, einzelne Elemente bzw. Grundprinzipien des amerikanischen Departmentsystems in das deutsche Hochschulsystem zu integrieren. Dennoch kann andererseits von einer vollständigen Übernahme des amerikanischen Vorbilds, wie sie von prominenter politischer und wissenschaftlicher Seite eingefordert worden war, nicht gesprochen werden. Die vorgenommene Anpassung an bereits bestehende Hochschulstrukturen war im Rahmen eines solchen interkulturellen Transferprozesses zwar verständlich und notwendig, sie verweist zugleich aber auch auf die Grenzen der Übertragbarkeit fremder Modelle. Die Umstellung von der Fakultäts- auf eine Fachbereichsgliederung scheint weitaus mehr Probleme verursacht zu haben als

¹⁶³ Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 12.5.1970, in: ebd., S. 165.

¹⁶⁴ Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (HschG) vom 7.4.1970, in: ebd., S. 194 (§34 Absatz 3).

¹⁶⁵ Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 26.1.1976, in: ebd., S. 25.

angenommen. Bereits kurz nach deren Einführung wurde Kritik an den Reformen laut. So erschien 1971 in den „Mitteilungen des Hochschulverbandes“ ein Artikel, der unter dem Titel *Die Reform verkehrt sich in ihr Gegenteil* die Einführung der Fachbereichsordnung an den rheinland-pfälzischen Hochschulen folgendermaßen kommentierte:

„Auch das rheinland-pfälzische Hochschulgesetz hat die hochschulpolitische Mode mitgemacht, die Fakultäten abzuschaffen und durch Fachbereiche zu ersetzen. Doch nunmehr stellt sich [...] heraus, daß die Auflösung von bisher 6 Fakultäten in 24 Fachbereiche nicht nur eine verwaltungsmäßige, sondern eine personelle, räumliche und finanzielle Ausstattung voraussetzt, die den Steuerzahler um so mehr kosten wird, als es ja Ziel dieses Unternehmens war, die Hochschulselbstverwaltung zu verbessern und zu Gunsten einer spürbaren Verwaltungsentlastung der Hochschullehrer zu aktivieren. [...]. Die beste Lösung wäre angesichts dieses Dilemmas wohl die, die irgendwie nach dem Gesetz über den Fachbereichen schwebenden ‚Gemeinsamen Ausschüsse‘ unter diesem Etikett in Gestalt der bisherigen Fakultäten nach dem historischen Muster der naturwissenschaftlichen Fakultäten als eigene Fakultätseinheiten herauszulösen. Diese Regelung bewiese freilich, wohin es mit der so groß gefeierten Hochschulreform gekommen ist. Sie wäre genau wieder dort gelandet, wo sie begonnen hat.“¹⁶⁶

Und 1978 übte auch der ehemalige Rektor der Universität Frankfurt am Main, Walter Rüegg, heftige Kritik an der seit den späten 1960er Jahren betriebenen Etablierung von Fachbereichen. Dabei wandte sich Rüegg vor allem gegen die seiner Ansicht nach im Zuge der Abschaffung der alten Fakultätsgliederung eingetretene Auflösung des inneren universitären Zusammenhalts:

„Die klassische Universität scheint [...] heute aufgelöst in ein unzusammenhängendes Konglomerat willkürlich nach den unterschiedlichsten Kriterien zusammengesetzter Fachbereiche. Die Folge ist nicht nur eine Fraktionierung der Legitimitätsbasis für akademische Leistungsnachweise. Ein Magister- oder Dokortitel, der nicht mehr von einer ganzen Fakultät, sondern von einem partiellen Fachbereich verliehen ist, wird nicht mehr nach generellen, sondern weitgehend nach individualisierten Maßstäben [...] anerkannt. Schlimmer ist die mit der Abschottung verbundene Provinzialisierung der Forschung und Lehre. Die Fachidiotie und ihre Kehrseite, der Dilettantismus in der Aufnahme fachfremder Gesichtspunkte, verdrängen das in der klassischen Universität zwar nicht überall gleich erfolgreich verwirklichte, aber zumindest bei den wesentlichen Fakultätsaufgaben immer wieder als Herausforderung erlebte Prinzip der fachübergreifenden Kollegialität.“¹⁶⁷

Folgt man dieser Argumentation, dann war durch die Reform der universitären Binnenstruktur letztendlich eben genau das eingetreten, was durch die Anlehnung an das amerikanische Departmentmodell eigentlich verhindert werden sollte. Tatsächlich kehrten in der Folgezeit zahlreiche Hochschulen aus den von Rüegg erwähnten verwaltungstechnischen Gründen zu einer modifizierten Fakultäts- und Institutsgliederung zurück, auch wenn man sich dem Fachbereichs- bzw. Departmentgedanken in mehr oder weniger ausgeprägter Form weiterhin verpflichtet fühlte.¹⁶⁸

¹⁶⁶ Die Reform verkehrt sich in ihr Gegenteil, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 6 (1971), S.294–296, hier S.296 (Zitat).

¹⁶⁷ Walter Rüegg: Bedrohte Lebensordnung. Studien zur humanistischen Soziologie, Zürich/München 1978, S.289.

¹⁶⁸ Vgl. Morkel: Erinnerung an die Universität, S.53–58.

3. Die Einführung des Assistenz-Professors

Der nur bedingt erfolgreiche Versuch, das amerikanische Departmentmodell in das westdeutsche Hochschulsystem zu integrieren, verdeutlicht erneut die Grenzen derartiger Transferprozesse. Doch wo genau verliefen diese Grenzen? Wie der israelische Soziologe Joseph Ben-David in seinem 1972 erschienenen Buch *American Higher Education* herausarbeiten konnte, war die Übernahme einer auf den Prinzipien von Kollegialität und Gleichberechtigung basierenden Organisationsform wie dem Departmentsystem mit der gleichzeitigen Beibehaltung des traditionellen Lehrstuhlprinzips unvereinbar. Konkret auf den deutschen Fall bezogen bedeutete dies, daß die weitgehend autonome Stellung und hierarchische Spitzenposition der Ordinarien trotz aller Reformbemühungen weitgehend unangetastet blieb. Vergleichbare Ambivalenzen identifizierte Ben-David auch in den staatlichen Hochschulsystemen anderer Länder: „Under such conditions the university cannot have functional units whose work is organized collectively. [...]. Hence it is difficult to introduce the departmental structure to the German, French, Italian and Japanese systems of higher education. Despite widespread agreement about its desirability.“¹⁶⁹ Ben-David sprach hier einen zentralen Punkt an. Tatsächlich erwies sich der stark hierarchisch gegliederte Aufbau der deutschen Hochschullehrerschaft als Hemmnis für eine erfolgreiche Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem. Schließlich war es primär diese Kluft zwischen der ungesicherten Stellung des akademischen Mittelbaus einerseits und der zumeist auf Lebenszeit verbeamteten Professorenschaft andererseits gewesen, die den schon in den frühen 1950er Jahren einsetzenden Brain Drain junger Nachwuchswissenschaftler in die USA mitverursacht hatte.¹⁷⁰ Durch die Übernahme des Departmentsystems bzw. diesem angelehnter Strukturen in Form von Fachbereichen oder Abteilungen sollte nun die Ursache für die Abwanderung in die USA beseitigt werden.¹⁷¹

Ob ein derart ambitioniertes Ziel mit den angewandten Methoden jedoch wirklich zu erreichen sei, wurde von aufmerksamen Beobachtern äußerst skeptisch gesehen. Zu sehr schien sich die Einführung von Departments auf rein verwaltungstechnische Aspekte zu fokussieren, ohne die gleichfalls notwendigen Veränderungen auf personeller Ebene adäquat zu berücksichtigen. Mit Blick auf die schon erwähnten ersten deutschen Departmentgründungen verwies der in Cincinnati lehrende deutsche Physiker Helmut Weik auf einige zentrale Unterschiede zum amerikanischen Vorbild:

„Ein Wort noch zu den deutschen Department-Ansätzen in Freiburg und München. Bei beiden Institutionen handelt es sich um Zusammenschlüsse herkömmlicher Art zum Zweck

¹⁶⁹ Joseph Ben-David: *American Higher Education. Directions Old and New*, New York u. a. 1972, S. 17.

¹⁷⁰ Eine sehr gute Definition der Begriffe „akademischer Mittelbau“ sowie „wissenschaftlicher Nachwuchs“ findet sich in: *Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik. Probleme und Tendenzen*, S. 14–16.

¹⁷¹ Vgl. im einzelnen die Beiträge in DAAD: *Erfahrung und Bericht* (1964); Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: *Fluktuation deutscher Wissenschaftler* (1965); sowie Mößbauer: *Strukturprobleme der deutschen Universität*, S. 4–14 und S. 19f.

der Vereinheitlichung der Lehre und Konzentration der Forschungsmittel. [...]. Die Besetzung der Lehrstühle bzw. Teilinstitute erfolgt nach dem herkömmlichen Berufungsverfahren und ist ein ebenso langwieriger Prozeß wie die Schaffung neuer Stellen. Er wird fast ganz außerhalb der Universität entschieden, nämlich in den zuständigen Ministerien. Von einer ‚organischen‘ Stellenpyramide wie im Fall des amerikanischen Departments kann nicht die Rede sein.“¹⁷²

Dementsprechend negativ fiel auch Weiks Einschätzung der Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Bundesrepublik aus:

„Befähigte junge Leute, die sich der Lehre und Forschung verpflichtet fühlen, haben in Deutschland auch in einer departmentähnlichen Institutsstruktur nur geringe Möglichkeiten, in geachtete Lebensstellungen aufzurücken. Den 15 weitgehend gleichwertigen Stellungen eines amerikanischen Departments stehen in Deutschland für eine gleiche Forschungsstudentenzahl nur 2 Ordinariate gegenüber. Diese sind überdies auf 20 bis 30 Jahre hinaus von den jetzigen durchweg jungen Lehrstuhlinhabern besetzt. In den USA ist nur die Gesamtzahl der Stellen limitiert; das Aufrücken in die Full-Professur ist lediglich eine Geldfrage [...]. Für den jungen [deutschen, S. P.] Physiker gibt es bis auf weiteres nur zwei Alternativen: die auf Jahrzehnte hinaus in jeder Beziehung subalterne Position an einer deutschen Hochschule oder die Auswanderung nach den USA.“¹⁷³

Dezidiert konnte das Urteil über die deutschen Reformbemühungen kaum ausfallen. Mit ihrem Hinweis auf die Lage des universitären Mittelbaus machten sowohl Weik wie auch Ben-David auf ein gravierendes Problem aufmerksam, das natürlich auch von den damals am Reformprozeß beteiligten Gremien und Institutionen als solches erkannt worden war. So gab es durchaus den Versuch, die insgesamt unbefriedigende Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses durch die Einführung der sogenannten Assistenz-Professur in Anlehnung an den amerikanischen „Assistant-Professor“ zu verbessern. Parallel dazu wurden in der Bundesrepublik auch vermehrt Stimmen laut, die gleichfalls mit Verweis auf die USA eine Abschaffung der Habilitation forderten. Hier zeigt sich, wie eng im Kontext der damaligen Reformbestrebungen die Frage nach einer Neustrukturierung von Forschung und Lehre (Department) mit der nicht minder bedeutsamen Frage nach einer Neugliederung des universitären Lehrkörpers verknüpft war und welchen Einfluß in beiden Fällen amerikanische Vorbilder ausübten.¹⁷⁴

Eine erste kritische Stellungnahme zu dieser Gesamtproblematik legte 1956 der Hofgeismarer Kreis, ein Zusammenschluß bildungspolitisch engagierter Hochschullehrer, in seinen *Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers* vor.¹⁷⁵ Erstaunlich an diesem Dokument ist die Offenheit, mit der sich hier auch etablierte Ordinarien der Nachwuchsfrage annahmen. Mit Blick auf die traditionelle Hochschullaufbahn wurde sowohl die lange Abhängigkeit vom Wohlwollen der Lehrstuhlinhaber als auch die völlig unzulängliche Lage derjenigen kritisiert, bei denen wegen der begrenzten Zahl an Ordinariaten kaum Aussicht auf eine Berufung bestand:

¹⁷² Weik: Ein Physikdepartment im Rahmen des höheren Bildungswesens der USA, S. 8.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Zu diesem Zusammenhang vgl. besonders Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität, S. 10f.

¹⁷⁵ Vgl. den entsprechenden Abdruck ebd., S. 466–504.

„Ein Lehrstuhl kann heute selbst bei bester Bewährung nur von einer Minderheit des Nachwuchses erreicht werden, und dies geschieht überdies in der Regel nicht vor der Mitte des fünften Lebensjahrzehntes, oft sogar erst am Ende des Lebensalters, in dem die höchste Aktivität im Berufsleben entfaltet werden kann. Solange das Ordinariat im heutigen Sinne als das einzige natürliche und würdige Ziel einer akademischen ‚Laufbahn‘ angesehen wird, wird jeder, der nicht Ordinarius wird, materiell und ideell als gescheitert betrachtet.“¹⁷⁶

Damit war im Kern die Situation umschrieben, in der sich ein Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses befand. Die Aufstiegsmöglichkeiten in den abgesicherten Hochschullehrerberuf waren nicht nur quantitativ begrenzt, sondern auch von kaum kalkulierbaren Zufälligkeiten sowie dem subjektiv motivierten Engagement des Doktorvaters oder Habilitationsbetreuers abhängig.¹⁷⁷ Eine nach objektiven Kriterien gestaltete Laufbahn war (und ist bis heute) in der Bundesrepublik nicht existent. Im Gegenteil: Nach der erfolgreichen Promotion hatten junge Nachwuchswissenschaftler oftmals Hemmungen, ihren Willen zur Habilitation offen gegenüber ihrem Doktorvater zu bekunden. Gerade weil keine klaren Laufbahnkriterien vorlagen, wurde das Thema Habilitation nicht selten tabuisiert. Mitte der 1950er Jahre offenbarte ein junger Naturwissenschaftler gegenüber der Göttinger Forschungsgruppe um Helmuth Plessner ein aus wissenschaftssoziologischer Sicht bemerkenswertes Kommunikationsproblem:

„Das Paradoxe ist ja: Die Hochschullaufbahn ist keine Laufbahn im üblichen Sinne, es erscheint als ungehörig, wenn man sie auch nur für sich selbst als solche betrachtet – und doch muß man irgendwie ans Vorwärtskommen denken und also eine Laufbahn beginnen. Wie soll man das zusammenreimen? Irgend etwas stimmt da doch nicht und muß wie Heuchelei erscheinen.“¹⁷⁸

Eine Alternative zur unsicheren Zukunft in Deutschland bot demgegenüber das Ausland. Die mit dem Wiederaufleben des akademischen Austauschs zu Beginn der 1950er Jahre speziell in Richtung USA einsetzende Abwanderungsbewegung war auch Ausdruck der Unzufriedenheit des wissenschaftlichen Nachwuchses mit den Bedingungen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik.¹⁷⁹ Die Arbeitsbedingungen und Karrierechancen an amerikanischen Hochschulen übten gerade unter deutschen Ingenieur-, Natur- und Medizinwissenschaftlern einen derart großen Reiz aus, daß sich – wie oben dargelegt werden konnte – eine nicht unbeträchtliche Zahl dazu entschloß, in den Vereinigten Staa-

¹⁷⁶ Ebd., S. 478.

¹⁷⁷ Vgl. hierzu die kritische Einschätzung bei Acton: Zum Strukturwandel der deutschen Universitäten, S. 49f.: „Wenn sich die Zukunft der deutschen Universitäten festigen soll, müssen sich die der Erweiterung des Dozententums unterliegenden Prinzipien, samt der damit verbundenen Auswahl und Berufungsmethoden, konsistenten Änderungen unterziehen. Der Eintritt in die Universitätslaufbahn muß erleichtert und attraktiver gestaltet werden, um die wirklich wertvollsten Elemente anzuziehen. Die Laufbahn muß zahlreichere und flexiblere Unterabstufungen bekommen, bei denen es relativ leicht ist, in die jeweils vorgesetzte zu avancieren. [...]. Und schließlich muß der letzte Abstufungsgang, der des Ordinariats, zahlreicher, demokratischer, kollektiver, autoritär- und arbiträrer gestaltet werden, um, befreit vom Kastenbegriff, schöpferische Kompetenz zu fördern und nicht zu unterbinden.“

¹⁷⁸ Plessner: Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer, Bd. I, S. 238.

¹⁷⁹ Vgl. oben Kapitel V.3.

ten eine Tätigkeit in Forschung und Lehre anzunehmen. Der „Fall Mößbauer“ steht hierfür exemplarisch.¹⁸⁰

Aber wie sah aus damaliger westdeutscher Perspektive die typische Hochschullaufbahn an einer amerikanischen Universität aus? Weshalb glaubten so viele junge deutsche Nachwuchswissenschaftler, in den USA bessere Karrierechancen zu finden? Eine Antwort auf diese Fragen gibt erneut der 1959 erstmals erschienene und in der westdeutschen Scientific Community mit regem Interesse rezipierte Bericht Ruth Maccarios über *Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika*:

„Die Hochschullaufbahn verlangt in den USA keine Habilitation oder eine ähnlich geartete spezielle Prüfung zum Erwerb der Lehrberechtigung. Es ist vielmehr üblich, daß die *instructors*, die die erste Stufe in der Hochschullaufbahn einnehmen, Spezialgebiete des Unterrichts weitgehend selbständig übernehmen. Diese *instructors* sind Inhaber eines *master*-, gewöhnlich aber eines Doktorgrades, und gehören bereits dem Lehrkörper an. Auch der weitere Aufstieg ist von keiner speziellen Prüfung, sondern lediglich von der Bewährung in Lehre und Forschung abhängig. Dadurch bieten sich für den begabten Nachwuchs schnellere Aufstiegsmöglichkeiten, was noch durch das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Planstellen für *assistant*-, *associate*- und *full-professors* verstärkt wird. In dieser Skala des Hochschullehrerberufs kennt man keine so scharfe rangmäßige Abgrenzung, wie sie uns aus deutschen Verhältnissen bekannt ist. Im allgemeinen steigt der instructor nach etwa 3 Jahren auf die nächste Stufe, den *assistant-professor*. Als solcher ist er zwischen 3 und 10 Jahren tätig. Dann folgt der sogenannte *associate-professor*, der in etwa mit unserem außerordentlichen Professor vergleichbar ist. Auf Beschluß der Fakultät wird dieser dann vom *dean* zum *full-professor* (ordentlicher Professor) ernannt.“¹⁸¹

Den typischen Laufbahncharakter des Hochschullehrerberufs in den USA betonte 1966 auch Carl J. Friedrich auf der Mannheimer Jahrestagung der DGfA. Bemerkenswert und zudem ein weiterer Beleg für die damals in Mode kommende Gleichsetzung von Universität und Großbetrieb war die von Friedrich in diesem Kontext aufgestellte Analogie zu den Aufstiegsmöglichkeiten in einem Wirtschaftsunternehmen:

„Der vierte Unterschied [zu Deutschland, S. P.], den ich hier hervorheben möchte, ist das Vorhandensein einer breiten Schicht jüngerer Dozenten – heute in Deutschland etwas abwertend als Mittelbau bezeichnet. Der Unterrichtskörper einer amerikanischen Hochschule bildet altersmäßig eine Pyramide mit breitem Grundstock, während er in Deutschland bestenfalls eine schlanke Säule darstellt, zu mindestens bis vor kurzem. Typischerweise steigt man – und auch hier wieder bietet sich der Vergleich zu kapitalistischen Betrieben an – auf einer langen Stufenleiter vom Assistenten, über instructor, assistant professor, associate professor zum Ordinarius auf, und auch dies Ordinariat ist noch wieder untergliedert und gekrönt von besonderen ‚distinguished service professorships‘ und ähnlichen Einrichtungen.“¹⁸²

Beschreibungen wie die Maccarios oder Friedrichs prägten entscheidend das in der Bundesrepublik vorherrschende Bild vom amerikanischen Universitäts- und

¹⁸⁰ Vgl. hierzu die einzelnen Stellungnahmen in Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Fluktuation deutscher Wissenschaftler.

¹⁸¹ Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika (1966), S. 39.

¹⁸² Friedrich: Auswahl und Ausbildung des akademischen Nachwuchses in Amerika, S. 40f.

Wissenschaftsbetrieb. Hinzu traten die unzähligen mündlich wie schriftlich abgelegten Schilderungen und Erfahrungsberichte deutscher Wissenschaftler oder Repräsentanten deutscher Wissenschaftsorganisationen, die diesen überwiegend positiven Eindruck stetig verfestigten.¹⁸³

Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen betonte 1965 auch Rudolf Mößbauer die weitaus transparenteren Aufstiegschancen und -möglichkeiten an amerikanischen Hochschulen.¹⁸⁴ Dagegen schätzte der Münchener Physiker die beruflichen Perspektiven, die das traditionelle deutsche Institutssystem einem begabten Nachwuchswissenschaftler einräumte, deutlich negativer ein:

„Die Emigration jüngerer noch nicht für eine Berufung auf Lehrstühle geeigneter Wissenschaftler stellt ein ganz besonders makaberes Problem dar, das unmittelbar mit dem bei uns bisher nicht gelösten Problem des akademischen Mittelbaus verknüpft ist. Die hierarchische Ordnung unseres Hochschulbetriebes, verbunden mit dem als Ventil benützten Habilitationszwang, führt zu einer derartig drastischen Beschränkung der Aufrückungsmöglichkeiten und zu solchen Abhängigkeitsverhältnissen, daß viele jüngere Wissenschaftler einem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten den Vorzug geben, mit der an den dortigen Instituten für jüngere Kräfte bestehenden ungleich größeren Freiheit, dem vielfach besseren menschlichen Verhältnis, der stärkeren Verantwortungsübertragung und den besseren Arbeitsmöglichkeiten.“¹⁸⁵

Mit Blick auf die damaligen Reformbestrebungen in der Bundesrepublik bestätigt diese Einschätzung Mößbauers den eingangs konstatierten Konnex zwischen der Frage nach Einführung des Departmentsystems und einer gleichzeitigen Neugliederung des universitären Lehrkörpers bzw. der Etablierung einer Hochschullaufbahn. Mößbauer wußte nicht zuletzt aufgrund seines eigenen akademischen Werdegangs nur zu genau, wofür er sich einsetzte, war er doch selbst bereits drei Jahre nach seiner 1958 erfolgten Münchner Promotion mit erst 32 Jahren am California Institute of Technology zum Professor ernannt worden.¹⁸⁶

Auch ausländische Wissenschaftler betrachteten die unsichere Lage des deutschen Mittelbaus mit Skepsis. Dies belegen eindrucksvoll die von der AvHSt veröffentlichten Umfragen unter ausländischen Stipendiaten. Obgleich der internationale Standard der deutschen Wissenschaft aus ausländischer und besonders aus amerikanischer Perspektive deutlich positiver bewertet wurde als von den Abgewanderten, stand man der vergleichsweise unsicheren beruflichen Zukunft sowie dem als nicht mehr zeitgemäß empfundenen Habilitationszwang äußerst kritisch gegenüber.¹⁸⁷ „Was mir als Amerikaner nicht einleuchten will, ist“, so exempla-

¹⁸³ Vgl. Kapitel V.2. sowie FAB (o. Nr.), United States Educational Commission in the Federal Republic of Germany (Fulbright-Kommission): Diskussionsbeiträge zurückgekehrter deutscher Fulbright-Stipendiaten, Goslar 30.11. bis 2.12.1956 (Januar 1957), S.1. Vgl. zudem exemplarisch die Schilderung des Hauptgeschäftsführers des Hochschulverbandes, Gerth Dorff, in: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Fluktuation deutscher Wissenschaftler, S.26.

¹⁸⁴ Siehe die scharfe Kritik am deutschen Habilitationszwang in Mößbauer: Strukturprobleme der deutschen Universität, S.9f.

¹⁸⁵ Ebd., S.20.

¹⁸⁶ Vgl. die Angaben zu Mößbauer ebd., S.22.

¹⁸⁷ Vgl. Alexander von Humboldt-Stiftung: Bericht der Alexander von Humboldt-Stiftung über ihre Tätigkeit vom 1.10.1962 bis 30.9.1963, S.13-90, sowie dies.: Jahresbericht 1967, Bad Godesberg 1967, S.13-47.

risch ein anonymer Humboldt-Stipendiat im Jahre 1967, „wozu die Habilitation denn eigentlich dient. Es ist klar, daß man von seinen Leistungen her (d.h. praktisch von der publizierten Schrift her) anerkannt wird und Stellen bekommt. Das könnte aber doch ebenso gut erfolgen, ohne eine Billigung oder Genehmigung der ‚eigenen Universität‘ in Form des Habilitationsverfahrens.“¹⁸⁸

Derartige Kritik in- und ausländischer Wissenschaftler sowie der stetig anhaltende Brain Drain rückten das Nachwuchsproblem seit den 1950er Jahren zunehmend in den Mittelpunkt offizieller reformpolitischer Betrachtungen. Einen ersten wichtigen Impuls hierzu gaben die 1956 erschienenen *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer*, die auf den Umfrageergebnissen einer Göttinger Forschungsgruppe um den Soziologen Helmuth Plessner basierten. Dabei fiel die Selbsteinschätzung der eigenen Stellung innerhalb des Universitätsbetriebes sowie die damit einhergehenden Zukunftsperspektiven durch den wissenschaftlichen Nachwuchs tendenziell negativ aus:

„Die scharfe Konkurrenz in der akademischen ‚Laufbahn‘ – die greifbare Gestalt des ‚Risikos‘ – zeigt stärker ihre negativen Seiten. In der Vergrößerung des Unterbaus (relativ zu den Ordinarien) liegt eine absolute Verschlechterung der Chance, das Ziel der akademischen Laufbahn, das Ordinariat, zu erreichen. Rein zahlenmäßig gesehen, hat heute in den meisten Disziplinen ein wesentlich geringerer Prozentsatz des Nachwuchses als früher die Aussicht, auf einen Lehrstuhl zu gelangen.“¹⁸⁹

Um dem aus dieser Situation resultierenden Abwanderungstrend Einhalt zu gebieten, so das Fazit der Göttinger Forschungsgruppe, müßten die Hochschulen ihrem Nachwuchs künftig in verstärktem Maße konkrete „Laufbahn-Möglichkeiten“ eröffnen.¹⁹⁰

Ebenfalls abgestützt auf Umfrageergebnissen aus dem Jahre 1954 konnte Hans Anger in seiner 1960 unter dem Titel *Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten* erschienenen Studie konstatieren, daß sich nahezu die Hälfte des universitären Lehrkörpers (Ordinarien und Nichtordinarien) mit der Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht zufrieden zeigte. Unter den Befragten wurde ein Qualitätsverlust vor allem durch die Abwanderung kritischer und selbständiger Geister ins Ausland bzw. in die freie Wirtschaft befürchtet, während gleichzeitig die eher fügsamen und mittelmäßigen Kräfte an den heimischen Hochschulen blieben.¹⁹¹ Eine alarmierende Prognose, die noch im gleichen Jahr durch den Wissenschaftsrat bestätigt wurde. „Sicher-

¹⁸⁸ Dies.: Jahresbericht 1967, S. 31.

¹⁸⁹ Plessner: *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer*, Bd. I, S. 47.

¹⁹⁰ Ebd., S. 43. Siehe auch den folgenden Wortbeitrag von C. Troll in: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: *Fluktuation deutscher Wissenschaftler*, S. 28: „Das Problem, die Dauerabwanderung von Gelehrten zu verhindern und Möglichkeiten ihrer Rückführung zu finden, hängt auch sehr stark mit unserer Hochschulreform zusammen, weiter mit den Verschiedenheiten der Laufbahnen, die wir in Deutschland gegenüber anderen Ländern, nicht nur in Amerika, sondern etwa auch in Großbritannien haben. [...]. Hier muß etwas geschehen, was nicht nur die Hochschulen betrifft: eine Hochschulreform für die akademische Laufbahn, aber auch eine Änderung der Laufbahnen für wissenschaftliche Beamte, eine Angleichung der Laufbahnmöglichkeiten und eine Ausweitung der Einstellungsmöglichkeiten.“

¹⁹¹ Vgl. Anger: *Probleme der deutschen Universität*, S. 357.

lich sind die [...] Bedingungen nicht geeignet“, so dessen unmißverständliches Fazit,

„aufgeschlossene, innerlich unabhängige Persönlichkeiten für die Hochschullaufbahn zu gewinnen. Vielmehr sind die Verhältnisse [...] zweifellos ein wesentlicher Grund dafür, daß wir immer noch Jahr für Jahr guten Nachwuchs an das Ausland verlieren. Allein aus einem größeren naturwissenschaftlichen Institut sind in den letzten 5 bis 6 Jahren von 10 Doktoranden 6 in die Vereinigten Staaten gegangen. Nur bei zwei von ihnen besteht die Hoffnung, sie – vorausgesetzt, daß man sie auf einen Lehrstuhl berufen kann – zurückzugewinnen.“¹⁹²

Ein konkretes Konzept, wie diesem Trend effizient gegengesteuert werden könne, blieb der Wissenschaftsrat allerdings ganz im Unterschied zu Eduard Baumgarten, dem Leiter des Mannheimer Instituts für Empirische Soziologie, schuldig. Der hochschulpolitisch engagierte Soziologe sah in der Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum Nachwuchsproblem lediglich einen „Appell an den guten Willen“ und setzte dieser drei Maximen gegenüber, die in seinen Augen die prekäre Lage entspannen könnten: Erstens eine deutliche Vermehrung der Lehrstühle, insbesondere durch die Einrichtung von Parallellehrstühlen in großen Fächern. Zweitens die Vermehrung von beamteten Dauerstellen auf Mittelbauebene mit „uneingeschränktem Laufbahncharakter“ und schließlich, drittens, eine entsprechende Ausstattung der so geschaffenen Mittelbaupositionen „mit maximal größter Selbstständigkeit“.¹⁹³ In diesem Zusammenhang verwies Baumgarten explizit auf die Assistant- und Associate-Professorships amerikanischer Departments.¹⁹⁴ Drei Jahre später bekräftigte Baumgarten nochmals seine Forderungen und sprach sich für deren baldige Umsetzung im Rahmen der anstehenden Universitätsneugründungen aus, die demzufolge in ihrem inneren Aufbau dem Abteilungssystem folgen sollten.¹⁹⁵

Ähnliche Forderungen nach einer Neugestaltung der Hochschullaufbahn in Anlehnung an das amerikanische Modell wurden auch von politischer Seite immer nachdrücklicher gestellt. Die damals wohl am breitesten rezipierte Stellungnahme

¹⁹² Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen, S. 32.

¹⁹³ Baumgarten: Gedanken zur künftigen Hochschule, S. 17.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 17f.

¹⁹⁵ Baumgarten: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, S. 46 und S. 91f. Daß die Nachwuchsproblematik tatsächlich auch die Gründungsausschüsse für die neuen Universitäten beschäftigte, zeigt u. a. das Beispiel Konstanz. So konstatierte Ralf Dahrendorf im Jahre 1964, damals noch Ordinarius für Soziologie in Tübingen, in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Gründungsausschusses für die Universität Konstanz eine deutliche Diskrepanz zwischen der faktischen Bedeutung und der tatsächlichen Stellung der Assistentenschaft innerhalb der Universität. Obgleich sich Dahrendorf für notwendige Reformen in diesem Bereich aussprach, warnte er jedoch vor allzu unbedachten und voreiligen Reformschritten, da Änderungen in einem bestimmten Bereich auch immer Änderungen in anderen Bereichen nach sich ziehen würden. Die von Baumgarten empfohlene Einführung eines Abteilungssystems in Ergänzung zur traditionellen Fakultätsgliederung erschien Dahrendorf im Hinblick auf einen Abbau hierarchischer Strukturen und eine bessere Einbeziehung des Mittelbaus dennoch sinnvoll. Vgl. Ralf Dahrendorf: Starre und Offenheit der deutschen Universität. Die Chance der Reform, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 4 (1964), S. 21–47, hier besonders S. 27–31.

eines deutschen Politikers zum Thema Hochschulreform war Hans Dichgans' Buch *Erst mit dreißig im Beruf?*, in dem der CDU-Bundestagsabgeordnete mit den bestehenden Verhältnissen an Deutschlands Hochschulen hart ins Gericht ging.¹⁹⁶ Um dem akademischen Mittelbau eine veritable Berufsperspektive zu eröffnen, empfahl Dichgans die Einführung des Departmentsystems sowie eine spürbare Lockerung der Habilitationsordnungen. Seiner Ansicht nach sollte grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, exzellente Nachwuchswissenschaftler auch ohne Habilitation wenigstens befristet auf Professorenstellen zu berufen. In diesem Punkt stützte sich Dichgans explizit auf den schon erwähnten Tübinger Universitätsvortrag James B. Conants vom 21. Juli 1964¹⁹⁷:

„Brauchen wir überhaupt die Habilitation? Der ehemalige amerikanische Botschafter Conant hat einmal gesagt, die amerikanischen Universitäten hätten von den deutschen viele gute Einrichtungen übernommen, aber zwei Dinge zu ihrem Heile nicht, nämlich weder die Kolleggelder noch die Habilitation. Herr Conant war 20 Jahre lang Präsident der Harvard-Universität, mit spektakulärem Erfolg. Wer die deutsche Praxis verteidigt, die den Doktor erst nach 9 Studienjahren gewährt, sollte daraus die logische Folgerung ziehen, auf die Habilitation zu verzichten. Man könnte dann junge Akademiker mit guten Doktorarbeiten und pädagogischen Befähigungen zunächst auf Zeit in Professorenstellungen berufen, wo sie in Vorlesungen und Publikationen ihre wissenschaftlichen und didaktischen Fähigkeiten unter Beweis stellen müßten. Die Fakultät könnte nach einigen Jahren aus lebendiger Anschauung entscheiden, welche dieser Professoren auf Zeit sie zu Professoren auf Lebenszeit berufen will. Das gäbe eine natürliche Laufbahn, einen fruchtbaren Wettbewerb.“¹⁹⁸

Das Laufbahnmodell, das Dichgans hier vorschwebte, orientierte sich ganz offensichtlich an der von Conant auch für die deutschen Universitäten als nachahmenswert betrachteten Stellung des amerikanischen Assistant-Professors.¹⁹⁹

Eine Anlehnung an amerikanische Auswahlmechanismen für den wissenschaftlichen Nachwuchs wurde 1966 auch von Carl J. Friedrich angeregt. Dieser hatte 1926, also ein Jahr nach seiner Promotion bei Alfred Weber in Heidelberg, einen Lehrauftrag in Harvard übernommen und anschließend selbst den an amerikanischen Hochschulen üblichen Karriereweg – ohne Habilitation – bis zum Full-Professor durchlaufen. In seinem Mannheimer Vortrag zum Thema *Auswahl und Ausbildung des akademischen Nachwuchses in Amerika* vom Juni 1966 betonte Friedrich daher ausdrücklich die spezifischen Vorteile, ja die grundsätzliche Überlegenheit der amerikanischen Hochschullaufbahn.²⁰⁰ Der Hauptunterschied zu Deutschland bestand für ihn darin, daß die in den USA übliche Gliederung des Lehrkörpers dem Nachwuchs ein sukzessives Hineinwachsen in den Forschungs- und Lehrbetrieb ermögliche und dieser daher weitaus besser auf den Hochschullehrerberuf vorbereitet werde.²⁰¹ „Als ich vor über vierzig Jahren nach Harvard ‚berufen‘ wurde“, so Friedrich über den Verlauf seiner Universitätskarriere in den USA,

„da bekam ich zunächst einmal eine *lecturership*, die sich dann bald in eine *assistant professorship* verwandelte; erst 1932, nach vollen sechs Jahren, wurde ich *associate professor* und

¹⁹⁶ Dichgans: *Erst mit dreißig im Beruf?*, S. 111.

¹⁹⁷ Conant: *Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA*, S. 20.

¹⁹⁸ Dichgans: *Erst mit dreißig im Beruf?*, S. 111.

¹⁹⁹ Vgl. Conant: *Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA*, S. 21.

²⁰⁰ Friedrich: *Auswahl und Ausbildung des akademischen Nachwuchses in Amerika*, S. 40f.

²⁰¹ Ebd.

nach weiteren vier Jahren 1938 *Ordinarius*. Das bedeutet, daß ich mich bereits zehn Jahre in verantwortlichen Lehr- und Prüfungsaufgaben bestätigt hatte, bevor ich Ordinarius wurde. Mir will ein solches System ungleich besser geeignet erscheinen, einen erstklassigen akademischen Nachwuchs auszubilden, als das deutsche System.“²⁰²

Entsprechend den parallel verlaufenden Diskussionen um die Einführung der Präsidialverfassung und des Departmentsystems hinterließ auch die Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Assistant-Professor nachhaltige Spuren in den Beschlüssen und Empfehlungen der hochschulpolitisch relevanten Beratungs- und Entscheidungsgremien. Bereits Ende 1964 hatte sich der Wissenschaftsrat in seinen *Empfehlungen zur Neugliederung des Lehrkörpers an wissenschaftlichen Hochschulen* dafür ausgesprochen, die bestehenden Stellen für wissenschaftliche Assistenten und Hochschuldozenten (Privatdozenten) als klar definierte „Durchgangsstellen“ zum Hochschullehrerberuf festzuschreiben.²⁰³ Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die angestrebte Neugliederung des Lehrkörpers mit einer gleichzeitigen Reform der hierarchischen Institutsverfassungen einhergehen müsse. Diese Feststellung veranschaulicht abermals den Konnex zwischen der Frage nach einer zeitgemäßen universitären Binnenstruktur und der Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses.²⁰⁴ Konkret sahen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vor, Assistenten und Hochschuldozenten in ein befristetes Beamtenverhältnis zu berufen und damit bis zum Übergang in die nächsthöhere Rangstufe, also im Fall der Assistenten bis zur Ernennung zum Hochschuldozenten im Anschluß an die Habilitation und bei den Hochschuldozenten bis zum Antritt eines Ordinariats, finanziell und versorgungsrechtlich abzusichern. Obgleich es sich bei diesem Vorschlag um keine identische Übernahme des amerikanischen Modells handelte, wie allein schon die Beibehaltung der Habilitation zeigt, ist in den Empfehlungen eine Anlehnung an den amerikanischen Assistant- und Associate-Professor erkennbar.²⁰⁵

Noch evidenter trat die amerikanische Vorbildfunktion in den Beschlüssen der Bundesassistentenkonferenz (BAK) vom September 1968 hervor, dem sogenannten *Kreuznacher Hochschulkonzept*.²⁰⁶ Insgesamt betrachtet zielten die hier formulierten Reformvorschläge auf eine „Demokratisierung“ der Universitäten ab, da – so die Meinung der BAK – eine erfolgreiche Hochschulreform allein unter dieser Prämisse zu gewährleisten sei. Mit Blick auf die notwendige Neuordnung der Hochschulverwaltung und -struktur trat die BAK für eine Stärkung der Universitätsspitze (vierjähriges bzw. sechsjähriges Rektorat mit Kanzler) und eine Zerschlagung der Fakultäten zugunsten einer Fachbereichsgliederung ein. Damit befand sich die Bundesvertretung der Assistentenschaft in zentralen Punkten in

²⁰² Ebd., S. 41.

²⁰³ Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen*, Bad Godesberg 1964.

²⁰⁴ Vgl. ebd., S. 4f.

²⁰⁵ Vgl. ebd., S. 12f.

²⁰⁶ Bundesassistentenkonferenz: *Kreuznacher Hochschulkonzept – Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Ergebnisse einer Arbeitstagung in Bad Kreuznach 28. 8.– 3. 9. 1968*, Bonn 1968.

Übereinstimmung mit dem damaligen amerikaorientierten Reformtrend.²⁰⁷ Von besonderer Bedeutung war allerdings der gleichfalls in Bad Kreuznach beschlossene Vorschlag zur Neugliederung des Lehrkörpers. Erstmalig wurde hier explizit die Einführung der Assistenz-Professur in Anlehnung an den amerikanischen „Assistant-Professor“ eingefordert. Mit diesem Ansinnen ging die BAK weiter als alle anderen Reformkonzepte zur Nachwuchsfrage.²⁰⁸ Dem Verlangen lag vor allem eine massive Kritik an der Stellung und Überlastung der Nichtordinarien-gruppe zugrunde:

„Die traditionelle Struktur des Lehrkörpers war dadurch gekennzeichnet, daß unterhalb der Ebene des Ordinarius je nach Bedarf neue Positionen geschaffen wurden. Stellung und Aufgaben des gesamten übrigen, in Forschung und Lehre tätigen Personals waren auf die Position und Funktion des ordentlichen öffentlichen Professors bezogen und konnten daher weder in ihrem Eigenwert bestimmt noch ihren Anforderungen zureichend erfüllt werden. Den Nichtordinarien wurde im allgemeinen nicht die notwendige Selbständigkeit und Ausstattung zur Wahrnehmung der ihnen übertragenen, sich ständig erweiternden und differenzierenden Aufgaben in Forschung und Lehre eingeräumt. [...] Eine Tätigkeit im sogenannten Mittelbau [...] war weder für den Einzelnen noch für die Institution eine befriedigende Lösung. Die Positionen des Mittelbaus wurden zur Bewältigung der wachsenden Aufgaben in Lehre, Forschung und Verwaltung geschaffen.“²⁰⁹

Aus Perspektive der BAK ließen die Lehr-, Forschungs- und Verwaltungsverpflichtungen den Assistenten kaum noch in ausreichendem Maße Zeit, sich angemessen ihrer weiteren wissenschaftlichen Qualifikation, sprich der Habilitation, zu widmen. Ohne erfolgreiche Habilitation sei die Universitätslaufbahn für den Assistenten jedoch in der Regel beendet und nicht selten auch der Eintritt in den öffentlichen Dienst erschwert.²¹⁰

Diesen Unzulänglichkeiten setzte die BAK nun ihr Reformkonzept gegenüber. Der Hochschullehrerberuf müsse, so die Forderung der Assistentenvertretung, unter dem Aspekt wissenschaftlicher und finanzieller Unabhängigkeit mit neuen Anreizen versehen werden.²¹¹ Allein eine deutliche Vereinfachung der Lehrkörpergliederung könne hierzu beitragen. Der Vorschlag sah deshalb nur noch zwei Hauptgruppen von Hochschullehrern vor: Professoren in Dauerstellung und Assistenz-Professoren auf Zeit. Grundsätzlich sollten beide Gruppen mit den gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet werden. Voraussetzung für die Ernennung zum Assistenz-Professor auf sechs Jahre sollte die Promotion oder ein „fachspezifisches Äquivalent“ und nicht mehr die Habilitation bilden.²¹² Innerhalb dieser sechs Jahre könne sich der Assistenz-Professor für eine Professur in Dauerstellung bewerben, für die ebenfalls der Habilitationszwang zu entfallen habe. Falls binnen dieser Frist jedoch keine Berufung auf eine Dauerprofessur gelinge, müsse die Hochschule verlassen werden.²¹³ Obgleich nicht explizit angesprochen,

²⁰⁷ Vgl. die entsprechenden Ausführungen zur Neuordnung der Hochschulorganisation ebd., S. 19–27, besonders S. 25f.

²⁰⁸ Ebd., S. 29–35.

²⁰⁹ Ebd., S. 29.

²¹⁰ Ebd., S. 30.

²¹¹ Ebd.

²¹² Ebd., S. 31.

²¹³ Ebd., S. 31 und S. 33.

wies das *Kreuznacher Hochschulkonzept* damit eine deutliche Anlehnung an das amerikanische Gliederungs- und Laufbahnmodell auf. Allein auf die Zwischenstufe des Associate-Professors wurde formal verzichtet.²¹⁴

Erwartungsgemäß rief das BAK-Konzept heftige Kritik hervor. Ausdrücklich gegen eine derartige „Amerikanisierung“ der Hochschullaufbahn, die selbstverständlich einem fundamentalen Bruch mit traditionellen deutschen Gepflogenheiten gleichgekommen wäre, wandte sich die WRK. Die im Anschluß an die 69. Rektorenkonferenz am 21. Januar 1969 in Bad Godesberg formulierten Empfehlungen zur Reform des Habilitationswesens dürfen daher nicht nur als eine unmittelbare Reaktion auf die wenige Monate zuvor getroffenen Beschlüsse der BAK verstanden werden, sondern auch als Versuch, ein Spezifikum des deutschen Wissenschaftssystems – die Habilitation – beizubehalten.²¹⁵ Was aber sprach konkret für ein Festhalten am Habilitationszwang? „Der Abschaffung der Habilitation“, so die Begründung der WRK,

„steht indessen das unverändert fortbestehende, auch durch den Hinweis auf die andersartigen Verhältnisse der englischen und amerikanischen Universitäten nicht widerlegte Bedürfnis entgegen, die Eignung zum Beruf des akademischen Lehrers und Forschers, die durch die Promotion allein in der Regel noch nicht dargetan ist, durch ein Qualifikationsverfahren festzustellen. Gelingt es, durch eine Reform des Habilitationsverfahrens die angeführten Mängel zu beseitigen, so sprechen überwiegende Gründe für die Beibehaltung der Habilitation.“²¹⁶

Mit dieser Haltung verschloß sich die WRK grundsätzlich zwar nicht vor der immer wieder geäußerten Kritik an der gängigen Habilitationspraxis. So sollten künftig bei adäquater Qualifikation des Bewerbers in allen Disziplinen durchaus auch Berufungen ohne Habilitationsnachweis möglich werden. Dennoch versprach sich die WRK weitaus mehr von einer klaren Objektivierung des Habilitationsverfahrens als von dessen genereller Abschaffung.²¹⁷

Ein abschließender Blick in die Hochschulgesetzgebung von Bund und Ländern zeigt, daß sich der Assistenz-Professor trotz aller Bemühungen und Bekenntnisse bundesweit nicht flächendeckend durchsetzen konnte. Lediglich die Hochschulgesetze von Rheinland-Pfalz (1970), des Saarlandes (1971), Bayerns (1973), Schleswig-Holsteins (1973) und Berlins (1975) sahen die Einführung des sechsjährigen Assistenz-Professors, neben dem Professor auf Lebenszeit, in mehr oder weniger stark ausgeprägter Anlehnung an das Kreuznacher Hochschulkonzept

²¹⁴ Diese Anlehnung an die akademische Personalstruktur amerikanischer Hochschulen bestätigt auch Marianne Kriszio: Das Modell der Bundesassistentenkonferenz zur Personalstruktur und seine Folgen, in: Stephan Freiger/Michael Groß/Christoph Oehler (Hg.): Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Zukunft? Bundesassistentenkonferenz, Hochschulentwicklung, junge Wissenschaftler heute, Kassel 1986, S. 107–116, hier besonders S. 109.

²¹⁵ Zur Reform des Habilitationswesens. Empfehlungen der 69. Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 21. 1. 1969, in: WRK: Die WRK-Empfehlungen zur Reform der Hochschule, S. 20–24.

²¹⁶ Ebd., S. 20f. (Zitat).

²¹⁷ Vgl. hierzu die verabschiedeten Grundsätze zu den Habilitationsleistungen, der Zulassung zum Habilitationsverfahren, dem Habilitationsverfahren und der Habilitation ebd., S. 21f.

vor. Zwar wurde der Habilitationszwang in den meisten Fällen formal aufgehoben, gleichzeitig aber die Habilitation als wissenschaftliche Qualifikation nicht abgeschafft.²¹⁸ Eine Lockerung des Habilitationszwangs findet sich in den Hochschulgesetzen von Hessen (1970), Hamburg (1973) und Baden-Württemberg (1973), wo allerdings von der Einführung des Assistenz-Professors grundsätzlich abgesehen wurde.²¹⁹ Demgegenüber hielt das HRG von 1976 an der traditionellen Einteilung des Lehrkörpers in Professoren und Hochschulassistenten sowie am Habilitationsprinzip – trotz Ausnahmeregelungen – fest. Gleichwohl zeigte man sich auch auf Bundesebene darum bemüht, die dienstrechtliche Stellung und wirtschaftliche Absicherung der Assistentschaft zu verbessern und das Habilitationsverfahren durch klare Richtlinien so weit als möglich zu objektivieren.²²⁰

Mit den soeben skizzierten Regelungen war in einigen Bundesländern zumindest *de jure* ein duales Laufbahnsystem entstanden. Aber exakt hierin lag auch das Problem dieser Reform. Da die Habilitation als Qualifikation zum Hochschullehrerberuf nicht abgeschafft wurde, blieb der traditionsbedingte Stellenwert der Habilitation als *die* eigentliche Voraussetzung zum Hochschullehrerberuf weiterhin bestehen. Berufungen auf Lebenszeit-Professuren, d. h. vor allem auf Lehrstühle, ohne Habilitationsnachweis bildeten gerade in geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen eher die Ausnahme. Auch konnte sich die formale Gleichrangigkeit der Assistenz-Professoren mit den Ordinarien im universitären Alltag nicht durchsetzen.²²¹ Im Unterschied zu seinem amerikanischen Vorbild blieb der deutsche Assistenz-Professor Teil des Mittelbaus. Bereits im Jahre 1970 wurde von dem an der TU München lehrenden Chemiker Wolfgang Stein auf diese Tatsache in den „Mitteilungen des Hochschulverbandes“ mit Nachdruck hingewiesen:

„Nachdem der *Assistant Professor* Vorbild für die Einführung eines Assistenzprofessors geworden ist, sind einige klärende Anmerkungen zur Stellung eben dieses Vorbilds wichtig. Die Stellung des *Assistant Professors* schließt eine Reihe von Rechten ein, die an den deutschen Hochschulen weitgehend nur dem Ordinarius und – mit Einschränkungen – der auf Lebenszeit beamtete Habilitierte hat. [...]. Von den nächst höheren Rängen des Professors, dem *Associate Professor* und dem *Full Professor*, trennen den *Assistant Professor* im wesentlichen nur zwei Dinge: Er besitzt noch nicht die Anstellung auf Lebenszeit [...] und er spricht

²¹⁸ Vgl. hierzu Landesgesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz (HochSchG) vom 22. 12. 1970, in: WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder, S. 209f. (§ 20 und § 23); Saarländisches Universitätsgesetz (Nr. 934) vom 7. 7. 1971, in: ebd., S. 241f. (§ 56); Gesetz über die Hochschulen im Lande Schleswig-Holstein (HSG) vom 2. 5. 1973, in: ebd., S. 272 (§ 95).

²¹⁹ Vgl. Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 12. 5. 1970, in: ebd., S. 174 (§ 39a, Absatz 6) sowie S. 175 (§ 42); Gesetz über die Universität Hamburg (UniG), vom 24. 4. 1973, in: ebd., S. 132f. (§ 9, § 10 u. § 11); Hochschulgesetz Baden-Württemberg, in der Fassung vom 27. 7. 1973, in: ebd., S. 54f. (§ 66).

²²⁰ Vgl. Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 26. 1. 1976, in: ebd., S. 21–23 (§ 42–§ 50).

²²¹ Vgl. in diesem Zusammenhang die Einschätzung in: Assistenzprofessoren: Ja oder Nein? Eine Stellungnahme zu dem umstrittensten Punkt der Personalstrukturereform von der Vertretung der Berliner Assistenzprofessoren, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1973), S. 219–225: „Eine Bewerbung an Hochschulen der Bundesrepublik ist, allenfalls mit Ausnahme von Bremen, aussichtslos. In den Geisteswissenschaften und zum Teil auch in den Naturwissenschaften und der Medizin sind es dort vor allem die beamteten Privatdozenten, die das Reservoir für die Besetzung von Professorenstellen bilden“ (ebd., S. 220).

nicht bei der Neufestsetzung der Gehälter mit. Verantwortlich ist er nicht einem persönlichen Vorgesetzten, sondern dem *Department*.“²²²

Insgesamt betrachtet kam es in der Bundesrepublik zwar zu einer nominellen Anlehnung an den amerikanischen Assistant-Professor, allerdings ohne die Stellung des deutschen Assistenz-Professors sowie den damit einhergehenden Laufbahncharakter dem amerikanischen Vorbild wirklich anzupassen. Die Folge war, daß der durch die versuchte Integration sowohl des Departmentmodells als auch der Assistenz-Professur intendierte Effekt weitgehend ausblieb.²²³ Damit stellt sich erneut die Grundsatzfrage, inwieweit punktuelle Reformen in Anlehnung an systemfremde Modelle überhaupt gewinnbringend umgesetzt werden können? Diese Problematik war freilich schon den damaligen Beobachtern geläufig. „Dabei muß“, wie Wolfgang Stein in seinem Beitrag zu Recht betonte,

„jede Einzelheit stets als Teil eines gewachsenen Systems gesehen werden, sei dieses System noch zeitgemäß oder nicht: Werden beispielsweise Elemente des amerikanischen Hochschulsystems, wie die Stellung des ‚Assistant Professors‘ [...], als Vorbild genommen, dann ist eine sinnvolle Übertragung in das deutsche Hochschulsystem nur denkbar, wenn sie von weitgreifenden Reformen des ganzen Ausbildungssystems begleitet werden. Das ‚ganze System‘ schließt strenggenommen das Schulsystem als Unterbau des Hochschulsystems mit ein.“²²⁴

4. „Sabbatical Leave“: Die Einführung des Forschungs(frei)semesters

Für die Entwicklung der universitären Forschung in der Bundesrepublik von enormer, wenn auch bislang kaum näher analysierten Bedeutung sollte sich die Adaption einer weiteren Errungenschaft des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems erweisen: die Einführung des „Forschungs(frei)semesters“ in Anlehnung an das Konzept des sogenannten Sabbatical Leave. Während in den Vereinigten Staaten die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung und akademischen Bedeutung des Sabbatical Leave vergleichsweise früh einsetzte, liegen entsprechende Studien für die deutsche Entwicklung bislang nicht vor.²²⁵ Diese mangelnde Befassung gerade mit diesem Thema erscheint aus

²²² Wolfgang Stein: Zum Vergleich der Hochschulsysteme in Deutschland und den USA, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1970), S. 122f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die kritischen Aufsätze von Holldack: Die Hierarchie im Aufbau der deutschen Universitäten, S. 212–221; Werner Thieme: Ist das Habilitationsprinzip überholt?, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 12 (1964), S. 111–115; sowie Dietrich Gerhard: Nochmals: Die Hierarchie im Aufbau der deutschen Universitäten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1965), S. 106–116; Friedrich Wilhelm Krahe: Auf dem Weg zur Professoren-Universität? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Besoldungs-Entwurf der Kultusminister, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 5 (1972), S. 319–325.

²²³ Unter dem Aspekt der Übernahme von Begriffen wie „Universitätspräsident“, „Department“, „Assistant-Professor“ siehe den aufschlußreichen Beitrag von Hartmut Rahn: Sprachverwirrung in der Hochschuldiskussion?, in: DUZ 4 (1963), S. 25–27.

²²⁴ Stein: Zum Vergleich der Hochschulsysteme in Deutschland und den USA, S. 127.

²²⁵ Zur Geschichte des Sabbatical Leave im amerikanischen Hochschulwesen vgl. die grundlegende Studie von Walter Cosby Eells/Ernest V. Hollis: Sabbatical Leave in American Higher Education. Origin, Early History and Current Practices, Washington D.C. 1962.

universitäts- und wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive nicht zuletzt deshalb unverständlich, weil sich das regelmäßige Forschungssemester mittlerweile zu einem ebenso festen wie notwendigen Bestandteil der individuellen Forschungsplanung eines Hochschullehrers entwickelt hat. Kurz: universitäre Forschung ohne die Möglichkeit des Forschungssemesters ist heute nicht mehr vorstellbar.²²⁶

Die im konkreten akademischen Kontext verwendeten englischen Begriffe „Sabbatical Leave“ oder „Sabbatical Year“ leiten sich vom alttestamentarischen Sabbatjahr ab, welches ursprünglich ein alle sieben Jahre wiederkehrendes Ruhejahr bezeichnet, in dem der Boden eines Ackers zum Zweck der Regeneration brachliegt. Im Buch *Exodus* 23,10–11 heißt es hierzu: „Sechs Jahre kannst du in deinem Land sähen und die Ernte einbringen; im siebten Jahr sollst du es brach liegen lassen und nicht bestellen.“²²⁷ Im angelsächsischen Kultur- und Sprachraum fand dieser ursprünglich religiös besetzte Begriff seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert für die temporäre Freistellung von beruflichen Verpflichtungen auch im Universitäts- und Wissenschaftsbereich Verwendung. Einen anschaulichen Zusammenhang zwischen der eigentlich biblisch-religiösen und der späteren akademischen Bedeutung des „Sabbatical Year“ stellte 1959 Richard Murphy her. „The origin of the term“, so Murphy, „[...] is from the Jewish sabbatical year, in which the fields were to lie fallow, at rest. In the terminology of agriculture, fallow land is plowed, tilled, the weeds kept down, but no crop raised. So the professor plows and tills himself, but is not expected to produce a crop of students that year.“²²⁸ Was nun das Konzept des „Sabbatical Leave“ in seiner konkreten akademischen Bedeutung anbetrifft, gab gleichfalls 1959 Carter V. Good in dem von ihm herausgegebenen *Dictionary of Education* folgende Definition: „A plan for providing teachers with opportunity for self-improvement through a leave of absence with full or partial compensation following a designated number of years of consecutive service (originally after six years).“²²⁹

Im Jahre 1880 hatte Harvard als erste amerikanische Universität ihren Professoren die Möglichkeit zu einem „Sabbatical Leave“ eingeräumt.²³⁰ Die Initiative hiefür war von keinem Geringeren als dem damaligen Universitätspräsidenten und großen Bewunderer der deutschen Universitätsidee Charles W. Eliot ausgegangen, der die Geschicke der ältesten amerikanischen Hochschule über vierzig Jahre hinweg, von 1869 bis 1909, leitete.²³¹ Dem vorausgegangen war eine gewisse Unzufriedenheit der Universitätsleitung mit den bis dato üblichen Bestimmungen für die Beurlaubung von Professoren. Wie aus dem Rechenschaftsbericht

²²⁶ Vgl. hierzu kurz Christian Flämig/Otto Kimmich u. a. (Hg.): Handbuch des Wissenschaftsrechts, Bd. 1, Berlin u. a., 2. erw. und überarb. Auflage 1996, S. 288 mit Anm. 146.

²²⁷ Exodus 23,10–11. Vgl. zum „Sabbatjahr“ im Alten Testament auch Levitikus 25,2–7.

²²⁸ Richard Murphy: Sabbaticals and Fringe Benefits, in: *Quarterly Journal of Speech* 45 (1959), S. 99–104. Hier zitiert nach Eells/Hollis: *Sabbatical Leave in American Higher Education*, S. 5.

²²⁹ Carter V. Good (Hg.): *Dictionary of Education*, New York 1959, S. 424.

²³⁰ Vgl. Eells/Hollis: *Sabbatical Leave in American Higher Education*, S. 1: „There is little doubt that the first American institution of higher education to establish a definite system of sabbatical leave for its faculty was Harvard University, more than 80 years ago, in 1880.“

²³¹ Zu Eliots Tätigkeit in Harvard siehe Kapitel I.2.

Präsident Eliots für 1879/80 hervorgeht, mußten neue Regelungen für die immer wieder aufkommenden Absenzen getroffen werden. Vor allem galt es zu klären, zu welchem Anlaß ein „Sabbatical Leave“ gewährt werden könne und inwieweit bzw. in welcher Höhe die Universität für das Gehalt des Professors während dieser Zeit aufzukommen habe.²³² Schließlich sahen die Harvard-Bestimmungen vor, jedem Professor die Möglichkeit einzuräumen, sich alle sieben Jahre auf der Basis eines halben Jahresgehalts für insgesamt zwölf Monate von seinen Lehrverpflichtungen freustellen zu lassen. Neben der gesundheitlichen und geistigen Regeneration sollte die zur Verfügung stehende Zeit in erster Linie für Forschungsprojekte bzw. dem Studium von Quellen und Literatur genützt werden.²³³ Interessant ist in diesem Zusammenhang Eliots Hinweis, daß die Festschreibung eines solchen „Sabbatjahres“ „will be as much for the interest of the University as for the advantage of the professors [...]“. ²³⁴ Mit anderen Worten: Der Präsident war sich darüber im klaren, daß von einer solchen Regelung letztlich nicht nur der einzelne Professor, sondern eben auch die Universität als solche profitieren werde. Zweifelsohne lag es im ureigensten Interesse einer Hochschule, sowohl den Standard der Lehre als auch die Qualität der Forschung aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Aus diesen Erwägungen heraus war es nur konsequent, den an der Universität tätigen Professoren in regelmäßigen Abständen ein „Sabbatical Year“ einzuräumen, in dessen Rahmen entsprechende Forschungsleistungen erbracht werden konnten.

Auch andere Universitäten und Colleges folgten dem Beispiel Harvards. Bis 1900 hatten sich weitere neun Hochschulen zum Prinzip des „Sabbatical Leave“ bekannt, darunter die Cornell University (1885), Columbia University (1890), Stanford (um 1899) sowie die University of Illinois (1900).²³⁵ 1962, im Erscheinungsjahr der Untersuchung von Walter C. Eells und Ernest V. Hollis zur Geschichte des „Sabbatical Leave“ im amerikanischen Hochschulwesen, hatten bereits 72 Universitäten und Colleges, darunter die führenden Institutionen des Landes, ein solches Forschungsjahr eingeführt.²³⁶

Blickt man zurück auf die Anfänge des Sabbatical Leave, dann war es mit Sicherheit kein Zufall, daß mit Harvard und Cornell zwei amerikanische Universitäten hierbei eine Vorreiterrolle spielten, die sich – geleitet von Präsidenten mit deutscher Studien- und Universitätserfahrung – durchaus eng am klassischen deutschen Universitätsmodell orientiert hatten. Wie oben bereits dargelegt, vollzog sich der Wandel des traditionellen amerikanischen Colleges zur modernen Forschungsuniversität während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in enger Auseinandersetzung mit der deutschen „Universitätsidee“. Die sukzessive Einführung des „Sabbatical Leave“ seit den 1880er Jahren kann demzufolge, obwohl es sich

²³² Hier zitiert nach Eells/Hollis: *Sabbatical Leave in American Higher Education*, S. 30.

²³³ Vgl. ebd.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Die in Klammern angeführte Jahreszahl verweist auf die Einführung eines Sabbatical Year.

²³⁶ Vgl. die entsprechende Liste bei Eells/Hollis: *Sabbatical Leave in American Higher Education*, S. 10–12.

um eine angelsächsische Errungenschaft handelte, auch als Ausdruck eines sich gewandelten Wissenschaftsverständnisses interpretiert werden.²³⁷

In Deutschland bzw. der Bundesrepublik gab es bis Ende der 1960er Jahre kein Äquivalent zum „Sabbatical Leave“. Während an amerikanischen Universitäten in der Regel sowohl dem Assistant-, Associate- und Full-Professor nach sechs Jahren ein Forschungsjahr mehr oder weniger automatisch zugestanden wurde, mußten deutsche Hochschullehrer für Forschungs- und Studienvorhaben eigens Urlaub beantragen. Von den zuständigen Kultusministerien wurde penibel darauf geachtet, ob während eines beantragten Urlaubs berufliche mit privaten Belangen verbunden wurden.²³⁸ Als privat galt bereits die Freistellung zu Studien- oder Fortbildungszwecken, wie einem Erlaß des nordrhein-westfälischen Kultusministers vom 15. August 1951 entnommen werden kann:

„Wenn z.B. ein hervorragender Hochschullehrer von einem internationalen Gremium zur Übernahme einer nur im Ausland zu erledigenden Arbeit von allgemeiner wissenschaftlicher Bedeutung aufgerufen wird, so besteht kein Zweifel daran, daß dienstliches Interesse an der Beurlaubung überwiegt. Anders ist es dagegen, wenn ein junger Dozent oder ein wissenschaftlicher Assistent um Urlaub zu Studienzwecken, zur Absolvierung von Lehrgängen oder zur Ablegung von Prüfungen bittet. In diesen Fällen steht in der Regel das persönliche Interesse im Vordergrund.“²³⁹

Letztlich hing es also von der jeweiligen Einstufung als privat oder beruflich ab, in welchem Umfang ein Hochschullehrer finanzielle Leistungen zugesprochen bekam. Je nach Bundesland konnte bei einer beruflich bedingten Freistellung die volle Lohnfortzahlung drei bis vier Monate lang gewährt werden, dann folgte allerdings eine Kürzung der Bezüge bei Verheirateten um 20% und bei Ledigen um bis zu 50%. Auch ein dem angelsächsischen „Sabbatical Leave“ vergleichbarer Anspruch auf Beurlaubung bestand nicht.²⁴⁰

Zu einem wichtigen Thema avancierte hierzulande die Freistellungsregelung für Hochschullehrer mit dem Wiederaufleben der Wissenschaftsbeziehungen zu den USA seit den frühen 1950er Jahren. Dafür gab es in erster Linie zwei Ursachen: Einerseits gewannen mit der wachsenden wissenschaftlichen Bedeutung der Vereinigten Staaten längere Forschungs- oder Fortbildungsaufenthalte deutscher Wissenschaftler in den USA immer größere Bedeutung, die somit auch von ministerieller Seite entsprechend zeitlich und finanziell abgesichert werden mußten. Andererseits lernten die deutschen Wissenschaftler während ihres Aufenthalts an amerikanischen Universitäten die dort gängige Praxis des „Sabbatical Leave“ kennen und schätzen. Dies führte im Rahmen von Berufungs- oder Bleibeverhand-

²³⁷ Vgl. oben Kapitel I.2. sowie Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee auf die Higher Education in Amerika, S. 73–101; Shils: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, S. 185–194; Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 156f.

²³⁸ Vgl. Gewährung von Urlaub zu Forschungs- und Studienzwecken – Bezahlung während dieses Urlaubs – Rechtsstellung des Urlaubvertreters, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 2/3 (1953), S. 16–19.

²³⁹ Zitiert nach ebd., S. 17.

²⁴⁰ Vgl. BayHStA, MK 68842, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen an die Bayerische Staatskanzlei, alle Ministerien sowie den Bayerischen Landtag vom 22. 7. 1949.

lungen sogar immer häufiger dazu, daß sich die oftmals mit eigenen USA-Erfahrungen versehenen Berufenen unter Hinweis auf amerikanische Gepflogenheiten den Anspruch auf ein Freisemester nach vorheriger sechssemestriger Lehrtätigkeit durch das Kultusministerium zusichern ließen.²⁴¹

Zu den frühen Befürwortern eines Forschungssemesters zählte beispielsweise Gerhard Ritter. Der ansonsten Amerikanisierungstendenzen auf universitärer und wissenschaftlicher Ebene eher ablehnend gegenüberstehende Freiburger Historiker zeigte sich in seinem 1960 erschienenen Buch über *Die Krisis des deutschen Universitätswesens* von der amerikanischen Errungenschaft des „Sabbatical Leave“, die einem Gelehrten die nötige Zeit, Muße aber auch finanzielle Absicherung für eigene Forschungsprojekte einräumte, durchaus angetan und bedauerte die in Deutschland höchst umständlichen Urlaubsregelungen:

„Man kennt in den angelsächsischen Ländern nicht das deutsche System der förmlichen, in strenger Form vollzogenen Habilitation und der feierlichen Verleihung der *venia legendi*. [...] Dazu kommt als besondere Erleichterung die amerikanische Übung, in regelmäßigen Abständen dem Professor ein ganzes Ferienjahr („sabbatical year“) zu gewähren, das oft zu großen Forschungsreisen benutzt wird und eine höchst willkommene Gelegenheit zu ungestörter literarischer Arbeit bietet. (Wir haben in Deutschland demgegenüber nur die Einrichtung von Urlaubssemestern, die als besondere Vergünstigung gewährt werden, besonders dann, wenn man einen Ruf nach ‚auswärts‘ abgelehnt hat).“²⁴²

Aufgrund der ihr attestierten „Forschungsfreundlichkeit“ kann es kaum verwundern, daß die amerikanische Praxis des „Sabbatical Leave“ gerade bei einer Institution wie der DFG auf reges Interesse stieß. Wie aus dem Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Hochschulausschusses der KMK mit der DFG vom 24. September 1956 hervorgeht, stellte DFG-Präsident Gerhard Hess den anwesenden KMK-Vertretern die Frage, ob dieser Form der Freistellung von seiten der Ministerien grundsätzlich zugestimmt werden könne, falls die notwendige Finanzierung von der DFG übernommen werde.²⁴³ Die Reaktion auf diesen Vorstoß der DFG-Führung fiel allerdings verhalten bis offen ablehnend aus. Laut Protokoll wies beispielsweise der Vertreter Bayerns im Hochschulausschuß, Ministerialrat von Elmenau, darauf hin, „daß das System des Sabbatjahres aus den USA käme; dort seien aber andere Verhältnisse. Man habe eine wesentlich höhere Zahl an Professoren und könne leicht nach 7 Semestern ein Freijahr gewähren. [...] Er empfehle bei unserem System Zurückhaltung in dieser Sache im Interesse der Studierenden.“²⁴⁴ Der Vertreter des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums, Ministerialdirigent Eberhard von Medem, sah sich anschließend sogar zu der Bemerkung verpflichtet, „daß schon heute einige Professoren ihre Lehrverpflichtungen nicht mehr genügend ernst nehmen“ würden und er es daher persönlich nicht

²⁴¹ BayHStA, MK 68630, Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Hochschulausschusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft am 24. 9. 1956 in Bonn, S. 5.

²⁴² Vgl. Ritter: *Die Krisis des deutschen Universitätswesens*, S. 18.

²⁴³ BayHStA, MK 68630, Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Hochschulausschusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft am 24. 9. 1956 in Bonn, S. 5.

²⁴⁴ Ebd.

für sehr glücklich halte, „wenn die Deutsche Forschungsgemeinschaft diese Angelegenheit jetzt groß herausstelle“.²⁴⁵

Trotz dieser Widerstände hielt die Diskussion um die Einführung des Forschungssemesters unvermindert an. Wie von Hess 1956 angekündigt, übernahm die DFG in der Folgezeit zumindest die Bezahlung für die Vertretung eines Hochschullehrers, falls diesem durch das Ministerium ein Freisemester zugestanden wurde.²⁴⁶ Zudem stieg die Tendenz, die Forderung nach einem turnusgemäß garantierten Forschungssemester im Zuge von Berufungsverhandlungen als Druckmittel einzusetzen, was sich zu einem durchaus schwerwiegenden Problem für die Hochschulverwaltungen entwickelte. „Unter Berufung auf die amerikanische Praxis eines sabbatical leave“, so ein interner Vermerk aus dem Bayerischen Kultusministerium vom 7. Februar 1963,

„haben sich in letzter Zeit die Forderungen nach Gewährung von vorlesungsfreien Forschungssemestern wesentlich verstärkt. Es wird zunehmend in Berufungs- und Rufabwendungsverhandlungen zur Regel, daß Forschungsfreisemester verlangt werden. Die Folge ist, wenigstens in einigen Ländern, daß bei den Finanzministerien die Widerstände gegen die Schaffung neuer Lehrstühle sich mehren, da eingewendet wird, daß die Lehrstuhlinhaber zunehmend beurlaubt würden. Es erwies sich deshalb als notwendig, die Gewährung von Forschungssemestern zu veranlassen, damit nicht die Hochschulverwaltungen zunehmend gegeneinander ausgespielt werden.“²⁴⁷

Um sich auf ministerieller Seite ein exaktes Bild über die Intention und Praxis des „Sabbatical Leave“ in den USA verschaffen zu können, wurde auch die damals aktuelle Untersuchung der beiden Amerikaner Eells und Hollis herangezogen. Dies belegt zumindest eine wahrscheinlich aus dem Jahre 1963 stammende Teilübersetzung von *Sabbatical Leave in American Higher Education* in den Aktenbeständen des Bayerischen Kultusministeriums.²⁴⁸

Mit dem Ziel, die überhandnehmenden individuellen Vereinbarungen im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen einzudämmen, sprach sich der Hochschulausschuß der KMK am 18. Januar 1965 schließlich für die grundsätzliche Gewährung von Forschungssemestern aus: „Dem Hochschullehrer kann, wenn es sich als unumgänglich erweist, ein vorlesungsfreies Forschungssemester gewährt werden, damit er eine größere wissenschaftliche Arbeit abschließen oder ein bestimmtes Forschungsvorhaben ausführen kann.“²⁴⁹ Voraussetzung hierfür war die Zustimmung der betroffenen Fakultät sowie das Vorhandensein einer adäquaten Vertretung. Ferner sollten dem Dienstherrn bzw. dem jeweiligen Bundes-

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Vgl. hierzu BayHStA, MK 68631, Niederschrift über die 42. Sitzung des Hochschulausschusses am 20./21. 11. 1958 in Bonn, S. 6: „Herr Zierold weist darauf hin, daß die DFG es übernommen habe, bei Gewährung von Sabbatjahren für Hochschulprofessoren einen Vertreter zu bezahlen.“

²⁴⁷ BayHStA, MK 68843, Interne Notiz betreffend die 93. Kultusministerkonferenz am 14./15. 2. 1963 in Hannover, Tagesordnungspunkt 19: Gewährung von Forschungsfreisemestern unter Weiterzahlung von Dienstbezügen vom 7. 2. 1963.

²⁴⁸ BayHStA, MK 68843, Übersetzter Auszug aus Die Entstehung und Frühgeschichte des Sabbatical Leave von Walter Cosby Eells.

²⁴⁹ BayHStA, MK 68843, Gewährung von Forschungsfreisemestern. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 18. 1. 1965.

land infolge des gewährten Forschungssemesters keine zusätzlichen Kosten entstehen.²⁵⁰ Der damalige Präsident des Hochschulverbandes, Wilhelm Felgentraeger, begrüßte zwar diese Empfehlung, wandte sich jedoch gleichzeitig in einem Schreiben an den baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn gegen die von der KMK vorgesehene Regelung, daß während des Forschungssemesters die Übernahme von vergüteten Tätigkeiten, wie z. B. regelmäßige Gastvorlesungen, ausgeschlossen sei. „Dieser Vorschlag verkennt“, wie Felgentraeger in seinem Schreiben vom 22. Februar 1965 betonte, „daß Forschungssemester häufig eigens zu diesem Zwecke genommen werden, um Gastvorlesungen, besonders im Ausland, z. B. in den USA, zu halten.“²⁵¹ Dieser Einwand des Hochschulverbandspräsidenten ist ein Beleg dafür, daß der Hinweis auf konkrete Gepflogenheiten oder Tätigkeiten in den Vereinigten Staaten in wissenschafts- bzw. hochschulpolitischen Kontroversen als stichhaltiges Argument Verwendung fanden. Hinter derartigen Äußerungen stand somit die nachvollziehbare Absicht, durch die Betonung der wie auch immer gefährdeten internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wissenschaft eigenen hochschulpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Zweifelsohne befand man sich in der Vergütungsfrage, insbesondere was Forschungsaufenthalte in den Vereinigten Staaten anbetraf, in einem gewissen Dilemma. Die fortlaufenden Zahlungen während eines Forschungssemesters konnten die im Vergleich zur Bundesrepublik weitaus höheren Lebenshaltungskosten nicht abdecken. Folglich waren die Betroffenen zusätzlich auf die finanzielle Unterstützung der jeweiligen Gastuniversität bzw. auf das Abhalten vergüteter Gastvorträge und -vorlesungen angewiesen. Allerdings hatten diese an sich notwendigen Nebeneinkünfte paradoxerweise wieder die Kürzung der staatlich gewährten Grundversorgung zur Folge. Wiederum unter Hinweis auf die gefährdete internationale Stellung der deutschen Wissenschaft bemühte sich Felgentraeger in einem im Februar 1965 an alle Kultusminister gerichteten Rundschreiben auf exakt diese Problematik hinzuweisen:

„Nach den [...] genannten Kürzungen müssen sie [die betroffenen Hochschullehrer, S. P.] den Eindruck gewinnen, als ob die Verwaltungen ihre wissenschaftlichen Bemühungen im internationalen Bereich nicht zu würdigen wissen oder gar dienstliches Interesse nicht anerkennen. Daher ist es schon in einigen Fällen von den Betroffenen wegen der wirtschaftlichen Nachteile erwogen worden, auf Auslandsaufenthalte zu verzichten. Unter diesen Voraussetzungen ist damit zu rechnen, daß die Bereitschaft deutscher Wissenschaftler, auch im Ausland zu forschen und lehrend tätig zu sein, recht bald schwinden wird. Im Zuge der immer stärker wachsenden internationalen Verflechtung der Wissenschaft sind aber deutsche Wissenschaftler zunehmend auf eine intensive Kontaktpflege mit ausländischen Kollegen und die aus eigener Anschauung erworbene Kenntnis der im Ausland erarbeiteten Methoden und Ergebnisse angewiesen. Eine Einschränkung des internationalen Austausches der deutschen Wissenschaftler würde daher ernste Folgen für das gesamte wissenschaftlichen Leben der Bundesrepublik nach sich ziehen.“²⁵²

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ BayHStA, MK 68843, Schreiben des Präsidenten des Hochschulverbandes an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz vom 22. 2. 1965.

²⁵² BayHStA, MK 68843, Schreiben des Präsidenten des Hochschulverbandes an die Kultusminister der Länder und den Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 5. 4. 1967.

Daß die hier vorgetragene Warnung nicht unbegründet war und die seit 1960 verstärkt um sich greifende Gewährung von Forschungssemestern in der Tat relativ schnell – bis heute – die Erträge der Forschung förderte, mußte auch von kultusministerieller Seite eingeräumt werden. „Sie hat“, wie im Mai 1965 der damalige Präsident der KMK gegenüber Felgentraeger betonte, „zur Angleichung des deutschen Forschungsniveaus an den internationalen Standard zweifellos beigetragen.“²⁵³

Die längst überfällige Angleichung an internationale Standards durch die Einführung der Sabbatical-Leave-Praxis war auch Gegenstand der am 6. Oktober 1965 in Essen vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft unter dem Thema *Fluktuation deutscher Wissenschaftler* einberufenen Gesprächsrunde, an der führende Vertreter der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen. Daß gerade in diesem Rahmen die Frage der Gewährung von Forschungssemestern zur Sprache kam, unterstreicht abermals die enorme wissenschaftspolitische Bedeutung dieses Themas. War es offensichtlich doch auch die Möglichkeit des „Sabbatical Leave“, die zur besonderen Attraktivität des Wissenschaftsstandorts USA und damit zur Abwanderung deutscher Wissenschaftler dorthin mitbeitrug²⁵⁴ – ein Zusammenhang, auf den bereits Helmut Schelsky 1964 hingewiesen hatte.²⁵⁵ In Essen war es nun vor allem der Münchner Physiker Reimar Lüst, der die Vorteile des „Sabbatical Year“, sowohl für die individuelle Weiterentwicklung eines Wissenschaftlers als auch im Hinblick auf dessen internationale Vernetzung, herausstellte. In Lüsts Augen schien eine Übernahme der großzügigen amerikanischen Praxis dazu geeignet, den Brain Drain in die Vereinigten Staaten einzudämmen und gleichzeitig die Internationalität der deutschen Wissenschaft zu steigern:

„Ich glaube, das sabbatical year würde uns helfen, auch in die internationalen Organisationen hineinzukommen. Es wurde von der Gefahr gesprochen, die supranationalen Organisationen [...] zögen uns die besten Kräfte ab. Ich glaube, man könnte diesem Problem durchaus durch ein verlängertes sabbatical year beikommen, wobei die Kultusverwaltungen und das Forschungsministerium mithelfen müßten. Gelänge das, hätten wir Aussichten, auch

²⁵³ BayHStA, MK 68843, Schreiben des Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister an den Präsidenten des Hochschulverbandes vom 15.5.1965.

²⁵⁴ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: *Fluktuation deutscher Wissenschaftler*, S. 33–35. Vgl. ebd., S. 34, den folgenden Wortbeitrag von Ministerialdirektor D. Sattler (Auswärtiges Amt): „In letzter Zeit vermehren sich bei uns die Anstrengungen, die Abwanderung nach den USA zu verringern. Vor allem spielt dabei die Wohnungsfrage eine große Rolle, wie in der Diskussion mehrfach festgestellt wurde. Auch das sabbatical leave, das heißt alle 7 Jahre 1 Jahr frei dort studieren zu können, wo man es für nötig hielt, übt bei den Berufungsverhandlungen eine große Anziehungskraft aus.“

²⁵⁵ Schelsky: Welche Vorstellungen bringen junge Naturwissenschaftler aus ihrem Auslandsstudium für die Reform der deutschen Hochschulen mit?, S. 55: „Auch hier bietet das amerikanische System bessere Möglichkeiten der Lehre und der Forschung: die Assistenten hätten die Möglichkeit, sich früh in einer Lehrtätigkeit zu bewähren, weil sie zur Leitung von Kursen und Vorlesungen über ihr Spezialgebiet herangezogen würden. [...] Die Forschung würde vor allem durch eine erheblich größere Anzahl von Planstellen für Forschungsassistenten gefördert; auch die Tatsache, daß Professoren selbst, etwa in Form von Fellowships, sich längere Zeit nur der Forschung widmen können, oder die großzügige Gewährung von ‚sabbatical leave‘ wird als Vorteil des amerikanischen Systems angesehen und für uns empfohlen.“

unsere Wissenschaftler dort hineinzubekommen. Sie brauchten sich dann nicht mehr zu sagen: Ich muß nach Amerika gehen, denn dort allein habe ich sehr große Chancen!“²⁵⁶

Insgesamt betrachtet war die sich seit den 1960er Jahren vollziehende sukzessive Einführung der eingedeutschten Version des „Sabbatical Leave“ durchaus erfolgreich, obgleich weiterhin gravierende Unterschiede zum amerikanischen Vorbild – nicht zuletzt im Hinblick auf die Dauer der Freistellung – bestehen blieben. Bereits gegen Ende der sechziger Jahre hatte sich die Gewährung von Forschungssemestern an den meisten westdeutschen Hochschulen als gängige Praxis durchgesetzt. Ursprünglich als Druckmittel in Berufungs- oder Rufabwendungsverhandlungen angewandt, fand das Prinzip des Forschungssemesters nach anfänglichen Widerständen auch auf kultusministerieller Ebene wachsende Unterstützung. Unter Betonung der Bedeutung des „Sabbatical Leave“ für die universitäre Forschung in den USA wurde die Einführung des Forschungssemesters schließlich als probates Mittel betrachtet, die Qualität und damit auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wissenschaft zu steigern. Ein förmlicher Rechtsanspruch auf Freistellung bestand jedoch auch weiterhin nicht, selbst in denjenigen Bundesländern, die sich Anfang der 1970er Jahre in ihren eben erst verabschiedeten Hochschulgesetzen zur Gewährung von Forschungssemestern ausdrücklich bekannten. Entsprechende Bestimmungen wurden in den Hochschulgesetzen von Hessen (1970) und Baden-Württemberg (1973) verankert, die exemplarisch für die damalige Handhabung der Freistellung in der Bundesrepublik stehen. „Im Einvernehmen mit dem Fachbereich“, so §44 des hessischen Hochschulgesetzes,

„soll der Kultusminister nach Absprache mit dem Präsidenten Hochschullehrer zur Förderung eigener Forschungstätigkeit in angemessenen Zeitabständen für die Dauer von sechs Monaten, in begründeten Ausnahmefällen auch länger, von Lehr- und Prüfungsverpflichtungen befreien, wenn eine ausreichende Vertretung gewährleistet ist. Ein solcher Hochschullehrer kann auf Antrag beurlaubt werden. Der Anspruch auf die Dienstbezüge einschließlich der Unterrichtsgeldpauschale bleibt unberührt. Während eines Forschungssemesters nimmt der Hochschullehrer an der Selbstverwaltung teil, falls er nicht eine Beurlaubung beantragt hat.“²⁵⁷

Bemerkenswert im Fall dieses Transferprozesses ist, in welcher kurzen Zeit sich die aus den USA entlehnte Praxis des Forschungssemesters zu einem festen Bestandteil des wissenschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik entwickelte. Die Zahl der beantragten und gewährten Freistellungen stieg binnen weniger Jahre derart rapide an, daß sich die DFG kaum noch in der Lage sah, weiterhin die anfallenden

²⁵⁶ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Fluktuation deutscher Wissenschaftler, S.34.

²⁵⁷ Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 12.5.1970, in: WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik, S.175. Vgl. hierzu auch Hochschulgesetz Baden-Württemberg in der Fassung vom 27.7.1973, in: ebd., S.45 §29: „Für die Dauer eines Semesters oder ausnahmsweise für einen längeren Zeitraum kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit der Universität beamtete Universitätslehrer auf Antrag zur Förderung einer Forschungstätigkeit von der Verpflichtung zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen und der Teilnahme an Prüfungen unter Belassung ihrer Dienstbezüge einschließlich der Unterrichtsgeldabfindung in angemessenen Zeitabständen befreien, wenn eine ausreichende Vertretung gewährleistet ist.“

Vertretungskosten zu übernehmen.²⁵⁸ In einem 1972 erschienenen Artikel rief der Hochschulverband seine Mitglieder daher auf, der Geschäftsstelle „Vorschläge und Anregungen“ zu unterbreiten, wie die Finanzierung des Forschungssemesters auch in Zukunft gesichert werden könne.²⁵⁹ Ihr außergewöhnliches Engagement gerade in dieser Frage verband die Standesvertretung der deutschen Hochschullehrerschaft mit der Feststellung: „Ein Forschungssemester bildet für viele Hochschullehrer [...] die einzige Möglichkeit zu intensiver Forschung.“²⁶⁰

Zwei Jahre nach diesem „Aufruf“ beschrieb der damalige Vizepräsident des Hochschulverbandes, der an der TU Berlin lehrende Architekt Friedrich Wilhelm Krahe, am Ende eines eigenen Forschungssemesters dessen im Rahmen eines modernen Wissenschafts- und Hochschulbetriebs kaum noch wegzudenkende Bedeutung:

„Während man im englischen Ausland die Tradition des sabbatical years pflegt, hat sich in Deutschland das Forschungssemester, als Halbjahr durchgesetzt. [...]. Nun weiß man aus Erfahrung, daß für Forschung in den meisten Fällen eine ungestörte Zeit ohne Ablenkung erforderlich ist, etwa für das Inangsetzen eines Projekts oder für die Auswertung. Man weiß auch, daß zusammenhängende Zeiträume im Lehrbetrieb nicht zur Verfügung stehen, weil man sich stets nur für Stunden, manchmal für ein bis zwei Tage freimachen kann. Und dies ist an einer Massenuniversität mehr der Fall als in der Vergangenheit. [...]. Das Forschungssemester ist also bestimmt, um einen Hochschullehrer die für die ungestörte, möglichst wenig abgelenkte Forschungsarbeit notwendige Zeitspanne zu garantieren, damit er ohne den Streß des täglichen Universitätslebens sich ganz einer wissenschaftlichen Aufgabe widmen kann.“²⁶¹

5. Hochschulrat und „Public Relations“: Zum Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit

Die Frage nach einer Neugestaltung des Verhältnisses von Universität und Öffentlichkeit hatte durch die Katastrophe des Dritten Reiches auf drastische Weise an Bedeutung gewonnen. Wie schon erwähnt, waren es in erster Linie die beiden anglo-amerikanischen Besatzungsmächte gewesen, die gerade in dieser Hinsicht ein fundamentales Defizit des deutschen Universitätssystems erkannten.²⁶² Vor allem aus amerikanischer Perspektive hatten die Universitäten während des Nationalsozialismus versagt, ja für viele amerikanische Beobachter galt die deutsche Universität als *der* Hort von Nazismus und Militarismus schlechthin. „The German University, above all“, so die Einschätzung Paul R. Neureiters im „Journal of Higher Education“ vom April 1946,

²⁵⁸ Vgl. BayHStA, MK 68630, Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Hochschulausschusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft am 24. 9. 1956 in Bonn, S. 5.

²⁵⁹ Forschungssemester sind gefährdet, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1972), S. 158.

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Friedrich Wilhelm Krahe: Was tut der Professor im Forschungssemester?, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1974), S. 173–177, hier S. 173f. (Zitat).

²⁶² Vgl. Kapitel II.6.

„must be kept in the sharp and never wavering focus of surveillance. Sheer prudence urges such a course. With its undisputed distinction in research, and its equally undisputed record of collaboration with the General staff and the war-important industries, the German university has furnished one of the main props for German militarism.“²⁶³

Nichtsdestotrotz war sich die amerikanische Besatzungsmacht auch der zentralen Rolle der deutschen Universitäten in einem künftig demokratisch verfaßten Staatswesen bewußt, sollten doch hier die Eliten eines neuen und zugleich antitotalitären Deutschland ausgebildet werden.²⁶⁴ Neben der Entnazifizierung des Lehrkörpers, der Reform der Hochschulverfassungen sowie der Förderung demokratie- und kulturpolitisch relevanter Disziplinen wie der Amerikanistik oder Politikwissenschaft stand in diesem Zusammenhang auch eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Universität und Öffentlichkeit auf der amerikanischen Reformagenda. Dem lag der schlichte und ebenso zutreffende Befund zugrunde, daß gerade in der Weimarer Republik kaum demokratiepolitische Impulse von den Universitäten in die deutsche Gesellschaft ausgegangen waren, die ihrerseits zur Stabilisierung der jungen Weimarer Demokratie vor der Herausforderung des Nationalsozialismus hätten beitragen können. Im Gegenteil: das traditionell elitäre Selbstverständnis der Universitäten und die mehrheitlich nationalkonservative bzw. nationalliberale – wohlgemerkt noch nicht nationalsozialistische – Gesinnung der Professorenschaft ließ diese gegenüber der Weimarer Republik eine eher distanziert bis offen ablehnende Haltung einnehmen.²⁶⁵ Hinzu trat die prekäre finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklung der Zwischenkriegsjahre, die auch vor den Toren der Hochschulen nicht haltgemacht hatte und dementsprechend das Vertrauen auch der Professorenschaft in das neue Staatswesen weiter schmälerte. Zwar wurde die wachsende Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung gegen Ende der Weimarer Republik auch von einem Großteil der Hochschullehrerschaft mit wachsender Sorge beobachtet, doch führte dies weniger zu einem aktiven Engagement für den Erhalt der Demokratie als vielmehr zu einer sukzessiven Abschottung gegenüber der Gesellschaft.²⁶⁶ Das ambivalente Bild vom „Elfenbeinturm“ wurde schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit von amerikanischen Hochschulexperten zur Charakterisierung der deutschen Universitäten verwendet. „If the war spirit should be renascent in Germany“, so Neureiters unmißverständliche Warnung in bezug auf die Universitäten, „we may be sure that it will be incubated in the deceptively ‚ivy-covered‘ halls.“²⁶⁷ Und Fritz Karsen sprach im September 1946 von den Universitäten sogar als „states in the state“, die sich von der übrigen Gesellschaft abgeschottet hätten.²⁶⁸

²⁶³ Neureiter: Watch the German Universities, S. 171.

²⁶⁴ Vgl. u. a. den Beitrag von Cumming: What is happening in the German Universities, S. 167–181, besonders S. 167.

²⁶⁵ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S. 1; IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty/Donald Cottrell: Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany (25.4.1947), S. 2.

²⁶⁶ Müller: Geschichte der Universität, S. 94.

²⁶⁷ Neureiter: Watch the German Universities, S. 171.

²⁶⁸ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S. 1.

Um die Beziehungen zwischen den Hochschulen und der Öffentlichkeit künftig auf eine neue Basis zu stellen, sahen die amerikanischen Reformvorschläge daher u. a. die Schaffung von Hochschulräten vor. In Anlehnung an amerikanische Boards of Trustees bzw. Boards of Regents sollten diese aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammengesetzten Gremien den Hochschulen nicht nur beratend zur Seite stehen, sondern auch die Universitätsleitung bei ihren Aufgaben soweit als möglich aktiv unterstützen. In einem der wichtigsten hochschulpolitischen Dokumente der Besatzungszeit, dem Paty-Cottrell-Report vom April 1947, hieß es hierzu:

„Consideration should be given to the establishment of an Advisory Board composed of outstanding citizens to be appointed by the Minister of Education and Culture of the land for staggered terms of office and free from political party control. These members should be representatives of business and industry, labor, the professions and graduates of the University. The Advisory Board would not exercise legislative or executive functions but would bring to the fore the interests of the community and the people when deliberations upon major university policy were in process. It would also serve to assist the Rector and other university officials in interpreting the interests of the university to the constituted legislative authorities and to the public at large.“²⁶⁹

Auf deutscher Seite hatte der Gedanke einer institutionalisierten Schaltstelle zwischen Universität und Öffentlichkeit anfangs höchst unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Auf dem am 18. Juli 1947 in Schönberg stattfindenden ersten gemeinsamen Hochschultag des britischen und amerikanischen Besatzungsgebietes sprachen sich die dort versammelten Hochschulrektoren zwar grundsätzlich für eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen aus, lehnten aber die von der amerikanischen und auch britischen Besatzungsmacht angeregte Einrichtung von Hochschulräten ab. Statt dessen empfahl die Konferenz in eher allgemeiner Form, „die an den deutschen Hochschulen vorhandenen Einrichtungen zur Verbindung zwischen Öffentlichkeit und Hochschule auszubauen und vor allem dort, wo die Hochschulen mit ihrer Arbeit über ihren eigenen Rahmen hinauszielen, Vertreter der Öffentlichkeit verantwortlich zu beteiligen“.²⁷⁰ Welche „vorhandenen Einrichtungen“ hierbei konkret gemeint waren und wie eine solche Beteiligung von „Vertretern der Öffentlichkeit“ aussehen sollte, blieb offen. Diese Empfehlung zeigt vielmehr den in den ersten Nachkriegsjahren deutlich spürbaren Beharrungswillen der Hochschulen. Nicht Reform, sondern Restauration lautete damals die unter den Rektoren vorherrschende Devise.²⁷¹ Demgemäß mußte auch Karsen in einer Anfang August 1948 vor Angehörigen der amerikanischen Hochschulabteilung gehaltenen Grundsatzrede einräumen, daß die Einrichtung von Boards nach amerikanischem Vorbild bislang am Widerstand der Professorenschaft gescheitert sei. „An institution similar to the Boards of Trustees existing in America“, so

²⁶⁹ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Raymond Paty/Donald Cottrell: Certain Problems in the Reorganization of Higher Education in Germany, S. 3.

²⁷⁰ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 28. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die ebd., S. 30f., abgedruckten Schlußsätze der Diskussion des Erweiterten Verfassungsausschusses der Rektorenkonferenz der amerikanischen Zone in Heidelberg vom 21./22. 4. 1947, die als unmittelbare Reaktion auf den Paty-Cottrell-Report gewertet werden können.

²⁷¹ Vgl. Kapitel II.2.

Karsen, „has been suggested by us. But in this respect the University professors were adamant. Their interpretation of autonomy does not admit interference by outside forces in the affairs of the University.“²⁷²

Neuen Auftrieb erhielt die Diskussion über Sinn und Zweck von Hochschulräten bzw. Kuratorien im Zuge des von anglo-amerikanischen Reformvorstellungen beeinflussten Blauen Gutachtens (1948), das zur Förderung der Beziehungen zwischen Hochschule und Gesellschaft die Einrichtung gleich zweier Gremien vorsah. Ein größerer „Hochschul-Beirat“, zusammengesetzt aus „Vertretern von verschiedenen unpolitischen Körperschaften“, sollte als Bindeglied zwischen Hochschule und Öffentlichkeit fungieren. „Ferner soll der Hochschul-Beirat“, wie es hierzu im Blauen Gutachten weiter hieß,

„weite Kreise der Bevölkerung und der Wirtschaft für die finanzielle Unterstützung der Hochschule gewinnen. Durch die Mitglieder des Hochschul-Beirates werden die Anliegen der Hochschule in verschiedene Kreise der Bevölkerung getragen, und umgekehrt tragen die Mitglieder [...] Gesichtspunkte in die Diskussion der Hochschulangelegenheiten, die den vorwiegenden mit den Fragen der Forschung beschäftigten akademischen Lehrern oft fremd sind.“²⁷³

Demgegenüber sollte das zweite vorgesehene Gremium, der jeweils zu einem Drittel aus Mitgliedern des Hochschul-Beirates, des Universitätssenats sowie Vertretern der Landesregierung bestehende „Hochschulrat“ auch ein Initiativrecht und weitreichende Haushaltskompetenzen erhalten.²⁷⁴ Diese vergleichsweise starke Stellung des Hochschulrates innerhalb der Hochschulverwaltung kam der Funktion eines amerikanischen Boards relativ nahe. „Der Hochschulrat trägt“, so sahen es die Empfehlungen vor,

„die Verantwortung für die Verwaltung der Hochschule. Er stellt den Haushaltsplan auf und verteilt die Etatmittel, die vom Staat der Hochschule global überwiesen werden. [...]. Der hauptamtliche Präsident des Hochschulrates residiert mit seiner Kanzlei im Gebäude der Hochschule. Er gewährleistet die Kontinuität der Verwaltung der Hochschule. In einem geregelten Zusammenwirken mit dem Rektor vertritt er die Gesamtinteressen der autonomen Hochschule gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit sowie gegenüber Gruppeninteressen innerhalb der Hochschule. Er übernimmt damit u.a. die Funktionen, die bisher an vielen Hochschulen vom Kurator ausgeübt wurden.“²⁷⁵

Wie nicht anders zu erwarten, fielen die Reaktionen auf diese der deutschen Universitätstradition fremden Reformvorschläge höchst unterschiedlich aus. Während die mögliche Einführung eines lediglich beratenden Hochschul-Beirates als Bindeglied zwischen Universität und Öffentlichkeit fast durchweg positiv aufgenommen wurde, stieß die Konstruktion eines einflussreichen, nach amerikanischem Vorbild in die unmittelbaren Universitätsgeschäfte eingreifenden Hochschulrates erneut auf breite Ablehnung.²⁷⁶ Ruth Maccarios ausführliche Definition des Aufbaus, der Aufgaben und der Rolle des Board innerhalb des amerikanischen Uni-

²⁷² IfZ, OMGUS 5/291-3/12, Address by Dr. Fritz Karsen, Chief of Higher Education in the U.S. Military Government of Germany (4.8.1948), S.2.

²⁷³ Studienausschuß für Hochschulreform: Gutachten zur Hochschulreform, S.41.

²⁷⁴ Ebd., S.43.

²⁷⁵ Ebd., S.48.

²⁷⁶ Vgl. Stellungnahme der Heidelberger Studentenschaft zur Hochschulreform vom 8.3.1949 in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, S.129f.

versitätsgefüges macht deutlich, wie fremd ein solches Gremium dem staatlichen deutschen Hochschulwesen war:

„Die verantwortliche Leitung und Verwaltung der Hochschulen liegen in den Händen eines Verwaltungsrates (board of trustees oder board of regents), dessen Mitgliederzahl bei den einzelnen Institutionen zwischen 3 und mehr als 100 variiert. [...]. In öffentlichen Institutionen werden meistens die Verwaltungsratsmitglieder vom Regierungspräsidenten des jeweiligen Staates benannt und vom Senat bestätigt. [...]. In den privaten Institutionen wählen die Verwaltungsratsmitglieder – oder ein Teil von ihnen – gewöhnlich ihre eigenen Nachfolger [...]. Einige werden häufig von ehemaligen Schülern gewählt. Die meisten privaten Institutionen haben mindestens 15 Verwaltungsratsmitglieder. In den Verwaltungsrat einer Hochschule gewählt zu werden, gilt als hohe Ehre. Der Präsident gehört dem Rat ex officio an. [...]. Die Mitglieder sind meistens Stifter und bekannte, in hohem Ansehen stehende Persönlichkeiten, die allerdings auf dem Gebiet des Erziehungswesens im großen und ganzen Laien sind. Ihre Aufgabe ist in erster Linie, für die finanziellen Belange zu sorgen. Der Verwaltungsrat ist der legale Vermögensverwalter der privaten Hochschulen. Er allein ist verfassungsberechtigt über Kapitalinvestitionen, Aktienverkauf etc. [...]. Der Rat tritt etwa zweibis viermal im Jahr zusammen. Eine seiner schwerwiegendsten Aufgaben ist die Wahl des Präsidenten. Die Mitgliedschaft besteht in privaten Institutionen häufig auf Lebenszeit. [...]. In staatlichen Hochschulen ist die Wahl zumeist auf eine bestimmte Anzahl von Jahren begrenzt.“²⁷⁷

Es steht außer Frage, daß die Einführung eines derartigen Gremiums das althergebrachte deutsche Verständnis von der universitären Selbstverwaltung erschüttert hätte. Bemerkenswerterweise bestand in dieser Einschätzung weitgehende Einigkeit zwischen Studenten, Professoren und Rektoren. Bezugnehmend auf die im Blauen Gutachten getroffene Unterscheidung von „Hochschulrat“ und „Hochschul-Beirat“ positionierte sich sowohl die Heidelberger Studentenschaft in ihrer *Stellungnahme zur Hochschulreform* (8. März 1949) als auch wenige Jahre später die WRK (30. Juli 1952) klar gegen einen Hochschulrat nach amerikanischem Muster.²⁷⁸

²⁷⁷ Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika (1966), S. 26f.

²⁷⁸ Vgl. hierzu Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 129f.: „Der Ausschuß lehnt die Einrichtung eines Hochschulrates, der die Verantwortung für die Verwaltung der Hochschule tragen soll, ab, da hierdurch in einer durch keine besonderen Notstände gerechtfertigten Weise dem Senat und Rektor ihre Funktionen entzogen werden und statt dessen universitätsfremden Einflüssen nicht überschaubare Möglichkeiten eingeräumt werden. [...]. Die Einrichtung eines jährlich mindestens einmal zusammen tretenden Hochschulbeirates, der sich aus Vertretern aller an der Hochschule interessierten Kreise der Bevölkerung zusammensetzt, wird vom Ausschuß begrüßt. Es scheint dringend notwendig zu sein, Kreise der Industrie und des Handels, der akademischen Berufsverbände und wissenschaftlichen Gesellschaften stärker am Leben der Hochschule zu interessieren und damit den Rat und die Hilfe (vor allem auch die finanzielle Unterstützung) weiterer Kreise der Öffentlichkeit für die Hochschule fruchtbar zu machen.“ Die WRK ihrerseits ging in diesem Zusammenhang auf den Vorschlag zur Einrichtung eines Hochschulrates überhaupt nicht mehr ein und bezog sich in ihrem Kölner Beschluß nur noch auf den Hochschulbeirat. Vgl. ebd., S. 45: „Die Rektorenkonferenz hat auch die Frage der Hochschulbeiräte wieder behandelt. Sie empfiehlt den Hochschulen, die diese Einrichtung noch nicht besitzen, Hochschulbeiräte zu gründen. Solche Institutionen bieten die beste Möglichkeit, gemeinsame Probleme von Hochschule und Öffentlichkeit fruchtbar zu erörtern und in der Aussprache der Klärung und Lösung näher zu bringen.“

Eine neue Dimension erfuhr die Diskussion um das Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit Anfang August 1952 durch die Hinterzartener Empfehlungen. Neben der Einrichtung von Hochschulbeiräten sprachen sich diese ganz im Sinne des Blauen Gutachtens erstmals auch für die Gründung universitärer Pressestellen aus. Hierbei handelte es sich um eine Idee, die maßgeblich von dem in den USA seit ca. 1900 an Bedeutung gewinnenden Konzept der sogenannten Public Relations (PR) beeinflusst war und nur wenige Jahre später einen enormen Auftrieb erhalten sollte.²⁷⁹

Obgleich Öffentlichkeitsarbeit, so die sicherlich treffendste deutsche Umschreibung für PR, gemäß neueren Studien keineswegs als bloßer Nachkriegsimport aus den USA angesehen werden kann²⁸⁰, steht dennoch außer Frage, daß die massive Ausbreitung dieser Methode nach 1945 – zunächst vor allem in Politik und Wirtschaft – in einem nicht zu unterschätzenden Maße auf die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der PR in den Vereinigten Staaten zurückgeführt werden kann.²⁸¹ Dies belegt nominell wie inhaltlich auch die Gründung der „Deutschen Public Relations Gesellschaft“ im Jahre 1955, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, einschlägige Aktivitäten auf diesem Gebiet zu verzeichnen und über berufsethische Grundsätze zu wachen.²⁸² „Die Einführung der PR in anderen Ländern außerhalb der USA“, so Hans Kronhuber in seinem 1972 erschienenen Buch *Public Relations. Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit*, „nahm geraume Zeit in Anspruch. Europa verhielt sich während der Zwischenkriegszeit abwartend [...]. Erst nach 1945, im Zusammenhang mit der rasanten Konjunkturentwicklung, vermochten sich die PR in den Ländern Westeuropas durchzusetzen.“²⁸³

In den USA wurden professionelle PR als gezielte Form der Öffentlichkeitsarbeit allerdings nicht nur von Wirtschaftsunternehmen, sondern auch von Universitäten betrieben. Erste Aktivitäten in diese Richtung können seit 1900 beobachtet werden, die im Zuge der auch wissenschaftspolitisch nicht unerheblichen Zäsur von 1945 weiter intensiviert wurden.²⁸⁴ Eine derartige Entwicklung kann bei einem Universitätssystem kaum überraschen, in dem der private Sektor seit jeher

²⁷⁹ Zu den Hinterzartener Empfehlungen vgl. ebd., S. 404–406.

²⁸⁰ Zur eigenständigen Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland vor 1945 vgl. Michael Kunczik: *Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland*, Köln/Weimar/Wien 1997, insbesondere S. 1–5.

²⁸¹ Zur frühen Rezeption der amerikanischen Public Relations seitens der deutschen Betriebswirtschaftslehre vgl. u. a. Carl Hundhausen: *Public Relations. Ein Reklamekongreß für Werbefachleute der Banken in den USA*, in: *Die Deutsche Werbung* 19 (1973); Hans-Günther Abromeit: *Amerikanische Betriebswirtschaft. Die Praxis der Unternehmen in den USA*, Wiesbaden 1953, S. 241–243; sowie Albert Oeckel: *Öffentlichkeitsarbeit in Theorie und Praxis*, in: *DUZ* 11 (1961), S. 25–28.

²⁸² Hans Kronhuber: *Public Relations. Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit*, Darmstadt 1972, S. 17.

²⁸³ Ebd., S. 21.

²⁸⁴ Vgl. hierzu die grundlegende Arbeit von Waldo Emerson Reck: *Public Relations. A Program from Colleges and Universities*, New York, London 1946, S. 3. Zur Entwicklung, Bedeutung und Aufgabenstellung der Öffentlichkeitsarbeit an amerikanischen Hochschulen vgl. ferner Christopher E. Persons: *Public Relations for Colleges and Universities*, Washington D.C. 1962, und Sidney Kobre: *Successful Public Relations for Colleges and Universities*, New York 1974.

eine im Vergleich zu Deutschland zentrale Rolle einnimmt. Die Außenwirkung gegenüber der Öffentlichkeit sowie die Unterhaltung enger Beziehungen zu ihren Absolventen (Alumni) war und ist für private ebenso wie für staatliche amerikanische Universitäten nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen von fundamentaler Bedeutung. Wie umfassend der Begriff der PR auf Hochschulebene in den USA verstanden wurde, beschrieb bereits 1946 Waldo Emerson Reck, der damalige PR-Direktor der Colgate University, in seinem Buch *Public Relations. A Program for Colleges and Universities*:

„It should be evident by this time, that the public relations of any institution can be defined as the sum total of all the impressions made by the institution itself and the various persons connected with it. The appearance, the action, the speech and the writings of every person associated with a college contribute toward the general impression of the institution, and any adverse opinion created, whether it be by the president, a student or the switchboard operator, may have far-reaching effects.“²⁸⁵

Dank einer breitangelegten Öffentlichkeitsarbeit läßt sich das Verhältnis zwischen Universitäten und Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten somit schon bei Kriegsende 1945 als eng und transparent bezeichnen, während in dieser Hinsicht hierzulande noch bis weit in die 1970er Jahre hinein ein eklatanter Nachholbedarf bestand. Trotz dieser zeitlichen Verzögerung steht außer Frage: Hauptverantwortlich für die allmähliche Bewußtseins-schärfung bezüglich der Notwendigkeit universitärer PR waren letztendlich die entsprechenden Impulse der amerikanischen Besatzungsmacht, wie der Soziologe Henning Escher in seinem 2001 erschienenen Buch *Public Relations für wissenschaftliche Hochschulen* ausdrücklich betont hat: „Die seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch die amerikanischen Alliierten in Deutschland verbreitete Öffentlichkeitsarbeit hielt ihren Einzug auch in die Hochschulen.“²⁸⁶

Tatsächlich zeigten sich 1952 die Teilnehmer der Hinterzartener Arbeitstagung von der Notwendigkeit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit auf Universitätsebene durch die Einrichtung eigener Pressestellen überzeugt.²⁸⁷ Daß hier möglicherweise amerikanische PR-Vorstellungen ganz unmittelbar in die Empfehlungen miteingeflossen sein könnten, erscheint allein deshalb naheliegend, da die unter dem Vorsitz des Freiburger Historikers Gerd Tellenbach abgehaltene Tagung von amerikanischer Seite maßgeblich mitinitiiert und -finanziert worden war.²⁸⁸ Ganz im Sinne einer professionellen und in dieser umfassenden Form damals an deutschen Universitäten noch weitgehend unbekannten Öffentlichkeitsarbeit hieß es damals zu den geforderten universitären Pressestellen:

„Mitteilungen aus dem Leben der Hochschulen sollten nicht allein als Einzelnachrichten bekannt gemacht werden, sondern auch in Form regelmäßiger Zusammenstellungen und,

²⁸⁵ Reck: *Public Relations*, S. 8.

²⁸⁶ Henning Escher: *Public Relations für wissenschaftliche Hochschulen. Systemtheoretische Grundlagen und exemplarische Modellierungen im Wettbewerbsumfeld*, München 2001, S. 13.

²⁸⁷ Zur Bedeutung der Hinterzartener Empfehlungen im Rahmen der Einführung universitärer Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland vgl. ebd.

²⁸⁸ Siehe den entsprechenden Kommentar bei Neuhaus: *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, S. 629f. Nr. 26.

wenn möglich, durch Pressekonferenzen. Kommentierende Artikel in der Lokalpresse sowie grundsätzliche Aufsätze, die gegebenenfalls auch an die übrige Presse zu leiten wären, sind geeignet, das Interesse der Öffentlichkeit an den Hochschulen zu intensivieren. Das gleiche gilt für Publikation durch den Rundfunk. Auch die Möglichkeiten, welche der Film bietet, sollten genutzt werden. Die Hochschulen werden alle diese Verbindungen mit der Öffentlichkeit immer mehr als selbstverständlich und im öffentlichen Charakter ihrer Institution gelegen ansehen. Pressestellen als Organe der Hochschulen dienen diesen Aufgaben.“²⁸⁹

In Hinterzarten entstand auch erstmals der gleichfalls von angelsächsischen Vorbildern beeinflusste Gedanke, die Arbeit der Pressestellen durch die Herausgabe eigener Universitätszeitungen, in denen regelmäßig aus dem universitären Alltag berichtet werden sollte, zu ergänzen: „Die Kommission ist der Meinung, daß auch gut geleitete Hochschulzeitungen [...] die Aufgabe der Pressestellen ergänzen können.“²⁹⁰

Wie aber sah die Öffentlichkeitsarbeit an amerikanischen Hochschulen konkret aus bzw. welches Bild von dieser wurde in Deutschland vermittelt? Aufschluß über diese Frage gibt erneut Maccarios grundlegende Studie über *Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten*:

„Die Öffentlichkeitsarbeit spielt eine wichtige Rolle. An nahezu jeder Hochschule gibt es eine *public relations* Abteilung, die den Kontakt mit der Öffentlichkeit generell und speziell mit den künftigen Studenten herstellt, die Verbindung und das Interesse der ehemaligen Schüler pflegt und eventuelle Spender und Stifter mit den finanziellen Nöten der Hochschule vertraut macht.“²⁹¹

Maccario wies zudem darauf hin, daß sich die meisten amerikanischen Hochschulen nicht nur der klassischen Printmedien, sondern auch technischer Errungenschaften wie dem Radio oder Fernsehen bedienten, ja z.T. eigene Radio- und Fernsehstationen zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit unterhielten. Ein weiteres wichtiges Element der Public Relations Maßnahmen auf Hochschulebene sah Maccario ferner in den regelmäßig vom Präsidenten veröffentlichten Jahresberichten, die jedem Interessierten einen genauen Einblick in das finanzielle Gebaren, die aktuellen Tätigkeiten und künftige Projekte der jeweiligen Hochschule geben.²⁹²

Im Verlauf der 1950er Jahre kam es jedoch weder zu einer flächendeckenden Einrichtung von Hochschulräten noch zu einer gezielten Anwendung von PR-Methoden, um das Verhältnis von Hochschule und Öffentlichkeit nachhaltig zu verbessern. Zu sehr bestimmte in diesem Zeitraum noch der materielle und personelle Wiederaufbau den hochschulpolitischen Maßnahmenkatalog. Erst mit der Intensivierung der Hochschulreformdebatte um 1960 erhielt die Frage nach der Außenwirkung der Universitäten und damit nach deren gesellschaftlicher Akzep-

²⁸⁹ Ebd., S. 405.

²⁹⁰ Ebd., S. 406.

²⁹¹ Maccario: *Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten* (1966), S. 29.

²⁹² Ebd.: „Viele Hochschulen bedienen sich des Radios und des Fernsehens, um der Öffentlichkeit zu berichten. Manche haben eigene Fernsehstationen eingerichtet (z.B. Michigan State University und die Universitäten von Illinois, Nebraska, North Carolina, Washington und Wisconsin) und andere entsprechende Abkommen mit nächstgelegenen Fernsehstationen.“

tanz erneut an Gewicht; bedeuteten doch die vorgesehenen Reformen und in besonderem Maße die geplanten Universitätsneugründungen eine immense Belastung für den Staatshaushalt.²⁹³ In dieser Situation sahen sich Hochschule und Wissenschaft zunehmend gezwungen, ihre derzeitige und künftige Relevanz gegenüber der Gesellschaft deutlich zu machen. „Der letzte Steuerzahler muß“, wie Heinz Theodor Jüchter 1964 die Notwendigkeit von PR-Maßnahmen im Bildungsbereich begründete, „die Bedeutung der öffentlichen Ausgaben für den Ausbau und die Reform unseres Bildungswesens akzeptieren.“²⁹⁴ Gleichzeitig hatten Publikationen wie Georg Pichts 1964 erschienenes Buch *Die deutsche Bildungskatastrophe* in großen Teilen der Bevölkerung zu einer spürbaren Sensibilisierung für bildungs- bzw. hochschulpolitische Belange beigetragen.²⁹⁵ Zusätzliche gesellschaftliche Brisanz erhielten die Themen Hochschulpolitik und -entwicklung durch die 1964/65 einsetzenden Studentenproteste sowie im weiteren Verlauf der sogenannten 68er-Bewegung, deren Auswirkungen nicht nur die Universitäten, sondern die gesamte Bundesrepublik, ja ganz Westeuropa und die USA erfassen sollten.²⁹⁶

Somit boten die hochschul- und gesellschaftspolitischen Ereignisse der sechziger Jahre das entsprechende Umfeld, um die bis dato eher distanzierten Beziehungen zwischen Hochschulen und Öffentlichkeit mehr oder weniger notgedrungen auf eine neue Basis zu stellen.²⁹⁷ Daß hierbei speziell auf seiten der Hochschulen ein enormer Nachholbedarf bestand, veranschaulicht ein Beschluß der WRK vom Februar 1966, in dem sich diese – wohl mit Blick auf die USA – für eine Professionalisierung der universitären Öffentlichkeitsarbeit aussprach. „Die Zusammenarbeit der Hochschulen mit Presse, Rundfunk und Fernsehen“, so die WRK in richtiger Einschätzung der Lage, „gehört heute, in der Zeit einer außergewöhnlichen öffentlichen Aufmerksamkeit, zu den notwendigen Aufgaben der Universität. Unbeschadet der bisherigen ehrenamtlichen Bemühungen einzelner Hochschullehrer um eine Verbesserung dieser Zusammenarbeit sollten die Hochschulen für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit eine besondere Pressestelle einrichten.“²⁹⁸ Tatsächlich war es seit den frühen 1960er Jahren immer häufiger zur Ernennung zu meist nebenamtlicher Pressereferenten – in der Regel Mitglieder des Lehrkörpers – an den Hochschulen gekommen, jedoch nur vereinzelt – wie von der WRK vorgeschlagen – zur Einrichtung hauptamtlich geführter Pressestellen.²⁹⁹

Auf den trotz aller Bemühungen letztlich unbefriedigenden Stand der universitären Öffentlichkeitsarbeit wurde auch seitens der Presse, die schließlich als Hauptscharnier zwischen Hochschule und Öffentlichkeit fungierte, mit Nach-

²⁹³ Escher: Public Relations für wissenschaftliche Hochschulen, S. 13f.

²⁹⁴ Heinz Theodor Jüchter: Bildungsplanung, freie Gesellschaft und Verbände, in: Bildungsplanung und Ökonomie, Göttingen 1964, S. 11–125, hier S. 122 (Zitat).

²⁹⁵ Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg i.Br. 1964.

²⁹⁶ Vgl. hierzu Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis, S. 632–643.

²⁹⁷ Vgl. Escher: Public Relations für wissenschaftliche Hochschulen, S. 15.

²⁹⁸ BayHStA, MK 68771, Empfehlungen der LV. Plenarversammlung zum Ausbau der akademischen und allgemeinen Verwaltung in den Universitäten vom 1.2.1966.

²⁹⁹ Vgl. exemplarisch Jan M. Rahmelow: Pressereferent an einer Universität – zum Beispiel in Freiburg, in: Freiburger Universitätsblätter 27 (1970), S. 45–54.

druck hingewiesen. Im Vordergrund der journalistischen Kritik stand die mangelnde Professionalität der bisherigen PR-Maßnahmen der deutschen Hochschulen. Der quantitative Ausbau von Pressestellen müsse, so eine innerhalb der Medien weitverbreitete Ansicht, mit einer deutlichen Verbesserung der Informationsqualität einhergehen. In einem im Oktober 1965 unter dem Titel *Klagen bringt kein Geld. Unsere Universitäten vernachlässigen die Öffentlichkeitsarbeit* in der Wochenzeitung „Die Zeit“ erschienenen Artikel verglich Thomas von Randow die damals noch zaghaften PR-Ansätze deutscher Universitäten mit den diesbezüglichen Aktivitäten amerikanischer Hochschulen.³⁰⁰ Durch die bloße Einführung von Pressestellen könne das Kommunikationsdefizit zwischen Hochschule und Öffentlichkeit nicht beseitigt werden. Von fundamentaler Bedeutung sei vielmehr, welche Informationen von den Universitäten übermittelt würden. Genau in diesem Punkt schätzte von Randow die PR-Arbeit amerikanischer Hochschulen als vorbildlich ein, was in seinen Augen die paradoxe Konsequenz nach sich zog, daß es der deutschen Presse leichter falle, über Forschungsleistungen aus den USA zu berichten als über die Aktivitäten heimischer Universitäten. Bezugnehmend auf seine eigenen Erfahrungen als Wissenschaftsjournalist versuchte von Randow dieses Defizit folgendermaßen zu charakterisieren:

„Von der Staatsuniversität von Pennsylvania bekomme ich einen acht Seiten langen Brief, in dem mir mitgeteilt wird, daß dort zwei Physiker nach einem neuartigen spitzfindigen Verfahren die Struktur der Ionosphäre untersuchen. Wie das geschieht, ist in aller Ausführlichkeit dargelegt. [...] Die Stanford Universität meldet eine erfolgreiche Nierenverpflanzung, bei welcher der Abwehrmechanismus des Körpers listig übertölpelt wurde. Und was steht – wie üblich – in den beiden ebenfalls [...] eingegangenen Briefen von Pressestellen deutscher Hochschulen? Professor X wurde nach Y berufen, Professor Z feiert seinen 70. Geburtstag, die Mensa ist erweitert worden, ein neues Institutsgebäude wird eingeweiht, eine Gedenkfeier angekündigt. – Wen interessiert das? Gewiß, amerikanische Hochschulen sind seit jeher auf attraktive Öffentlichkeitsarbeit angewiesen. [...]. Sie fühlen sich verpflichtet, den Steuerzahler darüber zu informieren, was mit seinem Geld geschieht. [...]. Public Relations hat man einmal mit ‚Vertrauenswerbung‘ übersetzt. Genau das ist es, was unsere Hochschulen und Forschungsinstitute dringend brauchen. [...]. Von den deutschen Hochschulen erfahren wir zwar zur Genüge, daß sie überfüllt sind, daß ihnen an Lehrkräften und Instrumenten mangelt. Aber jeder Anfänger in der Werbebranche weiß: Nicht mit Klagen lockt man den Leuten das Geld aus der Tasche, sondern mit Erfolgsmeldungen.“³⁰¹

Einschätzungen wie diese verwiesen auf einen Mißstand, der für den außenstehenden Beobachter in der Tat kaum nachzuvollziehen war. Wie konnte es sein, daß es in der Bundesrepublik weitaus einfacher zu sein schien, etwas über wissenschaftliche Errungenschaften in den Vereinigten Staaten zu erfahren als umgekehrt über die Forschung an deutschen Hochschulen? Zu Beginn der 1970er Jahre glaubte Hans Kronhuber hierfür eine spezifisch deutsche Mentalität verantwortlich machen zu können, die eine mit amerikanischen Universitäten vergleichbare Informationspolitik behindere. „Man hält es für unpassend oder unwürdig“, so der ehemalige Leiter des Österreichischen Informationsdienstes in New York, „über ernste wissenschaftliche Tätigkeiten Informationen herauszugeben und vergißt

³⁰⁰ Thomas von Randow: *Klagen bringt kein Geld. Unsere Universitäten vernachlässigen die Öffentlichkeitsarbeit*, in: *Die Zeit* vom 9.10.1965.

³⁰¹ Ebd.

dabei, daß das Vertrauen in die Wissenschaft und Forschung eine der wesentlichen Voraussetzungen für deren Entwicklung ist.“³⁰²

Schließlich wurden seit Ende der sechziger Jahre, also auf dem Höhepunkt der Reform- und Protestphase, auch in der Bundesrepublik die Bemühungen um eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit auf Hochschul- und Wissenschaftsebene deutlich intensiviert. Auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der studentischen Protestbewegung, die sich selbst äußerst virtuos der PR-Methoden ihrer amerikanischen Kommilitonen bediente, und der Einführung von Hochschulpressestellen, hat 1971 der damalige Pressereferent der Universität Freiburg i.Br., Jan M. Rahmelow, hingewiesen:

„Die Universitäten mußten erst in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses treten, mußten erst öffentliche Kritik erfahren und sich von flinken Studenten vormachen lassen, was Öffentlichkeitsarbeit sein kann, bis sie merkten, daß die herrlichen Zeiten vorbei waren, da man nicht zu informieren brauchte und dennoch wohl angesehen war. Durch Auf- und Ausbau von Pressestellen suchten sie sich ihrer Haut gegen die Studenten zu erwehren. Seitdem stehen diese Pressestellen in dem Verruf, Interessenvertretungen der Rektoren und der Mehrheit der Professoren zu sein.“³⁰³

Daß die Einrichtung der Freiburger Universitätspressestelle 1968/69 sich auch den an amerikanischen und teilweise englischen Universitäten gesammelten Eindrücken des damals leitenden Verwaltungsbeamten der Albert-Ludwigs-Universität, Carl Friedrich Curtius, verdankte, belegt erneut den im Rahmen der vorliegenden Studie immer wieder konstatierten Zusammenhang von Auslandserfahrung und Reformbereitschaft.³⁰⁴ So hatte Curtius nach einer sechswöchigen Informationsreise in die USA 1966 voller Anerkennung in seinem Erfahrungsbericht vermerkt:

„Die Anteilnahme der Öffentlichkeit an den Belangen, den Nöten und Sorgen der Universitäten wird [...] immer wieder von neuem geweckt und die Bereitschaft zur Bewilligung öffentlicher und privater Mittel wesentlich gefördert. Die Universitäten lassen sich diese Chance auch nicht entgehen. In ihrem System der ‚public relations‘, das man als die Methode, die Leistungen des public service ‚an den Mann zu bringen‘, bezeichnen könnte, sorgen personell stark ausgebaute Pressestellen mit einem ganzen Netz von Publikationsorganen zielbewußt dafür, der Öffentlichkeit tagtäglich einzuhämmern, wie lebensnotwendig die Wirksamkeit der Universitäten ist. Der Erfolg bleibt nicht aus.“³⁰⁵

Selbst Gremien wie die WRK machten sich im Zuge der gesellschafts- und hochschulpolitischen Umbrüche der ausgehenden sechziger Jahre verstärkt über ihre eigene Außenwirkung Gedanken. In diesem Zusammenhang betonte im Februar 1968 der damalige WRK-Präsident Walter Rüegg:

³⁰² Kronhuber: Public Relations, S. 113.

³⁰³ Jan M. Rahmelow: Universitätspressestellen – gibt’s die?, in: DUZ 5 (1971), S. 147–150, hier S. 148 (Zitat).

³⁰⁴ Vgl. Richter-Jericho: Dr. C. F. Curtius – ein Jahrzehnt Freiburger Universitätsverwaltung, S. 36: „Angeregt durch Reisen zum Studium der englischen und nordamerikanischen Hochschulverhältnisse in den Jahren 1963 und 1966 [...] erkannte Dr. Curtius schon vor mehreren Jahren die Unerläßlichkeit einer verstärkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Auf wiederholte Haushaltsanträge der Universitätsverwaltung hin wurde in den Haushaltsplan der Universität Freiburg 1969 eine Planstelle für einen Pressereferenten aufgenommen.“

³⁰⁵ Curtius: *Midwestern Universities*, S. 18.

„Zu Wünschen übrig läßt unser Informationswesen. Zwar hat das übliche Pressegespräch des Präsidenten mit gutem Erfolg stattgefunden [...]. Einer der Hauptmängel der Westdeutschen Rektorenkonferenz scheint mir jedoch darin zu liegen, daß der heute entscheidende Faktor der politischen Beeinflussung durch gesteuerte Massenverbreitung verarbeiteter Informationen in unserer Organisation weitgehend vernachlässigt worden ist. Dies gilt für den Informationsprozeß in den Hochschulen wie aus den Hochschulen hinaus in die Öffentlichkeit. [...]. Die großen Wissenschaftsorganisationen und der Hochschulverband haben sich in den letzten Wochen bereit erklärt, sich an einer von der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu organisierenden Public-Relations-Stelle zu beteiligen.“³⁰⁶

Welche Bedeutung dem Thema PR für Hochschulen auch auf politischer Ebene zusehends beigemessen wurde, belegen zwei 1966 und 1967 hierzu vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gemeinsam mit den Öffentlichkeitsbeauftragten der westdeutschen Hochschulen abgehaltene Konferenzen. In der Einleitung eines im Frühjahr 1968 in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“ erschienenen Berichts zur zweiten Tagung vom November 1967 wird evident, wie der damaligen Diskussion gerade durch Kritik im Sinne des oben zitierten ZEIT-Artikels von Randows neuer Auftrieb verliehen wurde. „Die gegenwärtige Lage der Öffentlichkeitsarbeit“, so die dem eigentlichen Tagungsbericht vorangestellte Einschätzung der DUZ-Redaktion,

„ist ja leider wenig befriedigend, denn wenn auch einzelne Universitäten und Hochschulen schon seit langem regelmäßig über ihre Arbeit berichten und einige andere inzwischen damit begonnen haben, so gehen doch aber im allgemeinen die Mitteilungen der Hochschulen über kurze Meldungen personeller oder organisatorischer Art nicht hinaus. Dafür haben die Redaktionen relativ wenig Interesse, denn die Öffentlichkeit erwartet anderes. [...]. Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Finanzierung von Forschung und Lehre haben heute einen solchen Umfang angenommen, daß der Steuerzahler immer stärker nach einer möglichst eingehenden Unterrichtung über die Verwendung seiner Steuergelder verlangt, von denen Universitäten und Hochschulen, Wissenschaft und Forschung schließlich leben. Zu oft liest oder hört er Nachrichten über die Erfolge ausländischer Forscher. Deshalb möchte er gern auch wissen, wie sein Geld verwendet wird, ob es Nutzen getragen hat oder nicht, und er versteht beim besten Willen nicht, weshalb man sich so ausschweigt. Sitzen unsere Gelehrten immer noch im elfenbeinernen Turm oder hinkt die deutsche Wissenschaft immer noch hinterher?“³⁰⁷

Am 24. Januar 1969 fand eine gemeinsam vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und der WRK ausgerichtete Arbeitstagung zum Thema „Universität und Öffentlichkeit“ in Bad Godesberg statt. Einer der Hauptreferenten dieser Tagung war Hans Paul Bahrdr, der Leiter des Soziologischen Seminars der Universität Göttingen. Die Ausführungen des Göttinger Soziologen sind vor allem deshalb von besonderem Interesse, weil sich diese auch den tieferliegenden Ursachen für das gestörte Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit widmen.³⁰⁸ Nach Ansicht Bahrdrts handelte es sich hierbei weniger um ein Defizit der Institution Universität als vielmehr um ein Problem der Professorenschaft. Unter der Mehrheit

³⁰⁶ BayHStA, MK 68655, Protokoll der LIX. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 20.–21.2.1968 in Bad Godesberg, S. 7f.

³⁰⁷ Zur Öffentlichkeitsarbeit an den deutschen Hochschulen. Zweite Tagung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Hochschulen, in: DUZ 1 (1968), S. 29–33, hier S. 29 (Zitat).

³⁰⁸ Hans Paul Bahrdr: Universität und Öffentlichkeit, in: DUZ/HD 2 (1969), S. 1–3.

der deutschen Hochschullehrer sei öffentliches und nicht zuletzt politisches Engagement verpönt, ja „vielfach sogar verdächtig“. Hinzu trete ein wachsendes Spezialistentum, das den Rückzug in den „Schonraum der Universitäten“ zusätzlich fördere.³⁰⁹ Resümierend konstatierte Bahrdr, daß sich die momentane Image-Krise der Universität nicht allein auf ein Kommunikationsproblem zwischen Universität und Öffentlichkeit reduzieren lasse, sondern das Selbstverständnis der Universität innerhalb der Gesellschaft das eigentliche Problem darstelle. Die Verhältnisse in anderen Ländern würden dagegen zeigen, welch immens wichtige und einflußreiche Rolle den dortigen Hochschulen als fester Bestandteil der Gesellschaft zufalle. „Die Universitäten müssen, wenn sie aus dieser Situation herauskommen wollen“, so Bahrdr gegen Ende seines Referates, „natürlich auch die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und organisieren. Das genügt aber nicht. Sie müssen erkennen, welchen Platz sie in der Gesellschaft haben, wo sie sich auf der politischen Landkarte befinden und welche Chancen sie haben, in die Teilöffentlichkeit des politischen Lebens hinüberzuwirken.“³¹⁰

Insgesamt betrachtet lassen sich in der Neugestaltung des Verhältnisses von Hochschule und Öffentlichkeit erst seit ca. 1960 nachhaltige Veränderungen beobachten. Wie gezeigt werden konnte, dienten hierbei andere Länder, speziell die USA, als Vorbild. Von dort wurden Methoden (Public Relations) und partiell auch Institutionen (der Hochschulrat) übernommen, um die Beziehung und das gegenseitige Verständnis von Hochschule und Öffentlichkeit weiter zu fördern. Schließlich verfügten bereits Mitte der siebziger Jahre fast alle westdeutschen Hochschulen über eigene Pressestellen, um ihre Außenwirkung professionell zu gestalten und zu koordinieren. Ganz in diesem Sinne hieß es in einer Erklärung der WRK vom 26. Januar 1971:

„Die Hochschule ist eine öffentliche, eine gesellschaftliche Institution. Aus rechtlicher Verpflichtung und aus gesellschaftlicher Verantwortung hat sie die Aufgabe, über die Vorgänge an der Hochschule zu informieren und zugleich die konkrete Bedeutung von Forschung und Lehre für die Gesellschaft deutlich zu machen. [...] Deshalb werden sich die Rektoren/Präsidenten dafür verwenden, daß jede Hochschule eine Pressestelle einrichtet, die von der gesamten Hochschule getragen und gestützt wird.“³¹¹

³⁰⁹ Vgl. ebd., S. 3: „Er [der Wissenschaftler, S. P.] ist selbst davon überzeugt, daß er im Sinne einer handwerklich verstandenen Solidität gar nicht in der Lage ist, über außerfachliche Themen etwas Verbindliches zu sagen. So wie er eifersüchtig über seine Kompetenz in seinem Fachgebiet wacht, so erkennt er auch die Fachkompetenz der anderen an. Und je mehr Wissenschaft zum anstrengenden ganztägig ausgeübten Spezialberuf wird, desto mehr wird die Teilnahme an deren Teilöffentlichkeiten: der Politik, der Kunst, der Literatur nur noch als unverbindlicher Bildungskonsum geübt. In dem behüteten Schonraum der Universitäten scheint es nicht nur nicht erforderlich zu sein, seine staatsbürgerlichen Rechte wahrzunehmen. Aktive politische Tätigkeit gilt bei Gelehrten vielfach sogar als verdächtig und dem Leitsatz ‚Schuster bleib bei deinen Leisten‘ widersprechend.“

³¹⁰ Ebd., S. 3.

³¹¹ BayHStA, MK 68657, Zur Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen und zur Einrichtung von Presse- und Informationsdiensten. Erklärung der 86. Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 26. 1. 1971.

Das Bemühen um eine Neugestaltung des Verhältnisses von Hochschule und Öffentlichkeit schlug sich auch in der Hochschulgesetzgebung auf Bundes- und Landesebene nieder. Der schon erwähnten Grundsatzfrage, welchen Platz die Universität innerhalb der Gesellschaft einzunehmen habe und welchen Aufgaben sie dabei gerecht werden müsse, widmete sich beispielsweise §3 des Saarländischen Hochschulgesetzes von 1971: „Die Universität dient der Gesellschaft, die sie trägt, durch kritisches und schöpferisches Denken und entsprechendes Handeln ihrer Mitglieder.“³¹² Und im Hamburger Hochschulgesetz von 1973 hieß es hierzu unter §1 Absatz 3: „Die Universität ist in allen Angelegenheiten der Forschung, der Lehre und des Studiums frei. Die Universität und ihre Mitglieder sind gehalten, diese Freiheit im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor der Gesellschaft auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu nutzen und zu bewahren.“³¹³

Was die konkrete Form der universitären Öffentlichkeitsarbeit anbetraf, wurde diese in den meisten Fällen nicht gesetzlich vorgeschrieben. Es lag letztlich im ureigensten Interesse der Hochschule, ihre Außenwirkung möglichst optimal zu gestalten. Gleichwohl fand der PR-Aspekt Eingang in einige Landesgesetze und auch in das HRG. So hieß es z.B. in Artikel 36 Absatz 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes vom Dezember 1973: „Die Leitung der Hochschule hat sicherzustellen, daß die Mitglieder der Hochschule und die Öffentlichkeit im erforderlichen Umfang über die Tätigkeit der Kollegialorgane und anderen Gremien unterrichtet werden.“³¹⁴ In ähnlich allgemeiner Form bekannte sich auch das im Frühjahr 1976 in Kraft getretene HRG in §2 Absatz 7 zu dem Grundsatz, daß die Hochschulen die Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterrichten hätten.³¹⁵ Allein die am 27. Mai 1972 verabschiedete Verfassung der neugegründeten Universität Bremen sah unter §28 und §29 die Errichtung einer eigenen „Kommission für Information und Öffentlichkeit“ sowie einer eigenen „Informationsabteilung“ vor.³¹⁶

Im Gegensatz zur Errichtung von Pressestellen waren die jeweiligen Hochschulgesetze in der Frage der Hochschulräte bzw. Kuratorien, soweit solche überhaupt vorgesehen waren, um relativ genaue Vorgaben bemüht. Wie schon erwähnt, hatte die Debatte um Sinn und Zweck einer derartigen, als Bindeglied zwischen Hochschule und Öffentlichkeit fungierenden Institution im Zuge der zeitgleich diskutierten Einführung der Präsidialverfassung neuen Auftrieb erhalten. Vor allem an der FU und später auch an der Technischen Hochschule Berlin besaßen die dortigen Kuratorien, bestehend aus Mitgliedern der Landesregierung, des Berliner Abgeordnetenhauses sowie des Akademischen Senats, eine mit amerikanischen

³¹² Saarländisches Universitätsgesetz vom 7.7.1971, in: WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik, S. 231.

³¹³ Gesetz über die Universität Hamburg (Universitätsgesetz – UniG) in der Fassung vom 24.4.1973, in: ebd., S. 131.

³¹⁴ Bayerisches Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 21.12.1973, in: ebd., S. 74.

³¹⁵ Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 26.1.1976, in: ebd., S. 11.

³¹⁶ Vorläufige Universitätsverfassung der Universität Bremen vom 27.5.1972, in: ebd., S. 117f.

Boards vergleichbar starke Stellung.³¹⁷ In §36 des Gesetzes über die Universitäten des Landes Berlin vom September 1975 wurde der relativ weitreichende Aufgabenkreis des Berliner Hochschulkuratoriums wie folgt definiert: „Das Kuratorium entscheidet in grundsätzlichen und besonders bedeutsamen Verwaltungs- und Wirtschaftsangelegenheiten sowie [...] in Personalangelegenheiten und Angelegenheiten der Personalwirtschaft.“³¹⁸ Auch das Saarländische Universitätsgesetz von 1971 sah für die einzige Landesuniversität einen Universitätsrat vor, dessen Zustimmung die Universitätsleitung in zentralen Bereichen der Finanz- und Haushaltsverwaltung benötigte. Dabei ging es u. a. um die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben, bei Grundstückstransaktionen, der Aufnahme von Krediten sowie bei der Zuweisung von Sachmitteln an Professoren und Institute.³¹⁹ Allerdings zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung des saarländischen Universitätsrates, daß der Begriff Öffentlichkeit hier – ähnlich wie in Berlin – vor allem Vertreter des Landesparlaments, der Landesregierung, der zuständigen Kultusbehörde und der Universität selbst meinte. Lediglich bei vier Angehörigen des Gremiums, darunter auch der Bürgermeister der Stadt Saarbrücken, sollte es sich um „Mitglieder des öffentlichen Lebens“ handeln.³²⁰ Der im baden-württembergischen Hochschulgesetz von 1973 unter §21 verankerte Verwaltungsrat bestand hingegen nur aus Mitgliedern der Universität, d. h. dem Universitätspräsidenten bzw. Rektor, dem Kanzler, vier Mitgliedern des Senats und einem leitenden Verwaltungsbeamten. Von einer wirklichen Bindegliedfunktion zwischen Hochschule und Öffentlichkeit konnte bei einer derartigen Zusammensetzung freilich nicht gesprochen werden.³²¹ Einen anderen Zuschnitt erhielt diese Einrichtung in den Landeshochschulgesetzen von Rheinland-Pfalz (1970) und Bayern (1973). Dort waren die Kuratorien, ganz im Sinne des im Blauen Gutachten von 1948 vorgesehenen „Hochschul-Beirats“, auf ihre Funktion als beratendes, aber doch weitgehend kompetenzloses Vermittlungsgremium zwischen Hochschule und Öffentlichkeit konzipiert. In beiden Gesetzen wurde zudem explizit darauf geachtet, daß keine Mitglieder der Hochschule oder des zuständigen Kultusministeriums dem Kuratorium angehören sollten. So lautete §35 des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes:

„Für jede Hochschule des Landes wird ein Kuratorium gebildet, das der Verbindung der Hochschule mit gesellschaftlichen Kräften dient; das Kuratorium soll gegenüber dem Senat insbesondere zu Grundsatzfragen und zum Entwicklungsplan seiner Hochschule Stellung nehmen. [...]. Das Kuratorium hat 16 Mitglieder. Sie dürfen nicht Angehörige der Hochschule oder des Kultusministeriums sein. Vier Mitglieder werden vom Landtag gewählt, vier Mitglieder werden vom Minister vorgeschlagen, acht Mitglieder werden von der Hoch-

³¹⁷ Vgl. Gesetz über die Universitäten des Landes Berlin (Universitätsgesetz) in der Fassung vom 4. 9. 1975, in: ebd., S. 105f.

³¹⁸ Ebd., S. 106.

³¹⁹ Saarländisches Universitätsgesetz vom 7. 7. 1974, in: ebd., S. 237 (§35 und §36).

³²⁰ Ebd.

³²¹ Vgl. Hochschulgesetz Baden-Württemberg in der Fassung vom 27. 7. 1973, in: ebd., S. 41f.: „Der Verwaltungsrat berät den Universitätspräsidenten, den Rektor und den Kanzler in allen wichtigen Angelegenheiten der Universität. Der Verwaltungsrat bereitet die Planung für die Entwicklung der Universität und die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen vor und sorgt im Zusammenwirken mit den anderen Organen der Universität für einen wirtschaftlichen Einsatz.“

schule vorgeschlagen. Die gewählten und vorgeschlagenen Mitglieder werden vom Ministerpräsident auf fünf Jahre berufen.“³²²

Versucht man abschließend unter Berücksichtigung der nach 1945 zu beobachtenden Öffnungsbemühungen der deutschen Universitäten eine Gewichtung zwischen dem Einsatz von PR-Methoden und der Tätigkeit von Hochschulräten herzustellen, dann fällt diese eindeutig zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit aus. Es erscheint nach den zeitgleichen Entwicklungen auf Verfassungs-, Struktur- und Personalebene mehr als fraglich, ob ein Gremium wie der seit den 1970er Jahren in einigen Bundesländern gesetzlich zumindest vorgesehene Hochschulrat die ihm zugeordnete Bindegliedfunktion überhaupt hätte erfüllen können. Im Vergleich zu seinem amerikanischen Vorbild beschränkte sich dessen Aufgabenbereich, einmal abgesehen vom Berliner Ausnahmefall, zumeist auf eine lediglich beratende Funktion. Inwieweit dieser Rat von den jeweiligen Hochschulleitungen oder Kultusbehörden in der Praxis zu berücksichtigen sei, blieb völlig offen. Ferner reduzierte die in den meisten Gesetzen vorgesehene Zusammensetzung der Hochschulräte diese zu bloßen Bindegliedern zwischen Hochschule und Politik bzw. Ministerium, während außeruniversitärer Sachverstand entgegen allen ursprünglichen Intentionen kaum eine Rolle spielte. Mit anderen Worten: In denjenigen Ländern, in denen die Hochschulräte mit weiterreichenden Kompetenzen ausgestattet wurden (z.B. in Berlin), blieben diese weiterhin in den Händen von Vertretern der Hochschule und des Staates, während dort, wo sich der Gesetzgeber zumindest *de jure* um eine möglichst breite gesellschaftliche Repräsentanz in den Hochschulräten bemüht hatte (z.B. Rheinland-Pfalz), diesen kaum Kompetenzen zufielen. Damit bestand ein Widerspruch, der den eigentlichen Sinn und Zweck eines solchen Gremiums grundsätzlich in Frage stellte.

³²² Landesgesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz (Hochschulgesetz – HochSchG) vom 22. 12. 1970, in: ebd., S. 212. Vgl. auch Bayerisches Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 21. 12. 1973, in: ebd., S. 72: „Art. 23 Kuratorium: (1) Die Grundordnung der Hochschule kann die Bildung eines Kuratoriums vorsehen. (2) Das Kuratorium unterstützt die Interessen der Hochschule in der Öffentlichkeit. Es berät und unterstützt die Hochschule in ihrer Arbeit.“

VIII. Das „Herz der neuen Universität“:¹ Amerikanische Einflüsse auf die Entwicklung der westdeutschen Hochschulbibliothek nach 1945

1. Das universitäre Bibliothekswesen in Deutschland und den USA. Ein Vergleich

„Der Bibliotheksbau nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland“, so der damalige Direktor der Karlsruher Universitätsbibliothek, Rolf Fuhlrott, anlässlich einer 1980 in Freiburg zu diesem Thema veranstalteten Tagung, „orientierte sich einmal rückblickend an Vorkriegsbauten in Deutschland, zum anderen an ausländischen Erfahrungen, und zwar vorwiegend an solchen in den USA.“² Die hier von Fuhlrott konstatierte Vorbildfunktion des amerikanischen Bibliothekswesens kam freilich nicht von ungefähr. Lange vor dem Zweiten Weltkrieg galten die großen amerikanischen National- und Universitätsbibliotheken als die im Hinblick auf ihre Bestände umfangreichsten und bezüglich ihrer Organisation modernsten Büchersammlungen der Welt. Obgleich Deutschland seine Stellung als weltweit führende Wissenschaftsnation noch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges behaupten konnte, hatte der Aufstieg des amerikanischen Bibliothekswesens zur Weltspitze bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingesetzt.³ Verantwortlich hierfür war in erster Linie der wirtschaftliche Boom nach dem Ende des Bürgerkrieges 1865, der neben der Neugründung zahlreicher Universitäten binnen weniger Jahrzehnte zum Auf- und Ausbau eines modernen wissenschaftlichen Bibliothekswesens geführt hatte.⁴ Gefördert von privaten Geldgebern und Stiftungen war es möglich geworden, in vergleichsweise kurzer Zeit umfangreiche Bibliotheksbestände anzulegen. Hierbei handelte es sich um eine enorme Leistung, wenn man be-

¹ Hans Werner Rothe: Über die Gründung einer Universität zu Bremen. Denkschrift vorgelegt der Universitätskommission des Senats der freien Hansestadt Bremen, Bremen 1961. Im folgenden beziehe ich mich auf den gleichnamigen Nachdruck von Rothes Denkschrift in Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 265–482, hier S. 311 (Zitat).

² Rolf Fuhlrott: Die Situation im Bibliotheksbau, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 33–38, hier S. 33 (Zitat).

³ Vgl. Wilfried Enderle: Bibliotheken, in: Michael Maurer (Hg.): Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 6: Institutionen, Stuttgart 2002, S. 276–279.

⁴ Zur sogenannten Reconstruction-Ära nach Beendigung des Bürgerkrieges 1865 und dem sich hieran anschließenden Aufstieg der USA zur weltweit führenden Industriemacht vgl. die kompakten Überblicke bei Heideking: Geschichte der USA, S. 197–206, sowie Dippel: Geschichte der USA, S. 54–76. Grundlegend zur Geschichte der amerikanischen Universitätsbibliothek siehe Arthur T. Hamlin: The University Library in the United States. Its Origins and Development, Philadelphia 1981.

rücksichtigt, daß die bedeutendsten deutschen bzw. kontinentaleuropäischen Universitätsbibliotheken auf eine weitaus längere Sammlungstradition zurückblicken konnten. Einige Zahlen können diese rasante Entwicklung innerhalb des amerikanischen Bibliothekswesens veranschaulichen: Während beispielsweise die Yale University im Jahre 1841 mit insgesamt ca. 41 000 Bänden einen im Vergleich zu den damals großen deutschen Universitätsbibliotheken wie München (ca. 400 000 Bände) und Dresden (ca. 240 000 Bände) relativ kleinen Bücherbestand aufwies, stieg die Zahl nach den Wirren des Bürgerkrieges bereits 1870 auf 55 000 und bis 1903 auf insgesamt 400 000 Bände an. Um 1940 besaßen bereits 23 amerikanische Universitätsbibliotheken Buchbestände von über 500 000 Bänden, das waren mehr als etwa zeitgleich an der Universität Erlangen (ca. 470 000) vorhanden waren. Und Harvard, die älteste Hochschule der USA, verfügte zu Beginn der 1940er Jahre über mehr als vier Millionen Bände, was die dortige Universitätsbibliothek schon damals zu einer der größten der Welt avancieren ließ.⁵ Im Vergleich dazu verfügte das ehemalige wissenschaftliche „Mekka“ amerikanischer Studenten, die Heidelberger Ruperto-Carola, im Jahre 1945 lediglich über rund 1,2 Millionen Bände.⁶ In einem grundlegenden Aufsatz zur Entwicklung des internationalen Bibliothekswesens hat Wilfried Enderle diesen gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten einsetzenden Ausbauprozess folgendermaßen beschrieben:

„Der Bestandsausbau an den amerikanischen Universitätsbibliotheken [...] gründete denn auch in der im Vergleich zu Europa großzügigen finanziellen Förderung. Um 1920 hatten die Bibliotheken der führenden amerikanischen Universitäten die bis dahin größten Universitätsbibliotheken, die deutschen, überflügelt, 1945 weit hinter sich gelassen. Dies war natürlich nur möglich gewesen, weil nicht nur die laufende wissenschaftliche Weltproduktion gekauft wurde, sondern neben antiquarischen Erwerbungen auch aus Europa ganze Privat- und Gelehrtenbibliotheken in die USA wanderten. So gehört heute, um nur ein Beispiel zu nennen, die Bibliothek des Historikers Leopold von Ranke als Spezialsammlung der Syracuse University.“⁷

Ein weiteres prominentes Beispiel für den Ankauf einer bedeutenden deutschen Gelehrtenbibliothek durch eine amerikanische Universität ist die des im Jahre 1881 verstorbenen Heidelberger Staats- und Völkerrechtlers Johann Caspar Bluntschli durch die erst fünf Jahre zuvor gegründete Johns Hopkins University in Baltimore.⁸

Beide Ankäufe zeigen exemplarisch, mit welchem enormen – vor allem privaten – Engagement der erfolgreiche Auf- und Ausbau eines Hochschulbibliothekswesens in den Vereinigten Staaten vorangetrieben wurde, dem man aus europäischer und hier speziell deutscher Perspektive lange Zeit kaum Beachtung geschenkt hatte. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es junge Amerikaner gewesen, die, gerade wegen des damals vergleichsweise geringen wissenschaftlichen Niveaus der amerikanischen Hochschulen, den beschwerlichen Weg über den Atlantik nach Deutschland angetreten hatten, um sich dort einer fundierten wissen-

⁵ Vgl. Richard P. Dober: Campus Planning, Washington D.C. 1963, S. 85.

⁶ Vgl. Georg Leyh: Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, Tübingen 1947, S. 120.

⁷ Enderle: Bibliotheken, S. 287f.

⁸ Vgl. Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee auf die Higher Education in Amerika, S. 80.

schaftlichen Ausbildung zu unterziehen.⁹ Bei diesen Deutschlandaufenthalten war es auch, wie das Beispiel des 1817–19 in Göttingen studierenden Harvard Absolventen Joseph Cogswell belegt, zu einer durchaus intensiven Auseinandersetzung mit den Organisationsprinzipien der damals führenden deutschen Universitätsbibliotheken gekommen. So hatte sich Cogswell während seines Studienaufenthalts durch den damaligen Göttinger Bibliotheksdirektor George Benecke in die Bibliothekskunde einführen lassen, mit dem Ziel, nach seiner Rückkehr in die USA das amerikanische Bibliothekswesen zu reformieren bzw. an deutsche Verhältnisse anzugleichen. Zunächst an der Bibliothek der Harvard University und dann seit 1843 an der Astor Library in New York, der heutigen Public Library, gelang es Cogswell, seine in Deutschland gesammelten bibliothekarischen Erfahrungen in die Praxis umzusetzen.¹⁰ Wie bestimmd der deutsche Einfluß auf die weitere Entwicklung des amerikanischen Bibliothekswesens in seiner Gesamtheit letztendlich war, ist bislang noch nicht eingehend untersucht worden. Nichtsdestotrotz belegt das Beispiel Cogswells, daß Deutschland im 19. Jahrhundert auch in dieser Hinsicht eine wichtige Vorbildfunktion zufiel.

Mit dem massiven quantitativen Ausbau der Bibliotheksbestände in den USA im Zeitraum von ca. 1865 bis 1920 ging auch eine qualitative Weiterentwicklung der Bibliotheksorganisation einher, die den heutigen internationalen Stellenwert des amerikanischen Bibliothekswesens mitbegründen sollte. Bei ihr stand in erster Linie der Leser, d. h. die stetige Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit, im Vordergrund. Ausgeprägter als in Deutschland, wo noch die heimische Privatbibliothek eines Professors – die Beispiele Bluntschli und Ranke zeigen dies – dessen Lehr- und Forschungstätigkeit maßgeblich bestimmte, nahmen die Bibliotheken im amerikanischen Universitätsgefüge seit jeher einen zentralen Platz ein. Auch die besondere Campussituation, also die im Gegensatz zu deutschen Universitäten relativ kontinuierliche Anwesenheit von Professoren und Studenten auf dem Universitätsgelände, trug hierzu bei. Die Universitätsbibliothek als Zentralbibliothek avancierte somit zum eigentlichen geistigen und in der Regel auch architektonischen Mittelpunkt amerikanischer Universitäten.¹¹ Schon der berühmte Gesamtplan Thomas Jeffersons, von 1801 bis 1809 dritter Präsident der Vereinigten Staaten, für die University of Virginia in Charlottesville aus dem Jahre 1817 hat diese Entwicklung vorgezeichnet. An jeder Längsseite eines streng rechteckig angelegten Campus liegen zwei Häuserreihen, bei denen es sich um Lehrsaal- und Wohngebäude für Studenten und Professoren handelt. Die zwischen den insgesamt vier Häuserketten befindliche Hauptachse wird im Norden durch die mächtige, an das römische Pantheon bzw. an die antikisierende Architektur des oberitalienischen Renaissance-Baumeisters Andrea Palladio erinnernde Rotunde des Bibliotheksgebäudes – im Sinne eines Pantheon der Wissenschaft(en) – abgeschlossen. Mit die-

⁹ Vgl. Kapitel I.1.

¹⁰ Vgl. Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee auf die Higher Education in Amerika, S. 46.

¹¹ Vgl. hierzu aus deutscher Perspektive Klaus-Jürgen Zabel: Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit. Eine Untersuchung über die heutigen Tendenzen des Bibliothekswesens in ihren Auswirkungen auf den Grundriß und die Gestaltung von Bauten für wissenschaftliche Bibliotheken, Diss. Ing., Stuttgart 1959, S. 35.

sem 1819 bis 1826 umgesetzten Idealplan einer Universität war in gewisser Weise auch die hervorgehobene architektonische Stellung der Universitätsbibliothek innerhalb des amerikanischen Campus definiert worden.¹²

Blickt man auf die organisatorischen Grundzüge amerikanischer Universitätsbibliotheken der Zeit um 1945, werden einige Charakteristika deutlich, die deren besondere Funktion als „geistig-wissenschaftliches Zentrum“ widerspiegeln.¹³ Im Gegensatz zu ihren kontinentaleuropäischen und speziell deutschen Pendanten stellten die vorwiegend als Zentralbibliotheken konzipierten amerikanischen Universitätsbibliotheken wesentlich höhere Benutzerzahlen in Rechnung. Die Entwicklung ging hin zu einem oftmals mehrere tausend Leseplätze umfassenden Bibliotheksgebäude, in dessen Innerem sich zahlreiche kleinere, nach den jeweiligen Departments gegliederte Lesesäle um einen großen zentralen Lesesaal gruppieren.¹⁴ Die nach fachlichen Gesichtspunkten geordneten Bücherbestände lagen damit in direkter räumlicher Nachbarschaft zueinander und waren für den Benutzer bequem zu erreichen. Zudem wurde der Großteil der Bestände durch eine sogenannte Freihandaufstellung – einer frühen Errungenschaft amerikanischer Bibliotheksorganisation – dem Leser unmittelbar zugänglich gemacht.¹⁵

Das erfolgreiche Funktionieren einer Freihandbibliothek setzte allerdings die vorhergehende Erfassung des Gesamtbestandes in Form eines benutzerfreundlichen Zentralkatalogs voraus, wie er seit ca. 1900 an zahlreichen amerikanischen Universitätsbibliotheken entwickelt wurde.¹⁶ Der immense Vorteil einer zentralen Katalogisierung bestand vor allem darin, daß mit dessen Hilfe sowohl die weiteren Anschaffungsmaßnahmen der Bibliothek koordiniert als auch dem Benutzer ein Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden konnte, das eine schnelle und sachgerechte Orientierung über den Bibliotheksbestand und den genauen Aufstellungsort der gesuchten Bücher ermöglichte.¹⁷ Alle drei Organisationskriterien, also die räumliche und damit architektonische Zentralisierung der Buchbestände, deren Aufstellung nach dem Freihandsystem sowie die einheitliche Katalogisierung der Gesamtbestände, waren maßgeblich verantwortlich für den weit vor 1945 einsetzenden Aufstieg des amerikanischen Bibliothekswesens zum modernsten der Welt.¹⁸ Zweifelsohne war dies eine gerade im Hinblick auf die zeitgleichen Verhältnisse an europäischen Universitätsbibliotheken höchst beachtenswerte Leistung.¹⁹

In Deutschland bot sich demgegenüber unmittelbar nach 1945 ein vollkommen anderes Bild. Der Zweite Weltkrieg war auch an den Universitätsbibliotheken nicht spurlos vorübergegangen. Viele traditionsreiche Bibliotheken, wie die der beiden

¹² Zu Jeffersons Plan für die University of Virginia vgl. Dober: Campus Planning, S. 21–23, sowie Konrad Rückbrod: Universität und Kollegium. Baugeschichte und Bautyp, Darmstadt 1977, S. 158f., aus architekturtheoretischer Perspektive Hanno-Walter Kruft: Geschichte der Architekturtheorie, München 41995, S. 398.

¹³ So Zabel: Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit, S. 35.

¹⁴ Ebd., S. 38f.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Enderle: Bibliotheken, S. 288.

¹⁷ Weber: Geschichte der europäischen Universität, S. 221.

¹⁸ Zabel: Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit, S. 38–39; Fuhlrott: Die Situation im Bibliotheksbau, S. 34f.

¹⁹ Enderle: Bibliotheken, S. 288 und S. 290.

damals größten deutschen Universitäten in Berlin und München, waren schwer beschädigt und deren Bestände trotz Auslagerungen stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Allein in der bayerischen Landeshauptstadt hatten die alliierten Luftangriffe ca. 80% der Benutzungs-, Verwaltungs- und Magazinräume der Universitätsbibliothek zerstört und mehr als 350 000 des vormals über eine Million Bände aufweisenden Gesamtbestandes vernichtet.²⁰ In Würzburg war die Universitätsbibliothek infolge des Bombardements vom 16. März 1945 sogar komplett in Trümmer geschlagen und der Bücherbestand von ehemals 500 000 Bänden um fast 50% dezimiert worden. Dagegen hatten andere bedeutende Universitäten wie Erlangen und Heidelberg das große Glück, den Krieg weitestgehend unversehrt überstanden zu haben.²¹ Obgleich keine exakten Zahlen über den genauen Umfang der kriegsbedingten Abgänge vorliegen, gingen frühe Schätzungen des Deutschen Bibliothekartages sowie der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ davon aus, daß von den rund 56 Millionen Bänden die sich ehemals in den ca. 350 deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken befanden, zwischen 13 und 20 Millionen Bände unwiederbringlich verloren waren.²² Dies war eine unbestreitbare Katastrophe für das wissenschaftliche Bibliothekswesen in Deutschland, ja für den hiesigen Wissenschaftsstandort. Doch damit noch nicht genug. Mit einzukalkulieren sind auch die kaum zu beziffernden Verluste, die den Bibliotheken bereits vor Kriegsausbruch durch die zunehmende Isolierung Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1939 entstanden waren. Ganz besonders betroffen durch z. T. gezielt von den Nationalsozialisten eingeführte Importbeschränkungen für ausländische Literatur waren Publikationen aus dem in wissenschaftlicher Hinsicht immer bedeutender werdenden angelsächsischen Sprachraum, also aus England und den USA. Damit bestand bereits vor 1939 kein wirklicher Anschluß mehr an die internationale Scientific Community, die sich in den Folgejahren gerade in den Vereinigten Staaten versammeln sollte.²³

Obgleich nach 1945 seitens der westalliierten Besatzungsmächte und der Schweiz massive Anstrengungen unternommen wurden, die seit 1933 entstandenen Bestandslücken durch großzügige Bücherspenden wieder aufzufüllen, konnten sich die deutschen Universitätsbibliotheken – wenn überhaupt – nur sehr langsam von den erlittenen Verlusten erholen. Unter dem unmittelbaren Eindruck von Krieg und Zerstörung beschrieb 1947 der Tübinger Bibliothekar Georg Leyh den damaligen Zustand der wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland mit den folgenden drastischen Worten:

„Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken sind durch einen verantwortungslos angestifteten, ohne jede Rücksicht auf die Lebensbedingungen der europäischen Kultur hartnäckig

²⁰ Vgl. die entsprechenden Angaben hierzu bei Leyh: Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, S. 159.

²¹ Ebd., S. 197f. (Würzburg), S. 80f. (Erlangen) sowie S. 120f. (Heidelberg).

²² BayHStA, MK 66595, Lage und Erfordernisse der westdeutschen Bibliotheken. Im Auftrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dargestellt von Peter Scheibert, Osnabrück 1951 (13 Millionen Abgänge), und BayHStA, MK 66595, Kongreß der deutschen Bibliothekare in Münster/Westfalen vom 16. bis 20. 5. 1951 (20 Millionen Abgänge).

²³ In diesem Zusammenhang vgl. Enderle: Bibliotheken, S. 296–298, sowie die grundlegende Studie von Hans-Gerd Happel: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus. Unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliotheken, München u. a. 1989.

durchgeführten und verlorenen Krieg auf das schwerste getroffen. Viele Gebäude liegen in Trümmern, andere sind auf Jahre und Jahrzehnte kaum benutzbar. Millionen von Bänden, darunter Tausende von Handschriften und alten Drucken sind verbrannt oder verschollen, einige Millionen evakuierte Bände warten auch heute noch vergebens auf die Rückkehr und Wiederaufstellung in den beschädigten Magazinen, unersetzliche Kataloge sind ganz oder zu Teilen vernichtet. Der gesamtdeutsche Leihverkehr, einst der Ruhmestitel des deutschen Bibliothekswesens, ist ebenso abgebrochen wie die Verbindung mit den ausländischen Bibliotheken. Sogar der Verkehr zwischen Bibliotheken und Buchhandel hat fast zwei Jahre lang aufgehört zu existieren und fängt erst jetzt an, sich wieder zu beleben. Nur einige wenige große Bibliotheken sind in vollem Umfang arbeitsfähig. Es ist eine Katastrophe, die in der Geschichte der Bibliotheken und in der Geschichte der Wissenschaft keinen Vergleich hat.“²⁴

Die umfangreichen materiellen Verluste waren jedoch nicht die einzige Problematik, mit der sich die deutschen Universitätsbibliotheken nach Kriegsende konfrontiert sahen. Seit Anfang der 1950er Jahre begann sich zudem eine immer kritischer werdende Auseinandersetzung mit dem organisatorischen Aufbau und der inneren Struktur des universitären Bibliothekswesens abzuzeichnen. Von den Befürwortern einer Bibliotheksreform wurde das deutsche Bibliothekssystem, speziell im Vergleich mit den wissenschaftlichen Bibliotheken der westlichen Führungsmacht USA, als rückständig empfunden.²⁵

Doch was waren die Gründe für eine solche Einschätzung? Während seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten die Tendenz hin zu einem einstufigen, d.h. zentralisierten Bibliotheksmodell beobachtet werden konnte, hatte in Deutschland die wachsende wissenschaftliche Spezialisierung und damit einhergehende fachdisziplinäre Ausdifferenzierung zu einem zweigliedrigen Bibliothekssystem geführt. Neben der eigentlichen Universitätsbibliothek, die sich auf eine primär universal ausgerichtete Sammlungstätigkeit beschränkte, war eine Unzahl weitestgehend autonomer Instituts-, Seminar- und Lehrstuhlbibliotheken entstanden.²⁶ Die Literaturbeschaffung dieser Spezialbibliotheken orientierte sich in der Regel an den Fachschwerpunkten des jeweiligen Institutsleiters bzw. Ordinarius. Nach dessen Wegberufung, Emeritierung oder Tod konnten sich die Sammlungsschwerpunkte mit dem Nachfolger vollkommen verändern. Unter solchen Umständen war weder innerhalb eines Instituts noch über die jeweiligen Instituts- grenzen hinaus an eine koordinierte und nachhaltige Anschaffungspolitik – so wie

²⁴ Leyh: Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, S. 5.

²⁵ Vgl. u.a. Fühlrott: Die Situation im Bibliotheksbau, S. 34.

²⁶ Zu dieser Entwicklung vgl. den historischen Abriss in Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil II: Wissenschaftliche Bibliotheken, Bad Godesberg 1964, S. 8–14; Gerhard Stoltzenburg: Die Universitätsbibliotheken in den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 34 (1972), S. 23–41; Wolf Haenisch/Clemens Köttelwesch (Hg.): Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, Frankfurt am Main 1973, S. 7–12; Ladislaus Buszas: Deutsche Bibliotheksgeschichte der neusten Zeit (1800–1945), Wiesbaden 1978; Franz-Heinrich Philipp: Hochschulstruktur, Bibliotheksstruktur und Bibliotheksneubau. Anmerkungen zur Planung und funktionellen Effektivität des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt vom Jahre 1964, in: Lehmann/Hüttermann: Die Hochschulbibliothek, S. 19–21; Gerhard Liebers: Die zentrale Forschungsbibliothek der Hochschule als Modell, in: ebd., S. 138–142; Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I: Die Bibliotheken, Aufgaben und Strukturen, Frankfurt am Main 1978, S. 99–103.

sie an den modernen amerikanischen Universitätsbibliotheken bereits seit langem praktiziert wurde – zu denken. Oftmals wußten innerhalb ein und derselben Universität die Historiker nicht, welche Bücher in den Instituten der Archäologen, Kirchen-, Kunst- oder Rechtshistoriker angeschafft wurden bzw. über welche Bestände diese überhaupt verfügten. Unwirtschaftliche Mehrfachanschaffungen waren die daraus resultierende Konsequenz. Ferner fiel es dem in die abweichenden Katalogisierungssysteme der einzelnen Institutsbibliotheken nicht eingeweihten Benutzer schwer, sich mangels eines vorhandenen Zentralkatalogs über den Gesamtbestand einer Universität zu informieren.²⁷ Franz-Heinrich Philipps Darstellung zufolge standen durchschnittlich „der Zentralbibliothek rund 100 Teilbibliotheken gegenüber, deren Anschaffungsetat zusammengekommen doppelt bis dreifach so groß war [...] wie der der Zentralbibliothek und deren Buchanschaffungen sich eng nach der Aufgabenstellung und Zielsetzung des jeweiligen Bibliotheksträgers ausrichteten. Die Nachteile eines derartigen, unkoordinierten Bibliotheks-komplexes lagen und liegen auf der Hand.“²⁸

Die Ersten, die sich nach Kriegsende ein eigenes Bild über die verschiedenartigen Bibliotheksverhältnisse in Deutschland und in den Vereinigten Staaten verschaffen konnten, waren deutsche Studenten und Wissenschaftler während ihres Aufenthalts an amerikanischen Hochschulen. Deren Erfahrungsberichte zeigen, daß die amerikanischen Universitätsbibliotheken in qualitativer wie quantitativer Hinsicht sowie wegen ihrer ausgeprägten Benutzerfreundlichkeit als überlegen empfunden wurden. Voller Begeisterung berichtete beispielsweise im Februar 1958 der Jurastudent Patrick W. Herbst aus Berkeley an die Bonner Fulbright-Kommission:

„Dann eine Einrichtung, die man bei uns unbedingt einführen sollte: die Bibliothek ist bis 23.00 Uhr geöffnet. Ich glaube, daß das im Endeffekt sogar ökonomischer ist. Es findet so eine größere Verteilung statt. Weniger Studenten sind auf einmal in der Bibliothek, die Standardwerke sind weniger auf einmal gefragt, der Büchernot [in Deutschland, S. P.] wäre bestimmt nicht unerheblich abgeholfen. Zudem hat es den Vorteil, daß der Student seine Zeit besser einteilen kann; [...]. Übrigens: die Bibliothek ist hier am Sonntag ebenso gut besucht, wie an Werktagen! Vielleicht wäre das in Deutschland anders. Es würde jedenfalls den Versuch lohnen.“²⁹

Und drei Jahre später fällte der einundzwanzigjährige Walter Joachim Schauseil ein großes Lob über die Bibliothek der Cornell University in Ithaca:

„Die Studien- und Lehrverhältnisse an meiner Universität waren einfach hervorragend. Sehr umfangreiche Bibliotheken standen zu Verfügung der Studenten und die gemütlich eingerichteten Lese- und Studierzimmer ließen einem das Lernen zu einer Freude werden. Lehrmaterial und Bücher standen trotz der hohen Anzahl der Studenten (11 000) in ausreichendem Maße zur Verfügung.“³⁰

Es waren – wie in anderen Bereichen auch – nicht zuletzt derartige Berichte gewesen, die in der Bundesrepublik seit den frühen 1950er Jahren das komplexe Ver-

²⁷ Vgl. die äußerst kritischen Ausführungen des Kölner Anglisten Helmut Bonheim: Probleme der Seminarbibliothek, in: DUZ/HD 6 (1970), S. 9–12.

²⁸ Philipp: Hochschulstruktur, Bibliotheksstruktur und Bibliotheksneubau, S. 19f.

²⁹ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Patrick W. Herbst (Februar 1958).

³⁰ FAB, Reports 1960–1961 (Ordner 988), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Joachim Schauseil (1961).

hältnis zwischen Universitäts- und Institutsbibliotheken verstärkt ins Zentrum bibliothekarischer Auseinandersetzungen rücken ließ. „Anders wurde es erst“, wie Fuhlrott 1980 bemerkte, „[...] als man begann, den Blick nach den USA zu werfen, und als es möglich wurde, Studienreisen dorthin zu machen.“³¹

Vor einem größeren Fachpublikum sprach erstmals Theodor Ostermann, Bibliothekar an der Universitätsbibliothek München, auf dem 1951 in Münster abgehaltenen Deutschen Bibliothekartag über seine während einer mehrwöchigen USA-Reise gesammelten Eindrücke.³² Im Rahmen seines Referats hob Ostermann vor allem den hohen organisatorischen und technischen Standard amerikanischer Bibliotheken hervor. Am meisten zeigte sich der Münchner Universitätsbibliothekar allerdings von dem Umstand beeindruckt, daß es seinen amerikanischen Kollegen gelungen sei, das Medium Buch wieder unmittelbar an den Leser heranzuführen. Diese im Vergleich zu Deutschland, wo sich Bibliothekare immer häufiger als Archivare begreifen würden, andersartige Einstellung gegenüber Buch und Leser versuchte Ostermann den versammelten deutschen Bibliothekaren an Hand eines eindringlichen Beispiels zu erläutern:

„Im großen Lesesaal der Kongreßbibliothek findet man neben dem Bestellzetteleinwurf einen Anschlag mit der beschwörenden Aufforderung an den Besucher, folgenden Inhalts: ‚Falls Ihre Bestellung nicht spätestens innerhalb einer Stunde erledigt sein sollte, bitten wir Sie dringend, zu reklamieren, damit der Ursache der Verzögerung nachgegangen werden kann‘. Diese Art von American library spirit ist eine nicht unwesentliche Komponente bibliothekarischen Geistes, in der sich freilich nicht alle bibliothekarische Tätigkeit erschöpfen darf. Das Erlebnis dieser aktiven bibliothekarischen Gesinnung ist, neben den Erkenntnissen psychologisch rationell planender Baugestaltung, eine der wesentlichen Erfahrungen, die ein Bibliothekar von einer Studienfahrt durch amerikanische Bibliotheken nach Hause bringen kann, eine Erfahrung, die auch auf unserem Kontinent Beachtung, und wenn auch unter ungleich ungünstiger gelagerten äußeren Voraussetzungen, fruchtbare Auswertung verdient.“³³

Neben derartigen Mentalitätsfragen geriet auch der strukturelle Aufbau der deutschen Universitätsbibliothek ins Fadenkreuz der Kritik. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob das bestehende duale System in seiner tradierten Form prinzipiell beibehalten oder – ähnlich den Verhältnissen an amerikanischen Bibliotheken – zugunsten eines zentralisierten Bibliotheksmodells umgestaltet werden sollte. In seinem 1953 im Auftrag der DFG erstellten *Gutachten über die Lage der Institutsbibliotheken und ihr Verhältnis zu den Universitäts- und Hochschulbibliotheken* sprach sich der Berliner Bibliothekar Gerhard Reincke als einer der ersten für eine zentralisierte Bibliotheksorganisation aus.³⁴ Nachdem sich Reincke auf mehreren Reisen zu insgesamt 16 westdeutschen Universitäten und drei Technischen Hochschulen genauestens über die dort vorherrschenden Bibliotheksstrukturen informiert hatte, fiel sein abschließendes Fazit im Hinblick auf den sich erst langsam wieder regenerierenden Bibliotheks- und Wissenschaftsstandort Deutschland äußerst ernüchternd aus:

³¹ Fuhlrott: Die Situation im Bibliotheksneubau, S. 34.

³² Theodor Ostermann: Amerikanische Bibliotheken. Erlebnisse und Eindrücke einer Studienreise, in: Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken 5 (1951), S. 221–238.

³³ Ebd., S. 238.

³⁴ Gerhard Reincke: Gutachten über die Lage der Institutsbibliotheken und ihr Verhältnis zu den Universitäts- und Hochschulbibliotheken, Bad Godesberg 1953.

„Das entscheidende Kennzeichen der gegenwärtigen Situation ist die Schwäche und Unzulänglichkeit der Universitätsbibliotheken. Sie muß in ihrer ganzen Tragweite erkannt, in ihren Auswirkungen verfolgt werden. [...] Aber erst im Zusammenhang mit den Institutsbibliotheken und ihrer verwirrenden Buntheit bekommen diese Unzulänglichkeiten ihr düsteres Relief. Denn hier zeigt es sich, daß die Unordnung innerhalb des Universitätsbereichs, so sehr sie aus der geschichtlichen Entwicklung der Wissenschaften und des Wissenschaftsbetriebes ableitbar und verständlich sein mag [...] heute wesentlich durch das Versagen der Universitätsbibliothek als des naturgegebenen Mittelpunktes der Bücherversorgung und Bücherverwaltung bestimmt wird. Es fehlt fast überall die Instanz, die Zeit und Menschen zur Beratung und sachkundigen Lenkung zur Verfügung stellen könnte, es fehlt die Zentrale, die gut und reichlich ausgewählte Bestände als natürliches Schwergewicht der Bücherversorgung vorzuweisen hat, es fehlt die vorbildhafte Wirkung eines gut und reibungslos arbeitenden Benutzungsdienstes, klarer, übersichtlicher Kataloge, neuzeitlicher Verwaltungsräume.“³⁵

Anschließend verwies Reincke auf die Modernität des universitären Bibliothekswesens in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern – und hier besonders auf das in den Vereinigten Staaten –, gegenüber denen sich Deutschland weit im Hintertreffen befinde, an die es sein Bibliothekssystem mittel- wie langfristig erst noch angleichen müsse: „Ein auch nur annähernder Standard für die äußere Einrichtung und Ausstattung von Universitäts- und Hochschulinstituten, wie er etwa in den USA, aber auch in der Schweiz oder in Skandinavien offenbar vorliegt, ist in Deutschland noch nicht zu bemerken.“³⁶

Erwartungsgemäß regte sich gegen eine derart fundamental vorgetragene Kritik ebenso energischer Widerstand, waren davon doch unmittelbar auch traditionell gewachsene Besitzstände und persönliche Eitelkeiten betroffen. Selbst einige Mitglieder des DFG-Präsidiums zeigten sich nach Vorlage des Gutachtens von dessen Ergebnissen wenig begeistert, wie aus einem Sitzungsprotokoll vom 26. April 1954 hervorgeht. Beispielsweise betonte der damalige Direktor der Frankfurter Universitätsbibliothek Hans Wilhelm Eppelsheimer, daß beide Bibliothekstypen – also Instituts- und Universitätsbibliothek – schlichtweg ein Resultat der sich in den vergangenen Jahrzehnten vollzogenen Spezialisierung der Wissenschaft darstellten und demzufolge in ihrer jetzigen Ausformung absolut notwendig seien.³⁷ Hinsichtlich der von Reincke angemahnten verbesserten Koordinierung der Anschaffungsmaßnahmen und der Forderung nach Einführung eines zentralen Katalogsystems betonte gar der Direktor des Darmstädter Instituts für Theoretische Physik Karl-Heinz Hellwege, daß seiner Ansicht nach eine Umsetzung dieser Empfehlungen nicht wünschenswert sei: „Eine gegenseitige Abstimmung der Anschaffungen habe wenig Sinn; Doppelanschaffungen seien selbstverständlich

³⁵ Ebd., S. 36.

³⁶ Ebd., S. 39.

³⁷ BayHStA, MK 69028, Niederschrift der Präsidiumssitzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft vom 26. 4. 1954, S. 2f.: „Herr Eppelsheimer referiert über das Verhältnis von Instituts- und Hochschulbibliotheken vom Standpunkt der zentralen Bibliotheken aus. [...] Statt, wie es der Autor der Denkschrift [Gerhard Reincke, S. P.] tut, von dem Versagen der zentralen Bibliotheken auszugehen, wobei das Problem teilweise ins Persönliche verschoben würde, sei es richtiger, mit der Unterscheidung der beiden Bibliotheksarten anzufangen [...]. Diese beiden Bibliothekstypen entsprechen der Entwicklung zur Spezialisierung, die die Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Beide sind gleich notwendig, ergänzen sich gegenseitig, ohne jedoch einander ersetzen zu wollen.“

notwendig [...]. Ein örtlicher Gesamtkatalog sei für die Institutsbibliotheken vollkommen uninteressant.“³⁸

Diese distanzierte bzw. klar ablehnende Haltung gegenüber zentralen Punkten des Reincke-Gutachtens schlug sich ein Jahr später in der nun offiziell von der DFG herausgegebenen Denkschrift *Instituts- und Hochschulbibliotheken* nieder, in der man sich einleitend von den Einschätzungen des Berliner Bibliotheksrates zu distanzieren bemühte.³⁹ Obgleich das Verhältnis von Instituts- und Hochschulbibliotheken ebenfalls als „seit Jahrzehnten krisenhaft“ beschrieben wurde, sprach sich die DFG nicht – wie zwei Jahre zuvor Reincke – für eine Stärkung der zentralen Hochschulbibliotheken, sondern für ein weiterhin „sinnvolles Miteinander“ von Institutsbibliotheken und Universitätsbibliothek aus.⁴⁰ Die vorgeschlagene Einführung eines Zentralkataloges wurde gar mit der Begründung abgelehnt, daß die hierfür aufzubringenden Kosten den zu erwartenden Nutzen in keiner Weise rechtfertigen würden.⁴¹ Auch die von Reincke angedachte Zusammenlegung fachverwandter Institutsbibliotheken zu einer großen Fakultäts- bzw. Fachbereichsbibliothek in Anlehnung an amerikanische „Departmental Libraries“⁴², fand seitens der DFG zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine Unterstützung: „Der neue Vorschlag, Fakultätsbibliotheken als Mittelglieder zwischen den beiden alten Bibliothekstypen zu schaffen, um fachliche Nähe mit einer größeren Bibliotheksarbeit zu verbinden, scheint kein gangbarer Weg zu sein. Hier dürfen ausländische Vorbilder nicht verleiten.“⁴³ Das abschließende Fazit der DFG-Denkschrift war zwar gemäß der zuvor eingeschlagenen Argumentationslinie durchaus konsequent, aber mit Blick auf die nur wenige Jahre später einsetzenden Reformen auf dem Bibliothekssektor kaum innovativ. „Die Differenzierung“, wie es abschließend hieß, „soll bleiben. [...] Die beiden alten Bibliothekstypen dürften also im allgemeinen heute noch genügen. Man möge sie nur beide stärken.“⁴⁴

Dieser vergleichsweise konservative Standpunkt erscheint um so bemerkenswerter, als sich die Erkenntnis, daß aufgrund der bereits erfolgreichen Modernisierung universitärer Bibliothekssysteme im Ausland künftig doch nicht alles so

³⁸ Ebd., S. 5.

³⁹ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hg.): *Instituts- und Hochschulbibliotheken*. Denkschrift der deutschen Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg 1955, S. 8f.: „Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat [...] ein ‚Gutachten über die Lage der Institutsbibliotheken und ihr Verhältnis zu den Universitäts- und Hochschulbibliotheken‘ veranlaßt (Herbst 1953, Verfasser Gerhard Reincke). Es sollte die persönlichen Ansichten und Feststellungen des Verfassers, der außerhalb der Gremien der Deutschen Forschungsgemeinschaft steht, wiedergeben. Die Wertungen, die darin beiden Bibliothekstypen zuteil werden, sind deshalb subjektiver Natur, die Dokumentation ist an einigen Stellen zu berichtigen [...]. Gerade die persönliche Färbung hat zu der beabsichtigten Diskussion gereizt; das Echo ist infolgedessen stärker gewesen, als sonst hätte erwartet werden können. [...] Das von dem Reincke-Gutachten gezeichnete Bild wird dadurch in wesentlichen Zügen abgeändert und um neue bereichert.“

⁴⁰ Ebd., S. 7.

⁴¹ Ebd., S. 21.

⁴² Vgl. Reincke: Gutachten über die Lage der Institutsbibliotheken und ihr Verhältnis zu den Universitäts- und Hochschulbibliotheken, S. 53.

⁴³ Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hg.): *Instituts- und Hochschulbibliotheken*, S. 23.

⁴⁴ Ebd., S. 24.

bleiben könne wie bisher, bereits kurz nach dem Erscheinen der Denkschrift auch innerhalb der DFG durchsetzte. Dies belegt ein Protokoll der DFG-Präsidiumssitzung vom 30. Juni 1955, in der u. a. die Frage der Sofortausleihe an den deutschen Universitätsbibliotheken (nicht Institutsbibliotheken) im Zentrum stand.⁴⁵ In ihren Ausführungen zu diesem Thema wies Gisela von Busse darauf hin, daß – abgesehen von drei Technischen Hochschulen – an keiner deutschen Universitätsbibliothek die Möglichkeit zur Sofortausleihe bestünde, während diese in einigen europäischen Ländern und den USA mittlerweile eine Selbstverständlichkeit darstelle. Die schnellsten Auslieferungszeiten könnten an amerikanischen Universitätsbibliotheken verzeichnet werden, wo im Durchschnitt zwischen der Bestellung und Aushändigung eines Titels lediglich zwischen fünf und maximal zehn Minuten vergingen. Im Vergleich dazu müßten in Frankreich für denselben Vorgang bereits zwischen zehn und 30 Minuten einkalkuliert werden.⁴⁶ Das beinahe völlige Fehlen der Sofortausleihe in Deutschland werde von Studenten wie Professoren als nachteilig empfunden und schmalere zudem – wie von Busse explizit betonte – die internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik als Wissenschaftsstandort: „Die Zustände in Deutschland werden vom Ausland als für rückständig erklärt. An der Columbia Universität wurde 1941 behauptet, in Deutschland brauche man 2 Tage, um ein Buch auszuleihen, in England 2 Stunden, bei Columbia 2 Minuten.“⁴⁷ Ebenfalls mit Verweis auf die USA nannte von Busse als Grundvoraussetzung für eine funktionierende und effektive Sofortausleihe – im Gegensatz zur DFG-Denkschrift – die Einführung eines zentralen Gesamtkataloges:

„Daß es leichter ist, Bücher sofort bei Abgabe der Bestellung herausuchen zu lassen, wenn die Signatur auf dem Leihschein angegeben ist, ist einleuchtend. [...] Ist es nicht in jedem Fall einfacher und eine große Personalsparnis, wenn generell der sogenannte ‚Signierzwang‘ eingeführt wird? Die Frage ist eine Frage der Kataloge. [...] In den USA werden die Benutzer zum Gebrauch der Kataloge angehalten. Bei uns gibt es nur in ganz wenigen Bibliotheken den leicht zu handhabenden und sämtliche Bestände einschließenden, dem Publikum zugänglichen Katalog.“⁴⁸

Diese Einschätzungen und Wertungen zeigten innerhalb des DFG-Präsidiums Wirkung. So betonte Präsident Raiser im Anschluß an von Busses Referat, daß die DFG ein Interesse daran habe, in Zukunft „die Rückständigkeit unserer Bibliotheken gegenüber dem Ausland zu beseitigen und der Entfremdung zwischen Hochschule und Bibliothek entgegenzuwirken“.⁴⁹

Um diese Rückständigkeit aufzuheben, intensivierte sich seit Mitte der fünfziger Jahre die Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Bibliothekswesen. Ein von Carl Wehmer 1956 unter dem Titel *Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA* herausgegebener Sammelband belegt dies eindrucksvoll.⁵⁰ Der Band

⁴⁵ BayHStA, MK 69028, Niederschrift der Präsidiumssitzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft über Fragen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens vom 30. 6. 1955.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd., S. 8 und S. 3.

⁴⁸ Ebd., S. 6.

⁴⁹ Ebd., S. 8.

⁵⁰ Carl Wehmer (Hg.): *Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA*, Wiesbaden 1956.

vereinigt die Aufsätze sechs deutscher Bibliothekare, die sich, auf Basis ihrer in den Vereinigten Staaten gesammelten Erfahrungen, jeweils unterschiedlichen Aspekten des dortigen wissenschaftlichen Bibliothekswesens widmeten. Das behandelte Themenspektrum reichte dabei von der Ausbildung amerikanischer Bibliothekare (Fritz Redenbacher), über den Bibliotheksbau in den USA (Gerhard Liebers), die an amerikanischen wissenschaftlichen Bibliotheken angewandten Katalogisierungs- und Magazinierungstechniken (Walter Bauhuis), Fragen der Literaturbeschaffung (Gisela von Busse) und Benutzerfreundlichkeit (Richard Mummendey) bis hin zu einer Vorstellung der Library of Congress in ihrer Funktion als amerikanische Nationalbibliothek (Martin Cremer).⁵¹

Gleichwohl bestand die Intention des Bandes nicht darin, das wissenschaftliche Bibliothekswesen in den USA als ein Allheilmittel für Deutschland anzupreisen. Jeder der sechs Autoren war sich der unterschiedlichen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bewußt. Doch gerade deshalb könne, wie der Herausgeber betonte, „die Kenntnis der ‚facts‘, wie sie in den Aufsätzen dieses Bandes vermittelt wird, [...] am ehesten dazu beitragen, die stets notwendige Auseinandersetzung mit dem großen amerikanischen Exempel von emotional gefärbten Verallgemeinerungen und klischeehaften Vorstellungen freizuhalten“.⁵² Und der damalige Generaldirektor der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, Gustav Hofmann, hob in seinem in den Sammelband einführenden Geleitwort nochmals die grundsätzliche Bedeutung der USA-Erfahrung für den Wiederaufbau und die Reorganisation des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in Deutschland nach 1945 hervor:

„Über 60 deutsche Bibliothekare haben im ersten Dezennium nach dem Kriege die Gastfreiheit des amerikanischen Volkes genießen dürfen. Sie haben dabei denkbar tiefe Eindrücke nicht nur von seinen bibliothekarischen Leistungen, sondern auch von dem zielstrebigen Idealismus empfangen, mit dem diese Leistungen erfüllt und über das technische Modell hinaus zu einer kulturellen Schöpfung von Weltgeltung gehoben wurden. [...] Die von uns deutschen Amerikafahrern in einem Zustand nüchterner Trunkenheit empfangenen Bibliothekseindrücke trafen uns [...] in einer Entwicklungsepoche des deutschen Bibliothekswesens, in der, nicht bloß materiell gesehen, ein neues Kapitel begann. Wir hatten uns auf den Trümmern des klassischen deutschen Bibliotheksgebäudes der ersten Jahrhunderthälfte neue Wege zu suchen [...]. Das Gesehene wird durchdacht, mit eigenen Erfahrungen kombiniert und erscheint vielfach in ganz anderem Zusammenhang wieder im Bild der deutschen Bibliothekseinrichtungen. Außer Zweifel aber steht die Kraft seines Impulses und die Nachhaltigkeit seines Einflusses, erkennen wir doch in seinen Zügen auch die Gedanken und das Blut unserer eigenen europäischen Voreltern. Über die reiche wissenschaftliche Erkenntnis hinaus schuldet die Gemeinde der deutschen Amerikafahrer auch für die Wiederherstellung dieser inneren menschlichen Gemeinschaft dem großzügigen Gastgeber tiefe Dankbarkeit.“⁵³

⁵¹ Vgl. Fritz Redenbacher: Berufsstand und Ausbildung der amerikanischen Bibliothekare, in: ebd., S. 1–35; Gerhard Liebers: Bibliotheksbau in USA, in: ebd., S. 36–84; Walter Bauhuis: Erwerbung, Katalogisierung und Magazinierung in amerikanischen wissenschaftlichen Bibliotheken, in: ebd., S. 85–147; Gisela von Busse: Gemeinschaftsunternehmen amerikanischer Bibliotheken in der Literaturbeschaffung, in: ebd., S. 148–171; Richard Mummendey: Auskunft und Benutzung in amerikanischen wissenschaftlichen Bibliotheken, in: ebd., S. 172–192; Martin Cremer: Die Library of Congress als amerikanische Nationalbibliothek, in: ebd., S. 193–218.

⁵² Carl Wehmer: Nachwort, in: ebd., S. 221f.

⁵³ Gustav Hofmann: Zum Geleit, in: ebd., o. S.

2. Westdeutsche Bibliotheksneubauten der 1950er Jahre

Während im Verlauf der fünfziger Jahre die Auseinandersetzung der Bibliothekare mit dem amerikanischen wissenschaftlichen Bibliothekswesen entgegen aller anfänglichen Widerstände spürbar zunahm, zeichnete sich auf der praktischen Ebene des Bibliotheksneubaus bereits eine immer deutlicher werdende Amerikanisierungstendenz ab. Eine wichtige Pionierrolle fiel in diesem Zusammenhang der zwischen 1952 und 1954 in Berlin erbauten *Amerika-Gedenkbibliothek* zu, bei der es sich um eine Stiftung des amerikanischen Volkes an die Westberliner Bürger in Anerkennung für deren Durchhaltevermögen während der fast einjährigen Stadtblockade (Juni 1948–Mai 1949) handelte.⁵⁴ Nach dem Vorbild amerikanischer „Public Libraries“ konzipiert, sollte die Amerika-Gedenkbibliothek als Berliner Zentralbibliothek einen neuen kulturellen Mittelpunkt für alle Bevölkerungsschichten bilden. Der mit diesem Projekt verbundene Demokratisierungsgedanke ist offenkundig. Unterstützt von amerikanischen Beratern aus dem Bibliotheksbereich, darunter auch dem an der Library of Congress tätigen deutschstämmigen Bibliothekar Edgar Breitenbach, verwirklichten die Architekten Fritz Bornemann, Gerhard Jobst, Willi Kreuzer und Hartmut Wille binnen zwei Jahren den damals modernsten, in organisatorischer und technischer Hinsicht an aktuelle amerikanische Standards angelehnten Bibliotheksneubau der Nachkriegszeit.⁵⁵ „Hervorstechende Merkmale“, so dessen Charakterisierung durch Gerhard Liebers, „sind die im deutschen Büchereiwesen erstmalige Einrichtung einer umfangreichen Freihandausleihe von ca. 100 000 Bänden aller Fach- und Literaturgebiete, die dezentralisierte Aufstellung der Freihand- und Lesesaalbestände, die Übersichtlichkeit (open plan) und Flexibilität der Publikumsräume.“⁵⁶ Zudem garantierte ein Publikums katalog mit Schlagwortindex, daß sich der Benutzer einfach und schnell über den Gesamtbestand und den genauen Aufstellungsort eines Buches informieren konnte. Auf technischer Ebene waren es die beweglichen Bücheraufzüge des vollklimatisierten Magazins, die Rohrpostanlage, der ebenfalls klimatisierte Lesesaalbereich im Erdgeschoß sowie die Einführung einer sogenannten Discothek (Tonbandarchiv), die zur spezifischen Modernität dieser Bibliothek beitrugen. Speziell die hier erstmals in großem Maßstab verwirklichte Gliederung der Freihand- und Lesebereiche durch frei im Raum stehende Bücherregale kann, obgleich es sich im Fall der neuen Amerika-Gedenkbibliothek um keine im engeren Sinne wissenschaftliche Biblio-

⁵⁴ Zur Berliner Amerika-Gedenkbibliothek vgl. u. a. Die Amerikanische Gedenkbibliothek in Berlin, in: Neue Bauwelt (1951), S. 706–761 und S. 826–828; Edgar Breitenbach: The American Memorial Library in Berlin. Its Aims and Organisation, in: Libri 4 (1953/54), S. 281–292; Horst Ernestus: The American Memorial Library, in: The Library Association Record 59 (1957), S. 187–197; Fritz Moser: Die Amerika-Gedenkbibliothek Berlin, Wiesbaden 1964; Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek, Berlin, in: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 39–45.

⁵⁵ Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek, Berlin, in: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 42.

⁵⁶ Ebd., S. 41.

thek handelte, auch für die weitere Entwicklung der deutschen Universitätsbibliothek als vorbildlich betrachtet werden.⁵⁷

Das eigentliche Eindringen amerikanischer Organisations- und Strukturprinzipien in das universitäre Bibliothekswesen nach Kriegsende markiert schließlich der 1958 begonnene und bereits 1961 vollendete *Bibliotheksneubau der Technischen Hochschule Stuttgart* (seit 1967 Universität). An Hand des ausgezeichnet dokumentierten Quellenmaterials im Stuttgarter Universitätsarchiv kann exemplarisch nachgezeichnet werden, in welchem beachtlichen Umfang sich die Konzeption dieses ersten TH-Bibliotheksneubaus der Bundesrepublik – noch vor der wenige Jahre später einsetzenden Neugründungswelle, die völlig neue bibliothekarische Möglichkeiten eröffnete – an amerikanischen Bibliotheksstandards orientierte.⁵⁸

Die ursprünglich im Hauptgebäude der TH Stuttgart untergebrachte Universitätsbibliothek war am 26. Juli 1944 infolge eines verheerenden Bombenangriffs stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Beinahe die Hälfte der ehemals ca. 118 000 Bände wurde hierbei vernichtet, doch schon Ende 1945 begann sich die Universitätsbibliothek mit ihren Restbeständen im Stuttgarter Stadtzentrum wieder provisorisch einzurichten.⁵⁹ Einen wichtigen Einschnitt markiert dann die Ernennung Manfred Koschligs zum leitenden Universitätsbibliothekar im Jahre 1953, dessen vordringlichstes Anliegen es fortan war, die TH-Bibliothek schnellstmöglich in einem angemessenen Neubau unterzubringen. Finanziell wie ideell wurden Koschligs Neubaupläne seit 1956 von Max Kade gefördert, einem 1902 nach Amerika ausgewanderten Arzneimittelunternehmer, der seiner schwäbischen Heimat eng verbunden geblieben war. Kade, der in den Vereinigten Staaten zu großem Reichtum kam, hatte 1944 gemeinsam mit seiner Ehefrau Annette die bis heute bestehende Max Kade-Foundation ins Leben gerufen, die sich nach Kriegsende dem demokratischen Wiederaufbau Deutschlands widmete. Einen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit bildete dabei die Förderung der akademischen Jugend in Deutschland, insbesondere durch die Bereitstellung von Stipendien sowie dem Bau von Mensen, Wohnheimen und Bibliotheken.⁶⁰ Bereits 1952 hatte die Kade-

⁵⁷ Ebd., S. 41f. sowie die Grund-, Erdgeschoß- und Stockwerkspläne auf S. 44f., auf denen auch die Verteilung der Leseplätze und die Regalaufstellung eingezeichnet sind.

⁵⁸ Zur Planungs- und Baugeschichte der Universitätsbibliothek Stuttgart vgl. u. a. Manfred Koschlig: Über den Neubau der Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart. Vorbericht und Raumprogramm, Stuttgart 1957; Zabel: Der Bibliotheksbaubau im Wandel unserer Zeit, S. 116–126; Die Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart 1962. Mit einer Darstellung ihrer Geschichte von Prof. Dr. jur. Paul Gehring, Stuttgart 1962; Hans Volkert: Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart, in: *Bauwelt* 53 (1962), S. 130–132; ders./Klaus-Jürgen Zabel u. a.: Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart, in: *Bauen und Wohnen* 17 (1962), S. 379–396; A. Sack: Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart, in: *Die Bauverwaltung* 12 (1963), S. 114–119; Hans Volkert zum Gedenken, in: Universität Stuttgart. Reden und Aufsätze 33 (1967), S. 49–53; Universitätsbibliothek Stuttgart, in: *Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 315–319; Hans-Dietrich Schulz: Zur Geschichte der Universitätsbibliothek, in: *DFW. Zeitschrift für Allgemein- und Spezialbibliotheken, Büchereien und Dokumentation* 26 (1978), S. 39–41.

⁵⁹ Vgl. Leyh: Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, S. 183–185.

⁶⁰ Zur Person und zum mäzenatischen Wirken Kades vgl. Max Kade zum Gedenken, Stuttgart 1968; Herta Beutter (Hg.): Max Kade (1882–1967). Industrieller, Sammler, Mäzen, Sigmaringen 1993.

Foundation im Stuttgarter Stadtzentrum, nur wenige Meter vom Standort der späteren Bibliothek entfernt, den Bau eines großen Studentenwohnheims (Max-Kade-Heim) finanziert.⁶¹ Im Herbst 1956 signalisierte Kade dem Leiter der Stuttgarter Universitätsbibliothek seine volle Unterstützung für einen Bibliotheksneubau. Rückblickend entsprang dieses Angebot, wie Koschlig anlässlich der Bibliothekseinweihung 1962 betonte, weniger dem Schwaben Kade als vielmehr dem „amerikanischen Staatsbürger, für dessen Bürgersinn die Förderung von Bibliotheken als Bildungsstätten eine seit je geläufige Notwendigkeit bedeutete“.⁶²

Nachdem das Land Baden-Württemberg, das seinerseits zwei Drittel der Baukosten übernahm, grünes Licht für das Bibliotheksprojekt gegeben hatte, bemühte sich Koschlig gemeinsam mit dem für den Neubau zuständigen Architekten, dem an der Stuttgarter TH lehrenden Hans Volkart, eine moderne, den Anforderungen der Zeit entsprechende Konzeption für die innere Struktur und äußere Gestalt der neuen Bibliothek zu erarbeiten. Im Vordergrund der Planungen stand die Absicht, die in Deutschland bis dato gängige räumliche Dreiteilung der Bibliothek in einen Publikums-, Verwaltungs- und Magazinteil durch eine integrale Gebäudestruktur aufzuheben.⁶³ In Europa und speziell in Deutschland gab es – abgesehen von der wenige Jahre zuvor errichteten Berliner Amerika-Gedenkbibliothek – kaum Vorbilder für eine derart moderne Bibliotheksstruktur. „Aber aus Amerika wußte man“, wie Volkart in seiner Ansprache zur Bibliothekseröffnung betonte,

„von der dort sich vollziehenden Abkehr vom gewohnten Dreizonenprinzip. In den neuen amerikanischen Beispielen wurde das Buch ganz unmittelbar an den Leser herangeführt, dem Leser der Zutritt in die Büchermagazine freigegeben. Dem Studierenden wird die Wahl des von ihm gesuchten Buches, Auge in Auge mit dem offenen zugänglichen Regal, dem ‚open shelf‘, erleichtert. In manchen amerikanischen Bibliotheken stand der nicht im Vordergrund frei aufgestellte Großteil des Bücherbestandes unter der Erde – so Harvard University in Cambridge und in gewisser Weise auch Georgia Tech. in Atlanta. Oder es waren Büchergeschosse in den Hochbau wie Schubladen eingesteckt – zum Beispiel: Public Library in Cincinnati. Im Schrifttum wie in den gebauten Beispielen traten zwei neue Grundbegriffe in den Vordergrund: das Prinzip der ‚open shelves‘, also der Freihandaufstellung des Buches, und das andere der baulichen ‚flexibility‘, das heißt einer Planung, die spätere Umstellungen innerhalb des Hauses ohne bauliche Veränderungen offen läßt. Auf einer dreiwöchigen Flugreise sahen wir uns dann dies alles in den Vereinigten Staaten, in dem Dreieck zwischen Boston, Kansas City und Atlanta, aus der Nähe an.“⁶⁴

Wie einem Brief aus den Beständen des Stuttgarter Universitätsarchivs entnommen werden kann, scheint es Edgar Breitenbach, damals Bibliothekar an der Library of Congress in Washington, gewesen zu sein, der die Aufmerksamkeit seines Stuttgarter Kollegen Koschlig auf das amerikanische Bibliothekswesen gelenkt und zu der von Volkart erwähnten Informationsreise in die Vereinigten Staaten geraten hatte. Breitenbach, der bereits beim Bau der Amerika-Gedenkbibliothek als fachkundiger Berater hervorgetreten war, schrieb am 13. Juni 1957 nach Stuttgart:

⁶¹ Zu den Stuttgarter Aktivitäten der Kade-Foundation vgl. Die Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart 1962, S. 13 (Vorwort) und S. 34.

⁶² Ansprache des Bibliotheksleiters Dr. Manfred Koschlig, in: ebd., S. 40.

⁶³ Ansprache des Architekten Professor Hans Volkart, in: ebd., S. 34f.

⁶⁴ Ebd., S. 35.

„Lieber Herr Koschlig, ich entnehme mit Vergnügen aus ihrem Brief, [...], daß Ihnen mein Vorschlag, sich amerikanische Bibliothekseinrichtungen anzusehen, zusagt. Ihrem erweiterten Vorschlag, den Architekten und seinen Mitarbeiter mitzunehmen, stimme ich völlig bei. Wir haben in Berlin [im Fall der Amerika-Gedenkbibliothek, S. P.] etwas ähnliches gemacht, indem wir Herrn Moser wie auch den Architekten Bornemann auf ein paar Wochen nach Amerika schickten. Die Brauchbarkeit des Gebäudes und die Organisation der Bibliothek beruht nicht zum kleinen Teile auf den unmittelbaren Erfahrungen, die sie auf dieser Fahrt machten.“⁶⁵

Daß man sich in Stuttgart tatsächlich zahlreiche positive Anregungen von einer Exkursion in die USA erwartete, wird aus einem drei Tage vor Reiseantritt verfaßten Brief Volkarts an den damaligen Rektor der TH, Werner Otto Köster, ersichtlich. „Die Frage“, so der für das Bibliotheksprojekt verantwortliche Architekt,

„welche Form der Bau annehmen soll, möchten wir erst endgültig in Angriff nehmen, wenn wir das Problem der Unterbringung der Bücher und Ihre Beziehung zu den Lesesälen usf. anhand der amerikanischen Beispiele genau studiert haben. Wir fliegen also kommenden Sonntag und ich hoffe, daß wir ihnen dann bald nach unserer Rückkehr mit Worten und Bildern von unseren Eindrücken berichten können.“⁶⁶

Auf ihrer fast dreiwöchigen Reise (22. September–11. Oktober 1957) besuchten Koschlig und Volkart insgesamt zehn amerikanische Bibliotheken, darunter die Library of Congress sowie die Universitätsbibliotheken von Harvard, Princeton und des MIT.⁶⁷

Die Klärung der Frage, inwieweit die in den USA gesammelten Erfahrungen im einzelnen die innere Struktur und architektonische Gestalt des Stuttgarter Neubaus beeinflußt haben, bedürfte einer systematischen architekturgeschichtlichen und bibliothekskundlichen Analyse, die im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden kann. Sicher ist, daß es sich im Fall der 1962 fertiggestellten Stuttgarter TH-Bibliothek um keine „amerikanische“ Bibliothek im engeren Sinne des Wortes handelte, da verständlicherweise auf die spezifischen Stuttgarter Rahmenbedingungen und Anforderungen Rücksicht genommen werden mußte. Und dennoch steht außer Zweifel, daß der Stuttgarter Neubau der intensiven Auseinandersetzung mit dem damals modernen amerikanischen Bibliotheksbau viel verdankte, was auch Volkart rückblickend unterstrich: „Wir haben von Anfang an versucht für Stuttgart die Form zu finden, die dieser unserer Technischen Hochschule und dieser ihrer Bibliothek entspricht. Aber wir wollten dabei das über die amerikanische Entwicklung eingeströmte neue Verhältnis zwischen Leser und Buch mit unserem Bau möglich machen.“⁶⁸

Tatsächlich stellt die vollendete TH-Bibliothek, eben gerade wegen der in ihr verwirklichten amerikanischen Anleihen, ein Novum in der Geschichte des universitären Bibliotheksbaus in Deutschland dar. Wesentliche amerikanische Merkmale waren die großzügigen, nach dem Prinzip der Flexibilität gestalteten Publikumsräume im ersten und zweiten Obergeschoß, in denen rund 60 000 Bände nach

⁶⁵ UAS, 17/249, Blatt 1, Schreiben Edgar Breitenbachs an Manfred Koschlig vom 13.6.1957.

⁶⁶ UAS, 17/249, Blatt 22, Schreiben Hans Volkarts an Werner Otto Köster vom 18.9.1957.

⁶⁷ UAS, 17/249, Blatt 23, Reise USA. Endgültiges Programm vom 18.9.1957.

⁶⁸ Ansprache des Architekten Professor Hans Volkart, in: Die Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart 1962, S. 34f.

dem Freihandsystem aufgestellt waren. Neu an einer deutschen Hochschule war zudem, daß mit rund 524 Arbeitsplätzen die Stuttgarter TH-Bibliothek damals beinahe jedem zehnten Studenten einen Platz im Lesesaal bieten konnte. Ferner verfügte der Neubau über ein im Untergeschoß befindliches Hauptmagazin für rund 600 000 Bände, von dem Flachförderbänder direkt zu den Leihstellen führten, eine moderne Rohrpostanlage, Arbeitsräume für Studenten und Dozenten (sogenannte Carells) sowie einen Zentralkatalog.⁶⁹ Mit Blick auf das noch sieben Jahre zuvor von der DFG im Vergleich zu amerikanischen Standards als unzureichend eingestufte Sofortausleihsystem an deutschen Hochschulen war die Stuttgarter TH-Bibliothek dank des Einsatzes modernster Technik und Organisationsstrukturen international durchaus konkurrenzfähig geworden.⁷⁰ „Die Sofortausleihe aus dem Magazin“, wie Gerhard Liebers 1968 anerkennend hervorhob, „erfolgt regelmäßig für jedermann innerhalb von drei Minuten.“⁷¹

Von nicht unwesentlicher Bedeutung ist zudem die Frage, wie dieser für die damaligen Verhältnisse außergewöhnlich innovative Bau seitens der Presse und damit auch von der westdeutschen Öffentlichkeit aufgenommen wurde. In diesem Zusammenhang zeigt sich, daß der Hinweis auf die vorausgegangene Auseinandersetzung von Bibliothekar und Architekt mit amerikanischen Vorbildern durchweg als ein Beleg für die besondere Modernität der Stuttgarter TH-Bibliothek aufgefaßt wurde. So schrieb beispielsweise am 2. Juli 1958, also vier Monate vor Beginn der eigentlichen Bauarbeiten, das „Deutsche Volksblatt“:

„Professor Volkart hatte im September vorigen Jahres zusammen mit dem Leiter der TH-Bibliothek, Dr. Manfred Koschlig, auf einer dreiwöchigen Studienreise durch große Teile der USA zwölf amerikanische Groß-Bibliotheken besichtigt [...]. Die Eindrücke dieser Reise haben die Gestaltung des Entwurfes von Professor Volkart in mancherlei Hinsicht beeinflusst: Der Neubau soll nicht unwesentlich dem prinzipiellen architektonischen und organisatorischen Aufbau moderner amerikanischer Bibliotheken entsprechen.“⁷²

Und drei Jahre später, kurz vor den offiziellen Eröffnungsfeierlichkeiten, erschien unter der Überschrift *Hieronymus im Glashaus* ein Artikel in den „Stuttgarter Nachrichten“, der nicht nur die ausgezeichnete technische Ausstattung und moderne Architektur des Gebäudes, sondern auch dessen Anlehnung an amerikanische Vorbilder explizit hervorhob:

„Am 27. November wird der Neubau der Stuttgarter TH-Bibliothek eingeweiht. [...]. Amerikanische Beispiele standen Pate. Das System der Freihandbibliothek hat sich durchgesetzt – das heißt eine Art von Selbstbedienung des Studierenden aus der Präsenzbücherei. [...]. Die neue TH-Bibliothek liegt inmitten der umgebenden Hochhäuser mit ihren Instituten, sie hat aber so viel Spielraum im Gelände, daß sie ein Zentrum für sich bildet. [...]. Das alles

⁶⁹ Zur Binnenstruktur und technischen Ausstattung vgl. Klaus Jürgen Zabel: Das Gebäude und seine technischen Einrichtungen, in: Die Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart 1962, S. 47–74; Liebers: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 315–319; Jürgen Hering: Das Gebäude der Universitätsbibliothek im Hochschulbereich Stuttgart-Mitte, in: DFW. Zeitschrift für Allgemein- und Spezialbibliotheken, Büchereien und Dokumentation 26 (1978), S. 45–49.

⁷⁰ Vgl. BayHStA, MK 69028, Niederschrift der Präsidiumssitzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft über Fragen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens vom 30. 6. 1955.

⁷¹ Liebers: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 318.

⁷² Wohlgeordnete Bücherkiste im Gartenpavillon, in: Deutsches Volksblatt vom 2. 7. 1958.

läßt keinen Zweifel daran, daß diese TH-Bibliothek der durchdachteste, der schlüssigste Bau einer Bücherei ist, die wir vorläufig in der Bundesrepublik haben.“⁷³

Weitere, nach amerikanischen Standards ausgerichtete Bibliotheksbauten sollten folgen, wie beispielsweise die zwischen 1962 und 1964 errichtete *Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main*.⁷⁴ Seit der Universitätsgründung im Jahre 1914 hatte es in Frankfurt neben den ausgezeichnet bestückten Institutsbibliotheken keine eigenständige Universitätsbibliothek gegeben. Erst 1944 waren die durch Kriegseinwirkungen stark dezimierten Bestände der vormalig getrennt geführten Stadtbibliothek, der Rothschild-Bibliothek und der Bibliothek für Kunst und Technik unter der Bezeichnung ‚Stadt- und Universitätsbibliothek‘ zusammengefaßt worden. Die Planungen für einen Neubau setzten schließlich 1959 unter dem damaligen Direktor Clemens Köttelwesch ein. Köttelwesch und dem zuständigen Architekten Ferdinand Kramer ging es in erster Linie darum, die genannten Sammlungen (mit einem Gesamtumfang von damals etwa einer Million Bänden) – zu denen sich noch die Senckenbergische Bibliothek für Naturwissenschaften und Medizin (ca. 400 000 Bände) gesellte – in einer für den Benutzer erfahrbaren organisatorischen Einheit unter einem Dach zusammenzulegen.⁷⁵

Obgleich die funktionale Dreiteilung in einen Lesesaal-, Magazin- und Verwaltungstrakt – im Gegensatz zu Stuttgart – am Frankfurter Neubau architektonisch weiterhin sichtbar blieb, orientierte sich dessen Binnengestaltung durchaus an damals aktuellen amerikanischen Standards. Dies zeigte sich u. a. in der großzügigen Aufstellung systematisch katalogisierter Freihandbestände, 130 Einzelarbeitskabinen (Carells) für individuelle Forschungsarbeiten sowie zahlreichen technischen Neuerungen wie einer Klimaanlage, einer automatischen Kastentransportanlage für die Buchbeförderung, einem hauseigenen Telefon- und Rohrpostsystem sowie dem Einbau von Personen- und Lastenaufzügen.⁷⁶ Bemerkenswerterweise nahm nun auch die Frankfurter Universitäts- und Stadtbibliothek unter Hinweis auf die erfolgte Übernahme amerikanischer Organisationsprinzipien – wie zuvor die neugegründeten Bibliotheken in Berlin und Stuttgart – für sich in Anspruch, die modernste Bibliothek auf deutschem Boden zu sein. Franz-Heinrich Philipp sprach ihr gar eine Vorbildfunktion für die weitere Entwicklung des universitären Bibliotheksbaus in der Bundesrepublik zu:

⁷³ Richard Biedrzyński: Hieronymus im Glashaus. Die Bibliothek der Technischen Hochschule – Aufgabe und Lösungen, in: Stuttgarter Nachrichten vom 23. 11. 1961.

⁷⁴ Zur Universitäts- und Stadtbibliothek Frankfurt am Main vgl. Ferdinand Kramer: Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main, in: *Bauwelt* 56 (1965), S. 1274–1276; Clemens Köttelwesch: Zum Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, in: *Buch und Welt. Festschrift für Gustav Hofmann zum 65. Geburtstag*, Wiesbaden 1965, S. 125–136; ders.: Vom Frankfurter Sammelkatalog zum Hessischen Zentralkatalog, in: *Aktuelle Probleme der Bibliothekverwaltung. Festgabe für Hermann Fuchs zum 70. Geburtstag*, Wiesbaden 1966, S. 92–101; Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main und Senckenbergische Bibliothek, in: *Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 117–126; Philipp: *Hochschulstruktur, Bibliotheksstruktur und Bibliotheksneubau*, S. 19–35.

⁷⁵ Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main und Senckenbergische Bibliothek, in: *Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 117–126.

⁷⁶ Vgl. vor allem die Angaben und Pläne ebd., S. 122f.

„Das Frankfurter Modell lehnt sich sicherlich an die für das amerikanische Bibliothekswesen selbstverständliche Lösung an, einen hohen Prozentsatz des vorhandenen Literaturgutes dem direkten Zugriff des Benutzers anzubieten, und entspricht einer international feststellbaren Tendenz. Für die Bundesrepublik kam dieses Prinzip im Hochschulbibliotheksbau jedoch in Frankfurt zum erstenmal deutlich zur Anwendung und fand alsbald bei einer ganzen Reihe Neubauten älterer Hochschulbibliotheken Nachfolge, während es für die Neugründungen [...] schon zu den selbstverständlichen Planungsvoraussetzungen gehörte.“⁷⁷

3. Die Neukonzeption des universitären Bibliothekswesens seit den 1960er Jahren

Tatsächlich nahmen die Universitätsbibliotheken in Stuttgart und Frankfurt organisatorische und strukturelle Neuerungen vorweg, die wenige Jahre später in den Bibliotheken der ersten Universitätsneugründungen in Bochum, Konstanz, Regensburg und Bielefeld übernommen und weiter ausgebaut wurden.⁷⁸ Ein wesentlicher Unterschied zu den Neubauten der Alt-Universitäten und denen der Neugründungen bestand allerdings darin, daß an letzteren die noch in Stuttgart und Frankfurt bestehende Trennung zwischen Universitätsbibliothek und Institutsbibliotheken zugunsten einer die Bibliotheksbestände aller Fachbereiche gemeinsam verwaltenden integralen Zentralbibliothek aufgehoben wurde, was in dieser Form ebenfalls eine Anlehnung an das einstufige amerikanische Bibliotheksmodell bedeutete.⁷⁹ Zudem bot die komplette Neugründung einer Universität die Möglichkeit, den architektonischen und ideellen Stellenwert der Universitätsbibliothek innerhalb des Hochschulgefüges neu zu definieren.

Als besonders einflußreich erwies sich in diesem Zusammenhang die 1961 von dem späteren Bremer Universitätskurator Hans Werner Rothe verfaßte Denkschrift *Über die Gründung einer Universität zu Bremen*, dem wohl bedeutendsten Dokument zur Frühgeschichte der Universitätsneugründungen in der Bundesrepublik.⁸⁰ Rotheres Plan orientierte sich – wie unten noch genauer darzulegen sein wird – am Vorbild amerikanischer Campus-Universitäten.⁸¹ Ähnlich den dortigen Raumplanungen sollte die Universitätsbibliothek auch auf dem Bremer Campusgelände das „Herz der neuen Universität“ bilden.⁸² An dieser Stelle sei nochmals auf die architektonisch wie funktional zentrale Rolle der amerikanischen Universitätsbibliothek spätestens seit Jeffersons Gesamtplan für die University of Virginia (1817) verwiesen. „From the viewpoint of architecture and educational

⁷⁷ Philipp: Hochschulstruktur, Bibliotheksstruktur und Bibliotheksbau, S. 24f.

⁷⁸ Vgl. hierzu Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 127–139; Fuhlrott/Liebers/Philipp: Einige Gedanken zum Bibliotheksbaubau der siebziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland, in: dies.: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1983, S. XVII–XXII, sowie Enderle: Bibliotheken, S. 299–309.

⁷⁹ Vgl. u. a. Gerhard Liebers: Bibliotheksbaubau in USA, in: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, S. 36–84; ders.: Die zentrale Forschungsbibliothek der Hochschule, in: Lehmann/Hüttermann: Die Hochschulbibliothek, S. 139–153.

⁸⁰ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Universitäten, S. 265–482.

⁸¹ Vgl. Kapitel IX.

⁸² So Rothe: *Über die Gründung einer Universität zu Bremen*, S. 311.

purpose“, so Richard P. Dober in seinem 1963 erschienenen Buch *Campus Planning* über die hervorgehobene Stellung der Bibliothek im Rahmen des amerikanischen Universitätsgefüges,

„college and university libraries uniquely reflect the special characteristics of American higher education as it has evolved in the past three centuries. The emerging prominence of the Library as a central building of special importance on campus can be traced in several ways – growth in acquisitions, improvements in methods of operation because of technological advances, and changes in attitudes toward planning and designing library buildings.“⁸³

Ganz in diesem Sinne sah auch Rothe in der Bibliothek das eigentliche geistige und architektonische Zentrum einer neu zu schaffenden Campus-Universität, deren Kern ein Forum, bestehend aus den wichtigsten Hochschulgebäuden (z. B. Mensa, Hörsaal-, Rektorats- und Verwaltungsgebäude), bilden sollte:

„Der Schwerpunkt dieses Forums wiederum kann nur die Bibliothek sein. Sie ist das eigentliche Herz der Universität. Sie verkörpert im wahrsten Sinne die Grundprinzipien der Universität: Universalität und Wissenschaftlichkeit. Sie dient gleichermaßen der Forschung und Lehre. Sie vereinigt in ihren Lesesälen Dozenten und Studenten sowie nicht zur Universität gehörende Benutzer zu gleicher Arbeit, zum Dienst an der Wissenschaft. Sie repräsentiert durch ihr Gebäude und vor allem durch ihre Bestände die Einheit aller wissenschaftlichen Arbeit jenseits jeglicher Grenzen von Raum und Zeit.“⁸⁴

Doch nicht nur die Lage und Gemeinschaft fördernde Funktion der Universitätsbibliothek verweisen in Rothes Denkschrift auf amerikanische Vorbilder, auch die von ihm vorgeschlagene Bibliotheksorganisation offenbart eine deutliche Anlehnung an in den USA üblichen Standards. Rothe sprach sich zudem für eine weitestgehende Aufhebung der an den alten Universitäten üblichen Zweiteilung des Bibliothekssystems zugunsten der Zentralbibliothek aus.⁸⁵ Die häufig kritisierte Zersplitterung in eine nur schwach bestückte Universitätsbibliothek einerseits und zahlreiche gut ausgestattete Institutsbibliotheken andererseits war für Rothe nicht nur die Folge eines sich stetig ausdifferenzierenden Wissenschaftssystems, sondern in erster Linie Ausdruck räumlicher Entfernung. Tatsächlich hatte das enorme Wachstum der in zumeist innerstädtischen Bereichen angesiedelten Traditionsuniversitäten seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu einer Verteilung der Institute und damit auch deren Bibliotheken über ganze Stadtbereiche geführt. Im Unterschied dazu bot eine Neugründung in Form einer in sich geschlossenen Campusanlage nach angelsächsischem Vorbild die Möglichkeit, diese räumliche Trennung

⁸³ Dober: *Campus Planning*, S. 85. Zu den besonderen Charakteristika amerikanischer Universitätsbibliotheken vgl. zudem Zabel: *Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit*, S. 33–37.

⁸⁴ Rothe: *Über die Gründung einer Universität zu Bremen*, S. 311.

⁸⁵ Hierzu schreibt Rothe: „Die Folge dieser Entwicklung ist eine immer stärkere Aufspaltung der ursprünglich allein durch die Universitätsbibliothek wahrgenommenen ‚Bücherversorgung‘ der Universität in unabhängig von der Zentralbibliothek aufgebaute Spezialbibliotheken von sehr unterschiedlicher Größe und Ordnung. Das für den Gesamtzusammenhang der Universität so schädliche Institutsdenken und der Egoismus einzelner Sonderinteressen hat sich auch hier durchgesetzt und tut es vor allem mit Hilfe von Berufungsvereinbarungen auch weiterhin. Diese Entwicklung schadet letztlich einer wirklich leistungsfähigen universalen Universitätsbibliothek und damit den Belangen der Gesamtuniversität“ (ebd., S. 313).

aufzuheben.⁸⁶ Die künftig auf kleine Handapparate reduzierten Institutsbibliotheken, so sah es die Rothe-Denkschrift vor, müßten ihre ehemals autonome Stellung aufgeben und unter die Gesamtverwaltung der Zentralbibliothek gestellt werden.⁸⁷ Selbstverständlich war sich Rothe darüber im klaren, daß eine derartige Umstrukturierung des universitären Bibliothekssystems auch eine entsprechende Reorganisation der inneren Bibliotheksstruktur nach sich ziehen müsse. Die adäquate Lösung sah er in der Aufstellung eines Großteils des Bücherbestandes nach dem amerikanischen „Open-shelf-System“:

„Die zwangsläufige [...] Benachteiligung der Seminar- und Institutsbibliotheken [...] zwingt zu einer neuen Organisation der Universitätsbibliothek, die nun dem Benutzer unbedingt direkten Zugang zu der aktiven Literatur ermöglichen muß. Hier können besonders die amerikanischen Bibliotheken Vorbild sein, die ihre Bestände weitgehend in offen zugänglichen Handmagazinen, sogenannten Freihandbibliotheken, aufgestellt haben. Diese Aufstellungsart haben die öffentlichen Büchereien (Volksbüchereien) in Deutschland in den letzten Jahren mit großem Erfolg ebenfalls durchgeführt.“⁸⁸

Es kann daher kaum überraschen, daß Rothe auf die „unter intensiver Verwendung der amerikanischen Erfahrungen“ nach dem Freihandsystem organisierten Bibliotheken in Berlin (Amerika-Gedenkbibliothek) und Stuttgart (TH-Bibliothek) sowie auf die damals noch im Bau befindliche Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main verwies.⁸⁹

Wie sehr Rothes Bibliotheksvorstellungen und damit indirekt auch das amerikanische Bibliothekswesen die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Universitätsbibliothek anregte⁹⁰, zeigt ein 1962 unter dem Titel *Die Stellung der Universitätsbibliothek nach den Vorschlägen des Bremer Gutachtens* in der „Deutschen Universitäts-Zeitung“ erschienener Aufsatz von Wilhelm Martin Luther, dem damaligen Direktor der Niedersächsischen Landesbibliothek in Göttingen.⁹¹ Nachdem auch Luther zu Beginn seiner Ausführungen die Zerrissenheit des universitären Bibliothekswesens in der Bundesrepublik beklagt hatte, stellte er anschließend die Grundsatzfrage, ob die neu zu gründenden Universitäten diesem „historisch bedingten Nebeneinander“ weiter folgen oder statt dessen im Ausland bereits erprobte Lösungen adaptieren sollten. Ohne auf das Bremer Gutachten konkret einzugehen, fiel Luthers Antwort hierzu folgendermaßen aus:

„In den Vereinigten Staaten von Amerika z.B. hat die Universitätsbibliothek eine zentrale Stellung. Sie liegt für gewöhnlich im Mittelpunkt des Campus und vereinigt die Bücherbestände der Universität in einem Gebäude, durch das die Einheit von Lehre und Forschung geradezu symbolisiert wird, oder ihre Bestände sind, soweit es sich um spezielle Fachliteratur handelt, auf Fakultäts- und Institutsbibliotheken verteilt, die von ihr verwaltet werden. Der Direktor der Universitätsbibliothek ist der Bibliothekar der Gesamtuniversität; er be-

⁸⁶ Ebd., S. 313f.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 315 Anm. 120.

⁸⁸ Ebd., S. 315.

⁸⁹ Ebd., S. 315f.

⁹⁰ Vgl. hierzu exemplarisch BayHStA, MK 68576, Studenten und die neue Universität. Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen (1962), S. 34.

⁹¹ Wilhelm Martin Luther: *Die Stellung der Universitätsbibliothek nach den Vorschlägen des Bremer Gutachtens*, in: DUZ 4 (1962), S. 15–25.

sitzt in allen bibliothekarischen Fragen eine entscheidende Stimme und hat engen Kontakt mit den Fakultäten. [...]. Die Vorteile dieser Zusammenfassung liegen auf der Hand. An der Universität gibt es praktisch nur eine Bibliothek, für die sämtliche bibliothekarische Maßnahmen getroffen werden und der sie zugute kommen.“⁹²

Aufgrund dieser Einschätzung war es nur folgerichtig, daß Luther, immerhin der Direktor einer großen deutschen Landesbibliothek, den an amerikanischen Vorbildern ausgerichteten Bibliotheksplan Rothes ausnahmslos unterstützte: „Die Bremer Grundkonzeption einer Universitätsbibliothek in der Mitte des Campus, die den weitaus größten Teil der Bücherbestände der gesamten Universität in ihrem Gebäude vereinigt und in liberaler Weise zugänglich macht, ist durchaus richtig.“⁹³ Und mit Blick auf die bevorstehenden Neugründungen empfahl Luther abschließend: „Es besteht kein Zweifel, daß die Ausführungen Dr. Rothes über Bremen hinaus grundsätzliche Bedeutung haben und von den für die Neugründungen von Universitäten Verantwortlichen ernsthaft erörtert werden müssen.“⁹⁴

Daß die von Rothe favorisierte zentrale Campusbibliothek tatsächlich die Bibliothekskonzeption der meisten Neugründungen beeinflussen sollte, verdeutlicht exemplarisch das Bibliothekssystem der 1967 gegründeten Universität Regensburg.⁹⁵ Gut ein Jahr vor Beginn der eigentlichen Baumaßnahmen auf dem künftigen Universitätsareal hatte im Juli 1964 der damalige Direktor der Würzburger und spätere erste Leiter der Regensburger Universitätsbibliothek, Max Pauer, im Auftrag des Kultusministeriums ein Konzept für die Organisation des Bibliothekssystems dieser ersten bayerischen Universitätsneugründung seit 1945 vorgestellt.⁹⁶ In offensichtlicher Kenntnis der damals äußerst prominenten Rothe-Denkschrift betonte Pauer die aus bibliothekarischer Sicht mit einer Campus-Neugründung verbundenen Chancen:

„Die Gründung einer neuen Universität, die zudem auf einem geschlossenen Gelände erfolgt, so daß Standortfragen nicht die vorherrschende Rolle spielen, gibt die Möglichkeit, durch eine rationellere Organisation ihres Bibliothekswesens diesen Schwierigkeiten mit Erfolg zu begegnen. Eine Straffung der Organisation, der Einsatz neuer technischer Mittel lassen sich hier zum Vorteil aller Beteiligten durchführen. Die Fehler der Vergangenheit im Bibliothekswesen der Universitäten, Zersplitterung, Unübersichtlichkeit, Mangel an Koordinierung, gegenseitige Abkapselung, Konkurrenz der einzelnen Institute bei Bücherverkäufen, eine unnötige Verdoppelung, ja Vervielfachung der selben Titel im Universitätsbereich, schwierige Benutzbarkeit der Institutsbestände und vieles andere gilt es zu vermeiden.“⁹⁷

Pauers Plan sah deshalb – ganz im Sinne der schon in Berlin, Stuttgart oder Frankfurt angewandten amerikanischen Standards – die zentrale Katalogisierung des

⁹² Ebd., S. 16.

⁹³ Ebd., S. 25.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Zur Universitätsbibliothek Regensburg vgl. u. a. Max Pauer: Die Universitätsbibliothek. Neue Weg und Ziele, in: Regensburger Universitätszeitung (1967), S. 52–61; ders.: Das Bibliothekssystem der Universität Regensburg, in: Haenisch/Köttelwesch: Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, S. 106–130; 10 Jahre Bibliothekssystem der Universität Regensburg, hg. von der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, München 1975.

⁹⁶ BayHStA, MK 72736, Max Pauer: Vorschlag über die Organisation des Bibliothekssystems der Universität Regensburg vom 6. 7. 1964.

⁹⁷ Ebd.

Gesamtbestandes sowie die Aufstellung eines Großteils der Literatur nach dem Freihandsystem vor.⁹⁸ Anstelle einer Zweiteilung in Institutsbibliotheken und Universitätsbibliothek sprach sich der Würzburger Bibliotheksdirektor ferner für eine nach fachlichen Kriterien ausgerichtete Binnengliederung der Zentralbibliothek und damit für ein integriertes Bibliothekssystem aus. „Die Universitätsbibliothek“, so Pauer, „besteht aus der Gesamtheit der im Universitätsbereich bestehenden Bibliotheken und bildet als Verwaltungseinheit ein geschlossenes Bibliothekssystem. Dieses gliedert sich in die Zentralabteilung und in Fachabteilungen, zumeist Fachbibliotheken.“⁹⁹

Mit dem von Pauer erarbeiteten und entsprechend umgesetzten Bibliotheksmodell, also dem koordinierten Zusammenspiel von Zentralbibliothek und Teilbibliotheken unter einem organisatorischen Dach, übernahm die neue Regensburger Universitätsbibliothek eine sowohl bayern- wie bundesweite Vorreiterrolle.¹⁰⁰ Obgleich der Wissenschaftsrat in seinen 1964 erschienenen Empfehlungen zum Ausbau wissenschaftlicher Bibliotheken im Fall neuer Hochschulen weiterhin an einem zugunsten der Universitätsbibliothek modifizierten zweigleisigen Bibliothekssystem festhielt¹⁰¹, konnte sich das für Regensburg entwickelte Konzept bzw. diesem sehr ähnliche Modelle an den meisten neugegründeten Hochschulen.¹⁰² So sprach sich der Gründungsausschuß für die Universität Konstanz 1965 ebenfalls für eine „gegliederte Gesamtbibliothek“ aus und im gleichen Jahr empfahl auch die Denkschrift für eine Universität in Dortmund, „Bereichsbibliotheken der Zentralbibliothek organisatorisch einzugliedern und in ihre Verwaltung zu geben“.¹⁰³ Im Jahre 1966 lobte Ralf Dahrendorf, Mitglied des Gründungsausschusses und später Ordinarius für Soziologie an der neuen „Bodensee-Universität“,

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Zur besonderen Vorbildfunktion des Regensburger Bibliothekssystems vgl. Pauer: Möglichkeiten regionaler und überregionaler Zusammenarbeit durch einen neuen universitären Bibliothekstyp, in: 10 Jahre Bibliothekssystem der Universität Regensburg, hg. von der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, München 1975, S. 5–12, hier insbesondere S. 5f.; Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 126 und S. 130–134; Elisabeth Höller/Hans Jürgen Höller: Vom langgehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität, in: Alois Schmid (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 533–571, hier S. 549.

¹⁰¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil II: Wissenschaftliche Bibliotheken, S. 41–47. Vgl. hierzu auch die Einschätzung der Empfehlungen bei Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 105f.

¹⁰² Vgl. hierzu die Einzeldarstellungen der jeweiligen Universitätsbibliotheken in: Haenisch/Köttelwesch: Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken; Bibliotheksbauten in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1983; Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 127–138; sowie die einzelnen Beiträge in Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken.

¹⁰³ Vgl. Die Universität Konstanz. Bericht des Gründungsausschusses (1965), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 570–626, hier S. 605 (Zitat); Gründungsausschuß für die Universität Dortmund: Empfehlungen zum Aufbau einer Universität in Dortmund, Teil I (1965), in: ebd., S. 519–563, hier S. 552 (Zitat).

das Konstanzer Bibliothekskonzept, dem es gelungen sei, den alten Dualismus zwischen den Bibliotheken endlich aufzulösen: „Aus den vielen Strukturentscheidungen [...] sei nur die hervorgehoben, die die Doppelung von Zentralbibliothek und Institutsbibliotheken durch die sogenannte gegliederte Gesamtbibliothek aufhebt: eine Bibliotheksverwaltung ist für alle Bücher verantwortlich; aber diese werden dezentral gestellt, und für jeden Fachbereich steht ein Bibliothekar zur Verfügung.“¹⁰⁴ Allein die ursprünglichen Bibliothekskonzepte der Ruhr-Universität Bochum (1962), der ersten und größten Universitätsneugründung nach Kriegsende, sowie – entgegen den ursprünglichen Empfehlungen Rothes – das des Beratungsausschusses für die Gründung einer Universität zu Bremen (1963) sahen zunächst noch die traditionelle Zweiteilung in Universitätsbibliothek und kleinere Institutsbibliotheken in freilich stark modifizierter Form vor.¹⁰⁵ In der Folgezeit sollte sich allerdings auch hier eine Vereinheitlichung der Verwaltungs- und Beschaffungskompetenzen zugunsten der Zentralbibliothek abzeichnen.¹⁰⁶

Dieser Trend zur Vereinheitlichung des Bibliothekssystems blieb zwangsläufig nicht auf die Neugründungen beschränkt. In ähnlicher Weise hatten sich seit den 1950er Jahren auch die „alten“ Universitäten – die frühen Beispiele Stuttgart und Frankfurt haben dies belegt – darum bemüht, ihr duales Bibliothekssystem, wenn schon nicht aufzuheben, so doch in Richtung einer Zentralisierung der Verwaltungsstrukturen zu modernisieren. Das angestrebte Ziel war es, die immer wieder kritisierte Zersplitterung in quasi autonome Bibliothekseinheiten aufzuheben. Die Katalogisierung des literarischen Gesamtbestandes und großzügig konzipierte Bibliotheksneubauten mit Freihandaufstellung waren daher auch an den Traditionsuniversitäten die notwendige Konsequenz.¹⁰⁷ Joachim Stoltzenburg hat darauf hingewiesen, daß auf dem Aachener Bibliothekartag von 1967 „die Planung eines koordinierten Systems von Fachbereichsbibliotheken bei den neuen Universitäten als Konsequenz und Fortführung einer Entwicklung in den alten Universitäten bezeichnet [wurde], die auch für sie [die alten Universitäten, S. P.] die zwangs-

¹⁰⁴ Ralf Dahrendorf: Über die Universität Konstanz, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 13 (1966), S. 5–14, hier S. 11 (Zitat).

¹⁰⁵ Vgl. Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses (1962), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 207–256, hier S. 252f. Zum Bremer Bibliothekskonzept vgl. Empfehlungen des Beratungsausschusses für die Gründung einer Universität zu Bremen (1963), in: ebd., S. 483–518, hier S. 510.

¹⁰⁶ Vgl. Universitätsbibliothek Bochum, in: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 53–57; Rolf Kluth: Die Universitätsbibliothek Bremen, in: Haenisch/Köttelwesch: Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, S. 131–139; sowie Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 136f.

¹⁰⁷ Vgl. exemplarisch Wolfgang Kehr: Die Universitätsbibliothek Freiburg. Reform und Neubau, in: Freiburger Universitätsblätter 31 (1972), S. 27–33; sowie ders.: Universitätsbibliothek Freiburg i.Br. Planung und Strukturwandel, in: Haenisch/Köttelwesch: Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, S. 140–168; Ortwin Müller: Der Neubau der Universitätsbibliothek Freiburg – ein Baubericht, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 91–98; Georg Berthold: Planung und Bau der Universitätsbibliothek Würzburg, in: ebd., S. 163–166; Gottfried Mälzer: Die neue Zentralbibliothek der Universität Würzburg, in: ebd., S. 171–180.

läufige Richtung ihrer eigenen Planung anzeige“.¹⁰⁸ Ein Blick in die Hochschulgesetzgebung um 1970 macht zudem deutlich, daß einige Bundesländer, wie z. B. Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, das zentralisierte Bibliothekssystem für alle Universitäten verbindlich festschrieben.¹⁰⁹

Die hier skizzierte Entwicklung des westdeutschen Universitätsbibliothekswesens in den drei Dekaden von 1945 bis ca. 1975 sollte veranschaulichen, in welchem beachtlichen Maße amerikanische Einflüsse auch in diesem Bereich eingewirkt haben. Wie gezeigt werden konnte, waren Bibliothekare und Architekten seit den fünfziger Jahren intensiv darum bemüht gewesen, nachahmenswerte Elemente des amerikanischen Bibliothekswesens im Rahmen von Neubauprojekten zu integrieren. Die Anlehnung an das amerikanische Vorbild erfolgte dabei vor allem auf vier Ebenen, d.h. strukturell (zentral verwaltetes Bibliothekssystem), organisatorisch (Freihandaufstellung, Katalogisierung des Gesamtbestandes), technisch (Klimatisierung, Rohrpost- und Telefonanlage, spezielle Lastenaufzüge, später Mikrofiche und Computer) und schließlich, ein Aspekt der insbesondere bei den Neugründungen zum Tragen kommen sollte, architektonisch (Baufgabe Zentralbibliothek in Verbindung mit Fachbereichsbibliotheken).¹¹⁰ Publikationen wie der 1956 nach einer gemeinsamen USA-Reise von sieben deutschen Bibliothekaren verfaßte Sammelband *Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA* oder die aus dem Jahre 1959 stammende ingenieurwissenschaftliche Dissertation des Volkart-Schülers Klaus-Jürgen Zabel haben sich der Frage gewidmet, inwieweit auf den eben genannten Ebenen Errungenschaften des amerikanischen für die weitere Entwicklung des bundesdeutschen Bibliotheksbaus nutzbar gemacht werden könnten.¹¹¹ Im Vorwort zu seiner Studie führte Zabel aus:

„Bedingt durch die beiden Kriege und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre ist die Entwicklung des Bibliotheksbaus bei uns stark hinter derjenigen des Auslandes, im Besonderen der Vereinigten Staaten, zurückgeblieben. Demzufolge wird sich der Bibliotheksplaner in der Regel an den dort gebauten Beispielen zu orientieren versuchen. Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, die Faktoren, die vor allem in den Vereinigten Staaten eine Änderung des Bibliothekswesens bewirkt haben, in ihrer Herkunft und ihren Aus-

¹⁰⁸ Stoltzenburg: Die Universitätsbibliotheken in den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, S.37. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Wolfgang Kehr: Einheitliche Verwaltung und Benutzung in den Bibliothekssystemen der „alten“ Universitäten, in: Lehmann/Hüttermann: Die Hochschulbibliothek, S.95–118.

¹⁰⁹ Siehe die entsprechenden Paragraphen der einzelnen Ländergesetze in WRK: Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik. Zur Behandlung von Bibliotheksfragen in der baden-württembergischen Hochschulgesetzgebung vgl. zudem Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S.111–115.

¹¹⁰ Vgl. Zabel: Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit, S.38f.; Elmar Mittler: Zentrale Hochschulbibliotheken. Struktur- und Organisationsformen und deren Auswirkungen auf das Gebäude. Rückblick und Ausblick, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S.21–32; Fuhlrott: Die Situation im Bibliotheksneubau, S.33–38; Peter Schweigler: Förder- und Lagertechnik in Hochschulbibliotheken, in: ebd., S.53–68.

¹¹¹ Wehmer: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA; Zabel: Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit.

wirkungen zu analysieren und die Anwendbarkeit der Erfahrungen auf unsere Verhältnisse zu prüfen.“¹¹²

Die Bibliotheksneubauten in Stuttgart und Frankfurt markieren in diesem Zusammenhang die ersten praktischen Versuche, amerikanische Standards in das westdeutsche Hochschulbibliothekswesen zu integrieren, ohne dabei allerdings noch das traditionelle duale System aufzugeben.

Was nun die weitergehende Vereinheitlichung des Bibliothekssystems nach amerikanischem Modell anbetraf, boten erst die Universitätsgründungen der 1960er und 1970er Jahre neue architektonische und strukturelle Möglichkeiten.¹¹³ Gemäß den ursprünglich für Bremen entwickelten Vorstellungen Hans Werner Rothes sollte das eigentliche Zentrum der universitären Wissensspeicherung, sprich die Bibliothek, fortan auch den architektonischen Mittelpunkt einer Neugründung bilden. Tatsächlich übernahmen – in durchaus unterschiedlichen architektonischen Varianten – die meisten neuen Universitäten diesen Grundgedanken. Die komplette Neuplanung einer Campus-Universität machte es möglich, die an einer alten Universität in der Regel über große Distanzen hinweg verteilten Buchbestände auf einem in sich geschlossenen Universitätsgelände zu zentrieren.¹¹⁴ Über die zentrale Bedeutung der Neugründungen für die universitäre Bibliotheksentwicklung in der Bundesrepublik schreibt Franz-Heinrich Philipp:

„Hier ergaben sich parallel zur jeweiligen organisatorischen wie räumlichen Hochschulstruktur Lösungen mit einem einheitlichen, zentral geführten Bibliothekssystem mit zentraler Buchbearbeitung, das die Fülle der Literatur der Hochschule entweder in großen Fachlesesälen in einem speziellen Bibliotheksgebäude anbot (Bremen), sie in enger Anbindung an die Fachbereiche in zwei Buchkomplexen bereitstellte (Konstanz) oder sie auf 4–10, den jeweiligen Fachbereichen eng zugeordneten und z.T. mit dem bibliothekarischen Verwaltungs- und Informationszentrum und untereinander räumlich eng verbundene Fachbibliotheken aufgliederte (Bielefeld, Regensburg, Augsburg, die neugegründeten Gesamthochschulbibliotheken in Nordrhein-Westfalen).“¹¹⁵

¹¹² Zabel: Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit, S. 11.

¹¹³ Vgl. hierzu Joachim Stoltzenburg: Das Bibliothekswesen der Hochschulen und die Hochschulreform, in: DUZ/HD 3 (1970), S. 8f.; Köttelwesch: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 127; Fuhlrott/Liebers/Philipp: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik 1968–1983, S. XVII; Enderle: Bibliotheken, S. 299.

¹¹⁴ Hierzu vermerkt Stoltzenburg: Die Universitätsbibliotheken in den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, S. 37: „So nimmt es nicht wunder, daß auch die Bibliothekare in der Bundesrepublik Deutschland erst beim Bekanntwerden der neuen Konzeption der Bibliothekssysteme für die Universitäten Konstanz und Regensburg die Vorstellung von der Unabänderlichkeit der beziehungslosen Pluralität der Bibliotheken in der deutschen Universität wieder ernsthaft zu überprüfen begannen.“

¹¹⁵ Philipp: Hochschulstruktur, Bibliotheksstruktur und Bibliotheksbau, S. 21. Fuhlrott/Liebers/Philipp: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1983, S. XVIII, unterscheiden insgesamt vier Bauvarianten: die zentrale Universitätsbibliothek als Solitärbau im Zentrum des Campus (z. B. Bremen, Dortmund, Düsseldorf u. a.), die lockere Anbindung der Zentrale an die Fachbereiche (Bochum, Duisburg, Osnabrück, Passau, Regensburg u. a.), eine stärkere Einbeziehung der Fachbereichsbibliotheken in die Zentralbibliothek (z. B. Eichstätt, Essen, Paderborn, Siegen, Trier, Wuppertal u. a.) und die vollkommene Verbindung von zentraler Einheit mit den Fachbereichsbibliotheken (z. B. Bielefeld und Konstanz).

Ein wichtiger Indikator dafür, daß die Bibliotheken der neugegründeten Universitäten letztlich auch zu einer deutlich verbesserten Außenwahrnehmung des Wissenschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben, stellen die entsprechenden Einschätzungen ausländischer – speziell amerikanischer – Gastwissenschaftler dar. Zwei 1960 und 1977 durchgeführte Umfragen der AvHSt unter ihren Stipendiaten geben darüber Aufschluß, wie sich aus der Außenperspektive das Bild des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in der Bundesrepublik in diesem Zeitraum veränderte.¹¹⁶ Die noch vor dem eigentlichen Einsetzen der Neugründungswelle im Jahre 1960 unter insgesamt 100 Forschungsstipendiaten veranstaltete Befragung machte die Mängel des damals noch überwiegend dual organisierten Bibliothekssystems deutlich. „Beklagt wurden bei den deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken der Nachkriegszeit“, wie Monika Pilz 1978 hierzu rückblickend resümierte,

„vor allem der Mangel an Fachpersonal, die bürokratische Haltung des Personals, die räumlichen Verhältnisse, das umständliche und zeitraubende Ausleihverfahren, die eingeschränkte Zugänglichkeit der Bestände, zu kurze Öffnungszeiten, das langwierige Fernleihverfahren, die Überfüllung der Lesesäle, das unzureichende Angebot an ausländischer monographischer und Zeitschriftenliteratur, die erheblichen Lücken bei älterer und bei spezieller Literatur, die schwer erhältlichen Dissertationen sowie das Fehlen von Mikrofilmlese- und Fotokopiermöglichkeiten und jeglicher Automatisierung. Allgemein wurde auch bedauert, daß es keine besonderen Arbeitsplätze und keine eigenen Zugangsregelungen für Forschungsstipendiaten gab.“¹¹⁷

Siebzehn Jahre später fiel das Urteil über die Qualität der Hochschulbibliotheken in der Bundesrepublik zwar weitaus differenzierter und positiver aus, gleichwohl blieb die schon 1960 formulierte Kritik an der Benutzerfreundlichkeit trotz aller eingeleiteten Reformen weiter bestehen. So hieß es im Bericht aus dem Jahre 1978:

„Die härteste Kritik der Humboldt-Stipendiaten richtete sich damals wie heute gegen die Benutzungsmöglichkeiten: Fernleihe, Öffnungszeiten und mangelnde freie Zugänglichkeit sind die Punkte, an denen Anstoß genommen wird und für die die Benutzer fast kein Verständnis aufbringen. Wer die Öffnungszeiten angloamerikanischer Bibliotheken kennt und vielleicht selbst einmal dankbarer Nutznießer ihrer großzügigen Öffnungsregelungen war, dem Wissenschaftler in seiner Gestaltung der Arbeitszeit jeden nur möglichen Freiraum lassen, wird die diesbezügliche Kritik besonders gut verstehen.“¹¹⁸

Abgesehen von diesen teilweise bis heute bestehenden Defiziten zeigte die Auswertung der Fragebögen von 1977 bei genauer Betrachtung ein überdurchschnittlich gutes Abschneiden der Bibliotheken neugegründeter Universitäten.¹¹⁹ Von

¹¹⁶ Vgl. die entsprechenden Ausführungen in Alexander von Humboldt-Stiftung: Jahresbericht 1961, Bad Godesberg 1961, S. 32–49, sowie Monika Pilz: Bibliotheken in der Kritik. Erfahrungen ausländischer Gastwissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1978.

¹¹⁷ Pilz: Bibliotheken in der Kritik, S. 8f. Vgl. hierzu auch den Artikel „Kritik der Alexander-von-Humboldt-Stipendiaten an deutschen Bibliotheken“, in: DUZ 4 (1962), S. 65f.

¹¹⁸ Pilz: Bibliotheken in der Kritik, S. 69.

¹¹⁹ Zu den im Vergleich zu deutschen Verhältnissen äußerst großzügigen Öffnungszeiten amerikanischer Universitätsbibliotheken vgl. exemplarisch FAB, o. Nr., Bericht an die Fulbright-Kommission über den Studienaufenthalt in den USA von Martin Hoyer, 1987.

den befragten ausländischen Gastwissenschaftlern wurde besonders die technische Ausstattung, das Katalogisierungssystem, die Arbeitsatmosphäre sowie der architektonische Gesamteindruck der neuen Campus-Bibliotheken mehrheitlich positiv bewertet.¹²⁰ „Unter den Universitätsbibliotheken“, so Pilz,

„erhalten Konstanz und Regensburg, also die neuen Bibliotheken mit ‚open access‘, eine herausragend gute Beurteilung: Bei Konstanz lobt man die ‚pleasant working atmosphere‘ und den ‚ready access of books‘. Ein amerikanischer Biochemiker erklärt genau, warum er sich wohlfühlt: ‚The most difficult task in setting up a new university is the establishment of the library. In this regard, the University of Konstanz has been eminently successful. There has been established an excellent library – both in terms of scientific holdings of the library and their accessibility‘.“¹²¹

Während also die Campusgestaltung in Konstanz oder Regensburg im Hinblick auf die Bibliothekskonzeption als besonders vorteilhaft empfunden wurde, beklagten amerikanische Gastwissenschaftler im Fall der „alten“ Universitäten das Fehlen einer geschlossenen Campusstruktur. Die Verteilung der Bibliotheksbestände auf mehrere und nicht selten weit voneinander entfernt liegende Institutsbibliotheken bedeute für den Benutzer, so der damalige Grundtenor, einen immensen Zeitverlust und erschwere zudem das interdisziplinäre Arbeiten. Ein amerikanischer Stipendiat beispielsweise kritisierte:

„The German system [...] suffers from one serious flaw which has to do with the physical structure of the Universities. Since there is no campus, and buildings are spread all over town, the libraries too are fractioned off. The departmental libraries are small, and one has to go to five or six of them, when he works on an interdisciplinary problem.“¹²²

Die hier abschließend zitierten Einschätzungen amerikanischer Beobachter machen nochmals deutlich, welchen Stellenwert der Universitätsbibliothek als zentraler Institution auf dem Campus und damit dem Konzept der Campus-Universität in den USA beigemessen wurde. Tatsächlich bot die Neugründungswelle der 1960er und 1970er Jahre zudem die Möglichkeit, dem mit dem ambitionierten Projekt universitärer Neugründungen engstens verbundenen Gedanken der Hochschulreform auch eine neue gesamtarchitektonische Gestalt zu verleihen, nämlich die der Campus-Universität.¹²³

¹²⁰ Vgl. die Auswertung der einzelnen Fragen bei Pilz: Bibliotheken in der Kritik, S. 19–66. Zu den Fragen „Arbeitsatmosphäre und Ausstattung der Lesesäle“ sowie „Unterbringung der Kataloge“ heißt es ebd., S. 23: „In der Aufschlüsselung nach dem Hochschulort tragen Berlin, München, Freiburg, Köln und Gießen eine schlechtere Beurteilung davon als Konstanz, Bielefeld, Essen, Saarbrücken, Ulm, Regensburg und Hannover. [...] Eine vorbildliche Katalogisierung können vor allem die neuen Universitäten Bielefeld, Dortmund und Regensburg [...] aufweisen.“

¹²¹ Ebd., S. 63. Zu Modellfunktion gerade der Konstanzer und Regensburger Universitätsbibliotheken vgl. auch Stoltzenburg: Die Universitätsbibliothek in den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, S. 31–35.

¹²² Pilz: Bibliotheken in der Kritik, S. 65.

¹²³ Vgl. hierzu Kapitel IX.

IX. „Zwischen konzentrierter Stille und Weltoffenheit“:¹ Die Idee der Campus-Universität im Kontext westdeutscher Universitätsneugründungen der 1960er Jahre

1. Hochschulreform durch Neugründungen

Die bis in das Jahr 1945 zurückreichende Diskussion um eine nachhaltige Hochschulreform hatte bis Ende der fünfziger Jahre kaum greifbare Ergebnisse erbracht. Erst jetzt begannen die Reformvorschläge und -forderungen, verstärkt durch die 1960 erschienenen *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen*, konkrete Formen anzunehmen. Alle am Thema Hochschulreform beteiligten Gruppen, Gremien und Institutionen waren darum bemüht, Reformkonzepte nach ihren Vorstellungen zu erarbeiten und diese der Öffentlichkeit zu präsentieren. Aufgrund der seit Kriegsende gesammelten Erfahrungen hatte sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß nachhaltige Reformen auf Hochschulebene im Rahmen der bestehenden Universitäten nur schwer durchgesetzt werden könnten. Jahrhundertalte Institutionen wie Heidelberg, Tübingen oder Göttingen waren nicht in der Lage und oftmals nicht gewillt, ihre traditionellen Strukturen dem in Reformfragen zunehmend „amerikaorientierten“ Zeitgeist anzupassen. Gleiches galt für Hochschulen jüngerer Datums wie Frankfurt (1914), Hamburg und Köln (beide 1919), die vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gegründet worden waren, oder die ersten Nachkriegsgründungen in Mainz (1948), Saarbrücken und Berlin (beide 1948), die sich – trotz aller Varianten und Neuerungen im Detail – aus Traditionsbewußtsein und Legitimitätsgründen am strukturellen Aufbau ihrer Vorgänger orientierten.² Verschärft wurde die Situation um 1960 durch die stetig ansteigenden Studentenzahlen, die von den insgesamt 19 Universitäten und sieben Technischen Hochschulen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nur noch bedingt absorbiert werden konnten. Nach Angaben des Wissenschaftsrates hatte sich die Zahl der Studenten allein zwischen dem Wintersemester 1950/51 (ca. 111 000) und dem Wintersemester 1960/61 (ca. 205 000) nahezu verdoppelt. Im folgenden Jahrzehnt stieg die Zahl sogar um weitere 45 000 auf ca.

¹ Zitat aus Hans Werner Roth's Bremer Denkschrift in Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 308. Grundlegend zu der im folgenden erörterten Thematik ist der auf diesem Kapitel basierende Aufsatz von Stefan Paulus: „Zwischen konzentrierter Stille und Weltoffenheit: Zur Idee der Campus-Universität im Kontext westdeutscher Universitätsneugründungen der 1960er Jahre, in: Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg, S. 37–55.

² Vgl. die Einschätzung von Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung, S. 71f.

251 000 immatrikulierte Studenten an.³ Mit dem alleinigen Ausbau der bestehenden Hochschulen war dieser Entwicklung, darüber bestand um 1960 weitgehende Einigkeit, nicht mehr zu begegnen. Der einzige Ausweg, der gleichzeitig eine quantitative Entlastung der Hochschulen und eine tiefgreifende Hochschulreform ermöglichen konnte, schien daher die Neugründung von Universitäten.⁴ Diese Neuausrichtung hin zu einer gleichsam progressiven wie expansiven Hochschulpolitik war Teil eines Planungsbooms, „der sich seit Mitte des Jahrzehnts vollends entfaltete, in den frühen siebziger Jahren jedoch bereits wieder rückläufig war“.⁵

Bereits unmittelbar nach Kriegsende hatte es in der amerikanischen Besatzungszone erste Neugründungsinitiativen in Bremen und Regensburg gegeben, deren erklärtes Ziel es war, das deutsche Universitätswesen nach der Katastrophe des Nationalsozialismus grundlegend zu reformieren. Beide Projekte scheiterten jedoch einerseits am Widerstand der bestehenden Hochschulen, aus deren Sicht die Priorität ausnahmslos auf dem Wiederaufbau und nicht der Neugründung von Universitäten liegen sollte, und andererseits an den Vorbehalten der amerikanischen Besatzungsmacht, die zwar durchaus Sympathien für derartige Reformvorhaben hegte, sich aus finanziellen wie politischen Gründen jedoch zu keiner Unterstützung durchringen konnte.⁶

Die Skepsis insbesondere der WRK gegenüber jeglichen Neugründungsplänen blieb auch in der Folgezeit unverändert. In den Reihen der Universitätsrektoren herrschte die nicht unbegründete Befürchtung vor, daß Neugründungen enorme finanzielle Mittel binden würden, die den bestehenden Hochschulen nicht mehr für ihre notwendigen Ausbauvorhaben zur Verfügung stünden. Ferner wurde die aus heutiger Sicht eher befremdend anmutende Meinung vertreten, daß Neugründungen der Qualität des deutschen Hochschulwesens grundsätzlich schaden könnten. „Die Rektorenkonferenz sieht sich [...] genötigt“, wie es beispielsweise nach deren Heidelberger Zusammenkunft vom 4. Januar 1951 hieß,

„aufs neue vor einer Inflation auf dem Gebiet des eigentlichen Hochschulwesens zu warnen. Zweifellos steht den westdeutschen Ländern wie [...] auch den Kirchen das Recht zu, Hochschulen durch Gesetz zu errichten. Es widerspricht aber nach Auffassung der Rekto-

³ Wissenschaftsrat: Abiturienten und Studenten. Entwicklung und Vorschätzung der Zahlen 1950 bis 1980, Bad Godesberg 1964, S. 19. Vgl. in diesem Zusammenhang auch ders.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau wissenschaftlicher Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen, S. 24–28, sowie die damalige Einschätzung der Lage aus Sicht eines Hochschullehrers bei Schöne: Kampf um die Universität, S. 9–12.

⁴ Vgl. zum Pro und Contra der damaligen Diskussion sowie zur weiteren Entwicklung des Neugründungsprozesses u. a. Georg Melcher: „Neue“ – oder „mehr alte“ Universitäten?, in: DUZ 19 (1963), S. 19–22; Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 24–26; Schöne: Kampf um die Universität, S. 73–80; Hennis: Die deutsche Unruhe, S. 13–33 und S. 47–65; Werner Thieme: Hochschulneugründungen und Hochschulreform, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 13/2 (1965), S. 45–49; Hubert Raupach/Bruno W. Reimann: Hochschulreform durch Neugründungen? Zu Struktur und Wandel der Universitäten Bochum, Regensburg, Bielefeld, Bonn 1974, S. 64–76; Müller: Geschichte der Universität, S. 105–107; Ellwein: Die deutsche Universität, S. 249–263; Dietrich Goldschmidt: Phasen der Hochschulentwicklung, S. 75–84.

⁵ Metzler: Konzeptionen politischen Handelns, S. 419. Vgl. hierzu auch Anweiler: Bildungspolitik, S. 629f.

⁶ Vgl. oben Kapitel IV. 1.

renkonferenz dem traditionellen Gewicht und dem internationalen Ansehen der deutschen Hochschulen, wenn von dem erwähnten Recht der Länder und Kirchen unbedenklich, d. h. ohne Konsultation mit allen deutschen Ländern [hiermit waren die Länder der Ostzone gemeint, S. P.] und vor allem den alten, in der Rektorenkonferenz vertretenen Hochschulen, Gebrauch gemacht wird. Neugründungen verzehren die materiellen Mittel, die den bestehenden Hochschulen fehlen.“⁷

Mit dieser Stellungnahme wandte sich die WRK dezidiert gegen jegliche staatlichen oder kommunalen Gründungsinitiativen.⁸ Und noch im Mai 1957 empfahl die Rektorenkonferenz, vor einer möglichen Entscheidung für Neugründungen „zunächst die Universitäten und Technischen Hochschulen sowie die anderen Forschungszentren derart auszustatten und auszubauen, daß sie den Anforderungen in Forschung und Lehre so nachkommen können, wie es sachlich notwendig ist und im Hinblick auf die Anstrengungen anderer Staaten wünschenswert erscheint“.⁹

Eine im Hinblick auf die weitere Entwicklung wichtige Neubewertung erhielt das Thema Neugründungen durch die 1960 erschienenen *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen*.¹⁰ Zwar lag der Schwerpunkt der Empfehlungen auf dem Ausbau der bestehenden 26 Universitäten und Technischen Hochschulen, doch wurde hier erstmals auch die Errichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen als dezidiertes Ziel formuliert.¹¹ Dabei vertrat der Wissenschaftsrat die Ansicht, daß mittel- wie langfristig die Kapazitäten der Hochschulen trotz entsprechender Erweiterungen nicht ausreichen würden, den wachsenden studentischen Andrang zu bewältigen. Damit war die Expansion des Hochschulwesens als künftiges Programm westdeutscher Bildungspolitik verkündet worden.¹² Der Blick ins benachbarte Ausland, so beispielsweise nach England, Frankreich und in die Beneluxstaaten, schien zu bestätigen, daß auch dort auf die rasant steigenden Studentenzahlen mit entsprechenden Neugründungsplänen reagiert wurde.¹³ „Die Aufgabe der neuen Hochschulen kann daher“, wie der Wissenschaftsrat betonte,

„nur von den Verhältnissen an den bestehenden abgeleitet werden. Sie wird im wesentlichen darin bestehen, zusätzliche Studienmöglichkeiten in den Fächern zu bieten, in denen zur Zeit eine Überfüllung festzustellen ist, ferner aber auch in solchen, bei denen sich die Notwendigkeit einer Erweiterung der Ausbildungskapazität für die Zukunft absehen läßt. Insofern werden die Hochschulen also vor allem die Funktion haben, die bestehenden zu entlasten.“¹⁴

⁷ Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 43.

⁸ Ebd., S. 48f.

⁹ Ebd., S. 79. Zu der ablehnenden Haltung der WRK gegenüber jeglichen Neugründungsplänen vgl. die kritische Einschätzung bei Raupach/Reimann: Hochschulreform durch Neugründungen?, S. 64f.: „So ist die Geschichte der Interpretation des Hochschulwesens seitens der WRK eine Geschichte falsch aufgeäumter Alternativen: der falschen Disjunktion von Ausbau und Neugründung. Diese Geschichte reicht tief in die 50er Jahre zurück.“

¹⁰ Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen (1960).

¹¹ Siehe hierzu ebd., S. 51–56.

¹² Anweiler: Bildungspolitik, S. 627.

¹³ Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I, S. 52.

¹⁴ Ebd., S. 53.

Allerdings wollte der Wissenschaftsrat die Neugründungen nicht auf den Entlastungsaspekt reduziert sehen. Diese sollten zudem eine nicht zu unterschätzende reformpolitische Rolle spielen:

„Bei der Gründung neuer Hochschulen wird man aber auch neue Wege in der organisatorischen Zusammenfassung der Fächer und in der Gestaltung von Unterricht und Erziehung erwägen müssen. Mängel, die sich in den bestehenden Hochschulen zeigen, können vermieden werden; bei einer sorgfältigen Planung der Struktur der Hochschule lassen sich Gedanken aus der Diskussion um die Hochschulreform erproben.“¹⁵

Als nicht minder bedeutend für die weitere Entwicklung der deutschen Campus-Universität dürfen diejenigen Ausführungen des Wissenschaftsrates betrachtet werden, die sich mit der Frage des Standortes künftiger Neugründungen beschäftigten. Der Wissenschaftsrat legte vor allem auf das geistige und kulturelle Umfeld sowie das Vorhandensein eines ausreichend großen und geschlossenen Baugebietes von mindesten 150 Hektar Wert.¹⁶ Gleichzeitig warnte der Wissenschaftsrat ausdrücklich vor einer voreiligen Verwendung von Provisorien, die dem Gedanken einer Neugründung, ja einem universitären Neuanfang entgegenstünden. Konkret ging es diesbezüglich um die seit 1945 immer wieder in Erwägung gezeigte und in Mainz und Saarbrücken auch praktizierte Zweckentfremdung ehemaliger Kasernengebäude: „Eine neue Hochschule darf ihre Tätigkeit keinesfalls in Behelfsheimen (Kasernen, Baracken usw.) beginnen; auch schlechte Provisorien sind gelegentlich dauerhaft.“¹⁷ Diese Haltung des Wissenschaftsrates in der Standortfrage belegt, daß der Gründung neuer Universitäten bereits zu diesem Zeitpunkt der Gedanke komplett neu errichteter Anlagen zugrunde lag. Gleichfalls denkbare Alternativen, wie beispielsweise die Verwendung innerstädtischer Immobilien bzw. geschlossener Kasernengelände, fanden entweder keine Erwähnung oder wurden explizit ausgeschlossen. Gemäß der von ihm definierten Kriterien sprach sich der Wissenschaftsrat für die Gründung von insgesamt drei Volluniversitäten (im Raum München, Norddeutschland sowie im nordrhein-westfälischen Industrieviertel), einer Technischen Hochschule, mehrerer ingenieurwissenschaftlicher Fakultäten an bestehenden Hochschulen sowie einer ebenfalls nicht näher bestimmten Anzahl Medizinischer Akademien aus.¹⁸

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates stießen bundesweit auf große Resonanz. Während die WRK diese „als den stärksten Impuls in der Geschichte der

¹⁵ Ebd., S. 54.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 56: „Bei der Wahl des Standortes müssen in allen Fällen von Neugründungen einige allgemeine Gesichtspunkte beachtet werden. [...] Die Aufnahme einer Hochschule in den Bereich einer Gemeinde hat eine Bereicherung des geistigen und kulturellen Lebens zur Folge. Diese Bereicherung sollte aber eine wechselseitige sein. Das setzt voraus, daß ein von entsprechenden Einrichtungen getragenes kulturelles Leben bereits vorhanden ist. [...] Der Bau einer neuen Hochschule sollte nur dort geplant werden, wo ausreichend Gelände für die Entwicklung zur Verfügung steht. Ein geschlossener Geländekomplex von mindestens 150 ha. Größe ist für den Bau einer modernen Hochschule (mit Klinikum), die etwa 8000 Studenten aufnehmen kann, erforderlich.“

¹⁷ Ebd. Vgl. zudem Stefan Muthesius: *The Postwar University. Utopianist Campus and College*, New Haven/London 2000, S. 221.

¹⁸ Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen*, Teil I, S. 55f.

deutschen Hochschulen“¹⁹ bezeichnete, fiel die Reaktion auf seiten der Kultusminister deutlich verhaltener aus. Beispielsweise sprach sich das schleswig-holsteinische Kultusministerium nach Erscheinen der Empfehlungen in einem Rundschreiben an die übrigen Landeskultusministerien zwar prinzipiell für die Neugründung von Hochschulen aus, hielt jedoch den Zeitpunkt noch für völlig verfrüht. In Kiel wurde die Auffassung vertreten, daß die Gründung neuer Hochschulen in absehbarer Zeit zu keinerlei Entlastung der bestehenden Universitäten führen werde. „Das zweifellos Rationellere“, so das Fazit des schleswig-holsteinischen Kultusministeriums, „ist eine gezielte Erweiterung der bestehenden Hochschulen, da niemals alle Fakultäten und Institute überfüllt sind und solche Überfüllungen zudem dem Wechsel unterliegen.“²⁰ Die hier stellvertretend für die Mehrheit der Bundesländer zum Ausdruck kommende Zurückhaltung gegenüber den Neugründungsvorschlägen des Wissenschaftsrates war aus haushaltspolitischen Gründen durchaus nachzuvollziehen, da enorme Kosten mit der Gründung neuer *und* dem parallel weiterlaufenden Ausbau der alten Hochschulen verbunden waren.²¹

Gleichwohl gab es auch solche Reaktionen, die den reformpolitischen Ansatz des Wissenschaftsrates ausdrücklich begrüßten. So hob der ehemalige Hamburger Bildungssenator und Ordinarius für Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg, Hans Wenke, kurz nach Veröffentlichung der Empfehlungen unter Hinweis auf die ebenso berühmte wie folgenreiche Berliner Universitätsgründung von 1810 die von der Errichtung neuer Hochschulen zu erhoffenden positiven Impulse hervor:

„Wenn hier nicht nur von der Gründung, sondern auch von der Gestaltung neuer Hochschulen die Rede ist, so ist leicht zu erkennen, daß man bestrebt sein wird, eine neu gegründete Hochschule nicht als getreues Nachbild der traditionellen Universitäten aufzubauen, sondern neue Formen zu suchen und so die Chance wahrzunehmen, die bei der Erweiterung bestehender Einrichtungen nicht im gleichen Maße gegeben sind. Dieser sinnvolle Vorschlag hat übrigens große Vorbilder in der Geschichte der deutschen Hochschulen, z. B. in der Gründung der Friedrich-Wilhelms Universität [...]. Sie war vom ersten Tag an eine Universität neuen Stils und wurde in der Folgezeit zum Modell für andere – auch ältere – Hochschulen.“²²

Als bald begriffen auch die Bundesländer, entgegen ihrer anfänglichen Zurückhaltung, die Gründung neuer Universitäten als einmalige Chance zur Umsetzung notwendiger und seit längerem diskutierter Reformmaßnahmen. Wie dem Protokoll einer Ministerratssitzung der baden-württembergischen Landesregierung vom 18. Juli 1961 entnommen werden kann, hatte der vom Wissenschaftsrat vornehmlich intendierte Entlastungsaspekt plötzlich an Relevanz verloren. Gegen-

¹⁹ BayHStA, MK 68652, Ergebnisprotokoll der XLIV. (a.o.) Westdeutschen Rektorenkonferenz in Bonn vom 16. 12. 1960. Vgl. hierzu auch Metzler: Konzeptionen politischen Handelns, S. 169f.; Anweiler: Bildungspolitik, S. 629f.

²⁰ BayHStA, MK 68575, Rundschreiben des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein an die übrigen Kultusminister vom 30. 4. 1960, S. 7.

²¹ Zum hier angesprochenen Kostenfaktor vgl. Anrich: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten, S. 101f.

²² BayHStA, MK 68575, Abschrift eines Rundfunkkommentars von Prof. Dr. Hans Wenke zum Thema „Über die Umgestaltung und Neugründung von Hochschulen“ vom 28. 5. 1960.

über seinen Kabinettskollegen betonte Kultusminister Gerhard Storz, „daß eine Neugründung nur in der Absicht verfolgt werden sollte, einen wesentlichen Beitrag zur Reform der deutschen Universität zu leisten [und] nicht um der Überfüllung der Hochschulen abzuhelpfen“.²³

Diese Aussage verdeutlicht exemplarisch, daß bereits kurze Zeit nach dem Erscheinen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Neugründungsfrage von politischer Seite nicht mehr unter rein quantitativen, sondern primär auch qualitativen Gesichtspunkten gesehen wurde. In den Staatskanzleien und Kultusministerien der Bundesländer hatte sich ganz offenkundig die Ansicht durchgesetzt, daß Neugründungen – trotz oder gerade wegen der damit verbundenen finanziellen Belastungen – eine weichenstellende Investition in die Modernisierung des deutschen Hochschulwesens bedeuteten. Hier schien sich das geeignete Experimentierfeld zu bieten, um lang diskutierte Struktur- und Verwaltungsreformen auf universitärer wie wissenschaftlicher Ebene modellhaft umzusetzen.²⁴ Auch sollte unter dem Dach der Neugründungen der Gedanke einer neuen und gemeinschaftsfördernden Form des Miteinanders von Lehrenden und Lernenden verwirklicht werden, wie der damalige baden-württembergische Ministerpräsident und spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger während einer Kabinettsitzung im Herbst 1962 deutlich machte:

„Der Herr Ministerpräsident legt zusammenfassend die Gründe dar, die ihn bewogen hätten, die Gründung einer Universität in Konstanz vorzuschlagen. [...]. Eine Neugründung sei indessen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Entlastung der bestehenden Hochschulen erforderlich, sondern könne auch einen wesentlichen Beitrag zur Reform der deutschen Universität leisten. Die bestehenden Universitäten seien gar nicht in der Lage, Maßnahmen für eine Reform selbst zu ergreifen. [...]. Auch weitere Gedanken aus der Diskussion um die Hochschulreform ließen sich bei der Gründung neuer Hochschulen erproben. So könnten neue Formen des Gemeinschaftslebens entwickelt werden durch die Errichtung von Kollegienhäusern oder durch die Anlegung eines geschlossenen Universitätsbezirks, in dem sich die Wohnungen von Lehrern und Studenten befänden.“²⁵

Die hier im Hinblick auf eine Universitätsgründung in Konstanz formulierten Vorstellungen Kiesingers sind ein Beleg dafür, daß die Konzeption einer Campus-Universität in erster Linie nicht allein aus pragmatischen Gründen verfolgt wurde (z. B. wegen mangelnder Bauflächen innerhalb der Stadtzentren), sondern bewußt mit einer bestimmten Vorstellung vom Campus-Leben, sprich einer engen akademischen Arbeits- und Lebensgemeinschaft, verbunden war.²⁶

²³ HStAS, EA 1/923, Aktenbund 4106, Bd. I, Dokument 28, Bericht des Kultusministers zur Frage der Neugründung von Hochschulen und Medizinischen Akademien. Auszug aus der Sitzung des Ministerrates vom 18.7.1961.

²⁴ Vgl. Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland, S.26.

²⁵ HStAS, EA 1/923, Aktenbund 4106, Bd. I, Dokumente 57/58, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ministerrates vom 15.10.1962.

²⁶ Vgl. Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland, S.26.

2. Die Rezeption des amerikanischen Campus-Gedankens im Vorfeld westdeutscher Universitätsneugründungen

Was aber schwebte dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten konkret vor, als er von einem „geschlossenen Universitätsbezirk“ sprach? Es steht außer Zweifel, daß zu Beginn der 1960er Jahre das in der Bundesrepublik vorherrschende und teilweise stark idealisierte Bild einer in sich geschlossenen Universitätsanlage vorwiegend von amerikanischen Campus-Universitäten beeinflusst war.²⁷ Hierfür gab es in erster Linie zwei Gründe: Erstens die schon mehrfach erwähnte amerikanische Sonderrolle als führende westliche Wissenschaftsnation nach 1945. Ähnlich wie das amerikanische Universitäts- und Wissenschaftssystem galt nach dem Zweiten Weltkrieg in zunehmendem Maße auch die äußere Gestalt amerikanischer Universitäten als vorbildlich. Zweitens hatte sich in den USA, im Unterschied zu England, seit Jeffersons bemerkenswertem Idealplan für *seine* University of Virginia und dann vor allem im Zuge der zahlreichen Neugründungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine eigene Tradition des sogenannten Campus Planning herausgebildet.²⁸ In der Tat waren in keinem anderen hochentwickelten Land binnen weniger Jahrzehnte derart viele neue Colleges und Universitäten auf der „grünen Wiese“ entstanden wie in den Vereinigten Staaten seit dem Ende des Bürgerkrieges 1865, was „die USA zur dichtesten Universitätslandschaft werden ließ.“²⁹ Doch auch in den 1960er und 1970er Jahren nahmen die USA im Rahmen der weltweit zu beobachtenden Expansion des Universitätswesens eine führende Rolle ein.³⁰ Die aus dieser besonderen amerikanischen Entwicklung resultierenden Erfahrungen in der Planung und dem Bau ganzer Universitätskomplexe erklärt die transatlantische Ausrichtung der deutschen Neugründungsdiskussion.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Vorstellungen, die man sich in der Bundesrepublik von der damals hierzulande noch weitestgehend unbekannten Form der Campus-Universität machte, übten abermals die Erfahrungsberichte deutscher Studenten und Wissenschaftler aus. Voller Euphorie beschrieb beispielsweise 1957 der einundzwanzigjährige Hellmut Wollmann in seinem Bericht an die Bonner Fulbright-Kommission die im Unterschied zu deutschen Universitäten vollkommen andersartige Atmosphäre auf dem Campus der Wesleyan University in Middletown. Dabei lag Wollmanns Hauptaugenmerk, wie wenige Jahre später dann auch das von Kiesinger im Hinblick auf Konstanz, auf den durch die Abgeschlossenheit des Universitätsgeländes hervorgerufenen Besonderheiten des amerikanischen Campuslebens:

²⁷ Muthesius: *The Postwar University*, S. 203, sieht folgende Dreiteilung: „While England gave us the ‚college‘ and America the ‚college campus‘, Germany was the land of ‚university‘, no more, no less.“

²⁸ Dober: *Campus Planning*, S. 1–54; ders.: *Campus Design*, New York u. a. 1992, sowie speziell im Hinblick auf die Entwicklung im Universitätsbau nach 1945 das aktuelle Standardwerk von Muthesius: *The Postwar University*, S. 2–52.

²⁹ Weber: *Geschichte der europäischen Universität*, S. 171.

³⁰ Vgl. ebd., S. 168–174.

„Ein schon auf den ersten Blick hin bezaubernder Campus beherbergt eine kleine Welt, die in sich geschlossen ist und sich eigentümlich scharf von dem ‚downtown‘ Middletown absetzt. Das college könnte ebenso gut irgendwo anders, inmitten freien Feldes stehen. [...] Wie eng sind doch Universität und Universitätsstadt in Deutschland verflochten und verwachsen! – Der Neuankömmling empfindet diese beinahe mönchische Abgeschlossenheit, In-sich-Geschlossenheit des Campus‘ vom ersten Augenblick an. Der Verkehr brandet an dem Universitätsgelände vorbei, spart eine Insel der [...] Stille aus (in Heidelberg droht der Lärm der vorüberheulenden Autos den Vortrag des Professors in der großen Aula oft zu übertönen). Der Neuankömmling durchschreitet eine Reihe stattlicher fraternity-Häuser, um sich dann vor den dorms und Verwaltungsgebäuden zu befinden. Weiter drüben: chapel und theater [...]. Irgendwie liegt eine gewisse Ehrwürdigkeit, unverkennbare Würde über diesen Gebäuden, von denen einer der beliebtesten University songs von als den ‚ivied walls and soried halls‘ singt.“³¹

Es war schließlich der spätere Bremer Universitätskurator Hans Werner Rothe, der in seiner im Frühjahr 1961 vorgestellten Denkschrift *Über die Gründung einer Universität zu Bremen* erstmals die amerikanische Campus-Universität als konkretes Modell für eine deutsche Universitätsneugründung zugrunde legte. Rothes Konzeption, die sich nicht allein mit der spezifischen Bremer Situation, sondern grundsätzlich mit dem Thema Neugründung befaßte, stand am Beginn einer ganzen Reihe von Gründungsdenkschriften, die sich in zentralen Punkten an das von Rothe theoretisch ausgearbeitete Modell und damit, zumindest indirekt, ebenfalls an die Idee einer Campus-Universität amerikanischer Ausprägung anlehnen sollten. Rothes „Ur-Denkschrift“, die in ihrer Reinform niemals umgesetzt wurde, kann als eines der einflußreichsten Dokumente der nach 1960 einsetzenden Neugründungsphase in der Bundesrepublik angesehen werden.³² Neuere Studien sprechen dem Bremer Gründungsgutachten sogar eine gesamteuropäische Modellfunktion zu. „The first New University design“, so der Architekturhistoriker Stefan Muthesius in seinem 2000 erschienenen Standardwerk *The Postwar University*,

„was conceived not by an architect but by an educationalist, Hans Werner Rothe. We have already dealt with Bremen, in the way it stressed education alongside teaching and research, and that meant, for the first time, perhaps, in the whole of continental Europe the full campus version of a complete university, integral with residences, not only for students, but for teachers too. It was recognized that land for such a campus could only be found outside the town.“³³

In seiner Denkschrift ging Rothe von der Prämisse aus, daß eine neue Universität die an sie herangetragenen Reformervwartungen und Aufgaben nur dann adäquat bewältigen könne, wenn es ihr gelinge, Lehrende und Lernende wieder zu einer akademischen Gemeinschaft zusammenzuführen.³⁴ Aus diesem Grunde falle der künftigen Gestalt, sprich der räumlich erfahrbaren Konzeption einer neuen Uni-

³¹ FAB, FY 57, Student Reports (Ordner 873), Erfahrungsbericht an die Fulbright-Kommission von Hellmut Wollmann (Oktober 1957).

³² Vgl. den vollständigen Nachdruck der Rothe-Denkschrift in Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 265–482. Vgl. zudem den kurzen Überblick bei Hans Werner Rothe: Über die Gründung einer Universität zu Bremen, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 9 (1961), S. 97–105.

³³ Muthesius: *The Postwar University*, S. 223.

³⁴ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 307: „Es wurde dargelegt, daß sich innerhalb der neuen Universität zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben eine wahrhafte akademische Gemeinschaft und ein starkes Bewußtsein von der Einheit aller wissenschaftlichen Arbeit entwickeln müsse.“

versität, eine herausragende und bis dato in Deutschland weitestgehend unterschätzte Bedeutung zu. Dieser Plan konnte Rothe zufolge

„am besten auf dem ‚Campus‘ verwirklicht werden. Es gibt kein deutsches Wort dafür, weil das, was es bezeichnet, in Deutschland noch nicht in reiner Form vorhanden ist. Unter ‚Universität‘ versteht man in Deutschland ein Hauptgebäude mit zahlreichen, meist über die Universitätsstadt verstreuten Seminar- und Institutsbauten einschließlich der Kliniken. Der ‚Campus‘ ist die aus dem inneren Wesen der Universität heraus gestaltete Vereinigung aller Universitätsgebäude nebst Studentenwohnheimen und Sportanlagen am Rande der Stadt. Er liegt somit abseits vom Getöse des Verkehrs. Geistige Arbeit bedarf der Stille.“³⁵

Trotz dieser bewußten Herausnahme der Campus-Universität aus dem unmittelbaren Kernbereich einer Stadt legte Rothe besonderen Wert auf die Feststellung, daß es nicht darum gehen könne, die Universität gänzlich vom städtischen Leben zu isolieren. Vielmehr müsse die Beziehung zwischen der Kommune und der vor ihren Toren liegenden Universität von einem sich gegenseitig befruchtenden Miteinander bestimmt werden. Das Leben und Arbeiten auf dem Campus bewege sich vielmehr „in der in ihm [dem Campus, S. P.] ständig wirkenden Spannung zwischen konzentrierter Stille und Weltoffenheit“.³⁶

Bevor Rothe auf die von ihm erarbeitete Konzeption einer Campus-Universität genauer einging, wies er nochmals daraufhin, daß Deutschland auf keine eigene, dem angelsächsischen Vorbild vergleichbare Campustradition zurückgreifen könne. Zwar sei es aufgrund mangelnder Expansionsmöglichkeiten innerhalb der Städte des öfteren zur Auslagerung und Zusammenfassung einzelner Fachgebiete (z. B. Universitätskliniken) an die Stadtgrenze gekommen, die Aussiedlung einer bereits bestehenden bzw. der Bau einer komplett neuen Universität am Stadtrand habe jedoch bislang nicht stattgefunden.³⁷ In diesem Zusammenhang wandte sich Rothe – entsprechend den zeitgleichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates – ausdrücklich gegen Lösungen, wie sie in Mainz oder Saarbrücken bereits verwirklicht und für Bremen seit längerem diskutiert wurden. So habe die Unterbringung einer Universität in den Räumlichkeiten einer ehemaligen Kaserne nichts mit einer Campuslösung zu tun:

„Gerade die Beispiele Mainz und Saarbrücken zeigen aber deutlich, daß ‚Campus‘ mehr ist, mehr sein muß als die äußere Vereinigung aller Universitätseinrichtungen. [...] Eine Kaserne, auch wenn sie umgebaut und erweitert wird, verliert nie ihren ursprünglichen Charakter, der von ihrem eigentlichen Zweck bestimmt ist. Kaserne und Universität aber haben nichts miteinander gemein; es gibt keine größeren Gegensätze als sie.“³⁸

Für Rothe stand somit außer Frage, daß der Campus von der ersten Planungsstufe an auf die Bedürfnisse einer im Laufe der Zeit organisch wachsenden Universität

³⁵ Ebd., S. 308.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd., S. 310: „Die Stadtrandlage ist für deutsche Verhältnisse ungewohnt, da die traditionsreichen alten Universitäten zumeist eng mit ihren Universitätsstädten verklammert sind. Dies stellt sich heute allerdings angesichts der Verstopfung der Städte durch den modernen Verkehr und das schnelle Wachstum aller Universitätseinrichtungen als schwerer Nachteil heraus.“

³⁸ Ebd., S. 309. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die 2001 eröffnete „International University Bremen“ (heute Jacobs-University) entgegen den Bedenken Rothes eine ehemalige Kaserne zum Campus umfunktionierte hat. Vgl. hierzu Kaase: Die International University Bremen, S. 185f.

ausgelegt werden müsse. Allein die Lage am Stadtrand biete hierfür die nötigen räumlichen Voraussetzungen und damit die Chance, die ideelle Erneuerung der Universität zu verwirklichen.³⁹ Dieser Zusammenhang macht nochmals deutlich, daß der wenige Jahre später einsetzende Neubau von Universitäten auf der „grünen Wiese“ eben nicht aus einem reinen Pragmatismus (Platzfrage) heraus erfolgte, sondern dezidiert einen universitären Neuanfang ermöglichen sollte. Daher stelle, wie der Kurator der Universität Göttingen hervorhob, die Planung einer neuen Universität für den zuständigen Architekten eine besondere Herausforderung dar: Einerseits müsse die Campus-Universität bereits in der ersten Ausbaustufe einen physisch erfahrbaren Gesamteindruck vermitteln, andererseits aber sei auch dem weiteren Wachstum der Hochschule schon in diesem Frühstadium Rechnung zu tragen.⁴⁰

Was die architektonische Gestalt der von ihm theoretisch entworfenen neuen Universität anbelangte, dachte Rothe an ein zentrales Forum, das den eigentlichen Kern der Neugründung bilden sollte:

„Der ‚Campus‘ ist nicht nur die äußere Vereinigung aller Universitätseinrichtungen, sondern die bewußt vom Wesen und den Aufgaben der Universität her geplante Gesamtanlage. Eine wirklich gestaltete Gesamtanlage erfordert eine Mitte, in der sich gleichsam die Idee der Universität verdichtet. Diese Mitte ist das Forum, gebildet von der Aula, einem großen Hörsaalgebäude, dem Studentenhaus, dem Rektorats- und Verwaltungsgebäude sowie der Bibliothek. Der Schwerpunkt dieses Forums wiederum kann nur die Bibliothek sein.“⁴¹

Um dieses Forum sollten sich konzentrisch verschiedene Zonen gruppieren: Zunächst die einzelnen Fakultäten und Forschungsinstitute, eine Universitätskirche, dann mehrere, großzügig in eine parkartige Umgebung eingebettete Studentenwohnheime, Sportanlagen, ein Botanischer Garten, Reserveflächen für den späteren Ausbau der verschiedenen Fakultäten und Institute sowie einem größeren Areal für die einzelnen Universitätskliniken.⁴² Es war der hier erstmals in die Diskussion eingeführte Forums-Gedanke, der – bei aller Variationsbreite im Detail – die Denkschriften und architektonischen Planungen der frühen Campus-Universitäten in der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussen sollte.⁴³

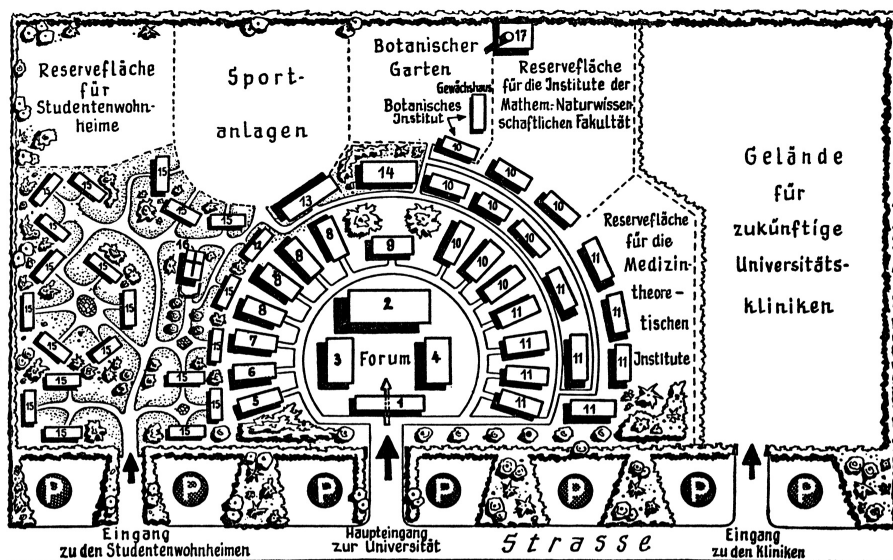
³⁹ Vgl. ebd.: „Die neue Universität muß daher eine bauliche Gestaltung erhalten, die ihrem Wesen und ihren Aufgaben entspricht und alle ihre Teile vereinigt. Das dafür erforderliche große Baugelände einschließlich der erheblichen Reserveflächen, die unter dem Gesichtspunkt der ständigen Fortentwicklung der Wissenschaft unbedingt benötigt werden, kann nie innerhalb einer Stadt gefunden werden, auch nicht in Bremen. Eine Stadtrandanlage des Campus ist deshalb unausweichlich.“

⁴⁰ Ebd., S. 311: „Die von dem Architekten zu bewältigende Gestaltungsaufgabe ist schwer. Der Campus muß einerseits schon bei der ersten Ausbaustufe der Universität einen geschlossenen Gesamteindruck vermitteln und darf nicht als noch unfertige Anlage erscheinen. Andererseits müssen aber alle Instituts-, Seminar- und Hörsaalbauten sowie auch die anderen Gebäude der Universität so angelegt sein, daß sie entsprechend den sich später ergebenden Notwendigkeiten organisch weiter wachsen, das heißt einzeln erweitert werden können. Eine Universität wird nie fertig, sie wächst, so lange sie lebt.“

⁴¹ Ebd., S. 311–317. Zur Rolle der Bibliothek auf dem von Rothe vorgesehenen Universitäts-Forum vgl. oben Kapitel VIII.

⁴² Siehe den von Rothe entworfenen Plan eines idealen Campus in Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 365.

⁴³ Vgl. Muthesius: *The Postwar University*, S. 223f.



Wie wird der Universitäts-Campus in Bremen später aussehen? Sein tatsächliches Bild ist noch offen, es hängt, falls Bremen eine Universität baut, von dem Ergebnis des dann stattfindenden Architektenwettbewerbs ab. Um trotzdem einen anschaulichen Begriff vom Campus zu geben, ist hier ein Entwurf skizziert worden, der jedoch rein schematisch ist. In der Praxis werden die einzelnen Seminar- und Institutsgebäude wegen ihrer verschiedenartigen Aufgaben später sehr unterschiedliche Größen und Formen haben. Die verschiedenen Ziffern bedeuten: 1. Rektorat und Verwaltung, 2. Universitätsbibliothek, 3. Hörsaalgebäude mit Auditorium maximum, 4. Studentenhaus mit Mensa, 5. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 6. Rechtswissenschaftliche Fakultät, 7. Evangelisch-Theologische Fakultät, 8. Philosophische Fakultät, 9. Institute für Musikerziehung sowie Kunst- und Werkerziehung, 10. Institute der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, 11. Medizintheoretische Institute der Med. Fakultät, 12. Institut für angewandte moderne Sprachen und Dolmetscherausbildung, 13. Institut für Leibeserziehung, 14. Pädag. Hochschule, 15. Studentenwohnheime, 16. Universitätskirche, 17. Heizwerk und Zentralwerkstatt.

„Der ideale Campus“ nach Dr. Hans Werner Rothe (1961)

Quelle: Rothe: Über die Gründung einer Universität zu Bremen, in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960-1966, S.365.

Daß sich Rothe bei seinem Entwurf speziell von der Konzeption amerikanischer und weniger von englischen Campusanlagen leiten ließ, ist offenkundig. Drei wichtige Anhaltspunkte deuten auf eine amerikanische Vorbildfunktion hin: Erstens die in ausdrücklicher Anlehnung an amerikanische Universitätsbibliotheken auch der Bremer Bibliothek zugedachte Rolle als geistiger und architektonischer Mittelpunkt des Campus.⁴⁴ Zweitens belegen mehrere Fußnotenvermerke eine vorhergehende Beschäftigung Rothes mit der ein Jahr zuvor erschienenen Studie Ruth Maccarios über *Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staa-*

⁴⁴ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960-1966, S.311-317.

ten von Amerika, in der diese auch auf die Bedeutung des „Campus Life“ und dem damit einhergehenden Erziehungsideal für das amerikanische Hochschulwesen näher eingegangen war.⁴⁵ Sich auf die entsprechenden Ausführungen Maccarrios stützend, verlieh Rothe seiner Hoffnung Ausdruck, daß es im Zuge der Gründung deutscher Campus-Universitäten langfristig zu einer Angleichung an das amerikanische Universitätsleben kommen könnte:

„Alle Studenten zu verpflichten, auf dem Campus in Wohnheimen zu leben, wie es zum Beispiel bei verschiedenen amerikanischen Universitäten der Fall ist, kann heute in Deutschland noch nicht durchgeführt werden. Vielleicht ist dies nach Vorschreiten der Hochschulreformmaßnahmen, wozu ja gerade die neue Universität beitragen soll, in einigen Jahrzehnten möglich.“⁴⁶

Schließlich spricht drittens für die Vorbildfunktion der amerikanischen Campus-Universität, daß Rothe den Begriff Campus, neben seiner ursprünglichen lateinischen Bedeutung, als einen dezidiert amerikanischen Terminus betrachtete, wie er im November 1961 bei der Vorstellung seiner Denkschrift in der Evangelischen Akademie Loccum indirekt zu verstehen gab: „Wir haben kein deutsches Wort dafür. Ich spreche es deutsch und nicht amerikanisch aus, denn es kommt ja aus dem lateinischen und heißt eigentlich das ungepflügte Feld, d.h. also das Universitätsfeld, die Universitätswiese.“⁴⁷

Ein Blick auf die Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Rotheschen Denkschrift zeigt, daß diese bereits kurz nach ihrer erstmaligen Vorstellung am 23. Dezember 1960 ein enormes öffentliches Interesse hervorrief. Diejenigen Bundesländer und Kommunen, die ebenfalls mit dem Gedanken einer oder mehrerer Universitätsgründungen spielten, waren darum bemüht, auf schnellstem Wege ein Exemplar der Denkschrift zu erhalten. Beispielsweise schrieb schon am 10. Januar 1961 der baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger, der seit 1959 selbst den Plan einer Universitätsgründung in Konstanz verfolgte, an den damaligen Präsidenten des Bremer Senats Wilhelm Kaisen:

„Sehr verehrter Herr Kollege Kaisen,
wie Sie wissen, beschäftige ich mich seit langem mit dem Problem der Gründung neuer Hochschulen. Ich habe gehört, daß im Auftrag des Senates der freien Hansestadt Bremen ein Gutachten über die Errichtung einer Hochschule in Bremen ausgearbeitet worden ist. Falls Sie nicht beschlossen haben, diese Denkschrift vertraulich zu behandeln, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, daß mir ein Exemplar übersandt wird. Ich würde Sie nur für meinen Privatgebrauch benutzen.“⁴⁸

In Bayern erschien Ende Juni 1961 in der Zeitung „Merkur am Sonntag“ unter der Überschrift *Modell der neuen Universität. „Campus“ heißt das Stichwort für die äußeren Anlagen* ein lesenswerter Artikel, der die Bremer Universitätskonzeption auch für die bayerischen Neugründungspläne als modellhaft anpries. Wie der

⁴⁵ Vgl. Maccario: Das wissenschaftliche Leben in den USA, S. 48.

⁴⁶ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 323.

⁴⁷ Hans Werner Rothe: Der Bremer Universitätsplan, in: Universität neuen Typs?, S. 103–132, hier S. 114 (Zitat).

⁴⁸ HStAS, EA 1/923, Aktenbund 4106, Schreiben des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg an den Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen vom 10. 1. 1961.

Autor betonte, liege die Bedeutung der Rothe-Denkschrift insbesondere darin begründet, daß es sich hierbei um die erste detaillierte Auseinandersetzung mit der Frage der inneren wie äußeren Gestalt einer neuzugründenden Hochschule handle:

„Wie sieht die neue Universität im Modell aus; worin liegen ihre Unterschiede zu den bestehenden? [...]. Sowohl im äußeren Bild als auch im inneren Aufbau wird sich die neue Universität zum angelsächsischen Typ hin entwickeln. [...]. Die äußere Anlage der Universität soll dafür die nötige Voraussetzung schaffen. Das Stichwort heißt ‚Campus‘.“⁴⁹

Und im Frühjahr 1962 verwies auch der Hamburger Erziehungswissenschaftler und spätere Vorsitzende des Gründungsausschusses der Ruhr-Universität Bochum, Hans Wenke, in einem im „Handelsblatt“ erschienenen Artikel mit Blick auf die bevorstehende Neugründungswelle auf die Vorbildfunktion des Bremer Konzepts: „Der von H. W. Rothe ausgearbeitete Bremer Plan, der den Gedanken einer Campus-Universität in den Mittelpunkt stellt, ist eine willkommene Grundlage für die weitere Klärung dieses Projekts.“⁵⁰ Wenige Wochen vor dem Erscheinen dieses Artikels hatte Wenke gemeinsam mit Rothe an einer im November 1961 von der Evangelischen Akademie Loccum organisierten Tagung teilgenommen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven der immer akuter werdenden Neugründungsfrage zu nähern versuchte.⁵¹ Bei genauer Lektüre des unter dem bezeichnenden Titel *Universität neuen Typs?* erschienenen Tagungsberichts zeigt sich, daß auch im Rahmen dieser Veranstaltung das amerikanische Vorbild präsent war. So wandte sich beispielsweise Eduard Baumgarten unter Hinweis auf die USA in seinem Vortrag gegen die speziell in Baden-Württemberg intensiv diskutierte Gründung einer reinen Forschungs-Universität:

„Es ist [...] beim derzeitigen inneren Notstand der Universitäten ein noch nicht statthafter Luxus, Versuche zu machen mit so etwas wie ‚Forschungs-Universität‘. Damit fängt man nicht an, damit hört man auf. Princeton und andere Centers of Advanced Studies ruhen auf gesunden Universitäten auf.“⁵²

Wenke seinerseits trat in Loccum – unter Bezugnahme auf den Rothe-Plan – für eine vorsichtige Annäherung an den in den USA und England fest verwurzelten College-Gedanken ein, der dazu beitragen könne, auch an den neuen deutschen Universitäten eine zukunftsweisende Form des akademischen Zusammenlebens einzuführen.⁵³ Demgegenüber sprach sich Hubert Ohl, der sich im Rahmen seines Referats dem Thema *Hochschule und Studentenwohnheim* widmete, zwar für eine deutliche Erhöhung der Wohnheimplätze an den alten wie künftig zu gründenden

⁴⁹ Gernot Ritter: Modell der neuen Universität. „Campus“ heißt das Stichwort für die äußeren Anlagen, in: Merkur am Sonntag vom 24./25.6.1961.

⁵⁰ Hans Wenke: Auf dem Weg zur neuen Universität. Staat und Wissenschaft müssen zusammenwirken, in: Handelsblatt vom 23./24.2.1962.

⁵¹ Universität neuen Typs? Vorträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum, Göttingen 1962.

⁵² Eduard Baumgarten: Kriterien zum Entwurf neuer Universitäten, in: ebd., S.35–58, hier S.53 (Zitat). Vgl diesbezüglich auch ders.: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, S.55f.

⁵³ Hans Wenke: Die Neugründung von Universitäten im Aspekt der Deutschen Kultur- und Hochschulpolitik, in: Universität neuen Typs?, S.17–33, hier besonders S.27.

Universitäten aus, nicht jedoch für eine generelle Wohnpflicht der Studenten auf dem Campus: „Ich halte es weder für möglich noch für wünschenswert“, so Ohl, „daß alle Studierenden in ein Wohnheim ziehen. Abgesehen davon, daß eine solche Vorstellung schon aus Mangel an Studentenhäusern unrealistisch ist, scheint sie mir auch grundsätzlich bedenklich: weder wollen alle Studenten in einem Heim leben noch sind alle dafür geeignet.“⁵⁴ Schließlich schlug Rothe vor, gemäß seiner Bremer Konzeption künftig zumindest einem Drittel der Studenten einen festen Wohnheimplatz auf dem Universitätsgelände zur Verfügung zu stellen. Unter Verweis auf angelsächsische Gepflogenheiten fügte Rothe gleichwohl einschränkend hinzu, daß „die Studentenwohnheime auf dem Campus nur dann erfolgreich sein können, wenn sich die akademische Korporation dieser Heime annimmt, d.h. wenn sie Dozenten als Heimleiter oder als Prokuratoren, als ‚Klimaregler‘ in diese Heime delegiert.“⁵⁵

Von einer völlig anderen Seite näherte sich in Loccum Konrad Müller dem Thema Neugründung. Dessen Vortrag befaßte sich mit der nicht minder brisanten Standortfrage für neue Universitäten. Obgleich Müller grundsätzlich für eine Ansiedlung in unmittelbarer Stadtrandlage eintrat und im Fall besonders großer Universitätsstädte (wie z.B. Frankfurt oder München) gar eine Zweitgründung vor den Toren der Stadt befürwortete, schienen in seinen Augen auch amerikanische Standortlösungen im eher kleinstädtisch-ländlich strukturierten Raum vorstellbar und durchaus wünschenswert:

„Wenn ich die besseren Voraussetzungen für die uns aufgegebenen Neugründungen in unseren großen Großstädten finde, so kann es natürlich sein, daß ein Gebiet, dem man eine Universität zudenkt, den geforderten Ortstyp nicht hat. Es könnte sein, daß man im günstigsten Ort dieses Gebietes selbst für die Krankenhäuser sorgen muß, alles Personal zuführen muß, den gesamten Wohnungsbau auf sich nehmen muß, nicht 30, sondern 60, 70 oder 80 v. H. der Studenten in Wohnheimen unterbringen muß, das moderne Klima entbehren oder selbst schaffen muß. Dann, würde ich sagen wird auch aus der Partnerschaft zwischen Stadt und Universität, aus der Symbiose zwischen den beiderseitigen Bürgern nichts werden, und man sollte überlegen, ob man nicht ganz auf Anlehnung an Vorhandenes verzichten, ob man nicht nach amerikanischem Beispiel den Campus abseits von größeren Orten anlegen sollte [...]. Der Geist der Universität hat im autarken Bereich sicher einen besseren Nährboden als in der Symbiose mit dem Mittelmäßigen und Alltäglichen. Ich würde die autarke Universität [...] wegen ihrer Eigenart für attraktiv genug halten.“⁵⁶

Beide Veröffentlichungen, die Rothe-Denkschrift ebenso wie der Loccumer Tagungsbericht, hatten seit den noch eher allgemein gehaltenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 binnen eines Jahres die Neugründungsdebatte entscheidend vorangetrieben. Nicht nur bei den Landesregierungen waren das Bremer Gutachten und die Loccumer Konferenzergebnisse auf reges Interesse gestoßen.⁵⁷ Auch die 1962 erschienenen *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt*

⁵⁴ Hubert Ohl: Hochschule und Studentenwohnheime, in: ebd., S. 133–146, hier besonders S. 135f. (Zitat).

⁵⁵ Hans Werner Rothe: Der Bremer Universitätsplan, in: ebd., S. 103–132, hier S. 118f. (Zitat).

⁵⁶ Konrad Müller: Die Standortbestimmung bei der Neugründung von Universitäten, in: ebd., S. 59–101, hier S. 89f. (Zitat).

⁵⁷ Vgl. hierzu exemplarisch die folgende Anfrage des Ministerialdirigenten im Bayerischen Kultusministerium Johannes von Elmenau an die Evangelische Akademie Loccum: „Sehr geehrte Herren! Sie haben den Teilnehmern an der bedeutsamen von Ihnen veranstalte-

neuer Hochschulen konnten in zentralen Bereichen auf die von Rothe und wenig später in Loccum diskutierten und konzipierten Vorstellungen aufbauen.⁵⁸ Allerdings legte der Wissenschaftsrat sein Hauptaugenmerk weniger auf die äußere Gestalt künftiger Neugründungen als auf deren innere Struktur. Während sich das Rothesche Campus-Modell im planerischen Sinne als die wahrscheinlichste Lösung in der Neugründungsdiskussion weitestgehend durchgesetzt hatte, wurde dieses nun von den in ihren Kernbereichen ebenfalls auf amerikanische Vorbilder zurückreichenden Reformanregungen des Wissenschaftsrates für die künftige Struktur neuer Hochschulen ergänzt. In diesem Kontext standen vor allem zwei, oben bereits näher analysierte Reformaspekte im Mittelpunkt: Die Zentralisierung der Verwaltungsstrukturen durch Einführung des Präsidialsystems bzw. eine entsprechende Stärkung des Rektorenamtes sowie die Neuorganisation der universitären Binnengliederung in Departments bzw. Abteilungen oder Fachbereiche.⁵⁹ „Die folgenden Überlegungen sollen dazu anregen“, wie der Wissenschaftsrat ausdrücklich betonte,

„die herkömmlichen Organisationsformen da und dort zu verlassen. Dabei geht es einmal darum, den Aufbau der Universität, besonders ihre Gliederung nach Fakultäten, die Funktionen der Organe der akademischen Selbstverwaltung und ihr Zusammenspiel zu durchdenken. Zum anderen muß überlegt werden, ob und wo Korrekturen an der Zusammenfassung der Fächer in den traditionellen Fakultäten angebracht sind.“⁶⁰

Das mit der Gründung neuer Hochschulen verbundene Hauptziel sah nun also auch der Wissenschaftsrat in der Nutzbarmachung und möglichst modellhaften Umsetzung der seit 1945 ebenso intensiv wie kontrovers diskutierten Hochschulreform. Daß hierbei in erster Linie amerikanische bzw. angelsächsische Vorbilder Pate standen, wurde – wenn auch seitens des Wissenschaftsrates nicht explizit erwähnt – in der Öffentlichkeit durchaus wahrgenommen. Beispielsweise schrieb Günther Gillessen kurz nach der erstmaligen Vorstellung der *Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen* am 8. Mai 1962 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Der Wissenschaftsrat denkt unter dem Eindruck der angelsächsischen Entwicklung daran, jede Fakultät in mehrere Fachgruppen (ähnlich den »Departments«) aufzulösen.“⁶¹

ten Tagung über die ‚Universität neuen Typs‘ ein Protokoll zugesandt, das die grundlegenden Referate und Erkenntnisse zusammengefaßt darstellt. [...]. Sollten Sie ohne Schwierigkeiten dem bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus noch ein weiteres Exemplar zur Verfügung stellen können, wäre ich Ihnen sehr verbunden, da die im Rahmen Ihrer Tagung angestellten Überlegungen im Rahmen der bayerischen Hochschulgründungspläne größte Beachtung verdienen“ (BayHStA, MK 68576, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an die Evangelische Akademie Loccum vom 26. 2. 1962).

⁵⁸ Vgl. Wissenschaftsrat: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen*. Vgl. ferner Anweiler: *Bildungspolitik*, S. 628f.

⁵⁹ Vgl. die einzelnen Reformvorschläge zu den genannten Punkten in Wissenschaftsrat: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen*, S. 16–36, sowie Kapitel VII.1. und VII.2.

⁶⁰ Ebd., S. 9f.

⁶¹ Günther Gillessen: *Mehr Zusammenarbeit in den Universitäten*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. 8. 1962.

Gleiches galt für den in den *Anregungen* näher ausgeführten Gedanken, unter dem Dach der Neugründungen eine neue Form der akademischen Gemeinschaft zu etablieren. In offenkundiger Anlehnung an Rothes Campus-Modell empfahl der Wissenschaftsrat die kurz nach Kriegsende bereits in Heidelberg und Tübingen erstmalig erprobte Errichtung von „Kollegienhäusern“ nach angelsächsischem Muster, in denen alle Studenten der ersten drei Semester untergebracht werden sollten.⁶² Damit wurde den neuen Universitäten – ähnlich wie amerikanischen und englischen Hochschulen – eine wichtige, der deutschen Universitätstradition in dieser Form bislang fremde Erziehungsfunktion zugesprochen. Hierzu hieß es in den *Anregungen*:

„In von Studenten, Assistenten und Dozenten bewohnten ‚Kollegienhäusern‘, bei deren Aufbau Erfahrungen aus bekannten Traditionen (deutsches akademisches Kollegium, englisches College und Hall of Residence) verwertet werden sollen, vermag sich jene akademische Lebensform zu entfalten, in der sich wissenschaftliche Ausbildung und menschliche Bildung bedingen. [...] Die Kollegienhäuser sollen so in die Universität eingefügt werden, daß sie zum Mittelpunkt der akademischen Lebensgemeinschaft werden. [...] Daher muß das Kollegienhaus einen festen Platz in der Konzeption der Universität und ihrer Organisationsform haben. Bei der Gründung einer neuen Universität bietet sich die Gelegenheit, von vornherein den Aufbau von Kollegienhäusern vorzusehen.“⁶³

Deziert gegen den vom Wissenschaftsrat favorisierten Kollegienhaus-Gedanken und das damit einhergehende Konzept einer Campus-Universität wandte sich interessanterweise die organisierte Studentenschaft, die eine politisch-ideologische Beeinflussung der Studenten sowie eine Ghettoisierung der Hochschule befürchtete. In einem Ende 1962 unter dem Titel *Studenten und die Neue Universität* erschienenen Gutachten der Neugründungskommission des VDS wurde die ablehnende Haltung in diesen Fragen näher erläutert.⁶⁴ In erster Linie waren es die offenkundig immer noch nachwirkenden Negativerfahrungen aus der NS-Zeit, die den VDS gegen jegliche pädagogische Einwirkung der Hochschulen Stellung beziehen ließ:

„Die Hochschule, die mit dem Studenten wissenschaftlich arbeiten will, muß jede erzieherische Einwirkung aus ihrer eigenen Arbeit ausschalten. [...] Von daher müssen wir pädagogische Bestrebungen der Hochschule mit ihren Studenten, wie sie in bestimmten Konzeptionen der Wohnheime und neuerdings betont im ‚Kollegienhausplan‘ des Wissenschaftsrates sichtbar geworden sind, als wissenschaftsfremd ablehnen. Sie machen den Studenten von einem Partner der Wissenschaft zu einem Objekt der Hochschule und müssen konsequent auch auf den Bereich der wissenschaftlichen Arbeit beeinträchtigend zurückwirken. Wir lehnen auch eine politische, musische, künstlerische oder sportliche Erziehung durch Institutionen der Hochschule ab.“⁶⁵

⁶² Vgl. Wissenschaftsrat: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen*, S. 73–88.

⁶³ Ebd., S. 78.

⁶⁴ BayHStA, MK 68576, *Studenten und die Neue Universität*. Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von Wissenschaftlichen Hochschulen (1962). Zur Neugründungsfrage vgl. auch Verband Deutscher Studentenschaften: *Beschlüsse der 15. ordentlichen Mitgliederversammlung in Hamburg vom 4. bis 10. 3. 1963*, in: DUZ 5 (1963), S. 34–44, hier S. 36f.

⁶⁵ BayHStA, MK 68576, *Studenten und die Neue Universität*. Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von Wissenschaftlichen Hochschulen, S. 19.

Letzteres war eine klare Ablehnung der von Rothe in seinem Bremer Campus-Plan vorgesehenen Institute für Leibes-, Musik-, Kunst- und Werkerziehung, die den Studenten einen praktischen Ausgleich zu den ansonsten vorwiegend theoretisch-wissenschaftlich ausgerichteten Institutionen der Hochschule bieten sollten.⁶⁶ Darüber hinaus sind die Ausführungen des VDS zur baulichen Konzeption künftiger Universitätsneugründungen, die als solche explizit begrüßt wurden, von besonderem Interesse. Hier zeigt sich exemplarisch, wie unterschiedlich der Begriff Campus in der damaligen Debatte interpretiert wurde. Zwar befürwortete der VDS eine „bauliche Einheit“, nicht jedoch eine „geschlossene Anlage im Sinne des angelsächsischen Campus“, der sich gegenüber der Öffentlichkeit abschottete.⁶⁷ In diesem Zusammenhang ist freilich zu betonen, daß der Campus-Begriff von kaum jemandem im Sinne eines völlig von seiner Umwelt separierten Ortes der Elitenbildung verwendet wurde. Sowohl Rothe als auch der Wissenschaftsrat hatten, trotz oder gerade wegen ihrer Orientierung an angelsächsischen Campus-Anlagen, stets für einen engen Austausch der Universität mit ihrer Umgebung plädiert, ja einen solchen als die eigentliche Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Neugründung angesehen.⁶⁸ Mit anderen Worten, zwischen dem VDS-Gutachten, den Empfehlungen bzw. Anregungen des Wissenschaftsrates und der Bremer Denkschrift bestand bei genauer Betrachtung kaum Widerspruch. Im Gegenteil: die Vorstellungen des VDS hinsichtlich des sozialen und kulturellen Lebens, das sich innerhalb der neuen Universitäten entwickeln sollte, knüpften – trotz aller Unterschiede im Detail – weitestgehend an das, was Rothe und andere Befürworter des Campus-Gedankens als besonderen Vorzug gerade des angelsächsischen Universitätslebens hervorgehoben hatten.⁶⁹ „Das Hauptzentrum“, so das Gutachten der VDS-Neugründungskommission, „sollte in unmittelbarem Zusammenhang mit einem ‚Ortskern‘ entstehen. Es bildet den Verwaltungskopf der Hochschule und wird einen Teil der sozialen und kulturellen Einrichtungen umfassen, dazu gehören Restaurants, Cafés, Theater, Klub, Basar, Sportanlagen und die Institutionen der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studentenschaften.“⁷⁰ Wie allerdings eine Anlage mit derart vielfältigen und daher raumintensiven Funktionen in „unmittelbarem Zusammenhang“ zu einem Ortszentrum realisiert werden könne bzw. an welche Distanzen hierbei konkret gedacht war, all dies blieb im Rahmen des VDS-Gutachtens letztlich unbeantwortet.

⁶⁶ Vgl. die entsprechenden Ausführungen Rotheres in Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 330–343.

⁶⁷ BayHStA, MK 68576, Studenten und die Neue Universität. Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von Wissenschaftlichen Hochschulen (1962), S. 92.

⁶⁸ Vgl. zu den Vorstellungen Rotheres Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 308, sowie Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschule, S. 56.

⁶⁹ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 308, 311 und S. 319f.

⁷⁰ BayHStA, MK 68576, Studenten und die Neue Universität. Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von Wissenschaftlichen Hochschulen (1962), S. 92.

Verständlicherweise rief eine derart vage Haltung bei damaligen Hochschulplanern Unverständnis hervor. So bemerkten beispielsweise Peter Conradi und Hermann Reichenecker 1964 in den „Konstanzer Blättern für Hochschulfragen“, daß die Neugründungskommission des VDS mit der Forderung nach einer möglichst engen baulichen Anbindung von Universität und Stadt(-zentrum) die „Möglichkeiten städtebaulicher Planung“ völlig verkenne.⁷¹ Eine intensive kulturelle und gesellschaftliche Beziehung zwischen Stadt und Neugründung sei zwar wünschenswert, realistischerweise aber nicht in jedem Fall auch umsetzbar:

„Wo dies nicht möglich ist, wird wenigstens eine Verbindung zu einer Vorstadt, zu einem Wohngebiet (auch im Hinblick auf den Sekundärbedarf – Wohnungen, Läden, Dienstleistungsbetriebe und so weiter) anzustreben sein. Ausschlaggebend ist aber in jedem Fall der Flächenbedarf der Hochschule, nicht nur für den jetzt schon überschaubaren Ausbaubereich, sondern darüber hinaus auch für spätere Erweiterungen.“⁷²

Diese Kritik an den Neugründungsvorstellungen des VDS kam von kompetenter Seite. Conradi und Reichenecker waren wissenschaftliche Mitarbeiter am 1960 auf Initiative der baden-württembergischen Landesregierung an der TH Stuttgart eingerichteten und bundesweit einzigartigen Ordinariat für Hochschulplanung und Entwerfen, auf das der Architekt Horst Linde 1961, zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Chef der Staatlichen Bauverwaltung von Baden-Württemberg, berufen worden war.⁷³ Linde, der sich bereits unmittelbar nach Kriegsende als Leiter des Wiederaufbaus der stark zerstörten Universität Freiburg i.Br. einen exzellenten Ruf erworben hatte⁷⁴, avancierte binnen kürzester Zeit zu einem der einflußreichsten Hochschulplaner der gesamten Bundesrepublik.⁷⁵ Die besondere überregionale Bedeutung Lindes rührte vor allem aus seiner dritten Funktion als Leiter des Zentralarchivs für Hochschulbau (ZfH) in Stuttgart, die er 1963 im Auftrag der KMK zusätzlich übernahm.⁷⁶

3. Die Beschäftigung des Stuttgarter Zentralarchivs für Hochschulbau mit der Entwicklung des Universitätsbaus in den Vereinigten Staaten

Das ZfH war auf Beschluß des Hochschulausschusses der KMK vom 14. November 1962 gegründet worden. Die Ernennung des Stuttgarter Ordinarius für Hoch-

⁷¹ Peter Conradi/Hermann Reichenecker: Gedanken zur Gesamtplanung von Hochschulen, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 5 (1964), S. 44–53, hier S. 48 (Zitat).

⁷² Ebd., S. 48.

⁷³ Vgl. hierzu die einführenden Angaben ebd., S. 44.

⁷⁴ Zu Horst Lindes umfangreicher Planungs- und Bautätigkeit in Freiburg vgl. Albrecht Haas: Der Weg des Krankenhausbaus von 1948 bis heute am Beispiel des Universitäts-Klinikums Freiburg, in: Festschrift für Horst Linde, S. 21–32, sowie Ortwin Müller: Die Universität in der Innenstadt. Mitgestaltung für das Leben eines Stadtkerns und Auswirkungen auf die Baugestalt am Beispiel der Universität Freiburg, in: ebd., S. 34–50.

⁷⁵ Vgl. die Angaben bei Walter Rossow: Blick auf eine Lebensleistung. Horst Linde zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, in: ebd., S. 13–20.

⁷⁶ Zur nationalen wie internationalen Bedeutung des Zentralarchivs für Hochschulbau und dessen Leiters vgl. Muthesius: The Postwar University, S. 222f.

schulplanung und Entwerfen zu dessen Leiter sowie die damit einhergehende Ansiedlung des Archivs in der baden-württembergischen Landeshauptstadt stand in einem direkten Zusammenhang mit der ausgezeichneten Reputation Lindes in Fragen der Hochschulplanung und des Hochschulbaus. Das neugeschaffene ZfH sollte nach Ansicht der Kultusminister zwei Kernaufgaben erfüllen: zum einen die Erfassung und Analyse des Bau- und Planungsbestandes aller westdeutschen Hochschulen und zum anderen die Durchführung entsprechender Paralleluntersuchungen über den Stand der Hochschulplanung auf internationaler Ebene.⁷⁷ Daß in diesem Zusammenhang gerade den USA eine herausgehobene Rolle zufiel, kann nach dem bisher Gesagten kaum verwundern. So widmeten sich von den fünf zwischen 1963 und 1967 herausgegebenen ZfH-Publikationen allein zwei ausschließlich und eine in wesentlichen Teilen dem Hochschulbau in den Vereinigten Staaten.⁷⁸ Eine weitere befaßte sich, gleichfalls wenig überraschend, dezidiert mit Planungstendenzen in Großbritannien.⁷⁹ Diese Orientierung an den damaligen Entwicklungen in den beiden wichtigsten Ländern des angelsächsischen Kulturraums belegt erneut eindrucksvoll den enormen Stellenwert, der dem amerikanischen und teilweise auch englischen Hochschulbau im Kontext des westdeutschen Neugründungsprozesses beigemessen wurde.

Bereits im April 1964 hatte das ZfH ein erstes Colloquium für sämtliche Hochschulbauämter in der Bundesrepublik ausgerichtet, dessen Fokus auf den Entwicklungen im europäischen und außereuropäischen Ausland lag.⁸⁰ Was die Verhältnisse in den USA anbetraf, standen hier die Erweiterungs- und Neuplanungen der Campus-Anlagen der Yale University, der Columbia University, des Illinois Institute of Technology (IIT) und der University of Illinois im Vordergrund.⁸¹ Auf besonderes Interesse wegen seiner großen Ähnlichkeit mit den deutschen Neugründungsplänen stieß in diesem Zusammenhang das Konzept der sogenannten Community University, also der engen räumlichen Verschränkung von Universität und Kommune. Als gelungenes Beispiel einer solchen Institution galt der von Mies van der Rohe erstmals 1939/40 entworfene Masterplan für den Campus des IIT.⁸² Mit Blick auf den von Rothe erarbeiteten Bremer Ideal-Campus hieß es hierzu in der Tagungsschrift des ZfH:

⁷⁷ Vgl. BayHStA, MK 69020, Protokoll über die erste Tagung der Verbindungsreferenten des Zentralarchivs für Hochschulbau am 23. und 24. 5. 1966 in Stuttgart, S. 4.

⁷⁸ Vgl. Zentralarchiv für Hochschulbau (Hg.): Planung wissenschaftlicher Hochschulen. 1. Colloquium im April 1964, Stuttgart 1964; Zentralarchiv für Hochschulbau (Hg.): Bericht einer Studienreise nach den USA, Stuttgart 1965; Zentralarchiv für Hochschulbau (Hg.): Universitätsbau in den USA. Gesamtplanung, Vorfertigung, Düsseldorf 1965.

⁷⁹ Zentralarchiv für Hochschulbau (Hg.): Hochschulplanung in Großbritannien, Düsseldorf 1967.

⁸⁰ Vgl. den hieraus hervorgegangenen Tagungsband: Zentralarchiv für Hochschulbau: Planung wissenschaftlicher Hochschulen, Stuttgart 1964.

⁸¹ Erich Heinle: Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen. Außereuropäische Beispiele, in: ebd., S. 45–54, hier besonders mit Bezug auf den amerikanischen Hochschulbau S. 49–52.

⁸² Vgl. Werner Blaser: Mies van der Rohe – IIT Campus. Illinois Institute of Technology, Basel/Boston/Berlin 2002; sowie Dober: Campus Planning, S. 40 und S. 276; ders.: Campus Design, S. 36f.; Muthesius: The Postwar University, S. 42.

„Nur Mies van der Rohe war es vergönnt, in Chicago eine wissenschaftliche Hochschule neu zu planen und in allen Einzelheiten beeinflussen zu können. [...]: Die räumliche Einheit, wie sie H. W. Rothe 1961 für Bremen fordert [...] wurde erreicht. Um einen mittleren Freiraum [nach Rothe das ‚Forum‘, S. P.] wurden die diesen Raum überhöhenden Gebäude der Bibliothek, der Verwaltung, des Auditoriums, des Studentenzentrums und anderer Lehrgebäude gruppiert. Forschungsanlagen liegen im äußeren Bereich. Sportanlagen und Wohnbereich befinden sich am Rande. Die Bauten wurden von Mies in Modul und Materialverwendung weitgehend typisiert.“⁸³

Entsprechende Typisierungen von Architektur und Bauelementen sollten bei den ersten Neugründungen in Bochum, Regensburg, Konstanz und Bielefeld zur Anwendung kommen.⁸⁴ Ferner verwies die abschließende Einschätzung des aktuellen amerikanischen Hochschulbaus in zentralen Punkten bereits auf die Konzeption und Gestalt der ersten westdeutschen Campus-Anlagen:

„Der Campus wird [in den USA, S. P.] besonders für kleinere Universitäten befürwortet, weil die pädagogische Wirkung größer sein soll. [...]. Sucht man nach Gemeinsamkeiten in den Neuplanungen nach dem Zweiten Weltkrieg, so kann man [...] folgendes erkennen: Die räumliche Einheit wird auch bei großen Universitäten angestrebt. [...]. Alle Beispiele der hier gezeigten Universitäten lassen repräsentative Bereiche erkennen. In vielen Fällen wird für Universitäten eine gewisse Monumentalität gewünscht. In allen Fällen wurde versucht – wie es Gesellschaft und Staat dort erwarten –, mindestens im Zentralbereich mehr als Zweckbauten zu errichten, d. h. architektonische Frei- und Innenräume zu schaffen.“⁸⁵

Einen Monat nach dem Stuttgarter ZfH-Colloquium trat Ende Mai 1964 eine elfköpfige Delegation aus Ministerialbeamten, Hochschullehrern und Architekten im Auftrag des baden-württembergischen Finanz- und Kultusministeriums eine vierwöchige Reise in die Vereinigten Staaten an, um sich dort über die neuesten Entwicklungen im Klinik- und Krankenhausbau zu informieren. Konkreter Anlaß dieser Informationsreise war der in Baden-Württemberg bevorstehende Ausbau der Universitätskliniken in Freiburg, Heidelberg und Tübingen sowie die geplanten Neugründungen einer zweiten Medizinischen Fakultät in Mannheim und einer Medizinischen Hochschule in Ulm.⁸⁶ Im Rahmen all dieser Projekte fiel den Vereinigten Staaten eine zentrale Vorbildfunktion zu, wie seitens der federführenden Freiburger „Planungsgruppe Klinikbau“ zu Beginn des schriftlich abgefaßten Reiseberichts hervorgehoben wurde:

„Mit Rücksicht auf die große Tragweite der Planung soll eine moderne Konzeption gefunden werden, die ein Optimum an Leistungsfähigkeit sowie Wirtschaftlichkeit für die Investierung und den Betrieb aufweist und darüber hinaus eine relativ lange Lebensdauer ermöglicht. [...]. Über diesen Fragenkomplex liegen praktische Erfahrungen mit einem zeitlichen Vorsprung in den USA vor. Nach dem Stand der bisherigen Planungsergebnisse erwies es sich als notwendig, vor Fortführung der Arbeit Erfahrungen, Ideen und Entwicklungstendenzen zunächst in den USA kennenzulernen.“⁸⁷

⁸³ Heinle: Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen, S. 50f.

⁸⁴ Muthesius: The Postwar University, S. 224–246, sowie Kapitel IX.4.

⁸⁵ Heinle: Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen, S. 52.

⁸⁶ Vgl. Zentralarchiv für Hochschulbau: Bericht einer Studienreise nach den USA, S. 2–4. Zu diesem Themenkomplex vgl. unter starker Berücksichtigung der Verhältnisse in den USA auch den Erfahrungsbericht von G. Fesl: Entwicklungslinien im Klinikbau, in: Planung wissenschaftlicher Hochschulen, S. 105–113.

⁸⁷ Ebd., S. 4.

Schwerpunkte des Exkursionsprogramms bildeten neben dem Besuch amerikanischer University Medical Center, Allgemeinkrankenhäusern und diverser medizinischer Spezialeinrichtungen auch Diskussionen mit amerikanischen Fachleuten. Insgesamt wurden 19 medizinische Einrichtungen besucht, davon allein sieben an amerikanischen Universitäten.⁸⁸ Diese stießen wegen der gelungenen Verknüpfung ihrer architektonischen Gesamtkonzeption mit dem inneren strukturellen Aufbau bei den baden-württembergischen Spezialisten auf besonders reges Interesse:

„Aus der Sicht der Grundsatzplanung mußte das University Medical Center besondere Beachtung finden. Dieses bildet einen Komplex ‚unter einem Dach‘, in dem Einrichtungen der Forschung, Lehre, Krankenpflege und Rehabilitation vereinigt sind und zwar im Gegensatz zu den Anlagen an den deutschen Universitäten unter Einbeziehung der sogenannten ‚Basic Sciences‘, etwa vergleichbar mit unseren Theoretisch-Medizinischen Instituten. Die klinische Forschung findet darin ihren Platz zwischen Grundlagenwissenschaften und Bereichen der Anwendung. Eine enge räumliche Verbindung von Forschern, Lehrern, Studenten und Pflegepersonal ist dadurch möglich und erleichtert die notwendige wissenschaftliche und praktische Zusammenarbeit.“⁸⁹

In welchem Ausmaß die eben beschriebenen Erfahrungen wenige Zeit später konkret auf die Hochschulplanung in Baden-Württemberg einwirkten, verdeutlicht exemplarisch der im Juli 1965 vorgelegte *Bericht des Gründungsausschusses über eine Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule in Ulm*:

„Der Gründungsausschuß hat systematisch und sorgfältig die in Deutschland praktizierten Möglichkeiten der medizinischen Ausbildung und Forschung geprüft. Er hat in Gesprächen und Besichtigungen die europäischen Lösungen untersucht. Er hat auch die amerikanischen Einrichtungen eingehend studiert. Der Gründungsausschuß war der Überzeugung, daß er die Aufgabe habe, aus der Fülle guter Lösungen die besten Ideen herauszunehmen, um sie unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Deutschland zu einem einheitlichen Organismus zusammenzuführen. [...] Bereits in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates kommt zum Ausdruck, daß eine neu zu gründende Medizinische Akademie mit einem klinischen Forschungszentrum einzurichten ist, in welchem Grundlagenforscher klinische Probleme bearbeiten sollen. Neue Gedanken zur Förderung der medizinischen Forschung in Amerika [...] bewegen sich in derselben Richtung auf eine Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule zu, deren Wesensinhalt in der Durchdringung von Medizin und Naturwissenschaften in Forschung und Lehre liegt. Sie zielen vor allem darauf ab, daß Grundlagenfächer wie Physik, Chemie, Biologie, aber auch Psychologie u. a. in die klinische Forschung einbezogen werden müssen, wenn man zu weiteren Fortschritten kommen will. Die Voraussetzung für die Erfüllung dieses Zieles ist die Beseitigung der Fakultäts- und Instituts Grenzen.“⁹⁰

Damit war in Grundzügen der strukturelle Aufbau der 1967 eröffneten Universität Ulm charakterisiert worden. Die im Bericht geforderte Beseitigung der Fakul-

⁸⁸ Vgl. die Liste der in den USA besuchten Institutionen ebd., S. 5.

⁸⁹ Ebd., S. 6. Siehe hierzu auch ebd., S. 27: „Allen Reiseteilnehmern wurde mit der Besichtigung der University Medical Center die Möglichkeit baulicher Zusammenfassung medizinischer Ausbildungsstätten deutlich vor Augen geführt. [...] Wenn auch die strukturelle und bauliche Ausformung dieser University Medical Center nicht direkt und ohne Einschränkung übernommen werden kann, so bilden sie in der Entwicklung von medizinischen Ausbildungsstätten der letzten Jahre ein Beispiel, von dem starke Einflüsse und Anregungen ausgehen.“

⁹⁰ Bericht des Gründungsausschusses über eine Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule in Ulm (Juli 1965), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 727–847, hier S. 731 und S. 733f. (Zitat). Vgl. hierzu auch Hans-Walter Heinrich: Die Universität Ulm, in: Festschrift für Horst Linde, S. 152–166.

täts- und Institutsgrenzen sollte durch eine Abteilungsgliederung in Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem erreicht werden.⁹¹ Und auch dem für amerikanische University Medical Center als charakteristisch erachteten Konzept einer Hochschule „unter einem Dach“ versuchte der Ulmer Gründungsausschuss weitestgehend zu entsprechen:

„Diese gedankliche Struktur der Hochschule muß, soweit irgend möglich, in der architektonischen Gestaltung ihren Ausdruck finden. Durch sachgemäße Anordnung der einzelnen Gebäudeteile müssen die Voraussetzungen für die erwünschte Zusammenarbeit [dem „Team Work“, S. P.] der hierauf angewiesenen Abteilungen sichergestellt werden. Dabei wird besonderer Wert darauf zu legen sein, daß die einzelnen baulichen Einheiten gegeneinander offengehalten werden, und jeder Anschein einer isolierenden Trennung schon im Baulichen vermieden wird.“⁹²

Im Jahre 1965 veröffentlichte das ZfH unter dem Titel *Universitätsbau in den USA. Gesamtplanung und Vorfertigung* zwei weitere Berichte von Informationsreisen deutscher Hochschulplaner und Architekten in die Vereinigten Staaten.⁹³ Dabei widmete sich die ZfH-Mitarbeiterin Renate Wetzlar, die vom 29. August bis 30. Oktober 1964 die USA besucht hatte, dem Thema *Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika*.⁹⁴ Wie schon im Fall der medizinischen Einrichtungen sollte auch dieser Aufenthalt dazu dienen, in den USA Informationen und Anregungen zu sammeln.⁹⁵ Zu diesem Zwecke besuchte Wetzlar insgesamt sechs Colleges und 29 Universitäten.⁹⁶ Analog zu den in der Bundesrepublik geführten Diskussionen stand sowohl der Ausbau bzw. die Erweiterung bestehender Universitäten wie z. B. Harvard, Yale oder Princeton als auch die Planung und der Bau von Neugründungen im Zentrum von Wetzlars Interesse.⁹⁷ Was konkret den Bau neuer Hochschulen anbetraf, unterschied Wetzlar zwei Typen: Zum einen Neugründungen im unmittelbaren Stadtbereich (Community Universities), wie z. B. das schon erwähnte IIT, der Campus

⁹¹ Zur Anlehnung an das amerikanische Departmentsystem in Ulm vgl. Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 736f.

⁹² Ebd., S. 734. Hinsichtlich der als neuartig empfundenen Verbindung von innerer Struktur und architektonischer Gestalt im Fall der Universität Ulm vgl. auch die Ausführungen des damaligen Direktors des Anatomischen Instituts der Universität Bonn und Mitglieds des Ulmer Gründungsausschusses Ernst Tonutti: Zur Aufbauplanung der Universität Ulm, in: Zentralarchiv für Hochschulplanung (Hg.): Informationen 6, Stuttgart 1969, Blatt 14–19.

⁹³ Zentralarchiv für Hochschulbau: Universitätsbau in den USA. Gesamtplanung und Vorfertigung. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Reisebericht von Gerd Fesel: Universitätsplanung in den USA, in: DUZ 12 (1964), S. 3–10.

⁹⁴ Renate Wetzlar: Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Universitätsbau in den USA, S. 8–33.

⁹⁵ Hierzu vermerkt Wetzlar ebd., S. 26–28: „In diesem Bericht wurde versucht, einige wichtige Bereiche der Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen in den Vereinigten Staaten zu erläutern und einige charakteristische Beispiele zu geben. Beim Ausbau unserer bestehenden Universitäten und bei der Gründung neuer Hochschulen stehen wir in Deutschland vor ähnlichen Fragen und Problemen, wie wir sie hier in den Vereinigten Staaten kennengelernt haben.“

⁹⁶ Vgl. die entsprechende Liste ebd., S. 8f.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 13–30.

der University of Illinois in Chicago und der Wayne University in Detroit. Das diesen Hochschulen zugrunde liegende Planungskonzept bestand aus einer Kombination von hochschulpolitischen und städtebaulichen Notwendigkeiten. Ehemalige Slum- bzw. Industrieviertel sollten durch die Ansiedlung eines innerstädtischen Hochschulcampus eine sinnvolle Neunutzung und Wiederbelebung erfahren.⁹⁸ Im Unterschied dazu entsprachen dem zweiten Neugründungstyp solche Campusanlagen, die in direkter Randlage oder zumindest in der Nähe mittlerer und größerer Ballungszentren angesiedelt waren. Als Beispiele hierfür nannte Wetzlar die großzügigen und teilweise schon errichteten Anlagen der New York State University in Albany, der Southern Illinois University in Edwardsville, die insgesamt sieben Ergänzungscampi der University of California („Multiversity“) sowie den Campus der University of San Diego.⁹⁹

Das Hauptaugenmerk Wetzlars galt der Planung und architektonischen Ausgestaltung der von ihr besuchten Campusanlagen. Knapp vier Jahre nachdem Rothe die amerikanische Campus-Universität als ein noch eher theoretisches Vorbild in die deutsche Neugründungsdiskussion eingeführt hatte, wurde diese nun vor Ort einer professionellen Analyse unterzogen. Bemerkenswerterweise deckte sich der stark von pädagogischen und gemeinschaftsfördernden Gesichtspunkten geprägte Campus-Begriff Rothes im Kern mit dem praktischen Campus-Verständnis der Hochschulplanerin. Für letztere entsprach der Campus einer „Universitätsstadt“, mit allen hieraus resultierenden Konsequenzen für die Planung und den Bau:

„Der Campus ist gleich einer Stadt, für die Menschen, die hier oder in der unmittelbaren Umgebung wohnen, studieren und arbeiten. [...]. Neben der Studentenschaft bilden die Lehrenden, die Dozenten, Professoren, Forscher und Wissenschaftler ein weiteres Bevölkerungselement einer solchen Universitätsstadt. [...]. Diese Menschen müssen zum und vom Campus befördert werden, für viele muß eine Wohnmöglichkeit eingerichtet werden, die Verbindungen zum übergeordneten Verkehr oder zu anderen städtischen und kulturellen Zentren müssen gut sein, für manche Studenten muß es eine Arbeitsmöglichkeit in der Nähe des Campus geben. Die meisten Personen, die im Hochschulgebiet arbeiten und leben, müssen gepflegt und versorgt werden, sie müssen sich erholen und Sport treiben können. Vor allem muß es für die Studierenden und Lehrenden die Möglichkeit geben, ungestört zu studieren, damit das Ziel, zu erziehen, zu lehren und zu forschen, verwirklicht werden kann.“¹⁰⁰

Den zweiten Teil der Schrift *Universitätsbau in den USA* bildet ein Reisebericht von Franz Stüer, der vom 30. September bis 16. Oktober 1964 im Auftrag des Bauverlag Wiesbaden-Berlin in die USA gereist war. Im Gegensatz zu Wetzlar widmete sich Stüer weniger der Gesamtkonzeption amerikanischer Campus-Anlagen, sondern primär der Planung, Herstellung und dem Einsatz großformatiger Fertigteile.¹⁰¹ Dabei handelte es sich um einen wichtigen Themenkomplex, insbesondere wenn man berücksichtigt, welche enormen Bauvorhaben Bund und Länder mit der Erweiterung und Neugründung von Hochschulen seit den frühen 1960er Jah-

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 21–23 (Universitätsgründungen als Stadtuniversitäten).

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 23–26 (Neugründungen von Campusbereichen).

¹⁰⁰ Ebd., S. 10.

¹⁰¹ Franz Stüer: Planung, Herstellung und Einsatz großformatiger Fertigteile, in: ebd., S. 34–62.

ren zu bewältigen hatten.¹⁰² „Auch und vor allem aus bildungspolitischen Gründen“, wie Stürer in diesem Zusammenhang betonte,

„ist die zeitliche Bewältigung der Durchführung dieses Neubauvolumens eine der Aufgaben, die der Architektenschaft gestellt ist. Diese Aufgabe hat die für die Planung verantwortlichen Stellen in der Bundesrepublik veranlaßt, neue Wege in Abweichung von der bisher geübten und auch unter anderen Maßstäben gangbaren Verfahrensweise zu suchen.“¹⁰³

Einer dieser neuen Wege war die sogenannte Typenplanung, d. h. die Konstruktion standardisierter, flexibel nutzbarer und größtenteils aus vorgefertigten Bauteilen zusammensetzbarer Bauwerke, wie sie in der Bundesrepublik ab 1964 erstmals in größerem Stil beim Bau der Ruhr-Universität Bochum zum Einsatz kommen sollten.¹⁰⁴ Das Problem der deutschen Typenplanung bestand jedoch darin, daß diese bundesweit nicht einheitlich koordiniert wurde und somit je nach Bundesland unterschiedliche und miteinander nicht kompatible Formate entstanden waren. Im Gegensatz dazu hatte in den USA bereits Mitte der 1950er Jahre ein Trend zur landesweiten Standardisierung der einzelnen Bauelemente in Größe, Form und Materialbeschaffenheit eingesetzt.¹⁰⁵ Aus diesem Grunde galt Stürers Hauptinteresse den für die Herstellung der Bauelemente verantwortlichen Fertigbauunternehmen, die ihren westdeutschen Pendanten hinsichtlich ihres Mechanisierungs- und Automatisierungsgrades damals weit voraus waren.¹⁰⁶ Aufgrund seiner in den Vereinigten Staaten gesammelten Erfahrungen und Informationen kam Stürer zu folgendem Fazit:

„Natürlich soll man sich nicht der Vorstellung hingeben, daß die Vereinigten Staaten in allen Dingen beispielgebend für uns sein könnten und daß sie uns überall eine Phase voraus wären. Manche Entwicklungen greifen, wie die Erfahrung gezeigt hat, wenige Jahre später auf uns über. Dieses Übergreifen dort zu unterstützen, wo es sich im Vergleich der Verhältnisse und nach Prüfung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtsituation als sinnvoll erweist, sollte auch im Sinne einer solchen Studienreise liegen.“¹⁰⁷

Weder Wetzlar noch Stürer kehrten mit Blaupausen aus den USA zurück, da *der* amerikanische Masterplan, der einfach in der Bundesrepublik hätte umgesetzt werden können, nicht existierte. Dennoch waren die in Übersee gesammelten Erfahrungen insofern von entscheidender Bedeutung, als sie das Verständnis der Universität als eigenständiger und umfassender Bauaufgabe in der Bundesrepublik schärften. Abgesehen von der heute kaum beachteten Ausnahme der Straßburger Universität existierte bis zur Fertigstellung der ersten Universitätsneugründungen keine den USA oder Großbritannien vergleichbare Campus-Tradition. Wie Hans-Dieter Nägelke in seiner ausgezeichneten Studie über den *Hochschulbau im Kaiserreich* unterstrich, entsprach der Gesamtkomplex der nach der Annexion Elsaß-Lothringens seit 1872 neuerrichteten Reichsuniversität Straßburg „von der

¹⁰² Vgl. hierzu auch Stürers Ausführungen zu Zweck und Thema seiner USA-Reise ebd., S. 34.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Vgl. unten Kapitel IX.4.

¹⁰⁵ Stürer: Planung, Herstellung und Einsatz großformatiger Fertigteile, S. 36.

¹⁰⁶ Ebd., S. 58.

¹⁰⁷ Ebd.

sichtbaren baulichen Einheit der ganzen Universität“ dem angelsächsischen Campus-Ideal.¹⁰⁸ Inwieweit damals konkrete angelsächsische Vorbilder die Planungen der Straßburger Universität beeinflussten, scheint noch nicht näher analysiert worden zu sein. Gleichwohl ist bemerkenswert, daß der Campus-Charakter der Straßburger Universität im Vorfeld des bundesrepublikanischen Neugründungsprozesses bei keinem Geringeren als dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Initiator der Konstanzer Universitätsgründung Kurt Georg Kiesinger auf Interesse stieß. Eingehend ließ sich Kiesinger im Frühjahr 1963 über die Gründung und Konzeption der Straßburger Hochschule informieren.¹⁰⁹

Der von Wetzlar in ihrem Erfahrungsbericht synonym für den angelsächsischen Campus verwendete deutsche Begriff der Universitätsstadt ging auf Horst Linde zurück. Bereits im April 1964 hatte Linde in seinem Eröffnungsvortrag zum ersten ZfH-Colloquium über die Planung wissenschaftlicher Hochschulen seine Vorstellungen von der Gestalt einer modernen Universität dargelegt.¹¹⁰ Auffallend sind in diesem Zusammenhang nicht nur die Analogien zur Stadtplanung, sondern auch Lindes offensichtliche Anlehnung an den wenige Jahre zuvor von Rothe in den Neugründungsdiskurs eingeführten Forumsgedanken. Linde gab vor den Vertretern der westdeutschen Hochschulbauämter eine minutiöse Illustration der zukünftigen Universitätsstadt:

„Trotz der um vieles gewachsenen Dimension der einzelnen Fakultäts- und Abteilungsbe-
reiche richtet sich der Maßstab der räumlichen Ordnung und Zusammenfassung nach dem Grundsatz, dem Bürger dieser ‚Stadt der Wissenschaften‘ kurze Fußwege von Seminar zu Praktikum und von Vorlesung zu Vorlesung zu ermöglichen. Daher sollte der Radius eines Hochschulbereichs 500 bis 700 Meter, das heißt fünf bis zehn Gehminuten, nicht überschreiten. In dieser ‚Stadt‘ wird sich ein Zentrum entwickeln, vom Verkehr nur in den Randzonen berührt, eine in der Größe überschaubare ‚Agora‘, an der die großen zentralen Einrichtungen der Universität liegen. Hier gruppieren sich die Zentralbibliothek, Großhörsäle, Mensen und Clubhäuser für Professoren und Studenten zu einem vielgliedrigen städtischen Raum. Cafés, Lese- und Ausstellungsräume, Läden und vieles mehr dürfen hier nicht fehlen. Diese sorgfältige Ausbildung und Erfüllung dieses zentralen Lebensbereichs einer Uni-

¹⁰⁸ Vgl. Hans-Dieter Nägele: Hochschulbau im Kaiserreich. Historische Architektur im Prozeß bürgerlicher Konsensbildung, Kiel 2000, S.61–70 (Kapitel „Einheitsuniversität und Campusuniversität“) und S.443–459 (Beschreibung der Gesamtanlage sowie der einzelnen Institutsgebäude der Universität Straßburg), Zitat S.67. Zur architektonischen Gesamtkonzeption der Straßburger Neugründung vgl. auch Godehard Hoffmann: Architektur für die Nation? Der Reichstag und die Staatsbauten des Deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Köln 2000, S.160–185. Einen kurzen Überblick zur Geschichte der Universität Straßburg bietet der Artikel von Günter Grünthal: Strasbourg/Straßburg, in: Boehm/Müller: Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, S.329–332.

¹⁰⁹ Dies geht aus einem an Ministerpräsident Kiesinger gerichteten Schreiben des damaligen Freiburger Universitätsrektors hervor: „Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Ihrem Wunsche entsprechend habe ich mich um Material und Literatur zur Geschichte der Straßburger Universitätsgründung 1871 gekümmert. Den Direktor der Freiburger Universitätsbibliothek habe ich angewiesen, Ihnen diese Literatur zu übersenden. [...]“. gez. Bauer“ (HStAS, EA 1/923, Aktenbund 4106, Bd. II, Dokument I, Schreiben des Rektors der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg vom 22. 1. 1963).

¹¹⁰ Horst Linde: Gedanken eines Architekten zum Bau wissenschaftlicher Hochschulen, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 8 (1965), S.78–84.

versität zählt zu den wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, die die Hohen Schulen in unserer Zeit zu erfüllen haben. [...] Diese Art baulicher Zusammenfassung wird das Bild der neuen Hochschulen sehr entscheidend prägen.“¹¹¹

In der Tat sollte die Arbeit von Horst Linde und des von ihm geleiteten Stuttgarter ZfH einen entscheidenden Beitrag zur Prägung dieses Bildes leisten.¹¹² Als Chef der obersten Bauverwaltung Baden-Württembergs, Architekt, Gutachter und Hochschullehrer war Linde in den 1960er und 1970er Jahren maßgeblich am Ausbau der Universitäten Freiburg, Heidelberg, Hohenheim, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen sowie am Neubau der Universitäten Konstanz und Ulm beteiligt. Zudem hatte der Stuttgarter Ordinarius für Hochschulbau gemeinsam mit seinen Mitarbeitern Campuspläne für Bremen und Bochum entworfen, die allerdings nicht zur Ausführung kamen. Den hier erwähnten Neugründungsprojekten gemein war das ursprünglich auf Rothes Bremer Denkschrift zurückgehende und von Linde weiterentwickelte Konzept der Campus-Universität (Hochschulstadt) mit zentralem Forum (Agora).¹¹³ Diese in Anlehnung an amerikanische Campus-Universitäten entwickelte Vorstellung von einem einheitlichen Universitätskomplex, dessen architektonisches Äußeres die innere Struktur und Organisation der Hochschule widerspiegle, sollte die Planung und Gestalt der ersten deutschen Neugründungen entscheidend beeinflussen.¹¹⁴

4. Struktur und Gestalt der ersten westdeutschen Campus-Universitäten: Bochum, Regensburg und Konstanz

Das erstmalig im Rahmen der Rothe-Denkschrift sowie den entsprechenden *Empfehlungen* (1960) und *Anregungen* (1962) des Wissenschaftsrates konzipierte Zusammenspiel von innerer Struktur und äußerer Gestalt einer neuen Universität hinterließ in den frühen Gründungsgutachten und -denkschriften unübersehbare Spuren. Besonders evident wird dieser Einfluß in den unter dem Vorsitz des Hamburger Erziehungswissenschaftlers Hans Wenke ausgearbeiteten *Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum*, die der Öffentlichkeit im Dezember 1962

¹¹¹ Ebd., S. 81f. (Zitat).

¹¹² Vgl. das vierbändige Standardwerk zum Thema Hochschulplanung von Horst Linde (Hg.): Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung, 4 Bde., Düsseldorf 1969. Speziell zum Hochschulbau in den USA vgl. dort den Beitrag von Wolfgang Rath: Vereinigte Staaten von Amerika, in: ebd., Bd. 1, S. 70–79.

¹¹³ Vgl. hierzu die einzelnen Beiträge und Projektbeschreibungen in Festschrift für Horst Linde, Tübingen 1977.

¹¹⁴ Zur Bedeutung des Forums- bzw. Agora-Gedankens in den frühen Neugründungsplanungen schreiben Conradi/Reichenecker: Gedanken zur Gesamtplanung von Hochschulen, S. 50: „Fast allen neueren Planungen ist die Idee des Forums gemeinsam: Herz der Universität soll ein Platz, ein Markt, eine ‚Agora‘ sein. Hier laufen die Fußgängerwege zusammen, hier liegen das Hörsaalzentrum und die zentralen Einrichtungen wie Rektorat, Verwaltung, Mensa, Klubhaus, Zentralbibliothek und Auditorium Maximum. [...] Die Dimension eines solchen Forums muß so gewählt werden, daß es noch überschaubar und für den Menschen erfassbar bleibt.“

vorgestellt wurden.¹¹⁵ Schon im Mai 1960 hatte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Errichtung einer neuen Universität im Ruhrgebiet beschlossen. Der genaue Standort blieb vorerst allerdings noch offen. Erst am 18. Juli 1961 fiel die Entscheidung auf Bochum.¹¹⁶ Neben dem erhofften Entlastungseffekt für die Universitäten Köln und Münster sowie der RWTH Aachen definierte die Bochumer Gründungsdenkschrift als Hauptaufgabe der geplanten Hochschule die Schaffung neuer fachdisziplinärer Zusammenhänge. Statt der traditionellen Fakultäts-einteilung wurde eine durch das amerikanische Departmentsystem inspirierte Binnengliederung in kleinere, nach fachlichen Gesichtspunkten zusammengestellte Abteilungen vorgeschlagen. Mit Hilfe dieser mehrere Lehrstühle umfassenden Einheiten (z. B. Rechtswissenschaftliche Abteilung, Sozialwissenschaftliche Abteilung, Abteilung für Geschichtswissenschaft usw.) sollte nicht nur eine effizientere Forschung und Lehre in den einzelnen Fachbereichen, sondern auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen diesen ermöglicht werden.¹¹⁷ Wie in der Denkschrift betont wurde, müsse eine solche Neuordnung der inneren Struktur – ganz im Sinne des Rotheschens Campus-Modells – auch mit einer entsprechenden Neugestaltung der architektonischen Gesamtkonzeption der Hochschule einhergehen:

„Die äußere Voraussetzung des Grundprinzips der Verflechtung der Disziplinen ist die einheitliche räumliche Gestaltung der Universität. Institution und Organisation der gesamten Universität müssen an einem Platze ungeteilt beieinanderliegen. Deshalb geht auch die Bauplanung von diesem beherrschenden Prinzip aus. Das gilt nicht nur für die Forschung, sondern ebenso sehr für die Lehre: Die neue Universität muß als Ganzes im Gesichtskreis der Studenten stehen und ihnen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit und Orientierung, aber auch für ihren persönlichen Umgang und für ihre privaten Interessen zugänglich sein. Aus all diesen Gründen ist die räumliche Einheit der Universität Grundlage und unabdingbare Voraussetzung des hier vorgelegten Planes; in ihr findet die neue Konzeption, die die einzelnen Abteilungen zusammenfügt und die in Bochum geplante Eingliederung der Ingenieurwissenschaften gewährleistet, ihren sichtbaren und überzeugenden Ausdruck und zugleich die einzige Rechtfertigung für eine Neugründung, die mehr sein muß als eine beliebige Vermehrung von akademischen Ausbildungsstätten.“¹¹⁸

Daneben spiegelt auch die in der Bochumer Denkschrift vorgenommene schematische Darstellung der räumlichen Zuordnung der einzelnen Abteilungen auf dem künftigen Universitätsgelände den Einfluß Rothes wider. Ähnlich dem für Bremen entworfenen Idealplan eines Campus konzentrieren sich die Abteilungen um ein zentrales Forum, bestehend aus Rektorats- und Senatsgebäude, der Universitätsbibliothek, dem Hörsaalgebäude und der Hauptmensa.¹¹⁹ Zudem verweist die für Bochum vorgesehene Errichtung von Studentenwohnheimen bzw. -wohnungen in unmittelbarer Anbindung an die Universität auf den 1960 bei Rothe und in den *Anregungen* des Wissenschaftsrates formulierten Kollegienhaus- bzw. Wohnheim-

¹¹⁵ Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses veröffentlicht vom Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Dezember 1962), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 207–256.

¹¹⁶ Vgl. die Vorbemerkung ebd., S. 208f.

¹¹⁷ Siehe hierzu ebd., S. 209f.

¹¹⁸ Ebd., S. 211.

¹¹⁹ Vgl. hierzu die schematische Darstellung ebd., S. 212.

Gedanken.¹²⁰ Neben dem eigentlichen Forschungs- und Lehrbetrieb sollte nach dem Willen des Gründungsausschusses folglich auch das gemeinsame studentische Wohnen den Alltag auf dem künftigen Bochumer Campus bestimmen. Daß dieser Anspruch ein Novum in der neueren deutschen Universitätsgeschichte bedeutete, dessen waren sich die Beteiligten durchaus bewußt: „Im Unterschied zu allen bestehenden deutschen Hochschulen bietet das geschlossene Gelände der Universität Bochum Raum für die Wohnung eines größeren Teils der Studenten. Die Chance sollte genutzt werden, um die viel beklagte Kluft zwischen Student und Hochschule zu schließen.“¹²¹

Die weitere Entwicklung der Ruhr-Universität Bochum, dem ersten und größten westdeutschen Neugründungsprojekt, vollzog sich mit rasanter Geschwindigkeit: Spatenstich im Frühjahr 1964, knapp zwei Jahre später – im November 1965 – Bezug der ersten Gebäudekomplexe sowie Beginn des Vorlesungsbetriebes und schließlich der Abschluß der Hauptbauarbeiten auf dem Campus Anfang der 1970er Jahre.¹²² Berücksichtigt man die gigantischen Ausmaße sowie die Pionierfunktion dieses Unternehmens, dann handelte es sich hierbei um eine beachtliche Leistung, die allein unter Verwendung modernster und z. T. aus den USA entlehnter Methoden der standardisierten Fertigbauweise mit Stahlbetonelementen bewerkstelligt werden konnte.¹²³ Ferner war bereits Mitte 1962, also parallel zur Ausarbeitung der Denkschrift, ein internationaler Architektenwettbewerb für die Gestaltung des Campus initiiert worden, an dem damals so renommierte Architekten wie Alvar Aalto, Walter Gropius, Mies van der Rohe, der bereits mit der Campusplanung des IIT in Chicago Aufsehen erregt hatte, und der Stuttgarter Hochschulplaner Horst Linde teilnahmen.¹²⁴ Unter den insgesamt 85 eingereichten Entwürfen entschied sich die Jury schließlich am 14. Februar 1963 für den des Düsseldorfer Architekturbüros Hentrich & Petschnigg. Deren anschließend noch-

¹²⁰ Vgl. hierzu für Rothe ebd., S. 317–329 und S. 440–443; Wissenschaftsrat: Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen, S. 73–88.

¹²¹ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 249.

¹²² Zur Gründungs- und Baugeschichte der Ruhr-Universität Bochum vgl. Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum, hg. von Hans Wenke und Joachim H. Knoll, Bochum 1965; Alexandra von Cube: Die Ruhruniversität Bochum. Bauaufgabe – Baugeschichte – Baugedanke. Eine kunsthistorische Untersuchung, Bochum 1982; Gesellschaft der Freunde der Ruhruniversität (Hg.): Materialien zur Geschichte der Ruhruniversität, 2 Bde., o. O. 1971/72; Reinhold Knümann: Die Universität Bochum, Stuttgart 1965; F. Hallauer: Die Ruhruniversität Bochum, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Planung wissenschaftlicher Hochschulen, S. 81–87; Bruno W. Reimann: Struktur und Entwicklung der Ruhruniversität Bochum, in: Raupach/Reimann: Hochschulreform durch Neugründungen?, S. 79–300; Muthesius: The Postwar University, S. 224–231; Oliver Schmidtke: Die Architektur der Ruhr-Universität Bochum sowie der Universität Bielefeld und ihre Entsprechung im technokratischen Deutungsmuster von Wissenschaft, in: Franzmann/Wolbring: Zwischen Idee und Zweckorientierung, S. 137–184.

¹²³ Zur Bochumer Typenplanung und dem verwendeten Bausystem vgl. Joseph P. Franken: Bauidee und Gestalt der neuen Universität in Bochum, in: Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum, S. 25–56; Hallauer: Die Ruhruniversität Bochum, S. 85–87. Allgemein zur Orientierung des deutschen Hochschulbaus an den damaligen Entwicklungen in den USA vgl. Zentralarchiv für Hochschulbau: Universitätsbau in den USA. Gesamtplanung, Vorfertigung, S. 34–58.

¹²⁴ Muthesius: The Postwar University, S. 226f.

mals überarbeiteter und zur Ausführung bestimmter Gesamtplan sah insgesamt 13 weitestgehend gleichförmige, von West nach Ost in zwei parallel zueinander liegenden Reihen (6 zu 7) und durch Flachbauten miteinander verbundene Gebäudeblöcke vor, in denen die einzelnen Abteilungen untergebracht wurden. Mittig durchschnitten der Forumskomplex in Nord-Süd-Richtung die beiden Blockreihen, der somit – wiederum im Sinne des Rothescen Ideal-Campus bzw. der Bochumer Denkschrift – zum eigentlichen Zentrum der Gesamtanlage wurde. Auf der breit angelegten Forumsachse siedelten die Architekten einer Perlenkette gleich die Mensa, das Audimax, das Hörsaalzentrum, ein Kunstmuseum, die Universitätsbibliothek, das Studentenhaus, das musische Zentrum und die Universitätsverwaltung an.¹²⁵ Wie in einem kurz nach Abschluß des Architekturwettbewerbs in der Tageszeitung „Die Welt“ erschienenen Artikel berichtet wurde, orientierten sich – trotz deutlicher Unterschiede im Detail – beinahe alle in die engere Auswahl gekommenen Entwürfe an diesem Forum-Gedanken:

„Wie soll heute eine Universität aussehen, was ist im Idealfall wünschenswert, was im gegebenen Fall angemessen? Denn es gibt in Europa wenig Vorbilder. [...] Kennzeichnend für die meisten Entwürfe ist die Konzentration der wichtigsten Bauten um ein Forum, einen Campus, wie man es bei amerikanischen Universitäten findet. Während jedoch die amerikanischen Universitäten vom Collegecharakter geprägt sind, neigt man in Europa mehr zu der Vorstellung von einem reinen Wissenschaftszentrum mit angrenzenden Wohnsiedlungen für die Studenten.“¹²⁶

Tatsächlich wurden die Studentenwohnheime in Bochum nicht unmittelbar auf dem Campusgelände, sondern etwas nördlich davon – und von diesem durch eine breite Zufahrtsstraße getrennt – in einer eigenen, lediglich durch eine Fußgängerbrücke mit dem Universitätsforum verbundenen Studentenstadt untergebracht, was in dieser Form freilich nicht dem Campuscharakter der meisten amerikanischen oder englischen Universitäten entsprach.¹²⁷ Dennoch stand für den da-

¹²⁵ Vgl. ebd., S.229 (Abb.4.11). Im Jahre 1964 beschrieb Hallauer den Gesamtplan der Ruhr-Universität in *Die Ruhruniversität Bochum*, S.84, wie folgt: „Es ist [...] eine eigene Stadt mit bewußter urbaner Verdichtung, aufgebaut auf dem Achsenkreuz des Hauptforums und der Querforen. [...] Die Universitätsstraße berührt das Nordende des ‚akademischen Forums‘ – ein großer Fußgängermarkt von 120 m Breite und etwa 400 m Länge –, an dem in eine bewußt gestaltete und sich steigernde Raumfolge im Nordteil Rektorat und Studentenhaus, im bedeutsamen Zentrum um einen großen Platz Bibliothek, Auditorium, das naturwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Hörsaalzentrum liegen und von den Querforen als Erschließungsräume nach Ost und West ausgehen. Nach Durchschreiten des zentralen Raumes öffnet sich das Hauptforum nach Süden zur weiten Ruhrlandschaft. An diesem Platz liegen die Zentralmensa, die Cafeteria sowie Einrichtungen für den Kurzzeitsport wie Turn- und Schwimmhallen. Das akademische Forum wird jenseits der Universitätsstraße ergänzt durch einen städtischen ‚Markt‘ in dem neu zu errichtenden Universitätsstadtviertel.“ Zur Bochumer Forumskonzeption vgl. ferner Franken: *Bauidee und Gestalt der neuen Universität in Bochum*, S.46f.

¹²⁶ Hannelore Schubert: So sieht sie aus, die neue Ruhr-Universität, in: *Die Welt* vom 20.2.1963.

¹²⁷ Zur Frage der Ansiedlung und Zuordnung der Studentenwohnheime vgl. Franken: *Bauidee und Gestalt der neuen Universität in Bochum*, S.53, sowie den Gesamtplan des Bochumer Universitätskomplexes bei Muthesius: *The Postwar University*, S.229 (Abb.4.11).

maligen nordrhein-westfälischen Landesminister für Landesplanung, Joseph P. Franken, außer Frage, daß durch die enge räumliche Zuordnung eines Teils der Studentenwohnheime zum Bochumer Universitätskomplex ein völlig neues, in der deutschen Universitätstradition so bislang unbekanntes soziales Gefüge entstehe. Er verstand es „als Modell der neuen Universität“. ¹²⁸

Davon abgesehen zeigten sich die zuständigen Entscheidungsträger hinsichtlich des Standorts der Ruhr-Universität durchaus darum bemüht, ein nicht nur ausreichend großes und zusammenhängendes Grundstück zu finden, sondern die Universität in einer ebenso exponierten wie landschaftlich reizvollen Lage anzusiedeln. ¹²⁹ Damit entsprach man einer wesentlichen Grundforderung der traditionellen Campus-Planung in den Vereinigten Staaten. Richard P. Dober hat in seinem Buch *Campus Design* auf diese weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende amerikanische Eigenart hingewiesen:

„The engagement of land and building, accented by topography, dramatizes mundane and magnificent campus designs. The fabled 19th century hill-top colleges that populated the once rural mid-America are fine examples of simple architecture made prominent by a commanding site. Thomas Jefferson’s University of Virginia lawn, bricked-in gardens, and buildings (considered by many as an epitome of campus planning and design) is informed by the gentle sloping of the Charlottesville terrain. [...] Scraping and sculpturing landforms for building sites is a well-documented art; Greek temples overlooking the Ionian Sea, Mont St. Michel, Rhine River Castles – their counterparts can be found among the 3.500 colleges and universities in the United States.“ ¹³⁰

Das hier beschriebene Zusammenspiel von Landschaft und Architektur als einem bestimmenden Faktor der Universitätsplanung und -gestaltung hatte in der deutschen Universitätsgeschichte bis dato kaum oder lediglich eine untergeordnete Rolle gespielt. ¹³¹ Neben Bochum sollten sich auch die frühen deutschen Campus-Universitäten in Regensburg und Konstanz diesem Prinzip verpflichtet fühlen. ¹³²

¹²⁸ Franken: Bauidee und Gestalt der neuen Universität in Bochum, S.53.

¹²⁹ Vgl. Hallauer: Die Ruhruniversität Bochum, S.83: „Noch ein letzter, aber bedeutender Einfluß aus der Lage der Universität in der Region ist für die Planung zu untersuchen: ihre Beziehung zur Stadt und zur Landschaft. Das Gelände ist 526 ha groß, größer als jedes deutsche Hochschulgelände. [...] Vom Stadtzentrum, der sogenannten City, liegt es 5 km entfernt. Diese Zwischenzone ist auf weiten Bereichen nicht bebaut oder gar besiedelt. Jedenfalls hat das Universitätsgelände keinen Anschluß an eine städtische oder gar großstädtische Bebauung.“ Vgl. hierzu ferner Fritz Heinemann/Gerhard Petschelt: Die Stadt Bochum und die Ruhr Universität, in: Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum, S.57–62; Alexandra von Cube: Die Ruhruniversität Bochum.

¹³⁰ Zur Bedeutung der Landschaft im amerikanischen Universitätsbau vgl. Dober: Campus Design, S.28–31, Zitat S.31.

¹³¹ Vgl. Konrad Rückbrod: Die Geschichte der Universität mit Hinblick auf die bauliche Form, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Planung wissenschaftlicher Hochschulen, S.12–14; August Nitschke: Universität im Altertum, im Mittelalter und im industriellen Zeitalter, in: ebd., S.8–11, hier besonders S.11; Rückbrod: Universität und Kollegium, S.37. Vgl. hierzu auch die Entwicklung der deutschen Hochschularchitektur von Prag bis Bochum in Bildern und Photographien bei Müller: Geschichte der Universität, S.209–276.

¹³² Vgl. Muthesius: The Postwar University, S.231–234 (Regensburg) und S.234–242 (Konstanz).

Blicken wir im folgenden zunächst auf den Regensburger Fall: Trotz bis in das 15. Jahrhundert zurückreichender und unmittelbar nach 1945 erneut intensiver Bestrebungen zur Gründung einer Universität in der altehrwürdigen oberpfälzischen Bischofsstadt fiel der endgültige Beschluß zur Errichtung einer vierten bayerischen Landesuniversität in Regensburg erst am 18. Juli 1962.¹³³ Diesem unmittelbar vorausgegangen waren die *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen* (1960), die sich für eine Hochschulneugründung im Großraum München zur Entlastung der dortigen Universität, der damals größten in der Bundesrepublik, und Technischen Hochschule ausgesprochen hatten.¹³⁴

Im Unterschied zur Bochumer Denkschrift finden sich weder im *Memorandum zu Fragen des Aufbaues und der Struktur der Universität Regensburg* des Organisationsausschusses vom 10. Juni 1963 noch in den *Empfehlungen des Strukturbeirates für die Universität Regensburg* aus dem Jahre 1966/67 konkrete Angaben über die vorgesehene bzw. gewünschte äußere Gestalt der Neugründung.¹³⁵ Überhaupt zeigte man sich in Bayern, im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen, gegenüber Neuerungen im Sinne einer grundlegenden Hochschulreform zunächst wenig aufgeschlossen. Dies galt, wie Carl-Christian Kaiser am 27. Dezember 1962 in der „Stuttgarter Zeitung“ zu berichten wußte, sowohl für die innere Struktur als auch die architektonische Gesamtkonzeption der Regensburger Neugründung:

„Bayerns Uhren gehen anders, nicht zuletzt in der Kulturpolitik. Der Zeiger springt oft nur zögernd weiter. [...]. Was schließlich Reformabsichten anbetrifft, so heißt es in der offiziellen Mitteilung über eine der Sitzungen des Gründungsausschusses ebenso lakonisch wie ablehnend, die Beratungen hätten bisher eine geringe Neigung erkennen lassen, von der

¹³³ Zur Planungs- und Baugeschichte der Universität Regensburg vgl. Das Raumprogramm für das Forum der Universität Regensburg, in: DUZ/HD 2 (1969), S. 14; Linde: Hochschulplanung, Bd. 4, S. 179–181; Universitätsbauamt Regensburg (Hg.): Geplant, gebaut. Universität Regensburg 1977. Pläne, Daten, Fotos, Texte des Universitätsbauamtes, Selbstverlag 1977; Hubert Raupach: Universität Regensburg, in: ders./Reimann: Hochschulreform durch Neugründungen?, S. 301–383; Höller/Höller: Vom langgehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität, S. 541f.; Muthesius: The Postwar University, S. 231–234; Universität Regensburg (Hg.): Ein Campus für Regensburg. Konzeption, Architektur, Kunst. 40 Jahre Universität Regensburg 1967–2007, Konzeption und Redaktion Mathias Listl und Stefan Paulus, Regensburg 2007.

¹³⁴ Es sei darauf hingewiesen, daß sich die Bayerische Rektorenkonferenz noch im Oktober 1961 dezidiert gegen die Gründung einer vierten Landesuniversität aussprach. Vgl. hierzu BayHStA, MK 68586, Schreiben des Rektors der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (als federführender der bayerischen Rektoren) an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus vom 18. 10. 1961: „Hochverehrter Herr Staatsminister! Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrage der Bayerischen Rektorenkonferenz noch einmal die Bedenken dieses Gremiums zu unterbreiten, die gegen die Errichtung weiterer Hochschulen im bayerischen Raum zum jetzigen Zeitpunkt bestehen. Wir sind der Meinung, daß – wie wir das bereits früher zum Ausdruck gebracht haben – die auf jeden Fall sehr kostspielige Einrichtung neuer Hochschulen hinter dem völligen Ausbau der bestehenden Institutionen zurücktreten sollte. [...] gez. G. Knetsch (Prorektor).“

¹³⁵ Vgl. Memorandum zu Fragen des Aufbaues und der Struktur der Universität Regensburg. Gutachten des Organisationsausschusses für die Universität Regensburg (10. 6. 1963), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 685–707; Empfehlungen des Strukturbeirates für die Universität Regensburg, in: ebd., S. 708–726.

traditionellen Fakultätsgliederung – etwa, wie in Bochum, zugunsten kleinerer Abteilungen – abzugehen. In Regensburg wird eine Universität mit herkömmlicher Gestalt entstehen. [...] Baugebiete mit dem vom Wissenschaftsrat für eine Hochschulgründung verlangten Umfang von mindestens 150 Hektar steht am Stadtrand zur Verfügung. Von der Möglichkeit, darauf einen ‚Campus‘, eine geschlossene Universitäts-siedlung anzulegen, wie in Bremen und Bochum geplant ist, zeigt sich [Rudolf] Schlichtinger [der damalige Regensburger Oberbürgermeister, S. P.] jedoch kaum angetan.“¹³⁶

Tatsächlich sollte die Regensburger Neugründung nach dem Willen des unter Vorsitz von Kultusminister Theodor Maunz stehenden Organisationsausschusses weniger als dezidierte Reformuniversität fungieren, sondern in erster Linie „für die überfüllte Universität München eine Entlastung bringen“.¹³⁷ Bei genauerer Lektüre zeigen sich jedoch auch im Regensburger Memorandum einige wichtige reformpolitische Ansätze.¹³⁸ So räumte der Organisationsausschuß, obgleich für die neue Universität prinzipiell eine traditionelle Fakultätsgliederung vorgesehen war, die Option ein, daß sich bei Bedarf unterhalb der Fakultätsebenen „die einzelnen Fächergruppen (z.B. die Lehrstühle und Institute für Physik oder Chemie) zu Abteilungen bzw. Departments zusammenschließen“.¹³⁹ Wenigstens in einem fakultativen Sinne entsprach das Memorandum mit dieser Lösung einer damals zentralen Reformforderung. Dennoch: nicht alle Mitglieder des Organisationsausschusses waren mit diesem als halbherzig empfundenen Ansatz zufrieden. Laut einem am 3. Oktober 1963 in der Münchner „Abendzeitung“ erschienenen Artikel kritisierte vor allem die FDP-Bildungspolitikerin Hildegard Hamm-Brücher das Regensburger Strukturkonzept mit Blick auf die bereits für Bremen und Bochum entwickelten Lösungen als vollkommen rückständig:

„Die FDP vergleicht die vorliegende Regensburger Konzeption mit den Konzeptionen der beiden anderen in der Bundesrepublik neu zu errichtenden Universitäten in Bremen und Bochum, die auf den Reformplänen des Wissenschaftsrates fußen. Diese reißen die ‚trennenden Grenzmauern‘ zwischen den Disziplinen und Fakultäten nieder, um durch eine moderne Art, nämlich mit einer Gliederung in Abteilungen, dem heutigen Stand von Lehre und Forschung Rechnung zu tragen.“¹⁴⁰

Die Reaktion auf diese Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Ein Woche später wurde das für Regensburg vorgesehene Strukturmodell in der „Bayerischen Staats-

¹³⁶ Carl-Christian Kaiser: Regensburg konkurriert mit München. Rundreise zu den neuen Universitätsprojekten (IV), in: Stuttgarter Zeitung vom 27.12.1962.

¹³⁷ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 689. Zur primären Entlastungsfunktion vgl. zudem Raupach: Universität Regensburg, S. 315–318.

¹³⁸ Vgl. hierzu grundlegend Wolfgang E. J. Weber: Gründung im Zeichen bayerischer und westlicher „Modernisierung“: Zur Entstehungsgeschichte der Universität Regensburg, in: Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg, S. 13–24.

¹³⁹ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 699: „Der Ausschuß hat bei der Entscheidung der Frage, wie die Universität Regensburg gegliedert werden soll, eingehend geprüft, ob entsprechend den in jüngster Zeit gegebenen Anregungen anstelle der Fakultätsgliederung eine Aufspaltung in kleinere Teilbereiche vorgesehen werden soll. [...] Im übrigen wurde in der Diskussion von den Fachvertretern überwiegend die Meinung vertreten, daß sich für den Bereich ihrer Wissenschaften die Zusammenfassung in Fakultäten als vorteilhaft erwiesen habe und deshalb beizubehalten sei.“

¹⁴⁰ Marianne Heydecker: Universität, Modell 1850. Die FDP bemängelt konservative Planung der Hochschule Regensburg, in: Abendzeitung vom 3.10.1963.

zeitung“ als besonders innovativ und wegweisend angepriesen: „Damit wird ein Weg gewiesen, wie die Vorteile der Fakultäten mit den Vorzügen des Department-Systems – unter diesem leider zum Schlagwort gewordenen Begriff verbirgt sich schließlich kein Allheilmittel für die kranke Universität – zu verbinden wären.“¹⁴¹

In denjenigen Abschnitten des Memorandums, welche die künftige architektonische Konzeption der Universität zumindest kurz behandeln, regte der Organisationsausschuß – durchaus im Sinne Rothes – eine Zentralisierung der einzelnen universitären Einrichtungen an. Gleiches galt für den strukturellen Aufbau und die Organisation der Regensburger Universitätsbibliothek.¹⁴² Konkretere Vorstellungen im Hinblick auf eine Campusanlage, wie sie für Bremen und Bochum entwickelt worden waren, blieben jedoch aus. Ein Gesamtplan für das künftige Universitätsgelände könne, wie diesbezüglich betont wurde, erst nach der Ermittlung des genauen Raumbedarfs und der anschließenden Erstellung eines Raumprogramms in Angriff genommen werden.¹⁴³

Wichtige Weichenstellungen für das Regensburger Universitätsprojekt brachte das Jahr 1964. Im Januar hatte das Universitätsbauamt seine Arbeit aufgenommen und kurze Zeit später fiel die Entscheidung für das heutige Stammgelände südlich der Altstadt. Im Sommer des gleichen Jahres folgte die Bestellung des damaligen Rektors der Universität Erlangen-Nürnberg, des Historikers Götz Freiherr von Pölnitz, zum Gründungsrektor sowie die Ernennung des Leiters der Würzburger Universitätsbibliothek, Max Pauer, zum ersten Regensburger Bibliotheksdirektor.¹⁴⁴ Während sich Pauer ganz dezidiert an die von Rothe u. a. nach amerikanischem Vorbild entwickelte Konzeption einer zentralen Universitätsbibliothek anlehnte, stieß die Idee eines Campus im amerikanischen Sinne bei Pölnitz auf Ablehnung.¹⁴⁵ Kurz nach seiner Berufung zum Gründungsrektor hatte sich dieser in einem Gespräch mit dem Regensburger „Tages-Anzeiger“ zur künftigen Gestalt der Universität geäußert. „Keine Campus-Universität amerikanischen Stils, aber eine großzügige Anlage“, so umriß der Rektor „die stadtnahe Planung von 120 bis 150 Hektar ohne Kliniken und mit Vorbehaltsflächen für die fernere Zukunft mit weiteren 60 Hektar.“¹⁴⁶ Aus der Tatsache, daß der eben erst eingesetzte Gründungsrektor ein Verfechter vermeintlich bewährter Universitätstraditionen war, machte dieser keinerlei Geheimnis. „Seine Vorstellungen von der Struktur der neuen Universität“, so berichtete der „Münchener Merkur“ vom 13. August 1964, „kleidete v. Pölnitz in die kurzen Worte: ‚Draußen vor den Toren der Stadt eine moderne Universität, ohne Pseudoamerikanismen [!], seriös modern – hier drinnen in der Altstadt

¹⁴¹ Für Regensburg eine neue Universität. Das Memorandum des Organisationsausschusses enthält viele fruchtbare Ansätze zur Hochschulreform, in: Bayerische Staatszeitung vom 11. 10. 1963.

¹⁴² Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 702–704.

¹⁴³ Ebd., S. 704.

¹⁴⁴ Raupach: Universität Regensburg, S. 302f.; Höller/Höller: Vom langgehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität, S. 539.

¹⁴⁵ Zur Konzeption der Universitätsbibliothek Regensburg vgl. Pauer: Das Bibliothekssystem der Universität Regensburg, S. 106–130.

¹⁴⁶ Der Gründungsrektor will eine moderne Universität, in: Tages-Anzeiger, Nr. 173, vom 23. 7. 1964.

eine historische Atmosphäre, wie sie für eine neue Universität nicht dichter sein könnte“.¹⁴⁷

Götz von Pölnitz sollte der Regensburger Neugründung jedoch nicht mehr lange vorstehen. Bereits einen Tag nach der offiziellen Grundsteinlegung am 20. November 1965 trat er wegen zunehmender Kritik an ideologisch fragwürdigen Inhalten einiger seiner während des Dritten Reiches veröffentlichten Schriften, aber auch wegen seiner mangelnden Reformbereitschaft zurück.¹⁴⁸

Entgegen dem ersten Anschein und mancher Befürchtungen kamen in der Folgezeit dennoch einige wichtige Reformaspekte in Regensburg zum Tragen. So empfahl der 1962 unter Leitung des Münchner Zoologen Hansjochem Autrum zusammengetretene Strukturbeirat in seinem 1966/67 vorgelegten Gutachten eine Fachbereichsgliederung unterhalb der Fakultätsebene (5 Fakultäten mit insgesamt 13 Fachbereichen).¹⁴⁹ Schließlich konnte das bayerische Kultusministerium in einer einen Tag vor der am 11. November 1967 erfolgten feierlichen Eröffnung der Universität Regensburg herausgegebenen Presseverlautbarung auf die in Regensburg umgesetzten Neuerungen hinweisen:

„Die Reformen kommen u. a. darin zum Ausdruck, daß die Institutsverfassung alter Art und ihre Hierarchie durch eine Art ‚Departmentsystem‘, das in Regensburg Fachbereich heißt, ersetzt wird, in dem die Lehrstühle kooperativ einen großen Teil der bisherigen Arbeiten der traditionellen Fakultäten wahrnehmen; [...]. Ein neuartiges Bibliothekssystem wird an die Stelle der herkömmlichen Zweiteilung an den Universitäten in zwei unabhängig voneinander arbeitende bibliothekarische Bereiche (Universitätsbibliothek und Vielzahl der Seminar- und Institutsbibliotheken) treten: Alle bibliothekarischen Einrichtungen sind in Regensburg koordiniert und verwaltungsmäßig in der Universitätsbibliothek integriert.“¹⁵⁰

Damit waren auch an der ersten bayerischen Nachkriegsgründung wenigstens zwei zentrale Reformforderungen verwirklicht worden, die beide – wie oben eingehend dargelegt werden konnten – das Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung mit dem strukturellen Aufbau amerikanischer Universitäten und Hochschulbibliotheken bildeten.¹⁵¹

Auch hinsichtlich der Gesamtplanung der Universität Regensburg zeichnete sich eine Anlehnung an das nach amerikanischen Vorbildern zunächst für Bremen theoretisch entwickelte und in modifizierter Form in Bochum erstmals praktisch angewandte Campus-Modell Hans Werner Rothes ab, allerdings in einer konzep-

¹⁴⁷ Mit der Uni geht es voran. Gründungsrektor Freiherr von Pölnitz besucht seine neue Wirkungsstätte, in: Münchner Merkur vom 13. 8. 1964.

¹⁴⁸ Höller/Höller: Vom langegehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität, S. 540.

¹⁴⁹ Vgl. Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 708–726, besonders S. 718f. Siehe in diesem Zusammenhang auch Hansjochem Autrum: Zur Planung der Universität Regensburg, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 11 (1966), S. 67–69. Heute bestehen an der Universität insgesamt 12 Fakultäten ohne Fachbereichsgliederung, vgl. hierzu Höller/Höller: Vom langegehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität, S. 547f.

¹⁵⁰ BayHStA, MK 72698, Nachrichten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 10. 11. 1967, S. 1f., hier S. 2 (Zitat).

¹⁵¹ Vgl. hierzu Kapitel VII.2. und VIII.

tionell wie architektonisch durchaus eigenständigen Form.¹⁵² Bereits im März 1963 hatte in Regensburg ein sogenanntes Universitätsgespräch stattgefunden, in dem neben Vertretern aus den USA, England, Frankreich und der Schweiz, die jeweils über die Neugründungspläne und -entwicklungen in ihren Heimatländern informierten, auch Wenke und Rothe ihre Neugründungsvorstellungen erläuterten hatten.¹⁵³ Dabei war von Rothe nochmals auf die Bedeutung des von ihm für Bremen paradigmatisch entwickelten Campus-Konzepts hingewiesen worden.¹⁵⁴ Dies zeitigte Wirkung, wie die weitere Regensburger Planungs- und Baugeschichte zeigt. Ähnlich wie an der Ruhr-Universität Bochum sollte auch in Regensburg ein Forum, umringt von der Universitätsbibliothek, dem Audimax, der Mensa, einem Studententheater und dem Rektoratsgebäude, das eigentliche Universitätszentrum, an das sich die einzelnen Fakultäten bzw. Fachbereiche in nördlicher und südlicher Richtung anschließen, geschaffen werden.¹⁵⁵ Im Gegensatz zu Bochum war jedoch keine homogene, von einem federführenden Architekturbüro entworfene Gesamtplanung aus einem Guß vorgesehen, sondern die organische Gruppierung der in ihrer jeweiligen architektonischen Gestalt (und Qualität) durchaus verschiedenartigen Gebäudekomplexe um den Forumsplatz.¹⁵⁶ Damit weist der Regensburger Campus zwar kein vergleichbar einheitliches Gesamtbild wie Bochum (oder Bielefeld) auf, eine derartige Vorgehensweise bot aber weitaus flexiblere Wachstumsmöglichkeiten.¹⁵⁷ Die grundlegenden Gemeinsamkeiten und Un-

¹⁵² Vgl. Paulus: „Zwischen konzentrierter Stille und Weltoffenheit, S. 46–51.

¹⁵³ Vgl. die einzelnen Diskussionsbeiträge in BayHStA, MK 72685, Universitätsgespräch in Regensburg am 23. und 24. 3. 1963.

¹⁵⁴ Hans Werner Rothe: Die Situation des Universitätsplanes in Bremen, in: ebd., S. 18f.

¹⁵⁵ Vgl. hierzu BayHStA, MK 72701, Niederschrift über die 78. Sitzung des Bayerischen Landesbaukunstausschusses vom 17. 12. 1964, S. 7; Das Raumprogramm für das Forum der Universität Regensburg, in: DUZ/HD 2 (1969), S. 14; Universitätsbauamt Regensburg: Geplant, gebaut; Höller/Höller: Vom langgehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität, S. 541f.; Muthesius: The Postwar University, S. 233, Abb. 4.14 (Gesamtplan der Universität Regensburg) und Abb. 4.15 (Blick auf das Forum der Universität Regensburg). Daß das Regensburger Forum, ähnlich wie die Zentren amerikanischer Campus-Universitäten, auch außerhalb des regulären Universitätsbetriebs mit Leben erfüllt werden sollte, geht aus einem Sitzungsprotokoll der Baukommission vom 28. 11. 1968 hervor. Siehe hierzu BayHStA, MK 72702, Ergebnisniederschrift über die 18. Sitzung der Baukommission der Universität Regensburg vom 25. 10. 1968, S. 4f.: „Nach den Ausführungen [...] soll versucht werden, das Forum als eine bis in die Abendstunden belebte Zone zu gestalten. Dazu sollen die Einrichtung eines Filmvorführungsraumes, eines Cafés und mehrerer Geschäfte beitragen. [...] Der Kanzler macht darauf aufmerksam, daß die Geschäfte voraussichtlich nicht nur von Universitätsangehörigen, sondern auch von den Bewohnern der benachbarten Viertel aufgesucht würden und im übrigen bei sämtlichen Universitätsneugründungen die Einrichtung von Läden vorgesehen würde.“

¹⁵⁶ Siehe den Plan der Universität Regensburg bei Muthesius: The Postwar University, S. 233, Abb. 4.14.

¹⁵⁷ Zur baulichen Ausgestaltung der Regensburger Universität vgl. grundlegend Mathias Listl: Die architektonische Gestaltung der Universität Regensburg im Überblick, in: Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg, S. 55–66; Hans-Christoph Dittscheid: Treppen und Brücken zur Intelligenz. Die Regensburger Universitätsgebäude zwischen Tradition und Avantgarde, in: ebd., S. 67–98.

terschiede der beiden Planungskonzepte hat Stefan Muthesius in seinem Standardwerk wie folgt zusammengefaßt:

„Like Bochum, Regensburg prided itself on a seamless cooperation between academic matters, planning and design. The basic formal concept of the plan was similar, too: around a communication center, with ample parking underneath, the four wings of the major subject areas are spread out, within a ten minutes walking distance from end to end, i.e. about half the size of Bochum overall. But the Regensburg concept had something new, something that had begun to develop during 1962–65, something that Bochum had just missed, or chosen to ignore, a much greater degree of overall flexibility.“¹⁵⁸

Auch das von Rothe mit Blick auf die Gestaltung amerikanischer Campusanlagen angemahnte und in Bochum von Beginn an in die Gesamtplanung einkalkulierte Zusammenspiel von Landschaft, Topographie und Architektur wurde in Regensburg berücksichtigt. Hier war es vor allem die gezielt in die Forumsplanung einbezogene Blickachse zur lediglich 1,5 km entfernten Altstadt und den dort markant aus dem mittelalterlichen Häusermeer emporragenden Doppeltürmen des gotischen Domes, die eine enge Verbindung zwischen Universität und Kommune herstellt.¹⁵⁹ „Finally“, so Muthesius hierzu,

„the utmost care was spent in the designs of central spaces. As at Bochum, the gently sloping site is used to create a pedestrian space above a parking undercroft. The main access is from below, leading upwards via somewhat ceremonial sets of open stairs to the campus centre, which is bordered by the usual main buildings. The contrast with Bochum could not be more striking. There we found an overpoweringly vast plaza surface, symmetrical, lined with monolithic buildings within a wide, panoramic landscape: here the impression is one intimacy, buildings are asymmetrical, interlinked, gently changing their height, framing views into the surrounding green areas.“¹⁶⁰

Noch deutlicher zeigt sich die Anlehnung an das Vorbild amerikanischer Campus-Universitäten im Fall der baden-württembergischen Neugründung Konstanz. Die Initiative zur Errichtung einer Universität am Südufer des Bodensees ging auf eine Initiative des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger aus dem Jahre 1959 zurück.¹⁶¹ Noch vor dem Erscheinen der *Emp-*

¹⁵⁸ Muthesius: *The Postwar University*, S.232.

¹⁵⁹ Zur Gestaltung des Universitätsgeländes vgl. Andreas Bresinsky: *Führer durch den Botanischen Garten und die Außenanlagen der Universität Regensburg*, Regensburg 1990; *Rund um die Kugel. Ein Wegweiser zu den Kunstwerken an der Universität Regensburg*, hg. von der Gruppe „Attraktion“, Regensburg 1992; Höller/Höller: *Vom langgehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität*, S.565–569. Zur Beziehung Stadt und Universität vgl. Wolfgang Schöller: *Universität und Altstadt – Ein Rückblick*, in: *Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg*, S.25–36.

¹⁶⁰ Muthesius: *The Postwar University*, S.232f.

¹⁶¹ Zur Gründungsgeschichte der Universität Konstanz vgl. Verlauf und Wortlaut der Debatte, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 1 (1963), S.7–26; Konstanz – ein Modell der Hochschul- und Studienreform, in: *DUZ* 9 (1966), S.29f.; Zur Universität Konstanz. Stellungnahme des Kultusministeriums, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 11 (1966), S.14–55; Ralf Dahrendorf: *Über die Universität Konstanz*, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 13 (1966), S.5–14; Hans Aebli: *Die Reformuniversität Konstanz*, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 14 (1967), S.18–31; Gerhard Hess und die Entwicklung der Universität Konstanz. Eine Festgabe zum 13.4.1967, Konstanz 1967; *Neue Hochschulen in Deutschland*, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 22

fehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen hatte Kiesinger die Ansicht vertreten, daß allein eine komplette Neugründung in der Lage sei, die seit Kriegsende immer wieder diskutierten Reformideen endlich erfolgreich in die Praxis umzusetzen.¹⁶² Wie ihre bayerischen Kollegen kurze Zeit später im Fall Regensburgs¹⁶³ zeigten sich auch die baden-württembergischen Universitätsrektoren vom Vorstoß Kiesingers wenig begeistert und forderten statt dessen den weiteren Ausbau der bestehenden Hochschulen. Vor allem der geplante Standort in Konstanz stieß wegen seiner peripheren Lage auf Unverständnis.¹⁶⁴

Trotz dieser anfänglichen Vorbehalte und Widerstände konnte dem Landtag am 16. April 1963 eine *Denkschrift der Regierung über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg* vorgelegt werden.¹⁶⁵ Deutlich spiegelt diese in Kernpunkten den Einfluß der bereits im Januar 1961 von Kiesinger angeforderten Bremer Denkschrift wider. Ganz in deren Sinne hieß es beispielsweise zur zentralen Rolle künftiger Hochschulbibliotheken: „Die Universitätsbibliothek sollte Mittelpunkt der neuen Hochschule werden.“¹⁶⁶ Auch die Ausführungen zum Verhältnis von Lehrenden und Lernenden verweisen auf das Bremer-Konzept. So sollte es das mit einer Neugründung verbundene Ziel sein, die bestehende Studiengemeinschaft in eine „Art Lebensgemeinschaft“ umzuwandeln, wobei der architektonischen Gesamtkonzeption eine wichtige Schlüssel-funktion zufalle: „Eine solche [Lebensgemeinschaft, S. P.] könnte sich im Laufe der Zeit herausbilden, wenn die räumliche und architektonische Gestalt der neuen Universität nicht nur für das wissenschaftliche Arbeiten, sondern auch für das Wohnen Gelegenheit geben würde.“¹⁶⁷ Das diesem Ansatz zugrunde liegende Vorbild war eindeutig: „Englische, insbesondere amerikanische Universitäten haben aus der dort häufigen Anordnung der Universität in der Art eines eigenen, reizvoll und locker gebauten Gemeinwesens höchst bemerkenswerte Wirkungen pädagogischer Art gewonnen.“¹⁶⁸ In gewisser Weise stellvertretend für die Campus-Konzeptionen aller damals in Planung oder schon im Bau befindlichen Neugründungen betonte die baden-württembergische Denkschrift die Chancen, aber auch Grenzen einer Anlehnung an das amerikanische Campus-Modell:

(1969), S. 18f.; Gerhard Hess: Die Gründung der Universität Konstanz. Wissenschafts- und hochschulpolitische Voraussetzungen einer Reformhochschule, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 50/51 (1976), S. 7–13; Ralf Dahrendorf: Konstanz, der „süße Anachronismus“. Eine persönliche Notiz zum 10. Geburtstag der Universität Konstanz, in: ebd., S. 14–35; Klaus Oettinger/Helmut Weidhase (Hg.): Eine feste Burg der Wissenschaft. Neue Universität in einer alten Stadt. Konstanz am Bodensee, Konstanz 1985.

¹⁶² Vgl. die entsprechenden Ausführungen in Kapitel IX.1.

¹⁶³ Vgl. BayHStA, MK 68586, Schreiben des Rektors der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (als federführender der bayerischen Rektoren) an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus vom 18. 10. 1961.

¹⁶⁴ Vgl. Gegen eine Konstanzer Universität. Stellungnahme der baden-württembergischen Rektorenkonferenz, in: Mannheimer Morgen vom 5. 11. 1959.

¹⁶⁵ Denkschrift der Regierung über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg, Einleitung und Teil I, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 2 (1963), S. 9–21.

¹⁶⁶ Ebd., S. 16.

¹⁶⁷ Ebd., S. 20.

¹⁶⁸ Ebd.

„Es wäre sicherlich falsch, die amerikanische Campus-Universität und das System der colleges zum verbindlichen Leitbild zu nehmen – ganz abgesehen davon, daß die Variationen dieses Typs im anglo-amerikanischen Bereich zahlreich sind und weit auseinandergehen. Da aber [...] eine Neugründung höchstwahrscheinlich ganz von selbst den Zwang von Neubauten sowohl für Professoren als auch für Studenten mit sich bringen dürfte, sollte man der räumlich-architektonischen Planung die Möglichkeit eines neuen akademischen Lebensstils zugrunde legen.“¹⁶⁹

Auf Basis dieses Regierungsmemorandums beschloß der Stuttgarter Landtag am 27. Februar 1964 die Gründung einer Universität in Konstanz. Kurze Zeit später wurde zur Ausarbeitung eines Strukturplans für die neue Universität von der Landesregierung ein Gründungsausschuß berufen, der erstmals am 21. März 1964 zusammentrat.¹⁷⁰ Blickt man auf die Zusammensetzung dieses Gremiums, dann werden auch die engen personellen Verflechtungen im Rahmen der damaligen Neugründungsprojekte erkennbar. Neben ausgewiesenen reformorientierten Persönlichkeiten wie dem Tübinger Soziologen Ralf Dahrendorf und dem Erlanger Politikwissenschaftler Waldemar Besson waren auch der künftige Vorsitzende des Strukturbeirates für die Universität Regensburg (ab 1965), der Münchner Zoologe Hansjochem Autrum, sowie der damalige Präsident des Wissenschaftsrates, der Tübinger Jurist Ludwig Raiser, Mitglieder des unter dem Vorsitz des späteren ersten Rektors der Universität Konstanz, des Romanisten Gerhard Hess, beratenden Ausschusses. Als ständige Gäste fungierten ferner die Vorsitzenden der Gründungsausschüsse für Bochum und Ulm, Hans Wenke und Ludwig Heilmeyer, sowie der damalige Vorsitzende der baden-württembergischen Rektorenkonferenz, der Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg.¹⁷¹

Der im Juni 1965 schließlich vorgelegte Bericht des Gründungsausschusses stellt ein eindrucksvolles Dokument damaliger Reformbestrebungen dar, stand hier doch nicht die Errichtung einer Volluniversität mit Entlastungsfunktion und einem mehr oder weniger stark ausgeprägten Reformanspruch – vergleichbar mit den Neugründungen in Bochum und Regensburg – im Vordergrund, sondern die Gründung einer ursprünglich auf maximal 3000 Studenten und rund 100 Lehrstühle begrenzten dezidierten „Forschungs-Universität“ mit reduziertem Fächerspektrum.¹⁷² Dieses Ziel, in Konstanz eine „Universität neuen Gepräges“ zu errichten, beruhte nach Ansicht des Gründungsausschusses auf der schlichten Erkenntnis, daß die deutsche Universität in ihrer bestehenden Form dem von Wilhelm von Humboldt mit der Gründung der Berliner Universität 1810 konzipierten Gedanken von der Einheit von Forschung und Lehre nicht mehr gerecht werde. Bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, also mit der Verlagerung speziell der ingenieur- und naturwissenschaftlichen Forschung in die neu entstan-

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Vgl. Die Universität Konstanz. Bericht des Gründungsausschusses, vorgelegt im Juni 1965, in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 570f.; Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 8–24.

¹⁷¹ Vgl. die Namensliste der festen Mitglieder und ständigen Gäste des Konstanzer Gründungsausschusses ebd., S. 571f.

¹⁷² Zum „Sondercharakter der Forschungshochschule“ Konstanz vgl. auch Dahrendorf: Konstanz, „der süße Anachronismus“, S. 15f.; Aebli: Die Reformuniversität Konstanz, S. 18–31; Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 19–24.

denen Technischen Hochschulen, hätten sich die Universitäten in wachsendem Maße zu reinen Ausbildungsanstalten zurückentwickelt.¹⁷³ Durch die stetig ansteigenden Studentenzahlen sei dieser Trend zusätzlich verstärkt worden. Gleichzeitig jedoch habe, wie der Konstanzer Gründungsausschuß betonte, die weltweite Bedeutung von Forschung und Wissenschaft – nicht zuletzt ausgehend von den USA – rapide zugenommen:

„In einem Zeitalter, in dem die wissenschaftliche Erkenntnis ungewöhnlich rasch fortschreitet, mehr als früher und ständig zunehmend den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mächten zur Orientierung dient und sich unverzüglich in Anwendung und Produktion umsetzt, droht die Universität [...] von der Forschung immer mehr abgezogen zu werden. [...] So ist es für die Universität eine Existenzfrage geworden, ob sie Formen finden kann, in denen die Wissenschaft als Forschung wieder in ihr Zentrum rückt und in denen zugleich die Wandlungen in der Methodik und im Gefüge der Wissenschaft zum Ausdruck kommen.“¹⁷⁴

Um der eingeforderten Stärkung des Forschungsgedankens gerecht zu werden, beschränkte sich die Universität Konstanz auf lediglich drei, jeweils in Fachbereiche untergliederte Fakultäten. Die Theologische, Juristische und Medizinische Fakultät entfielen vollständig. Neben der Naturwissenschaftlichen und Philosophischen Fakultät, in die die Theologie mit integriert war¹⁷⁵, stellte besonders der Zuschnitt der Sozialwissenschaftlichen Fakultät ein Novum in der Bundesrepublik dar. In Anlehnung an ein in den USA und England breiter gefaßtes Verständnis von Sozialwissenschaften sollten unter dem Dach dieser Fakultät modellhaft nicht nur die Soziologie, sondern auch Fächer wie Psychologie, Statistik, Politologie, Geographie ebenso wie die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften vereinigt werden.¹⁷⁶ So lautete die Definition des Gründungsausschusses: „Sozialwissenschaften im Sinne dieses Berichts sind vielmehr alle jene Disziplinen, die es vorwiegend mit den Wechselwirkungen von Mensch und Gesellschaft zu tun haben. In den Vereinigten Staaten bürgert sich für diese in zunehmendem Maße der Begriff ‚behavioral sciences‘ (‚Verhaltenswissenschaften‘) ein.“¹⁷⁷

Unterhalb und zwischen den Fakultäten sollten im Sinne des Departmentgedankens nach fachlichen Gesichtspunkten organisierte Fachbereiche (z.B. Geschichte, Soziologie, Biologie usw.) eng zusammenarbeiten, was – wie der Gründungsausschuß explizit betonte – entsprechende Folgen für die architektonische Gestalt der Hochschule haben mußte: „Unter Fachbereich ist der Zusammenschluß von gleichen und verwandten Disziplinen verstanden. Diese Verbindung hat in der räumlichen Ordnung der Universität ihr Äquivalent.“¹⁷⁸ Auch für die in kleinere Teilbibliotheken gegliederte Raumplanung der Universitätsbibliothek bedeutete dies eine unmittelbare architektonische Anbindung an die Fakultäten und

¹⁷³ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.573–577, Zitat S.575.

¹⁷⁴ Ebd., S.574f.

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S.590.

¹⁷⁶ Zur Auseinandersetzung um das Für und Wider einer eigenständigen Juristischen Fakultät vgl. Dahrendorf: Konstanz, „der süße Anachronismus“, S.21f.

¹⁷⁷ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.581.

¹⁷⁸ Ebd., S.599.

ihre Fachbereiche.¹⁷⁹ Damit nahm der ausgearbeitete Strukturplan die architektonische Gesamtkonzeption der Universität Konstanz bereits vorweg. Das hierbei angestrebte Ziel war es, eine wissenschaftliche *und* räumliche Geschlossenheit herzustellen. Auf diesen Zusammenhang hatte schon das baden-württembergische Finanzministerium in einer im Mai 1962 vorgelegten Stellungnahme zu den Neugründungsplänen der Landesregierung aufmerksam gemacht: „Die Gesetzmäßigkeit im inneren Entwicklungsprozeß einer Universität läßt sich im äußeren plastischen Erscheinungsbild nicht verleugnen.“¹⁸⁰

Ein Wachstum der Konstanzer Hochschule wurde im Bericht des Gründungsausschusses noch ausgeschlossen. Im Unterschied zu anderen Neugründungen sollte die (durchaus elitäre) Festlegung auf 3 000 Studenten auch in Zukunft beibehalten werden:

„Vorbereitung für wissenschaftliche Arbeit, wie sie hier verstanden wird, ist in allen Fakultäten die Bereitstellung der Zahl der Studenten entsprechender Arbeitsplätze. Hieraus ergeben sich auch Konsequenzen für die bauliche Gestaltung. Beliebige Erweiterungen verbieten sich, denn jede eingreifende Veränderung an einer Stelle, etwa bei der Studentenzahl, hätte Umgestaltungen am Ganzen zur Folge.“¹⁸¹

Andererseits wurde gerade wegen der relativ niedrigen Studentenzahl dem Leben und Wohnen auf dem künftigen Universitätsgelände im Bericht des Gründungsausschusses besondere Aufmerksamkeit beigemessen. Eine wichtige Rolle spielte hierbei der schon von Rothe in die Neugründungsdiskussion eingeführte Aspekt des „Gemeinschaftsgeistes“: „Die Konzeption der Universität läßt erwarten, daß sich hier die Studenten leichter als in überfüllten Hochschulen als Glieder einer geistigen Gemeinschaft verstehen werden.“¹⁸² In evidenter Anlehnung an angelsächsische Campus-Universitäten verwies der Gründungsausschuß daher auch auf die immense Bedeutung außerwissenschaftlicher Aktivitäten, denen im Rahmen der Gesamtplanung entsprochen werden müsse:

„Die Anlage der Universität Konstanz wird es räumlich und organisatorisch ermöglichen, die wissenschaftliche Arbeit der Studenten in den Gebäuden, die der Lehre und Forschung dienen, zu konzentrieren. Die Universität muß aber auch die Voraussetzungen schaffen, daß die Studenten für Betätigungen Gelegenheit finden, die nicht primär durch Wissenschaft geprägt sind, aber ebenfalls zur Universität, wie sie in Konstanz verstanden ist, in enger Beziehung stehen. Diesem Zwecke können Einrichtungen dienen, wie das zentrale Studentenhaus, in dem sich auch Mensa, Klubräume, Studentenbücherei etc. befinden und das im Kerngebiet der Universität liegt, Wohnheime mit Gemeinschaftsräumen und Klubhaus, Sportanlagen (insbesondere zur Pflege des Wassersports) und Räumlichkeiten für musische

¹⁷⁹ Zur Konstanzer Bibliothekskonzeption vgl. ferner Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 67–75.

¹⁸⁰ HStAS, EA 1/923, Aktenband 4106, Bd. I, Dokument 44/45, Stellungnahme des Finanzministeriums zum Bericht des Kultusministeriums über die Errichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen in Baden-Württemberg vom 28.5.1962, S.39. Vgl. hierzu auch: Zur Universität Konstanz. Stellungnahme des Kultusministeriums vom 28.1.1966, S.15: „Der äußere Aufbau muß im Zusammenhang stehen mit einer inneren Reform.“

¹⁸¹ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.615. Vgl. Zur Universität Konstanz. Stellungnahme des Kultusministeriums vom 28.1.1966, S.41f.

¹⁸² Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.617; Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S.38.

Betätigung. [...]. Es ist zu wünschen, daß sich auch viele Angehörige des Lehrkörpers an diesen Veranstaltungen beteiligen.“¹⁸³

In diesem Kontext war vorgesehen, etwa ein Drittel der Studenten (ca. 1000) in Wohnheimen auf dem Universitätsgelände unterzubringen, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft auch Wohnungen für Professoren und Dozenten errichtet werden sollten – ein weiterer Hinweis für den nicht zu unterschätzenden Einfluß der Rothe-Denkschrift auf die Konzeption der Universität Konstanz.¹⁸⁴

Zeitgemäße Amerikanisierungsspuren finden sich im Bericht des Konstanzer Gründungsausschusses, abgesehen von der bereits erläuterten Fachbereichsgliederung und dem Campus-Gedanken, auch hinsichtlich der für die Neugründung vorgesehenen Verwaltungsspitze. Obgleich die Bezeichnung „Rektor“ formal beibehalten wurde, wies der angedachte Zuschnitt des Konstanzer Rektorenamtes deutlich präsidiale Züge auf.¹⁸⁵ Es war das erklärte Ziel, der neuen Universität eine ebenso starke wie kontinuierliche Leitungsinstanz zu geben:

„Er [der Gründungsausschuß, S. P.] hat deshalb das Amt des Rektors gegenüber seiner bisherigen Gestalt stark verändert und seine Aufgaben und Zuständigkeiten entscheidend erweitert. [...] Er [der Rektor, S. P.] leitet die Verwaltung, in der alle der Universität vom Staat übertragenen und die aus der Selbstverwaltung erwachsenen Aufgaben einheitlich zusammengefaßt sind.“¹⁸⁶

In Anlehnung an das Amt amerikanischer Hochschulpräsidenten sollte dem Prinzip der Kontinuität durch die Ernennung des Rektors auf „unbestimmte Zeit (bis zur Erreichung der Altersgrenze)“ Rechnung getragen werden.¹⁸⁷ Obgleich für das Rektorenamt zumindest in den Anfangsjahren durchaus noch ein Mitglied des Lehrkörpers vorgesehen war, wurde die Zugehörigkeit zur Hochschullehrerschaft für die Zukunft explizit nicht mehr als Voraussetzung für das Rektorenamt angesehen: „Für eine spätere Zeit schließt der Gründungsausschuß die Möglichkeit nicht aus, daß zum Rektor auch berufen werden kann, wer, ohne Hochschullehrer zu sein, sich durch eine leitende Tätigkeit in Wirtschaft, Politik oder Verwaltung und durch ein enges persönliches Verhältnis zum wissenschaftlichen Leben ausgezeichnet hat.“¹⁸⁸ Auch diese Vorstellung entsprach der an amerikanischen Universitäten verbreiteten Gepflogenheit, das Amt des Hochschulpräsidenten mit einer Persönlichkeit aus dem außeruniversitären Leben zu besetzen.¹⁸⁹

Der eigentliche Planungsweg für den Konstanzer Campus begann im Herbst 1964 mit der Bildung einer fünfköpfigen Universitätsbauleitung.¹⁹⁰ Zunächst ging

¹⁸³ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 617f.

¹⁸⁴ Vgl. ebd., S. 618; Zur Universität Konstanz. Stellungnahme des Kultusministeriums vom 28.1.1966, S. 44–46; sowie zum studentischen Leben Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 90–101.

¹⁸⁵ Vgl. Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 60–66.

¹⁸⁶ Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 619.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd., S. 619f. Zur Frage des genauen Zuschnitts des Konstanzer Rektorenamtes vgl. auch Zur Universität Konstanz. Stellungnahme des Kultusministeriums vom 28.1.1966, S. 47.

¹⁸⁹ Vgl. Kapitel VII.1.

¹⁹⁰ Zu verschiedenen Aspekten der Planungs- und Baugeschichte der Universität Konstanz vgl. u. a. Horst Linde: Zur Planung der Universität Konstanz, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 11 (1966), S. 11–13; Wenzel Ritter von Mann: Die städtebauliche Ein-

es darum, die künftige Hochschule in den Stadt- und Landschaftsraum entsprechend einzuordnen. Der schließlich ausgewählte und äußerst exponierte Standort auf einem drei Kilometer vom Stadtkern entfernten und gegenüber der Insel Mainau leicht zum Bodensee hin abfallenden Höhenrücken, dem „Gießberg“, verdeutlicht erneut, welche entscheidende Rolle gerade bei den frühen Neugründungen dem direkten Bezug zur umgebenden Landschaft und Stadt im Sinne des amerikanischen Campus Planning beigemessen wurde. „Diese hervorragende Lage“, so hat es der damalige Leiter des Konstanzer Universitätsbauamtes, Wenzel Ritter von Mann, rückblickend formuliert, „ermöglicht ausgeprägte Bezüge zu den reichen Stadt und Bodenseelandschaft.“¹⁹¹ Doch scheint für die Wahl des Standorts neben der reizvollen Lage noch ein weiteres Motiv mitausschlaggebend gewesen zu sein, sollte doch in Konstanz gerade keine Entlastungs-, sondern eine Reformuniversität mit verstärktem Forschungsschwerpunkt entstehen. In einem Artikel unter dem Titel *Die Universität in der Landschaft* schrieb hierzu Theodor Diez, der von 1971 bis 1972 für die Universität Konstanz zuständige Landesbeauftragte, in den „Konstanzer Blättern für Hochschulfragen“: „Die durch den See geschaffene Isolierung erweist sich als Vorteil für eine Reformuniversität. Sie ist nicht so sehr dem Druck der Studienbewerber aus der unmittelbaren Umgebung ausgesetzt wie andere Universitäten.“¹⁹² Mit anderen Worten: die vermeintlich periphere, wenn auch landschaftlich attraktive Lage entsprach dem mit der Konstanzer Neugründung bewußt intendierten elitären Anspruch.¹⁹³

Zum Sommersemester 1966 nahm die Universität Konstanz ihre Arbeit zunächst im „Insel-Hotel“, einem umgebauten ehemaligen Dominikanerkloster, provisorisch auf.¹⁹⁴ Nach der offiziellen Grundsteinlegung am 21. Juni 1966 folgte ab Wintersemester 1967/68 die vorläufige Unterbringung in einem ersten Allzweckneubau am Rande des Universitätsgeländes, der sogenannten Vorstufe Sonnenbühl. Im Laufe des Jahres 1967 begann schließlich die Gesamtplanung für den eigentlichen Campus auf dem Gießberg.¹⁹⁵ Als Grundlage diente dem Universitätsbauamt der Bericht des Gründungsausschusses von 1965, dessen Strukturempfehlungen tatsächlich auch die architektonische Gestalt der künftigen Universität

gliederung der Universität Konstanz, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 14 (1967), S. 15f.; Franz Georg Maier: Bauplanung einer neuen Universität, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 29 (1970), S. 9–11; Wenzel Ritter von Mann: Planungsbericht 1970 des Universitätsbauamtes, in: ebd., S. 12–64; Theopont Diez: Die Universität in der Landschaft, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 50/51 (1976), S. 25–28; Ulrich Leitner: Stadt und Universität, in: ebd., S. 29–35; Wenzel Ritter von Mann: Universität Konstanz, in: Festschrift für Horst Linde, Tübingen 1977, S. 135–150; Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 40–49; Muthesius: The Postwar University, S. 234–242.

¹⁹¹ Mann: Universität Konstanz, S. 137.

¹⁹² Diez: Die Universität in der Landschaft, S. 25.

¹⁹³ Zum Aspekt Universität und Region vgl. Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 102f.

¹⁹⁴ Zu den Eröffnungsfeierlichkeiten vgl. Konstanz – ein Modell der Hochschul- und Studienreform, S. 29.

¹⁹⁵ Zur Bau- und Entwicklungsgeschichte vgl. Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 40–50.

beeinflusst hatten.¹⁹⁶ „Ziel aller Bemühungen bei der Gründung der neuen Universität“, so Ritter von Mann über den Zusammenhang von Binnenstruktur und Architektur,

„ist die Steigerung der Effizienz von Forschung und Lehre. [...]. An Stelle der überlebten Institutsstruktur der bestehenden Hochschulen tritt die Gliederung in Fachbereiche. Die Ordnung nach Fachbereichen, verbunden mit zentralen Einrichtungen, bietet die Voraussetzung für die angestrebte Koordination und Kooperation. Als bauseitige Konsequenz ergibt sich daraus die Verflechtung der Baugruppen für Fachbereiche sowohl miteinander als auch mit den zentralen Einrichtungen. [...]. Aus den Vorstellungen des Gründungsausschusses entstand das Bild vom ‚großen Haus der Wissenschaften‘ mit kurzen Wegen und größtmöglicher Variabilität.“¹⁹⁷

Die Zusammenlegung aller Universitätseinrichtungen auf dem Campus stellte jedoch nicht nur aus sozialer, wissenschaftsorganisatorischer und architektonischer Sicht eine neue Herausforderung dar. Auch aus wirtschaftlichen Gründen schien eine Zentralisierung wegen der zu erwartenden Synergieeffekte erstrebenswert. Eine in diesem Zusammenhang höchst aufschlußreiche Stellungnahme des baden-württembergischen Finanzministeriums vom 1. Februar 1966 belegt, daß die für Konstanz und Ulm geplante enge räumliche Zuordnung von Fakultäten, Fachbereichen, Laboratorien und Universitätsbibliothek mit dem Hinweis auf ausländische, d. h. insbesondere amerikanische Verhältnisse explizit begrüßt wurde:

„Das Konstanzer und Ulmer Konzept strebt eine Zentralisierung im weitestgehenden Rahmen an. Daraus entsteht auch eine optimale Ausnutzung der gerade in den naturwissenschaftlichen und medizinischen Bereichen sehr kostspieligen Geräte und Maschinen. [...]. Es ergibt sich also aus dieser Sicht der erhebliche Vorteil einer konzentrierten und kompakten Anlage, wie sie in den Konzeptionen für Konstanz und Ulm enthalten sind. Mit Recht haben deswegen die Gründungsausschüsse die Forderung des ‚Baues unter einem Dach‘ erhoben. Ausländische Beispiele sowohl aus dem amerikanischen wie aber auch aus dem europäischen Bereich [hier vor allem aus England, S. P.] bestätigen die Richtigkeit dieser Zielsetzung der Konzentration, der engsten inneren Verflechtung, der Verkürzung der Arbeitswege für das Personal und der Zusammenlegung von gemeinsamen Räumen.“¹⁹⁸

Tatsächlich rückte der Gesamtplan für die Universität Konstanz noch deutlicher als in Bochum oder Regensburg diesen Zentralisierungsaspekt in den Vordergrund. Die äußerst kompakte Anlage weist eine derart eng miteinander verwobene und gleichwohl abwechslungsreiche Bebauung auf, daß die Konstanzer Hochschule sogar als „one-building institution“ bezeichnet werden kann.¹⁹⁹ Durchaus gelungen passen sich die Gebäude der Kontur des zum nahe gelegenen Bodenseeufers leicht abfallenden Gießbergs an. Dem von Rothe für Bremen entworfenen

¹⁹⁶ Mann: Universität Konstanz, S. 136f.

¹⁹⁷ Ders.: Planungsbericht 1970 des Universitätsbauamtes, S. 24. Vgl. hierzu auch Linde: Zur Planung der Universität Konstanz, S. 12; Mann: Zur städtebaulichen Eingliederung der Universität Konstanz, S. 15.

¹⁹⁸ HStAS, EA 1/923, Aktenbund 4106, Stellungnahme des Finanzministeriums Baden-Württemberg zur Frage der Errichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen in Baden-Württemberg vom 1.2.1966, S. 8.

¹⁹⁹ So Muthesius: The Postwar University, S. 236: „Konstanz, much more than Bochum or Regensburg, is a one-building institution. It is not a long-drawn out solution [...] but forms virtually one squarish block of 350 by 350 meters [...]. Konstanz occupies only 10 per cent of its lavish 220 hectares site.“

Ideal-Campus entsprechend und ähnlich den Lösungen in Bochum und Regensburg bildet ein forumartiger Platz das Zentrum der Gesamtanlage, um den sich die integrierte Gesamtbibliothek²⁰⁰, das Hörsaalgebäude mit Audimax, das Rektorat, die Mensa mit Cafeteria, das Rechenzentrum, diverse Werkstätten sowie die Ladenzone gruppieren.²⁰¹ In nördlicher Richtung schließt sich dem Zentralbereich die Naturwissenschaftliche Fakultät mit ihren Fachbereichen und Laboratorien an, im Süden die Philosophische und Sozialwissenschaftliche Fakultät.²⁰² Gleichwohl unterscheidet sich das Konstanzer Forum wegen seiner dichten Bebauungsstruktur, d. h. dem gewollt engen Zusammenrücken der verschiedenen Gebäudekomplexe, von den großzügig gestalteten Platzanlagen in Bochum und Regensburg. Das Grundprinzip aber, nämlich die als Organismus verstandene Universität mit einem pulsierenden „Kommunikationsherz“ nach dem Vorbild amerikanischer Campus-Universitäten auszustatten, blieb trotz aller Unterschiede in den Ausführungen gleich.²⁰³ Dies gilt auch für das Bemühen, die umgebende Landschaft in die Gesamtplanung miteinzubeziehen. Der eindrucksvolle Blick vom Universitätsforum auf den Bodensee und die benachbarte Insel Mainau, vergleichbar mit der Silhouette von Dom und Altstadt in Regensburg, lassen den Konstanzer Campus zweifellos als einen der gelungensten unter den westdeutschen Neugründungen der 1960er und 1970er Jahre erscheinen.²⁰⁴ „Returning [...] to the issue of institutional presence“, so die Einschätzung Muthesius’, „Konstanz must surely count as a high point in the development of an academic-institutional-architectural whole [...]“.“²⁰⁵

5. Zwischen Idee und Wirklichkeit: Die deutsche Campus-Universität

Die hier in der Reihenfolge der einsetzenden Baumaßnahmen vorgestellten Campus-Neugründungen in Bochum, Regensburg und Konstanz wurden nicht willkürlich ausgewählt. Alle drei Universitäten zählen zu den frühesten Neugründungen in der Bundesrepublik und nehmen daher sowohl im Hinblick auf ihren

²⁰⁰ Zur Konzeption der Konstanzer Universitätsbibliothek unter dem Einfluß angelsächsischer Vorbilder vgl. ebd., S. 240: „As explained by founding-librarian Joachim Stoltzenburg, it first of all adheres to the Anglo-Saxon manner of having all books concentrated in one place, rather than having most of them dispersed with the faculties or departments, in the traditional manner. And yet [...] Konstanz breaks with tradition of having an entirely separate, prominent-looking building. In addition, the Konstanz library is open-access, something that was only just being introduced in Germany.“

²⁰¹ Zur Gestaltung des Kernbereichs bzw. des Forums der Universität Konstanz vgl. Mann: Planungsbericht 1970 des Universitätsbauamtes, S. 53f. und S. 59. Vgl. in diesem Zusammenhang auch ders.: Universität Konstanz, S. 140–143; Oettinger/Weidhase: Eine feste Burg der Wissenschaft, S. 40–50.

²⁰² Mann: Planungsbericht 1970 des Universitätsbauamtes, S. 37–53.

²⁰³ Ebd., S. 56.

²⁰⁴ Zum Landschaftsbezug vgl. Diez: Die Universität in der Landschaft, S. 25–28; Mann: Zur städtebaulichen Eingliederung der Universität Konstanz, S. 15f.; ders.: Planungsbericht 1970 des Universitätsbauamtes, S. 59.

²⁰⁵ Muthesius: The Postwar University, S. 240.

strukturellen Aufbau als auch ihrer architektonischen Gestalt eine Pionierrolle ein. Allein zwischen 1965 und 1975 kam es zu insgesamt 26 Neu- bzw. Wiedergründungen. Anfang der 1980er Jahre hatte sich der universitäre Gesamtbestand in der Bundesrepublik sogar von 26 (bis 1964) auf 55 mehr als verdoppelt.²⁰⁶ Dabei handelte es sich in den meisten Fällen um „Campus-Hochschulen in modernster funktionaler Architektur.“²⁰⁷

Am Beispiel der Universitätsneugründungen in Bochum, Regensburg und Konstanz konnte gezeigt werden, wie das in Deutschland bis dato unbekannte Konzept einer Campus-Hochschule umgesetzt wurde. Amerikanische Einflüsse kamen in diesem Zusammenhang gleich auf zwei Ebenen zum Tragen: Einerseits boten Neugründungen in struktureller Hinsicht die Möglichkeit, seit 1945 diskutierte und in zentralen Punkten von amerikanischen Vorbildern beeinflusste Reformvorstellungen (z. B. Einführung der Präsidialverfassung und des Departmentsystems, Modernisierung des universitären Bibliothekswesens etc.) ohne Rücksichtnahme auf bestehende Traditionen und Strukturen zu verwirklichen. Allerdings schien hierfür auch ein neues architektonisches Verständnis für die zu errichtende Universität in ihrer Gesamtheit notwendig. Mit anderen Worten: Hochschulreformer und -planer waren sich dahingehend einig, daß neue Strukturen entsprechend neue architektonische Ausdrucksformen benötigten und umgekehrt. Damit ist auch die zweite amerikanische Einflüssebene angesprochen: Die angelsächsische Campus-Universität speziell amerikanischer Ausprägung fungierte als Vorbild für die Planung und Gestalt der westdeutschen Neugründungen. Seit den Schilderungen unzähliger akademischer Amerikafahrer und der in ihrer Wirkung kaum zu überschätzenden Bremer Denkschrift Hans Werner Rothes aus dem Jahre 1960 galt die amerikanische Campus-Universität als *das* adäquate Modell für eine Neugründung, unter deren Dach neue Formen des wissenschaftlichen und – nicht minder bedeutsam – auch des sozialen Miteinanders etabliert werden sollten. Ganz in diesem Sinne definierte ein im Oktober 1965 unter dem Titel *Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen* von der KMK und der WRK dem Ausschuß für Hochschulwesen und Forschung des Europarates vorgelegter Bericht das mit der Gründung neuer Hochschulen verbundene Hauptziel wie folgt:

„Die Pflege der Gemeinschaft zwischen Lehrenden und Lernenden in einer räumlich geschlossenen Universität. Diesem Modell einer Campus-Universität soll schon äußerlich die zentrale Gruppierung der Institute, des Auditorium Maximum, der Zentralbibliothek und der Kollegienhäuser der Studierenden entsprechen. [...]. An einen Wohnzwang [wie in den USA, S. P.] wird nicht gedacht. [...]. Ferner soll die Pflege musischer Interessen durch die Angliederung von Instituten der ausübenden Kunst gefördert werden. Die Planung der Bremer Universität [von Rothe, S. P.] ist durch dieses Modell einer Campus-Universität stark beeinflusst worden.“²⁰⁸

Doch all das stand 1965 noch in weiter Ferne. Keine der Neugründungen war zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt. In Bochum hatten die Bauarbeiten an der giganti-

²⁰⁶ Vgl. die chronologische Liste der Neugründungen bei Müller: *Geschichte der Universität*, S. 106, sowie Ellwein: *Die deutsche Universität*, S. 329–331.

²⁰⁷ So Müller: *Geschichte der Universität*, S. 106.

²⁰⁸ *Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 26.

schen Campus-Anlage erst begonnen, Regensburg und Konstanz sollten wenig später folgen. Niemand konnte bis dato also wissen, ob das Konzept einer Campus-Universität tatsächlich den ursprünglich intendierten Effekt haben würde. Tatsächlich vermitteln die meisten der mittlerweile patinierten Beton-Neugründungen der 1960er und 1970er Jahre dem heutigen Betrachter kaum noch einen Eindruck davon, welch neuartige Konzeption ihnen ursprünglich zugrunde lag.²⁰⁹ Nach fast einem halben Jahrhundert ist sich wohl kaum ein Student oder Hochschullehrer an einer deutschen Campus-Universität zwischen Kiel und Konstanz heute darüber bewußt, mit welch hohem ideellen Anspruch die damaligen Neugründungen verbunden waren.²¹⁰ Ein Blick in die damaligen Gründungsdenkschriften und die damit einhergehenden architektonischen Planungen zeigt, daß es speziell bei den frühen Campus-Universitäten darum ging, durch ein neuartiges Zusammenspiel von Architektur und Binnenstruktur eine amerikanischen Universitäten wenigstens ähnliche Arbeits- und Lebensatmosphäre zu schaffen.²¹¹

Doch entgegen all dieser Bemühungen, dies läßt sich aus heutiger Perspektive konstatieren, wurden die deutschen Campus-Universitäten ihren amerikanischen Vorbildern nicht gerecht. Zwar ist es den Neugründungen erfolgreich gelungen, auf struktureller und organisatorischer Ebene zu einer Modernisierung des bundesrepublikanischen Hochschulwesens beizutragen, aber die von akademischen USA-Reisenden bis heute immer wieder beschriebene typisch amerikanische Campus-Atmosphäre ließ sich im deutschen Kontext nur in begrenztem Maße verwirklichen. Insbesondere das bei Rothe bestimmende Motiv, mit Hilfe einer geschlossenen und gleichsam nach außen offenen Campus-Anlage eine neue Form von akademischer (Lebens-)Gemeinschaft zu kreieren, erwies sich trotz aller Bemühungen in der gewünschten Form als nicht umsetzbar. Verantwortlich hierfür waren unterschiedliche Mentalitäten und Traditionen. Während in den USA für einen nicht unerheblichen Teil der Studenten das Wohnen auf dem Universitätsgelände seit jeher eine Selbstverständlichkeit darstellt, verfügen deutsche Campus-Universitäten über kein wirklich vergleichbares Campus-Leben. Deutsche Studenten zieht es traditionsgemäß in die Stadtzentren und nicht in die als oftmals unattraktiv erachteten urbanen Randzonen. Dies kann auch als Folge eines mangelhaft ausgeprägten sozialen und kulturellen Angebots auf den deutschen Cam-

²⁰⁹ Vgl. hierzu auch die Einschätzung bei Weber: *Geschichte der europäischen Architektur*, S.194.

²¹⁰ Stellvertretend für diesen ideellen Anspruch vgl. aus der Perspektive des Jahres 1964 Nitschke: *Universität im Altertum, im Mittelalter und im industriellen Zeitalter*, S.11: „So mag ein Vergleich zwischen früheren und heutigen Universitäten uns zeigen, daß die Eigenart der Universität nicht nur dadurch geprägt ist, daß hier Menschen sitzen, denen es darauf ankommt, beobachtend, messend und definierend die Wirklichkeit in einer strengen Begriffssprache zu beschreiben, sondern daß diese Menschen auch getrieben sind von dem Wunsche, eine ihnen wesentlich erscheinende Sicht der Wirklichkeit nachzuzeichnen. Wer wissenschaftlich arbeitet, entscheidet sich auch für eine Sicht dieser Realität, die ihm bedeutungsvoll ist. Und von dieser Sicht wird die Form und auch die architektonische Form der Universitäten mitgeprägt.“

²¹¹ Vgl. Kapitel IX.2. und IX.3.

pus-Anlagen angesehen werden.²¹² Welche Lebensqualität bietet auch eine in der städtischen Peripherie angesiedelte Campus-Hochschule, an der abends mit Schließung der Bibliothek buchstäblich das Licht ausgedreht wird? Arnd Morkel, langjähriger Präsident der Campus-Universität Trier, hat die im Laufe der Zeit immer offenkundiger gewordene Diskrepanz zwischen der aus den USA beeinflussten Campus-Idee und der deutschen Campus-Wirklichkeit sehr eindringlich beschrieben:

„Mit die schönsten Campusanlagen finden sich in den USA. Besucher solcher Universitäten sind nicht selten fasziniert von dem Leben, das dort vielfach herrscht: ‚Man tritt durch ein Tor, erblickt Tausende von jungen Menschen mit Mappen und Bücherpaketen, geht durch einen Park, [...] spaziert durch Alleen [...], zwischen Tennisplätzen und Wiesen, auf denen junge Männer und Mädchen lagern, lesend oder auch flirtend, [...] hört Radiomusik aus tausend Wohnburg-Fenstern, dann den fröhlichen Lärm eines offenen Schwimmbades. Das ist der Campus.‘ [...] Solche verklärten Bilder schwebten anfänglich wohl auch den Campusbefürwortern bei uns vor. Ihre Erwartungen waren hochgespannt. Der Verfasser eines Memorandums aus dem Jahre 1960 zur Gründung der Universität Bremen [H. W. Rothe, S. P.] erhoffte sich von einem Campus eine ‚wahrhaft akademische Gemeinschaft‘, eine ‚Atmosphäre vertiefter geistiger Arbeit‘ und die Zusammenfassung aller Kräfte im Spannungsfeld zwischen ‚konzentrierter Stille und Weltoffenheit‘. Andere Autoren versprachen sich von einem ‚reizvoll und locker gebauten Gemeinwesen‘, in dem Studenten und Professoren zusammenarbeiten und zusammenwohnen sollten, bedeutende pädagogische Wirkungen: Die ‚Studiengemeinschaft‘ werde sich zu einer ‚Lebensgemeinschaft‘ von Lehrenden und Lernenden erweitern, ein ‚akademischer Lebensstil‘ werde sich herausbilden, und die ‚bildende Kraft der Universität‘ werde sich ungehindert entfalten können. Über die Universität Bochum war bei ihrer Eröffnung zu hören, als Campushochschule verkörpere sie eine ideale *Universitas magistrorum et scholarium*; dank ihrer städtebaulichen Isoliertheit habe sie die Chance, ein echte Bildungsuniversität zu werden, wohingegen eine Stadtuniversität ‚wegen ihrer Straßennähe‘ zur bloßen Ausbildungsstätte verurteilt sei. Unnötig auszuführen, daß diese Annahmen sämtlich unrealistisch waren. Von einer Erziehung zur ‚akademischen Gemeinschaft‘ wollen Studenten wie Professoren in Deutschland wenig wissen. Die Vorstellung, ein Teil der Hochschullehrer werde auf den Campus ziehen, um dort mit den Studenten nachbarlich zusammenzuleben, entbehrt jeder Grundlage; selbst tagsüber sind viele Dozenten nicht auf dem Campus anzutreffen, namentlich die Geisteswissenschaftler sind seit jeher gewohnt, zu Hause zu arbeiten: Wie soll da eine ‚Lebensgemeinschaft‘ von Lehrenden und Lernenden entstehen?“²¹³

Zweifelsohne hat auch das amerikanische Campus-Modell, d.h. das dort vorherrschende und oft gepriesene Arbeitsklima, zum weltweiten Erfolg des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems beigetragen. Bemerkenswerterweise scheinen demgegenüber in Deutschland – glaubt man den unzähligen Rankings und Pressemeldungen – eben nicht die Neugründungen der sechziger und siebziger Jahre, sondern überwiegend ‚alte‘ Universitäten wie Berlin, München, Freiburg, Göttingen, Heidelberg oder Tübingen die entsprechenden Voraussetzungen

²¹² Zur Verschiedenartigkeit des Campus-Lebens an angelsächsischen, insbesondere amerikanischen, und deutschen Universitäten vgl. Morkel: Erinnerung an die Universität, S. 80f.

²¹³ Ebd., S. 75f. Zur kritischen Beurteilung der deutschen Campus-Universität vgl. ferner auch die von Morkel exemplarisch angeführten Artikel von Eberhard Schulz: Der gebaute Numerus clausus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.4.1975; Christian Graf von Krockow: Brutstätten für Neurosen, in: Die Zeit vom 3.4.1981; Michael Stürmer: Die Suche nach einem Daseinszweck, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.6.1984.

zu besitzen, es mit amerikanischen Eliteeinrichtungen wie Berkeley, Harvard, Princeton, Yale oder Stanford bei entsprechender finanzieller Ausstattung in einer globalisierten Wissenschaftswelt wenigstens ansatzweise aufnehmen zu können.²¹⁴ Das ist ein merkwürdig anmutender Befund, vor allem wenn man berücksichtigt, daß gemäß den Erwartungen der 1960er Jahre doch gerade die Neugründungen dazu beitragen sollten, den Wissenschaftsstandort Deutschland international wieder konkurrenzfähig zu machen. Offensichtlich scheint es den meisten Campus-Neugründungen, einmal abgesehen von ehemaligen „Reform-Leuchttürmen“ wie Konstanz oder Bielefeld, kaum gelungen zu sein, eine vergleichbare wissenschaftliche Strahlkraft zu entwickeln wie die alten Traditionsuniversitäten, die ihrerseits vor 50 Jahren noch als reformunfähig eingestuft wurden. So sehen sich die damaligen Neugründungen aktuell in vielen Bereichen den gleichen Schwierigkeiten ausgesetzt wie ehemals die alten Traditionsuniversitäten: stetig wachsende Studentenzahlen bei konstant bleibendem bzw. abnehmendem Lehrpersonal gepaart mit einer – gerade im Vergleich zu den hierzulande immer wieder als Vorbild herangezogenen amerikanischen Ivy League-Universitäten – chronischen finanziellen Unterversorgung. Eine nachhaltige Wirkung des Mitte der 1960er Jahre gestarteten Versuchs einer „Hochschulreform durch Neugründungen“ (Raupach, Reimann) ist somit – zumindest gemessen an den damaligen Erwartungen – weitestgehend ausgeblieben. Statt dessen sind die ehemals *neuen* Universitäten aus den genannten Gründen mittlerweile selbst zum Reformfall mutiert.²¹⁵

²¹⁴ Vgl. exemplarisch folgenden Artikel: Wer ist die Schönste im ganzen Land? Zum Elite-Contest der SPD, in: Die Zeit vom 15.1.2004.

²¹⁵ Vgl. hierzu die drastische und stark amerikaorientierte Einschätzung von Peter Glotz: Im Kern verrottet? Fünf vor zwölf für Deutschlands Universitäten, Stuttgart 1996; ferner die einzelnen Beiträge in Stölting/Albrecht (Hg.): Die Krise der Universitäten; und Dorothee Kimmich/Alexander Thumfart (Hg.): Universität ohne Zukunft?, Frankfurt am Main 2004.

Resümee und Ausblick

Das weltpolitische Handeln Deutschlands und der USA erwies sich im 20. Jahrhundert für den weiteren Werdegang des jeweils anderen von entscheidender Bedeutung. Es waren drei Auseinandersetzungen globalen Ausmaßes gewesen, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts nicht nur die deutsch-amerikanischen Beziehungen bestimmen, sondern auch die internationalen Machtverhältnisse völlig neu definieren sollten. In der ersten Jahrhunderthälfte hatten zunächst die beiden 1914 und 1939 von Deutschland ausgegangenen Weltkriege die Vereinigten Staaten in eine zunächst ungewollte Führungsrolle hineingedrängt. Beide Male sollte der amerikanische Kriegseintritt zum Sieg der antideutschen Allianzen beitragen. Mit dem vollkommenen Zusammenbruch des Dritten Reichs im Jahre 1945 verlor Deutschland schließlich seine Rolle als eigenständiger internationaler Machtfaktor. Doch damit nicht genug: Der schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges herausziehende Kalte Krieg führte 1949 sogar zur staatlichen Teilung Deutschlands. Fortan fungierten die Vereinigten Staaten als Schutz- und Führungsmacht der westlichen Welt gegen die kommunistische Herausforderung des von der Sowjetunion dominierten Ostblocks. Die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die DDR blieben aufgrund ihrer geopolitischen und ideologischen Frontstellung als unselbständige Objekte weiterhin im Zentrum des weltpolitischen Geschehens. Für beide Weltmächte besaß die feste Einbindung des jeweils kontrollierten deutschen Teilstaates in die eigene Einflußsphäre absolute, wenngleich nicht immer offen deklarierte Priorität. Aus bundesrepublikanischer Perspektive resultierte hieraus eine äußerst enge politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Anbindung an die westliche Führungsmacht. „Die Leitkultur des Westens, die für die Bundesrepublik die Maßstäbe für den Neuanfang nach 1945 setzte, war Amerika“.¹

Um das Jahr 1900 war dieser kometenhafte Aufstieg der USA zur Weltmacht noch nicht absehbar gewesen. Vielmehr schien es kurzzeitig so, als könne nun „Deutschlands Jahrhundert“ (Raymond Aron) anbrechen.² Mit Blick auf die kulturelle und wissenschaftliche Bedeutung des 1871 gegründeten Kaiserreichs in den gut vier Dekaden vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat auch der renommierte deutschstämmige US-Historiker Fritz Stern festgestellt: „Das Vorkriegsdeutschland genoß weltweites Prestige und eine unübertroffene, friedliche Ausstrahlung. Deutsche Wissenschaft und deutsche Universitäten wurden als vorbildlich betrachtet, wie auch deutsche Technik und Leistungsfähigkeit.“³ Tatsächlich läßt sich das soeben skizzierte, wechselvolle Verhältnis zwischen den USA und Deutschland insbesondere auf dem kulturellen Teilgebiet von Universität und

¹ So Heinz Bude: Vorwort, in: ders./Greiner: Westbindungen, S. 8.

² Hier zitiert nach Fritz Stern: Deutschland um 1900 – und eine zweite Chance, in: Hardtwig/Brandt: Deutschlands Weg in die Moderne, S. 32–44, hier S. 32 (Zitat).

³ Ebd. Vgl. in diesem Zusammenhang auch ders.: Verspielte Größe. Essays zur deutschen Geschichte, München 1996.

Wissenschaft exemplarisch nachvollziehen. Galt Deutschland noch während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts als *der* international führende Wissenschaftsstandort, so fiel dieser Platz spätestens mit der Zäsur der Jahre 1933–1945 und dem sich hieran unmittelbar anschließenden Beginn des Kalten Krieges den Vereinigten Staaten zu. Diese bemerkenswerte Entwicklung mit dem Hauptaugenmerk auf die besondere amerikanische Vorbildfunktion seit 1945 aus westdeutscher Perspektive nachzuzeichnen, war primäres Ziel der vorliegenden Studie.

Die Wechselwirkungen zwischen dem amerikanischen und deutschen Hochschulsystem sind Teil eines mehr als 200jährigen interkulturellen Transferprozesses, der sich freilich nicht allein auf den Zeitraum nach 1945 beschränkt. Um die westdeutsche Ausrichtung auf die USA seit Gründung der Bundesrepublik in einen größeren historischen Kontext einzubetten, erschien zunächst ein Blick auf die deutsch-amerikanischen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen der Zeit vor 1945 notwendig. So konnte in Kapitel 2 dargelegt werden, daß die klassische deutsche Universitätsidee während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in den Vereinigten Staaten ausgeübt hatte. Als kulturelle Katalysatoren fungierten hierbei in erster Linie die rund 9000 bis 10000 Amerikaner, die zwischen ca. 1800 und 1920 in Deutschland studiert hatten und ihre dort gesammelten Erfahrungen anschließend in die USA importierten. Ein erheblicher Teil dieser Studenten besetzte nach der Rückkehr wichtige akademische bzw. administrative Schlüsselpositionen an amerikanischen Hochschulen. Konkret schlug sich die amerikanische Auseinandersetzung mit dem deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystem u. a. in der Übernahme des Seminar-, Labor- und Vorlesungsbetriebs sowie deutscher Forschungsmethoden und wissenschaftlicher Fragestellungen nieder. Ferner übte auf amerikanische Gelehrte die Idee der akademischen Freiheit einen großen Reiz aus. Die Folge war ein sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts etablierendes neues Rollen- und Selbstverständnis der amerikanischen Professorenschaft, das sich dezidiert am Vorbild des in seiner Forschung und Lehre vergleichsweise freien deutschen Ordinarius orientierte.

Trotz dieser bedeutenden Einflüsse war von amerikanischer Seite niemals eine vollständige Adaption des deutschen Universitätssystems angestrebt worden. Im Vordergrund stand vielmehr die behutsame Integration einzelner, als besonders nachahmenswert erachteter Komponenten des deutschen Hochschulwesens in die bereits bestehenden, d. h. vornehmlich englisch geprägten Bildungsstrukturen. „So ist schließlich [...] die idealtypische amerikanische *research university*“, wie es der Erlanger Politologe Jürgen Gebhardt treffend formuliert hat, „eine nach dem Vorbild der deutschen Universität des 19. Jahrhunderts reformierte Institution und als solche ein deutsch-amerikanischer Hybrid.“⁴

In der Tat besteht kein Zweifel daran, daß die vor allem während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgenommene Integration deutscher Hochschul- und Wissenschaftselemente maßgeblich zur Transformation des traditionellen und ursprünglich auf reine Lehr- und Erziehungsfunktionen beschränkten amerikani-

⁴ Jürgen Gebhardt: Einleitung: Jenseits von Humboldt – Amerika?, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 1–23, hier S. 6.

schen College in eine moderne Forschungsuniversität mitteleuropäischen Zuschnitts beigetragen hat. In diesem Zusammenhang unterstreicht Michael Heyman, bis 1999 amtierender Generalsekretär der Washingtoner Smithsonian Institution und ehemaliger Kanzler der University of California in Berkeley:

„Blickt man aus amerikanischer Perspektive auf die Anfänge, so haben wir Deutschland und auch England viel zu verdanken. Aus England kam die Konzeption einer engen Beziehung zwischen Lehrkräften und Studenten hinsichtlich klar umrissener Lehrgegenstände und der Bemühung, einen Typ des kultivierten, gebildeten und würdigen Graduierten heranzubilden. Aus Deutschland kam eine andere Konzeption, die sich weniger auf die Wissensvermittlung vom Lehrenden auf den Studenten konzentrierte, sondern eher auf der Vorstellung einer funktionellen Einheit zwischen Forschung und Lehre basierte.“⁵

Der mit der Anlehnung an deutsche Standards verbundene Aufholprozeß hatte in den USA bereits um das Jahr 1900 dazu geführt, daß zahlreiche amerikanische Universitäten in der Qualität von Forschung und Lehre gegenüber ihren kontinentaleuropäischen Pendanten kaum noch zurückstanden. Zwar genoß der deutsche Universitäts- und Wissenschaftsbetrieb in den Vereinigten Staaten auch weiterhin ein unvermindert hohes Ansehen, doch hatte nach der Jahrhundertwende ein Studium in Übersee aus amerikanischer Perspektive deutlich an Attraktivität verloren.

Auf deutscher Seite ließ dieser drohende Bedeutungsverlust die Idee zu einem deutsch-amerikanischen Professoren Austausch entstehen. Im Jahr 1905 kam es zum Abschluß eines ersten Austauschabkommens zwischen den Universitäten Berlin und Harvard, dem nur ein Jahr später ein weiteres Abkommen zwischen Berlin und der New Yorker Columbia University folgen sollte. Für die deutschen Initiatoren bestand das eigentliche Ziel des Professoren Austauschs darin, die schwindende Anziehungskraft der deutschen Universitäten auf amerikanische Studenten und Wissenschaftler zu stärken und damit die kulturelle und wissenschaftliche Strahlkraft Deutschlands in den USA weiter auszubauen. Mit anderen Worten: Der Professoren Austausch wurde in Berlin als ein Instrument auswärtiger Kulturpolitik betrachtet und nur im nachgeordneten Sinne als Mittel wissenschaftlicher Kontaktpflege. Die erhoffte Wirkung blieb jedoch aus. Weder konnten mit Hilfe des Professoren Austauschs vermehrt amerikanische Studenten für ein Studium in Deutschland gewonnen werden, noch gelang es den entsandten deutschen Professoren, den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eine nachhaltige positive Note zu verleihen.

Daß man im Kaiserreich die pro-deutsche Stimmung in den USA völlig falsch eingeschätzt hatte, sollte sich nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 zeigen. Der knapp ein Jahrzehnt zuvor initiierte Professoren Austausch kam sofort zum Erliegen. Und auch die aggressiv-nationalistisch eingefärbten Verlautbarungen deutscher Gelehrter bei Kriegsausbruch trugen zusätzlich das ihre dazu bei, das Ansehen des Wissenschaftsstandorts Deutschland in Übersee zu diskreditieren. Nun zeigte sich, daß die in der Vorkriegszeit oftmals beschworene Internationalität der Wissenschaft gegen den kriegsbedingten Nationalismus nicht bestehen

⁵ Michael Heyman: Betrachtungen zum amerikanischen Hochschulwesen: Ist das amerikanische System für Deutschland relevant?, in: ebd., S. 23–32, hier S. 25.

konnte. Dennoch darf der deutsch-amerikanische Professorenaustausch, und hierin liegt trotz aller Mißverständnisse und Widrigkeiten beiderseits des Atlantiks dessen übergeordnete Bedeutung, als die eigentliche „Geburtsstunde“ einer sich in der Folgezeit stetig weiterentwickelnden Intensivierung der Wissenschaftsbeziehungen beider Länder angesehen werden.

Nach einer kurzen Phase des Stillstands gelang es in der Zwischenkriegszeit, die akademischen Kontakte zwischen Deutschland und den USA wiederzubeleben. Verständlicherweise bestand gerade in Deutschland ein vitales Interesse daran, die kriegsbedingte internationale Isolation der deutschen Wissenschaft schnellstmöglich wieder aufzubrechen. Dabei erwies sich der Anfang der 1920er Jahre initiierte deutsch-amerikanische Studentenaustausch als ein erster wichtiger Schritt in Richtung dieses Ziels. Dieser Austausch war zudem maßgeblich für die Gründung des Akademischen Austauschdienstes e.V. (AAD) im Jahre 1925, also dem Vorläufer des 1931 ins Leben gerufenen Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), verantwortlich. Welcher besondere Stellenwert dem Studentenaustausch mit den Vereinigten Staaten aus deutscher Sicht zufiel, belegt ferner die Tatsache, daß sich im Zeitraum zwischen 1924 und 1938 rund die Hälfte aller deutschen Austauschstudenten für ein Studium an einer amerikanischen Hochschule entschlossen hatte. Umgekehrt stammte ebenfalls beinahe die Hälfte der im gleichen Zeitraum in Deutschland studierenden Ausländer aus den Vereinigten Staaten. Schließlich konnte gegen Ende der 1920er Jahre auch der 1914/15 abgebrochene Professorenaustausch zwischen beiden Ländern kurzzeitig reaktiviert werden. Dieser änderte allerdings nichts an der überwiegend nationalistisch-konservativen Prägung der deutschen Professorenschaft, die sich bekanntlich vielfach zur dezidierten Republik- und Demokratiefeindschaft steigerte.

Allen Annäherungen entgegenlaufend, bereitete die nationalsozialistische Machtübernahme im Frühjahr 1933 den eben erst wieder aufblühenden akademischen Kontakten zwischen beiden Ländern binnen weniger Jahre erneut ein jähes Ende. Der durch das NS-Regime erzwungene Massenexodus deutscher Wissenschaftler sowie dessen Bemühen um eine ideologische Gleichschaltung des Hochschulwesens markieren den absoluten Tiefpunkt in der jüngeren deutschen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Hatten die deutschen Universitäten selbst noch in den Jahren der Weimarer Republik zu den führenden der Welt gezählt, beendete das nationalsozialistische Treiben endgültig diesen Status. Wenn auch von geregelten deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen zwischen 1933 und 1945 kaum gesprochen werden kann, blieb die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in beiden Ländern doch während dieser zwölf Jahre in gewisser Weise schicksalhaft miteinander verbunden. Ein Großteil der aus Deutschland vertriebenen Wissenschaftler emigrierte in die USA, wo diese z. T. eine enorme Bereicherung für die dortige Hochschul- und Wissenschaftslandschaft bedeuteten. Gleichzeitig investierten die Vereinigten Staaten nach dem Kriegsausbruch 1939 und insbesondere nach dem eigenen Kriegseintritt 1941 in einem bis dato ungeahnten Ausmaß in Forschung und Wissenschaft. Denkt man sich die akademischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in den vergangenen 200 Jahren rückblickend als eine Art Pendelbewegung, so beschreibt die Ära des Dritten Reichs eindeutig die Phase des Umschwungs zugunsten der USA.

Der verlorene Krieg und die anschließende Besetzung Deutschlands durch alliierte Truppen verlieh den deutschen-amerikanischen Beziehungen nach 1945 eine völlig neue Qualität. Die zunächst in Kapitel 3 untersuchte Frage nach den Grundlagen, der Entwicklung und Zielsetzung der amerikanischen Hochschulpolitik während der ersten Phase der Besatzungszeit von 1945 bis 1949 ist insofern von besonderer Relevanz, als der amerikanischen Besatzungsmacht in diesem Zeitraum die Möglichkeit zufiel, der künftigen Entwicklung des (west-)deutschen Hochschulsystems eigene Impulse zu verleihen. Allerdings existierten speziell in Washington bis kurz vor Kriegsende keine konkreten Vorstellungen darüber, wie die künftige Hochschulpolitik innerhalb der eigenen Besatzungszone bzw. im besiegten Deutschland gestaltet werden sollte. Aufgrund praktischer Erwägungen standen zunächst militärische, politische und ökonomische Fragen im Zentrum der amerikanischen Nachkriegsplanungen. Hochschulbelange spielten demgegenüber in den ersten Wochen und Monaten nach der deutschen Kapitulation eine eher untergeordnete Rolle. Der gesamte Bildungssektor wurde lediglich als Bestandteil einer umfassenden Reeducation-Politik betrachtet. Folgerichtig wurden nach dem amerikanischen Einmarsch die sieben Universitäten und vier Technischen Hochschulen innerhalb der US-Zone auf zunächst unbestimmte Zeit geschlossen.

Trotz des Mangels an einem hochschulpolitischen Master Plan bestand innerhalb der OMGUS-Hochschulabteilung an der mittel- wie langfristigen Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des höheren Bildungswesens in Deutschland kein Zweifel. Aus amerikanischer Perspektive hatte mit dem Untergang des Dritten Reichs auch auf universitärer Ebene eine fatale Entwicklung ihr Ende gefunden, welche die vormals international höchst angesehene deutsche Wissenschaft diskreditiert und in eine völlige Isolation geführt hatte. Deshalb maß die amerikanische Militärregierung vor allem der ideologischen „Reinigung“ der Universitäten, sprich der Entnazifizierung des Lehrkörpers, zunächst oberste Priorität bei. Die schrittweise Wiedereröffnung der Universitäten seit Herbst 1945 markiert sodann einen Kurswechsel in der amerikanischen Hochschulpolitik. Auf amerikanischer Seite war binnen weniger Monate die Erkenntnis herangereift, daß den deutschen Hochschulen für die Aus- und Heranbildung künftiger politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Eliten eine strategische Schlüsselfunktion zufiel. Diese veränderte Sichtweise auf die demokratiepolitische Funktion der Universitäten verband sich mit einem aktiveren hochschulpolitischen Engagement der amerikanischen Besatzungsmacht. Zwar blieb es bei der amerikanischen Grundhaltung, die auf eine Selbstreform der deutschen Universitäten setzte, gleichwohl gingen die zuständigen OMGUS-Stellen seit 1946 dazu über, konkrete Reformkonzepte zu erarbeiten. Zusätzlich verstärkt wurde das amerikanische Engagement durch die parallel verlaufenden Entwicklungen in den übrigen drei Besatzungszonen, wo Briten und vor allem Franzosen und Sowjets eine deutlich konsequenterere Hochschulpolitik betrieben.

Die von der ERAB bzw. ECRD erarbeiteten Kriterien für eine moderne deutsche Nachkriegsuniversität wiesen in zentralen Punkten deutliche Anleihen beim amerikanischen Hochschulsystem auf, das aus Sicht der beteiligten US-Experten als Idealmodell eines in eine demokratische Gesellschaft eingebetteten Hochschulwesens galt. Im Zentrum des amerikanischen Reformansatzes stand der durchaus

komplexe Bereich der künftigen Universitätsverfassung. Der traditionelle Verfassungsaufbau, so die damalige Meinung der amerikanischen Hochschuloffiziere, habe während der NS-Zeit zur ideologischen Gleichschaltung der Hochschulen maßgeblich beigetragen. An Hand zeitgenössischer Dokumente konnte diesbezüglich herausgearbeitet werden, daß die amerikanischen Reformvorschläge u. a. vorsahen, die künftige Universitätsverwaltung durch die Einrichtung von Hochschulräten bzw. Kuratorien auf eine gesellschaftlich kontrollierte Basis zu stellen, um das distanzierte Verhältnis zwischen Hochschulen und Öffentlichkeit zu verbessern. Nach dem Vorbild amerikanischer „Boards“ sollten die geplanten Hochschulräte aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen gebildet werden. Ferner wurde angedacht, auch das Rektorenamt nach dem Vorbild amerikanischer Universitätspräsidenten umzugestalten. Dabei sollte das bis dato in der Regel einjährige Rektorat durch eine Verlängerung der Amtszeit auf mindestens vier bis sechs Jahre sowie durch entsprechende Kompetenzerweiterungen modifiziert und gestärkt werden. Das Ziel der amerikanischen Reformvorschläge bestand also darin, die Administration der deutschen Universitäten auf mehrere Säulen zu verteilen, um somit ein – wie es in einer ERAB-Stellungnahme hieß – „system of checks and balances“ herzustellen.⁶ Neben der Frage nach einer effizienten und sich gleichzeitig gegenseitig kontrollierenden Hochschulverwaltung widmeten sich die amerikanischen Reformvorschläge auch dem inneren Aufbau der deutschen Universität. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, die als besonders schwerfällig erachteten Fakultäten traditionellen Zuschnitts aufzulösen und durch kleinere, an das amerikanische Departmentsystem angelehnte Verwaltungs- und Facheinheiten zu ersetzen.

Insgesamt betrachtet kann jedoch für die vierjährige OMGUS-Phase, also vom Zeitpunkt der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik und der damit einhergehenden Umwandlung der Militärregierung in eine zivile Hohe Kommission (HICOG) am 12. Mai 1949, von keinem wirklich nachhaltigen Erfolg der amerikanischen Hochschulpolitik gesprochen werden. Hinsichtlich der ursprünglichen Intention, die eine Demokratisierung des deutschen Universitätswesens mit Hilfe einer grundlegenden Verfassungs- und Verwaltungsreform herbeiführen wollte, ist zu konstatieren, daß es zu einer praktischen Umsetzung der von amerikanischen Bildungsexperten ausgearbeiteten Reformvorstellungen nicht kam. Wie dargelegt werden konnte, behielten innerhalb der Kultusministerien, der Rektorenkonferenz und der Universitäten restaurative Kräfte die Oberhand. Die von amerikanischer Seite angeregten Verfassungs-, Verwaltungs-, und Strukturreformen wurden in der Regel als mit den deutschen Gegebenheiten unvereinbar abgelehnt. Der universitäre Neuanfang sollte statt dessen durch ein bewußtes Anknüpfen an die „große“, zwischen 1933 bis 1945 lediglich unterbrochene, deutsche Universitätstradition vollzogen werden. Dieser Wille zur Rückbesinnung war kennzeichnend für die damalige Haltung und das Selbstverständnis eines Großteils der deutschen Professorenschaft, unabhängig von oder nur in gewisser Weise verbunden mit ihrer jeweiligen politisch-ideologischen Ein-

⁶ IfZ, OMGUS 5/299-3/29, Some Ideas Concerning the Reform of the Universities (11.9.1946), S. 1.

stellung. Damit erwiesen sich die Hochschulen – im Unterschied zu anderen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens im Nachkriegsdeutschland – gegenüber Einflüssen von „außen“ als vorerst äußerst resistent.⁷

Der während der Besatzungszeit von den Amerikanern hochgehaltene Gedanke einer Selbstreform der deutschen Universität nahm zwar Rücksicht auf die besondere historische Entwicklung des deutschen Universitätswesens und förderte zudem auf deutscher Seite auch das Vertrauen in demokratische Spielregeln. Gleichzeitig beraubte sich die US-Besatzungsmacht mit dieser Haltung jedoch der Möglichkeit, ihre eigentlich als notwendig erachteten Reformvorstellungen auch gegen deutsche Widerstände durchzusetzen. Hinzu trat noch ein weiterer, gleichfalls aus historischer Perspektive nicht zu unterschätzender Faktor: Die unter damaligen amerikanischen Bildungsexperten immer noch fest verankerte Hochachtung vor den Grundprinzipien der klassischen deutschen Universitätsidee, der – und dies war Persönlichkeiten wie Hartshorne, Karsen, Paty und Cottrell stets gegenwärtig – gerade die amerikanische Hochschulentwicklung viel zu verdanken hatte. Diese Gemengelage hemmte durchgreifende Reformen von außen wie von innen. Schließlich verschwand das Thema Verfassungsreform infolge des sich seit 1947/48 zuspitzenden Ost-West-Konflikts, der Gründung der Bundesrepublik und dem damit einhergehenden Wechsel von OMGUS zu HICOG im Mai 1949 von der amerikanischen Agenda. Mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts ging die Kontrolle des gesamten Bildungssektors an die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik über. Damit waren die direkten amerikanischen Einflußmöglichkeiten auf die deutschen Hochschulverwaltungen und Universitäten fortan weitestgehend eingeschränkt.

Eine Gesamtbeurteilung der amerikanischen Hochschulpolitik während der OMGUS-Phase muß dennoch komplexer ausfallen. Trotz des aus hochschulpolitischer Perspektive primär restaurativen Charakters der Besatzungszeit – und hierin liegt deren eigentliche Bedeutung für die spätere Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik – wurden in diesem Zeitraum durch die Vermittlung der amerikanischen Besatzungsmacht erstmalig Elemente des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems, wie beispielsweise die Präsidialverfassung, das Departmentmodell oder der Hochschulratsgedanke, in den hochschulpolitischen Reformdiskurs eingeführt, die dann wenige Jahre später – unter freilich andersartigen Umständen – den Reformprozeß der 1960er und 1970er Jahre abermals dominieren sollten.

Im Rahmen des sich anschließenden vierten Hauptkapitels wurde zunächst der Frage nachgegangen, inwieweit amerikanische Reformanregungen der Besatzungszeit in den westdeutschen Hochschulreformdiskurs der fünfziger Jahre hineingewirkt haben. Insbesondere die Dekade zwischen 1950 und 1960 veranschaulicht die ambivalente Grundhaltung, mit der man auf deutscher Seite diesem Thema begegnete: Einerseits wurde infolge der nach Kriegsende stetig steigenden Studen-
tenzahlen und den damit einhergehenden neuen Anforderungen an die Universitäten die Notwendigkeit von Reformen immer deutlicher erkannt. Andererseits

⁷ Stucke: *Mythos USA*, S. 120.

aber sollten mögliche Neuerungen nur äußerst behutsam, d.h. innerhalb der bestehenden Strukturen umgesetzt werden. Hinzu kam, daß der materielle Wiederaufbau des Hochschulwesens zu diesem Zeitpunkt immer noch absolute Priorität besaß. Forderungen nach weiterreichenden Veränderungen auf Verfassungs- bzw. Verwaltungsebene, so wie sie von amerikanischer Seite eingebracht worden waren, spielten demzufolge in den frühen fünfziger Jahren noch kaum eine nennenswerte Rolle.

Gleichwohl konnte am Beispiel maßgeblicher hochschulpolitischer Konferenzen und Stellungnahmen herausgearbeitet werden, daß entgegen dem vorherrschenden Rückbesinnungstrend der Reformdiskurs der fünfziger Jahre durchaus von Themen mitbestimmt wurde, die sich im Kern auf anglo-amerikanische Anregungen der Besatzungszeit zurückführen lassen. Im Vordergrund standen dabei vor allem folgende Aspekte: Die Einführung eines allgemeinbildenden Studium Generale, die Übernahme des angelsächsischen College-Systems, die Etablierung von Hochschulräten, der Auf- und Ausbau demokratiepolitisch relevanter Disziplinen wie der Sozial-, Politik- und Amerikawissenschaft und die Öffnung der Hochschulen für Studenten aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten. Daß der Reformprozeß in diesen Bereichen auch während der HICOG-Periode (1949–1955) von amerikanischer Seite aktiv vorangetrieben und unterstützt wurde, verdeutlicht nicht zuletzt der Umstand, daß wichtige Hochschulkonferenzen, wie beispielsweise die Weilburger Arbeitstagen (1950) oder die Konferenz von Hinterzarten (1952), unter maßgeblicher organisatorischer, personeller und finanzieller Beteiligung der amerikanischen Hohen Kommission veranstaltet worden waren.

Welche bleibenden Spuren haben die OMGUS- und HICOG-Jahre innerhalb des westdeutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems letztlich hinterlassen? Obgleich im Zusammenhang mit den ausgehenden vierziger und anschließenden fünfziger Jahren bislang zu Recht von einer Restaurations- und Wiederaufbauphase gesprochen werden kann, steht gleichzeitig außer Zweifel, daß der Wiederaufbau der westdeutschen Universitäts- und Wissenschaftslandschaft nach 1945 ohne die enormen finanziellen und materiellen Hilfsleistungen speziell aus den USA kaum denkbar gewesen wäre. Gefördert wurde neben dem Neubau von Mensen, Studentenwohnheimen und Universitätskliniken in beinahe allen westdeutschen Hochschulstädten auch der Aufbau demokratiepolitisch relevanter Forschungs- und Universitätsinstitute. Hinzu traten immense Sachmittelleistungen für die Verpflegung von Studenten und Professoren, Möbel zur Ausstattung von Hörsälen und Seminarräumen, technische Apparaturen für Laboratorien und Institute sowie großzügige Bücherspenden. Im Gegensatz zu den amerikanischen Bemühungen um eine Reform der deutschen Hochschulverfassung kann somit das materielle und finanzielle Engagement der USA für den Wiederaufbau der deutschen Universitäten als äußerst erfolgreich betrachtet werden.

Dem amerikanischen Engagement im Hochschulbereich lagen selbstverständlich auch eindeutig politisch motivierte Zielsetzungen zugrunde. In diesem Zusammenhang lassen sich vor allem zwei Stoßrichtungen festmachen: Einerseits sollte den Deutschen nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft und des verlorenen Krieges auch auf wissenschaftlicher Ebene künftig nicht nur

das Prinzip der Demokratie, sondern eben auch die amerikanische Kultur in ihrer gesamten Komplexität nähergebracht werden. Hierbei handelte es sich um ein Ansinnen, das freilich noch deutlich in der Tradition der Reeducation-Politik stand. Andererseits aber galt es, die junge westdeutsche Demokratie im Zuge des sich stetig verhärtenden Ost-West-Konflikts mit wissenschaftlicher Hilfe gegen die kommunistische Herausforderung zu stärken und somit das westlich-demokratische, von den USA dominierte Gegenmodell zu stabilisieren. „Der Kalte Krieg war“, wie Stöver es formuliert hat,

„eine politisch-ideologische, ökonomische, technologisch-wissenschaftliche und kulturell-soziale Auseinandersetzung, die ihre Auswirkungen bis in den Alltag zeigte. [...]. Die Nichtvereinbarkeit der beiden Lager führte zudem in den einzelnen Gesellschaften zu Polarisierung, Annäherungen an die jeweils andere Seite blieben [...] verdächtig. Gerade darin wird deutlich, daß der Kalte Krieg eigentlich nur Kombattanten kannte – Teilnehmer auf dieser oder jener Seite.“⁸

Aus amerikanischer Perspektive fiel in dieser politisch-ideologisch höchst aufgeladenen Atmosphäre speziell dem Auf- und Ausbau einer westdeutschen Politik- und Amerikawissenschaft eine zentrale Bedeutung zu. Beide Disziplinen kann man zwar nicht als bloße „Wissenschaftsimporte“ aus den USA abstempeln, doch erfolgte die institutionelle, personelle und wissenschaftstheoretische Entwicklung der sich innerhalb des westdeutschen Universitätssystems nach 1945 neu etablierenden Fächer während des gesamten Untersuchungszeitraums hindurch unter kaum zu überschätzenden amerikanischen Einflüssen.

Ebenfalls ein unmittelbares Resultat des Kalten Krieges war die Gründung der Freien Universität Berlin im Herbst 1948. Obgleich die Initiative zur Etablierung einer neuen Hochschule im Westsektor Berlins als Gegeninstitution zur kommunistisch vereinnahmten „alten“ Friedrich-Wilhelms-Universität primär von deutscher Seite ausgegangen war, steht auch in diesem Fall außer Frage, daß die Neugründung ohne ein sich über Jahrzehnte hinweg erstreckendes amerikanisches Engagement keine vergleichbar erfolgreiche Entwicklung genommen hätte. Die Gründungsintention und ihre besondere geopolitische Lage ließen die FU binnen weniger Jahre zu einem Symbol wissenschaftlicher Freiheit innerhalb der westlichen Welt avancieren, dessen langfristige ideelle, materielle und finanzielle Unterstützung einen wichtigen Eckpfeiler der amerikanischen Außen- und Deutschlandpolitik während des Kalten Krieges bildete. Zudem war von amerikanischer Seite das dezidierte Ziel verfolgt worden, über den Aufbau der FU zu einer modernen Modellhochschule Einfluß auf die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik auszuüben. Etwas zugespitzt formuliert: Was während der Besatzungszeit gegen massive deutsche Widerstände nicht durchgesetzt wurde, sollte fortan mittels der Strahlkraft der FU erreicht werden.

Unter Berücksichtigung verschiedener Gesichtspunkte widmete sich das folgende sechste Hauptkapitel der Bedeutung des akademischen Austauschs mit den USA für die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik bis zur Verabschiedung des ersten HRG 1976. Tatsächlich kann die Wirkmächtigkeit des akademischen Austauschs in diesem Kontext nicht hoch genug einge-

⁸ Stöver: Der Kalte Krieg, S. 9.

stuft werden. Die unmittelbare Begegnung mit der amerikanischen Demokratie, Kultur und Gesellschaft sowie der Kontakt mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystem hinterließ bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Austausch Teilnehmer einen prägenden Eindruck. Gleichzeitig beschleunigte das Wiederaufleben des akademischen Austauschs mit den zur westlichen Führungsmacht aufgestiegenen USA auch die Reintegration der spätestens seit 1939 isolierten deutschen Wissenschaft in die internationale Scientific Community.

Aus amerikanischer Perspektive wurde die Wiederaufnahme der akademischen Austauschbeziehungen mit Deutschland zuallererst als Teil einer großangelegten, d.h. internationalen Kulturaußenpolitik betrachtet. Wie zu erwarten stieß das amerikanische Austauschprogramm hierzulande auf reges Interesse. Gemäß den amerikanischen Intentionen eröffnete dieses nach den Schrecken des Krieges Hunderten westdeutschen Studenten und Wissenschaftlern völlig neue Perspektiven. Allein die Vorstellung, den eigenen begrenzten und lange Zeit durch die nationalsozialistische Propaganda ideologisierten Horizont im Rahmen eines mehrmonatigen Aufenthalts in Übersee zu erweitern, erschien für viele faszinierend. Zudem erhoffte man sich von einem Studium in den USA Vorteile für die eigene Ausbildung bzw. für den späteren akademischen oder beruflichen Werdegang.

Wichtige Meilensteine im Hinblick auf den weiteren Ausbau des akademischen Austauschgedankens waren neben dem Fulbright-Abkommen von 1952 das nur ein Jahr später abgeschlossene Deutsch-Amerikanische Kulturabkommen. Obgleich beide Vertragswerke primär dem ursprünglichen Gedanken der Völkerverständigung verpflichtet blieben, bot die nun festgeschriebene akademische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten der jungen Bundesrepublik die Möglichkeit, den Anschluß an den internationalen Wissenschaftsbetrieb zu finden bzw. sich auch mit den aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen in den USA vertraut zu machen. Wie herausgearbeitet werden konnte, zeigten die an amerikanischen Universitäten und Forschungseinrichtungen gesammelten Erfahrungen deutscher Studenten und Wissenschaftler unmittelbare Rückwirkungen auf die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik. So darf die schon in den frühen fünfziger Jahren einsetzende Abwanderung deutscher Wissenschaftler in die USA – der „Brain Drain“ – als ein unmittelbares Resultat des akademischen Austauschs angesehen werden. Gemeinsam mit den überwiegend positiven Berichten zurückkehrender Austauschstudenten und -wissenschaftler über die zumeist ausgezeichneten Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven in den USA trug das Phänomen des „Brain Drain“ seit Anfang der 1960er Jahre bei den in der Bundesrepublik für Hochschulbelange zuständigen Stellen zu einer deutlichen Sensibilisierung hinsichtlich der Defizite des eigenen Universitäts- und Wissenschaftssystems bei, was im Rahmen des westdeutschen Reformdiskurses wiederum eine wachsende Orientierung an den Verhältnissen in den USA mit sich brachte. Der akademische Austausch mit den Vereinigten Staaten hatte somit einen entscheidenden Anteil daran, daß im Anschluß an die Restaurations- und Wiederaufbauphase der 1950er Jahre fortan zentrale Elemente des amerikanischen Hochschulsystems, die bereits während der Besatzungszeit von amerikanischer Seite zur Diskussion gestellt worden waren, die westdeutsche Reformdebatte dominierten.

Anhand einschlägiger zeitgenössischer Beiträge zum Thema Hochschulreform konnte im Rahmen des siebten Hauptkapitels dargelegt werden, in welchem beachtlichem Umfang das amerikanische Hochschulsystem schließlich nach 1960, zwar nicht als alleiniges Patentrezept, aber zweifelsohne als ein in zentralen Bereichen nachahmenswertes Modell herangezogen wurde. Wie die meisten damaligen Autoren in ihren Stellungnahmen immer wieder deutlich zu machen versuchten, ging es hierbei nicht um eine vorbildgetreue Übernahme des US-Systems im Sinne einer Blaupause, sondern um die weitaus subtilere Frage, welche konkreten Elemente des amerikanischen Systems gewinnbringend in den westdeutschen Kontext transferiert werden könnten. Dem lag die weitverbreitete Ansicht zugrunde, daß es den Vereinigten Staaten nach 1945 am besten gelungen sei, Universität und Wissenschaft auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen. Gleichzeitig bot der Verweis auf die USA die Möglichkeit, eine eigenständige ideelle Neukonzeption des deutschen Hochschulwesens zu umgehen und sich statt dessen auf vermeintlich schnell umsetzbare Verwaltungs- und Strukturreformen nach amerikanischem Muster zu konzentrieren.

Hinsichtlich der entscheidenden Frage, welche Aspekte des amerikanischen Hochschulsystems im Zuge des westdeutschen Reformprozesses der 1960er und 1970er Jahre am meisten Beachtung fanden, konnten in Kapitel 8 insgesamt sechs Schwerpunkte herausgearbeitet werden. So wurde die Diskussion über die Notwendigkeit einer universitären Verwaltungsreform maßgeblich durch den Verweis auf die Führungsstrukturen amerikanischer Universitäten bestimmt. Das dortige Präsidialsystem avancierte binnen weniger Jahre zum Synonym für Modernität und Effizienz. Wie in den USA üblich, sollten die zu Großbetrieben mutierenden deutschen Hochschulen künftig ebenfalls von einer managerähnlichen Persönlichkeit geleitet werden. Der jährlich wechselnde „Professoren-Rektor“ traditionellen Zuschnitts erschien – wie von amerikanischer Seite bereits während der Besatzungszeit vergeblich moniert worden war – nun auch unter deutschen Hochschulreformern als nicht mehr zeitgemäß. Allerdings entsprach der sich Ende der 1960er Jahre in den verschiedenen Landeshochschulgesetzen herauskristallisierende Universitätspräsident deutscher Ausprägung im Ergebnis weitaus mehr einem gestärkten Rektor herkömmlicher Art als einem „Manager-Präsidenten“ im amerikanischen Sinne. Verantwortlich hierfür war in erster Linie der Umstand, daß sich – trotz aller gegenteiligen Bekenntnisse – letztlich weder die Universitäten noch die zuständigen Kultusministerien dazu durchringen konnten, eigene Kompetenzen an das neugeschaffene Präsidentenamt abzugeben.

Neben der Hochschulspitze stand vor allem die Binnenstruktur der deutschen Universitäten im Zentrum damaliger Reformbestrebungen. Wie zeitgleich in der Präsidentenfrage wurde der Diskurs auch in diesem Punkt maßgeblich von einem amerikanischen Vorbild dominiert, nämlich dem amerikanischen Department-Modell. Das mit der angestrebten Neuorganisation der universitären Binnenstruktur verbundene Ziel sollte sein, die wegen ihres gewachsenen Fächerspektrums unübersichtlich gewordenen Fakultäten in handlungsfähigere, d.h. fachbezogene Einheiten zu zergliedern und damit entsprechende Synergieeffekte freizusetzen. Zudem entsprach die Organisationsform des Departments, mit seiner besonderen Betonung des „Team Work“, einer seit den 1950er Jahren zu beobachtenden

Orientierung an Führungs- und Arbeitsmodellen amerikanischer Provenienz. Demgegenüber schien die traditionelle Organisation von Forschung und Lehre im Rahmen der traditionellen Fakultäten und Institute nicht mehr zeitgemäß, ja sogar für den Rückstand der deutschen Wissenschaft gegenüber den USA mitverantwortlich zu sein. Nachhaltig verstärkt wurde diese Einschätzung wiederum durch die Erfahrungsberichte deutscher Nachwuchswissenschaftler, die in den Vereinigten Staaten die Arbeitsbedingungen innerhalb amerikanischer Departments kennen und schätzen gelernt hatten. Gegen Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre kam es in Anlehnung an das amerikanische Department-Modell zu einer fast flächendeckenden Einrichtung von Fachbereichen bzw. Abteilungen an den westdeutschen Universitäten. Doch vergleichbar der Umstrukturierung der Universitätsspitze handelte es sich hierbei nur um eine halbherzige Teiladaption. Zwar wurden wesentliche Organisationsmerkmale des amerikanischen Vorbilds übernommen, nicht aber dessen Personalstruktur. Im wesentlichen blieb das Lehrstuhlprinzip und damit die streng hierarchische Gliederung des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen weitestgehend unangetastet. Von einem gleichberechtigt-kollegialen Miteinander, das als typisches Merkmal amerikanischer Departments in den Berichten akademischer USA-Reisender immer wieder positiv hervorgehoben wurde, konnte demzufolge nicht gesprochen werden.

Rückblickend sollte sich dieses Defizit als ein Hauptthema für die erfolgreiche Adaption des Departmentgedankens erweisen, war es doch gerade die Kluft zwischen der vergleichsweise unsicheren Stellung des wissenschaftlichen Nachwuchses einerseits und der verbeamteten Professorenschaft andererseits gewesen, die hierzulande dem Abwanderungstrend nach den USA seit den 1950er Jahren immer wieder neue Nahrung gegeben hatte. Während in Übersee eine leistungsorientierte Hochschullaufbahn (Tenure track) über den Assistant-, Associate- hin zum Full-Professor als Regelfall möglich schien, blieb die Zukunft eines promovierten oder auch habilitierten Nachwuchswissenschaftlers innerhalb des traditionellen deutschen Systems bis zu dessen Berufung auf einen Lehrstuhl ungewiß. Deshalb geriet auch die Habilitation als Grundvoraussetzung für die Erlangung einer Professur zusehends ins Fadenkreuz der Kritik. Es kann kaum verwundern, daß sich der reformorientierte Blick bundesdeutscher Hochschulexperten auch in der Nachwuchsfrage zusehends auf die Verhältnisse an amerikanischen Universitäten richtete, wo die Stellung des Assistant-Professors einen weitaus sichereren Einstieg in eine akademische Karriere zu bieten schien. Seit Mitte der 1960er Jahre wurde daher die Forderung nach Abschaffung der Habilitation und der Einführung einer „Assistenz-Professur“ in Anlehnung an den amerikanischen Assistant-Professor immer vehementer vorgetragen. Wenn auch die Assistenz-Professur in einigen Bundesländern tatsächlich eingeführt wurde, so blieb doch die mit dieser Maßnahme erhoffte Wirkung letztlich aus. Dies lag in erster Linie am Festhalten an der Habilitation mit der Folge, daß diese für die Berufung auf einen Lehrstuhl in der Praxis auch weiterhin die eigentliche Voraussetzung bildete. Ähnlich wie bei der Umstrukturierung der Universitätsspitze und der Fakultäten handelte es sich auch bei der Einführung des Assistenz-Professors lediglich um eine Teiladaption, ohne dessen Stellung innerhalb des westdeutschen Universitätsgefüges bzw. den damit verbundenen Laufbahncharakter an das amerikanische Vorbild anzugleichen.

Im Unterschied dazu erwies sich die in Anlehnung an das amerikanische Konzept des „Sabbatical Leave“ vorgenommene Einführung des „Forschungs(frei)semesters“ als ein höchst positiver Impuls für die weitere Entwicklung der universitären Forschung in der Bundesrepublik. In den Vereinigten Staaten hatte sich bereits seit den 1880er Jahren an immer mehr Universitäten die Gepflogenheit durchgesetzt, den Professoren in der Regel alle sieben Jahre ein „Sabbatical Year“ zu Forschungs- und Weiterbildungszwecken einzuräumen. In Deutschland existierte demgegenüber bis in die 1960er Jahre hinein keine eindeutige Regelung, die einem Hochschullehrer eine vergleichbare Freistellung für eigene Forschungsprojekte garantierte. Allerdings gewann das Thema seit den frühen 1950er Jahren mit dem Wiederaufleben der Wissenschaftsbeziehungen zu den USA an Bedeutung. Dafür lassen sich zwei konkrete Ursachen festmachen: Zum einen wurden im Zuge der wissenschaftlichen Dominanz der Vereinigten Staaten längere Forschungs- und Fortbildungsaufenthalte in Übersee, die von ministerieller Seite entsprechend zeitlich und finanziell abgesichert werden mußten, für deutsche Wissenschaftler immer notwendiger. Zum anderen lernten die deutschen Gäste während ihres Aufenthalts an amerikanischen Universitäten die dort gängige Praxis des „Sabbatical Leave“ kennen und schätzen. Eine unmittelbare Rückwirkung dieser in den USA gesammelten Erfahrungen war, daß sich deutsche Professoren im Rahmen von Berufungs- bzw. Rufablehnungsverhandlungen zunehmend unter Hinweis auf die amerikanischen Gepflogenheiten des „Sabbatical Leave“ ein regelmäßiges Freisemester durch die jeweiligen Hochschulen bzw. Kultusministerien zusichern ließen. Auf diese Weise konnte sich die Gewährung von Forschungssemestern bereits Ende der sechziger Jahre an den meisten westdeutschen Universitäten als gängige Praxis durchsetzen und sich zu einem festen Bestandteil des wissenschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik entwickeln.

Ein weiteres Hauptaugenmerk damaliger Reformbestrebungen galt dem nicht immer unproblematischen Verhältnis von Hochschule und Öffentlichkeit. Bereits in der Besatzungszeit war sowohl von amerikanischer wie englischer Seite die Einführung von Hochschulräten bzw. Kuratorien angeregt worden, die als Verbindungsglied zwischen Universität und Gesellschaft fungieren sollten. Vor allem bei den Universitäten war dieser Vorschlag während der Restaurations- und Wiederaufbauphase des deutschen Hochschulwesens auf breite Ablehnung gestoßen. Nach den Erfahrungen des Dritten Reichs befürchtete man eine Einmischung außeruniversitärer Kräfte in zentrale Hochschulbelange. Erst mit Beginn der Reformperiode um 1960 gewann der Hochschulratsgedanke wieder an Aktualität. Die Notwendigkeit in höchstem Maße kostenintensiver Reformvorhaben ließ es nun angebracht erscheinen, den dafür aufkommenden Steuerzahler verstärkt in universitäre Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Als Vorbild dienten insbesondere die „Boards“ amerikanischer Universitäten. Allerdings unterschieden sich die gegen Ende der 1960er eingeführten Hochschulräte und Kuratorien in einem ganz zentralen Punkt von ihrem amerikanischen Vorbild, denn sie besaßen lediglich beratende Funktion. Wie schon in der Präsidentenfrage waren letztlich weder die Universitäten noch die zuständigen Ministerien gewillt, an die neu eingerichteten Hochschulräte wirkliche Kompetenzen zu übertragen.

Parallel zur Diskussion über die Einführung von Hochschulräten war verstärkt die Frage aufgekommen, ob seitens der Universitäten eine offensivere Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit betrieben werden müsse. Abermals fiel der Blick dabei auf die USA. Dort hatten die renommierten Forschungsuniversitäten bereits lange vor dem Zweiten Weltkrieg damit begonnen, eigene Public-Relations-Abteilungen einzurichten. Bei einem z.T. privat finanzierten Universitäts-system wie dem amerikanischen war (und ist) es für die Hochschulen von fundamentaler Bedeutung, die eigene Außenwahrnehmung entsprechend attraktiv und informativ zu gestalten, um private Geldgeber als Unterstützer zu gewinnen. In der Bundesrepublik stand man im Zuge des seit 1960 diskutierten und wenig später massiv betriebenen Ausbaus des Hochschulwesens insofern vor einer vergleichbaren Situation, als auch hierzulande die steuerzahlende Bevölkerung von der Zukunftsträchtigkeit staatlicher Investitionen im Bildungssektor durch gezielte Informationen über die Tätigkeit und Bedeutung der Hochschulen überzeugt werden sollte. Tatsächlich wurde in deutschen Medien immer wieder der Umstand bemängelt, daß es für Journalisten weitaus einfacher sei, über Forschungsergebnisse amerikanischer Universitäten zu berichten als über den Wissenschafts- und Lehrbetrieb an deutschen Hochschulen. Um dieses Defizit zu beseitigen, kam es daher seit Ende der 1960er Jahre an den meisten westdeutschen Hochschulen zur Einrichtung eigener Pressestellen, die sich fortan um eine professionelle Außenwirkung und Informationspolitik bemühten.

Im Rahmen des neunten Hauptkapitels konnte anschließend gezeigt werden, daß auch das universitäre Bibliothekswesen von der seit 1945 einsetzenden USA-Orientierung betroffen war. Schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg galten die großen amerikanischen National- und Universitätsbibliotheken als die modernsten und größten der Welt. Diese international herausragende Stellung des amerikanischen Bibliothekswesens war das Ergebnis eines rasanten, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einsetzenden Modernisierungs- und Sammlungsprozesses. Im Unterschied zu ihren kontinentaleuropäischen Pendanten handelte es sich bei den amerikanischen Universitätsbibliotheken in der Regel um große Zentralbibliotheken, innerhalb derer die nach fachlichen Gesichtspunkten geordneten Bücherbestände in direkter räumlicher Nachbarschaft zueinander lagen und dadurch für den Benutzer bequem erreichbar waren. Hinzu kam, daß dem Leser ein Großteil der von einem Zentralkatalog erfaßten Bestände durch das Prinzip der Freihandaufstellung (open shelf) unmittelbar zugänglich gemacht wurde, ein Service, den gerade europäische Besucher als äußerst benutzerfreundlich erachteten.

Ein völlig anderes Bild bot demgegenüber der traditionelle Aufbau des universitären Bibliothekswesens in Deutschland. Während in Übersee seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die Tendenz zu einem einstufigen, d. h. zentralisierten Bibliotheksmodell beobachtet werden konnte, hatte die zunehmende wissenschaftliche Spezialisierung und fachliche Ausdifferenzierung hierzulande ein mehrstufiges Bibliothekssystem hervorgebracht. Neben der eigentlichen Universitätsbibliothek, die sich vorwiegend auf die Sammlung von Universalliteratur wie z. B. Enzyklopädien oder Lexika beschränkte, existierten eine Vielzahl voneinander autonom agierender Instituts-, Seminar- oder Lehrstuhlbibliotheken. Ein den Gesamtbestand aller universitären Teilbibliotheken erfassender Zentralkatalog – wie in den

großen amerikanischen Bibliotheken üblich – existierte in der Regel nicht. Die strukturellen, aber auch ökonomischen Nachteile eines derart unkoordiniert arbeitenden Bibliothekssystems lagen auf der Hand: Unnötige Mehrfachanschaffungen und eine räumliche Zersplitterung der Bücherbestände, die ein immer wichtiger werdendes interdisziplinäres Arbeiten erschwerte. Um diese Rückständigkeit aufzuholen, intensivierte sich seit ca. 1950 die Beschäftigung westdeutscher (Universitäts-)Bibliothekare und Architekten speziell mit dem amerikanischen Bibliothekswesen. Am Beispiel der Universitätsbibliotheken in Stuttgart und Frankfurt am Main konnte nachgezeichnet werden, daß zentrale Elemente des strukturellen und organisatorischen Aufbaus amerikanischer Hochschulbibliotheken in der jungen Bundesrepublik bereits gegen Ende der fünfziger Jahre für universitäre Bibliotheksneubauten nutzbar gemacht wurden. Einen weiteren Modernisierungsschub erhielt das universitäre Bibliothekswesen dann seit Mitte der 1960er Jahre im Zuge der Gründung neuer Hochschulen. Hierbei eröffnete das gleichfalls maßgeblich aus den USA entlehnte Konzept der Campusuniversität erstmals die Möglichkeit, den Bau von Universitätsbibliotheken ohne Rücksichtnahme auf bestehende Strukturen neu zu konzipieren. Das Resultat war eine räumliche und organisatorische Zentralisierung des Bibliothekswesens nach amerikanischem Muster.

Tatsächlich boten die Hochschulneugründungen der 1960er und 1970er Jahre der Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik vollkommen neue Perspektiven. Dies galt, abgesehen von der den Neugründungen zugedachten Entlastungsfunktion, insbesondere im Hinblick auf das seit 1945 mehr oder weniger intensiv diskutierte Thema einer nachhaltigen Hochschulreform. Mit Beginn der sechziger Jahre wurden die geplanten Neugründungen zunehmend als Chance begriffen, die seit langem als notwendig erachteten Reformen auf Verwaltungs-, Struktur- und Personalebene modellhaft umzusetzen. Ferner sollte unter dem Dach der neuen Hochschulen der Gedanke eines engeren Miteinanders von Lehrenden und Lernenden verwirklicht werden. Dabei handelte es sich um eine durchaus ambitionierte Zielsetzung, die an die architektonische Gesamtkonzeption der neuen Universitäten entsprechend neue Anforderungen stellte. Im Fokus stand die von Hochschulreformern und Architekten gleichsam zu beantwortende Frage, wie sich die vorgesehenen Reformen in einer adäquaten architektonischen Gesamtplanung widerspiegeln könnten. In diesem Kontext fiel der Campusuniversität speziell amerikanischer Ausprägung eine wichtige Vorbildfunktion zu. Ebenfalls beeinflusst durch die Erfahrungsberichte westdeutscher Studenten und Wissenschaftler galt diese aus verwaltungstechnischen, wissenschaftsorganisatorischen, aber auch sozialen Gesichtspunkten als *die* ideale Form einer Universität der Zukunft. Es war die von Hans Werner Rothe 1960/61 verfaßte Denkschrift für eine Universitätsneugründung in Bremen, die erstmalig das amerikanische Campuskonzept in den deutschen Kontext transferierte. Obgleich der von Rothe für die Hansestadt entworfene Idealcampus selbst niemals zur Ausführung kam, avancierte dessen Denkschrift zur planungstheoretischen Vorlage für beinahe alle späteren Gründungskonzepte. Am Beispiel der Universitäten Bochum, Regensburg und Konstanz konnte nachgewiesen werden, in welch beachtlichem Ausmaß der aus den USA entlehnte Campusgedanke auf die Planung und architektonische Umsetzung dieser frühen Neugründungen – trotz aller

Unterschiede in der jeweiligen architektonischen und planerischen Ausformung – eingewirkt hat. Somit stellen die westdeutschen Campusuniversitäten der 1960er und 1970er Jahre eindrucksvolle Manifestationen einer Reformpolitik dar, deren erklärte Zielsetzung es war, durch die Übernahme einzelner Elemente und Charakteristika des amerikanischen Hochschulsystems Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik zu modernisieren.⁹

Aus der Retrospektive erscheint allerdings fraglich, ob dieses ambitionierte Ziel wirklich erreicht wurde. In der Regel fehlt den deutschen Campusuniversitäten die besondere soziale und kulturelle Atmosphäre ihrer amerikanischen Vorbilder. Ein amerikanischen Universitäten vergleichbares Campus-Leben existiert hierzulande kaum, insbesondere weil auf den Bau von Studentenwohnheimen auf dem Universitätsareal verzichtet wurde. Auf die dennoch bis heute anhaltende symbolische Bedeutung des Campus-Motivs im Rahmen der deutschen Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Hochschulsystem hat Mitchell G. Ash zu Recht kritisch hingewiesen. „Kaum ein Artikel zu diesem Themenkreis“, so der in Wien lehrende Historiker,

„scheint ohne ein Bild von einem parkähnlichen amerikanischen Campus auskommen zu können. Der häufige Gebrauch solcher Klischeebilder zeigt die zentrale Bedeutung, die den großen amerikanischen Eliteuniversitäten in dieser Diskussion beigemessen wird. Das ständige Schielen auf Harvard, Stanford oder ähnliche Universitäten spiegelt Denkfehler auf allen Seiten der deutschen Diskussion wieder. Darin kommt das Wunschdenken derjenigen zum Ausdruck, die durch einen Verweis auf die amerikanischen Eliteuniversitäten ‚mehr Elite‘ auch in Deutschland erreichen wollen.“¹⁰

Welche Gesamtbilanz läßt sich aufgrund der soeben skizzierten Untersuchungsergebnisse ziehen? Es ist festzuhalten, daß die Vereinigten Staaten seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts den für die weitere Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik dominierenden Referenzpunkt bildeten. Speziell mit Beginn der eigentlichen Reformphase um 1960 fiel der westdeutsche Blick in zentralen Fragen der Universitäts- und Wissenschaftsorganisation auf die USA. Diese Ausrichtung mündete schließlich in dem Versuch, einige wichtige Elemente des amerikanischen Hochschulsystems in den deutschen Kontext zu transferieren, um das hiesige Hochschulwesen nach amerikanischem Vorbild zu modernisieren. Gemäß der einleitend angeführten Definition Philipp Gasserts kann somit von einer partiellen „Amerikanisierung“ des westdeutschen Hochschulsystems insbesondere seit den 1960er Jahren gesprochen werden.

⁹ Vgl. hierzu auch die folgende Einschätzung von Jarausch: Das Humboldt-Syndrom, S. 68f: „Obwohl als Mittel zum Abbau der Überfüllung konzipiert, versuchten neue Institutionen in Bochum, Bielefeld, Bremen oder Konstanz eine intellektuelle Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden durch die Akzentuierung der Forschung wiederherzustellen. Ihre Fachbereichsstruktur schuf kleinere kohärentere Einheiten; ihre liberalen Verfassungen gaben den Studenten eine Stimme in den Entscheidungsprozessen; und ihre thematische Konzentration und flexiblere Binnenstruktur [...] erleichterten die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Ihre Campus-Anlagen konzentrierten Forschung und Lehre auf angenehme Weise an einem Ort und ihre strukturierten Curricula sowie die engere Betreuung durch das Lehrpersonal verbesserten die Studienqualität.“

¹⁰ Mitchell G. Ash: Bedeutet ein Abschied vom Mythos Humboldt eine „Amerikanisierung“ der deutschen Universitäten?, in: ders.: Mythos Humboldt, S. 253–256, hier S. 254 (Zitat).

Gleichzeitig steht allerdings als ein weiteres Ergebnis der Studie fest, daß die in Anlehnung an amerikanische Vorbilder eingeleiteten Reformmaßnahmen mehrheitlich nicht die eigentlich intendierten Wirkungen erzielt haben. Weder konnte sich die Präsidialverfassung als alleinige Verwaltungsform durchsetzen, noch gelang es, flächendeckend und langfristig an den Hochschulen departmentähnliche Strukturen aufzubauen. Zahlreiche Universitäten kehrten seit Ende der 1970er wieder zur – freilich modifizierten – Rektoratsverfassung sowie zur traditionellen Fakultäts- und Institutsgliederung zurück. Auch gelang es dem neueingeführten Assistenz-Professor nicht, die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses nachhaltig zu verbessern, also in der Bundesrepublik eine mit den USA vergleichbare Hochschullaufbahn zu verankern. Bereits wenige Jahre nach seiner Einführung verschwand der Assistenz-Professor wieder von der universitären Bildfläche. Ein ähnliches Schicksal ereilte die in den 1960er und 1970er Jahren installierten Hochschulräte. Allein der Einrichtung des Forschungssemesters sowie dem gleichfalls aus den USA entlehnten Gedanken einer professionellen universitären Öffentlichkeitsarbeit ist es gelungen, sich innerhalb des deutschen Hochschulsystems fest zu etablieren und weiterzuentwickeln.

Wie aber läßt sich dieser ambivalente Gesamtbefund erklären? Offenkundig vermochte man nicht, die als vorbildlich identifizierten amerikanischen Hochschulelemente wirkungsvoll in das deutsche System zu integrieren. In der Regel blieb es bei Teiladaptionen, die in ihrer deutschen Ausformung nur noch in begrenztem Maße wirkliche Gemeinsamkeiten mit den amerikanischen Vorbildern aufwiesen. Beispielsweise verfügte weder ein deutscher Universitätspräsident noch ein deutscher Hochschulrat über annähernd vergleichbare Kompetenzen eines amerikanischen. War deren besondere Stellung und Funktion innerhalb des nach privatwirtschaftlichen Kriterien aufgebauten amerikanischen Hochschulwesens durchaus angemessen, erwies sich die Übertragung in das staatliche Universitätsystem der Bundesrepublik als schwierig. Trotz aller gegenteiligen Bekenntnisse zeigten sich weder die zuständigen Kultus- und Finanzministerien noch die von den Reformen unmittelbar betroffenen Universitäten gewillt, eigene Kompetenzen an die neugeschaffenen Ämter und Gremien abzugeben. In der universitären Praxis war es diesen demzufolge überhaupt nicht möglich gewesen, die mit ihrer Einführung erhofften Effekte zu entfalten.

Vergleichbare Rezeptionsprobleme zeigten sich auch in der Departmentfrage. Zwar war es speziell an den Neugründungen gelungen, Struktur- und Organisationsprinzipien nach amerikanischem Muster zu übernehmen und die dadurch erhofften finanziellen wie materiellen Synergieeffekte teilweise zu erreichen, aber die nicht minder bedeutsame soziale Komponente amerikanischer Departments, d. h. die relative Gleichstellung des Lehrpersonals, wurde nur partiell berücksichtigt. Das traditionelle Lehrstuhlprinzip sowie der damit einhergehende hierarchische Aufbau der deutschen Hochschullehrerschaft blieb weitestgehend unangetastet. Aus diesem Grunde mußte auch der Versuch beinahe zwangsläufig scheitern, dem Hochschullehrerberuf durch die Einführung der Assistenz-Professur einen eigenen Laufbahncharakter – vergleichbar dem amerikanischen ‚Tenure Track‘ – zu verleihen. Eine hierfür zwingend notwendige Veränderung der Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Abschaffung der Habilitation, wurde nicht vorge-

nommen. Diese blieb zumeist auch weiterhin Voraussetzung für die Berufung auf einen Lehrstuhl bzw. zur Erlangung einer Lebenszeitprofessur. „In der Konsolidierungsphase der 1980er Jahre schließlich“, wie Jarausch über das Ende der Expansions- und Reformphase der 1960er und 1970er Jahre zutreffend bemerkt hat, „diente ein Ausweichen auf traditionelle Formen neben notwendigen Kurskorrekturen als ein Tarnmantel für die Restauration professoraler Macht und Prärogative.“¹¹

Einen evidenten Beleg für die Wirkungslosigkeit bzw. die geringe Nachhaltigkeit der damaligen Reformpolitik bietet ein Blick auf die aktuelle Hochschulreformdebatte in der wiedervereinigten Bundesrepublik. Hier zeigen sich auffallende Parallelen zum Diskurs der 1960er und 1970er Jahre. Mit einer fast identisch anmutenden Argumentation werden Reformen in teilweise exakt den Bereichen auf Verwaltungs-, Struktur- und Personalebene eingefordert, die schon vor knapp 50 Jahren im Zentrum der damaligen Reformmaßnahmen standen. Erstaunlicherweise scheint das Bewußtsein für diese historischen Voraussetzungen weitestgehend verlorengegangen zu sein.

Am Beispiel der Ende der 1990er Jahre von Seiten des Bundes eingeführten Juniorprofessur läßt sich diese Entwicklung veranschaulichen. Wir erinnern uns: Seit den 1950er Jahren wurde die Abwanderungsbewegung in die Vereinigten Staaten mit wachsender Sorge beobachtet. Als Hauptursache für diesen „Brain Drain“ galten die vermeintlich besseren Karrierechancen an amerikanischen Hochschulen, während hierzulande der Aufstieg in den Hochschullehrerberuf durch die Hürde der Habilitation und kaum vorhandener Personalstellen als extrem unattraktiv empfunden wurde. Die deshalb in Anlehnung an den amerikanischen Assistant-Professor eingeführte Assistenz-Professur sollte Abhilfe schaffen. Fast ein halbes Jahrhundert später begründet das Bundesministerium für Bildung und Forschung in einer Informationsbroschüre die Einführung der Juniorprofessur wie folgt:

„Eine der Ursachen des berüchtigten ‚Brain Drain‘, der Abwanderung von Nachwuchskräften ins Ausland, war stets die mangelnde Karriereperspektive in Deutschland. Während die ehemaligen Kommilitonen gerade mit der Habilitation begannen, konnten deutsche Forscher z. B. in den USA bereits nach Abschluß der Promotion als Professor selbständig forschen und lehren. Die Juniorprofessur ist der schnelle, zeitgemäße Weg zur Universitätsprofessur. Eine deutsche Alternative im weltweiten Wettbewerb um die Spitzennachwuchswissenschaftlerinnen und -nachwuchswissenschaftler von morgen.“¹²

Erneut dient somit der amerikanische Assistant-Professor als unmittelbares Vorbild für den deutschen Juniorprofessor. Und wie der frühere Assistenz-Professor läuft nun auch die neugeschaffene Juniorprofessur Gefahr, an den unzureichenden Rahmenbedingungen zu scheitern. Als einer der wenigen historisch informierten Beobachter des heutigen Hochschulreformprozesses hat Manuel J. Hartung 2004 in „Der Zeit“ auf diese ernüchternde historische Parallele hingewiesen:

„Den Juniorprofessoren fehlt die Perspektive; ob sie nach den sechs Jahren Professor sind oder quasarbeitsloser Privatdozent ist ungewiss. Der etwa in den USA übliche *tenure track*, eine Spur zur Dauerprofessur, auf die man bei guter Leistung kommt, fehlt in Deutschland.

¹¹ Jarausch: Das Humboldt-Syndrom, S. 74.

¹² Bundesministerium für Bildung und Forschung: An unseren Hochschulen bewegt sich etwas. Antworten und Fragen zur Juniorprofessur, o. O., o. J. (2001), S. 4f.

Zudem kritisieren einige Juniorprofessoren, dass sie zu wenig Mitarbeiter und Sachmittel haben, aber eine zu hohe Lehrverpflichtung, um sich in der Forschung profilieren zu können. [...]. Viele Juniorprofessoren haben den Untergang der Assistenzprofessoren aus den siebziger Jahren als Warnung vor Augen – diese waren den heutigen Juniorprofessoren sehr ähnlich und wurden mit dem selben Argument eingeführt. Es sollte Schluß sein mit der ‚Helotentätigkeit des vom Ordinarius abhängigen Assistenten‘, wie es damals hieß. Die Assistenzprofessoren scheiterten allerdings schon nach kurzer Zeit an Arbeitsüberlastung und am Beharrungsvermögen der Hochschule.“¹³

Das Beispiel der Assistenz- bzw. Juniorprofessur verweist auf die grundsätzliche Problematik, die mit dem Transfer eines fremden Hochschulelements in den heimischen Kontext verbunden ist. Einer medizinischen Organtransplantation gleich sollte im Rahmen eines derartigen Transferprozesses stets darauf geachtet werden, wie der ausgewählte Transfergegenstand am optimalsten in das eigene System integriert werden kann, um den innerhalb des Vorbildsystems identifizierten Positiv-effekt annähernd zu erreichen. Es ist sicherzustellen, und dies zeigen im Positiven wie im Negativen gerade die Erfahrungen aus den Reformen der 1960er und 1970er Jahre, daß Übernahmen aus den Vereinigten Staaten allein unter konsequenter Berücksichtigung dortiger und hiesiger Rahmenbedingungen erfolgen. Der bloße Hinweis auf die tatsächlich oder vermeintlich besseren Verhältnisse an amerikanischen Hochschulen reicht als solcher nicht aus, um mehr oder weniger tiefgreifende Veränderungen innerhalb des deutschen Hochschulsystems zu rechtfertigen. Auf die Gefahren eines derartigen Automatismus hat im Jahr 2000 zu Recht auch der Deutsche Anglistenverband mit Nachdruck hingewiesen:

„Es ist unerfreulich, daß sich die Auseinandersetzungen um den besten Weg für die Reform der deutschen Hochschulen zunehmend auf die Forderung verengen, an Deutschlands Universitäten möglichst schnell nordamerikanische Verhältnisse zu schaffen. Diese Zielvorgabe wird aber nicht von statistisch belegten Untersuchungen abgeleitet, die eine relative Unterlegenheit der deutschen Universität beweisen könnten, sondern beruht auf einem oft gedankenlosen Wiederholen der unbegründeten Behauptung, das nordamerikanische Universitätssystem sei dem deutschen überlegen. Die Amerikanisierung der deutschen Universität wird also unter Mißachtung der tatsächlichen Verhältnisse in Nordamerika propagiert.“¹⁴

Horst Mewes, Professor für Politische Theorie und Philosophie an der University of Colorado in Boulder, hat als Kenner beider Systeme sogar grundsätzlich in Frage gestellt, ob die Übertragung einzelner amerikanischer Teilelemente überhaupt möglich sei:

„Als unhaltbar beurteile ich allerdings die weit verbreitete Meinung, daß man wenigstens bestimmte Elemente des amerikanischen Hochschulsystems nach Deutschland transferieren könne, wenn schon eine komplette Übernahme nicht möglich ist. Die Teile [...] dürfen

¹³ Manuel J. Hartung: Immer Ärger mit dem Junior, in: Die Zeit vom 5. 8. 2004.

¹⁴ Vorbild Nordamerika? Zum problematischen Vergleich Nordamerikanisches/Deutsches Hochschulsystem. Stellungnahme des deutschen Anglistenverbandes, erstellt von Stephan Kohl in Zusammenarbeit mit Monika Fludernik und Hubert Zapf, Würzburg 2000, S. 1. Vgl. zudem den Abdruck Stephan Kohl u. a.: Vorbild Nordamerika? Zum problematischen Vergleich Nordamerikanisches/Deutsches Hochschulsystem, in: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 2/3 (2000), S. 302–320. Vgl. auch Hubert Zapf: Vorbild Amerika? Anmerkungen zum Vergleich des deutschen und des amerikanischen Hochschulsystems, Augsburg 2007.

nämlich von ihrer Funktion und Bedeutung her nicht von dem System als Ganzem getrennt werden: Kann Letzteres nicht imitiert werden, so können es ebenso wenig seine signifikantesten Teile.“¹⁵

Tatsächlich läßt sich in der Reformdiskussion der vergangenen Jahre oftmals eine Art Reflex beobachten, der beinahe in jeder Frage von hochschul- und wissenschaftspolitischer Relevanz auf die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten verweist.¹⁶ Dabei wird allerdings nicht selten außer acht gelassen, daß beide Hochschulsysteme in ihrer heutigen Gestalt auf völlig unterschiedlichen historischen Entwicklungen aufbauen. Allein die Art der Hochschulfinanzierung ist nicht vergleich- und somit auch nicht einfach übertragbar.¹⁷ Die dennoch häufig gestellte Forderung nach einer stärkeren Privatisierung des deutschen Hochschulwesens, ja nach der Gründung reiner Privatuniversitäten, berücksichtigt daher kaum die andersartigen steuer- und stiftungsrechtlichen Gegebenheiten bzw. Traditionen in beiden Ländern. Keine deutsche Universität verfügt auch nur annähernd über das Stiftungskapital einer der führenden amerikanischen Privathochschulen.¹⁸ Auch bewegt sich die Einwerbung sogenannter Drittmittel hierzulande auf einem völlig anderen Niveau als in den Vereinigten Staaten üblich. Selbst so prominente deutsche Privatgründungen wie Witten-Herdecke und die International University Bremen sind und bleiben wohl auch auf unabsehbare Zeit auf massive staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. „Daß die beiden neuen Privatuniversitäten in Deutschland [...]“, wie es der in St. Louis lehrende Paul Michael Lützeler 2002 etwas zugespitzt in der Zeitschrift „Merkur“ ausgedrückt hat,

„ihr Gründungskapital von der jeweiligen Landesregierung erhielten, ist bezeichnend. Eine private Universität aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert? Das klingt wie ein Widerspruch in sich selbst. In den USA ist es gerade umgekehrt: Dort fließen immer mehr Mittel aus privater Hand in die Budgets der Staatsuniversitäten.“¹⁹

Zudem sollte nicht vergessen werden, daß – abgesehen von den immer wieder ins Feld geführten Ivy-League-Institutionen – die meisten amerikanischen Hochschulen nicht das durchschnittliche Niveau einer deutschen Universität errei-

¹⁵ Horst Mewes: Das amerikanische Hochschulsystem – ein Modell?, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 195–207, hier S. 197 (Zitat).

¹⁶ Vgl. exemplarisch Lüst: Laßt uns von Amerika lernen, in: Die Zeit vom 3.5.1996.

¹⁷ Vgl. Alan Geiger: Kontrolle und Finanzierung der amerikanischen Hochschulen: Das Beispiel Ohio, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 33–44, sowie Hans N. Weiler: Kontrollgewalt und Finanzstrukturen des deutschen Hochschulwesens im Wandel, in: ebd., S. 45–66.

¹⁸ Vgl. Paul Michael Lützeler: Wissenschaftlicher Fortschritt durch Internationalität. Die amerikanische Universität als Modell, in: Merkur 11 (2002), S. 1047–1051; Rainer Künzel: Politische Kontrolle und Finanzierung – Die Zukunft staatlicher Steuerung, in: Ash: Mythos Humboldt, S. 181–194.

¹⁹ Lützeler: Wissenschaftlicher Fortschritt durch Internationalität, S. 1048. Vgl. diesbezüglich auch die Einschätzung zur Gründung der International University Bremen bei Meinolf Dierkes/Hans Merkens: Zur Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland, Berlin 2002, S. 24: „Ob die finanzielle Unterstützung von Filialgründungen US-amerikanischer Universitäten durch den deutschen Steuerzahler – wie in Bremen im Fall der Rice University geschehen – eine sinnvolle Strategie zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Bildungsstandorts Deutschland ist, bleibt abzuwarten.“

chen.²⁰ Dieser Umstand kann freilich nicht zufriedenstellen, er zeigt aber, daß das amerikanische Hochschulsystem eben nicht *als solches* vorbildlich sein kann, sondern lediglich einige wenige Spitzenuniversitäten.²¹ Und gerade weil dem so ist, stellt sich die entscheidende Grundsatzfrage, inwieweit „Äpfel mit Birnen“ überhaupt nutzbringend verglichen werden können.²²

In den vergangenen Jahren läßt sich aufgrund der Verknappung staatlicher Mittel auch unter deutschen Universitäten ein immer intensiver werdendes Bemühen beobachten, die Finanzierung von Forschung und Lehre auf eine zweite Säule zu stellen.²³ Naturgemäß fällt dabei der Wirtschaft eine zentrale Rolle zu. So warb beispielsweise der damalige Rektor der Universität Regensburg, Helmut Altner, im Rahmen einer am 29. Mai 2001 unter dem Titel *Princeton an der Donau?* vor der Industrie- und Handelskammer Oberpfalz/Ostbayern gehaltenen Rede für die Unterstützung der Regensburger Universitätsstiftung. Mit Blick auf die USA sagte Altner:

„Mehr Dynamik ist gefragt. Ein vertrauensvolles ‚der Staat wird’s schon richten‘, reicht nicht aus. Wer Spitzenleistungen will, muß selbst Hand anlegen! [...] Um strukturelle Vorteile gegenüber konkurrierenden Universitäten zu erreichen, bedarf es auch eines massiven und gezielten Mäzenatentums. Dafür möchte ich Sie werben. Dabei plädiere ich für amerikanische Verhältnisse in der Oberpfalz.“²⁴

Neben dem Versuch, das deutsche Hochschulwesen durch Privatgründungen oder die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln an die Spitzen der amerikanischen Universitätsliga aufschließen zu lassen, hat unter derselben Zielsetzung im Spätsommer 2004 der Vorschlag einer vom bayerischen Wissenschaftsministerium eingesetzten Expertenkommission Aufmerksamkeit erregt, die beiden Münchner Universitäten (LMU und TU) zu einer ‚University of Munich‘ zu fusionieren und die bisherige Fakultätsgliederung zugunsten fachbezogener „Schools“ (man könnte hier auch von größeren „Departments“ sprechen) nach angelsächsischem Muster

²⁰ Vgl. hierzu Ash: Bedeutet ein Abschied vom Mythos Humboldt eine „Amerikanisierung“ der deutschen Universitäten?, S. 256f.; Gebhardt: Einleitung: Jenseits von Humboldt – Humboldt?, S. 6; Daniel Fallon: Die Differenzierung amerikanischer Hochschulen nach Funktion und Bildungsauftrag, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 87–105.

²¹ Vgl. hierzu die Einschätzung des Präsidenten der Universität Erfurt Wolfgang Bergsdorf: Die Universität in der Wissensgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26 (2002), S. 20–26, hier S. 23 (Zitat): „Ohne jede Frage bietet das amerikanische Hochschulwesen eine Vielzahl von wichtigen Anregungen, die für die Reform der deutschen Universitäten von erheblicher Relevanz sind. Gleichwohl läßt sich die Behauptung nicht verifizieren, daß ‚die‘ amerikanische Universität besser sei als die deutsche. Dafür ist der Standard in den USA zu unterschiedlich, der Abstand zwischen den meisten privaten Spitzenuniversitäten und den minderen Hochschulen ist dort viel breiter, als dies in Deutschland der Fall ist. Die zehn Spitzenuniversitäten allerdings sind zweifellos besser als die zehn besten deutschen Universitäten, welche Kriterien man auch immer anlegt.“

²² Vgl. Mitchell G. Ash: Äpfel mit Äpfeln vergleichen! Wider die Mythen amerikanischer Universitäten in der deutschen hochschulpolitischen Diskussion, Forschung und Lehre, in: Mitteilungen des Deutschen Hochschullehrerverbandes 4 (1998), S. 172–175.

²³ Vgl. Weiler: Kontrollgewalt und Finanzstrukturen, S. 56–58.

²⁴ Helmut Altner: Princeton an der Donau? Profil und Wirkungen der Regensburger Universitätsstiftung. Rede, gehalten auf der Vollversammlung der IHK am 29.5.2001 (verteiltes Redemanuskript), S. 2.

umzugestalten. Begründet wurde die vermeintliche Notwendigkeit einer solchen Hochschulfusion mit den davon zu erwartenden Synergieeffekten. Erwartungsgemäß rief der Kommissionsvorschlag bei den betroffenen Hochschulen sowie in der Öffentlichkeit ein eher geteiltes Echo hervor. Während man sich an der LMU von der Vorstellung einer Münchner „Riesenuniversität“ wenig begeistert zeigte, wurde die „Holding“-Idee von der TU-Führung durchaus positiv aufgenommen. Um mögliche Vorbehalte zu zerstreuen, bemühte TU-Präsident Wolfgang Herrmann in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ wiederum ein amerikanisches Vorbild. „Es kann doch eine große Chance sein“, so Herrmann, „wenn beide Universitäten zusammengehen. Man sollte nicht voreilig von einem Moloch reden. 1300 Professoren sind ja kein Moloch. Die beiden Physik-Fakultäten zusammen hätten die Größe derjenigen von Stanford.“²⁵

Nur wenig später äußerte der damalige Präsident der Berliner FU, Dieter Lenzen, ebenfalls unter Verweis auf amerikanische Gegebenheiten öffentlich Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Münchner Hochschulfusion. Nach Lenzen stehen hinter derartigen Plänen, wie sie bereits an der Universität Duisburg-Essen umgesetzt wurden, primär Spar- und Disziplinierungsmotive des Staates und weniger der propagierte Wille zur Exzellenz auf amerikanischem Spitzenniveau:

„Ein erstes Motiv heißt: Universitäten in die Liquidation treiben. Fusionsideen im Hochschulbereich entstehen häufig aus finanziellen Engpässen – oder eine Universität, deren Leitung oder die Belegschaft ist unbequem geworden, kurz: Sie muß weg. Da man eine Universität zumindest nicht wie in Weißrußland einfach schließen und Professoren verschwinden lassen kann, läßt man sie in einer diffusen Fusionsmasse aufgehen. Gern wird dabei auf die USA verwiesen, doch dieser Hinweis ist falsch: Die US-Spitzenuniversitäten haben durchaus klassische Fakultäten, und sie haben vor allem Geld. So verfügt die Columbia Universität in New York [die Partneruniversität der FU, S. P.] dieses Jahr über 2,4 Milliarden Dollar für 19000 Studenten, die Ludwig-Maximilians-Universität in München 2003 nur über 307 Millionen Euro für 50000 Studenten. [...]. Der Effektivitätsgewinn einer University of Munich bestünde darin, daß 70000 Studenten an einer Universität studierten. Sie wäre die größte Universität der Welt, aber nicht die Beste.“²⁶

Die mittlerweile ad acta gelegte Diskussion um eine „University of Munich“ zeigt exemplarisch, welch bizarres Ausmaß die amerikanische Vorbildfunktion im Hochschul- und Wissenschaftsbereich angenommen hat. Gegner wie Befürworter einer Amerikanisierung des deutschen Hochschulwesens verweisen auf die Verhältnisse an amerikanischen Spitzenuniversitäten, um ihr *Pro* oder *Contra* in dieser Frage zu untermauern. Mit anderen Worten: Das „Vorbild USA“ dominiert den heutigen Hochschulreformdiskurs in der Bundesrepublik in einem kaum zu überschätzenden Ausmaß. Gleichzeitig aber scheint das Bewußtsein für die historischen Voraussetzungen dieser amerikanischen Vorbildrolle nur mehr rudimentär vorhanden zu sein. Aktuelle Reformen, wie die schon erwähnte Einführung der Juniorprofessur oder die erneute Installierung von Hochschulräten, werden gegenüber der Öffentlichkeit als Novum und wichtiger Schritt zur Modernisierung

²⁵ Angst vor der Monster-Uni – Hoffnung auf ein schützendes Dach, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. 9. 2004.

²⁶ Dieter Lenzen: Uni-Fusion: Münchner Größenwahn, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. 9. 2004.

der Universitäten dargestellt, ohne darauf hinzuweisen, daß beinahe exakt die gleichen Reformpfade schon vor einigen Jahrzehnten mit damals eher bescheidenem Erfolg beschritten wurden.

Das eigentliche Kernproblem war und ist bis heute jedoch nicht die Frage, *ob* wir etwas von amerikanischen Universitäten lernen können oder nicht, sondern vielmehr *wie* wir dies konkret tun. Nochmals: Der Transfer einzelner Elemente aus dem amerikanischen Hochschulsystem – und mögen die Motive hierfür noch so begründet scheinen – verlangt nicht nur deren Anpassung an deutsche Rahmenbedingungen, sondern in gleicher Weise auch umgekehrt die Anpassung hiesiger Strukturen an die übernommenen Elemente. Was nützt wie gesagt ein deutscher Universitätspräsident, wenn dieser nicht mit vergleichbaren Kompetenzen ausgestattet ist wie sein amerikanisches Vorbild? Oder: Was bringt ein Hochschulrat ohne wirkliches Mitspracherecht in Fragen der Universitätsverwaltung?

Auch sollte nicht vergessen werden, daß grundlegende Reformen im Hochschulbereich nicht zum Nulltarif zu bekommen sind, speziell dann nicht, wenn durch diese – wie gerne behauptet wird – das Niveau amerikanischer Spitzenuniversitäten erreicht werden soll. Der Staat, d.h. Bund wie Länder, aber auch die Hochschulen selbst müssen sich endlich darüber klar werden, wohin die Reise im 21. Jahrhundert gehen soll. Der alleinige Hinweis auf amerikanische Spitzenuniversitäten nützt nichts, solange deutsche Hochschulen nicht über vergleichbare strukturelle und finanzielle Voraussetzungen verfügen. Diesbezüglich hat auch Horst Mewes darauf hingewiesen,

„daß bedeutsame Reformen der deutschen Universitätsausbildung durch fehlende politische (und somit finanzielle) Unterstützung bisher nicht durchsetzbar waren. Wie unter diesen Umständen irgendwelche wichtigen Aspekte des generell sehr kostspieligen amerikanischen Systems auf Deutschland transferiert werden können ist unklar. [...]. Genauer gesagt ist es [das deutsche Hochschulsystem, S. P.] gezwungen, unter absolut unmöglichen Bedingungen zu arbeiten: der Unterbringung stets wachsender Studentenzahlen bei gleichzeitiger finanziellen Kürzungen, die eine kontinuierliche Reduktion personeller und materieller Ressourcen fordern. Es ist zu befürchten, daß unter derartigen Umständen die Durchsetzung ernsthafter Reformen äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist.“²⁷

Die im Herbst 2003 von der Bundesregierung angestoßene Diskussion um die Einrichtung von Eliteuniversitäten nach amerikanischem Muster – man spricht in diesem Zusammenhang gerne von einem oder gar mehreren „deutschen Harvard(s)“, während – wir erinnern uns – im ausgehenden 19. Jahrhundert z.B. die Johns-Hopkins-University noch voller Stolz als „Göttingen in Baltimore“ bezeichnet wurde, mutet unter den gegebenen Voraussetzungen befremdend an.²⁸ Welche objektiven und belastbaren Kategorien sollen darüber entscheiden, ob eine Universität in den „Elite-Olymp“ aufsteigen darf oder nicht? Selbstverständlich existiert bereits heute keine wirkliche Gleichheit unter den deutschen Hochschulen. Jede Universität zwischen Kiel und Konstanz kann mit eigenen Stärken und

²⁷ Mewes: Das amerikanische Hochschulsystem – ein Modell?, S. 196 (Zitat).

²⁸ Zu der damals von der Bundesregierung angestoßenen Diskussion vgl. die folgenden höchst aufschlußreichen Artikel: Nico Fried: Von der Wiege zum Beruf, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. 1. 2004; Jeanne Rubner: USA – Das große Vorbild, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. 1. 2004.

Schwächen aufwarten. Dennoch läßt sich hierzulande noch nicht – wie in den USA durchaus üblich – von Universitäten *mit* oder *ohne* wissenschaftlichem Niveau reden. Faktisch aber käme der Ausbau einiger weniger Universitäten in Eliteeinrichtungen der Umwandlung der deutschen Hochschullandschaft in ein hierarchisches „Mehrklassensystem“ gleich. „Unter dem Lockruf ‚Eliteuniversität‘“, so warnt der Soziologe Ulrich Beck, „wird zurzeit de facto die Provinzialisierung der deutschen Universität perfektioniert.“²⁹ Tatsächlich sollte man sich über die zu erwartenden Folgen eines derartigen Schritts im klaren sein. Es bleibt fraglich, ob der von Politik und Wirtschaft mit Nachdruck eingeforderte Wettbewerb zwischen den Hochschulen – einmal abgesehen von der Handvoll auserkorener Eliteeinrichtungen – unter derart ungleichen Rahmenbedingungen überhaupt stattfinden würde³⁰ oder ob die künftigen Universitäten zweiter oder gar dritter Klasse nicht vielmehr gezwungen sind, sich mit ihrer Rolle abzufinden. Eine solche Entwicklung würde letztendlich wohl zu einer kaum wünschenswerten Amerikanisierung der deutschen Hochschullandschaft führen.³¹ „Ein paar Harvards, Stanfords und Yales“, wie Jeanne Rubner im Januar 2004 in der „Süddeutschen Zeitung“ warnte, „werden dem hiesigen Hochschulsystem nicht aus der Krise helfen. Die Oldenburgs [gemeint sind die kleineren bzw. durchschnittlichen Universitäten, S. P.] brauchen mehr Freiheit und vor allem einen verlässlicheren Staat statt all die Zaubersprüche.“³² Einen in dieser Frage völlig entgegenstehenden Standpunkt vertritt der Berliner Neurologe und damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates Karl Max Einhäupl, der in dem Aufbau speziell geförderter Eliteuniversitäten einen expliziten Nutzen auch für die vermeintlich „schwächeren“ Hochschulen auszumachen glaubt. In „Der Zeit“ vom 11. November 2004 schrieb Einhäupl:

„Beim Anwerben von Studierenden und Professoren muß Dresden neben Harvard bestehen können. Deutschland braucht Spitzenuniversitäten und mehr Spitzenforschung an den Universitäten. Das erfordert eine Kumulation von erstklassigen Köpfen in einer Einrichtung. [...] Auch Hochschulen, die vielleicht nicht zur Spitzengruppe gehören werden, wollen sich um Graduiertenschulen oder Exzellenzcluster bewerben oder an solchen anderer Universitäten beteiligen. Sie alle kennen die positiven Nebenwirkungen eines solchen Wettbewerbs: Wenn einzelne Universitäten in Deutschland Weltruhm erlangen, werden alle davon profitieren.“³³

Rückblickend betrachtet war es eine notwendige und ebenso richtige Entscheidung, das Hochschulwesen in den 1960er und 1970er Jahren auch mit Hilfe zahlreicher Neugründungen mit dem Ziel auszubauen, in der Bundesrepublik ein flächendeckendes und modernes Hochschulnetz zu etablieren. Der mit diesem

²⁹ Ulrich Beck: Vorwärts zu Humboldt 2, in: Die Zeit vom 11.11.2004.

³⁰ Vgl. exemplarisch Manfred Erhardt: Mehr Qualität und Leistung durch Wettbewerb und Eigenverantwortung. Zur Erneuerung deutscher Hochschulen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26 (2002), S. 3–6.

³¹ Vgl. zu dieser Debatte beispielhaft Martin Spiewak: Elite, in: Die Zeit vom 8.1.2004. Ferner siehe auch Richard Münch: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Frankfurt am Main 2007; Julia Friedrichs: Gestatten Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von Morgen, Hamburg 2008; Heike Schmoll: Lob der Elite. Warum wir sie brauchen, München 2008.

³² Jeanne Rubner: Die Märchen-Universität, in: Süddeutsche Zeitung vom 6.1.2004.

³³ Karl Max Einhäupl: Der lange Marsch zum Gipfel, in: Die Zeit vom 11.11.2004.

Schritt eingegangenen Verantwortung sollte der Staat jedoch erst in vollem Ausmaß gerecht werden, bevor mit Blick auf Amerika über die Errichtung von Eliteuniversitäten gesprochen werden kann. Durch die faktische Reduzierung finanzieller Zuweisungen und die Streichung von Personalstellen unter dem Deckmantel der Reform wird dies bei gleichzeitig steigenden Studentenzahlen und trotz der Einführung von Studiengebühren derzeit nicht in ausreichendem Maße getan. Statt dessen läuft die von Seiten der Politik und Wirtschaft eingeforderte „Ökonomisierung“ der Hochschulen auf Kosten der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften Gefahr, die Universitäten zu rein marktorientierten Spezialhochschulen für vermeintlich verwertbare Wissenschaftszweige zu degradieren.³⁴ Zudem sollen die Universitäten – abermals sei hier an die Diskussionen der 1960er und 1970er Jahre erinnert – möglichst nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten wie Unternehmen geführt werden.³⁵

Es steht selbstverständlich außer Frage, daß Hochschulen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Geldern sinnvoll haushalten sollen und müssen. Ebenso ist es richtig, die Wirtschaft an der Finanzierung von Forschung und Lehre zu beteiligen, ja diese in eine nachhaltige Verantwortung für die weitere Entwicklung der Hochschulen zu nehmen. Dennoch sollte in diesem Zusammenhang eine schlichte Tatsache niemals außer acht gelassen werden: Universitäten sind *keine* Wirtschaftsunternehmen und sollten demzufolge auch nicht wie solche geführt werden. Hochschulen haben einen wichtigen und hochkomplexen gesellschaftspolitischen und kulturellen Auftrag zu erfüllen, der sich – wenn überhaupt – nur bedingt nach wirtschaftlichen Kriterien messen läßt.³⁶ Ein derart betriebswirtschaftlich gedachter Ansatz mag in einzelnen Fächern wie Informatik oder Maschinenbau teilweise möglich sein, bei der Bewertung von Archäologen, Byzantinisten, Anglisten oder Historikern, ja selbst von Physikern und Biologen erscheint ein solches Instrumentarium weitestgehend unbrauchbar. Trotzdem verweisen die Befürworter einer „marktgerechten“ Hochschule beinahe gebetsmühlenartig auf die USA, freilich ohne gleichzeitig zu erwähnen, daß gerade die hierzulande so gepriesenen

³⁴ Zur Diskussion um die künftige Rolle der Geisteswissenschaften an den deutschen Universitäten vgl. u. a. Wolfgang Frühwald u. a.: Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, Frankfurt am Main 1991; Walter Erhart: Amerikanisierung. Reflexionen zu einem wissenschaftspolitischen Schlagwort, in: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 1 (2002), S. 56–72; Dieter Langewiesche: Wieviel Geisteswissenschaften braucht die Universität?, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S. 36–51; Klaus Landfried: Die Zukunft der Universitäten und die Rolle der Geisteswissenschaften, in: ebd., S. 52–69; Dan Diner: Cultural Engineering – Oder die Zukunft der Geisteswissenschaften, in: ebd., S. 70–79; Frank Meier/Uwe Schimank: Neue Steuerungsmuster an den Universitäten. Mögliche Folgen für die geisteswissenschaftliche Forschung, in: ebd., S. 97–113; Detlev Schöttker: Geisteswissenschaften im Visier des Journalismus. Zu einem Motiv des ‚deutschsprachigen Feuilletons‘ in den neunziger Jahren, in: ebd., S. 239–254.

³⁵ Zum Thema Universitätspräsident als Hochschulmanager aus heutiger Perspektive vgl. Peter Lundgreen: Mythos Humboldt in der Gegenwart: Lehre – Forschung – Selbstverwaltung, in: Ash: Mythos Humboldt, S. 145–169, hier besonders S. 164f. Vgl. auch Josef Lange: Hochschulentwicklung als inner- und außeruniversitäre Managementaufgabe, in: Hein Hoebink (Hg.): Perspektiven für die Universität 2000, Neuwied 1997, S. 63–75.

³⁶ Vgl. auch Dierkes/Merkens: Zur Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland, S. 11.

Ivy-League-Universitäten ausgezeichnet ausgebauten Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften unterhalten, die den weltweiten Ruf dieser Institutionen maßgeblich mitbegründen.

Der alleinige und nicht selten vollkommen unreflektierte Hinweis auf das „Vorbild USA“ bringt die deutsche Universität also nicht weiter. Wie in den 1960er und 1970er Jahren entlastet er allerdings vor der mühsamen Suche nach eigenständigen und damit systemimmanenten Lösungen. Vielmehr sollte endlich der Versuch unternommen werden, die zweifelsohne nicht von der Hand zu weisenden strukturellen und finanziellen Schwächen des deutschen Hochschulsystems von innen heraus zu beheben.³⁷ So hat unter dem Eindruck der angedachten Münchner Hochschulfusion Thomas Steinfeld in der „Süddeutschen Zeitung“ zu Recht vor einem „Hochschul-Mantra“ gewarnt, das die Lösung beinahe aller Probleme auf Hochschulebene durch eine Amerikanisierung verheißt:

„Ob der Hudson bald am Karwendelgebirge entspringt? Verzweifelt versucht die Bildungspolitik, den Stand der deutschen Hochschulen auf dem internationalen Markt des Wissens zu behaupten, und je schwieriger dieses Unternehmen wird desto heller scheint eine Schrift am Horizont aufzuleuchten: ‚Amerika‘ steht darauf geschrieben. Dort soll es Rettung geben für das System einer akademischen Bildung, das immer weniger und immer nutzloseres Wissen hervorzubringen scheint. Und weil die Vereinigten Staaten die allen Ländern überlegene Wissensmacht ist, möchte man ihr bald nach deren eigenem Muster begegnen. [...]. Die Namen der berühmten amerikanischen Universitäten dienen der deutschen Bildungspolitik mittlerweile als eine Art Mantra. Spricht man sie nur oft genug aus, so scheint man zu meinen, lasse sich ihr Geheimnis auch auf Deutschland übertragen. Wie stellt man sich das überhaupt vor? [...]. Wer die deutsche Universität wirklich amerikanisieren möchte, der muß es mit zweihundert Jahren akademischer Geschichte aufnehmen, und das ist eine unendlich größere Aufgabe als die Errichtung einer ‚Holding‘ für das neue Wissensunternehmen.“³⁸

Die genaue Kenntnis der unterschiedlichen historischen Entwicklung beider Hochschulsysteme und ihrer wechselseitigen Einflüsse in den vergangenen 200 Jahren bildet somit *die* entscheidende Grundvoraussetzung dafür, sich über die Chancen und Risiken einer gewünschten oder befürchteten Amerikanisierung des deutschen Hochschulsystems bewußt zu werden. Die vorliegende Studie möchte hierzu ihren Beitrag leisten.

³⁷ Vgl. Vorbild Nordamerika?, S.15 (Zusammenfassung): „Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Universität bleibt erhalten, wenn sie ihre besondere Eigenart und Leistungsfähigkeit beibehält. Statt ständig nach dem ‚amerikanischen Vorbild‘ zu schielen, muß die Politik die qualitätvolle Weiterexistenz der deutschen Universität als eigenständige, im Einflußbereich verschiedener Kulturen stehende Bildungsinstitution im Zentrum Europas fördern.“

³⁸ Thomas Steinfeld: Das Hochschul-Mantra, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. 9. 2004.

Abkürzungen

AAD	Akademischer Austauschdienst e.V.
AAU	Association of American Universities
AEA	American Economic Association
AHA	American Historical Association
APA	American Psychological Association
APSA	American Political Science Association
ASA	American Studies Association
ASSA	American Social Science Association
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuß
AvHSt	Alexander von Humboldt-Stiftung
BAK	Bundesassistentenkonferenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
CDU	Christlich Demokratische Union
C.N.R.S.	Centre national de la recherche scientifique
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFW	Dokumentation, Fachbibliothek, Werksbücherei
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGfA	Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien
DGfP	Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft
DHfP	Deutsche Hochschule für Politik
DUZ	Deutsche Universitäts-Zeitung
DUZ/HD	Deutsche Universitäts-Zeitung/Hochschuldienst
DVPW	Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
EAAS	European Association of American Studies
ECR	Education and Cultural Relations
ECRD	Education and Cultural Relations Division
ERAB	Education and Religious Affairs Branch
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAB	Archiv der deutschen Fulbright-Kommission (Berlin)
FU	Freie Universität (Berlin)
GSPA	Graduate School of Public Administration (Harvard University)
GWl	George-Washington-Institut (Stuttgart)
HICOG	High Commissioner for Germany

HRG	Hochschulrahmengesetz
HStA	Hauptstaatsarchiv
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HZ	Historische Zeitschrift
IfPW	Institut für Politische Wissenschaft
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IIE	Institute of International Education
IIT	Illinois Institute of Technology
IPSA	International Political Science Association
IUB	International University Bremen
JCS	Joint Chiefs of Staff
JFKI	John-F.-Kennedy-Institut (Berlin)
k.w.	künftig wegfallend
KMK	Kultusministerkonferenz
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität (München)
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
N.F.	Neue Folge
NS	Nationalsozialismus
NSF	National Science Foundation
NYU	New York University
OMGUS	Office of Military Government for Germany (U.S.)
OSI	Otto-Suhr-Institut (Berlin)
Ph.D.	Doctor of Philosophy
PR	Public Relations
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (Aachen)
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SS	Sommersemester
SWNCC	State-War-Navy Coordinating Committee
TH	Technische Hochschule
TU	Technische Universität

UAS	Universitätsarchiv Stuttgart
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
Univ.	Universität
UPC	University Planning Committee
USA	United States of America
U.S.S.	United States Ship
VDI-Z	Verein deutscher Ingenieure, Zeitschrift
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz
WS	Wintersemester
ZA	Zentralarchiv
ZENAF	Zentrum für Nordamerika-Forschung (Frankfurt am Main)
ZfH	Zentralarchiv für Hochschulbau (Stuttgart)
ZfP	Zeitschrift für Politik

Quellen und Literatur

Ungedruckte Quellen

1. Berlin, Archiv der Fulbright-Kommission (FAB)

FY 54, Reports N-Z (Nr. 770)
FY 54, Reports J-M (Nr. 777)
FY 54, Reports A-H (Nr. 778)
FY 55, Reports A-K (Nr. 807)
FY 55, Reports L-Z (Nr. 808)
FY 56, Reports A-N (Nr. 821)
FY 56, Reports (Nr. 846)
FY 57, Reports/Students (Nr. 873)
FY 59, Reports/Students (Nr. 930)
Reports, 1960–1961 (Nr. 988)
Reports/Visiting Scholars, 1963 (Nr. 48)
Research Lecturer, A-C, 1962–1963 (Nr. 581)
Research Lecturer, D-F, 1962–1963 (Nr. 582)
Research Lecturer, K-Re, 1962–1963 (Nr. 583)
Research Lecturer, G-H, 1962–1963 (Nr. 584)
Research Lecturer, Ri-Z, 1962–1963 (Nr. 585)
Reports 1964/65 (Nr. 649)
Reports 1966/67 (Nr. 407)
Reports 1966/67 (Nr. 720)
Reports 1966/67 (Nr. 722)
Reports 1967/68–1968/69 (Nr. 415)
Reports 1968/69 (Nr. 450)
Reports 1968/69 (Nr. 474)
Visiting Scholars 1971/72 (Nr. 243)
Annual Reports 1954–1961 (Nr. 1283)
BFS&Department Reports 1951–1957 (Nr. 1261)
APU II., 1958–1962 (Nr. 1282)
Senator Fulbright (o. Nr.)
Press Clippings, 1955–1962 (o. Nr.)
Press Clippings, 1962–1963 (o. Nr.)
Press Clippings, 10th Anniversary German-American Fulbright-Program (o. Nr.)
Press Clippings, 1977–1990 (o. Nr.)

2. München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA)

Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst

MK 65893	Tagungen europäischer Kultusminister, Beiakt 1, 1. Konferenz, 1959.
MK 65894	Tagungen europäischer Kultusminister, Beiakt 2, 2. Konferenz, 1961.
MK 65925	Deutsch-Amerikanisches Kulturabkommen, Bd. I, 1952–1973.
MK 65961	Konferenz der Kultusminister der drei Westzonen, 1948–1949.
MK 65962–65963	Errichtung der Ständigen Konferenz der Kultusminister als dauernde Einrichtung der Länder, 2 Bde., 1948–1951.

- MK 65965-65976 Ständige Konferenz der Kultusminister: Plenarsitzungen, 12 Bde., 1948-1970.
- MK 65977-65995 Ständige Konferenz der Kultusminister: Niederschriften der Plenarsitzungen, 19 Bde., 1949-1951.
- MK 66003 Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister, 1949-1955.
- MK 66004 Sammlung der Beschlüsse und Veröffentlichungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister, 1957-1962, 1967.
- MK 66014 Bildungsplanung und Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 1962-1967.
- MK 66015 Bildungsplanung und Bildungspolitik in der Bundesrepublik, Bd. 2, 1968.
- MK 66059-66062 Sitzungen der Regierungs- und Bildungskommission des deutschen Bildungsrates, 5 Bde., 1966-1970.
- MK 66595 Organisation des Bibliothekswesens, 1945-1958.
- MK 66598 Bericht über die Entwicklung des Bibliothekswesens in Bayern seit 1945, 1954.
- MK 66599 Wissenschaftsrat, Bibliotheksausschuß der deutschen Forschungsgemeinschaft, 1959-1966.
- MK 66654 Planungen über die Zusammenlegung von Staats- und Universitätsbibliothek, 1947-1955.
- MK 67410 Presseangelegenheiten und Presseberichte, Bd. I, 1970-
- MK 67453 TH-München: Physik-Department Garching, Bd. I, 1962-1969.
- MK 67454-67456 Gemeinsames Physik-Institut in Garching/Gebäude, 3 Bde., 1963-1971.
- MK 68572-68578 Hochschulen in genere, 6 Bde., 1945-1970.
- MK 68584 Errichtung einer vierten Landesuniversität, Zeitungsausschnitte 1948-1950.
- MK 68585 Errichtung einer vierten Landesuniversität, einer zweiten Technischen Hochschule, einer Technischen Fakultät an der Universität Erlangen und von Medizinischen Akademien (Memorandum der Staatsregierung), 1961-1966.
- MK 68586 Errichtung einer vierten Landesuniversität in Regensburg, 1961-1962.
- MK 68587-68588 Hochschulverfassung, Hochschulsatzungen und Hochschulorganisation, 2 Bde., 1947-1974.
- MK 68589-68593 Hochschulreform, 5 Bde., 1934-1975.
- MK 68594-68614 Hochschulgesetz (Entwurf), 21 Bde., 1949-1970.
- MK 68615 Hochschulgesetz (Entwurf), 1969.
- MK 68616-68628 Hochschulkonferenzen deutscher Regierungen bzw. Hochschulausschuß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK), Bd. 6-18, 1932-1971.
- MK 68629-68643 Hochschulausschuß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK): Niederschrift 1953-1971, 15 Bde., 1953-1971.
- MK 68649 Kontakte der Kultusminister bzw. des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, 1963-1972.
- MK 68650-68657 Westdeutsche Rektorenkonferenz, 8 Bde., 1952-1972.
- MK 68679-68680 Professoren Austausch mit ausländischen Hochschulen. Berufungen deutscher Professoren auf ausländische Lehrstühle (Generalia), 2 Bde., 1952-1966.
- MK 68681 Austausch von Professoren etc. mit den Vereinigten Staaten (Fulbright Abkommen), 1952-1955.
- MK 68697 Förderung der Ostforschung an den Hochschulen
- MK 68699 Alexander von Humboldt-Stiftung zur Ausbildung junger ausländischer Akademiker in der Bundesrepublik Deutschland, 1953-1960 (-1969).
- MK 68768-68771 Außerbayerisches und ausländisches Hochschulwesen (Generalia), 4 Bde., 1947-1967.

- MK 68772-68775 Außerbayerisches und ausländisches Hochschulwesen (Spezialia), 4 Bde., 1952-1970.
- MK 68782 Jahrhundertfeiern auswärtiger Universitäten und Hochschulen, 1947-1955.
- MK 68836 Gastprofessuren (Generalia), 1940-1973.
- MK 68842-68843 Urlaub, Beurlaubung (Forschung, Gastprofessuren) und Studienreisen der Hochschullehrer (Generalia), 2 Bde., 1943-1971.
- MK 68844-68845 Betätigung von Hochschullehrern im Ausland bzw. Sicherstellung deutscher Wissenschaftler im Ausland (Generalia), 2 Bde., 1954-1961.
- MK 68980 Reisebeihilfen zur Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen, vor allem im Ausland (Generalia), 2 Bde., 1951-1973.
- MK 68982-68983 Dienstreisen, Fahrkostenerstattungen, Reise und Umzugkostenvergütungen, Tagegelder, Trennungentschädigungen für Hochschulangehörige (Generalia), 2 Bde., 1933-1973.
- MK 69020 Hochschulwesen-Universitätsbauwesen, BA 1: Zentralarchiv für Hochschulbau, Bd. 1, 1966-1967.
- MK 69024 Wiederaufbau und Ausbau der bayerischen Hochschulen, 1952-1952.
- MK 69028-69029 Hochschul- und Institutsbibliotheken, 2 Bde., 1947-1973.
- MK 69352 Institut für Politische Wissenschaft (Mü), 1958-1968.
- MK 69686 Lehrstühle (Mü), 1946-1974.
- MK 69715 Errichtung eines Lehrstuhls für Amerikakunde bzw. für die Amerikanische Kulturgeschichte und Philosophie (Mü), 1929-1979.
- MK 69722 Ordentlicher Lehrstuhl für Europäische Geschichte und Amerikanische Geschichte (kw-Professur) => Mü, 1955-1979.
- MK 69750 Amerika-Institut (Mü), 1948-1970.
- MK 69897-69900 Gastvorträge, Gastvorlesungen, Gastprofessur, 4 Bde., 1938-1976.
- MK 71821 Universität Erlangen: Organisation, 1946-1962.
- MK 71828-71830 Universität Erlangen: Allgemeines, 2 Bde., 1945-1974.
- MK 72107 Universität Erlangen: Ordentlicher Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte (kw-Professur), 1945-1956.
- MK 72149 Universität Erlangen: Seminar für Amerikakunde, 1967-1973.
- MK 72277 Universität Erlangen: Seminar für England- und Amerikakunde, 1961, 1967.
- MK 72350 Gastvorträge, Gastvorlesungen, 1946-1963.
- MK 72358-72359 Universität Würzburg: Organisation, 2 Bde., 1920-1969.
- MK 72360 Universität Würzburg: Allgemeines, 1944-1970.
- MK 72641 Universität Würzburg: Institut für Amerikaforschung, 1923-1949.
- MK 72673-72674 Universität Würzburg: Gastvorträge, 2 Bde., 1941-1977.
- MK 72685 Universität Regensburg: Anregungen, Denkschriften, Vorschläge u. ä. zu den Aufgaben der Universität Regensburg, 1962-1974.
- MK 72686 Universität Regensburg: Konferenz der neugegründeten Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland in Regensburg 1969.
- MK 72697-72698 Universität Regensburg: Presseberichte zur Errichtung der Universität Regensburg (Sammlung), 2 Bde., 1961-1967.
- MK 72701 Universität Regensburg: Gebäude der Universität Regensburg, 1962-1968, 1972.
- MK 72706-72708 Universität Regensburg: Sitzungen der Baukommission (mit Protokollen), 3 Bde., 1965-1974.
- MK 72711 Universität Regensburg: Sammelgebäude der Universität Regensburg, 1964-1968.
- MK 72736-72737 Universität Regensburg: Universitätsbibliothek Regensburg, 2 Bde., 1963-1978.
- MK 72740 Universität Regensburg: Gebäude der Universitätsbibliothek Regensburg (Pläne), 1963-1973.
- MK 72816-72817 Universität Augsburg: Errichtung und Organisation der Universität Augsburg, 2 Bde., 1966-1972.

- MK 72819 Universität Augsburg: Gebäude der Universität Augsburg, 1968–1973.
- MK 72820 Universität Augsburg: Baugelände für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Hochschule in Augsburg, 1966–1970.
- MK 72826 Universität Augsburg: Fachbereiche der Universität Augsburg, 1970–1972.
- MK 72828–72829 Universität Augsburg: Presseauschnitte über die Universität Augsburg, 2 Bde., 1966–1972.

Der Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund, Dienststelle Bonn

- 418 Hochschulreform, 1968
- 420 Bayerisches Hochschulgesetz von 1970, 1966–1970.
- 421 Hochschulrahmengesetz: Entwürfe und Begründungen etc., 1969–1970.
- 422 Hochschulrahmengesetz: Stellungnahmen zum Regierungsentwurf durch WRK, 1970–1971.
- 423 Hochschulrahmengesetz: Entwürfe und Stellungnahmen.
- 426 Planungsausschuß für den Hochschulbau, 1969–1972.

3. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ)

OMGUS

- 2/99-2/4A Basic Principles for Democratization of Education in Germany, o. Datum.
- 3/160-3/29 Political Science Training in German Universities, September 1949.
- 5/291-3/8 US-State-Department Recommendations for ECR Programs: Austausch/Higher Education etc., July 1949–November 1949.
- 5/291-3/12 General Development of German Universities. Rede von Fritz Karsen, August 1948.
- 5/297-2/37 Evolution of Bavarian Universities etc., Juli 1946–März 1948.
- 5/298-2/5 Investigation of Undemocratic Attitude (insb. München), o. Datum.
- 5/298-3/31 Re-opening and Development of Universities in Hessen, April 1946–März 1948.
- 5/299-1/40 Establishment of an International University in Germany, März 1947–August 1947.
- 5/299-2/40 Basic Principles of Reorganization and Democratization of German Education, Februar 1945–März 1945.
- 5/299-3/2 Social Sciences in German Universities, März 1947–Juni 1947.
- 5/299-3/28 University – Policy: Reports of Various Meetings, Juli 1946–Oktober 1947.
- 5/299-3/28 Meetings of Educational Controll Officers (Univ.) in NRW and of University Officers U.S. Zone in Wiesbaden, 2./3. Mai 1947.
- 5/299-3/28 Marburg Meeting, September 1946.
- 5/299-3/29 Re-establishment and Development of German Universities, Juli 1946–April 1948.
- 5/300-1/37 Re-opening Universities etc.: Basic Plans and Regulations, Februar 1945–September 1945.
- 5/300-3/25 School and University Buildings (Zerstörung, Zustand), Dezember 1945–Juni 1948.
- 5/301-1/26 Development of German Universities etc. Chronological Files of Dr. Karsen, September 1947–Juni 1948.
- 5/301-2/26 Visiting Lecturers from U.S./Exchange of Students between German and U.S.-Universities, Januar 1946–Dezember 1947.
- 5/304-1/6 Beginning Activities of PHW Div., Education Branch, Juli 1945–März 1946.
- 5/304-1/28 Denazification of German Universities. General Regulations and Policy, September 1946–März 1948.
- 5/304-1/43 Re-opening of Universities (Directives etc.), Oktober 1945–November 1945.

- 5/305-1/35 Democratization of German Universities in the U.S. Zone/Karsen, 4. August 1948.
- 5/305-2/45 Directive for the Re-opening of Universities in U.S. Zone, November 1945.
- 5/307-2/7 Länderrat-Treffen (Universitäten), Januar 1947–Dezember 1947.
- 5/307-3/16 University Opinion on Postwar Germany, 1. November 1945.
- 5/307-3/22 ERA Weekly-Summaries/Allgemein: Bildung und Higher Education, Februar 1946–März 1948.
- 5/307-3/23 Education Cultural Relations: Rockefeller Funds etc., Juni 1945–August 1948.
- 5/308-1/11 Rektorenkonferenz in U.S. und Brit. Zone, August 1946–September 1947.
- 5/309-1/28 Re-opening Basic Directives 1945, September 1945–Dezember 1945.
- 5/309-1/29 Participation of Universities in the Social Order in Order to Secure the Successful Development of Democracy in Germany (Memo), o. Datum.
- 5/374-2/16 Denazification of Universities in U.S. Zone (Würzburg), Oct. 1946.
- 7/39-2/8 Higher Education/Erwachsenenbildung unter Milit. Regierung, 22. Juli 1944.
- 11/38-1/5 Universities: Conferences of Rectors/Länderrat, o. Datum.
- 15/125-1/4 Entnazifizierung Universitäten, Dezember 1945–Oktober 1947.
- 15/128-1/16 Entnazifizierung an Inst. Higher Learning, 1945–1946.
- 17/56-2/16 Meeting of German University Professors at Marburg, 12.–15. Juni 1946.

4. Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS)

Staatsministerium Baden-Württemberg

- EA 1/106 Staatsministerium Baden-Württemberg: Pressestelle.
- EA 1/920 431 Staatsministerium Baden-Württemberg: Allgemeines.
- EA 1/923 4106 Staatsministerium Baden-Württemberg: Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen, Bd. I, 1959–1962.
- EA 1/923 4106 Staatsministerium Baden-Württemberg: Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen, Bd. II, 1963.
- EA 1/923 4106 Staatsministerium Baden-Württemberg: Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen, Bd. III, 1964–1972.
- EA 1/924 4230 Staatsministerium Baden-Württemberg: Universität Konstanz, 1966–1973.
- EA 1/924 4105 Staatsministerium Baden-Württemberg: Hochschulreform – Allgemeines, 1966–1975.

Kultusministerium Baden-Württemberg

- EA 3/906 H-1030 Kultusministerium Baden-Württemberg: Fulbright Abkommen, 1958–1964.
- EA 3/906 H-1031 Kultusministerium Baden-Württemberg: Fulbright Abkommen – Einzelfälle, 1958–1964.
- EA 3/906 H-1055 Kultusministerium Baden-Württemberg: Fulbright Abkommen – Einzelfälle, 1964–1975.

5. Stuttgart, Universitätsarchiv Stuttgart (UAS)

Rektorenamt, Verwaltungsregistratur

- 17/150 Feststellung des Raumbedarfs der Institute, Abteilungen und der Bibliothek, 1949–1964.
- 17/245 Neubau der Bibliothek I (Architekt: Hans Volkart), 1955–1958.
- 17/246 Neubau der Bibliothek II (Architekt: Hans Volkart), 1958–1962.
- 17/247 Neubau der Bibliothek (Architekt: Hans Volkart), 1962.

- 17/248 Neubau der Bibliothek (Architekt: Hans Volkart), 1961–1962.
- 17/249 Neubau der Bibliothek (Architekt: Hans Volkart), 1957–1958.
- 17/250 Durchführung der Einweihungsfeier der Bibliothek, 1960–1962.
- 17/251 Aufstellung der Uhlmann-Plastik vor der Bibliothek, 1959–1962.
- 17/252 Artikel über den Neubau der Bibliothek in DLW/Nachrichten 33 (1963), 1963.
- 17/363 Anträge und Anregungen für den Austausch, die Umwandlung und Neuerrichtung von Professuren, 1946–1961.

Zentralarchiv für Hochschulbau Stuttgart (im Universitätsarchiv Stuttgart)

- 51/2 Diskussionspapier: Arbeitsplatz und Arbeitssituation (als Ausgangsgröße von Bemessung, Planung und Prognose), o. Datum.
- 51/3 Bericht einer Studienreise nach den USA (Schriften des ZA für Hochschulbau 2), o. Datum.
- 51/4 Gesamtplanung britischer Hochschulen (Schriften des ZA für Hochschulbau 5), 1967.
- 51/8-51/17 Information 2–11, 1968–1970.
- 51/44 Moderne Unterrichtstechnologie [Beiträge zur Universitätsplanung 1], o. Datum.
- 51/45 Fragenverzeichnis zur Erhebung bautechnischer Merkmale [Beiträge zur Universitätsplanung 3], Dezember 1967.
- 51/46 Bautechnische Kennwerte und Flächenarten: Ingenieurwissenschaften [Beiträge zur Universitätsplanung 4], Januar 1970.
- 51/48 Beiträge zur Bedarfsbemessung wissenschaftlicher Hochschulen: Planung im Hochschulbetrieb [Beiträge zur Universitätsplanung 10], Oktober 1967.
- 51/49 Grobrichtwerte zur Ermittlung des Gesamtflächenbedarfs wissenschaftlicher Hochschulen [Beiträge zur Universitätsplanung 11], November 1967.
- 51/50 Bedarfsrichtwerte und Kostenlimits im britischen Universitätsbau [Beiträge zur Universitätsplanung 12].
- 51/51 Bedarfsbemessung von Hochschulsportanlagen. Ergebnisbericht [Beiträge zur Universitätsplanung 13], 1967/68.
- 51/52 Bemessungsgrundlagen für den Flächenbedarf von Mensabauten [Beiträge zur Universitätsplanung 17], August 1969.
- 51/53 Bemessung des Flächenbedarfs geisteswissenschaftlicher Fachrichtungen. Ergebnisbericht [Beiträge zur Universitätsplanung 15/1], Mai 1968.
- 51/55 Bemessung des Flächenbedarfs im Fachbereich Physik. Ergebnisbericht [Beiträge zur Universitätsplanung 16], 1969.
- 51/65 BAM-Programm-Report [Beiträge zur Universitätsplanung 29], Juli 1969.
- 51/66 Der Komplexraum als wissenschaftliche Arbeitsfläche. Diskussionsbeitrag zum Thema: Überlegungen zu einer neuen Bauform im Hochschulbereich, o. Datum.
- 51/68 Karteikartensammlung mit Fotos. Enthält: Abbildungen von Modellen, Statistiken und Gebäuden, o. Datum.
- 51/69-51/73 Karteien zu Diasammlungen. Enthält: Abzüge der Dias (Pläne, Statistiken, Gebäudeaufnahmen), geordnet nach Städten und Ländern, 2 Versionen, Teil 1 u. 3, o. Datum.
- 51/74 Mikrofiche von Grundrissen von Hochschulbauten, o. Datum.
- 51/75-51/76 Karteien zu Diasammlungen. Enthält: Abzüge der Dias (Pläne, Statistiken, Gebäudeaufnahmen), geordnet nach Städten und Ländern, Version 1 u. 2, Teil 2 u. 4, o. Datum.
- 51/77-51/78 Dias zur Kartei (Version 1 und 2). Enthält: Aufnahmen von Plänen, Statistiken und Gebäuden, o. Datum.
- 51/87 Bauliche Planungsalternativen im Gesamthochschulbereich [Beiträge zur Universitätsplanung 7], November 1970.

- 51/88 Rationale Lösungen von Laborbau- und Laboreinrichtungsproblemen in Hochschulen, Industrieunternehmen und im Gesundheitswesen der USA [Beiträge zur Universitätsplanung 6], 1970.
- 51/89 Beiträge zur Bedarfsmessung wissenschaftlicher Hochschulen, Juni 1967.

Gedruckte Quellen

- Andrew D. White Reviews His Achievements at Cornell (1893), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 676–684.
- Andrew D. White to George L. Burr and Ernest W. Huffcut, 8. September 1893, in: Carl Becker: Cornell University. Founders and the Founding, Ithaca/NY 1943, S. 173–180.
- Andrew Dickson White's Description of Michigan under Tappan (ca. 1860), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 545–549.
- Anrich, Ernst (Hg.): Die Idee der deutschen Universität, Darmstadt 1956.
- Aufruf an die Kulturwelt (4. 10. 1914), in: Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren, S. 47–49.
- Becker, Carl: Cornell University. Founders and Founding, Ithaca/NY 1943.
- Bergedorfer Gesprächskreis: Neue Wege zur Hochschulreform. Differenzierte Gesamthochschule – autonome Universität. Protokoll des Bergedorfer Gesprächs, 26. Tagung am 24. Juli 1967, Hamburg 1967.
- Bergmann, Fritz von: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, in: FU Dokumentation, Teil III, hg. von der Freien Universität Berlin, S. 189–193.
- Bergstraesser, Arnold: Die Universität und die gesellschaftliche Wandlung der Gegenwart, in: Die Sammlung 8 (1953), S. 343–356.
- Ders.: Prinzip und Analyse in der amerikanischen wissenschaftlichen Politik, in: Jahrbuch für Amerikastudien 3 (1958), S. 7–14.
- Ders.: Internationale Politik als Zweig der Politischen Wissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift (1960/61), S. 106–119.
- Bericht des Gründungsausschusses über eine Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule in Ulm (Juli 1965), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 727–847.
- Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hg. im Auftrag des Senators von Berlin, Berlin 1964.
- Böhme, Klaus: Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975.
- CDU-Bundestagsfraktion: Schwerpunktprogramm für Wissenschaftspolitik, Kulturpolitik und Publizistik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die VI. Legislaturperiode, vom 26. August 1969, in: Westdeutsche Rektorenkonferenz: Hochschul- und Wissenschaftspolitik, S. 17–30.
- The „Cornell Idea“ Forms in White's Mind, in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 549–551.
- Daniel Coit Gilman on the Spirit of the First Johns Hopkins Faculty and the Trustees (1876), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 753.
- Daniel Coit Gilman Reviews the Accomplishments of the University Era (1869–1902), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 595–601.
- Denkschrift über Ausbau und Neuerrichtung wissenschaftlicher Hochschulen in Bayern (1962), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 148–202.
- Denkschrift über die Arbeiten und Ziele des Kongresses für studentische Gemeinschaftserziehung und Studium Generale (1950), in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 369–373.

Denkschrift über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg (1963), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.75–147.

Dritte und vierte Oberaudorfer Besprechungen 5.–9.4.1952; 11.–16.10.1952, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S.379–386.

Empfehlungen des Beratungsausschusses für die Gründung einer Universität zu Bremen (1963), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.483–518.

Empfehlungen des Strukturbeirates für die Universität Regensburg (1966/67), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.708–726.

Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses veröffentlicht vom Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Dezember 1962), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.207–256.

Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches (16.10.1914), in: Böhme: Aufrufe und Reden deutscher Professoren, S.49f.

Erste Oberaudorfer Besprechungen 16.–20.10.1959, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S.374–376.

Everett, Edward: University of Virginia, in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd.1, S.199–202.

Ezra Cornell Denies that He Founded an „Aristocratic“ University (1865), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd.2, S.555–557.

FDP-Bundestagsfraktion (Hg.): Stichworte zur Bundespolitik 1965–1969. Bildungspolitik, in: Westdeutsche Rektorenkonferenz: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Programmen und Leitsätzen der Parteien, Bad Godesberg 1969, S.67f.

Fichte, Johann G.: Deduzierter Plan einer zu errichtenden Lehranstalt, in: Anrich: Die Idee der deutschen Universität, S.125–218.

FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1945–1973. Hochschule im Umbruch, Teil I: Gegengründung wozu? 1945–1949, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973.

FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1945–1973. Hochschule im Umbruch, Teil II: Konsolidierung um jeden Preis 1949–1957, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973.

FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1945–1973. Hochschule im Umbruch, Teil III: Auf dem Weg in den Dissens 1957–1964, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973.

FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1945–1973. Hochschule im Umbruch, Teil IV: Die Krise 1964–1967, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973.

FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1945–1973. Hochschule im Umbruch, Teil V: 1967–1973, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973.

FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1945–1973. Hochschule im Umbruch, Teil VI: Bibliographie 1948–1974, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973.

Germany 1947–1949. The Story in Documents, Washington D.C. 1950.

Gilman Recalls the Early Days of the Johns Hopkins (1876), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd.2, S.646.

Gründungsausschuß für die Universität Dortmund: Empfehlungen zum Aufbau einer Universität in Dortmund, Teil I (1965), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S.519–563.

Heinemann, Manfred (Hg.): Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1948, Hildesheim 1990.

Ders. (Hg.): Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949, Göttingen 1997.

Henry P. Tappan on University Education (1851), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd.1, S.488–510.

Hess, Gerhard: „Zur Vorgeschichte des Wissenschaftsrates“, in: Wissenschaftsrat: Wissenschaftsrat 1957–1967, S.5–10.

- Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung (Hg.): Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen. Gesamtprotokoll der Konferenz von Walldleiningen vom 10. und 11. September 1949, Frankfurt am Main 1949.
- Dass.: (Hg.): Über die Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik. Gesamtprotokoll der Konferenz von Königstein im Taunus vom 15. bis 16. Juli 1950, Frankfurt am Main 1951.
- Hillard, George S. (Hg.): Life, Letters, and Journals of George Ticknor, Bd. 1, London 1876.
- Hochschultagung in Bad Honnef. Gegenwartsprobleme der deutschen Hochschulen, 19.–22. 10. 1955, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 455–464.
- Hofstadter, Richard/Metzger, Walter P.: The Development of Academic Freedom in the United States, New York/London 1955.
- Hofstadter, Richard/Smith, Wilson (Hg.): American Higher Education. A Documentary History, 2 Bde., Chicago/London 1961.
- Humboldt, Wilhelm von: Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, in: Anrich: Die Idee der deutschen Universität, S. 375–386.
- Jefferson Plans the University of Virginia (1800), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 1, S. 175f.
- The Johns Hopkins Trustees Are Advised to Select Gilman (1874), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 642.
- Kellermann, Hermann: Der Krieg der Geister. Eine Auslese deutscher und ausländischer Stimmen zum Weltkrieg, Dresden 1915.
- Loewenstein, Karl: Political Science und politische Erziehung in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen, S. 21–31.
- Ders.: Gastprofessuren an deutschen Universitäten und Hochschulen, in: Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen, S. 117–120.
- Marburger Hochschulgespräche. 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt am Main 1947.
- Marburger Hochschulgespräche 1947, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 261.
- Marburger Hochschulgespräche 1948, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 261f.
- Memorandum zu Fragen des Aufbaus und der Struktur der Universität Regensburg. Gutachten des Organisationsausschusses für die Universität Regensburg (10. Juni 1963), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 685–707.
- The Morrill Act (1862), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 568f.
- Neuhaus, Rolf (Hg.): Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, Wiesbaden 1961.
- Ders.: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen. Anregungen des Wissenschaftsrats, Empfehlungen und Denkschriften auf Veranlassung von Ländern in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960–1966, Wiesbaden 1968.
- Niedersächsisches Kultusministerium: Medizinische Akademie Hannover (1963), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 564–569.
- Organizing Cornell (1865), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 2, S. 553.
- Pfuhl, Kurt: „Wissenschaftsrat“, in: Wissenschaftsrat: Wissenschaftsrat 1957–1967, S. 11–21.
- Pollock, James K.: Begrüßung, in: Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: Über die Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik, S. 11f.

Pommerening, Horst: Bericht über die Erfahrungen während eines Studienaufenthaltes bei der Bundesverwaltung der Vereinigten Staaten, in: Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen, S. 113–116.

Probleme der deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagen im August 1952, Göttingen 1953.

Zur Reform des Habilitationswesens. Empfehlungen der 69. Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 21. Januar 1969, in: Westdeutsche Rektorenkonferenz: Die WRK-Empfehlungen zur Reform der Hochschule, S. 20–24.

Regierungserklärung im Bayerischen Landtag: Kultusminister Zehetmair stellt Einzelheiten der Hochschulreform dar. Presseerklärung des Bayerischen Kultusministeriums vom 29. Januar 1997.

Restaurieren-Reparieren-Reformieren. Die Universität lebendig erhalten. Zusammengefaßte Protokollergebnisse des 5. Deutschen Studententages in Karlsruhe 1.–4.5.1958, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 168–243.

Reuter, Ernst: Schriften und Reden, Bd. 3, Berlin 1974.

Rothe, Hans Werner: Über die Gründung einer Universität zu Bremen. Denkschrift, vorgelegt der Universitätskommission des Senats der freien Hansestadt Bremen, Bremen 1961.

Ders.: Über die Gründung einer Universität zu Bremen. Denkschrift, vorgelegt der Universitätskommission des Senats der freien Hansestadt Bremen (1961), in: Neuhaus: Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966, S. 265–482.

Ruhl, Klaus-Jörg: Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–49, München 1982.

Schelling, Friedrich W.: Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums, in: Anrich: Die Idee der deutschen Universität, S. 1–123.

Schleiermacher, Friedrich: Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinne, in: Anrich: Die Idee der deutschen Universität, S. 219–308.

Schwalbacher Richtlinien. Richtlinien für die Reform der Hochschulverfassungen in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes. Vorschläge eines Sachverständigenausschusses 1947, in: Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 262–288.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Vorschläge zur Reform der Hochschulen (Entwurf), in: Westdeutsche Rektorenkonferenz: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Programmen und Leitsätzen der Parteien, S. 33–54.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Hochschulgesetze und -sätzen, Bonn 1966.

Ständige Konferenz der Kultusminister: Zu vordringlichen Fragen der Hochschulpolitik, Bonn 1968.

Dies.: Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 10. April 1968, in: Bildung und Erziehung 3 (1968), S. 239f.

Statutes of Harvard (ca. 1646), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 1, S. 8–10.

Steffens, Henrik: Vorlesungen über die Idee der Universitäten, in: Anrich: Die Idee der deutschen Universität, Darmstadt 1956, S. 15–32.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): Fluktuation deutscher Wissenschaftler. Institutioneller Austausch – Privater Wechsel der Wirkungsstätte. VIII. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft (Essen, 6. Oktober 1964), Essen 1965.

Studienausschuß für Hochschulreform (Hg.): Gutachten zur Hochschulreform, Hamburg 1948.

Ticknor and the Harvard Reforms of the 1820's, in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 1, S. 269–273.

Ticknor on Freedom and Advanced Scholarship in Germany (1815–16), in: Hofstadter/Smith: American Higher Education, Bd. 1, S. 257–259.

Tolzmann, Don Heinrich: *German-Americans in the World Wars: A Documentary History*, 5 Bde., München 1995ff.

Die Universität Konstanz. Bericht des Gründungsausschusses (1965), in: Neuhaus: *Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966*, S. 570–626.

University of Chicago, President's Reports (1892–1902), in: Hofstadter/Metzger: *The Development of Academic Freedom in the United States*, S. 394.

Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates vom 5. September 1957, in: Neuhaus: *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, S. 512–514.

Westdeutsche Rektorenkonferenz: *Empfehlungen, Entschlüsse und Nachrichten vom Präsidenten mitgeteilt, 1959–1965*, Bad Godesberg 1967.

Dies.: *Empfehlungen zur Neuordnung der Universitätsorganisation*, 1. Teil: Die Organe der Gesamt-Universität. Entschlüsse der 68. WRK, Bad Godesberg, 17. Dezember 1968.

Dies.: *Zur Frage der Öffentlichkeit und zum Prinzip der Offenheit aller Akte der akademischen Selbstverwaltung*. Empfehlungen der 71. WRK, Bad Godesberg, 18. März 1968.

Dies.: *Die WRK-Empfehlungen zur Reform der Hochschule Februar 1968 – Mai 1968*, aufgrund der Godesberger Rektoren-Erklärung, Bad Godesberg 1968.

Dies.: *Empfehlungen zur Neuordnung der Universitätsorganisation*, 2. Teil: Der Fachliche Bereich. Entschlüsse der 71. WRK, Bad Godesberg, 18. März 1969.

Dies.: *Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Programmen und Leitsätzen der Parteien*, Bad Godesberg 1969.

Dies.: *Zur Reform des Habilitationswesens*. Empfehlungen der 69. WRK, Bad Godesberg, 21. Januar 1969.

Dies.: *Hochschulrahmengesetz – Hochschulgesetze der Länder der Bundesrepublik* (Stand Juli 1976), Bad Godesberg 1976.

Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen*, Teil I: *Wissenschaftliche Hochschulen*, Tübingen 1960.

Ders.: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen*, Tübingen 1962.

Ders.: *Abiturienten und Studenten. Entwicklung und Vorschätzung der Zahlen 1950 bis 1980*, Bad Godesberg 1964.

Ders.: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen*, Teil II: *Wissenschaftliche Bibliotheken*, Bad Godesberg 1964.

Ders.: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen*, Bad Godesberg 1964.

Ders.: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen*, Tübingen 1966.

Ders.: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen* (1960), in: Neuhaus: *Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960–1966*, S. 415–438.

Ders.: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten*, Tübingen 1968.

Ders.: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau der medizinischen Forschungs- und Arbeitsstätten*, Tübingen 1968.

Ders. (Hg.): *Wissenschaftsrat 1957–1967*, o. O. 1968.

Wright, Quincy: *Gegenwartslage der politischen Wissenschaft in den Vereinigten Staaten*, in: Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: *Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen*, S. 126–138.

The Yale Report of 1828, in: Hofstadter/Smith: *American Higher Education*, Bd. 1, S. 275–291.

Zweite Oberaudorfer Besprechungen 2.–6. April 1951, in: Neuhaus: *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, S. 376–379.

Zeitungen

Abendzeitung
 Bayerische Staatszeitung
 Berliner Tagblatt
 Christ und Welt
 Deutsches Volksblatt
 Die Geistige Welt
 Frankfurter Allgemeine Zeitung
 Handelsblatt
 Mannheimer Morgen
 Münchner Merkur
 The New York Herald Tribune
 New York Post
 Stuttgarter Nachrichten
 Stuttgarter Zeitung
 Süddeutsche Zeitung
 Tages-Anzeiger
 Der Tagesspiegel
 Vossische Zeitung
 Die Welt
 Die Woche
 Die Zeit

Literatur

- Abelshauser, Werner: Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987.
 Abromeit, Hans-Günther: Amerikanische Betriebswirtschaft. Die Praxis der Unternehmungen in den USA, Wiesbaden 1953.
 Acton, Rudolph P.: Zum Strukturwandel der deutschen Universitäten, Essen 1964.
 Adams, Walter (Hg.): The Brain Drain, New York 1968.
 Adams, Willi Paul: Die Geschichte Nordamerikas in Berlin, in: Reimer Hansen/Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, Berlin/New York 1992, S.595–601.
 Ders.: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankfurt am Main 1977, Nachdruck 1997.
 Ders.: Die USA im 20. Jahrhundert, München 2000.
 Ders.: Die USA vor 1900, München 2000.
 Ders.: Amerikastudien in der Bundesrepublik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd.2, S.451–465.
 Adolph Goldschmidt, 1863–1944. Lebenserinnerungen, hg. und kommentiert von Marie Roosen-Runge-Mollwo, Berlin 1989.
 Aebli, Hans: Die Reformuniversität Konstanz, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 14 (1967), S.18–31.
 Ahntton, Carl G.: My Work as Higher Education Advisor in Berlin. A Brief Memoir, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S.65–70.
 Albers, Detlef: Demokratisierung der Hochschule. Argumente zur Drittelparität, Bonn 1968.
 Albrecht, Ulrich/Heinemann-Gruder, Andreas/Wellmann, Arend: Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992.
 Alexander von Humboldt-Stiftung: Bericht der Alexander von Humboldt-Stiftung über ihre Tätigkeit vom 1. Oktober 1962 bis 30. September 1963, Bonn 1963.
 Dies.: Jahresbericht 1961, Bad Godesberg 1961.

- Dies.: Jahresbericht 1967, Bad Godesberg 1967.
- Alexander von Humboldt-Stiftung 1953–1993. 40 Jahre im Dienst von Wissenschaft und Forschung, Bonn 1993.
- Alperovitz, Gar: Atomic Diplomacy. Hiroshima and Potsdam, New York ²1994.
- Ders.: The Decision to Use the Atomic Bomb, New York 1995.
- Alter, Peter: Das Imperial College of Science and Technology – deutsches Vorbild und britischer Ansatz, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 31 (1981), S. 68–79.
- Altnr, Helmut: Princeton an der Donau? Profil und Wirkungen der Regensburger Universitätsstiftung. Rede, gehalten auf der Vollversammlung der IHK am 29. Mai 2001 (verteiltes Redemanuskript).
- Altrichter, Helmut: Die alliierte Deutschlandpolitik. Ziele, Phasen, Interpretationen, in: Walter L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hg.): Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Josef Becker zum 65. Geburtstag, München 1996, S. 263–286.
- Ambrosius, Lloyd E.: Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective, Cambridge 1992.
- Amerika-Gedenkbibliothek/Berliner Zentralbibliothek, Berlin, in: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 39–45.
- Amerika-Institut 1949–1989. 40 Jahre Amerika Studien an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Eine Institutsgeschichte, München 1989.
- Die Amerikanische Gedenkbibliothek in Berlin, in: Neue Bauwelt (1951), S. 706–761 und S. 826–828.
- Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform, hg. von der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien, Heidelberg 1967.
- Ammon, Ulrich: Ist Deutsch noch internationale Wissenschaftssprache? Englisch auch für die Lehre an deutschsprachigen Hochschulen, Berlin/New York 1998.
- Anger, Hans: Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten, Tübingen 1960.
- Angermann, Erich: Die Vereinigten Staaten von Amerika als Weltmacht seit 1917, München ⁹1995.
- Anweiler, Oskar: Bildungspolitik, in: Michael Ruck/Marcel Boldorf (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 4: 1957–1966 Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands, Baden-Baden 2007, S. 611–642.
- Arendt, Hannah: The Human Condition, New York 1958.
- Dies.: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main 1962.
- Arndt, Hans-Joachim: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1978.
- Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichte 43 (1995), S. 903–923.
- Ders.: Äpfel mit Äpfeln vergleichen! Wider die Mythen amerikanischer Universitäten in der deutschen hochschulpolitischen Diskussion, Forschung und Lehre, in: Mitteilungen des Deutschen Hochschullehrerverbandes 4 (1998), S. 172–175.
- Ders.: Bedeutet ein Abschied vom Mythos Humboldt eine „Amerikanisierung“ der deutschen Universitäten?, in: ders.: Mythos Humboldt, S. 253–256.
- Ders.: Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien u. a. 1999.
- Ders.: Heißt „Humboldt International“ auch „Humboldt Interkulturell“? Überlegungen zur Rezeption deutscher Universitäts- und Wissenschaftsstrukturen in anderen Ländern, in: Schwinges: Humboldt International, S. 335–348.
- Ders.: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 623–633.
- Ders./Söllner, Alfons (Hg.): Forced Migration and Scientific Change. Emigré German-Speaking Scientists and Scholars after 1933, Washington D.C. 1996.
- „Assistent Kreibich wurde FU-Präsident“, in: DUZ/HD 22 (1969), S. 16.

- Assistenzprofessoren: Ja oder Nein? Eine Stellungnahme zu dem umstrittensten Punkt der Personalstrukturreform von der Vertretung der Berliner Assistenzprofessoren, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1973), S. 219–225.
- Association of American Universities (AAU): Journal of Proceedings and Addresses (1901).
- AStA der Freien Universität Berlin (Hg.): Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, 1948–1963. FU Spiegel, Dezember 1963.
- Die Aufgaben der Hochschule und die Hochschullehrer. Diskussion der Teilnehmer des 14. Hochschulverbandstages mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Hans Dichgans, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 12 (Juli 1964), S. 153.
- Austausch von Wissenschaftlern innerhalb Europas, in: DUZ 9 (1967), S. 26.
- Autenrieth, Heinz: Das Hochschulwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Bericht über eine Studienreise, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 3 (1964), S. 93–111.
- Autrum, Hansjochem: Zur Planung der Universität Regensburg, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 11 (1966), S. 67–69.
- Bachof, Otto: Überlegungen zu einer Verwaltungsreform der deutschen Hochschulen, in: Festschrift für Hermann Jahreiss zu seinem siebenzigsten Geburtstag, hg. von Karl Carstens und Hans Peters, Köln/Berlin/Bonn/München 1964, S. 5–31.
- Backer, John H.: Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1983.
- Badger, Anthony J.: The New Deal. The Depression Years 1933–1940, Basingstoke 1989.
- Badstübner, Rolf: Restauration in Westdeutschland 1945–1949, Berlin (Ost) 1965.
- Bahrtdt, Hans Paul: Universität und Öffentlichkeit, in: DUZ/HD 2 (1969), S. 1–3.
- Banta, Frank G.: Student Exchange, in: Information Bulletin. Magazine of the Office of the High Commissioner for Germany, 30. November 1948, S. 10.
- Ders.: A Role in the Education Branch of the Office of the Military Government for Germany (US), in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2, S. 35–42.
- Basler, Otto: Amerikanismus. Geschichte eines Schlagwortes, in: Deutsche Rundschau 227 (1930), S. 142–146.
- Bates, Ralph S.: Scientific Societies in the United States, New York 1945.
- Bauer, Franz J.: Geschichte des Deutschen Hochschulverbandes, München 2000.
- Ders.: Das „lange“ 19. Jahrhundert. Profil einer Epoche, Stuttgart 2004.
- Bauhuis, Walter: Erwerbung, Katalogisierung und Magazinierung in amerikanischen wissenschaftlichen Bibliotheken, in: Wehmer: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, S. 85–147.
- Baumgarten, Eduard: Gedanken zur künftigen Hochschule, in: DUZ 8 (1960), S. 12–21.
- Ders.: Kriterien zum Entwurf neuer Universitäten, in: Universität neuen Typs? Vorträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum, Göttingen 1962, S. 35–58.
- Ders.: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, Tübingen 1963.
- Baumgarten, Marita: Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler, Göttingen 1997.
- Baylin, Bernard u. a.: The Great Republic. A History of the American People, 2 Bde., Lexington/MA 1992.
- Beck, Earl R.: Friedrich Schönmann. German Americanist, in: The Historian 26 (1964), S. 381–404.
- Becker, Peter Wolfgang: Francis Liebers wissenschaftliche Leistungen in den USA, in: Peter Schäfer/Karl Schmitt (Hg.): Franz Lieber und die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 19. Jahrhundert, Weimar/Köln/Wien 1993, S. 31–44.
- Bellers, Jürgen: Politikwissenschaft in Deutschland. Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40 (1990), H. 52/53, S. 14–27.
- Ben-David, Joseph: American Higher Education. Directions Old and New, New York u. a. 1972.
- Bendel, Jeffrey R.: Scholar versus Statesman. The Record of Henry Kissinger, Ann Arbor/MI 1982.
- Benz, Winfried: Der Wissenschaftsrat, in: Flämig u. a.: Handbuch des Wissenschaftsrechts (1996), Bd. 2, S. 1667–1687.

- Benz, Wolfgang: Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 41994.
- Ders.: Deutschland unter alliierter Besatzung. Ein Handbuch, Göttingen 1999.
- Berendt, Brigitte: Studenten helfen Studenten. Elf Jahre Tutorenarbeit an der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 40f.
- Berghahn, Volker: Deutschlandbilder 1945–1965. Angloamerikanische Historiker und moderne deutsche Geschichte, in: Ernst Schulin (Hg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem 2. Weltkrieg, Oldenburg 1989, S. 239–295.
- Ders.: Der Untergang des alten Europa, München 1997.
- Ders.: Calling a Spade a Spade. West German Society and the Problem of Americanization. Konferenzpapier für die Tagung „The American Impact on Western Europe. Americanization and Westernization in Transatlantic Perspective“, Deutsches Historisches Institut, Washington D.C., März 1999.
- Ders.: Amerika und der soziale Wandel in Deutschland 1945–1968, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 755–771.
- Ders.: Fordismus und westdeutsche Industriekultur 1945–1989, in: Trommler/Shore: Deutsch-amerikanische Begegnungen, S. 188–204.
- Ders.: Der Erste Weltkrieg, München 2003.
- Bergmann, Uwe/Dutschke, Rudi u. a.: Rebellion der Studenten, Reinbek 1968.
- Bergsdorf, Wolfgang: Die Universität in der Wissensgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26 (2002), S. 20–26.
- Bergstraesser, Arnold: Amerikastudien als Problem der Forschung und Lehre, in: ders.: Politik in Wissenschaft und Bildung, S. 191–200.
- Ders.: Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden, Freiburg i.Br. 21961.
- Ders.: Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften (1957/58), in: ders.: Politik in Wissenschaft und Bildung, S. 17–31.
- Bermbach, Udo: Zur Entwicklung und zum Stand der politischen Theoriengeschichte, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 142–167.
- Bernstein, Barton J.: Roosevelt, Truman, and the Atomic Bomb, in: Political Science Quarterly 90 (1975), S. 23–69.
- Berthold, Georg: Planung und Bau der Universitätsbibliothek Würzburg, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 163–166.
- Bertram, Ulrich: Erlanger Anglistik von 1750 bis 1990, in: ders./Dieter Petzold (Hg.): Erlanger Anglistik und Amerikanistik in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Instituts 1890–1990, Erlangen 1990, S. 3–102.
- Besson, Waldemar: Die Sachverwaltung zwischen Planung und Freiheit, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 24 (1969), S. 36–50.
- Besson, Waldemar: Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik, in: VfZ 7 (1959), S. 113–129.
- Beutter, Herta (Hg.): Max Kade (1882–1967). Industrieller, Sammler, Mäzen, Sigmaringen 1993.
- Beyme, Klaus von: Zum Tode Carl Joachim Friedrichs (1901–1984), in: Politische Vierteljahresschrift 25 (1984), S. 478f.
- Ders. (Hg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin, Opladen 1986.
- Ders.: A Founding Father of Comparative Politics: Carl Joachim Friedrich, in: Hans Daalder (Hg.): Comparative European Politics. The Story of a Profession, London/Washington D.C. 1997, S. 7–14.
- Die Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart 1962. Mit einer Darstellung ihrer Geschichte von Prof. Dr. jur. Paul Gehring, Stuttgart 1962.
- Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1988, hg. von Gerhard Liebers unter Mitarbeit von Franz-Heinrich Philipp und Gerhard Schlitt, Frankfurt am Main 1968.
- Biess, Frank Peter: Zwischen Ford und Hollywood. Amerika und der Amerikanismus in der Weimarer Republik 1924–1930, MA-thesis Washington University 1992.

- Biles, Roger: *A New Deal for the American People*, New York 1991.
- Birke, Adolf M.: *Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien*, München 1997.
- Black, Anthony: *Political Thought in Europe 1250-1450*, Cambridge u.a. 1992.
- Blanke, Bernhard/Jürgens, Ulrich/Kastendieck, Hans: *Kritik der politischen Wissenschaft*, Bd. 1: *Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main/New York 1975.
- Blanke, Gustav H.: *Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien im Nachkriegsdeutschland*, in: Bernd-Peter Lange/Reiner Lehberger (Hg.): *Anglistik heute. Einsichten, Aussichten*, Berlin 1986, S.78-85.
- Blaser, Werner: *Mies van der Rohe – IIT Campus*. Illinois Institute of Technology, Basel/Boston/Berlin 2002.
- Bleek, Wilhelm: *Die Brüder Grimm und die deutsche Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26 (1986), H. 1, S.3-16.
- Ders.: *Die Gründung der Wissenschaft von der Politik in den USA. Ein Kapitel amerikanisch-deutschen Kulturtransfers*, in: Manfred Funke u.a. (Hg.): *Demokratie und Diktatur. Festschrift für Karl Dietrich Bracher zum 65. Geburtstag*, Düsseldorf/Bonn 1987, S.521-533.
- Ders.: *Die Politik-Professoren in der Paulskirche*, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.): *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter*, München/New Providence 1994, S.276-299.
- Ders.: *Die Paulskirche in der politischen Ideengeschichte Deutschlands*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (1998), H. 3/4, S.28-39.
- Ders.: *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001.
- Ders./Lietzmann, Hans J. (Hg.): *Schulen in der deutschen Politikwissenschaft*, Opladen 1999.
- Bloch, Hans-Joachim: *Die (deutsche) Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik*, in: *Zeitschrift für Politik* (1954), S.190f.
- Bloom, Allan: *The Closing of the American Mind*, New York 1987.
- Bock, K. D./Arnold, O. H.: *Verwirklichung des „Department-Systems“ in einer Medizinischen Klinik*, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 2 (1969), S.39-47.
- Bockelmann, Paul: *Aufgaben und Aussichten der Hochschulreform. Zur Hochschulkritik und zur hochschulpolitischen Lage*, Göttingen 1962.
- Bode, Adolf: *Quantité négligeable? Die gegenwärtige Lage der Amerikakunde in Deutschland*, in: *Göttinger Universitäts-Zeitung* 4 (1949), S.9f.
- Bode, Christian: *The Honest Broker: Notizen aus dem deutsch-amerikanischen Austausch*, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: *Transatlantische Partnerschaft*, S.29-34.
- Bödeker, Hans Erich: *Das staatswissenschaftliche Fächersystem im 18. Jahrhundert*, in: Rudolf Vierhaus (Hg.): *Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung. Aus Anlaß des 250jährigen Bestehens des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht*, Göttingen 1985, S.143-162.
- Boehling, Rebecca: *Die amerikanische Kulturpolitik während der Besatzungszeit 1945-1949*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd.1, S.592-600.
- Boehm, Laetitia/Müller, Rainer A. (Hg.): *Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine Universitätsgeschichte in Einzeldarstellungen*, Düsseldorf 1983.
- Boldt, Hans: *Deutsche Staatslehre im Vormärz*, Düsseldorf 1975.
- Boles, John B.: *The History of International University Bremen: From Idea to Reality, 1997-2001*, in: Raymond O. J. Wells Jr. (Hg.): *The Founding of International University Bremen: Perspectives for the Twenty-first Century*, Bremen 2003, S.112-158.
- Bolsenkötter, Heinz: *Die Hochschule als Betrieb*, in: *DUZ/HD* 22 (1976), S.650-653.
- Bonheim, Helmut: *Probleme der Seminarbibliothek*, in: *DUZ/HD* 6 (1970), S.9-12.
- Boockmann, Hartmut: *Göttingen. Geschichte und Gegenwart einer europäischen Universität*, Göttingen 1997.
- Ders.: *Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität*, Berlin 1999.

- Bourdieu, Pierre: *Homo academicus*, Frankfurt am Main 1988.
- Bower, Robert T./McKenzie, Berta/Winograd, Burton: *An Analysis of Attitude Change among German Exchanges*. Institute for Research in Human Relations by Bureau of Social Research, The American University (als Manuskript vervielfältigt), Philadelphia/Washington D.C. August 1951.
- Boyer, Paul S. u.a.: *The Enduring Vision. A History of the American People*, Lexington/MA 1998.
- Brackmann, Michael: *Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948*, Essen 1993.
- Brands, Henry W.: *Bound to Empire. The United States and the Philippines*, Oxford 1992.
- Brecht, Arnold: *Political Theory. The Foundations of Twentieth-Century Political Thought*, Princeton 1959.
- Bredella, Lothar (Hg.): *Die USA in Unterricht und Forschung*, Bochum 1984.
- Breinig, Helmbrecht/Gebhardt, Jürgen/Ostendorf, Berndt (Hg.): *Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem. Bildungskonzepte und Wissenschaftspolitik*, Münster/Hamburg/London 2001.
- Ders.: Vorwort, in: ders./Gebhardt, Jürgen/Ostendorf, Berndt (Hg.): *Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem. Bildungskonzepte und Wissenschaftspolitik*, Münster/Hamburg/London 2001, S. vii–viii.
- Breitenbach, Edgar: *The American Memorial Library in Berlin. Its Aims and Organisation*, in: *Libri* 4 (1953/54), S. 281–292.
- Brenner, Eduard: 4 Thesen des Vortrages über die Politische Erziehung der Studenten, in: *Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen*, S. 46f.
- Bresinsky, Andreas: *Führer durch den Botanischen Garten und die Außenanlagen der Universität Regensburg*, Regensburg 1990.
- Briggs, Ward W.: Basil L. Gildersleeve: *The Formative Influence*, in: Geitz/Heideking/Herbst: *German Influences on Education in the United States*, S. 245–256.
- Ders./Benario, Herbert W. (Hg.): *Basil Lanneau Gildersleeve. An American Classicist*, Baltimore/London 1986.
- Brinkley, Alan: *The End of Reform. New Deal Liberalism in Recession and War*, New York 1995.
- Brix, Emil/Nautz, Jürgen (Hg.): *Universitäten in der Zivilgesellschaft*, Wien 2002.
- Brocke, Bernhard vom: *Der deutsch-amerikanische Professoren Austausch. Preußische Wissenschaftspolitik, internationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Düwell/Link: *Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871*, S. 128–182.
- Ders.: „Wissenschaft und Militarismus“. *Der Aufruf der 93 „An die Kulturwelt!“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg*, in: Wilamowitz nach 50 Jahren, hg. von William M. Calder III/Hellmuth Flashar/Theodor Linken, Darmstadt 1985, S. 649–719.
- Ders.: *Internationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik: Der Professoren Austausch mit Nordamerika*, in: ders. (Hg.): *Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive*, Hildesheim 1991, S. 185–242.
- Ders.: *Die Entstehung der deutschen Forschungsuniversität, ihre Blüte und Krise um 1900*, in: Schwinges: *Humboldt International*, S. 367–402.
- Browder, Dewey Arthur: *The Impact of the American Presence on Germany and German-American Grass-Roots Relations in Germany, 1950–1960*, Diss. Phil., Louisiana State University, 1987.
- Brown-Fleming, Suzanne: *Persönlichkeiten und Politik: Die Botschafter der USA in Bonn 1955–1968*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 236–248.
- Bruch, Rüdiger vom: *Berlin*, in: Boehm/Müller: *Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, S. 49–68.
- Ders.: *Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Vom Modell „Humboldt“ zur Humboldt-Universität 1810–1949*, in: Demandt: *Stätten des Geistes*, S. 257–278.

- Ders.: Die Gründung der Berliner Universität, in: Schwinges: Humboldt International, S.53–74.
- Ders./Kaders, Brigitte (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002.
- Brückner, Jutta: Staatswissenschaften, Kameralismus und Naturrecht. Ein Beitrag zur Geschichte der Politischen Wissenschaft im Deutschland des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts, München 1977.
- Bruder, Wolfgang (Hg.): Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.
- Brumm, Ursula: Amerikanistik am Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin, in: Manfred Scheler (Hg.): Berliner Anglistik in Vergangenheit und Gegenwart 1810–1985, Berlin 1987, S.189–195.
- Dies.: American Studies as We Found It, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S.8–17.
- Buchheim, Christoph: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988), S.189–232.
- Buchloh, Paul/Rix, Walter (Hg.): American Colony of Göttingen. Historical and Other Data Collected between the Years 1855–1888, Göttingen 1976.
- Buchstein, Hubertus: Auf der Suche nach einer „modernen Demokratietheorie“: Otto Suhr, Franz L. Neumann und Ernst Fraenkel, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S.171–194.
- Ders.: Verpaßte Chance einer kritischen Politikwissenschaft? A.R.L. Gurlands Gastspiel in Berlin 1950–1954, in: Exilforschung 9 (1991), S.128–145.
- Ders.: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin, Baden-Baden 1992.
- Ders.: Wissenschaft von der Politik, Auslandswissenschaft, Political Science, Politologie. Die Berliner Tradition der Politikwissenschaft von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der Politikwissenschaft, S.183–212.
- Bude, Heinz: Vorwort, in: ders./Greiner: Westbindungen, S.7–15.
- Ders./Greiner, Bernd (Hg.): Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik, Hamburg 1999.
- Bull, S.: Some German Technical Methods, in: SPEE-Proceedings 2 (1894), S.132–148.
- Bundesassistentenkonferenz: Kreuznacher Hochschulkonzept – Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Ergebnisse einer Arbeitstagung in Bad Kreuznach 28.8.–3.9.1968, Bonn 1968.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): An unseren Hochschulen bewegt sich etwas. Antworten und Fragen zur Juniorprofessur, o. O., o. J. (2001).
- Bungenstab, Karl-Ernst: Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949, Düsseldorf 1970.
- Ders.: Entstehung, Bedeutungs- und Funktionswandel der Amerika-Häuser. Ein Beitrag zur Geschichte der amerikanischen Auslandsinformation nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Amerikastudien 16 (1971), S.189–203.
- Bungert, Hans: Rückblick, in: The Summer Funnel (1984), S.3.
- Burgess, John W.: Reminiscences of an American Scholar. The Beginnings of Columbia University, New York 1934.
- Burk, Robert F.: Dwight D. Eisenhower. Hero and Politician, Boston 1986.
- Busse, Gisela von: Gemeinschaftsunternehmungen amerikanischer Bibliotheken in der Literaturbeschaffung, in: Wehmer: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, S.148–171.
- Bußmann, Walter: Porträt eines Weltbürgers. Über Friedrich Meinecke, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S.16–18.
- Buszas, Ladislaus: Deutsche Bibliotheksgeschichte der neuesten Zeit (1800–1945), Wiesbaden 1978.
- Butler, Nicholas Murray: Across the Busy Years. Recollections and Reflections, Bd.2, New York/London 1940, S.65–74.

- Canning, Joseph: *History of Medieval Political Thought 300-1450*, London 1996.
- Carlton, Frank T.: *Education and Industrial Evolution*, New York 1913.
- Carpenter, M.: *Studium Generale (General Education) in Amerika*, in: *Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen*, S. 116-119.
- Chang, Gordon H.: *Friends and Enemies. The United States, China, and the Soviet Union 1948-1972*, Stanford 1990.
- Charle, Christophe: *L'élite universitaire française et le système universitaire allemand (1880-1990)*, in: *Espagne/Werner: Transferts*, S. 345-358.
- Cheval, René: *Die Bildungspolitik in der französischen Besatzungszone*, in: *Heinemann: Umerziehung und Wiederaufbau*, S. 190-200.
- Chickering, Roger: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002.
- Christadler, Martin: *Becoming an Americanist in Postwar Germany*, in: *Lenz/Milich: American Studies in Germany*, S. 26-36.
- Christof, Horst: *Deutsch-amerikanische Entfremdungen. Studien zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1913 bis zum Mai 1916*, Phil. Diss., Würzburg 1975.
- Clausen, Richard: *Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland. In den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften aufgrund einer Umfrage*, Wiesbaden 1964.
- Clay, Lucius D.: *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt o. J. (1950).
- Clemenz, Manfred: *Brandeis University – Versuch eines Porträits*, in: *DUZ 10 (1963)*, S. 34-36.
- Coats, Alfred W.: *American Scholarship Comes of Age: The Louisiana Purchase Exposition 1904*, in: *Journal of the History of Ideas 22 (1961)*, S. 404-417.
- Coffman, Edward M.: *The War to End all Wars. The American Military Experience in World War I*, New York 1968.
- Coing, Helmut: *Struktur unserer wissenschaftlichen Hochschulen heute und morgen*, Bad Homburg 1963.
- Ders.: *Der Wiederaufbau und die Rolle der Wissenschaft*, in: *Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt*, Frankfurt am Main 1992, S. 85-99.
- Cole, Wayne S.: *Roosevelt and the Isolationists, 1932-1945*, Lincoln, NE/London 1983.
- Conant, James B.: *Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA. Rede an der Universität Tübingen am 21. Juli 1964*, Tübingen 1965.
- Congress of Arts and Sciences. *Universal Exposition, St. Louis 1904*, 8 Bde., Boston/New York 1905-1907.
- Conniff, M. L.: *Panama and the United States. The Forced Alliance*, Athens/GA 1992.
- Conradi, Peter/Reichenecker, Hermann: *Gedanken zur Gesamtplanung von Hochschulen*, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 5 (1964)*, S. 44-53.
- Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis zur Gegenwart*, München 2009.
- Conze, Werner/Lepsius, M. Rainer (Hg.): *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*, Stuttgart 1983.
- Cooney, James A. u. a. (Hg.): *The Federal Republic of Germany and the United States. Changing Political, Social, and Economic Relations*, Boulder 1984.
- Cooper, John Milton: *The Vanity of Power. American Isolationism and the First World War 1914-1917*, Westport/CT 1969.
- Ders. (Hg.): *The Causes and Consequences of World War I*, New York 1971.
- Coper, Gerhard: *Gegründet als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden*, in: *AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin*, S. 19f.
- Coser, Lewis: *Refugee Scholars in America*, New Haven 1984.
- Costigliola, Frank: *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe 1919-1933*, Ithaca/London 1984.
- Costrell, Edwin S.: *An American University Officer in Occupied Germany: A Personal Account 36 Years Later*, in: *Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone*, S. 23-33.
- Cox, Henry B.: *Investment in Understanding. Reprinted from the Foreign Service Journal, Washington D.C. 1955*.

- Cremer, Martin: Die Library of Congress als amerikanische Nationalbibliothek, in: Wehmer: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, S. 193–218.
- Cube, Alexandra von: Die Ruhruniversität Bochum. Bauaufgabe – Baugeschichte – Baudanke. Eine kunsthistorische Untersuchung, Bochum 1982.
- Cumming, William P.: What Is Happening in the German Universities, in: *The South Atlantic Quarterly* 46 (1947), S. 167–181.
- Curtius, Carl Friedrich: Midwestern Universities. Zu einigen Grundtatbeständen der amerikanischen Universität von heute, in: *Freiburger Universitätsblätter* 14 (1966), S. 37–50.
- Ders.: Midwestern Universities. Zu einigen Grundtatbeständen der amerikanischen Universität von heute, in: *DUZ* 2 (1967), S. 12–19.
- Ders.: Zur Verwendung ausländischer Hochschulmodelle. Möglichkeiten und Grenzen, in: *Freiburger Universitätsblätter* 24 (1969), S. 39–46.
- Ders.: Studiengänge für Hochschulverwalter – das Beispiel USA, in: *DUZ/HD* 10 (1974), S. 416–419.
- Dahrendorf, Ralf: Starre und Offenheit der deutschen Universität: Die Chance der Reform, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 4 (1964), S. 21–47.
- Ders.: Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, Tübingen 1965.
- Ders.: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965.
- Ders.: Über die Universität Konstanz, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 13 (1966), S. 5–14.
- Ders.: Konstanz, der „süße Anachronismus“. Eine persönliche Notiz zum 10. Geburtstag der Universität Konstanz, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 50/51 (1976), S. 14–35.
- Dalleck, Robert: Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945, New York/Oxford 1979.
- Damm, Eberhard: Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers 1920–1958, Düsseldorf 1999.
- Daniels, Roger: *Coming to America. A History of Immigration and Ethnicity in American Life*, New York 2002.
- Defrance, Corine: *Les alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949*, Paris 2000.
- Demandt, Alexander (Hg.): *Stätten des Geistes. Große Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart*, Köln u. a. 1999.
- Ders.: Stationen europäischer Geistesgeschichte, in: ders.: *Stätten des Geistes*, S. 303–319.
- Denkschrift der Regierung über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg, Einleitung und Teil I, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 2 (1963), S. 9–21.
- Deutsch, Karl W.: *The Nerves of Government*, New York 1963.
- Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1924–1930, Berlin 1930.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hg.): *Instituts- und Hochschulbibliotheken. Denkschrift der deutschen Forschungsgemeinschaft*, Bad Godesberg 1955.
- Deutsche Wissenschaftler im Ausland. Die Vermittlungsstelle berichtet zum erstenmal über ihre Tätigkeit, in: *DUZ* 1 (1966), S. 31f.
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925–1975*, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Ders. (Hg.): *Erfahrung und Bericht*, Bonn 1964.
- Ders.: Wachsendes Interesse an Rückkehr bei abgewanderten Wissenschaftlern, in: *DUZ* (1972), S. 337.
- Dexheimer, Wolfgang: Die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen seit den zwanziger Jahren, in: *Düwell/Link: Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871*, S. 126–155.
- Dichgans, Hans: *Erst mit dreißig im Beruf? Vorschläge zur Bildungsreform*, Stuttgart 1965.
- Diefendorf, Jeffry/Frohn, Axel u. a. (Hg.): *American Policy and the Reconstruction of Germany, 1945–1955*, Cambridge 1993.
- Diehl, Carl: *Americans and German Scholarship 1770–1870*, New Haven/London 1978.

- Diels, Hermann: Eine Katastrophe der internationalen Wissenschaft, in: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 9 (1914), S.129.
- Dienel, Hans-Liudger: Ingenieure zwischen Hochschule und Industrie. Kältetechnik in Deutschland und Amerika, 1870–1930, Göttingen 1995.
- Dierkes, Meinolf/Merkens, Hans: Zur Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland, Berlin 2002.
- Diez, Theopont: Die Universität in der Landschaft, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 50/51 (1976), S.25–28.
- Diner, Dan: Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland. Ein Essay, Frankfurt am Main 1993.
- Ders.: Cultural Engineering – Oder die Zukunft der Geisteswissenschaften, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S.70–79.
- Dippel, Horst: Geschichte der USA, München 42001.
- Direktorium, Rektor, Präsidium – drei Alternativen für die Universitätsspitze, in: DUZ/HD 1 (1969), S.16.
- Dittscheid, Hans-Christoph: Treppen und Brücken zur Intelligenz. Die Regensburger Universitätsgebäude zwischen Tradition und Avantgarde, in: Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg, S.67–98.
- Divine, Robert Alexander: Roosevelt and World War II, Baltimore/MD 1969.
- Dober, Richard P.: Campus Planning, Washington D.C. 1963.
- Ders.: Campus Design, New York u.a. 1992.
- Doenecke, Justus D.: The Battle against Intervention 1939–1941, Malabar/FL 1997.
- Ders./Wilz, John F.: From Isolation to War 1931–1941, Arlington Heights/IL 21991.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung, Darmstadt 21988.
- Ders.: Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S.1–34.
- Ders.: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- Doerries, Reinhard R.: Washington-Berlin 1908/17, Düsseldorf 1975.
- Dorf, Philip: The Builder. A Biography of Ezra Cornell, New York 1952.
- Dotterweich, Volker: Die „Entnazifizierung“, in: Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979, S.123–161.
- Ders.: „Arrest“ and „Removal“. Die amerikanische Besatzungsdirektive JCS 1067 und die Entnazifizierungskonzeption der Westmächte, in: ders./Walther L. Bernecker (Hg.): Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S.287–316.
- Dovifat, Emil: Zwischen Ende und Anfang. Erinnerungen aus dem Gründungsjahr, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S.9–12.
- Dr. Otto Voll. Präsident der Gesamthochschule Eichstätt, in: DUZ/HD 17 (1976), S.465.
- Dreitzel, Horst: Ideen, Ideologien, Wissenschaft. Zum politischen Denken in Deutschland in der frühen Neuzeit, in: Neue Politische Literatur 25 (1980), S.1–25.
- Duignan, Peter/Gann, L. H.: The Rebirth of the West. The Americanization of the Democratic World 1945–1958, Oxford 1992.
- Ders.: The USA and the New Europe 1945–1993, Oxford 1994.
- Düwell, Kurt: Gründung und Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen bis zu ihrem Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, in: H. M. Klinkenberg (Hg.): Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule 1870–1970, Stuttgart 1970, S.19–176.
- Ders.: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln/Wien 1976.
- Ders.: Der Einfluß des deutschen technischen Schul- und Hochschulwesens auf das Ausland (1870–1930), in: Zeitschrift für Kulturaustausch 31 (1981), S.80–95.
- Ders. (Hg.): Interne Faktoren auswärtiger Kulturpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1981.

- Ders.: Nationale Interessen und europäisches Ideal. Französische Universitätspolitik zwischen Rhein und Saar 1945–1949, in: Peter Hüttenberger/Hansgeorg Molitor (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945, Essen 1989, S. 243–257.
- Ders./Link, Werner (Hg.): Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871. Geschichte und Strukturen, Köln/Wien 1981.
- Eells, Walter Cosby/Hollis, Ernest V.: *Sabbatical Leave in American Higher Education. Origin, Early History and Current Practices*, Washington D.C. 1962.
- Ehmke, Horst: Der Schrei der Sozialwissenschaften – An die Adresse der Minister, in: *Göttinger Universitäts-Zeitung* 8 (1949), S. 8.
- Eichengreen, Barry J.: *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression 1919–1933*, New York 1992.
- Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin. Ansprachen und Reden, Berlin 1967.
- Eliot, Charles W.: „Inaugural Address“, *Educational Reform*, New York 1898.
- Ellwein, Thomas: Deutsche Innenpolitik, in: von Beyme: *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 180–193.
- Ders.: *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wiesbaden 21997.
- Elmenau, Johannes von: Im Geist der Zusammenarbeit. Das Physik-Department an der TH München und die Rückkehr Rudolf L. Mößbauers, in: *DUZ* 5 (1964), S. 3f.
- Enderle, Wilfried: Bibliotheken, in: Michael Maurer (Hg.): *Aufriß der Historischen Wissenschaften*, Bd. 6: Institutionen, Stuttgart 2002, S. 276–279.
- Erhardt, Manfred: Mehr Qualität und Leistung durch Wettbewerb und Eigenverantwortung. Zur Erneuerung deutscher Hochschulen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 26 (2002), S. 3–6.
- Erhart, Walter: Amerikanisierung. Reflexionen zu einem wissenschaftspolitischen Schlagwort, in: *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* 1 (2002), S. 56–72.
- Ermath, Michael (Hg.): *America and the Shaping of German Society*, Providence 1993.
- Ders.: Fluch oder Segen? Der Einfluß der amerikanischen Populärkultur in der Bundesrepublik, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 2, S. 507–516.
- Ernestus, Horst: The American Memorial Library, in: *The Library Association Record* 59 (1957), S. 187–197.
- Ernst, Adolf: *Maschinenbaulaboratorien*, in: *VDI-Z* 38 (1894), S. 1351–1362.
- Ernst, Jörg: *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung ihres Selbstverständnisses im Spiegel ihrer Einführungswerke*, Münster 1994.
- Eschenburg, Theodor: *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart 1983.
- Escher, Henning: *Public Reactions für wissenschaftliche Hochschulen. Systemtheoretische Grundlagen und exemplarische Modellierungen im Wettbewerbsumfeld*, München 2001.
- Espagne, Michel: Die Universität Leipzig als deutsch-französische Arbeitsstätte, in: ders./Matthias Middell (Hg.): *Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Frankreich und Sachsen im 18. Jahrhundert*, Leipzig 21999, S. 353–377.
- Ders.: *Les transferts culturels franco-allemands*, Paris 1999.
- Ders.: Kulturtransfer und Fachgeschichte der Geisteswissenschaften, in: Matthias Middell (Hg.): *Kulturtransfer und Vergleich*, Leipzig 2000, S. 42–61.
- Ders./Werner, Michael: Deutsch-französischer Kulturtransfer im 18. und 19. Jahrhundert. Zu einem neuen interdisziplinären Forschungsprogramm des C.N.R.S., in: *Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte* 13 (1985), S. 502–510.
- Dies.: *La construction d'une référence culturelle allemande en France – Génèse et histoire (1750–1914)*, in: *Annales E.S.C.* juillet-août 1987, S. 969–992.
- Dies.: Deutsch-französischer Kulturtransfer als Forschungsgegenstand. Eine Problemskizze, in: dies. (Hg.): *Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand*, Paris 1988, S. 11–34.
- Dies. (Hg.): *Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand*, Paris 1988.
- Espinosa, Manuel: *Inter-American Beginnings of U.S. Cultural Diplomacy 1936–1948*, Washington D.C. 1976.

- Ewald, Hans Jürgen: „Die Situation ist nach wie vor kompliziert!“, Zwischenbilanz an der FU-Berlin nach einem Kreibich-Semester, in: DUZ/HD 5 (1970), S.20.
- Fait, Barbara: Kontrollierte Demokratisierung. Amerikanische Besatzung und deutsche Politik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd.1, S.100-112.
- Fallon, Daniel: The German University. A Heroic Ideal in Conflict with the Modern World, Boulder, Colorado 1980.
- Ders.: Deutsche Einflüsse auf das amerikanische Erziehungswesen, in: Trommler/Shore: Deutsch-amerikanische Begegnungen, S.91-102.
- Ders.: Die Differenzierung amerikanischer Hochschulen nach Funktion und Bildungsauftrag, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S.87-105.
- Farnham, Barbara R.: Roosevelt and the Munich Crisis. A Study of Political Decision-Making, Princeton 1997.
- Faust, Albert B.: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur, Leipzig 1912.
- Faust, Anselm: Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33, in: Heinemann: Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Bd.2: Hochschule, Erwachsenenbildung, S.31-47.
- Fehling, August Wilhelm: German Academy for Political Science, Berlin (1926).
- Ders.: Die Forschungsförderung der amerikanischen Bundesregierung und ihre Rückwirkungen auf die Hochschulforschung, Kiel 1954.
- Felgentraeger, Wilhelm: Die Empfehlung I der Arbeitstagung in Hinterzarten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 8 (1952), S.7-11.
- Felken, Detlef: Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-1959, Bonn 1993.
- Ferrell, Robert H.: Woodrow Wilson and World War I, 1917-1921, New York 1985.
- Fesel, Gerd: Entwicklungslinien im Klinikbau, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Planung wissenschaftlicher Hochschulen, S.105-113.
- Ders.: Universitätsplanung in den USA, in: DUZ 12 (1964), S.3-10.
- Festschrift für Horst Linde, hg. von einem Freundeskreis, Tübingen 1977.
- Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum, hg. von Hans Wenke und Joachim H. Knoll, Bochum 1965.
- Fiebig von Hase, Ragnhild: Die USA und Europa vor dem Ersten Weltkrieg, in: Amerikastudien/American Studies 39 (1994), S.4-71.
- Dies./Heideking, Jürgen (Hg.): Zwei Wege in die Moderne. Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1900-1918, Trier 1998.
- Finifter, Ada W. (Hg.): Political Science. The State of the Discipline, Washington D.C. 1983.
- Fink, Carole/Gassert, Philipp/Junker, Detlef (Hg.): 1968. The World Transformed, Cambridge/New York 1998.
- Finkenstaedt, Thomas: Kleine Geschichte der Anglistik in Deutschland. Eine Einführung, Darmstadt 1983.
- Fischer, Walther: Die Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan und in den Prüfungsordnungen der deutschen Länder, in: Neuphilologische Zeitschrift 3 (1951), S.412-414.
- Ders.: Das Amerika-Institut am Englischen Seminar der Universität, in: Marburg. Die Philipps-Universität und ihre Stadt, hg. von der Pressestelle der Philipps-Universität, Marburg 1952, S.141-143.
- Ders.: Eindrücke von amerikanischen Colleges und Universitäten mit besonderer Berücksichtigung der Amerikanistischen Studien, in: Neuphilologische Zeitschrift 4 (1952), S.327-337.
- Ders.: The Establishment and the Aims of the „German Society for American Studies“ („Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien“), in: Newsletter of the European Association for American Studies 1 (1955), S.7-10.

- Ders.: Zur Einführung, in: Jahrbuch für Amerikastudien 1 (1956), S. 5.
- Fishwick, Marshall: An Approach to American Studies Abroad, in: U.S. Advisory Committee on International Education and Cultural Affairs (Hg.): International Affairs and Cultural Exchange, Washington D.C. 1966, S. 43–53.
- Fitzpatrick, Edward A.: American Studies in German Universities. U.S. Specialist Report, Office of the U.S. High Commission for Germany. Education Branch, 6. September 1951 (Typescript).
- Flämig, Christian/Kimmich, Otto u.a. (Hg.): Handbuch des Wissenschaftsrechts, Bd. 1, Berlin u.a. 21996.
- Flexner, Abraham: Universities. American, English, German, New York 1930.
- Fluck, Winfried: American Studies. Möglichkeiten und Probleme einer kulturwissenschaftlich orientierten Literaturwissenschaft, in: Anglistentag 1990 Marburg: proceedings, hg. von Claus Uhlig und Rüdiger Zimmermann, Tübingen 1991, S. 7–18.
- Ford, Henry: Mein Leben und Werk, Leipzig 1923.
- Forndran, Erhard: Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa. Erfahrungen und Perspektiven transatlantischer Beziehungen seit dem Ersten Weltkrieg, Baden-Baden 1991.
- Forschungssemester sind gefährdet, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1972), S. 158.
- Fraenkel, Ernst: The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York 1941.
- Ders.: Akademische Erziehung und politische Berufe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5 (1955), B VIII, S. 109–115.
- Ders.: USA – Weltmacht wider Willen, Berlin 1957.
- Ders.: Das deutsche Wilsonbild, in: Jahrbuch für Amerikastudien 5 (1960), S. 66–120.
- Ders.: Akademisches Prüfungswesen in Deutschland und in den USA (Ein Vergleich), in: Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform, Heidelberg 1967, S. 61–73.
- Ders.: Bericht des Geschäftsführenden Direktors, in: Freie Universität Berlin: Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin. Ansprachen und Reden, Berlin 1967, S. 7–11.
- Ders.: Gedenkrede auf Franz L. Neumann (1955), in: ders.: Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie, Hamburg 1973, S. 168–179.
- Ders.: Strukturanalyse der modernen Demokratie (1970), in: ders.: Reformismus und Pluralismus, S. 404–433.
- Francke, Kuno: Deutsche Cultur in den Vereinigten Staaten und das Germanische Museum der Harvard-Universität, in: Deutsche Rundschau XXXVIII (1902), S. 127–145.
- Ders.: Ein deutsches Museum für Amerika, in: Columbia 1 (1902), Nr. 10, S. 7f.
- Ders.: Handbook for the Germanic Museum, Cambridge 1906.
- Ders.: Emperor William's Gift to Harvard University, in: International Studio XXXV (141), Nov. 1908, S. XII–XVIII.
- Ders.: Deutsche Arbeit in Amerika, Leipzig 1930.
- Franken, Joseph P.: Bauidee und Gestalt der neuen Universität in Bochum, in: Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum, S. 25–56.
- Franklin, Fabian: The Life of Daniel Coit Gilman, New York 1910.
- Franzmann, Andreas/Wolbring, Barbara (Hg.): Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945, Berlin 2007.
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
- Freidel, Frank: The Fulbright Program in American Studies Abroad. A Continuing Challenge, in: Walker: American Studies Abroad, S. 10–15.
- Freie Universität Berlin (Hg.): Ansprachen und Reden zur Einweihung des aus Mitteln der Ford-Foundation errichteten Henry-Ford-Baus der Freien Universität Berlin, Berlin 1955.
- Freie Universität Berlin, hg. vom Präsidenten der Freien Universität Berlin, Berlin 1998.
- Freitag, Christian: Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945 unter Berücksichtigung der Amerikaarbeit staatlicher und privater Organisationen, Phil. Diss., Berlin 1977.

- French, John C.: A History of the University Founded by Johns Hopkins, Baltimore 1946.
- Fresco-Kautsky, Edith J.: Henry A. Kissinger. Historiker und Staatsmann, Köln u. a. 1983.
- Freund, Ludwig: USA, in: Hochschule für Politische Wissenschaften München (Hg.): Das Studium der Politischen Wissenschaften im In- und Ausland, München 1953, S. 133–146.
- Freyberg, Thomas: Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main u. a. 1989.
- Friedeburg, Ludwig von/Hörlemann, Jürgen u. a. (Hg.): Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland, Neuwied und Berlin 1968.
- Friedmann, Friedrich Georg: Experiences and Experiments in American Higher Education. Their Relevance for European Universities, in: Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform, S. 8–18.
- Friedrich, Carl J.: Auswahl und Ausbildung des akademischen Nachwuchses in Amerika und ihre Bedeutung für die deutsche Hochschulreform, in: Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform, S. 36–47.
- Ders./Brezekinski, Zbigniew K.: Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge 1956.
- Friedrichs, Julia: Gestatten Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von Morgen, Hamburg 2008.
- Fröhlich, Stefan: Amerikanische Geopolitik. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Landsberg am Lech 1998.
- Frohn, Axel: Neutralisierung als Alternative zur Westintegration, Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945–1949, Frankfurt am Main 1995.
- Frothingham, Paul Revere: Edward Everett. Orator and Statesman, Boston 1925.
- Frühwald, Wolfgang u. a.: Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, Frankfurt am Main 1991.
- Fuchs, Walter Peter: Studentische Gemeinschaften. Zum Thema, in: Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen, S. 30–34.
- Fuhlrott, Rolf: Die Situation im Bibliotheksbaubau, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 33–38.
- Ders./Liebers, Gerhard/Philipp, Franz-Heinrich (Hg.): Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1983, Frankfurt am Main 1983.
- Dies.: Einige Gedanken zum Bibliotheksbaubau der siebziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland, in: dies.: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1983, S. XVII–XXII.
- Führ, Christoph: Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945, in: ders./Carl-Ludwig Furck (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV: 1945 bis zur Gegenwart, Erster Teilband: Bundesrepublik Deutschland, München 1998, S. 12–14.
- Führt Wissenschaftler-Austausch zur Abwanderung?, in: DUZ 3 (1966), S. 33f.
- Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler 1933–1939. Im Auftrag der Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte zusammengestellt von Peter Kröner, Wolfenbüttel 1983.
- Füssl, Karl-Heinz: Restauration und Neubeginn. Gesellschaftliche, kulturelle und reformpädagogische Ziele der amerikanischen „Reeducation“-Politik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6 (1997), S. 3–14.
- Ders.: Zwischen Eliteförderung und Erziehungsreform. Deutsch-amerikanische Austauschprogramme, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 623–633.
- Gablentz, Otto Heinrich von der: Geleitwort, in: Politische Vierteljahresschrift 1 (1960), S. 2f.
- Gaddis, John L.: The United States and the Cold War, New York 1992.
- Galbraith, John Kenneth: The Great Crash 1929, Boston 1955.
- Galinsky, Hans: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 12 (1966–67), S. 23–26.
- Ders.: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 15 (1970–72), S. 23–26.

- Ders.: Vom „Boppard-Ausschuß“ bis zur Gegenwart. Ein Rückblick auf zwanzig Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien (1953–1973), in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 20 (1973), S. 4–12.
- Ders.: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 16 (1972–74), S. 20–23.
- Ders.: American Studies in Germany. Their Growth, Variety and Prospects, in: Walker: American Studies Abroad, S. 82–88.
- Ders.: The New Grown Old? Exemplary Models and Original Concepts of Germany's American Studies Reconsidered, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S. 27–30.
- Galison, Peter/Hevely, Bruce (Hg.): Big Science. The Growth of Large-Scale Research, Stanford 1992.
- Gall, Lothar: Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaften in Deutschland um 1900, in: Coing (Hg.): Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt, Frankfurt am Main 1992, S. 9–28.
- Garraty, John A.: The Great Depression, New York 1986.
- Ders./Adams, Walter: From Main Street to the Left Bank. Students and Scholars Abroad, East Lansing/MI 1959.
- Gassert, Philipp: Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945, Stuttgart 1997.
- Ders.: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 531–561.
- Ders.: Gegen Ost und West. Antiamerikanismus in der Bundesrepublik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 944–954.
- Ders./Häberlein, Mark/Wala, Michael (Hg.): Kleine Geschichte der USA, Stuttgart 2007.
- Gebhardt, Jürgen: Einleitung: Jenseits von Humboldt – Amerika?, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 1–23.
- Gehring, Hansjörg: Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms, Stuttgart 1976.
- Geiger, Alan: Kontrolle und Finanzierung der amerikanischen Hochschulen: Das Beispiel Ohio, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 33–44.
- Geiger, Roger L.: To Advance Knowledge. The Growth of American Research Universities, 1900–1940, Oxford 1986.
- Ders.: Research and Relevant Knowledge. American Research Universities since World War II, New York 1993.
- Geiler, Karl/Hallstein, Walter/Radbruch, Gustav (Hg.): Richtlinien für die Hochschulverfassung in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes. Vorschläge eines Sachverständigenausschusses, Heidelberg 1947.
- Geitz, Henry/Heideking, Jürgen/Herbst, Jürgen (Hg.): German Influences on Education in the United States to 1917, New York 1995.
- Gellert, Claudius: The Impact of United States Higher Education on the German Higher Education Reform and Innovation Debates, in: Teichler/Wasser: German and American Universities, S. 45–56.
- Genzmer, George H.: Kuno Francke, in: Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 328f.
- Georgi-Findlay, Brigitte: Nordamerikastudien, in: Uwe Böker/Christoph Houswitschka (Hg.): Einführung in das Studium der Anglistik und Amerikanistik, München 2000, S. 48–88.
- Dies./Ickstadt, Heinz (Hg.): America Seen from the Outside. Topics, Models and Achievements of American Studies in the Federal Republic of Germany. Proceedings of a Symposium Held at the John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, 1. bis 4. Dez. 1988, Berlin 1990.
- Gerber, Hans: Hochschulgesetzgebung in der Nachkriegszeit. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick. Veröffentlichung des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft, Essen-Bredeneby 1958.

- Gerhard, Dietrich: Nochmals: Die Hierarchie im Aufbau der deutschen Universitäten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1965), S. 106–116.
- Ders. (Rez.): James B. Conant, Probleme der Universitäten in Deutschland und in den USA, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 14/2 (1966), S. 71–78.
- Ders.: Development and Structure of Continental European and American Universities – A Comparison, in: Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform, S. 19–35.
- Gerhard Hess und die Entwicklung der Universität Konstanz. Eine Festgabe zum 13. April 1967, Konstanz 1967.
- Gerhardt, Uta: Die Amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, in: Heß/Lehmann/Sellin: Heidelberg 1945, S. 30–54.
- Gesellschaft der Freunde der Ruhruniversität (Hg.): Materialien zur Geschichte der Ruhruniversität, 2 Bde., o.O. 1971/72.
- Gewährung von Urlaub zu Forschungs- und Studienzwecken – Bezahlung während dieses Urlaubs – Rechtsstellung des Urlaubsvertreters, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 2/3 (1953), S. 16–19.
- Gienow-Hecht, Jessica C. E.: Die amerikanische Kulturpolitik in der Bundesrepublik 1949–1968, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 612–622.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998.
- Dies.: Die 1968er Bewegung, München 2001.
- Dies.: 1968 – eine Zeitreise, Frankfurt am Main 2008.
- Gildersleeve, Basil Lanneau: Formative Influences, in: The Forum 10 (1891), S. 615–617.
- Gilman, Daniel C.: University Problems in the United States, New York 1898.
- Ders.: The Launching of a University and Other Papers, New York 1906.
- Gimbel, John: Eine Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945–1952, Köln 1964.
- Ders.: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1952, Frankfurt am Main 1971.
- Ders.: Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford/CA 1990.
- Glaser-Schmidt, Elisabeth: Verpaßte Gelegenheit? (1918–1932), in: Larres/Oppelland: Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert, S. 31–61.
- Glazer, Nathan (Hg.): The Fulbright Experience and Academic Exchanges. The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 491 (May 1987).
- Glotz, Peter: Im Kern verrottet? Fünf vor zwölf für Deutschlands Universitäten, Stuttgart 1996.
- Göhler, Gerhard: Die Wiederbegründung der Deutschen Hochschule für Politik. Traditionspflege oder wissenschaftlicher Neubeginn?, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 144–164.
- Ders.: Einleitende Bemerkungen zum Kontinuitätsproblem, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 8–22.
- Ders./Zeuner, Bodo (Hg.): Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991.
- Goldschmidt, Dietrich: Hochschulpolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1989, S. 354–389.
- Ders.: Das Ausland als Vorbild? Fremde Einflüsse auf die Entwicklung des Hochschulwesens der Bundesrepublik, in: ders.: Die gesellschaftliche Herausforderung der Universität. Historische Analysen, internationale Vergleiche, globale Perspektiven, Weinheim 1991, S. 93–103.
- Ders.: Phasen der Hochschulentwicklung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, in: ders.: Die gesellschaftliche Herausforderung der Universität. Historische Analysen, internationale Vergleiche, globale Perspektiven, Weinheim 1991, S. 63–92.
- Ders.: Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem US-amerikanischen Bildungswesen vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1945, in: ders.: Die gesellschaftliche Heraus-

- forderung der Universität. Historische Analysen, internationale Vergleiche, globale Perspektiven, Weinheim 1991, S. 139–187.
- Ders.: Historical Interaction between Higher Education in Germany and in the United States, in: Teichler/Wasser: German and American Universities, S. 11–34.
- Good, Carter V. (Hg.): Dictionary of Education, New York 1959.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- Ders.: Deutschland zwischen den Supermächten, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 181–190.
- Gottschalk, K.-D.: Das englische Hochschulwesen. Eine Studienfahrt deutscher Verwaltungsbeamter zu englischen Hochschulen, in: DUZ 3 (1966), S. 9–17.
- Graeper, Norbert/Hammer, Ulrich: Aus-, Fort- und Weiterbildung für Angehörige der Wissenschaftsverwaltungen, in: DUZ/HD 11 (1975), S. 438–442.
- Greenberg, Karen J.: Crossing the Boundary. German Refugee Scholars and the American Academic Tradition, in: Teichler/Wasser: German and American Universities, S. 67–80.
- Greiner, Bernd: „Test the West“. Über die „Amerikanisierung“ der Bundesrepublik Deutschland, in: Bude/Greiner: Westbindungen, S. 16–54.
- Gruber, Carol S.: Mars and Minerva: World War I and the Uses of Higher Learning in America, Baton Rouge 1975.
- Grünthal, Günter: Strasbourg/Straßburg, in: Boehm/Müller: Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, S. 329–332.
- Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995.
- Guggisberg, Hans R.: Geschichte der USA, Stuttgart ³1993.
- Günther, Klaus: Politikwissenschaft in der BRD und die jüngste deutsche Geschichte, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 27–40.
- Gutten, Dieter/Herget, Winfried/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Transatlantische Partnerschaft. Kulturelle Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Festschrift für Ulrich Littmann zum 65. Geburtstag, Bonn/Berlin 1992.
- Gwiazda, Henry J.: Dwight D. Eisenhower, Washington D.C. 1995.
- Haas, Albrecht: Der Weg des Krankenhausbaus von 1948 bis heute am Beispiel des Universitäts-Klinikums Freiburg, in: Festschrift für Horst Linde, S. 21–32.
- Habermas, Jürgen: Universität und Demokratie – Demokratisierung der Universität, in: Merkur 21 (1967), S. 416–433.
- Ders.: Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt am Main 1969.
- Hachtmann, Rüdiger: „Die Begründer der amerikanischen Technik sind fast lauter schwäbisch-allemannische Menschen“: Nazi-Deutschland, der Blick auf die USA und die „Amerikanisierung“ der industriellen Produktionsstrukturen im „Dritten Reich“, in: Lüdtke/Marßoleck/von Saldern: Amerikanisierung, S. 37–66.
- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin 1997.
- Haefner, Klaus: Wie können wir deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland zurückgewinnen?, in: Freiburger Universitätsblätter 18 (1967), S. 61.
- Haenisch, Wolf/Köttelwesch, Clemens (Hg.): Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, Frankfurt am Main 1973, S. 7–12.
- Haferkamp, Wilhelm: Die Hochschule in unserer Zeit, Bielefeld 1956.
- Haftendorn, Helga: Ein Brief an Ulrich Littmann, in: Gutten/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 19–22.
- Halfeld, Adolf: Amerika und der Amerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und Europäers, Jena 1927.
- Hallauer, F.: Die Ruhruniversität Bochum, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Planung wissenschaftlicher Hochschulen, S. 81–87.
- Hamlin, Arthur T.: The University Library in the United States. Its Origins and Development, Philadelphia 1981.
- Hammerstein, Notker: Humboldt im Dritten Reich, in: Schwinges: Humboldt International, S. 469–484.

- Hampe, Peter (Hg.): Währungsreform und soziale Marktwirtschaft. Rückblicke und Ausblicke, München 1989.
- Hanhimäki, Jussi M.: *The Flawed Architect. Henry Kissinger and American Foreign Policy*, New York 2004.
- Hans Volkart zum Gedenken, in: Universität Stuttgart. Reden und Aufsätze 33 (1967), S. 49–53.
- Hansen, Olaf: *American Studies. Zur Theorie und Geschichte der Disziplin*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 18 (1973), S. 133–146.
- Happel, Hans-Gerd: *Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus. Unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliotheken*, München u. a. 1989.
- Harden, Maximilian: *Notizbuch*, in: *Die Zukunft* 14 (1905), S. 192.
- Hardtwig, Wolfgang: Wilhelm von Humboldt, Berlin und die dezentrierte Universitätsreform, in: *Schwings: Humboldt International*, S. 151–162.
- Ders./Brandt, Harm-Hinrich (Hg.): *Deutschlands Weg in die Moderne*, München 1992.
- Harnack, Adolf: Vom Großbetrieb der Wissenschaft, in: *Preußische Jahrbücher* 119 (1905), S. 193–201.
- Harnrieder, Wolfram F.: *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, Paderborn 1995.
- Hart, David M.: *Forged Consensus. Science, Technology, and Economic Policy in the United States, 1921–1953*, Princeton 1998.
- Hart, James Morgan: *German Universities. A Narrative and Personal Experience*, New York 1878.
- Hartig, Paul: Amerikakunde als Aufgabe, in: *Neuphilologische Zeitschrift* 3 (1951), S. 219f.
- Hartmann, Jürgen: Vergleichende Regierungslehre, in: von Beyme: *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 168–179.
- Ders.: *Geschichte der Politikwissenschaft*, Opladen 2003.
- Hartshorne, Edward Y.: *The German Universities and National Socialism*, London 1937.
- Hartwich, Horst W.: Professoren und Studenten aus aller Welt. Die Auslandsbeziehungen der Freien Universität, in: *ASTA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin*, S. 43f.
- Ders.: *Beziehungen. Vierzig Jahre internationale Außenbeziehungen der Freien Universität*, in: Prell/Wilker: *Die Freie Universität Berlin*, S. 129–141.
- Haskell, Thomas L.: *The Emergence of Professional Social Science. The American Social Science Association and the Nineteenth-Century Crisis of Authority*, Urbana 1977.
- Hawkins, Hugh: *Pioneers. A History of the Johns Hopkins University, 1874–1889*, Ithaca/New York 1960.
- Ders.: *Transatlantic Discipleship: Two American Biologists and Their German Mentor*, in: *ISIS* 71 (1980), S. 197–210.
- Haxel, O.: Formen der kollegialen Zusammenarbeit in den angewandten Naturwissenschaften, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5 (1966), S. 167–177.
- Hearden, Patrick J.: *Roosevelt Confronts Hitler. America's Entry into World War II*, DeKalb/IL 1987.
- Heiber, Helmut: *Die Universität unterm Hakenkreuz*, Teil 1 u. 2, München 1991/92.
- Heideking, Jürgen: *Geschichte der USA*, Tübingen/Basel ²1999.
- Ders./Nünning, Vera: *Einführung in die amerikanische Geschichte*, München 1998.
- Heimpel, Hermann: Probleme und Problematik der Hochschulreform. Einleitung zu der von der Ständigen Konferenz der Kultusminister und von der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 19. bis 22. Oktober 1955 in Bad Honnef abgehaltenen Hochschulreformtagung, Göttingen 1956.
- Heinemann, Fritz/Petschelt, Gerhard: *Die Stadt Bochum und die Ruhr Universität*, in: *Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum*, hg. von Hans Wenke und Joachim H. Knoll, Bochum 1965, S. 57–62.
- Heinemann, Manfred: *Erziehung und Schulung im Dritten Reich*, 2 Bde., Stuttgart 1980.
- Ders.: *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981.
- Ders.: *Bildung und Wissenschaft im Rahmen der Kultur- und Sicherheitspolitik der Westalliierten. Erfahrungen der Nachkriegszeit*, in: Franz Knipping/Jacques LeRider (Hg.):

- Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950. Ein Tübinger Symposium, 19. und 20. September 1985, Tübingen 1987, S.35–53.
- Ders.: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft, in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, Stuttgart 1990, S.407–461.
- Ders. (Hg.): *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1951, Teil 1: Die Britische Zone*, Hildesheim 1990.
- Ders. (Hg.): *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1951, Teil 2: Die US-Zone*, Hildesheim 1990.
- Ders. (Hg.): *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland, Teil 3: Die Französische Zone*, Hildesheim 1991.
- Ders.: Vom „Studium Generale“ zur Hochschulreform. Die „Oberaudorfer Gespräche“ als Forum gewerkschaftlicher Hochschulpolitik 1950–1968, Berlin 1996.
- Ders. (Hg.): *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone*, Hildesheim 1997.
- Hein-Krämer, Maritta: *Die amerikanische Kulturoffensive 1945–1955. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin*, Köln/Weimar/Wien 1996.
- Heinle, Erwin: Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen. Außereuropäische Beispiele, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: *Planung wissenschaftlicher Hochschulen*, S.45–54.
- Heinrich, Hans-Walter: Die Universität Ulm, in: *Festschrift für Horst Linde*, S.152–166.
- Heinrichs, Waldo: *Threshold of War. Franklin D. Roosevelt and American Entry into World War II*, New York 1988.
- Heiss, Robert: Der Aristotelismus in der Artistenfakultät der alten Universität Köln, in: Hubert Graven (Hg.): *Festschrift zur Erinnerung an die Gründung der alten Universität Köln 1938*, S.288–315.
- Hempel, Hans-Peter: Nur ein neues Informationssystem nimmt der Universität das Odium der Elfenbeinturmpolitik, in: *DUZ/HD 1* (1969), S.20.
- Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995.
- Hennis, Wilhelm: *Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik*, Hamburg 1969.
- Herbst, Jürgen: *The German Historical School in American Scholarship. A Study in the Transfer of Culture*, Washington D.C./London 1965.
- Ders.: Thomas Jefferson und Wilhelm von Humboldt. Universitäts- und Schulgründer, in: Schwinges: *Humboldt International*, S.273–288.
- Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt*, München 1990.
- Herget, Winfried: *Overcoming the Mortifying Distance. The American Impressions of German Universities in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries*, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: *Transatlantische Partnerschaft*, S.195–208.
- Ders./Kremp, Werner/Rödel, Walter G. (Hg.): *Nachbar Amerika. 50 Jahre Amerikaner in Rheinland-Pfalz*, Trier 1995.
- Hering, Jürgen: Das Gebäude der Universitätsbibliothek im Hochschulbereich Stuttgart-Mitte, in: DFW. *Zeitschrift für Allgemein- und Spezialbibliotheken, Büchereien und Dokumentation* 26 (1978), S.45–49.
- Herrmann, Dietrich: „Be an American!“. Amerikanisierungsbewegung und Theorien zur Einwandererintegration, Frankfurt am Main 1996.
- Hershberg, James G.: *James B. Conant. Harvard to Hiroshima and the Making of the Nuclear Age*, New York 1993.
- Herz, John H.: *Political Realism and Political Idealism*, Chicago 1951.
- Hess, Gerhard: *Die deutsche Universität 1930–1970*, Darmstadt o.J. (ca. 1968).
- Ders.: Die Gründung der Universität Konstanz. Wissenschafts- und hochschulpolitische Voraussetzungen einer Reformhochschule, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 50/51 (1976), S.7–13.

- Heß, Jürgen C./Lehmann, Hartmut/Sellin, Volker (Hg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996.
- Heyman, Michael: Betrachtungen zum amerikanischen Hochschulwesen: Ist das amerikanische System für Deutschland relevant?, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 23–32.
- Higham, John: History. Professional Scholarship in America, Baltimore 1965.
- Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich, München ⁵1995.
- Ders.: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart ²1996.
- Hillgruber, Andreas: Deutschlands Rolle bei der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1979.
- Hirsch, Julius: Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1926.
- Hochgeschwender, Michael: Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.
- Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg. Aus den Empfehlungen zur Reform von Struktur und Organisation der Hochschulen, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 16/17 (1967), S. 46–76.
- Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen. Stand Juli 1965, bearb. im Sekretariat der Kultusministerkonferenz unter Mitwirkung des Sekretariats der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Bonn/Bad Godesberg 1966.
- Hoffmann, Godehard: Architektur für die Nation? Der Reichstag und die Staatsbauten des Deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Köln 2000.
- Hofgeismar Kreis (Hg.): Gedanken zur Hochschulreform. Neugliederung des Lehrkörpers, Göttingen 1956.
- Höflechner, Walter: Zum Einfluß des deutschen Hochschulwesens auf Österreich in den Jahren 1875–1914, in: Bernhard vom Brocke: Wissenschaftsgeschichte und Politik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive, Hildesheim 1991, S. 155–184.
- Ders.: Humboldt in Europa?, in: Schwinges: Humboldt International, S. 263–272.
- Hofmann, Gustav: Zum Geleit, in: Wehmer: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA (o. S.).
- Hollander, A. N. J. den: Headaches, Harvests and Hopes. Fulbright Americanists in Europe, in: Walker: American Studies Abroad, S. 16–24.
- Holldack, Klaus: Die Hierarchie im Aufbau der deutschen Universitäten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 2 (1964), S. 213–220.
- Höller, Elisabeth/Höller, Hans Jürgen: Vom langgehegten Wunsch zum Ziel. Gründung, Struktur und Außenwirkung der Universität, in: Alois Schmid (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 1, Regensburg 2000, S. 533–571.
- Holt, W. Stull: Historical Scholarship in the United States, 1876–1901. As Revealed in the Correspondence of Herbert B. Adams, Baltimore 1938.
- Hölzle, Erwin: Friedrich Schöнемann, in: Jahrbuch für Amerikastudien 2 (1957), S. 284f.
- Honeywell, Roy J.: The Educational Work of Thomas Jefferson, Cambridge/Mass. 1930.
- Hönicke, Michaela: Das nationalsozialistische Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika (1933–1945), in: Larres/Oppelland: Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert, S. 62–94.
- Horkheimer, Max: Gegenwärtige Probleme der Universität. Akademisches Studium. Begriff der Bildung. Fragen des Hochschulunterrichts, Frankfurt am Main 1953.
- Hornemeier, Emil: Die Ford Motor Company. Ihre Organisation und ihre Methoden, Leipzig 1925.
- Horster, Detlef: Niklas Luhmann, München 1997.
- Huber, Franz: Die Situation der zoologischen Forschung in Deutschland, in: Deutscher Akademischer Austauschdienst: Erfahrung und Bericht, S. 39–47.
- Huber, Ursula: Universität München – ein statistischer Bericht über den Fortbestand nach 1945, in: Friedrich Prinz (Hg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949, München 1984, S. 156–160.
- Dies.: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut der Universität München, in: Amerika-Institut 1949–1989, S. 1–56.

- Hüfner, Klaus/Hummel, Thomas/Rau, Einhard: Die Freie Universität Berlin: Ein statistisches Porträt, Berlin 1985.
- Hundhausen, Carl: Public Relations. Ein Reklamekongreß für Werbefachleute der Banken in den USA, in: Die Deutsche Werbung 19 (1973).
- Hunecke, Volker: Der „Kampf ums Dasein“ und die Reform der technischen Erziehung im Denken Alois Riedlers, in: Rürup: Wissenschaft und Gesellschaft, S.300–313.
- Hunt, Michael H.: The Making of a Special Relationship. The United States and China to 1914, New York 1983.
- Huster, Ernst Ulrich u.a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt am Main 1972.
- Die Idee der Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Hochschule Ulm. Aus dem Bericht des Gründungsausschusses, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 9 (1965), S.30–40.
- Iriye, Akira: Pacific Estrangement. Japanese and American Expansion 1897–1911, Cambridge/MA 1972.
- Ders.: Power and Culture. The Japanese-American War 1941–1945, Cambridge/MA 1981.
- Ders.: The Origins of the Second World War in Asia and the Pacific, New York 1987.
- Jäckh, Ernst/Suhr, Otto (Hg.): Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1952.
- Jaeger, Friedrich/Rüsen, Jörn: Geschichte des Historismus, München 1992.
- Jahreiss, Hermann: Universität auf altem Grund neu verfaßt, Krefeld 1963.
- Der Jahresbericht der Alexander von Humboldt-Stiftung, in: DUZ 6 (1963), S.46.
- Jaraus, Konrad H.: Universität und Hochschule, in: Christa Berg (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd.4: 1870–1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Weltkriegs, München 1991, S.313–345.
- Ders.: American Students in Germany, 1815–1914: The Structure of German and U.S. Matriculants at Göttingen University, in: Geitz/Heideking/Herbst: German Influences on Education in the United States to 1917, S.195–211.
- Ders.: Das Humboldt-Syndrom. Die westdeutschen Universitäten 1945–1989 – Ein akademischer Sonderweg, in: Ash: Mythos Humboldt, S.58–79.
- Ders.: Amerika – Alptraum oder Vorbild? Transatlantische Bemerkungen zum Problem der Universitätsreform (Manuskript einer in Marburg am 10. Februar 2002 gehaltenen Ringvorlesung), in: H-Soz-u-Kult, 6. September 2002.
- Ders./Siegrist, Hannes (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main 1997.
- Jasanoff, Sheila: Designs on Nature. Science and Democracy in Europe and the United States, Princeton 2005.
- Jaspers, Karl: Die Idee der Universität, Berlin/Heidelberg 1946.
- Ders.: Das Doppelgesicht der Universitätsreform, in: DUZ 3 (1960), S.3–8.
- Ders./Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität, für die gegenwärtige Situation entworfen, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1961.
- John, Walton C.: Graduate Study in Universities and Colleges in the United States, Washington D.C. 1935.
- Johnson, Walter/Colligan, Francis J.: The Fulbright Program. A History, Chicago/London 1965.
- Joll, James: Die Ursprünge des Ersten Weltkriegs, München 1988.
- Jordan, Lothar/Kortländer, Bernd (Hg.): Nationale Grenzen und internationaler Austausch. Studien zum Kultur- und Wissenschaftstransfer in Europa, Tübingen 1995.
- Jüchter, Heinz Theodor: Bildungsplanung, freie Gesellschaft und Verbände, in: Bildungsplanung und Ökonomie, Göttingen 1964, S.11–125.
- Judt, Matthias/Ciesla, Burghard (Hg.): Technology Transfer out of Germany after 1945, Amsterdam 1996.
- Junker, Detlef: Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd.III: Das zwanzigste Jahrhundert 1918–1985, hg. von Wilhelm Doerr, Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1985, S.328–358.

- Ders.: Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933–1945, Düsseldorf 1988.
- Ders.: Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Mannheim 1995.
- Ders. (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1: 1945–1968, Bd. 2: 1968–1990, Stuttgart/München 2001.
- Ders.: Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Dimensionen transatlantischer Beziehungen, in: ders.: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 17–56.
- Kaase, Max: Die International University Bremen (IUB) – ein deutsches Hochschulexperiment, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S. 183–202.
- Kämper, Heidrun: Die Amerikanisierung der deutschen Sprache, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 496–506.
- Kater, Michael H.: Die nationalsozialistische Machtergreifung an den deutschen Hochschulen. Zum Verhalten akademischer Lehrer bis 1939, in: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch, hg. von Hans-Jochen Vogel, Baden Baden 1981, S. 49–76.
- Ders.: Studenten und Professoren im Dritten Reich, in: Archiv für Kulturgeschichte 67 (1985), S. 465–487.
- Ders.: Different Drummers. Jazz in the Culture of Nazi Germany, Oxford 1992.
- Kaupp, Peter: Der Hochschulassistent und seine Probleme, Stuttgart 1969.
- Kehr, Wolfgang: Die Universitätsbibliothek Freiburg. Reform und Neubau, in: Freiburger Universitätsblätter 31 (1972), S. 27–33.
- Ders.: Universitätsbibliothek Freiburg i.Br. Planung und Strukturwandel, in: Haenisch/Köttelwesch: Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, S. 140–168.
- Ders.: Einheitliche Verwaltung und Benutzung in den Bibliothekssystemen der „alten“ Universitäten, in: Lehmann/Hüttermann: Die Hochschulbibliothek, S. 95–118.
- Keller, Phyllis: States of Belonging: German-American Intellectuals and the First World War, Boston 1980.
- Kellermann, Henry J.: Cultural Relations as an Instrument of U.S. Foreign Policy. The Educational Exchange Program between the United States and Germany 1945–1954, Washington D.C. 1978.
- Ders.: Von der Re-education zu Re-orientation. Das amerikanische Reorientierungsprogramm im Nachkriegsdeutschland, in: Heinemann: Umerziehung und Wiederaufbau, S. 86–102.
- Ders.: The Human Factor, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 151–164.
- Kennedy, David M.: Over Here. The First World War and American Society, New York/Oxford 1980.
- Kennedy, Paul M.: The Samoan Tangle. A Study in Anglo-German-American Relations, 1878–1900, New York 1974.
- Kerr, Clark: Remembering Flexner, in: Flexner: Universities, S. vii–xx.
- Kielmannsegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.
- Ders./Mewes, Horst/Glaser-Schmidt, Elisabeth (Hg.): Hannah Arendt and Leo Strauss. German Emigrés and American Political Thought after World War II, Washington D.C. 1997.
- Kiesinger, Kurt Georg: Zum 68. Geburtstag von Arnold Bergstraesser. Ansprache bei der Gedenkfeier der Universität Freiburg am 14. Juli 1964, in: Freiburger Universitätsblätter 7 (1965), S. 29.
- Killy, Walter: Das College, in: Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagen, S. 34–37.
- Kimmich, Dorothee/Thumfart, Alexander (Hg.): Universität ohne Zukunft?, Frankfurt am Main 2004.
- Kindleberger, Charles P.: Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, München 1973.
- Kirchheimer, Otto: Political Justice. The Use of Legal Procedures for Political Ends, Princeton 1961.

- Klautke, Egbert: Unbegrenzte Möglichkeiten. „Amerikanisierung“ in Deutschland und Frankreich (1900–1933), Stuttgart 2003.
- Kleinberger, Aharon F.: Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?, in: Heinemann: Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Bd. 2, S. 9–30.
- Kleinschmidt, Johannes: „Do not Fraternize“. Die schwierigen Anfänge deutsch-amerikanischer Freundschaft 1944–1949, Trier 1997.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1991.
- Kloosterhuis, Jürgen: Deutsche auswärtige Kulturpolitik und ihre Trägergruppen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Düwell/Link: Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871, S. 7–61.
- Klueting, Harm: „Vernunftrepublikanismus“ und „Vertrauensdiktatur“. Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik, in: HZ 242 (1986), S. 69–98.
- Kluge, Alexander: Die Universitäts-Selbstverwaltung. Ihre Geschichte und gegenwärtige Rechtsform, Frankfurt am Main 1958.
- Kluth, Rolf: Die Universitätsbibliothek Bremen, in: Haenisch/Köttelwesch: Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, S. 131–139.
- Knock, Thomas J.: To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York/Oxford 1992.
- Knoke, Thomas: Die zukünftige Struktur der Universität, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 17 (1969), S. 1–17.
- Knümann, Reinhold: Die Universität Bochum, Stuttgart 1965.
- Kobre, Sidney: Successful Public Relations for Colleges and Universities, New York 1974.
- Kohl, Stephan u. a.: Vorbild Nordamerika? Zum problematischen Vergleich Nordamerikanisches/Deutsches Hochschulsystem, in: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 2/3 (2000), S. 302–320.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 1998.
- Kollman, Eric C.: Imperialismus und Anti-Imperialismus in der politischen Tradition Amerikas, in: HZ 196 (1963), S. 343–362.
- König, Wolfgang: Spezialisierung und Bildungsanspruch. Zur Geschichte der Technischen Hochschulen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 11 (1988), S. 219–225.
- Ders.: Stand und Aufgaben der Forschung zur Geschichte der polytechnischen Schulen und Hochschulen im 19. Jahrhundert, in: Technikgeschichte 48 (1981), S. 47–67.
- Konstanz – ein Modell der Hochschul- und Studienreform, in: DUZ 9 (1966), S. 29f.
- Koschlig, Manfred: Über den Neubau der Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart. Vorbericht und Raumprogramm, Stuttgart 1957.
- Kotowski, Georg: Der Kampf um Berlins Universität. Mit einem Gedenkwort von Ernst E. Hirsch, Rektor der Freien Universität Berlin, Berlin 1954.
- Köttelwesch, Clemens: Zum Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, in: Buch und Welt. Festschrift für Gustav Hofmann zum 65. Geburtstag, hg. von Gustav Hofmann/Hans Striedl/Joachim Wieder, Wiesbaden 1965, S. 125–136.
- Ders.: Vom Frankfurter Sammelkatalog zum Hessischen Zentralkatalog, in: Aktuelle Probleme der Bibliotheksverwaltung. Festgabe für Hermann Fuchs zum 70. Geburtstag, hg. von Ewald Wagner, Wiesbaden 1966, S. 92–101.
- Ders.: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I: Die Bibliotheken. Aufgaben und Strukturen, Frankfurt am Main 1978.
- Krahe, Friedrich Wilhelm: Auf dem Weg zur Professoren-Universität? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Besoldungs-Entwurf der Kultusminister, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 5 (1972), S. 319–325.
- Ders.: Was tut der Professor im Forschungssemester?, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3 (1974), S. 173–177.
- Krakau, Knud: America Seen from the Outside. Topics, Models, and Achievements in the Federal Republic of Germany, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S. 1–7.
- Kramer, Ferdinand: Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main, in: Bauwelt 56 (1965), S. 1274–1276.

- Krieg, Joann P.: Dwight D. Eisenhower. Soldier, President, Statesman, New York 1987.
- Krieger, Wolfgang: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949, Stuttgart 1987.
- Ders.: Verteidigung durch Entspannung? Die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen 1968-1990, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 177-196.
- Kriszio, Marianne: Das Modell der Bundesassistentenkonferenz zur Personalstruktur und seine Folgen, in: Stephan Freiger/Michael Groß/Christoph Oehler (Hg.): Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Zukunft? Bundesassistentenkonferenz, Hochschulentwicklung, junge Wissenschaftler heute, Kassel 1986, S. 107-116.
- Kritik der Alexander-von-Humboldt-Stipendiaten an deutschen Bibliotheken, in: DUZ 4 (1962), S. 65f.
- Kroes, Rob: If You've Seen One You've Seen Them All. Europeans and American Mass Culture, Urbana 1996.
- Ders./van Rossem, Maarten (Hg.): Anti-Americanism in Europe, Amsterdam 1986.
- Ders./Rydell, Robert/Boscher, Doeko F. J. (Hg.): Cultural Transmissions and Receptions. American Mass-Culture in Europe, Amsterdam 1992.
- Krohn, Claus-Dieter: Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Bd. 6, Frankfurt am Main 1987.
- Ders. (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945, Darmstadt 1998.
- Ders.: Remigranten und Rekonstruktion, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 803-813.
- Kromphardt, Karl: Vom Zukunftsauftrag der neuen Universität. Voraussetzungen und Möglichkeiten einer inneren Hochschulreform, München 1963.
- Kronhuber, Hans: Public Relations. Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit, Darmstadt 1972.
- Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990.
- Kruft, Hanno-Walter: Geschichte der Architekturtheorie, München 41995.
- Küchler, Manfred: Wahl und Surveyforschung, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 194-208.
- Kühnemann, Eugen: Vom Professoren Austausch mit Nordamerika und seinen Auswirkungen, in: Schmidt/Boelitz: Aus deutscher Bildungsarbeit im Auslande, S. 498-510.
- Kunczik, Michael: Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, Köln/Weimar/Wien 1997.
- Künzel, Rainer: Politische Kontrolle und Finanzierung – Die Zukunft staatlicher Steuerung, in: Ash: Mythos Humboldt, S. 181-194.
- Küppers, Heinrich: Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz und dem Saarland nach 1945 im Vergleich, in: Franz Knipping/Jacques LeRider (Hg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1950. Ein Tübinger Symposium, 19. und 20. September 1985, Tübingen 1987, S. 15-30.
- Lachmann, Günther: Zum Stand der Hochschulgesetzgebung, in: DUZ/HD 8 (1970), S. 3-10.
- Lades, Hans: Deutschland, in: Hochschule für Politische Wissenschaften München (Hg.): Das Studium der Politischen Wissenschaften im In- und Ausland, München 1953, S. 29-53.
- LaFeber, Walter: America, Russia, and the Cold War, New York 71993.
- Ders.: The American Search for Opportunity 1865-1913, New York 1993.
- Lage und Erfordernisse der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Auftrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dargestellt von Peter Scheibert, Osnabrück 1951.
- Laitenberger, Volkhard: Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1923-1945, Göttingen 1976.
- Ders.: Organisations- und Strukturprobleme der Auswärtigen Kulturpolitik und des akademischen Austauschs in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Düwell/Link: Deutsche Auswärtige Kulturpolitik seit 1871, S. 72-96.

- Lammersdorf, Raimund: Anfänge einer Weltmacht. Theodore Roosevelt und die transatlantischen Beziehungen der USA 1901–1909, Berlin 1994.
- Ders.: Verwestlichung als Wandel der politischen Kultur, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 966–977.
- Lämmert, Eberhard: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, in: Demandt: Stätten des Geistes, S. 279–302.
- Landfried, Christine: Politikwissenschaft und Politikberatung, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 100–115.
- Landfried, Klaus: Die Zukunft der Universitäten und die Rolle der Geisteswissenschaften, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S. 52–69.
- Landtagsdebatte über den Initiativgesetzentwurf der SPD, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 10 (1966), S. 7–44.
- Lang, Hans-Joachim: The Function of a European Journal of American Studies, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S. 40–53.
- Lange, Josef: Hochschulentwicklung als inner- und außeruniversitäre Managementaufgabe, in: Hein Hoebink (Hg.): Perspektiven für die Universität 2000, Neuwied 1997, S. 63–75.
- Lange-Quassowski, Jutta B.: Neuordnung oder Restauration. Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung-Schulstruktur-Politische Bildung, Opladen 1979.
- Dies.: Amerikanische Westintegrationspolitik, Re-education und deutsche Schulpolitik, in: Heinemann: Umerziehung und Wiederaufbau, S. 53–67.
- Langewiesche, Dieter: Wieviel Geisteswissenschaften braucht die Universität?, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S. 36–51.
- Langfeld, Herbert S.: Hugo Münsterberg, in: Dictionary of American Biography, Vol. 13 (1934), S. 337–339.
- Larres, Klaus/Oppelland, Torsten (Hg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen, Darmstadt 1997.
- Laufer, Jochen: Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat, in: Alexander Fischer (Hg.): Studien zur SBZ/DDR, Berlin 1993, S. 57–83.
- Lebergott, Stanley: The Returns to U.S. Imperialism 1890–1929, in: Journal of Economic History 40 (1980), S. 229–252.
- Leffler, Melvyn P./Painter, David S. (Hg.): Origins of the Cold War. An International History, New York/London 1994.
- Leggewie, Claus: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 632–643.
- Lehmann, Hartmut: Die „Verwestlichung“ der historischen Wissenschaft, in: Bude/Greiner: Westbindungen, S. 119–137.
- Ders./Sheehan, James J. (Hg.): An Interrupted Past. German Speaking Refugee Historians in the United States after 1933, Cambridge 1991.
- Lehmann, Klaus-Dieter/Hüttermann, Hildegard (Hg.): Die Hochschulbibliothek. Beiträge und Berichte, Frankfurt am Main 1978.
- Lehnert, Detlef: Politik als Wissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S. 450–483.
- Lehnert, Detlef: „Schule von der Demokratie“ oder „politische Fachhochschule“?, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 65–93.
- Leibfried, Stephan: Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule, Köln 1967.
- Ders.: Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 1968.
- Das Leibniz-Kolleg der Universität Tübingen. Ein Erfahrungsbericht in Gemeinschaft mit Assistenten vorgelegt von Gerhard Krüger, Tübingen 1949.
- Leitner, Ulrich: Stadt und Universität, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 50/51 (1976), S. 29–35.
- Leitsätze zur Universitätsreform in Hamburg, hg. von Götz Hueck u. a., Hamburg 1968.

- Lenz, Günther H.: American Studies, in: Rüdiger B. Wersich (Hg.): USA Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 1996, S. 70–73.
- Ders./Milich, Klaus J. (Hg.): American Studies in Germany. European Contexts and Inter-cultural Relations, Frankfurt am Main/New York 1995.
- Lepsius, M. Rainer: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft, Wiesbaden 1961.
- Ders.: Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen, in: Günther Lüschen (Hg.): Deutsche Soziologie seit 1945, Opladen 1979, S. 459–500.
- Leslie, Stuart W.: The Cold War and American Science. The Military-Industrial-Academic Complex at M.I.T. and Stanford, New York 1993.
- Levering, Ralph B.: The Cold War, 1945–1991, Arlington Heights/IL ³1994.
- Lewis, Wilhelm (Hg.): Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich. Aus Anlaß der Weltausstellung in St. Louis unter Mitwirkung zahlreicher Fachmänner herausgegeben, Bd. IV: Das Technische Unterrichtswesen, 1. Teil: Die Technischen Hochschulen, Berlin 1904.
- Leyh, Georg: Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, Tübingen 1947.
- Lieber, Hans Joachim: Das deutsche Zentrum der Osteuropa-Forschung. Das Osteuropa-Institut an der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 52–54.
- Liebers, Gerhard: Bibliotheksbau in USA, in: Wehmer: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, S. 36–84.
- Ders.: Die zentrale Forschungsbibliothek der Hochschule als Modell, in: Lehmann/Hüttermann: Die Hochschulbibliothek. Beiträge und Berichte, S. 138–142.
- Lieske, Jürgen: Forschung als Geschäft. Die Entwicklung von Antragsforschung in den USA und Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1993.
- Lietzmann, Hans J.: Kontinuität und Schweigen. Über die Fortwirkung Alfred Webers und seiner politischen Theorien in der westdeutschen Politikwissenschaft, in: Hans G. Nutzinger (Hg.): Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht, Marburg 1995, S. 137–159.
- Ders.: Integration und Verfassung. Oder: Gibt es eine Heidelberger Schule der Politikwissenschaft?, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 245–268.
- Linde, Horst: Gedanken eines Architekten zum Bau wissenschaftlicher Hochschulen, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 8 (1965), S. 78–84.
- Ders.: Zur Planung der Universität Konstanz, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 11 (1966), S. 11–13.
- Ders. (Hg.): Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung, 4 Bde., Düsseldorf 1969.
- Lindenberg, Klaus: Von der deutschen Hochschule für Politik zum Otto-Suhr-Institut, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 49f.
- Link, Franz: The German Society for American Studies, in: Newsletter of the European Association for American Studies 2 (1952), S. 6f.
- Ders.: American Studies at Frankfurt University, in: The American-German Review, Bd. 21, Nr. 5 (1955), S. 6–8.
- Listl, Mathias: Die architektonische Gestaltung der Universität Regensburg im Überblick, in: Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg, S. 55–66.
- Littmann, Ulrich: Der Austausch von Akademikern, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Amerika und Westeuropa. Gegenwarts- und Zukunftsprobleme, Stuttgart/Zürich 1977, S. 61.
- Ders.: German-American Exchanges. Facts and Developments. Als Arbeitspapier der Fulbright-Kommission vervielfältigt, Bonn 1980.
- Ders.: Neue Strukturen des akademischen Austausches nach 1945, in: Düwell: Interne Faktoren auswärtiger Kulturpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, S. 207–218.

- Ders.: A Host Country's View: The Federal Republic of Germany, in: Glazer: *The Fulbright Experience and Academic Exchanges*, S.73–84.
- Ders.: Akademischer Austausch als Friedenspolitik. Die Ideen des Senators J. William Fulbright, in: *Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert*. Festschrift für Hans-Adolf Jacobsen, hg. von Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Peter Schwarz, Düsseldorf 1991, S.384–394.
- Ders.: Gute Partner – Schwieriger Partner. Amerikungen zur akademischen Mobilität zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika (1923–1993), Bonn 1996.
- Lobkowicz, Nikolaus: The German University since World War II, in: *History of European Ideas* 8 (1987), S. 147–150.
- Loewenstein, Karl: *Political Power and the Governmental Process*, Chicago 1957.
- Ders.: Über den Stand der politischen Wissenschaften in den USA, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 106 (1950), S. 349–391.
- Long, Orie W.: *Thomas Jefferson and George Ticknor. A Chapter in American Scholarship*, Wiliamstown/MA 1933.
- Ders.: *Literary Pioneers. Early American Explorers of European Culture*, Cambridge/MA 1935.
- Lönnendonker, Siegward: *Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität*, Berlin 1988.
- Lorenz, Hanns Friedrich: *Modell einer Universitätsverwaltungshochschule. Mitwirkungsmöglichkeiten der Universität Konstanz bei der wissenschaftlichen Aus- und Fortbildung von Beamten*, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 23 (1969), S. 34–43.
- Loth, Wilfried: *Die Teilung der Welt 1941–1955. Geschichte des Kalten Krieges*, München 1989.
- Lüdtke, Alf/Marßolek, Inge/von Saldern, Adelheid (Hg.): *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996.
- Luebke, Frederick C.: *Bonds of Loyalty. The German-Americans and World War I*, DeKalb/IL 1974.
- Lundgreen, Peter: Natur- und Technikwissenschaften an den deutschen Hochschulen 1870–1930, in: *Rürup: Wissenschaft und Gesellschaft*, S.209–231.
- Ders.: Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: ders. (Hg.): *Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1985, S.9–30.
- Ders.: Fachschulen, in: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. 3, 1800–1870, München 1987, S.293–305.
- Ders.: *Mythos Humboldt in der Gegenwart: Lehre – Forschung – Selbstverwaltung*, in: Ash: *Mythos Humboldt*, S.145–169.
- Lüst, Reimar: *My Personal History with the United States*, in: *Fulbright Kommission (Hg.): Fulbright at Fivty. Building the Transatlantic Future*, Bonn 2002, S.20.
- Ders./Paul Nolte: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*, München 2008.
- Luther, Wilhelm Martin: Die Stellung der Universitätsbibliothek nach den Vorschlägen des Bremer Gutachtens, in: *DUZ* 4 (1962), S.15–25.
- Lützel, Paul Michael: Wissenschaftlicher Fortschritt durch Internationalität. Die amerikanische Universität als Modell, in: *Merkur* 11 (2002), S.104f.
- Maase, Kaspar: *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.
- Ders./Hallenberg, Gerd/van Elteren, Mel: *Amerikanisierung der Alltagskultur? Zur Rezeption US-amerikanischer Populärkultur in der Bundesrepublik und in den Niederlanden*, Hamburg 1992.
- Maccario, Ruth: *Das wissenschaftliche Leben in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Essen 1959 [21966].
- Maddox, Robert J.: *Weapons for Victory. The Hiroshima Decision Fifty Years Later*, Columbia/MO 1995.
- Magat, Richard: *The Ford Foundation at Work. Philanthropic Choices, Methods and Styles*, New York 1979.

- Mai, Gunther: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg, München ²1993.
- Ders.: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995.
- Ders.: Vom Dualismus zur vorübergehenden Teilung. Die USA im Alliierten Kontrollrat, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 91–99.
- Maier, Charles S.: Zwischen Taylorismus und Technokratie. Gesellschaftspolitik im Zeichen industrieller Rationalität in den zwanziger Jahren in Europa, in: Michael Stürmer (Hg.): Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein 1980, S. 188–213.
- Maier, Franz Georg: Bauplanung einer neuen Universität, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 29 (1970), S. 9–11.
- Maier, Hans: Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten, in: Dieter Oberndörfer (Hg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in ihre Grundfragen, ihre Tradition und Theorie, Freiburg i.Br. 1962, S. 59–116.
- Ders.: Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: VfZ 10 (1962), S. 225–249.
- Ders.: Staatswissenschaft, in: Hermann Kunst (Hg.): Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin ²1975, S. 2533–2535.
- Ders.: Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten, in: ders.: Politische Wissenschaft in Deutschland. Lehre und Wirkung, München ²1985, S. 31–67.
- Ders.: Politikwissenschaft und Staatswissenschaft an den deutschen Universitäten, Passau 1985.
- Mälzer, Gottfried: Die neue Zentralbibliothek der Universität Würzburg, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 171–180.
- Manegold, Karl-Heinz: Die Emanzipation der Technik und die deutschen Hochschulen im 19. Jahrhundert, in: Wilhelm Treue (Hg.): Deutsche Technikgeschichte. Vorträge vom 31. Historikertag am 24. September 1976 in Mannheim, Göttingen 1917, S. 29–51.
- Ders.: Universität, Technische Hochschule und Industrie. Ein Beitrag zur Emanzipation der Technik im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Bestrebungen Felix Kleins, Berlin 1978.
- Mann, Wenzel Ritter von: Die städtebauliche Eingliederung der Universität Konstanz, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 14 (1967), S. 15f.
- Ders.: Planungsbericht 1970 des Universitätsbauamtes, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 29 (1970), S. 12–64.
- Ders.: Universität Konstanz, in: Festschrift für Horst Linde, S. 135–150.
- Mannigel, Eberhard: Das Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin. Modell für inter fakultative Institute, in: DUZ 8 (1962), S. 27–30.
- Marcuse, Herbert: One-dimensional Man. Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society, Boston 1964.
- Marquart, Hertha: Die ersten amerikanischen Studenten an der Universität Göttingen, in: Göttinger Jahrbuch (1955), S. 23–32.
- Marsen, Thies: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie. Der Aufbau der Politischen Wissenschaft in München nach 1945, München 2001.
- Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute, in: DUZ/HD 4 (1969), S. 3.
- Mauch, Christof/Patel, Kiran Klaus (Hg.): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008.
- Mausbach, Wilfried: Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947, Düsseldorf 1996.
- Max Kade zum Gedenken, hg. von der Universität Stuttgart, Stuttgart 1968.
- Mayer, Arno J.: Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919, New York 1967.
- Mayer, Franz: Von der Rechtsnatur der Universität Regensburg. Rektoratsrede vom 11. November 1967, Regensburg 1967.
- McCormick, Thomas J.: America's Half Century. United States Foreign Policy in the Cold War, Baltimore, London ²1995.
- McDowell, Tremaine: American Studies, Minneapolis 1948.
- McElvaine, Robert S.: The Great Depression. America 1929–1941, New York ²1993.

- Mehnert, Ute: Deutsche Weltpolitik und amerikanisches Zweifronten-Dilemma. Die „japanische Gefahr“ in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1904–1917; in: HZ 257 (1993), S. 647–692.
- Dies.: Deutschland, Amerika und die „Gelbe Gefahr“. Zur Karriere eines Schlagworts in der Großen Politik, 1905–1917, Stuttgart 1995.
- Meier, Frank/Schimank, Uwe: Neue Steuerungsmuster an den Universitäten. Mögliche Folgen für die geisteswissenschaftliche Forschung, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S. 97–113.
- Meinecke, Friedrich: Die deutschen Universitäten und der heutige Staat, in: ders.: Politische Reden und Schriften, Darmstadt 1958, S. 402–413.
- Ders.: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, in: Autobiographische Schriften, hg. von E. Kessel, Stuttgart 1969, S. 323–445.
- Meinecke, Fritz: The Amerika-Institut in Frankfurt, in: Newsletter of the European Association for American Studies 1 (1955), S. 281–332.
- Meißenburg, Karin: Interdisziplinarität und die Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Das Zentrum für Nordamerika-Forschung (ZENAF) an der Universität Frankfurt, in: Franz Greß/Hans Vorländer (Hg.): Liberale Demokratie in Europa und den USA, Frankfurt am Main/New York 1990, S. 341–355.
- Melcher, Georg: Warum werden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht realisiert?, in: DUZ 9 (1961), S. 34.
- Ders.: „Neue“ – oder „mehr alte“ Universitäten?, in: DUZ 19 (1963), S. 19–22.
- Menzel, Eberhard: Universitätsorganisation und akademischer Lehrberuf in den Vereinigten Staaten, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 2/3 (1953), S. 12–16.
- Mertens, Dieter: Geschichte der politischen Ideen im Mittelalter, in: Hans Fenske u. a. (Hg.): Geschichte der politischen Ideen von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 1987, S. 141–238.
- Metzger, Walter P.: The German Contribution to the American Theory of Academic Freedom, in: American Association of University Professors (AAUP) Bulletin 41 (1955), S. 214–230.
- Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planungen in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u. a. 2005.
- Mevissen, W: Büchereibau – Public Library Building, Essen 1956.
- Mewes, Horst: Das amerikanische Hochschulsystem – ein Modell?, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 195–207.
- Meyer, Eduard: Nordamerika und Deutschland, Berlin 1915.
- Meyer, Martin: Die deutsche Rezeption der zeitgenössischen amerikanischen Literatur, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 647–655.
- Meyer, Reinhold: Classica Americana. The Greek and Roman Heritage in the United States, Detroit 1984.
- Middell, Matthias (Hg.): Kulturtransfer und Vergleich, Leipzig 2000.
- Ders.: Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verständnis, in: ders. (Hg.): Kulturtransfer und Vergleich, Leipzig 2000, S. 7–42.
- Miethke, Jürgen: Politische Theorien im Mittelalter, in: Hans Joachim Lieber (Hg.): Politische Theorien von den Anfängen bis zur Gegenwart, München/Bonn 1993, S. 47–156.
- Ders.: Die Kanonistik als Leitwissenschaft für die politische Theorie der scholastischen Universität, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 33–59.
- Mikat, Paul/Schelsky, Helmut: Grundzüge einer neuen Universität. Zur Planung einer Hochschulneugründung in Ostwestfalen, Gütersloh 1966.
- Mittelstraß, Jürgen: Die unzeitgemäße Universität, Frankfurt am Main 1994.
- Mittler, Elmar: Zentrale Hochschulbibliotheken. Struktur- und Organisationsformen und deren Auswirkungen auf das Gebäude. Rückblick und Ausblick, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 21–32.
- Möckelmann, Jürgen: Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Krise. Studien zur amerikanischen Politik im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1967.
- Ders. (Rez.): Amerikanische Universitäten und Deutsche Hochschulen, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 16/3 (1968), S. 103–108.

- Mohr, Arno: Die Durchsetzung der Politikwissenschaft an den deutschen Hochschulen, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 62–77.
- Ders.: Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Weg zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965, Bochum 1988.
- Ders.: Die DHfP und die Entwicklung der Politikwissenschaft im westlichen Nachkriegsdeutschland, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 165–170.
- Möller, Horst: Exodus der Kultur, München 1984.
- Ders.: Weimar. Die unvollendete Demokratie, München ⁴1993.
- Moltmann, Günther: Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Kriegs- und Friedensziele 1941–1945, Heidelberg 1958.
- Ders.: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 25 (1978), S. 5–13.
- Ders.: The „Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien“ and Interdisciplinary Studies, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S. 119–135.
- Mommsen, Wolfgang J.: Die deutsche Urkatastrophe, Stuttgart 2002.
- Moraw, Peter: Vom Lebensweg des deutschen Professors, in: Forschung. Mitteilungen der DFG 4 (1988), S. 1–12.
- Ders.: Kleine Geschichte der Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart, Gießen ²1990.
- Morgenthau, Hans J.: Politics among Nations, New York 1948.
- Morkel, Arnd: Erinnerung an die Universität. Ein Bericht, Vierow bei Greifswald 1995.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München ⁴2000.
- Moser, Fritz: Die Amerika-Gedenkbibliothek Berlin, Wiesbaden 1964.
- Mößbauer, Rudolf L.: Strukturprobleme der deutschen Universität, Bremen 1965.
- Mowry, George E.: The Era of Theodore Roosevelt and the Birth of Modern America, New York 1958.
- Müller, Jürgen: Nationalsozialismus in Lateinamerika. Die Auslandsorganisationen der NSDAP in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko 1933–1945, Stuttgart 1997.
- Müller, Konrad: Die Standortbestimmung bei der Neugründung von Universitäten, in: Universität neuen Typs?, S. 59–101.
- Müller, Ortwin: Die Universität in der Innenstadt. Mitgestaltung für das Leben eines Stadtkerns und Auswirkungen auf die Baugestalt am Beispiel der Universität Freiburg, in: Festschrift für Horst Linde, S. 34–50.
- Ders.: Der Neubau der Universitätsbibliothek Freiburg – ein Baubericht, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 91–98.
- Müller, Peter: Studenten gründeten – Studenten regieren. Das Berliner Modell an der Freien Universität Berlin, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 28–31.
- Müller, Rainer A.: Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule, Hamburg 1996.
- Ders.: Vom Ideal zum Verfassungsprinzip. Die Diskussion um die Wissenschaftsfreiheit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Schwinges: Humboldt International, S. 349–366.
- Müller, Sigmund: Technische Hochschulen in Nordamerika, Leipzig 1908.
- Ders./Mühlmann, Karl: Reiseberichte über das technische und gewerbliche Schulwesen Nordamerikas, Chemnitz 1913.
- Müller, Winfried: Die Universitäten München, Erlangen und Würzburg nach 1945. Zur Hochschulpolitik in der amerikanischen Besatzungszone, in: Maximilian Lanzinner/Michael Henker (Hg.): Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 53–87.
- Müller-Daehn, Claus: Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 12/6 (1964), S. 233.
- Mummendey, Richard: Auskunft und Benutzung in amerikanischen wissenschaftlichen Bibliotheken, in: Wehmer: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, S. 172–192.

- Münch, Richard: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Frankfurt am Main 2007.
- Münsterberg, Hugo: Der internationale Gelehrtenkongreß, in: Amtlicher Bericht über die Weltausstellung in St. Louis 1904. Erstattet vom Reichskommissar, Berlin 1906, S.563–571.
- Ders.: Aus Deutsch-Amerika, Berlin 1909.
- Murphy, Richard: Sabbaticals and Fringe Benefits, in: *Quarterly Journal of Speech* 45 (1959), S.99–104.
- Muthesius, Stefan: *The Postwar University. Utopianist Campus and College*, New Haven/London 2000.
- Mutius, Bernhard von: Zur außerdeutschen Entwicklung der westeuropäischen Hochschulreform, in: *Beiträge zur Hochschulplanung. Materialien zu den Empfehlungen I des Hochschulplanungsbeirates*, Düsseldorf 1969, S.131–140.
- Nägelke, Hans-Dieter: *Hochschulbau im Kaiserreich. Historische Architektur im Prozeß bürgerlicher Konsensbildung*, Kiel 2000.
- Narr, Wolf-Dieter: Richtlinien zur Stellung der Assistenten an einer Reformuniversität. Ein Konstanzer Memorandum über Konstanz hinaus, in: *DUZ* 22 (1967), S.2–7.
- Nassua, Martin: „Gemeinsame Kriegsführung, gemeinsamer Friedensschluß“. Das Zimmermann-Telegramm vom 13. Januar 1917 und der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1992.
- National Science Foundation: *Scientific Manpower from Abroad*, NSF 62–63, Washington D.C. 1962.
- Naumann, Friedrich/Heile, Wilhelm: *Erziehung zur Politik*, Berlin 1918.
- Nerdinger, Winfried: Vom Germanischen Museum zum Busch-Raising-Museum, in: *Jahresring* 31 (1984/85), S.200–208.
- Neue Hochschulen in Deutschland, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 22 (1969), S.18f.
- Der neue Rektor kennt die Probleme, in: *DUZ/HD* 9 (1975), S.352.
- Neumann, Franz L.: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, New York 1942.
- Ders.: *Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie* (1950), in: ders.: *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S.373–400.
- Ders.: *Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft* (1952), in: ders.: *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S.403–423.
- Ders.: *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, Frankfurt am Main 1978.
- Neumann, Sigmund (Hg.): *Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics*, Chicago 1956.
- Neureiter, Paul R.: Watch the German Universities. The Responsibility of American Universities in German Rehabilitation, in: *The Journal of Higher Education* 17 (1946), S.171–179.
- Nevermann, Knut: Revolte. Der Muff von tausend Jahren. 1968, in: Prell/Wilker: *Die Freie Universität Berlin*, S.70.
- Niclaß, Karlheinz: *Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945–1949*, München 1974.
- Niethammer, Lutz: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung Bayerns*, Berlin 1982.
- Ninkovich, Frank A.: *Germany and the United States. The Transformation of the German Question since 1945*, New York 21995.
- Nipperdey, Thomas: *Preußen und die Universität*, in: ders.: *Nachdenken über die deutsche Geschichte*, München 1986, S.140–155.
- Ders.: *Deutsche Geschichte*, Bd. 1: 1866–1914. Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1994.
- Nitschke, August: *Universität im Altertum, im Mittelalter und im industriellen Zeitalter*, in: *Zentralarchiv für Hochschulbau: Planung wissenschaftlicher Hochschulen*, S.8–11.
- Nolan, Mary: *Visions of Modernity. American Business and the Modernization of Germany*, New York 1994.
- Nolte, Paul: *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000.

Novick, Peter: *That Noble Dream. The „Objectivity Question“ and the American Historical Profession*, New York 1988.

Oberndörfer, Dieter: Politik als praktische Wissenschaft, in: ders. (Hg.): *Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie*, Freiburg i.Br. 1962, S. 9–58.

Oeckel, Albert: Öffentlichkeitsarbeit in Theorie und Praxis, in: DUZ 11 (1961), S. 25–28.

Oettinger, Klaus/Weidhase, Helmut (Hg.): *Eine feste Burg der Wissenschaft. Neue Universität in einer alten Stadt*. Konstanz am Bodensee, Konstanz 1985.

Zur Öffentlichkeitsarbeit an den deutschen Hochschulen. Zweite Tagung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Hochschulen, in: DUZ 1 (1968), S. 29–33.

Von der Öffentlichkeitsarbeit zum Hochschulmarketing? Tagungsdokumentation. Arbeitstagung an der Universität GH Kassel 04. Juli 1997, Kassel 1997.

Offner, Arnold A.: *American Appeasement. United States Foreign Policy and Germany 1933–1938*, Cambridge/MA 1969.

Ders.: *Appeasement Revisited. The United States, Great Britain and Germany, 1933–1940*, in: *Journal of American History* 64 (1977), S. 373–393.

Ohl, Hubert: Hochschule und Studentenwohnheime, in: *Universität neuen Typs?*, S. 133–146.

Olesko, Kathryn M./Strupp, Christoph: Wissen. Universität und Forschung, in: Christof Mauch/Kiran Klaus Patel (Hg.): *Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute*, München 2008, S. 393–424.

Oppelland, Torsten: Der lange Weg in den Krieg (1900–1918), in: *Larres/Oppelland: Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert*, S. 1–30.

Oppenheimer, Julius J.: Die Notwendigkeit des Studium Generale in der heutigen Welt, in: *Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen*, S. 16–19.

Oster, Ludwig: Universitätsprobleme in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Versuch der vergleichenden Wertung, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 12 (1966), S. 66–83.

Ostermann, Theodor: Amerikanische Bibliotheken. Erlebnisse und Eindrücke einer Studienreise, in: *Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken* 5 (1951), S. 221–238.

Otto, Detlef E.: Das Gespräch 1947–1963: „Colloquium“, in: *ASta der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin*, S. 42.

Parsons, Talcott: Edward Yarnall Hartshorne Jr., 1912–1946, in: *American Sociological Review* 11 (1946), S. 877f.

Ders./Platt, Gerald M.: *Die amerikanische Universität*, Frankfurt am Main 1990.

Paterson, Thomas G. u. a. (Hg.): *The Origins of the Cold War*, Lexington/MA ³1991.

Pauer, Max: Die Universitätsbibliothek. Neue Wege und Ziele, in: *Regensburger Universitätszeitung* (1967), S. 52–61.

Ders.: Das Bibliothekssystem der Universität Regensburg, in: Haenisch/Köttelwesch: *Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken*, S. 106–130.

Ders.: Möglichkeiten regionaler und überregionaler Zusammenarbeit durch einen neuen universitären Bibliothekstyp, in: *10 Jahre Bibliothekssystem der Universität Regensburg*, hg. von der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, München 1975, S. 5–12.

Paulmann, Johannes: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: *HZ* 267 (1998), S. 649–685.

Paulus, Stefan: The Americanization of Europe after 1945? The Case of the German Universities, in: *European Review of History – Revue Européenne d'Histoire* 9, 2 (2002), S. 241–253.

Ders.: „Zwischen konzentrierter Stille und Weltoffenheit: Zur Idee der Campus-Universität im Kontext westdeutscher Universitätsneugründungen der 1960er Jahre“, in: *Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg*, S. 37–55.

Peabody, Francis Greenwood: *Akademische Gegenseitigkeit*. Antrittsvorlesung am 30.10. 1905, Gießen 1905.

- Pells, Richard: *Not Like US. How Europeans Have Loved, Hated, and Transformed American Culture since World War II*, New York 1997.
- Perry, Charles M.: *Henry Philip Tappan*, Ann Arbor 1933.
- Persons, Christopher E.: *Public Relations for Colleges and Universities*, Washington D.C. 1962.
- Peukert, Detlev J. K.: *Die Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 1987.
- Philipp, Franz-Heinrich: Hochschulstruktur, Bibliotheksstruktur und Bibliotheksneubau. Anmerkungen zur Planung und funktionellen Effektivität des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt vom Jahre 1964, in: Lehmann/Hüttermann: *Die Hochschulbibliothek*, S. 19–21.
- Philipp, Michael: Die frühneuzeitliche Politikwissenschaft im 16. und 17. Jahrhundert, in: Bleek/Lietzmann: *Schulen in der deutschen Politikwissenschaft*, S. 61–78.
- Phillips, David: *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1981.
- Ders.: Britische Initiativen zur Hochschulreform in Deutschland. Zur Vorgeschichte und Entstehung des „Gutachtens zur Hochschulreform“ von 1948, in: Heinemann: *Umerziehung und Wiederaufbau*, S. 172–189.
- Ders.: *Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948*, Köln, Wien 1983.
- Ders.: *Pragmatismus und Idealismus. Gutachten zur Hochschulreform. Das „Blaue Gutachten“ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland*, Köln u.a. 1995.
- Picht, Georg: *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Freiburg i.Br. 1964.
- Pilgert, Henry P.: *The Exchange of Persons Program in Western Germany*. Historical Division Office of the Executive of the U.S. High Commissioner for Germany, o.O. 1951.
- Ders.: *The History of the Development of Information Services through Information Centers and Documentary Films*. Historical Division Office of the Executive Secretary Office of the High Commissioner for Germany, Mehlem 1951.
- Ders.: *The West German Educational System. With Special Reference to the Policies and Programs of the Office of the U.S. High Commissioner for Germany*. Historical Division Office of the Executive Secretary Office of the U.S. High Commissioner for Germany, o.O. 1953.
- Pilz, Monika: *Bibliotheken in der Kritik. Erfahrungen ausländischer Gastwissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1978.
- Pirker, Theo: *Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration“*, Berlin 21977.
- Plé, Bernhard: *Wissenschaft und säkulare Mission. Amerikanische Sozialwissenschaft im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990.
- Das 120. Plenum der WRK, in: DUZ/HD 23 (1976), S. 692.
- Plessner, Helmuth: *Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer*, Bd. I: *Nachwuchsfragen im Spiegel einer Erhebung 1953–1955*, bearb. von Ilse Asemissen u.a., Göttingen 1956.
- Plumpe, Werner: *Entscheidung für den Strukturbruch. Die westdeutsche Währungsreform und ihre Folgen*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 455–467.
- Pochmann, Henry A.: *German Culture in America 1600–1900*, Madison 1957.
- Pochmann, Johannes: *Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts*, in: HZ 267 (1998), S. 649–685.
- Poenicke, Klaus: *Amerikanische Literaturgeschichte am Amerika-Institut*, in: *Amerika-Institut 1949–1989*, S. 57–62.
- Poiger, Uta G.: *Die Ideologie des Kalten Krieges und die amerikanische Populärkultur in Deutschland*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 666–675.
- Pommerin, Reiner: *Der Kaiser in Amerika. Die USA und die Politik der Reichsleitung 1890–1917*, Köln/Wien 1986.

- Potter, Jim: *The American Economy between the World Wars*, London 1974.
- Präsident statt Rektor und Kanzler. Der Unterschied zwischen beiden Verfassungsformen, in: *DUZ* (1972), S. 507.
- Preissler, Ulrike: Die Juniorprofessur, in: *Forschung und Lehre* 3 (2003), S. 125f.
- Prell, Uwe/Wilker, Lothar (Hg.): *Die Freie Universität Berlin 1948–1968–1988. Ansichten und Einsichten*, Berlin 1989.
- Price, Lawrence Marsden: *The Reception of United States Literature in Germany*, Chapel Hill/NC 1966.
- Prinz, Michael/Zitlmann, Rainer (Hg.): *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991.
- Professionalisierung und Modernisierung (DFG-Forschungsprojekt an der Philosophischen Fakultät IV der Humboldt-Universität zu Berlin). Zwischenbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 30. 7. 1997.
- Pross, Helge: Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten, 1933–1941, Berlin 1955.
- Prowe, Diethelm: Brennpunkt des Kalten Krieges. Berlin in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, Stuttgart 2001, S. 261–270.
- Puckhaber, Annette: German Student Exchange Programs in the United States, 1946–1952, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 30 (2002), S. 123–142.
- Radde, Gerd: Fritz Karsen. Ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit, Berlin 1973.
- Rahmelow, Jan M.: Pressereferent an einer Universität – zum Beispiel in Freiburg, in: *Freiburger Universitätsblätter* 27 (1970), S. 45–54.
- Ders.: Universitätspressestellen – gibt's die?, in: *DUZ* 5 (1971), S. 147–150.
- Rahn, Hartmut: Sprachverwirrung in der Hochschuldiskussion?, in: *DUZ* 4 (1963), S. 25–27.
- Raiser, Ludwig: Die Universität im Staat, Heidelberg 1958.
- Ders.: Deutsche Hochschulprobleme im Lichte amerikanischer Erfahrungen, Kiel 1965.
- Ders.: Wiedereröffnung der Hochschulen – Ansätze und Neubeginn, in: *Nationalsozialismus und deutsche Universität. Universitätstage 1966*, Berlin 1966.
- Raphael, Lutz: Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 5–40.
- Rath, Wolfgang: Vereinigte Staaten von Amerika, in: Linde: *Hochschulplanung*, Bd. 1, S. 70–79.
- Rau, Friedrich: Gedanken zur Hochschulentwicklung, Tübingen 1965.
- Rauch, Renate: Stipendiatenerfahrungen und Erfahrungen mit Stipendiaten, in: *Deutscher Akademischer Austauschdienst: Erfahrung und Bericht*, S. 65–102.
- Rauh-Kühne, Cornelia: Wer spät kam, den belohnte das Leben: Entnazifizierung im Kalten Krieg, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 113–123.
- Das Raumprogramm für das Forum der Universität Regensburg, in: *DUZ/HD* 2 (1969), S. 14.
- Raupach, Hubert: Universität Regensburg, in: ders./Reimann: *Hochschulreform durch Neugründungen?*, S. 301–383.
- Ders./Reimann, Bruno W.: *Hochschulreform durch Neugründungen? Zu Struktur und Wandel der Universitäten Bochum, Regensburg, Bielefeld, Bonn 1974*.
- Reathel, Gert: Nordamerikanische Kulturgeschichte 1960–1980, in: *Amerika-Institut 1949–1989*, S. 63–66.
- Reck, Waldo Emerson: *Public Relations. A Program from Colleges and Universities*, New York/London 1946.
- Recker, Marie-Luise: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2002.
- Redenbacher, Fritz: Berufsstand und Ausbildung der amerikanischen Bibliothekare, in: Wehmer: *Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA*, S. 1–35.
- Redslob, Edwin: Gestalt und Geist der Freien Universität, in: *ASTa der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin*, S. 22–24.
- Die Reform verkehrt sich ins Gegenteil, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 6 (1971), S. 294–296.

- Reimann, Bruno W.: Struktur und Entwicklung der Ruhruniversität Bochum, in: ders./Rau-pach, Hubert: Hochschulreform durch Neugründungen?, S. 79–300.
- Reinke, Gerhard: Gutachten über die Lage der Institutsbibliotheken und ihr Verhältnis zu den Universitäts- und Hochschulbibliotheken, Bad Godesberg 1953.
- Reinhardt, Rudolf: Universität und Staat. Selbstverwaltung als Ziel einer Hochschulreform, Marburg 1951.
- Rektoratskollegium als Leitungsorgan. Erläuterungen zur Satzung der Universität Bielefeld, in: DUZ/HD 5/6 (1969), S. 20.
- Renneberg, Monika/Walker, Mark (Hg.): Science, Technology and National Socialism, Cambridge 1994.
- Richter, Werner: Deutsche und Angelsächsische Universitätsideale. Vorlesung gehalten am Dies Academicus, Bonn 1953.
- Richter-Jericho, Charlotte: Dr. C. F. Curtius – ein Jahrzehnt Freiburger Universitätsverwaltung, in: Freiburger Universitätsblätter 24 (1969), S. 35–37.
- Riedler, Adolf: Amerikanische technische Lehranstalten, in: Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure 37 (1893), S. 405–409, 507–514, 608–615, 629–635.
- Ders.: Mitteilungen über eine Studienreise nach Amerika, in: Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure 37 (1893), S. 499–502, 522–528.
- Ringer, Fritz K.: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983.
- Ritter, Gerhard.: Wissenschaftliche Historie, Zeitgeschichte und „politische Wissenschaft“, Heidelberg 1959.
- Ders.: Die Krisis des deutschen Universitätswesens, Tübingen 1960.
- Ders.: Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag des 20. Deutschen Historikertages in München am 12. September 1949, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Über das Studium der Geschichte, München 1990, S. 287–311.
- Ritter, Gerhard A.: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik im deutschen Kaiserreich, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 31 (1981), S. 5–16.
- Ders.: Motive und Organisationsformen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer auswärtigen Kulturpolitik vor dem ersten Weltkrieg, in: Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge, hg. von Lothar Kettenacker, Manfred Schlenke und Hellmut Seier, München 1981, S. 153–200.
- Ders.: Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick, München 1992.
- Ders.: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998.
- Roders, Walter P.: Andrew D. White and the Modern University, Ithaca/NY 1905.
- Röhl, Christian: Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre restlichen Determinanten, Baden-Baden 1994.
- Röhrs, Hermann: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee auf die Higher Education in Amerika, Weinheim 1995.
- Rorabaugh, William J.: Berkeley at War. The 1960s, Eugene/OR 1991.
- Rosenberg, Emily: Spreading the American Dream. American Economic and Cultural Expansion 1890–1945, New York 1982.
- Ross, Earl D.: Democracy's College. The Land-Grant Movement in the Formative Stage, Ames/IA 1942.
- Rossiter, Margaret W.: The Emergence of Agricultural Science: Justus Liebig and the Americans, 1840–1880, New Haven 1975.
- Rosow, Walter: Blick auf eine Lebensleistung. Horst Linde zum fünfundsechzigsten Geburtstag, in: Festschrift für Horst Linde, S. 13–20.
- Rothe, Hans Werner: Über die Gründung einer Universität zu Bremen, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 9 (1961), S. 97–105.
- Ders.: Der Bremer Universitätsplan, in: Universität neuen Typs?, S. 103–132.
- Rückbrod, Konrad: Die Geschichte der Universität mit Hinblick auf die bauliche Form, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Planung wissenschaftlicher Hochschulen, S. 12–14.
- Ders.: Universität und Kollegium. Baugeschichte und Bautyp, Darmstadt 1977.

- Rüegg, Walter: Bedrohte Lebensordnung. Studien zur humanistischen Soziologie, Zürich/München 1978.
- Ders.: Humboldt in Frankreich, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.): Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 2001, S. 247–262.
- Ders.: Geschichte der Universität in Europa, Bd. 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945), München 2004.
- Rühle, Otto: Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe, Berlin (Ost) 1966.
- Rund um die Kugel. Ein Wegweiser zu den Kunstwerken an der Universität Regensburg, hg. von der Gruppe „Attraktion“, Regensburg 1992.
- Rupieper, Hermann Josef: Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik von 1949–1955, Opladen 1991.
- Ders.: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1955, Opladen 1993.
- Ders.: Amerikanisierung in Politik und Verwaltung Westdeutschlands, in: Jarausch/Siegrist: Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland, S. 49–65.
- Ders.: Die USA und die Gründung der Bundesrepublik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 143–159.
- Rupp, Hans Karl: Democratizing a Country and a Discipline: The (Re-)Establishment of Political Science as Political Education in West Germany after 1945, in: Rainer Eisfeld/Michael Th. Greven/Hans Karl Rupp: Political Science and Regime Change in 20th Century Germany, New York 1996, S. 55–108.
- Rürup, Reinhard: Die Technische Universität Berlin 1879–1979: Grundzüge und Probleme ihrer Geschichte, in: ders.: Wissenschaft und Gesellschaft, S. 3–50.
- Ders. (Hg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979, 2 Bde., Berlin 1979.
- Rutkoff, Peter/Scott, William: New School. A History of the New School for Social Research, New York 1986.
- Sack, A.: Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart, in: Die Bauverwaltung 12 (1963), S. 114–119.
- Saldern, Adelheid von: Überfremdungsängste. Gegen die Amerikanisierung der deutschen Kultur in den zwanziger Jahren, in: Lüdtkke/Marßoleck/von Saldern: Amerikanisierung, S. 13f.
- Sautter, Udo: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 1998.
- Schaefer, Hans: Die Situation der medizinischen Forschung in Deutschland, in: Deutscher Akademischer Austauschdienst: Erfahrung und Bericht, S. 29–38.
- Schairer, Reinhold: Die Studenten im internationalen Kulturleben: Beiträge zur Frage des Studiums in fremden Ländern, Münster 1927.
- Scheffer, Ronald: America in the Great War. The Rise of the Welfare State, New York/Oxford 1991.
- Scheibe, Hubertus: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1950 bis 1975, in: Deutscher Akademischer Austauschdienst: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975, S. 33–112.
- Scheidemann, Karl Friedrich: Überfüllung der Hochschulen. Eine Studie über Studentenzahlen und Fassungsvermögen der deutschen Hochschulen, Bonn 1958.
- Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder: Die Universität im Fadenkreuz des Versagens, Bielefeld 1969.
- Ders.: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reform, 2., um einen Nachtrag 1970 erw. Aufl. Düsseldorf 1970.
- Ders.: Welche Vorstellungen bringen junge Naturwissenschaftler aus ihrem Auslandsstudium für die Reform der deutschen Hochschulen mit?, in: Deutscher Akademischer Austauschdienst: Erfahrung und Bericht, S. 47–64.
- Schieder, Wolfgang (Hg.): Erster Weltkrieg. Entstehung und Kriegsziele, Köln 1969.
- Schildt, Axel: Die USA als „Kulturnation“. Zur Bedeutung der Amerikahäuser in den 1950er Jahren, in: Lüdtkke/Marßoleck/von Saldern: Amerikanisierung, S. 257–269.

- Ders.: Vom politischen Programm zur Populärkultur. Amerikanisierung in Westdeutschland, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd.1, S.955-965.
- Schily, Konrad: Die Universität Witten/Herdecke – noch immer (?) ein Sonderfall in der deutschen Universitätslandschaft, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S.67-86.
- Schlak, Stephan: Wilhelm Hennis. Stationen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008.
- Schlier, Christoph/Schmidt, Theodor: Das Physikalische Institut der Universität Freiburg, in: Freiburger Universitätsblätter 20 (1968), S.51-55.
- Schmidt, Alexander: Reisen in die Moderne. Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich, Berlin 1997.
- Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1970.
- Schmidt, Franz/Boelitz, Otto (Hg.): Aus deutscher Bildungsarbeit im Auslande. Erlebnisse und Erfahrungen in Selbstzeugnissen aus aller Welt, Bd.2: Außereuropa, Langensalza 1928.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes, 1860-1950, Wiesbaden 1952.
- Schmidtke, Michael: Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS) 1960-1970, in: Gilcher-Holtey: 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, S.188-206.
- Schmidtke, Oliver: Die Architektur der Ruhr-Universität Bochum sowie der Universität Bielefeld und ihre Entsprechung im technokratischen Deutungsmuster von Wissenschaft, in: Franzmann/Wolbring: Zwischen Idee und Zweckorientierung, S.137-184.
- Schmitt, Horst: Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zum politischen Forschungsprogramm der Freiburger Schule 1954-1970, Baden-Baden 1995.
- Ders.: Die Freiburger Schule 1954-1970. Politikwissenschaft in „Sorge um den neuen Staat“, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S.219-230.
- Schmitz, David F. u. a. (Hg.): Appeasement in Europe. A Reassessment of U.S. Policies, Westport/CT 1990.
- Schmoll, Heike: Lob der Elite. Warum wir sie brauchen, München 2008.
- Schneider, Ullrich: Hochschulreform, Studium Generale und das Collegium Academicum Heidelberg, in: Bildung und Erziehung 36 (1983), S.55-67.
- Ders.: The Reconstruction of Universities in American Occupied Germany, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland, Teil 2: Die US-Zone, S.1-8.
- Schöllner, Wolfgang: Universität und Altstadt – Ein Rückblick, in: Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg, S.25-36.
- Schöllgen, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991, München 1996.
- Ders.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999.
- Schöne, Wolfgang: Kampf um die deutsche Universität, Hamburg 1966.
- Schönemann, Friedrich: Amerikakunde. Eine zeitgemäße Forderung, Bremen 1921.
- Ders.: Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin/Leipzig 1924.
- Schössler Dietmar: Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik, in: Jürgen Bellers (Hg.): Politikwissenschaft in Europa, Münster 1990, S.37-51.
- Schöttker, Detlev: Geisteswissenschaften im Visier des Journalismus. Zu einem Motiv des „deutschsprachigen Feuilletons“ in den neunziger Jahren, in: Kimmich/Thumfart: Universität ohne Zukunft?, S.239-254.
- Schrader, Einhard: Die Organisation des Instituts im Rahmen einer Universitätsreform. Ein Diskussionsvorschlag, in: DUZ/HD 2 (1969), S.7-11.
- Schreiber, Georg: Auslandsbeziehungen der deutschen Wissenschaft, in: Gustav Abb (Hg.): Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen, Berlin u. a. 1930, S.9-21.

- Ders.: Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck bis zum Atomwissenschaftler Otto Hahn, Köln/Opladen 1954.
- Schreiber, Gerhard: Der Zweite Weltkrieg, München 2002.
- Schröder, Hans-Jürgen: Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1945. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden 1970.
- Ders. (Hg.): Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924, Providence/Oxford 1993.
- Schulz, Gisela: Die Entstehung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und seine Entwicklung bis 1945, in: Deutscher Akademischer Austauschdienst: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925–1975, S. 11–32.
- Schulz, Hans-Dietrich: Zur Geschichte der Universitätsbibliothek, in: DFW. Zeitschrift für Allgemein- und Spezialbibliotheken, Büchereien und Dokumentation 26 (1978), S. 39–41.
- Schulze, Winfried: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989.
- Schulzinger, Robert D.: Henry Kissinger. Doctor of Diplomacy, New York 1989.
- Schumacher, Frank: Vom Besetzten zum Verbündeten. Deutsch-amerikanische Beziehungen 1949–1955, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 150–159.
- Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundsatzfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen 1969.
- Schwabe, Klaus: Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Göttingen 1971.
- Ders.: Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975.
- Ders.: Die Regierung Roosevelt und die Expansionspolitik Hitlers vor dem Zweiten Weltkrieg. Appeasement als Folge des „Primats der Innenpolitik“, in: Karl Rohe (Hg.): Die Westmächte und das Dritte Reich 1933–1945, Paderborn 1982, S. 103–132.
- Ders.: Entspannung und Multipolarität. Die politischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des Kalten Krieges 1968–1990, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 11–29.
- Schwartz, Thomas A.: America's Germany. John McCloy and the Federal Republic of Germany, Cambridge/MA 1991.
- Ders.: „No Harder Enterprise“. Politik und Prinzipien in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1945–1968, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 59–78.
- Schwarz, Hans-Otto: Die Hochschulgesetzgebung in Baden-Württemberg, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 7 (1965), S. 23–28.
- Schwarz, Hans-Peter: Amerika, Deutschland und die atlantische Gemeinschaft nach dem Kalten Krieg, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 799–828.
- Schweigler, Peter: Förder- und Lagertechnik in Hochschulbibliotheken, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Zentrale Hochschulbibliotheken, S. 53–68.
- Schweitzer, Hartmut: Kollegienhaus in der Krise. Bericht über das Experiment einer neuen studentischen Gemeinschaftsordnung. Eine Analyse der Collegium Academicum der Universität Heidelberg, Hamburg, Phil. Diss., 1967.
- Schwinges, Rainer Christoph (Hg.): Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 2001.
- Ders.: Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells. Eine Einführung, in: ders.: Humboldt International, S. 1–16.
- Seel, Wolfgang: Präsident oder Rektor?, in: DUZ 11 (1967), S. 8f.
- Ders.: Gescheiterte Hochschulreform!?, in: DUZ/HD (1972), S. 188–191.
- Seier, Hellmut: Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat, in: Klaus Malettke (Hg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft, Göttingen 1984, S. 143–161.
- Seitz, Frederick: Wissenschaft im Vormarsch, Essen 1962.
- Sellin, Volker: Die Universität Heidelberg im Jahre 1945, in: Heß/Lehmann/Sellin: Heidelberg 1945, S. 91–106.

- Servan-Schreiber, Jean-Jacques: Die amerikanische Herausforderung. Mit einem Vorwort von Franz-Josef Strauß, Hamburg 1969.
- Shils, Edward: Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, in: Hardtwig/Brandt: Deutschlands Weg in die Moderne, S.185–200.
- Shlaim, Avi: The United States and the Berlin Blockade, 1948–1949. A Study in Crisis-Decision Making, Berkeley u.a. 1983.
- Shore, Elliott: Einleitung: Neue Perspektiven zum 19. Jahrhundert, in: Trommler/Shore: Deutsch-amerikanische Begegnungen, S.27–30.
- Skard, Sigmund: American Studies in Europe. Their History and Present Organization, 2 Bde., Philadelphia 1958.
- Ders.: The American Studies Movement – Problems and Prospects, in: ders. (Hg.): USA in Focus. Recent Re-Interpretations, Bergen 1966, S.140–173.
- Smith, Charles F.: Charles Kendall Adams. A Life Sketch, Madison 1924.
- Smith, Tony: America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century, Princeton 1994.
- Söllner, Alfons: Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Neumann: Wirtschaft, Staat, Demokratie, S.7–56.
- Ders.: Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte, Opladen 1996.
- Ders.: Die Emigration deutscher Wissenschaftler nach 1933, ihr Einfluß auf die Transformation einer Disziplin, in: ders.: Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration, S.5–30.
- Ders.: Gruppenbild mit Jäckh – Die „Verwissenschaftlichung“ der Deutschen Hochschule für Politik während der Weimarer Republik, in: ders.: Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration, S.31–54.
- Ders.: Politikwissenschaft, in: Krohn u.a.: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, S.836–845.
- Somit, Albert/Tanenhaus, Joseph: The Development of American Political Science. From Burgess to Behaviorism, New York 1967.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1978.
- Späth, Manfred: Die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg und die internationale Diskussion des technischen Hochschulwesens 1900–1914, in: Rürup: Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 1, S.189–208.
- Spiller, Robert: The Fulbright Program in American Studies Abroad. Retrospect and Prospect, in: Walker: American Studies Abroad, S.3–9.
- Ders.: Value and Method in American Studies. The Literary versus the Social Approach, in: Jahrbuch für Amerikastudien 4 (1959), S.11–24.
- Spindler, George W.: The Life of Karl Follen. A Study in German-American Cultural Relations, Chicago 1917.
- Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957–1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008.
- Stadler, Klaus-Dieter: Die Reform der deutschen Hochschulen nach 1945, Bonn 1984.
- Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main und Senckenbergische Bibliothek, in: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S.117–126.
- Staël, Madame de: De l'Allemagne, London 1813.
- Dies.: Über Deutschland. Vollständige Ausgabe nach der deutschen Erstübertragung von 1814, Frankfurt am Main 1985.
- Stamm, Thomas: Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1960, Köln 1980.
- Stammer, Otto: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, in: ders. (Hg.): Politische Forschung. Beiträge zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, Köln/Opladen 1960, S.175–211.
- Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München ³1995.
- Ders.: Geschichte der DDR 1949–1990, Frankfurt am Main, erw. Neuausgabe, 1996.

- Stead, William T.: *The Americanization of the World, or, the Trend of the Twentieth Century*, New York 1901.
- Ders.: *Die Amerikanisierung der Welt*, Berlin 1902.
- Steffani, Winfried: Ernst Fraenkel als Persönlichkeit, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7 (1997), S. 1261–1285.
- Steffens, Gerd: Collegium Academicum 1945–1978. Zur Lebensgeschichte eines ungeliebten Kindes der Alma mater Heidelbergensis, in: Karin Buslmeier, Dietrich Harth, Christian Jansen (Hg.): *Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg*, Mannheim 1985, S. 381–410.
- Steger, Hanns-Albert: Memorandum zur Frage der Berufung wissenschaftlicher Lehrpersonen ins Ausland und ihrer Sicherstellung bei der Rückkehr (26. November 1959).
- Stein, Wolfgang: Zum Vergleich der Hochschulsysteme in Deutschland und den USA, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 3 (1970), S. 114–127.
- Stern, Fritz: Deutschland um 1900 – und eine zweite Chance, in: Hardtwig/Brandt: *Deutschlands Weg in die Moderne*, S. 32–44.
- Stichweh, Rudolf: *Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung im 16.–18. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1991.
- Ders.: *Wissenschaft, Universität, Profession*, Frankfurt am Main 1994.
- Stokes, Raymond: Technologie und Bündnisbildung: Technologietransfer im Kalten Krieg, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 504–506.
- Stollberg, Gunnar: *Die Rationalisierungsdebatte 1908–1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr*, Frankfurt am Main 1981.
- Stölting, Erhard/Albrecht, Clemens (Hg.): *Die Krise der Universitäten*, Wiesbaden 2001.
- Stoltzenburg, Gerhard: Die Universitätsbibliotheken in den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, in: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen* 34 (1972), S. 23–41.
- Stoltzenburg, Joachim: Das Bibliothekswesen der Hochschulen und die Hochschulreform, in: *DUZ/HD* 3 (1970), S. 8f.
- Stone, Shepard: *The Founding of the Federal Republic of Germany. An Assessment of the Role of the U.S.A., 1945–1949 and beyond*, in: Ermath: *America and the Shaping of German Society*, S. 203–210.
- Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg*, München 2003.
- Ders.: *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007.
- Strack, Manfred: Amerikanische Kulturbeziehungen zu (West-)Deutschland 1945–1955, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 2 (1987), S. 283–285.
- Strauss, Herbert A. (Hg.): *Die Emigration der Wissenschaft nach 1933*, Berlin 1992.
- Ders./Fischer, Klaus/Hoffmann, Christhard/Söllner, Alfons (Hg.): *Die Emigration der Wissenschaft nach 1933. Disziplingeschichtliche Studien*, München/London/New York 1991.
- Strauss, Leo: *Natural Right and History*, Chicago 1953.
- Ders.: *Liberalism, Ancient and Modern*, New York/London 1968.
- Strukturprobleme unserer wissenschaftlichen Hochschulen, hg. von der Friedrich-Nau-mann-Stiftung, Bonn/Köln/Opladen 1965.
- Strunz, Gisela: *American Studies oder Amerikanistik? Die deutsche Amerikawissenschaft und die Hoffnung auf Erneuerung der Hochschulen und der politischen Kultur nach 1945*, Opladen 1999.
- Struve, Tilman: Die Bedeutung der aristotelischen „Politik“ für die natürliche Begründung der staatlichen Gemeinschaft, in: Jürgen Miethke (Hg.): *Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert*, München 1992, S. 153–171.
- Stucke, Andreas: Mythos USA – Die Bedeutung des Arguments „Amerika“ im hochschulpolitischen Diskurs der Bundesrepublik, in: Stölting/Albrecht: *Die Krise der Universitäten*, S. 118–138.
- Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen (30. August bis 1. September und 3. bis 15. September 1951), zusammengestellt und bearbeitet von Friedrich Tenbruck und Wilhelm Treue, o. O., o. J. (1952).
- Stürer, Franz: Planung, Herstellung und Einsatz großformatiger Fertigteile, in: *Zentralarchiv für Hochschulbau: Universitätsbau in den USA*, S. 34–62.

- Suhr, Otto: Drei Jahre Deutsche Hochschule für Politik 1949–1952, in: Jäckh/Suhr: Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik, S.33–48.
- Sutton, Francis X.: The Ford Foundation. The Early Years, in: DAEDALUS. Journal of the Academy of Art and Sciences 116 (1987), S.41–91.
- Swain, Geo F.: Comparison between American and European Methods in Engineering Education, in: Society for the Promotion of Engineering Education (SPEE)-Proceedings 1 (1893), S.75–102.
- Swift, F. H.: The Paradox of German University and Military Ideals, in: Educational Review 49 (1915), S.266–284.
- Sywottek, Arnold: The Americanization of Everyday Life? Early Trends in Consumer and Leisure-Time Behaviour, in: Ermarth: America and the Shaping of German Society, S.132–152.
- Tappan, Henry P.: University Education, New York 1851.
- Teichler, Ulrich/Teichler, Yoko: Tendenzen der Hochschulreform in Japan, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 31 (1971), S.65–79.
- Teichler, Ulrich/Wasser, Henry (Hg.): German and American Universities. Mutual Influences – Past and Present, Kassel 1992.
- Dies.: Introduction, in: dies.: German and American Universities, S.7–10.
- Tellenbach, Gerd: Probleme der deutschen Hochschulen. Über die Hinterzartener Arbeitstagen im August 1952, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 8 (1952), S.1–6.
- Tent, James F.: Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-occupied Germany, Chicago 1982.
- Ders.: Die Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988.
- Ders.: The Free University of Berlin: A German Experiment in Higher Education, 1948–1961, in: Diefendorf/Frohn/Rupieper: American Policy and the Reconstruction of West-Germany, S.237–256.
- Ders.: Denazification of Higher Education in U.S. Occupied Germany, 1945–1949, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S.9–15.
- Ders.: E. Y. Hartshorne and the Reopening of Heidelberg University, in: Heß/Lehmann/Sellin: Heidelberg 1945, S.55–74.
- Ders. (Hg.): Academic Proconsul. Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities 1945–1946. His Personal Account, Trier 1998.
- Ders.: Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd.1, S.601–611.
- Ders.: A Brief History of the German-American Fulbright Program 1952–2002, in: Fulbright Kommission (Hg.): Fulbright at Fivty. Building the Transatlantic Future, Bonn 2002, S.8–11.
- Tewksbury, Donald G.: The Founding of American Colleges and Universities before the Civil War. With Particular Reference to the Religious Influences Bearing upon the College Movement, New York 1932.
- Thieme, Werner: Wissenschaftspolitik in Deutschland und in den USA, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 3/4 (1955), S.96–98.
- Ders.: Ist das Habilitationsprinzip überholt?, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 12 (1964), S.111–115.
- Ders.: Hochschulneugründungen und Hochschulreform, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 13/2 (1965), S.45–49.
- Thomas, Brinley: Modern Migration, in: Adams: The Brain Drain, S.29–49.
- Thranhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Frankfurt am Main, erw. Neuausgabe, 1996.
- Thwing, Charles Franklin: The American and the German University. One Hundred Years of History, New York 1928.
- Titze, Hartmut: Hochschulen, in: Dieter Langewiesche/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd.V: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989, S.216–220.

- Tonutti, Ernst: Zur Aufbauplanung der Universität Ulm, in: Zentralarchiv für Hochschulplanung (Hg.): Informationen 6, Blatt 14–19, Stuttgart 1969.
- Treue, Wilhelm (Hg.): Deutsche Technikgeschichte. Vorträge vom 31. Historikertag am 24. 9. 1976 in Mannheim, Göttingen 1977.
- Troitsch, Ulrich: Technisches Schulwesen, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftspolitik in Deutschland (1850–1914). Literaturbericht, in: Technikgeschichte 42 (1975), S. 35–43.
- Trommler, Frank: Aufstieg und Fall des Amerikanismus in Deutschland, in: ders. (Hg.): Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte, Opladen 1986, S. 666–676.
- Ders.: Kultur als transatlantisches Spannungsfeld 1968–1990, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 395–415.
- Ders.: Neuer Start und alte Vorteile. Die Kulturbeziehungen im Zeichen des Kalten Krieges 1945–1968, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 567–588.
- Ders./Shore, Elliott (Hg.): Deutsch-amerikanische Begegnungen. Konflikt und Kooperation im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart, München 2001.
- Tuch, Hans N.: Die amerikanische Kulturpolitik in der Bundesrepublik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 420–429.
- Turner, Roy Steven: Universitäten, in: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. II: 1815–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987, S. 221–250.
- Ders.: Humboldt in North America? Reflections on the Research University and its Historians, in: Schwinges: Humboldt International, S. 289–312.
- Überlegungen des Hochschulverbandes zu einzelnen Fragen der Hochschulreform, in: DUZ/HD 7/8 (1969), S. 19.
- Ungern-Sternberg, Jürgen von: Politik und Geschichte. Der Althistoriker Eduard Meyer im Ersten Weltkrieg, in: William Calder III/Alexander Demandt (Hg.): Eduard Meyer. Leben und Leistung eines Universalhistorikers, Leiden, New York u. a. 1990, S. 484–504.
- Uni München erhält kollegiale Rektoratsverfassung. Auch beamtete außerplanmäßige Professoren können zum Rektor gewählt werden, in: DUZ/HD 10 (1969), S. 18.
- Zur Universität Konstanz. Stellungnahme des Kultusministeriums, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 11 (1966), S. 14–55.
- Universität neuen Typs? Vorträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum, Göttingen 1962.
- Universität Regensburg (Hg.): Ein Campus für Regensburg. Konzeption, Architektur, Kunst. 40 Jahre Universität Regensburg 1967–2007, Konzeption und Redaktion Mathias Listl und Stefan Paulus, Regensburg 2007.
- „Universitätsaustausch“, in: Meyers Konversationslexikon, 6. Aufl., Bd. 22, Jahressupplement für 1909/1910, S. 892.
- Universitätsbauamt Regensburg (Hg.): Geplant, gebaut. Universität Regensburg 1977. Pläne, Daten, Fotos, Texte des Universitätsbauamtes, Selbstverlag 1977.
- Universitätsbibliothek Bochum, in: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 53–57.
- Universitätsbibliothek Stuttgart, in: Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 315–319.
- US-Firmen werben ausländische Wissenschaftler an. Bundesrepublik um Eindämmung der Abwanderung bemüht, in: DUZ 4 (1963), S. 32.
- Vagts, Alfred: Deutschland und die Vereinten Nationen in der Weltpolitik, New York/London 1935.
- Verband Deutscher Studentenschaften: Beschlüsse der 15. ordentlichen Mitgliederversammlung in Hamburg vom 4. bis 10. März 1963, in: DUZ 5 (1963), S. 34–44.
- Vickery, Brian C.: Scientific Communication in History, Boston 2000.

- Vierhaus, Rudolf: Göttingen. Die modernste Universität im Zeitalter der Aufklärung, in: Demandt: Stätten des Geistes, S. 245–256.
- Vierzig Jahre Freie Universität Berlin. Die Geschichte 1948–1988. Einblicke, Ausblicke, hg. vom Präsidenten der Freien Universität Berlin, Berlin 1988.
- Vogelin, Eric: *The New Science of Politics*, Chicago 1952.
- Ders.: *Autobiographische Reflexionen*, hg. von Peter J. Opitz, München 1994.
- Vogel, Ralph A.: *The Making of the Fulbright Program*, in: Glazer: *The Fulbright Experience and Academic Exchanges*, S. 11–21.
- Vogelsang, Thilo: *Das geteilte Deutschland*, München 1977.
- Volkart, Hans: *Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart*, in: *Bauwelt* 53 (1962), S. 34f.
- Ders./Zabel, Klaus-Jürgen u. a.: *Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart*, in: *Bauen und Wohnen* 17 (1962), S. 379–396.
- Vollnhals, Clemens: *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*, München 1991.
- Vorbild Nordamerika? Zum problematischen Vergleich Nordamerikanisches/Deutsches Hochschulsystem. Stellungnahme des deutschen Anglistenverbandes, erstellt von Stephan Kohl in Zusammenarbeit mit Monika Fludernik und Hubert Zapf, Würzburg 2000.
- Wagner, Charles A: *Harvard. Four Centuries and Freedoms*, New York 1950.
- Wagner, Karl Josef: *Das neue Amerika-Institut entsteht*, in: AStA der Freien Universität Berlin: *Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin*, S. 52–54.
- Wagnleitner, Reinhold: *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wien 1991.
- Walker, Robert H. (Hg.): *American Studies Abroad*, Westport/London 1975.
- Walter, Peter Th.: *Zur Kontinuität politikwissenschaftlicher Fragestellungen: Deutschlandstudien exilierter Dozenten*, in: Göhler/Zeuner: *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, S. 137–143.
- Walworth Arthur: *Woodrow Wilson and His Peacemakers*, New York 1983.
- Weber, Hermann: *Geschichte der DDR*, München 1989.
- Ders.: *Die DDR 1945–1990*, München 1993.
- Weber, Max: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919*, in: *Max Weber Gesamtausgabe. Abt. I, Bd. 17*, hg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter, Tübingen 1992, S. 70–111.
- Weber, Wolfgang E. J.: *Prudentia Gubernatoria. Studien zur Herrschaftslehre in der deutschen politischen Wissenschaft des 17. Jahrhunderts*, Tübingen 1992.
- Ders.: *Die „Kulturrevolution“ 1968*, in: Volker Dotterweich (Hg.): *Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch politische Themen im Meinungsstreit*, München 1998, S. 207–228.
- Ders.: *Geschichte der europäischen Universität*, Stuttgart 2002.
- Ders.: *Universitäten*, in: Michael Maurer (Hg.): *Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 6: Institutionen*, Stuttgart 2002, S. 15–97.
- Ders.: *Gründung im Zeichen bayerischer und westlicher „Modernisierung“: Zur Entstehungsgeschichte der Universität Regensburg*, in: *Universität Regensburg: Ein Campus für Regensburg*, S. 13–24.
- Wehberg, Hans: *Wider dem Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld*, Berlin 1920.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1898*, Göttingen 1974.
- Ders.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*, München 1995.
- Ders.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Doppelrevolution“*, München 1996.
- Ders.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten*, München 2004.
- Ders.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2008.

- Wehmer, Carl (Hg.): Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, Wiesbaden 1956.
- Ders.: Nachwort, in: ders.: Zur Praxis der wissenschaftlichen Bibliotheken in den USA, S. 221f.
- Weik, H.: Ein Physikdepartment im Rahmen des höheren Bildungswesens der USA, in: DUZ/HD 15/16 (1969), S. 4-8.
- Weiler, Hans N.: Kontrollgewalt und Finanzstrukturen des deutschen Hochschulwesens im Wandel, in: Breinig/Gebhardt/Ostendorf: Das deutsche und das amerikanische Hochschulsystem, S. 45-66.
- Weinberg, Gerhard: Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995.
- Weingart, Peter/Prinz, Wolfgang/Kastner, Maria/Maasen, Sabine/Walter, Wolfgang: Die sog. Geisteswissenschaften: Außenansichten. Die Entwicklung der Geisteswissenschaften in der BRD 1954-1987, Frankfurt am Main 1991.
- Weisz, Christoph (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994.
- Wells, Hermann B.: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S. 43-52.
- Wendehorst, Alfred: Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg 1943-1993, München 1993.
- Wenke, Hans: Die deutsche Hochschule vor den Ansprüchen unserer Zeit. Vortrag, gehalten bei der Tagung des Hochschulverbandes in Münster am 7. Juli 1955, Göttingen 1955.
- Ders.: Die Neugründung von Universitäten im Aspekt der Deutschen Kultur- und Hochschulpolitik, in: Universität neuen Typs?, S. 17-33.
- Ders.: Akademisches Prüfungswesen in Deutschland. Tatbestände und Probleme, in: Amerikanische Universitäten und deutsche Hochschulreform, S. 48-60.
- Werkmeister, Frank: Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik Deutschland 1965-1973, Phil. Diss., Marburg 1975.
- Werner, Michael: L'Ecole normale: une séminaire à l'allemande?, in: Michel Espagne (Hg.): L'Ecole normale supérieure et l'Allemagne, Leipzig 1995, S. 77-88.
- Wetzlar, Renate: Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Zentralarchiv für Hochschulbau: Universitätsbau in den USA, S. 8-33.
- Weyer, Johannes: Westdeutsche Soziologie 1945-1960. Deutsche Kontinuitäten und nord-amerikanischer Einfluß, Berlin 1984.
- Ders.: Politikwissenschaft im Faschismus. Die vergessenen zwölf Jahre, in: Politische Vierteljahresschrift 26 (1985), S. 423-437.
- White, Andrew Dickson: Autobiography, New York 1905.
- Wiedemann-Citera, Barbara: Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Deutsch-Amerikaner im Spiegel der New Yorker Staatszeitung, der New Yorker Volkszeitung und der New York Times 1914-1926, Frankfurt am Main 1993.
- Willet, Ralph: The Americanization of Germany, 1945-1949, London 1989.
- Williams, W. A.: The Legend of Isolationismus in the 1920s, in: Science and Society 18 (1954), S. 1-20.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
- Ders.: Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000.
- Wirsching, Andreas: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2008.
- Ders.: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2001.
- Ders.: Internationale Beziehungen, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.): Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2002, S. 112-125.
- Wittram, Reinhard: Die Universität und ihre Fakultäten. Göttingen, Festvortrag anlässlich des 225jährigen Bestehens der Georg-August-Universität Göttingen am 7. November 1962, Göttingen 1962.
- Wolfrum, Edgar: Die glückliche Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

- Woods, Randall Bennett: Fulbright Internationalism, in: Glazer: *The Fulbright Experience and Academic Exchanges*, S.22–35.
 Ders.: *Fulbright. A Biography*, Cambridge 1995.
- Zabel, Klaus-Jürgen: *Der Wandel im Bibliotheksbau unserer Zeit. Eine Untersuchung über die heutigen Tendenzen des Bibliothekswesens in ihren Auswirkungen auf den Grundriß und die Gestaltung von Bauten für wissenschaftliche Bibliotheken*, Diss. Ing., Stuttgart 1959.
- Ders.: *Das Gebäude und seine technischen Einrichtungen*, in: *Die Bibliothek der Technischen Hochschule Stuttgart 1962*, S.47–74.
- Zapf, Hubert: *Vorbild Amerika? Anmerkungen zum Vergleich des deutschen und des amerikanischen Hochschulsystems*, Augsburg 2007.
- Zehn Jahre Bibliothekssystem der Universität Regensburg, hg. von der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, München 1975.
- Zeitschrift für Politik N.F. I* (1954).
- Zentralarchiv für Hochschulbau (Hg.): *Planung wissenschaftlicher Hochschulen. 1. Colloquium im April 1964*, Stuttgart 1964 [= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau 1].
- Dass. (Hg.): *Bericht einer Studienreise nach den USA*, Stuttgart 1965 [= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau 2].
- Dass. (Hg.): *Universitätsbau in den USA. Gesamtplanung, Vorfertigung*, Düsseldorf 1965 [= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau 3].
- Dass. (Hg.): *Hochschulplanung in Großbritannien*, Düsseldorf 1967 [= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau 5].
- Dass. (Hg.): *Zentrale Hochschulbibliotheken. Erfahrungen bei Planung, Bau und Betrieb. Colloquium in Freiburg/Br. vom 8. bis 10. Mai 1980*, München/New York/London/Paris 1980.
- Zeuner, Bodo: *Zwischenbetrachtung. Der Bruch von 1968*, in: Göhler/Zeuner: *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, S.195–198.
- Zielinski, Johannes: *Neue Methoden der Hochschullehre*, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 15 (1967), S.116–137.
- Zierold, Kurt: *Hochschulprobleme von heute*, Göttingen 1948.
- Ders.: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden 1968.
- Zipfel, Friedrich: *Die Friedrich-Wilhelms-Universität. Geschichte einer Universität*, in: *ASTA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin*, S.6–8.
- Zook Report, Department of State, *Report of the United States Education Mission to Germany*, Dep. of State Publications 2664, European Series 16, Washington D.C. 1946.
- Zubok, Vladislav M.: *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge/MA 1996.
- Zweckbronner, Gerhard: *Ingenieurausbildung im Königreich Württemberg. Vorgeschichte, Einrichtungen und Ausbau der Technischen Hochschule Stuttgart und ihrer Ingenieurwissenschaften bis 1900. Eine Verknüpfung von Institutions- und Disziplinengeschichte*, Stuttgart 1987.

Personenregister

Die Seitenangaben beziehen sich auf Namen im Haupttext sowie eigenständige Nennungen in den Anmerkungen.

- Aalto, Alvar 504
Abendroth, Wolfgang 216
Acton, Rudolph P. 378
Adams, Charles K. 47f., 57
Adams, Herbert B. 65
Adams, Walter 320
Adams, Willi Paul 264, 271
Adenauer, Konrad 97, 288, 290
Albrecht, Friedrich-Wilhelm 308
Alexander, Richard Thomas 114, 124, 179
Altenburg, Paul 181
Althoff, Friedrich 70–72, 74, 363
Altner, Helmut 545
Amory, Robert 304
Anger, Hans 351, 417
Angermann, Erich 314
Apelt, Willibald 135
Arendt, Hannah 209
Arndt, Hans-Joachim 211, 214
Aron, Raymond 525
Ash, Mitchell G. 22, 540
Autenrieth, Heinz 347f., 405
Autrum, Hansjochem 510, 514
- Bachhof, Otto 386
Bahrdt, Hans Paul 444f.
Bancroft, George 304
Banta, Frank G. 280
Barnes, Erich 261
Barrows, David P. 91
Bauer, Clemens 501
Bauer, Hermann 381
Bauer, Karl Heinrich 125
Bauhuis, Walter 460
Baumgärtel, Friedrich 218
Baumgarten, Eduard 259–261, 270, 351–353, 376, 394f., 418, 489
Baumgärtner, Detlef 298
Beck, Ulrich 548
Becker, Carl Heinrich 363
Beethoven, Ludwig van 81
Beinhorn, Richard E. 304
Ben-David, Joseph 412f.
Benecke, Georg-Friedrich 39, 451
Berghahn, Volker 14
Bergmann, Fritz von 183, 187, 191, 195f., 199
Bergstraesser, Arnold 87, 208, 210, 224, 226, 232f., 244–247, 253, 259f., 263, 270, 273, 315, 393
Bermann, Hermann 181
Bernhardt-Kabisch, Ernst K. 300
Bertram, Ulrich 243
Besson, Waldemar 514
Bestelmeyer, German 70
Beyme, Klaus von 233
Bismarck, Otto von 71
Blanke, Gustav H. 268, 272
Bleek, Wilhelm 207, 209, 215, 219, 221, 223, 234
Bloch, Marc 27
Bloom, Alan 93
Blumenbach, Johann Friedrich 39f.
Blunck, Hans 312
Bluntschli, Johann Caspar 450f.
Böckh, August 59
Bode, Adolf 265
Boehm, Laetitia 36
Boockmann, Hartmut 21
Bornemann, Fritz 461, 464
Brecht, Arnold 208, 210
Breinig, Helmbrecht 20f.
Breitenbach, Edgar 461, 463
Brenner, Eduard 125, 171, 243–247
Brocke, Bernhard vom 68, 80, 83, 90
Brumm, Ursula 262
Brüning, Heinrich 222
Buchstein, Hubertus 232
Bultmann, Rudolf 116f.
Bungert, Hans 318f.
Burgess, John W. 73f., 206
Bürgy, Erika 298
Busch, Adolphus 70
Busse, Gisela von 459f.
Butler, Nicholas Murray 74f., 82
- Cermak, Paul 116
Christadler, Martin 258
Clausen, Richard 357f., 396
Clay, Lucius D. 178–181, 183f., 278, 283
Clemen, Wolfgang 249
Cogswell, Joseph 304
Coing, Helmut 96, 167
Conant, James B. 193, 361–367, 419

- Conradi, Peter 494
 Coper, Gerhard 200
 Cornell, Ezra 56f.
 Costrell, Edwin S. 104, 108
 Cottrell, Donald P. 126-130, 132, 135, 142, 153, 157, 163f., 315, 531
 Cox, Henry B. 281
 Cremer, Martin 460
 Cumming, William P. 112
 Curti, Merle 252
 Curtius, Carl Friedrich 341, 348f., 387f., 443

 Dahrendorf, Ralf 379-381, 418, 471, 514
 D'Armes, Edward F. 254
 David, Charles 11
 Davis, Charles 40
 Davison, Wilburt C. 142
 Dernburg, Heinrich 73
 Dersch, Hermann 175
 Deutsch, Karl W. 210
 Deutschbein, Max 241f.
 Dichgans, Hans 376, 419
 Diehl, Carl 36, 42, 44, 56
 Diels, Hermann 78
 Diez, Theodor 518
 Dilthey, Wilhelm 177
 Dippel, Horst 16
 Dober, Richard P. 468, 506
 Dodd, William A. 81
 Doering-Manteuffel, Anselm 31, 233
 Dold, Albrecht 313
 Dorff, Gerth 416
 Duggan, Stephen P. 87
 Dulles, Allan 304
 Dulles, Eleonore 199
 Dulles, John Foster 191, 290, 304
 Durkheim, Emile 27
 Düwell, Kurt 55
 Dwight, Henry E. 43

 Ebbinghaus, Julius 115f., 242
 Eells, Walter C. 426, 429
 Ehard, Hans 250
 Ehlers, Ernst Heinrich 86
 Ehmke, Horst 215
 Ehrlicher, Werner 391
 Eichhorn, Johann Gottfried 39f.
 Einhäupl, Karl Max 548
 Eisenhower, Dwight D. 100, 165, 189, 285, 305
 Eliot, Charles W. 61, 67, 72, 82f., 425f.
 Ellwein, Thomas 21, 224
 Elmenau, Johannes von 228, 230, 329, 398, 401, 428, 490
 Ely, Richard T. 65

 Enderle, Wilfried 450
 Engelkes, Heiko 301
 Eppelsheimer, Hans Wilhelm 457
 Epstein, Fritz T. 178
 Epstein, Herta 178
 Ernstberger, Anton 245
 Eschenburg, Theodor 216, 218, 514
 Escher, Henning 439
 Espagne, Michel 26
 Everett, Edward 40f., 43, 304

 Faust, Albert B. 47, 57, 73
 Fehling, August Wilhelm 207, 344f.
 Felgentraeger, Wilhelm 156, 430f.
 Fermi, Enrico 315
 Fernow, Bernhard Eduard 65
 Fichte, Johann G. 41
 Finkenstaedt, Thomas 245, 273
 Fischer, Walther 242, 245, 260, 268-270, 274
 Fitzpatrick, Edward A. 256f., 267
 Flechtheim, Ossip K. 222
 Flexner, Abraham 58, 113, 177
 Follen, Karl 40
 Ford, Anne 191
 Ford, Henry 24
 Ford, Henry II. 190f., 194
 Förster, Max 268
 Foss, Kendall 178-181
 Fraenkel, Ernst 197, 208-211, 222f., 225, 232, 244, 262-264, 315, 393
 Francke, Kuno 65, 67-71, 76, 82, 90
 Franke, Herbert 255
 Franken, Joseph P. 506
 Franklin, Benjamin 38
 Franz, Johannes 59
 Frick, Heinrich 117
 Friedmann, Friedrich Georg 255, 366f.
 Friedrich, Carl Joachim 87-89, 209f., 213, 220, 222, 225, 233, 313, 368f., 415, 419
 Friedrich II., König von Preußen 69
 Fuchs, Walter Peter 152
 Fuhlrott, Rolf 449, 456
 Fulbright, J. William 277, 287, 291
 Füssl, Karl-Heinz 337

 Galinsky, Hans 269, 272, 316, 337
 Gassert, Philipp 23, 26, 237, 540
 Gebhardt, Jürgen 20, 526
 Gellert, Claudius 22
 Georg Ludwig, Kurfürst von Hannover 38
 Gerhard, Dietrich 367f.
 Gerlach, Walter 249
 Gierke, Otto von 249
 Gildersleeve, Basil L. 59

- Gillessen, Günther 491
 Gilman, Daniel C. 58f., 64
 Goebbels, Joseph 237
 Goethe, Johann Wolfgang von 40f., 81, 83
 Goldenberger, Franz 247
 Goldschmidt, Adolph 90
 Goldschmidt, Dietrich 20
 Good, Carter V. 425
 Grace, Alonzo G. 143, 145
 Grafarend, Erik W. 317
 Grassi, Ernesto 116
 Grimm, Hermann 73
 Gropius, Walter 504
 Gurland, Arcadius R. 222
- Hadly, Arthur T. 77
 Haefner, Klaus 322, 334
 Haferkamp, Wilhelm 158f.
 Haftendorn, Helga 229f., 285
 Hahn, Wilhelm 379, 430
 Hallauer, Wilhelm 505
 Hallstein, Walter 116, 131, 134–136, 257, 288
 Hamm-Brücher, Hildegard 379, 508
 Händler, Kurt 308
 Harden, Maximilian 73
 Harnack, Adolf 71f., 78, 80
 Hart, Albert B. 79
 Hart, James M. 62, 368
 Hartig, Paul 268
 Hartke, Klaus 303
 Hartmann, Jürgen 224
 Hartshorne, Edward Y. 97, 105, 115–120, 142, 242, 374, 531
 Hartung, Manuel J. 542
 Hartwich, Horst W. 196
 Haupt, Paul 65
 Hays, Wayne 291
 Heegmann, Wolfgang 283f.
 Heeren, Arnold H. L. 40
 Heideking, Jürgen 49
 Heilmeyer, Ludwig 514
 Heimpel, Hermann 158f.
 Heinrich, Prinz von Preußen 69
 Hellwege, Karl-Heinz 457
 Helmholtz, Hermann 73
 Hennis, Wilhelm 407f.
 Hentrich, Helmut 504
 Herbst, Jürgen 66
 Herbst, Patrick W. 301, 455
 Hermens, Ferdinand A. 210, 213, 220, 222, 253f.
 Herrmann, Wolfgang 546
 Hess, Gerhard 160, 428f., 514
 Hess, Otto 174f., 178, 181
 Heuss, Theodor 195
- Heyman, Michael 527
 Hibler zu Lebmannsport, Leo von 247–249
 Higham, John 49
 Hillard, George 39
 Hillenbrand, Martin J. 295
 Hirsch, Ernst E. 191–193
 Hitler, Adolf 143, 237
 Hoensch, Jörg K. 302
 Hoffmann, Wilhelm 99
 Hofmann, Adolf 299, 309
 Hofmann, Gustav 460
 Hofmann, Paul G. 190
 Hofstadter, Richard 57, 61
 Hohmann, Georg 126
 Holldack, Klaus 406f.
 Holleben, Theodor von 67–69
 Hollis, Ernest V. 426, 429
 Holst, Hermann E. von 65
 Hopkins, Johns 58
 Horkheimer, Max 160, 208
 Howley, Frank 176, 186
 Huber, Franz 356, 395
 Huber, Ursula 252
 Humboldt, Alexander von 40
 Humboldt, Wilhelm von 39–41, 60, 102, 514
 Hundhammer, Alois 177f., 249f., 252
- Jakobi, Theodor 181
 Jarausch, Konrad H. 15, 22, 29, 542
 Jaspers, Karl 104, 109, 141f., 340, 350f., 369
 Jefferson, Thomas 40, 60, 451, 467, 483
 Jellinek, Walter 125
 Jobst, Gerhard 461
 Johnson, Judith 11
 Johnston, Howard W. 188
 Jones, Howard P. 190
 Jones, Mumford 252
 Joppich, Gerhard 185
 Jost, Wilhelm 330
 Jüchter, Heinz T. 441
 Jünger, Friedrich K. 297
 Junker, Detlef 19
- Kade, Max 462f.
 Kahl, Wilhelm 73
 Kaisen, Wilhelm 488
 Kaiser, Carl-Christian 507
 Kant, Immanuel 81
 Karsen, Fritz 120f., 124f., 127, 129, 132–137, 141–144, 149, 153, 163, 176f., 179f., 284, 315, 374, 434–436, 531
 Kater, Michael H. 85
 Kellermann, Henry J. 266, 289

- Kennedy, John F. 197f., 201, 263, 290
 Kiesinger, Kurt Georg 225, 482f., 488, 501, 512f.
 Killy, Walther 152
 King, Martin Luther 201
 Kinley, David 65
 Kirchheimer, Otto 210
 Kissinger, Henry 305
 Kleinkamp, Karl 181
 Klenze, Camillo von 247
 Klingenberg, Wilhelm 316
 Koch, Walter 185
 Koppel, Leopold 74
 Koschlig, Manfred 462-465
 Köster, Werner Otto 464
 Kotowski, Georg 175, 179, 181
 Kötzelwesch, Clemens 466
 Krahe, Friedrich Wilhelm 433
 Kramer, Ferdinand 466
 Kreibich, Rolf 389
 Kress, Hans von 184f., 190
 Kreuzer, Willi 461
 Kriek, Ernst 106
 Krise, Helmut von 306
 Kronhuber, Hans 438
 Küchler, Manfred 224
 Kuen, Heinrich 239, 241
 Kuhn, Helmut 255, 284

 Lammersdorf, Raimund 203
 Lamprecht, Karl 72, 80f.
 Landsberg, Kurt 181
 Lang, Hans Joachim 247
 Langer, William L. 304
 Leggewie, Claus 201
 Lehmann, William C. 255
 Lehnartz, Emil 327
 Leibfried, Stephan 371
 Lenzen, Dieter 546
 Lepsius, M. Rainer 230, 306
 Leussink, Hans 385
 Leyh, Georg 453
 Lieber, Franz/Francis 206, 216
 Lieber, Hans-Joachim 264
 Liebers, Gerhard 460f., 465
 Liebig, Justus von 50f., 93
 Linde, Horst 494f., 501f., 504
 Link, Franz 256f., 268
 Liszt, Franz 73
 Litt, Theodor 160
 Littmann, Ulrich 280, 288, 292, 294, 296, 318, 334
 Lobkowicz, Nikolaus 381
 Loewenstein, Karl 116f., 119, 208, 210, 213, 216f., 220, 286
 Longfellow, Henry W. 42

 Lönnendonker, Siegward 178
 Loth, Wilfried 18
 Löwenthal, Richard 208, 222
 Lüders, Gerhart 314f.
 Luhmann, Niklas 313
 Lüscher, Edgar 400
 Lüst, Reimar 319, 330, 431
 Luther, Martin 69
 Luther, Wilhelm Martin 469f.
 Lützeler, Paul Michael 544

 Maccario, Ruth 345, 347, 377f., 415, 436, 440, 487f.
 Maier, Hans 227, 231f., 381
 Maier-Leibnitz, Heinz 398f., 401
 Mang, Hans-Jörg 400
 Mann, Wenzel Ritter von 518f.
 Mannheim, Karl 139
 Marcks, Erich 81
 Marker, Paul 91
 Markert, Kurt 303
 Marsen, Thiers 267
 Marshall, George C. 184
 Martin, Berthold 376
 Mathewson, Lemuel 190
 Maunz, Theodor 255, 399, 508
 McCloy, John 190, 219, 265f., 288
 McCormick, John 261f.
 McLeish, Archibald 100
 McMahon, John L. 212
 Meinecke, Friedrich 85, 105, 186
 Meinecke, Fritz 257f., 268
 Meinzolt, Hans 156, 254
 Melchers, Georg 397
 Menzel, Eberhard 343
 Metzger, Walter P. 57, 61
 Mewes, Horst 543, 547
 Meyer, Adolf 65
 Meyer, Eduard 83
 Meyer, Ernst Wilhelm 135
 Michelson, Albert A. 65
 Middell, Matthias 27f.
 Mitscherlich, Alexander 116
 Möckelmann, Jürgen 370
 Moltmann, Günter 235, 263, 272
 Mommsen, Theodor 73, 81
 Montgomery, R. E. 308
 Moraw, Peter 51
 Morgenthau, Hans J. 208
 Morkel, Arnd 392, 523
 Moser, Fritz 464
 Mößbauer, Rudolf L. 331-333, 335, 343, 364, 397f., 400-404, 416
 Müller, Konrad 490
 Müller, Rainer A. 21, 50, 85
 Müller, Sigmund 55

- Müller, Winfried 106, 109, 130, 137, 139
 Müller-Daehn, Claus 327-329
 Müller-Hansen, Beatrice 307
 Mummendey, Richard 460
 Münsterberg, Hugo 65, 67, 76
 Murphy, Richard 184, 425
 Muthesius, Stefan 484, 512, 520
- Nägelke, Hans-Dieter 500
 Naumann, Friedrich 207
 Neuhaus, Rolf 34
 Neumann, Franz L. 189f., 208-210, 213, 220, 222f., 232
 Neumann, Sigmund 208, 286
 Neureiter, Paul R. 112f., 212, 433f.
 Nichols, Charles 262
 Niethammer, Lutz 107
 Nipperdey, Thomas 36
 Nixon, Richard 305
 Noack, Kurt 177
 Nöbeling, Georg 379
 Norlin, George 91
 Novick, Peter 98
- Oberndörfer, Dieter 233
 Ohl, Hubert 489f.
 Olesko, Kathryn M. 22
 Oncken, Hermann 188
 Oppenheimer, Franz 139
 Oppenheimer, Julius J. 153f., 267, 269
 Ostendorf, Berndt 20
 Oster, Ludwig 364-366
 Ostermann, Theodor 456
 Ostwald, Wilhelm 72
- Palladio, Andrea 451
 Papajewski, Helmut 255
 Parsons, Talcott 14, 90, 105, 313
 Patton, George S. 111
 Paty, Raymond R. 126-130, 132, 135, 142, 153, 157, 163f., 315, 531
 Pauer, Max 470f., 509
 Paulsen, Friedrich 73
 Peabody, Francis G. 72f., 77
 Pells, Richard 170
 Petat 399
 Peters, Heinz Friedrich 248-252, 267
 Petschnigg, Hubert 504
 Peukert, Detlev J. K. 24
 Pfeiffer, Heinrich 297
 Philipp, Franz-Heinrich 455, 466, 474
 Picht, Georg 441
 Pilgert, Henry P. 109, 114, 146, 213
 Pilz, Monika 475f.
 Platt, Gerald M. 14
 Plessner, Helmut 160, 397, 414, 417
- Pochmann, Henry A. 41
 Pölnitz, Götz Freiherr von 509f.
 Poenicke, Klaus 256
 Pollock, James K. 220
 Pommerin, Reiner 71
- Rahmelow, Jan M. 443
 Raiser, Ludwig 160, 330f., 358-361, 365f., 399, 459, 514
 Randow, Thomas von 442
 Ranke, Leopold von 73, 450f.
 Rau, Friedrich 375
 Raupach, Hubert 524
 Reck, Waldo Emerson 439
 Redenbacher, Fritz 460
 Redslob, Edwin 181, 186, 189f.
 Reichenecker, Hermann 494
 Reimann, Bruno 524
 Reincke, Gerhard 456-458
 Reisinger, Hugo 70
 Reuleaux, Erich 116
 Reuter, Ernst 179, 181, 183, 185, 189f.
 Rheinfelder, Hans 116, 248
 Rheinstein, Karl 116-118
 Rheinstein, Max 286
 Richter, Werner 344
 Riedler, Alois 54f.
 Ringmann, Hans 181
 Ritschl, Albrecht 59
 Ritter, Gerhard 214, 226, 232f., 428
 Rohe, Mies van der 495f., 504
 Röhrs, Hermann 42, 45, 48
 Röntgen, Conrad 398
 Roosevelt, Franklin D. 16, 276
 Roosevelt, Theodore 69, 73f., 76, 235
 Roskamp, Karl Wilhelm 307
 Rossman, Kurt 340
 Rothe, Hans Werner 467-470, 472, 474, 477, 484-493, 495f., 499, 501-503, 509-512, 516f., 519, 521-523, 539
 Rubner, Jeanne 548
 Rüdiger, Max 135
 Rüegg, Walter 116, 411, 443
- Salin, Edgar 87, 104, 109, 118, 144
 Salinger, Jerome David 319
 Sattler, Dieter 431
 Schaefer, Hans 355f.
 Schäfer, Paul 185
 Schauseil, Walter Joachim 455
 Scheidemann, Philipp 14
 Schelsky, Helmut 140f., 166, 340, 354f., 431
 Schenck, Gerhard 197
 Schendel, Dolores 11
 Schiff, Jakob H. 74

- Schiller, Friedrich 69
 Schlegel, August Wilhelm 40
 Schlegel, Friedrich 40
 Schleiermacher, Friedrich 41
 Schlier, Christoph 402
 Schmaus, Michael 244
 Schmidt, Erich 73
 Schmidt, Theodor 402
 Schmidt-Ott, Friedrich 71
 Schmitt, Horst 226
 Schmitthenner, Paul 106
 Schmoller, Gustav 73
 Schnabel, Franz 219
 Schneider, Carl 106
 Schneider, Ullrich 110
 Schneidewin, Friedrich Wilhelm 59
 Schöne, Richard 69
 Schönemann, Friedrich 236f., 242, 268
 Schreiber, Georg 86, 116
 Schurman, Jacob Gould 86
 Schurz, Carl 74
 Schwarz, Joachim 174f., 178
 Schweitzer, Hartmut 150
 Schwennicke, Carl-Hubert 181
 Seel, Wolfgang 386–388
 Seifert, Ernst 98
 Seitz, Frederick 357f.
 Servan-Schreiber, Jean-Jacques 342f.
 Shils, Edward 22, 48, 64, 90, 93
 Shukow, Georgij 172
 Shuster, George 193–195, 197
 Simon, Wilhelm 379
 Simons, Hans 208
 Simson, Otto von 286
 Skard, Sigmund 237–239, 259, 265, 269
 Smith, Clement 53
 Söllner, Alfons 208, 210
 Speyer, James 74
 Spira, Theodor 257f., 270
 Spranger, Eduard 177
 Staël, Germaine de 38f.
 Stamm, Rudolf 255
 Stammeler, Heinrich 267
 Steenberg, Neil J. van 133, 141
 Steffani, Winfried 225, 232
 Stein, Erwin 216, 218, 220
 Stein, Wolfgang 423f.
 Steinfeld, Thomas 550
 Stern, Fritz 525
 Sternberger, Dolf 216
 Stock, Christian 219
 Stoltzenburg, Joachim 472
 Stolz, Otto 174f., 178
 Stone, Shepard 190f., 193, 200, 202, 204, 227f.
 Storz, Gerhard 482
 Stöver, Bernd 533
 Strauß, Franz Josef 342f.
 Strauss, Leo 208
 Strunz, Gisela 236f., 239, 241f., 261, 267
 Strupp, Christoph 22
 Stucke, Andreas 19, 22, 30
 Stüer, Franz 499f.
 Suhr, Otto 214, 216, 218, 232
 Süß, Theodor 107, 239, 243
 Swain, Geo F. 54
 Swift, F. H. 81
 Tappan, Henry P. 46f., 56
 Teichler, Ulrich 20
 Tellenbach, Gerd 116, 153, 156, 439
 Tellkamp, Johann Louis 206
 Tent, James F. 22, 99, 172, 176, 180, 202f., 223, 389
 Tewksbury, Donald G. 37, 45
 Thieme, Werner 345
 Thürmer, Rigo 297
 Thwing, Charles F. 44
 Ticknor, George 39–41, 43, 46, 60, 304
 Tönnies, Ferdinand 139
 Tower, Charlemagne 73
 Treitschke, Heinrich von 73
 Troll, Carl 330
 Truman, Harry S. 19, 277
 Turner, Roy Steven 35
 Tyler, John Mason 86
 Ulbricht, Walter 173
 Vierhaus, Rudolf 366
 Vietor, Carl 91
 Vieweg, Richard 134
 Virchow, Rudolf 73
 Voegelin, Eric 208, 210, 214, 222, 227–230, 244, 253f., 315, 393
 Voigt, Woldemar 79
 Volkart, Hans 463–465, 473
 Voll, Otto 389
 Vossler, Otto 257
 Wagner, Adolf 77
 Wandel, Paul 173f.
 Wasser, Henry 20
 Weber, Alfred 87–89, 104, 109, 116, 219, 419
 Weber, Max 11f., 14, 88, 90, 139, 207, 343, 353, 355
 Weber, Wolfgang E. J. 21
 Wehberg, Hans 80
 Wehmer, Carl 459
 Weigand, Heribert 313
 Weik, Helmut 412f.

- Weise, Leopold von 97
 Weizsäcker, Carl Christian von 313f.
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 147f., 153
 Wells, Hermann B. 180, 278
 Wendehorst, Alfred 108
 Wenke, Hans 481, 489, 502, 511, 514
 Wennerstrum, Charles F. 283
 Werner, Manfred 305
 Werner, Michael 26
 Wertenbaker, Thomas J. 268
 Wetzlar, Renate 498-501
 Weyer, Johannes 207
 White, Andrew D. 47f., 56f., 69
 Wien, Wilhelm 398
 Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von 73, 81f.
 Wilder, Thornten 187, 189
 Wilhelm II., deutscher Kaiser 51f., 68-70, 73f., 83, 235
 Wille, Hartmut 461
 Wilson, Woodrow 12f., 16, 79, 84
 Winkler, Heinrich August 84
 Winning, Charles 250, 252
 Wintz, Hermann 111
 Wollmann, Helmut 483
 Wollner, Edith Helga 301
 Wright, Quincy 217
 Wunderle, Georg 107
 Zabel, Klaus-Jürgen 473
 Zehetmaier, Hans 11
 Zierold, Kurt 429
 Zinn, Georg August 216
 Zook, George F. 277

